Die evangelische Kirche in Württemberg während der Industrialisierung

Aspekte eines komplexen Beziehungsgeflechts
mit dem Fallbeispiel Cannstatt

Von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
genehmigte Abhandlung

Vorgelegt von

Katja Lutz
aus Stuttgart

Hauptberichter: Professor Dr. Franz Quarthal
Mitberichter: Prof. Dr. Gert Kollmer-von Oheimb-Loup

Tag der mündlichen Prüfung: 4. August 2014

Historisches Institut
der Universität Stuttgart

2014

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung 4
Zusammenfassung 5
Abstract 15
1. Einleitung 24
2. Zur Forschungslage 29
3. Zur Lage der Quellen 50
3.1. Allgemeine Vorbemerkung 50
3.2. Vorstellung der relevanten Quellen 51
4. „Industrialisierung in Württemberg“ (1850 – 1914) 59
4.1. Wirtschaftliche Veränderungen 60
4.1.1. Die wirtschaftlichen Entwicklung Württembergs im Allgemeinen 61
4.1.2. Spezifika der Industrialisierung Württembergs 79
4.2. Industriezentren und unternehmerische Einstellung zur Arbeiterschaft 105
4.2.1. Schwerpunkte der Industrie 105
4.2.2. Fabrikbesitzer und ihre Haltung zur Arbeiterschaft 123
4.3. Die Industriearbeiterschaft 153
4.3.1. Die allgemeinen Lebensumstände 154
4.3.2. Die Arbeitsbedingungen 180
4.4. Zwischenergebnis 196
5. Kirche 199
5.1. Kirche und ihre Organisation 200
5.1.1 Zum Wesen der Kirche 201
5.1.2. Zur Organisation der württembergischen Landeskirche 205
5.1.3. Haltung ausgewählter kirchlicher Organe zur Sozialen Frage 220
5.2. Grundzüge des Pietismus 233
5.2.1. Allgemeine Entwicklungslinien des Pietismus 234
5.2.2. Der württembergische Pietismus 253
5.2.3. Pietistische Gedankenwelt und Ethik 266
5.3. Die evangelische Kirche und die soziale Frage 274
5.3.1. Stellungnahmen zur sozialen Frage und Arbeiterschaft 275
5.3.2. Evangelische Arbeitervereine – ein praktischer Lösungsansatz 297
5.3.3. Sozialreformerisch tätige Persönlichkeiten 311

5.3.4. Bewertung der Bemühungen ... 343
5.4. Zwischenergebnis ... 349
6. Soziale Frage und Überlegungen zu Lösungsversuchen ... 353
6.1. Zum Begriff Soziale Frage ... 354
6.2. Soziale Einrichtungen/Fürsorge in Stuttgart ... 359
6.2.1. Ausgangssituation in Stuttgart ... 361
6.2.2. Erste Anfänge einer planmäßigen Wohltätigkeitsarbeit ... 374
6.2.3. Neue Gründungen 1848 – 1914 ... 389
6.2.4. Zwischenergebnis ... 420
6.3. Die Soziale Frage in allgemein christlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften zur sozialen Arbeit ... 421
6.3.1. „Der Christenbote“ eine christliche Wochenschrift ... 426
6.3.2. „Die Blätter für das Armenwesen“ eine erste soziale Fachzeitschrift ... 433
6.3.3. „Die Christliche Welt“ ... 442
6.3.4. Zwischenergebnis ... 449
6.4. Kongresse als Reaktion auf die Soziale Frage ... 450
6.4.1. Die Bonner Konferenz der Arbeitgeber 1870 ... 452
6.4.2. Der Evangelisch-Soziale Kongress ... 469
6.4.3. Die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz ... 490
6.4.4. Zwischenergebnis ... 507
7. Fallbeispiel Stadt Cannstatt ... 510
7.1. Historische Entwicklung ... 511
7.2. Cannstatt im Spiegel der Pfarrberichte ... 538
7.3. Wohltätigkeit in Cannstatt ... 588
7.4. Zwischenergebnis ... 610
8. Ergebnis ... 614
9. Literatur- und Quellenverzeichnis ... 620
9.1. Ungedruckte Quellen ... 620
9.2. Nachschlagewerke und Lemmata ... 621
9.3. Gedruckte Quellen ... 624
9.4. Festschriften, Berichte, Verhandlungs- und Rechenschaftsberichte ... 642
9.5. Sekundärliteratur ... 649

Vorbemerkung

Im Rahmen dieser Vorbemerkung soll auf einen Sammelband der „Blätter für württembergische Kirchengeschichte“[1] aufmerksam gemacht werden, der erst nach Abschluss des Manuskripts erschienen ist. Aus diesem Grund konnte er nicht mehr in der Arbeit berücksichtigt werden.

Der Band hat den Themenschwerpunkt „Protestantismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert“. In seinem Aufsatzteil beinhaltet er im Wesentlichen die Vorträge der Jahrestagung des Vereins für württembergische Kirchengeschichte „Protestantismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert“, die am 19. und 20. Oktober 2012 im Landeskirchlichen Archiv in Stuttgart stattfand. Innerhalb des weitgestreckten Themenspektrums wären Beiträge zu den Anfängen der Industrialisierung im Neckarraum,[2] zu Sixt Carl Kapff,[3] zu Johann Georg Freihofer,[4] zur evangelischen Kirche und Arbeiterschaft,[5] zu sozialstaatlichen Leitideen und Institutionalisierungskonzepten im Protestantismus[6] sowie Skizzen zum Leben von Paul Lechler[7] für das vorliegende Thema von besonderem Interesse gewesen.

Alle genannten Aufsätze bieten mögliche Ansatzpunkte für weitergehende Studien und illustrieren zugleich das erwachte Interesse der Forschung am Themenkomplex „Evangelische Kirche und Soziale Frage im Württemberg des 19. Jahrhunderts“.

---

1 BWKG 113, 2013. Die vollständigen bibliographischen Angaben der in den Anmerkungen genannten Quellen und Literatur finden sich in Kap. 9 Quellen- und Literaturverzeichnis.

2 Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhundert. In: BWKG 113, 2013, S. 13 – 27.

3 Schröder, Sixt Carl Kapff. Prediger, Kirchenpolitiker und Sozialökonom. In: BWKG 113, 2013, S. 29 – 62.

4 Maier, Johann, Georg Freihofer (1806 – 1877) und die „Innere Mission“ als Antwort auf die Soziale Frage. In: BWKG 113, 2013, S. 63 – 80.

5 Pahl, Evangelische Kirche und Arbeiterschaft in Württemberg: Reaktionen auf die Soziale Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 113, 2013, S. 81 – 95.

6 Renger-Berka, Sozialstaatliche Leitideen und Institutionalisierungskonzepte im Protestantismus des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 113, 2013, S. 197 – 217.

7 Eisler, Skizzen zum Leben von Paul Lechler – sozialer Reformer in Württemberg. In: BWKG 113, 2013, S. 219 – 226.

Zusammenfassung

In dieser Dissertation sollen einige Aspekt in Hinblick auf das Verhältnis der evangelischen Kirche Württembergs zur Industrialisierung betrachtet werden. Die Untersuchung soll in Verbindung mit der Fallstudie zu Cannstatt einerseits die These belegen, dass die evangelische Kirche die Industrialisierung nicht als Aufgabe begriffen hat. Andererseits sollen die Fragen beantwortet werden, welche Konsequenzen sich aus dieser Untätigkeit sowohl für die Kirche als auch für die Arbeiterschaft ergeben haben.

Württemberg als Ganzes gesehen umfasste spätestens nach 1806 ein ansehnliches Gebiet, das sich aus verschiedenen Regionen und Landschaften mit unterschiedlichen Traditionen und natürlichen Gegebenheiten zusammensetzte. Diese Faktoren waren für den Industrialisierungsprozess sehr relevant.

Nachdem dieses Thema von großer Komplexität ist, ist es unerlässlich, zu verschiedenen Gesichtspunkten der Gesamtproblematik Hintergrundinformationen darzustellen. Es ist daher erforderlich, wirtschaftlich-gesellschaftliche Elemente und kirchliche Faktoren zu skizzieren. Der räumliche Aspekt findet bei dieser Studie seine Begrenzung im Bereich Stuttgart - Cannstatt. Diese Studie umfasst den Zeitraum zwischen 1850 und 1914.

Die Komplexität der Thematik offenbart sich an erster Stelle beim Blick auf die Forschungssituation. Nachdem es keine spezielle Forschung hierzu gibt, war es notwendig, die wichtigsten Forschungsarbeiten aus benachbarten Bereichen zu benennen. Bei diesem Forschungsüberblick werden relevante Aspekte der Forschung zu den einzelnen Teilaspekten überblicksartig dargestellt. Allerdings bestehen bei Teilen des Themas gegenwärtig Forschungslücken. In diesen Bereichen markiert die ältere Literatur den aktuellen Forschungsstand. Dabei wird jedoch immer nur eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten dargestellt.

Für diese Studie sind auch die Quellen wichtig. Dabei werden zeitgenössische Schriften verwendet, die die Auffassung von Einzelpersonen reflektieren. Außerdem werden Zeitschriften, Oberamtsbeschreibungen, Jahresberichte, Rechenschaftsberichte, Festschriften, amtliche Führer und Verzeichnisse benutzt. Besonders wichtig für die Fallstudie sind die erhaltenen Pfarrberichte und Pfarrbeschreibungen von Cannstatt.

Die Arbeit untergliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Faktoren erörtert. Danach werden einige Aspekte aus dem kirchlichen Umfeld betrachtet, die für das Thema relevant sind. Im Anschluss daran sollen im dritten Abschnitt die Faktoren sozialer Arbeit zunächst in Stuttgart, dann anhand ausgewählter Zeitschriften und Kongresse erörtert werden. Schließlich steht im vierten Abschnitt das Fallbeispiel Cannstatt mit der Betrachtung der dortigen Pfarrberichte sowie örtlicher Wohltätigkeitsmaßnahmen an.

Zuerst soll im ersten Hauptteil der Arbeit der Gang der Industrialisierung in Württemberg zwischen 1850 und 1914 nachgezeichnet werden. Zunächst gilt es den zeitlichen Beginn und den industriellen Aufstieg anzusprechen. Nach diesem Vorgriff sollen die Ausgangssituation und die mit dem Beginn industrieller Produktion verbundene Zäsur benannt werden. Weitere Themen sind die Gewerbeordnung von 1828, der Zollvereinsbeitritt, eine erneute Krise sowie die Gewerbeförderung.

Neben dem allgemeinen Gang der württembergischen Industrialisierung, benennt die Arbeit auch Besonderheiten der württembergischen Industrialisierung. Dazu gehörten zunächst die Realteilung und Bevölkerungswachstum, die Leitbranche Textil und die technologische Rückständigkeit sowie hemmende Faktoren der Industrialisierung und deren Überwindung. Außerdem war es für Württemberg charakteristisch, dass es einen Wandel in den Ansichten zur Industriealisierung gab, infolgedessen es zu einem Aufschwung kam. Darüber hinaus werden als weitere Eigentümlichkeit der Rohstoff- und Energiemangel sowie die daraus erwachsenden Folgen thematisiert. Außerdem bestanden in Württemberg besondere Bedingungen hinsichtlich des Verkehrswesens und Warenabsatzes sowie in Bezug auf den Kapitalmarkt. Zum Abschluss der Darstellung der Industrialisierung Württembergs wird versucht, deren Erfolg zu erklären.

Württemberg war ein weitläufiges Land, in dem sich die Industrie schwerpunktmäßig ansiedelte. In diesem Zusammenhang sind die allgemeinen Verteilungsfaktoren, die Gewerbegruppen in frühindustrieller Zeit sowie die Gewerbegruppen und Standorte nach 1850 zu benennen. Diese illustrieren den vorgegangen Wandel in diesem Land. Ferner sind generelle Standortfaktoren sowie die industriellen Schwerpunkte im Großraum Mittlerer Neckar zu nennen.

In direkter Verbindung mit der Industrialisierung erscheinen die Einstellung einzelner Fabrikherren zu ihren Arbeitern und deren sozialer Lage von besonderer Relevanz. Dabei werden das allgemeine Menschenbild der Arbeitgeber von ihren Ar-

beitern wie auch der unternehmerische Patriarchalismus und seine Motivation angesprochen. Schließlich wird das soziale Unternehmertum im Großraum Stuttgart an Beispielen wie Gotthilf Kuhn, Louis Elsas, Robert Vollmöller, Paul Lechler, Robert Bosch und soziale Esslinger Unternehmer erörtert.

Den Abschluss des ersten Hauptteils bilden Informationen zur Industriearbeiterschaft. In Bezug auf die allgemeinen Lebensumstände werden der Lebensstandard, die Wohnsituation, die Haushaltsausstattung, die Ernährung aber auch Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe sowie Arbeiterbildung, Sozialdemokratie, Gewerkschaft und Entkirchlichung angesprochen. Als zweite Komponente werden die Arbeitsbedingungen dargestellt. In diesem Zusammenhang waren zunächst der Lohn, Nebenerwerb und Familieneinkommen, Frauen- und Kinderarbeit, physische und psychische Belastungen wichtig. Ergänzend werden Bemerkungen zur Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung sowie zu Lebensverdienstkurve und Alter gemacht.

Im zweiten Hauptteil steht der Themenbereich „Kirche“ im Mittelpunkt der Darstellung. Um die spezielle Situation der evangelischen Kirche in Württemberg zu verstehen, ist es zweckmäßig den formal-organisatorischen Aufbau der Landeskirche zu skizzieren. Damit soll ein Einblick in das Geflecht von Kirchenleitung und untergeordneten Stellen gegeben werden. Dabei werden zunächst einige Bemerkungen zum Wesen der Kirche gemacht. Daran schließen sich Anmerkungen zur Organisation der Kirche bis 1800, zum Wandel im Zeitraum zwischen 1803/06 und 1818 sowie ihre Ausgestaltung in der Periode zwischen 1819 und 1848 an. Schließlich werden die Veränderungen im Zuge der Neuordnung in den Jahren 1848 – 1890 sowie die Kirchenreform und das Ende des Summepiskopats erörtert.

Von Interesse war auch die Haltung ausgewählter kirchlicher Organe zu sozialen Themen, soweit diese überhaupt behandelt wurden. Dazu werden die Verhandlungsgegenstände der evangelischen Landessynode und die Themen auf der Diözesansynode betrachtet. Dabei war auch auf den Pietismus, der in Württemberg spielte, einzugehen.

In Württemberg spielte der Pietismus spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine maßgebende Rolle innerhalb der evangelischen Kirche Württembergs. Nachdem die Haltung der Kirche zur Allgemeinheit vielfach von pietistischen Elementen durchsetzt war, ist es sinnvoll die Grundzüge dieser Bewegung zu erörtern. Zunächst geht es darum, allgemeine Entwicklungslinien im Pietismus darzustellen.

Dazu gehören neben einer Begriffsbestimmung auch die kurze Betrachtung der wichtigsten Gestalten und Ausprägungen. Zu nennen sind Johann Arndt und sein Wirken, der reformierte Pietismus, Philipp Jakob Spener und August Hermann Francke, der radikale Pietismus sowie Nikolaus Graf von Zinzendorf und die Brüdergemeine.

Der württembergische Pietismus stellte innerhalb der Gesamtbewegung eine besondere Ausprägung dar. Darüber hinaus war er für die württembergische Landeskirche in einem Maße prägend, wie es in keiner anderen Landeskirche der Fall war. Deshalb werden die wichtigsten Aspekte des württembergischen Pietismus angesprochen. Von den Anfängen im 17. Jahrhundert ausgehend, werden die wichtigsten Aspekte des Wirkens Johann Albrecht Bengels und Christoph Friedrich Oetingers sowie des württembergischen Gemeinschaftswesens aufgezeigt.

Gleichermaßen zur Abrundung wie für das Gesamtverständnis erforderlich erscheint die Beschreibung einiger Faktoren der pietistischen Gedankenwelt und Ethik. Ein grundlegendes Element des Pietismus war die pietistische Frömmigkeit. Deren Ausgestaltung wird knapp skizziert, um die dort herrschenden Auffassungen zur Welt zu verdeutlichen. Damit zusammenhängend ist die Einstellung des Pietismus zur Arbeitswelt, die ebenfalls umschrieben wird.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage nach der Haltung der evangelischen Kirche zur Industrialisierung. Sie kann in direktem Zusammenhang mit der Sozialen Frage gesehen werden, da sich beide Themenkomplexe tangieren. Zunächst sollen unterschiedliche zeitgenössische Stellungnahmen zur Sozialen Frage und zur Arbeiterschaft auf die darin enthaltenen Sichtweisen untersucht werden. Im Einzelnen werden die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage im Allgemeinen sowie die insgesamt erkannten Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstand betrachtet. Daneben werden die Stellung der Kirche zur Sozialdemokratie, der um 1900 stattgefundene Wandel der Einstellungen sowie die erkennbaren möglichen Gründe für die Entfremdung zwischen Kirche und Arbeiterschaft aufgezeigt.

Im 19. Jahrhunderts war die Soziale Frage ein komplexes Problem, das nach vielfältigen Lösungen verlangte. Die auch in Württemberg wichtigen Evangelischen Arbeitervereine waren ein Beispiel für einen praktischen Lösungsversuch. Zunächst soll die Entstehung der Evangelischen Arbeiter- wie auch Arbeiterinnenvereine und ihrer Gesamtverbände aufgezeigt werden. Schließlich soll eine Würdigung der Evangelischen Arbeitervereine im Sinne einer Gesamtbewertung versucht werden.

Soziale Tätigkeit lebt von und mit den Menschen. Deshalb sollen drei wichtige, evangelische, sozialreformerisch tätige Persönlichkeiten exemplarisch vorgestellt werden. Zunächst werden Johann Hinrich Wichern und die Innere Mission in Hinblick auf die Soziale Frage im Allgemeinen betrachtet. Ergänzt werden diese Ausführungen durch einen Überblick über Wicherns grundsätzliche Gedanken zur Inneren Mission und Sozialen Frage. Zudem wird die praktische Ausgestaltung dieser Gedanken, wie sie sich im 19. Jahrhundert dargestellt hatte, referiert. Schließlich sollen die Bemühungen von Wichern und der Inneren Mission kurz gewürdigt werden. Im Anschluss daran werden zwei Württemberger betrachtet, die sich auf ihre jeweils eigene Weise der Arbeiterproblematik genähert haben. Zunächst sind die Ansichten Sixt Karl Kapffs zur Sozialen Frage zu betrachten. Daran anschließend steht Gustav Werner mit seinem Versuch einer christlichen Industrie im Mittelpunkt der Betrachtungen. Schließlich bilden die Bewertung dieser Bemühungen sowie ein Zwischenergebnis zum Gesamtkomplex, den Abschluss des zweiten Hauptteils.

Im 19. Jahrhundert waren Industrialisierung und Soziale Frage untrennbar miteinander verbunden. Deshalb steht das Umfeld der Sozialen Frage im Zentrum des dritten Hauptteils. Nachdem der Begriff „Soziale Frage“ gleichermaßen konkret wie abstrakt war, ist eine Betrachtung verschiedener, damit verbundener Gesichtspunkte im Sinne einer Begriffseingrenzung sinnvoll.

Im abendländischen Christentum hat die Sorge um Arme und Benachteiligte eine lange Tradition. Im 19. Jahrhundert wurden Arbeiter in der Regel zu den Armen gerechnet, weshalb ihnen Hilfsangebote im Rahmen der allgemeinen Wohltätigkeit gemacht wurden. In Stuttgart, als Zentrum Württembergs, gab es bereits seit dem 18. Jahrhundert Hilfsangebote für unterschiedliche Adressaten. Sie werden im Überblick dargestellt, wobei eine zeitliche Differenzierung stattfindet.

Im Rahmen der Schilderung der Ausgangssituation im 18. Jahrhundert werden neben der Ausgangslage, erste Initiativen sowie die „Privatgesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ mit ihrer Kinder- und Jugendfürsorge angesprochen. Hinzu treten die Betrachtung weiterer früher Sozialmaßnahmen sowie einer Bewertung dieser ersten Maßnahmen.

Mit dem Regierungsantritt Wilhelms I. und der Hungersnot im Jahr 1816 gab es erneuten Handlungsbedarf, der Not der Bevölkerung entgegenzusteuern. Die damals ergriffenen Maßnahmen fanden im Rahmen erster Anfänge einer planmäßigen

Wohltätigkeitsarbeit statt. Dabei werden vorrangig auf die unteren Volksklassen, zu denen auch die Arbeiter gezählt wurden, ausgerichtete Beispiele aus den Bereichen Volksfürsorge, Volksbildung, Kinder- und Jugendfürsorge sowie Hilfe für Kranke angesprochen.

Im Zeitraum zwischen 1848 und 1914 gab es eine Vielzahl neuer Gründungen, die bereits nach Adressaten differenziert waren. In diesem Zeitabschnitt werden deshalb Angebote angesprochen, die vor allem die Arbeiterschaft als Zielgruppe sahen. Diese Angebote werden durch zahlreiche Beispiele aus den Bereichen der Kinderfürsorge, der Jugendfürsorge und Fortbildung, der Kranken- und Invalidenhilfe, der Volks- und Arbeiterfürsorge, des sozialen Wohnungsbaus sowie der Volksmission illustriert.

Im 19. Jahrhundert gab es unterschiedliche Möglichkeiten einer Annäherung an den Themenkreis Arbeiter-Industrie-Soziales. Dabei stellten Zeitschriften einen sehr gerne gewählten Weg dar. Nach einem kurzen Abriss über die Geschichte der Zeitschrift, sollen ausgewählte christliche und frühe Fachzeitschriften zur sozialen Arbeit Beispiele für die Beschäftigung mit dieser Thematik geben. Als besonders illustrativ erschienen in diesem Zusammenhang „Der Christenbote“, als christliche Zeitschrift, die „Blätter für das Armenwesen“, als eine der ersten sozialen Fachzeitschriften und die „Christliche Welt“, als evangelisch-lutherisches Gemeindeblatt. Alle genannten Zeitschriften werden hinsichtlich der Frage nach der Haltung der evangelischen Kirche zu Aspekten der Industrialisierung stichprobenartig untersucht.

Eine weitere und gleichermaßen interessante Möglichkeit einer Beschäftigung mit der Sozialen Frage stellten Kongresse dar. Die dabei geführten Diskussionen vermitteln Einblicke in die jeweils vorherrschenden Ansichten. Auszugsweise werden deshalb Kongressdokumente und Berichte betrachtet. Bei der „Bonner Konferenz der Arbeitgeber“ (1870) werden neben dem Generalvortrag, der Vortrag über Arbeiterwohnungen, die Diskussion über die Gründung eines publizistischen Organs und die Organisation der eingeleiteten Verbindung von Arbeitgebern sowie das Referat Stumms über das Invalidenwesen der Arbeiter untersucht. Im Anschluss daran wird eine Bewertung dieser Konferenz vorgenommen.

Ein weiteres Beispiel für die Behandlung der Arbeiterthematik war der „Evangelisch Soziale Kongress“ (ESK). Neben einer kurzen Skizze der Entstehungsgeschichte werden beispielhaft Überlegungen im Rahmen der Verhandlungen zur So-

zialen Frage und zur Frage der Arbeiterorganisation vorgestellt. Ebenso werden die Einstellung des ESK zur Sozialdemokratie sowie der Standpunkt in Bezug auf die sozialen Aufgaben der Pfarrer dargestellt. Abschließend wird auch hier eine Bewertung der betrachteten Kongressarbeit unternommen.

Im Gegensatz zur theoretischen Ausrichtung der Arbeit des ESK arbeitete die „Freie Kirchlich soziale Konferenz“ (FKSK) mehr praktisch orientiert. Dabei ist der Entstehungszusammenhang sehr interessant, weshalb er kurz referiert wird. Zur Vermittlung der Gedanken und Arbeitsweise der FKSK sollen ausgewählte Referate zur Frage nach der Unwirksamkeit des Protestantismus in der Gesellschaft, der zeitgenössischen kirchlich-sozialen Idee und den Aufgaben der Theologie zum damaligen Zeitpunkt, nach einer eigenen sozial-politischen Theorie sowie deren Notwendigkeit hinsichtlich der christlich-sozialen Arbeiterbewegung angesprochen werden. Darüber hinaus werden zur Illustration der Arbeit der FKSK noch die Referate über die Begriffseingrenzung der christlichen Arbeiterbewegung und die Bedeutung der christlichen Gemeinde für das Leben und die sich daraus für ihre Arbeit ergebenden Schlüsse hinzugezogen. Eine Bewertung der Arbeit der FKSK sowie ein Zwischenergebnis runden den dritten Hauptteil ab.

Im Zentrum des vierten Hauptteils steht Cannstatt bei Stuttgart. Cannstatt war durch seine Nähe zur Residenz Stuttgart und aufgrund seiner Bedeutung als Industriestandort geradezu als Fallbeispiel für diese Studie prädestiniert. Darüber hinaus liegt für Cannstatt und die dortige evangelische Gemeinde mit den Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichten eine erstklassige Quelle vor. Auf dieser Grundlage ließen sich Einblicke in die Haltung der dortigen Pfarrer zur Industrialisierung und den dadurch bedingten Veränderungen gewinnen. Cannstatt machte im 19. Jahrhundert eine nachhaltige Entwicklung zum Industrieort durch. Zunächst werden die erforderlichen geschichtlichen Hintergründe von Cannstatts Werden vom Weingärtnerdorf zum Industriestandort skizziert. Zunächst werden die Ausgangslage und die ersten Anfänge der Industrie in und um Cannstatt beleuchtet. Im Zuge des Eisenbahnbaus gab es auch in Cannstatt einschneidende Veränderungen, die gemeinsam mit der danach ablaufenden Industrialisierung und weiteren Impulsgebern dargestellt werden. In den Pfarrberichten werden zahlreiche unterschiedliche Aspekte thematisiert, die eine Betrachtung des Lebensalltags sowie der örtlichen Interessenvertretung und Sozialdemokratie erforderlich machen. Den Abschluss des histori-

schen Überblicks bildet die Geschichte der Vereinigung mit Stuttgart gleichermaßen das Ende von Cannstatts Selbständigkeit.

Im Anschluss an den historischen Überblick sollen die Pfarrberichte analysiert werden. Dabei sollen Erkenntnisse über die Haltung der Pfarrer in Hinblick auf Industrie und Arbeiterschaft gewonnen werden. Diese Untersuchung findet in erster Linie vor dem Hintergrund der Frage, ob die Kirche die Industrialisierung als Veränderung und Aufgabe begriffen hatte, statt. Daneben werden auch Überlegungen hinsichtlich möglicher Folgen für die Kirche einerseits und die Arbeiter andererseits, die aus der zutage getretenen Haltung der Pfarrer erwuchsen, angestellt. Die Pfarrberichte enthalten eine Fülle an Informationen, die nach dem Konsistorialerlass von 1855 in verschiedene Abschnitte untergliedert sind.[1] Zunächst wird die Ausgangssituation, wie sie in den Pfarrberichten geschildert wurde, dargestellt. Daran schließt sich die Schilderung der allgemeinen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Gemeinde, die der politisch-sittliche Lebensweise, die des Gottesdienst- und Abendmahlsbesuchs und der damit verbundenen Frömmigkeitskultur an. Ferner werden die Bemerkungen hinsichtlich der Einstellung der Gemeindeglieder zur Sonntagsfeier und zum Pfarrer betrachtet. Als weitere Gesichtspunkte werden die Aussagen des Pfarrers zum Familienleben und Lebenswandel, zur Kinderzucht, zur ledigen Jugend sowie zur Zusammenarbeit mit dem Schultheißen und den bürgerlichen Kollegien betrachtet.

In Cannstatt gab es bereits im 19. Jahrhundert zahlreiche Maßnahmen der allgemeinen Wohlfahrt. Sie fanden auch in den Pfarrberichten ihren Niederschlag, wobei sie sinnvollerweise eine eigenständige Betrachtung erfahren. Dazu werden ergänzend zu den Pfarrberichten Festschriften, Rechenschaftsberichte sowie „Wegweiser“ betrachtet. In Cannstatt gab es neben Elementen traditioneller Armenpflege bereits viele unterschiedliche Hilfsangebote. Diese Angebote, die in den Bereichen der Kinder-, der Armen- und Kranken-, der Jugend-, der Volks- und Arbeiterfürsorge sowie des sozialen Wohnungsbaus angesiedelt waren, werden wiederum in Hinblick auf Hilfen für Arbeiter untersucht. Ein Zwischenergebnis rundet die Fallstudie ab.

Die den Quellen entnommenen Informationen zeigen, dass die evangelische Kirche in Württemberg die Aufgabe, die ihr durch die Industrialisierung gestellt wurde,

---

[1] Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 10. Vgl. auch: Kap. 3 und 7.2. dieser Arbeit.

nicht als solche begriffen hat. Im Untersuchungszeitraum fehlte es nicht an Initiativen zum Wohle der Arbeiter. Diese wurden jedoch von staatlichen oder privaten Initiativen in der Mehrzahl von kirchennahestehenden aber zugleich kirchenunabhängigen Institutionen ausgeübt. Die Kirche als Institution schuf keine greifbaren Unternehmungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Haltung der Kirche und der Mehrzahl ihrer Vertreter zur Arbeiterschaft war einerseits gleichermaßen negativ wie vorurteilsbehaftet, andererseits durch ein überkommenes Gesellschaftsbild geprägt. Hinzu kam das bedingungslose Vertrauen auf den Staat. Problematisch war die unreflektierte Übernahme allgemeiner Vorurteile und Klischees, die tatkräftige Maßnahmen wie auch Erkenntnisse verhinderte. Insbesonders das Festhalten an überkommenen ethischen und allgemeinen Denkmustern sowie dem ständischen Gesellschaftsbild erwies sich als hinderlich im Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel. Deshalb konnte eine Statik entstehen, die mit der Dynamik des Industrialisierungsprozesses nicht Schritt halten konnte. Die industrialisierungsbedingten Veränderungen wurden nicht in ihrem Kern erkannt, vielmehr durch altbewährte Muster erklärt, was zu fatalen Fehleinschätzungen führte. Ferner wurden der Sittenverfall, die Unzucht sowie Entkirchlichung bzw. Entchristlichung als Erklärung für die soziale Not gegeben. Diese Erklärungsversuche fußten auf dem in Württemberg vorherrschenden pietistischen Gedankengut, das den Neuerungen industrieller Natur weitestgehend ablehnend gegenüber stand. Dieses ganze Bündel an Faktoren wie auch die darin enthaltene Statik verhinderten, dass auch weitsichtige Männer, ihre Konzeptionen weder weiterentwickeln noch gesellschaftlich etablieren konnten.

Infolgedessen sorgten sich andere Stellen um das Wohl der Arbeiter. Die Kirche hielt vielmehr daran fest, ihre Hauptaufgabe in der Sorge für Alte und Kranke sowie im Bereich der Seelsorge zu sehen.

Zwar ließ sich ein Versäumnis der evangelischen Kirche als Institution erkennen, aber dessen ungeachtet gab es auch in kirchlichen Kreisen gute Ansätze, die jedoch nicht weiterverfolgt worden waren. Durch die Statik gingen nicht nur Mitarbeiter, sondern auch Gemeindeglieder verloren, die nicht in das überkommene Weltbild der Kirche und ihrer Pfarrer passten.

Infolge der kirchlichen Versäumnisse im 19. Jahrhundert, insbesonders auch durch die unpassenden Predigten und die fehlenden Hilfsangebote, verlor die Kirche den Kontakt zu den Arbeitern und damit ebenso den Einfluss auf sie. Vielfach bestand

seitens der Arbeiter eine Tendenz zur Sozialdemokratie mit ihrem sozialen Netzwerk, wenn auch nicht zu deren Atheismus. Dabei war besonders gravierend, dass die Kirche als solche kein funktionierendes Vereinswesen aufbauen konnte, wenn auch Cannstatt einer der wenigen württembergischen Orte mit einem grundsätzlich funktionierenden Vereinswesen war. Dabei wurden jedoch alle Initiativen in der Regel durch Einzelpersonen getätigt. Von ihrer Passivität konnte sich die Kirche schließlich erst nach 1918 befreien.

Die Folge aus dieser ganzen Situation für die Arbeiter war das Gefühl der Verlassenheit. Daraus ergab sich nicht nur eine Enttäuschung, sondern auch ein gewisses Maß an Gleichgültigkeit gegenüber Religion und institutionalisierter Kirche. Aus diesem Grund gingen die Arbeiter vielfach zur Kirche auf Distanz und wandten sich halbstaatlichen, bürgerlichen und in geringerem Maße sozialdemokratischen Hilfsangeboten zu. Ein Teil der Arbeiter orientierte sich in Richtung Sozialdemokratie und Freidenkertum, womit sie zunächst für die Kirche verloren waren. Nachdem in Württemberg keine große Zahl an Kirchenaustritten bemerkbar war, haben sich die Arbeiter vermutlich in eine Passivität zurückgezogen. Erklärbar wurde diese Reaktion dadurch, dass die Arbeiter nicht vom Christentum, sondern von der Institution Kirche enttäuscht waren.

Insgesamt gesehen hatte sich das Thema als sehr vielseitig, aber auch noch mit vielen unbearbeiteten Forschungsbereichen behaftet gezeigt. Zahlreiche Ansatzpunkte für weiterführende Studien zeigten sich dabei. Vermutlich werden sich letztlich nur im Zuge interdisziplinärer Studien weiterführende Erkenntnisse gewinnen lassen.

Abstract

In this thesis some aspects in view of the relationship of the Protestant Church of Wuerttemberg to industrialisation shall be considered. In connection with the case study on Cannstatt the analysis shall prove on the one hand the proposition that the Protestant Church did not understand industrialisation as an assignment. On the other hand, the questions shall be answered as to what consequences have resulted from this inaction not only for the Church but also for the labour.

Wuerttemberg as a whole comprised a sizeable area after 1806 at the latest which was composed of various regions and landscapes with different traditions and natural conditions. These factors have been very relevant for the process of industrialisation.

As this subject is most complex, it is indispensable to give background information on various viewpoints of the overall problem. It is therefore necessary to outline economic and social elements and ecclesiastical factors. The territorial aspect in this study is restricted to the area of Stuttgart - Cannstatt. The study comprises the time period between 1850 and 1914.

The complexity of the subject is primarily revealed when considering the research situation. Since no special research is available on this subject, it has been necessary to designate the most important research work from adjacent areas. In this research overview, relevant aspects of research on individual partial aspects will be surveyed briefly. But for sections of the subject, research gaps presently exist. In these areas, older literature denotes the current state of research. But only a selection of the most important work is always presented.

For this study, the sources are important as well. Contemporary writings are used which reflect the opinion of individuals. Moreover, journals, *"Oberamtsbeschreibungen"* [a series of books in which all larger administrative districts of the Kingdom of Wuerttemberg have been described ex officio by regional and cultural studies], annual reports, statements of accounts, commemorative publications, official guides and lists were used. Especially important for the case study are the parish reports and parish descriptions of Cannstatt received.

The paper is divided into four parts. In the first part the economic and social factors are discussed. Subsequently some aspects from the ecclesiastical environment are examined which are relevant for the subject. Then, in the third section, the factors

of social work, at first in Stuttgart and subsequently by means of selected magazines and congresses shall be discussed. Finally, in the fourth section, the case example Cannstatt with the contemplation of the corresponding parish reports as well as local charity measures is treated.

At first, the course of industrialisation in Wuerttemberg between 1850 and 1914 shall be traced in the first part of the paper. Initially, the starting point and industrial rise shall be addressed. After this anticipation, the initial situation and the break connected with the start of industrial production shall be named. Other subjects are the trade regulations of 1828, accession to the tariff union, a new crisis as well as the trade promotion.

Apart from the general course of industrialisation in Wuerttemberg, the paper also denominates the particularities of industrialisation in Wuerttemberg. This included at first the gavelkind and growth of population, the textile industry as a leading branch, and technological backwardness as well as inhibiting factors of industrialisation, and their overcoming. Moreover, it had been characteristic for Wuerttemberg that there had been a change in the opinions on industrialisation as a result of which an upswing occurred. Moreover, as another peculiarity the lack of raw materials and energy as well as the resulting consequences are discussed. Furthermore, special conditions existed in Wuerttemberg concerning the traffic routes and sale of goods as well as with respect to the capital market. In concluding the presentation of the Wuerttemberg's industrialisation it is attempted to explain its success.

Wuerttemberg has been an ample country where industry established by concentrating on certain main points. In this connection, the general distribution factors, the trade groups in early industrial time as well as the trade groups and locations after 1850 have to be specified. These illustrate the change occurred in this country. Moreover, general location factors as well as the industrial main areas in the Greater "Middle Neckar" Region have to mentioned.

In direct connection with industrialisation, the attitude of individual factory owners towards their workers and their social situation seem to be of particular relevance. The general idea of man of the employers with respect to their workers as well as the business partriarchalism and its motivation will be addressed here. Finally, the social entrepreneurship in the Greater Stuttgart Region will be discussed using examples such as Gotthilf Kuhn, Louis Elsas, Robert Vollmoeller, Paul Lechler, Robert Bosch, and social entrepreneurs from Esslingen.

The first main part is terminated by information on industrial workforce. With respect to general living conditions, the standard of living, the housing situation, the household equipment, nutrition but also possibilities of help for self-help as well as workers' education, social democracy, trade union and moving away from churches will be addressed. As a second component, the working conditions will be presented. In this context, at first the wage, sideline and family income, female and child labour, physical and psychic stress were important. In addition, remarks on social insurance and workers' protection legislation as well as lifetime wage curve and age are made.

In the second main part the subject area of "Church" is in the focus of presentation. In order to understand the special situation of the Protestant Church in Wuerttemberg, it is convenient to outline the formal-organisational structure of the Landeskirche [regional church] which gives an insight in the network of church leadership and subordinate authorities. At first, some remarks on the character of the church will be made, followed by remarks on the organisation of the church up to 1800, on the change in the time period between 1803/06 and 1818, as well as its organisation in the time period between 1819 and 1848. Finally, the changes within the course of reorganisation in the years 1848 - 1890 as well as the church reform and the end of the summepiscopate are discussed.

Of interest has also been the attitude of selected church authorities regarding social issues insofar as they have been treated at all. For this, the subject-matters of negotiations of the protestant state synod and the issues of the diocesan synod are considered. In this context, also pietism, which occurred in Wuerttemberg, had to be treated as well.

In Wuerttemberg, pietism played an important role within the Protestant Church of Wuerttemberg at the latest since the middle of the 19th century. Since the church's attitude towards the general public was in many cases penetrated by pietistic elements, it is sensible to discuss the main features of this movement. At first, general development lines in pietism are described. This includes, among a definition, also a brief consideration of the most important figures and characteristics. To be mentioned are Johann Arndt and its work, the reformed pietism, Philipp Jakob Spener and August Hermann Francke, the radical pietism, as well as Nikolaus Graf von Zinzendorf and the Moravian Church.

The Wuerttemberg pietism represents a special peculiarity within the total movement. Moreover it has been most significant for the Wuerttemberg regional church to an extent as it has not been the case in any other regional church. Therefore, the most important aspects of the Wuerttemberg pietism will be addressed. Starting from the beginnings in the 17th century, the most important aspects of the work of Johann Albrecht Bengels and Christoph Friedrich Oetingers as well as of the Wuerttemberg community will be shown.

For completion as well as for full understanding at the same time it seems necessary to describe some factors of the pietistic world of thought and ethics. A basic element of pietism has been the pietistic religiousness the features of which are briefly outlined in order to explain the views on the world prevailing there. Associated with it is the attitude of pietism towards working environment which is likewise described.

The focus of examination is the question regarding the attitude of the Protestant Church towards industrialisation. It can be seen in direct connection with the social question since both ranges of topics affect each other. At first, different contemporary opinions on the social question and on labour force shall be examined regarding the points of view contained. In detail, the position of the church regarding the labour question in general and the tasks of the church generally recognised towards the working class shall be considered. In addition, the position of the church regarding social democracy, the change of attitudes occurred around 1900, as well as the recognisable possible reasons of alienation between church and labour force are shown.

In the 19th century the social question has been a complex problem requiring varied solutions. The Protestant workers' associations important also in Wuerttemberg were an example for a practical attempted solution. At first, the formation of the Protestant workers' and female workers' associations and their general associations shall be shown. Finally, an appraisal of the Protestant workers' associations within the meaning of an overall evaluation shall be attempted.

Social work thrives of and with people. Therefore, three important Protestant personalities carrying out social reform work shall be introduced by way of example. At first, Johann Hinrich Wichern and the Inner Mission are considered in general with regard to the social question. These statements are completed by an overview of Wichern's fundamental ideas on the Inner Mission and the social question.

Moreover, the practical form of these ideas as it showed itself in the 19th century is reported. Finally, the efforts of Wichern and the Inner Mission shall be briefly appreciated. Subsequently, two Wuerttemberg inhabitants are examined who in their own specific way have approached the workers' problems. At first, the views of Sixt Karl Kapff on the social question have to be considered, followed by Gustav Werner with its attempt of a Christian industry. Finally, evaluation of these efforts and an intermediate result on the overall complex form the conclusion of the second main part.

In the 19th century industrialisation and social question were inseparably linked. Therefore, the environment of the social question is in the focus of the third main part. Since the term "social question" was equally concrete and abstract, a consideration of different associated viewpoints within the meaning of a limitation of the definition is reasonable.

In occidental christianity the concern for the poor and vulnerable has a long tradition. In the 19th century workers were generally counted among the poor which is why they received offers of help within the scope of general charity. In Stuttgart as the centre of Wuerttemberg already in the 18th century there have been offers of help for various addressees. They are presented in an overview with a differentiation in terms of time taking place.

Within the scope of description of the initial situation in the 18th century, apart from the initial position, first initiatives and the "Private Company of Voluntary Friends of the Poor" and their child and youth welfare is addressed. Added to this is the consideration of further early social welfare measures as well as an evaluation of these initial measures.

With accession to the throne of William I., and the famine in 1816 there was again a need for action to counteract the poverty and distress of the population. The measures taken at that time occurred within the scope of first beginnings of a regular charitable work. Primarily examples, aimed at the lower classes of the people among which also the workers were counted, from the fields of national welfare, national education, child and youth welfare as well as help of the sick are addressed here.

In the time period between 1848 and 1914 there was a plurality of new foundings which were already differentiated according to addressees. Therefore, offers are addressed in this period of time which considered above all the labour force as a tar-

get group. These offers are illustrated by numerous examples from the fields of child welfare, youth welfare and advanced training, help for the sick and disabled, national and workers' welfare, social housing as well as popular mission.

In the 19th century different possibilities of an approach to the subjects of workers-industry-social care existed with magazines representing a welcome means. After a brief outline on the history of magazines, selected Christian and early professional magazines on social work shall give examples for the preoccupation with this subject. Particularly illustrative seem to be here "Der Christenbote" [Christian Messenger] as a Christian magazine, the "Blätter für das Armenwesen" [Sheets for Poor Relief] as one of the first social professional magazines, and the "Christliche Welt" [Christian World] as Protestant-Lutheran church magazine. All so-called magazines are examined on a random basis in view of the question regarding the attitude of the Protestant Church towards aspects of industrialisation.

Another and equally interesting possibility of preoccupation with the social question were congresses. The discussions held there provide insight into the views prevailing at the time. Congress documents and reports will therefore be considered in extracts. At the "Bonn Conference of Employers" (1870) apart from the general lecture the lecture on workers' homes, the discussion on the foundation of a journalistic voice and the organisation of the initiated connection of employers as well as the lecture by Stumm on the disabled among workers are examined. Subsequently, an evaluation of this conference is made.

Another example for treatment of the subject of workers has been the "Protestant Social Congress" (ESK). Apart from a brief outline of the history of origin, considerations within the scope of negotiations on the social question and on the question of the labour organisation are presented by way of an example. Likewise the attitude of the ESK on social democracy as well as the viewpoint with respect to the social tasks of pastors are described. Finally, an evaluation of the work of the congress observed is made here as well.

Contrary to the theoretical orientation of the work of the ESK, the "Free Church Social Conference" (FKSK) was orientated more practically. The context of creation is very interesting here and will therefore be briefly reported. For conveying the ideas and operation of the FKSK, selected lectures on the question of ineffectiveness of protestantism in society, the contemporary ecclesial-social idea and the tasks of theology at that time, of an own socio-political theory as well as its neces-

sity regarding the christian-social labour movement shall be addressed. Moreover, for illustration of the work of FKSK, the lectures on the limitation of the definition of the Christian labour movement and the significance of the Christian community for life and the conclusions resulting from it for its work are still presented. An evaluation of the work of the FKSK as well as an intermediate result complete the third main part.

In the centre of the fourth main part is Cannstatt near Stuttgart. Due to its proximity to the Stuttgart residence and due to its significance as an industrial location, Cannstatt was virtually predestined as a case example for the present study. Moreover, with the parish descriptions and the parish reports an excellent source existed for Cannstatt and the local Protestant community. On this basis, insights into the attitude of the local pastors on industrialisation and the changes resulting therefrom could be gained. Cannstatt, in the 19th century, experienced a sustainable development into an industrial location. At first, the necessary historical backgrounds of Cannstatt's development from vinter's village to an industrial location are outlined. To begin with, the initial situation and first beginnings of industry in and around Cannstatt will be examined. In the course of railway construction profound changes also occurred in Cannstatt which will be described together with subsequent industrialisation and other driving forces. In the parish reports numerous different aspects are discussed which require a consideration of the everyday life as well as local representation of interests and social democracy. The historical overview ends with the union with Stuttgart which is equally the end of Cannstatt's independence.

Following the historical overview, the parish reports shall be analysed. Information on the attitude of the pastors concerning industry and labour force shall be obtained here. This examination is primarily made in light of the question whether the church has understood industrialisation as a change and task. Apart from that also considerations will be made with respect to possible consequences for the church on the one hand and the workers on the other hand which have arisen from the pastors' attitude emerged. The parish reports contain a wealth of information which pursuant to the Consistorial Decree of 1855 are subdivided into different sections.[1] At first, the initial situation as it has been described in the parish reports is presented. This is followed by the description of the general economic and social con-

[1] Cf. Stuttgart Archive of the Regional Church. Repertories. Inventory A 29 Parish Descriptions. Parish Reports (1999), p. 10. Cf. also: Chap. 3 and 7.2. of the present paper.

ditions within the community, that of the politic and moral living, that of church service and the Lord's Supper attendance, and the associated piety culture. Moreover, the remarks concerning the attitude of parishioners towards Sunday Worship and the pastor are considered. As further points of view, the statements of the pastor on family life and moral conduct, on the raising of children, on unmarried youth as well as on co-operation with the mayor and the civil councils are considered.

In Cannstatt already in the 19th century there have been numerous measures of general welfare. These were also reflected in the parish reports where they are considered independently as is reasonable. For this purpose, in addition to the parish reports, commemorative publications, statements of accounts as well as "guides" are considered. In Cannstatt apart from elements of traditional poor relief already many different offers of help existed. These offers from the areas of children, poor, sick, youth, national and labour welfare as well as social housing are examined in turn concerning help for workers. An intermediate result completes the case study.

The information taken from the sources shows that the Protestant Church in Wuerttemberg did not understand the task assigned to it by industrialisation as such. In the time period examined there was no lack of initiatives for the good of the workers. But these were exercised by State and private initiatives, in the majority by institutions close to the church but independent of the church at the same time. The church as an institution did not establish any concrete activities for improvement of the social situation of the workers.

The attitude of the church and the majority of its representatives on the labour force was on the one hand equally negative as prejudiced and on the other hand characterised by a conventional image of society. Added to this is the unconditional confidence in the State. A problem was the unreflected assumption of general prejudices and stereotypes which prevented energetic measures and cognitions. In particular adherence to conventional ethical and general patterns of thought as well to the society of estates proved to be cumbersome when dealing with social change. Therefore a static could develop which could not keep up with the dynamics of the process of industrialisation. The changes due to industrialisation were not recognised in their essence but rather explained by well-tried patterns leading to disastrous misjudgements. Furthermore, moral decline, bawdiness and moving away from churches and/or de-christianisation were given as an explanation for social hardship. These explanations were based on the pietistic body of thought prevailing

in Wuerttemberg which largely opposed the innovations of an industrial nature. This whole range of factors as well as the static contained therein prevented that even far-sighted men could neither develop further nor socially establish their concepts.

Consequently, other bodies were concerned about the workers' welfare. The church rather continued to see its main task in the care for the old and sick people as well as in the realm of pastoral care.

An omission of the Protestant Church as an institution could be recognised but nevertheless good approaches existed also in church circles which, however, were not pursued. Due to the static not only staff but also parishioners got lost who did not match the conventional world view of the church and its pastors.

Due to the failures by the church in the 19th century, in particular also due to the inappropriate preaching and lacking offers of help, the church lost the contact with the workers, and thus also the influence on them. In many cases, there was a trend towards social democracy with it social network among the workers albeit not to its atheism. Particularly serious was the fact that the church as such could not build up a working system of associations even if Cannstatt had been one of the few places in Wuerttemberg with a basically working system of associations. But all initiatives generally originated from individuals here. The church could free itself from its inaction only after 1918.

The consequence from this whole situation for the workers was the feeling of abandonment. This did not only result in disappointment but also in a certain degree of indifference towards religion and institutionalised church. Therefore, the workers often distanced themselves from the church and turned to semi-public, civil and to a lesser degree social-democratic offers of help. Part of the workers moved in the direction of social democracy and free-thinking so that they were lost for the church for the time being. Since in Wuerttemberg there was no large number of people leaving the church, the workers have probably retreated to inaction. This reaction was explicable by the fact that the workers were not disappointed by christianity but by the church as an institution.

In total, the subject had proven to be very versatile but also be afflicted with still many untreated fields of research. Many starting points for further studies have arisen here. Further findings will probably be gained here only within the course of interdisciplinary studies.

1. Einleitung

Württemberg als Ganzes gesehen umfasste bereits im 18. und 19. Jahrhundert ein ansehnliches Gebiet. Darin waren nicht nur verschiedene Regionen und Landschaften vertreten, sondern auch die unterschiedlichsten Traditionen und natürlichen Gegebenheiten. Diese ganzen Umstände spielten auch eine maßgebliche Rolle innerhalb des Industrialisierungsprozesses. In der Neuzeit gab es keinen anderen Veränderungsprozess, der in Hinblick auf die Folgewirkungen für die gesamte Gesellschaft vergleichbar gewesen war.[1]

Das Thema „Evangelische Kirche in Württemberg und die Industriealisierung" betrifft gleichermaßen ein ungemein großes Bündel der unterschiedlichsten Faktoren. So müssen neben den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Elementen ebenso kirchliche Faktoren Beachtung finden. Der räumliche Aspekt findet bei dieser Studie hingegen seine Begrenzung im Bereich Stuttgart - Cannstatt. Nachdem sich der zeitliche Rahmen durch den allgemein angenommenen Beginn der Industrialisierung in Württemberg um 1855[2] und dem Ende des Königreichs Württemberg mit dem Anfang des Ersten Weltkriegs 1914 ergaben, war eine themenzentrierte Gliederung angebracht.

Die Komplexität der Thematik offenbarte sich an erster Stelle beim Blick auf die Forschungssituation. Eine speziell auf dieses Thema zugeschnittene Forschung gibt es bis in die Gegenwart nicht. Aus diesem Grund erscheint es angebracht, relevante Aspekte der Forschung zu den einzelnen Teilaspekten überblicksartig darzustellen. Bei Teilbereichen des Themas bestehen bis in die Gegenwart Forschungslücken, so dass lediglich ältere Literatur den aktuellen Forschungsstand illustrieren konnte. Andererseits gab es wiederum Teilbereiche, in denen eine sehr rege Forschungstätigkeit herrscht, weshalb dort auch wieder nur eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten vorgestellt werden kann.

Einem weiteren wesentlichen Faktor dieser Studie stellen die Quellen dar. Genauso wie sich in thematischer Hinsicht eine Mannigfaltigkeit und Heterogenität offenbart, so gilt dieser Gesichtspunkt auch in Bezug auf die Quellen. Für ein umfassendes Bild, das die Gesamtproblematik von mehreren Seiten beleuchten lässt, werden die unterschiedlichsten gedruckten und ungedruckten Quellen hinzugezogen. Besonders hervorzuheben und von größter Relevanz für diese Arbeit als die Fallstudie

---

1 Vgl. Lenger, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung (1849 – 1870er Jahre) ([10]2003), S. 31.

2 Vgl. Kap. 4.1. dieser Arbeit

sind die Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte der Stadt Cannstatt aus dem Landeskirchlichen Archiv Stuttgart. Diese und die anderen verwendeten Quellen werden selbstredend knapp skizziert und bewertet.

Die nachfolgende Studie befasst sich mit der Frage nach der Haltung der evangelischen Kirche Württembergs zur Industrialisierung einerseits, sowie andererseits mit ihren Reaktionen auf die dadurch entstandenen sozial-gesellschaftlichen Probleme und Veränderungen. Sinnvollerweise untergliedert sich die Arbeit in vier Abschnitte, die im gegenseitigen Rückbezug aufeinander stehen. Zunächst werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren erörtert. Der nächste Themenkomplex im zweiten Abschnitt befasst sich mit den Elementen aus dem kirchlichen Umfeld, die in Hinblick auf die Fragestellung relevant sind. Im Anschluss daran sollen im dritten Abschnitt die Faktoren sozialer Arbeit zunächst in Stuttgart, dann in Bezug auf ausgewählte Zeitschriften und Kongresse erörtert werden. Schließlich steht im vierten Abschnitt das Fallbeispiel Cannstatt mit der Betrachtung der dortigen Pfarrberichte, sowie der dortigen Wohltätigkeitsmaßnahmen an.

Zum Verständnis der im Rahmen der Fallstudie auftretenden Faktoren sind einige Hintergrundinformationen wichtig, die in schlaglichtartiger Weise dargeboten werden sollen. Zuerst soll im ersten Hauptteil der Arbeit der Gang der Industrialisierung in Württemberg zwischen 1850 und 1914 nachgezeichnet werden. Dabei gilt es vordergründig, die daraus resultierenden wirtschaftlichen Veränderungen, mit dem Schwerpunkt auf den Großraum Stuttgart nachzuzeichnen. In diesem Zusammenhang erscheint auch die räumliche Verteilung der Industrie im Großraum Stuttgart bzw. in Württemberg von Bedeutung. In direkter Verbindung mit der Industrialisierung erscheinen die Einstellung einzelner Fabrikherren zu ihren Arbeitern und deren soziale Lage von besonderer Relevanz. Dabei sollen auch eventuelle Sozialmaßnahmen, die manche Fabrikanten unternommen haben, Erwähnung finden. Dieser Themenkomplex steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft, die deshalb ebenso skizziert werden sollen.

Im zweiten Hauptteil steht der Themenbereich „Kirche“ im Mittelpunkt der Darstellung. Um die spezielle Situation der evangelischen Kirche in Württemberg zu verstehen, ist es zweckmäßig einen, wenn auch groben Überblick über den organisatorischen Aufbau der württembergischen Landeskirche zu geben. Eine Skizze des

formal-organisatorischen Aufbaus der Landeskirche soll einen Einblick in das Geflecht von Kirchenleitung und untergeordneten Stellen geben.

Dabei ist auch auf den Pietismus, der in Württemberg spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine maßgebende Rolle innerhalb der evangelischen Kirche Württembergs spielte, einzugehen. Der Pietismus ist eine sehr komplexe Bewegung, die sich nicht ohne weiteres erschließt. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, zunächst eine Begriffsbestimmung zu versuchen. Im Anschluss daran bietet es sich an, einen groben Überblick über die wichtigsten geschichtlichen Aspekte, sowohl der allgemeinen als auch der spezifisch württembergische Ausprägung des Pietismus zu geben.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage nach der Haltung der evangelischen Kirche zur Industrialisierung. Sie kann in direktem Zusammenhang mit der Sozialen Frage gesehen werden, da sich beide Themenkomplexe tangieren. Zunächst sollen unterschiedliche zeitgenössische Stellungnahmen zur Sozialen Frage auf die darin enthaltenen Sichtweisen untersucht werden. Darüber hinaus sollen Aspekte der Evangelischen Arbeitervereine, als Beispiel für einen praktischen Lösungsversuch für die wirtschaftlich-sozialen Problematik im Umfeld der Industriealisierung durch die Arbeiter skizziert werden. Schließlich sollen drei, für den Themenbereich Industrialisierung und Arbeiterfrage relevante, evangelische Persönlichkeiten vorgestellt werden. So soll das Engagement von Johann Hinrich Wichern, Sixt Karl Kapff und Gustav Werner als Beispiele für eine frühe sozialreformerische Tätigkeit evangelischer Männer dargestellt werden.

Die Industrialisierung war untrennbar mit der so genannten Sozialen Frage verbunden. Deshalb steht auch dieser Themenkreis im Mittelpunkt des dritten Hauptteils der Studie. Unter dem Begriff Soziale Frage wurde eine Fülle der unterschiedlichsten Faktoren subsumiert. Aus diesem Grund erscheint eine Erörterung mancher Gesichtspunkte im Sinne einer Begriffseingrenzung sinnvoll. Die Sorge um Arme und Benachteiligte hatte im Rahmen der christlichen Liebestätigkeit eine lange Tradition. Im 19. Jahrhundert wurden Arbeiter in der Regel zu den Armen gerechnet, so dass Initiativen zur Förderung ihrer Belange im Rahmen der Wohltätigkeit angesiedelt waren. Stuttgart war das Zentrum Württembergs, das sich während des 19. Jahrhunderts zur Industriemetropole wandelte. Aus diesem Grund erscheint die Betrachtung der hiesigen Unternehmungen sozialer Wohltätigkeit mit besonderem Augenmerkt auf solche für die Arbeiter, von besonderem Interesse.

Bereits im 19. Jahrhundert gab es unterschiedliche Herangehensweisen an den Themenkreis Arbeiter-Industrie-Soziales. Anhand von ausgewählten christlichen und frühen Fachzeitschriften zur sozialen Arbeit sollen Beispiele für die Befassung mit dieser Thematik gegeben werden. Als besonders illustrativ erschienen in diesem Zusammenhang „Der Christenbote“ als christliche Zeitschrift, die „Blätter für das Armenwesen“ als eine der ersten sozialen Fachzeitschriften und die „Christliche Welt“ als evangelisch-lutherisches Gemeindeblatt. Alle genannten Zeitschriften werden hinsichtlich der Frage nach der Haltung der evangelischen Kirche zu Aspekten der Industrialisierung untersucht.

Eine weitere und ebenso interessante Befassung mit der durch die Industrialisierung bedingten sozialen Problematik stellten Kongresse dar. Die dabei geführten Diskussionen sollen anhand ausgewählter Kongresse in Auszügen betrachtet werden. In diesem Zusammenhang wurden neben Kongressdokumenten auch entsprechende Berichte hinzugezogen, die Einblicke in die verhandelten Gegenstände geben. Alle verwendeten Materialien sollen in komprimierter Form analysiert werden.

In Württemberg war Cannstatt bei Stuttgart ein besonders wichtiger Industriestandort. Aus diesem Grund war gerade dieser Ort als Fallbeispiel für diese Studie prädestiniert. Als relevante Quellen für den Zeitraum einerseits, die Themenstellung andererseits, boten sich die Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte zu Cannstatt im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart an. Die darin enthaltenen Informationen werden durch Festschriften, Rechenschaftsberichte sowie „Wegweiser“ ergänzt. In einem ersten Teil werden die erforderlichen geschichtlichen Hintergründe von Cannstatts Werden vom Weingärtnerdorf zum Industriestandort skizziert. Im Anschluss daran soll, anhand der Analyse der Pfarrberichte, Aufschluss über die Haltung der Pfarrer hinsichtlich der Industrialisierung bzw. Arbeiterfrage gewonnen werden. Dabei soll insbesonders der Frage nachgegangen werden, ob die evangelische Kirche die Industrialisierung als Veränderung und Aufgabe begriffen hatte. Ferner sollen Überlegungen zu möglichen Folgen für die Kirche und die Arbeiterschaft angestellt werden, die sich aus der Haltung der Kirche zu dieser Problematik ergaben.

Eine eigenständige Behandlung im Rahmen der Fallstudie erfährt der Bereich der Wohlfahrt. Wie für die Stadt Stuttgart sollen auch für Cannstatt anhand der Quellen Einrichtungen benannt werden, deren vordergründige Aufgabe die Sorge um das Wohl für die arbeitenden Klassen war. Nachdem die Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert zu den Armen gerechnet wurde, bewegt sich dieser Teil der Darstellung im

Bereich der Armen- und Wohlfahrtspflege. Die Grenzen zwischen sonstigen Armen und Arbeitern waren in der Regel fließend, was mit der grundsätzlich schlechten wirtschaftlichen Situation der Arbeiterschaft zusammenhing. Aus diesem Grund lassen sich die Maßnahmen nicht klar voneinander abgrenzen, so dass teilweise auch solche Angebote angesprochen werden, die in den Bereich der allgemeinen Armenpflege fielen.

Den Abschluss der Gesamtuntersuchung bildet eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Einzelbereiche. Darüber hinaus soll Aufschluss darüber gegeben werden, wie die evangelische Kirche im Allgemeinen zur Industrialisierung stand. Außerdem soll auf Grundlage der gewonnenen Informationen aus der Fallstudie eine Antwort auf die Frage versucht werden, ob die evangelische Kirche in der Lage gewesen war, die der Industrialisierung innewohnende Problematik in ihren gesamten Dimensionen zu erkennen. Daran schließt sich der Beleg für die These an, dass die evangelische Kirche in Württemberg die Industrialisierung im 19. Jahrhundert als Veränderung und Aufgabe nicht begriffen hat. Schließlich soll die Frage nach den Folgen für die Kirche und die Arbeiterschaft beantwortet werden.

Eine Schlussbemerkung rundet die Studie ab und soll Anregungen zu möglichen weiteren Untersuchungsbereichen und Forschungsdesiderien in diesem kontextuellen Umfeld geben.

2. Zur Forschungslage

Jede Auseinandersetzung mit einem speziellen Thema setzt zugleich eine Befassung mit der relevanten Forschung zu diesem Bereich voraus. Im Falle dieser Studie müssen sehr weitgestreckte, vielfältige Themenkomplexe berücksichtigt werden, die im Rahmen dieser Arbeit tangiert werden. Zum Thema „Die evangelische Kirche während der Industrialisierung“ gehören nicht nur Arbeiten zur Sozialen Frage, sondern ebenso Forschungen zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft. Der Umfang der berührten Forschungsfelder bedingt, dass keine Details, die in einem speziellen Forschungsbericht genannt werden würden, berücksichtigt werden können. Ebenso kann nur eine Auswahl aus der zahlreichen Forschung getroffen werden, die ebenso Rücksicht auf ältere Arbeiten nimmt, die mitunter bis in die Gegenwart wichtig sind.

Die Kirche ist ein elementarer gesellschaftlicher Faktor. Aus diesem Grund wurden im Verlauf der letzten 200 Jahre verschiedentlichste Forschungen hinsichtlich des Verhältnisses der evangelischen Kirche einerseits zum Staat, andererseits zur Gesellschaft durchgeführt.[1] In diesem Zusammenhang lag das Forschungsinteresse im Wesentlichen auf zwei Bereichen, die als die hauptsächlichsten wie auch die bedeutsamsten Probleme der Zeitspanne zwischen 1870 und 1914 angesehen wurden.

Ein Forschungsschwerpunkt bildete die Verbindung zwischen Kirche und Staat.[2] Trotz der Bedeutsamkeit dieses Aspekts, gerade in Hinblick auf die Soziale Frage, konzentriert sich das Forschungsinteresse nach wie vor vordergründig auf die Zeit nach 1918. Dabei stehen vor allem die Wirkung der republikanischen Staatsform auf die landesherrlich gebundenen Kirchen wie auch das „Spannungsverhältnis zwischen Kirche und Nationalsozialismus mit vorrangigem Gewicht auf dem Problem der Bekennenden Kirche“[3] im Mittelpunkt des Interesses.[4]

Das zweite Problem war zwar weniger aufsehenerregend, enthielt dennoch eine kaum weniger bedeutungsvolle Problematik. Die Kirche war durch den Industrialisierungsprozess und die dadurch bedingten sozialen Folgen in eine Verantwortungsrolle genötigt worden, der sie von ihrer althergebrachten Basis her nicht ge-

---

1 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 205.

2 Dieses Thema wurde z. B. bei Thier, Die Kirche und die soziale Frage (1950), S. 92; Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 111 – 113 problematisiert.

3 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 205.

4 Beispiele sind: Nowak, Evangelische Kirche und Weimarer Republik (1981); Greschat, Die Schuld der Kirche (1982); Ders., Zwischen Widerspruch und Widerstand (1987); Brakelmann, Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/1934 (2010); Stegemann (Hrsg.), Kirche und Nationalsozialismus (^{2}1992).

recht werden konnte. Als Ursache ist die direkte Verbindung zwischen Kirche und Staat auszumachen, die auch unter dem Schlagwort der symbolischen Verkettung von „Thron und Altar“ bekannt geworden ist.[5] So zeigten sich Reibungen zwischen der Kirche und der Obrigkeit einerseits, wie auch der Kirche und der Industriearbeiterschaft andererseits. Zwar war die christlich-soziale Bewegung eigenständig, aber aufgrund der ganzen Problemkonstellation in Bezug auf die Beeinflussung der Arbeiter wirkungslos. Dieser Problembereich wurde ebenfalls rege erforscht. Nicht nur Quellensammlungen[6] sind das Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Ebenso sind neben Gesamtdarstellungen[7] zu sämtlichen Problemlagen des Forschungskomplexes Monographien über bedeutsame evangelisch-soziale Persönlichkeiten[8] erschienen.[9] Dabei handelte es sich vordergründig um Arbeiten, die sich wiederum mit politischen bzw. verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten hinsichtlich der Beziehung zwischen Amtskirche und Staat befassen. Als Ergebnis dieser Studien hat sich gezeigt, dass sich die Amtskirche jedoch „eher abwartend verhalten und den Konflikt mit der staatlicherseits eingeschlagenen Haltung gegenüber sozialer Not und politische-gewerkschaftlicher Organisation der Arbeiter gescheut“[10] hat. Diese Thematik wurde auf besonders wirkungsvolle Weise bei Pollmann „Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage“ behandelt.[11]

Nicht nur das Problem des Verhältnisses von Kirche und Staat wurde thematisiert, sondern auch einzelne Organisationen und Institutionen. Besonders im Interesse der

---

5 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 209. Vgl. auch: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 101 bezogen auf Adolf Stoecker.

6 Kupisch, Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871 bis 1945 (1960); Schraepler, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. Bd. I: 1800 – 1870 (1955); Ders., Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. Bd. 2: 1871 bis zur Gegenwart (^{3}1996); Brakelmann; Jähnichen, Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. (1994).

7 Thier, Die Kirche und die soziale Frage (1950); Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964); Friedrich, Sozialer Protestantismus im Vormärz (2001); Kaiser; Herrmann (Hrsg.), Evangelische Kirche und sozialer Staat (2008)

8 Z. B. zu Johann Hinrich Wichern: Sturm, Sozialstaat und christlich-sozialer Gedanke (2003); Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission. 2 Bde. (1948). Zu Viktor Aimé Huber: Paulsen, Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker ^{2}1956. Zu Friedrich Naumann: Heuss, Friedrich Naumann (1937; ^{2}1949); Göggelmann, Christliche Weltverantwortung, zwischen Sozialer Frage und Nationalstaat (1987.). Zu Gustav Werner: Wurster, Gustav Werner Leben und Wirken (1888); Bartel, Gustav Werner (1990).

9 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 206 f.

10 Ebd., S. 206.

11 Vgl. Pollmann, Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage (1973); Ders., Soziale Frage, Sozialpolitik und evangelische Kirche 1890 – 1914 (1996), S. 41 – 56; Kaiser, Politischer Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert (2008); Ders. (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat (1996); Ders. (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive. (1998). Immer noch bedeutungsvoll ist Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962). Vgl. auch: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 206.

Forschung standen bedeutungsvollere Unternehmungen, wie der Evangelisch-Soziale Kongress[12] oder der Centralausschuß für Innere Mission.[13]

Sowohl das Spannungsfeld von Kirche-Staat als auch das von Kirche-Sozialer Frage-Arbeiterschaft behandelt Gert Lewek in der biographischen Würdigung eines herausragenden, sozialreformerisch tätigen Mannes.[14] Lewek zeigt am Wirken Ludwig Webers, einer der maßgeblichen Persönlichkeiten des Evangelisch-Sozialen Kongress und der evangelischen Arbeitervereine, auf, wie sich das Verhältnis der Kirche zur Sozialen Frage um 1900 gestaltet hat.

Aber auch schon die Zeitgenossen griffen den Fragenkomplex bezüglich des Themas „Sozialismus und Kapitalismus“ auf. Bedingt durch dieses Interesse „entfaltete sich ein reiches Spektrum von Einzelinitiativen, publizistischen und institutionalisierten Artikulationsversuchen, die sich seit der Mitte des Jahrhunderts zunehmend von konkreten Antworten auf soziale Mißstände und Notlagen zu prinzipiellen Auseinandersetzungen mit Sozialismus *und* Kapitalismus verlagern und die die im einzelnen höchst unterschiedlichen Begründungszusammenhänge auf eine Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und Deutungsmuster hin erweitern.“[15] Besonders Günter Brakelmann hat sich sehr eingehend mit der Behandlung dieses Themenkomplexes befasst. Einerseits geht er zwecks Annäherung an das Thema von Einzelpersonen aus, andererseits bildet die Behandlung dieser Problematik auf der Ebene der Kirchenleitungen und Synoden ebenso einen Ausgangspunkt.[16] Daneben liegen weitere, bemerkenswerte Forschungsleistungen in Monographien und Sammelbänden vor, die sich ebenfalls dem Verhältnis von Kirche und Sozialismus widmen.[17] Schließlich ist noch auf die Arbeit von Erkki I. Kouri[18] mit ihrer doppelten Zielsetzung hinzuweisen. Einerseits wird bezweckt, einen Überblick über die gesamte Forschung zu geben. Damit verbunden ist die Intention, „über die engere evangelisch-soziale Bewegung hinaus Ergebnisse der allgemeinen historischen Forschung zu dieser Zeit und insbesondere die sehr weit ausufernde

---

12 Kretschmar, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1972).

13 Talatzko, Der Central-Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche in der Kaiserzeit. In: Strohm; Thierfelder (Hrsg.), Diakonie im deutschen Kaiserreich (1871 – 1918) (1995), S. 206 – 228.

14 Lewek, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende (1963).

15 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 206. Die kursive Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

16 Brakelmann, Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert (1966); Ders., Kirche, soziale Frage und Sozialismus 1871 – 1914 (1977).

17 Z. B. Flammer (Hrsg.), Kirche und Sozialismus (1981); Kupisch, Kirche und soziale Frage (1963).

18 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1914 (1984).

sozialgeschichtliche Literatur“[19] zu berücksichtigen. Andererseits wurde die Einstellung der evangelischen Kirche in Hinblick auf die Soziale Frage in Relation zum „Beziehungsgeflecht Kirche in Staat und Gesellschaft gesetzt.“[20] Auf diese Weise kann die Verbindung zwischen der Beteiligung auf sozialem Gebiet und der herrschenden Kirchenverfassung, die die Grundlage für alle Bemühungen bilden musste, aufgezeigt werden.[21]

Die Forschung ist sich darüber hinaus weitgehend einig, dass der Themenkomplex Industrialisierung, Soziale Frage und deren vielfältigen Lösungsversuche als ein Problembündel zu verstehen ist, das im 19. Jahrhundert weder auf ein Land noch auf einen bestimmten Bereich der sozialen Wirklichkeit beschränkt war. Letzten Endes werden alle Lebensbereiche direkt oder indirekt davon betroffen. Umso größer ist der Mangel an länderübergreifenden, themenvergleichenden Studien zu empfinden. Besonders gravierend ist dieses Defizit in Hinblick auf spezielle Fragestellungen wahrzunehmen. Insbesonders hat sich ein Forschungsdesiderat in Bezug auf die Fragen „nach der Rolle von gläubigen Laien und Kirchen im 19. Jahrhundert, nach ihren theoretischen Antworten auf die soziale Frage, nach ihren Aktivitäten zur Linderung von Not und Elend und schließlich nach den christliche motivierten oder geprägten Organisationen der Arbeiterschaft“[22] aufgetan. Gerade weil in diesem Bereich bis in die Gegenwart eine Forschungslücke besteht, ist der Leistung der geringen Anzahl, der zu diesem Themenkomplex vorliegenden Spezialstudien, in höchstem Maße Anerkennung zu zollen.

Auf gesamteuropäische Ebene bezogen, bietet die Arbeit von Michael Fogarty[23] ausführliche Hinweise in Bezug auf die europäischen „christlich-sozialen Theorien, Parteien, Vereine und auch Arbeiterorganisationen“.[24] Problematisch sind jedoch die teilweise – auch auf die hier interessierende deutsche Beteiligung – deutlich zutage tretenden Ungenauigkeiten, sowie die mitunter fehlende Systematik und lediglich summarische Gegenüberstellung der Entwicklungsprozesse in den behandelten Ländern.[25]

---

19 Ebd., S. 207.
20 Ebd., S. 207.
21 Vgl. ebd., S. 207.
22 Schneider, Christliche Arbeiterbewegung in Europa (1986), S. 478.
23 Forgarty, Demokratie in Westeuropa, 1820 – 1953 (1959).
24 Schneider, Christliche Arbeiterbewegung in Europa (1986), S. 478.
25 Vgl. ebd., S. 478.

Daneben ist ferner eine Arbeit von Martin Greschat[26] herauszustellen. Sie unternimmt den Versuch, einerseits theoretische Erwiderungen auf die Arbeiterfrage wiederzugeben und andererseits die Entwicklungsprozesse der christlichen Arbeiterorganisationen im Zeitraum bis zum 1. Weltkrieg zu untersuchen. Die Untersuchung zeichnet sich in besonderer Weise aus, da es ihr gelingt, sowohl „ideen-, organisations- und sozialgeschichtliche Forschungsergebnisse als auch die Initiativen religiös geprägter Laien“[27] vor dem Ersten Weltkrieg zu betrachten.

Wie sich bislang schon gezeigt hat, gibt es eine zwar nicht übermäßig große, aber dennoch sehr beachtenswerte Forschungsdiskussion in Hinblick auf die Sichtweise der evangelischen Kirche bezüglich der Sozialen Frage. In Ergänzung zu den bereits genannten Arbeiten soll an dieser Stelle noch eine weitere Arbeit von Günter Brakelmann[28] Erwähnung finden. Darin thematisiert er die Relation der evangelischen Kirche zur Arbeiterbewegung.

Im Gegensatz zur katholischen Kirche ist es der evangelischen Kirche jedoch nicht gelungen, eine eigenständige Soziallehre zu entwickeln.[29] Dennoch wurden gewisse soziale Ideen vertreten, die teilweise sogar im Sinne einer Sozialethik gesehen werden können. An dieser Stelle sollen einige Hinweise zu diesem Forschungszweig angeführt werden. Dazu eignen sich wiederum am besten Überblicksdarstellungen. Im Rahmen des „Deutschen Handbuchs der Politik“ ist 1969 als dritter Band die „Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland“[30] erschienen. Die Darstellung fußt auf der Arbeit mehrerer Autoren. Damit wurde zu einem relativ frühen Zeitpunkt in der sozialgeschichtlichen Forschung, auf ein bis dahin bestehendes Desiderat reagiert. Bis 1965 war zwar eine ganz ansehnliche Zahl an Monographien erschienen, die sowohl die politische als auch die organisatorische „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in all ihren Ausprägungen“[31] behandelten, dennoch fehlte ein Gesamtwerk, „das über die Geschichte der sozialen Theorien umfassend und zuverlässig Auskunft geben würde.“[32] Besonders hervorzuheben ist dabei, dass weder

---

26 Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution (1980).

27 Schneider, Christliche Arbeiterbewegung in Europa (1986), S. 478.

28 Brakelmann, Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – einige Anmerkungen zur Geschichte ihres Verhältnisses bis 1933. In: Festschrift für Eugen Loderer zum 60. Geburtstag (1980), S. 99 – 109.

29 Für eine erste Orientierung über die Geschichte der Protestantismus in Deutschland, die auch Einblick in die Ideenwelt gibt, sind an erster Stelle folgende Werke zu nennen: Kupisch, Zwischen Idealismus und Massendemokratie (1955); Ders., Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert (1966; ^{2}1975).

30 Gottschalck; Karrenberg; Stegmann, Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (1969).

31 Grebing; Stegmann, Einleitung (1969), S. 1.

32 Ebd., S. 1.

an Quellenbezügen noch an Themenstellungen Einschränkungen vorgenommen wurden. Zunächst geben die Autoren einen Überblick über die Geschichte der Sozialen Frage sowie deren besonderen Ausprägung im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Als nächster Themenschwerpunkt wird die Ideengeschichte des Sozialismus in seiner spezifisch deutschen Ausprägung behandelt. Neben den Anfängen, noch vor dem Beginn der Industrialisierung, werden die Theorien, die zwischen Staatssozialismus und Klassenkampf lagen, dargestellt. Einen weiteren Aspekt bilden Leben und Werk von Marx und Engels sowie die vor dem Ersten Weltkrieg herrschende Marxismus-Diskussion. In diesem Zusammenhang wird auch der Richtungsstreit innerhalb der Sozialdemokratie Deutschlands, der in der gleichen Zeitspanne herrschte, angesprochen. Ferner werden Beiträge des Sozialismus zur Imperialismustheorie wie auch seine Ausprägung in der Zeit nach 1918/1945 erörtert. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Darstellung der katholischen Soziallehre von ihrer Frühzeit bis nach 1945. Dabei werden vor allem die Lösungsversuche zur Sozialen Frage, aber auch die gesellschaftliche Mitverantwortung diskutiert. Ebenso werden theologische Grundsatzfragen angesprochen. Eine weitere Komponente bildet die Geschichte der sozialen Ideen im Rahmen des deutschen Protestantismus. Neben einer Lokalisation der protestantischen Sozialethik, wurden die im 19. Jahrhundert vorherrschenden sozialen Auffassungen dargestellt. In diesem Zusammenhang werden die wichtigsten Vertreter der einzelnen protestantischen Gruppierungen mit ihren Programmen behandelt. Schließlich wird mit der Vermittlung der Gedanken zu sozialen Themenstellungen im Zeitraum zwischen 1918 und 1945 ein weiterer Aspekt protestantischer Sozialgeschichte angesprochen, wobei auch über 1945 hinausgegriffen wird. Abschließend wird die Entwicklung der Sozialethik im Allgemeinen für den Zeitraum nach 1945 behandelt. Dabei wurde nicht versäumt, die einzelnen Aspekte untereinander in Beziehung zu setzen. Die sowohl wissenschaftliche als auch politisch-pädagogische Konzeption[33] dieses Werks war in höchstem Maße wegweisend und bahnbrechend. Aus diesem Grund erlebte es nach dieser Erstausgabe weitere Bearbeitungen und Erweiterungen, die in mehreren Auflagen erschienen sind.[34]

---

33 Vgl. ebd., S. 1.

34 Euchner; Grebing (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (2000); Euchner, Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (^{2}2005).

Ebenfalls mit Aspekten der Geschichte der sozialen Ideen befasste sich Gerhard A. Ritter.[35] Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete die Feststellung, dass „(d)ie zentralen Begriffe der Diskussion sozialer Probleme und der Ideen über die richtige Ordnung der Gesellschaft, die die Entstehung der modernen Sozialpolitik vor etwa 150 Jahren bestimmten und ihre weitere Entwicklung wesentlich beeinflußten, […] auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts […] zurück(gehen)“.[36] Zur Darstellung dieses Entwicklungsprozesses behandelt er zunächst Armut und Arbeit im Rahmen der älteren Soziallehren. Im nächsten Schritt problematisiert er sowohl den Pauperismus als auch die Soziale Frage, um zur Herausbildung der Sozialstaatsidee im deutschen Vormärz zu gelangen. In diesem Zusammenhang werden auch die wesentlichen Grundzüge der Entstehung, Ausprägung wie auch der Geschichte des Sozialismus und Marxismus abgehandelt. Aufgrund der Bedeutung des Christentums in sozialer Hinsicht, stellen die christlichen Soziallehren einen weiteren Themenschwerpunkt dar. Dabei wird zunächst die römisch-katholische Soziallehre, die Eigenständigkeit für sich beanspruchen kann, besprochen. Danach wendet sich der Autor den sozialen Ideen und Sozialreformen innerhalb des deutschen Protestantismus zu. In diesem Zusammenhang werden nicht nur die maßgeblichen Protagonisten, sondern auch die allgemein verbindlichen Ideen behandelt. Den Abschluss bilden die bürgerliche Sozialreform und Sozialwissenschaft, die die Einflüsse der einzelnen Strömungen widerspiegeln.

Speziell mit Beiträgen zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert befasst sich ein von Klaus Tanner herausgegebener Sammelband.[37] Das Themenspektrum der einzelnen Beiträge reicht von Elementen der sozialprotestantischen Erfassung der kapitalistischen Veränderungen des 19. Jahrhunderts, über den Weg zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer bis hin zum Genossenschaftsmodell Raiffeisens. Ferner werden die Entstehung der sächsischen Evangelisch-sozialen Vereinigung, sowie Leben und Werk Victor Böhmerts behandelt. Weitere thematische Schwerpunkte sind sozialphilosophische Gedanken und Sozialstaatskonzeptionen protestantischer Theologen des 19. Jahrhunderts wie auch Aspekte der deutschen Nationalökonomie der Zeit. Ebenso werden die Genossenschaftsvorstellungen des liberalen Protestantismus anhand der Arbeit Viktor Aimé Hubers und Ottos von Gierke gewürdigt. Abgerundet wird der Band durch einen Beitrag zur Rolle Martins von

---

35 Ritter, Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (1988).

36 Ritter, Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (1988), S. 12.

37 Tanner (Hrsg.), Gotteshilfe – Selbsthilfe – Staatshilfe – Bruderhilfe (2000).

Nathusius im Kontext der freien Kirchlich-Sozialen Konferenz und der „Lösung“ der Sozialen Frage sowie zum Spannungsverhältnis zwischen korporativer Selbsthilfe und Staatshilfe. Der Sammelband illustriert eindrucksvoll die langwierige Suche nach Lösungen für soziale Probleme als deren Endpunkte die Sozialpolitik und die Sozialreform zu sehen sind. Diese Suche, an der unter anderem auch protestantische Christen beteiligt waren, nahm im 19. Jahrhundert ihren Ausgangspunkt. Es war ein ganz spezielles Milieu, das sich herausgebildet hatte und das quasi als Experimentierfeld für die theoretischen wie auch praktischen Schritte sozialer Hilfeleistung diente.

Nachdem zahlreiche Aspekte der protestantischen Sozialreform im Bereich des Pietismus und der Erweckungsbewegung beheimatet waren, erscheint es sinnvoll, auch hierzu einige Anmerkungen zum Forschungsstand zu machen. Als Überblicksdarstellungen sind immer noch zwei Werke von besonderer Bedeutung. Zunächst ist die „Geschichte des Pietismus“ von Erich Beyreuther[38] zu erwähnen. Den Ausgangspunkt seiner Darstellung bildet die Feststellung, dass der Pietismus als Reformbewegung in Erscheinung trat.[39] Geschildert werden die einzelnen Phasen dieses Neubeginns hinsichtlich Theologie und Lebensweise sowie die Faktoren, die bedingten, dass der Pietismus „vielfach verächtlich gemacht“[40] wird. Dazu gehört neben der Beschreibung der ersten drei pietistischen Generationen mit ihren speziellen Protagonisten auch der Ausblick auf die vierte Generation, die schließlich in die Erweckungsbewegung mündete. Hinzu kommt die gleichermaßen straffe wie fundierte Darstellung der vielfältigen Beziehungen zwischen Pietismus, Politik und Gesellschaft. Dieser Aspekt zeigte sich besonders im sozialen Bereich, in dem viele Einrichtungen auf pietistische Initiativen zurückgehen.

Als zweites Überblickswerk ist die vierbändige „Geschichte des Pietismus“ zu nennen.[41] Das Werk gliedert sich einerseits nach Epochen,[42] andererseits werden die Glaubens- und Lebenswelt des Pietismus angesprochen. In abgeschlossenen Aufsätzen werden jeweils nach thematischen Gesichtspunkten zusammengefasst, einzelne Aspekte des Pietismus bzw. seiner regionalen Ausprägungen behandelt. Dieser Überblick stellt zudem einen Gesamtüberblick über die bis zum Erscheinen des

---

38 Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978).

39 Vgl. ebd., S. 13 – 15.

40 Ebd., S. 9.

41 Brecht (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. 4 Bde. (1993 – 2004).

42 So die Bände 1 – 3, in denen der Zeitraum vom 17. bis 20. Jahrhundert abgehandelt wird. Vgl. Brecht (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bde. 1 - 3 (1993 – 2000).

vierten Bandes relevante Forschung dar. Hinsichtlich der Frühgeschichte des Pietismus gibt es eine sehr weit gespannte Forschungslandschaft,[43] was sich für die Behandlung regionaler bzw. spezieller Ausprägungen des Pietismus nicht behaupten lässt. Die Regionalgeschichte des Pietismus fand erst seit ca. 1965 in der Wissenschaft Beachtung. Dabei waren es in der Regel Soziologen, die sich für die unterschiedlichen Faktoren innerhalb der Geschichte des Pietismus interessierten. Allerdings ist auffallend, dass sich nur sehr wenige Studien mit dem Verhältnis zwischen Pietismus, Staat sowie Gesellschaft befassen.[44] Darüber hinaus ist ebenso die Geschichte des Pietismus in seiner speziell württembergischen Ausprägung, ungeachtet der frühen Studien von Friedrich Fritz[45] und Christoph Kolb[46] wie auch die im Verlauf der um die 1960er Jahre[47] verfassten Studien nur rudimentär untersucht worden. Eine der wenigen Arbeiten, die sich mit der Korrelation zwischen Pietismus und Welt befassen, ist diejenige von Hartmut Lehmann.[48] Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet die Annahme, die Entstehung des volkstümlichen Pietismus an denjenigen Orten zu suchen, an die pietistische Pfarrer die Gedanken Johann Albrecht Bengels gebracht hätten. Bei Neubesetzungen der Pfarrstellen mit nichtpietistischen Pfarrern, traten dann Laien an deren Stelle, um „auf einfache Art ‚Stunden' zu leiten."[49] Auf diese Weise ließen sich entstandene Lücken überbrücken und zugleich für einen Weiterbestand der pietistischen Gemeinschaften an

---

43 Vgl. hierzu den Anmerkungsapparat bei: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 290 – 295. Darin wird ein Überblick über die wesentliche Literatur zum württembergischen Pietismus gegeben. Vgl. ferner: Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 7.

44 Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung (1969), S. 11; 19.

45 Fritz, Altwürttembergische Pietisten. 2 Bde. (1950 / 56); Ders., Die Evangelische Kirche Württembergs im Zeitalter des Pietismus. In: BWKG 55, 1955, S. 68 – 116; 56, 1956, S. 99 – 167; 57/58, 1957/58, S. 44 – 68; Ders., Die Wiedertäufer und der württembergische Pietismus. In: BWKG 43, 1939, S. 140 – 194; Ders., Geschichte des Stundenwesens im Amtsoberamt Stuttgart. In: BWKG 26, 1922, S. 98 – 129; Ders., Johann Valentin Andreäs Wirken im Dienste der Württembergischen Kirche. In: BWKG 32, 1928, S. 37 – 126; Ders., Luthertum und Pietismus. Aus dem Lande von Brenz und Bengel. In: BWKG 46, 1946, S. 122 – 196; Ders., Württemberg in der Zeit des Pietismus. Nach den Worten Georg Konrad Riegers. In: BWKG 54, 1954, S. 117 – 124; Ders., Die Liebestätigkeit des altwürttembergischen Pfarrhauses. In: BWKG 25, 1921, S. 213 - 245.

46 Z. B. Kolb, Die Anfänge des Pietismus und Separatismus in Württemberg (1902). Vgl. auch die Hinweise bei: Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung (1969), S. 19.

47 Zu nennen sind die Arbeiten von Brattgård, Bibeln och Människan (1955); Brecht, Die Anfänge der historischen Darstellung des württembergischen Pietismus. In: BWKG 66/67, 1966/67, S. 44 – 51; Ders., Die Hermeneutik des jungen J. A. Bengel. In: BWKG 66/67, 1966/67, S. 52 – 64; Hasselhorn, Der altwürttembergische Pfarrstand im 18. Jahrhundert (1958); Mälzer, Bengel und Zinzendorf (1968); Müller, Christian Gottlob Pregizer (1751 - 1824) (1962); Trautwein, Die Theosophie Michael Hahns und ihre Quellen (1969). Vgl. auch: Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung (1969), S. 19.

48 Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung (1969).

49 Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 8.

diesen Orten sorgen. Einige Jahre später befasste sich Lehmann[50] noch einmal mit der Ausbildung des Pietismus sowie dessen relevanten Charakteristika. Dabei standen vordergründig soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt der Überlegungen. Nach Ansicht des Autors war die Erklärung des Wesens des Pietismus nicht mehr ausschließlich aus „rein theologische Überlegungen heraus“[51] machbar. Vielmehr bestand nach seiner Auffassung die Erfordernis, „die Einsichten der neuesten Sozialwissenschaften auch für die Pietismusforschung fruchtbar“[52] zu machen. Mit dem Bezug auf die pietistischen Wesenszüge der „Absonderung“ und „Gemeinschaft“ verband Hartmut Lehmann die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Forschung auf weitere religiös-soziale Gruppen. Nur auf diese Weise würde sich schließlich eine Erklärung für diese beiden pietistischen Charakteristika finden lassen.[53]

Einen eigenen Weg zur Erklärung der Entstehung des volkstümlichen Pietismus beschritt Joachim Trautwein.[54] Er kommt zu dem Schluss, dass der volkstümliche Pietismus in Gebieten mit einer starken Verbreitung des Täufertums im Reformationszeitalter, bei gleichzeitiger Praktizierung der Realteilung, außerordentlich gute Entstehungsmöglichkeiten hatte.[55] Damit war vordergründig das altwürttembergische Gebiet gemeint. Trotz aller Plausibilität erfuhr Trautweins Hypothese Widerspruch. In erster Linie war es der Historiker Hartmut Lehmann[56], der eine Erklärung für die Entstehung von pietistischen Konventikeln für diejenigen Gebiete verlangte, in denen die von Trautwein skizzierten Voraussetzungen fehlten.

Wiederum einen anderen Ansatz verfolgte Martin Scharfe.[57] Der Volkskundler sah im volkstümlichen Pietismus in seiner Frühzeit in erster Linie eine politische Protestbewegung. Dabei diente die religiöse Sprache in der Hauptsache als Kommuni-

---

50 Lehmann, „Absonderung“ und „Gemeinschaft“ im frühen Pietismus. Allgemeinhistorische und sozialpsychologische Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung des Pietismus. In: PuN 4, 1977/78, S. 54 – 82.

51 Ebd., S. 77. Vgl. auch: Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 8.

52 Lehmann, „Absonderung“ und „Gemeinschaft“ im frühen Pietismus. Allgemeinhistorische und sozialpsychologische Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung des Pietismus. In: PuN 4, 1977/78, S. 77. Vgl. auch: Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 8

53 Vgl. Lehmann, „Absonderung“ und „Gemeinschaft“ im frühen Pietismus. Allgemeinhistorische und sozialpsychologische Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung des Pietismus. In: PuN 4, 1977/78, S. 61. Vgl. auch: Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 9.

54 Trautwein, Religiosität und Sozialstruktur (1972).

55 Vgl. Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 9.

56 Ein Beispiel ist Lehmann, Probleme einer Sozialgeschichte des württembergischen Pietismus. In: BWKG 75, 1975, S. 166 f.; vgl. auch: Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 10 mit Anm. 16.

57 Scharfe, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß (1976), S. 27 – 47.

kationsmedium, um auch einfache Menschen mit den damals aktuellen politischen Ideen vertraut machen zu können. Aus soziologischer Sicht waren die damaligen Pietisten sowieso dem Kleinbürgertum zuzurechnen, weshalb der volkstümliche Pietismus auch als Ausdruck einer Gegenkultur gesehen werden kann.[58] Eine weitere Annäherung an diese besondere Form der Kultur unternahm der Autor in einem weiteren Werk.[59] Darin versucht er den Pietismus als soziokulturelle Erscheinung zu beschreiben und sich ihm von der Seite der „kleinen Leute“ anzunähern.

Aus kulturwissenschaftlicher Sicht betrachtete Hans-Volkmar Findeisen den Pietismus.[60] Er sah ihn im 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts in der Tradition „jener abendländischen chiliastischen ‚religious movements that expect imminent, total, ultimate this – wordly salvation‘“[61] stehen. Der Kern seiner Arbeit war die Herausbildung des populären württembergischen Pietismus, vom Standpunkt eines zum Industriestandort gewordenen vormaligen Weingärtnerdorfes, zu erklären. Findeisen orientiert sich dabei grundsätzlich gleichermaßen an anthropologischen wie auch an orts- und heimatgeschichtlichen Ansätzen, um die Spezifika dieser religiös-sozialen Subkultur zu analysieren. Damit greift er gleichermaßen eine Forderung von Andreas Gestrich[62] und Jörg Ohlemacher[63] auf. Ohlemacher weist auf das Fehlen von Detailforschungen auf orts- und heimatkundlicher Ebene hin. Wie wenig dieser Hinweis im weiteren Forschungsverlauf Beachtung gefunden hatte, zeigt eine Bemerkung Gestrichs.[64] Er stellte dabei fest, dass „(d)as Problem der räumlichen und sozialen Verteilung des Pietismus […] bisher allerdings noch nicht wirklich systematisch erforscht“[65] wurde.

Zeitlich nach bzw. parallel zum Pietismus verlief die Erweckungsbewegung. Ihr entstammten viele federführende evangelische Sozialrefomer, die sich der sozialen Problematik zumindest ansatzweise annahmen. Einen Überblick als erste Orientierung gibt Erich Beyreuther.[66] Seine Ausführungen überzeugen durch die gleicher-

---

58 Vgl. Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 9.

59 Scharfe, Die Religion des Volkes (1980). Vgl. auch die Urfassung dieses Werks mit ausführlichen Quellenbelegen: Scharfe, Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus (1979). Vgl. auch Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 10.

60 Findeisen, Pietismus in Fellbach (Diss. 1985).

61 Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 10. Vgl. auch: Findeisen, Pietismus in Fellbach (Diss. 1985), S. 18.

62 Vgl. Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 11.

63 Vgl. Ohlemacher, Evangelikalismus und Heiligungsbewegung im 19. Jahrhundert (2000), S. 373; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 12.

64 Gestrich, Pietismus und ländliche Frömmigkeit in Württemberg im 18. und frühen 19. Jahrhundert (2002), S. 343 – 357.

65 Ebd., S. 344.

66 Beyreuther, Die Erweckungsbewegung (1963).

maßen fundierte wie knappe Darstellung der Thematik. Dabei beschränkt sich der Autor nicht nur auf die Entwicklung der deutschen Erweckungsbewegung, sondern bietet auch einen Abriss über die Herausbildung der angelsächsischen und westeuropäisch-reformierten Erweckungsbewegung.

Neben den angesprochenen kirchlichen Bereichen, bei deren Erforschung die Soziale Frage unter anderem Beachtung findet, gibt es auch eine eigenständige Forschungsrichtung, die sich ausschließlich mit der Haltung der Kirche zur Industrialisierung befasst. Allerdings wurde in der bisherigen Forschungsdiskussion in erster Linie Preußen als Bezugspunkt gewählt. In diesem Zusammenhang kann nur betont werden, dass es eine unermessliche Materialmenge gibt, was wiederum eine unüberschaubare Anzahl an dazu erschienenen Publikationen bedingt hat.[67] Als allgemeine Orientierung, die auch annähernd den Forschungsstand wiedergibt, eignen sich vor allem Überblicksdarstellungen.[68]

Die Wahl dieses Forschungsschwerpunkts bedingte in der Hauptsache die Untersuchung solcher Auffassungen, die in der evangelischen Kirche der altpreußischen Union vertreten wurden.[69] Allerdings sind die dortigen Ergebnisse fast gar nicht auf die Verhältnisse im Königreich Württemberg anwendbar. Die Bedingungen waren einerseits in allgemeiner wie kirchenpolitischer Hinsicht, andererseits auch in Bezug auf die Konfession zu verschieden. Vor allem die führende Rolle des Pietismus, vertreten z. B. durch Sixt Karl Kapff, unterschied Württemberg schon signifikant von Preußen. Hinzu traten andere volkskulturelle Faktoren und Bedingungen der Industrialisierung, die der Sozialen Frage in Württemberg eine deutlich andere Gestalt als beispielsweise in Preußen gaben.[70] Ungeachtet einiger weniger Studien be-

---

67 Vgl. Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (2009), S. 51.

68 So z. B.: Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800 – 1866 (^{4}1987); Ders., Religion im Umbruch. Deutschland 1870 – 1918 (1988); Ders., Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Band: 1: Arbeitswelt und Bürgergeist (^{2}1991); Band: 2. Machtstaat vor der Demokratie (1992.); Lutz, Zwischen Habsburg und Preussen (1985); Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 – 1918 (1983); Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815 - 1845/49 (1987); Besier, Religion – Nation – Kultur (1992); Nowak, Geschichte des Christentums in Deutschland (1995). Vgl. Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (2009), S. 51.

69 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 129. Ein Blick auf die Forschungslandschaft bestätigt diesen Eindruck. Zu demselben Befund kommt auch Norbert Friedrich in der Einleitung zum Sammelband „‘Sozialer Protestantismus‘ im Kaiserreich“. Vgl. also: Friedrich, „Sozialer Protestantismus“ im Kaiserreich – ein Überblick (2005), S. 13.

70 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 129. Vgl. zum kirchlichen Leben und zur anderen Ausgangssituation Württembergs in Bezug auf die Befassung mit der Sozialen Frage: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919); Hermelink, Geschichte der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1949); Fick (Hrsg.), Das evangelische Württemberg (1983). Vgl. ebenfalls Kap. 4.1.1. zur Industrialisierung und

steht ein Forschungsdesiderat hinsichtlich der speziell auf Württemberg bezogenen Untersuchung der Haltung der evangelischen Kirche zur Industrialisierung bis in die Gegenwart. Zu den wenigen vorhandenen Untersuchungen gehört die Arbeit von Hans Voelter.[71] Dieser Aufsatz befasst sich mit der Auseinandersetzung der württembergischen evangelischen Kirche mit der sozialistischen Arbeiterschaft. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem „Bietigheimer Tag" 1921, an dem erstmals ein Meinungsaustausch zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie stattfand. Zum Verständnis der Bedeutung dieses Treffens referiert Voelter die Geschichte der württembergischen evangelisch-sozialen Bewegung in groben Zügen. Dabei spricht er in diesem Zusammenhang das Fehlen einer Gesamtdarstellung der Geschichte der christlich-sozialen und evangelisch-sozialen Bewegung an.[72] Diese Forschungslücke ist gegenwärtig immer noch nicht geschlossen. Voelter beschrieb als Ziel seiner Arbeit, „den verschlungenen Kämpfen, Irrungen und Wirrungen jener Zeit nachzugehen"[73] und diese in dem Maße, wie „sie sich auf das Leben der Württembergischen Landeskirche ausgewirkt haben",[74] nachzuzeichnen. Angesprochen werden in erster Linie die Wirkungen des Evangelisch-sozialen Kongress in Württemberg, die um 1890 begonnene, um 1900 wieder eingeschlafene württembergische evangelisch-soziale Bewegung, deren Wiedererweckung um 1909 sowie die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine und deren Haltung zur Sozialdemokratie. Einen weiteren Aspekt der Arbeit bilden die religiösen Sozialisten, die jedoch erst nach 1914 ihre volle Wirksamkeit entfalten konnten.

Die nächste Befassung mit dem Thema „evangelische Kirche und Arbeiterschaft" stellt die Arbeit von Andrea Hinsche[75] dar. Die Autorin greift dabei ein Forschungsdesiderat auf, wobei sie ein beginnendes Interesse der Forschung hinsichtlich nichtsozialistischer Organisationen konstatiert. Jedoch betont sie zugleich, dass bei dieser Forschungsarbeit die konfessionellen Arbeitervereine fast vollständig außer Acht gelassen wurden.[76] Hinsche tritt diesem Umstand entgegen, indem sie in

---

zum Menschenschlag, Kap. 5.1.2. zur Organisation der evangelischen Kirche in Württemberg, Kap. 5.2.2. zum Pietismus wie auch Kap. 5.3.2 dieser Arbeit zu Sixt Karl Kapff.

71 Voelter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 3 – 91.

72 Vgl. Voelter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 3.

73 Ebd., S. 3.

74 Ebd., S. 3.

75 Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988).

76 Vgl. ebd., S. 1.

ihrer Arbeit zunächst die Herausbildung des württembergischen Landesverbandes der Evangelischen Arbeitervereine in organisatorischer Hinsicht verfolgt. Sodann ist es eine Aufgabe der Arbeit, „die programmatische Standortbestimmung und die praktische Politik dieser regionalen Verbandsbewegung daraufhin zu befragen, ob und inwieweit sie dem Anspruch einer eigenständigen evangelisch-sozialen Standesarbeit, ‚über den Parteien' und ‚neben den Gewerkschaften' gerecht zu werden"[77] vermag. Bei der Betrachtung soll stets der Zusammenhang der Arbeitervereine mit der Gesamtgesellschaft im Auge behalten werden. Dennoch reduziert sich die Behandlung der Thematik schließlich auf eine „konventionelle Organisations- und Entwicklungsgeschichte".[78] Ihre Berechtigung findet diese Herangehensweise dabei einerseits im Fehlen von Einzelstudien zur konfessionellen Arbeitervereinsgeschichte; andererseits im nach wie vor vorhandenen Forschungsdesiderat, die umfassenderen Grundgedanken der evangelischen Arbeitervereine in programmatischer wie auch politischer Hinsicht, zu analysieren sowie die Vereinigungen sowohl auf der Stufe des Landesverbands wie auch der Gesamtnation zu untersuchen.[79] Dem letzteren Aspekt wurde inzwischen durch die Arbeit von Michael Hoffmann[80] begegnet, die die Wirkung der evangelischen Arbeiterbewegung auf nationaler Ebene untersucht. Allerdings berücksichtigt sie die württembergische Entwicklung nur punktuell.

Im weiteren Umfeld der Sozialen Frage ist auch die Diakoniegeschichte zu sehen. Vielfach waren es diakonische Einrichtungen, die sich um die direkten und indirekten Folgen kümmerten, die aus den sozialen Notlagen der Menschen erwuchsen. Die Erforschung dieses Bereichs begann bereits in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts. Dabei fand eine „institutionelle Ausdifferenzierung diakoniewissenschaftlicher Forschung in praktisch-theologischer, systematisch-theologischer (insbesondere sozialethischer) und kirchengeschichtlicher Hinsicht"[81] statt.

---

77 Ebd., S. 2.

78 Ebd., S. 4.

79 Vgl. ebd., S. 5 mit Anm. 10. Vgl. weiter: Schneider, Christliche Arbeiterbewegung in Europa (1986), S. 488; Ders., Christliche Arbeiterbewegung in Europa. Ein vergleichender Literaturüberblick (1986), S. 477 – 505.

80 Hoffmann, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 – 1914 (1988).

81 Herrmann, Martin Gerhardt (1894 – 1952) der Historiker der Inneren Mission (2003), S. 13. Die Ergänzungen in runden Klammern entsprechen dem Original und sind Teil des Zitats.

In diesem Zeitraum erschienen eigene Hand- und Lehrbücher zum Thema Innere Mission, wie beispielsweise von Paul Wurster,[82] Johannes Steinweg[83] und Friedrich Mahling.[84] Das darauffolgende Jahrzehnt brachte eine vollkommene Veränderung der Situation, wobei schließlich die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft durch die Schließung der einschlägigen Forschungseinrichtungen einen deutlichen Rückschlag brachten.[85]

Die diakoniewissenschaftliche Forschung wurde erst wieder im Jahr 1954 wiederbelebt, als es in Heidelberg zur Gründung des Diakoniewissenschaftlichen Instituts kam.[86] Nachdem diese Einrichtung bis in die 1990er Jahre deutschland- und europaweit die einzige derartige Forschungsstelle war, „entwickelte sich hier wiederum etwas von dem diakoniewissenschaftlichen Themenreichtum und der Methodenvielfalt heraus, die die Wissenschaft der Inneren Mission bereits in den 1920er Jahren gekennzeichnet hatte.“[87] Seit ungefähr 1985 wuchs das Interesse an diakoniegeschichtlicher Forschung in dem Maße, dass in der Zwischenzeit „von einem ‚regelrechten Boom der Diakoniegeschichte‘“[88] gesprochen werden kann. Dieses Interesse zeigt sich einerseits in zahlreichen wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten, andererseits in Einzeldarstellungen, Sammelbänden sowie Tagungsberichten.[89] Zur besseren Übersicht über die Vielzahl der zwischenzeitlich vorliegenden Publikationen wurde bereits eine eigene Bibliographie erstellt.[90] Die Professionalisierung des Forschungsbereichs Diakoniegeschichte wird beispielhaft in Publikationen von Günter Brakelmann[91] sowie Helmut Talazko[92] erkennbar. Ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Diakoniegeschichtsschreibung leistet der Überblick von Erich Beyreuther.[93]

---

82 Wurster, Die Lehre von der Inneren Mission (1895).

83 Steinweg, Die Innere Mission der evangelischen Kirche (1928).

84 Mahling, Die Innere Mission. 2 Bde. (1937).

85 Vgl. Herrmann, Martin Gerhardt (1894 – 1952) der Historiker der Inneren Mission (2003), S. 13.

86 Vgl. ebd., S. 13 mit Anm. 10.

87 Ebd., S. 13.

88 Ebd., S. 15 mit Anm. 18.

89 Vgl. ebd., S. 15.

90 Herrmann; Kaiser; Strohm (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen evangelischen Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert (1997). Vgl. auch: Herrmann, Martin Gerhardt (1894 – 1952) der Historiker der Inneren Mission (2003), S. 15.

91 Vor allem sind hierbei folgende Werke zu nennen: Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (1962; ^{7}1981); Ders., Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert (1966); Reihs; Illian, Bibliographie der Veröffentlichungen von Günter Brakelmann (1962-1996), S. 423 - 435.

92 Eine Sammlung von Helmut Talazkos Arbeiten zur Diakoniegeschichte bietet Kaiser (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive (1998), S. 191 – 363 dar. Dort findet sich auch ein Verzeichnis von Talatzkos Arbeiten. Vgl. Herrmann, Verzeichnis der Veröffentlichungen von Helmut Talazko. In: Kaiser (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive (1998), S. 365 – 368.

93 Beyreuther, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983).

Die Diakoniegeschichte wird nicht isoliert, sondern auch in den Forschungsbereich der Kirchlichen Zeitgeschichte integriert betrieben, was vor allem durch die Arbeiten von Jörg Thierfelder[94] geschieht. In diesem Zusammenhang ist auch der Allgemeinhistoriker Jochen-Christoph Kaiser[95] zu nennen. Seine Arbeiten sind vor allem interdisziplinär ausgerichtet, so dass neben Zeitgeschichte auch andere Forschungsbereiche der Kirchen- wie auch der Allgemeingeschichte mit eingebunden sind. Anhand der bislang angesprochenen Autoren offenbart sich eindeutig „die Interdisziplinarität von Diakoniegeschichte".[96] Somit weckt sie das Forschungsinteresse aus dem Bereich der Kirchengeschichte wie auch der Allgemeingeschichte und ist zugleich ein Element im Rahmen der Diakoniewissenschaft.

Bevor noch der Forschungsbereich der Arbeitergeschichte grob umrissen werden wird, sollen noch einige Spezialstudien zu Einzelthemen im Kontext „evangelische Kirche und Soziale Frage in Württemberg" angesprochen werden. Zunächst ist die Studie von Monika Zeilfelder-Löffler zu nennen, die ihren Schwerpunkt auf die Anfänge der Inneren Mission in Württemberg legt.[97] Der Aufsatz gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird das Anfangsstadium der Inneren Mission während des 19. Jahrhunderts erörtert. Dabei wird auch Bezug auf außerhalb von Württemberg gelegene Bemühungen genommen. Im darauffolgenden zweiten Teil stehen Johann Hinrich Wicherns Relevanz sowie die Herausbildung der Organisationsstruktur der Werke des württembergischen Zweigs der Inneren Mission im Mittelpunkt.[98] In diesem Kontext wird zunächst die Zusammenarbeit zwischen der Evangelischen Gesellschaft als Koordinierungszentrum der württembergischen Bemühungen der Inneren Mission und der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins als Ort erster staatlicher, sozialpolitischer Anstrengungen[99] skizziert. Ergänzend werden die Arbeiten im Rahmen der der Südwestdeutschen Konferenz für Innere Mis-

---

94 Z. B. Strohm; Thierfelder (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871 – 1918), (1995).

95 Z. B. Kaiser (Hrsg.), Dienerinnen des Herrn. (2010); Kaiser; Herrmann (Hrsg.), Evangelische Kirche und sozialer Staat (2008); Kaiser, Politischer Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert. (2008); Nowak; Kaiser, Kirchliche Zeitgeschichte interdisziplinär (2002); Kaiser (Hrsg.), Soziale Reform im Kaiserreich (1997); Ders. (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938 (1996).

96 Herrmann, Martin Gerhardt (1894 – 1952) der Historiker der Inneren Mission (2003), S. 15. Diese Interdisziplinarität zeigen beispielsweise auch die Studien von Lewerenz, Zwischen Reich Gottes und Weltreich (1994) und Zitt, „Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik" (1996); Dies., Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik (1997).

97 Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 136 – 153.

98 Vgl. ebd., S. 138.

99 Vgl. Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluss auf die sozialpolitischer Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 501.

sion mitberücksichtigt. Auf diese Weise wird bezweckt, die Etappen vom Beginn der Inneren Mission in Württemberg bis zum Jahr 1914, als der Landesverband für Innere Mission gegründet wurde, nachzuzeichnen.[100]

Mit einem der wohl bekanntesten und in der Forschung oft behandelten evangelischen Sozialreformer, Gustav Werner,[101] beschäftigen sich zwei weitere Studien. Der besondere Schwerpunkt der Arbeit von Joachim Trautwein ist die Einordnung von Werners Denken in den Kontext seiner Zeit.[102] Trautwein formuliert als Ziel seines Aufsatzes „einige theologische, sozialpolitische und psychologische Aspekte“[103] darstellen zu wollen, deren Kenntnis nach seiner Ansicht für das Verständnis von Werners Leben von Bedeutung ist. Darüber hinaus wird weiter bezweckt, mit den angesprochenen Aspekten ebenso einen Beitrag zum Erkenntnisgewinn für die deutsche Geschichte zu leisten.[104] Einen ganz anderen Schwerpunkt hat hingegen die Arbeit von Walter Göggelmann.[105] Mit dieser Studie soll die Behandlung von Gustav Werners Theologie der Diakonie eine Fortsetzung erfahren.[106] Dabei wird die Gruppe der Betreuten in den Mittelpunkt gerückt, was ansonsten eher unüblich ist. Sie stehen mit ihrem Leben im Mittelpunkt und sollen „aus dem Schaffen der Gründungsväter der Diakonie des 19. Jahrhunderts“[107] geholt werden. Auf diese Weise wird zwar noch keine Alltagsgeschichte einer Gruppe innerhalb der Diakonie geschrieben. Dennoch soll diese Arbeit einen ersten Anstoß geben und zugleich eine Anbindung an die allgemeine „Sozial-, Wirtschafts- und Industriegeschichte von Württemberg“[108] herstellen.

Schließlich ist noch eine neuere Arbeit anzusprechen, in der sich Ellen Eidt[109] mit dem evangelischen Diakonat in Württemberg befasst. Zunächst behandelt sie den Themenkreis Diakonie unter dem Gesichtspunkt der christlichen Übernahme von Verantwortung für soziale Probleme. Neben den theologischen Grundlagen für die

---

100 Vgl. Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 136 – 138.

101 Zu Gustav Werner, der hier stellvertretend für sämtliche evangelische Sozialrefomer genannt wird, können nur diese beispielhaften Studien genannt werden. Im Zusammenhang mit der Forschungsauseinandersetzung mit seinem Leben und Werk ist auf die Bibliographie von Stefan Vida zurückzugreifen: Vida, Bibliographie zu Gustav Werner (1809 – 1887). In: BWKG 75, 1975, S. 118 – 165.

102 Trautwein, Gustav Werner: Theologische, sozialpolitische und psychologische Aspekte. In: BWKG 80/81, 1980/81, S. 279 – 298.

103 Ebd., S. 279.

104 Vgl. ebd., S. 279.

105 Göggelmann, Ein Haus dem Reich Gottes zu bauen (2007).

106 Vgl. ebd., S. 14.

107 Ebd., S. 15.

108 Ebd., S. 15.

109 Eidt, Der evangelische Diakonat – Entwicklungslinien in Kirche und Diakonie am Beispiel Württembergs (2011).

Diakonie stellt sie den Entwicklungsgang der Verteilung für die Verantwortungsübernahme in Württemberg dar. Die Darstellung umfasst den Zeitraum von 1806 bis in die Gegenwart, wodurch ein umfassender Eindruck entsteht. Den Abschluss dieses Themenbereichs bilden Bemerkungen zur Diakonie im Sinne einer Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche. Daraufhin wird das Diakonenamt sowohl hinsichtlich seiner theologischen Begründung als auch unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung der Ämterfrage speziell in Württemberg betrachtet. Dabei behandelt die Autorin den gesamten Zeitraum von ca. 1847/48 bis 1997. Einen besonderen Raum nimmt bei ihr das Diakonenamt im Spiegel der herrschenden Diskussion um die Stellung und die Aussichten des Diakonats seit 1996 ein. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit veranschaulicht den Themenbereich der beruflichen Tätigkeit in der Diakonie. Die Autorin arbeitet die unterschiedlichen theologischen wie auch berufssoziologischen Anschauungen hinsichtlich der diakonischen Berufe heraus. Ebenso liegt ein Akzent auf der Herausbildung diakonischer Berufe in Württemberg sowie auf der Diskussion deren gegenwärtigen Lage. Von dieser Betrachtung ausgehend unternimmt die Autorin einen Ausblick auf Aufgaben und Stellung des Diakonats wie auch diakonischer Berufe im 21. Jahrhundert.

Die genannten Arbeiten versuchen alle auf ihre Art, das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Sozialen Frage zu erhellen. Auf allgemeiner Ebene sind inzwischen wie gesehen wurde, zahlreiche Arbeiten erschienen, so dass diese Auswahl erforderlich war. Hingegen besteht auf regionaler Ebene und speziell für Württemberg nach wie vor ein Forschungsdesiderat, das immer noch seiner Behebung harrt.

Nachdem im Problemkomplex der Sozialen Frage noch andere Forschungsgebiete involviert sind, sollen noch einige Bemerkungen zu den allerwichtigsten Arbeiten gemacht werden.

Der Forschungsbereich der Arbeitergeschichte und ihrer sekundären Faktoren hat in den letzen Jahrzehnten eine große Ausweitung erfahren. Binnen kurzer Zeit hat sich eine weitgefächerte Forschungslandschaft entfaltet. Somit wurde es nicht nur problematisch, die Übersicht zu behalten, sondern es besteht auch „die Gefahr des Auseinanderströmens einzelner Bereiche, die aus der Arbeitergeschichte entwickelt wurden.“[110] Aus diesem Grund können an dieser Stelle nur einige wenige Forschungsfelder angesprochen werden.

---

110 Tenfelde, Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte (1987), S. 97.

In Bezug auf die Sozialgeschichte der Arbeiterschaft lassen sich vier Tendenzen ausmachen. So kann eine vermehrte Abwendung des Forschungsinteresses von der materiellen Situation der Arbeiterschaft festgestellt werden. Stattdessen wird vermehrt auf die „Eigenständigkeit der Lebenswelt der Arbeiter einerseits, für die Sogwirkung der bürgerlichen Kultur auf den Lebensstil und die Verhaltensweisen, auf das Denken und die Erwartungen von Arbeitern andererseits“[111] geachtet. In der Forschung wird dieser Aspekt unter dem Schlagwort der Arbeiterkultur, respektive unter Berücksichtigung der Alltagsgeschichte behandelt. Gerade in Bezug auf die Alltagsgeschichte hat sich in den letzten 30 Jahren eine eigenständige Forschungsrichtung herausgebildet.[112] Von Bedeutung ist die Zielsetzung dieser Forschungsrichtung, die Geschichte der Arbeiter von unten her erfahrbar zu machen, also jenseits großer spektakulärer Ergebnisse. Vielmehr geht es um die Erlebbarkeit unmittelbarer Erfahrungen auf einer Mikroebene der betroffenen Personen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Untersuchung der politischen Abstinenz der Arbeiter. Bei der Erforschung der damit zusammenhängenden Faktoren Arbeiterbewegung, Gewerkschaft und politische Organisation, wenn es soweit kam, stehen große Hoffnungen im Hintergrund. Es wird auf diese Weise versucht, den „nichtorganisierten Arbeiterprotest und (die) –resistenz, die Zwänge für völlige politische Enthaltsamkeit von Arbeitern besser verstehen oder zum eigentlichen Kern des Arbeiterlebens und Arbeiterwiderstands vorstoßen zu können.“[113] Bei der Erforschung dieser Fragestellungen bildeten biographiebasierte Studien die Grundlage.[114] Darüber hinaus wurde auch „die Ideen-, Organisations- und Ereignisgeschichte mit einbezogen.[115] Schließlich lässt sich noch eine weitere Forschungstendenz in diesem Kontext feststellen. Allem Anschein nach richtet sich das Forschungsinteresse vermehrt auf die Erforschung der „Ungleichheitssituation (der Arbeiter) und ihrer sozialen Beziehungen mit anderen Schichten und Klassen.“[116] Die-

111 Kaelble, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930 (1986), S. 137.

112 Z. B. Ruppert (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“ (1986).

113 Kaelble, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930 (1986), S. 138.

114 Brock; Vetter, Alltägliche Arbeiterexistenz. Soziologische Rekonstruktionen des Zusammenhangs von Lohnarbeit und Biographie (1982); Bollenbeck, Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen (1976).

115 Vgl. Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. (1998); Ritter, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland (1996); Kocka (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat (1994); Ritter; Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich (1992); Ritter (Hrsg.), Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung (1990); Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive (1989); Tenfelde; Ritter, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. (1981).

116 Kaelble, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930 (1986), S. 138.

ser neuartige Zweig der Sozialgeschichtsforschung hat zahlreiche Eindrücke hinsichtlich der konkreten Lebensumstände sowie des Verhaltens der Arbeiterschaft erbracht. Hingegen konnten weniger Erkenntnisse über die Verschiedenheit zu anderen sozialen Klassen gewonnen werden. Ebenso gab es keine Hinweise auf die Sichtweise der Arbeiterschaft selbst in Bezug auf ihre Verschiedenheit von anderen Ständen. In diesem Zusammenhang ist die Frage angebracht, „ob nicht auch die Geschichte der Arbeiterbewegung in starkem Maß von Verschärfungen oder Abmilderungen der Ungleichheit zwischen Arbeitern und anderen sozialen Schichten geprägt wurde und ob sich die Erwartungen und das Konfliktverhalten der Arbeiter nicht sehr häufig an Verhärtungen oder Aufweichungen solcher sozialer Unterschiede und Trennlinien orientierte.“[117] Um eine kontextuelle Vergleichsmöglichkeit zwischen der Struktur der Arbeiterorganisation, der sozialen Lage der Beteiligten sowie der Politik herzustellen sind Regional- oder Branchenstudien über die Arbeiterschaft erforderlich.[118] Eine wichtige Anregung verdankte dieser Forschungszweig der Studie von Wolfgang Schmierer,[119] der sich mit der württembergischen Arbeiterbewegung im Zeitraum zwischen 1860 und 1880 befasste. Die Arbeit gliedert sich in eine „rund zehnseitige Einführung in Wirtschaft, Bevölkerung und ‚Verhältnisse der Unselbständige‘“.[120] Im Anschluss wurden „in zwei großen Abschnitten zunächst die Entwicklung der demokratisch-liberalen Arbeiterbewegung in deren Blütephase, dann jene der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz untersucht.“[121] Schmierer gelang es, die Gründungen der einzelnen Organisationen genau zu datieren. Darüber hinaus war es ihm möglich, exakte Angaben hinsichtlich der räumlichen Verteilung wie auch der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung in ihrer Frühzeit zu machen. Ebenso konnte er eine Datierung und Bewertung hinsichtlich des Wachstums der Sozialdemokratie wie auch einen wesentlichen

---

117 Ebd., S. 138. Siehe dazu den Forschungsbericht von: Kaelble, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930 (1986), S. 137 – 178. Vgl. zur Literatur zu diesem Forschungsbereich Kaelble, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930 (1986), S. 139 mit Anm. 1; vgl. weiter: Kaelble, Einführung und Auswertung (1979), S. 18 – 30. Vgl. ebenfalls: Tenfelde, Arbeiter, Bürger, Städte (2012), S. 71 mit Anm. 10; Spree, Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod (1981).

118 Vgl. Tenfelde, Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte (1987), S. 88 f.

119 Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970).

120 Tenfelde, Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte (1987), S. 89.

121 Ebd., S. 89.

Beitrag „zur Erhellung der liberalen Arbeiterbewegung“,[122] leisten. Faktoren wie die Entwicklung der allgemeinen Gesellschaftstruktur, die Sozialstruktur der Arbeiter in ihren ganzen Facetten sowie die Alltagsgeschichte der Arbeiter fanden indessen nicht oder nur am Rande Beachtung.[123] Dennoch ist Schmierers Buch von unschätzbarem, anregendem Wert. Seine Leistung besteht einerseits darin, den organisatorischen Fortbestand der Arbeiterbewegung während ihrer Repression ab 1852 und ihrem Wiedererstarken um 1860 aufzuhellen. Andererseits leistet es einen Beitrag „zur Klärung der Beziehungen und Entwicklungen zwischen bürgerlich-liberaler Demokratie und Sozialdemokratie.“[124]

Ungeachtet dieser hoffnungsvollen Ansätze gibt es bislang „weder im Rahmen der Sozialgeschichte der Familie noch im Umfeld der Arbeitergeschichte […] umfassendere Forschungsanstrengungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterfamilie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.“[125] Unter dem Gesichtspunkt der Familiengründung wurde das Heiratsverhalten innerhalb der Arbeiterschaft im Rahmen von Untersuchungen zur Mobilität näher untersucht.[126] Zudem wurden „Arbeitermemoiren einmal mehr und gelegentlich exzessiv zur Ausleuchtung der binnenfamiliären Beziehungen zwischen den Generationen und Geschlechtern herangezogen […], ohne dass hinreichend Klarheit über die demografischen Rahmenbedingungen der proletarischen Familienentstehung und –existenz bestand.“[127] Alle anderen Forschungsaufgaben harren noch einer Bearbeitung.

Schon allein diese gezwungenermaßen recht grobe Forschungsauswahl zeigt auf, wie spannungsreich und komplex Themen im Umfeld der Sozialen Frage sind. Allein daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer breiten Quellenbasis. Dabei muss eine ebenso vielfältige wie zweckdingliche Auswahl getroffen werden. Im Folgenden sollen deshalb die einzelnen Quellen vorgestellt und bewertet werden.

---

122 Ebd., S. 89.

123 Vgl. ebd., S. 89.

124 Ebd., S. 89.

125 Tenfelde, Arbeiter, Bürger, Städte (2012), S.70.

126 Vgl. ebd., S. 71 mit Anm. 9. Zu nennen wären: Kocka u. a., Familie und soziale Platzierung (1980); Schüren, Soziale Mobilität (1989). Dort finden sich auch Hinweise auf neuere Literatur. Schließlich ist noch Ehmer, Heiratsverhalten, Sozialstruktur, ökonomischer Wandel. England und Mitteleuropa in der Formationsperiode des Kapitalismus (1991) zu erwähnen.

127 Tenfelde, Arbeiter, Bürger, Städte (2012), S. 71 mit Anm. 11. Vgl. die dort angeführte Literatur.

3. Zur Lage der Quellen

Einer der wichtigsten, wenn nicht sogar der wichtigste Bestandteil jeder Studie bilden die Quellen. Sie sind es, die der Nachwelt einen zumindest begrenzten Blick auf die historische Situation ermöglichen. Dabei muss jedoch stets mit in Erwägung gezogen werden, dass die Quellen je nach Fragestellung schweigen oder Auskunft erteilen.

Schon allein aus den angesprochenen Aspekten erscheint es sinnvoll, zunächst ein paar wenige allgemeine Bemerkungen zu den Quellen dieser Arbeit zu machen. Im Anschluss daran sollen die einzelnen Quellengattungen kurz vorgestellt werden. In diesem Zusammenhang sind außerdem einige Anmerkungen in Hinblick auf den Quellenwert der einzelnen Quellengattungen zu machen.

3.1. Allgemeine Vorbemerkung

Die allgemeine Quellenlage für die Jahre zwischen 1850 und 1914 kann im Allgemeinen als befriedigend bis gut bezeichnet werden. Neben einer Vielzahl an Monographien haben sich viele Exemplare zeitgenössischer Zeitschriften und sonstiger Druckschriften aller Art erhalten. Besonderen Wert genießt der Bestand im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart-Möhringen, wo sich eine Vielzahl von Fest- und Rechenschaftsberichten auffinden ließen. Dort sind auch die für die Fallstudie Cannstatt relevanten Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte archiviert. In Hinblick auf die Themenstellung dieser Arbeit gab es aus quellenmäßiger Sicht eine Schwierigkeit, die nicht folgenlos bleiben konnte. Das Problem in diesem Kontext war, Hinweise auf die Auffassung der Arbeiterfrage aus Sicht der Kirche und Theologie nur in Zeitschriften, Druckschriften sowie in Vorträgen und Referaten auffinden zu können. Insbesonders die Kirchenleitung vermied es, offizielle Erklärungen abzugeben.[1] Dieser Umstand bedingte, dass die einzelnen Quellen, gleich welcher Gattung sie zuzuordnen waren, Momentaufnahmen einer individuellen und zeitbedingten Auffassung sind.

Dennoch ändert diese Feststellung nichts an der allgemein günstigen Quellenlage. Trotzdem war es erforderlich, die jeweiligen Untersuchungsschritte an das tatsächlich vorhandene Quellenmaterial anzupassen. Teilweise war es jedoch nicht zu

---

[1] Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 113 mit Anm. 5.

vermeiden, auch Zugeständnisse an die Grenzen zu machen, die durch die Quellen aufgezeigt wurden.

3.2. Vorstellung der relevanten Quellen

Im Kommunikationsprozess werden die verschiedensten Medientypen verwendet, was eine Vielzahl an denkbaren Quellengattungen und –typen hervorbringt. Für das Thema „Die evangelische Kirche in Württemberg während der Industrialisierung" besteht eine genuin gute Quellenlage, bei der auf diverse Medienarten zurückgegriffen werden konnte. Im Rahmen dieser Arbeit fanden die folgenden Quellentypen Verwendung.

Zeitgenössische Schriften

Im 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche in hohem Maße zeit- und standesgebunde Schriften. Im Fall von Biographien bzw. Autobiographien oder Lebensbeschreibungen musste immer mit berücksichtigt werden, dass dort vielfach der Versuch unternommen wurde, bestimmte Aspekte des jeweiligen Lebens als besonders vorteilshaft darzustellen. Andererseits gab es auch solche Lebensbeschreibungen, die insbesonders aus dem pietistischen Umfeld stammten, in denen Rechenschaft abgelegt oder ein besonders nachahmenswertes Beispiel dargestellt werden sollte. Insofern galt es, gewisse subjektive Faktoren bei der Auswertung mit zu berücksichtigen. Diese Faktoren minderten den Quellenwert nur unwesentlich, da das ausschlaggebende Moment bei solchen Quellengattungen der Informationsgehalt hinsichtlich der Darstellung bestimmter idealer Faktoren war.

In Bezug auf die wissenschaftlichen Publikationen der Zeit handelte es sich in der Regel um Schriften aus dem Bereich der Sozialwissenschaften. Diese wiederum gaben einen weitgehend objektiven Überblick über die jeweils unternommenen Schritte zum Umgang mit dem behandelten Thema. Darüber hinaus lieferten sie Hinweise auf authentische Methoden und Mittel zur Bewältigung der unterschiedlichen Aufgaben. Ihnen kann ein guter Quellenwert zugestanden werden, der lediglich durch Einschränkungen geschmälert wird, die durch etwa dahinter stehende Auftraggeber bedingt waren.

Im Bereich des zeitgenössischen Schrifttums waren auch Flugschriften, Denkschriften sowie Reden und Vortragsmanuskripte zu berücksichtigen. Diese Medien sind

in hohem Maße situationsabhängig. Dennoch geben sie gute Momentaufnahmen über die Auffassung zu speziellen Gegenständen innerhalb eines bestimmten sozialen Milieus. Mit der Verbreitung dieser Medien wurde neben einem gewissen Maß an Rechenschaft, ebenso die Information einer breiten Öffentlichkeit bezweckt. Auf diese Weise sollte die vertretene Meinung publik gemacht und für eine bestimmte Sachlage Überzeugungsarbeit geleistet werden. In diesem Zusammenhang konnten durchaus ernstgemeinte Vorschläge über mögliche Lösungswege bzw. Maßnahmen zu einem bestimmten Problem verlautbar gemacht werden.

Noch etwas spezieller geartet waren die Kongress- oder Versammlungsberichte. Bei ihnen stand zunächst der Informationscharakter im Vordergrund. Eine breite Öffentlichkeit sollte über die verhandelten Gegenstände sowie über die im Rahmen der Diskussion vorgebrachten Argumente informiert werden. Teilweise ging es nicht nur um Überzeugungsarbeit, sondern auch um die konkrete Darlegung von Denkanstößen. Diese halboffiziellen Dokumente hatten zwar keinen verbindlichen Charakter, gaben jedoch gute Einblicke in zeitgenössische Denk- und Argumentationsmuster. Aus diesem Grund haben sie trotz ihrer Zeitbedingtheit einen guten Quellenwert. Dabei war es im Rahmen dieser Studie jedoch in der Regel erforderlich, größtenteils auf außerwürttembergische Autoren zurückzugreifen. Dieser Umstand war durch die Überlieferungslage bedingt. Insgesamt gesehen waren die Quellen aus dem Bereich der zeitgenössischen Schriften, unter Berücksichtigung der jeweiligen entstehungsbedingten Besonderheiten, sehr aussagekräftig und weitgehend zuverlässig.

Zeitschriften

Vielfach fanden sich Aussagen von Pfarrern sowie der Kirche nahe stehenden Persönlichkeiten in Zeitschriften.[2] Dieses Medium war für die verschiedensten Arten der Informationswiedergabe besonders geeignet. Durch ihre Erscheinungsweise in relativ kurzen Zeitabständen waren sie sehr aktuell und konnten schnell auf neue Entwicklungen reagieren. Zeitschriften gab es im 19. Jahrhundert zu sehr vielen Themen. Durch die Herausbildung der unterschiedlichsten thematischen Schwerpunkte, wie auch hinsichtlich der Adressaten, konnte eine enorme Breitenwirkung entwickelt werden.[3] Bei der Verwendung als zeitgenössische Quelle musste zu-

[2] Vgl. auch die allgemeinen Bemerkungen zur Entwicklung des Zeitschriftenwesens in Kap. 6.3. dieser Arbeit.

[3] Vgl. Zimmermann, s. v. Zeitschrift. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 15 (2012), Sp. 400 f.

nächst die Zeit- und Schichtgebundenheit dieses Mediums in hohem Maße berücksichtigt werden. Aufgrund der sehr guten Überlieferungslage, wie auch der eindeutigen Zielsetzung, sind sie eine gute Quelle. In Abhängigkeit der Fragestellung variiert auch der Quellenwert. In der vorliegenden Arbeit wurde eine mehr offizielle Fachzeitschrift, sowie eine volkstümlich-christliche und eine im Sinne einer Kulturzeitschrift über einen bestimmten Gegenstand berichtende Zeitschrift benutzt. Alle drei Publikationen haben eine hohe Überlieferungsdichte und einen für die jeweilige Fragestellung großen Quellenwert, da sie eindrucksvoll die Ansprüche des jeweiligen Herausgeber- wie auch Adressatenkreises widerspiegeln.

Oberamtsbeschreibungen

Im Zuge der Arbeit wurden auch die von offizieller Stelle in Auftrag gegebenen, vom Königlich Statistischen Amt herausgegebenen Oberamtsbeschreibungen hinzugezogen. Für alle Belange um die einzelnen Bände zeichnete sich das „königlich statistische Landesamt“ verantwortlich. Die Oberamtsbeschreibungen versuchten, einen Überblick über alle relevanten Faktoren innerhalb des jeweiligen Gebiets zu geben. Die Oberämter waren Verwaltungseinheiten, weshalb dort alle denkbaren Facetten an Informationen zu erhalten waren. Es wurde versucht, diese Informationen im Rahmen der Beschreibungen in einer zusammengefassten, einheitlichen Darstellung dem interessierten Leser zu vermitteln. Neben statistischen Informationen wurden auch soziale, wirtschaftliche, gesellschaftliche, geschichtliche sowie die soziale Herkunft der Bevölkerung betreffende Fakten dargeboten. Von besonderer Güte sind in diesem Zusammenhang die Ortsbeschreibungen, die in jedem Band enthalten sind. Diese wiederum ermöglichen auf knappem Raum einen Überblick über die jeweiligen Verhältnisse. Die dargestellten Hintergründe bieten eine Fülle von Auswertungsmöglichkeiten, die einen guten Querschnitt über die damaligen Verhältnisse erlauben. Aus dieser Hinsicht ist den Oberamtsbeschreibungen ein sehr hoher Quellenwert zuzuerkennen.

Jahresberichte

Im Rahmen des Themenkreises Kirche und Soziale Frage war die Sichtweise bzw. die Art der Befassung mit der sozialen Thematik seitens offizieller Organe der evangelischen Landeskirche von Interesse. Zu diesem Zweck wurden die Jahresbe-

richte zu den Diözesansynoden für den Zeitraum zwischen 1900 und 1914 verwendet.

Bei diesem Quellentyp handelt es sich um ein offizielles Dokument. Die Jahresberichte geben einen Überblick über getätigte Maßnahmen und besonders beachtenswerte Gegenstände auf Diözesanebene. Als Berichte dienen sie der Hintergrundinformation für die Verhandlungen der jeweiligen Diözesansynoden. In dieser Funktion geben sie umfassend und komprimiert Einblicke in das kirchliche Leben, was sie für den entsprechenden Zeitraum zu einer sehr wertvollen Quelle werden lässt.

Die Inhalte sind wegen ihres offiziellen Charakters als zuverlässig einzustufen. Sie boten einen Überblick über die einzelnen Vorkommnisse und somit auch über die inhaltliche Arbeit der Diözesansynoden. Aufgrund der vielfältigen Möglichkeiten der Auswertung haben die Jahresberichte einen hohen Quellenwert.

Rechenschaftsberichte und Festschriften

Mit dem Aufkommen der aktiven Wohlfahrtstätigkeit bestand auch das Erfordernis, eine breite Öffentlichkeit zu informieren und die unternommenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck wurden vom Großteil aller wohltätigen Institutionen und Vereine Rechenschaftsberichte herausgegeben. Diese regelmäßige Berichterstattung sollte der Allgemeinheit gegenüber Rechenschaft über die Verwendung von finanziellen Zuwendungen und einen Überblick über die geleistete Arbeit geben.[4] Darüber hinaus hatten die Rechenschaftsberichte auch den Zweck der Werbung. Auf diese Weise sollte ein weiter Kreis für die Arbeit und für die aktive wie auch passive Teilnahme interessiert werden. Hinsichtlich der Rechnungslegung waren die Rechenschaftsberichte sicherlich als objektiv zu bewerten. Rechenschaftsberichte erschienen teilweise als selbständige Publikationen, teilweise aber auch in entsprechenden Zeitschriften als Beilage oder Bestandteil innerhalb einer Nummer. In Hinblick auf die Darstellung der einzelnen Aspekte der Tätigkeit, erschienen mitunter idealisierende Vorstellungen, die den Quellenwert jedoch nur unwesentlich schmälerten.

Eine abgewandelte, dennoch nahe verwandte Form des Rechenschaftsberichts stellen die Festschriften dar.[5] Ihre Entstehungszeit lässt sich ungefähr um das Jahr

---

4 Vgl. zur Bewertung der Rechenschaftberichte auch die ausführliche Behandlung bei: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (2012), S. 44 – 46.

5 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (2012), S. 46 f.

1850 festlegen. Dabei lassen sich zwei Typen unterscheiden. Einerseits gab es Festschriften, die anlässlich eines Jubiläums erscheinen. Der früheste, mögliche Zeitpunkt für das Erscheinen einer Festschrift war in der Regel nach Ablauf von 25 Jahren, seitdem eine entsprechende Einrichtung gegründet worden war. Die Festschriften wurden entweder in den turnusgemäßen Rechenschaftsbericht integriert oder erschienen als eigenständige Publikation. Andererseits gab es auch Festschriften aus Anlass eines speziellen Ereignisses, wie z. B. den Kongress für Innere Mission. Diese Schriften waren eigenständige Publikationen umfassenderen Inhalts, die den Versuch unternahmen, einen Überblick über die Leistungen auf sozialem Gebiet bis zum Stichjahr zu geben. Die Festschriften boten häufig die Gelegenheit zur Bilanzierung und Reflexion der Geschichte der Einrichtung.[6] Allerdings gaben sie mitunter auch einer gewissen Geschichtskorrektur Raum, was bei der Benützung als Quelle mit zu berücksichtigen war. Insgesamt gesehen haben auch solche Festschriften einen relativ hohen Quellenwert, sofern die Geschichtskorrekturen abgerechnet werden können. Neben Rechenschaftsberichten und Festschriften gab es noch weitere Quellengattungen, die wertvolle Informationen für die interessierende Fragestellung enthalten.

Amtliche Führer und Verzeichnisse

Im 19. Jahrhundert wurde vielfach versucht, relevante Informationen in Form amtlicher Wegweiser oder Führer darzubieten. Diese Hilfsmittel sollten in erster Linie zur Orientierung über vorhandene Angebote für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen dienen. Aus diesem Grund waren sie, auf damals für wesentlich erachtete Informationen, beschränkt. Allerdings waren diese verschiedenen Führer immer noch mit sehr vielen Details ausgestattet, so dass sie eine vorzügliche Quelle für den Bereich der Sozialgeschichte darstellen. Aufgrund ihres mehr oder weniger offiziellen Charakters haben sie einen guten Quellenwert. Der einzige, mitunter verwirrende Faktor, stellen die Unsicherheiten hinsichtlich der Gründungsdaten der einzelnen Einrichtungen dar.

Einen weniger offiziellen Charakter haben die Adressbücher der damaligen Zeit. Darunter sind erste Verzeichnisse zu verstehen, in denen sich Angaben über den Wohnort, den Personenstand und vielfach den Beruf der einzelnen Einwohner fanden. Allerdings haben diese frühen Adressbücher weder hinsichtlich der allgemei-

6 Vgl. ebd., S. 47.

nen Angaben noch hinsichtlich der Anzahl an Einwohnern einen Anspruch auf Vollständigkeit. Immerhin bieten sie aufgrund der Berufsangaben einige wertvolle Informationen, was sie zu einer guten sozialgeschichtlichen Quelle werden lässt. Ferner waren in den Adressbüchern die einzelnen wohltätigen Institutionen verzeichnet, wodurch sie ebenfalls gute Hinweise anbieten. Insgesamt stellt dieser Quellentyp eine wichtige Ergänzung zu den anderen Typen dar. Ungeachtet seiner Mängel hat er einen hohen Quellenwert.

Eine letzte Gruppe von Quellen, die im Rahmen dieser Arbeit herangezogen wurden, sind die Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte.

Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte

Innerhalb der turnusgemäßen Visitation der einzelnen Gemeinden und Bezirke wurde sowohl die Abfassung von Pfarrbeschreibungen als auch von Pfarrberichten verlangt. Von der Gemeinde Cannstatt existieren Exemplare aus beiden Quellengattungen, was von großem Wert ist.

Für Cannstatt sind zusätzlich zu den Pfarrberichten Pfarrbeschreibungen aus den Jahren 1827/28 und 1935 erhalten. Sie umfassen ein großes Themenspektrum, weshalb sie im Verlauf des 19. Jahrhunderts nur einmal und dann erst wieder Anfang des 20. Jahrhunderts erstellt wurden. Dieser Umstand erklärt auch, dass die späte Pfarrbeschreibung von 1935 ebenfalls für diese Studie verwendet wurde. Sie stellen in komprimierter Art und Weise Informationen über den Werdegang der Pfarrei dar.[7] Allerding haben sie nur einen bedingten Quellenwert für die eigentliche Geschichte der Pfarrei, wenn auch „die Pfarrbeschreibungen der Jahre 1827/28 einen gewissen Ersatz für die verloren gegangenen Pfarrberichte der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts dar(stellen)“.[8] Pfarrbeschreibungen wurden ebenfalls, wenn auch in größeren Zeitintervallen, im Rahmen der regelmäßigen Visitation als amtliche Schriftstücke erstellt.[9] Aus diesem Grund lassen sich die noch erhaltenen und verwendeten Pfarrbeschreibungen[10] von Cannstatt aus den Jahren 1827/28 und 1935 als weitgehend zuverlässige Berichte betrachten.

---

7 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 19.

8 Ebd., S. 19.

9 Vgl. Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 / 77, S. 150 mit Anm. 6.

10 Vgl. zur Abfassung der Pfarrbeschreibungen: Gaupp, Das bestehende Recht der evangelischen Kirche im Königreiche Württemberg. Bd. 1 (1830), S. 461 – 483.

Ungeachtet des Quellenwerts der Pfarrbeschreibungen bilden jedoch die Pfarrberichte[11] im Rahmen der Lokalstudie zu Cannstatt die bedeutungsvollere, wenn nicht gar die bedeutungsvollste Quellengattung. In Bezug auf die allgemeine Überlieferungslage der Pfarrberichte bietet sich eine sehr vielschichtige Situation. Im HSTA Stuttgart sind unter der Bestandsnummer A 281 diejenigen Kirchenvisitationsakten zu finden, die die Spezialsuperintendenten und die Dekane als ihre Amtsnachfolger verfertigt haben.[12] Sie bilden den älteren Bestand, der für den Zeitraum dieser Studie nicht herangezogen wurde, hinsichtlich der Überlieferungslage jedoch erwähnenswert ist. Dazu gehören ferner die Visitationsberichte, die für das Konsistorium vor der Erhebung Württembergs zum Königreich angefertigt wurden, und die sich ebenfalls im HSTA Stuttgart befinden. Die einzelnen Berichte wurden, nachdem die mehr oder weniger genormte Form der Pfarrberichte[13] aufgekommen war, in Faszikeln unter dem Namen der jeweiligen Pfarrei zusammengefasst. Einzelne Visitationsberichte aus dem 17. und 18. Jahrhundert sind auch im LKAS Stuttgart unter der Signatur A 26 archiviert.[14]

Der für diese Studie relevante Bestand A 29 im LKAS Stuttgart beinhaltet die Fortsetzung der Visitationsakten des Bestands A 281 des HSTA Stuttgart und enthält die in diesem Kontext interessierenden Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte. Obwohl der Bestand sehr umfassend ist, muss jedoch eine merkliche Lücke bei der Überlieferung hingenommen werden. Die Pfarrberichte für den Zeitraum zwischen 1823 und ungefähr 1845/50 sind in den meisten Fällen nicht erhalten. Die Gründe dafür sind ebenso unbekannt, wie der mögliche Verbleib der Akten. Teilweise können die entstandenen Überlieferungslücken jedoch durch die Bestände der Pfarrberichte überbrückt werden, die sich in den Pfarr- sowie den Dekanatsarchiven erhalten haben. Im Gegensatz dazu wurden die Pfarrberichte von 1850 bis 1923 vollständig überliefert. Die erhaltenen Pfarrberichte haben ähnlich, wie die älteren Visitationsakten, Beilagen enthalten. Inhaltlich bestehen sie in der Regel aus Berichten über die Tätigkeit des Pfarrers bei der Abhaltung des Religionsunterrichts, den Berichten seitens des Lehrers einerseits über die im Unterricht behandelten religiö-

---

11 Vgl. zur Herausbildung des Formulars der Pfarrberichte auch die allgemeinen Vorbemerkungen in Kap. 7.2.1. dieser Arbeit.

12 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 17.

13 Pfarrberichte werden auch als Pfarrrelationen bezeichnet, im Rahmen dieser Studie wurde der Einheitlichkeit halber durchweg von Pfarrberichten gesprochen.

14 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 17.

sen Inhalte sowie andererseits über den Unterricht und die Leistungen der Schüler im Allgemeinen. Ferner Sitzungsprotokolle über die Pfarr- bzw. Kirchengemeinderatssitzungen in Anwesenheit des Dekans anlässlich der Visitation. Mitunter waren auch Berichte über Besprechungen mit den bürgerlichen Kollegien, Berichte über Anstalten u. ä. beigegeben.[15]

Die Pfarrberichte haben zwar einen auffallend repetitiven Charakter, der bei der Auswertung Berücksichtigung finden muss. Dennoch ist ihr Quellenwert im Gesamten als überaus hoch zu bewerten.[16] Dieser Quellentyp bietet ein vielfältiges Spektrum an Auswertungsmöglichkeiten, was mit seiner Zielsetzung in Zusammenhang steht. Anhand eines festgeschriebenen Formulars soll dem Visitator ein Überblick über das Gemeindeleben gegeben werden.[17] Deshalb kann eine Vielzahl der unterschiedlichsten Informationen zu den verschiedensten Fragestellungen darin enthalten sein.[18] Aufgrund der Nähe des Pfarrers zu seiner Gemeinde wurden die Informationen mit einer ansonsten kaum zu erreichenden Unmittelbarkeit weitergegeben, was sich in der spezifischen Eigenart jedes einzelnen Berichts widerspiegelt. Im Rahmen einer seriellen Auswertung der Pfarrberichte besteht die größte Gelegenheit, den vollständigen Quellenwert auszunützen. Vor allem die grundlegenden Daten sprechen für diese Form der Auswertung. In ihrer Gesamtheit „stellen die Pfarrberichte nicht nur für die Kirchengeschichte, sondern auch für die historische Forschung oder die empirische Kulturwissenschaft eine herausragende, in ihrem Erkenntniswert längst nicht ausgeschöpfte Quellengattung dar.“[19] Die gerade für die Stadt Cannstatt relativ vollständige und dichte Überlieferung der Pfarrberichte, geben zusammen mit den teilweise enthaltenen Beilagen einen guten Einblick in die damalige Situation der Gemeinde und eignen sich deshalb gut als Grundlage für eine historische Analyse zur dortigen Behandlung der Sozialen Frage im Zuge der Industrialisierung.

---

15 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 18.

16 Vgl. ebd., S. 19.

17 Vgl. Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974/77, S. 150 mit Anm. 6.

18 Vgl. zu den vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten der Pfarrberichte wie auch der Pfarrbeschreibungen: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974/77, S. 149 – 162; Widmer, Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts (2004).

19 Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 19.

4. „Industrialisierung in Württemberg“ (1850 – 1914)

In der Geschichte der Neuzeit gab es kaum einen tiefgreifenderen und folgenreicheren Prozess als den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Der Industrialisierungsvorgang bezog nicht nur alle Lebensbereiche ein, sondern hatte ebenso die Globalisierung der bisherigen Ständegesellschaft zur Folge. Das Königreich Württemberg war wie alle Einzelstaaten des nachmaligen Deutschen Reichs davon betroffen. Um nachvollziehen zu können, wieso sich auch in Württemberg Anklänge der Sozialen Frage stellen konnten, müssen zunächst die wirtschaftlichen Veränderungen kurz skizziert werden.[1] Aufgrund der Komplexität des Gesamtvorgangs kann eine Betrachtung an dieser Stelle allerdings nur sehr selektiv bleiben.[2] Dabei bestand eine organische Durchdringung zwischen der industriellen Entwicklung Württembergs und der des Großraums Stuttgart mit Cannstatt. Nachdem diese Rückbezüge bestanden, soll zunächst die Industrialisierung Württembergs umrissen werden, wobei einige Spezifika des Stuttgarter Raums mit einfließen werden. In diesem Zusammenhang bietet sich eine Zweiteilung in einen allgemeinen und in einen besonderen Teil an.

Mit der Industrialisierung standen freilich auch ihre Standorte in direkter Verbindung. Deshalb sollen einige Bemerkungen hinsichtlich der regionalen Verteilung der Industrie gemacht werden. Die Standortfrage war schon im Zeitalter der Indust-

---

1 Diese Skizze soll die zum Verständnis der Gesamtthematik erforderlichen Hintergrundinformationen zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund wurde auf eigenständige Quellenstudien verzichtet und stattdessen auf die gängige wirtschaftsgeschichtliche Forschungsliteratur zurückgegriffen.

2 Vgl. Burckhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 369.
Besonders in Württemberg war die Industrialisierung ein langdauernder und hochkomplexer Prozess. Aufgrund dieser Tatsache ist eine dezidierte Darstellung in allen Einzelheiten mit der gebührenden Würdigung aller bedingenden Faktoren nicht möglich. Deshalb können im gegebenen Rahmen nur die grundlegendsten Faktoren und Entwicklungslinien andeutungsweise dargestellt werden. Im Übrigen ist für weitergehende Informationen auf die in den Anmerkungen angegebene Literatur zu verweisen. Vgl. besonders zum Thema Industrialisierung in Württemberg und Stuttgart: Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (1984), S. 45 – 49; Naujoks, Stadt und Industrialisierung in Baden und Württemberg bis zum Ersten Weltkrieg (1800 – 1914) (1988), S. 100 – 108; 111 - 114.
Eine gute und detaillierte Übersicht über den Gesamtverlauf der württembergischen Industrialisierung in allen ihren Stadien bieten: Griesmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Württemberg 1, 1954, S. 121 – 242, Kollmer v. Oheimb-Loup, Gert, Tendenzen industriellen Wachstums in Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1994), S. 57 – 70; Ders., Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 49 – 67; Ders., Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhundert. In: BWKG 113, 2013, S. 13 – 27; Ders., Ein ungleicher Start? (2007), S. 161 – 187; Ders., Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2004), S. 25 – 51; Ders., Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2006), S. 29 – 43 sowie für die Zeit Wilhelms I.: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 196 – 257.

rialisierung von großer Bedeutung, so dass dieser Faktor nicht übergangen werden kann.

Der zweite kontextuelle Zusammenhang zur Industrialisierung und den davon betroffenen Regionen ist einerseits in der Haltung der Unternehmer hinsichtlich ihrer Arbeiter zu erkennen. Dabei geht es in erster Linie um die unternehmerische Einstellung sowie deren Sicht zu ihrer Rolle im Beziehungsgefüge „Fabrik". Andererseits sollen auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter betrachtet werden

4.1. Wirtschaftliche Veränderungen

Im Verlauf der Geschichte war und ist jede Gesellschaftsstruktur einem ständigen Wandel unterworfen. Dabei beschränkt sich dieser Wandlungsprozess nicht nur auf einen Lebensbereich. Vielmehr verbirgt sich hinter jeder Adaptation einer Novität ein komplexer Prozess, der umfassend und vielgestaltig war. Aufgrund dieser Tatsache kann die Industrialisierung Württembergs nur in groben Zügen und notwendigerweise mit vielen Auslassungen skizziert werden.[3] Dieser Vorgang vollzog sich freilich nicht abrupt. Vielmehr gab es im Verlauf des Industrialisierungsprozesses eine sukzessive, vollständige „Umwandlung der aus dem 18. Jahrhundert überkommenen Wirtschaftsformen und des Wirtschaftsdenkens"[4].

Das zentrale Moment des Gesamtprozesses war in den bahnbrechenden Erfindungen im technologischen Bereich zu erkennen. Als notwendige Grundlage jeder Erfindung sind die geistigen Fähigkeiten einzelner Individuen zu erkennen.[5] Der technologische Bereich stellte jedoch nur die Grundlage oder vielmehr Triebfeder des Industrialisierungsprozesses dar. Für eine industrielle Progression mussten hingegen entsprechende „politische, kulturelle und ökonomische Faktoren"[6] vorliegen. Bezogen auf Württemberg bestanden diese Faktoren aus der Kombination der calvinistischen Leistungsethik, bei der das Berufs- und Leistungsdenken in signifikanter Weise aufgewertet wurde, mit dem aufklärerischen Rationalitätsdenken des Bürgertums. Aufgrund dieser speziellen Verknüpfung war auch die Staatsverwal-

---

3 Vgl. Born, Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands (1966), S. 279.

4 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 197. Vgl. auch: Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 341.

5 Vgl. Boelcke, Die Industrielle Revolution (1998), S. 86.

6 Ebd., S. 86.

tung unter rationalen Gesichtspunkten organisiert worden. Zu diesen Elementen traten noch die Kapitalakkumulation[7] sowie die wiederum durch die Dominanz des Pietismus bedingten geistigen Anlagen seiner Menschen. Somit bestand nicht nur das zur Anwendung technischer Novitäten erforderliche Verständnis, sondern auch die Befähigung, die damit einhergehenden notwendigen wirtschaftlich-sozialen und betrieblichen Veränderungen durchzuführen. Allerdings standen Württemberg diese vielfältigen Wandlungsprozesse zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch bevor.[8]

4.1.1. Die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs im Allgemeinen

Der Industrialisierungsvorgang in Württemberg war ein hochkomplexer Prozess.[9] Aufgrund dieser Tatsache ließen sich unterschiedliche Stadien der Industrialisierung parallel nebeneinander finden. Insgesamt bestand in Württemberg in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ein Rückstand in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht.[10] Dabei konnten bereits fortschrittliche Regionen, in denen erste industrielle Anfänge feststellbar waren, neben noch überwiegend agrarisch-rückständig strukturierten Regionen stehen. Als Erklärungen für diesen Umstand wurden vorrangig Bildungsmängel, geistige Inflexibilität sowie die noch vorherrschende Zunftgebundenheit angeführt.[11] Diese Faktoren waren insofern sicherlich nicht unbedeutend, dennoch nicht allein ursächlich. Ein anderer, vermutlich zutreffenderer Erklärungsansatz führte den württembergischen Rückstand auf die vielfache Trennung von der nationalen und internationalen Wirtschaft zurück.[12] Hinzu traten die Auswirkungen der politischen und der industriellen Revolutionen, die hinsichtlich des damit ver-

---

7 Die These vom herrschenden Kapitalmangel zur Zeit der Industrialisierung Württembergs hat die Forschung inzwischen widerlegt. Vgl. hierzu: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 136 f. Vgl. auch Kapitel 4.1.1. dieser Arbeit.

8 Vgl. Boelcke, Die industrielle Revolution (1998), S. 86; Ders., Wirtschaftgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute (1987), S. 200 – 202.

9 Vgl. als Gesamtüberblick: Hippel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918 (1992), S. 477 – 784

10 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 85; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 475.

11 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 85 mit Anm. 20.

12 Vgl. ebd., S. 85 mit Anm. 22.

bundenen Ideenwandels, insbesonders in Deutschland, nicht unterschätzt werden durften.[13]

Zeitlicher Beginn und Aufstieg

Der Industrialisierungsprozess war ein weltweit ablaufender Prozess, der aus den unterschiedlichsten Facetten bestand. Diese Mannigfaltigkeit zeigte sich nicht nur in den verschiedenartigen Leitbranchen innerhalb der jeweiligen Länder respektive Regionen, sondern auch hinsichtlich großer Unterschiede bezüglich des zeitlichen Beginns des eigentlichen Industrialisierungsprozesses.

In Bezug auf Württemberg und Stuttgart war eine eindeutige Datierung kaum möglich. Der Grund war, dass „der Übergang zur Industrie vergleichsweise schwer auszumachen (war), da hier […] nicht die rasche Gründung großer Fabriken als Kennzeichen auftrat."[14] Außerdem fehlte sowohl in Stuttgart als auch in Württemberg eine planmäßige Industrieansiedlung. Vielmehr waren alle Gewerbegründungen eher zufälliger Natur und den örtlichen Bedürfnissen geschuldet.[15] Lediglich der erst relativ späte Zeitpunkt der Industrialisierung von Württemberg und Stuttgart war eine gesicherte Tatsache, wobei die ungünstige geographische Lage sicherlich einen großen Anteil hatte.[16]

Im Allgemeinen wurde in der Forschung angenommen, dass Württembergs Industrialisierung erst nach 1855 bzw. erst im Jahrzehnt nach 1850 stattgefunden hatte.[17] Diese Annahme war sicherlich zu pauschal und berücksichtigte zu wenig die spezifisch württembergischen Verhältnisse. Hinsichtlich des gesamten Industrialisierungsprozesses beispielsweise in der nachmaligen Leitbranche, der Textilindustrie, handelte es sich „um eine vielschichtige Entwicklung, deren Wurzeln seit den

---

13 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 197.

14 Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 18.

15 Vgl. Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 89.

16 Vgl. Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 18.

17 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 401; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 103; Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 344; Ders., Regionale Differenzierung des Industrialisierungsprozesses (1979), S. 115 f.; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 93; 107; 156; 173; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 456 – 459; Ders., Handbuch Baden-Württemberg (1982), S. 219; Griesmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Württemberg 1, 1954, S. 134 – 136; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 250 – 253; Hippel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918 (1992), S. 504; 553; 557; Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 52 – 55; Burkhardt, Zentren und Peripherie der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 343; 369.

1830er Jahren durch die vermehrten Investitionen und innovatives Handeln greifbar werden."[18] Eine andere Forschungsmeinung datierte den Beginn des maßgeblichen Industrialisierungsvorgangs in die Jahre nach 1880.[19] Dennoch deuteten viele Faktoren auf einen früheren Beginn der Industrialisierung hin.

Für die Annahme eines zeitlich deutlich früher als 1855 gelegenen Beginns der Industrialisierung sprach das Vorhandensein erster Ansätze, die bereits vor dem Beitritt Württembergs zum Zollverein (1828) lagen. Diese ersten Anzeichen einer Industrialisierung waren jedoch allenfalls sehr schwach ausgeprägt und zudem zu diesem frühen Zeitpunkt noch ohne signifikante Tragweite für die Gesamtwirtschaft. Daneben bedingte ein weiterer Aspekt die weitgehende Nichtbeachtung dieses frühen Zeitpunkts. Nachdem der Hauptteil aller Modernisierungsmaßnahmen nur in einigen wenigen Produktionszweigen hatte Fuß fassen können, arbeitete die Mehrheit aller Betriebe damals noch nach traditionellen Methoden. Darüber hinaus waren nur wenige Fabriken aufzufinden, die bereits die Charakteristika zukunftsorientierter Unternehmen aufwiesen. Dennoch waren diese ersten Anfänge erfolgreich, was nicht ohne Folgen geblieben war.[20] Dabei war den Zeitgenossen durchaus der Unterschied zwischen einer Fabrik und einem eher traditionell arbeitenden Handwerksbetrieb bewusst. In der Hauptsache bestand jedoch ein terminologisches Problem, das ebenfalls hinsichtlich der zeitlichen Bestimmung des Take-offs erschwerend wirkte.[21]

In Bezug auf die Dauer des Industrialisierungsprozesses[22] mussten verschiedene Faktoren zusammentreffen, damit vom Beginn der Industrialisierung ausgegangen werden konnte. Ein wesentliches Charakteristikum war ein im Vergleich mit der Zeit vor der Industrialisierung bedeutend höheres Volkseinkommen, das mit einem grundlegenden Strukturwandel einherging. Bei Verwendung der Leitindustrie Textil als Indikator deutete vieles auf einen umfassenden Industrialisierungsbeginn nach 1850 hin. Damals setzte zwar ein grundlegendes Wachstum in dieser Branche ein, das jedoch noch nicht erlaubte, von einem tatsächlichen Beginn des Industrialisierungsprozesses auszugehen. Erst nach 1900 wurde der Textilbereich schließlich

---

18 Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 401. Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 106.

19 Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 59.

20 Vgl. zum Vorstehenden: Gysin, „Fabriken und Manufakturen" in Württemberg während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts (1989), S. 278.

21 Vgl. Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 351 f.

22 Vgl. hierzu und dem Folgenden: Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 58 f.; S. 107.

von der Maschinenbauindustrie überholt.[23] Ein zweiter Hinweis für den Beginn der Industrialisierung konnte eine Akzentverschiebung im Herstellungsbereich sein. Bis ungefähr 1850 waren landwirtschaftliche Erzeugnisse maßgeblich für das Volkseinkommen bestimmend, die jedoch nach der Jahrhundertmitte zugunsten gewerblicher Produkte in den Hintergrund traten. Dieser erste bemerkenswerte Strukturwandel stellte ein eindeutiges Indiz für den Beginn des Industrialisierungsprozesses dar,[24] das jedoch Schwächen hatte. Diese waren darin begründet, „daß diese Strukturverschiebung nicht nur durch das Wachstum des Gewerbesektors hervorgerufen wurde, sondern auch durch eine Krise in der Landwirtschaft, die nichts mit einem take-off, einem Wachstumsprozeß, zu tun hatte.“[25] Als weiterer Faktor kam die relativ kurze zeitliche Dauer des Prozesses einer Schwerpunktverlagerung von der Landwirtschaft zum Gewerbe hinzu. Er wurde andererseits rasch durch einen anscheinend über einen längeren Zeitraum ablaufenden Prozess sukzessiver, kleiner Strukturveränderungen im Herstellungsbereich abgelöst. Sodann war erst in den Jahren nach 1880 eine dauerhafte Entwicklung zu erkennen, infolgedessen sich eine endgültige Bedeutungsverschiebung zugunsten des Gewerbesektors ergab.[26] Dieser Entwicklungsvorgang verlief über einen Zeitraum von 25 Jahren und konnte erst 1907 als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden, als erstmals mehr gewerbliche als landwirtschaftliche Arbeiter gezählt wurden. Den Abschluss der gesamten Industrialisierungsperiode Württembergs bildete wiederum ein interner Strukturwandel im Bereich des Gewerbes, bei dem es zur Veränderung hinsichtlich der Betriebsgröße kam. Bis ca. 1907 gab es noch überwiegend kleinere und mittlere Betriebe, während erst danach Großbetriebe bestimmend wurden.[27]

Der angesprochene Strukturwandel innerhalb der in Württemberg relevanten Metallverarbeitung und Textilindustrie zeigte sich vor allem hinsichtlich der Zahl der Hauptbetriebe, des Motorisierungsgrads sowie der Gesamtzahl der in diesen Gewerben tätigen Personen. So bestanden z. B. im Jahr 1882 im Bereich der Metallverarbeitung insgesamt 8699 Betriebe, deren Zahl sich bis 1895 auf 7446 verringerte.[28] Andererseits stiegen im gleichen Zeitraum sowohl der Motorisierungsgrad

---

23 Vgl. ebd., S. 58.
24 Vgl. ebd., S. 58.
25 Ebd., S. 58.
26 Vgl. ebd., S. 58.
27 Vgl. ebd., S. 58.
28 Vgl. Das Königreich Württemberg (1904), S. 154.

von 244 auf 502 als auch die Beschäftigtenzahl von 22680 auf 31445 an.[29] Im Bereich der Textilindustrie gab es noch deutlichere Zahlen, die die Veränderung anzeigten. Dort bestanden 1882 12563 Betriebe, die sich bis 1895 auf 6320 Betriebe verringerten, was einer faktischen Halbierung der Betriebszahl gleichkam. Parallel dazu stieg im selben Zeitraum der Motorisierungsgrad lediglich von 325 auf 373, wobei sich annähernd dasselbe Zahlenverhältnis im Bereich der Beschäftigtenzahlen zeigte. Hier fand eine Vermehrung von 33592 auf 39968 im Zeitraum von 1882 bis 1895 statt.[30] In diesem Zusammenhang deutete die Verringerung der Betriebsgröße auf den Prozess zur Betriebsakkumulation hin. Es verringerte sich die Gesamtzahl an Betrieben zugunsten einer größeren Zahl von Großbetrieben, was sowohl unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit als auch der vermutlichen Absatzmenge zu sehen war. Der Motorisierungsgrad sowie der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in beiden Industriebereichen wiesen ebenfalls in Richtung auf einen stetigen industriellen Aufschwung hin, da sie Indikatoren für den Aufstieg eines Industriezweigs darstellten.

Somit lief die Entwicklung Württembergs vom ausschließlichen Agrarstaat zum zukunftsorientierten Industriestaat über einen Zeitraum von annähernd 100 Jahren ab. Letzten Endes mussten die Anfänge des Industrialisierungsprozesses im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts angesiedelt werden, weshalb der frühere Zeitpunkt für die Entwicklung der Industrie anzunehmen war. Der vorläufige Endpunkt hingegen ließ sich einfacher bestimmen, da er letztlich durch den Beginn des Ersten Weltkriegs bedingt war.[31]

Ungeachtet zahlreicher, schwerwiegender Probleme, konnte der Industriealisierungsprozess in Württemberg und Stuttgart einen außerordentlich erfolgreichen Verlauf nehmen, so dass das Land 1914 ein wichtiges Glied im Wirtschaftsleben geworden war. Allerdings war die Ausgangslage, anders als es zunächst schien, wenig günstig.

Ausgangssituation und Zäsur

Um 1800 konnten weder Deutschland noch Württemberg als industrialisiert bezeichnet werden. Vielmehr herrschten sowohl bei den Herstellungsformen als auch

---

29 Vgl. ebd., S. 154.

30 Vgl. ebd., S. 154.

31 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 436.

den Arten der Betriebsführung und der Infrastruktur überwiegend noch mittelalterliche Verhältnisse vor. Ebenso dominierte noch weitgehend eine zünftige Wirtschaftsverfassung.[32] Somit war „(v)on Industrie im späteren Sinne […] kaum etwas zu sehen“,[33] während lediglich einige Staatsbetriebe vorhanden waren, private Fabrikunternehmungen allerdings weitgehend fehlten.[34] Württemberg war überwiegend agrarisch ausgerichtet, was in guten Jahren „immerhin eine kleine, etwas armselige Behaglichkeit, und einen wichtigen Export in Erzeugnissen des Landes“[35] erlaubte. Diese bescheidene landwirtschaftliche Produktion stellte die Basis für die Entwicklung eines Kaufmannsstandes dar, der es zum Teil zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatte. Im Gegensatz dazu waren die öffentlichen und besonders die städtischen Finanzen „durch die langen Kriegszeiten durchweg erschöpft, verwirrt und verschuldet.“[36] Verschärfend kam der Bevölkerungszuwachs aufgrund der Gebietsgewinne hinzu, so dass Württemberg 1806 insgesamt 1400000 Einwohner hatte. Noch zu Lebzeiten König Friedrichs I. wurden Alt- und Neuwürttemberg in staatsrechtlicher Hinsicht vereinigt und nach französischem System in Departements organisiert.[37] Die nunmehr vorhandenen beiden Konfessionen waren gleichberechtigt, wozu noch eine Vereinheitlichung von Recht, Maß, Gewicht sowie des Grenzzollsystems kam. Es bestanden also durchaus hoffnungsvolle Ansätze, als 1816 König Friedrich I. starb.[38]

Am Anfang des 19. Jahrhunderts befand sich Württemberg in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs, die in erster Linie durch Lieferungen an die kriegführenden Parteien ermöglicht wurde. Es herrschte also durch die Napoleonischen Kriege eine regelrechte Kriegskonjunktur, die sich bis ins Jahr 1819 aufrecht erhielt. In der Hauptsache profitierten die landwirtschaftlichen, aber auch einige Bereiche der gewerblichen Produktion von dieser für sie günstigen Situation.[39] Im ge-

---

32 Vgl. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftlebens im 19. Jahrhundert (1904), S. 5; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 205.

33 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 205.

34 Vgl. ebd., S. 206.

35 Ebd., S. 206.

36 Ebd., S. 206.

37 Vgl. zur staatsrechtlichen Vereinigung von Alt- und Neuwürttemberg mit der damit verbundenen Einführung des „Departementsystems“: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 207; Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zu Gegenwart (1949), S. 282.

38 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 200; 207.

39 Vgl. zum Vorstehenden: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte

werblichen Bereich zeigte sich ab 1810 ein Wirtschaftsaufschwung nicht nur in einer Auftragssteigerung bei den bestehenden Betrieben, sondern auch in zahlreichen Neugründungen sowie Neuansiedlungen im Bereich Cannstatt bzw. des Stuttgarter Talkessels.[40] Eine weitere positive Folge der Kriegswirtschaft waren Marktvorteile für die württembergische Wirtschaft durch die kriegsbedingte Kontinentalsperre.[41] Die Ursache für die um 1819 einsetzende Wirtschaftskrise war die Schutzzollpolitik der europäischen Nachbarstaaten, wodurch den württembergischen Erzeugnissen die Möglichkeit, am europäischen Markt teilzuhaben, genommen wurde. Diese Tatsache wirkte sich umso gravierender aus, nachdem Württemberg dringend auf den Auslandsmarkt und den Export seiner gewerblichen Erzeugnisse angewiesen war.[42] In dieser Situation verschärfte sich die allgemeine Lage in Württemberg. Infolge eines Vulkanausbruchs in Indonesien im Jahr 1815 kam es zu schwerwiegenden klimatischen Störungen, mit mehrjährigen Auswirkungen. Stuttgart und Cannstatt wurden damals nicht nur von Missernten, sondern auch von Hochwasser und ähnlichen Naturkatastrophen heimgesucht.[43] In dieser Zeit trat Wilhelm I. die Thronnachfolge an. Er musste als erstes gegen eine in diesem Ausmaß nicht voraussehbare Hungersnot[44] sowie die Folgen der extremen Teuerung ankämpfen. Insgesamt stellte diese Situation eine „tiefe Zäsur in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Württembergs“[45] dar. In dieser Situation griffen nicht einmal mehr die in normalen Ertragsjahren bewährten Sicherungsmechanismen, so dass neue Wege beschritten werden mussten.[46] Wilhelm I. sorgte zunächst im Sinne einer Sofortmaßnahme für Brot, was angesichts der weltweiten Agrarkrise zunächst in Maßnahmen zur Unterbindung von Getreideexporten durch Ausfuhrverbote wie auch

---

der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 83; Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 16; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 14.

40 Vgl. Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 16.

41 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 84. Vgl. ebenfalls: Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 84; 94; Seybold, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (1974), S. 5.

42 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 84; Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 96 f.; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 218.

43 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 62 f.

44 Auf eine ausführliche Darstellung der Ernährungskrise wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. hierzu Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (2012), S. 260 – 275.

45 Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 82.

46 Vgl. Winkel, Vom Armenhaus zum Musterländle. In: ZWLG 50, 1991, S. 307.

Handelsbeschränkungen bestand. Flankiert wurden diese Schritte durch Getreideimporte, vor allem aus Holland und den Ostseegebieten. Im Verlauf des Jahres 1817 wurde ergänzend „eine Bestandsaufnahme der Landesvorräte, deren Beschlagnahme, und Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Kartoffeln“[47] durchgeführt. Auf diese Weise wurde durch diese Aktionen zwar vorerst die schlimmste Not gelindert, aber sie konnten nicht dauerhaft über den Zusammenbruch der nur durch die Kontinentalsperre aufrechterhaltenen wirtschaftlichen Scheinblüte hinweghelfen.[48] Die Notwendigkeit, „an Maßnahmen grundsätzlicher Art (zu) denken, mit denen man hoffen konnte, die ganze Ausgangsposition der Wirtschaft des Landes zu korrigieren“[49], wurde immer offensichtlicher. Angesichts der Gesamtproblematik, zu der noch die bislang ungeklärte Verfassungsfrage wie auch die finanziellen und außenpolitischen Probleme hinzukamen, war sich Wilhelm I. im Klaren, nur mit überaus vorsichtigen Reformen agieren zu können.[50] Nach seiner Vorstellung gab es hinsichtlich der Innenpolitik zwei relevante Zielsetzungen, über die er sich weitergehende Anregungen für die Wirtschaft und deren Gesundung erhoffte. Die Basis musste aus einer Verfassung unter Vermeidung jeglicher Diskreditierung sowie einer Reform des staatlichen Verwaltungsapparats bestehen. Die letztere Maßnahme sollte die Möglichkeit eröffnen, Württemberg an die seit 1806 andersgelagerten politischen wie auch wirtschaftlichen Gegebenheiten zu assimilieren.[51] Diese Aufgabe hatte das so genannte „‚Reformministerium‘ Kerner-Wangenheim“[52] zu bewältigen. Zwar konnte es angesichts der bekannten Antipathie der Bürokratie gegenüber jeglichen Reformen nur kurze Zeit arbeiten, dennoch brachte es wesentliche Anregungen für die Wirtschaftspolitik. Bahnbrechend war dabei der Gedanke, „daß der Bürokratie die Einflußnahme auf das wirtschaftliche Geschehen soweit als irgend möglich entzogen werden sollte.“[53] Aus diesem Grund stand der König dem auf Friedrich List zurückgehenden Plan, die Förderung von „Landwirtschaft, Gewerbe und Handel mit Hilfe halbstaatlicher ‚Centralstellen‘“[54]

---

47 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 200.

48 Vgl. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 61.

49 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 221.

50 Vgl. Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 85; Marquardt, Geschichte Württembergs (^{3}1985), S. 274.

51 Vgl. Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 85.

52 Ebd., S. 86.

53 Ebd., S. 87.

54 Ebd., S. 87.

zu betreiben, sehr aufgeschlossen gegenüber. Insgesamt zeichnete sich Wilhelm I. durch ein außergewöhnliches Interesse an den vorherrschenden Zeitströmungen, an den sich durch sie eröffnenden Novitäten wie auch für alle wirtschaftlichen Belange aus, was ihn für die Ausgestaltung des Wirtschaftslebens sehr bedeutungsvoll machte.[55] Der Weitblick des Monarchen zeigte sich in vielfältigen Maßnahmen aller Art, die ergriffen wurden.

Zunächst mussten grundsätzliche Maßnahmen, wie mehrere Vereinsgründungen durchgeführt werden.[56] Mit dem 1817 gegründeten „Landwirtschaftlichen Verein" sollte die Landwirtschaft gleichermaßen durch Hinweise auf moderne Formen der Ertragssteigerung gefördert, unterstützt und belebt werden. In der Hauptsache hatte er eine beratende Funktion, wobei er jedoch bald zum Zentrum eines wachsenden Systems der Agrarförderung wurde.[57] Schon von Anfang an bestand eine Abteilung für technische Belange, was dem Verein bis 1848 ebenso die Aufgabe einer zentralen Stelle für gewerbliche Förderung zuwies.[58] Als nächster Schritt wurde 1819 der „Verein für Handel und Gewerbe" begründet[59], der jedoch aufgrund seiner Abhängigkeit vom „Landwirtschaftlichen Verein" nur begrenzte Wirksamkeit entfalten konnte. Aus diesem Grund lag sein Hauptarbeitsgebiet im Bereich der Handels- und Zollpolitik, weshalb er nicht besonders ins Bewusstsein der Zeitgenossen treten konnte.[60] Beide Vereine waren halboffizielle Stellen, in denen Wilhelm I. die besten Fachmänner seines Landes versammelte, um mit Hilfe des geballten Sachverstands seiner Zeit seine großen Ziele verwirklichen zu können. Problematisch war jedoch auch hier die zeitgenössische, unflexible wie auch bürokratische Denkweise, die vielfach eher hemmend als befördernd wirkte.

Der nächste Schritt bestand in der 1818 auf Anregung des „Landwirtschaftlichen Vereins" erfolgten Gründung einer Sparkasse mit dem Ziel, Dienstboten und besitzlose Arbeiter auf diese Weise zur Sparsamkeit zu erziehen. Dazu diente auch das bereits 1818 initiierte landesweite System von Filialen. Diese zunächst nur für

---

55 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 198.

56 Vgl. auch: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 90 – 98.

57 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 208.

58 Vgl. hierzu auch: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 113.

59 Vgl. zu diesem und dem Vorstehenden: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 208.

60 Vgl. ebd., S. 208.

die unteren sozialen Schichten bestimmte Einrichtung, deren sozialer Charakter nicht verkannt werden durfte, etablierte sich schnell. Aus diesem Grund fand schließlich eine sukzessive Öffnung des Instituts für bessergestellte Volksklassen statt.[61] Denn der offensichtliche Erfolg, „das Denken und Rechnen in Geld mächtig in die breiten Schichten (zu) tragen“[62] war die beste Begründung für diesen Schritt.
Eine ganz wesentliche Maßnahme zur Linderung der größten Not bestand in der Arbeitsbeschaffung, wozu die Regierung auf Notstandsarbeiten, vor allem im Straßenbau und der Forstwirtschaft zurückgriff.[63] Zudem gab es Versuche eine so genannten „Armenindustrie“ aufzubauen, in der sich jeder Arbeitsfähige und -willige einen geringen Verdienst erarbeiten konnte. Aber schnell wurde erkannt, dass diese Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend waren.[64] Aus diesem Grund wurden seit 1821 in dreijährigem Turnus Industrieausstellungen abgehalten, die gleichermaßen der Information über produktionstechnische Neuheiten wie auch der Motivation durch Prämierung der herausragendsten Produkte dienen sollten.[65] Ein weiteres Instrument staatlicher Wirtschaftförderung stellten Darlehn dar. Dabei konnten sowohl Unternehmen aus neuen Industriezweigen, die maßgeblich an deren Etablierung und Ausbau beteiligt waren, als auch aus traditionellen Industriebereichen, die wichtige technische Verbesserungen schufen, gefördert werden.[66]
Im Umkreis der allgemeinen Krisensituation war Wilhelm I. auch mit dem Problem der mangelhaften Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten in Berührung gekommen. Zur Erziehung der Kinder zur Arbeit konnte der Monarch auf die bereits 1794 in Birkach in der Nähe von Hohenheim gegründete Spinnschule, die eine der ersten Anstalten des damals neuen Industrieschultyps war, zurückgreifen.[67] Im Rahmen so

---

61 Vgl. ebd., S. 211.
62 Ebd., S. 211.
63 Vgl. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 61.
64 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 115.
65 Vgl. ebd., S. 116; Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 112 f.
66 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 117. Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 367.
67 Vgl. Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (2012), S. 206 mit Anm. 22; Borst, Leitbilder und geistige Antriebskräfte (1989), S. 15 f.; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1879 (1975), S. 207 – 210; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 202. Vgl. zu den Industrieschulen allgemein auch: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 106 f.; Quarthal,

genannter Beschäftigungsanstalten sollten müßiggängerische Jugendliche, gemäß dem Grundsatz, Arbeitsfähigen nur Unterstützung in Form von Arbeit zu gewähren, wieder an geregelte Arbeit gewöhnt werden. Demselben Zweck, nämlich „die Jugend des Volkes in den freien Stunden des Tages durch Spinn-, Strick-, Näh- oder Klöppelarbeiten, durch Stroh-, Papp-, Schnitz- oder Flechtarbeiten an Fleiß, Pünktlichkeit und Ausdauer zu gewöhnen und zu solchen scheinbar geringen technischen Fertigkeiten geschickt zu machen“[68], diente die Einrichtung von Industrieschulen. Sie hatten sich aus dem freiwilligen Handarbeitsunterricht für Volksschülerinnen herausgebildet. Beide Anstaltsformen vermittelten den Jungen und Mädchen eine Grundqualifikation für industrielle Arbeit, weshalb sie für den späteren Industrialisierungsprozess von großer Bedeutung waren.[69]

Nicht nur bei der Erstausbildung, sondern auch bei den schon fertig ausgebildeten Berufstätigen, zeigten sich angesichts der teilweise rasanten technischen Entwicklungen große Defizite. Aus diesem Grund wurden anfangs Sonntagsgewerbeschulen gegründet, die ausschließlich für die „Fortbildung der Handwerkergesellen und –lehrlinge“[70] zuständig waren. Sie sollten nicht nur das Volksschulwissen erweitern, sondern auch die neuen Entwicklungen berücksichtigen.[71] Später entwickelte sich aus dieser anfänglich freiwilligen Institution das allgemeine Gewerbeschulwesen.[72] Neben diesen Einrichtungen bestand das Verlangen nach einer höheren technischen Ausbildung. Nach ersten Plänen aus dem Jahr 1817, wurde 1818 die Stuttgarter Realschule gegründet, die bis 1840 einen stufenweisen Ausbau zur Polytechnischen Schule und schließlich 1890 zur Technischen Hochschule Stuttgart, der Vorläuferin der Universität Stuttgart, erlebte.[73]

Berufsbildung als Gewerbeförderung in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (1994), S. 40 f.

68 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 203.

69 Vgl. ebd., S. 203.

70 Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 17. Vgl. auch: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 108 - 112.

71 Vgl. Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 17.

72 Vgl. insgesamt zu diesem Thema: Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968). Vgl. auch Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 112.

73 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 221; 224 - 226; Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 260.

Mit diesen ersten Maßnahmen wurde bereits viel getan, um bessere Grundlagen für den Aufbau einer Industrie zu schaffen. Dennoch gab es noch wichtige Bereiche, die einer grundlegenden Korrektur bedurften.

Die Gewerbeordnung von 1828 und der Zollvereinsbeitritt

Nachdem Württembergs allgemeine Wirtschaftsverfassung nicht mehr zeitgemäß war, waren auch in diesem Bereich Reformen notwendig. Dabei war die Erkenntnis grundlegend, dass Württemberg nur bei Abschaffung des überholten Zunftwesens und gleichzeitiger Einführung der Gewerbefreiheit vorankommen konnte. Im Grundsatz war diese Erkenntnis vorhanden, trotzdem regte sich dagegen ebenso ein fast undenkbarer Widerstand seitens der Honoratioren. Erst 1828 lag ein Reformwerk vor, das zumindest eine ansatzweise Gewerbefreiheit realisierte. Sein Kompromisscharakter zeigte sich darin, dass „zwar 13 Zünfte auf(gehoben wurden), während die anderen Gewerbe – und zwar alle Hauptgewerbe – weiterhin zünftig blieben."[74] Von allergrößter Bedeutung wurde jedoch die gesetzliche Konzessionierungsregelung für Fabrikneugründungen, womit die Möglichkeit eröffnet wurde, die großbetriebliche Produktionsweise verstärkt zu etablieren und zu fördern.[75]

Die neue Gewerbeordnung von 1828 hatte bereits massiv in die württembergische Binnenwirtschaft eingegriffen, wenn auch Verbesserungen in außenhandelswirtschaftlicher Hinsicht ein maßgebliches Ziel waren. In diesem Zusammenhang war es grundlegend, auf den Abbau der vielfältigen nationalen Handelsbeschränkungen und den Aufbau eines einheitlichen Wirtschaftsraums hinzuarbeiten.[76] Die württembergische Zollpolitik war in erster Linie auf eine Markterweiterung ausgerich-

---

74 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 222.

75 Vgl. zum Vorstehenden: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 222 – 224; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 111; Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 163; Boelcke, Die Industrielle Revolution (1998), S. 87; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 89; Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 151; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1879 (1975), S. 304 f.; Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 98 – 106.

76 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 142; Seybold, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (1974), S. 4.

tet,[77] wobei bei allen wirtschaftspolitischen Erwägungen außenpolitische Rücksichtnahmen ausschlaggebend waren. Bereits 1808 waren innerhalb Württembergs die Binnenzölle aufgehoben worden, was jedoch nur partiellen Nutzen bringen konnte, da ein 1818 in Preußen erfolgter Zollabschluss ernsthafte Nachteile bedingte.[78] Württemberg war unter Zugzwang gekommen, weshalb verschiedene Versuche unternommen wurden, die Zollproblematik zu beheben.[79] Ein wichtiger Schritt war ein 1820 abgeschlossenes, provisorisches Handelsabkommen, bei dem eine Zusammenarbeit zwischen Württemberg, Baden, Bayern, Hessen sowie Sachsen vereinbart wurde. Allerdings zeigten sich Probleme, die auf eine Isolierung Württembergs hinausliefen und letztlich eine neue württembergische Zollordnung mit einer Tariferhöhung bedingten. Zunächst schien sich die Lage gut zu entwickeln, als 1826 Bayern eine erneute Schutzzollerhebung ankündigte, worauf sich Wilhelm I. zu direkten Verhandlungen mit dem bayrischen König genötigt sah.[80] Das Ergebnis war der bayerisch-württembergische Zollverein von 1829, dem ersten Zollverein innerhalb der Mitgliedstaaten des Bundes, der ebenso in organisatorischer Hinsicht neu und bahnbrechend war.[81] Insgesamt herrschte bei allen Beteiligten Klarheit über den vorläufigen Charakter dieses, besonders in volkswirtschaftlicher Hinsicht unvollständigen, ersten Abkommens. Aus diesem Grund nahmen beide Bündnispartner Verhandlungen mit Preußen auf, die 1834 im Beitritt zum Deutschen Zollverein mündeten.[82] Dieser bildete schließlich „den politischen Rahmen, innerhalb dessen unternehmerisches Handeln praktiziert werden konnte."[83]

Unter der Führung Preußens konnte sich die Handelspolitik aller Beteiligten innerhalb des Zollvereins positiv entwickeln. Zwar war Württembergs Industrie zu diesem Zeitpunkt noch zu rückständig, um gegenüber anderen weiter entwickelten

---

77 Vgl. zur württembergischen Zollpolitik vor dem bayerisch-württembergischen Zollverein: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 119 – 127.

78 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 226.

79 Vgl. ebd., S. 227 f.

80 Vgl. auch: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 127 – 129.

81 Vgl. zum Vorstehenden: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 228 f.

82 Eine Darstellung der württembergischen Zollpolitik bis 1834 findet sich bei: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 215 – 222.

83 Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 397. Vgl. zum Vorstehenden auch: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 229; Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 151.

Ländern bestehen zu können, was zunächst mittelfristig einen Schaden für das Land brachte. Langfristig gesehen war der Nutzen unverkennbar, wenn auch diese Form der Zollpolitik zunächst einem schnellen Ausbau des Fabrikwesens entgegenstand.[84] Dennoch war offensichtlich, „daß der bayerisch-württembergische Zollverein zu einem wichtigen Modernisierungsfaktor wurde.“[85] Durch ihn wurde nicht nur der Grundfaktor jeder Industriealisierung, ein gesicherter Absatzmarkt, der die Investitionsbereitschaft förderte, geschaffen.[86] Vielmehr gelang Württemberg durch die Gründung des bayrisch-württembergisches Zollvereins sowie durch den Beitritt zum Deutschen Zollverein im Jahr 1834/35 die so notwendige, stetige Markterweiterung,[87] die die wesentlichste Grundbedingung für einen progressiven Industrialisierungsverlauf war.[88] Württembergs nachmalige Größe zeigte sich in der Fähigkeit, aus bitterer Not heraus wichtige Weichenstellungen für die gesamte deutsche Geschichte in die Wege geleitet zu haben.[89]

Im Zeitraum zwischen 1830 und 1848 befand sich Württemberg in einer vollständigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Umbruchsituation. Vordergründig waren die regierungsfernen Kreise zwar weniger politisch aktiv,[90] trotzdem herrschte eine enorme wirtschaftliche Aktivität, wie erste Anfänge einer vorsichtigen Gewerbeentwicklung um 1830 zeigten.[91] Besonders im politisch-sozialen Bereich kam es jedoch zu Spannungen, die eine Folge der unterschiedlichen „Entwicklungsstränge (waren), die sich nun (1840er Jahre) zu einem Knoten zu schnüren begannen: die vorwärtsdrängenden, verfassungspolitischen Forderungen eines erstarkenden Wirtschafts- und Bildungsbürgertums im Rahmen des kon-

---

84 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 169 - 172; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 349 - 351; Seybold, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (1974), S. 164; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 112; Wauschkuhn, Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg von 1806 bis 1848 (1977), S. 19.

85 Gysin, „Fabriken und Manufakturen“ in Württemberg während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts (1989), S. 278.

86 Vgl. ebd., S. 278.

87 Vgl. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftlebens im 19. Jahrhundert (1904), S. 9.

88 Vgl. Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 52; Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 166. Vgl. zum Innovationsschub auch: Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 397 – 401.

89 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 229 f. Vgl. zur Württembergischen Zollpolitik innerhalb des Deutschen Zollvereins: Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 378 – 395.

90 Rapp, Die Ausbildung der württembergischen Eigenart. In: AfK 11, 1914, S. 226.

91 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 82.

stitutionellen Systems und den darüber hinausgreifenden systemsprengenden demokratischen Forderungen nach der Republik“.[92] Zunächst war Württembergs Wirtschaft jedoch noch schwach und instabil. Am Vorabend der Märzrevolution 1848 fehlten trotz aller Fortschritte noch klare Leitlinien, die den Weg für die künftige wirtschaftliche und soziale Neuordnung wiesen. Hinzu kam seit 1846 eine erneute Wirtschaftskrise, die die Zeitgenossen nicht nur pessimistisch stimmte, sondern ihnen auch deutlich den provisorischen Charakter aller bisherigen Maßnahmen dieses Zeitraums vor Augen führte.[93]

Erneute Krise und Gewerbeförderung

Bis 1845 hatte alles den Anschein „schöner Prosperität und stillen Fortschritts vor allem in der Landwirtschaft“.[94] Ferner hatten sich angenehme wirtschaftliche Verhältnisse eingestellt und die staatlichen Finanzen konsolidiert, so dass eine effektive Schuldentilgung und Reservebildung getätigt werden konnte. Dennoch befand sich Württemberg bereits am Anfang einer zu diesem Zeitpunkt noch schleichenden Krisenlage, wobei weitsichtige Zeitgenossen angesichts des großen wirtschaftlichen Rückstands gegenüber der ausländischen Konkurrenz vor einem irrealen Zukunftsoptimismus warnten.[95] Die latente Krise wurde 1846 durch eine verheerende Kartoffelseuche, die wie 1816, eine schlimme Hungersnot mit den 1847 landesweit stattfindenden, berühmten Brotkrawallen bedingte.[96] Insgesamt war diese bis 1855 dauernde Agrar- und Wirtschaftskrise „durch die Unruhen von 1848, durch Mißernten, Hagelschäden, anhaltende Dürre und Nässe, Kartoffelkrankheit, sowie durch verheerende Ueberschwemmungen – in den Jahren 1853/54 – hervorgerufen worden und führte hauptsächlich im Neckartal und Schwarzwald Massenzusammenbrüche herbei.“[97]

In dieser für Württemberg geradezu katastrophalen Lage wurde wie schon 1816 die Erkenntnis gewonnen, „daß die große Industrie das einzig wirksame Mittel sei, um

---

92 Hippel, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat (1992), S. 186.

93 Vgl. ebd., S. 187.

94 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 244.

95 Vgl. ebd., S. 244 f.

96 Vgl. ebd., S. 245; Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), 101 – 105; Ders., Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 63 – 65.

97 Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 2. Teil: Großindustrie und Großhandel in Württemberg (1910), S. 8*.

der zunehmenden Verarmung und Auswanderung zu steuern."[98] Die immer noch eklatant rückständige Industrie war allein nicht in der Lage, die erforderlichen Reformen durchzuführen, weshalb der Ruf nach Staatshilfe laut wurde.[99] Der Staat unternahm widersprüchliche Schritte, die einerseits hemmende, andererseits fördernde Wirkungen auf die Gewerbetätigkeit entfalteten. Dabei waren vor allem die fehlenden bzw. unrealistischen Einschätzungen der jeweiligen Maßnahmen und deren Wirkungen problematisch.[100] Vermutlich wegen des grundsätzlich fehlenden Interesses seitens des Staates, die Industriealisierung zu fördern, bedingten die staatlichen Eingriffe in manchen Wirtschaftsbereichen genau entgegengesetzte Wirkungen, als ursprünglich geplant. Erklärbar wurde diese Handlungsweise durch den hohen Stellenwert der Landwirtschaft als Fundament des allgemeinen Wohlstands. Deshalb waren die Förderung von Handwerk, Kleingewerbe und des so genannten „geteilten Betriebs" wesentliche Kernpunkte der staatlichen Gewerbeordnung. Auf diese Weise sollte nicht nur eine Proletarisierung Württembergs verhindert, sondern auch die Charakteristika der württembergischen Volkswirtschaft erhalten werden. In dieselbe Richtung gingen erste, sehr zaghafte Ansätze der Gewerbefreiheit.[101]

Zunächst wurden vorrangig solche Industriezweige gefördert, in denen noch eine sehr große Abhängigkeit von ausländischen Herstellern bestand.[102] Dazu „dienten die Zuschüsse zu Auslandsreisen für Fabrikanten und Handwerker, die Herbeiziehung ausländischer Fachkräfte, die Vergabe von Aufmunterungsprämien, die Erleichterung der Einfuhr von Maschinen und Spezialwerkzeugen und die übrigen Bemühungen um technische Vervollkommnung ebenso wie die Gewährung staatlicher Darlehen an einzelne Unternehmer, die ein neues Gewerbe oder eine neue

---

98 Ebd., S. 8*. Das Thema Auswanderung wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch angesprochen werden.

99 Vgl. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 2. Teil: Großindustrie und Großhandel in Württemberg (1910), S. 8*; Weller Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 144.

100 Vgl. Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 355; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 177.

101 Vgl. Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34 / 35, 1975 / 1976, S. 355 f; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 177 f.; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 113.

102 Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 356; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 178; Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 367.

Produktionstechnik in Württemberg einführen wollten."[103] Die Maßnahmen waren jedoch solchermaßen unkoordiniert, dass sie nur begrenzt wirksam wurden und zudem keinen Wachstumsschub initiieren konnten.

Eine koordinierte und systematische Wirtschaftsförderung begann erst 1848 mit der Begründung der „Zentralstelle für Gewerbe und Handel" und dem Beginn der Tätigkeit von Ferdinand Steinbeis. Im Zentrum ihrer Arbeit standen statistische und allgemeine Erhebungen hinsichtlich des Zustands von Handel und Gewerbe, der Lage der Arbeiter sowie des Ausbildungswesens wie auch deren Analyse zwecks eines Erkenntnisgewinns über die einem Wirtschaftsaufschwung entgegenstehende Faktoren. Auf der Grundlage der gewonnenen Informationen war die Ausarbeitung eines relaistischen Maßnahmenkatalogs zur effizienten Wirtschaftsförderung eine weitere Aufgabe der Zentralstelle. Diese Arbeitsweise sorgte für eine zügige Verringerung des technischen Rückstands und schuf zugleich die Grundlage für die nachmalige technische Führungsrolle des Landes.[104] Über ihre Gutachtertätigkeit bei neuen Gesetzesvorlagen und der Prüferrolle bei vorhandenen Gesetzen hinsichtlich deren Konformität zur Wirtschaftspolitik war die Zentralstelle auch in den Gesetzgebungsprozess eingebunden.[105] Das Ziel aller Maßnahmen war eine Unternehmensförderung auf breiter Basis, die durch die Exportförderung und den Aufbau eines Gewerbeschulwesens flankiert wurde.[106] Nachdem bis 1850 weder eine Berücksichtigung berufsbildender Themen an den Volksschulen noch ein entsprechender Lehrplan existierte, kam gerade dem Gewerbeschulbereich eine wichtige Rolle zu.[107]

---

103 Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 356; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 178. Vgl. auch: Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 480 f.

104 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 479.

105 Vgl. insgesamt zu Steinbeis' Tätigkeit sowie der Zentralstelle für Gewerbe und Handel: Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 44 – 46; 107 – 115; Wauschkuhn, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 401 – 404; Alberti, Ferdinand Steinbeis (1807 – 1893) (^{5}2009), S. 10 f.; 15 – 19; 21 – 24; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 139 f.; Siebertz, Ferdinand von Steinbeis (1952), S. 172 – 235; Schoch, Soziale Bewegung sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 309.

106 Vgl. Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 356 f.; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 178 f. Vgl. zur Geschichte des Gewerbeschulwesens: Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968). Vgl. zur Verbesserung der Ausbildung auch: Alberti, Ferdinand Steinbeis (1807 – 1893) (^{5}2009), S. 19 f.

107 Vgl. Quarthal, Berufsbildung als Gewerbeförderung in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (1994), S. 42 f.

Ferdinand Steinbeis[108] war durch sein persönliches Engagement und seine Tatkraft von großer Bedeutung für Württemberg. Obwohl er bei der Gewerbeförderung auf klassische Maßnahmen zurückgriff,[109] gelang es ihm binnen 12 Jahren, den Aufbau einer Industrie in Gang zu bringen. Dabei konnten bis 1860 viele innovative Fabriken entstehen, ohne die bestehende Wirtschaftsstruktur tiefgehend zu erschüttern und die Landwirtschaft zu verdrängen. Steinbeis verfolgte den Zweck, „eine möglichst weitgehende Berufs- und Betriebs-Verbindung zwischen Gewerbe und Landwirtschaft“[110] zu erreichen, wobei trotzdem die Sorge um den Absatzmarkt vordergründig war.[111] Diese Vorgehensweise sorgte für eine erfolgreiche Vermeidung einer Proletarisierung Württembergs, wodurch zugleich ein Grundbedenken hinsichtlich der Fabrikindustrie entkräftet wurde.[112]

Mit der schließlich 1862 erlassenen neuen Gewerbeordnung wurden die gleichermaßen letzten wie industriehemmenden Zunftschranken, die trotz einer Revision der Gewerbeordnung von 1836 fortbestanden hatten, endgültig beseitigt. Zunächst sorgte sie dafür, „daß die **selbständige** Ausübung eines Gewerbes weder von einer gewerbepolizeilichen Ermächtigung noch von dem Besitz des Gemeindebürgerrechts am Ort der Niederlassung abhängig zu machen sei, auch nicht von einem Nachweis der persönlichen Befähigung und vom Geschlecht des Gewerbetreibenden; sie solle jedoch die Volljährigkeit bzw. die Befreiung der Minderjährigkeit zur Voraussetzung haben.“[113] Daneben fielen jegliche Arten der Handelsbeschränkung fort, so dass die vollständige Gewerbefreiheit bestand. Schließlich enthielt sie Bestimmungen, die die „Arbeits- und anderweitigen Verhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge, namentlich ihre Rechte und Pflichten gegenüber Arbeitgeber und Lehrherr“[114] neu regelten. In ihrem Kern ging sie auf Steinbeis zurück und gab der we-

---

108 Vgl. zu Steinbeis allgemein: Siebertz, Ferdinand von Steinbeis (1952); Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 171 – 173; 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 144 – 148.

109 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 247; Marquardt, Geschichte Württembergs (^{3}1985), S. 343 f.

110 Siebertz, Ferdinand von Steinbeis (1952), S. 235.

111 Vgl. Loser, Die Bedeutung von Händler- und Hausierergemeinden für die Entwicklung der württembergischen Industrie, aufgezeigt an charakteristischen Beispielen. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 8, 1964, S. 6.

112 Vgl. Siebertz, Ferdinand von Steinbeis (1952), S. 235; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 113; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 255. Vgl. auch: Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 56 f.

113 Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 169. Die Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

114 Ebd., S. 169.

nig später beginnenden Entwicklung Württembergs zum modernen Industrieland den entscheidenden Anstoß.[115]

Der mit der Gewerbeordnung verbundene große Wirtschaftsaufschwung nach 1871 wurde durch die im Zuge der Reichsgründung geschaffenen einheitlichen Grundlagen für Gesetzgebung und Postwesen sowie durch die direkte Kooperation im Verkehrswesen begünstigt. Diese Maßnahmen kamen besonders Württemberg sowie dem Stuttgarter Raum zugute,[116] obwohl weiterhin kleine und mittlere Betriebe vorherrschten, sowie Großbetriebe immer noch unterrepräsentiert waren.

Die Euphorie der Gründerzeit dauerte bis ungefähr 1873. Danach gab es einen Konjunktureinbruch in Verbindung mit einer Depression, die in Finanzkrisen sowie Unternehmenszusammenbrüchen infolge der Überproduktion zum Ausdruck kam. Diese allgemeine Wirtschaftkrise hatte zwar auch auf Stuttgart Auswirkungen, aber insgesamt kam dieser Wirtschaftsraum eher glimpflich davon.[117]

Die vorsichtige und besonnene Industrialisierung, die sich auch nicht von den allgemeinen Tendenzen beeinflussen ließ, sorgte für die Vermeidung von andernorts vielfach gemachten Fehlern. Neben überregionalen Faktoren gab es aber auch speziell württembergische Aspekte, die Auswirkungen auf die Industrialisierung hatten.

4.1.2. Spezifika der Industrialisierung Württembergs

Der Erfolg der Industrialisierung sowohl von Württemberg als auch des Großraums Stuttgart fußte auf vielen verschiedenen Faktoren. Von grundlegender Bedeutung für die Herausbildung von Industriestandorten in Württemberg „war der Aufstieg von städtischen Produktionszentren, deren Entwicklung von Agglomerationsvorteilen, Verkehrsgunst, dem Entstehen von mehr oder weniger großen regionalen und überregionalen Märkten sowie von vorhandenen Arbeitskraft- und Kapitalangeboten“[118] abhing.

---

115 Vgl. Marquardt, Geschichte Württembergs (^{3}1985), S. 343; Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 169; Boelcke, Die Industrielle Revolution ((1997), S. 88.

116 Vgl. Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 172; Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 334; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 110 f.

117 Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 35.

118 Boelcke, Standort: Region Stuttgart. In: ZWLG 58, 1999, S. 251.

Die bisher behandelten Aspekte der Industrialisierung Württembergs und des Großraums Stuttgarts waren eher allgemeiner Natur. Zu ihnen traten ergänzend spezielle, individuell württembergische Gesichtspunkte hinzu, die für viele Eigenheiten des Landes und seiner industriellen Entwicklung eine Erklärung boten.
Für Württemberg wie auch seine Wirtschaft waren einerseits die Realteilung, andererseits die Bevölkerungsentwicklung bedeutungsvoll. Beides stand in direktem Zusammenhang zueinander.

Realteilung und Bevölkerungsentwicklung

Württembergs Industrialisierung ging einen beschaulichen, letztlich jedoch zielstrebigen und erfolgreichen Weg. Ein wichtiger Faktor war die hier herrschende Sitte der Realteilung. Im Allgemeinen wurde darunter eine erbliche Sitte im Bauernstand verstanden, „bei der alle Erben zu gleichen Teilen abgefunden“[119] wurden, deren sukzessive Verbreitung während des Mittelalters im Herzogtum Württemberg begann,[120] und die sich bis in die Neuzeit erhalten hatte. Somit herrschte auch im Königreich Württemberg, insbesonders in den altwürttembergischen Gebietsteilen, diese Sitte weiter. Die zwangsläufigen Folgen dieser häufig praktizierten Sitte waren ein großer Bevölkerungszuwachs, eine räumliche Überbesetzung wie auch eine vermehrte Zersplitterung der einzelnen Liegenschaften.[121]
Im Mittelpunkt des Industrialisierungsprozesses standen Arbeiter und Fabrikanten, auf die unter Umständen das Phänomen der Realteilung wirkte. Die Arbeiter wurden deshalb „theils dem Bauernstande, theils dem Gewerbestande“[122] zugerechnet, wodurch die andernorts übliche „eigenthümliche Fabrikbevölkerung von Proletari-

---

119 Loser, Die Bedeutung von Händler- und Hausierergemeinden für die Entwicklung der württembergischen Industrie, aufgezeigt an charakteristischen Beispielen. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 8, 1964, S. 5.

120 Vgl. ebd., S. 5; Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 14.

121 Vgl. Loser, Die Bedeutung von Händler- und Hausierergemeinden für die Entwicklung der württembergischen Industrie, aufgezeigt an charakteristischen Beispielen. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 8, 1964, S. 5; Hippel, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65 (1976), S. 285 f.; Ders., Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918 (1992), S. 518 f.; Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 170 f.; Griesmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Württemberg 1, 1954, S. 128 – 130; Buzengeiger, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts (Diss. 1949), S. 20.

122 Memminger, Beschreibung von Württemberg (1841), S. 429. Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der Württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 170.

ern“[123] vermieden wurde. Außerdem konnten Notzeiten auf der Wirtschaftsgrundlage des „geteilten Betriebs“ bzw. der Nebenerwerbslandwirtschaft besser überbrückt werden.[124] Auch die im 19. Jahrhundert so problematische Verstädterung wurde abgemildert, da die Industriearbeiter in der Regel unter Beibehaltung einer eher ländlich-bäuerlichen Lebensweise etwas außerhalb der Städte lebten. Das ererbte, kleine „Gärtchen und das ‚Gütle‘“[125] wies dem noch mit dem Landleben verwurzelten Arbeiter eine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Gesellschafts- und Wirtschaftsgefüge zu.[126] Zudem wurde dadurch der Entstehung der ansonsten üblichen „Hoffnungslosigkeit und Abhängigkeit vom Fabrikherrn, Zerstörung des Familienlebens, Verbreitung der Unsittlichkeit und Schwächung der Geistes- und Körperkräfte durch allzu lange und einförmige Arbeit“[127] ausgewichen. „Eine solche isolierte Fabrikbevölkerung“[128] gab es glücklicherweise in Württemberg nicht.

Bei den Fabrikanten hingegen machten sich ihre Herkunft aus dem Bauern- oder Handwerkerstand, wo sie das Arbeiten gelernt hatten,[129] und der Rückhalt des ererbten Grundbesitzes bemerkbar. Auf dieser Grundlage konnten sie eine gewisse Risikofreudigkeit entwickeln und „zunächst Unternehmer, sei es mit eigenem oder fremdem Kapital, selten zugleich selbst Arbeiter“[130] sein. Neben der Verbindung von Arbeiter und Unternehmer über die Bodenverbundenheit war es zum Teil auch „eine gemeinsame christliche Grundhaltung“ [131], die das wechselseitige Verhältnis prägte.

Eine für Württemberg ebenfalls charakteristische und angesichts der technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten besonders praktikable Betriebsform war der „geteilte

---

123 Memminger, Beschreibung von Württemberg (1841), S. 429. Vgl. auch: Steuer, Die Industrie im Großraum Stuttgart (1957), S. 98 – 101; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 86 f.

124 Vgl. auch Boelcke, Das Haus Württemberg und die Wirtschaftsentwicklung des Landes (1984), S. 661; Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 353; Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 351 – 353; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 172 - 174.

125 Bayer, Industrie, Gewerbe u- Handel im Königreich Württemberg unter der Regierungszeit König Wilhelms II. (1916), S. 57.

126 Vgl. Röhm, Stellung und Bedeutung des bodenverbundenen Industriearbeiters in Vergangenheit und Gegenwart. In: Bericht über Landwirtschaft, NF 37, 1959, Heft 1, S. 1; Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 353; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 503.

127 Memminger, Beschreibung von Württemberg (1841), S. 428 f.

128 Ebd., S. 429.

129 Vgl. Huber, Die Württembergischen Handelskammern 1856 – 1906. 2. Teil (1910), S. 100*.

130 Memminger, Beschreibung von Württemberg (1841), S. 426. Vgl. auch: Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der Württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 170.

131 Heuss, Robert Bosch (2002), S. 85.

Betrieb“. Darunter wurde „eine Kombination zwischen dem alten Verlagssystem und einer kleinen Fabrik, in der die Endfertigung der von den Kleinmeistern gelieferten Roherzeugnisse vorgenommen und daneben eine Weberei, oft verbunden mit einer mechanischen Spinnerei, betrieben wurde“[132] verstanden. Den Zeitgenossen erschien die mit dem „geteilten Betrieb“ verbundene Motivation als großer Vorteil, weil dabei immer „die Möglichkeit und die Hoffnung, welche der einzelne Gewerbsarbeiter hat, sich zum größeren Fabrikanten emporzuschwingen und seine wirkliche Unabhängigkeit, wenn er einigen Capitalbesitz erworben hat“,[133] bestehen blieb. Allerdings war es den Arbeitern vielfach trotz aller Vorteile nicht möglich, sich zum Fabrikanten hochzuarbeiten.[134]

Trotz den unabweisbaren Vorteilen von Realteilung und „geteiltem Betrieb“, in Notzeiten eine Unterstützung zu bieten, hatten beide Formen doch auch ihre großen Nachteile.[135] In erster Linie bedingten sie eine auch als regelrechte „Schollenklebe-rei“[136] bezeichnete Inflexibilität der Arbeitskräfte, die unter anderem auch wegen der noch fehlenden Infrastruktur dem Fabrikbetrieb nur in sehr begrenztem Maße zur Verfügung standen. Erst mit den Verbesserungen im Eisenbahnverkehr ab den 1880er Jahren, konnte dieses Problem behoben werden, ohne soziale Nachteile hervorzurufen.[137] Zuvor boten die Hausindustrie oder saisonale Beschäftigungen in der Fabrik eine Alternative, wobei als Anreiz zur Aufnahme einer solchen Tätigkeit, die Löhne im Gewerbebereich deutlich über dem Verdienst in der Landwirtschaft liegen mussten. Dennoch war gerade die „Schollenkleberei“ nach Beginn der Industrialisierung vorteilhaft für Württemberg, da sie die Arbeiter an das Land band und dadurch deren Arbeitskraft für Württemberg erhalten hatte.[138]

---

132 Vgl. hierzu: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 86; Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 53; Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 332; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 98; 222; Winkel, Vom Armenhaus zum Musterländle. In: ZWLG 50, 1991, S. 307.

133 Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 226 f.

134 Vgl. ebd., S. 227.

135 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 173; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 352.

136 Vgl. Fischer, Die Industrialisierung und ihre Probleme (1992), S. 174.

137 Vgl. Seybold, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (1974), S. 30; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 173 f.; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 353.

138 Vgl. Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 60.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten Württemberg[139] und auch der Großraum Stuttgart[140] ein deutliches Bevölkerungswachstum mitgemacht. Aufgrund der Möglichkeiten aus dem landwirtschaftlichen Nebenerwerb hatte sich um Stuttgart ein hochqualifiziertes Arbeitskräftepotential gehalten. Zwar waren aufgrund des herrschenden Fachkräftemangels die Stuttgarter Löhne zum Teil extrem hoch, aber es zeigte sich, dass „(d)as hohe Lohnniveau […] jedoch in nur vermindertem Umfang auf Gewerbebereiche zu(traf), in denen eine hohe Anzahl weiblicher Arbeitskräfte, vor allem in Heimarbeit, beschäftigt wurde und die so mit billigen Arbeitskräften produzieren konnten."[141] Dieser Faktor stand in Korrelation zur immer bestehenden Verbindung von Fabrikarbeit und Landwirtschaft bzw. zum Handwerk.[142] Dadurch konnte sich neben einer gesunden Sozialstruktur auch eine bodenständige Arbeiterschaft erhalten, bei der Klassengegensätze mit radikalen und mitunter kontraproduktiven Ansichten nur sehr wenig Raum fanden und vielmehr die typisch schwäbischen Eigenschaften zutage traten.[143]

Neben dem Erhalt von Fachkräften wie im Stuttgarter Raum, hatte die dafür ursächliche Realteilungssitte jedoch auch bedenkliche Entwicklungen hervorgerufen. Sie sorgte für das weitere Wachstum der bereits im 18. Jahrhundert in Altwürttemberg bestehenden, häufig von Zeitgenossen beklagten, hohen Bevölkerungsdichte,[144] indem sie gleichermaßen Familiengründung wie Geburtenzahl förderte.[145] Von 1,380 Mio. Einwohner im Jahr 1815 wuchs die Bevölkerung bis 1855 auf 1,6803 Mio. Einwohner an,[146] wobei bis 1850 ein geringeres Wachstum stattfand. Insgesamt wurde trotzdem für den Zeitraum zwischen 1832 und 1864 ein großes Wachstum

---

139 Vgl. insgesamt zur Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert: Hippel, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65 (1976), S. 270 - 371; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 13 – 18.

140 Vgl. zum Stand der Bevölkerung zwischen 1801 und 1917: Statistisches Jahrbuch der Stadt Stuttgart für die Jahre 1914 – 1918 (1919), S. 5. Vgl. ferner zur Entwicklung der Stuttgarter Bevölkerung: 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 153; Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 31 – 34.

141 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 56. Vgl. hierzu auch: ebd., S. 50 – 54.

142 Vgl. ebd., S. 57; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 141.

143 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 57; 59; Boelcke, Standort: Region Stuttgart. In: ZWLG 58, 1999, S. 251.

144 Vgl. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 2. Teil: Großindustrie und Großhandel in Württemberg (1910), S. 4*; Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 56; Fischer, Die Industrialisierung und ihre Probleme (1992), S. 141; Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 106.

145 Vgl. Griesmeier, Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Württemberg 1, 1954, S. 123.

146 Vgl. ebd., S. 124.

festgestellt.[147] Im Zeitraum zwischen 1870 und 1914 gab es dann wiederum ein langsames, stetiges Wachstum, das sich zwischen 1860 und 1880 sowie zwischen 1895 und 1914 beschleunigte. Allerdings hinkten „die Wachstumsraten in Württemberg gemessen am Deutschen Reich zwischen 1870 und 1910 hinterher."[148] Insbesonders zwischen 1881 und 1895 hatte Württemberg nur ein geringes Bevölkerungswachstum, was hauptsächlich an den hohen Auswanderungszahlen von insgesamt ca. 233000 Menschen zwischen 1881 und 1900 lag.[149]

Dabei war die Auswanderung keineswegs unerwünscht, da sie bereits seit dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts als Möglichkeit diente, dem Bevölkerungsdruck und damit der problematischen Versorgungslage ein Ventil zu bieten.[150] In der allgemeinen Krisenlage um 1850 wurde die Auswanderung staatlich subventioniert, wodurch beispielsweise zwischen 1846 und 1849 pro Jahr 9000,[151] zwischen 1849 und 1855 immerhin noch jährlich 6000 Menschen auswanderten.[152] Für die Auswanderung gab es viele Gründe, wobei vordergründig in den meisten Fällen der wirtschaftliche Druck ausschlaggebend war, wie z. B. die Korrelation zwischen der Höhe der Getreidepreise und den Auswanderungszahlen indizierte.[153] Die Auswanderung „war damit zugleich Indikator und Ventil für ökonomische und soziale Bedrängnis, eine Chance, das Bevölkerungswachstum wenigstens zu verlangsamen und den noch bescheidenen Wachstumskräften der Volkswirtschaft anzupassen."[154]

Das Problematische an der Auswanderung war der damit verbundene Verlust von jungen, mobilen Arbeitskräften, was gemeinhin „als Fehlinvestition von Kapital in die Aufzucht und Ausbildung einer beträchtlichen Zahl von Menschen, die dann dem Mutterland unwiederbringlich verlorengingen"[155] betrachtet wurde. Die Attraktivität der Auswanderung war auch durch die in einzelnen Gemeinden vorherr-

147 Vgl. ebd., S. 124; Buzengeiger, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts (Diss. 1949), S. 3.

148 Kollmer-von Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2004), S. 32 f.; Ders., Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914. In: Landesgeschichte in Forschung und Unterricht 2, 2006, S. 32.

149 Kollmer-von Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2004), S. 33 mit Anm. 13.; Ders., Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914. In: Landesgeschichte in Forschung und Unterricht 2, 2006, S. 32.

150 Vgl. Fischer, Die Industrialisierung und ihre Probleme (1992), S. 143.

151 Vgl. ebd., S. 144.

152 Vgl. Schulz, Lange Schatten (1994), S. 520.

153 Vgl. Hippel, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat (1992), S. 172.

154 Ebd., S. 172.

155 Hippel, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65 (1976), S. 295 mit Anm. 81.

schende missliche Lage bedingt, wie das „Dekret über die Notstandsgemeinden“ von 1855 deutlich machte. Mit diesem Dekret wurden besonders arme Gemeinden unter Staatsaufsicht gestellt, um deren weiteren wirtschaftlichen und sittlichen Verfall entgegenzuwirken.[156]

Ungeachtet aller wirtschaftlichen und sonstigen Probleme im Zuge des Industrialisierungsprozesses hatte sich auch in Württemberg eine Leitbranche herausgebildet. Nachdem bereits eine lange Tradition im Bereich der Textilindustrie bestand,[157] war es sodann auch nicht verwunderlich, dass diese Branche diese Funktion übernahm.

Leitbranche Textil und Rückstand

Im Verlauf des Industrialisierungsprozesses traten verschiedene, zum Teil klassisch gewordene Branchen auf, die eine Schlüsselstellung einnahmen, wie z. B. die Textilindustrie. In Württemberg übernahm die Textilindustrie die Aufgabe, durch ihre eigene Expansion und Wirtschaftkraft anderen Industrien den Weg zur Eroberung von Marktanteilen zu ebnen, wobei eine gesamtwirtschaftliche Veränderung ermöglicht wurde.[158] Wegen den unterschiedlichen Arten der Datenerhebung, bei denen „einerseits Handwerker, die auch für Fabriken arbeiteten, je nach Erhebung unterschiedlich gezählt wurden, zum anderen […] die Nomenklatur zwischen Halb- und Fertigprodukten“[159] wechselte, kamen sehr uneinheitliche und kaum vergleichbare Ergebnisse zustande. Zwar wurden bei der Metallverarbeitung und dem Maschinenbau zwischen 1852 und 1861 ein Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von 3,4 respektive 4 % festgestellt, dieser war aber, verglichen mit den absoluten Zahlen an Beschäftigten in der Textilindustrie, verhältnismäßig gering.[160] Im Zeitraum von 1860 bis 1870 machte sich eine Nachfragesteigerung im Maschinenbau sowie in der metallverarbeitenden Industrie bemerkbar, die durch den Progress in der Textilindustrie bedingt war. Ausschlaggebend dafür waren die „in den 1830er und 1840er Jahren vor allem am unternehmerischen Erfolg orientierte(n) Strategien“[161],

---

156 Vgl. Schulz, Lange Schatten (1994), S. 518; Ihme, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1967), S. 44.

157 Vgl. hierzu: Gysin, „Fabriken und Manufakturen“ in Württemberg während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts (1989), S. 106 – 207.

158 Vgl. zum Vorstehenden: Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 26.

159 Ebd., S. 27. Vgl. auch: Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 117 – 119; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 53.

160 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 27.

161 Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 174.

die weitergehend für die Annahme technischer Novitäten und moderner Technologien bestimmend waren. Hinzu kam der enorme Druck, der durch ausländische Erzeugnisse und die Erfordernis, die eigene Marktstellung zu behaupten, bedingt war. Dabei wurde versucht, über die Einführung wasserunabhängiger Energieträger, eine konstant hohe und leistungsfähige Produktion zu erlangen.[162] Auf diesen Grundlagen konnte die württembergische Textilindustrie in weiten Bereichen mit den damals führenden Schweizer Firmen konkurrieren. Zur Kostenoptimierung wie auch der Erhöhung der Arbeitsproduktivität war in zahlreichen Textilfabriken bis kurz vor der Jahrhundertmitte eine Mischung aus technischen Weiterentwicklungen und Handarbeit gewählt worden.[163] Allerdings funktionierte diese Arbeitsweise nur indem Produktnischen besetzt wurden,[164] wobei trotzdem innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums ein bedeutender technischer Fortschritt in der Gesamtwirtschaftslage erzielt wurde.[165]

Im Großraum Stuttgart, wo es bis 1882 noch keine Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie gab, konnten sich bis 1913 einige größere Unternehmen der Strickerei, Wirkerei und der Trikotagenindustrie entwickeln.[166] Somit zeigte sich auch hier der Leitcharakter dieser Branche, was sich auch durch die Ansiedlung etlicher Unternehmen der Wäsche- und Bekleidungskonfektion zeigte. Stuttgart konnte also auch zu einem der deutschen Zentren der Bekleidungsindustrie gezählt werden.[167]

Im Textilsektor wurden seit 1841 vermehrt Dampfmaschinenanlagen gebaut,[168] so dass dieser Industriezweig, ungeachtet des Festhaltens an der Wasserkraft als Hauptenergieträger bis weit nach 1850, maßgeblich zur Etablierung der Dampfmaschine beitrug. Sichtbar wurde dieser Aspekt vor allem in ihrer Rolle, die sich herausbildende „Maschinenbauindustrie durch Reparaturen und Aufträge für Textilmaschinen sowie für Dampfmaschinen und Dampfkesselanlagen zu fördern“.[169]

Unter dem Einfluss der Zollvereinspolitik seit 1830 hatte die Textilindustrie versucht, Umsatz- und Produktionssteigerungen zu erreichen. Durchschnittliche Wachstumsraten von fast 18 % bescheinigten sodann Württembergs Textilindustrie

---

162 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Zollverein und Innovation (1996), S. 31.
163 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 174.
164 Vgl. ebd., S. 174; Ders., Innovation und Zollverein (1996), S. 369 – 397.
165 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 174.
166 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 191; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 72 f.
167 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 192; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 74.
168 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 30.
169 Ebd., S. 31.

eine Spitzenposition innerhalb des Zollvereins.[170] Erst nach 1900 wurden die Textil- und Baumwollindustrie von der metallverarbeitenden bzw. der Maschinenbauindustrie als Leitsektor abgelöst.[171]

Ungeachtet aller wirtschaftlichen Fortschritte war Württembergs Industrie nach wie vor rückständig, was vor allem am vehementen Festhalten an der Vorstellung von der Vorrangstellung der Landwirtschaft bestand. Nachdem die Ansicht vertreten wurde, Württemberg unveränderlich als Agrarstaat zu bezeichnen, in dem die Haupterwerbsmöglichkeit in der Landwirtschaft lag, wurde die grundsätzliche Erfordernis erkannt, besonders in diesem Bereich an Verbesserungen arbeiten zu müssen.[172] Angesichts der Idealisierung der Landwirtschaft sowie dem Beharren an der Zunftverfassung konnte geradezu eine Industrie- oder Fabrikfeindschaft festgestellt werden.[173]

Wilhelm I. und die Regierung hatten die gegenseitigen Wechselbeziehungen aller volkswirtschaftlichen Bereiche erkannt, weshalb sie die gleichmäßige Förderung von Landwirtschaft, traditionellem Gewerbe und Handel betrieben.[174] Vermutlich aus Sorge vor einem Niedergang des Kleingewerbes sowie einer parallelen Proletarisierung der Gesellschaft, sollte der damalige Agrarstaat Württemberg eine langsame Wandlung mitmachen.[175]

Der vorhandene Rückstand lag an der geringen Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen seitens des Staates wie auch des Auslandes, der mangelhaften Infrastruktur sowie am Fehlen der vollständigen Gewerbefreiheit.[176] Dieser Zustand

---

170 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 174.

171 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 27; 31; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 504; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 52 – 54.

172 Vgl. Fischer, Die Industrialisierung und ihre Probleme (1992), S. 142; Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 103; Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 11, 1966, S. 157 mit Anm. 83.

173 Vgl. Wauschkuhn, Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg von 1806 bis 1848 (1977), S. 15 f.; Ders., Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 – 1848 (1974), S. 241; Marquardt, Geschichte Württembergs (^{3}1985), S. 335; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 444; Schoch, Soziale Bewegung sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 319.

174 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 445.

175 Vgl. ebd., S. 437; Borst, Geschichte Baden-Württembergs (^{3}2012), S. 273.

176 Vgl. zum Vorstehenden: Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 86; Buzengeiger, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts (Diss. 1949), S. 27.

sollte noch bis nach 1900 fortbestehen[177], was in Zusammenhang mit verschiedenen Faktoren stand, die einen zügigen Industrieauf- und –ausbau hemmten.

Gehemmte Industrialisierung und deren Überwindung

Die beiden größten und miteinander indirekt zusammenhängenden Hemmnisse für die württembergische wie auch die Stuttgarter Industrialisierung waren der gravierende Rohstoffmangel und die ungenügende Infrastruktur. Die infrastrukturellen Mängel bedingten Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung und beim Warenabsatz.[178]

Allerdings gab es gerade auch für den Raum Stuttgart noch einige, beinahe schwerwiegendere Hindernisse, die zunächst mit dem speziellen Status von Stuttgart als Residenzstadt zusammenhingen. Schon vor 1806 gab es große Probleme, die aus dem „alte(n), unheilvolle(n) Dualismus zwischen – wirtschafthemmenden – Landständen und in mancherlei merkantilistischen Aktionen sich gefallenden – Herzögen“[179] resultierten. Aufgrund dieses Antagonismus war es unmöglich, dass sich frühzeitig ein tragkräftiges Wirtschaftsleben entwickeln konnte.[180]

Stuttgarts Gesellschaft, die durch die Regierungsangehörigen und die zahlreichen Rentiers geprägt war, bedingte in Verbindung mit einem ausgeprägten Gesellschaftleben, dass im Zeitraum zwischen 1830 und 1850 „(d)ie gesellschaftliche und die wirtschaftorganisatorische Struktur […] noch zu verhärtet (war), um dem Einbruch der Industrie Terrain geben zu können.“[181] Erst mit dem ab der Reichsgründung einsetzenden Zuzug anderer Bevölkerungsschichten veränderten sich die Bevölkerungszusammensetzung und damit auch die gesamtgesellschaftliche Einstellung hinsichtlich der modernen Zeitverhältnisse.[182]

Ein ganz besonders erschwerendes Hemmnis für die Industrieansiedlung war Stuttgarts Kessellage und die damit einhergehende drangvolle Raumenge, die seit 1863/64 bestand, und fortan jede weitere Industrieansiedlung unmöglich machte.

---

177 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 124 mit Anm. 226; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 333 f.

178 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 172; 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 140 f.

179 Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 83.

180 Vgl. ebd., S. 83.

181 Ebd., S. 87.

182 Vgl. ebd., S. 87.

Aus diesem Grund kam es sogar zu Abwanderungen[183] in Vororte wie Berg, Cannstatt, Feuerbach, den Pragsattel oder Zuffenhausen, wo der eigentliche Beginn der Stuttgarter Industrie zu erkennen war. Die Abwanderung vieler Firmen aus Stuttgart wurde ebenfalls durch die „Bodenfrage und die Höhe der Grundrenten […], de(n) Platzmangel, die Arbeiter- und Lohnfrage und die Möglichkeiten besserer Gleisanschlüsse“[184] begründet. Deshalb ließ sich in den Jahren zwischen 1895 und 1914 „eine prozentuale Zunahme der Betriebe auf dem Lande von + 4,97%“[185] feststellen. Dieser Prozess, der ausschließlich eine innere Angelegenheit war,[186] setzte sich bis 1900 stetig fort.[187] Da sich schließlich viel Industrie außerhalb Stuttgarts angesiedelt hatte, war es nicht verwunderlich, dass die Industrieimpulse von außen kamen und auf den Wirkungen von Zugezogenen aus dem In- und Ausland sowie deren Firmen basierte.[188]

Um die negativen Folgen der Abwanderung zu kompensieren und wirtschaftspolitisch bedeutungsvolle Industrien an Stuttgart zu binden, griff die Stadt zum Mittel der Eingemeindung. Vordergründig wurden wirtschaftliche Beweggründe bei den Verhandlungen angeführt,[189] tatsächlich bestand die doppelte Intention, „vor allem solche (Industriebetriebe), die starke Umweltbelästigungen verursachten aus dem Stadtkern zu verlagern“[190] und zugleich „sich diese durch Eingemeindung der Vororte wieder einzuverleiben.“[191] Von den Eingemeindungen war zwar die Vereinigung von Cannstatt und Stuttgart (1905)[192] am wichtigsten, aber darüber hinaus wurde das Stadtgebiet auch über die Eingemeindung z. B. von Gaisburg (1901), Untertürkheim, Wangen (beide 1905) sowie Degerloch (1908) erheblich vergrö-

---

183 Vgl. Schadt; Schmierer, Einleitung (1979), S. 21.; Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 151; Rößger, Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung (1905), S. 202; Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 275.

184 Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 92. Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 164 – 166; Bachteler, Die Verteilung der Württembergischen Industrie auf Stadt und Land (1923), S. 82; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 135.

185 Bachteler, Die Verteilung der Württembergischen Industrie auf Stadt und Land (1923), S. 81. Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 179.

186 Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 164.

187 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 184.

188 Vgl. Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 83; 88; Ders., Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 121.

189 Vgl. Bost, Stuttgart (^{3}1986), S. 318; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 167 f. Eine genaue Erörterung der jeweiligen wirtschaftlichen Beweggründe, die für die Eingemeindung verschiedener Orte sprachen gibt: Bost, Stuttgart (^{3}1986), S. 318 – 321 sowie: Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 48 – 56.

190 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 185.

191 Ebd., S. 185. Vgl. auch: a.a.O., S. 185 mit Anm. 5.

192 Vgl. Kap. 7.1. dieser Arbeit sowie die dort aufgeführte Literatur.

ßert.[193] Im Gegensatz dazu bestand vermutlich aus wirtschaftsrelevanten Erwägungen angesichts des scheinbar unüberwindbaren Höhenunterschieds zwischen Talkessel und Fildergebieten kein Interesse an einer Eingemeindung der Filderorte.[194] Der industrielle Rückstand konnte schließlich überwunden werden, als sich die Einstellungen zu Industrie und Technik grundlegend gewandelt hatten. Zu diesem Zeitpunkt begann auch der wirtschaftliche Aufschwung.

Einstellungswandel und Aufschwung

In Württemberg ließen sich bei der Regierung und den Wirtschaftssachverständigen bereits um 1830 erste Anzeichen eines Meinungsumschwungs bezüglich der Volkswirtschaft erkennen, wie sich an der Gewerbeordnung von 1828 zeigte.[195] Noch weitaus bedeutungsvoller war jedoch der Wandel in der unternehmerischen Einstellung, der auf Erfahrungswerten basierte. Einerseits stand die Erkenntnis im Vordergrund, dass „(v)on Geschäftskrisen […] nicht alle Teilmärkte der Binnenwirtschaft und auch nicht alle Außenmärkte gleichmäßig einschneidend betroffen sein“[196] mussten. Dennoch wurde auf die Möglichkeit geschlossen, Absatzrückgänge in einem Wirtschaftsbereich durch Umsatzsteigerungen in einem anderen kompensieren zu können.[197] Andererseits wurde erkannt, „daß Betriebe, die neue Produkte, Neukonstruktionen, neue Technologien auf den Markt brachten, trotz Krise oder Rezession noch Umsatzsteigerungen meldeten, während andere nur noch von der vagen Hoffnung auf eine baldige Hausse lebten.“[198] Aus diesem Grund setzte sich immer mehr die Praxis durch, in Krisenzeiten zu rationalisieren und zu investieren, um dann den Aufschwung entsprechend nutzen zu können.[199] So konnten sich nicht nur bereits etablierte Unternehmen konsolidieren, sondern auf der Grundlage von „technischen Spitzenleistungen und Innovationen“[200] auch neu herausbilden. Ebenso wichtig war eine weitere Erkenntnis, die sich besonders nach 1900 bewähren sollte. In der erneuten Wirtschaftskrise von 1907/08, die auch die Stuttgarter Industrie empfindlich getroffen hatte, war schließlich die Einsicht ge-

193 Vgl. Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 171; Ders., Die Siedlungsentwicklung im Stuttgarter Raum (1985), S. 209; Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 48 – 56. Vgl. zu Gaisburg, Wangen und Untertürkheim auch: Springer, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Bd. 4, Heft 2 (1905), S. 17 f.

194 Vgl. Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 53.

195 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 88 f.

196 Boelcke, Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum. In: ZWLG 43, 1984, S. 295.

197 Vgl. ebd., S. 295 mit Anm. 24.

198 Ebd., S. 295.

199 Vgl. ebd., S. 295.

200 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 178.

reift, dass die langsame Angleichung der einzelnen Industrieunternehmen an die gewandelte Wirtschaftslage sowie deren kontinuierlicher, bedachtsamer Ausbau die einzigen probaten Möglichkeiten zur Überwindung der Krise waren.[201] Insgesamt war es seit 1850 durch die intellektuellen Veränderungen zu einer starken unternehmerischen Profilierung gekommen, wodurch die Fabrikanten die immer komplexeren kaufmännischen wie technischen Anforderungen besser bewältigen konnten.[202]

Die veränderte Stimmungslage wurde im seit 1855 nachweisbaren Anstieg der Zahlen an Industriebetrieben und Fabrikarbeitern sichtbar.[203] Dieser Wirtschaftsaufschwung zeigte zwar regionale Unterschiede, die durch Lohnkostenhöhe, Standortnachteile, Probleme bei der Nachfragebefriedigung sowie die örtliche Branchenstruktur bedingt waren.[204] Dennoch war es eine offensichtliche Tatsache, die vor allem auf einer steigenden Nachfrage der Städter nach Gewerbegütern und einer Kaufkraftsteigerung der Landbevölkerung infolge von Rationalisierung, Ertragssteigerung und Auswirkungen der Grundentlastung fußte. Hinzu trat ein gewisser, sich positiv auf die Investitionstätigkeit auswirkender Kapitalzufluss ein.[205]

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor waren auch die 1854 begründeten, bis 1866 auf insgesamt 8 vermehrten Industrie- und Handelskammern, von denen eine ihren Sitz in Stuttgart hatte.[206] Besondere Bedeutung erlangten die Jahresberichte mit überblicksartig dargestellten statistischen Daten zu Handel und Gewerbe in jedem Bezirk, so dass eine Handlungsbasis für Wirtschaftkorrekturen geschaffen wurde. Außerdem übten die Industrie- und Handelskammern die Funktion einer „gesetzlichen Interessenvertretung für die Industrie und Handel“[207] aus. So standen bis 1900 die Befassung „mit Fragen des Arbeiterschutzes, mit der Einführung obligatorischer Gewerbegerichte, der Einführung der Sozialversicherung, mit Fragen der Handels-

---

201 Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 51; Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 21. Vgl. zur Krise allgemein: 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 162.

202 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 390.

203 Vgl. Boelcke, Handbuch Baden-Württemberg (1982), S. 219; Hippel, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65 (1976), S. 327. Einen detaillierten, z. T. nach Branchen ausdifferenzierten Überblick über den Aufschwung der Industrie in diesem Zeitraum bietet: Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 107 – 123.

204 Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 100.

205 Vgl. Buzengeiger, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts (Diss. 1949), S. 38.

206 Vgl. Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 239.

207 Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 115 f. Die geschichtliche Entwicklung der Handelskammern und ihre rechtliche Stellung im Jahr 1906 werden eingehend im ersten Teil der Festschrift zum 50jährigen Bestehen dargestellt. Vgl. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 1. Teil (1906).

verträge und Zölle, mit den verschiedenen Steuern, dem Zahlungswesen, den öffentlichen Vergebungen, dem Hausierhandel, den Wanderlagern und den Detailreisenden, dem Ausbau des württembergischen Eisenbahnnetzes, der Kettenschleppschiffahrt auf dem Neckar, der Energieversorgung, mit der Stellungnahme zu zahlreichen Gesetzentwürfen […] (sowie) mit der Frage industrieller Kartelle“[208] im Zentrum ihrer Tätigkeit.

Zwischen 1850 und 1870[209] gab es einen erneuten Wirtschaftsaufschwung, so dass 1870 bereits ausbaufähige Ansätze für Großbetriebe vorhanden waren.[210] Der eigentliche Beginn der Industriealisierung hatte sich aufgrund zahlreicher Stagnationsphasen verschoben,[211] weshalb in Württemberg Früh- und Hochindustrialisierung quasi zusammenfielen. Die insgesamt bemerkbare und für Stuttgart typische Phasenverschiebung bei der Industrialisierung wurde besonders im Stuttgarter Westen offensichtlich. Nachdem Gewerbegebiete fehlten und die Innenstadt überwiegend ein Wohngebiet war, hatte der Westen die Aufgabe, „alle diejenigen auf(zunehmen), die für diese Erweiterung der Hauptstadt zur gleichzeitigen industrialistischen Hauptstadt notwendig werden: die Heerschar der mittleren und höheren Beamten, des leitenden Industriepersonals, der Geschäftsleute, der Handwerker und – der Arbeiter.“[212] Aus diesem Grund nahmen nachmals bedeutende Unternehmen wie z. B. das von Robert Bosch ihren Anfang im Stuttgarter Westen.[213]

Als untrügerische Indizien für den um 1870 beginnenden Aufschwung mit seinen Phasen galten zunächst die „Entwicklungsdaten des Instrumentenbaus (‚an denen sich) besonders deutlich die Etappen ablesen (ließen), in denen sich die Industrialisierung vollzog.“[214] Darüber hinaus galt die Bautätigkeit als „der beste Barometer für die Lage der ganzen Industrie“[215], zumal eine Kongruenz zwischen Bautätigkeit

---

208 Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 392.

209 Vgl. Boelcke, Das Haus Württemberg und die Wirtschaftsentwicklung des Landes (1984), S. 660.

210 Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 86. Vgl. auch die Hinweise auf die Fabriktabelle von 1861 bei: Rößger, Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung (1905), S. 201 sowie die Tabelle über die Betriebe und Erwerbstätigen je Gewerbe in ausgewählten Oberämtern 1831 – 1870 bei Schoch, Soziale Bewegung sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 299.

211 Vgl. Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 344.

212 Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1984), S. 83.

213 Vgl. ebd., S. 90.

214 Uhland, Die Anfänge der Industrie in Stuttgart. In: Schwäbische Heimat 30, 1979, S. 255. Eine genauere Behandlung dieses Aspekts findet sich a.a.O.

215 Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 174.

und Bevölkerungswachstum[216] feststellbar war, sowie als sicheres Indiz für die Prosperität.

Im weiteren Verlauf des Industrialisierungsprozesses musste Württemberg vor allem Wege finden, den bestehenden Mangel an Rohstoffen und Energieträgern zu kompensieren.

Rohstoff-, Energiemangel und deren Folgen

In Württemberg herrschte Klarheit über das Fehlen von tragfähigen Rohstoffvorkommen. Dessen ungeachtet wurde zwischen 1830 und 1850 vor allem nach abbaufähigen Kohlevorkommen,[217] die ansonsten zumindest in kleineren Mengen in allen größeren deutschen Staaten gefunden worden waren,[218] aber auch nach sonstigen Bodenschätzen gesucht. Die Suche nach Kohlevorkommen war ergebnislos, an sonstigen Bodenschätzen fanden sich außer bei Steinsalz und Ton nur unbedeutende Vorkommen.[219] Aus diesem Grund konnte sich in Württemberg keine Schwerindustrie herausbilden, vielmehr entwickelte sich eine stetig wachsende Abhängigkeit von ausländischen Rohstoff- sowie Halbfabrikatimporten.[220]

Bis 1850 fanden sich in Stuttgart vermutlich wegen des dortigen Mangels an Wasserkraft und fließenden Gewässern kaum Fabriken.[221] Hinzu kam, dass Kohle und Erz teuer beschafft werden musste,[222] weshalb Cannstatt oder Esslingen mit ihren Anbindungen an den Neckar als Industriestandorte weitaus bedeutungsvoller als Stuttgart waren.[223] Das Problem, Energie und Rohstoffe in ausreichender Menge und zu vertretbaren Preisen zu beschaffen,[224] begleitete den gesamten

---

216 Vgl. ebd., S. 174.

217 Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 87.

218 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 165.

219 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 447 f.; Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 141; Springer, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Bd. 4, Heft 2 (1905), S. 4.

220 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 165 f.; Ders., Regionale Differenzierung des Industrialisierungsprozesses (1979), S. 117; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 89.

221 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 174; Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S.124 f.

222 Vgl. hierzu: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 136; Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 1. Teil (1906), S. 56*.

223 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 155; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 94; Boelcke, Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum. In: ZWLG 43, 1984, S. 294; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 97.

224 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 155.

Industrialisierungsprozess im Großraum Stuttgart. Bis zur Entwicklung der Dampfmaschine gab es keine wirkliche Alternative zur Wasserkraft, da der grundsätzlich vorhandene Energieträger Holz für die Verwendung in der Industrie zu teuer war.[225] Mit der Dampfmaschine war jedoch die Erfordernis verbunden, Kohle teuer einzuführen, wobei die Abhängigkeit von den Kohlenkartellen bedingte, dass „(d)ie Kohlenpreise in Stuttgart bzw. Württemberg […] höher als im übrigen Reichsgebiet“[226] waren.

Wie drückend der chronische Energie- und Rohstoffmangel empfunden wurde, zeigte sich an der seit dem 16. Jahrhundert immer wieder unternommenen Suche nach so genannten Kohlenestern im Bereich des Kriegbergs sowie in Feuerbach.[227] Mit jedem gefundenen Kohlenest wurde die, in der Regel vergebliche Hoffnung auf ein ganzes Flöz verbunden. Nachdem die gefundene Kohle nur einen geringen Heizwert hatte,[228] ergab sich insgesamt kein Nutzen aus diesen Bemühungen, die nach letzten Versuchen 1837 am Esslinger Eisberg eingestellt wurden. In gleichem Maße erfolglos war im 15. und 16. Jahrhundert die Suche nach Erzvorkommen in Kaltental, Feuerbach und Esslingen verlaufen.[229] Aus diesem Grund wurde der Dampfmaschineneinsatz nach Möglichkeit vermieden, was die relativ späte Einführung dieser Technik erklärte. In der Textilindustrie wurden zwar 1840 bereits Dampfmaschinen verwendet,[230] aber da bis nach 1875 die Wasserkraft immer noch Hauptenergielieferant war,[231] waren dennoch bis zu diesem Zeitpunkt nur verhältnismäßig wenige Dampfmaschinen im Einsatz.[232] Aus Gründen der Rentabilität wurden sie in der Regel als Unterstützung bzw. zur Aufrechterhaltung der Produktion bei Niedrigwasser benutzt. Wegen dem Kostenfaktor konnte die Dampfmaschine weder zum maßgeblichen Energielieferanten noch zum Hauptinitiator der

---

225 Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 98; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 155; Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 236; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 448.

226 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 156. Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 94.

227 Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 114 f.

228 Vgl. ebd., S. 115.

229 Vgl. ebd., S. 118.

230 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Innovation und Zollverein (1996), S. 378.

231 Vgl. zum Vorstehenden: Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 54; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 98; Boelcke, Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum. In: ZWLG 43, 1984, S. 294.

232 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 115.

Industrie oder strukturierenden Impulsgeber für die sich herausbildende Maschinenbauindustrie werden.[233]

Die Energielage in Württemberg und im Großraum Stuttgart verbesserte sich „in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als man begann, die durch Kraftwerke am Neckar gewonnenen Energie mittels Fernleitungen zu verteilen.“[234] Nachdem Württemberg zahlreiche, schnell fließende und damit für die Stromerzeugung bestens geeignete Flüsse hatte, wurde gleichermaßen schnell wie früh mit der Elektrifizierung und damit preiswerten Energieversorgung der Betriebe begonnen.[235]

In Korrelation zum Elektrifizierungsgrad stieg auch der Grad der Motorisierung an, wie das stetige Anwachsen motorisierter Fabrikationsstätten zwischen ca. 1895 und 1907 indizierte. Dabei wies Württemberg bis 1907 den höchsten Motorisierungsgrad bei im Vergleich zu anderen Industrieregionen geringerer Durchschnittsleistung auf. Württembergs Industriestruktur bestand aus einer Verarbeitungs- und Qualitätsindustrie, für die die kleinen Elektromotoren die passenden Antriebskräfte waren, was sich auch anhand des Beginns der Motorisierung unmittelbar nach dem Aufkommen dieses Motorentyps zeigte.[236]

Die Industrialisierung Württembergs vollzog sich schließlich über eine ausgebaute und ausdifferenzierte Konsumgüterindustrie, womit die ungünstigen natürlichen Voraussetzungen mit ihren Folgen weitgehend kompensiert werden konnten.[237] Von den entstehenden Schwerpunkten erlangten einige Zweige, wie z. B. die Textil- und Lederverarbeitung, die Herstellung optischer Instrumente, die Kunst- und Möbelschreinerei, die Musikinstrumentenindustrie, die Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Produkten, sowie eine kleine Schmuckindustrie, langdauernde und größere Bedeutung.[238] Daneben bildete sich infolge eines, durch die Technologiesierung bedingten Strukturwandels eine leistungsfähige Verarbeitungs-

---

233 Vgl. zum Vorstehenden: Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 509.

234 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 157. Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 101.

235 Vgl. Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 59; Boelcke, Handbuch Baden-Württemberg (1982), S. 235. Vgl. weiter als Überblick: Prinzing, Strom für das Neckarland. Die Geschichte der Neckarwerke von 1900 bis 1945 (2000), S. 1 – 91.

236 Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 55; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 135 f.

237 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 450.

238 Vgl. Uhland, Die Anfänge der Industrie in Stuttgart. In: Schwäbische Heimat 30, 1979, S. 248. Vgl. auch: ebd., S. 248 – 253. Vgl. ferner: Rößger, Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung (1905), S. 200 f.

und Veredelungsindustrie für Halb- und Fertigfabrikate heraus.[239] Als weitere Säulen der württembergischen Wirtschaft entstanden schließlich auf der Grundlage technischer Fortschritte eine große Verbrauchsgüter- sowie eine stabile Investitionsgüterindustrie.[240] Im Zuge dieses Entwicklungsprozesses fand eine starke Spezialisierung statt, die mit einer verstärkten Qualitätsproduktion einherging,[241] was belegte, dass ein „an Rohprodukten so armes Land wie Württemberg […] nur Spezialitäts-, Qualitäts- und Luxusindustrie haben (durfte), um konkurrenzfähig bleiben zu können."[242] Die entstehende Gewebevielfalt differenzierte sich immer weiter aus, wobei es zu Spezialisierungen und Unternehmensvergrößerungen kam,[243] was vielfach dem Geschick von Pionieren,[244] wie Rudolph Knosp,[245] Gustav Siegle,[246] Julius Jobst,[247] Gottlieb Daimler,[248] Emil Fein[249] oder Paul Reißer[250] zu verdanken war.

Dieser Ausdifferenzierungsprozess der Produktionsstruktur, der sich bis nach 1900 fortsetzte, [251] schuf eine weite Produktlandschaft und Existenzgrundlage für viele Menschen. In diesem Zusammenhang erwies sich „(k)eine Branche (als) […] alleiniger Träger des Aufbaus"[252], so dass alte und neue Branchen in Wechselwirkung

---

239 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 119 f.

240 Vgl. ebd., S. 180 f.

241 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 117; 119; 136; Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968), S. 175; Bayer, Industrie, Gewerbe u. Handel im Königreich Württemberg unter der Regierungszeit König Wilhelms II (1916), S. 58; Klien, Industrie und Handel. Bergbau (1916), S. 817; Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 2. Teil: Großindustrie und Großhandel in Württemberg (1910), S. 56*; Losch, Die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau der Bevölkerung Württembergs nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 (1911), S. 112; Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 60; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 61; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 189 f.

242 Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 40.

243 Vgl. zur Gewerbevielfalt auch: Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 192 f.; 321; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 60 – 71; 75 – 86; Uhland, Die Anfänge der Industrie in Industrie in Stuttgart. In: Schwäbische Heimat 30, 1979, S. 248 – 252.

244 Vgl. zu den Industriepionieren auch: 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 159 – 161.

245 Vgl. Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 177 – 179.

246 Vgl. ebd., S. 180 f.

247 Vgl. ebd., S. 181 – 183.

248 Vgl. ebd., S. 194 – 197; 75 Jahre Stuttgart (1959), S 48 – 52; Boelcke, Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum. In: ZWLG 43, 1984, S. 298.

249 Vgl. Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 198 f.

250 Vgl. ebd., S. 199 – 200.

251 Vgl. Boelcke, Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum. In: ZWLG 43, 1984, S. 323; Ders., Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 515; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 139.

252 Frenkel, Die Geschichte rückwärts (1987), S. 25.

zueinander standen und dadurch die Grundlagen für den erfolgreichen Wiederaufbau der württembergischen Industrie nach 1918 geschaffen worden waren.[253]

Die breite Produktpalette württembergischer Qualitätserzeugnisse gewann eine zusätzliche Bedeutung, als 1865 mit dem Freihandel „die Tore zur Welt […] auch für das kleine und abgelegene Württemberg und seine junge Industrie“[254] weit aufgingen. Im Zuge dieses Prozess verflocht sich die württembergische Wirtschaft schließlich auch stärker mit dem Weltmarkt. [255]

Um die mit dem Weltmarkt verbundenen Chancen nutzen zu können, war außer den entsprechenden Produkten auch eine entsprechende Infrastruktur erforderlich. Auch in diesem Bereich hatte Württemberg viel nachzuholen.

Verkehrswesen und Absatz

Württemberg war bereits im Mittelalter aufgrund seiner Binnenlage ein bedeutungsvolles Transitland, wobei im 19. Jahrhundert aufgrund des größeren Warenaufkommens mit seinem Kostendruck ein tiefgreifender Wandel eintrat. Problematisch war dabei, dass Württemberg zwar 1816 und später über ausgebaute wie auch sanierte Straßen verfügte,[256] nicht aber über „für den Massenfrachtverkehr geeignete, schiffbare und billige Wasserstraßen“.[257] Nachdem Württemberg noch bis weit ins 19. Jahrhunderts hinein auf den Transitverkehr ausgerichtet war, gestaltete sich „(d)ie Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und die Höhe der Frachttarife […] zu einer Lebensfrage der württembergischen Industrie.“[258]

Deshalb war der Aufbau eines funktionierenden Eisenbahnnetzes als verkehrswirtschaftliche Grundlage und weitergehend als Basis der Herausbildung der Industrie nach 1850 geradezu essentiell.[259] In diesem Zusammenhang zeigte sich eine ge-

---

253 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2004), S. 50.

254 Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 256.

255 Vgl. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 2. Teil: Großindustrie und Großhandel in Württemberg (1910), S. 21*; Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 366 mit Anm. 83; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 98 f.; 111.

256 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 149.

257 Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 450. Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 167.

258 Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 451.

259 Vgl. ebd., S. 451 f.; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 168.

wisse Verflechtung von infrastrukturellem und wirtschaftlichem Ausbau, die sichtbar wurde, indem die Herausbildung der Industrie dem Ausbau des Eisenbahnnetzes nachfolgte. Darüber hinaus bestand eine Korrelation zwischen staatlichen und unternehmerischen Wirtschaftsinteressen, da die Regierung die unternehmerischen Belange bei ihrer Wirtschaftspolitik berücksichtigte.[260] Für Württemberg mit seiner unmittelbaren Verbindung von Verkehr und Wirtschaft war es deshalb unerlässlich, die passende Verkehrssituation zu schaffen, was wiederum die Besonderheit von Württembergs Gesamtsituation erkennbar werden ließ.[261] Zwischen 1865 und 1875 wurde Württembergs Eisenbahnnetz zügig ausgebaut, womit vermutlich auch das seit 1870/71 stetig wachsende Verkehrsaufkommen berücksichtigt wurde.[262]

Der Aufbau des Eisenbahnnetzes im Großraum Stuttgart vollzog sich vor allem wegen des ungleichmäßigen Ausbaus des Streckennetzes, für den quasi lokalpatriotische Gründe statt nüchtern wirtschaftliche Überlegungen maßgeblich waren, jedoch sehr langsam.[263] Den Beginn des Aufbaus eines Schienennetzes markierte die Inbetriebnahme der Strecke Cannstatt-Untertürkheim, was für die Entwicklung beider Orte von großer Bedeutung war.[264] Danach begann der sukzessive Ausbau des Bahnnetzes,[265] indem 1846 der Streckenabschnitt Cannstatt-Ludwigsburg eröffnet wurde. Nach diesem ersten Anschluss Cannstatts an Stuttgart wurde 1861 mit der Strecke Cannstatt-Wasseralfingen eine Eisenbahnverbindung zu diesem wichtigen Standort der württembergischen Verhüttungsindustrie hergestellt. Außerdem wurde 1861 die große Nord-Süd-Strecke Heilbronn-Ulm-Friedrichshafen eröffnet, die über den Stuttgarter Hauptbahnhof verlief, was Stuttgarts Rolle als Zentrum des Eisenbahnnetzes hervorhob.[266] Weitere Stufen des Ausbaus des Streckennetzes waren die Eröffnung der so genannten „Remstalbahn“, als Anschluss Stuttgarts an das übrige Württemberg in östlicher Richtung, sowie der „Gäubahn“, die Stuttgart durch die Verbindung Berlin-Böblingen-Mailand an den internationalen Fernverkehr an-

---

260 Vgl. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 452; Ders., Die Industrielle Revolution (1998), S. 93; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 168.

261 Vgl. Borst, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens (1985), S. 88.

262 Vgl. Boelcke, Handbuch Baden-Württemberg (1982), S. 229; Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 156.

263 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 88.

264 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 76 f.

265 Dabei sollen nur die besonders wichtigen Strecken genannt werden, die auch in direktem Zusammenhang mit dem Gegenstand dieser Untersuchung, dem Großraum Stuttgart, stehen. Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 80 – 83. Vgl. weiter: Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 249; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 104 – 106.

266 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 148.

schloss.[267] Die nächsten Ausbaustufen bestanden in der 1879 in westlicher Richtung gebauten Strecke von Stuttgart nach Freudenstadt, sowie die 1897 für die Industrie besonders wichtige, 2,37 km lange Strecke zwischen dem Güterbahnhof Untertürkheim und der Abzweigung Kienbach als Verbindung zur „Remstalbahn". Als weiteres Teilstück wurde 1908 vom Bahnhof Zuffenhausen ausgehend die Verbindung zwischen der Hauptbahn der Württembergischen Eisenbahnen und der Schwarzwaldbahn gebaut. Schließlich wurde 1912 als letzte wichtige Ausbaumaßnahme ein 2,75 km langer Streckenabschnitt zwischen Cannstatt und dem Güterbahnhof Untertürkheim hergestellt. Für den Großraum Stuttgart war der Anschluss an die nationalen und internationalen Fernbahnen von allergrößter Bedeutung, da nur auf diese Weise ein ungestörter Warenverkehr von Württemberg über den Eisenbahnknotenpunkt Stuttgart gewährleistet war.[268]

Ungeachtet aller Bemühungen „waren die Transportverhältnisse jedoch als äußerst unbefriedigend zu beurteilen, da es nicht gelungen war, mit der Eisenbahn ein effizient arbeitendes Verkehrssystem zu schaffen und seine Möglichkeiten der Industrie voll zugänglich zu machen."[269] Dennoch verband das neue Eisenbahnnetz die württembergischen Kleinstädte, Dörfer und Randgebiete mit dem Weltmarkt und bot zugleich eine grundsätzliche wie praktikable Lösung für die bislang problematischen Bereiche des Rohstoff- und Warentransports sowie der Personenbeförderung.[270]

Die Eisenbahn übernahm bis 1900 immer mehr die Führungsrolle im Warentransportverkehr, so dass schließlich die zwar auch nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete Schifffahrt auf dem Neckar zugrunde ging.[271] Unter diesem Aspekt gesehen war „die Rolle der Neckarschiffahrt […] darauf beschränkt, eine Verkehrslücke geschlossen und durch ihre Leistungen gewissermaßen die ‚Ge-

---

267 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 148; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 87.

268 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 148; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 107; Boelcke, Standort: Region Stuttgart. In: ZWLG 58, 1999, S. 248; Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 157.

269 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 90.

270 Vgl. Flik, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000 (2002), S. 58.

271 Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 168 f. Vgl. allgemein zur Neckarschifffahrt in diesem Zeitraum: Boelcke, Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute (1987), S. 212 f. Vgl. ferner zum Niedergang der Schifffahrt Kap. 7.1. dieser Arbeit.

burtswehen‘ […] der württembergischen Industrialisierung erleichtert und etwas verkürzt zu haben.“[272]

Württembergs Warenabsatz hatte sich wegen der höheren Schutzzölle der Nachbarstaaten bis zum Zollvereinsbeitritt 1834 ausschließlich auf das eigene Land beschränkt. Solange boten nur Stuttgart und sein unmittelbares Umland einen annehmbaren Absatzmarkt,[273] der der Konsumgüterindustrie wegen der Kaufkraft der Honoratioren und des Bürgertums nützte, der Investitionsgüterindustrie jedoch wegen der großen Absatzschwankungen nur Nachteile brachte. Durch den Zollvereinsbeitritt wurden zwar die innerdeutschen Märkte zugänglich gemacht, aber trotzdem bestanden wegen der schlechten Verkehrsanbindung vor allem auch der Region Stuttgart erhebliche Beeinträchtigungen. Beim Auslandsexport kamen noch zusätzlich der Preisdruck durch die in- und ausländische Konkurrenz sowie Einfuhrzölle erschwerend hinzu.[274] Es war somit eine Tatsache, dass „die Bewegung im Gewerbebereich von außen (z. B. Zollverein) hineingetragen und mitbestimmt wurde.“[275]

Die Bedingungen für den regionalen Warenabsatz waren in Stuttgart durch eine gewisse Bevorzugung der Region beim infrastrukturellen Aufbau gegenüber dem Umland besser, wohingegen die Voraussetzungen für die Befriedigungen überregionaler Absatzmärkte noch länger schlecht waren. Eine spürbare Verbesserung beim überregionalen Absatz trat erst in dem Maße ein, „wie der Transportfaktor seine negative Bedeutung verlor und gut ausgebaute Vertriebssysteme eine effektive Distribution der Waren gewährleisten konnten.“[276] Stuttgart verlor im Verlauf dieser Entwicklung zwar seine Vorrangstellung als Konsumzentrum des mittleren Neckarraumes,[277] zugleich konnte die Region vom Kapital aus dem Warenabsatz profitieren. Dieser Faktor war von nicht unerheblicher Bedeutung im allgemeinen Wirtschaftsleben.

---

272 Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 451. Vgl. Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 169.

273 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 121; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 91 f.

274 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 121.

275 Schoch, Soziale Bewegung sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 319. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

276 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 122.

277 Vgl. ebd., S. 122.

Kapital und Industrialisierung

Der stark verzögerte Beginn der Industrialisierung in Württemberg wurde im Allgemeinen mit dem angeblich herrschenden Kapitalmangel begründet.[278] Allerdings gab es jedoch Grund zu der Annahme, „daß gesamtwirtschaftlich zwar kein Kapitalmangel vorgelegen haben kann, weil Württemberg während des gesamten 19. Jahrhunderts Kapital exportiert hat, daß die Kapitalströme aber zumindest bis zur Jahrhundertmitte am industriellen Bereich weitgehend vorbeigeflossen sind.“[279] Das württembergische Kapital wurde in der Hauptsache in Form von „hypothekarische(n) Darlehn und Staatsanleihen“[280] angelegt. Infolge der Heterogenität sowohl der Pfand- als auch der Prioritäts- wie Exekutivgesetzgebung kam es bei diesem Anlagemodell wegen der dabei fehlenden Rechtssicherheit im Fall von Konkursen vielfach zu Verlust von Hypotheken, selbst wenn diese mehrfach gesichert worden waren.[281]

Im Kapitalbereich spielte neben der Geldanlage auch die Finanzierung von Projekten gerade im 19. Jahrhundert während der Industrialisierung eine wichtige Rolle. Bereits zu Beginn des Industrialisierungsprozesses standen verschiedene Finanzierungsmodelle wie „die Fremdfinanzierung durch Banken, Familie und Freunde sowie die (Eigen- oder) Selbstfinanzierung aus Gewinnen und die Finanzierung durch ausländisches Kapital“[282] zur Verfügung. Allerdings bestand die Möglichkeit der Kreditaufnahme von Banken erst nach 1870, weshalb besonders in der Anfangszeit des Wirtschaftsaufbaus der Gebrauch der anderen Finanzierungsmöglichkeiten überwog.[283] Darüber hinaus haben Studien belegt, „dass die (württembergischen)

---

278 Vgl. Gehring, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 237; 239; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 100. Dieses Thema wird ausführlich bei Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 459 – 475 erörtert.

279 Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 172; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 353 f. Vgl. Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 101; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 37, 1973, S. 462; Kollmer-von Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914 (2004), S. 48; Ders., Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914. In: Landesgeschichte in Forschung und Unterricht 2, 2006, S. 41 f.; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 87 f. Eine ausführliche Erörterung der Kapitalbilanz findet sich bei: Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 29 – 33.

280 Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 175; Ders., Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 354. Vgl. Mohl, Über die württembergische Gewerbsindustrie (1828), S. 128.

281 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 179 mit Anm. 52.

282 Ebd., S. 175.

283 Vgl. ebd., S. 178 f.; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 123.

Unternehmer von Anfang an darauf bedacht waren, erwirtschaftete Gewinne im Unternehmen stehen zu lassen.“[284] Der häufige Gebrauch der Selbst- oder Eigenfinanzierung zeigte sich anhand der geringen Zahl an Krediten für Industrieunternehmen, aber auch am Vorhandensein von größeren Kapitalmengen bei Privatpersonen.[285] Diese Praxis wurde einerseits durch das zumindest bis 1875 nur aus wenigen Kreditinstituten, wie z. B. die königliche Hofbank oder das Bankhaus Stahl und Federer, bestehende württembergische Bankwesen, andererseits durch die angesichts der Absatzrisiken verständlicherweise geübte Zurückhaltung der Unternehmer bei der Aufnahme von Krediten bedingt.[286] Auf den letzen Faktor hatte der Beitritt zum Deutschen Zollverein einen fördernden Einfluss.[287]

Nachdem in Württemberg wie auch in Stuttgart zu Beginn der Industrialisierung noch kein tragfähiges Bankenwesen bestanden hatte, konnte der Banksektor nicht als Grundlage der Herausbildung der württembergischen Industrie dienen. Vielmehr griff die Industrie erst im Verlauf der Entwicklung auf diese Möglichkeit der Geldbeschaffung im Sinne eines Hilfsinstruments zurück.[288] Der Banken- wie auch der Industriesektor passten sich im Verlauf ihrer weiteren Entwicklung schließlich aneinander an, so dass ein blühendes Bankenwesen zustande kam.[289] Langfristig bewirkte diese Entwicklung eine systematische Erweiterung des Kreditspielraums aller Unternehmensklassen.[290]

Stuttgarts Bankenwesen hatte seine Wurzeln im Kaufmanns- und Handelsbereich, in dem 1704/08 erste Bankhäuser, die sich jedoch nur bis 1738 halten konnten, gegründet wurden.[291] Erst 1869 wurde mit der württembergischen Vereinsbank, die auf Initiative mehrerer Handels- und Industrieunternehmen unter maßgeblicher Beteiligung Kilian Steiners gegründet wurde, ein bedeutungsvolles Institut geschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es nur kleinere, unbedeutendere Bankhäuser ge-

---

284 Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 179 mit Anm. 49.

285 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 180 mit Anm. 53. Vgl. zum Vorstehenden auch: Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 175 f.

286 Vgl. Uhland, Die Anfänge der Industrie in Stuttgart. In: Schwäbische Heimat 30, 1979, S. 253.

287 Vgl. ebd., S. 253; Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 121.

288 Vgl. Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 128.

289 Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 91; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 176. Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des Stuttgarter Bankwesens findet sich bei: Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 127 – 136.

290 Vgl. Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 354 f; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 176 f.

291 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 150 f.; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 128 f.; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 2 (1846), S. 401.

geben.[292] Für Württemberg wie auch für Stuttgart waren die 1871 gegründete Notenbank, die Eröffnung der Hauptvertretung der Reichsbank 1876 als Verbindung Württembergs mit dem nationalen Bankgeschäft,[293] sowie die Gründung der Stuttgarter Gewerbekasse 1882 von nachhaltiger Bedeutung.[294]

Das entstehende Bankwesen entwickelte sich sehr bodenständig und gut gesichert, was sich vor allem angesichts der zahlreichen Bankenzusammenbrüche während der Gründerkrise von Vorteil erweisen sollte. Die Stabilität des württembergischen Bankwesens basierte auch auf dem Nebeneinander von Großbanken und unabhängigen, selbständig arbeitenden, kleinen Privatbanken.[295] Die Privatinstitute waren für Kleinunternehmen von großer Bedeutung, da sie deren Kapitalbedürfnisse adäquat befriedigen konnten.[296]

Seit 1853 hatte es in Württemberg Überlegungen gegeben, eine Börse als Mittel der Gewerbeförderung einzurichten, wobei sich zunächst noch keine Mehrheit dafür finden ließ. Dennoch gab es Vorbereitungsstufen, wie der 1860 von Firmen der württembergischen, badischen und bayrischen Textilindustrie begründete „Industriebörsenverein“ wie auch die im selben Jahr von mehreren Bankhäusern sowie der Rentenanstalt initiierte Effektenbörse mit ihren täglichen Handelszeiten.[297]

Württemberg schaffte es bis 1914 zur Industrienation aufzusteigen, was sich auf verschiedene Weise erklären ließ.

Erklärungsversuch der erfolgreichen Industrialisierung

Für die Entwicklung Württembergs zu einem vollwertigen Industrieland mit einer tragfähigen Struktur waren mehrere grundlegende Faktoren relevant. Am wichtigsten erschien gerade zu Beginn der Industriealisierung ein entsprechendes Arbeitskräftepotential zu sein, über das Württemberg aufgrund seines Bevölkerungsreichtums von Anfang an verfügte. Ein nicht weniger wichtiger Faktor war die staatliche Gewerbeförderung, die vor allem einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Fach-

---

292 Vgl. hierzu 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 151; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 129 – 131.

293 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 124.

294 Vgl. 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 151; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 131 – 133.

295 Vgl. zum Vorstehenden: Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 134 f. Vgl. a.a.O. S. 135 mit Anm. 1.

296 Vgl. Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 125.

297 Vgl. zum Vorstehenden: Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 136; Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. 1. Teil (1906), S. 29 – 31; 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 151; Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 301.

kräften in allen Industriezweigen legte.[298] Hinzu traten tatkräftige, mit unbeirrbarem Selbstbehauptungswillen ausgestattete Unternehmer, die frühzeitig erkennen konnten, „wie sehr der eigene unternehmerische Erfolg ebenso wie Württembergs industrieller Aufstieg vornehmlich vom Aufbau einer leistungsstarken und zugleich arbeitsintensiven Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie abhing.“[299]

Mit dem Auf- und Ausbau des Verkehrswesens konnte Württemberg endgültig die Nachteile des Rohstoffmangels und der ungünstigen Verkehrslage kompensieren, so dass dieser Faktor schließlich zu einem Garanten für die erfolgreiche Industrialisierung wurde.[300] Paradoxerweise sorgten ausgerechnet der Rohstoffmangel und die schlechte Verkehrslage für den Ideenreichtum der Württemberger, der die Grundlage der weltbekannten Veredelungsindustrie wurde, „die mit ihren Qualitätsprodukten auf internationale Absatzmärkte vordringen konnte.“[301]

Schließlich war der langsame, aber stetige Verlauf der Industrialisierung in Württemberg und im Großraum Stuttgart von Vorteil,[302] da Stadt, Land und Region auf der Grundlage dieses Faktors viele, der andernorts gemachten Fehler vermeiden konnten.

---

298 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Ein ungleicher Start? (2007), S. 520; Klien, Industrie und Handel. Bergbau (1916), S. 802.

299 Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 520.

300 Vgl. Klien, Industrie und Handel. Bergbau (1916), S. 802.

301 Zahnenbenz, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982 (Diss. 1984), S. 331.

302 Vgl. Räntzsch, Stuttgart und seine Eisenbahnen (1987), S. 158.

4.2. Industriezentren und unternehmerische Einstellung zur Arbeiterschaft

Württembergs großes Problem in Bezug auf die Ansiedlung von Industrie waren seine von Natur aus wenig günstigen natürlichen Gegebenheiten.[1] Ungeachtet dieser Problematik konnte sich Industrie entwickeln. Im Rahmen dieser Studie gab es auch in diesem Umfeld Aspekte, die zum Verständnis des Gesamtkomplexes hilfreich sind. In diesem Zusammenhang war zunächst von Interesse, herauszufinden, ob sich Zentren bilden konnten und wo sie gegebenenfalls lagen. Außerdem war die Bedeutung der Art der sich dort entwickelnden Industriezweige ebenfalls nicht zu unterschätzen. Eine weitere Rolle spielten die ausschlaggebenden Gründe für die Wahl eines bestimmten Standorts, die ebenfalls kurz skizziert werden sollen.

Neben diesem ersten Aspekt erschien die Bezugnahme auf die Menschen, die die Industrie bewegten, als gleichermaßen von Interesse. Württembergs großes Kapital waren seine Menschen,[2] somit war die Einstellung der Unternehmer zur Arbeiterschaft ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsgefüge. Bekanntermaßen gehörte gerade in der Industrialisierungsperiode viel Wagemut dazu,[3] eine Fabrik zu gründen, zu leiten und die damit verbundene Verantwortung zu tragen. Diese Führungsqualitäten waren konstitutiv und wichtig, sollen jedoch an dieser Stelle nicht näher behandelt werden. Im gegebenen Kontext erwies sich vielmehr die zutage tretende Sichtweise in Hinblick auf die Arbeiterschaft von Interesse. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls das Augenmerk auf frühe Formen unternehmerischer Sozialfürsorge gerichtet werden. Zugleich gilt es, die dabei offensichtlichen Motive und Beweggründe, sofern sie sichtbar werden, zu hinterfragen.

4.2.1. Schwerpunkte der Industrie

Im Fokus des Interesses dieser Arbeit steht der Großraum Stuttgart mit dem Gebiet des mittleren Neckars und vor allem Cannstatt.[4] Dennoch ist es angebracht, zunächst einige allgemeine Faktoren anzusprechen. In Bezug auf die Industrialisierung Württembergs fielen die ungünstigen natürlichen Gegebenheiten ins Auge.

---

1 Vgl. Kap. 4.1.1 bzw. 4.1.2. dieser Arbeit.

2 Vgl. Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 170.

3 Vgl. ebd., S. 170; Vgl. auch: Seybold, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (1974), S. 45 f.

4 Vgl. zur Begriffsgeschichte bzw. zur wirtschaftsgeographischen Einordnung dieses Raums: Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 49.

Dieser Aspekt musste sich auch auf die Standorte und die Verteilung der Industrie auswirken. Neben solchen sehr speziellen Faktoren gab es überregionale, eher allgemeinere Gesichtspunkte, die ebenfalls bedeutungsvoll wie interessant sind.

Allgemeine Verteilungsfaktoren

Ein wesentliches Charakteristikum der württembergischen Industrie war die selbst auf lokaler Ebene vorhandene Eigenständigkeit der Betriebe. Dieser Aspekt galt sowohl hinsichtlich der Fabrikanten als auch der Fabrikationsmethoden.[5] Deutlich zeigte sich dabei die Abhängigkeit der Fabriken von den natürlichen Gegebenheiten. In Württemberg gab es bereits vor der Erhebung zum Königreich im Jahr 1806 erste Ansätze zur fabrikmäßigen Fertigung. Im alten Herzogtum Württemberg waren die einzelnen Betriebe zunächst noch sehr verstreut, wohingegen nach 1806 eine Tendenz zur örtlichen „Konzentration" festzustellen war.[6] Diese Neigung stand in Zusammenhang mit der administrativen Neuordnung des Königreichs. Dabei siedelten sich Industriebetriebe aufgrund der dort vorhandenen Möglichkeiten der Wasserkraftnutzung, vorrangig im Bereich des mittleren Neckars und im Gebiet des Vorlands der Schwäbischen Alb an.[7] Trotz dieser Tendenzen dominierte das Charakteristikum der Dezentralisation über die gesamte Früh- und Hochindustrialisierungsphase.[8] Dieser Aspekt stand in direkter Verbindung mit der in Altwürttemberg vorherrschenden Realteilung. Diese erforderte es, bedingt durch das Phänomen der Schollenkleberei,[9] dass sich die Industriezentren nahe der Lebensgebiete der Arbeiterschaft ansiedelten. Hinzu kam die große Zahl kleingewerblicher Produktionsstätten, was ebenfalls strukturfördernd wirkte.[10] Ein weiterer bedeutsamer Faktor sowohl für die Frühindustrialisierung als auch für den gesamten Industrialisierungsprozess waren die vormaligen freien Reichsstädte. Dabei waren in erster

---

5 Vgl. Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 172

6 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 34.

7 Vgl. ebd., S. 34. Vgl. ebenso: Feyer, Die Anfänge der Industrie in Baden Württemberg 1829/1832 (1973), S. 7; Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 125.

8 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 34; Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 34/35, 1975/76, S. 335 f; Ders., Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 238; Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 364.

9 Vgl. Kap. 4.1.1. dieser Arbeit. Vgl. weiter: Fischer, Die Industrialisierung und ihre Probleme (1992), S. 174.

10 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 34.

Linie Esslingen, Heilbronn und Reutlingen als wirtschaftliche Triebkräfte von großer Bedeutung.[11] Zusammenfassend gab es also vier Kernbereiche, in denen in der Frühindustrialisierungsperiode sich Mittelpunkte für die industriell-revolutionäre Entfaltung gebildet hatten. Demnach handelte es sich um das politische und wirtschaftliche Zentrum des Bereichs Mittlerer Neckar mit den Oberämtern Stadt Stuttgart, Esslingen, Cannstatt sowie Ludwigburg. Ein weiterer früher Bereich lag im Bereich der Oberämter Heidenheim, Ulm, Geislingen, Münsingen, Urach bis hin zu Reutlingen, also der gesamte Albgürtel in diesem Bereich. Dazu kamen noch weniger hervortretende Bereiche im Gebiet der Oberämter Balingen, Rottweil sowie Oberndorf. Schließlich waren noch das Unterland mit seinem Zentrum Heilbronn aufgrund der Verkehrsanbindung durch den Neckar sowie in Oberschwaben die Oberämter Wangen und Ravensburg Zentren dieser frühen Industrieansiedlung.[12]

Die in frühindustrieller Zeit gewachsenen Strukturen blieben auch während der frühen Hochindustrialisierungsphase und darüber hinaus weiterhin bestehen. Die dadurch gewährleistete Kontinuität in Hinsicht auf die Standorte war von großer Bedeutung für die erfolgreiche Festigung der dortigen Unternehmen. Auf diese Weise war es möglich, einmal aufgebaute Strukturen weiter auszubauen wie auch zu verbessern und nicht ständig neu begründen zu müssen.[13] Für die Mehrzahl der neu entstandenen Betriebe waren auch in der Phase der Hochindustrialisierung die bislang gültigen Standortfaktoren der maßgebliche Orientierungspunkt. Somit hatte auch in dieser Phase die dezentrale Struktur der Betriebsverteilungen weiterhin Bestand. Dieser Aspekt verhinderte den frühzeitigen Beginn des andernorts mit so gravierenden Folgen behafteten Verstädterungsprozesses.[14]

Nach 1880 setzte die Hochindustrialisierung in Württemberg mit voller Stärke ein.[15] Die einzige Möglichkeit erfolgreich zu sein, bestand in der Kontinuität hinsichtlich der Industriestandorte. Daraus entwickelte sich die Notwendigkeit, an bestehende Standorte, eben wegen der bereits vorhandenen Strukturen anzuknüpfen. Im Zuge dieser Anknüpfungen kam es trotz fortbestehender genereller Dezentrali-

---

11 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 34; Vgl. ebenfalls zur Rolle der Reichsstädte: Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 115 – 118; 122.

12 Vgl. zum Vorstehenden: Burkhardt, Zentren und Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 357 f.; Megerle, Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands (1982), S. 101 f.

13 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 38.

14 Vgl. zum Vorstehenden: Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 38.

15 Vgl. hierzu: Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/76, S. 342 – 344.

sierung zu vermehrten Konzentrationen auf regionaler Ebene, was vermutlich rein praktischen Überlegungen entsprungen war.[16]

Gewerbegruppen in frühindustrieller Zeit

In Anbetracht der Rohstoffarmut Württembergs war es erstaunlich, welche Vielfalt an unterschiedlichen Gewerbezweigen sich bereits in der Frühindustrialisierungsphase etablieren konnte. Dabei dominierten in Württemberg 1832 vor allem Betriebe, die der Lederverarbeitungs-, Textil- und Bekleidungsindustrie zuzurechnen waren.[17] Ebenfalls sehr zahlreich waren die Papierindustrie sowie die chemische Verarbeitung und die Industrien der Nahrungs- und Genussmittel vertreten. Am Geringsten fanden sich Betriebe aus dem Bereich des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie aus der Metallwarenfabrikation.[18]

In Hinblick auf die Standorte gab es um 1832 eine quantifizierende Abstufung. Demnach befanden sich die meisten Betriebe in Ulm, Stuttgart, Heilbronn, Ludwigburg, Heidenheim und Esslingen. In diesen Städten waren zwischen 10 und 20 Betriebe angesiedelt. Darauf folgten Urach, Calw, Göppingen, Biberach, Schornreute, Böblingen, Ravensburg, Hirsau und Weil der Stadt mit einer Zahl von bis zu 10 Betrieben. Am wenigsten Betriebe fanden sich 1832 u. a. in Balingen, Cannstatt, Isny, Kirchheim, Reutlingen, Rottweil.[19] Diese räumliche Verteilung unterstrich einerseits die Neigung zur Dezentralisierung, andererseits zur bereits in der Frühphase der Industrialisierung bestehenden Schwerpunktbildung. Auffallend war das geringe Vorkommen von Industrie im Norden Württembergs, wo die Landwirtschaft dominierte. In den *„Gäugebieten* der Hohenloher-Haller Ebene, des Taubergrunds, des Baulands und des Kraichgaus“[20] gab es so gut wie keine Industrie. Hingegen befanden sich bereits in dieser frühen Industrialisierungsphase im Bereich des Neckarbeckens, des Albvorlands sowie im östlichen Teil der Schwäbi-

---

16 Vgl. Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 102. Vgl. weiter zur Hochindustrialisierung bzw. den damit verbundenen regionalen Verdichtungen z. B.: Megerle, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/76, S. 335 – 337; Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 48 f.; Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 516 f.

17 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Feyer, Die Anfänge der Industrie in Baden Württemberg 1829/1832 (1973), S. 2 f.

18 Vgl. ebd., S. 2.

19 Alle Ortsangaben sind dem Historischen Atlas Baden-Württemberg Karte XI,6 „Die Anfänge der Industrie in Baden-Württemberg 1829/1832 sowie Feyer, Die Anfänge der Industrie in Baden Württemberg 1829/1832 (1973), S. 2 entnommen.

20 Feyer, Die Anfänge der Industrie in Baden Württemberg 1829/1832 (1973), S. 5. Die kursive Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

schen Alb überwiegend Fabriken, die der Textilindustrie zuzurechnen waren. Bereits zu diesem Zeitpunkt, also noch vor dem eigentlichen Beginn der Industrialisierung in Württemberg[21] fand eine gewisse Schwerpunktbildung statt. Dabei war anzunehmen, dass diese Betriebe auf der Grundlage bereits im 17. und 18. Jahrhundert dort schon bestehender Betriebe entstanden waren.[22] Trotzdem fand keine Konzentrierung im eigentlichen Sinne, wie beispielsweise im Ruhrgebiet statt. Die hauptsächlichen Industriestandorte waren im Gebiet um Heilbronn, Ludwigsburg, Stuttgart, Cannstatt, Esslingen im Raum Mittlerer Neckar sowie im Vorland der Schwäbischen Alb um Göppingen, Reutlingen und Balingen, schließlich auf der Schwäbischen Alb um Urach, Heidenheim und Ulm gelegen, was wenig verwunderlich war.[23] Alle genannten Orte hatten bereits damals eine gewisse Tradition in diesem Bereich begründet. Während im Raum Mittlerer Neckar und auf der Schwäbischen Alb die Textilindustrie heimisch war, zeigte sich in Oberschwaben vordergründig die Metallindustrie. Vor allem im südlichen Bereich fanden sich mehrere kleine, aber dennoch wichtige Orte mit Metallindustrie. In der Hauptsache wurden z. B. in Hauerz, Isny oder Leuben Sensen hergestellt, die für die dortige Landwirtschaft benötigt wurden. Im Gegensatz dazu war die Papierbranche, mit Schwerpunkten in Schornreute, Biberach, Ravensburg und Isny über das ganze Land verteilt.[24] Weitgehend arm an Industrie zeigten sich die oberen Gäugebiete, die an den Schwarzwald angrenzen. Dort befanden sich lediglich in Rottweil, Weil der Stadt und Böblingen kleinere Standorte der Textilindustrie. Dasselbe galt für den Bereich der Papierherstellung, die sich in den Gäugebieten um Horb, Gültlingen und Enzberg konzentrierte. Insbesonders um Stuttgart war die Nahrungs- und Genussmittelindustrie besonders stark vertreten. Vordergründig waren dort besonders viele Tabakfirmen, wie z. B. die Firma Stern in Cannstatt, aber auch die Sektherstellung in Esslingen von besonderer Bedeutung.

In der Frühzeit der Industrialisierung war bereits die Textilindustrie die bedeutsamste Branche, die sich vor allem im Bereich Mittlerer Necker, der Schwäbischen Alb, aber auch um Kirchheim/Teck, Göppingen und Heilbronn gruppierte. Ebenfalls sehr früh gab es im Gebiet um Stuttgart, Cannstatt und Heidenheim bedeutsame Baumwollhersteller. Daneben befanden sich weitere Textilbetriebe bei

---

21 Vgl. Kap. 4.1.1. dieser Arbeit.

22 Vgl. Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 15

23 Vgl. Feyer, Die Anfänge der Industrie in Baden Württemberg 1829/1832 (1973), S. 5.

24 Vgl. ebd., S. 5.

Laichingen, aber auch Isny sowie in Esslingen und Ludwigsburg. Neben der Textilindustrie spielte auch die Lederherstellung und –verarbeitung eine Rolle in der Gegend um Stuttgart, Calw, Hirsau.[25] Was die chemische Industrie angeht, so war diese in der Frühzeit relativ unterrepräsentiert. Im eigentlichen Sinne bestanden nur 2 so genannte „chemischen Fabriken“[26], nämlich eine in Oedendorf (Ottendorf) und eine in Heilbronn. Ansonsten gab es noch mehrere kleinere chemische Fabriken, die sich auf die Herstellung u. a. von Alaun, Soda, Terpentin, Teer und ähnlichen Produkten spezialisiert hatten.[27]

Neben den bisher genannten und vor allem in der Region des Neckarbeckens und der Schwäbischen Alb beheimateten Industriezweigen, gab es in Württemberg auch noch Salinen. Die Salinen, die alle unter staatlicher Regie standen, waren in Friedrichshall, Offenau, Schwäbisch Hall, Wilhelmshall und Sulz. Daran zeigte sich deren Bedeutung für das Land. Dasselbe galt für die Eisenbergwerke und Hüttenbetriebe, die ebenfalls unter staatlicher Leitung waren. Angesichts der Rohstoffarmut von Württemberg war diese Tatsache nicht verwunderlich. Diese Industriebetriebe befanden sich im Bereich der Schwäbischen Alb sowie im Bereich des Oberlaufs von Brenz und Kocher.[28]

Bekanntermaßen war Württemberg sehr rohstoffarm, weshalb der verarbeitenden Industrie, genauer gesagt dem Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Herstellung von Metallwaren aller Art große Bedeutung zukam. Das wichtigste Unternehmen war die Gewehrfabrik in Oberndorf, die wie so viele andere bedeutsame Industriezweige unter staatlicher Leitung stand. Daneben waren Schwerpunkte in Oberschwaben, aber auch je nach Produkt in Gräfenhausen, Liebenzell, Hirsau, Isny und Rottweil. Auch hier zeigte sich die stark dezentrale Struktur bei lokaler Schwerpunktbildung. Neben diesen größeren Betrieben haben auch vielfach Handwerker im Nebenberuf Metallwaren hergestellt. Aus diesem Grund kamen manche Branchen, wie beispielsweise die Schmuckherstellung, in nachmals sehr bedeutsamen Orten nicht vor. Wichtige Hersteller von Schmuckwaren befanden sich um 1832 nur in Stuttgart sowie in Heilbronn. In diese Produktgruppe der Luxusgüterindustrie gehörte auch der Klavierbau, der zu diesem frühen Zeitpunkt bereits fest in Stuttgart etabliert war.[29]

---

25 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 5 f.
26 Ebd., S. 6.
27 Vgl. ebd., S. 6.
28 Vgl. zu diesem und dem Vorherigen: ebd., S. 6.
29 Vgl. ebd., S. 7.

Im Überblick zeigt sich, dass um 1832 viele der in der Hauptsache bedeutungsvolleren Standorte schon eine Schwerpunktbildung aufwiesen. Andererseits waren bei zahlreichen nachmals wichtigen Standorten zu diesem Zeitpunkt noch keine Anzeichen von Industrieansiedlungen zu erkennen. Zum Teil hat im Verlauf der Industrialisierung ein Strukturwandel stattgefunden, der zu einem Wechsel bzw. Ende mancher Standorte geführt hatte. Dennoch ließen sich an nahezu allen Orten, die später für die Industrie von Bedeutung wurden, noch die Ursprünge erkennen.[30] So waren schon 1832 die nachmals hauptsächlichen Industriezentren Württembergs, also der Bereich des Neckarbeckens sowie des Albvorlands und der Albrand als Schwerpunkte der Industrie auszumachen.

Gewerbegruppen und Standorte nach 1850

Im zeitlichen Verlauf machte jede Industrieregion in Deutschland einen Strukturwandel durch. Dasselbe galt auch für Württemberg. Hier hat im Vergleich zu 1832 im Zeitraum bis 1861 bzw. 1907 eine weitere Vergrößerung der Industriebezirke stattgefunden. Dabei gab es u. a. eine schnelle Vermehrung der Gewehrfabrikation in Oberndorf sowie der Strickwarenherstellung in Balingen. Nur in infrastrukturschwachen Gebieten verringerte sich die Zahl der Gewerbebetriebe. Zu diesen Bereichen gehören Orte wie Calw, Nagold oder Gammertingen. Insgesamt kam es jedoch zu einer Konzentration der Textilindustrie im Bereich Mittlerer Neckar. Besonders Reutlingen hat sich zu einem Zentrum entwickelt, was zu Lasten der abgelegenen Orte der Schwäbischen Alb ging. Stattdessen etablierte sich in diesen Gebieten die Tabakindustrie, wodurch der entstandene Arbeitsplatzverlust zumindest teilweise kompensiert werden konnte.[31]

Ein besonderes Charakteristikum von Württembergs Industrie war kurz vor der Jahrhundertwende das des „fabrikmäßige(n), mit Antriebs- und Arbeitsmaschinen ausgerüstete(n) Industriebetrieb(s) im Rahmen der gewerblichen Güterproduktion.“[32] Dabei war die kleingewerbliche Produktionsweise wie bereits in den vorausgehenden Jahrzehnten vorherrschend. Im Gegensatz dazu gab es keine Veränderungen bei den Leitbranchen. Nach wie vor war die Textilindustrie dominierend, die gleichzeitig ausgebaut wurde. Im Großen und Ganzen kamen Unternehmen der Textilbranche vorwiegend in den Oberämtern Nürtingen, Reutlingen, Urach und

30 Vgl. ebd., S. 7.
31 Vgl. Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 35 f.
32 Boelcke, Die Industrie in Baden und Württemberg 1895 (1988), S. 6.

Göppingen vor. In der Hauptsache waren die Betriebe zwischen Reutlingen und Göppingen angesiedelt. Hinzu kamen weitere Zentren in Heidenheim, Ebingen, Stuttgart, Waiblingen, Bönnigheim und Isny.[33]

Die bereits bestehenden Betriebe im Bereich des Bergbaus sowie des Hüttenwesens konnten dagegen bis 1895 keine nennenswerte Expansion vermelden. Für Württemberg war der Salzabbau, der vorrangig in der Hütte Friedrichshall und bei Heilbronn betrieben wurde, nach wie vor am wichtigsten. Im Bereich der Eisenverhüttung hatte nur noch das königlich-württembergische Eisenhüttenwerk Wasseralfingen eine größere Bedeutung. Diese war in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau und der damit einhergehenden Nachfrage nach Eisen verbunden.[34]

Im Bereich der Industrie der Steine und Erden hatte eine Verschiebung stattgefunden. Durch die Ansiedlung der noch relativ neuen Zementindustrie u. a. in Blaubeuren, Ulm, Ehingen, Lauffen a. Neckar bildeten sich jetzt dort Zentren.[35] Ein weiterer prosperierender Teil dieser Branche waren die bereits in großen Mengen und unter Maschineneinsatz produzierenden Dampfziegeleien. Diese Betriebe waren u. a. in traditionellen Zentren wie Waiblingen, Cannstatt, Ludwigsburg, Tübingen gelegen.[36] Hingegen konnte sich schon allein aufgrund des überall in Württemberg vorherrschenden Rohstoffmangels, die Glaserei nicht etablieren. Dieser Gewerbezweig war auf dem Rückzug.

Württembergs Größe lag vielmehr in der Verarbeitungsindustrie. Die Edelmetallindustrie zentrierte sich im Umkreis um Schwäbisch Gmünd, wobei das eigentliche Zentrum der Metall- und Blechwarenherstellung jedoch der Raum Mittlerer Neckar war. Dort und im näheren Umkreis wurden in Großbetrieben in Göppingen (Spiel-, Metall-, Blechwaren), Geislingen (Metallwaren), Esslingen, Cannstatt und Ludwigsburg (alle Metall- und Blechwaren) die unterschiedlichsten Produkte hergestellt. Diese Fabriken benötigten zu ihrer Produktion Eisen, das in großen Gießereien, die sich in Cannstatt, Göppingen, Heidenheim und Stuttgart angesiedelt hatten, hergestellt wurde. Auch hier zeigte sich, dass sich bereits vormals sehr aktive Industriezenten weiterentwickelt haben.[37]

---

33 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 8.

34 Vgl. ebd., S. 6.

35 Vgl. ebd., S. 7.

36 Die Tradition war in Waiblingen und Cannstatt besonders groß, wo sich Töpfereien und Ziegeleien bis in die Römerzeit nachweisen lassen. Vgl. hierzu: Paret, Die Römer in Württemberg. Bd. III,1: Die Siedlungen (1932), S. 141; 147. Vgl. weiter: Boelcke, Die Industrie in Baden und Württemberg 1895 (1988), S. 7.

37 Vgl. Boelcke, Die Industrie in Baden und Württemberg 1895 (1988), S. 7.

Zu Zentren der neuen Leitbranche der Hochindustrialisierung, die u. a. die Bereiche des Maschinen-, Instrumenten und Apparatebaus vereinte, hatten sich der Großraum Esslingen[38] sowie Cannstatt[39] entwickelt. Von Bedeutung waren auch die staatlichen Lokomotivwerkstätten, die in Friedrichshafen und seit 1870[40] auch in Cannstatt, was das dortige Maschinenbauzentrum entstehen ließ, beheimatet waren.[41] Daneben war noch Ulm ein Zentrum des Wagenbaus und von Feuerwehrrequisiten, die auch noch in Biberach zu finden waren. Zum Maschinenbau waren ebenso die Fabriken für Landmaschinen in Heilbronn, Göppingen und Ulm zu rechnen.[42] Zentren des Werkzeugbaus waren neben den schon genannten Orten desgleichen Reutlingen und Heidenheim.

Ebenfalls Betriebe der Industriegruppe der „Maschinen, Apparate, Instrumente" waren in Oberndorf (Waffen), Tuttlingen (chirurgische Instrumente) sowie in Trossingen (Zieh- und Mundharmonika). Zu einem besonderen Zentrum des Klavierbaus hatte sich Stuttgart entwickelt. Andere Industriezweige dieser Gruppe befanden sich ebenfalls in Gebieten mit langer regionaler Tradition wie die Uhrenherstellung in den Gebieten des Schwarzwalds um Rottweil und Schramberg.[43]

Im Zuge der Entwicklung neuer Technologien kam es auch zur Herausbildung neuer Industriezentren. Im Bereich Neckarsulm war neben der Zweiradherstellung auch die Automobilindustrie heimisch. Letztere hatte ihr Zentrum jedoch vor allem im Stuttgarter Raum. Hier entwickelten sich wichtige und zukunftsträchtige Industriezentren, die auch auf weitere neue Industrien, wie die Elektro- und Elektrizitätsindustrie Rückwirkungen hatten. So konnten sich in Abhängigkeit von der Automobilbranche im Raum Mittlerer Neckar weitere Zuliefererindustrien entwickeln und etablieren.[44]

In Bezug auf die chemische Industrie war Württemberg eher randständig. Neben der Ammoniakherstellung in Neckargartach gab es noch eine Pulverfabrik in Rottweil. Die entstehende Teerfarbenindustrie fand hier weniger günstige Bedingungen, so dass nur wenige Betriebe vorhanden waren, wie z. B. die Farbenfabrik in Feuerbach.

---

38 Hier war es die Maschinenfabrik Esslingen mit dem Schwerpunkt auf dem Lokomotivenbau.
39 Hier handelte es sich vor allem um die alteingesessene Firma Kuhn in Berg.
40 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 79.
41 Vgl. Boelcke, Die Industrie in Baden und Württemberg 1895 (1988), S. 7.
42 Vgl. ebd., S. 7 f.
43 Vgl. ebd. S. 8.
44 Vgl. insgesamt: ebd., S. 8.

Von großer Bedeutung war hingegen die Papierindustrie in Württemberg. Sie zentrierte sich vor allem in Unterkochen, Heilbronn, Pfullingen, Dettingen, Gemmrigheim, Salach, Baienfurt u. a., hinzu kamen Spezialprodukte, wie z. B. Briefumschläge, die in Stuttgart einen zentralen Raum fanden. Darin zeigte sich bereits der so wichtige Hang zur Spezialisierung. Hinzu kam, dass Stuttgart schon lange der Sitz wichtiger Verlage war.

Ein weiteres Zentrum im Raum Mittlerer Neckar bestand für die Lederindustrie. Dieser Industriezweig war bis zur Jahrhundertwende auf Expansionskurs und schwerpunktmäßig in Esslingen, Stuttgart, Backnang, Weinheim u. a. vertreten.[45] In Abhängigkeit von der Lederindustrie bildeten sich Zentren der Schuhfabrikation heraus. Diese lagen im Bereich Tuttlingen, Stuttgart, Leonberg, Kornwestheim, Balingen u. a.[46]

Im Verlauf der Industrialisierung hatte die Nahrungs- und Genussmittelindustrie an Bedeutung gewonnen. So bildeten sich Zentren der Tabakindustrie u. a. um Heidenheim, Schnaitheim, Heilbronn und Calw. Ferner die eigentliche Nahrungsmittelindustrie mit ihren Mittelpunkten in Vaihingen auf den Fildern (Brauerei Schwaben Bräu), Nährmittelbereich (u. a. Knorr in Heilbronn), Schokoladenfabrikation (z. B. Waldbaur in Stuttgart), daneben aber auch die weitgehend auf die Städte Ludwigsburg, Heilbronn u. a. konzentrierte Zichorien- und Kaffeesurrogatherstellung.[47]

In Hinblick auf die Verteilungsgebiete zeigten sich gewisse Regelmäßigkeiten. So lagen Zentren der Industrie in Württemberg in der Regel entlang der Haupteisenbahnlinie.[48] Es handelte sich also um „Heilbronn, de(n) Stuttgarter Raum mit Eßlingen, Göppingen, Ulm und dem südlichen Ausläufer Reutlingen, wobei bezüglich des metallverarbeitenden Gewerbes noch das Remstal mit dem alten Zentrum Gmünd und das obere Kochertal und Brenztal hinzukamen.“[49] Hinzu kam noch Kirchheim u. Teck sowie in besonderem Maße Cannstatt, Berg, Böblingen, Bietigheim und Ludwigsburg.[50] Als wichtiger Standortfaktor wurde die Verkehrsanbindung bereits genannt. Daneben gab es noch weitere Faktoren, die maßgeblich für die Industrieansiedlung waren.

---

45 Vgl. ebd., S. 9.
46 Vgl. ebd., S. 10.
47 Vgl. ebd., S. 10.
48 Vgl. Kellenbenz, Unternehmertum in Südwestdeutschland. In: Tradition 10, 1965, S. 186.
49 Ebd., S. 186.
50 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum vom 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 53; 56.

Standortfaktoren

Für die Begründung von Fabriken war neben Kapital und Innovationskraft vor allem die Wahl des richtigen Standorts von grundlegender Bedeutung. Industrie siedelte sich stets an denjenigen Orten an, die für die Herstellung des jeweiligen Produkts die günstigsten Bedingungen anboten. Diese Standortbestimmungen bestimmten sowohl den Ort als auch die Art wie und was hergestellt wurde.

Im Bereich um Stuttgart, im Großraum Mittlerer Neckar, haben sich im Umfeld von „Cannstatt, Esslingen, Nürtingen, Göppingen und Geislingen“[51] große und bedeutende Gewerbezentren entwickelt. Für die Wahl dieser Standorte gab es mehrere Gründe, die zugleich den wesentlichen hier allgemein bedeutsamen Standortfaktoren entsprachen.

Einer der wesentlichen Faktoren waren genügend Arbeitskräfte. Alle genannten Gebiete befanden sich im Bereich des altwürttembergischen Realteilungsgebiets. Seit Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte Württemberg ein langes und großes Bevölkerungswachstum.[52] Durch das Bevölkerungswachstum in Verbindung mit der Sitte der Realteilung, vergrößerte sich die Notwendigkeit, zusätzliche Erwerbsquellen zu erschließen. Die Fabrikarbeit bot sich dazu an, weshalb gerade in diesen Gebieten ein reiches Arbeitskräftereservoir vorhanden war.

Ein anderer Faktor, der ebenfalls in Zusammenhang mit dem Stellenwert der Arbeit stand, war der besondere Menschenschlag, der dort zu finden war. Dieser Menschentyp entfaltete „unmittelbar neben dem Schraubstock und dem Transmissionsriemen ein einfaches, ein demütiges Christenleben.“[53] Damit stand die Einstellung in Zusammenhang, die auch Philipp Matthäus Hahn vermittelt hat. Demnach war ein menschenwürdiges Dasein durch die materielle Unabhängigkeit gekennzeichnet. Darunter war die Strebsamkeit zu verstehen, die wiederum bedingte, dass genügend und willige Arbeitskräfte vorhanden waren. Freilich konnte dieser Faktor nicht verallgemeinert werden, aber zumindest für Württemberg und noch mehr für die Region Mittlerer Neckar war er konstitutiv.[54] Hinzu kamen die Neigung zur Tüftelei und die Erfindergabe, was ebenfalls als Standortfaktor nicht verallgemei-

---

51 Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 49.

52 Vgl. ebd., S. 50. Vgl. weiter: Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 14. Vgl. zum Standortfaktor Arbeitskräftereservoir auch Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 88, der auf die explizite Betonung dieses Standortfaktors bei manchen Neugründungen hinweist.

53 Borst, Geschichte Baden-Württembergs (^{3}2012), S. 257.

54 Vgl. ebd., S. 263.

nert werden konnte. Dennoch ist er ebenso für Württemberg von großer Bedeutung. Denn Industrie konnte sich nur ansiedeln, weiterentwickeln und ausbauen, wenn genügend Potential zur Verbesserung bzw. zur Erfindung vorhanden war und die Bereitschaft zum Nachdenken bestand.[55]

Die menschliche Arbeitskraft und Erfindergabe waren jedoch nicht die einzigen relevanten Faktoren. Von nicht geringerer Bedeutung war die Energie. In vorindustrieller Zeit war die Wasserkraft die einzige natürliche Energiequelle. Die Wasserkraft konnte ihre herausragende Stellung als Energielieferant bis in die 20er-Jahre des 20. Jahrhunderts behaupten.[56] Dabei spielte weniger Technologiefeindlichkeit eine Rolle als vielmehr nüchterne Kostenüberlegungen. Unter dem Gesichtspunkt der Wahl zwischen Wasser- und Dampfkraft war „(d)ie Wasserkraft von Neckar, Fils, Rems und Murr ohne Zweifel die kostengünstigste Lösung und bestimmte in der Industrialisierungsphase die Standortwahl wesentlich."[57] Aus diesem Grund lagen viele der bereits genannten Industriestandorte in unmittelbarer Nähe zu größeren oder kleineren Flüssen.

Neben diesen Faktoren war die Nachfrage ein weiterer bedeutsamer Standortfaktor. Zwar konnte ein Ort ideale Bedingungen aufweisen, doch bei mangelnder Nachfrage nützten diese Vorteile wenig. Umgekehrt konnte ein Ort über schlechte Standortbedingungen, aber über eine gute Nachfrage verfügen, so dass sich dort ein Markt entwickeln und Industrie ansiedeln konnte. Genau dieser Fall lag bei Stuttgart vor. Bis auf den Nesenbach verfügte Stuttgart über keine fließenden Gewässer und der Bach reichte bei weitem nicht als Antriebskraft für Maschinen aus. Also musste sich eine Spezialisierungs- und Verarbeitungsindustrie entwickeln, die mit den vorhandenen Gegebenheiten zurechtkam. Dabei war die Agglomeration von verschiedenen Handelszweigen die erforderliche Grundbedingung. In Stuttgart war dies beispielsweise der Farben- und Drogenhandel wie auch die dazugehörige Produktion.[58] Dasselbe galt für andere Industriezweige, die sich weitgehend unabhän-

---

55 Vgl. ebd., S. 263; 290 – 296 (als bekannteste Beispiele: Gottlieb Daimler und Robert Bosch).

56 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 50.

57 Ebd., S. 51. Vgl. auch: Kollmer-von Oheimb-Loup, Tendenzen industriellen Wachstums in Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1994), S. 66 f.; Ders., Zollverein und Innovation (1996), S. 194 - 220.

58 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 52.

gig von Roh- und Energiestoffen entwickeln konnten[59] und deren Bedeutung vor allem auf der Nachfrage beruhte.

Schließlich war eine gute infrastrukturelle Lage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Aufbau des Verkehrsnetzes, der vor allem in Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau zu sehen war, brachte nicht nur Kostenersparnis. Vielmehr wurde für manche Orte durch einen Eisenbahnanschluss plötzlich die Möglichkeit zur Entwicklung von Industrie erschlossen. Mit der Eisenbahn konnte die ursprüngliche Kleindimensionalität überwunden und ein großer Markt erschlossen werden.[60] Abgesehen davon bedingte der Eisenbahnbau die Entwicklung weiterer Industriezweige sowie der damit gegebenen Möglichkeit der Ausbildung von Fachkräften.[61] Dasselbe galt für den Ausbau der Wasser- und Landstraßen.[62]

Der Großraum Mittlerer Neckar wies zahlreiche dieser Standortfaktoren auf.[63] Dabei haben sich auch dort nach und nach unterschiedliche Industriezweige mit ihren speziellen Bedürfnissen angesiedelt. Hierbei gab es auch in diesem Bereich Stellen, an denen sich bestimmte Branchen schwerpunktmäßig angesiedelt haben.

Industrielle Schwerpunkte im Großraum Mittlerer Neckar

In der Hauptsache entwickelte sich der Raum Mittlerer Neckar zu einem Zentrum der Textil- und der metallverarbeitenden Industrie. Daneben gab es im Großraum Stuttgart bereits zahlreiche andere Haupt- und Nebengewerbe, obwohl Stuttgart aufgrund seiner Kessellage sicherlich nicht die idealsten Bedingungen für die Industrieansiedlung aufwies. Dennoch bestand eine bis in die frühindustrielle Zeit zurückreichende Gewerbeansiedlung.

In der Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt von 1851, wurden bereits diesbezügliche Angaben gemacht. So waren im Bezirk „neben der Ackerwerkzeug-Fabrik in Hohenheim nur 2 Baumwoll-Manufakturen in Vaihingen und 1 in Plieningen“[64] vorhanden. Daneben wurde von zwei kurz vor den Erhebungen gegründeten Baumwoll-Manufakturen in Plieningen und Möhringen sowie einer Leinen-Manu-

---

59 Z. B. das Buch- und Verlagswesen, der Textilhandel, das Bankwesen, die Klavierherstellung oder die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 52.

60 Vgl. Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 18 f.

61 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 56.

62 Vgl. zur Bedeutung der Wasserstraßen: Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 17 f.

63 Vgl. zu den Standortfaktoren auch: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1967), S. 125.

64 Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 74.

faktur in Feuerbach berichtet.[65] Weitere frühe Gewerbezweige waren Bierbrauereien,[66] Ziegelhütten,[67] Keltern,[68] Mahlmühlen,[69] teilweise in Verbindung mit Hanfreiben,[70] Lohmühlen,[71] Ölmühlen[72] Sägmühlen[73] und eine Walkmühle.[74] Diese Gewerbe bildeten den Rahmen für die Haupterwerbstätigkeit der meisten Einwohner, daneben gab es 1851 jedoch bereits vor allem im Bereich der Hanf- oder Flachsspinnerei Möglichkeiten des Nebenerwerbs.[75]

Parallel zu diesen Gewerbezweigen hatte sich ein umfassender Bereich der Heimindustrie entfaltet. Diese bot denjenigen einen Nebenerwerb, die sich durch die Landwirtschaft nicht alleine ernähren konnten bzw. die ehemals selbständig und aufgrund der Industrie, nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die wichtigeren Hausindustrien folgten in ihrer Verteilung grob derjenigen des allgemeinen Gewerbes.[76]

---

65 Vgl. ebd., S. 74 f.

66 Diese befanden sich laut Oberamtsbeschreibung in Feuerbach, Gaisbug, Plieningen, Vaihingen, Bernhausen, Kaltenthal und Möhringen. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

67 Ziegelhütten waren in Bernhausen, Bothnang, Echterdingen, Feuerbach, Möhringen, Musberg, Vaihingen und Waldenbuch. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

68 Diese waren in Bonlanden, Bothnang, Degerloch, Feuerbach, Gaisburg, Heumaden, Kemnath, Möhringen, Ruith, Scharnhausen und Vaihingen. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

69 Mahlmühlen waren in Plieningen, Leinfelden, Musberg, Waldenbuch, Kemnath, Möhringen, Plattenhardt, Stetten, Bernhausen, Feuerbach und Scharnhausen. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

70 Hanfreiben waren in Waldenbuch, Musberg und Plattenhardt. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

71 Eine Lohmühle bestand in Waldenbuch. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

72 Ölmühlen bestanden in Echterdingen, Plattenhardt, Unter-Aichen, Unter-Sielmingen, Waldenbuch, Möhringen und Vaihingen, wobei die Möhringer und Vaihinger Mühlen 1851 nicht arbeiteten. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

73 Sägmühlen waren in Unter-Sielmingen und in Waldenbuch. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75

74 Diese befand sich in Gaisburg. Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 75.

75 Vgl. Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 76.

76 So gab es Heimindustrie u. a. im Oberamt Balingen (Strickerei, Wirkerei, Schuhmacherei, Korsettfabrikation, Handschuhmacher, Seiden- und Baumwollspinner), Stuttgart Stadt und Land (Strickerei, Wirkerei, Konfektion, Leinenweber, Korsettfabrikation, Schneiderei, Manufakturwarenhandel, Handschuhmacher, Schuhmacher, Schreiner, Baumwollweber), Oberamt Tuttlingen (Zieh- und Mundharmonikafabrikation, Schuhmacher, Herstellung chirurgischer Instrumente und Apparate, Zeugschmiede, Uhrmacher), Stadt Göppingen (Baumwollweberei, Korsettfabrikation, Herstellung eiserner Kurzwaren, Baumwollspinnerei, Flaschner, Bleicherei), Oberamt Gmünd (Korsettfabrikation, Bijouterie, Graveure, sonstiges künstlerisches Gewerbe, Dreh- und Schnitzwaren, Strickerei und Wirkerei), Stadt Reutlingen (Strickerei, Wirkerei, Häkelei, Stickerei, Baumwollbleicherei), Stadt Schramberg (Uhrmacher, Strohhutherstellung), Oberamt Rottweil (Uhrmacher, Bijouterie, Baumwollweberei), Stadt Cannstatt (Korsettfabrikation, Strickerei, Wirkerei, Schneiderei), Oberamt Böblingen (Strickerei, Wirkerei, Bauwollweberei, Leinenweberei), Stadt Esslingen (Handschuhmascher), Stadt Ludwigburg (Häkelei, Stickerei, Schneider, grobe Holzwaren), Stadt Geislingen (sonstige Erzeugnisse und Verarbeitung von Metalllegierungen), Oberamt Rottenburg (Stickerei, Wirkerei), Stadt Heilbronn (Bijouterie, Schneiderei, Korsettfabrikation, Schuhmacher, Sonstige Holz- etc. Flechterei), Stadt Ulm (Konfektion, Korsettfabrikation, Häkelei, Stickerei), Stadt Heidenheim (Tabakfabrikation), Oberamt Reutlingen (Strickerei, Wirkerei). Diese Angaben sind folgendem Werk

Vor allem der Textilbereich sollte sich im Verlauf der Industrialisierung zu einem wichtigen Gewerbezweig im Raum Mittlerer Neckar entwickeln. Die Haupt- und Residenzstadt „Stuttgart, in der sich aus dem benachbarten Textilgebiet Zweige dieser Industrie, vor allem die Strickerei“[77] aber auch die Metallverarbeitung und –veredelung herausgebildet hatten, wurde zu einem wichtigen Zentrum dieser Industrie. Es soll an dieser Stelle keine Industriegeographie entwickelt, sondern nur ein grober Überblick über die wichtigsten Standorte und Unternehmen der Textil- und Metallindustrie gegeben werden. Dieser kann jedoch keinesfalls vollständig sein.

In Württemberg konnten sich in hohem Maße die so genannten „Hausindustrien“ entwickeln. Dabei handelte es sich vor allem um die Textilindustrie im weiteren Sinne. In diesem Zusammenhang war der württembergische Protestantismus von großer Bedeutung. Im Zuge der Vertreibung von Protestanten aus rein katholischen Gebieten wie auch infolge der Aufhebung des Edikts von Nantes[78] waren sehr viele Hugenotten und andere Glaubensflüchtlinge nach Württemberg gekommen. Diese brachten neben den genuin protestantischen Tugenden vor allem ihr Wissen mit. Sie waren vielfach in ihrer vormaligen Heimat „die Träger des dortigen Wirtschaftslebens“[79] und übertrugen ihre Kenntnisse auf Württemberg. Diese Refugiés gaben beispielsweise der Herstellung von Strümpfen in Cannstatt um 1730, wie auch der Fabrikation in Ebingen 40 Jahre später, wichtige Inspirationen.[80] Ebenso kamen Konstrukteure von Maschinen der Textilbranche, wie beispielsweise Honoré Frédéric Fouquet aus Troyes nach Stuttgart. Dieser gründete eine bis 1873 in Stuttgart beheimatete Rundwirkmaschinenfabrik, womit die Grundlage für die Trikot-

---

entnommen: Losch, Begleitworte zu den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 in Württemberg (1900), S. III. 209*.

77 Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 40. Als erste mechanische Spinnerei wird die 1810 von Carl Bockshammer gegründete mechanische Spinnerei bezeichnet. Sie lag mitten im Kerngebiet des Mittleren Neckarraumes, in Berg, das zwischen Stuttgart und Cannstatt liegt. Vgl. hierzu: Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), 31 mit Anm. 43.

78 Im Jahr 1685 hatte Ludwig XIV. das Edikt von Nantes aufgehoben. Infolgedessen emigrierten ungefähr 500000 Hugenotten aus Frankreich in andere europäische Länder, die ihnen religiöse Toleranz gewährten. Vgl. Köhler, Die Aufklärung. In: Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. V: Die Kirche im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung (1985), S. 382. Die Bedeutung, die der Aufhebung des Edikts von Nantes und den französischen Emigranten zugemessen wurde, wurde auch in der Pfarrbeschreibung von Cannstatt 1828 thematisiert. Dort wurde betont, dass sich die Emigranten in die evangelisch-lutherische Kirche eingliederten, was belegt, wie flexibel diese Personengruppe war. Zugleich weist es auf deren Fähigkeit hin, mit neuartigen Situationen zurechtzukommen, was wiederum für die Innovationsgabe von Vorteil war. Vgl. hierzu Pfarrbeschreibung Cannstatt, 1828.

79 Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 10.

80 Vgl. Borst, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 11, 1966, S. 111.

fabrikation in Württemberg gelegt worden war.[81] Gemeinsam mit ihm war auch C. Terrot nach Stuttgart gekommen. Dieser gründete später in Cannstatt eine Fabrik für Wirkmaschinen, in der die damals besonders bedeutsame „„große Stuttgarter Mailleuse““[82] hergestellt wurde. Diese Maschinen leisteten in hohem Maße einen Beitrag zur technischen Verbesserung der örtlichen Wirkwarenherstellung. Diese Gründungen zeigten die nahe Verbindung zwischen Textil- und Maschinenbau-/Metallverarbeitender Industrie.

Im Zeitraum zwischen 1850 und 1870 wurden weitere bedeutsame Unternehmen, die sich bevorzugt in den althergebrachten Gebieten der Textilherstellung, d. h. Stuttgart, Ebingen und Tailfingen[83] befanden, gegründet. Außerdem entstanden noch „eine Anzahl größere und kleinere mechanischer Strickereien in Backnang, Balingen, Betzingen, Ebingen, Reutlingen, Sindelfingen, Stuttgart, Ulm und Wangen.“[84] Dort wurden vor allem „Strümpfe, Socken, Jacken, Unterleibchen, Binden, Mützen, Tabaks- und Geldbeutel, Kniebänder, Kopfnetze, Häubchen, Kinder- und andere Schuhe, Kittelchen, Lätzchen, Puppengegenstände, Unterärmel, Hals- und Pulswärmer u.s.w. hergestellt.“[85] Diese Produktionszweige konnten sich im Laufe der Zeit zu Spezialindustrien entwickeln, wie beispielsweise die Herstellung von gestrickten Kitteln im Bezirk des Oberamts Reutlingen.[86] In Bezug auf die Trikotfabrikation waren neben Stuttgart und Balingen bereits in den 1860er Jahren Fabriken in „Buchau, Calw, Degerloch, Eningen, Giengen a. Brenz, Göppingen, Lorch, Metzingen, Oberndorf, Reutlingen, Sindelfingen, Tuttlingen, Ulm (und) Urach“ entstanden.[87] Darüber hinaus konnte Württemberg am Bodensee „beachtenswerte Fabriken zur Verfertigung gemusterter Weißwaaren, namentlich der Jacquardweberei und geblümter Fenstervorhänge“[88] vorweisen. Die Beteiligung Schweizer Fir-

---

81 Vgl. Reinhard, Die württembergische Trikot-Industrie. In: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. Bd. 1: Süddeutschland und Österreich (1899), S. 23. Vgl. auch: Woll, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 3, 1957, S. 153.

82 Woll, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 3, 1957, S. 154. Vgl. Reinhard, Die württembergische Trikot-Industrie. In: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. Bd. 1: Süddeutschland und Österreich (1899), S. 24.

83 Vgl. Woll, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 3, 1957, S. 154.

84 Reinhard, Die württembergische Trikot-Industrie. In: Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich. Bd. 1: Süddeutschland und Österreich (1899), S. 24.

85 Ebd., S. 36.

86 Vgl. ebd., S. 36.

87 Ebd., S. 32.

88 Abhandlungen über die Industrie von Süddeutschland (1849), S. 37.

men, die in diesem Bereich über herausragende Kenntnisse verfügten, war sicherlich nicht unwesentlich für den wirtschaftlichen Erfolg dieser Betriebe.[89]

Die Textilindustrie Württembergs hat ihr Zentrum um Stuttgart herum. Hier haben sich verschiedene Zweige, in der Hauptsache die Strickerei, angesiedelt.[90] Weitere Zentren der Wirk- und Strickindustrie befanden sich im Bereich der Schwäbischen Alb und ihren Randgebieten.[91]

Mit der 1866 gemachten Erfindung eines manuellen Strickapparates kam es zum Aufschwung der Strickerei. Die Betriebe, die mechanisch gestrickte Artikel herstellten, vermehrten sich infolgedessen rasch. Diese mechanischen Strickereien konzentrierten sich „in Backnang, Balingen, Betzingen, Ebingen, Reutlingen, Sindelfingen, Stuttgart, Ulm und Wangen“.[92] Begünstigt wurde die Entstehung und Expansion dieser Betriebe sowie der Strukturwandel in diesen alten Standorten durch den Eisenbahnbau. Die Infrastruktur war für diese Gebiete essentiell und ursächlich für deren Gedeihen.[93] Einen weiteren Aufschwung erhielt dieser Industriezweig durch die Propagierung von Maschenware, bzw. wollenen Materialien für Unterwäsche.[94] Diese Reformbewegung brachte die Industrie an eher unbedeutenden Standorten zu einer neuen Blüte wie z. B. Vaihingen auf den Fildern, wo Robert Vollmoeller 1881 mit der Herstellung von „Gesundheitswäsche“ begonnen hatte.[95] Bedingt durch diese innovativ orientierte Fabrik wurde Vaihingen zur Fildermetropole. Ein weiterer positiver Effekt war das Erfordernis der Filialbildung des Vaihinger Betriebs der „Vereinigten Trikotagenfabriken“ in Untertürkheim, Plieningen und Herrenberg.[96]

Die Maschenware wurde letzten Endes zum bedeutendsten Teil der württembergischen Textilindustrie. Sie bildete bis 1914 ihren Schwerpunkt insbesonders im Bereich Ebingen, Balingen sowie Tailfingen und Reutlingen.[97] Es zeigte sich also im Bereich der Textilindustrie hinsichtlich der Zentren eine Kontinuität der etablierten Standorte.

---

89 Vgl. ebd., S. 37.
90 Vgl. Schlier, Der deutsche Industriekörper seit 1860 (1922), S. 40; 47.
91 Vgl. Woll, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 3, 1957, S. 153.
92 Ebd., S. 154.
93 Vgl. ebd., 154.
94 Vgl. ebd., S. 154.
95 Vgl. Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 606.
96 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 32.
97 Vgl. Woll, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 3, 1957, S. 154.

Neben der Textilindustrie hatte sich in Württemberg die Metallverarbeitung und Metallveredelung zum zweiten bedeutenden Industriezweig herausgebildet. Auch sie war u. a. in Zusammenhang mit der Textilindustrie zu sehen. In diesem Bereich gruppierten sich die bahnbrechenden Unternehmen im Zeitraum von 1854 bis 1863 in Berg bei Stuttgart (Maschinen- und Dampfkesselfabrik von Gustav Kuhn), in Cannstatt (Gebrüder Decker), Obertürkheim (Maschinenfabrik Kleemann), Esslingen (Maschinenfabrik Fritz Müller) und Göppingen (mechanische Werkstätten von Schuster und Böhringer).[98] Im Gebiet zwischen Cannstatt und Esslingen gab es im Zeitraum zwischen 1850 und 1880 „ein Zentrum von Maschinenfabriken aller Art mit einem breiten Produktionsspektrum und Produktnischen wie Verpackungsmaschinen, Rundstrickmaschinen, Misch- und Knetmaschinen, Lederschärfmaschinen, Bettfedernreinigungsmaschinen“.[99] Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang Esslingen. Dort war 1846 die Maschinenfabrik Esslingen gegründet worden, wodurch die dominierende Stellung des Metall- und Textilgewerbes in dieser Stadt befestigt worden war.[100] Esslingens Bedeutung als Standort der Maschinenindustrie wurde auch durch die ansässige „Maschinen-Reparaturwerkstatt der Königlich-Württembergischen Staateisenbahn, dem Ausbesserungswerk für die württembergischen Staatsbahnen“[101] unterstrichen. Daneben wurde dieser Standort durch mehrere kleinere mechanische Maschinenbauwerkstätten, das ortsansässige metallverarbeitende Gewerbe sowie die Herstellung hochwertiger Metallerzeugnisse zusätzlich aufgewertet.[102] Ebenso wichtig wurde nach 1880 die Herstellung von Werkzeug- und Werkzeugmaschinen, die in Esslingen einen Mittelpunkt fanden. Somit entwickelte sich Esslingen bis 1914 zu einem bedeutungsvollen Standort der Metallverarbeitung wie auch der Maschinenindustrie im Raum Mittlerer Neckar. Ebenso wurde in diesem Zeitraum der Bereich des Anlagenbaus weiter ausgebaut.[103] Hinzu trat die Versilberungsindustrie, die sich in Esslingen etablierte, nachdem 1872 die Firma Ritter & Co übergesiedelt war. Aus diesem Unternehmen ent-

98 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 57. Vgl. auch: Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 67 – 69.

99 Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 64 f.

100 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Esslingens vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg (2007), S. 160.

101 Ebd., S. 164.

102 Vgl. ebd., S. 165.

103 Vgl. ebd., S. 168 f.

stand schließlich im Zuge einer Fusion mit der Firma Straub & Sohn die Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen.[104]

Außerdem hatten sich im Großraum Stuttgart schon zu einem frühen Zeitpunkt die „ersten Fabriken zur Herstellung chemischer Präparate, die Möbel- und Klavierherstellung, die Textilgroßindustrie, namhafte Verlagsbetriebe und Betriebe der Metall- und Maschinenindustrie“[105] etabliert. Schon um 1880 war also dem Wirtschaftsraum Mittlerer Neckar eine auffallende Wirtschaftskraft zu bescheinigen.[106] Mit der Etablierung der Automobil- und Zuliefererindustrie, die vor allem mit den Gründungen der Firmen Robert Bosch im Jahre 1886 bzw. der Firma Gottlieb Daimler 1890 verbunden waren, gelang bis 1914 der Aufstieg dieses Wirtschaftsraums zur Weltgeltung.[107]

Wie sich gezeigt hat, waren Tradition und Kontinuität charakteristisch für die Verteilung der Industrie bzw. für die relevanten Standortfaktoren. Diese beiden Grundzüge deckten sich mit den bereits beobachteten Charakteristika der Industrialisierung. Überall zeigten sich durchgängige Entwicklungslinien, die ungeachtet mancher Biegungen und Brechungen am Ende zum Erfolg führten. Getragen wurde die gesamte Entwicklung freilich in erster Linie von den Menschen, weshalb auch die Einstellung der Unternehmer zu ihrer Arbeiterschaft von Bedeutung und Interesse war.

4.2.2. Fabrikbesitzer und ihre Haltung zur Arbeiterschaft

Der Industrialisierungsprozess und das Wirtschaftsleben Württembergs, wie auch im ganzen Deutschen Reich, waren nicht nur von Standortfaktoren und technischen Entwicklungen abhängig. Eine wichtige Rolle hatten dabei auch die Unternehmer, weshalb gerade auch deren Haltung und Sichtweisen in Hinblick auf die Arbeiter im Arbeitsprozess wichtig waren. Anhand der geforderten Normen und Verbote in den Fabriken ließen sich darauf Rückschlüsse gewinnen.[108]

---

104 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 65.

105 Steuer, Die Industrie im Großraum Stuttgart (1957), S. 101.

106 Vgl. Kollmer-von Oheimb-Loup, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (2005), S. 66.

107 Vgl. ebd., S. 67.

108 Diese Normenkanons wurden in den Arbeits- und Fabrikordnungen seit Anfang des 19. Jahrhunderts festgeschrieben. Ihre eingehende Analyse würde an dieser Stelle zu weit führen, weshalb die folgenden Ausführungen ausschließlich auf der Forschung basieren. Vgl. z. B. für die einer Analyse zugänglichen Faktoren: Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 60 – 88.

In diesem Zusammenhang erschienen die Motive, die hinter eventuellen betrieblichen Sozialleistungen standen als wichtiger Faktor. Bekanntermaßen gab es bereits im 19. Jahrhundert sozial engagierte Unternehmer, die Wert auf Menschenführung legten, wie einige Beispiele von Unternehmern aus dem Großraum Stuttgart, die ihrer sozialen Verpflichtung jeweils auf ihre Art nachgekommen waren, illustrieren.

Menschenbild der Arbeitgeber von ihren Arbeitern

Im 19. Jahrhundert war das Menschenbild, das die Arbeitgeber von ihren Untergebenen hatten, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dieser Aspekt hing mit der Tatsache zusammen, dass sich die Persönlichkeit des Unternehmers nicht nur in technisch-innovativer Hinsicht, sondern auch direkt und indirekt auf die Umgebung des Unternehmens auswirkte.[109] Die Unternehmerpersönlichkeit war geradezu konstitutiv für den gesamten Arbeitsablauf, die Arbeitsorganisation und die Arbeitsatmosphäre. Denn die Einschätzung der Arbeiter erfolgte in strikter Abhängigkeit von dem jeweiligen Menschenbild des Unternehmers bzw. des Betriebsleiters,[110] wodurch die Arbeitsbedingungen besser oder schlechter sein konnten. Dabei spielten freilich auch noch Unterschiede in der rechtlichen Stellung eines Arbeiters, wie das „Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Bürger- oder Heimatrechts“[111] eine Rolle.

Das unternehmerische Menschenbild gewann eine umso größere Bedeutung, da der Ermessensspielraum der Fabrikanten sehr groß war. Es gab zumindest vor 1860 keine gesetzlichen Regelungen in dieser Hinsicht, so dass den Fabrikanten alle Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ansichten, hinsichtlich der Ordnung wie auch der Disziplin, offen standen.[112] Auf die Arbeiter wurde Zwang ausgeübt, die für den Arbeitsprozess aus Sicht des Unternehmers notwenigen Verhaltensnormen einzuhalten.[113] Diese Fabrikdisziplin, die im Wesentlichen eine spezielle Verhaltensdisposition der Arbeiterschaft darstellte, wurde „als Ergebnis einer Sozialisationsleistung verstanden und zu den wesentlichen Voraussetzungen für den erfolgreichen Betrieb von Fabriken gezählt.“[114] Zur Durchsetzung dieser Normen gab es ein

---

109 Vgl. Huber, Die Württembergischen Handelskammern 1856 – 1906. 2. Teil (1910), S. 96*.
110 Vgl. Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 375.
111 Fischer, Innerbetrieblicher und sozialer Status der Fabrikarbeiter (1972), S. 261.
112 Vgl. Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 65.
113 Vgl. Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 35.
114 Gorißen, s. v. Fabrikdisziplin. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 3 (2006), Sp. 751.

weites Spektrum positiver wie auch negativer Sanktionen.[115] Bis 1918 kam es nur zu einer sukzessiven Lockerung dieser oftmals doch sehr restriktiven Bestimmungen.[116]

Nach der sprachlichen Gestaltung der Fabrikordnungen[117] zu schließen, bestanden diese aus fast ständig ausgesprochenen Drohungen. Vermutlich wurde diese Praktik so gehandhabt, da die geforderten Normen höchstwahrscheinlich keinesfalls pünktlich eingehalten wurden und die Arbeiter schon von vorne herein vom Unternehmer negativ bewertet wurden.[118] Wahrscheinlich bestanden ständig Spannungen zwischen Arbeitern und Unternehmern.[119]

Die Unternehmer sahen ihre Arbeiterschaft in den meisten Fällen als disziplinlos an,[120] wozu in erster Linie Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit zählten. Freilich legten die Arbeitgeber viel Wert auf einen reibungslosen Arbeitsablauf und vermutlich hatten die Arbeiter vielfach Anpassungsprobleme an den für sie ungewohnten Fabrikalltag.[121] Dennoch war es seitens der Unternehmer generell verfehlt, von einem grundsätzlichen und verallgemeinerten, schlechten Wesenszug auszugehen. Aber genau das war der Fall, indem für alle diese Normen galten, gleich ob sie pünktlich oder unpünktlich waren. Allerdings hatte die Mehrzahl der Arbeiter vermutlich bei der Umstellung eines „von der Natur diktierten Lebens- und Arbeitsrhythmus“[122] auf „die rational eingeteilte Zeit sowie die Bemessung des Lohnes nach der Zeiteinheit“[123] erhebliche Probleme. Daher wurde häufig über das Blaumachen am Montag, Dienstag und Mittwoch geklagt.[124] Dahinter stand die Annahme einer gewissen Arbeitsscheu bei den Arbeitern, die auch vor dem Hintergrund gesehen werden musste, dass die Fabrikanten in der Regel dem Bürgertum entstammten und somit grundsätzlich schon einen anderen Lebensrhythmus hatten.

---

115 Vgl. ebd., Sp. 752 f.

116 Vgl. Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 35.

117 Vgl. das abgedruckte Beispiel der Augsburger Kammgarnspinnerei aus dem Jahre 1846 bei: Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 35 – 38, sowie die im Anhang bei Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 545 – 581 abgedruckten Beispiele.

118 Vgl. Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 39. Vgl. weiter: Pollard, Die Fabrikdisziplin in der industriellen Revolution (1967), S. 159 – 185.

119 Vgl. Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 39.

120 Vgl. zu diesem und dem Folgenden auch: Mauch, Betriebliche Sozialleistungen württembergischer Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 74 – 78.

121 Vgl. Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 375; Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 75.

122 Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 375.

123 Ebd., S. 375.

124 Vgl. Varnbühler, Motion des Freiherrn [Karl] von Varnbühler, verbesserte Fürsorge für die Eisenbahn-Arbeiter (1845), S. 1.

Ebenso wurden die Arbeiter als der „Völlerei und Rohheit“[125] zugeneigt angesehen. Eine weitere Sichtweise zeigte sich in dem Ansinnen der Fabrikordnungen, die Arbeiter zur „Ordnungsliebe, Sauberkeit, Sittlichkeit sowie einem entsprechenden Verhältnis zu Material und Produktionsmitteln“[126] anzuhalten. Vermutlich haben die Unternehmer ihren Arbeitern schon per se „Veruntreuung, Diebstahl und Fahrlässigkeit“[127] unterstellt. Außerdem war die Offenlegung solcher Delikte ein offensichtliches Anliegen der Arbeitgeber, wie sich beispielsweise in der geforderten „Meldung von etwaigen Tätern“[128] zeigte. Daneben schienen sie ihre Arbeiter als streitsüchtig, sowie zu verbalen als auch handgreiflichen Auseinandersetzungen neigend, anzusehen.[129]

Schließlich war ein weitverbreitetes Vorurteil, die Annahme einer herrschenden Sittenlosigkeit unter den Arbeitern. Diese Auffassung stand in „Zusammenhang von Fabrikarbeit und dem Wandel der Sexualmoral“.[130] Sicherlich war diese Ansicht nicht unbegründet, zumal sehr viele uneheliche Geburten im Arbeitermilieu vorkamen. Ebenso stand dieser Aspekt mit der Wohnungssituation in Verbindung. Aus diesem Grund versuchten die Fabrikanten, in sittlicher Hinsicht auf die Arbeiter Einfluss zu nehmen, indem sie den Versuch unternahmen, diese auch außerhalb der Fabrik zu disziplinieren. Dasselbe galt für den häufigen Wirtshausbesuch, der den Arbeitern sicherlich zu Recht unterstellt wurde.[131] Damit war die Auffassung über die mutmaßlichen Beweggründe der Arbeiter zur Fabrikarbeit zusammenhängend. Die Zeitgenossen sahen die Fabrikarbeit als allerletzte Möglichkeit, einen irgendwie gearteten Verdienst zu bekommen, an. Es wurde davon ausgegangen, dass niemand freiwillig in die Fabrik gehen würde. Darüber hinaus galten das gesellschaftlich verpönte Streben nach Unabhängigkeit oder schlichtweg Leichtsinnigkeit als weitere Gründe für die Fabrikarbeit. Diese Faktoren schufen ein Bild vom Arbeiter, das diesen als unstetigen, unzuverlässigen, sittenlosen, verrohten, jeder Ordnung abholden Menschen zeigte. Somit waren die ständigen Strafandrohungen in-

---

125 Ebd., S. 1.

126 Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 376. Vgl. auch: Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 74 f.

127 Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 376. Vgl. auch Varnbühler, Motion des Freiherrn [Karl] von Varnbühler, verbesserte Fürsorge für die Eisenbahn-Arbeiter (1845), S. 3.

128 Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 377.

129 Vgl. ebd., S. 377.

130 Schraut, Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozess (1989), S. 318. Vgl. auch: Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 67; 70.

131 Vgl. zum Vorstehenden: Schraut, Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozess (1989), S. 318 – 321; Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 64 f.

nerhalb der Fabrikordnungen nicht verwunderlich.[132] Das Ziel dieser Maßnahmen war, die „Fundamentaldisziplinierung, um die Affektregulierung der ‚Un-erzogenen'"[133] zu bewirken. Da die Arbeiter grundsätzlich als verschwenderisch und weitergehend der Vermögensbildung abhold angesehen wurden,[134] war es für die Unternehmer konstitutiv, erzieherisch tätig zu werden.

Die Fabrikarbeit war generell gering geschätzt, was auch mit der Erscheinungsweise der Arbeitsstätten, die eher an Arbeits- oder Strafanstalten erinnerten, zusammenhing. Grundsätzlich hatte die Fabrikarbeit eine allgemein schlechte Reputation, die insgesamt eine stigmatisierende Wirkung hatte. Somit waren die Geringschätzung und das negative Menschenbild, das sich die Arbeitgeber von den Arbeitnehmern gemacht hatten, nur eine zwingende Folge.[135] Ebenso wurde grundsätzlich ein schlechter Leumund der Fabrikarbeiter angenommen. Dieser Aspekt resultierte in erster Linie aus der selbst vorgenommenen Dequalifizierung der Arbeiter durch ihre Arbeit in der Fabrik, sowie deren dadurch eindeutig vollzogenes Verlassen der herkömmlichen Gesellschaftsordnung.[136] Diese war vor allem durch das Modell von Über- und Unterordnung bestimmt, das sich auch im patriarchalischen System der Fabrik fortsetzte.

Neben prinzipiell negativen Menschenbildern gab es Unternehmer, die bereits eine genaue Differenzierung und Abwägung bei ihrem Urteil machten. Ein solches Beispiel war Friedrich Harkort.[137] Er unterschied sehr genau zwischen Proletariern und Arbeitern, wobei die erste Bezeichnung eine negative, die zweite eine positive Konnotation trug. Als Proletarier bezeichnete Harkort einen Menschen, der „in seiner Jugend verwahrlost, nicht gewaschen, nicht gestriegelt, weder zum Guten erzogen noch zur Kirche und Schule angehalten"[138] wurde. Als weiteres Kennzeichen wurden die fehlende Berufsausbildung sowie eine mittellose Familiengründung

---

132 Vgl. zum Vorstehenden: Mauch, Betriebliche Sozialleistungen württembergischer Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 74 f. Vgl. weiter z. B.: die Ruppert, Die Arbeiter (1982), S. 35 – 38; Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 64 f.

133 Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 75.

134 Vgl. ebd., S. 76.

135 Vgl. ebd., S. 67.

136 Vgl. ebd., S. 71.

137 Friedrich Harkort (1793 – 1880) war ein westfälischer Unternehmer, der politisch und sozial sehr engagiert war. Er setzte sich speziell für die Belange der arbeitenden Klassen und der Volkslehrer ein. Besonders bedeutend wurde er durch seinen „Bienenkorb-Brief", der von den Arbeitern nicht nur gelesen, sondern auch aufbewahrt wurde. Vgl. zu seinem Leben und sozial-politischen Wirken: Berger, Der alte Harkort (1891), dort besonders die S. 280 – 332; sowie S. 424. Vgl. auch: Conze, Vom „Pöbel" zum „Proletariat" (1967), S. 28.

138 Aus Harkorts 9. Offenem Brief (Ende Mai 1849) mit dem Bilde des Bienenkorbs, abgedruckt bei Schulte, Volk und Staat (1954), S. 319 ff., zitiert nach: Conze, Vom „Pöbel" zum „Proletariat" (1967), S. 28.

nebst Wiederholung der Fehler, die bei seiner eigenen Erziehung oder Nichterziehung gemacht worden sind, angesehen. Darüber hinaus waren übermäßiger Alkoholkonsum sowie menschliche Rohheit ebenso wie die mangelnde Fähigkeit zur Unterordnung und die Hochschätzung des Blaumachens weiterhin als Kennzeichen dieser negativen Arbeitergruppe bestimmend.[139] Diese, von Harkort als Proletarier bezeichneten Arbeiter, waren nach seiner Meinung die „„echten Hilfstruppen der Aufwiegler', der wurzellosen Intelligenz"[140]. Demgegenüber sah Harkort diejenigen Arbeiter als positiv und ehrenwert, die sich um ihr berufliches Fortkommen bemühten, sowie sich durch Fleiß und Gottglauben auszeichneten. Er differenzierte genau nach Maßgabe des althergebrachten patriarchalisch-ständischen Gedankenguts. Demnach sah er es als erforderlich an, dieser als ehrenwert klassifizierten Gruppe von Arbeitern, zu helfen. Seine Vorschläge waren z. B. „durch Hebung der Gewerbe, Vorschußkassen, guten Unterricht für die Kinder und Sicherstellung gegen Krankheit und Invalidität"[141] Verbesserungen zu erreichen. Obwohl dahinter die Auffassung der möglichen Integration der Arbeiter in die Ständegesellschaft stand, waren Harkorts Vorschläge im Rahmen des praktisch zu Verwirklichenden.[142]

In der Regel entschied die grundsätzliche Einschätzung des Arbeitgebers über die konkreten Arbeitsbedingungen. Bestand Grund zu der Annahme, die Arbeiter als generell faul und unwillig anzusehen, dann wurden als disziplinarische Maßnahmen in der Regel Zwangsinstrumente und ein kärglicher Lohn eingesetzt.

Wenn die Grundsatzbewertung positiv ausfiel, sowie die Arbeiter als strebsam und zuverlässig eingeschätzt wurden, dann fanden positive Disziplinarmaßnahmen einen Raum.[143] Dazu gehörten auch betriebliche Sozialleistungen, die durch eine auch als Patriarchalismus bezeichnete Haltung motiviert waren.

---

139 Vgl. ebd., S. 28.

140 Ebd., S. 28 f.

141 Ebd., S. 29.

142 Vgl. ebd., S. 41 f. Bereits einige Jahre zuvor hatte Freiherr von Varnbühler in seiner Motion ebenfalls realistische Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Eisenbahnarbeiter in Württemberg gemacht. Unter anderem führte er neben einer Speisemeisterei auch den Bau von ordentlichen Nachtquartieren für auswärtige Arbeiter, die Einrichtung von Sparkassen und die Abhaltung außerordentlicher Gottesdienste für Arbeiter, die an den regulären nicht teilnehmen konnten. Vgl. hierzu Varnbühler, Motion des Freiherrn [Karl] von Varnbühler, verbesserte Fürsorge für die Eisenbahn-Arbeiter (1845), S. 4 – 8.

143 Vgl. zum Vorstehenden: Borscheid, Die Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 375.

Unternehmerischer Patriarchalismus und seine Motivation

Im 19. Jahrhundert war das gesamte System innerhalb der Fabrik in positiver wie in negativer Weise auf die Autorität des Fabrikherrn zentriert. Dieser Umstand wurde in besonderem Maße gefördert, da der Staat den Fabrikanten lange Zeit in jeder Hinsicht freie Hand ließ.[144] Das heißt, die Fabrikanten waren nahezu unumschränkte Herrscher innerhalb ihrer Unternehmen. Dieser „Herr-im-Hause-Standpunkt“[145] gab ihnen einen weiten Ermessensspielraum hinsichtlich der Möglichkeiten, ihre Vorstellungen von einem ordentlichen Arbeiter und einem ebenso geordneten Arbeitsleben zu realisieren. Diese Ausgestaltungen konnten alle Schattierungen zwischen Repression und Fürsorge umfassen. Ebenso weitreichend konnten die Erziehungsziele sein, was angesichts der Spannweite und vor allem des negativen Menschenbilds, das die Unternehmer von ihren Arbeitern hatten, nicht verwunderlich war.[146]

Dieser „Herr-im-Hause-Standpunkt“ war auch dem Terminus „Patriarchalismus“ innewohnend. Darunter war zunächst „das Phänomen freiwilliger, die Verpflichtungen des Arbeitskontraktes übersteigender Leistungen von Industrieunternehmen zu fassen, die in der Regel mit rechtlich nicht gedeckten Eingriffen in das Privatleben der Beschäftigten einhergingen“.[147] Angesichts solcher Eingriffe, wurde sogar den Zeitgenossen „beim Arbeiter die Not der Abhängigkeit gewahr“[148]. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, konnte der „Patriarchalismus durchaus auch als eine angemessene und wirkungsvolle Strategie für Rekrutierungs- und Kontrollprobleme industrieller Arbeitskräfte“[149] verstanden werden. Zwar wurde der Begriff „Patriarchalismus“ vordergründig durch die moderne Sozialgeschichte geprägt,[150] aber

---

144 Vgl. Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (Diss. 1975), S. 323.

145 Vgl. Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 35; Jandtke, Der Vierte Stand (1955), S. 178.

146 Vgl. zum Vorstehenden: Wirtz, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung (1982), S. 79 f.; 83. Vgl. ferner: Mauch, Betriebliche Sozialpolitik südwestdeutscher Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 343.

147 Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 167. Vgl. auch: Pierenkemper, Unternehmensgeschichte (2000), S. 162; Geck, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit (1931); Ritter; Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich (1992), S. 409 – 422; Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 39. So wurden beispielsweise Wohneinrichtungen streng kontrolliert und somit ein Mittel geschaffen, das die Arbeiter in ein vermehrtes Abhängigkeitsverhältnis brachte. Deutlich sichtbar wurde dieser Faktor sowohl an den Kündigungsfristen als auch besonders an den Hausordnungen. Vgl. hierzu: Puppke, Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen (1966), S. 184 f.

148 Wiese, Standesentwicklung und Klassenbildung (1905), S. 11.

149 Pierenkemper, Unternehmensgeschichte (2000), S. 162 mit Anm. 547.

150 Vgl. Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 167 mit Anm. 1.

dennoch hatten bereits die Zeitgenossen ihre Definitionen dazu gegeben. Demnach bestand der patriarchalische Umgang der Arbeitgeber mit ihrer Arbeiterschaft in einer „Art väterlich bevormundender Beeinflussung derselben.“[151] Diese Auffassung beruhte auf der Erkenntnis, „daß wo das geistige, moralische und wirtschaftliche Niveau der Arbeiter noch ein tiefes ist, daß auf dem Lande, in kleinen Geschäften gegenüber jungen Leuten solche Beziehungen auch heute noch nötig sind und günstig wirken.“[152] Diese Sichtweise zeugte von der vielfach verbreiteten Ansicht von der Unmündigkeit der Arbeiter.

Eine bei aller Ähnlichkeit andere Sichtweise vermittelte der Begriff „Paternalismus“, nämlich, „dass Arbeiter unfähig zur selbständigen Verfolgung ihrer Interessen seien“.[153] Diese Sichtweise hatte eine sehr strenge, mitunter sogar autoritäre Umgangsweise mit den Betriebsangehörigen zur Folge. Ein besonderes Kennzeichen dieses Modells war die Betonung der Integrität aller Beteiligten bei geschäftlichen Vorhaben. Hinzu kam der direkte oder indirekte Rückgriff auf das Familienmodell und die damit zusammenhängende Veranschaulichung familiärer Verbundenheit „in Bräuchen und Festen, Symbolik und Sprache sowie Werten und Verhalten“[154]. Die genannten Kennzeichen bedingten für das Unternehmen „eine überindividuelle, langfristig wirksame Qualität, die eine generationsübergreifende Bindung von Unternehmer- und Arbeiterfamilien untereinander und zum Geschäft begründet“[155] hat.

Als dritte Variante schließlich tritt der Terminus „Protektionalismus“ auf. Dieser war in seiner Ausgestaltung gemäßigter als die beiden anderen Variationen, wenngleich ebenso mit erzieherischen Implikationen behaftet. Diese Form des unternehmerischen Umgangs mit den Arbeitern wurde vor allem in elektrotechnischen sowie in chemischen Betrieben praktiziert.[156]

Die im 19. Jahrhundert übliche, patriarchalische Form der Unternehmensführung basierte vermutlich auf verschiedenen Motiven. Beim „Patriarchalismus“ wie auch

---

151 Schmoller, Die soziale Frage (1918), S. 218.

152 Ebd., S. 218.

153 Pierenkemper, Unternehmensgeschichte (2000), S. 163 mit Anm. 548.

154 Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 178. Vgl. auch: Schraut, Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozeß (1989), S. 328; Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 204 – 220.

155 Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 179 f.

156 Vgl. ebd., S. 163 mit Anm. 549. Vgl. ferner: Mauch, Betriebliche Sozialpolitik südwestdeutscher Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 343.

bei seinen Unterformen war die Tradition die Grundmotivation.[157] Dieses ausschließlich auf traditionellem Habitus basierende Modell, stellte eine Fortsetzung der vorindustriellen Gesinnung aus dem Handwerkerstand dar. Nachdem zahlreiche Unternehmer vormals ein Handwerk gelernt hatten und erst später zu Fabrikanten wurden, war dieser Rückgriff sehr verständlich. Auf der Grundlage dieser handwerklich-traditionellen Gesinnung wurde es als Gebot angesehen, für das Wohl der Arbeiterschaft zu sorgen. Im Gegenzug bestand die Erwartungshaltung, dass dem Unternehmen seitens der Arbeiter „Fleiß, Gehorsam und Betriebstreue“[158] entgegengebracht wurden. Es bestand also quasi ein Sozialethos als Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses.[159]

Ein weiteres Motiv konnte die stabilisierende Wirkung betrieblicher Sozialleistungen sein. Demnach hatte unternehmerische Sozialpolitik die weitergehende Funktion, „neben dem eigentlichen Betriebszweck auch gegenüber der Sozialdemokratie als Kampfmittel“[160] zu dienen. Dasselbe galt in Hinblick auf die Abwehr von gewerkschaftlichen wie auch staatlichen Eingriffen in die unternehmerische Souveränität.[161] Dahinter stand ferner die Motivation, die Fabrik zu einer neuen, sinnstiftenden Möglichkeit im Sinne eines Gegenentwurfs zu Familie sowie Kirche zu stilisieren.[162]

Von ebenfalls großer Bedeutung konnte die damit verbundene Absicht sein, auf diese Weise für eine Leistungssteigerung der Beschäftigten zu sorgen. Unter diesem Aspekt gesehen sorgten Sozialleistungen nicht nur für eine Konsolidierung von Arbeitsmoral wie auch Betriebsverbundenheit, sondern auch für die Förderung einer wirtschaftsfriedlichen Verhaltensweise. Hinter allen Maßnahmen konnte also stets ein wirtschaftlicher Zweck vermutet werden.[163] Der „Patriarchalismus“ verkörperte somit „eine effektive und zweckrationale Form der Personalführung“.[164] Dahinter stand vermutlich die Entwicklungslinie, „daß die Unternehmer die positi-

---

157 Vgl. Mauch, Betriebliche Sozialpolitik südwestdeutscher Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 345; Schraut, Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozeß (1989), S. 330.

158 Mauch, Betriebliche Sozialpolitik südwestdeutscher Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 345.

159 Vgl. ebd., S. 345 mit Anm. 2.

160 Pierenkemper, Unternehmensgeschichte (2000), S. 164. Vgl. auch: Pohl, Einführung (1991), S. 22.

161 Vgl. Mauch, Betriebliche Sozialleistungen süddeutscher Unternehmen (1995), S. 346; Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 196.

162 Vgl. Pierenkemper, Unternehmensgeschichte (2000), S. 164.

163 Vgl. Mauch, Betriebliche Sozialleistungen süddeutscher Unternehmen (1995), S. 346; Reulecke, Formen bürgerlich-sozialen Engagements in Deutschland und England im 19. Jahrhundert (1986), S. 285.

164 Mauch, Betriebliche Sozialleistungen süddeutscher Unternehmen (1995), S. 346.

ven ökonomischen Auswirkungen der in traditionell patriarchalischen Stile gewährten und nach außen auch so begründeten, betrieblichen Sozialleistungen erkannten und auch zielgerichtet einsetzten.“[165] Daneben sollte der „Patriarchalismus“ qualifizierte Arbeiter an das Unternehmen anbinden, was ihn zu einem wesentlichen „Teil des personalpolitischen Instrumentariums“[166] werden ließ. Neben diese hauptsächlich wirtschaftlichen Motivationen traten als sekundärer Faktor für eine unternehmerische Sozialfürsorge philanthropische sowie christlich-sozialethische Gründe.[167]

Das patriarchalische Modell der Betriebsführung war im 19. Jahrhundert die typische Erscheinungsweise unternehmerischer Betriebsführung. Dabei war es ein „integraler Teil der Unternehmenskultur, die ein umfassendes Referenzsystem konstituierte, an dem sich das komplexe Geben und Nehmen aller Betriebsangehörigen und ihre Interaktion mit der Unternehmensumwelt orientierte.“[168] Aber dieses System brachte zugleich Vor- und Nachteile für alle Beteiligten. Die Arbeiter gewannen ein gewisses Maß an Sicherheit gegenüber elementaren Existenzbedrohungen. Andererseits ging diese Absicherung zulasten individueller Selbstbestimmung und Freiheit. Seitens der Unternehmer wurde eine konstante und loyal-friedliche Arbeiterschaft positiv verbucht. Andererseits bestand die „Gefahr der Verkrustungsanfälligkeit“[169], die ebenfalls mit einer „spezifischen Fortschrittsfeindlichkeit“,[170] die dem „Paternalismus“ inhärent war, einherging. Letzen Endes waren die Nachteile für die Unternehmer wohl eher unerheblich. Der „Patriarchalismus“ stellte somit „nicht nur mögliche Ursachen eines sich anbahnenden sozialen Ausgleichs, sondern ihrer ganzen Gestaltung nach zugleich der Ausdruck einer weitreichenden Autonomie und Selbstherrlichkeit des Unternehmertums“[171] dar. Dennoch waren „umfassende Sicherungs- und Betreuungsleistungen […] einsame Beispiele und […] stark an die Persönlichkeit einiger weniger Unternehmer gebunden, sie können nicht als

---

165 Ebd., S. 347.

166 Flohr, Arbeiter nach Maß (1981), S. 53. Vgl. auch Mehmke, Wilhelm Emil Fein. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 2 (1941), S. 158; Pohl, Einführung (1991), S. 22.

167 Vgl. Mauch, Betriebliche Sozialpolitik südwestdeutscher Unternehmen im 19. Jahrhundert (1995), S. 347 - 349. Vgl. ferner als Beispiel für eine christliche Motivation betrieblicher Sozialleistungen das Beispiel der Firma Hohner. Vgl. hierzu: Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 188 f.

168 Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 203.

169 Ebd., S. 203.

170 Ebd., S. 203.

171 Jantke, Der vierte Stand (1955), S. 188.

typisch bezeichnet werden."[172] Wie solche Maßnahmen aussehen konnten, sollen einige Beispiele sozialer Unternehmer zeigen.

Soziales Unternehmertum im Großraum Stuttgart

In und um Stuttgart hatten sich zahlreiche, bedeutungsvolle Industrieunternehmen angesiedelt. Einige dieser Fabrikanten hatten nicht nur ein Auge für wirtschaftliche und unternehmenspolitische Belange.[173] Vielmehr waren sie sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Arbeitern bewusst und haben Maßnahmen ergriffen, deren Lebensumstände zu verbessern. Manch einer von ihnen hatte, wie beispielsweise Paul Lechler, seine Beweggründe auch zu Papier gebracht. Andere wie z. B. Robert Vollmoeller oder Robert Bosch, wirkten ausschließlich durch ihre Taten. Diese Beispiele zeigten eine, trotz vorhandener patriarchalischer Elemente, andere Sicht auf die Arbeiterschaft. Es gab also schon damals Einzelpersönlichkeiten, die sich zumindest teilweise über das Vorhandensein sozialer Probleme der Arbeiter im Klaren waren und sensibel darauf reagierten.

Gotthilf Kuhn

Ein Pionier sowohl im technischen als auch im sozialen Bereich war Gotthilf Kuhn. Er war der Begründer der Maschinenfabrik und Eisengießerei in Berg bei Stuttgart und kann zu Recht als Prototyp des schwäbischen Unternehmers in der Phase der Industrialisierung bezeichnet werden.[174] Dieser Gesichtspunkt zeigte sich auch an der sozial-menschlichen Seite Kuhns.

Gegenüber Geschäftspartnern trat der Unternehmer Kuhn selbstbewusst und bescheiden auf, wobei er zugleich ein harter, engagierter Verhandlungspartner war. Im Umgang mit seinen Mitarbeitern bewies er dagegen Loyalität.[175] Kuhn stammte aus bescheidenen Verhältnissen und hatte eine Schlosserlehre gemacht, war jedoch

---

172 Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 329.

173 An dieser Stelle sollen nur einige wenige, herausragende Beispiele genannt werden. Darüber hinaus gab es noch zahlreiche andere Unternehmer und Unternehmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst waren und z. B. im Arbeiterwohnungsbau engagierten. Eine Übersicht über die, bis 1876 unternommenen mannigfaltigen Maßnahmen sind aus der „Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende" aus dem Jahr 1876 ersichtlich. Vgl. hierzu Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende im Königreich Württemberg. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde Jg. 1876, 1877, 3. Heft, S. III 117 – III 124; III 125 f.; III 129; III. 132 – III 137.

174 Vgl. zu diesem und dem Folgenden auch: Hermann, Gotthilf Kuhn. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 15 (1983), S. 254. Vgl. zum schwäbischen Unternehmer die Definition von Theodor Heuss in: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 82; Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), 174 – 177.

175 Vgl. Hermann, Gotthilf Kuhn. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 15 (1983), S. 268.

durch sein technisches wie auch unternehmerisches Können ein erfolgreicher Mann geworden. Dieser Erfolg wirkte sich auch auf die Mitarbeiter aus, die sich mit Stolz als „Kuhnler“ bezeichneten und somit ihre Ergebenheit demonstrierten. Trotz aller Loyalität seinen Mitarbeitern gegenüber, achtete er auf Qualität bei der Arbeit, weshalb er nachlässig arbeitenden Mitarbeitern auch bedenkenlos die Kündigung aussprach. An dieser Praxis zeigte sich ein Beispiel des „Patriarchalismus“, d. h. Loyalität und Vorteile bei guter Arbeit, Entlassung bei Nichtbefolgung der verordneten Richtlinien.[176] Ungeachtet aller Strenge stand Kuhn in hohem öffentlichem Ansehen, was sich eindrucksvoll bei seiner Beerdigung zeigte.[177]

Die Grundlage für die öffentliche Wertschätzung, die diesem Mann entgegengebracht wurde, war seine stete Verantwortungsübernahme, wie auch seine lebenslange Haltung sozialen Fragen gegenüber. Diese Einstellung stand vermutlich damit in Zusammenhang, dass er seine handwerkliche Herkunft und die damit verbunden Probleme nie vergessen hatte.[178] Im sozialen Bereich war Kuhn unkonventionell. So wurde schon 1855 eine, zunächst aus einem Stiftungsfond, schließlich ab 1860 aus Beiträgen, finanzierte Krankenkasse gegründet. Das war ein absolutes Novum, nachdem die württembergische Gewerbeordnung erst ab 1862 ein solches Instrument vorgesehen hatte. Zu diesem Zeitpunkt wusste Kuhn den Großteil seiner Mitarbeiter bereits krankenversichert.

Eine weitere recht frühe Innovation zur sozialen Sicherung seiner Arbeiter und Angestellten war die Einrichtung einer Betriebssparkasse. Die Einlagen der Mitarbeiter wurden bei kostenloser Rechnungsführung mit einem Zinssatz von 4,5 % verzinst. Aber Kuhn dachte nicht nur daran, die Arbeiter abzusichern, sondern er sorgte auch für eine frühe Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Er war einer der ersten Unternehmer, der schon 1872 den 10,5 bzw. 10 Stunden-Tag einführte.

Den unternehmerischen Weitblick dieses Mannes zeigte auch eine weitere Novität, aus dem Jahr 1854. Damals hatte er das Erfordernis einer mehrstufigen und sorgfältigen Lehrlingsausbildung erkannt. Aus diesem Grund sorgte er dafür, „eine große Zahl von Lehrlingen ‚unter beständiger Aufsicht eines Meisters in der Handhabung der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen‘ unterweisen“[179] zu lassen. Diese innovative Praktik erwies sich in einer Zeit, als die jungen Menschen vordergründig

176 Vgl. ebd., S.268; 270.
177 Vgl. ebd., S. 275.
178 Vgl. ebd., S. 275.
179 Ebd., S. 276.

als billige Arbeitskräfte angesehen wurden und weniger an deren Zukunft, mit den damit verbunden Problemen gedacht wurde,[180] als überaus erfolgreich. Wohl aus diesem Grund richtete Kuhn im Laufe der Zeit noch mehrere solcher Lehrwerkstätten ein. Mit seinem Modell der Lehrlingsausbildung übte er vermutlich eine Vorbildfunktion auf andere Unternehmer, wie z. B. Robert Bosch, der ca. 65 Jahre später auf dieses Modell zurückgriff, aus.[181] Dafür gab es jedoch keine sicheren Belege.[182]

Kuhns Verbundenheit zu seinen Mitarbeiter, die dem Hohner'schen Paternalismus ähnelte, zeigte sich auch in dem hohen Stellenwert, den das Betriebsklima genoss. Dahinter stand die Erkenntnis, einer Korrelation zwischen dem Grad der Stimmung innerhalb des Betriebs und der Arbeitsproduktivität. Aus diesem Grund wurde beispielsweise alljährlich ein Maskenball an Fasching nebst Schauspieleinlage veranstaltet, an der die Führungskräfte des Unternehmens maßgeblich beteiligt waren.[183]

Kuhns Verantwortungsbewusstsein zeigte sich auch im bedachtsamen Umgang mit Kündigungen, was eine in Zeiten konjunktureller Flauten besonders problematische Praktik war. Ein Beispiel war das Jahr 1870, als es Kuhn große Anstrengungen kostete, den Betrieb zu erhalten und zugleich möglichst wenige Entlassungen vorzunehmen.[184]

Im Gegenzug honorierten seine Mitarbeiter die soziale Haltung des Chefs durch besondere Leistungen und Betriebstreue. Wie erfolgreich diese Art der Personalpolitik war, zeigten die, 1877 aus Anlass des 25-jährigen Firmenjubiläums an langjährige Mitarbeiter verliehenen Prämien, sowie die bis 1902 nur äußerst geringe Personalfluktuation.[185]

Das soziale Verantwortungsbewusstsein von Gotthilf Kuhn beschränkte sich nicht nur auf sein Unternehmen, auch auf sein direktes Umfeld, allerdings nicht darüber hinaus. So war Kuhn sehr aktiv im örtlichen Vereinswesen von Stuttgart-Berg.[186]

---

180 Vgl. ebd., S. 277.

181 Vgl. zur Lehrlingswerkstätte von Robert Bosch und den dortigen Methoden: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 223 – 230.

182 Vgl. zur möglichen Vorbildrolle Kuhns: Herrmann, Gotthilf Kuhn. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 15 (1983), S. 277.

183 Vgl. ebd., S. 277.

184 Vgl. ebd., S. 277.

185 Vgl. ebd., S. 277.

186 Z. B. der „Gesangsverein Vulkania", der spätere MGV Stuttgart-Berg, der im Jahr 1856 von Mitarbeitern der Firma Kuhn gegründet worden war. Ebenso war Kuhn ein Mäzen des Berger Turnvereins sowie des Kriegervereins. Im Gegensatz dazu war er gegenüber überörtlich wirkenden Vereinigungen eher zurückhaltend eingestellt. Vgl. Herrmann, Gotthilf Kuhn. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 15 (1983), S. 278.

Die Basis seines Lebens und Handelns bildeten „Familie, Firma und Gemeinde“[187], was sich auch an der finanziellen Zuwendung, die er seiner Heimatgemeinde Grafenberg zukommen ließ, zeigte.[188] Allerdings hatte nichts von dem, das Kuhn geschaffen hatte, Bestand. Wenige Jahre nach seinem Tod musste die Kuhn‘sche Fabrik im Jahr 1905 mit der Maschinenfabrik Esslingen fusionieren.[189] Mit der Fabrik ging auch viel vom Geist und der Menschenführung Kuhns verloren. Allein in der Geschichte der Lehrlingsausbildung blieb ein Quäntchen davon lebendig.

Louis Elsas

Ein weiterer sozial weitsichtiger Unternehmer war der in Cannstatt tätige Louis Elsas.[190] Allerdings wurde über ihn insgesamt nur wenig bekannt, wobei das Wenige bereits von seiner Bedeutung zeugte.

Louis Elsas war Mitinhaber der Mechanischen Weberei Elsas & Cie.[191] Er praktizierte ein sehr großes gesellschaftliches Engagement, wodurch er zu den bedeutungsvollsten Mitgliedern des Cannstatter Gewerbevereins gehörte. Seine Qualität machte seine mitunter für seine Ausschusskollegen schwierige Fähigkeit aus, Gedanken frühzeitig und weitsichtig-nachhaltig zugleich zu entwickeln. Seine Vorstellungen erfuhren ihre Prägung durch den Gedanken vom sozialen Ausgleich, deshalb „wies er unermüdlich auf soziale Mißstände hin und dachte über deren Beseitigung nach.“[192] Auf seine Anregung hin, wurde 1870 in Cannstatt eine Volksküche eröffnet. Den Hintergrund bot seine Erkenntnis, dass häufig ein Missverhältnis zwischen dem Tageslohn eines Arbeiters und den zu bezahlenden Kosten für sein Mittagessen bestand. Seine Fürsorge für die Arbeiterschaft ging jedoch über Gedanken hinsichtlich der Essenskosten hinaus. Auch ihre Gesundheit war ihm sehr wichtig. Dieser Aspekt zeigte sich in seinem Einsatz für die Unterbringung kranker

---

187 Herrmann, Gotthilf Kuhn. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 15 (1983), S. 278.

188 Vgl. ebd., S. 278.

189 Vgl. ebd., S. 278.

190 Louis Elsas wurde 1824 geboren und starb 1898. Neben seiner Tätigkeit als Fabrikant war er von 1873 – 1877 der zweite Vorstand, in den Jahren 1877 – 1879 sogar der erste Vorstand des Cannstatter Gewerbevereins. In den Jahren 1878 – 1896 bekleidete er das Amt des Gemeinderats. Vgl. hierzu: Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne, Frühjahr 1986, S. 22.

191 Ihre Gründung war 1850 in Ludwigsburg. 1863 fand die Verlegung des Unternehmens nach Cannstatt statt, wobei möglicherweise die dortigen günstigen Standortfaktoren den Ausschlag gegeben haben könnten. Elsas wurde schließlich zu den begütertsten Bürgern Cannstatts gezählt. Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne, Frühjahr 1986, S. 22.

192 Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne, Frühjahr 1986, S. 22.

Arbeiter im ruhiger gelegenen Bezirkskrankenhaus, das 1872 geplant war, als, wie sonst üblich, im vormaligen „Cholerahaus“. Seiner Ansicht nach, war der Eisenbahn- und Maschinenlärm, der dort herrschte, für Kranke unzumutbar.

Er war auch in Bezug auf den Arbeiterwohnungsbau aktiv tätig, wie seine 1875 gemachte Anregung der Diskussion für die Erstellung preiswerter Wohnungen für Arbeiter zeigte. Dieses Thema bildete einen Schwerpunkt seiner sozialen Tätigkeit, was darin sichtbar wurde, dass er es wiederholt aufgriff.[193] Dieser Einsatz machte ihn zu einem der Pioniere des Arbeiterwohnungsbaus.[194]

Robert Vollmöller

Ein in mehrfacher Hinsicht aufgeschlossener und engagierter Unternehmer mit Innovationsfreude und sozialem Pflichtbewusstsein war Robert Vollmöller.[195] Vollmöllers Vater war Kaufmann und Pfarrerssohn, was wohl auch dem Sohn eine gewisse Prägung gab. Hinzu kam das tätig gelebte Interesse für Innovationen und soziales Engagement in seiner Familie.[196]

Robert Vollmöller hatte wie sein Vater, der 1868 starb, den Kaufmannsberuf ergriffen. Bereits 1871 musste er das väterliche Geschäft übernehmen,[197] wobei er sowohl die Auslage als auch den Laden vergrößerte und modernisierte. Dieser Schritt offenbarte eindrucksvoll seine Risikobereitschaft.[198] 1873 heiratete Vollmöller die Kaufmannstochter Emilie Behr.[199] Danach unternahm er mehrere vergebliche Versuche, im Bereich von Ilsfeld und Beilstein eine Fabrik zu gründen. Das Haupthin-

---

193 Vgl. ebd., S. 22.

194 In derselben Richtung war auch der Stuttgarter Kommerzienrat von Hallberger tätig. Ihm war es ebenfalls ein Anliegen, seinen Arbeitern preiswerten und adäquaten Wohnraum zu verschaffen. Aus diesem Grund wurden auf seine Kosten in den Jahren 1870/71 entsprechende Wohnungen und Häuser geschaffen. Vgl. hierzu: Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende im Königreich Württemberg. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde Jg. 1876, 1877, 3. Heft, S. III. 117.

195 Geboren wurde er am 29. Oktober 1849 in Ilsfeld im Landkreis Heilbronn, gestorben ist er am 18. Oktober 1911 in Stuttgart. Vgl. zu seinem Leben und den Zeitumständen, die dieses prägten: Dillmann, Robert Vollmöller (1999) sowie Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 605 – 608.

196 Der Vater von Robert Vollmöller ergänzte nach der Heirat mit der Witwe eines Kaufmanns das bestehende Geschäft um einen Versandhandel. Um 1845 war diese Geschäftsform eine absolute Novität. Diese Risikofreude war bei diesem Mann mit einem beispiellosen Geschäftssinn gepaart. So waren in das Kaufmannsgeschäft Feuer-, Lebens- und Hagelversicherungsagenturen integriert. Eine weitere Erweiterung fand 1860 mit der Eröffnung einer Annahmestelle für Auslandsendungen statt. Vgl. zu diesem und dem Vorstehenden: Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 605; Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 16.
Sein um ein Jahr älterer Bruder ließ 1904 in Ilsfeld ein Haus für eine Kleinkinderpflege, das „Dorastift“, erstellen. Darin war neben der Kleinkinderpflege auch ein öffentliches Wannenbad für die Ilsfelder Bevölkerung untergebracht. Vgl. Härle, Robert Vollmöller (1989), S. 606.

197 Vgl. Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 606; Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 16.

198 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 25.

199 Vgl. ebd., S. 25; 27; Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 606.

dernis war der Widerstand der örtlichen Bevölkerung, die alles, nur keine Fabrik in ihrer Umgebung haben wollte. Mangels Expansionsmöglichkeiten trat er das väterliche Geschäft seinem Schwager ab und verzog nach Stuttgart,[200] wo er einen Textilgroßhandel unterhielt. In Stuttgart lebte Vollmöller in unmittelbarer Nachbarschaft von Eduard Pfeiffer, mit dem er, wie auch später mit Robert Bosch, eine persönliche Bekanntschaft pflegte. Diese Begegnungen waren möglicherweise sehr förderlich für die Ausbildung seines besonderen, sozialen Verantwortungsbewusstseins.[201]

Im Jahr 1881 erwarb er eine Trikotagenfabrik in Vaihingen auf den Fildern. Dort machte sich sein Geschick für Innovationen gleichermaßen wie sein soziales Verantwortungsgefühl spürbar. Seit ungefähr 1850 war eine Reformbewegung in Bezug auf Unterbekleidung in Gang gekommen.[202] Vollmöller erkannte damals den Bedarf an solcher Unterwäsche aus Wolle und Baumwolle, was ihn die Chance ergreifen und eine Marktlücke schließen ließ. Innerhalb weniger Jahre gelang es Vollmöller, die ehemals kleine Fabrik zu einem Großbetrieb mit mehreren Filialen auszubauen.[203] Bis 1910 wurde er mit seiner Fabrik zum größten Trikotagenhersteller der Welt.[204]

Vollmöller war jedoch nicht nur im produkttechnischen Bereich an Innovationen interessiert und für Novitäten empfänglich. Er schuf für seine Belegschaft ein vorbildliches soziales System betrieblicher Fürsorge. Die Vollmöller‘schen Fabriken waren in Hinblick auf die Beleuchtung und Belüftung vorbildlich gebaut. Ebenso großen Wert wurde auf musterhafte hygienische und soziale Verhältnisse gelegt. Dazu gehörte der Bau von mehr als 100 Familienwohnungen für die Belegschaft. Ebenso wichtig war ein Heim für die unverheirateten Arbeiterinnen des Betriebs, das nach Vollmöllers Frau „Emilienheim“ genannt wurde. Dieses Heim wurde von einer Stiftung, die Vollmöller ins Leben gerufen hatte, getragen. Dabei zeigte sich Vollmöllers umfassender sozialer Sinn, indem er den Arbeiterinnen nicht nur ein Dach über dem Kopf gab. Darüber hinaus war das Heim „mit Schlafsälen, Aufenthaltsräumen, Küche, Bibliothek und einem großen, sich um das ganze Gebäude herum erstreckenden Garten“ ausgestattet.[205] Ein weiterer Schwerpunkt seiner Für-

200 Vgl. Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 606.
201 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 27.
202 Vgl. hierzu ebd., S. 30 f.; Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 606.
203 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 31 f.; Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 607.
204 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 47.
205 Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 48.

sorge war eine Kleinkinderpflege sowie der „Filderhof“, der als Wohnstätte für das kaufmännische Personal errichtet worden war. Diese Sozialmaßnahmen waren ein beispielhafter Lösungsansatz der Sozialen Frage im Kleinen.[206] Diese Ansicht vertraten auch die Zeitgenossen, was sich in der Verleihung des Titels eines Kommerzienrates durch König Wilhelm II. von Württemberg sowie der Ehrenbürgerwürde von Vaihingen auf den Fildern zeigte.[207]

Vollmöllers maßgebliche Motive sind nicht bekannt geworden, was jedoch nichts an der Vorbildhaftigkeit seines sozialen Handelns änderte. Ungeachtet dessen sorgte er mit seiner Fabrik für zahlreiche Haupt- und Nebenerwerbsmöglichkeiten vieler Bewohner und Bewohnerinnen unter anderem der Filderorte Vaihingen und Rohr.

Paul Lechler

Ein ganz besonderes Beispiel eines sozial verantwortungsbewusst handelnden Unternehmers stellte Paul Lechler dar,[208] der „(a)us dem württembergischen Pietismus herausgewachsen“[209] war. Die christlichen Unternehmer der Zeit fassten sich zwar in der Regel als die alleinigen Herrscher innerhalb ihrer Unternehmen auf. Andererseits ging damit vielfach ein soziales Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihrer Arbeiterschaft einher.[210] Im praktischen Leben wurde dabei die Form der Gutsherrschaft auf das Unternehmen angewandt, wenn auch in den meisten Fällen nicht allein die christliche Geisteshaltung ausschlaggebend war.[211]

Paul Lechlers Vater hatte 1871 in Stuttgart Feuerbach eine Lack- und Firnisfabrik erstellt, in der der Sohn gleichberechtigter Teilhaber war.[212] Lechlers christliche Motivation seines sozialen Handelns trat schon bei seinem ersten Schritt in dieser Hinsicht zutage. Er hatte am Heiligen Abend des Jahres 1875 dem Vater „ein Dokument vor(gelegt), in dem sich beide unterschriftlich verpflichten, künftig stets 10 Prozent des jährlichen Geschäftsnutzens ‚zu Gunsten der Armen und Bedürftigen jeder Art‘ abzuschreiben und zu verwenden.“[213] Sowohl Vater als auch der Sohn sowie der erste Mitarbeiter mit Gewinnbeteiligung unterschrieben den Schriftsatz.

206 Vgl. ebd., S. 48.
207 Vgl. Härle, Familie Vollmöller (1989), S. 607; Johna, Ein Vater der sozialen Marktwirtschaft. In: Stuttgarter Wochenblatt vom 13. November 2013, Nr. 46/59. Jahrgang, S. 3.
208 Vgl. zu Paul Lechler auch: Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 191 – 194.
209 Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 284.
210 Vgl. Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 80.
211 Vgl. ebd., S. 80.
212 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 402.
213 Ebd., S. 403. Vgl. Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 284.

Dieser Schritt war zwar auffallend, jedoch nicht außergewöhnlich, da auch andere Unternehmer freiwillig den Zehnten gaben.[214] Ein weiterer Schritt war, dass Paul Lechler und sein Vater 1878 das Unternehmen hergaben und ihren ersten Mitarbeitern quasi schenkten. Da das Unternehmen gesund und solide war, war eine Weiterarbeit auf den damals schon erreichten Grundlagen problemlos möglich.[215]

Nach diesem Akt der Befreiung, wandte sich Paul Lechler anderen Initiativen zu. Dazu gehörten zunächst die erneute Gründung einer Handelsfirma mit zahlreichen Filialen im In- und Ausland, sowie später die Produktion chemischer Produkte. Im Bereich der sozialen Fürsorge „stellte (er) sich als Armenpfleger für ein Stuttgarter Arbeiterviertel zur Verfügung".[216] In Zusammenhang mit dieser Tätigkeit hatte er ein unentgeltlich arbeitendes Büro für Arbeitsvermittlung angeregt, das beim Lokalwohltätigkeitsverein beheimatet war. Er wirkte damit bahnbrechend auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeitsvermittlung.[217] Lechler gewann Anhaltspunkte für das Vorliegen öffentlicher Notstände aus seiner Tätigkeit als Armenpfleger. Eine weitere Folge war die Entstehung von Reformgedanken, die ihn politisch und sozialreformerisch tätig werden ließen.[218]

Neben seinem Bestreben, durch Spenden[219] und tätige Armenpflege zu wirken, wurde Paul Lechler auch im Bereich der Armenrechtsreform[220] und der nationalen Wohnungsreform aktiv. Ein erster Schritt war seine Schrift „Wohlfahrts-Einrichtungen über ganz Deutschland"[221], die die Frucht aus seiner Befassung mit dem gesamten bisherigen zu diesem Thema erschienenen Schrifttum darstellte. Darin bot Lechler „nichts weniger als einen fertigen Rahmenplan für ein gesamtdeutsches soziales Wohnungswerk"[222] an. Dieses Konzept war überaus aufsehenerregend, wie

---

214 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 403; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 284; Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 147 f.

215 Vgl. hierzu: Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 403 f., wo auch die „Erweckung" Paul Lechlers geschildert wird, die ihn zu diesem Schritt brachte. Vgl. ebenfalls Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 284.

216 Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 284 f. Vgl. auch: Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 408.

217 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 408.

218 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 407; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285.

219 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 408.

220 Vgl. ausführlich: Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 409 f.; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285. Vgl. auch Lechler; Schäffle, Zwei Beiträge zur Reform des Armenwesens (1902).

221 Vgl. Lechler, Wohlfahrtseinrichtungen über ganz Deutschland durch gemeinnützige Privatthätigkeit unter Reichsgarantie (^{4}1893).

222 Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 410.

die große Auflagenzahl des Buches belegte.[223] Ein weiterer Schritt war die 1895 gemeinsam mit dem Nationalökonom Albert Schäffle verfasste Schrift „Nationale Wohnungsreform". Dabei erklärte Lechler im ersten Teil knapp und prägnant die Aufgabe sowie den einzuschlagenden Weg, während im zweiten Teil Schäffle ein „Zwölf-Punkte-Programm zu einem ‚Wohnungsreform-Reichsgesetz', alles im Sinne von Lechlers Initiative"[224] vorstellte. Ergänzt wurde diese Schrift 1897 durch die „Neue(n) Beiträge zur nationalen Wohnungsreform", in denen sich Lechler und Schäffle gegen, gegenüber ihrem Konzept vorgebrachten Anfechtungen bzw. Scheingründe verwehrten.[225] Letzten Endes waren die Bemühungen jedoch zum Scheitern verurteilt,[226] aber trotzdem nicht vollkommen vergeblich. Paul Lechler war es zu verdanken, „die gesamten weitverzweigten Reformbestrebungen auf diesem Gebiet weiterzutreiben und vieles Einzelne zu bessern."[227] Bereits 1892 hatte die Firma Paul Lechler damit begonnen, für ihre eigenen Arbeiter werkseigene Wohnungen zu erstellen. Allerdings blieb es weitgehend bei der Initiative dieses Unternehmens, da in Stuttgart die Möglichkeit des Werkswohnungsbaus generell unbeachtet blieb. Der Grund lag weniger am sozialen Denken als vielmehr an den zu hohen Grundstückspreisen.[228] So ging es auf Lechlers Initiative zurück, dass im Jahr 1898 auf der Prag für die Latrinenarbeiter der Stadt gleichermaßen gesunde wie preiswerte Wohnungen erstellt wurden. Damit war in Stuttgart ein Anfang auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge gemacht worden, dessen Bedeutung sich fortlaufend vergrößerte.[229] Dieses Unternehmen stellte jedoch nicht den Endpunkt von Lechlers wohnungspolitischen Initiativen dar. Im Jahr 1910 trat er mit dem Projekt „Eine(r) Waldstadt bei Stuttgart in Verbindung mit der Erschließung des Solitude-Areals" an die Öffentlichkeit. Der dort entworfene Plan ging auf eine Denkschrift aus dem Jahr 1908 zurück, in der er eine Waldstadt skizzierte, die im Schwarzwildpark am westlichen Teil Stuttgarts gelegen sein sollte. Dieses Projekt wies deutliche Anklänge an die so genannte „Gartenstadtbewegung" auf und sollte Arbeitern so-

---

223 Vgl. ebd., S. 411.

224 Ebd., S. 411.

225 Vgl. ebd., S. 411; Dessauer, Die Industrialisierung von Gross-Stuttgart (Diss. 1916), S. 182 mit Anm. 1.

226 Den Gang von Lechlers Engagement in der Wohnungsfrage behandelt ausführlich: Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 411 – 413. Vgl. zum Scheitern der Bemühungen auch: Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285.

227 Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 413.

228 Vgl. zum Vorstehenden: Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 161.

229 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 413.

wie sonstigen Geringverdienern aller Bevölkerungsschichten gleichermaßen billige, wie gesunde Wohnungen, nebst der erforderlichen Infrastruktur bieten.[230]

Das Engagement im Bereich der nationalen Wohnungsreform war jedoch nicht Lechlers einzige sozialreformerische Betätigung. Davor stand bereits die Initiierung des „Vereins für außerordentliche Notstände auf dem Land", der Kleinbauern Hilfe geben sollte.[231] Darüber hinaus war Paul Lechler auf vielfältige Weise öffentlich-sozial engagiert, wodurch er weit über seine Lebenszeit hinaus Spuren und Wirkungen hinterlassen hat.

Bleibende Wirkung entfaltete Lechlers Tätigkeit hinsichtlich der sozialen Verhältnisse seines Armenpflegerbezirks auf der Prag in Stuttgart. Seine Arbeit hatte ihn den dortigen Mangel an Räumen für die Kleinkinderschule sowie bezüglich der Gottesdienstversorgung und Wohnsituation erkennen lassen. Im Rahmen einer eigenen Stiftung wurde durch ihn bis 1889 das Martinshaus, das eine Kapelle und Pfarrwohnung enthielt, erbaut. In diesem Haus war ebenfalls die nach gesundheitsrelevanten Faktoren eingerichtet Kleinkinderschule untergebracht. Schließlich rundete ein Kinderspielplatz das Ensemble ab.[232] Paul Lechler ließ auch bei diesem Projekt Weitblick erkennen, indem er zugleich am selben Ort ein Doppelhaus, das 10 Familien Platz bot, errichtete. Dieses schenkte er dem „Verein für außerordentliche Notstände auf dem Land", wodurch dieser eine Möglichkeit des Kapitalertrags hatte. Der zweite Nutzen dieses Projekts war die Linderung der Wohnungsnot auf der Prag.[233]

Es waren jedoch nicht nur die örtlichen Gegebenheiten bzw. das soziale Engagement in Stuttgart, das Lechler auszeichnete. Als Verwaltungsratsmitglied der Stuttgarter Diakonissenanstalt hatte er erkannt, dass auch die Schwestern mitunter Erholung von ihrer pflegerischen Arbeit bedurften. Aus diesem Grund schenkte er der Diakonissenanstalt die Hälfte eines Grundstücks in Freudenstadt, zur Erbauung eines 1892 eingeweihten Erholungsheims. Auf dem restlichen Areal sollte nach seinen Vorstellungen ein christliches Erholungsheim, das „Kurhaus Palmenwald in Freudenstadt" erstellt werden, das auch bis 1895 realisiert wurde. Lechler hatte da-

---

230 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 414. Vgl. ausführlich zu diesem Projekt Lechler, Eine Waldstadt bei Stuttgart in Verbindung mit der Erschließung des Solitude-Areals (1910). Vgl. ferner Hamacher, Paul Lechler und die Wohnungsfrage um 1900 (1984), S. 148 – 152; Sauer, Württembergs letzter König (^{2}1994), S. 228; Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 205 – 208.

231 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 408; 414; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285.

232 Vgl. ebd., S. 414 f.; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285.

233 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 415.

rüber hinaus schon bei der Gründung des Kurhauses Palmenwald die Errichtung einer gleichartigen Einrichtung für weniger bemittelte Menschen in Aussicht gestellt. Angesichts der kaum vorhandenen Erholungsmöglichkeiten für Angehörige der arbeitenden Klassen, war diese Idee absolut bahnbrechend. Nachdem der finanzielle Aspekt bei diesem Werk von großer Bedeutung war, wurde der Weg über eine Stiftung aus Spendengeldern eingeschlagen. 1897 war die Gründung der Stiftung für das „christliche Erholungsheim“ und so konnte schließlich auch dieses Projekt realisiert werden, das vielfachen Segen brachte.[234]

Ferner war für Paul Lechler auch das kirchliche Leben seiner Stadt von großem Interesse. Beispielsweise setzte er sich seit ca. 1901 in hohem Maße für den Schutz des Sonntages ein, wobei er in erster Linie den arbeitsfreien Nachmittag des Samstags propagierte. Auf diese Weise sollte den Arbeitern die Gelegenheit gegeben werden, die die Woche über angefallenen, notwendigen Tätigkeiten im Haushalt in der freien Zeit am Samstagnachmittag zu erledigen und somit den Sonntag ganz dem Gottesdienst widmen zu können. In derselben Weise, wie er sich bei seinem Projekt auf der Prag in Stuttgart für eine bessere örtliche Gottesdienstversorgung einsetzte, wurde er immer wieder zu den verschiedensten Angelegenheiten des kirchlichen Lebens aktiv.[235] Viel wichtiger war jedoch seine 1904 entstandene „Denkschrift an den Gesamtkirchengemeinderat“. Darin hielt er „der Kirchenleitung und den Pfarrern einen Spiegel vor […], wie es niemand sonst im kirchlichen Raum hätte tun können.“[236] Dabei sprach er viele Themen, wie z. B. die Notwendigkeit der Bemühung um die Jugend an, unter denen sich auch die diffizilsten Fragen befanden. Sein hauptsächliches Anliegen war der Wunsch nach mehr kirchlicher Aktivität,[237] was damals geradezu revolutionär war und von der Weitsicht dieses Mannes zeugte.

---

234 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 416 f.; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 285 f.
Lechlers öffentliches Engagement war freilich nicht mit dem Projekt in Freudenstadt beendet. Auf seine Initiative ging die Gründung des „Vereins für ärztliche Mission in Stuttgart“ (1898), die seine enge Verbindung zur Basler Mission zeigte, zurück. Außerdem initiierte er sowohl die Errichtung des Tropenmedizinischen Instituts in Tübingen (1909) als auch der dortigen Tropenklinik (1914). Hinzu traten die Tätigkeiten in verschiedenen Ehrenämtern und Stiftungen. Vgl. hierzu: Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 417 - 422.; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 286.

235 Z. B. durch die Initiierung der „Stuttgarter Hymnus-Chorknaben“ im Jahr 1900. Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 421.

236 Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S.421.

237 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S.421.

Paul Lechler war gleichermaßen ein tiefer, einfacher Christ wie ein autoritär-streng patriarchalischer Unternehmer. Allerdings waren seine gesamten unternehmerischen Aktivitäten in und außerhalb des Betriebs durch eine christliche Begründung und Prägung gekennzeichnet.[238] Dennoch sprach er weder in seinen Schriften noch an anderer Stelle direkt über die Motive für sein Tätigwerden, beispielsweise in der Wohnungsfrage.[239]

Allerdings ließen sich Rückschlüsse auf seine Motivationen z. B. aus dem Bericht über seine Arbeit als Armenpfleger in seinem Buch „Aus der Mappe eines Armenpflegers“ (1919) ziehen.[240] Dabei offenbart sich, „wie es ihm Freude machte und tief und unreflektiert empfundenes christliches Bedürfnis war, mit seinem Geld, aber auch mit seinen sittlichen und christlichen Imperativen Bedrängten und Gescheiterten zu helfen, wobei er es übrigens wohl verstand, sich Bettler und Betrüger energisch vom Leibe zu halten.“[241]

Weitergehend bot die Schrift „Christliche Verantwortung im Geschäftsleben“ (1946), seines gleichnamigen Sohnes wesentliche Anhaltspunkte auf Lechlers Handlungsmotivation. Der christliche Unternehmer stellte demnach die Verkörperung hoher wie auch höchster sittlicher Werte dar. Hinzu traten Gerechtigkeit im Umgang mit seinen Mitarbeitern wie auch Offenheit und Verständnis allen sozialen Fragen gegenüber.[242] Diese Grundzüge waren in Paul Lechler sen. verkörpert.

Ein weiterer Grundzug christlichen Unternehmertums, der bei Gustav Werner in Vollendung gelebt worden war, war das Bild des Haushalters. Demnach sollte sich der christliche Unternehmer „im Sinne der Bibel als Haushalter in seinem Verhältnis zum irdischen Gut“[243] ansehen. Das ihm anvertraute Gut war folglich nur eine Leihgabe Gottes, die dereinst zurückgefordert werden würde, und für die Rechenschaft vor dem eigenen Gewissen und vor Gott abgelegt werden musste. Dieses Movens ließ sich am besten bei Lechlers Tätigkeit im sozialen Bereich, beispielsweise bei seinem Engagement in der Wohnungsfrage oder beim Kurhaus Palmenwald, bzw. bei der ehrenamtlichen Tätigkeit als Armenpfleger erkennen. Darin spiegelte sich das Bewusstsein wider, ein Gut, nämlich Geld und gute Lebensbedingungen anvertraut bekommen, zu haben. Weitergehend erwuchs daraus die Ver-

238 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S.424.
239 Vgl. Hamacher, Paul Lechler und die Wohnungsfrage um 1900 (1984), S. 20.
240 Vgl. Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 404.
241 Ebd., S. 404.
242 Vgl. Lechler, Christliche Verantwortung im Geschäftsleben (1946), S. 5.
243 Ebd., S. 7.

pflichtung, mit diesem Gut untadelig umzugehen sowie ganz im Sinne von Lk 19, 11 – 28 und Matth. 25, 14 – 30 dieses zu mehren.

Diese Verpflichtung spiegelte sich ebenso in der Erziehung der jüngeren Generation wider. Es war die Aufgabe der älteren Generation, nicht nur die soziale Schuld zu erkennen, sondern auch das soziale Verantwortungsgefühl schon bei der Erziehung der Jugend gezielt zu wecken.[244] Das Verantwortungsgefühl für den Nächsten zeigte sich ebenfalls in der Armenpflegertätigkeit. Dabei ging es nicht nur um die Linderung physischer Not, sondern auch um die Seelsorge. Wie in einem christlich geführten Betrieb das gegenseitige Gespräch zwischen Chef und Untergebenen von Bedeutung war, so auch im alltäglichen Leben.[245] Beide soeben erwähnten Gesichtspunkte manifestierten sich in der Martinskirche und der daneben erbauten Kleinkinderschule auf der Stuttgarter Prag.

Lechlers rastlose soziale Tätigkeit hatte vermutlich in dem Grundsatz, dass „Tüchtigkeit, Pflichtgefühl, Arbeitseifer und Entschlossenheit zum Handeln […] auch unter der Verantwortung vor Gott“[246] stehen, ihre Basis. Deshalb hatten sowohl der Unternehmer, als auch der Christ eine Vorbildrolle auszufüllen. Lechlers Schaffen war durch seine Ausgereiftheit vorbildhaft, wie beispielsweise sein Reformplan für die nationale Wohnungsreform zeigte.

In Lechlers Einsatz für den arbeitsfreien Samstagnachmittag und Sonntag war die Verantwortung der eigenen Sonntagsheiligung wie auch für die seiner Arbeiter zu sehen. Am Sonntag sollten für den Christen Belange, wie die Arbeit im Bereich der Nächstenliebe und die Reich-Gottes-Arbeit vor geschäftlichen Angelegenheiten kommen. Ansonsten sollte der Sonntag zur notwendigen Entspannung gebraucht werden.[247] Auch hierbei zeigte sich der Fürsorgeaspekt, der Lechlers ganzes Werk durchwaltete. Alle Christen sollten sonntags die Gelegenheit zum Gottesdienst und zur Erholung haben. Diese Auffassung bezog Lechler auch auf Arbeiter, was sein dortiges Engagement erklärte.

Das Wirken „im Dienste Gottes auf kirchlichem Gebiet und auf dem Gebiet der freien Wohlfahrtspflege, in der Inneren Mission mit(zu)raten und mit(zu)helfen“[248] wurde ebenso als Verpflichtung des christlichen Unternehmers angesehen. Daher

---

244 Vgl. Lechler, Aus der Mappe eines Armenpflegers (1919), S. 8; Lechler, Christliche Verantwortung im Geschäftsleben (1946), S. 10.

245 Vgl. Lechler, Christliche Verantwortung im Geschäftsleben (1946), S. 12 f.

246 Ebd., S. 22 f.

247 Vgl. ebd., S. 22 f.

248 Ebd., S. 25.

spielte der Aspekt des tätigen Mitleidens, der Unterstützung durch Rat und Tat sowie der Seelsorge möglicherweise bei der Motivation für die Tätigkeit als Armenpfleger eine Rolle. Diese Motivationsgrundlage war vermutlich für Lechler konstitutiv, dem es als bodenständigen Christen vor allem „um praktische Bewährung im täglichen Leben und in dessen Aufgaben“[249] ging. Aus dieser Einstellung entstanden bei ihm „immer wieder die Impulse zu seinem helferischen Aktivismus.“[250]
Diese christliche Haltung war vermutlich auch das Movens für die bereits angesprochene Abtretung des Zehnten sowie den Verkauf der prosperierenden Lackfabrik im Jahr 1878. Hinter diesen Schritten erschien eindeutig die christliche Motivation, obwohl zu diesem Zeitpunkt nicht explizit daran gedacht worden war. Weder Paul Lechler noch sein Vater waren sich darüber im Klaren, „daß sie mit ihrer Bestimmung dem alttestamentarischen Zehnten entsprochen hatten und die betreffenden Stellen sowie die Verheißungen in Maleachi 3, 10 und Luk. 6, 38 waren ihnen damals nicht bekannt.“[251]
Die bei Paul Lechler vorgestellte Handlungsweise ging höchstwahrscheinlich aus seiner christlichen Lebenshaltung hervor. Aufgrund der sich für ihn aus dem Bild der Haushalterschaft ergebenden Verpflichtung, konnte er nicht anders, als in christlich-sozialer Weise zu handeln. Dennoch unterschied sich Lechler von anderen sozialen Unternehmern durch die Tatsache, „daß er mit seinem sozialen Engagement die Grenzen des eigenen Unternehmens überschritt und soziale Reformen im umfassenden gesellschaftlichen Rahmen anstrebte.“[252] Durch diese, mit seinem Weitblick gepaarten Intentionen, konnte er, ähnlich wie Robert Vollmöller, einen kleinen Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage leisten.

Robert Bosch

Ein ganz anderes persönliches Profil als die bisher angesprochenen Männer hatte Robert Bosch.[253] Bei ihm waren zwar die patriarchalischen Züge des Fabrikanten der Industrialisierungsperiode in ihrer typischen Ausprägung vorhanden, jedoch dabei mit einem ausgeprägten sozialen Bewusstsein verbunden. Robert Bosch ver-

249 Gehring, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 6 (1957), S. 424.
250 Ebd., S. 424.
251 Lechler, Lebenserfolg und Geschäftserfolg, zitiert nach Lechler, Christliche Verantwortung im Geschäftsleben (1946), S. 26. Vgl. Hamacher, Paul Lechler und die Wohnungsfrage um 1900 (1984), S. 22.
252 Vgl. Hamacher, Paul Lechler und die Wohnungsfrage um 1900 (1984), S. 23.
253 Vgl. insgesamt zu seinem Leben und Werk: Heuss, Robert Bosch (2002); Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 203 – 207.

stand es, einen hohen Leistungsanspruch an seine Arbeiter zu stellen. Gleichzeitig hatte er erkannt, dass er seine Arbeiter am besten zu Höchstleistungen motivieren konnte, indem er ihnen quasi als Gegenleistung Maßnahmen zur sozialen Sicherung anbot.[254]

Diese Grundeinstellung stand in direktem Zusammenhang mit seinem Menschenbild sowie seiner Art der Personal- und Betriebsführung. Bosch hatte, wie so ziemlich alle Unternehmer das Ansinnen, tüchtige Arbeitskräfte in jedem Fall an den Betrieb zu binden und unter allen Umständen zu halten. In dieser Hinsicht unterschied er sich nicht von Gotthilf Kuhn, da er wie dieser selbst bei offensichtlichem Auftragsmangel nur äußerst ungern Entlassungen vornahm.[255] Eine weitere indirekte soziale Maßnahme war, dass Bosch für gute Arbeit einen guten Lohn bezahlte. In dieser Hinsicht unterschied er sich vom Gros der Unternehmer, die zugunsten ihres persönlichen Gewinns und als disziplinarische Mittel lieber wahrhafte Hungerlöhne, anstatt angemessene Löhne bezahlten. Boschs Betrieb zeichnete sich durch sein gutes Betriebsklima aus, was sich daran zeigt, dass während der Arbeit sehr viel gesungen wurde.[256] Damit in Zusammenhang stand die Anforderung an die Mitarbeiter, sowohl gute Arbeit zu leisten, als auch verträglich zu sein. Dazu diente zumindest am Anfang die persönliche Auswahl der Mitarbeiter durch Robert Bosch und deren Einstellung auf Probe. Sicherlich waren für diese Haltung einerseits Erfahrungswerte verantwortlich, andererseits zeigte sich auch hierbei Boschs Verantwortungsbewusstsein seinem Betrieb und den darin beschäftigten Arbeitern gegenüber. Bosch war auch bei allen, den Betriebsablauf betreffenden Angelegenheiten sehr fortschrittlich. Wenn es aus irgendeinem Grund zu Unstimmigkeiten kam, war es Bosch ein Anliegen, durch Umstellungen innerhalb der Arbeitsgruppen für Ausgleich zu sorgen. Dabei war er nicht nur auf die Ursachenforschung, sondern auch auf den Betriebsfrieden bedacht. Dieser Hang zur Ausgewogenheit ging soweit, dass er sich konsequent von unkameradschaftlichen, bzw. unverträglichen Mitarbeitern ungeachtet deren handwerklichen Können trennte.[257]

Dennoch legte Bosch auf strenge Pflichterfüllung und Sorgsamkeit im Umgang mit dem Werkzeug wert. Es wurde streng „auf Sauberkeit, pflegliche Behandlung der Werkzeuge, Ordnung und verständige Anordnung der Stoffe und Geräte für den

---

254 Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch (1861 – 1942) (2005), S. 180.
255 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 99.
256 Vgl. Heuss, Robert Bosch (2002), S. 99; 151.
257 Vgl. ebd., S. 151.

Arbeitsvorgang“[258] geachtet, weshalb Bosch als erster die Werkstatt betrat und als letzter verließ. Dennoch war er bei allem Pflichtdenken um die Gesundheit seiner Mitarbeiter besorgt. So „war in den handwerklichen Räumen Bedacht darauf genommen, durch sorgsames Überlegen den Arbeitsprozeß in den körperlichen Anstrengungen müheloser zu machen, und es kam Bosch nicht darauf an, an drückend heißen Tagen die Männer unter Weiterentlohnung in die Natur zu schicken.“[259] Dieser Aspekt deckte sich vollkommen mit seinem generellen Gesundheits- und Verantwortungsbewusstsein.

In den Werkstätten von Robert Bosch wurde nicht nur auf ein gutes Betriebsklima geachtet. Vielmehr lag ihm aus Anlass des Neubaus seiner Werkstätte sehr daran, hygienische sowie luft- und lichtdurchflutetete Räumlichkeiten zu schaffen.[260] Dahinter stand nichts anderes, als die Ambition, in diesem Bereich Beispielhaftes entstehen zu lassen.[261] Boschs soziale Fürsorge für seine Mitarbeiter umfasste nicht nur die Sorge für die äußeren Arbeitsbedingungen, sondern auch alle sonstigen sozialpolitischen Fragen. So wirkte Bosch bahnbrechend, indem er Ernst Ulmer, einen hochkompetenten Mann, als Vertrauensmann für Fragen der Sozialpolitik in seinem Unternehmen beschäftigte. Bei Bosch verband sich in diesem Fall sein soziales Verantwortungsgefühl mit der Wertschätzung für einen kompetenten Mitarbeiter, der schon durch seine Herkunft für diese Funktion prädestiniert war. Als „Sohn eines Fabrikpförtners wußte (Ulmer) um die seelischen Dinge der Arbeiterschaft Bescheid und fand den zugleich guten wie nüchtern-festen Ton in den Verhandlungen mit Betriebsvertretung und Gewerkschaft.“[262] Ulmer war ein Mensch voller Wohlwollen und Rechtsgefühl, was sich im Umgang mit den Kollegen wie auch mit dem Prinzipal positiv auswirkte. Er wurde zu Recht als Aktivum innerhalb des Unternehmens bezeichnet.[263]

Zu Boschs betrieblicher Gesundheitsfürsorge zählte auch Rationalität in Bezug auf die Arbeitszeit. Wesentlich war ihm die Einhaltung von Arbeitsdisziplin, was jedoch keine Zeitnahmen im üblichen Sinn, sondern vielmehr die effektive Zeitnutzung zu bedeuten hatte, was sich auch an der sonstigen Arbeitsorganisation zeigte.

---

258 Ebd., S. 151.

259 Ebd., S. 100.

260 Dieser Aspekt beherrschte schon die Anlage seiner ersten Werkstätte, wo alles unter dem Gesichtspunkt von Rationalität und Arbeitsmedizin angeordnet worden war. Vgl. hierzu: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 151. Vgl. zu gesunden Einrichtung seiner Werkstätten ferner: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 189.

261 Heuss, Robert Bosch (2002), S. 131.

262 Ebd., S. 134.

263 Vgl. ebd., S. 134.

Aus diesem Grund war in diesem Betrieb von Anfang an Akkordarbeit üblich gewesen, wobei Erfahrungswerte aus der täglichen Arbeit die Norm für den durchschnittlichen Zeitbedarf darstellten. Ebenso progressiv war Boschs Erkenntnis, „daß auch der fähigste und eifrigste Arbeiter mit einem gut gedachten Akkord nicht weiter kommt, wenn seine Werkzeuge wenig taugen, wenn man sie verderben läßt."[264]

Neben ökonomischen Überlegungen stellte diese strenge Erziehung zu einem sorgsamen Umgang mit den Arbeitsgeräten „ein frühes Kernstück der so unprogrammatischen und sachlich so wichtigen betrieblichen Sozialpolitik"[265] dar. Bosch vertrat die Auffassung, seine Mitarbeiter sollten viel und gut arbeiten, damit sie auch mit Recht eines guten Lohnes würdig waren. Seinen Beitrag sah er dabei in der Bereitstellung guter Werkzeuge etc.[266] Dieser Wert, der auf Fleiß, auf die „Schaffermentalität" gelegt wurde, deckte sich mit Boschs Personalpolitik in seinem Unternehmen, in dem nahezu alle Mitarbeiter aus Württemberg stammten, so dass die Zusammensetzung homogen war und somit gut harmonierte.[267]

In Boschs Betrieb wurde großen Wert auf Zeitökonomie gelegt. Zu diesem Zweck hatte Bosch Arbeitsgruppen bilden lassen, die in Kolonnen jeweils bestimmte Fabrikationsabschnitte erledigten. Zugleich wurde ständig an der Verbesserung des Akkordbetriebs gearbeitet, was indirekt mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung in Zusammenhang stand. In diesem Bereich war Bosch unbestritten die innovativste Kraft Württembergs. Zwischen 1890 und 1900 stand die Problematik um die tägliche Arbeitszeit im Fokus des öffentlichen wie auch sozialpolitischen Interesses. Seit 1894 wurde bei Bosch 9 Stunden täglich gearbeitet. Seinen Arbeitern hatte er eine Reduzierung auf 8 Stunden in Aussicht gestellt, sofern andere Fabrikanten eine Arbeitszeitverkürzung auf 9 Stunden vornehmen würden. Indes waren weder Konkurrenten, noch die öffentliche Hand willens den 8-Stunden-Tag einzuführen, so dass Boschs Belegschaft warten musste. Ihnen kam schließlich eine praktische Erwägung zugute. 1905 war die Auftragslage solchermaßen gut, dass zur Nachfragebefriedigung gezwungenermaßen der Schichtbetrieb eingeführt werden musste. In-

---

264 Ebd., S. 153.

265 Ebd., S. 153.

266 Vgl. ebd., S. 153 f.

267 Vgl. ebd., S. 152. Dieser Aspekt war sicherlich auch durch Boschs Herkunft aus einem bäuerlich-bürgerlichen Haushalt, wo Sparsamkeit und Fleiß großgeschrieben wurden, bedingt. Vgl. hierzu Heuss, Robert Bosch (2002), S. 174.

folgedessen wurde in 2 Schichten zu jeweils 8 Stunden gearbeitet. Aufgrund der dabei gemachten positiven Erfahrungen[268] ging Bosch zum Achtstundentag über.[269] Boschs soziales Verantwortungsbewusstsein war weder christlich-religiös gefärbt noch nationalpolitisch begründet. Vielmehr vermischte sich bei ihm das Ethisch-Humanitäre „mit der biologischen Betrachtung der menschlichen Arbeitskraft“[270], was auch seine praktische Bestätigung erfuhr. Der ethisch-humanitäre Aspekt, gepaart mit schwäbischer Bescheidenheit zeigte sich auch in den grundlegenden Sozialleistungen. 1913 übernahm das Unternehmen für jeden Mitarbeiter den Pflichtbeitrag zur Kranken- wie auch Invalidenversicherung.[271] Allerdings konnte Boschs noble soziale Haltung jedoch nicht verhindern, dass es bei ihm zu Arbeitskämpfen kam, was ihn ungemein belastet hatte.[272]

Robert Bosch war nicht nur sozialpolitisch für seinen Betrieb engagiert. Er war sich ebenso seiner öffentlichen Verpflichtung bewusst, was sich in seinem einzigartigen Mäzenatentum zeigte.[273] Boschs Motivation war in diesem Kontext „das sachliche Helfen-Wollen und Helfen-Können“[274], ohne jede Gegenleistung. Damit stand auch indirekt die Einrichtung einer Lehrwerkstatt im Jahr 1913 in Zusammenhang. Aus dem damals entstandenen Mangel an Fachkräften erwuchs bei Bosch die Erkenntnis, selbst ausbilden zu müssen. Durch die in seinen Lehrwerkstätten fachkundige und vielfältig ausgerichtete Ausbildung, leistete er einen doppelten sozialen Beitrag. Einerseits sorgte er für die Zukunftsfähigkeit der nachfolgenden Generationen und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Andererseits übte er eine nicht zu unterschätzende Erziehungsfunktion aus, indem er Menschenbildung betrieb und Werte weitergab.[275] Bei ihm führte der patriarchalische Ansatz der Unternehmensführung weit in den sozialen Bereich hinein und ergab eine

---

268 Die Produktion und der Akkordlohn blieben trotz der Arbeitszeitverkürzung gleich. Hingegen wurde im gleichen Zuge Strom gespart und die Freizeit der Arbeiter zum Wohle deren Gesundheit vermehrt. Vgl. Heuss, Robert Bosch (2002), S. 157.

269 Vgl. Heuss, Robert Bosch (2002), S. 157; Scholtyseck, Robert Bosch (1861 – 1942) (2005), S. 181.

270 Heuss, Robert Bosch (2002), S. 157.

271 Bosch hatte einmal als er auf die Sozialleistungen innerhalb seines Betriebs angesprochen worden war, lapidar geäußert, „Wohltätigkeit“ gegenüber seinen Arbeitskräften zu tätigen. Vgl. hierzu: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 210 f.

272 Der Konflikt begann im Herbst 1912 und führte 1913 zu einem großen Streik. Bosch reagierte mit Aussperrungen. Als der Konflikt schließlich beigelegt worden war, zog Bosch die Konsequenz daraus, indem seine Arbeiter ihre Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung danach selbst zu bezahlen hatten. Vgl. hierzu: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 213 – 222.

273 Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch (1861 – 1942) (2005), S. 180; 182.

274 Ebd., S. 184.

275 Vgl. zum Thema Erziehung im Beruf: Heuss, Robert Bosch (2002), S. 223 – 238. Vgl. zur Lehrwerkstatt noch: Scholtyseck, Robert Bosch (1861 – 1942) (2005), S. 181.

selbstbefruchtende Atmosphäre, die letztlich mithalf, ein Unternehmen von Weltruf zu schaffen.

Soziale Esslinger Unternehmer

Die bislang erwähnten Beispiele bezogen sich alle auf Einzelpersönlichkeiten, die durch ihr soziales Unternehmertum öffentlich wirksam geworden waren. Abschließend sollen noch einige Maßnahmen angesprochen werden, die im Gesamtumfeld eines Innovationszentrums anzusiedeln sind.

Die Stadt Esslingen hatte sich im Verlauf der Industrialisierung zum Kompetenz- und Leistungszentrum der Textil- und Metallverarbeitenden bzw. Metallindustrie mit ihren entsprechenden Spezialbetrieben entwickelt.[276] Die dortige progressive, zukunftsweisende Atmosphäre bedingte eine besondere Stimmung und schärfte das Bewusstsein für soziale Probleme wie auch sonstige Zeitfaktoren. Die dabei vermittelten Ideen konnten eine gewisse Breitenwirkung entfalten, wodurch bedeutende Impulse im Hinblick auf Sozialeinrichtungen für die örtliche Arbeiterschaft gegeben wurden.[277] So hatten bereits um 1830 eine Anzahl von Fabriken in Esslingen „Fabrikkrankenkassen ein(gerichtet), die die Kosten für ärztliche Behandlung und Medikamenten sowie Geldunterstützungen bei längeren Krankheiten übernahmen".[278] Hinter dieser Maßnahme stand die Erkenntnis, dass gerade diese Umstände die größte Gefahr sozialer Probleme in sich bargen. Vermutlich spielten dabei auch die Erfahrungen eine Rolle, die aufgrund der vielen auswärtigen Arbeiter in Verbindung mit den dadurch bedingten Versorgungslücken im Falle der Arbeitsunfähigkeit gewonnen worden waren. Besonderen Vorbildcharakter und Zeugnis der Innovationsfreude der Esslinger Unternehmer hatte die schon 1852 neben der fabrikeigenen Krankenkasse eingerichtete Ersparniskasse der Kammgarnspinnerei von Merkel & Wolf.[279] In diesem Betrieb bestand für die Mitarbeiter die Verpflichtung jede Woche einen bestimmten Betrag in die Sparkasse einzubezahlen. Damit sollte die Versorgung der Arbeiter in Notlagen sowie bei Unglücksfällen sichergestellt werden. Auch in diesem Fall hatte vermutlich die Erfahrung diese vorbildhafte und innovative Maßnahme initiiert, die schon seinerzeit die uneingeschränkte

---

276 Vgl. zu dieser Entwicklung insgesamt: Kollmer-von-Oheimb-Loup, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Esslingens vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg (2007), S. 154 – 173.

277 Vgl. Ebd., S. 164.

278 Ebd., S. 164.

279 Vgl. ebd., S. 164.

Befürwortung und Empfehlung durch die Zentralstelle für Handel und Gewerbe genoss.[280]

Ein weiteres Mittel der sozialen Sicherung, der ein hervorragender Stellenwert beigemessen wurde, war der 1869 eingerichtete Unterstützungsfonds der Maschinenfabrik Esslingen. Seine Aufgabe bestand in der Bewilligung finanzieller Unterstützung im Falle von Invalidität sowie im Todesfall für die Versorgung der Hinterbliebenen. Insgesamt gab es bis 1870 elf fabrikeigene Krankenkassen, so dass mehr als 2800 Arbeiter Versicherungsschutz genießen konnten.[281] Diese Fabrikkrankenkassen wurden durch die öffentliche Gemeindeversicherung ergänzt, wodurch zusätzlich 1500 gewerbliche Arbeitskräfte eine Krankenversicherung hatten. Somit gab es keine sonstige württembergische Stadt, in der „die Fabrikarbeiterschaft auf so breiter Basis durch ein Krankenkassensystem erfasst“[282] worden war. Esslingens Bedeutung beruhte also nicht nur auf seiner Industrie, sondern auch auf seinem System der sozialen Sicherung für die dortige Arbeiterschaft.

Die in Esslingen bis 1870 getätigten Maßnahmen belegten eindrucksvoll, welche Möglichkeiten zur sozialen Absicherung bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Industrialisierung realisierbar waren und geschaffen wurden.

Die an einem Standort angesiedelten Unternehmen hatten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihres Umfelds. Vor allem die Arbeiterschaft hatte unter den mitunter schlechten Bedingungen, die ihre Grundlage in der Haltung der einzelnen Unternehmer hatten, sehr zu leiden. Beide Faktoren weisen schließlich auf den Themenkomplex der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft hin.

---

280 Vgl. ebd., S. 164.
281 Vgl. ebd., S. 164.
282 Ebd., S. 164.

4.3. Die Industriearbeiterschaft

Die Industrialisierung war ein Prozess, der alle Bereiche der Lebenswirklichkeit betroffen hat. Vordergründig waren es freilich die wirtschaftlich-technischen Neuerungen und Fortschritte die ins Auge fielen. Dennoch durfte bei aller Bewunderung für die Innovationen nicht der wichtigste Teil im Prozessgefüge vergessen werden, die Menschen. Dabei war in diesem Zusammenhang in erster Linie an die Industriearbeiter zu denken, obwohl es schon vor der Industrialisierung Arbeiter, als im Sinne von zumeist besitzlosen Menschen gab, die gezwungenermaßen ihre Arbeitskraft um Lohn feilbieten mussten.[1] Aber mit der Industrialisierung gab es auch innerhalb der Arbeiterschaft einen nicht zu unterschätzenden Wandel.

Dennoch kam es im Zeitraum zwischen 1840 und ca. 1880 zur Herausbildung der Industriearbeiterschaft als neuen sozialen Stand.[2] Das Neue und Charakteristische war weniger die Besitzlosigkeit der meisten ihrer Angehörigen. Vielmehr war der Grundwesenszug in der Heterogenität ihrer Zusammensetzung zu sehen. Diese Heterogenität blieb selbstredend nicht ohne Rückwirkungen auf die allgemeinen Lebensumstände. Wesentliches Kennzeichen der neuen sozialen Klasse war, dass sie ein Sammelbecken für „Angehörige verschiedener vorindustrieller Stände und Schichten, die teilweise durch die Folgen der Gewerbefreiheit ‚freigesetzt' worden waren",[3] darstellte. Jede einzelne Gruppe integrierte ihre individuellen kulturellen Eigenarten sowie Verhaltensorientierungen in die neue Schicht. Auf der Grundlage des im Hintergrund ablaufenden gleichermaßen sozialen wie auch alltagskulturellen Integrationsprozesses konnte schließlich eine eigenständige Arbeiterkultur entstehen.[4]

Somit bildete sich eine mehr oder weniger einheitliche Arbeiterkultur heraus, wobei dennoch keine gleichzeitige Herausbildung eines einheitlichen, undifferenzierten Bewusstseins stattfand. Vor allem in den Fabriken kam es zur Entwicklung einer mehrfach „differenzierten Hierarchie zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern."[5] So standen neben hochqualifizierten Spezialisten unter den Fabrikarbeitern, Hilfsarbeiter, die nach sozialem Status wie auch nach ihrer Bezahlung mehr oder weniger „Fabriktagelöhner" waren. Sie standen in der Hierarchie an letzter Stelle. Im

---

1 Vgl. Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 23.

2 Vgl. insgesamt zu den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Hintergründen: Hippel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918 (1992), S. 477 – 784, besonders S. 600 – 608; Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970).

3 Ruppert, Die Arbeiter (1986), S. 23.

4 Vgl. ebd., S. 23.

5 Ebd., S. 24.

Gegensatz dazu waren die Facharbeiter der „selbstbewusste soziale Kern der industriellen Arbeiterschaft und schließlich auch der Arbeiterbewegung“.[6] In diesem Zusammenhang zeigte sich das spezifische oder vielmehr in einer bestimmten Berufsgruppe überlieferte gemeinschaftliche Ehrgefühl als bedeutsamstes Ferment für die Entstehung eines Gruppengefühls unter den qualifizierten Arbeitskräften.[7]

Zu Beginn der Industrialisierung wurde die Arbeit in der Fabrik nur als vorübergehender und zeitlich begrenzter Lebensabschnitt angesehen. Damals bildete die Fabrikarbeit oft nur eine von mehreren Möglichkeiten, Auftragsflauten im erlernten Handwerk zu überbrücken, oder Zeiten, in denen die landwirtschaftliche Arbeit ruhte, zu einem in der Regel, notwendigen Nebenerwerb zu nutzen. Erst sukzessive kam es zur Verdichtung der „soziale(n) Rolle des Fabrikarbeiters […] zu einem lebenslangen identitätsprägenden Berufsbild.“[8] Am Ende dieses Prozesses war die Identitätsbildung dahingehend abgeschlossen, dass das Berufsbild des Fabrikarbeiters von Generation zu Generation weitergegeben wurde.[9]

Die bislang angesprochenen Aspekte bezogen sich auf die übergreifenden Faktoren, die in direktem Zusammenhang mit dem Entstehungsprozess dieser sozialen Klasse standen. Das Leben wurde jedoch nicht nur von diesen Faktoren, sondern auch durch die generellen Lebens- und Arbeitsbedingungen mitbestimmt.

4.3.1. Die allgemeinen Lebensumstände

Unter den allgemeinen Lebensumständen wurden die Arten von Bedürfnissen subsumiert, die jedes Lebewesen zur Erhaltung seiner Existenz benötigt hatte. Zu diesen Grundbedürfnissen gehörten neben eines gewissen Lebensstandards, eine entsprechende Wohnung sowie Nahrung. Als weitere Grundbedürfnisse traten geistige Faktoren, wie z. B. das religiöse Leben oder Bildungsmöglichkeiten im weitesten Sinne hinzu.

Diese Faktoren durften in Hinblick auf die Ausbildung von menschlichen Eigenheiten nicht unterschätzt werden. Vielmehr boten sie einen Weg zum Verständnis mancher Praktiken, die zunächst nicht nachvollziehbar waren.

---

6 Ebd., S. 25.
7 Vgl. ebd., S. 25.
8 Ebd. S. 25.
9 Vgl. ebd., S. 25.

Lebensstandard

In vielen Berichten wurde von der unermesslichen Armut der Angehörigen des so genannten vierten Standes berichtet. Vielfach war, wie z. B. für Johann Hinrich Wichern, das Bewusstwerden des Ausmaßes der Armut der Grund, sozial tätig zu werden.[10] Diese Tatsache belegte das vermutliche Vorhandensein eines gewissen Bewusstseins hinsichtlich eines Existenzminimums, wie Überlegungen einzelner Zeitgenossen hinsichtlich des Maßes des „nöthigen Unterhalt(s)“[11] zeigten. Dabei ergaben sich für den Betrachter neben zeitgebundenen auch zeitlose Merkmale, „aus welchen sich erkennen läßt, ob die Armuth Einzelner oder Vieler einen solchen Grad erreicht habe, daß sie für diese und dadurch mit Nothwendigkeit auch für das Ganze […], ein offenbares Uebel wird, das weggeschafft werden sollte.“[12] Das Existenzminimum wurde als unterschritten angesehen, wenn die Grundbedürfnisse an Nahrung, Bekleidung und Wohnung nicht gestillt werden konnten. Als weiteres Merkmal wurde die fehlende Möglichkeit der Rücklagen- und Vorsorgebildung angeführt. Außerdem wurde „die Unmöglichkeit, den Kindern eine gesunde, naturgemäße, Leben und Gesundheit erhaltende und stärkende körperliche Ausbildung zu gewähren“[13] als weiteres Merkmal des unterschrittenen Existenzminimums angesehen. Schließlich war ein weiteres Charakteristikum des fehlenden Existenzminimums „die Unmöglichkeit, denselben (i. e. den Kindern) die zum Bewußtsein der Menschheit und zur Selbständigkeit im Leben unentbehrlichen geistigen Entwicklung durch Unterricht und Erziehung zu verschaffen.“[14] Diese vier Aspekte waren aus zeitgenössischer Sicht konstitutiv für das Existenzminimum.[15] Insgesamt wurde festgestellt, dass das Existenzminimum in Deutschland gerade beim vierten Stand sehr häufig unterschritten wurde und dort ein hoher Armutsgrad herrschte.[16] Demzufolge war „das tägliche Brod, als das unentbehrlichste Mittel zur *Subsistenz*, d. h.

---

10 So heißt es von Wichern, dass er sich Notizen über seine Beobachtungen machte, die er bei seinen Besuchen im Rahmen seiner Sonntagsschullehrertätigkeit gewann. Sie wurden von ihm unter dem Titel „Hamburgs wahres und geheimes Volksleben“ niedergeschrieben. Vgl. Talazko, Johann Hinrich Wichern (1998), S. 195. Vgl. ebenfalls: Janssen, Einleitung. Soziale Leitgedanken. In: Johann Hinrich Wichern. Ausgewählte Schriften Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 47.

11 Diesterweg, Die Lebensfrage der Civilisation. Oder: über die Erziehung der unteren Klassen der Gesellschaft. Erster Beitrag zur Lösung der Aufgabe dieser Zeit (1836), S. 8.

12 Ebd., S. 8.

13 Ebd., S. 9.

14 Ebd., S. 9.

15 Vgl. ebd., S. 9.

16 Vgl. ebd., S. 9 f. Vgl. aus der Forschung: Stearns, Adaption to Industrialization: German Workers as a Test Case. In: Central European History, Vol. 3, No. 4 (Dec. 1970), S. 319.

zur *Erhaltung der Existenz*“[17] zu betrachten, weshalb die Frage der Existenzsicherung die erste Sorge der Humanität darstellte.[18]

In direktem Zusammenhang mit dem Existenzminimum waren die Lebenshaltungskosten zu sehen. Darunter subsumierten sich diejenigen Kosten, die jeder Haushalt für Wohnung, Kleider, Nahrung und Brennholz aufbringen musste. Demnach war es unbedingt erforderlich, die Höhe der Entlohnung eines Arbeiters in Relation zum Sachlohn zu setzen, „d. h. mit der Menge von Gütergenuß, welchen der Arbeiter mit seinem Geldlohn sich verschaffen kann.“[19]

Für Württemberg wurden im 19. Jahrhundert Erhebungen[20] gemacht, die zumindest einen groben Eindruck der Lebenshaltungskosten gaben. So war die Entwicklung im Zeitraum zwischen 1830 und 1872 in Bezug auf die Mietpreise sehr unterschiedlich. Jährliche Mieterhöhungen in nicht unerheblichem Maße mussten die Arbeiter in größeren Städten, worunter in erster Linie Stuttgart genannt wurde, hinnehmen. Hingegen waren die Mieten auf dem Land relativ billig.[21] Bei den weiteren Grundbedarfsgütern, wie Brotfrüchte, Fleisch, Bier und Brennholz sah die Entwicklung nicht anders aus. Zwischen 1830/39 und 1872 stiegen die Preise bei Brotgetreide um 65 %, bei Fleisch um 167 %, bei Bier um 94 % und bei Brennholz um 50 %. Im Zeitraum von 1856/65 bis 1872 erhöhten sich die Preise bei Brotfrüchten um 26 %, bei Fleisch um 66 %, bei Bier um 36 % und bei Brennholz um 15 %. Diese Zahlen wurden im Rahmen der damaligen Untersuchung in Relation zur Lohnentwicklung im gleichen Zeitraum gesetzt, weshalb bis 1872 von einer erheblichen Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter ausgegangen wurde.[22]

Der Trend zu Mietpreissteigerungen setzte sich schließlich fort. Für den Zeitraum 1891 – 95 wurde ebenfalls von einer allgemeinen Steigerung der Mietpreise be-

---

17 Diesterweg, Lebensfrage der Civilisation oder: über die Erziehung der untern Klassen der Gesellschaft. Erster Beitrag zur Lösung der Aufgabe dieser Zeit (1836), S. 31. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gesetzt.

18 Vgl. ebd., S. 31.

19 Camerer, Beitrag zur Statistik der Arbeitslöhne in Fabriken und Handwerken von 1830 – 1872. In: Gewerbeblatt aus Württemberg. Jahrgang 1873. Nr. 10 vom 9. März 1873, S. 110.

20 In Bezug auf zeitgenössische Taxierungen des Volkseinkommens war Württemberg vorbildlich. So konnte 1914 im Rückblick des Württembergischen Statistischen Landesamts festgestellt werden, „Württemberg dürfte der einzige Staat im Deutschen Reich sein, für welchen periodische Volksvermögens- und –einkommensberechnungen vorliegen…“. Veränderungen der Einkommens- und Ausgabenhöhe in Württemberg im 19. Jahrhundert. In: Mitteilungen des königliche Statistischen Landesamts. 1914. Nr. 3. S. 33, zitiert nach Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 10. Problematisch war nur die mitunter unterschiedliche Bemessungsgrundlage der Beträge. Vgl. Loreth, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 bis 1918 (1974), S. 10 f.

21 Vgl. Camerer, Beitrag zur Statistik der Arbeitslöhne in Fabriken und Handwerken von 1830 – 1872. In: Gewerbeblatt aus Württemberg. Jahrgang 1873. Nr. 10 vom 9. März 1873, S. 110.

22 Vgl. ebd., S. 111 f.

richtet. Dessen ungeachtet wurde auch für diesen Zeitraum von einer Besserstellung der württembergischen Arbeiter gesprochen. Als Begründung wurde die günstige Lohnentwicklung in dieser Zeitspanne angegeben, die durch die ebenfalls gute Preisentwicklung unterstützt worden war.[23]

In Hinblick auf die Lebenshaltungskosten in Stuttgart zwischen 1890 und 1912 ließen sich erhebliche Preissteigerungen feststellen. Die Mieten blieben zunächst zwischen 1890 und 1900 im Durchschnitt unverändert stabil. Nach der Jahrhundertwende setzte bei den Kosten für Wohnraum eine stetige Aufwärtsbewegung ein, die bis 1912 erheblich an Fahrt gewonnen hatte. Somit kann für diesen Zeitraum von einer erheblichen Steigerung der Mieten ausgegangen werden.[24] Dieselbe Entwicklung zeigte sich in Hinblick auf die Entwicklung der Lebensmittelpreise. Demnach sind die Preise für die Grundnahrungsmittel 1912 um 25 % höher als noch 1903.[25] Die Mieten machten einen erheblichen Teil der Lebenshaltungskosten aus, was für die große Bedeutung, die der Faktor Wohnen hatte, sprach.

Wohnen

Die Wohnverhältnisse in jeder Stadt wurden von vielen Faktoren determiniert. Diese waren wiederum durch die jeweiligen spezifischen Voraussetzungen der einzelnen Städte bedingt.[26] Das Wohnen gehörte zu den allgemeinen Grundbedürfnissen des Menschen. In seiner Bedeutung stand es gleich hinter der Ernährung, wie bereits die Zeitgenossen erkannt hatten.[27]

Im 19. Jahrhundert war der Wohnungsmarkt vor allem in den heranwachsenden Großstädten keineswegs stabil. Die dortigen regelmäßigen Schwankungen bewegten sich „zwischen den Extremen akuter quantitativer Wohnungsnot und heute kaum noch vorstellbaren Überangebots.“[28] Es handelte sich also um eine phasenweise vollständige Not vor allem an Kleinwohnungen und um keine beständige Begleiterscheinung des Urbanisierungsprozess.[29] Auch Stuttgart war von diesem

---

23 Vgl. Losch, Die Arbeitslöhne in Württemberg. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Jahrgang 1897. Heft I, S. 170 f.

24 Vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 402.

25 Vgl. Strölin, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart (1923), S. 7; vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 402; 413 f.; 420 f.

26 Vgl. Gransche; Rothenbacher, Wohnbedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 1861 – 1910. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 67.

27 Vgl. Schäffle; Lechler, Neue Beiträge zur Nationalen Wohnungsreform (^{2}1897), S. 45.

28 Wischermann, Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung und Wohnmobilität (1986), S. 106.

29 Vgl. ebd., S. 107.

Problem betroffen, obwohl die dortigen Verhältnisse sicherlich besser waren, als in vergleichbaren Städten.[30]

Im Zeitraum zwischen 1850 und 1914 trat ein nicht unerheblicher Mangel an Kleinwohnungen auf.[31] Als Ursachen für diese Art der Wohnungsnot war ein Konglomerat aus mehreren Faktoren anzusehen. Zunächst galt es den schnellen Zuwachs der Besiedelungsdichte zu beachten, der besonders für Stuttgart mit seinem Kessel und dem dadurch eng begrenzten Platz besonders relevant war.[32] Stuttgart wies in den Gemarkungsgrenzen von 1871 eine Bevölkerungsdichte von 30,7 Einwohnern je Hektar auf, 1890 waren es hingegen schon 59,3 Einwohner je Hektar.[33] Ein weiterer Faktor zeigte sich in der Veränderung bei der Belegung der Wohnungen. Durch das stetige Städtewachstum kam es zu einem vermehrten Wohnraumbedarf, was wiederum Auswirkungen auf den Grundstückspreis wie auch die Baukosten hatte. Letzten Endes hatten die Faktoren Zuzug, Platzmangel, steigende Grundstücks- und Baupreise dramatische Auswirkungen auf die Miethöhen. Hinzu kamen weitere Kosten, die durch die Spekulationen seitens privater Investoren entstanden.[34] Zu den bereits genannten Faktoren trat ein weiterer, nicht weniger schwerwiegender hinzu. Neben die stetigen Mietpreissteigerungen bei den Wohnungen für weniger Begüterte, trat eine mangelnde Befriedigung des Bedarfs an preiswertem Wohnraum seitens privater Bauherren.[35]

Die Folgen dieser relativen Wohnungsnot waren mannigfaltig. Es ergaben sich zahlreiche Rückwirkungen auf die Gesundheit, aber auch das sittliche Verhalten der Menschen, die ihre Ursache im Lebens- und Wohnraum hatten. Nur geordnete Familienverhältnisse bedingten nach zeitgenössischer Auffassung ein normenkonfor-

---

30 Vgl. Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 7.

31 Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf Stuttgart als Zentrum dieser Arbeit. Wo möglich werden vorrangig Quellen und Forschung mit Bezug zu Stuttgart herangezogen. Dadurch bedingt müssen Probleme, die in anderen Großstädten relevant sind, mitunter ausgespart werden. Vgl. insgesamt zur Wohnsituation in Stuttgart: Westmeyer, Wohnungselend in Stuttgart (1911), 1 – 14.

32 Vgl. Pohle, Die neuere Entwicklung der Wohnverhältnisse in Deutschland (1905), S. 8; Bürgerliche Kollegien, Geschichte der Stadt Stuttgart (1905), S. 202.

33 Zahlen nach: Pohle, Die neuere Entwicklung der Wohnverhältnisse in Deutschland (1905). Vorbericht für den I. Allgemeinen deutschen Wohnungskongreß Frankfurt a. M., 16. – 19. Oktober 1904. Statistische Unterlagen zur Beurteilung der neueren Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland, S. 6.
„Setzt man die in jeder Stadt auf der Gemarkungsfläche vom 1. 12. 1871 ermittelte Einwohnerzahl = 100, so betrug die auf derselben Gemarkungsfläche wohnende Bevölkerung am 1. Dezember der Jahre […] in Stuttgart 1880: 128,0; 1890: 152,6; 1900: 192, 9“. Pohle, Die neuere Entwicklung der Wohnverhältnisse in Deutschland (1905). Vorbericht für den I. Allgemeinen deutschen Wohnungskongreß Frankfurt a. M., 16. – 19. Oktober 1904. Statistische Unterlagen zur Beurteilung der neueren Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland, S. 4 – 6.

34 Vgl. zum Vorstehenden: Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 1; Pohle, Die neuere Entwicklung der Wohnverhältnisse in Deutschland (1905), S. 5; 8.

35 Vgl. Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 2.

mes Leben. Als Folge der Wohnungsnot und der damit verbundenen drangvollen Enge wurde der Verfall des Familienlebens mit seinen sittlichen Funktionen festgestellt. Daraus ergab sich schließlich die innere und äußere Verwahrlosung, was nur eine stringente Folgeerscheinung sein musste. Wenn ein Raum nicht nur zum Wohnen, sondern auch „zu(r) Ausübung des Gewerbes, zum Kochen, Essen und Schlafen“[36] verwendet werden musste, konnte keine große Ordnung herrschen. Der Platzmangel begrenzte einerseits die Menge des Hausrats, andererseits insgesamt den jedem einzelnen Bewohner zur Verfügung stehenden Raum. Verschärfend kam hinzu, dass oftmals aus Platzmangel, vor allem jedoch aus Geldmangel, mehrere Familien nebst Schlafgängern auf engstem Raum zusammengedrängt leben mussten.[37] Hinzu kam die Erfordernis einer gemeinsamen Benutzung von Küche und Abort, was nicht unproblematisch sein konnte. Die Folgen solcher beengten Verhältnisse waren offensichtlich. Neben Handgreiflichkeiten kam es zu verbalen Auseinandersetzungen mit einem sehr rohen Umgangston. Die herrschende Unruhe, verbunden mit dem unwohnlichen Umfeld bedingte den häufig zu beklagenden Wirtshausbesuch, infolgedessen oftmals Trunksucht und Verrohung schon bei jungen Menschen auftrat.[38] Diese Phänomene waren nicht nur in Großstädten, sondern ebenso in den rasch wachsenden Mittelstädten zu bemerken.[39]

Die schlechten Wohnverhältnisse hatten besonders gravierende Folgen auf die Gesundheit. Vor allem bei den Kindern litten Körper, Geist und Seele unter den beengten Lebensverhältnissen. Aus diesem Grund wies ein Großteil der 1909/10 in Stuttgart amtsärztlich untersuchten Kinder Blutarmut, Rachitis, Skoliose, Drüsen-, Augen- und Lungenleiden sowie Tuberkulose aller Organe auf.[40] Hinzu kamen als weitere gesundheitliche Probleme bei Kindern noch „Hautleiden, Ungeziefer, Abdenoiden, Ohrenleiden, Herzleiden, Albumen“[41]. Außer den Kindern waren freilich auch die Erwachsenen von den negativen Folgen, die sich aus den beengten Verhältnisse ergaben, betroffen. Infolgedessen war die Krankheits- und Sterblichkeitsquote in den Wohnvierteln der weniger bemittelten Einwohner Stuttgarts sehr hoch, wozu noch andere Faktoren, wie allgemeine Not, Arbeitslosigkeit, mangelnde

---

36 Ebd., S. 4.
37 Vgl. ebd., S. 4.
38 Vgl. ebd., S. 5.
39 Vgl. ebd., S. 5.
40 Vgl. Westmeyer, Wohnungselend in Stuttgart (1911), S. 11.
41 Vgl. ebd., S. 11.

Hygiene usw. traten.[42] Am auffälligsten war die extrem hohe Kindersterblichkeit, was sie somit zum wesentlichen Indikator für die Missstände im Wohnungswesen machte.[43]

Quasi zur allgemeinen Beruhigung beriefen sich viele Verantwortliche auf das Bestehen von Bauvorschriften. Diese gab es bereits Ende des 19. Jahrhunderts, um gewisse Mindeststandards für die Größe der Wohnräume sowie deren Belichtung und Luftzufuhr zu regeln. Dennoch reichten diese Vorschriften bei weitem nicht aus; zumal selbst, wenn sie bei Erstellung der Wohnungen eingehalten wurden, sie durch extreme Mietpreissteigerungen wieder zunichte gemacht wurden. Vielfach hatte nicht die Wohnung also solche eine schlechte Bauweise, genauso wenig wie das Grundproblem eine schlechte Belüftung und ein schlechter Lichteinfall waren. Vielmehr war problematisch, dass eine Einfamilienwohnung in der Regel mit drei oder mehr Familien belegt wurde, zu denen noch eine nicht unerhebliche Zahl an Schlafgängern hinzukam.

Somit waren Arbeiter, die in der Regel auf preiswerten Wohnraum angewiesen und deshalb auch Kleinwohnungen benötigten, auch in Stuttgart gezwungen, größere Wohnungen zu mieten. Um überhaupt die Miete aufbringen zu können, waren sie wiederum genötigt, Teile der Wohnung unterzuvermieten.[44] Das bedeutete, die Privatsphäre aus ökonomischen Gründen zu opfern.[45] Der Großteil der Mietwohnungen, vor allem die billigeren Angebote, befand sich in der Altstadt von Stuttgart.[46] Interessanterweise stiegen die Mieten in den Vorortbezirken von Stuttgart, vermutlich infolge einer dort weit verbreiteten Bau- und Spekulationstätigkeit, recht erheb-

---

42 Vgl. ebd., S. 13.

43 So starben z. B. in der Stuttgarter Altstadt 1910 26,7 von 100 Neugeborenen, in Gaisburg sogar 34,4 von 100. Zahlen nach: Westmeyer, Wohnungselend in Stuttgart (1911), S. 12.

44 Das damit verbundene Problem der Aftermieter sowie das Schlafgängerwesen werden noch angesprochen.

45 Vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 389 f.

46 Wie problematisch die Wohnungslage in der Stuttgarter Altstadt letztlich war, ließen die Bemühungen des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ erkennen. Um 1890 hatte der Verein eine Untersuchung der Stuttgarter Wohnungsverhältnisse durchgeführt. Die Ergebnisse waren zwar nicht so katastrophal wie in vergleichbaren Städten. Dennoch waren diese vor allem hinsichtlich sämtlicher Gebäude der Stuttgarter Altstadt solchermaßen bedenklich, dass sich der „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zu weiteren Schritten entschloss. Im Rahmen der Altstadtsanierung zwischen 1905 und 1909 wurde das Problem angegangen, wodurch viel zur Verbesserung der dortigen Wohnsituation geleistet werden konnte. Vgl. hierzu: Kohlhaas, Hundert Jahre Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen. In: Beiträge zur Landeskunde. Januar 1967. Nr. 1/2, S. 12; Schmierer; Weber, 125 Jahre Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart (1991), S. 42; Schempp, Wohnen in Stuttgart (1985), S. 402 f.; Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 326 f. Vgl. zum „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ weiter Kap. 6.2.3. dieser Arbeit.

lich. Allerdings waren die Mieten für Kleinwohnungen in den Vororten absolut gesehen um ein bedeutendes Maß niedriger, als im Stuttgarter Stadtkern.[47]

Nach einer Erhebung im Jahr 1911 mussten Arbeiter im Durchschnitt 27 % ihres Lohns für die Miete aufwenden.[48] Aus diesem Grund mussten in der Regel Schlafgänger aufgenommen werden, um mit dem Lohn einigermaßen hauswirtschaften zu können. Sowohl eine Bewertung als auch genaue Zahlen über das Ausmaß des Schlafgängerwesens waren kaum möglich. Nach zeitgenössischen Schätzungen hatten um 1900 ungefähr ¼ bis ⅛ aller Haushalte in den Städten Untermieter.[49] Dabei waren verschiedene Arten der Schlafgänger oder auch Aftermieter zu unterscheiden. Die Gruppe der reinen Schlafgänger konnte nur ein Bett oder einen Teil eines Betts beanspruchen. Besser gestellt waren so genannte Zimmermieter, die zumindest für die Nacht über einen eigenen Raum verfügen konnten. Allerdings war es dabei trotzdem die Regel, dass dieser Raum am Tage von der Familie mitbenutzt und erst spät abends freigemacht wurde.[50] Dabei konnte es sich um ein beliebiges Zimmer oder aber auch um eine Bodenkammer handeln.

Diese ganze Wohnungsproblematik ließ sich jedoch nicht so ohne weiteres beheben. Bereits die Zeitgenossen hatten erkannt, dass diesem Problem erst beizukommen war, wenn den minder Bemittelten bezahlbarer Wohnraum in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden würde. Einzelne Initiativen, wie z. B. die Erstellung der Kolonie Ostheim durch den „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in den Jahren 1891 ff., wurden bereits frühzeitig ergriffen.[51] Die Haupttätigkeit im Bereich des sozialen Wohnungsbaus setzte jedoch erst nach 1948 ein.[52]

Auf lange Sicht gesehen trat im Zeitverlauf eine Abnahme der überbelegten Wohnungen ein. Ebenso konnten sich nach und nach mehr Arbeiter eine an ihre Bedürfnisse angepasste Wohnung leisten. Die Mietkosten blieben regional unterschiedlich, was sich aus dem verschiedenen Grad an Industrialisierung und den herrschenden Unterschieden im Bedarf erklärte. Eine Generalisierung ließ sich jedoch weder für Stuttgart noch für andere urbane Zentren, wie auch deren Umland machen.[53] Allem

---

47 Vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 395. Vgl. zur Mietpreisentwicklung in Stuttgart auch Westmeyer, Wohnungselend in Stuttgart (1911), S. 8.

48 Vgl. Westmeyer, Wohnungselend in Stuttgart (1911), S. 9.

49 Zahlen nach: Niethammer, Wie wohnten die Arbeiter im Kaiserreich? (1976), S. 115. Vgl. auch: Brüggemeier, Arbeiterwohnen (1986), S. 120.

50 Vgl. Niethammer, Wie wohnten die Arbeiter im Kaiserreich? (1976), S. 115.

51 Vgl. Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 6

52 Vgl. Schempp, Wohnen in Stuttgart (1985), S. 405 f.

53 Vgl. zum Vorstehenden: Gransche; Rothenbacher, Wohnbedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft 14. 1988, S. 94.

Anschein nach hatte es bis 1910 auch hinsichtlich des Mieterschutzes eine Verbesserung gegeben, wie sich „an der gesetzlichen Regelungen des Kündigungsschutzes und an der Häufigkeit des Wohnungswechsels“[54] zeigte.

Neben der Behausung hatte auch der Hausrat eine große Bedeutung. Im 19. Jahrhundert war die Bedeutung der im Haushalt vorhandenen Gegenstände im Vergleich zu früheren Jahrhunderten sogar gestiegen, was durch einen relativen Funktionswandel bedingt war.

Haushaltsausstattung

Genauso wie es in Hinblick auf die Wohnverhältnisse sehr große Unterschiede gab, gab es bei der Haushaltsausstattung eine große Vielfalt an Möglichkeiten.[55] Beispielsweise fanden sich Haushalte, deren Ausstattung nicht einmal aus einer adäquaten Zahl an Mobiliar und Haushaltsgeräten bestand. Somit hatte nicht jede im Haushalt lebende Person einen eigenen Teller oder Löffel geschweige, denn ein eigenes Bett zur Verfügung. Wie bei den Wohnungen musste auch hier geteilt werden. Es war also nur das absolut Notwendige an Inventar vorhanden, das nicht einmal als Grundausstattung bezeichnet werden konnte. Daneben gab es Haushalte, die über diese Grundausstattung verfügten und somit schon besser gestellt waren. Im Wesentlichen zeigte sich dieser Faktor im Vorhandensein von einer der Zahl an Haushaltsangehörigen entsprechenden Zahl an Tellern, Stühlen etc. Schließlich gab es noch eine dritte Kategorie von Haushaltsausstattung, die für die damaligen Verhältnisse als luxuriös bezeichnet werden konnte. Diese Luxusausstattung beinhaltete neben den grundlegenden Gegenständen des täglichen Bedarfs in ausreichender Zahl, z. B. noch „Sofa, Sessel, gerahmte Bilder und Bücher“.[56]

Die Haushaltsausstattung hatte jedoch neben ihrer eigentlichen Funktion noch eine viel weitreichendere und wichtigere Bedeutung. Sie stellte eine Form der Rücklage für Notzeiten jeder Art und indirekter Altersvorsorge dar. Es bestand insgesamt ein „enger Zusammenhang zwischen Lebensverdienstkurve und Anschaffungsgewohnheiten.“[57] Diese Beziehung stand in direkter Verbindung zur jeweiligen Phase der Familienplanung hinsichtlich des sukzessiven Aus- und Abbaus der materiellen Le-

---

54 Ebd., S. 95.

55 Die folgenden Ausführungen folgen: Schomerus, Soziale Differenzierungen und Nivellierung der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846 - 1914 (1978), S. 41 f. Vgl. zur Haushaltsausstattung auch: Dies., Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 240 – 249.

56 Schomerus, Soziale Differenzierungen und Nivellierung der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846 - 1914 (1978), S. 41.

57 Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 258.

bensgrundlage in der entsprechenden Lebensphase.[58] Arbeiter konnten während ihrer Hochverdienstphase[59] den notwendigen Grundstock für ihre Notlagen- und vor allem Altersvorsorge treffen. Vielfach wurde dieser Vorgang von Vertretern der Kirche missverstanden und deshalb auch verdammt.[60] Die Gefahr im Alter gänzlich zu verarmen stieg, je kürzer die Hochverdienstphase des Arbeiters war und er somit schon frühzeitig auf seine Reserven zurückgreifen musste.[61]

Ein weiterer, die Lebensbedingungen determinierender Faktor war die Ernährung. Ihr war schon allein aus physischen Gründen höchste Priorität zuzuweisen.

Ernährung

Unter den Lebenshaltungskosten waren die Ausgaben für Nahrung vordergründig. Sie determinierten in hohem Maße die Wirtschaftslage der Arbeiter in den Städten.[62] Auf dem Land und im Umkreis von Stuttgart lagen die Dinge besonders durch die in Württemberg übliche Nebenerwerbslandwirtschaft anders.[63] Insgesamt war der Hunger in physiologischer Hinsicht in Deutschland im Verlauf des 19. Jahrhunderts überwunden worden. In normalen Zeiten kamen große Hungersnöte, denen keine extremen Naturkatastrophen oder Kriege zugrunde lagen, in der Regel nicht mehr vor. Somit war, zumindest in kalorienbedingter Hinsicht die Versorgung seit 1850 ausreichend.[64] Im Zeitraum zwischen 1850 und 1914 kam es zu einer sowohl quantitativen als auch qualitativen Verbesserung der Ernährungslage der Be-

---

58 Vgl. Schomerus, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 258 – 262.

59 Dieser Aspekt wird in Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen behandelt.

60 Vgl. Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 9. Dort bemerkte der Autor kritisch, die „Löhne unserer Arbeiterinnen sind ja wahrhaftig nicht hoch; und doch möchte man oft denken zu hoch für ein junges unerfahrenes Menschenkind, das vom Wert des Geldes keine Ahnung hat und alles an den ‚Staat' hängt." Sicherlich war ein Teil der Kritik angebracht, jedoch trat an dieser Stelle auch ein Quäntchen des fehlenden Verständnisses seitens der Vertreter der evangelischen Kirche für die tatsächlichen Lebensbedingungen wie auch die daraus resultierte Denkweise der Arbeiterschaft hervor. Vgl. zu dem fehlenden Gespür kirchlicher Vertreter hinsichtlich der Anschaffungspolitik der Arbeiterschaft: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 / 77, S. 156 f.

61 Vgl. Schomerus, Soziale Differenzierungen und Nivellierung der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846 - 1914 (1978), S.41 f.; Dies., Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 258. Vgl. ebenfalls: Borscheid, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (1978), S. 440.

62 Vgl. Teuteberg, Wie ernähren sich Arbeiter im Kaiserreich? (1981), S. 58.

63 Vgl. Kap. 4.1.1. dieser Arbeit. Vgl. weiter: Boelcke, Das Haus Württemberg und die Wirtschaftsentwicklung des Landes (1988), S. 661. Dort betont der Autor, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft ein Krisenpolster für die Arbeiter bedeutete. Vgl. ebd., S. 661. Dieser Aspekt bedeutete nicht nur eine Reduzierung der Nahrungsmittelkosten, sondern trug vielmehr dazu bei, dass sich in Württemberg kein Proletariat im eigentlichen Sinne entwickeln konnte.

64 Vgl. Teuteberg, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert (1981), S. 182. Vgl. zu diesem und dem Folgenden insgesamt auch: Teuteberg, Wie ernähren sich Arbeiter im Kaiserreich? (1981), S. 57 – 73. Vgl. weiter: Ders., Die Nahrung der sozialen Unterschichten im 19. Jahrhundert (1976), S. 205 – 287.

völkerung. Wie eine Analyse der bedeutendsten Grundnahrungsmittel ergeben hatte, „ist der Anteil an tierischen Nahrungsmitteln mit höheren Nährwerten im täglichen Nahrungsbudget der sozialen Unterschichten erkennbar angewachsen.“[65] Ebenso war der Verzehr von hellen Getreidesorten sowie Kartoffeln spürbar angestiegen. Weniger Bedeutung erlangte der Verzehr von Obst. Der Nährwert von Milch wurde hingegen gänzlich unterschätzt, so dass diese erst im 20. Jahrhundert an Bedeutung gewonnen hat. Am meisten stieg jedoch der Zuckerverbrauch an, was durch die industrielle Herstellung von Rübenzucker ermöglicht wurde.[66] Die ihrer Tendenz nach verbesserte Ernährungssituation garantierte dennoch noch lange keine optimale Nährstoffversorgung. Das wesentliche Ziel der Ernährung war „die Deckung eines Zwangsbedarfs von Nahrungsgütern“[67], wozu in der Regel auf Ersatzprodukte zurückgegriffen wurde. Bei der täglichen Nahrungszufuhr wurden um 1900 Erzeugnisse, die verträglicher sowie einen höheren Nährstoffgehalt und einen besseren Geschmack hatten, bevorzugt genossen. Hinzu traten mehr Sorgfalt und der Gebrauch von Gewürzen bei der Nahrungszubereitung.

Bis 1871 ließ sich ein sehr ähnliches Nahrungsverhalten der städtischen- und ländlichen Unterschichten feststellen, was durch die lange Zeit bestehende Abhängigkeit vom saisonalen und regionalen Nahrungsmittelangebot bedingt war. Demnach traten Veränderungen, die im Zuge der Industrialisierung und des Verstädterungsprozesses vonstattengingen, erst relativ spät ein. Insgesamt wurden jedoch die Angehörigen des vierten Standes immer mehr vom Marktgeschehen und der Geldwirtschaft abhängig, was die Bedeutung des Lohnes steigen ließ. Im Zeitraum von 1871 bis 1914 kam es dabei trotz allem zu einer deutlich verbreiterten Grundlage der Nahrungsmittelauswahl. Dennoch waren nicht nur ökonomisch-technische Faktoren für die Wahl der Nahrungsmittel ausschlaggebend. Vielfach, und vor allem in ländlichen Gebieten, waren noch Vorurteile gegen bestimmte Nahrungsmittel, wie z. B. Milch vorhanden. Sie verhinderten noch auf lange Zeit die gebotene Chance einer optimalen Ernährung. Häufig waren die Auswahl der Nahrungsmittel sowie die Zusammenstellung der Mahlzeiten unpassend und unzureichend, weshalb noch lange Zeit Eiweißmangel und andere Mangelerkrankungen vor allem bei Kindern auftraten. Aus diesem Grund waren Unterernährung und eine relativ hohe Kindersterb-

---

65 Teuteberg, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert (1981), S. 182.

66 Vgl. ebd., S. 183 f.

67 Ebd. S. 184.

lichkeit alltägliche Phänomene.[68] Im Jahr 1886 trat ein Wandel ein, als Julius Maggi den Weg gefunden hatte, Eiweiß in Wasser so aufzulösen und dadurch fleischartig schmeckende Produkte, die so genannte „Maggi-Suppe", herzustellen.[69] Durch diesen preiswerten Fleischersatz konnte die Mangelernährung unter der Arbeiterschaft mit Erfolg bekämpft werden. Wurde 1886 die Ernährung der Arbeiter durch die „Maggi-Suppe" verbessert, so kam 1889 die „Knorr-Erbswurst" als weitere Variationsmöglichkeit der Arbeiterkost hinzu.[70]

Das Problem einer adäquaten Ernährung war auch in Zusammenhang mit der Problematik, „die tägliche Kost an die veränderten Wohn- und Nahrungsverhältnisse anzupassen",[71] zu sehen. Ein Grund für die vielfach vorkommenden Unzulänglichkeiten bei der zeitgenössischen Ernährungsweise war „in der mangelnden sozialen Anpassung, dem Hinterherhinken der Lebensansprüche hinter den wirtschaftlichen und technischen Strukturveränderungen"[72] zu suchen. Im Zuge der Modernisierung kam es nicht nur in den städtischen Hauswirtschaften zu Veränderungen, vielmehr wurde auch die ländliche Bevölkerung davon ergriffen. Auf dem Land drangen gleichermaßen wie in der Stadt immer mehr die Notwendigkeit und Erfordernis einer rationellen Wirtschaftsweise sowie eine verstärkte Technisierung ein.[73] Damals begannen die Frauen in Stadt und Land Koch- und Haushaltungsschulen zu besuchen, um mit den modernen Formen der Hauswirtschaft Schritt halten zu können. Ergänzt wurden diese Schulungsmöglichkeiten durch entsprechende Kursangebote, die v. a. auch für städtische Fabrikarbeiterinnen von Interesse waren.[74] Andererseits drangen neue Zubereitungs- und vor allem Ernährungsformen über Frauen, die als Dienstmädchen in der Stadt arbeiteten oder gearbeitet hatten, in die Haushalte ein.

Diese Faktoren zeigten, „daß nicht nur zu geringes Einkommen bzw. Mangel an Bargeld oder die zu geringe Lebensmittelauswahl, sondern auch die Unfähigkeit von Frauen und Mädchen, die Lebensmittel richtig auszuwerten und schmackhaft zuzubereiten, eine Verbesserung der Ernährung häufig verzögert haben."[75]

Der Wandel der Ernährung der Arbeiter im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert hatte einen langdauernden und vielschichtigen Verlauf, der sich nicht verallgemei-

---

68 Vgl. Dillmann, Robert Vollmöller (1999), S. 41.
69 Vgl. ebd., S. 42.
70 Vgl. ebd. S. 42.
71 Teuteberg, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert (1981), S. 185.
72 Ebd., S. 185.
73 Vgl. ebd., S. 186.
74 Vgl. ebd., S. 186. Vgl. auch: Kap. 6.2.3. dieser Arbeit.
75 Teuteberg, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert (1981), S. 186.

nern ließ. So gab es einerseits Regionen, in denen sich Arbeiter sehr karg ernähren mussten, und andere, in denen schon recht fortschrittliche Ernährungsweisen Einzug gehalten hatten. Generell gab es noch bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine so genannte Ernährungshierarchie. Demnach bekam das Familienoberhaupt in seiner Funktion als hauptsächlicher Ernährer der Familie die beste Nahrung und in der Regel sogar oftmals Fleischkost. Frauen und Kinder hingegen mussten mit Resten bzw. mit wesentlich einfacheren Speisen, vor allem vegetabile Kost, Vorlieb nehmen. Daher mussten sämtliche „Vorstellungen eines einheitlichen Nahrungsverhaltens und uniformer Daseinsverhältnisse […] historisch daneben(greifen)“.[76]
Die Lage der arbeitenden Klassen war im Zeitalter der Industrialisierung grundsätzlich keinesfalls gut. In Württemberg war die Situation noch besser, als in den großen Industriezentren an Rhein und Ruhr. Dennoch waren Verbesserungen notwendig. Ein Schlagwort der Zeit hieß Hilfe zur Selbsthilfe.

Hilfe zur Selbsthilfe

Immer wieder gab es Persönlichkeiten, die sozialreformerische Gedanken äußerten und aktiv an deren Realisierung dachten. Beispielsweise gab es kirchlich orientierte Männer, wie Johann Hinrich Wichern,[77] die den Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe äußerten. Ebenso wurde in den Evangelischen Arbeitervereinen versucht, dieses Gedankengut zu realisieren.[78]
Neben den kirchlich orientierten gab es bürgerliche Initiativen, die das Genossenschaftswesen[79] als Mittel zur Lösung der Sozialen Frage ansahen. Dahinter stand der Gedanke, dass nur die Selbsthilfe von Betroffenen für Betroffene dauerhafte Abhilfe bei allen Problemen leisten kann. Die gebildeten Klassen konnten dabei nur Hilfestellungen geben und die entsprechenden Initiativen „auf die richtige Bahn lenken“.[80] Dieser Aspekt beinhaltete zwei Faktoren. Einerseits wurde den Arbeitern implizit die Fähigkeit abgesprochen, die Soziale Frage mit ihrer Problematik bis zum Kern und den letzten sich daraus ergebenden Konsequenzen zu erfassen. Andererseits ergab sich daraus weitergehend, dass sie auch nicht in der Lage sein konnten, sich ohne Anleitung von den Gebildeten selbst helfen zu können. Dahinter

---

76 Ebd., S. 186.
77 Vgl. Kap. 5.3.3. dieser Arbeit.
78 Vgl. Kap. 5.3.2. dieser Arbeit.
79 Vgl. zur Assoziation auch: Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (Diss. 1975), S. 362 – 369. Hier bezogen auf Württemberg.
80 Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 41.

war die im 19. Jahrhundert weit verbreitete Sichtweise zu erkennen, dass „der Fabrikarbeiter […] in Allem, was den Menschen zum Menschen macht“[81] unwissend war und „ihm […] die sittigende Bildung“[82] fehlte. Diese Sichtweise hatte vermutlich in preußischen Gebieten eine besonders starke Verbreitung. In Württemberg waren sicherlich Arbeiter auch nicht in dem Maße gebildet, wie Angehörige aus dem Bürgertum. Immerhin hatten sie eine bessere Volksschulbildung und somit war die Betonung des so fortschrittlichen preußischen Schulwesens kritisch zu sehen.[83] Bereits in der Großen Kirchenordnung Herzog Christophs aus dem Jahr 1559 wurde in einem besonderen Kapitel über die „Teutschen Schulen“ gesprochen und eine staatlichen Schulpflicht für alle Kinder im Alter von drei bis acht Jahren festgelegt. Die staatliche Verwaltung hatte darüber Aufsicht zu führen.[84] Diese Anordnung der allgemeinen Schulpflicht fußte auf einer älteren Schulordnung des Landesherrn aus dem Jahr 1547, die jedoch nicht erhalten ist.[85] Im Jahr 1649 hatte Herzog Eberhard III. ein Generalreskript erlassen, in dem den Eltern aller Kinder die Verpflichtung auferlegt wurde, ihre Kinder in die Schule zu schicken.[86] Dennoch beinhaltete die Forderung nach einer Verpflichtung der Gebildeten zur Hilfe für die Arbeiter einen weiteren Faktor, der von der Schulbildung unabhängig war. Es wurde bezweckt, die als richtig und notwendig erachtete Hilfe zur Selbsthilfe der Arbeiterschaft im Rahmen der anerkannten, überkommenen Gesellschaftordnung zu etablieren. Die Arbeiterschaft sollte also als neuer Stand integriert werden, ohne eine Veränderung und Anpassung der Gesellschaftsordnung an die gewandelten Zeitumstände zu vollziehen. Die zu lösende Aufgabe wurde als nicht einfach erkannt, wodurch den Gebildeten zugleich die Funktion von Erziehern zuteilwerden

---

81 Fallati, Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1, 1844, S. 766.

82 Ebd., S. 766; vgl. auch: ebd., S. 746. Im Kern ging es also darum, den Verein zur Hebung der Arbeiter zu verwenden. Vgl. Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (Diss. 1975), S. 350 – 353.

83 Vgl. Widmer, Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts (2004), S. 400.

84 Vgl. ebd., S. 399 mit Anm. 1549. Vgl. weiter Adrion, Schul-Anfang im Herzogtum Württemberg (1991), S. 14; Bauer, Die große Kirchenordnung: Konzeption und Aufbau eines Bildungswesens unter Herzog Christoph (^{3}1987), S. 46 f.

85 Vgl. Bauer, Unter Herzog Ulrich. Anfänge eines staatlichen Bildungswesens in Württemberg (^{3}1987), S. 39.

86 Vgl. Widmer, Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts (2004), S. 402; vgl. weiter: Bauer; Schuster, Die Orthodoxie in Württemberg, Reformbestrebungen und der Dreißigjährige Krieg (^{3}1987), S. 77 f. Dort wird als Jahr der Verordnung allerdings 1648 angegeben. Vgl. insgesamt zum Schulwesen im 19. Jahrhundert: Widmer, Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts (2004), S. 398 – 412. Vgl. weiter: Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg (1976), S. 17.

sollte.[87] Aus Sicht der Gebildeten bestand die soziale Gefahr in der sozialdemokratischen Lehre. Nach Auffassung der Sozialdemokratie, so das herrschende Vorurteil beim Bürgertum, war es dem Arbeiter unmöglich, seine soziale Lage im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung dauerhaft zu verbessern.[88] Die Konsequenz aus dieser Lehre war die Herausbildung einer sozialrevolutionären Gesinnung „und die aus dieser entspringenden sozialen Revolutionen und Reaktionen sind es, welche die Kultur und Machtstellung der Nationen gefährden.“[89] Die Kooperation im Sinne von gemeinsamer Zusammenarbeit erschien den oberen Klassen als das probateste Mittel zur Abhilfe. In diesem Zusammenhang wurde wiederum betont, dass das „vereinigte Zusammenwirken auf die richtige Weise geschehe“.[90] Es sollte also auf jeden Fall ein Umsturz vermieden und stattdessen eine Reform innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung durchgeführt werden. Eine solche Reform konnte auf der Grundlage dieser Auffassung nur eine zwingende Folge der Vereinigung der Kräfte sein, weshalb alles auf deren Lenkung in die anerkannten, richtigen Bahnen ankam.[91]

Das Phänomen der Arbeitergenossenschaften wurde in Deutschland selbst von den Zeitgenossen als relativ neuartig empfunden. Arbeitergenossenschaften waren im Gefolge der Revolution von 1848 entstanden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Arbeiter auf die kirchliche Armenpflege angewiesen, wenn sie Hilfe bedurften. Insbesondere das Recht auf Arbeit wurde seit 1848 anerkannt und zugleich dem Staat die Pflicht auferlegt, für die Arbeiterschaft zu sorgen. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch niemandem klar, wie genau die Forderungen auszusehen hatten.[92]

Im Zuge der Ereignisse des Jahres 1848 hatten sich allerorts Arbeitervereine gebildet. Deren Mehrheit hatte sich auf einem allgemeinen Arbeiterkongress 1848 in Berlin in der dort gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ zusammengeschlossen.[93] Daneben hatten sie auf demselben Kongress die Bildung eines kombinierten Komitees beschlossen, das auf einem hochkomplizierten System beruhte. Allein aufgrund der Komplexität des Angedachten musste sich dieser, im

---

87 Vgl. Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 41.

88 Vgl. Brentano, Die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage (1890). In: Brentano, Der tätige Mensch und die Wissenschaft von der Wirtschaft (2006), S. 69.

89 Brentano, Die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage (1890). In: Brentano, Der tätige Mensch und die Wissenschaft von der Wirtschaft (2006), S. 69.

90 Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 41.

91 Vgl. ebd., S. 41.

92 Vgl. ebd., S. 122 f.

93 Vgl. Hahn; Berding, Reformen, Restauration und Revolution. 1806 - 1848/49 (^{10}2010), S. 580. Vgl. ebenfalls: Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 124.

Grunde sinnvoller Gedanke als undurchführbar erweisen. Parallel dazu hatte sich die Handwerkerschaft in Vereinen gesammelt, die das Ziel der Restitution der Zunftverfassung hatten. Beide Initiativen waren im Grundsatz gute und wichtige Schritte auf dem Weg der Hilfe zur Selbsthilfe. Allerdings waren sie beide wenig alltagstauglich, da sie auf zu komplizierten bzw. überholten Gedanken fußten.[94]

Das zukunftsträchtige Modell war das Genossenschaftswesen,[95] das in Deutschland ebenfalls im Gefolge der Ereignisse von 1848 Einzug hielt. Das grundsätzlich Andere war sein langsamer Aufbau von unten.[96] Den bahnbrechenden Schritt machte Herr Schulze aus Delitzsch in Gemeinschaft mit einigen Freunden, indem er die Initiative zur Gründung einer Arbeiterassoziation ergriff.

Die ersten Arbeitergenossenschaften hatten eine genau definierte wirtschaftliche Zweckbestimmung, die an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst war. Auf der Grundlage der hierbei gewonnenen Erfahrungen wurden die nachmalige Vervollkommnung und der Ausbau des Genossenschaftswesens ins Auge gefasst. Das Ziel war es, aus den bei diesem ersten Versuch gemachten Erfahrungen zu lernen.[97]

Zuerst wurde als Grundlage dieser ersten Arbeitergenossenschaft eine Kranken- und Sterbekasse ins Leben gerufen. Damit sollten unmittelbar die Existenz der Arbeiter und ihrer Familie bedrohende Faktoren abgemildert werden. Hierbei ging die Initiative von Schulze aus, der diese Form der ersten Assoziation in Delitzsch aufbaute. Das Besondere daran war, dass die Mitglieder des Krankenvereins sich freiwillig an der Sterbekasse beteiligen konnten, jedoch kein Zwang dazu bestand. Außerdem konnte die Sterbekasse den Mitgliedern die Vorteile aus einer solchen genossenschaftlichen Verbindung deutlich vor Augen führen und zu weiteren genossenschaftlichen Verbindungen ermutigen.[98]

Zwischen diesen ersten Assoziationen und den nachmaligen Konsumvereinen standen Sparvereine im Sinne einer Übergangs- oder Zwischenstufe. Sie hatten den Zweck, „durch allmälige, meist wöchentliche Beiträge eine größere Summe zu-

---

94 Vgl. Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 124.

95 Vgl. ebd., S. 124; vgl. auch: Reulecke, Formen bürgerlich sozialen Engagements in Deutschland und England (1986), 278.

96 Vgl. Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 125.

97 Vgl. ebd., S. 125.

98 Vgl. ebd., S. 126 f.

sammenzubringen, mit Hülfe derer der Ankauf der Lebensbedürfnisse im Großen stattfinden soll“.[99]

Mit den Sparvereinen war der erste Schritt zur Konsumvereinsbewegung getan. Das dahinter stehende Prinzip bestand im Großeinkauf von guten Produkten zu Großhandelspreisen, die dann unter Weitergabe des Preisvorteils an die Mitglieder veräußert wurden. Dabei wurde versucht, einen mäßigen Gewinn zu erzielen. Die Vorteile waren dennoch spürbar, da die Mitglieder auf diese Weise immer noch preisgünstiger einkaufen konnten, als sonst üblich.[100] Das Sortiment beschränkte sich anfangs auf Güter des täglichen Gebrauchs wie „Mehl, Oel, Brennmaterialien und häufig auch Fleisch.“[101] Die Konsumvereine verhinderten zwar nicht, dass der Arbeiter seinen Lohn wieder ausgab. Dennoch wurde indirekt die Sparsamkeit gefördert, indem den Mitgliedern die positive Wirkung gemeinsamen Tuns verdeutlicht wurde.[102]

Bis 1900 gab es in der Regel nur bürgerliche Konsumvereine, erst danach kam es zu einem Wandel. Die Konsumgenossenschaften basierten im Grundsatz auf sozialliberalen Ideen, weshalb die Sozialdemokratie auf den Konsumvereinsgedanken negativ reagierte. In dieser Reaktion war einerseits „eine Folge der Nachwirkung des Lassalle’schen ‚ehernen Lohngesetzes,‘“[103] andererseits „eine Folge der Überlegung, dass durch solche Einrichtungen der Klassenkampf entschärft und das sozialistische Endziel verwässert werden könnte“[104] zu erkennen. Um 1900 wurden vermehrt sozialdemokratische bzw. in einer Gewerkschaft zusammengeschlossene Arbeiter Mitglieder in lokalen Konsumvereinen. Sofern bestehende Vereine nicht gespalten wurden, kam es nach 1902 zu Neugründungen sozialistischer Arbeiter-Konsumvereine. Danach wuchsen die Arbeiter-Konsumvereine sprunghaft an und übertrafen schließlich die bürgerlich-mittelständisch geprägten ursprünglichen Konsumgenossenschaften.[105]

Unter den Genossenschaften waren die so genannten Vorschussvereine am weitesten in Deutschland verbreitet. Sie „behielten mehr den Charakter von Unterstützungscassen, als von wirklichen Darlehnsbanken, und die Gelder wurden stets mehr

---

99 Ebd., S. 127.
100 Vgl. ebd., S. 127. Vgl. auch: Pfeiffer, Die Consumvereine (1865), S. 60
101 Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 127.
102 Vgl. ebd., S. 129. Vgl. ebenso: Pfeiffer, Die Consumvereine (1865), S. 56.
103 Saldern, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse. In: IWK 13, 1977, S. 472
104 Ebd., S. 472.
105 Vgl. ebd., S. 472 f.

als Almosen, wie als Vorschüsse gegeben und genommen.“[106] 1850 reformierte Herr Schulze diese Form der Kassen. Danach wurde von den Darlehnsnehmern Sicherheiten verlangt, so dass dem Missbrauch Einhalt geboten werden konnte. Im Königreich Württemberg gab es 1862 immerhin bereits 3 solcher Vorschussvereine.[107] Der Zweck der Vorschussvereine war die Erleichterung der Existenz von Kleinbetrieben. Diese konnten aufgrund der gegebenen Vorschüsse und den Vorteilen aus Rohstoffvereinen, einer weiteren Assoziationsform, Rohstoffe usw. günstig erwerben und wettbewerbsfähig bleiben. Als Endstufe des Assoziationswesens wurde die genossenschaftliche Produktionsweise bezeichnet, die die noch selbständigen Kleinhandwerker zu einer gemeinschaftlichen Produktionsweise zusammenschließen sollte, ohne dass sie zuvor die Stufe des Proletariats durchlaufen mussten. In der Realisierung dieses Zwecks war die Größe des ganzen Genossenschaftswesens zu erkennen.[108]

Mit der Genossenschaftsbewegung wurde indirekt ein weiterer Problemkreis des Arbeiterlebens angesprochen, die Bildung. Auch für dieses Problem fanden sich Lösungen jenseits des öffentlichen Schulwesens.

Arbeiterbildung, Sozialdemokratie und Gewerkschaft

Die allgemeinen Bildungschancen der arbeitenden Klassen waren generell auf die Volksschule beschränkt. Württemberg war in diesem Bereich wie auch in dem seit 1848 aufgebauten Fortbildungsschulbereich fortschrittlich, so dass hier selbst Arbeiter bessere Bildungs- und Aufstiegschancen hatten.

Die Arbeiterbildung stand außerhalb der konfessionellen Arbeitervereine,[109] in der Hauptsache in Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Dieser Umstand war sehr interessant, da auch die bürgerlichen Sozialreformer die Bedeutung der Bildung erkannt hatten, diese jedoch auf die Genossenschaftsbewegung reduziert sehen wollten.[110]

---

106 Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 132. Vgl. auch: Tenfelde, Arbeiter, Bürger, Städte (2012), S. 203, der genau den Aspekt der Entstehung der Genossenschaftsbewegung aus den Wohltätigkeitsvereinen betont. Somit ist die Beibehaltung des Unterstützungsgedankens erklärbar war.

107 Vgl. Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 131 – 136.

108 Vgl. ebd., S. 139. Vgl. zu den Rohstoffgenossenschaften: ebd., S. 140 – 144. So gab es demnach 1861 in Württemberg 1 Rohstoffgenossenschaft.

109 Vgl. Kap. 5.3.2. dieser Arbeit.

110 Vgl. Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 62 f.

Im Gefolge der Revolution von 1848 kam es bis 1850/60 in nahezu allen deutschen Staaten zur Begründung von Arbeiter(bildungs)vereinen.[111] Allerdings zeigte sich bereits in der Gründungsphase eine regionale Schwerpunktbildung, wozu auch Württemberg gehörte.[112] Die ersten Arbeitervereine wiesen noch in hohem Maße eine berufsmäßige Untergliederung auf, was jedoch seit 1860 zugunsten einer Öffnung für alle Sparten wegfiel. Bis 1860 bildeten sich ebenso Schwerpunkte hinsichtlich der Zielsetzung der Arbeitervereine. Einerseits gab es vordergründig auf Bildungsfragen ausgerichtete Vereine, andererseits fanden sich vorrangig sozialpolitisch tätige Vereine.[113] Die württembergischen Arbeitervereine hatten ihren Arbeitsschwerpunkt auf dem Bildungsbereich, was in der Regel mit einer Ausklammerung von politischen Themen verbunden war. Gerade die weniger politisch aktiven Arbeitervereine gewannen schließlich an zahlenmäßiger Bedeutung, was Rückschlüsse auf die vorhandenen Grundbedürfnisse der Arbeiterschaft ermöglichte. Am Anfang lag den Arbeitern vermutlich vordergründig an der Verbesserung ihrer Bildung und weniger an einer politischen Partizipation. Sichtbar wurde dieser Aspekt auch an der sehr lockeren Verbindung zwischen den einzelnen Vereinen, die deutlich den individuellen Charakter der gesamten Arbeitervereinsbewegung wiederspiegelte.[114]

Die Arbeitervereine wollten ihren Mitgliedern in erster Linie Bildungsmöglichkeiten bieten. Allerdings konnten sie mit ihren Bemühungen nicht alle Arbeiter erreichen. Vielmehr war es quasi eine Arbeiterelite, die in ihren Freistunden das notwendige Interesse und die dafür ebenso erforderliche Energie aufbrachten, sich geistig wie auch politisch weiterzubilden. Dahinter stand das Bestreben, über die Weiterbildung, einen Schritt zum gesellschaftlichen Aufstieg, zur Integration und zur Verbesserung der eigenen Situation zu unternehmen.[115] In Bezug auf die Bildungsinhalte musste zunächst auf die soziokulturelle Situation der Arbeiter Rücksicht genommen werden. Aus diesem Grund beschränkte sich die Stoffauswahl auf die Wiederholung, Vermittlung und Vertiefung von Elementarkenntnissen aus dem

---

111 Bei den Arbeitervereinen handelte es sich in der Regel um Arbeiter(bildungs)vereine. Der Einfachheit halber wird im weiteren Verlauf von Arbeitervereinen gesprochen.

112 Vgl. Offermann, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung. In: Geschichte und Gesellschaft 13, 1987, S. 445. Vgl. ebenfalls: Ratz, Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano (1997), S. 76; Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 222.

113 Vgl. Offermann, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung. In: Geschichte und Gesellschaft 13, 1987, S. 446.

114 Vgl. ebd., S. 446 f.

115 Vgl. Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 440; Pfeiffer, Die Consumvereine (1865), S. 63 f. Vgl. ebenfalls: Ditt, Fabrikarbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert. In: Geschichte und Gesellschaft 20, 1994, S. 306.

Volksschulbereich. In Ergänzung dazu mussten Interessenschwerpunkte der Arbeiter berücksichtigt werden, was sich beispielsweise an der häufigen Behandlung naturwissenschaftlich-entwicklungsgeschichtlicher Themen zeigte. Im Gegensatz dazu konnten eigentlich sozialistische Bildungskonzeptionen nicht realisiert werden.[116]

Die Führungspersönlichkeiten der Arbeitervereine erkannten bei ihren Mitgliedern das offensichtlich vorhandene Bedürfnis nach Bildung. Um auch dem sozialistischen Ziel dieser Vereine gerechter werden zu können, kam es im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zu einem starken Ausbau des Engagements im Bildungsbereich. Dahinter stand weitergehend das Ziel, „die Bildungsarbeit stärker auf das Interesse von (sozialdemokratischer) Partei und Gewerkschaften zu orientieren".[117] Allerdings bestand dessen ungeachtet bis zum ersten Weltkrieg eine Neigung zu einer vielseitigen kulturell-elementarbildenden Sorge für die Mitglieder. Dennoch waren „Vortragswesen und Arbeiterbibliotheken, wo des Proletariers ‚Klasseninstinkt zu klarerer Erkenntnis der Ziele und der Wege'[118] geläutert werden sollte"[119] ein zentraler Faktor der Bildungsarbeit.

Der Bereich der umfassenderen Bildung wissbegieriger Arbeiter wurde hingegen zum großen Teil nicht-sozialistischen Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung überlassen. Diese Arbeitergruppe bildete sich hauptsächlich an Volkshochschulen, populärwissenschaftlichen Universitätskursen, aber auch studentischen Arbeiterunterrichtskursen fort.[120] Hierbei bestand die Beteiligung der Arbeitervereine und Gewerkschaften in der Werbung und dem Kartenverkauf für diese Veranstaltungen.

---

116 Vgl. Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 440 f.; vgl. auch: ebd., S. 447 f.

117 Ebd., S. 442.

118 Otto Bauer, Die Arbeiterbibliothek. In: Der Kampf 1, 1907/08, S. 48, zitiert nach Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 443.

119 Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 443. Vgl. auch: Lidtke, Die kulturelle Bedeutung der Arbeitervereine (1973), S. 147 f.

120 So beispielsweise auch in Stuttgart, wo im Zeitraum von 1904 und 1910/11 solche Kurse durchgeführt wurden. Vgl. Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 449.

Aufgrund dieser, doch sehr vielseitigen Maßnahmen seitens der sozialistischen Arbeitervereine kam es bis 1914 zur Erweiterung der ursprünglich „politisch-gewerkschaftlichen Interessenorganisation zur sozialistischen Lebensgemeinschaft.“[121] Es entstand sogar ein regelrechtes Netzwerk, was sich in den unterschiedlichsten Formen von kulturellen Organisationen,[122] Freizeitvereinen,[123] Maßnahmen der organisierten Nächstenliebe,[124] Kassen und Versicherungen,[125] sowie in den unterschiedlichsten Jugendorganisationen[126] zeigte.

In den Arbeitervereinen herrschte das Gefühl, Teil einer starken Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zu sein, das auch durch die ausgedehnte sozialistische Festkultur befestigt wurde. Diese Veranstaltungen zeichneten sich in besonderem Maße dadurch aus, „ein starkes Gemeinschaftsgefühl und einen optimistischen Zukunftsglauben hervorzurufen.“[127] Interessanterweise deckten sich kirchliche Veranstaltungen in genauso vielen Punkten mit denen der Arbeitervereine wie sie sich von diesen unterschieden. Viel bedeutungsvoller und folgenreicher war jedoch der Umstand, dass „die Arbeitervereine, besonders mit ihren Feiern und Festen, den Arbeitern und ihren Gesinnungsgenossen das Gefühl sozialer und menschlicher Gemeinschaft“[128] gaben. Den Kirchen gelang dieser so wichtige Schritt aufgrund ideologischer wie auch gesellschaftlich-menschlicher Vorbehalte nicht.

Unter diesem Gesichtspunkt war es wenig verwunderlich, dass sich das „aufsteigende Arbeitertum […] in der Sozialdemokratie“[129] seine Vertreter gesucht hatte, wie die stetig wachsenden Erfolge bei den Reichstagswahlen zeigten. Insbesonders die industrialisierteren Gebiete zeigten enorme Wachstumswerte der Sozialdemokratie.[130] Trotzdem konnte die Sozialdemokratie nicht alle Arbeiter für sich gewinnen und war, bezogen auf Württemberg, im vordergründig evangelischen Altwürttemberg am erfolgreichsten. Die Ursache lag darin, dass „die evangelische Kirche,

---

121 Langewiesche, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich (1979), S. 442.

122 Vgl. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse. In: IWK 13, 1977, S. 473 f. Daneben gab es noch verschiedene andere Konzepte sozialistischer Realpolitik, deren ausführliche Behandlung zu weit führen würde. Vgl. hierzu: Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (2007), S. 46 – 50.

123 Vgl. Saldern, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse. In: IWK 13, 1977, S. 474.

124 Vgl. ebd., S. 474 – 476.

125 Vgl. ebd., S. 476.

126 Vgl. ebd., S. 476. Vgl. zum vorstehend Gesagten auch: Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg (1976), S. 23.

127 Lidtke, Die kulturelle Bedeutung der Arbeitervereine (1973), S. 148.

128 Ebd., S. 148.

129 Losch, Württembergische Gegenwartsfragen und Zukuftssorgen (^{2}1903), S. 21.

130 Vgl. Losch, Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 (1912), S. 389 – 391.

konservativ an den monarchischen Staat gebunden, bürgerliche Kirche blieb.“[131] Aus diesem Grund berücksichtigte sie bei ihrer Arbeit nicht die mit der Sozialen Frage verbundene Problematik und bot als einzige Hilfen die Volksevangelisierung sowie die Armenpflege im Sinne der Inneren Mission an.[132]

In Württemberg kam es zu einer relativ späten Entwicklung der Sozialdemokratie,[133] was auch dazu führte, dass das Land in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nie eine Rolle spielte.[134] Der erste Arbeiterbildungsverein war kurz nach 1848 in Stuttgart entstanden. Dabei war nicht die Durchsetzung sozialrevolutionärer Ideen, sondern vielmehr der sozialreformierende Ansatz das Ziel der Bestrebungen.[135] 1852 wurde auch in Württemberg die Reaktion in der Unterdrückung der Volks- und Arbeitervereine spürbar, ohne jedoch den formlosen und verdeckten Fortbestand der Vereine „in Stuttgart, Esslingen,[136] Göppingen und Ulm“[137] unterbinden zu können.

Bei der Sozialdemokratie konnten, ungeachtet der Repression und des seit 1878 in Kraft getretenen Sozialistengesetzes verschiedene Kontinuitätsstränge in personeller, ideologischer sowie organisatorischer Hinsicht fortbestehen. Somit war es von Staatswegen nicht gelungen, die Etablierung der Sozialdemokratie in Form des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) in Württemberg zu verhindern.[138] Bis 1872 waren seine Erfolge jedoch vorwiegend auf Stuttgart begrenzt. Seine Begründung verdankte der ADAV dem „Fehlen einer demokratischen Partei, ja demokratischen Bewegung in Preußen,“[139] weshalb er „den Führungsanspruch des Bürgertums gegenüber der Arbeiterschaft grundsätzlich in Frage“[140] stellen konnte. In Württemberg konnte die 1869 in Eisenach begründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) eine Lücke besetzen,[141] die aufgrund des 1870 auf dem 1. Kongress der SDAP in Stuttgart gefassten Entschlusses, mit keiner anderen

---

131 Köllmann, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850 - 1914 (1972), S. 436.

132 Vgl. ebd., S. 436 mit Anm. 42.

133 Vgl. Kocka, Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich (1983), S. 13.

134 Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), 16.

135 Vgl. Dowe, Deutschland (1983), S. 93.

136 Vgl. zur Gründung des Ortsvereins der SDAP 1872 in Esslingen: Pospiech, Julius Motteler (1977), S. 78 – 83.

137 Dowe, Deutschland (1983), S. 94. Vgl. auch a.a.O. Anm. 66. Vgl. weiter: Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 42 – 49; 52 – 58.

138 Vgl. Dowe, Deutschland (1983), S. 94; Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890 (1984). Bd. 1, S. 124.

139 Dowe, Deutschland (1983), S. 95.

140 Ebd., S. 95.

141 Vgl. Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 158; 172 – 180.

Partei eine Verbindung bzw. Übereinkünfte eingehen zu wollen, entstanden war.[142] Dennoch kam es auf Lokalebene in der praktischen Arbeit oftmals zu einer pragmatischen Zusammenarbeit mit den Demokraten.[143] Diese intensive Kooperation zwischen den Arbeitervereinen und der demokratischen Volkspartei war als Grund für die ziemliche Herabsetzung der sozialdemokratischen Chancen und der starken Beeinträchtigung ihrer Durchschlagkraft zu sehen.[144] Ihr eigentlicher Aufstieg begann erst, „nachdem die Volkspartei an den politischen Entwicklungen des Krieges (von 1870/71) zerbrochen und damit der spezifisch württembergischen Tradition der Aktionsgemeinschaft zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlicher Demokratie der Boden entzogen worden war."[145]

Der zentrale Aspekt der ideologischen Diskussionen im Zeitraum zwischen 1870 und 1890 war die Suche nach Mitteln und Wegen zur Lösung der Sozialen Frage. In Württemberg war bekanntermaßen das Arbeitermilieu wenig entwickelt, was die Entstehung eines Proletariats im landläufigen Sinn verhindert hat. Dieser Faktor, wie auch ein tiefes Misstrauen und eine mehrheitliche Ablehnung der Sozialdemokratie seitens der Bevölkerung, waren ursächlich für den deutlichen Rückstand bei den Reichstagswahlen.[146]

Neben den Arbeitervereinen waren es vor allem die Gewerkschaften, die sich für die Belange der Arbeiter einsetzten. In diesem Zusammenhang leisteten die Könige Karl und Wilhelm II. eine vorbildliche Regierungsarbeit. Beide Regenten hatten bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Repressionen gegen die Arbeiterbewegung eingeschränkt. Stattdessen hatten sie „das Recht der Arbeiter auf politische und gewerkschaftliche Organisation und Vertretung ihrer Interessen"[147] anerkannt. Trotzdem waren die Gewerkschaften bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine Organisationen der Massen, sondern „kleine(r), aktivistische(r) Eliten von Facharbeitern in Anlehnung an politische Parteien, die Sozialdemokratie und den Freisinn".[148] Mit dem Schritt zur Massenorganisation rückte die parteipolitische Ausrichtung in den

142 Vgl. Dowe, Deutschland (1983), S. 98 mit Anm. 82.

143 Vgl. ebd., S. 98 mit Anm. 85. Vgl. ebenso Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 237 f. u. ö.

144 Vgl. Ratz, Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano (1997), S. 76; Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg (1976), S. 26.

145 Ratz, Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano (1997), S. 76.

146 Vgl. Pahl, die Kirche im Dorf (2006), S. 223; Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 262.

147 Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 501.

148 Born, Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts (^{2}1981), S. 496.

Hintergrund. Letztlich konnte deshalb unter den drei großen Gewerkschaftsrichtungen in Hinblick auf Organisation und praktische Tätigkeit kein Unterschied mehr festgestellt werden.[149] Mit den ersten gewerkschaftlichen Verbindungen versuchten sich die Arbeiter gegen die unternehmerische Willkür zur Wehr zu setzen und für Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen.[150] Zeitgleich mit dem Aufstieg der Gewerkschaften zur Massenorganisation veränderte sich die unternehmerische Einstellung in Bezug auf die Arbeitervertretung. Die harsche Ablehnung seitens der Unternehmer wurde allmählich revidiert, so dass vermehrt direkte Verhandlungen ermöglicht wurden. Schließlich kam es sogar zur Durchsetzung des „Gedanken(s) des kollektiven Tarifvertrages zwischen den Organisationen, bzw. zwischen Organisationen und Betrieben."[151] Am Ende dieser Entwicklung stand die gegenseitige Anerkennung als gleichberechtigte Partner, was die Zielsetzung der Gewerkschaftsarbeit auf die Verbesserung der tariflichen Absprachen fokussieren ließ.[152] Mit dieser Entwicklung ging zugleich die weitgehende Überwindung der „sozialen und politischen Außenseitersituation der deutschen Arbeiterschicht"[153] noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs einher. Die Arbeiterschaft war weitgehend in die Gesellschaft integriert, auch wenn die sozialen Konflikte lediglich entspannt worden waren. Wesentlich für das Gelingen dieses Schritts war der Gesinnungswandel innerhalb der Arbeiterschaft, die sich gleichermaßen in Bezug auf ihre soziale wie politische Haltung fortentwickelt hatte.[154]

Die Arbeiterschaft hat sich als sehr vielfältig schattiert erwiesen. Schließlich soll noch ein Faktor erwähnt werden, der ebenfalls Teil des Privatlebens der Arbeiter war. Es handelt sich dabei um das gleichermaßen im Gesamtkontext wichtige und bereits von Zeitgenossen problematisierte Thema Entkirchlichung.

Entkirchlichung

Im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts gab es mehrere strukturelle Wandlungsprozesse innerhalb der herrschenden Gesellschaftsordnung. Ein solcher Prozess war der der Entkirchlichung. Dieser Wandel ließ sich anhand einer Vielzahl statistischer wie auch beschreibender Anhaltspunkte seit ca. 1750 bemerken. Er war symptoma-

149 Vgl. ebd., S. 496.
150 Vgl. Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg (1976), S. 23.
151 Köllmann, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft (1972), S. 444.
152 Vgl. ebd., S. 444. Vgl. auch Langewiesche; Schönhoven, Zur Lebensweise von Arbeitern in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung (1981), S. 32.
153 Köllmann, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft (1972), S. 445.
154 Vgl. ebd., S. 445.

tisch für die elementare geistige wie soziale Krise innerhalb der evangelischen Kirche.[155] Ihren Höhepunkt erlebte der Entkirchlichungsprozess mit der massiven Kirchenaustrittsbewegung der Industriearbeiterschaft um 1900.[156] Dennoch war es kein reines Phänomen der Industrialisierung. Im Verlauf des Vormärz kam es wahrscheinlich, bedingt durch eine Vielzahl neuartiger Religionsgemeinschaften außerhalb der verfassten Kirchen vielmehr zu einer „‚Regenerationsperiode' kirchlichen Einflusses".[157] Bis zum Ersten Weltkrieg kam es zum schubweisen Anstieg der Entfremdung der Arbeiter von den Kirchen, wobei sich ein Stadt-Land-Gefälle bemerkbar machte. Diese Entwicklung wurde durch die fortschreitende Urbanisierung zusätzlich gefördert.[158]

Unter dem Begriff Entkirchlichung wurden mehrere signifikante Faktoren subsumiert. Am auffälligsten war der stetige Rückgang des Kirchen- und Abendmahlsbesuch durch die Gemeindeglieder. Nicht weniger problematisch wurde die wachsende Kritik der christlichen Glaubenslehre durch Laien gesehen. Hinzu trat noch der Rückzug der Gemeindeglieder aus dem aktiven Gemeindeleben. Mit diesen Faktoren ging eine seit ca. 1850 anwachsende Kirchenaustrittsbewegung bzw. die Vermeidung sowohl des kirchlichen Taufsakraments als auch der kirchlichen Trauung einher.[159]

Diese Verfallserscheinung subsumierten bereits die Zeitgenossen unter Begriffen wie „‚Unkirchlichkeit' bzw. ‚Entkirchlichung'".[160] Im Wesentlichen war darunter das Nachlassen der Mitwirkung der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen am Kirchenleben zu verstehen. Aus Sicht der Kirchenleitung musste jedoch die damit verbundenen nachlassenden Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Arbeiterschaft als der gravierendste Faktor empfunden werden. In Bezug auf die Erscheinungsweise der Entkirchlichung gab es gruppenspezifische Unterschiede. Insgesamt gesehen fand im Verlauf des Säkularisierungsprozesses eine Ausdifferenzierung „der religiösen Vorstellungen und Verhaltensnormen der gesellschaftlichen Klassen und Stände"[161] statt.

---

155 Vgl. Hölscher, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts (1991), S. 242; Ders., Die Religion des Bürgers. In: HZ 250, 1990, S. 598.

156 Vgl. Schick, Kulturprotestantismus und soziale Frage (1970), S. 12.

157 Ritter; Tenfelde, Arbeiter im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914 (1992), S. 754.

158 Vgl. ebd., S. 754 f.

159 Vgl. Hölscher, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts (1991), S. 242.

160 Ebd., S. 242 mit Anm. 14.

161 Ebd., S. 245.

Für die, besonders bei den Arbeitern vorhandene Kirchenferne gab es verschiedene Motive, die den Zeitgeist des 19. Jahrhunderts deutlich widerspiegelten. Zunächst war die innerstädtische Mobilität breiter Bevölkerungsschichten ein wesentlicher Faktor. Aufgrund der häufigen Wohnungswechsel konnte keine Gemeindebindung mehr entstehen. Zudem waren die einzelnen Parochien nicht an die Bedürfnisse der wachsenden Städte angepasst, so dass es in der Regel zur seelsorgerischen Unterversorgung kam. Gerade bei den Angehörigen des vierten Standes entstand so im Verlauf mehrerer Generationen eine „kirchenferne und hoch apathische religiöse Mentalität."[162] Ein weiterer, konstituierender Faktor der Kirchenferne war der spürbare Abbau traditioneller Formen der Volksfrömmigkeit. Dieser Faktor wurde in erster Linie durch Veränderungen hinsichtlich der religiösen Ideen wie auch Auffassungen bedingt. Hinzu kam die Lösung von althergebrachten Bindungen, die noch in hohem Maße mit der ländlichen Dorfstruktur verbunden waren. Mit dem Zug in die Stadt wurden diese Bindungen zunächst gelockert und schließlich gelöst.[163]

In Hinblick auf die sozialistischen Arbeiter fand eine vermehrte Transformation und Adaptation traditioneller Frömmigkeit aus der zeitgenössischen Bildung statt. Dieser Prozess konnte auch als Individualisierung der Frömmigkeitsformen bezeichnet werden. Der in der sozialistisch-marxistischen Lehre propagierte Atheismus hatte eine in hohem Maße fördernde Wirkung auf die bereits vorhandene „Kirchenferne und Religionsgleichgültigkeit"[164] der Arbeiter. Insgesamt gesehen, war die Einstellung der Arbeiterschaft in religiöser Hinsicht weitgehend nonkonform, was sich darin zeigte, dass sich im 19. Jahrhundert keine Bevölkerungsgruppe gänzlich von der Religion verabschiedet hatte. Dasselbe galt für den Bereich sozialdemokratisch beeinflusster Bevölkerungsgruppen. Diese waren eher der Auffassung Liebknechts oder Dietzgens zugeneigt, „den Sozialismus als neue Religion auf(zu)fassen"[165] als der „von Marx propagierte(n) ersatzlose(n) Abkehr von Religion überhaupt".[166]

Die Arbeiter wiesen zwar eine zumindest partielle Religiosität auf, was jedoch nicht ihren Ausschluss an der Mitwirkung auf der Ebene des Gemeindelebens verhindern

---

162 Ebd., S. 247. Vgl. auch: Ders., Die Religion des Bürgers. In: HZ 250, 1990, S. 604 f.

163 Vgl. Hölscher, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts (1991), S. 249.

164 Hölscher, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts (1991), S. 251 mit Anm. 34.

165 Hölscher, Die Religion des Bürgers. In: HZ 250, 1990, S. 623.

166 Ebd., S. 623. Vgl. auch a.a.O. Anm. 73.

konnte. De facto bedeutete diese Handhabung eine Verweigerung des Mitspracherechts. Die Folge war die seit ca. 1850 bemerkbare Hinwendung eines Großteils der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie.[167] Dahinter war die mangelnde Fähigkeit, der überwiegend bürgerlich dominierten, kirchlichen Institutionen zu erkennen, die Arbeiter zu integrieren. Die Gründe waren offensichtlich. Auf der einen Seite gab es einen eklatanten Mangel an Gotteshäusern und Pfarrern, was eine große Zahl an Gemeindegliedern von der seelsorgerischen Versorgung ausschloss. Die zweite Komponente war die paternalistische Einstellung seitens der Kirchenhierarchie.[168] Zudem zeigten sich Anhaltspunkte in der frühneuzeitlichen Gemeindestruktur für die Eigenart, die Gemeindeleitung dem Pfarrer und den örtlichen Honoratioren zu überlassen. Es gab also sehr viel stärkere Bemühungen um die Gewinnung der höheren, als um die der unteren Bevölkerungsklassen.[169]

Die Kirche hatte also auch auf der Ebene der Gemeinde und im damit verbundenen seelsorgerischen Bereich die geringsten ihrer Glieder vergessen. Gerade diese hatten jedoch kein einfaches Leben, was sich auch sehr offensichtlich an den Arbeitsbedingungen zeigte.

4.3.2. Die Arbeitsbedingungen

Im Verlauf des Industrialisierungsprozesses hatte sich bedingt durch den gesellschaftlichen Strukturwandel die neue Schicht bzw. das neue Berufsbild des Industrie- oder Fabrikarbeiters herausgebildet. Dabei war weder den Zeitgenossen noch den Betroffenen letztlich klar, wer genau zu dieser neuen Gesellschaftsklasse zu zählen war. Diese schon auf der Ebene der Begriffsbestimmung herrschende Unsicherheit spiegelte sich auch in den realen Lebensumständen wider.

Die Arbeiterschaft lebte generell unter sehr schlechten Bedingungen, was analog auch für die Arbeitsbedingungen galt, zumal es keinen Ausgleich zwischen Leben und Arbeit gab. Vielmehr mussten die Arbeiter in der Regel bis zum Tod für den Broterwerb arbeiten. Aus diesem Grund spielten die Faktoren Lohn und Arbeitszeit, Nebenerwerb und Familieneinkommen, Frauen- und Kinderarbeit, sowie die allge-

---

167 Vgl. Hölscher, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts (1991), S. 255.

168 Vgl. ebd., S. 254.

169 Vgl. ebd., S. 254.

meinen Arbeitsbedingungen eine geradezu existentielle Rolle im Leben der Arbeiter des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Der Industrialisierungsprozess mit seinen wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen war für die Zeitgenossen etwas unvorstellbar Neues. Besonders die Schwierigkeit, den Terminus „Fabrikarbeiter" begrifflich zu fassen, offenbarte eindrucksvoll die zeitgenössischen Probleme, dieses Neue zu erfassen und zu verarbeiten. Die Bezeichnung „Fabrikarbeiter" erschien als genauso ungeklärt, wie der Terminus „Fabrik"[170], was sich daran zeigte, dass es noch Anfang der 1880er Jahre keine „allgemein gültige Definition"[171] des Inhalts der Bezeichnung „Fabrik" gab.

Neben dieser terminologischen Problematik war den Zeitgenossen jedoch bereits bewusst, in welchem Maße der Fabrikarbeiter vom Fabrikanten abhängig war. So war der Fabrikarbeiter zwar kurz vor der Jahrhundertwende im Besitz des Wahlrechts und galt als „Mitbürger" im landläufigen Sinne.[172] Andererseits hatte der Fabrikant das Recht, „ihn (d. h. den Arbeiter), den freien Wähler und anderen Mitbürger ohne weitere Formalität mit 14 tägiger Kündigung jederzeit (zu) entlassen."[173] Diese Form der Abhängigkeit wurde sogar als gravierender empfunden, als seinerzeit diejenige der Hintersassen vom Feudalherren, „in den ersten Zeiten der Grafschaft Württemberg."[174] Diese vielempfundene Verfügungsgewalt zeigte sich besonders in Hinblick auf den Lohn.

Lohn

Der Lohn war generell ein bedeutender Faktor im Wirtschaftgefüge. Auf Seiten des Fabrikanten war der Lohn ein Kostenfaktor, den es möglichst gering zu halten galt. Auf Seiten der Arbeiter war der Lohn die Existenzgrundlage, die jedoch bis 1914 nie so hoch war, um sich ein erträgliches Leben gestalten zu können.

Zunächst gab es beträchtliche Lohnunterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten, die im Extremfall teilweise bis zu 600 % ausmachen konnten.[175] Dabei wurde weiter differenziert, so dass es insgesamt eine unterschiedliche Entlohnung von „gelernten, angelernten und ungelernten Arbeitern"[176] gab. Die Lohnhöhe korres-

---

170 Vgl. Ballin, Der Haushalt der arbeitenden Klassen. 1. Teil (1883), S. 23.
171 Ebd., S. 23.
172 Vgl. Losch, Die Arbeitslöhne in Württemberg (1898), S. I 134.
173 Ebd., S. I 134.
174 Ebd., S. I 134.
175 Vgl. Stearns, The Unskilled and Industrialization. In: AfS 16, 1976, S. 249 f.; Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 67.
176 Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 67.

pondierte mit der in der Fabrik ausgeübten Tätigkeit, was die Abstufungen zumindest teilweise erklärte. Insgesamt hatten die ungelernten Arbeiter unter sehr ungünstigen Bedingungen zu leben, wobei noch schlechtere Bedingungen für Tagelöhner und Arbeitskräfte in der Hausindustrie bestanden.[177]

Für Württemberg liegen Lohnindizes für verschiedene Berufsgruppen und Jahre vor.[178] Demnach wurden die handwerklichen Arbeiter eher geringer entlohnt als diejenigen, die auf ihre Kraft angewiesenen waren.[179] Textilarbeiter hingegen stellten sich insgesamt schlechter, da ihre Tageslöhne generell niedriger lagen, als die anderer Berufsgruppen.[180] Demgegenüber fielen bei Metallarbeitern, wie Schmiede, Schlosser, Kupfer- und Messerschmiede, in demselben Zeitraum relativ hohe Löhne auf.[181] Wiederum anders sah es im Bereich der Holzarbeiter[182] aus. Die im handwerklichen Bereich beschäftigten Arbeiter erhielten Löhne, die mit denen der in der Textilindustrie tätigen Arbeitskräfte vergleichbar waren.[183] Im Gegensatz

---

177 Vgl. Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903), S. 9 f.

178 Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 81 f.; 144 f.; 255; 260. Für Württemberg werden Tageslöhne in Mark und Pfennig genannt. In Klammern sind die jeweiligen Zeiträume, für die die Angaben gelten, angegeben.

179 So erhielten Bauarbeiter 1,17 Mark (1830 – 39); 1,31 Mark (1840 – 49), im Vergleich dazu verdienten Zimmerer 1,14 Mark (1830 – 39) und 1,29 Mark (1840 – 49). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 81.
Für den Zeitraum zwischen 1902 und 1913 erhielten in Stuttgart im Baugewerbe Gelernte durchschnittlich 5,70 Mark Tageslohn, Ungelernte durchschnittlich 4,08 Mark. Nach: Ströhlin, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege (1923), S. 15.

180 Baumwollspinnerei: 1,13 Mark (1830 – 39); 1,29 Mark (1840 – 49); 1,43 Mark (1850 - 59); 1,89 Mark (1860 - 65); 2,37 Mark (1872). Wollspinnerei: 1,20 Mark (1830 – 39); 1,23 Mark (1840 – 49); 1,50 Mark (1850 - 59), 1,89 Mark (1860 - 65); 2,66 Mark (1872). Baumwollweberei: 1,09 Mark (1830 - 39); 1,13 Mark (1840 – 49); 1,37 Mark (1850 - 59); 1,71 Mark (1860 - 65); 2,34 Mark (1872). Tuchmanufaktur: 1,13 Mark (1830 - 39); 1,20 Mark (1840 – 49); 1,43 Mark (1850 - 59); 1,89 Mark (1860 - 65); 2,20 Mark (1872). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 81; 144.
In der Textilindustrie verdienten zwischen 1902 und 1913 Gelernte 3,62 Mark, Ungelernte (Arbeiterinnen) 2,75 Mark am Tag. Vgl. Ströhlin, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege (1923), S. 15.

181 Schmiede: 1,00 Mark (1830 - 39); 1,14 Mark (1840 - 49); 1,34 Mark (1850 - 59). Schlosser: 1,11 Mark (1830 - 39); 1,20 Mark (1840 - 49), 1,40 Mark (1850 - 59). Kupferschmiede: 1,09 Mark (1830 - 39); 1,23 Mark (1840 - 49), 1,43 Mark (1850 - 59). Messerschmiede: 1,11 Mark (1830 - 39); 1,23 Mark (1840 - 49); 1,43 Mark (1850 - 59). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 82.
Im Metallgewerbe verdienten zwischen 1902 und 1913 Gelernte 5,54 Mark, Ungelernte 3,95 Mark pro Tag. Vgl. Ströhlin, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege (1923), S. 15.

182 Für diese Gruppe Arbeiter wurden für den Zeitraum zwischen 1902 und 1913 folgende Tageslöhne von Gelernten und Ungelernten angegeben, ohne eine weitere Differenzierung zu machen. Demnach verdienten Gelernte 5,20 Mark, Ungelernte 4,08 Mark am Tag. Vgl. Ströhlin, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege (1923), S. 15.

183 Schreiner: 1,06 Mark (1830 - 39); 1,20 Mark (1840 - 59); 1,40 Mark (1850 - 59); 1,71 Mark (1860 - 65); 2,37 Mark (1872); 2,21 Mark (1881). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 82; 145; 255.

dazu erhielten Beschäftigte der Luxusgüterindustrie, gemessen an den übrigen Lohnsätzen geradezu sagenhafte Löhne.[184] Umso schmerzlicher mussten Lohneinbußen, die die Arbeiter in Pianofabriken bis 1882 hinnehmen mussten, empfunden werden. Ebenfalls finanziell relativ gut gestellt waren Druckereiarbeiter, deren Löhne im Vergleich mit den anderen Arbeitergruppen am höchsten waren und zudem das hohe Niveau halten konnten.[185] Daran gemessen waren die Beschäftigten in der chemischen Industrie in einem mittleren Lohnniveau anzusiedeln.[186]

Insgesamt gesehen waren die Löhne in Württemberg relativ hoch, allerdings angesichts der, vor allem auch im großstädtischen Umfeld außerordentlich hohen Lebenshaltungskosten in Württemberg trotzdem noch kümmerlich.[187] Aufgrund der Kombination aus Spitzenlöhnen und der Möglichkeit des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs konnte sich in Württemberg kein Proletariat in dem Maße, wie anderenorts ausbilden. Darüber hinaus wurde bereits 1898 festgestellt, „daß alle Ziffern auf eine ganz erhebliche wirtschaftliche (durchschnittliche) Besserstellung der […] Lohnarbeiterschaft hinweisen."[188] Allerdings handelt es sich hierbei um Durchschnittszahlen, die schon aus zeitgenössischer Sicht, „überhaupt kein zutreffendes Bild (ergeben), weil hohe und sehr hohe Löhne einer Minderheit dasselbe vollständig verschieben und die Lage der Mehrheit besser erscheinen lassen können, als sie es in der Tat ist."[189] Ebenso gaben diese Zahlen keine Anhaltspunkte über den Jahresverdienst, wobei die Arbeiter zudem in der Regel nicht an jedem Arbeitstag auch tatsächlich Arbeit hatten.[190] Somit waren vermutlich die meisten der württembergischen Arbeiter dennoch nicht in der Lage, ihre Familie mit einem Lohn alleine zu unterhalten. In der Regel musste zur Existenzsicherung zumindest eine Gelegenheit zum Nebenwerb vorhanden sein.

---

184 Holzarbeiter in Pianofabriken: 1,54 Mark (1830 - 39); 1,77 Mark (1840 - 49); 4,14 Mark (1872); 3,00 Mark (1881). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 82; 145; 255.

185 Druckereiarbeiter: 1,89 Mark (1820 - 29); 2,14 Mark (1830 - 39). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 82. Vgl. auch: ebd., S. 145.

186 Bei der Annahme von 313 Arbeitstagen ergaben sich folgende Tageslöhne: 2,18 Mark (1885); 2,22 Mark (1886); 2,28 Mark (1887); 2,37 Mark (1888); 2,53 Mark (1889); 2,39 Mark (1890); 2,43 Mark (1891); 2,47 Mark (1892); 2,45 Mark (1893); 2,48 Mark (1894); 2,49 Mark (1895); 2,57 Mark (1896). Nach: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1 (^{3}1947), S. 260.

187 Vgl. Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 33.

188 Losch, Die Arbeitslöhne in Württemberg (1898), S. I 172. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

189 Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903), S. 8.

190 Vgl. ebd., S. 10.

Nebenerwerb und Familieneinkommen

Angesichts der großen Schwankungen bei Löhnen wie auch der hohen Lebenshaltungskosten, waren Nebeneinkünfte zwangsweise von einer evidenten wirtschaftlich-sozialen Bedeutung.[191] Dabei gab es jedoch beträchtliche Unterschiede. Im landwirtschaftlichen und heimgewerblichen Bereich erworbene Nebeneinkünfte waren in der Regel gering entlohnt. Freilich lagen die Möglichkeiten eines Nebenerwerbs genau in diesen Bereichen, weshalb mitunter mehrere Nebenerwerbstätigkeiten nebeneinander ausgeübt werden mussten.[192]

Wenn der Verdienst des Ernährers zu gering war, um die mitunter sehr große Familie zu unterhalten, dann war es eine zwingende Erfordernis, dass Familienangehörige ebenfalls einer bezahlten Arbeit nachgingen. In der Regel mussten die Frauen einem Erwerb nachgehen, trotzdem war auch Kinderarbeit sehr verbreitet.[193] Aus der Summe des Verdiensts der Eltern und ihrer Kinder setzte sich das so genannte Familieneinkommen zusammen. Dabei reichte jeder einzelne Lohnsatz für sich gesehen in keinem Fall aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Für die Arbeiterschaft war die Erwerbstätigkeit aller Familienmitglieder also zwingend, da „die meisten Männerlöhne, zumindest in den unteren Kategorien, höchstens zur Erhaltung einer Person ausreichten und, sobald eine Familie zu erhalten war, ergänzt werden mussten.“[194] Obwohl diese Tatsache zwar offensichtlich war, war sie den gebildeten Schichten trotzdem nur wenig ins Bewusstsein getreten. Während der Industrialisierung war jede Arbeiterfamilie daher auf den Lohn des Vaters und mindestens eines weiteren, wenn nicht gar aller Familienmitglieder angewiesen. Somit war Frauen- und Kinderarbeit nicht nur das gesamte 19. Jahrhundert, sondern bis 1914 zumindest teilweise die Regel.[195]

Frauen- und Kinderarbeit

Die Frauen hatten mit ihrem Zuverdienst eine wichtige Funktion im Wirtschaftsgefüge wahrgenommen. Einerseits war es für die Familien überlebenswichtig, dass die Mutter mitverdiente. Andererseits übernahmen Frauen in den Fabriken Hilfsarbeiten, zu denen sie aufgrund ihrer Statur besonders geeignet waren. Sie wurden

---

191 Vgl. Hentschel, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in Sachsen, Baden und Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg. In: VSWG 66, 1979, S. 65.

192 Vgl. ebd., S. 69.

193 Vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 405; 407.

194 Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 70.

195 Vgl. ebd., S. 70.

dort in der Regel als ungelernte Arbeiterinnen beschäftigt. Ihre Bedeutung zeigten Zahlen für die Großindustrie, nach denen arbeiteten im Jahr 1895 bereits 948 328 gelernte und ungelernte Lohnarbeiterinnen im Deutschen Reich, im Gegensatz dazu waren es 1907 schon 1 456 803.[196] Somit hatte es bei den gelernten Arbeiterinnen einen Anstieg von 30%, bei den ungelernten um 79 % gegeben. Deutlich zeigte sich demnach ein größerer Zuwachs bei den Ungelernten, was wiederum auf eine vermehrte Notwendigkeit zum Zuverdienst hinwies. Dabei gab es ungelernte, weibliche Arbeiterinnen einerseits in jedem Gewerbezweig, also selbst in Gewerben, wie dem Maschinen- und Bergbau.[197] Andererseits machten die ungelernten Arbeiterinnen bis auf den Bereich des Bekleidungsgewerbes die Mehrzahl aller dort Beschäftigten aus.[198] Die Schwerpunkte ungelernter weiblicher Tätigkeit lagen im Spinnstoff- und Reinigungsgewerbe, danach folgten die Papierindustrie, das Bekleidungsgewerbe, die Industrie der Steine und Erden sowie die weiteren, erfassten Gewerbe. Diese Verteilung entsprach den gestellten Anforderungen in den jeweiligen Gewerben, weshalb Bereiche, die vielfach Hilfsarbeiten verlangten, für die Arbeit ungelernter Arbeiterinnen besonders geeignet waren.[199] Dabei wurden Frauen aufgrund ihrer Gesamtsituation in der Hauptsache als ungelernte Arbeiterinnen beschäftigt.[200]

In Bezug auf die Arbeitsbedingungen gab es kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Gelernten und Ungelernten. Alle Arbeitnehmer hatten einen langen Arbeitstag von 11 und mehr Stunden sowie vielfach Nachtarbeit zu leisten. In einer Novelle zur Gewerbeordnung aus dem Jahr 1892 wurde für Frauen sowohl die Nachtarbeit verboten, als auch ein Maximalarbeitstag von 11 Stunden, einschließlich einer zumindest einstündigen Mittagspause, festgelegt.[201] Durch eine weitere Gesetzesnovelle von 1908 wurde die Arbeitszeit für Frauen schließlich auf 10

196 Zahlen nach: Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 102.

197 Vgl. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 102.

198 Spinnstoffgewerbe: 189913 Gelernte, 266993 Ungelernte; Bekleidungsgewerbe: 317795 Gelernte, 57940 Ungelernte; Nahrungsmittel: 67013 Gelernte, 105603 Ungelernte; Reinigung: 21300 Gelernte, 57940 Ungelernte; Industrie der Steine und Erden: 11219 Gelernte, 56841 Ungelernte; Metallverarbeitung: 17880 Gelernte, 44505 Ungelernte; Papierindustrie: 3472 Gelernte, 58444 Ungelernte; Vervielfältigungsgewerbe: 3848 Gelernte, 29524 Ungelernte; Holzindustrie: 8462 Gelernte, 21084 Ungelernte; Maschinenbau: 4981 Gelernte, 28011 Ungelernte; Chemische Industrie: 1043 Gelernte, 21840 Ungelernte: Bergbau: 549 Gelernte, 18597 Ungelernte; Lederindustrie: 2434 Gelernte, 14312 Ungelernte; Baugewerbe: 205 Gelernte, 12941 Ungelernte. Zahlen nach: Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 102. Vgl. auch a.a.O., S. 103.

199 Vgl. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 104.

200 Vgl. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 106.

201 Vgl. Schott, Zahl und Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg im Herbst 1912. In: WJb 1913, S. 735.

Stunden reduziert. Arbeitende Frauen waren in zweifacher Hinsicht belastet, da sie nach der Arbeit noch Haushalt und Kinder zu versorgen hatten. In der Regel begann der Arbeitstag für die Arbeiterinnen früh am Morgen und endete spät am Abend. In manchen Fällen konnten die Frauen zur Mittagszeit der Familie das Essen zubereiten, was jedoch nicht die Regel war.[202] Angesichts der schlechten Entlohnung weiblicher Tätigkeiten waren die Frauen zu Akkordarbeit gezwungen, die vor allem schnell, konzentriert, zumeist pausen- und bedürfnislos sein musste. Die treibende Kraft, alle Beschwerlichkeiten der Arbeit auf sich zu nehmen, war gleichermaßen bei Männern und Frauen die Sorge um die Verdienstmöglichkeit.[203] Bei dieser Art der Arbeit litten Körper und Geist der Frauen, so dass sie vermutlich auch nicht mehr vollständig in der Lage waren, ihren häuslich-mütterlichen Pflichten entsprechend nachzukommen.[204]

Insgesamt arbeiteten viele Frauen bis zu ihrem 20. Lebensjahr in der Fabrik. Danach sank ihr Anteil sehr stark. In der Altersgruppe ab 40 Jahren fand sich schließlich ein vergleichsweise geringer Frauenanteil,[205] der vermutlich durch Heirat bedingt war.[206] Das Ergebnis der Reichsstatistik, nach dem von den schulentlassenen Jugendlichen ein weitaus höherer Prozentsatz an Frauen als an Männern als ungelernte Arbeitskräfte in die Fabrik eintrat unterstrich diese Verteilung. Auch in dieser Personengruppe war höchstwahrscheinlich der Gesichtspunkt einer baldigen Heirat ausschlaggebend, auf eine zeitaufwendige und verdienstlose Lehrzeit zu verzichten.[207]

Nicht immer waren die Arbeiter und Arbeiterinnen beim Eintritt in die Fabrik bereits schulentlassen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert war Kinderarbeit ein weitverbreitetes Phänomen, worauf damalige Erhebungen aufmerksam machten.[208] Nach zeitgenössischer Auffassung war unter Kinderarbeit „die gewohnheitsmäßige tägliche oder periodische Heranziehung von (noch schulpflichtigen) Kinder von unter 14 Jahren nicht zur Lern-, sondern zur Erwerbsarbeit für Eltern, Verwandte oder Fremde zu verstehen, während man als ‚jugendliche Arbeiter' die übrigen

202 Vgl. auch: Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903), S. 16.
203 Vgl. zum Vorstehenden: Gnauck-Kühne, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? (1905), S. 46 f.
204 Vgl. Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform (1903), S. 17.
205 Vgl. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 105 f.
206 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 77.
207 Vgl. Bäumer, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart (1914), S. 106.
208 Vgl. Losch, Die Kinderarbeit in Württemberg (1899), S. I 149.

noch nicht *erwachsenen* Arbeitskräfte anzusprechen gewohnt ist.“[209] Zwar war es in der Landwirtschaft bereits seit jeher üblich, Kinder zur Mitarbeit heranzuziehen, aber im Zuge der Industrialisierung setzte dennoch ein Bedeutungswandel hinsichtlich der Kinderarbeit ein. Aufgrund des technischen Fortschritts und der Arbeitsteilung wurde Kinderarbeit zu diesem Zeitpunkt erst richtig möglich und wirtschaftlich lohnend. Die erweiterten Einsatzmöglichkeiten von Kindern in Fabriken bewirkten einen schnellen Anstieg der Kinderarbeit, was wiederum ein Eingreifen des Gesetzgebers erforderlich machte.[210] Neben den gestiegenen Einsatzmöglichkeiten für Kinder hing der Anstieg der Kinderarbeit auch mit einer gewandelten „Einstellung der Gesellschaft zur Armut, zum Bettel und zu der Beschäftigung von Kindern zusammen.“[211] Kinderarbeit in den Industrieschulen wurde als pädagogisches Mittel angesehen, „Kinder von Müßiggang, Armut und Bettel fern(zu)halten, sie an die Arbeit (zu) gewöhnen, ihnen das moralische Moment der Arbeit zu verdeutlichen, eine Steigerung des Schulbesuchs zu bewirken und schließlich zur Verbilligung der Armenversorgung“[212] beizutragen. Diese Haltung wurde schließlich auch auf die Fabrikarbeit von Kindern ausgedehnt, indem selbst darin noch eine pädagogische Maßnahme erkannt wurde, die Kinder zu ordentlichen Menschen zu erziehen.

Aufgrund dieser Einstellung kam es erst 1878 in Württemberg zum Verbot, Kinder, die das 13. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, in Fabriken zu beschäftigen. Ab dem 14. Lebensjahr durften nur volksschulentlassene Kinder in Fabriken arbeiten. Das Gesetz sah keine Ausnahmen vor und wurde 1903 auch auf „alle Handwerksbetriebe, das Handels- und Verkehrsgewerbe und auf die Schankwirtschaften ausgedehnt“.[213] In diesen Gewerben war eine maximale Beschäftigungsdauer von 3 Stunden pro Tag erlaubt.[214] Allerdings wurde das Gesetz häufig missachtet, weshalb es faktisch weitgehend wirkungslos war, da selbst Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung nicht einfach durchzuführen waren. Erstaunlicherweise waren 1861 nur 1,3% der Fabrikarbeiter unter 14 Jahre alt, was angesichts der in Württemberg feh-

---

209 Losch, Die Kinderarbeit in Württemberg (1899), S. I 149. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats. Die kursive Hervorhebung ist im Original gesperrt gedruckt. Vgl. auch: Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26. 1981, S. 1.

210 Vgl. Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26. 1981, S. 2 mit Anm. 3.

211 Ebd., S. 5 mit Anm. 8.

212 Ebd., S. 6.

213 Ebd., S. 11.

214 Ebd., S. 11.

lenden gesetzlichen Bestimmungen ein relativ geringer Prozentsatz war, der höchstwahrscheinlich durch die bestehende Volksschulpflicht bewirkt wurde.[215] Ungeachtet dessen gab es vermutlich eine enorme Dunkelziffer, was die geringe Zahl ebenfalls erklären würde. Für den Zeitraum zwischen 1889 und 1895 wurde ein ziemlicher Rückgang der gewerblichen Kinderarbeit festgestellt, der durch die Novelle der Gewerbeordnung von 1891, die weitere Einschränkungen der Kinderarbeit machte, hervorgerufen wurde. Trotzdem waren die amtlichen Angaben auch weiterhin unzuverlässig. In Anbetracht „der häufigen Zuwiderhandlungen und der ungenügenden Berichterstattung muß angenommen werden, daß schon hier Mißstände vorliegen, deren Abstellung übrigens auf Grund der bestehenden Gesetzgebung jederzeit möglich ist.“[216] Allerdings war fraglich, ob die Wirksamkeit der Kontrollen für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich verbessert wurde. Immerhin waren in Württemberg 1898 immer noch 19546 von insgesamt 299632 volksschulpflichtigen Kindern gewerblich, wenn auch nicht nachweisbar in Fabriken, beschäftigt.[217] Dieser Prozentsatz von ca. 65,2 %[218] wies darauf hin, dass die Gewerbeinspektionen immer noch nicht jeden Gesetzesverstoß aufdecken konnten.

Die überwiegende Akzeptanz der Kinderarbeit konnte nicht nur allein auf deren pädagogischen Nutzen, vielmehr musste sie vor allem auch auf die dahinterstehenden, handfesten existentiellen Erfordernisse zurückgeführt werden. Der, wenn auch geringe, Lohn[219] der Kinder war ein unverzichtbarer Bestandteil des Familieneinkommens. Die Kinder trugen zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur zur Sicherung des Existenzminimums bei, sondern gegen Ende des Jahrhunderts darüber hinaus zur Verbesserung des Lebensstandards der Familie. Das galt auch für den Bereich des Hausgewerbes, da diese Gewerbezweige angesichts der Großindustrie nur durch möglichst kostengünstige Produktionsweise unter Zuhilfenahme von Kindern und Frauen bestehen konnten.[220]

---

215 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 78; Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1979), S. 34.

216 Losch, Die Kinderarbeit in Württemberg (1899), I 151.

217 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 78.

218 Zahlen nach: Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26, 1981, S. 33.

219 1875 bewegte sich der niedrigste Lohn zwischen 1,00 und 2,50 Mark, das mittlere Niveau lag bei 2,60 – 4,50 Mark und der höchste Lohn zwischen 3,35 und 7,25 Mark. Zahlen nach: Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26, 1981, S. 38.

220 Vgl. Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26, 1981, S. 37 f. In der Hausindustrie arbeiteten um 1900 noch 6 – 7 jährige Kinder bis spät in die

Obwohl im Grundsatz jede Arbeit als für die kindliche Entwicklung förderlich angesehen wurde, gab es bereits damals Warnungen vor den schädlichen Folgen der Kinderarbeit. Eine unmittelbare Gesundheitsschädigung trat erst ein, „wenn sie (die Arbeit) zu lange und wenn sie in gewisser Umgebung ausgeführt wird“,[221] wobei zunächst an geistige wie auch sittliche Schäden gedacht wurde. Zugleich wurde jedoch die Einschränkung gemacht, „daß die Gefährdung von Kindern, welche an Sonntagen mit oder ohne ihre Eltern in Wirtshäusern aller Art sich einfinden und sonst sich herumtreiben, mindesten eine ebenso große ist, wie die Gefährdung bei Ausführung gewisser Arbeiten.“[222] Im Wesentlichen wurde also die Gefahr körperlicher, geistiger und sittlicher Schädigungen der Kinder durch die gewerbsmäßige Arbeit bereits erkannt. Aus diesem Grund wurde bereits 1899 die unnachsichtige Ahndung von Vergehen gegen die Kinderschutzgesetzgebung gefordert.[223] Dennoch war die Forderung allein keine wirksame Lösung für das Problem der Kinderarbeit. Zwar wurde die Arbeit von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahr in Fabriken erfolgreich eingeschränkt, aber zugleich das Problem verlagert, da in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens keine durchgreifenden Bestimmungen vorhanden waren. Wesentlich war die Erkenntnis des Gesetzgebers, einschreiten zu müssen. Bis zum vollständigen Verbot der Kinderarbeit dauerte es, aufgrund der Tatsache, „daß Unternehmer, Eltern und Gesetzgeber sich vom damaligen Zeitverständnis durchaus rational verhielten“[224] schließlich noch bis 1976.

Im 19. Jahrhundert gab es eine Vielzahl an existenzbedrohenden Faktoren. Insbesonders die Arbeiter waren nicht nur aufgrund der geringen Löhne in hohem Maße davon bedroht. Vielmehr kamen noch weitere, physische und psychische Belastungen erschwerend hinzu.

Physische und psychische Belastungen

Ein weiteres Charakteristikum der Industrialisierungsphase war die starke körperliche Belastung der Arbeitskräfte. Die ersten Fabriklokale waren dunkel und dumpf, so dass äußerst schlechte Licht- und Luftverhältnissen herrschten. Dazu kamen noch Geruchs- und Lärmbelästigungen, sowie fehlende Klimatisierungs- und Lüf-

---

Nacht, um die Löhne der Erwachsenen zu senken. Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 78.

221 Losch, Die Kinderarbeit in Württemberg (1899), S. I 161.

222 Ebd., S. I 161.

223 Vgl. ebd., S. I 162.

224 Feldenkirchen, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26, 1981, S. 42.

tungsmöglichkeiten, so dass die Arbeiter in der Regel unter großer Hitze bzw. Kälte im Winter zu leiden hatten.[225] Insgesamt gesehen bestanden sehr schlechte, äußere Rahmenbedingungen für die Arbeiter.[226] Es gab zwar bereits im 19. Jahrhundert einzelne Unternehmer, wie z. B. Robert Bosch,[227] die bei der Errichtung ihrer Fabrikgebäude an gesundheitliche Aspekte dachten, aber diese Pioniere waren sicherlich die Ausnahme.

Der ungesunde Zustand der Fabrikgebäude war aufgrund der langen Arbeitszeiten ein ernstzunehmendes Problem. Generell war in der Frühindustrialisierung die Regelung der Arbeitszeit uneinheitlich und von Branche zu Branche höchst verschieden. Grundsätzlich verlängerte sich bis ca. 1840 die tägliche Arbeitszeit in der Fabrik. Auf diese Weise hatten die frühindustriellen Unternehmer versucht, ihren Profit durch das bewusste Absenken der Reallöhne zu erhöhen. Diese Praxis war höchstwahrscheinlich eine Folge des zumindest in der Frühzeit der Industrialisierung vorhandenen Überangebots an Arbeitskräften.[228] Vor der Industrialisierungsphase hatte es um 1800 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von ungefähr 70 – 80 Stunden gegeben, die sich bis ca. 1850 auf 90 Stunden verlängerte. Dabei hatten z. B. in Stuttgart die ansonsten gut gestellten Buchdrucker 1861 eine tägliche Arbeitszeit von zumindest 12 Stunden, die teilweise jedoch auch 14 – 15 Stunden betragen konnte.[229] Bäckergesellen mussten im Vergleich dazu täglich 16 Stunden arbeiten, wozu noch die Arbeit an Sonn- und Feiertagen kam.[230]

Hinter der sukzessiven Erhöhung der Arbeitszeit stand die Auffassung von der Gültigkeit der „Gleichung Arbeitszeit = Arbeitsproduktivität“.[231] Zwar war bereits 1850 erkannt worden, dass die Arbeitsproduktivität nach einem arbeitsfreien Sonntag höher als bei einer siebentägigen Arbeitswoche war, aber es dauerte noch etliche Jahrzehnte, bis sich diese Erkenntnis durchgesetzt hatte.[232] Bis 1914 wurde die Wochenarbeitszeit schrittweise von 90 Stunden um 1850 auf 57 Stunden verringert, wobei der Sonntag schließlich arbeitsfrei war.[233] Allerdings gab es in Württemberg

---

225 Vgl. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 82.

226 Vgl. ebd., S. 74.

227 Robert Bosch kam es darauf an, in seinem Neubau helle, luftige Geschosse zu haben. Vgl. Heuss, Robert Bosch (2002), S. 131.

228 Vgl. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 75.

229 Angaben nach: Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 33. Vgl. auch: Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 75.

230 Vgl. Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 33 f.

231 Wischermann, „Streit um Sonntagsarbeit“. In: VSWG 78, 1991, S. 36.

232 Vgl. ebd., S. 36.

233 Vgl. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 76. Die Angaben bei Henning folgen Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts

im Jahr 1912 „noch manche Fabriken mit einer zahlreichen Arbeiterschar, die an Wochen- wie an Samstagen mehr als 10, teilweise sogar mehr als 11 Stunden arbeiten lassen und in denen die Arbeitspausen kärglich bemessen sind, allein im großen Ganzen hat doch ein kräftiger Ruck in der Richtung kürzerer Arbeitszeiten da und dort stattgefunden.“[234] Im Durchschnitt ergaben die Erhebungen im Jahr 1912 eine tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden und 46 Minuten.[235] Weniger als 9 Stunden pro Tag wurde in keinem Gewerbe gearbeitet.[236] Die einzige Ausnahme war das Unternehmen von Robert Bosch, der bereits 1906 den 8-Stunden-Tag eingeführt hatte.[237]

Die Arbeiter im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren nicht nur physisch, sondern auch psychisch erheblichen Belastungen ausgesetzt.[238] Die psychischen Strapazen standen in direktem Zusammenhang mit der monotonen, eintönigen Fabrikarbeit, bei der sowohl der Rhythmus der einzelnen Arbeitsschritte, als auch die Möglichkeit für Pausen von den Maschinen vorgegeben wurden. Hinzu kam die Fremdbestimmung durch den Arbeitgeber, da die einzelnen Arbeiter nach dessen Ordnung zu arbeiten hatten und kein Widerspruch geduldet wurde. Hinter diesem Phänomen stand der allgemein als der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ bekannte Führungsstil frühindustrieller Unternehmer.[239] Die durch solche Arbeitsbedingungen bedingte „geistige Erschlaffung“ wurde allerdings erst nach 1900 vollständig realisiert[240] und kritisch gesehen.[241] Ebenso belastend war die Unpersönlichkeit der Arbeit, da mit der Entstehung der Fabriken und deren langsamen Wandel zum Großbetrieb der Kontakt zwischen Arbeiter und Fabrikant immer spärlicher wurde bzw. ganz ausfiel. Aus diesem Grund konnte es durchaus sein, dass die Arbeiter den Fabrikanten weder kannten noch jemals zu Gesicht bekamen.[242] Hinzu kam noch der Stress im-

---

(1965), S. 213 f. Demnach wurden im Zeitraum zwischen 1860 und 1870 78 Stunden, zwischen 1885 und 1890 66 Stunden und zwischen 1910 und 1914 57 Stunden in der Woche gearbeitet. Vgl. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 76.

234 Schott, Zahl und Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg im Herbst 1912 In: WJb 1913, S. 742 f.

235 Vgl. ebd., S. 743. Dieses Ergebnis wurde als großer Erfolg bezeichnet, nachdem noch 1905 durchschnittlich 10 Stunden und 3 Minuten pro Tag gearbeitet werden musste. Vgl. a.a.O.

236 Vgl. Schott, Zahl und Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg im Herbst 1912 In: WJb 1913, S. 743. Vgl. weiter die Gesamtzusammenfassung der Ergebnisse der Erhebungen: ebd., S. 749.

237 Vgl. Heuss, Robert Bosch (2002), S. 157.

238 Vgl. Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 85.

239 Vgl. ebd., S. 83 sowie Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 35.

240 Vgl. Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903), S. 16.

241 Vgl. Gnauck-Kühne, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? (1905), S. 47.

242 Vgl. ebd., S. 46.

mer größere Leistungen erbringen zu müssen, was die psychische Belastung noch vergrößerte.

In direktem Zusammenhang mit der physischen und psychischen Belastung stand auch die Gefahr schwerer, häufig sogar tödlicher Unfälle. Dabei war es eine Tatsache, dass „mit jeder Maschine mindestens eine neue Quelle möglicher Unfälle geschaffen wurde“.[243] Besonders problematisch waren die nicht vorhersehbaren Gefahren, die die Hauptursache für die meisten Unfälle waren. Trotz aller Überlastung waren die Arbeiter im Umgang mit den Maschinen sehr sorgfältig und auf Unfallvermeidung bedacht.[244]

Die Komplexität physischer und psychischer Faktoren bewirkte schließlich die Erfordernis, in Hinblick auf Schutz- und Versorgungsmaßnahmen für die Arbeiterschaft tätig zu werden.

Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung

Maßnahmen zur Sozialversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung[245] wurden erst relativ spät ergriffen. Zumindest im Ansatz fanden sich in der Gewerbeordnung von 1862 diesbezügliche Bestimmungen, die im allerweitesten Sinne als Arbeiterschutzmaßnahmen bezeichnet werden konnten. Allerdings wurde dadurch der Wirtschaftsliberalismus nur minimal eingeschränkt, so dass darin ein gewisses Zugeständnis gegenüber den Fabrikanten gemacht wurde.[246] In der Hauptsache handelte es sich um „Vorschriften für Fabrik- und Werkstattordnungen“[247], die jedoch realiter nur die Überwachung der „Einhaltung der Bestimmungen bezüglich Frauen und Kinderarbeit“[248] regeln sollten. Allerdings war die wirkungsvolle Durchführung dieser Überwachungsmaßnahmen in Anbetracht der fehlenden Fabrikinspektoren kaum möglich.[249]

---

243 Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt (1978), S. 85.

244 Vgl. ebd. S. 85.

245 Das Thematik Sozialversicherung- und Arbeiterschutzgesetzgebung ist zu komplex, um es im Rahmen der gebotenen Kürze angemessen behandeln zu können. Aus diesem Grund können nur knappe Andeutungen gemacht werden. Vgl. insgesamt zu den, durch die Sozialversicherung bedingten Verbesserungen der Lage der Arbeiter: Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 83 – 90. Vgl. ebenfalls: Kliesch, s. v. Arbeitsschutz, auch Arbeitnehmerschutz. In: Evangelisches Soziallexikon (^{7}1980), Sp. 87 – 89.

246 Vgl. Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 34; Ritter, Sozialpolitik im Zeitalter Bismarcks. In: HZ 265, 1997, S. 701.

247 Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 34.

248 Ebd., S. 34 f.

249 Vgl. ebd., S. 35 mit Anm. 98.

Im Gegensatz dazu gab es in der Frühzeit der Industrialisierung jede Menge Gesetzesvorschriften zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Das Spektrum reichte von Überwachungsmaßnahmen, dem Koalitionsverbot, über Steuernachteile bis zu Heiratsbeschränkungen.[250] Indes fehlte anfangs jegliche Art von Sozialversicherung, was existentielle Folgen für die Arbeiter hatte. Zu Beginn der 1880er Jahre waren zwar insgesamt 1300 Hilfskassen in Deutschland vorhanden, die jedoch nur den geringsten Teil des tatsächlichen Unterstützungsbedarfs abdecken konnten.[251] Die später eingeführte Invaliden- und Krankenversicherung erfasste die Bevölkerung ebenfalls nur teilweise und zudem noch sehr unzureichend. Auf diese Weise ließ sich das Versorgungsproblem in diesem Bereich nur linden und keinesfalls lösen. Vor allem die untersten der Unterschichten, also Tagelöhner, Fabrikarbeiter und jede Art von Gelegenheitsarbeiter konnten daran nicht partizipieren. Somit waren diese Bevölkerungsschichten noch lange der Verarmung und Not in Zeiten von Alter wie auch Krankheit ausgesetzt.[252]

Nicht besser sah es in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung aus. Immerhin konnte 1903 von Anfängen einer sozialen Reform gesprochen werden.[253] Als Schwerpunkte wurden die Arbeiterversicherung, der Arbeiterschutz sowie die gewerbegerichtliche Rechtsprechung und deren Betätigung als Einigungsamt gesehen. Als weitere Schwerpunkte waren die Ausdehnung des Koalitionsrechts wie auch der Ausbau des Gewerkschafts- bzw. Genossenschaftswesens ins Auge gefasst worden.[254] Allerdings gab es gegenüber manchen dieser Aspekte Widerstand. Der Plan einer Arbeiterversicherung, zum Zweck der besseren Absicherung der Witwen und Waisen, sowie einer Arbeitslosenversicherung wurde allgemein akzeptiert. Ebenso erkannten Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer den Nutzen der Gewerbegerichtsbarkeit mit ihrer Vermittlungsfunktion an, so dass 1903 auch hierbei von einer hoffnungsvollen Entwicklung ausgegangen werden konnte.[255]

Problematisch hingegen waren der Ausbau des Arbeiterschutzes, des Vereins- und des Koalitionsrechts. Hierbei gab es zahlreiche Widerstände, wobei die Aversion gegen das Vereins- und Koalitionsrecht am größten war. Der Widerstand gegenüber der Erweiterung der Arbeiterrechte wurde damit begründet, dass durch die Aus-

---

250 Vgl. ebd., S. 35.
251 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 87.
252 Vgl. ebd., S. 83.
253 Vgl. Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903), S. 20 f.
254 Vgl. ebd., S. 20.
255 Vgl. ebd., S. 20.

weitung der Gewerkschaften und Koalitionen die freie Verfügungsgewalt des Unternehmers aufgehoben, zumindest aber eingeschränkt werden würde. Außerdem wurde die Möglichkeit eines Machtkampfs zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung in Hinblick auf die Festlegung der Grenzen des Koalitionsrechts befürchtet.[256] Diese Problematik bestand bis 1918. Ein anderer Faktor, der ebenfalls problematisch war, war z. B. der Anspruch auf Urlaub. Um das Jahr 1906/07 konnte sich der Gedanken an die Urlaubsgewährung sukzessive durchsetzen.[257] Dennoch gab es genug Gewerbe, in denen die Arbeiter erst nach dem Ersten Weltkrieg in den Genuss von Urlaub kamen. Im Gegensatz dazu war „(d)as Bewusstsein eines Rechts auf Urlaub […] kaum entwickelt".[258] Dieser Aspekt erklärte auch das geringe Interesse, das die Gewerkschaften an der Frage des Urlaubs zeigten.[259]

Lebensverdienstkurve und Alter

Zwischen Leben und Lebenszyklus der Arbeiter bestand eine gleichermaßen direkte wie enge Korrelation,[260] in deren weiterem Umfeld auch die Problematik der Altersarmut zu sehen war. Nachdem es erst seit 1889 eine staatliche Altersrente gab, die jedoch nicht einmal das Existenzminimum sichern konnte, mussten die Arbeiter ihr Leben lang für einen Verdienst sorgen.[261] Dieser Lebensverdienst entschied über Armut und Auskommen in der Zeit der nachlassenden Kräfte.

In direkter Korrelation zum Lebensverdienst standen mehrere biographische Wendepunkte des einzelnen Individuums. Solche markanten Punkte waren beispielsweise „Haushaltsgründung, Eheschließung und dauernde Ansässigkeit."[262] Bereits 1886 hatte der „Verein für Sozialpolitik" mit Untersuchungen zur sozialen Lage

256 Vgl. ebd., S. 21.

257 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Reulecke, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub (1976), S. 248. Vgl. zum Thema Urlaub, auf das an dieser Stelle nur äußerst knapp eingegangen werden kann, insgesamt: Reulecke, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub (1976), S. 205 – 248.

258 Reulecke, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub (1976), S. 248.

259 Vgl. ebd., S. 248.

260 Vgl. zu diesem und dem Folgenden auch: Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1981), S. 126 - 131. Vgl. auch: Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1977), S. 205 – 210; Schomerus, Lebenszyklus und Lebenshaltung in Arbeiterhaushalten des 19. Jahrhunderts (1979), S. 196 – 200; Borscheid, Verdienst, Einkommen und Vermögen älterer städtischer Arbeiter während der Industrialisierung (1986), S. 257 – 263; Ehmer, Lohnarbeit und Lebenszyklus im Kaiserreich. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 465 f.

261 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 75 f.; Trischler, Gewerkschaftliche Sozialreform und bürgerliche Sammlungspolitik (1994), S. 622.

262 Ehmer, Lohnarbeit und Lebenszyklus im Kaiserreich. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 460.

alter Berufsarbeiter begonnen.[263] Dabei wurde als Teil der Beschäftigung mit der Arbeiterfrage begonnen, eine lebenszyklische Analytik zu entwickeln, um Aufschlüsse über die Lebensumstände alter Arbeiter zu gewinnen.[264] Die in diesem Zusammenhang entwickelten „Lebensverdienstkurven" zeigten als charakteristisches Bild, den Beginn einer „sehr ausgeprägten Altersarmut",[265] die ungefähr um das 40. Lebensjahr eintrat. Der Grad der Verarmung konnte in Abhängigkeit von der jeweiligen Berufsgruppe gravierende Folgen für die Betroffenen haben.

Die Entwicklung der Lebensverdienstkurve ließ sich in deutliche Phasen einteilen, die auch mit den Phasen von Sparen und Ausgaben identisch sind. In diesem Zusammenhang trug die Heiratsgesetzgebung in Württemberg vor der Reichsgründung dazu bei, die „‚ideale(n)' Stadien des Lebenszyklus zur angestrebten Norm werden zu lassen".[266] Dieser Aspekt war auch mit den Wendepunkten im Arbeiterleben deckungsgleich. Eine erste Phase, die Niedrigverdienstphase, lag im Zeitraum zwischen Tätigkeitsbeginn und Hochverdienstphase.[267] Die Arbeiter waren zu diesem Zeitpunkt in der Regel zwischen 20 und 25 Jahre alt. In dieser Phase, also noch vor Heirat und Familiengründung, schufen sie die Grundlage für ihre Altersversorgung, wozu verschiedene, materielle Güter angeschafft wurden.[268] Der Abschluss der „Niedrigverdienstphase oder Tagelöhnerzeit war mit etwa 25 - 27 Jahren"[269] erreicht. Danach setzte in der Regel eine ungefähr 14 Jahre dauernde Hochverdienstphase ein, in der „der Wochenlohn bis zur Altersklasse 30 – 40 Jahren zunächst schnell, dann langsamer (an)steigt."[270] Diese Lohnsteigerung kam durch die in die-

---

263 Vgl. Borscheid, Verdienst, Einkommen und Vermögen älterer städtischer Arbeiter während der Industrialisierung (1986), S. 257.

264 Vgl. ebd., S. 257. Infolge des gewachsenen Interesses an den alten Arbeitern entstand eine nach wie vor bemerkenswerte Studie. In ihr hatte Alfred Weber als erster Wissenschaftler auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft die Existenz wie auch den Verlauf der „Lebensverdienstkurve" nachgewiesen. Ihm war auch die Erkenntnis über den charakteristischen Wendepunkt im Leben der Arbeiter zu verdanken, dass nach dem Ende der Hochverdienstphase in der Regel die Altersarmut drohte. Vgl. zunächst: Borscheid, Verdienst, Einkommen und Vermögen älterer städtischer Arbeiter während der Industrialisierung (1986), S. 259. Vgl. ferner: Weber, Das Berufsschicksal der Industriearbeiter. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 34, 1912, S. 384.

265 Borscheid, Verdienst, Einkommen und Vermögen älterer städtischer Arbeiter während der Industrialisierung (1986), S. 257.

266 Schomerus, Lebenszyklus und Lebenshaltung in Arbeiterhaushalten des 19. Jahrhunderts (1979), S. 196.

267 Vgl. ebd., S. 196 mit Anm. 6. Vgl. ebenfalls: Dies., Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (1977), S. 147 – 150.

268 Vgl. Schomerus, Lebenszyklus und Lebenshaltung in Arbeiterhaushalten des 19. Jahrhunderts (1979), S. 196.

269 Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1981), S. 126. Vgl. auch: Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1977), S. 206.

270 Syrup-Gleiwitz, Der Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft. In: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung 6, 1915, S. 97.

sem Lebensabschnitt gut mögliche Akkordarbeit zustande. Das damit erreichte Lohnniveau konnte sich der Arbeiter, bis zum Erreichen einer zwischen dem 40. und 55. Lebensjahr liegenden Altersgrenze gut aufrechterhalten.[271] Die Arbeiter konnten also in ihrer Jugend, wenn sie zudem noch im Vollbesitz ihrer Kräfte waren, in hochbezahlte Stellungen aufsteigen.[272]

Mit dem Nachlassen der Kräfte änderte sich die Lage der Arbeiter grundlegend. Dieser „‚kritische Wendepunkt' im Schicksal der alternden Arbeiter (war am stärksten) in der Industrie ausgeprägt."[273] Die mit steigendem Alter abnehmende Leistungs- und Belastungsfähigkeit war in der Regel mit dem sozialen Abstieg verbunden. Sofern ältere Arbeiter nicht entlassen wurden, verringerte sich ihr Verdienst aufgrund der nachlassenden Fähigkeit zu extensiver Akkordarbeit. Hinzu kamen ein erhöhtes Verletzungs- und Unfallrisiko. Diese Faktoren bedingten wiederum ein großes Invaliditätsrisiko. Andererseits gab es freilich auch die Entlassung, die mit dem Problem dauernder Arbeitslosigkeit verbunden war. Dieses Problem war umso gravierender, da ältere Arbeitnehmer aufgrund ihrer gesamten Lebenslage nicht gleichermaßen mobil wie junge Arbeiter waren. Somit konnten sie ihr Einkommen bzw. ihre generellen Chancen auf Arbeit nicht durch einen Arbeitsplatzwechsel vergrößern.[274] Daneben bestand noch die Möglichkeit, in eine leichtere Tätigkeit um den Preis eines deutlich geringeren Lohnes zu wechseln. Die Realität sah jedoch anders aus. In der Tat verarmten viele Arbeiter im Alter und mussten sukzessive ihren Hausrat veräußern. Selbst die Einführung der Rentenversicherung konnte daran zunächst nichts ändern.[275]

4.4. Zwischenergebnis

In Württemberg und im Großraum Stuttgart verlief der Industriealisierungsprozess langsam und sukzessive. Bedingt durch Krisen aber auch durch typisch württem-

---

271 Vgl. Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1981), S. 128. Vgl. auch: Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1977), S. 206.

272 Vgl. Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1981), S. 126. Vgl. auch: Borscheid; Schomerus, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert (1977), S. 206; Weber, Das Berufsschicksal der Industriearbeiter. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 34, 1912, S. 388.

273 Ehmer, Lohnarbeit und Lebenszyklus im Kaiserreich. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 465.

274 Vgl. Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. In: VSWG 64, 1977, S. 30.

275 Vgl. Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 87 f.

bergische Eigenheiten, wie beispielsweise die Realteilung waren alle Schritte eher verhalten, was zunächst den Eindruck hoffnungsloser Rückständigkeit entstehen ließ. Die mehr oder weniger zwangsweise Vorsicht bei der Industrialisierung verhinderte jedoch die Entstehung von andernorts spezifischen Problemen.

Württembergs allgemeine Rohstoffarmut in Verbindung mit dem Energiemangel führte nicht nur zur Entstehung der Spezial-, Qualitäts-, Fein- und Veredelungsindustrie, sondern auch zur Dezentralisierung der Industriestandorte. Technische Neuerungen wie die Elektrifizierung, Motorisierung und nicht zuletzt der Eisenbahnbau, aber schon zuvor der Zollvereinsbeitritt, belebten nachhaltig Industrie und Handel. Darüber hinaus sorgten sie für einen gewissen Ausgleich der Nachteile, die Württemberg unter anderem aus seiner Binnenlage erwachsen waren. Schließlich sorgten die Maßnahmen zur Gewerbeförderung seit 1848 für ein nachhaltiges Wachstum der württembergischen Wirtschaft, was sich beispielsweise im Ausbau der Warenexporte zeigte.

Bei den Unternehmern ließen sich das gesamte Spektrum vom reinen „Patriarchalismus“ mit dem „Herrn im Hause“ Standpunkt bis zu sehr sozial eingestellten Persönlichkeiten finden. Sichtbar wurde dieser Aspekt vor allem im Wohnungsbau, auch wenn dieser Bereich in Württemberg nur sekundär war, oder bei den Konsumvereinen.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert waren auch in Württemberg bis zu einem gewissen Grad ähnlich hart, wie in anderen deutschen Regionen. Der tägliche Kampf ums Überleben und die Sicherung des Existenzminimums waren dominierend. Im Gegensatz dazu gab es fast kein System der sozialen Sicherung oder anderweitige Hilfen bei Invalidität, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Dennoch war auffallend, dass sich in Württemberg und in der sich bis 1900 herausbildenden Großstadt Stuttgart kein Proletariat bildete. Ursächlich waren vermutlich die württembergisch-schwäbische Mentalität sowie das Institut der Realteilung. Diese Praxis stellte einerseits einen Notnagel bzw. eine Ernährungsbeihilfe dar und verhinderte andererseits die Entstehung von Arbeitervierteln, da es die Menschen an die „Scholle“ band. Dennoch bestanden insgesamt mitunter sehr schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie z. B. alte, baufällige Häuser in der Stuttgarter Altstadt und lange Arbeitszeiten. Generell gesehen erschien die Lage im Südwesten doch etwas besser als in anderen Regionen.

Das württembergische Leben wurde maßgeblich durch die Kirche beeinflusst. Aus diesem Grund sollen nachfolgend einige ausgewählte Aspekte aus diesem Bereich erörtert werden.

5. Kirche

In der feudal-ständischen Gesellschaft mit ihrer sehr starken agrarischen Struktur spielte die Kirche eine fundamentale Rolle.[1] Bereits unter Herzog Christoph war diese tragende Stellung mit der „Großen Kirchenordnung“ von 1559 begründet worden. Darin hatte er das Herzogtum Württemberg auf die „Confessio Wirtembergica“ aus dem Jahr 1552 verpflichtet. Daneben hatte er Bestimmungen in Hinblick auf den „Bau und Unterhalt von Kirchen und Schulen, die Besetzung von Kirchenstellen, (sowie) eine Ehegerichtsordnung, die Einrichtung von Superintendenzen und des Kirchenrats erlassen.“[2] Den Staat in die Kirche zu integrieren, war ihm seine vornehmste Aufgabe, wie er nachdrücklich betonte: „‚Wir aber halten es dafür, dass zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirchen nichts nutzlicher und Gott gefälliger sei, dann dass die Predig göttlichs Worts und der rechten reinen Lehre in alleweg von Oberkeit und Underton, gefürdert werde.‘“[3] Bis zur Erhebung des Herzogtums zum Königreich, 1806, galten diese Bestimmungen Herzog Christophs. Mit der Annahme der Königswürde wurden sie von Friedrich I. in einem Dekret umgewandelt. Nunmehr war der Staat „nicht mehr in die Kirche integriert, die Kirche war ein Organ des Staates.“[4] Dieser Umstand rechtfertigt es, einige Aspekte der Kirche genauer zu beleuchten. Auch nach dieser Zeit war die Kirche in Württemberg eine wichtige Institution, nunmehr eben als Staatsanstalt.[5] Dennoch gab es immer wieder Gelegenheit zu Meinungsäußerungen, sowie der partiellen Einflussnahme über tragende Persönlichkeiten. Die Verfassungsurkunde von 1819 hat unter dem Begriff „Kirche“ interessanterweise „die evangelisch-lutherische, reformierte und katholische Kirche“[6] verstanden.[7]

Um den Problemkreis „Kirche“ im Rahmen der Gesamtthematik von Industrialisierung und Sozialer Frage einordnen zu können, erscheinen mehrere Faktoren von

---

1 Die nachfolgenden Ausführungen folgen in ihren Grundzügen den relevanten kirchengeschichtlichen Standardwerken für diesen Zeitraum. Diese Skizze soll lediglich erklärende Hintergrundinformationen vermitteln, weshalb auf Quellenstudien zur Kirchengeschichte verzichtet wurde.

2 Widmer, Die Entwicklung der württembergischen evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts (2004), S. 11.

3 Zitiert nach: Brecht; Ehmer, Confession Virtembergica (1999), S. 16.

4 Ebd., S. 11 mit Anm. 18. Vgl. Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 20; 120. Vgl. auch: Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 488.

5 Als Überblick zur Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg für das 19. Jahrhundert zwischen 1798 und 1918 ist in erster Linie auf folgende Werke zu verweisen: Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 263 – 461.

6 Thudichum, Deutsches Kirchenrecht des neunzehnten Jahrhunderts. Bd. 1 (1877), S. 377.

7 Im Rahmen dieser Arbeit wird unter dem Begriff „Kirche“ jedoch ausschließlich das evangelisch-lutherische Bekenntnis verstanden.

Bedeutung. Zunächst ist eine Begriffsbestimmung erforderlich, an die sich eine knappe Darstellung der organisatorischen Struktur der evangelischen Kirche anschließt. Exemplarisch soll darauf in komprimierter Form die Haltung einiger Verwaltungsorgane zur Sozialen Frage erörtert werden. In Württemberg hatte der Pietismus seit dem 17. Jahrhundert eine bedeutende Stellung, was zur gegenseitigen Befruchtung von Land und Bevölkerung führte.[8] Aus diesem Grund ist es sinnvoll, neben einer Begriffsbestimmung, eine Skizze sowohl der allgemeinen als auch der spezifisch württembergischen Entwicklung des Pietismus darzubieten. Bedingt durch die Schwerpunktsetzung der Arbeit kann jedoch nur ein selektiver Überblick gegeben werden.

Von Interesse ist danach die Haltung der Kirche zur Industrialisierung und zur Sozialen Frage. Nachdem es eine offizielle Stellungnahme weder in Preußen noch in Württemberg gab, ist es erforderlich, die Meinung von Einzelpersonen zu nehmen, um einen ungefähren Eindruck von der Einstellung der Pfarrer zur Sozialen Frage zu gewinnen. Diese finden sich jedoch „nur in Zeitschriften, Broschüren und Reden."[9] Die Bandbreite dieser Artikulationsversuche auf publizistischer wie auf institutionalisierter Ebene war solchermaßen reichhaltig,[10] dass eine Auswahl getroffen werden musste. Daraufhin soll ein praktischer Lösungsansatz in Form der „Evangelischen Arbeitervereine" vorgestellt werden. Zur Abrundung sollen schließlich noch einige exponierte evangelische Sozialreformer dargestellt werden.

5.1. Kirche und ihre Organisation

Als Württemberg 1806 zum Königreich erhoben wurde, begann Friedrich I. mit einer Neuordnung des Staates. Die Basis dafür war das „Organisationsmanifest" von 1806, in dem der Herrscher die Unterordnung der evangelischen Kirche unter das geistliche Departement bestimmte.[11] Die evangelische Kirche in Württemberg wurde damit faktisch zur Staatsanstalt.

Zum Verständnis der mit diesem Status verbundenen Schwerfälligkeit, die dezidierte Stellungnahmen zu aktuellen Problemen verhindert hatte, ist es hilfreich, einige Bemerkungen über den Begriff der Kirche, ihre Verwaltungsorganisation in

---

8 Vgl. Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. XIV f.

9 Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 113.

10 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 206.

11 Vgl. Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 16.

Württemberg sowie die Haltung einiger Organe zur Sozialen Frage zu machen.[12] Zuvor sollen einige Bemerkungen in Hinblick auf das inhaltliche Verständnis des Begriffs Kirche gemacht werden. Daraufhin sollen sich Anmerkungen zu einigen kirchlichen Organen, deren Funktionen, Aufgaben und Auffassungen anschließen.

5.1.1 Zum Wesen der Kirche

Eine der originären Aufgaben der christlichen Religionswissenschaft war die Bestimmung des Wesens der Kirche. Im Verlauf der Jahrhunderte gab es dazu die unterschiedlichsten Theorien.[13] Die Basis für alle Überlegungen zum Wesen der Kirche bildeten das Neue Testament sowie die Bekenntnisse der Reformationszeit. Im Neuen Testament wurden zur Veranschaulichung dessen, was unter dem Wesen der Kirche verstanden wurde, unterschiedliche Bilder verwendet. Ausgehend vom Begriff „Εκκλεσια“ wurden die Christen in den Briefen des Apostels Paulus an die Römer und Korinther[14] als die Berufenen bezeichnet. Demnach waren alle Glieder der Kirche „durch das Evangelium zum Glauben und zur Gemeinschaft mit Christus berufen.“[15] Alle Menschen, die vollkommen Kinder Gottes waren und zu Jesus Christus gehörten, wurden in der Bibel als „heilig“ genannt. Deutlich wurde der Gedanke, zu einer Gemeinschaft zu gehören. Mit dem Begriff „Εκκλεσια“ wurde jedoch noch mehr bezeichnet, da er auch die Bedeutung „die Herausgerufenen“ trägt, was wieder auf die Deutung als Berufene hinwies. Christen waren Menschen, die zu einer besonderen Nachfolge, der Nachfolge Christi berufen waren. Im Begriff „berufen“, der wiederum der „Εκκλεσια“ immanent war, war auch der Ruf

---

12 Sicherlich gab es auch in Württemberg wie im 19. Jahrhundert überall, dogmatische und kirchenpolitische Auseinandersetzungen wie auch Parteiungen. Allerdings würde eine Behandlung dieser Faktoren an dieser Stelle zu weit führen. Darüber hinaus waren in Württemberg andere Faktoren, wie beispielsweise die Ansichten kirchlicher Organe bedeutungsvoller.

13 Alle Theorien darzustellen würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen. Einen ersten Überblick und Einstieg in die Thematik bietet das Lemma Kirche in der Enzyklopädie der Neuzeit. Vgl. also: Schlinker, s. v. Kirche. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 6 (2007), Sp. 582 – 587. Eine umfassendere Übersicht, auch über dogmatische Fragen bieten ferner die verschiedenen Lemmata zu Kirche in RGG^4. Vgl. also: Wenz; de Wall, s. v. Kirche I. Zum Begriff. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 997 – 999; Grünschloß, s. v. Kirche II. Religionswissenschaftlich. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 999 f.; Grappe, s. v. Kirche III. Urchristentum. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1000 – 1004; Schäfer, s. v. Kirche IV. Alte Kirche bis zur Reformation. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1004 – 1008; Anselm, s. v. Kirche V. Neuzeit. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1008 – 1011; Wenz, s. v. Kirche VIII. Systematisch-theologisch. 1. Fundamentaltheologisch. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1015 – 1017; Ders., s. v. Kirche VIII. Systematisch-theologisch. 2. Dogmatisch. a) evangelisch. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1018 – 1021; Preul, s. v. Kirche X. Praktisch-theologisch. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1026 – 1029; Kraus, s. v. Kirche XII. Rechtlich. In: RGG^4, Bd. 4 (2008), Sp. 1031 – 1033.

14 Röm 1,7; Kor 1,2.

15 Handbuch für Kirchengemeinderätinnen und Kirchengemeinderäte (2007), S. 83.

enthalten. Christen haben einen besonderen Ruf gehört, nämlich den der Nachfolge innerhalb der Gemeinschaft Gleichgesinnter. So heißt es im Evangelium nach Johannes „Meine Schafe hören meine Stimme, und ich kenne sie, und sie folgen mir“ (Joh. 10, 27). Diese Gedanken zum Kirchenverständnis hatte auch Martin Luther in den „Schmalkaldischen Artikeln“ aufgenommen. Dort hieß es: „Denn es weiß Gott Lob, ein Kind von sieben Jahren, was die Kirche sei, nämlich, die heiligen Gläubigen, und die Schäflin, die ihres Hirten Stimm hören.“[16]

Ein weiteres Bild, das den Inhalt der Kirche vermitteln sollte, war, dass die Mitglieder getragen werden und zugleich andere Menschen mittragen. Es wurde also das Bild einer starken Gemeinschaft entworfen, unter der „Kirche“ zu verstehen war. Im Neuen Testament fand dafür das Bild vom Bauen Verwendung.[17] Das Bild der Gemeinschaft deutete auch auf den Bereich der Geborgenheit hin. In der Gemeinde waren die Menschen geborgen. Dazu wurde das Bild des Schiffes verwendet, das nachmalig zum Symbol für die Kirche werden sollte.[18] Der Kirchenbegriff des Neuen Testaments enthält jedoch noch weitere Komponenten. Einerseits wurde das Bild des Wegs verwandt. Im Hebräerbrief heißt es dazu „Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“ (Hebr 13,14). Damit waren andererseits die Suche und die Wanderung verbunden, die letzten Endes wiederum in der Gemeinschaft zum Ziel führten. Denn alle Menschen sind auf die gegenseitige Ermutigung und Ermahnung, was auch im Bild des gegenseitigen Tragens und Getragen Werdens zum Ausdruck kommt, angewiesen. Auch dieses Bild war im Brief an die Hebräer (Hebr 3,13; 4,1) zu finden. Die Kirche war ferner nach dem Brief des Paulus an die Korinther eine Gemeinschaft, in der alle Glieder wichtig waren. „In einem jeglichen offenbaren sich die Gaben des Geistes zu gemeinem Nutzen“ (1. Kor 12,7), das hieß nichts anderes, als dass jedes Glied dieser Gemeinschaft mit seinen Gaben dem gemeinschaftlichen Nutzen diente und am Gemeindeaufbau beteiligt war (1. Kor 12,7; 12,11). Die Basis für das Leben in der Gemeinde und somit der Kirche als Gemeinschaft war der Gottesdienst (1. Kor 14,26). Hieraus fand die Ausgestaltung der „diakonischen (Apg 2,46) und missionarischen (Apg 2,47) Aktivitäten sowie das ganze Zusammenleben der Gemeinde“[19] statt.

---

16 Luther, Schmalkaldische Artikel (1830), S. 142.

17 Vgl. Eph 2,21; 1. Petr 2,5.

18 Vgl. Matth 8,23 – 27; 28,10.

19 Handbuch für Kirchengemeinderätinnen und Kirchengemeinderäte (2007), S. 84. Vgl. auch: Haug, Reich Gottes im Schwabenland (1981), S. 200.

Die Kirche lässt sich also als Gemeinschaft derer, die an Jesus Christus glauben, definieren.[20] Diese Gemeinschaft ist weder an den Ort oder einen besonderen Stand gebunden. Wesentlich ist „sie sei an dem ort, und bei dem volck, da das Euangelion Christi rein gepredigt, und die Sacrament, nach der stifftung Christi, recht gehandelt werden.“[21] In dieselbe Richtung verwies auch die Definition der Kirche, die Friedrich Christoph Oetinger gab. Die Kirche war nach ihm „eine durch die Wiedergeburt zum Körper Christi zusammengefügte Gesellschaft, welche Christus selbst berufen und gesammelt hat, und die er durch den Glauben heiligt und lenkt, heilt und wiederherstellt zum Genusse des ewigen Lebens.“[22] Nach diesem Verständnis, das prägend für die evangelische Kirche war, stellte Kirche stets die versammelte Gemeinde dar.[23] Demnach war die Kirche „überall dort, wo Christusverbundenheit ist“.[24] Neben diesen Wesensbestimmungen anhand des Neuen Testaments gab es noch andere Möglichkeiten der Begriffsbestimmung. Aus ihnen ließen sich Erkenntnisse über das Wesen der Kirche im weitesten Sinne gewinnen.

Von seiner Etymologie her gesehen, bezeichnete das Wort „Kirche“ zunächst das Gotteshaus im Sinne des Hauses, das dem Zweck des Gottesdienstes gewidmet war. Das Wort „chirihha“ ist die Bezeichnung für „Kirche“ im Althochdeutschen. Es geht auf das ursprüngliche griechische Wort „ κυριακόν“ zurück und fand schließlich über das Gotische Eingang ins Althochdeutsche.[25]

Die Kirche war in ihrer ganzen Christuszentriertheit zugleich voller Dynamik. Dabei war die evangelische Kirche immer in Bewegung und in Fortentwicklung begriffen. Deutlich wurde dieser Aspekt beispielsweise beim Vergleich der einzelnen Gesichtspunkte in Pfarrberichten verschiedener Jahrgänge.[26] Die Kirche ließ sich auch aus soziologischer Sichtweise „als religiöse Gemeinschaft, in deren Mittelpunkt der Glaube an Jesus Christus steht“[27] erfassen.

---

20 So wurde die Kirche nach der „Augsburger Konfession“ als Gemeinschaft der Gläubigen charakterisiert. Vgl. Schäfer, Das Ringen um neue kirchliche Ordnungen der württembergischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 62, 1962, S. 306.

21 Brecht; Ehmer, Confessio Virtembergica. Das Württembergische Bekenntnis von 1552 (1999), S. 175. Vgl. Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht (1933), S. 5 – 7; Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 11.

22 Friedrich Christoph Oetinger, zitiert nach: Haug, Reich Gottes im Schwabenland (1981), S. 195 f.

23 Vgl. Sauter, Die Sorge um den Menschen in der evangelischen Theologie des 19. und 20. Jahrhunderts (1990), S. 14.

24 Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht (1933), S. 7. Vgl. auch die Sichtweise bei: Frauer, Rechtliche Stellung des württembergischen Konsistoriums, geschichtlich entwickelt. In: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht 18, 1907, S. 347.

25 Vgl. Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht (1933), S. 5.

26 Vgl. z. B. die Pfarrberichte zu Cannstatt (LKAS A 29 Nr. 752).

27 Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht (1933), S. 10.

Die Kirche in ihren sämtlichen Bedeutungsvarianten konnte stets als Gemeinschaft in Christi Nachfolge erfasst werden, wobei es unerheblich war, ob der Begriff neutestamentarisch, etymologisch oder soziologisch hergeleitet worden war. Im Gemeinschaftsbegriff war auch der Dienst am Nächsten enthalten. Demnach konnte auch der „Dienst an der Allgemeinheit“[28] als Bestandteil der Kirche angesehen werden. Hier erschien auch der Aspekt von der Funktion der Kirche als Erziehungsinstitution.[29] Dieser Faktor stand wiederum in Zusammenhang mit der Stellung der Kirche in Württemberg, besonders nach der Erhebung zum Königreich im Jahr 1806.

Allerdings gab es im Zeitraum bis 1914 keine einheitliche evangelische Kirche in Deutschland. Im Untersuchungszeitraum war also noch keine einheitlich verfasste gemeindeutsche evangelische Kirche vorhanden. Das hieß, es gab nicht „die“ evangelische Kirche, sondern eine Vielzahl evangelischer Landeskirchen mit ihren speziellen Ausprägungen in Abhängigkeit vom jeweiligen landesherrlichen Kirchenregiment.[30] Zwar gab es im Verlauf des 19. Jahrhunderts zahlreiche Versuche, die Kircheneinheit herzustellen, wobei der bekannteste wohl der Wittenberger Kirchentag von 1848 war.[31] Außerdem gab es im Zeitraum zwischen 1852 und 1903 im Rahmen der so genannten „Eisenacher Konferenzen“ mehrere Bemühungen, ein gemeinsames Vertretungsorgan aller evangelischen Kirchen in Deutschland zu schaffen. Das Hauptziel aller Konferenzen war die Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes,[32] was jedoch erst zwischen 1945 und 1948 mit der Einrichtung der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ gelang.[33]

Im 19. Jahrhundert herrschte also in Deutschland eine alles andere als einheitliche kirchliche Lage. In Württemberg herrschten zudem sehr spezielle Verhältnisse, die bis 1900 mehrfach wechselten. Zunächst unterwarf der württembergische König

---

28 Schäfer, Das Ringen um neue kirchliche Ordnungen der württembergischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 62, 1962, S. 287.

29 Vgl. Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 208.

30 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 111.

31 Vgl. die Einladung zur Wittenberger Versammlung zur Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes im September 1848, abgedruckt als Beilage I in: Die Wittenberger Versammlung zur Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes im September 1848 (1848), S. 125 – 127. Vgl. ferner die Verhandlungsberichte zur zweiten und dritten Versammlung zur Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes in den Jahren 1849 und 1850: Die Verhandlungen der zweiten Wittenberger Verhandlung für Gründung eines Deutschen evangelischen Kirchenbundes im September 1849 (1849); Die Verhandlungen der dritten Versammlung für Gründung eines Deutschen evangelischen Kirchenbundes zu Stuttgart im September 1850 (1850).

32 Vgl. Friedrich, s. v. Eisenacher Konferenz. In: RGG^{4}, Bd. 2 (2008), Sp. 1179 f.

33 Vgl. zur Geschichte, Verfassung und Gliederung: Hauschild, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). I. Geschichte, Verfassung und Gliederung. In: RGG^{4}. Bd. 2 (2008), S. 1713 – 1717.

„die Kirche und die Gläubigen seiner Herrschaft der Vernunft, im Namen einer Befreiung machte er die Kirche zu einer Anstalt des Staates“.[34] Diese Auffassung hatte weitreichende Folgen, die sich vor allem im Bereich der Organisation widerspiegelten.

5.1.2. Zur Organisation der württembergischen Landeskirche

Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Veränderungen, aber auch der Besonderheiten. Die Rechtsstellung der christlichen Kirchen war durch das Charakteristikum einer signifikanten wie speziellen Form der Verbindung mit dem Staat gekennzeichnet.[35] Vor 1800 stellte sich die Lage jedoch ganz anders dar. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts war es zu Veränderungen in religionsgeschichtlicher Hinsicht gekommen, die von größter Bedeutung waren. In Württemberg waren es vor allem große Umgestaltungen hinsichtlich der Struktur und des Handlungsspielraums der evangelischen Kirche.

Ein besonderes Merkmal des deutschen Protestantismus im 19. Jahrhundert war sein vielfältig aufgefächertes Kirchensystem. Aufgrund der landesherrlichen Bindungen der einzelnen Landeskirchen entstand ein analoges Bild zur territorialen Mannigfaltigkeit des Deutschen Reiches.[36] Zur religiösen Ausdifferenzierung trug die territoriale Vielfalt der Landeskirchen bei. Im Gefolge der damit verbundenen Unterschiede, die sich im Laufe der Zeit immer deutlicher ausgeprägt haben, kam es wiederum zur Herausbildung unterschiedlicher Religionsparteien. Sie unterschieden sich in der Hauptsache hinsichtlich ihrer Einstellung zur Aufklärung und Revolution. Gemeinhin wurde diese weitere innerprotestantische Aufgliederung als die dritte Differenzierungsachse des Protestantismus bezeichnet.[37]

---

34 Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 208.

35 Vgl. Schieder, Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert (1993), S. 19.

36 Vgl. ebd., S. 21 f.

37 Mit diesem Hinweis soll es an dieser Stelle belassen sein. Auf die einzelnen Religionsparteiungen und die damit verbundene Problematik kann im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Vgl. zu dieser Thematik: Graf, Die Spaltung des Protestantismus (1993), S. 157 – 190.
Die württembergischen Verhältnisse ließen sich, besonders angesichts des herrschenden Pietismus, zumeist als national-konservativ bezeichnen. Im Wesentlichen wurde von den Geistlichen am alten Glauben festgehalten. Das hieß die Elemente der Aufklärung und des damit in Zusammenhang stehenden Rationalismus wurden abgelehnt. Somit saßen auch im Consistorium der Zeit gläubige Männer, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternahmen, um innerhalb der Kirche den lebendigen Glauben sowie das wahrhaftige Geistesleben einerseits zu fördern wie auch andererseits zu erwecken. Vgl. Kapff, Lebensbild von Sixt Carl von Kapff (1881), S. 287 f.

Im Königreich Württemberg war die württembergische Landeskirche lutherischer Ausprägung die herrschende Kraft, was auf der hiesigen Tradition fußte. Es gab zwar auch in Württemberg eine reformierte Kirche, die vorwiegend in den Waldensergemeinden existierte. Davon hatten sich jedoch die meisten „den lutherischen Ge meinden ihrer Orte an(geschlossen)“.[38] In Cannstatt und Stuttgart war es seit dem Jahr 1845 zu Neugründungen reformierter Gemeinden gekommen, die auch im 20. Jahrhundert fortbestanden.[39]

Die Organisation bis 1800

In Württemberg entstand die evangelische Landeskirche quasi um das Jahr 1534 oder genauer im Zeitraum nach Herzog Ulrichs Heimkehr.[40] Der tatsächliche Gestaltungsprozess fand seinen Beginn mit dem Jahr 1551, wobei die Landeskirche bereits von Anfang an hierarchisch gegliedert war. Die unteren Behörden der Visitation stellten dabei die Spezial-Superintendenten[41] dar. Sie wurden wiederum von den General-Superintendenten[42] als übergeordnete Instanzen visitiert. Im Jahr 1556 wurde eine Klosterordnung erlassen, in deren Rahmen die Aufhebung der bis dato noch bestehenden katholischen Klöster und deren Umwandlung in evangelische Seminare stattfand. Den dortigen Vorstehern im Rang eines Abtes bzw. Prälaten kam bis ca. 1600 die Aufgabe zu, als General-Superintendenten bei der Visitation mitzuwirken.[43]

Von Anfang an kam dem Visitationswesen eine große Bedeutung zu, wie die bereits 1553 erlassene Visitationsordnung belegte. In ihr wurde geregelt, dass die Spezial-Superintendenten die direkte Aufsicht über die Pfarrer auszuüben hatten. Ein weiterer, inhaltlicher Bestandteil war die Festlegung der Spezial-Superintendenten auf einen festen Amtssitz in einer Amts- bzw. Oberamtsstadt. Sie stellten die übergeordnete Instanz für durchschnittlich 10 bis 20 Pfarreien dar. Außerdem hatte

---

38 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 387. Vgl. Schmitt, Die Mitgliedschaft der Religionsgemeinschaften – Entwicklung und soziales Profil (1984), S. 211; Dieterich, Einführung in das Tagungsthema Asyl in Württemberg. In: BWKG 110, 2010, S. 22.

39 Vgl. ebd., S. 387. Vgl. zur Geschichte der Cannstatter reformierten Gemeinde auch: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (2007), S. 36. Vgl. ferner: Das Königreich Württemberg. Bd. 1 Allgemeiner Teil und Neckarkreis (1904), S. 145; Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 287.

40 Vgl. Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 9.

41 Vgl. allgemein zu den Superintendenten und ihren Aufgaben sowie ihrer weiteren Entwicklung: Stahl, Die Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten (^{2}1862), S. 328 – 330.

42 Vgl. allgemein zu den Generalsuperintendenten nebst ihren Aufgaben sowie ihrer weiteren Entwicklung: Stahl, Die Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten (^{2}1862), S. 330 f.

43 Vgl. Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 9.

der Spezial-Superintendent die Aufgabe, Anliegen der Pfarrer in positiver wie negativer Hinsicht an die übergeordneten Instanzen weiterzuleiten. Bis 1600 bestanden schließlich 28 Spezial-Superintendenzen, für deren Grenzen die staatliche Einteilung der Ämter als Grundlage diente. Um 1800 waren es schließlich 40 geworden.[44]

Das wohl bedeutendste Ereignis für die württembergische evangelische Kirche war der Erlass der „Großen Kirchenordnung“ im Jahr 1559. Dieses, von Herzog Christoph erlassene Gesetz, bildete einen Schritt zur Vollendung der Reformation in Württemberg. In der „Großen Kirchenordnung“ wurden die seit 1552 verfügten Ordnungen sowie Gesetze in Bezug auf die Kirche zusammengefasst.[45] Bei allen diesen Maßnahmen war der württembergische Reformator Johannes Brenz federführend. Die Verkündung der „Großen Kirchenordnung“ stellte „für die württembergische Reformationsgeschichte ein wichtiges Datum dar, denn bedeutende Änderungen erfuhr das System der württembergischen Landeskirche bis ins 19. Jahrhundert hinein nicht mehr.“[46] Für die endgültige Etablierung des Luthertums in Württemberg waren die „Große Kirchenordnung“ des Jahres 1559 sowie der Landtagsabschied von 1565 die Grundlage. An diesem Zustand sollte sich bis 1806 nichts ändern und Württemberg war bis dahin „unverändert und einheitlich protestantisch“.[47]

Die „Große Kirchenordnung“ sah drei Gremien vor, die als „Beratungs- und /oder Entscheidungsgremien“[48] fungierten. Problematisch war, dass die Begrifflichkeiten bereits in der „Großen Kirchenordnung“ sehr unscharf waren, weshalb die einzelnen Termini mitunter durcheinander gerieten.[49] Klarheit bestand lediglich in Bezug auf die Bezeichnung „Kirchenrat“. Darunter wurde „die Versammlung von Landhofmeister, Propst zu Stuttgart, drei Theologen, vier politischen Räten, sekundiert von einem Buchhalter, einem Sekretär und vier Schreibern“[50] verstanden. Der Kir-

---

44 Vgl. ebd., S. 9; vgl. auch: Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 37.

45 Vgl. Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 9; Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 37; Richter, Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland (1851), S. 122.

46 Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 37.

47 Ebd., S. 37. Vgl. Holtz, Theologie und Alltag (1993), S. 21 f.

48 Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 38.

49 Vgl. ebd., S. 38.

50 Ebd., S. 38 mit Anm. 101.

chenrat hatte die ganze kirchliche Finanzverwaltung zu versehen.[51] Daneben gab es noch den, seit ungefähr 1590 als „Konsistorium“ bezeichneten Teil des Kirchenrats, der die geistliche Abteilung war. Ihm oblag die Aufgabe, Beratungen hinsichtlich vorliegender Disziplinar- und Strafangelegenheiten sowohl von Kirchen- als auch von Schuldienern durchzuführen.[52] Das Konsistorium blieb in dieser Funktion bis 1918 bestehen.[53] Die dritte Kommission war der „Synodus“, der „aus dem Propst zu Stuttgart, dem Landhofmeister, den drei Theologen des Kirchenrats, den vier Generalsuperintendenten und ‚besonders hierzu verordneten Kirchenräten‘“[54] bestehen sollte. Es waren also im Grunde genommen das Konsistorium und die Generalsuperintendenten, die einmal jährlich tagten, wobei der Konsistorialpräsident den Vorsitz hatte.[55] Der Synodus hatte lediglich eine beratende Funktion, das hieß, dort wurden die Reaktionen auf die Visitationsergebnisse beschlossen. Die dazu verwendete Form waren Spezialsynodalrezesse, die für jeweils eine Gemeinde erlassen wurden.[56]

Auf Initiative von Jakob Andreä wurde 1644 dann ein weiteres Gremium, der „Kirchenkonvent“, eingerichtet. Der Kirchenkonvent basierte auf Andreäs Kirchenzuchtplänen, die in einem längeren Entwicklungsprozess zu einem Institut ausgearbeitet worden waren, das lückenlos in den obrigkeitlichen Aufbau der vorhandenen Kirchenverfassung integriert werden konnte. Unter diesem Gremium wurde ein Straforgan verstanden, dem die Gemeindeglieder, aufgrund einer zwangsweisen Verpflichtung, jegliche Verstöße gegen die Anordnungen des Herzogs anzeigen mussten.[57] Der Kirchenkonvent war eine Kommission, die lokal wirkte, und die auf die Disziplinierung der Bevölkerung hinarbeitete. Wesentlich war die systematische Zielsetzung einer „Internalisierung von Selbstkontrolle […] (,) Einschränkung der physischen Gewaltanwendung und der sozialen Unordnung.“[58] Der Kirchenkonvent

---

51 Ebd., S. 42.

52 Vgl. ebd., S. 38; 42; Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 9; Vgl. zur Entwicklung des Konsistoriums bis 1862: Süskind; Werner, Repertorium der evangelischen Kirchengesetze in Württemberg, Bd. 1 (1862), S. 499 – 505.

53 Vgl. Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 10.

54 Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 38.

55 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 42. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte des württembergischen „Synodus“ findet sich bei: Lempp, Der württembergische Synodus 1555 – 1924 (1960).

56 Vgl. Schnabel-Schüle, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens (1987), S. 42.

57 Vgl. ebd., S. 44 f.

58 Popkin, Der Kirchenkonvent in Württemberg. In: BWKG 96, 1996, S. 117. Vgl. auch: Ehmer; Holtz, Der Kirchenkonvent in Württemberg (2009), S. 9 f.

hatte vordergründig geschichtliche Bedeutung, indem er „einen Rahmen […] für die enge und zielgerichtete Zusammenarbeit des Pfarrers […] mit den dörflichen Würdenträgern“[59] bildete. Zugleich signalisierte dieses Instrument das gleichermaßen komplexe, wie auch delikate Beziehungsgeflecht zwischen Staat, Kirche sowie Gesellschaft.[60]

Daneben gab es als besondere Problematik die Verfahrensweise, wenn ein katholischer Landesherr die Regentschaft übernahm. Dieses Problem entstand nicht erst mit dem Jahr 1803, als Württemberg um die katholischen Landesteile vergrößert wurde. Deshalb „hatte die Landeskirche durch die sogenannten Religionsreversalien (1729 – 1795) (bereits früher) dafür gesorgt, daß das Kirchenregiment nicht vom (katholischen) Herzog, sondern vom Geheimen Rat ausgeübt werden solle.“[61]

Der Wandel zwischen 1803/06 und 1818

Mit dem Jahr 1803 bzw. endgültig 1806 begann eine Übergangsperiode für Württemberg, die auch für die Landeskirche gravierende Folgen hatte.[62] In Württemberg war bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich der Protestantismus in seiner evangelisch-lutherischen Ausprägung als Staatsreligion vorhanden. Mit den Gebietserwerbungen des Jahres 1803 kamen umfangreiche katholische Gebiete zum rein protestantischen Altwürttemberg. Aufgrund dieser Tatsache war Württemberg nunmehr gemischtkonfessionell geworden, was eine gesetzliche Normierung hinsichtlich der Rechtsstellung, vor allem der katholischen Untertanen erforderlich machte. Diese Regelung geschah in den Religionsedikten der Jahre 1803 bzw. 1806, in denen „den Gliedern der drei reichsrechtlich anerkannten Konfessionen volle Gleichberechtigung gewährt wurde.“[63]

Mit der Aufhebung der bis 1805 gültigen Landesverfassung begannen tiefgreifende Veränderungen für die evangelische Kirche. Mit Wirkung zum 2. Januar 1806

---

59 Popkin, Der Kirchenkonvent in Württemberg. In: BWKG 96, 1996, S. 117 f.

60 Vgl. Ehmer; Holtz, Der Kirchenkonvent in Württemberg (2009), S. 10.

61 Mosapp, Unsere Kirche, Ihr Werden und Leben, Kämpfen und Arbeiten (1927), S. 175.

62 Vgl. insgesamt zu dieser Periode ausführlich: Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 544 – 550.

63 Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 12. Vgl. Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 124; Ders., Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 205; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 17 – 20; Fenske, Staat, Gesellschaft und Kirchen (2000), S. 89; Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 29; Lempp, Der württembergische Synodus 1555 – 1924 (1960), S. 177 f., Thudichum, Deutsches Kirchenrecht des neunzehnten Jahrhunderts. Bd. 1 (1877), S. 377.
Allerdings dauerte es noch bis 1861, bis die Unabhängigkeit bürgerlicher Rechte vom Bekenntnis festgesetzt wurde. Vgl. hierzu: Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 618.

wurde das gesamte Kirchenvermögen eingezogen und dem neugeschaffenen Oberfinanzdepartement einverleibt.[64] Die nachfolgenden Veränderungen, die König Friedrich I. unternahm, waren zwar binnen kurzer Zeit vollendet, hatten aber umso weitreichendere Folgen. Das Resultat war die vollständige und konsequente Abschaffung der kirchlichen Autonomie. Mit dem so genannten „Organisationsmanifest“ vom 18. März 1806 waren nicht nur die Pfarrer zu Staatsbediensteten geworden, sondern auch das Konsistorium[65] dem neugeschaffenen Geistlichen Departement unterstellt worden. Dadurch war es nur noch für die Beaufsichtigung des evangelischen Volksschulwesens wie auch der Kirchenangelegenheiten im engeren Sinne zuständig. Infolgedessen hatte „der Leiter der Oberkirchenbehörde […] nicht das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Bischof der Kirche, beim König“.[66] Weitere Folgen waren der vollständige Bedeutungsverlust des Synodus sowie die Einführung des Besetzungsrechts des Königs für die Pfarrstellen. Außerdem wurde „das höhere Schulwesen, die vier Seminare in Maulbronn, Schöntal, Blaubeuren und Urach und das Stift […] der Oberstudiendirektion unterstellt.“[67] Schließlich ergab sich bei der Organisation der Kirche ein weiterer, schwerwiegender Eingriff. Im Zeitraum bis 1824 fand die Ersetzung der bereits seit alters her bestehenden vier Generalsuperintendenturen[68] statt. An ihre Stelle traten sechs Generalate, „die sich allein an der politischen Struktur des Landes orientierten.“[69] Darunter waren die 48, später dann 49 Dekanate[70] angesiedelt, die wiederum für die Beaufsichtigung der 824 Pfarrorte in Württemberg zuständig waren. In Württemberg war durch die konsequente Realisierung des Territorialsystems in der Tat eine vollständige Konsisto-

---

64 Vgl. Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 545; Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg 1806 – 1918 (2008), S. 27; Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 203; Liermann, Deutsches Kirchenrecht(1933), S. 75; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 25 f.; Barth, Geschichte von Württemberg, neu erzählt für den Bürger und Landmann (1843), S. 270.

65 Zu den einzelnen Verwaltungsorganen und ihren Funktionen, die z. T. auch später bestanden, werden an anderer Stelle noch kurze Anmerkungen gemacht.

66 Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 125. Vgl. auch: Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 47.

67 Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 205. Vgl. Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S.125 f. Vgl. auch: Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 47.

68 Vgl. zu den Aufgaben der Generalsuperintendenten: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 45 – 48; Wiese; Morstadt, Grundsätze des gemeindeutschen Kirchenrechts (^{6}1850), S. 317 – 319.

69 Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 48 mit Anm. 29. Vgl. auch: Schäfer, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840 (1974), S. 12 – 14.

70 Vgl. zum Aufgabenkreis der Dekane: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 48 – 51.

rialverfassung geschaffen worden. Das wiederum bedingte, dass „die evangelische Landeskirche zur reinen Staatsanstalt gestempelt“[71] worden war. Sie hatte somit nicht nur ihre wirtschaftliche Grundlage, sondern auch ihre Freiheit verloren.[72]

Die Landeskirche während der Jahre 1819 – 1848

Das rechtliche Verhältnis zwischen Kirche und Staat wurde erst mit der Verfassung von 1819 auf eine neue Grundlage gestellt.[73] Diese Rechtsgrundlage, die in den §§ 70 – 77 der Verfassungsurkunde[74] niedergelegt war, bestand bis 1918.[75] Wesentlich war dabei, dass „Württemberg […] seiner konsistorialen Ordnung ohne jedes presbyterial-synodale Element verhaftet“[76] blieb. Die Kirche erhielt einen Teil ihrer alten Rechte wieder, konnte jedoch nicht mehr dieselbe starke Position einnehmen, wie zur Zeit des alten Herzogtums. Im Königreich „nahm sie die Stellung einer *rechtlich geschützten*, *ja* mit *gewissen Vorrechten ausgestatteten Körperschaft* ein, allerdings um den Preis einer sehr weit ausgedehnten *Oberhoheit des Staates*.“[77] Laut Verfassungsurkunde sollten Konsistorium und Synodus die inneren Angelegenheiten autonom gestalten sowie über das 1806 eingezogene Kirchenvermögen verfügen können. Dennoch wurden diese Versprechen nicht eingelöst.[78] Die Tätigkeit des Konsistoriums wurde auf die reine Verwaltungsarbeit beschränkt, wodurch jeder Versuch, die Kirchenverfassung weiterzuentwickeln, von vorne herein be-

---

71 Lempp, Der württembergische Synodus 1553 - 1924 (1960), S. 176. Vgl. auch: Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 48; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 20 – 24; Dehlinger, Württembergs Staatswesen. Bd. 1 (1951), S. 424 f.

72 Vgl. Fausel, Die evangelischen Kirchen (1963), S. 294 f.

73 Vgl. Württembergische Kirchengeschichte (1895), S. 548 f. Vgl. insgesamt zu diesem Zeitabschnitt: Württembergische Kirchengeschichte (1895), S. 550 – 553.

74 Vgl. Bazille; Köstlin (Hrsg.), Verfassungsurkunde für das Königreich Württemberg vom 25. September 1819 mit Erläuterungen (1905), §§ 70 – 77, S. 70 – 81.

75 Vgl. Liermann, Deutsches Kirchenrecht (1933), S. 75. Ins Detail gehende Bemerkungen zum evangelischen Kirchenrecht im Zeitraum zwischen 1819 und 1830 würden im Rahmen der Themenstellung zu weit führen. Deshalb vgl. allgemein zum Kirchenrecht im Königreich Württemberg in der Zeit bis 1830: Gaupp, Das bestehende Recht der evangelischen Kirche im Königreich Württemberg. Bd. 1 (1830), S. 1 – 13; 66 – 125.

76 Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 60. Vgl. auch allgemein zu den üblichen Gepflogenheiten in der württembergischen evangelischen Landeskirche für diesen Zeitraum: Hauber, Recht und Brauch der evangelisch-lutherischen Kirche Württembergs in Sachen des Kirchenregiments, des Gottesdienstes und der Zucht (1854).

77 Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 549. Die kursiv hervorgehobenen Stellen sind im Original gesperrt gesetzt. Vgl. zur Rechtsstellung auch: Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 82 – 86.

78 Vgl. Schäfer, Das Ringen um einen christlichen Staat. In: PuN 1, 1974, S. 126; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 86 f.

schränkt wurde. Außerdem kam es nur zu einer schleppenden Herausbildung des Verlangens nach einer Demokratisierung der Kirche.[79]

Ungefähr seit 1830 wurde mehrfach versucht, eine Synode und damit ein demokratisches Element in der Kirche zu schaffen. Allerdings ließ es König Wilhelm I. nicht zu, dass als „summus episcopus“ in irgendeiner Form seine Rechte angetastet wurden.[80] Letztlich waren alle Bemühungen der evangelischen Kirche unter Wilhelm I. „nichts anderes, als ein vergebliches Laufen nach dem Ziel der Schaffung eigenständiger kirchlicher Verwaltungsorgane, und zwar auf allen drei Stufen, der ortskirchengemeindlichen, der bezirkskirchengemeindlichen und der landeskirchengemeindlichen Organisationen.“[81] Dennoch war die Lage für die evangelische Landeskirche nicht ganz so aussichtslos, wie es teilweise den Anschein hatte. Zu einem gewissen Wandel in der Haltung des Königs hinsichtlich der Autonomiebestrebungen der Kirche kam es unter dem Einfluss, den die Theologie Friedrich Schleiermachers auf ihn ausgeübt hatte. Auf dieser Grundlage wurde die Kirche als eigenständiger Organismus neben dem Staat gesehen, weshalb die Forderung, staatlich demokratische Institutionen in Bezug auf die Kirche zu übernehmen, fallengelassen wurde. Vielmehr fand eine Rückbesinnung auf das im Neuen Testament definierte Wesen der Kirche statt, was die Entwicklung von Ausprägungen des Kirchenlebens, die ihrem Wesen angemessen waren, zur Folge hatte.[82] Als Ausdruck dieser veränderten Einstellung bestellte der König zur Vorbereitung des 1842 erschienenen neuen Gesangbuches ein aus Geistlichen und Laien berufenes Beratungsgremium.[83] Ein weiterer Schritt war im Jahr 1845 der Entwurf einer Presbyterial- und Synodalordnung, die jedoch ohne größere Würdigung zu bekommen, ad acta gelegt worden ist.[84]

---

79 Vgl. Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 225.

80 Vgl. ebd., S. 225; Ders., Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 490 f.; Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 136; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 67; 69; Dehlinger, Württembergs Staatswesen. Bd. 1 (1951); Vgl. zu den Episkopalrechten des Königs auch: § 72 der Verfassungsurkunde sowie Das Königreich Württemberg. Bd. 1 Allgemeiner Teil und Neckarkreis (1904), S. 143.

81 Hermelink, Kirche und Schule unter der Regierung König Wilhelms I. von Württemberg. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 183.

82 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 136.

83 Vgl. ebd., S. 136.

84 Vgl. Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 553. Vgl. auch: Schäfer, Das Ringen um einen christlichen Staat. In: PuN 1, 1974, S. 127; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 68 f.

Die Neuordnung der evangelischen Landeskirche 1848 – 1890

Die Revolution von 1848 war nicht nur ein gesellschaftlich-politisches Ereignis von ungeheurer Schlagkraft, sondern hatte umfassende Folgewirkungen, die auch in den Bereich der Kirche reichten. In Württemberg hatte es bereits seit 1845 Beratungen über die Einführung einer Landessynode gegeben. Diese Erörterungen hatten sogar zu fassbaren Ergebnissen geführt, die sich in der Ausarbeitung einer vollständigen Kirchenverfassung zeigten. Allerdings hatte Wilhelm I. infolge seiner Eindrücke der Vorgänge des Jahres 1848/49 eine ablehnende Haltung gegen Veränderungen in Hinblick auf die Kirche eingenommen.[85]

Dennoch blieb die Revolution für die evangelische Kirche nicht folgenlos. Es kam zur Ablösung des Zehnten, was „für Kirchenstellen und Stiftungen einen Verlust von etwa 350000 Gulden Kapital bedeutete."[86] Dabei wurde die schwache Stellung der Kirche offensichtlich. Sie erduldete es widerstandslos, dass der Staat ihr Schaden zufügte, um auf diese Weise die Folgen der Revolution zu besänftigen. Dessen ungeachtet fusionierten seit 1850 die Kirche und der konservativ-reaktionäre Staat.[87]

Anstatt einer demokratischen Verfassung musste sich die Kirche mit einer Minimallösung begnügen, die in den 1851 eingeführten Pfarrgemeinderäten bestand.[88] Auf diese Weise wurde auf der Ebene der Ortsgemeinde eine Vertretung für die Gemeindeglieder eingeführt.[89] Dabei kam der männlichen Bevölkerung, die sowohl selbständig, als auch über 30 Jahre alt sein musste, das aktive Wahlrecht zu. Die Ausübung des passiven Wahlrechts hatten jedoch nur über 40 Jahre alte Männer.

---

85 Vgl. Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 70; Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 137; Ders., Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 491.

86 Schäfer, Die evangelische Kirche und die Revolution 1848/1849 (2004), S. 115.

87 Vgl. ebd., S. 115.

88 Vgl. zur Einführung der Pfarrgemeinderäte: Schäfer, Die evangelische Kirche und die Revolution 1848/1849 (2004), S. 130; Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 137; Ders., Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 491; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 70, Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 371; Hermelink, Kirche und Schule unter der Regierung König Wilhelms I. von Württemberg. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 183; Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 560 f.
Vgl. auch die königliche Verordnung in Betreff der Einführung von Pfarrgemeinderäthen in der evangelischen Landeskirche, abgedruckt bei: Hahn, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg (1851), S. 39 – 46.
Vgl. als Beispiel einer positiven Reaktion seitens eines Pfarrers auf diese Einrichtung, was angesichts des angesprochenen Misstrauens gegenüber dieser Einrichtung Seltenheitswert haben dürfte: Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 238 f.

89 Vgl. Hahn, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg (1851), S. 37.

Die Funktion der Pfarrgemeinderäte war lediglich beratender bzw. überwachender Natur,[90] wobei vor allem die fehlende Partizipation an Haushaltsentscheidungen von großer Tragweite war.[91] Als Tätigkeitsfelder auf Gemeindeebene wurden die Armenpflege,[92] die Krankenpflege,[93] die Pflege des christlichen Lebens[94] sowie die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung[95] angegeben. Nachdem es sich hierbei um ein Novum handelte, „wurde diese Einrichtung mißtrauisch betrachtet und nie allgemein angenommen."[96] Der Grund für dieses Misstrauen lag sicherlich auch darin begründet, dass den Bestimmungen für die Einführung dieses Gremiums deutlich ihr Charakter einer Notlösung anzusehen war. Demnach konnten die Pfarrgemeinderäte lediglich als „neben dem alten Kirchenkonvent und neben dem Stiftungsrat, der seit 1817 die örtlichen Stiftungen verwaltet",[97] gesehen werden.

Als weitere Neuerung wurden 1854 die Diözesansynoden eingerichtet,[98] die das demokratische Element auf der Ebene der Bezirke darstellten. Sie setzten sich aus den Pfarrern des jeweiligen Bezirks und von den einzelnen Pfarrgemeinden bestimmten Delegierten zusammen.[99] Allerdings verfügte auch dieses Gremium nur über beschränkte Befugnisse.[100] Damit kam die Reform der Kirchenverfassung zunächst wieder einmal zum Stillstand, zumal König Wilhelm I. unmissverständlich festgestellt hatte, dass unter seiner Regierung keinesfalls die Einführung einer Landessynode stattfinden würde.[101] Diesen Schritt vollzog erst sein Nachfolger, König Karl.

---

90 Vgl. hierzu: Hahn, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg (1851), S. 31; 37.
Vgl. insgesamt diese Handreichung, die das Ungewohnte und Neue dieser Einrichtung deutlich werden lässt.

91 Vgl. Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118.

92 Vgl. Hahn, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg (1851), S. 10 – 18.

93 Vgl. ebd., S. 18 – 21.

94 Vgl. ebd., S. 21 – 33.

95 Vgl. ebd., S. 33 – 37.

96 Vgl. Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 371 mit Anm. 100.

97 Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 137.

98 Vgl. zur Einrichtung der Bezirkssynoden: Schäfer, Die evangelische Kirche und die Revolution 1848/1849 (2004), S. 130; Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 137; Ders., Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 491; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 70 f.; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 371 mit Anm. 101; Hermelink, Kirche und Schule unter der Regierung König Wilhelms I. von Württemberg. In: ZWLG 9, 1949/50, S. 184; Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 561.

99 Vgl. Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118.

100 Vgl. Ders., S. 118.

101 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 137; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 118 f.

Im Jahr 1861 hatte es noch einmal eine Initiative zur Schaffung einer Landessynode gegeben, die wie alle vorherigen Versuche erfolglos geblieben war.[102] Erst die Thronbesteigung König Karls, der im Gegensatz zu seinem Vater eine liberale Gesinnung hatte, brachte den entscheidenden Fortschritt. Er gab einer Kommission, die die Stuttgarter Diözesansynode eingesetzt hatte, eine Audienz, in der sie ihren „Wunsch nach einer synodalen Erweiterung der Kirchenverfassung“[103] vorbrachte. Das Ergebnis war das Versprechen des Königs, dieses Ansinnen zu unterstützen. König Karl begründete diesen Schritt damit, dass „von einer Landessynode seiner Überzeugung nach *bei dem guten Geist, der im württembergischen Volk wie in der Landesgeistlichkeit vorherrsche, wirkliche Gefahren für die Landeskirche kaum zu fürchten, dagegen ersprießliche Folgen für das kirchliche Leben zu hoffen seien*.“[104] Den Endpunkt der Schaffung einer Repräsentativverfassung in der evangelischen Kirche, markierte die Einführung einer Landessynode, die mit dem königlichen Erlass vom 20. Dezember 1867 erfolgte.[105]

Die 50 Mitglieder der Landesynode wurden nach dem indirekten Wahlprinzip durch die Diözesansynoden auf sechs Jahre gewählt.[106] Darüber hinaus hatte die theologische Fakultät der Universität Tübingen ein Mitglied zu stellen, das als Vertreter der Landesuniversität handelte. Der König bestellte schließlich in Ausübung seiner Rechte als Landesherr und -bischof sechs weitere Mitglieder sowie den Präsidenten.[107] In der Regel kam es während der Wahlperiode zu einem Zusammentritt der Synode. Die Synode hatte einen Ausschuss, der sich aus dem Präsidenten und

---

102 Vgl. Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 77.

103 Ebd., S. 77.

104 Ebd., S. 77 mit Anm. 190. Die kursiv gesetzten Stellen entsprechen dem Original und sind Teil des Zitats.

105 Vgl. zur Verordnung: Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 143; Ders., Die evangelische Kirche und die Revolution 1848/1849 (2004), S. 130; Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 564; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 143; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 371; 372; Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 78 f; Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zu Gegenwart (1949), S. 418. Vgl. zu den genauen Entstehungsvorgängen der Jahre 1865 – 1867: Hermle, Kirchenleitung und Landessynode (1995), S. 49 – 70.
Vgl. ferner zur Vorgeschichte den Überblick bei :Ehmer; Kammerer, Biographisches Handbuch der Württembergischen Landessynode (2005), S. 13 – 15; sowie bei: Hermle, Kirchenleitung und Landessynode (1995), S. 33 – 49.
Vgl. als Beispiel einer Reaktion auf die Einführung der Landessynode: Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 229 – 242.

106 Vgl. zu den Aufgaben, der Zusammensetzung und dem Wahlmodus sowie den Sitzungen und Organen: Ehmer; Kammerer, Biographisches Handbuch der Württembergischen Landessynode (2005), S. 15 – 17.

107 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 143; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 119; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 372.

vier weiteren Mitgliedern zusammensetzte.[108] In der Hauptsache bestand ihre Aufgabe darin, an der kirchlichen Gesetzgebung mitzuwirken. Zwar hatte sie ein Vorschlagsrecht, aber die eigentliche Gesetzesinitiative erhielt sie jedoch erst 1888.[109] Die damals erlassene neue Synodalordnung bewirkte die Festigung der Rechtsstellung der Landessynode sowie eine Erweiterung ihres Aufgabenkreises.[110] Das Budgetrecht hingegen wurde ihr vorenthalten.[111] Ihrer Konzeption nach war die Synode analog konstitutioneller Prinzipien ein Kontrollorgan, das dem Kirchenregiment[112] gegenüberstand. Ihre Befugnisse sorgten für eine Machtbegrenzung des bis 1867/88 faktisch in seinen Beschlüssen autonomen Summepiskopus.[113] Die Einführung der Landessynode war zumindest eine ansatzweise Weiterentwicklung der bei zu diesem Zeitpunkt bestehenden, ausschließlichen Konsistorialverfassung.[114] Dennoch brachte „der Kampf um ein Mitspracherecht […] lediglich eine Ergänzung der Konsistorialverfassung durch ein eher schwach ausgebildetes synodales Element, dessen Ausgestaltung zudem vornehmlich an staatlich-politischen Einrichtungen orientiert war.“[115] Trotzdem waren es letzten Endes die Synoden, die die Kirche einen Weg zu tatsächlicher, innerer Freiheit, gleichermaßen vom Staat wie von dessen Ideologien, finden ließen.[116]

Mit dem Verlangen nach einer Verfassung für die Landeskirche wurde ein Prozess eingeleitet, der letztlich die Trennung von Kirche und Staat bewirkte. Dieser Vorgang begann abermals auf der Ebene der Ortskirchengemeinde. Angesichts der konfessionellen Vermischung in den einzelnen Gemeinden während des 19. Jahrhunderts war dort der Wunsch nach vermehrter Autonomie entstanden. Aufgrund dieser Tatsache musste eine Lösung gefunden werden, die über den Pfarrgemeinde-

---

108 Vgl. Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 119.

109 Vgl. Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 372; Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 496; Ders., Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 143 f.

110 Vgl. Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 373.

111 Vgl. Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 119.

112 Dieses bestand aus dem Konsistorium und dem Synodus (= Konsistorium und die Generalsuperintendenten). Vgl. hierzu: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 33 – 35; Das Königreich Württemberg. Bd. 1: Allgemeiner Teil und Neckarkreis (1904), S. 144. Vgl. zum Aufgabenkreis des Konsistoriums: Frauer, Rechtliche Stellung des württembergischen Konsistoriums, geschichtlich betrachtet. In: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht 17, 1907, S. 367 – 370.

113 Vgl. zu den Episkopalrechten des Königs: Thudichum, Deutsches Kirchenrecht des neunzehnten Jahrhunderts. Bd. 1 (1877), S. 380 f.

114 Vgl. zum Vorstehenden: Hermle, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung (2000), S. 79.

115 Ebd., S. 80. Vgl. auch: ebd., S. 81.

116 Vgl. Schäfer, Das Ringen um neue kirchliche Ordnungen der württembergischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 62, 1962, S. 308.

rat von 1851 hinausging.[117] Letzten Endes war es schon aus finanziellen Gründen unumgänglich, die Kirchen- und Ortsgemeinde zu trennen. Dieser Schritt wurde im Gesetz von 1887 vollzogen, wodurch der Pfarrgemeinderat durch den Kirchengemeinderat ersetzt wurde, dessen Vorsitz der örtliche Pfarrer hatte und dem auch der Ortsvorsteher angehörte.[118] Die Kirchengemeinderäte wurden auf sechs Jahre von den männlichen Gemeindegliedern, die mindestens 25 Jahren alt sein mussten, gewählt. Für die Wahl zum Kirchengemeinderat war das Mindestalter von 30 Jahren vorgeschrieben. Fortan hatte die Kirchenpflege die Verwaltung der rein kirchlichen Stiftungen, sowie die Instanthaltung der Kirchengebäude zu besorgen. Allerdings bedingte diese „Ausscheidung des kirchlichen Vermögens aus dem der Gemeinde keine vollständige Trennung, weil einzelne Verbindlichkeiten der bürgerlichen Gemeinden, wie für Kirchturm, Uhr und Glocken erhalten blieben.“[119] Der Grund lag in deren allgemein öffentlichem Interesse. Zugleich kam dem Kirchengemeinderat die Verwaltung des Kirchenvermögens zu, was mit einem Budgetrecht verbunden war. Die Kirchengemeinden erhielten ebenfalls einen neuen Rechtstatus, indem sie „zur Körperschaft des öffentlichen Rechts“[120] wurden, wobei ihnen zudem das Recht verliehen wurde, eine Kirchensteuer zu erheben.[121]

Die Gesamtheit dieser Neuerungen bedingte eine kaum nennenswerte Beschränkung der kirchlichen Rechte des Königs. Wohl aber sorgten sie für die erforderliche Basis, damit sich die evangelische Kirche eigenständig weiterentwickeln konnte. Ihnen war es zu verdanken, dass sich das Kirchenleben in der Folge unabhängig entfalten und entwickeln konnte, ohne von außen bevormundet zu werden.[122]

Kirchenreform und Ende des Summepiskopats 1891 - 1918

Ab 1850 hatte sich das kirchliche Leben solchermaßen mannigfaltig entwickelt, dass eine Fülle neuer Aufgaben damit verbunden war. Wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt hatte, war dieser Schritt nun auch hinsichtlich der Kirche erforderlich. Sie hatte nicht nur althergebrachte Aufgaben zu versehen, sondern zu ihr

---

117 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 144; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 119.

118 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 144; Häcker, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs (1925), S. 134 – 136.

119 Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 120.

120 Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 144.

121 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 144; Ehmer, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 119 f.

122 Vgl. Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 496.

„gehörten auch gesellschaftliche Bezüge, soziale Aufgaben, theologische Fragen.“[123] Angesichts dieses breitgefächerten Spektrums war es sowohl der Regierung als auch der Kirchenleitung unmöglich geworden, die Kirche im obrigkeitsstaatlichen Sinne zu lenken. Außerdem war die Kirche ebenfalls mit den Aufgaben gewachsen, wodurch sie gleichermaßen fähig wie bereit geworden war, Entscheidungen zu fällen.[124] Die ersten Schritte waren die Landessynode und der Kirchengemeinderat als eigenständige Leitungsorgane, nunmehr lag es am König und am Konsistorium, den notwendigen Raum für „ein geordnetes Neben- und Miteinander von Strömungen und Tätigkeiten zu ermöglichen.“[125] Deutlich zeigte sich die Erfordernis von Reformen und zukunftsweisenden Entscheidungen, für die in der Regierungszeit König Karls die Grundlage getroffen worden war. Unter seiner Regierung konnte die evangelische Landeskirche, Vorbereitungen treffen, um schließlich im 20. Jahrhundert tatsächlich Verantwortung zu übernehmen[126] und eine eigenständige Gestaltung des kirchlichen Lebens zu vollziehen. Dennoch war in der Kirche erst nach 1891 gleichermaßen die Befähigung wie der Wille gewachsen, tatsächlich Verantwortung zu übernehmen und zu tragen, sowie ein eigenes Votum abzugeben.

Der seit 1891 regierende König Wilhelm II. konnte sein Amt als Summepiskopus unter einfacheren Bedingungen als seine Amtsvorgänger ausüben, da er Unterstützung durch die synodalen Beratungen erhielt. Diese Zusammenarbeit wirkte sich fruchtbar aus, so dass es zur Herausbildung von Umgangsformen sowie Beschlussfassungen kommen konnte, die gleichermaßen der Würde als auch der Aufgabe einer Synode angemessen waren. Somit war der Weg zu zukunftsweisenden Schritten frei. Von großer, damals noch nicht zu ahnender Bedeutung war das „Gesetz über die Ausübung des landesherrlichen Kirchenregiments“[127] des Jahres 1898. Darin war „für den Fall einer katholischen Thronfolge, jedoch auch bei einem schon zu Lebzeiten des jetzigen Königs erfolgenden Thronverzicht ein vom Staat unabhängiges Kirchenregiment vor(gesehen), das aus zwei evangelischen Ministern, den beiden Präsidenten des Konsistoriums und der Landessynode sowie aus einem Prä-

123 Ebd., S. 497.
124 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 497.
125 Ebd., S. 498.
126 Vgl. ebd., S. 497.
127 Ebd., S. 499. Vgl. auch: Häring, Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche (1916), S. 360 f.

laten bestand."[128] Dieses Gesetz erlangte 1918 Bedeutung, da es die Grundlagen für die Sicherung der „rechtliche(n) Kontinuität zwischen der obersten Leitung der Landeskirche im Königreich und im Volksstaat Württemberg"[129] geschaffen hatte.

Die weiteren Reformen gediehen in dieser Atmosphäre gemeinsamer Zusammenarbeit schließlich gut. Bereits 1901 wurde die bisherige Diözesansynodalordnung durch eine Novelle ersetzt. Fünf Jahre später gab es eine Neuregelung über das Kirchengemeindegesetz, was bis 1912 zu einer Erneuerung von Liturgie und Gesangbuch führte. Besonders signifikant war das 1909 erlassene Volksschulgesetz, mit dem die Abschaffung der geistlichen Beaufsichtigung der Volksschule beschlossen worden war. Fortan waren die Pfarrer nur noch stimmberechtigte Mitglieder im neugeschafften Ortsschulrat. Im Zuge der Verfassungsreform des Jahres 1906 gab es außerdem eine Umbildung der Zweiten Kammer im Landtag, wodurch sie zur reinen Volkskammer wurde. Anstatt der kirchlichen Vertretung in der Zweiten Kammer, wie vor der Reform,[130] wurden „der Präsident des Konsistoriums und zwei Prälaten Mitglied der Ersten Kammer".[131]

König Wilhelm II. hatte im Gegensatz zu seinen Vorgängern eine grundlegend andere Auffassung von seinem Summepiskopat. Gemäß seiner Amtsauffassung sah er sich vielmehr gleich einer Aufsichtsperson, die die Aufgabe hatte, über den rechten Verlauf aller Angelegenheiten zu wachen. Unter diesem Aspekt gesehen war er weniger ein Bischof, sondern vielmehr ein Kirchenpräsident. Sein sicheres Gespür für die Bedürfnisse der Gesamtheit der württembergischen evangelischen Landeskirche machte diesen letzten württembergischen König für die Landeskirche so bedeutungsvoll.[132]

Die Kirche hatte im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine Ausweitung ihres Aufgabenbereichs erfahren. Diese stand unter anderem in Zusammenhang mit ihrer organisatorischen Umgestaltung. Aus diesem Grund war die Haltung einiger ausgesuchter Organe zu sozialen Themen von großer Bedeutung.

---

128 Sauer, Württembergs letzter König (^{2}1994), S. 258 f. mit Anm. 131. Vgl. Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 499; Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 35 – 38; Häcker, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs (1925), S. 121.

129 Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 499.

130 Vgl. hierzu: Häcker, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs (1925), S. 106.

131 Ebd., S. 499.

132 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 499.

5.1.3. Haltung ausgewählter kirchlicher Organe zu sozialen Themen

Im Verlauf der Geschichte der württembergischen evangelischen Landeskirche hatte diese große Kämpfe durchzustehen, um die Möglichkeit zur Selbständigkeit zu bekommen. Zunächst ging es darum, den Raum für autonome und nachhaltige Handlungsfähigkeit zu erlangen. Mit den Reformen, die zuletzt die Könige Karl und Wilhelm II. unternommen hatten,[133] hatte sie die Gelegenheit bekommen, aktiv in das öffentliche Geschehen einzugreifen. Insbesonders die Landessynode und die Diözesansynode waren Organe, die für die Gesamtkirche relevante Themen behandelt haben. Anhand von schlaglichtartigen und punktuellen Einblicken in die verhandelten Gegenstände bzw. Themen sollen Aufschlüsse hinsichtlich einer Sensibilität für soziale Themenstellungen gewonnen werden.

Die evangelische Landessynode und ihre Verhandlungsgegenstände

Die evangelische Landeskirche musste hart darum ringen,[134] bevor sie einen synodalen Aufbau bekommen hatte. Dabei war die Integration des Laienelements in die Kirchenregierung ein wesentlicher Aspekt.[135] Im Jahr 1867 war die Einführung einer gewählten Landessynode beschlossen worden, die aus gewählten Laien und Geistlichen bestehen sollte. Im Jahr 1869 konnte die erste Landessynode zusammentreten, der bedeutende Württemberger[136] angehörten.

In der Landessynode von 1869 hatte Sixt Carl Kapff eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Über ihn hatte der Pietismus in die Politik Württembergs Eingang gefunden. Kapff war auch das verbindende Glied zwischen dem König und den Konservativen des Landes,[137] wodurch der Pietismus in Wechselwirkung zu Land und Leute stand. Bereits auf der ersten Landessynode im Jahr 1869 wurde das Thema Fabrik angesprochen, was der Landessynode nicht leicht fiel. Im Zusammenhang mit der Fabrik und der damit verbundenen Industrialisierung wurde zu bedenken gegeben, „daß das Fabrikwesen nun einmal eine Macht unserer Zeit geworden ist, mit welcher die Kirche sich erst noch auseinandersetzen muß, wie die Schule be-

---

133 Vgl. Kap. 5.1.2. dieser Arbeit

134 Vgl. Lempp, Der württembergische Synodus 1555 – 1924 (1960), S. 231 – 235.

135 Vgl. ebd., S. 217.

136 So z. B. Sixt Karl Kapff. Vgl. Ehmer; Kammerer, Biographisches Handbuch der Württembergischen Landessynode (2005), S. 210; Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 418.

137 Vgl. Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 249.

reits getan hat.“[138] In demselben Zusammenhang wurde auf die Rücksichtslosigkeit der Fabrikindustrie auf die Kirche, sowie die seelsorgerischen Bedürfnisse der Fabrikarbeiterschaft, wie auch der örtlichen Bevölkerung hingewiesen.[139] Darüber hinaus befasste sich die Landessynode nur sehr begrenzt mit Themen aus dem Umfeld der Industrialisierung. Vermutlich waren aufgrund von Kapffs Einfluss andere Themen vordergründig.

Die Relevanz anderer Themenstellungen wurde dadurch erklärt, dass die Landessynode bis zum Jahr 1874 in ihrem Bestand aufgrund der Unzulänglichkeiten von Finanzierung und Vorbereitung gefährdet war. Somit mussten die Synodalen „selbst besorgt sein um die inhaltliche Erfüllung ihres Auftrags mit Anträgen und Wünschen aller Art, die sich über das ganze Gebiet des kirchlichen Lebens erstreckten.“[140] Bereits die erste Landessynode hatte die Erfordernis einer weiteren Ausgestaltung der Selbständigkeit der örtlichen Kirchengemeinden erkannt. Dazu wurde den Kirchengemeinden eine Organisationsstruktur gegeben, wodurch die kirchlichen Interessen sowie die Vermögensverwaltung geregelt wurden. Schließlich war es die dritte Landessynode, die einen „Entwurf einer neuen Kirchgemeinde- und Synodalordnung für die evangelische Landeskirche des Königreichs Württemberg“ verabschiedet hatte.[141] Über diese Thematik entbrannte daraufhin eine heftige Diskussion zwischen Landessynode und Abgeordnetenkammer. Sie konnte erst durch einen neuen Entwurf beendet werden, der sich lediglich auf die notwendigsten Modifikationen der Pfarrgemeindeordnung von 1851 beschränkte. Dieser Vorschlag wurde 1887 sowohl von der Landessynode als auch von der Abgeordnetenkammer angenommen, worauf die „Kirchengemeinderäte“ eingeführt wurden,[142] die in der Folge die Verwaltung der Vermögensangelegenheiten besorgten. Die entsprechende Verordnung wurde auf der vierten Landessynode 1888 angenommen, die die gemeinsame Leitung der Gemeinde durch den Pfarrer und den Kirchengemeinderat vorsah.

In Hinblick auf die Diözesansynoden kam es zu keinen größeren Änderungen gegenüber der 1854 erlassenen Ordnung. Ihr Aufgabenbereich bestand aus moralisch-erzieherischen Tätigkeiten. Die 1901 erlassene Ordnung bezeichnete die Aufgabe in

---

138 Anmerkung des Diaconus Pressel aus Geislingen auf der Landessynode 1869, zitiert nach: Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 283.

139 Vgl. Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 283.

140 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 419.

141 Vgl. ebd., S. 419.

142 Vgl. ebd., S. 419 f.

der „Wahrnehmung des kirchlichen und sittlichen Zustands der Diözese und ihrer einzelnen Kirchengemeinden, Förderung der Gottesfurcht und kirchlichen Sitte, sowie allgemeine Fürsorge für Armen, Kranke und Verwahrloste.“[143] Somit wurde den Diözesansynoden derjenige Aufgabenbereich zugewiesen, in dessen Zentrum die sozialen Themen lagen.

Die Landessynode wiederum befasste sich auch in späteren Zusammenkünften nicht vordergründig mit sozialen Fragestellungen, vielmehr waren eher dogmatische Fragen von größerer Relevanz. Nachdem ihr 1888 das Initiativrecht verliehen worden war und zudem in diesem Zeitraum entsprechende Fragen aufgetreten waren, wurde ein großes Augenmerk auf solche Themen gelegt.

Die ersten drei Landessynoden bis 1894 ließen sich noch als sehr konservativ geprägt bezeichnen, was vermutlich am damaligen Kreis der Synodalen, wie z. B. Sixt Karl Kapff auf der ersten Landessynode lag. Ein Beispiel für den konservativen Charakter, pietistischer Prägung, war Kapffs Ersuchen nach der Einführung von Jünglingsvereinen auf der ersten Landesynode 1869, dem auch entsprochen wurde.[144] Im Gegensatz dazu fanden auf der 5. (1897) und 6. Landessynode (1900/1901) heftige Auseinandersetzungen „über zentrale Fragen des kirchlichen Lebens, wie den Gebrauch des Apostolikums und über Parallelformularien der Agende“[145] statt. Dabei wurde auch deutliche Kritik geübt, wobei stets auf einen angemessen Umgangston geachtet wurde. Diese Themen setzten sich auch in der 7. (1907) und 8. (1912) Landessynode fort. Ab ungefähr 1900 näherten sich alle kirchlichen Richtungen innerhalb der Landesynode so sehr aneinander an, dass „man (schließlich) zweifeln (konnte), auf welcher von beiden Seiten die sichere Mehrheit sei“.[146] Festzuhalten blieb jedoch, die hinter allen Debatten zu erkennende Absicht, friedlich und rücksichtsvoll zum Wohle der Arbeit miteinander umzugehen. Durch diese Praxis wurden die Novelle des „Konfirmationsbüchleins“, eine Neufassung des „Kirchenbuchs“ wie auch der „Lehrverpflichtung der Predigtamtskandidaten“ recht problemlos möglich. Dabei kam eine sorgfältige Vorbereitung der Entwürfe der abzustimmenden Gegenstände vor der abschließenden Vorlage allen Vorhaben zugute.

---

143 Ebd., S. 420.

144 Vgl. Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 171.

145 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 420.

146 Ebd., S. 420.

Die Landessynode befasste sich in der Hauptsache mit Themen der kirchlichen Gesetzgebung, wobei ihre „größte Leistung […] die *Erneuerung der gottesdienstlichen Bücher* auf den Tagungen von 1907 und 1912“[147] war. Darüber hinaus war die Erneuerung der Religionsreversalien für den Fall eines katholischen Thronfolgers Gegenstand der Beratungen. Allerdings kam es hierbei zu keiner Entscheidung mehr. Im Zuge der damit zusammenhängenden Fragen kam es zur wiederholten Erörterung der „Frage einer *Trennung von Staat und Kirche*“.[148] Infolgedessen wurde letztlich der Beschluss der erneuten Untersuchung der „Frage der ‚Sonderverwaltung‘ des ehemaligen Allgemeinen Kirchenguts unter Ausscheidung aus dem Staatsvermögen, d. h. die Verheißung des § 77 der Verfassungsurkunde von 1819“[149] gefasst. Weitere Themen waren eine „*Schulgesetznovelle*“[150] (1902), die „*Neuregelung der ökonomischen Lage des Pfarrstands*“[151] (1905) sowie die „Teilnahme der Geistlichen an Feuerbestattungen“ (1905).[152]

Die Landessynode war das Organ, das sich vordergründig mit der kirchlichen Gesetzgebung befasst hatte. In diesem Zusammenhang waren soziale Themen eher randständig. Im Gegensatz dazu hatte die Diözesansynode die Aufgabe der sittlich-moralischen Einwirkung auf Gemeindeebene, was soziale Themenbereiche mehr berührte.

Themen auf der Diözesansynode

In Württemberg wurde jährlich eine Sitzung der Diözesansynode abgehalten, zu der Berichte über die Entwicklungen auf Diözesanebene erstellt wurden. Im Grundsatz blieben die Gegenstände der Beratungen und Versammlungen über den gesamten Betrachtungszeitraum dieselben. Nur in Bezug auf die Intensität gab es eine Steigerung, ebenso hinsichtlich der Relevanz, die Einzelthemen zugemessen wurde. Zwar wurden die unterschiedlichsten Probleme gesehen, diese jedoch nicht vollständig in ihrer Qualität erkannt. Somit wurden überkommene Lösungen angeboten, die an der Realität vorbeigingen und aus diesem Grund auch nicht mehr greifen konnten.

Im Wesentlichen erstreckten sich die Themenschwerpunkte auf die Bautätigkeit sowie die Entwicklung des innerkirchlichen Lebens. In diesem Zusammenhang

147 Ebd., S. 421. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats. Vgl. zum Inhalt dieser Reformen: Ebd., S. 421 f.

148 Ebd., S. 423. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

149 Ebd., S. 423.

150 Ebd., S. 423. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

151 Ebd., S. 423. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

152 Ebd., S. 423. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

wurden Themen, wie auch die in Stuttgart nach und nach vermehrt spürbare Entkirchlichung und Entchristlichung, problematisiert. Darüber hinaus wurden auf Grundlage der Statistik Überlegungen über Sakramente, Amtshandlungen sowie zu den Bereichen Freikirchen- und Sektenwesen angestellt. Neben diesen immer, wiederkehrenden Themen, gab es in manchen Berichtsjahren schwerpunktmäßige Hauptgegenstände, die sich jeweils einem besonderen Problem widmeten.

Grundsätzlich war die Bautätigkeit einer der ersten Tagesordnungspunkte jeder Sitzung. Im gesamten Betrachtungszeitraum wurden zahlreiche Neubauten wie auch Sanierungsmaßnahmen an bestehenden kirchlichen Gebäuden unternommen. In Zusammenhang mit dem Kirchenbau zeigte sich die Abhängigkeit der evangelischen Kirche vom Staat in finanzieller wie auch generell intellektueller Hinsicht besonders offensichtlich. Der Ruf nach Staatshilfe war ein etablierter Faktor der kirchlichen Organisation.[153] Wie unsicher dieses Vertrauen auf den Staat war, zeigte die Anmerkung aus dem Berichtsjahr 1900/02 mit dem Hinweis auf die Nichterfüllung der Hoffnung auf staatliche Unterstützung bei weiteren Kirchenbauten.[154] Die Diözesansynode verwehrte sich außerdem gegen den an sie gerichtete Vorwurf, „daß man in Stuttgart mit dem Bauen von Kirchen so lange warte, bis die Zustände schreiende und unhaltbare seien und die Einwohner solcher vernachlässigten Stadtteile verroht und dem Christentum entfremdet seien.“[155] Ergänzt wurde dieser Vorwurf mit der Anspielung auf den Eifer der Katholiken beim Kirchenbau. Diesem sicherlich nicht unberechtigten Vorwurf wurde unter Hervorhebung der enormen Bautätigkeit der evangelischen Kirche widersprochen. Allerdings war der Vorwurf höchstwahrscheinlich berechtigt, da im Anschluss daran der Vorschlag gemacht wurde, eine Erhebung über potentielle Baugrundstücke für Zwecke des Kirchenbaus zu unternehmen.[156] Über etwaige weitere Maßnahmen in dieser Angelegenheit wurde nichts berichtet, vermutlich beendete der Erste Weltkrieg diesbezügliche Schritte.

Im Rahmen der Baumaßnahmen, die zur Verbesserung der Gottesdienstversorgung durchgeführt wurden, wurde auch über die Neueinrichtung von Sonntag-Morgen-

---

153 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 6. Vgl. zur fast völligen Abhängigkeit der Gesamtkirchengemeinde von Steuermitteln auch: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1912), S. 5; (1913), S. 5.

154 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 6.

155 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1906), S. 5.

156 Vgl. ebd., S. 5. Vgl. auch zur Begründung dieser Kritik: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1906), S. 12. In einer der späteren Sitzungen musste diese Ansicht jedoch relativiert werden. Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1909), S. 7.

Andachten für die Mitarbeiter der Badeanstalt berichtet.[157] Damit wurde immerhin eine, wenn auch kleine Maßnahme zur Verbesserung der Seelsorge der arbeitenden Bevölkerung unternommen. Allerdings war anzunehmen, dass diese Maßnahme, ebenso wie die Einrichtung eines Betsaals im so genannten Postdörfle,[158] vermutlich an den realen Bedürfnissen dieser Personenkreise vorbeiging. Immerhin belegte sie das, zumindest auf Diözesanebene bestehende Bewusstsein für die Existenz dieser Bevölkerungsgruppe. Ein gewisser Sinn für die realen Bedürfnisse zeigte sich ebenfalls im Hinweis auf den Neubau eines Hauses des „Christlichen Vereins Junger Männer“ und der Ostheimer Kinderwelt. Außerdem wurde dieser in der Information über das Charlottenheim, als Ort der weiblichen Jugendpflege, sowie über das Lehrlingsheim der Paulinenpflege und das Vereinshaus „Hans Sachs“ des Jugendvereins sichtbar.[159] Ebenso fanden die Neueinrichtung eines Jugendsekretariats (1910) sowie diverse Jubiläen Erwähnung.[160] Darüber hinaus wurde auch über den seit 1903 abgehaltenen Jugendgottesdienst berichtet. Allerdings wurde ohne eine weitere Folgerung daraus zu ziehen bemerkt, dass es sich bei den Besuchern fast nahezu ausschließlich um Jugendliche der höheren Stände handelte.[161] Die Jugend der arbeitenden Bevölkerung wurde nach dieser Aussage zu schließen mit diesem Angebot nicht erreicht.

In Ausübung ihrer Funktion als Institution zur sittlich-moralischen Einwirkung auf Diözesanebene, unterstützte die Diözesansynode auch einen Beschluss der Landessynode 1907 in Bezug auf die öffentliche Sittlichkeit. Hierzu hatte die Diözesansynode eine Eingabe an die Stadt gemacht, in der sie unter anderem „um entsprechendes Vorgehen gegen die nur durch Beförderung von Trunksucht und Unzucht existenzfähigen Wirtschaften bittet“.[162] Allerdings musste festgestellt werden, dass über den Erfolg der Eingabe schließlich keine Erkenntnisse vorlagen.[163] An diesem Beispiel zeigte sie einerseits das Vertrauen der kirchlichen Institutionen auf die Obrig-

157 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 16.
158 Vgl. ebd., S. 22.
159 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1904), S. 6; (1906), S. 6.
160 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1910), S. 8. Vgl. zu den Jubiläen des „Christlichen Vereins Junger Männer“ und der evangelischen „Mägdebildungsanstalt“ (beide 50 Jahre): Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1911), S. 7. Vgl. zum 100 jährigen Jubiläum der württembergischen Bibelanstalt: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1912), S. 13. Vgl. zum 50-jährigen Jubiläum des Jugendpfarramts und des Jugendvereins: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1915), S. 5
161 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1904), S. 9.
162 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1906), S. 16.
163 Vgl. ebd., S. 16.

keit, in diesem Fall die Städtischen Kollegien.[164] Andererseits wurde wiederum die Unfähigkeit der kirchlichen Vertretungen offensichtlich, auf den Kern der Probleme für Trunksucht und Unzucht einzugehen, da nur deren Folgen bekämpft wurden. Die zugrundeliegenden Ursachen wurden höchstwahrscheinlich weder erkannt, noch versucht, in Erfahrung zu bringen. Auch in diesem Bereich zeigte sich die Realitätsferne der kirchlichen Vertretungen. Derselbe Aspekt wurde durch die Bemerkung, dass „doch die Verhandlungen der Landessynode (von 1907) zunächst am Leben der Gemeinde ziemlich spurlos vorübergegangen“[165] waren, unterstrichen.

Von besonderer Bedeutung und Intensität waren die Beratungen über die neben der verfassten Landeskirche existierenden religiösen oder sonstigen Bewegungen, die mehr oder weniger allgemein als Sekten bezeichnet wurden. Hinsichtlich der Aktivität dieser Sekten wurde anfangs noch eine geringe Wirkung festgestellt[166], wohingegen schließlich 1911 die Feststellung einer sehr machtvollen und eifrigen Agitation gegen die Landeskirche trat.[167] Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde von gärenden Verhältnissen, sowie einem bedeutungsvollen Abfall von der Kirche gesprochen. An dieser Stelle zeigte sich ein Problembewusstsein für die Zeitumstände, denen die evangelische Kirche anscheinend nicht mehr gerecht werden konnte. Sichtbar wurde es vor allem darin, dass die kirchlichen Abfalltendenzen sich eher noch steigern würden und die Kirche sich auf schwierigere Zeiten einrichten müsse.[168] Wie berechtigt diese Vermutung war, zeigte die nachmalige Befassung der Diözesansynode mit der Kirchenaustrittsbewegung.[169]

In Zusammenhang mit den Informationen über das Sektenwesen versuchte die Diözesansynode auch, Klarheit über die Hintergründe für die Abwendung von der Landeskirche zu bekommen. Dabei wurde bemerkt, „daß in weiten Kreisen auch unserer Stadt nicht nur gegen das geistliche Amt und die kirchlichen Einrichtungen, sondern gegen das Christentum selbst und seine grundlegenden dogmatischen und

---

164 Zwar verließ sich die Kirche voll und ganz auf die weltliche Obrigkeit; allerdings übte sie, wenn auch nur intern und vermutlich inoffiziell, Kritik an Entscheidungen der bürgerlichen Kollegien, wie z. B. beim Einspruch gegen die Verwehrung der Kirchensteuererhebung oder hinsichtlich der Feiertagsfrage. Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1910), S. 6 f.

165 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1908), S. 7.

166 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 8; 18; (1906), S. 18. Dieser Gesichtspunkt wurde vordergründig auf die so genannten historischen Sekten bezogen. Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 18.

167 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1911), S. 8.

168 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1913), S. 12 f.

169 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1915), S. 13 f.

ethischen Positionen teils Gleichgiltigkeit, teils bewußte Feindschaft zunimmt.“[170] Dazu wurden einerseits die Gebildeten und Arbeiter, andererseits die Angehörigen der „modernen Gemeinschaftsbewegung und der Sektierer“[171] gezählt, die versuchten, Zweifler auf ihre Seite zu bewegen.[172] Besonders gegenüber den Sektierern wurde der Vorwurf erhoben, „durch ihre Gemeindegründungen einen Keil in die Landeskirche“[173] zu treiben. Darüber hinaus wurde ihnen vorgeworfen, durch ihre Agitationen eine Untergrabung landeskirchlicher Autorität und Zerstörung deren Einheit zu betreiben. Schließlich wurde die Feststellung getroffen, dass bei den Sekten das Evangelium „eine Verengung, wenn nicht gar eine Verzerrung und Verfälschung“[174] erfuhr.

Interessanterweise wurde der Sektenbegriff fast grenzenlos ausgedehnt, weshalb er letztlich alles umfasste, das nicht direkt zur evangelischen Landeskirche gerechnet oder von ihr besonders akzeptiert wurde. Dabei gab es Schwerpunkte, die besonders offensichtlich die Sorge der Diözesansynode hervorriefen. Dazu gehörte zunächst der Katholizismus, was in Württemberg schon aus geschichtlicher Hinsicht nicht verwunderlich war.[175] Ein weiteres, vielfach thematisiertes Problem war die „Machtentfaltung […] des praktischen und theoretischen Materialismus, des mit sittlicher Laxheit gepaarten Unglaubens“.[176] In diese Richtung wurde auch die Sozialdemokratie eingeordnet. Dabei wurde festgestellt, „daß die württembergische Sozialdemokratie […] neuerdings (1904) gegenüber der evangelischen Kirche einen sehr gemäßigten Ton anschlagen (würde); und zwar […] geschieht dies bewußtermaßen, da man dort das Zentrum als Hauptfeind ansieht und bekämpft.“[177] Zu dieser Aussage bemerkte der Bericht, es sei wohl fraglich, ob die Begründung für diese Rücksichtnahme für die evangelische Kirche rühmlich sei.[178] Weitere Schlussfolgerungen, wie z. B. ob nicht vielleicht die weitgehende Passivität der evangelischen Kirche ursächlich dafür sein könnte, wurden nicht gezogen. Außerdem hatte diese Feststellung seitens der Sozialdemokratie zu keiner größeren sozialen Sensibilität durch die Diözesansynode geführt. Zwar wurden die Aktionen der

170 Ebd., S. 9. Dazu wurden a.a.O. verschiedene Beispiele zur Illustration angeführt.
171 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1909), S. 10.
172 Vgl. ebd., S. 10.
173 Ebd., S. 14.
174 Ebd., S. 14. Vgl. auch: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1911), S. 10.
175 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 19; (1910), S. 10.
176 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 19. Vgl. auch: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1909), S. 7 f.; (1912), S. 8 f.
177 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1904), S. 10 f.
178 Vgl. ebd., S. 11.

Sozialdemokratie wie z. B. die sozialistische Jugendbewegung beobachtet, aber zumindest keine erkennbaren Schlüsse gezogen.[179]

Darüber hinaus gab es Bewegungen, die unter dem „Einfluß des englisch-amerikanischen Christentums“[180] standen oder in Richtung Naturphilosophie-Wissenschaft gingen, wie der Monistenbund,[181] die mit Sorge betrachtet wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, „die christliche Ethik als Sklavenmoral verächtlich zu machen […] (,) die Gestalt Jesu ihrer Hoheit (zu entkleiden) und […] (zu meinen,) das Christentum durch Einschlag buddhistischer und philosophischer Gedanken erst brauchbar machen zu müssen.“[182] Schließlich wurden noch die Evangelisation des „Jugendbunds für entschiedenes Christentum“ sowie die Pfadfinderbewegung wegen ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeit der Jünglingsvereine in Stuttgart kritisiert.[183]

Insgesamt wurde die Folgerung gezogen, dass die freireligiösen Gemeinden vorerst ein religiöses Bedürfnis anerkannten, wohingegen die Freidenker, zu denen die Sozialdemokratie und die Monisten gerechnet wurden, selbst dieses negierten.[184] Trotzdem wurde noch zwischen Sozialdemokratie und Freidenkertum unterschieden, indem betont wurde, dass die Sozialdemokratie die religiöse Neutralität, die Freidenker hingegen die Negation der Religion betrieben.[185] Im Gegensatz dazu wurde nachdrücklich hervorgehoben, dass seitens der Kirchenaustrittsbewegung der Freidenker wie auch des Monismus sowohl das Staatskirchentum als auch das Christentum bekämpft wurden.[186]

In Zusammenhang mit den Übertritten bzw. ab 1913/14 auch der Kirchenaustrittsbewegung, wurde Bezug auf die seitens der evangelischen Kirche unternommenen Maßnahmen genommen. An erster Stelle wurde das christliche Vereinswesen hinsichtlich der Versammlung und Bewahrung der kirchlich Gesinnten genannt.[187] Weitere Maßnahmen im Kampf gegen die zerstörerischen Mächte waren die Innere Mission, die Evangelisation, die Gemeinschaftsbewegung sowie christliche Litera-

---

179 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1910), S. 7; (1912), S. 10.

180 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1908), S. 8; (1911), S. 8.

181 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1909), S. 8; (1910), S. 10; (1911), S. 9 f.

182 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1909), S. 8.

183 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 27; (1912), S. 10.

184 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1911), S. 9.

185 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1915), S. 15.

186 Vgl. ebd., S. 15.

187 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 10. Dazu gehörten auch so genannte Gemeindeabende, von denen mehrfach berichtet wurde. Vgl. hierzu: Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1906), S. 11 f.; (1908), S. 7 f.; (1911), S. 8.

tur wie auch die Schriftenverbreitung.[188] Neben den kirchlich etablierten Mitteln gegen die Abkehr von der Kirche und die Sünde, wurden auch neue Methoden angewandt, wie die Bemühungen der „freien kirchlich-sozialen Konferenz“ und der „Philadelphiakonferenz“.[189] Dennoch wurde resümierend festgehalten, dass ungeachtet der Hochachtung vor den neuen Methoden, „das Heil in Christus darzubieten, bleiben die alten durch Jahrhunderte erprobten die wichtigsten“,[190] wozu der Religionsunterricht und die Sonntagsfeier gehörten. Besonders die Sonntagsfeier wurde als hauptsächlicher Bereich der Fürsorge angesehen.[191] Diese alten Mittel wurden auch fleißig angewandt, allerdings ohne zu der Erkenntnis zu gelangen, dass sie angesichts der sich gewandelten Zeitverhältnisse nicht mehr adäquat waren.

Die Befassung mit der Problematik der neben der evangelischen Landeskirche bestehenden Bewegungen hatte keinen besonderen Erkenntniswert. Zumindest gaben die Berichte keine Hinweise auf eine Sensibilisierung für eine Ursachenanalyse. Allerdings erging dennoch an die Pfarrer die Aufforderung, sich Gedanken darüber zu machen, die Predigt interessanter zu gestalten, damit „das Interesse für Christus und sein Reich lebendig gemacht wird.“[192] Ferner wurden auch Überlegungen angestellt, wie der Konfirmandenunterricht nachhaltiger gestaltet sowie die Gemeinden „mehr und mehr lebendige Christengemeinden werden (konnten), die in Gott und Gottes Wort leben und wissen an wen sie glauben“.[193] Dabei wurden durchaus Mängel innerhalb der evangelischen Kirche eingestanden.[194]

Vielfach hatten sich Gemeindeglieder Freikirchen oder auch der Sozialdemokratie zugewandt, weshalb die Diözesansynode vorschlug, in diese Versammlungen Redner zu entsenden, die die kirchliche Position eindrücklich vertraten. Damit in Zusammenhang stand die Erkenntnis, dass oftmals „(i)n weiten Kreisen gerade der Frommen […] die Neigung vorhanden (war), für alle Schäden des religiös-sittlichen Lebens die ‚Staatskirche‘ verantwortlich zu machen und der ‚Freikirche‘ liebendes Interesse zuzuwenden.“[195] Diese Einsicht ließ ein gewisses Bewusstsein der

---

188 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 10; 27; (1904), S.11; (1906), S. 7; 14 – 16; (1909), S. 8 – 10; 14; (1910), S. 9 f.; (1911), S. 7; 14 f.; (1912), S. 11 f.; (1913), S. 11; (1915), S. 13.

189 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1904), S. 19.

190 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 20.

191 Vgl. ebd., S. 28.

192 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1911), S. 6.

193 Ebd., S. 6.

194 Vgl. ebd., S. 10 f.

195 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1908), S. 8.

realen Problemlage vermuten. Andererseits zeigte die im Anschluss gemachte Feststellung, bereits das Möglichste gegen diese Entkirchlichung getan zu haben, wiederum, in welchem Maße diese grundlegende Problematik verkannt worden war. Demgegenüber wurde erwogen, Maßnahmen im Bereich der Einzelgemeinde zu tätigen, um verlorene Gemeindeglieder wiederzugewinnen.[196] Auch in dieser Hinsicht bewegte sich die Diözesansynode außerhalb des Bereichs, tatsächlich die Problematik der sozial-gesellschaftlich wirksamen Faktoren zu analysieren und zu berücksichtigen. Zu einem späteren Zeitpunkt reifte schließlich die Erkenntnis, „daß mit der Zahl der Pfarrer nicht alles getan ist, daß ganz anderes zu geschehen hat in Organisation, Jugendpflege, Apologetik u.a.m.,“[197] wobei eine ausreichende Anzahl an Pfarrern als notwendige Basis angesehen wurde.[198] Zwar war dann die Einsicht vorhanden, aber bei der Wahl der Mittel bewegten sich die Verantwortlichen auch wieder im realitätsfernen Bereich des Bildungsbürgertums, das die tatsächliche Problematik nicht vollkommen erkennen konnte.

Dieser Gesichtspunkt zeigte sich auch in den hauptsächlichen Verhandlungsgegenständen der Diözesansynode. Die Diözesansynode befasste sich z. B. vordergründig mit der Sonntagsschulgestaltung, die in Zusammenhang mit der Neuordnung der Konfirmation als wiederkehrender Verhandlungsgegenstand angesehen wurde,[199] der Frage des Religionsunterrichts und der Sonntagsfeier[200] sowie der Frage der Hebung der Sittlichkeit.[201] Ein weiterer grundlegender Tagesordnungspunkt war, „ob und wie unseren evangelischen Gottesdiensten noch ein reicherer Inhalt und eine größere Anziehungskraft durch die Einfügung weiterer liturgischer Bestandteile gegeben werden kann und soll.“[202] Gerade dieser Tagesordnungspunkt unterstrich eindrucksvoll die Realitätsferne der Mitglieder der Diözesansynode. In Hinblick auf den Gottesdienst wurde weniger bedacht, dass die mitunter nicht besonders einfachen Gegenstände der Predigt sowie die damit verbundenen Inhalte die Gemeindeglieder vom Gottesdienstbesuch abhielten, sondern vielmehr an die Erweiterung der Liturgie gedacht. Dieser Ansatzpunkt für Überlegungen zum Problem des mangelnden Gottesdienstbesuchs ging eindeutig an der Arbeiterschaft und den unteren Bevölkerungsklassen vorbei. In welchem Maße die erste Behandlung

196 Vgl. ebd., S. 9 f.
197 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1913), S. 13.
198 Vgl. ebd., S. 13.
199 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 11.
200 Vgl. ebd., S. 20
201 Vgl. ebd., S. 28.
202 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1904), S. 19.

dieser Frage ergebnislos war, zeigte die neuerliche Erörterung anlässlich der Denkschrift „Die Aufgaben der Evangelischen Landeskirche in Württemberg“ des Diözesansynodalen Paul Lechler.[203] In diesem Zusammenhang erfuhr der Verhandlungsgegenstand eine Ausweitung, die ein größeres Problembewusstsein zeigte. Außerdem fand eine Beschäftigung mit der Frage nach wirkungsvolleren Möglichkeiten, die „Propaganda des Unglaubens“[204] einzudämmen, statt. Ergänzt wurde diese Frage durch die Suche nach Gegenmaßnahmen in Hinblick auf das Sektenwesen und seine Abwerbungsbestrebungen. Allerdings kam die Versammlung zunächst zu keinem greifbaren Ergebnis und beschränkte sich lediglich auf den Beschluss, der Einführung einer fortlaufenden Berichterstattung in Bezug auf das Sektenwesen im Gesamt- wie auch in den Teilkirchengemeinderäten. Darüber hinaus wurde ebenso eine spezielle Berichterstattung „über Mittel und Wege, die eine eingreifendere Tätigkeit der Einzelparochie und einen lebendigeren Zusammenschluß unter ihren Gliedern erhoffen lassen“,[205] beschlossen. Letztlich haben diese Beschlüsse vermutlich keine oder nur eine geringe Wirkung entfaltet, da bereits wenig später erneut der „Kampf um die Jugend und die Kirche“[206] als hauptsächlicher Tagesordnungspunkt genannt wurde. Die Frage nach der Realisierung des Ideals einer lebendigen Christengemeinde beschäftigte die Diözesansynode ebenso ein weiteres Mal. In diesem Kontext wurde wiederum die Frage nach der Ausgestaltung der großstädtischen Gemeindearbeit besprochen.[207] Damit wurde die Anregung einer früheren Tagung aufgenommen, wobei erörtert wurde, in wieweit „eine kirchliche Ordnung oder auch eine mehr apologetisch-erkenntnismäßige Gestaltung der Evangelisation ihre Wirkung steigern und vertiefen würde.“[208] Schon allein dieser Ansatzpunkt war einseitig auf die Bedürfnisse der bürgerlich-gebildeten Schichten ausgerichtet. Die einfacheren Kreise suchten Verständnis für ihre Sorgen und Nöte, sowie die entsprechenden seelsorgerisch-sozial-praktischen Maßnahmen. Sie wurden bei diesem Ansatz vergessen.

Allerdings zeichnete sich die partielle Erkenntnis real existierender Probleme nicht durch Nachhaltigkeit aus, wie auch die Verhandlungsgegenstände gezeigt haben. Die evangelische Kirche hatte es auch auf Diözesanebene versäumt, sich Gedanken

---

203 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1906), S. 7.
204 Ebd., S. 7.
205 Ebd., S. 7.
206 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1908), S. 12.
207 Vgl. Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts (1912), S. 16.
208 Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts 2.1900/02 (1903), S. 10.

über die Hintergründe zu machen, die die von ihr wahrgenommenen Probleme bedingt hatten. Es fanden sich auch in diesem Bereich der Kirchenorganisation keine Hinweise auf eine Befassung mit den sozialen Problemen der Gläubigen. Somit kann der evangelischen Kirche Württembergs trotz partieller Erkenntnisse, die vereinzelt zu Tage traten, keine Sensibilität für die Belange der Arbeiter bescheinigt werden. Vielmehr zeugte das beständige Kreisen um mehr oder weniger dieselben Themenkomplexe vom Verharren der Mitglieder der Diözesansynoden im gesellschaftlichen Kontext des Bürgertums.

Sowohl bei der Landesynode als auch der Diözesansynode hatte sich wenig Interesse an speziell sozial-gesellschaftlichen Themen gezeigt. Aus diesem Grund erscheint die Stellung anderer Vertreter zu diesem Themenkomplex von Interesse. Zuvor soll das Augenmerk auf eine nicht unbedeutende Säule der evangelischen Kirche in Württemberg gerichtet werden, den Pietismus. Dieser hatte einen ganz eigenen Standpunkt sowohl in Hinblick auf das Leben, als auch auf die Arbeit und wurde nach und nach zu einem einflussreichen Faktor innerhalb der evangelischen Kirche.

5.2. Grundzüge des Pietismus

Württembergs großes Kapital waren seine Menschen. Diesem Menschenschlag war es zu verdanken, dass das Land im 19. Jahrhundert aufblühen konnte. Ein wesentlicher Faktor war die Prägung durch den Glauben. Bis zur Erhebung zum Königreich 1806 war Württemberg in konfessioneller Hinsicht rein evangelisch. Eine Besonderheit war das Vorherrschen des Pietismus, wie sich in zahlreichen sichtbaren und unsichtbaren Spuren offenbarte. Angesichts seiner überzeitlichen Bedeutung erscheint es sinnvoll, einige grundlegende Aspekte hinsichtlich des Namens sowie der Bewegung im Allgemeinen und ihrer spezifisch württembergischen Ausprägung zu erörtern. Aufgrund der überaus komplexen Thematik kann die Betrachtung nur in groben Zügen erfolgen.[1]

Dem Pietismus gebührte das Verdienst, die genuin bedeutungsvollste Gruppierung innerhalb des Protestantismus zu sein, die willens und in der Lage war, tiefgreifende Reformen durchzusetzen. Im Kontrast zur herrschenden Meinung der Orthodoxie war es das große Anliegen des Pietismus, gleichermaßen Lehre und Leben zu reformieren.[2]

In Bezug auf den Pietismus in seiner gesamtdeutschen bzw. gesamteuropäischen Bedeutung zeigen sich vielfältige Aspekte. Der Pietismus war eine in allen deutschen Gebieten seit dem 17. Jahrhundert vorkommende Bewegung.[3] Im Verlauf des 18. Jahrhunderts kam sie zu ihrer vollständigen Blüte und wurde bedingt durch ihre Kontinuität zur „bedeutendste(n) religiöse(n) Bewegung des Protestantismus seit

---

1 Nachdem die Behandlung des Pietismus sowohl in seiner allgemeinen als auch in seiner speziell württembergischen Ausprägung als Hintergrund für das Verständnis des Gesamtthemas dient, wurde auf eigene Quellenstudien und Forschungen verzichtet. Für diese Darstellung wurde auf die gängige Forschungsliteratur zurückgegriffen.
Vgl. insgesamt zur Gesamtgeschichte des Pietismus: Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978); Wallmann, Der Pietismus (1990); Brecht (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. 4 Bde. (1993 – 2004); Ritschl, Geschichte des Pietismus. 3 Bde. (1880 – 1886); Scharfe, Die Religion des Volkes. Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus (1980); Scharfe, Martin, Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus (1979); Schmidt, Pietismus (1972); Schneider, Der Pietismus (41989), S. 56 – 74; Hirsch, Geschichte der neuern evangelischen Theologie im Zusammenhang mit den allgemeinen Bewegungen des europäischen Denkens. Bd. 2 (21975), S. 91 – 317; Wallmann, Der Pietismus (2005). Zur Erweckungsbewegung: Beyreuther, Die Erweckungsbewegung (1963); Zu Württemberg: Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949); Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 225 – 295. Brecht gibt im Anmerkungsapparat a.a.O., S. 290 - 295 einen Überblick über die wesentliche Literatur zum württembergischen Pietismus; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg (1969); Fritz, Altwürttembergische Pietisten. 2 Bde. (1950 / 56); Ders., Die Evangelische Kirche Württembergs im Zeitalter des Pietismus. In: BWKG 55, 1955, S. 68 – 116; 56, 1956, S. 99 – 167; 57/58, 1957/58, S. 44 – 68; Firges, Der Pietismus im deutschen Südwesten (2005).

2 Vgl. Gestrich, Pietismus und ländliche Frömmigkeit in Württemberg (2002), S. 343. Vgl. auch: Holtz, Theologie und Alltag (1993), S. 337 – 348.

3 Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 17; Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 7.

der Reformation.“[4] Die unterschiedlichen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten prägten auch den Pietismus, so dass es zu vollkommen differenten Ausprägungen kommen konnte. Der Pietismus bildete sich sowohl in der lutherischen als auch in der reformierten Kirche heraus. Im Zuge dieses Prozesses entstanden vollständig neuartige Praktiken sowohl der individuellen Frömmigkeit als auch der gemeinschaftlichen Frömmigkeitsübungen. Weitere Wirkungen des Pietismus auf seine Umwelt waren, grundlegende Neugestaltungen im Bereich der Theologie wie auch der Kirche in Gang gebracht zu haben. Auf diese Weise übte der Pietismus in den Ländern, in denen er hauptsächlich vorkam, einen unermesslich großen Einfluss auf Kultur und Gesellschaft aus.[5] Im Folgenden soll ein allgemeiner Überblick über wesentliche Entwicklungszüge gegeben werden.[6] Dabei handelt es sich zunächst um einige allgemeine Gesichtspunkte, die skizzenhaft den Gang der Entwicklung darlegen.

5.2.1. Allgemeine Entwicklungslinien des Pietismus

Der Pietismus hatte seine Wirkungen im gesamten europäischen Raum entfalten können. Allerdings gab es auch bei dieser großen Bewegung unterschiedliche Phasen sowie verschiedene Gruppierungen. Im Allgemeinen ließen sich fünf Phasen sowie zwei verschiedene Gruppierungen unterscheiden. Dabei umfasste die erste Phase die Anfangszeit um 1600 bis ca. 1723. Die darauffolgende Periode, die auch als die „‚geistige Blüte in der Bürgerlichen Gesellschaft Altwürttembergs‘“[7] bezeichnet wurde, schloss den Zeitraum zwischen 1724 und 1780 ein. Im dritten Zeitabschnitt, der zwischen den Jahren 1781 und 1819 lag, etablierte sich der Pietismus innerhalb der einfacheren Bevölkerungskreise. Im Zuge des damit verbundenen Wandels trat der volkstümliche an die Stelle des bürgerlichen Pietismus. Die nächste Phase zwischen 1820 und 1879 bedeutete einen erneuten Wandel, innerhalb dessen „sich die Differenzen, die den Pietismus der vorangegangenen Epoche in zwei Lager gespalten hatten“,[8] auflösten. Dieser Zeitabschnitt markierte die

---

4 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 7.

5 Vgl. Ebd., S. O 7.

6 Aufgrund der Komplexität der Bewegung kann jedoch keinesfalls eine erschöpfende und vollständige Darstellung gegeben werden. Einen Überblick über sämtliche Aspekte des Pietismus bieten: Brecht (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. 4 Bde. (1993 – 2004); Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978); Ritschl, Geschichte des Pietismus. 3 Bde. (1880 – 1886).

7 Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (2002), S. 6.

8 Ebd., S. 7.

Herausbildung der nachmaligen sozialpolitischen wie auch geistigen Stärke des Pietismus, wobei zahlreiche jüngere Pietisten aus dem Bereich der Erweckungsbewegung zu maßgeblichen Persönlichkeiten wurden. In der fünften Phase, im Zeitraum zwischen 1880 und 1918, war der Pietismus mit den Errungenschaften der Moderne konfrontiert worden, weshalb er auch nicht vor Krisensituationen und Rückschritten geschützt war.[9]

Parallel zu den fünf Phasen hatten sich zwei unterschiedliche Ausprägungen, der kirchliche sowie der radikale Pietismus, herausgebildet.[10] Diese Ausdifferenzierung fand vordergründig im 17. und im beginnenden 18. Jahrhundert statt. Auf beiden Seiten wurden die bedeutsamsten Persönlichkeiten der Anfangszeit der Bewegung zu den zentralen Gestalten gezählt. Im Bereich des kirchlichen Pietismus waren es die Kreise um Spener und Francke sowie der württembergische Pietismus um Bengel und Oetinger sowie anderer aus der Reihe der bedeutungsvollen Schwabenväter.[11] Daneben war noch „der westdeutsche reformierte Pietismus, soweit er […] eine kirchliche Reformbewegung blieb, oder sich […] gegenüber der Kirche zumindest indifferent verhielt“,[12] dem kirchlichen Pietismus zuzurechnen.

In Bezug auf den radikalen Pietismus gab es eine ähnliche Entwicklung. Allerdings handelte es sich hierbei mehr um Einzelpersonen mit ihren Getreuen, wie z. B. Gottfried Arnold. Darüber hinaus gab es etliche radikalpietistische Gemeinschaften, die zumeist aus dem Umfeld der reformierten Kirche stammten. Zinzendorf und die Brüdergemeine waren, im Gegensatz zur Selbstinterpretation Zinzendorfs, aufgrund der ihnen innewohnenden Auffassungen und Praktiken ebenfalls dem radikalen Pietismus zuzurechnen.[13]

Der Pietismus in seiner gesamten Ausprägung war nicht nur eine hochkomplexe und differenzierte Bewegung. Vielmehr war er aufgrund seiner gesamten Wirkungsgeschichte wie auch seiner unterschiedlichen Lehren und Frömmigkeitspraktiken nicht einfach fassbar. Diese Problematik spiegelt sich auch in der schillernden Begrifflichkeit wider. Aus diesem Grund erscheinen einige Anmerkungen in Hinblick auf den Pietismusbegriff angebracht.

---

9 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 7 mit Anm. 4 f.; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 188 – 212; 268 – 297.

10 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 19.

11 Vgl. ebd., S. 19.

12 Ebd., S. 19.

13 Vgl. ebd., S. 19.

Zum Begriff „Pietismus“

Unter dem Begriff „Pietismus“ wurde eine Vielzahl verschiedener Faktoren subsumiert. Der Pietismus war zunächst als „vielgestaltige innerkirchliche Reformbewegung“[14] zu verstehen, der sich von seinen Anfängen im 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart erstreckte. Dabei diente der Terminus „Pietismus“ als ein „pragmatisches Kürzel für einen komplexen Sachverhalt“,[15] was typisch für die gesamte Pragmatik württembergischer Betriebsamkeit war. Damit war er auch „eine Reaktion auf die strenge Kirchlichkeit der Orthodoxie, die den Einzelnen in ein festes Schema hineinzupressen versucht und ihm den Heilsweg so genau vorschreibt, daß der Frömmigkeit ihr Eigenleben genommen wird und sie sich in der bestmöglichen Anpassung an den vorgeschriebenen Weg erfüllt.“[16] Ebenso konnte der Pietismus, wobei wiederum seine speziell württembergische Form zu beachten war, als Protest- oder Konfliktgruppe bezeichnet werden.[17] In dieselbe Richtung verwies auch die Erklärung des Pietismus als Terminus für eine stetig wachsende Personengruppe, „die in immer größerer Zahl, an immer mehr Orten ‚privat‘, außerhalb des Gottesdienstes zusammentrafen, um über die Bibel und Fragen der Zeit gemeinsam nachzudenken und nach Antworten zu suchen.“[18]

Auf diese Weise wurde der Terminus „Pietismus“ zu einer Epochenbezeichnung mit interdisziplinärem Charakter. Dabei stand er in erster Linie für eine ganz spezielle Art der Frömmigkeit, „die weit über jene historische Eingrenzung hinauswirkte und für die vor allem ein biblizistisch, auch fundamentalistisch geprägtes Offenbarungsverständnis kennzeichnend ist.“[19] Hinzu traten ein gefühlsbetontes Erleben „der individuell bewußt gewordenen Sündenschuld mitsamt deren Vergebung in der Bekehrung sowie das daraus resultierende Bemühen um ein neues Leben der Heiligung.“[20]

---

14 Gestrich, Pietismus und ländliche Frömmigkeit in Württemberg (2002), S. 344. Vgl. auch: Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 324.

15 Gutekunst, Das Pietistenreskript von 1743. In: BWKG 94, 1994, S. 10.

16 Vontobel, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zur Aufklärung (1946), S. 34.

17 Vgl. Scharfe, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß (1976), S. 27.

18 Trautwein, Pietismus – ein folgenreicher Sonderfall (1984), 107. Vgl. auch: Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 324.

19 Greschat, Industrialisierung, Bergarbeiterschaft und „Pietismus“. In: PuN 11, 1985, S. 173.

20 Ebd., S. 173.

Das charakteristische Kennzeichen dieses Neuanfangs war, sich als Individuum ganz deutlich „gegenüber den klar definierten Lockungen und Versuchungen der Anpassung an ‚die Welt'"[21] abzugrenzen.[22]

Es wurden bereits sehr viele Aspekte[23] des Pietismus genannt, wobei deutlich wurde, dass „eine klare und erschöpfende Definition des Pietismus überaus schwierig ist."[24] Hinzu trat die unwahrscheinliche Wandelbarkeit des Begriffs.[25] Wie alles Unbekannte und Neue zog auch der Pietismus die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich.[26] Die Entstehungszeit der Bezeichnung „Pietismus" lässt sich um 1674 datieren, als sie erstmals im Umfeld Philipp Jakob Speners genannt wurde.[27] Allerdings war damit noch nicht das Schlagwort „Pietist" begründet. Dazu kam es erst zwischen 1689 und 1690 durch die „Leipziger Bewegung um August Hermann Francke (1663 – 1727) und seine Freunde"[28]. In diesem Zusammenhang war dieses Schlagwort erstmals in einem Gedicht[29] verwendet worden, wodurch es sehr schnell bekannt wurde. Zunächst stieß der Pietismus, wie so viele Neuheiten auch, auf Ablehnung und Unverständnis. Diese Tatsache zeigte sich in erster Linie an seiner Herkunft. Bei der Bezeichnung Pietismus handelte es sich ursprünglich um einen Spott- oder Schimpfnamen „für eine fromme und ernste Gruppe von Studenten".[30] Allerdings bekam dieser Ausdruck bereits sehr schnell eine positive Konnotation und ließ ihn zu einem positiven Signum werden.[31] Damit war jedoch noch immer keine befriedigende Definition des Pietismus gegeben. Die Problematik der Fassbarkeit dieses Begriffs zeigte sich in diesem Zusammenhang offensichtlich.

---

21 Ebd., S. 173.

22 Diese Motive des Pietismus wirkten lange Zeit nach. Auch in der nach dem Pietismus folgenden Epoche der Erweckungsbewegung waren das prophetische, das chiliastische, das universalistische, das individualistische und das soziative Motiv maßgebliche Kennzeichen dieser quasi Nachfolge- bzw. Parallelbewegung des Pietismus. Vgl. hierzu: Götzelmann, Diakonische Antworten und Soziale Frage (2005), S. 37.

23 Vgl. zum Vorstehenden: Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 12; Ders., Der Pietismus (1990), S. O 7.

24 Brecht, Die Frömmigkeit des Pietismus (2003), S. 9.

25 Vgl. Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 12.

26 Deutlich wurde dieses öffentliche Interesse in der Unmenge an publizistischen Befassungen mit dem Thema „Pietisten" oder „Pietisterei". Vgl. Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 13.

27 Vgl. ebd., S. 13.

28 Ebd., S. 13.

29 „Es ist jetzt stadtbekannt der Nam der Pietisten. / Was ist ein Pietist? / Der Gottes Wort studiert / und nach demselben auch ein heilg Leben führt." Zitiert nach: Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 13. Vgl. auch: Ders., Der Pietismus (1990), S. 8.; Gutekunst, Das Pietistenreskript von 1743. In: BWKG 94, 1994, S. 11; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (2002), S. 25 f.

30 Brecht, Die Frömmigkeit des Pietismus (2003), S. 8.

31 Vgl. ebd., S. 9.

Nach Veit Ludwig Freiherr von Seckendorff[32] wurde der Pietismus als „landes- und konfessionsspezifische Erscheinung einer gesamteuropäischen Reformbewegung in der Spätphase des konfessionellen Zeitalters am Ende des 17. Jahrhunderts“[33] definiert. Allerdings konnte sich diese Auffassung nicht durchsetzen. Ein anderer Versuch, den Pietismus einzuordnen, stammte von Johann Melchior Stenger.[34] Bei ihm fand eine Enthistorisierung des Pietismusbegriffs statt. Demnach hatte „(d)er Pietismus […] keinen Anfang und keinen Verlauf […] (sowie) keine geschichtliche Entwicklung.“[35] Deutlich wurde bei diesem Versuch, dass er zwar eine große Anzahl an Erscheinungsformen des Pietismus in seiner Epoche erkannte, aber nicht in der Lage war, eine innere Beziehung zwischen den Einzelformen herzustellen.[36] Eine andere Begriffsdeutung stammte schließlich von Philipp Jakob Spener.[37] Seine Auffassung lag genau in der Mitte zwischen denjenigen von Seckendorff und von Stenger. Nach Speners Ansicht „ist der Pietismus eine zu Beginn des 17. Jahrhunderts bei Johann Arndt (1555 – 1621) entstehende Reformbewegung innerhalb der lutherischen Kirche, die Fortführung und Vollendung der Reformation, die Ergänzung der durch Luther gebrachten Reformation der Lehre durch die Reformation des Lebens.“[38] Im Zuge der geschichtlichen Entwicklung dieses Begriffs „aus Johann Arndts Drängen auf ‚wahres Christentum‘“[39] erfuhr er eine Ausweitung „auf eine große, das ganze 17. Jahrhundert durchziehende kirchliche Reformbewegung.“[40] Daneben wurde zugleich eine bedeutende Eingrenzung des Pietismusbegriffs vorgenommen.[41] Nach Speners Auffassung konnte also der Pietismus „als eine Reformbewegung innerhalb der evangelischen Kirche verstanden“[42] werden.

Auf der Grundlage der unterschiedlichen Annäherungsversuche an das Wesen des Pietismus lassen sich eine engere und eine weitere Definition dieses Begriffs formulieren. Im Sinne der engeren Definition „gehören die religiöse Privaterbauung im kleinen Kreise, die eigene geistige Tradition und die Bruderschaft der Gläubigen

---

32 Er lebte von 1626 – 1692. Vgl. Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 13.
33 Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 14.
34 Er lebte von 1638 – 1710. Vgl. Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 15.
35 Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 16.
36 Vgl. ebd., S. 16.
37 Er lebte von 1635 – 1705. Vgl. Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 13.
38 Wallmann, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 16.
39 Ebd., S. 17.
40 Ebd., S. 17.
41 Ebd., S. 17.
42 Ebd., S. 18.

zum Wesen des […] Pietismus.“[43] Dennoch hatte sich trotz dieser Gemeinsamkeiten eine, in jedem Zeitalter unwahrscheinlich große Zahl unterschiedlicher pietistischer Richtungen, die mitunter in derselben Epoche sogar erheblich divergieren konnten, entwickelt. Bedingt wurde diese Heterogenität durch die „verschiedenen politischen und sozialen Bedingungen in den einzelnen Ländern und Jahrhunderten, und die damit verbundenen sittlichen Maßstäbe.“[44] In Ergänzung zu dieser engeren Definition ließ sich eine weitere Definition hinzufügen, die auch die veränderlichen Größen mitberücksichtigt hatte. Demnach war der Pietismus zunächst vielerorts eine, innerhalb der Kirche ablaufende Reformbewegung. Dabei bestand ihre Intention im Verlangen, eine Bekräftigung der herrschenden Lehrmeinungen im realen Leben zu finden. Aufgrund dieses Charakteristikums kam es nie zur Ausbildung eines „geschlossenen, von allen pietistischen Richtungen in allen Punkten anerkannten System(s)“[45] innerhalb der pietistischen Theologie. Dieser Aspekt galt sogar für wesentliche Lehren, wie beispielsweise die Reich-Gottes-Theologie oder den Chiliasmus sowie „das religiöse Selbstverständnis der Pietisten“.[46] Daraus ergaben sich schließlich folgerichtig Unterschiede hinsichtlich der sittlichen Normen wie auch des Lebenswandels. Dabei kamen starke Divergenzen in der Auffassung von der „innerweltlichen Askese“ zum Tragen.[47] Sie standen in direktem Zusammenhang mit Faktoren wie Zeitumstände oder typischer Lebensweise des sozialen Stands. Diese gesamten Faktoren waren ebenso für die fehlende Einheitlichkeit in Hinblick auf das Maß an Toleranz ausschlaggebend, das anderen Lebensweisen entgegengebracht wurde.[48]

Der Pietismus ließ sich also als eine bestimmte Lebens- und Frömmigkeitsform auffassen, die im Sinne einer innerkirchlichen Reformbewegung seit dem 17. Jahrhundert entstanden war. Ihr kontinuierlicher Fortbestand basierte trotz vielfach variabler Größen und heterogener Auffassungen zum einen Teil auf dem „starken theologischen Traditionalismus“.[49] Die andere Komponente bildete das eifrige und

---

43 Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 17.

44 Ebd., S. 17.

45 Ebd., S. 18.

46 Ebd., S. 18.

47 Vgl. ebd., S. 18.

48 Vgl. ebd., S. 18 f.

49 Ebd., S. 19. Der Kern dieses theologischen Traditionalismus war im Wesentlichen ein Kanon von Erbauungsliteratur. Dadurch wurden abrupte Veränderungen abgewandt, was sich auch in der vorherrschenden Feindschaft gegenüber geistigen Neuerungen zeigte. Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 19.

stets unter gleichen Aspekten praktizierte Bibelstudium. Insgesamt waren gleichermaßen die „Stellung der Patriarchen“[50] sowie der „Einfluß der pietistischen Laien“[51] wesentlich und letztlich das Bindeglied der Bewegung.

Für Württemberg ließ sich diese Definition noch durch einen Zusatz ergänzen, der im Wesentlichen alle Komponenten sowohl der engeren als auch der weiteren Definition enthält. Dabei trat vor allem der Reformcharakter zutage. In Württemberg gaben sich die Frommen des Pietismus selbst die Bezeichnung „Stille im Lande“.[52] Diese Benennung, die auch schon von Martin Luther geprägt worden war, wurde in Anlehnung an Psalm 35,20 vorgenommen.[53] Die solchermaßen bezeichneten Menschen lebten zurückgezogen und wollten in „geräuschloser Innerlichkeit“[54] ihr Leben führen. Damit wurde ein genuines Merkmal des württembergischen Pietismus, die Weltabgewandtheit thematisiert. In dieser solchermaßen inneren Emigration bestand für sie die Möglichkeit „die Nähe Gottes am reinsten und kräftigsten (zu erleben); in diesem ihrem geistigen Asyl gelingt es ihnen am ehesten, jene innerste Sammlung sich zu bewahren, welche zu dem mit Christo in Gott verborgenen Leben unerläßlich ist und das Beten ohne Unterlaß ermöglicht.“[55] Dabei wurde ihr inneres Leben durch verschiedene Fügungen, die Gott gegeben hat, geweckt. Infolgedessen sind sie zu den „Stillen im Lande“ gemacht worden. Das besondere Kennzeichen dieser Menschen war, dass es ihnen „durch ihre Lebensführung einfach unmöglich gemacht (worden ist), jenen Lockungen nachzugehen; denn der Wandel in der stillen, innigen Gemeinschaft mit Gott ist ihnen ihr ein und alles geworden, und sie können und wollen sich dieses ihres höchsten Gutes durch nichts und durch niemand berauben lassen.“[56] Damit sie standhaft bleiben konnten, war für sie die Gemeinschaft mit Gleichgesinnten erforderlich.[57]

Der Name „Stille im Lande“ hatte sich um 1700 als Bezeichnung für die radikalen Pietisten etabliert. Zwar gab es immer wieder Stimmen, die sich gegen die Verwen-

---

50 Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 19.

51 Ebd., S. 19.

52 Vgl. Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 343; vgl. auch: Kupisch, Zwischen Idealismus und Massendemokratie (1955), S. 29.

53 Vgl. Christenbote 76. 1907, S. 381.

54 Ebd., S. 381.

55 Ebd., S. 381.

56 Ebd., S. 381.

57 Vgl. ebd., S. 381.

dung dieses Begriffs für die Pietisten wandten.[58] Dennoch konnte sich der Name bis 1800 immer mehr durchsetzen. Schließlich wurde er zur „Selbstbezeichnung für die sich vom weltlichen Leben, auch vom offiziellen Kirchentum in die Sphäre privater häuslicher Religionsausübung zurückziehenden Frommen“.[59]

Der Pietismusbegriff hat sich als überaus heterogen erwiesen, was auf eine sehr wechselvolle Geschichte hinweist. Die Wurzeln des Pietismus waren in einer Frömmigkeitskrise, die mit einer Wende der Frömmigkeitspraxis verbunden war, zu erkennen. Dieser Wandel war um 1600 zu sehen. Er war durch den „Ausbau einer lutherischen Orthodoxie“,[60] in dessen Verlauf ein „Prozeß der Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der reformatorischen Erkenntnis“[61] ablief, ausgelöst worden. Infolge dieses Prozesses entstanden vermehrt „Erfahrungsdefizite des religiösen Lebens,“[62] was „zu einem Auseinanderfallen von Theologie und Frömmigkeit, die in einer ‚*Frömmigkeitskrise*‘ des nachreformatorischen Protestantismus endete“,[63] führte. Diese Krise weitete sich über die Universitätskreise hinaus aus, so dass eine allgemeine Unsicherheit, „ob und wie einem die kirchlich verkündigte Wahrheit zu eigen werden könne“,[64] zustande kam.

Von zahlreichen Theologen wurde der Versuch unternommen, neue religiöse Ausdrucksformen zu finden und einen Ausgleich des religiösen Erfahrungsdefizits der Orthodoxie zu schaffen. In der Regel wurden zu diesem Zweck Bücher zur Erbauung, zum Gebet, zur Meditation sowie geistliche Liedsammlungen geschaffen. Bei nahezu allen der so genannten Erbauungsschriftsteller wurde dieser Versuch durch den Rückgriff „auf die vorreformatorische, altkirchliche und mittelalterliche Mystik“[65] unternommen. Es war schließlich Johann Arndt, der diesen Rückgriff mit der eingehendsten und dauerhaftesten Wirkung tätigte.

---

58 Vgl. Meyer, Wahre Nothwendigkeit Des Kirchen- u. Abendmal-Gehens, in kurtzen und abgenöthigten Anmerckungen: über einige Capitel Der sogenannten Erklärung Gottfried Arnolds Vom Kirchen- und Abendmahl-Gehen (1701), 1 – 11; Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 101 mit Anm. 40.

59 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 101.

60 Ebd., S. O 12.

61 Ebd., S. O 12.

62 Ebd., S. O 12.

63 Ebd., S. O 12. Die kursive Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

64 Zeller, Der Protestantismus des 17. Jahrhunderts (1962), S. XVII, zitiert nach: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 12.

65 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 12.

Johann Arndt

Nach allgemein anerkannter Meinung in der neueren Pietismusforschung ließ sich in Johann Arndt der Gründer des Pietismus im Sinne einer Frömmigkeitsrichtung erkennen.[66] Arndts maßgebliches Werk waren die „Vier Bücher vom Wahren Christentum", auf dem auch seine Bedeutung fußte. Arndt arbeitete dabei mit Elementen aus althergebrachten, älteren Traditionen. Dadurch versuchte er den verunsicherten Christen seiner Zeit, deren Christentum lediglich im frommen Kirchgang bestand, sowie „einer sich mit Gelehrsamkeit und konfessioneller Polemik begnügenden Theologie erneuernde ‚Lebenskraft' zuzuführen".[67] Bei Arndt fand weniger ein Rückgriff auf Luther, sondern vielmehr auf die vorreformatorische Mystik statt. Dabei stellten die Rezeption und Verwendung mystischen Gedankenguts die spezifische Wesensart dieses Werks dar.

Das Buch hatte einen zweigeteilten Aufbau. Zwischen den ersten drei Büchern, die „die Wiederherstellung des Ebenbildes Gottes in der menschlichen Seele"[68] zum Thema haben, ergab sich ein innerer Zusammenhang. In Ergänzung dazu wurde im vierten Buch das „Buch der Natur" ausgelegt.[69] Im Rahmen der drei ersten Bücher fand eine Beschreibung des gesamten Christentums in Übereinstimmung mit „dem Dreischritt der Stufenmystik: Reinigung, Erleuchtung, Vereinigung der Seele mit Gott"[70] statt. Die Mystik, die Arndt beschrieb, war demnach eine Heiligungsmystik. Dabei fanden eine Vielzahl an mystischen Begrifflichkeiten wie auch Eindrücken Verwendung, die nach der Maßgabe der Bekenntnisschriften Luthers durch Arndt eine Bearbeitung gefunden hatten.[71] Auf diese Weise versuchte Arndt sein Anliegen zu realisieren, „Christen zur *wahren Gottseligkeit* (pietas) zu führen".[72] Zugleich richtete er seine Argumentation gegen die vielfach vorkommende Gottlosigkeit. Mit seinen „Vier Büchern vom Wahren Christentum" versuchte er das städtische Bürgertum, insbesonders jedoch Geistliche wie auch Studenten der Theologie zu erreichen. Sein Ziel war, besonders die beiden letzteren Adressaten, weg „von bloßer Gelehrsamkeit und konfessioneller Polemik"[73] hin zum Zentrum der Theolo-

66 Vgl. ebd., S. O 15; vgl. zum Leben Arndts: Ebd., S. O 15 – O 17 sowie zu Leben und Werk: Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 33 – 37; 39 – 47.
67 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 17.
68 Ebd., S. O 18.
69 Vgl. ebd., S. O 18.
70 Ebd., S. O 18.
71 Vgl. ebd., S. O 18.
72 Ebd., S. O 18. Die kursiven Hervorhebungen sowie die Ergänzung in runden Klammern sind Teile des Zitats.
73 Ebd., S. O 18.

gie zu führen. Indem Arndt das fromme gottgefällige Leben betonte, wurde er epochemachend und zugleich zum Begründer der pietistischen Frömmigkeitsrichtung.[74] Der Typus der Frömmigkeit, den Arndt propagierte, hatte seinen Ausgangspunkt in der Buße sowie deren ständiger Vergegenwärtigung. Seine besondere Ernsthaftigkeit und puristische Strenge gewann er durch die dezidierte Herausstellung von Selbstverleugnung wie auch Ergebenheit. Über den Rückbezug auf die Mystik konnte er eine vermehrte Verinnerlichung sowie Selbstbeobachtung bewirken. Dabei trat die Vermittlung des Heils über die Spende der Sakramente hinter das persönliche Erleben zurück. Auf diese Weise erlangte dieser Frömmigkeitstypus eine größere Unabhängigkeit in Bezug auf die Träger kirchlicher Ämter.[75]
Nicht nur der Protestantismus lutherischer Prägung hatte den Pietismus als Frömmigkeitsrichtung entwickelt. Ebenso gab es auch im reformierten Protestantismus eine entsprechende Frömmigkeitsrichtung.

Reformierter Pietismus

Der reformierte Pietismus ließ sich im Gegensatz zum lutherischen Pietismus nicht genau zeitlich festlegen. Der Grund war in der Tatsache zu suchen, dass es hier keinen richtunggebenden Impuls gab, wie es im Luthertum durch Johann Arndts Werk geschah.[76] Somit gab es keine zentrale Person, was in der Anfangszeit des reformierten Pietismus keineswegs erstaunlich war. Der Grund war in der größeren Neigung der calvinistischen Lehre auf die Frömmigkeit zu erkennen.[77]
Das Aufkommen des reformierten Pietismus, im Sinne einer Erneuerung der innerkirchlichen Verhältnisse geschah zeitgleich mit dem Beginn von Speners Wirken im Luthertum. Der Unterschied zwischen beiden Bekenntnissen bestand darin, dass beim reformierten Pietismus von Beginn an eine unabhängige Koexistenz von kirchlicher und separatistischer Richtung bestanden. Beide Richtungen können somit gleichermaßen als authentisch angesehen werden.[78]
Im reformierten Pietismus fehlte zwar eine zentrale Person, aber dennoch gab es zahlreiche Vertreter, die nachgewirkt haben. Unter diesen wurde beispielsweise Theodor Undereyck als derjenige angesehen, der den Pietismus innerhalb der re-

---

74 Vgl. ebd., S. O 18 f.
75 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. O 19. Vgl. zur Wirkungsgeschichte Arndts: ebd., S. O 19 – O 24.
76 Vgl. ebd., S. O 24.
77 Vgl. ebd., S. O 25.
78 Vgl. ebd., S. O 25.

formierten Kirche begründet hatte.[79] Ein Vertreter der separatistischen Richtung innerhalb des reformierten Pietismus war Jean de Labadie. Er war der Begründer dieser Richtung und wurde mitunter sogar als Gründer des reformierten Pietismus angesehen.[80]

Innerhalb des reformierten Pietismus gab es auch eine mystische Richtung, die von Gerhard Tersteegen vertreten wurde. Er war derjenige, der nach 1700 an der Aufhebung des Gegensatzes zwischen der kirchlichen wie auch der separatistischen Ausprägung des Pietismus beteiligt war. Ihm ging es nicht um die Begründung separatistischer Gemeinschaften oder einer dezidierten Reformbewegung, sondern ausschließlich „um die innere Sammlung der Seelen".[81] Tersteegen wirkte sodann auch in erster Linie vermittels seiner Tätigkeit als Seelsorger, seiner religiösen Ansprachen sowie „durch seine Lieder und Schriften, nicht zuletzt durch einen großen seelsorgerlichen Briefwechsel."[82] Dabei war er vordergründig daran interessiert, Texte aus der europäischen Mystik zu übersetzen und herauszugeben. Nachdem er somit wenig Interesse an der Fixierung eigener Gedankengänge hatte, gab es auch nur eine sehr begrenzte Anzahl geistiger Prosa von Tersteegen. Sein Frömmigkeitstypus war ähnlich wie bei Johann Arndt, eine Form der mystischen Frömmigkeit, die „als eine pietistische Variante der quietistisch-romanischen Mystik"[83] interpretiert werden konnte.

Die Vielfalt des Pietismus wurde durch diese unterschiedlichen vorbereitenden Kräfte bedingt. Sie konnten quasi als Anbahnung des eigentlichen Beginns des Pietismus angesehen werden, da sie die Basis für die weitere Ausgestaltung der religiösen Erneuerungsbewegung im Luthertum darstellten. Beim Fortgang des Erneuerungsprozesses waren vor allem Philipp Jakob Spener und sein Schüler August Hermann Francke von Bedeutung.

Philipp Jakob Spener und August Hermann Francke

Der Beginn des lutherischen Pietismus im Sinne einer religiösen Erneuerungsbewegung wurde zu zwei Zeitpunkten angezeigt. Einerseits handelte es sich um die

---

79 Vgl. zu Theodor Undereycks Leben und Wirken: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 25 – 29.

80 Vgl. zu Jean de Labadies Leben und Wirken: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 29 – 32; besonders S. O 30.

81 Ebd., S. O 33.

82 Ebd., S. O 33.

83 Ebd., S. O 35. Vgl. auch: Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 311.

erstmalige Abhaltung des „Collegiums pietatis“ in Frankfurt im Jahr 1670, andererseits das Erscheinen der „Pia Desideria“ von Philipp Jakob Spener 1675.

Spener übte einen maßgeblichen Einfluss auf fast alle pietistischen Strömungen aus. Zudem konnte er den Pietismus durch seine Beharrlichkeit gegen den orthodoxen Widerstand durchsetzen, was seinen Beinamen „Vater des Pietismus“[84] erklärte. In Speners Entwicklung[85] zeigte sich eine fast beispielhafte Rezeption und Verarbeitung aller infrage kommenden Gepflogenheiten und Wirkungen, die nachmals an der Genese des Pietismus beteiligt waren.[86] Diese Kontinuität zeigte sich darin, dass Spener sein ganzes Leben lang die „Vier Bücher vom wahren Christentum“ von Johann Arndt, die dem Leser eine Unterweisung „zum Wachstum in der Frömmigkeit und zur näheren Vereinigung mit Gott an die Hand gaben, für das beste Buch nächst der Bibel“[87] hielt.

Für Spener war der Zeitraum zwischen 1666 und 1686 bestimmend, in dem auch der entscheidende Wandel von der Orthodoxie zum Pietismus stattfand.[88] Von 1666 bis ca. 1676 hatte es sich Spener noch zur Hauptaufgabe gemacht, einen Beitrag zur erfolgreichen Durchsetzung der Reformbemühungen zu leisten, die die lutherische Orthodoxie eingeleitet hatte.[89] Allerdings bekam er vermehrte Zweifel über den Nutzen sowie die Erfolgsaussichten dieser Art der Reformbemühungen, was ihn zu dem Schluss führte, „daß auf dem Wege obrigkeitlicher Ordnungen nur äußere Kirchlichkeit zu erreichen war, nicht das ‚wahre Christentum‘ im Sinne Johann Arndts.“[90] Demnach waren einer obrigkeitlich verordneten Religiosität und Sittlichkeit nur geringe Erfolgsaussichten beschieden. Vielmehr galt es bei der Ausbildung der Geistlichkeit anzusetzen und über diese auf die übrigen Christen einzuwirken.[91]

Ein Schritt in Richtung Reform der Frömmigkeitspraxis war ein ab 1670 gehaltener Gesprächskreis, das „Collegium pietatis“.[92] Dieses erste Konventikel des Pietismus bot die Möglichkeit zu geistlichen Unterhaltungen, zur gegenseitigen Erbauung und

---

84 Ebd., S. O 37.

85 Vgl. zu Speners Leben und Wirken auch: Schmidt, Pietismus (1972), S. 42 – 62; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 61 – 122.

86 Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 37; Aland, Der Pietismus und die soziale Frage (1974), S. 99.

87 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 29 – 32; besonders S. O 38.

88 Vgl. ebd., S. O 41.

89 Dazu gehörten sein Eintreten für eine ernsthaftere Sonntagsheiligung, für eine verschärfte Kirchenzucht sowie die Einführung der Konfirmation. Außerdem betätigte er sich als Erneuerer des Katechismusunterrichts und bewirkte die Anordnung zu Buß-, Fast- und Bettagen alle drei Monate in Zeiten der Not. Vgl. ebd., S. O 42.

90 Ebd., S. O 42.

91 Vgl. ebd., S. O 42.

92 Vgl. ebd., S. O 43 mit Anm. 12.

Begründung unerschütterlicher wechselseitiger Freundschaften und wurde somit zur Wurzel des lutherischen Pietismus. Auf diesem ersten Konventikel fußten sowohl der kirchliche Pietismus als auch in der Anfangszeit der radikalpietistisch-separatistische Pietismus.[93] Das „Collegium pietatis“ war in seiner Form frei, wollte weltliche Inhalte ausklammern und gab sich durch gemeinsames Singen und Beten einen festen Rahmen. Damit waren bereits der Ablauf und die Ausgestaltung der nachmaligen Stunden vorgebildet. Nach kurzer Zeit kam es zum intensiven Gedankenaustausch mit der Separatistengemeinde von Jean de Labadie. Dieser Einfluss bedingte „jene ‚entscheidende Ausgestaltung‘ des Collegium pietatis im Winter 1674/75, die aus einer religiösen Lesegesellschaft eine Übung der Bibelauslegung macht, mit der an die urchristlichen Versammlungen von 1. Kor 14 angeknüpft werden soll“.[94] Diese Neugestaltung war durch Labadie beeinflusst und zeigte sich in Speners Empfehlung in der „Pia Desideria“, die „urchristlichen Kirchenversammlungen“ gemäß 1. Kor 14 wiederaufzunehmen.[95]

Mit der im Jahr 1675 erschienen „Pia Desideria“ legte Spener ein dezidiertes Reformprogramm vor. Der Ausgangspunkt für seine Überlegungen bildete eine Ursachenanalyse, an die sich Vorschläge hinsichtlich möglicher Verbesserungen anschlossen, um schließlich ausführlich ein aus sechs Einzelforderungen bestehendes Reformprogramm vorzulegen.[96] Das Reformprogramm enthielt als erstes den Vorschlag der Konventikelbildung, danach die Forderungen nach Ausübung des allgemeinen Priestertums, nach tatkräftiger Übung der christlichen Nächstenliebe sowie der Minimierung theologischer Dispute. Den Abschluss bildeten die Empfehlung einer Reform des Theologiestudiums, wodurch den Pfarrern mehr Praxisbezug in der Ausbildung vermittelt werden sollte, sowie die Forderung, die Predigten mehr in der Volkssprache und allgemeinverständlich zu halten.[97] Zwar bestand ein Rückbezug auf „Luther, Johann Arndt und die Theologen der lutherischen Orthodoxie“,[98] aber in Bezug auf die „Collegia Pietatis“ und die enthaltene „Hoffnung besserer Zeiten“[99] waren die Traditionen des Luthertums verlassen worden.[100] Die „Pia Desideria“ war nicht nur ein geschlossenes, alle zentralen Gedanken des Pietismus

93 Vgl. ebd., S. O 43.
94 Ebd., S. O 45 mit Anm. 18.
95 Vgl. ebd., S. O 45.
96 Vgl. ebd., S. O 45; Aland, Der Pietismus und die soziale Frage (1974), S. 135 – 137.
97 Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 47 f. mit Anm. 41 – 52.
98 Ebd., S. O 48.
99 End., S. O 48.
100 Vgl. ebd., S. O 48.

enthaltenes, gleichermaßen gemäßigtes Reformprogramm, sondern auch auf die Betonung einer gewissen Stetigkeit ausgerichtet. Sichtbar wurde dieser Gesichtspunkt darin, dass die Reformen innerhalb der bestehenden kirchlichen Strukturen durchgeführt werden und lediglich Ergänzungen dazu bilden sollten. Ebenso wurde auf den Gebrauch der Obrigkeit zum Zwecke der Reform verzichtet.[101] Der grundlegende Ansatzpunkt der „Kirchenreform soll […] im Zentrum bei der Sammlung und Förderung der Willigen und Frommen“[102] sein. Dadurch erklärte sich auch die seit 1676 klassische Bezeichnung „ecclesiola in ecclesia“ für diese Sammlung der Frommen im Rahmen der Kirche.[103]

Die vollständige Etablierung des Pietismus als einen, für eine lange Zeit formenden Faktor im Protestantismus wurde erst unter Speners Schüler August Hermann Francke vollzogen.[104] Francke wurde zur formierenden und gestaltenden Kraft des so genannten hallischen Pietismus. Von allgemeiner Bedeutung wurde Franckes Bekehrung, die einen Prototyp des pietistischen Erlebnisses der Bekehrung darstellte. Im Gegensatz zu Arndt und Spener, die „Ungewißheit und Zweifel zum Glauben gehören(d sahen) und (die) vom Christen als Zeichen einer von Gott gewirkten Prüfung angesehen und erduldet werden sollen“[105], fasste Francke „den Zweifel nicht mehr als Akzidenz des Glaubens, sondern des Unglaubens“[106] auf. Damit vollzog sich bei ihm im Rahmen seiner Bekehrung eine implizite Neuauslegung der Heiligen Schrift, die sich von der Tradition des Luthertums deutlich unterschied.[107] Francke wandte sich nach seinem Bekehrungserlebnis dauerhaft und entschlossen der „Praxis pietatis“ zu. Dieser Schritt geschah zu einer Zeit, als es zwischen Orthodoxie und entstehendem Pietismus zu vermehrten Reibereien und Konflikten kam.[108] Zu diesem Zeitpunkt setzte Franckes Wirken in Halle ein. In der ihm übertragenen Gemeinde fand er eine unbeschreibliche religiöse Verwahrlosung und Unkenntnis vor. Im Zuge seiner Reformen gründete er zunächst eine Armenschule, dann ein Internat und schließlich das nachmals berühmt gewordene

---

101 Vgl. ebd., S. O 49 f.; Bezner, Pietismus und Methodismus in Walheim (Diss. 2002), S. 23 – 25.
102 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 50.
103 Vgl. ebd., S. O 50 mit Anm. 64.
104 Vgl. zu August Herrmann Franckes Leben und Wirken, sowie den hallischen Pietismus insgesamt: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 61 – 79; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 123 – 176; Schmidt, Pietismus (1972), S. 63 – 82.
105 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 63.
106 Ebd., S. O 64.
107 Vgl. ebd., S. O 64.
108 Vgl. ebd., S. O 65 – O 68.

Waisenhaus.[109] Hinter diesen Schritten stand die Erkenntnis, dass die Grundlage zur Behebung der Missstände nur durch eine fromme Erziehung der Kinder zu machen war, weshalb seine ersten Maßnahmen diesen galten. Im Anschluss daran bildete sich bis um 1700 das gesamte System der Schulen heraus, zu dem bis 1725 noch weitere, eigenständige Zweige kamen. Francke sah, im „Wachstum seiner Anstalten einen praktischen Gottesbeweis.“[110] Neben dem Schulwesen widmete sich Francke auch der Reform des Theologiestudiums. Diese Neugestaltung konzentrierte sich vordergründig auf Frömmigkeit und Berufstüchtigkeit, womit er etliche Reformgedanken seines Lehrers Spener realisierte.[111]

Die weltweiten Wirkungen[112] des hallischen Pietismus beruhten in erster Linie auf der allein auf die Frömmigkeit und die Tüchtigkeit konzentrierten Ausbildung der Theologen. Diese Ausbildung hatte sehr schnell ihre Überlegenheit gegenüber der orthodoxen Theologenausbildung offenbart, die sich auf das überkommene Ideal der Gelehrsamkeit stützte. Francke hatte mit dem Beginn seiner Tätigkeit in Halle versucht, einen nahezu universalen Reformplan zu realisieren. Dieser Plan scheiterte hauptsächlich aufgrund des Mangels an Menschen, die willens gewesen wären und die erforderliche Eignung besessen hätten, um in Franckes Sinn zu arbeiten. Dabei hatte Francke trotz allem Weitblick einen gewissen Hang zur Utopie, nachdem er „„Weltverwandlung durch Menschenverwandlung““[113] betreiben wollte. Dieser Aspekt verringerte indessen nicht die dauerhafte Bedeutung des hallischen Pietismus.[114]

Der kirchliche Pietismus war eine Reformbewegung, die sich innerhalb des gegebenen Rahmens der Kirche vollzogen hat. Daneben gab es noch eine mehr außerhalb stehende Form, der „radikale Pietismus“.[115]

Radikaler Pietismus

Der radikale Pietismus zeichnete sich zunächst durch eine negative Einstellung gegenüber der Kirche als Institution aus, die von Desinteresse bis Zurückweisung das ganze Spektrum an möglichen Reaktionen aufwies. In Hinblick auf die Kirche be-

---

109 Vgl. zur Entwicklung des hallischen Waisenhauses mit seinen verschiedenen Zweigen: ebd., S. O 69 – O 72.
110 Ebd., S. O 71.
111 Vgl. zur hallischen Reform des Theologiestudiums: Ebd., S. O 72 – O 75.
112 Vgl. zu den weltweiten Wirkungen des hallischen Pietismus: Ebd., S. O 75 – O 76.
113 Ebd., S. O 79 mit Anm. 34.
114 Vgl. ebd., S. O 79.
115 Vgl. ebd., S. O 80.

stand die Auffassung von deren unrettbarer Verderbnis und Unzugänglichkeit für eine Reform, weshalb eine Neigung zum Separatismus nur eine zwingende Folge war. Mit der Separation konnten persönliche Isolation, Ehelosigkeit und in Einzelfällen ein Eremitendasein einhergehen. Der radikale Pietismus zeigte im Bereich der reformierten Kirche eher den Hang zur Gemeinschaftbildung. Im Gegensatz dazu traten im lutherischen Bereich nur Einzelpersonen in Erscheinung, die sich von der Kirche distanzierten und zum Teil in lockeren Gruppen zusammenschlossen. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche bedingte ebenso ein Desinteresse an der Bindung an die kirchlichen Bekenntnisse. Infolgedessen bestand die Neigung zur „*Heterodoxie*, zur Ausbildung eigener, vom kirchlichen Bekenntnis abweichender und ihm nicht selten widersprechender religiöser Anschauungen.“[116] Dennoch wirkte der radikale Pietismus bei der Herausbildung neuer religiöser Ideen maßgeblich befruchtend und ließ sich somit als Bahnbrecher der Aufklärung ansehen.[117]

Die Anfänge des pietistischen Separatismus lagen um das Jahr 1682, als Johann Jakob Schütz[118] wirkte, der gemeinhin für den ersten Begründer einer pietistischen Separation gehalten wurde. Schütz‘ sukzessiver Ablösungsprozess gipfelte in einer „*mystisch-spiritualistische*(n) *Wiedergeburtslehre* oder Lehre von der ‚Gerechtmachung‘“.[119] Daneben vertrat er spezielle Sonderlehren, wie die Präexistenz der Seelen, und kannte die jüdische Kabbala. Indirekt beeinflusste er Friedrich Christoph Oetinger über die kabbalistischen Schriften seines Schülers Christian Fende.[120] Die wohl faszinierendsten Gestalten innerhalb des Schwärmertums des Pietismus waren das Ehepaar Johann Wilhelm und Johanna Eleonora Petersen.[121] Johann Wilhelm Petersen wurde mit Unterstützung seiner Frau zum Eschatologen innerhalb des radikalen Pietismus. Für Petersen zeigte sich die detaillierte Weissagung des Tausendjährigen Reiches in Joh 20. Den darauf basierenden Chiliasmus verbreitete er nicht nur in einer Vielzahl an Schriften, sondern begründete ihn auch anhand der Bibel und belegte ihn durch historische Beispiele.[122] Indem sich Petersen damit

116 Ebd., S. O 80. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

117 Der radikale Pietismus ließ sich einigermaßen gut von der kirchlichen Form des Pietismus abgrenzen. Anders sieht es in Hinblick auf weitere religiöse Gruppierungen aus, die sich am Rand bzw. außerhalb der verfassten Kirche bewegt haben. Vgl. hierzu: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 80.

118 Vgl. zum Wirken von Schütz: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 81 – 84.

119 Ebd., S. O 84. Die kursiven Hervorhebungen sind Teile des Zitats.

120 Vgl. ebd., S. O 84.

121 Vgl. zu Johann Wilhelm und Johanna Eleonora Petersen: ebd., S. O 84 – O 89.

122 Vgl. ebd., S. O 87.

freimütig zum Tausendjährigen Reich bekannte, bewirkte er den folgenreichen chiliastischen Streit.[123] Die Wirkung dieses Ehepaars war sehr heterogen. Während Spener und Francke zurückhaltend bis abweisend auf das Ehepaar Petersen reagierten, konnten sie im radikalen Pietismus zahlreiche offensichtliche Anhänger gewinnen. In Bereich des kirchlichen Pietismus und in besonderem Maße im württembergischen Pietismus gab es viele, die insgeheim mit den beiden sympathisierten, wie z. B. Johann Albrecht Bengel.[124]

Im Rahmen der „Pia Desideria“ Philipp Jakob Speners fand sich zwar auch eine Rückschau auf die Anfangszeit des Christentums, dennoch war es einer seiner Schüler, Gottfried Arnold,[125] der jahrzehntelange Forschungen über die Anfänge des Christentums betrieb. Arnold war über Speners Schriften „Die allgemeine Gottesgelehrtheit“ (1680) sowie „Natur und Gnade“ (1687) zum Pietismus gekommen und wurde schließlich Speners Schüler. Aufgrund welcher Einflüsse er schließlich zu seinen radikalpietistischen Auffassungen gekommen war, ließ sich hingegen nicht klären.[126] Die von ihm verfasste „Unparteiische Kirchen- und Ketzerhistorie“ (1688) unterstrich auf wissenschaftlich fundierte Weise Arnolds Abfall vom kirchlichen Christentum. Dieser Abfall war jedoch nicht endgültig, da er wenige Zeit danach nicht nur heiratete, sondern auch in den Dienst der lutherischen Kirche trat.[127]

In Arnolds Leben wurden von der älteren Pietismusforschung drei markante Einschnitte festgestellt. Den ersten Einschnitt stellte der Wechsel von der Orthodoxie zum kirchlichen Pietismus, den zweiten die Wandlung zum radikalen Pietismus und den dritten schließlich die Rückkehr in den Dienst der Kirche dar.[128] Im Gegensatz dazu besteht in der neueren Pietismusforschung die Auffassung einer Beständigkeit in allen Abschnitten seines Lebens. Dieser Befund deckte sich mit der Stetigkeit in seinen religiösen Grundansichten. Im Gegensatz dazu war die Rezeptionsgeschichte seiner literarischen Werke zu sehen. Die religiös-erbaulichen Bücher waren in ihrer Rezeption auf pietistische Kreise beschränkt, wohingegen seine „Unparteiische Kirchen- und Ketzerhistorie“ auch Wirkungen auf den Kreis des deutschsprachigen Bildungsbürgertums ausübte. Gottfried Arnold leistete insbesonders mit diesem

123 Vgl. ebd., S. O 88.
124 Vgl. ebd., S. O 89.
125 Vgl. zu Leben und Wirken Gottfried Arnolds: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 89 – 96; Schmidt, Der Pietismus (1972), S. 82 – 92.; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 289 – 330.
126 Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 90 f.
127 Vgl. ebd., S. O 94 f.
128 Vgl. ebd., S. O 95.

Werk einen großen Beitrag „zu dem geistigen Klima der deutschen Aufklärung, die […] an den Grundgedanken des Christentums festhält, gleichzeitig sich aber von dessen kirchlicher Form distanziert.“[129]

Im Gegensatz zum kirchlichen Pietismus fanden sich beim radikalen Pietismus keine größeren Gruppenbildungen. Nur die Herrnhuter Brüdergemeine war als einzige dauerhafte Gruppierung entstanden. Ursächlich dafür waren die staatskirchlichen Gegebenheiten in Deutschland, die die Bildung eigenständiger Gemeinden wie auch Kirchen verboten.[130] Trotzdem gab es einige beachtenswerte radikalpietistische Gemeinden. In ihnen war „(d)er Gedanke einer endzeitlichen Zionsgemeinde“[131] lebendig. Auf dieser Grundlage konnten sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts die „Buttlarsche Kommune“,[132] die „Schwarzenauer Neutäufer“,[133] die „Inspirierten“[134] sowie die „Zionsgemeinde“ in Ronsdorf[135] herausbilden.

Der radikale Pietismus wirkte vielmehr durch Einzelgestalten, die oftmals ruhelos und getrieben umherzogen. Nachdem in den verschiedenen Landeskirchen Konventikel durch die Obrigkeiten verboten worden waren, wurde der radikale Pietismus schnell vertrieben. Trotzdem gab es etliche außergewöhnliche Persönlichkeiten, wie z. B. Johann Konrad Dippel und Ernst Christoph Hochmann von Hochenau[136] sowie eine reichhaltige literarische Produktion.

Unter den pietistischen Gemeinschaftsbildungen war die Brüdergemeine nicht nur die bedeutungsvollste, sondern auch die einzige, die auf eine ununterbrochene Geschichte vom 18. bis ins 21. Jahrhundert zurückblicken konnte.[137]

Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf und die Brüdergemeine

Was Gerhard Tersteegen innerhalb des reformierten Pietismus bewerkstelligte, vollbrachte Graf von Zinzendorf[138] auf lutherischer Seite. Im Rahmen seiner bekenntnisübergreifenden philadelphischen Brüdergemeine verwirklichte er die pie-

---

129 Ebd., S. O 95.

130 Vgl. ebd. S. O 101. Die einzigen Gemeinschaften bildeten sich im Rahmen der philadelphischen Bewegung, auf die an dieser Stelle nur hingewiesen werden kann. Vgl. hierzu: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 101 – O 104.

131 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 104.

132 Vgl. ebd., S. 104 f.

133 Vgl. ebd., S. O 105 f.

134 Vgl. ebd., S. O 106 f.

135 Vgl. ebd., S. O 108.

136 Vgl. zu beiden Personen: ebd., S. O 95 – O 101.

137 Vgl. ebd., S. O 109.

138 Vgl. zu Zinzendorfs Leben und Wirken sowie zur Brüdergemeine: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 110 – O 123; Schmidt, Der Pietismus (1972), S. 93 – 108; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 177 – 227; 257 – 261; 331 - 334

tistische Vorstellung, die Frommen zu sammeln. Auf diese Weise konnte er den bestehenden Gegensatz zwischen der kirchlichen und der separatistischen Richtung des lutherischen Pietismus beseitigen.[139] Den Ausgangspunkt der Brüderunität bildete die Erlaubnis für Glaubensflüchtlinge unterschiedlicher Richtungen aus Habsburger Besitzungen, sich auf dem nachmals unter dem Namen Herrnhut bekannt gewordenen Besitz Zinzendorfs niederzulassen. Es war Zinzendorfs Verdienst, „(a)us konfessioneller Zersplitterung und separatistischem Chaos“[140] die überkonfessionelle Brüdergemeine zu bilden. Am 27. Mai 1727 erhielt Herrnhut eine Verfassung. Demnach stellte Herrnhut „‚eine für Brüder und um der Brüder willen errichtete Anstalt‘ (dar), deren Hauptzweck ‚die Gewinnung der Seelen zu Christo‘ sei“.[141] Auf der Basis dieser Verfassung bildete sich ein religiöses Leben heraus, das von unbeschreiblicher Lebendigkeit und Vielfältigkeit war.[142] Letzten Endes entwickelte sich die Brüdergemeine auf dieser Grundlage zwar ungewollt, jedoch unaufhaltsam zur eigentlichen Sonderkirche. Immerhin hatte Zinzendorf lange Zeit versucht, die Brüdergemeine in den Rahmen der lutherischen Kirche einzufügen, was ihm jedoch nicht gelungen war.[143] Parallel zur Herausbildung äußerer Strukturen einer pietistischen Freikirche, verlief eine sehr lebhafte innere Entwicklung. Sie ließ sich unter dem Begriff einer Blut- und Wundentheologie subsumieren, die ihre Grundlage in Prägungen aus Zinzendorfs früher Kindheit hatte.[144]

Von Herrnhut gingen sehr schnell eine gleichermaßen lebhafte wie ausgedehnte Diaspora[145]- wie auch Missionstätigkeit[146] aus. Im Zuge der damit verbundenen Aktionen wurden große Erwartungen in eine Vernetzung mit den Pietisten in Württemberg gesetzt. Einzelne, auch der bedeutsamsten Vertreter des württembergischen Pietismus, hatten bereits zu einem frühen Zeitpunkt Kontakte mit der Herrnhuter Gemeine aufgenommen.[147] So kamen Berührungspunkte zwischen den beiden großen Formationen des Zeitalters des Pietismus zustande.

Württemberg hatte besondere Formen der pietistischen Frömmigkeit herausgebildet, die verschiedene Einflüsse der Geschichte des Pietismus in sich vereinigten. Es

---

139 Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 33.
140 Ebd., S. O 113.
141 Ebd., S. O 113 f.
142 Vgl. zu diesem Gesichtspunkt: ebd., S. O 114 f.
143 Vgl. zur Entwicklung der Brüdergemeine als Freikirche: ebd., S. O 119 f.
144 Eine eingehendere Erörterung der Blut- und Wundentheologie würde an dieser Stelle zu weit führen. Vgl. deshalb hierzu: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 120 – 123.
145 Vgl. zur Diasporatätigkeit: ebd., S. O 115 – O 118.
146 Vgl. zur Herrnhuter Mission: Ebd., S. O 118 f.
147 Vgl. ebd., S. O 117 f.

machte die Besonderheit des württembergischen Menschenschlags aus, diese Formen in sein Wesen integriert zu haben, so dass es zu einem fruchtbaren Zusammenleben von Pietisten und lutherischen Christen kam.

5.2.2. Der württembergische Pietismus

Die württembergische Landeskirche stellt bis in die Gegenwart diejenige unter den deutschen Landeskirchen dar, die ihre maßgebliche Prägung durch den Pietismus empfangen hatte.[148] Diese bedeutungsvolle Rolle erlangte der württembergische Pietismus jedoch erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Dabei war es das Verdienst der reichhaltigen literarischen Produktion der Erweckungsbewegung „dem Pietismus seinen Platz und Rang in der Tradition (zu verschaffen) und […] auch auf diese Weise dessen kirchenpolitischen Anspruch durch(zusetzen).“[149]

In Württemberg war der Pietismus zunächst vollkommen gegen jeglichen Fortschritt eingestellt. Diese Haltung stand in Kongruenz sowohl zur lutherischen Theologie als auch zu den Lehren der so genannten „Schwabenväter“. Im Gegensatz dazu wurde der Pietismus anfänglich von den neuernannten württembergischen Königen als irreligiös, wie auch der „wahren evangelischen Religion und des Evangeliums“[150] feindlich gesinnt, angesehen. Diese Haltung im Sinne der Aufklärung führte dazu, dass die Landeskirche in den Augen mancher Pietistengruppen verweltlicht worden war. Aus diesem Grund waren sie auf Distanz zum landeskirchlichen Leben gegangen, was sich auch darin äußerte, dass sie ihre Kinder dort nicht mehr taufen ließen und diese zudem von der Schule fern hielten. Nach Maßgabe des Gesetzes erfüllten sie damit den Tatbestand der Verletzung ihrer Untertanenpflichten. Infolgedessen wurden sie nicht nur verbal, sondern auch tätlich bestraft. Ein Teil der auf diese Weise von Land und Kirche enttäuschten Menschen emigrierte, ein anderer Teil wählte den Rückzug in die innere Emigration.[151] Insgesamt kam es seitens des Pietismus zu einer gewachsenen „Zurückhaltung gegenüber dem

---

148 Vgl. Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 224. Die Bedeutung des württembergischen Pietismus ist unbestritten. Dennoch können im Rahmen dieser Ausführungen nur stichwortartig die relevantesten Züge vorgestellt werden. Eine ausführlichere Darstellung des württembergischen Pietismus findet sich bei: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 224 – 295; Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 123 – O 143; Beyreuther, Der Pietismus (1978), S. 228 – 288; Schmidt, Pietismus (1972), S. 109 – 123.

149 Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 224.

150 Vgl. Schäfer, Das Haus Württemberg und die Evangelische Kirche (1984), S. 489.

151 Vgl. zum Vorstehenden: Ebd., S. 489.

Geschehen in Politik und Gesellschaft, die Wendung zu Innerlichkeit verstärkte sich.“[152] Erst Sixt Karl Kapff gelang nach der Jahrhundertmitte die erneute Annäherung von Pietismus und König. Die moderate Haltung Wilhelms I. bei der Gründung der Gemeinde Korntal sorgte für eine Entspannung im Verhältnis zwischen Pietisten und König. Insbesonders wurde es in den Kreisen der Pietisten „sehr ernst (genommen), daß der Monarch sein Amt und seine Würde nicht von Menschen ableitete, daß er König ‚von Gottes Gnaden‘ war; daraus ergab sich die innere Bereitschaft, das Wort des Königs als ein Wort von Gott anzunehmen.“[153] Darüber hinaus waren sich König und Pietismus darüber einig, dass der Liberalismus jedweder Form abgelehnt werden musste. Aus diesem Grund bestand innerhalb der pietistischen Gruppierungen eine geringe Neigung, die Landeskirche auf die Grundlage einer Synodalverfassung zu stellen. Zur Entspannung und Integration des Pietismus in den württembergischen Staat hatte auch das Ansehen beigetragen, das sich der Pietismus durch seine soziale Arbeit beim König erworben hatte. Diese positive Sichtweise fußte vordergründig auf dem Aspekt der Gemeinnützigkeit der pietistischen Unternehmungen. Die über die Traktatgesellschaften verbreitete Literatur hatte ein „Bild bürgerlichen Lebens (gezeichnet), das genau in die Vorstellungen des Königs paßte: Abstand von allen politischen Umwälzungsversuchen, Abstinenz gegenüber politischer Demagogie, dafür ein ordentliches, stilles Leben, Fleiß und Ausdauer bei der Arbeit, keine Verzweiflung bei Rückschlägen und in Notzeiten.“[154] Diese genuin pietistischen Tugenden sollten nach Maßgabe Wilhelms I. die Grundlage für einen fundierten allgemeinen Wohlstand sowie die Herausbildung einer guten Zukunft für den gesamten württembergischen Staat werden. Auf diese Weise hatte sich „eine Interessengemeinschaft zwischen den konservativen Kräften, zwischen dem König und dem Pietismus“[155] ergeben können. In Bezug auf die besonders in der Epoche Wilhelms I. zutage tretenden sozialen Probleme, die im Zuge der Industrialisierung massiv in Erscheinung traten, konnte dieses Bündnis nicht von Vorteil sein. Insbesonders der pietistische Vertrauensmann in der Kirchenleitung, Sixt Karl Kapff, konnte keine Lösungsmöglichkeiten für die dadurch entstehenden Probleme erkennen. Aus theologischer Sicht gab es keine kritische Befassung mit dieser Problematik, weshalb die evangelische Kirche angesichts ihrer

152 Ebd., S. 489.
153 Ebd., S. 492.
154 Ebd., S. 493.
155 Ebd., S. 493.

Rückwärtsorientierung mehr und mehr geistig isoliert wurde. Somit schien allgemein gesehen, der Rückzug in die private, auf Einzelinitiativen begründete Wohlfahrtstätigkeit der einzig gangbare Weg. Diese Entwicklung, die unter maßgeblichem pietistischem Einfluss vonstattengegangen war, trat zu einem Zeitpunkt ein, als Wilhelm I. energische und tatkräftige Berater benötigt hätte.[156] Dem Pietismus gebührte große Bedeutung im sozialen Bereich, wobei allerdings der vorerwähnte hemmende Faktor, der bis 1914 bestehen blieb, nicht zu unterschätzen war. Zum besseren Verständnis der Eigenart des württembergischen Pietismus erscheinen einige Bemerkungen zu seinem Werden angebracht.

Die Anfänge des württembergischen Pietismus

Für die vollständige Herausbildung des württembergischen Pietismus waren letzen Endes zwei Faktoren von besonderer Relevanz. Einerseits war dem Pietismus in Württemberg bereits durch das Wirken Johann Valentin Andreäs mit der Einrichtung des Kirchenkonvents (1642/44) der Weg bereitet worden.[157] Andreäs Wirken war durch das feste Vorhaben geprägt, die Erneuerung der württembergischen Kirche zu betreiben „und ihr zu einem Leben aus lebendiger Frömmigkeit (zu) verhelfen.“[158] Andererseits sollte sich die positive Haltung der maßgeblichen württembergischen Theologen gegenüber pietistischem Gedankengut als wegbereitend erweisen. Sie gingen nicht nur mit Speners Reformvorschlägen, sondern nachmals auch mit denen von Francke konform. Sicherlich war auch die soziale Stellung der württembergischen Theologen, die vielfach Angehörige der Familien der Ehrbarkeit waren, die die Relevanz in politischen Entscheidungen besaßen, ein mitentscheidender Faktor für die gelungene Etablierung des Pietismus in Württemberg.[159]
Einer der bedeutungsvollsten Sympathisanten von Spener war Johann Andreas Hochstetter. Er setzte sich maßgeblich für die Reform des kirchlichen Lebens ein, wozu ihm seine Stellung als Generalsuperintendent und Prälat in Maulbronn Gelegenheit gab. Im Zuge seines Wirkens forderte er unter anderem auch die Reform der Theologenausbildung,[160] die nach seinem Dafürhalten „mehr auf Erbauung und

156 Vgl. Sauer, Reformer auf dem Königsthron (1997), S. 404.
157 Vgl. Narr, Zur Stellung des Pietismus in der Volkskultur Württembergs. In: Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde 1957/58, S. 16.
158 Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 4.
159 Vgl. Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 227.
160 Vgl. ebd., S. 228 sowie a.a.O. Anm. 7.

praktische sowie moralische Anwendung ausgerichtet“[161] werden sollte. Unterstützung fanden Hochstetters Reformvorhaben im Synodus durch Johann Reinhard Hedinger, der zwar offensichtlicher Lutheraner blieb, jedoch gegen jeglichen barocken Prunk des Herzogs eintrat. Als nachmals in Stuttgart die Diskussion über den Umgang mit dem aufgekommen Separatismus begann, war es Hedinger, der einer rigiden Vorgehensweise gegenüber dem radikalen Pietismus entgegentrat.[162] Im Gegensatz dazu war es Hochstetters Sohn Andreas Adam, der, da er ebenfalls sehr kritisch gegenüber dem Zustand der Kirche eingestellt war, zur maßgeblichen Kraft für das vorsichtige Vorgehen gegenüber den radikalen Pietisten durch den Synodus wurde.[163]

Die Aufgeschlossenheit in Hinblick auf andere Bewegungen, die auch außerhalb Württembergs gelegene Entwicklungen mit einbezog, zeigte die Größe und den Weitblick dieser sowie anderer Theologen der Zeit.[164] Daneben war auch die Auffassung der theologischen Fakultät der Universität Tübingen von Relevanz. Hier gab es in Bezug auf die Auseinandersetzungen sehr kontroverse Meinungen, die keine Entscheidung brachten, so dass letztlich sowohl die Orthodoxie als auch der Pietismus zeitgleich nebeneinander bestanden.[165]

In der Anfangszeit des württembergischen Pietismus fand auch eine Beschäftigung mit dem radikalen Pietismus statt. Unter Anhängern der Ansichten Speners befanden sich auch mehrere Theologen, wie z. B. Ludwig Brunnquell,[166] die zugleich Sympathisanten „der kirchenkritischen Ansichten Jakob Böhme(s) und […] (des) Chiliasmus“[167] waren. Diese Gruppe von Pfarrern gründete ihre Auffassungen auf dem Spiritualismus der vorspenerischen Zeit. Im Gefolge dieser radikalpietistischen Pfarrer wurden auch Konventikel abgehalten. Seit 1685 gab es solche auch in Stuttgart sowie in Calw. Nachdem diese ersten „Collegia pietatis“ folglich Pflanzstätten des radikalen Pietismus waren, wurden sie schließlich verboten.[168] In diesem Zusammenhang zeigte sich bereits die nicht zu übersehende Gefahr, „daß sich Speners

---

161 Ebd., S. 228.
162 Vgl. ebd., S. 228 f. sowie ebd., S. 228 mit Anm. 8.
163 Vgl. ebd., S. 229 mit Anm. 10.
164 Vgl. ebd., S. 229.
165 Vgl. ebd., S. 228 f.
166 Vgl. zu Ludwig Brunnquell und seinen Freunden: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 124 – O 126; Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 230.
167 Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 230.
168 Vgl. ebd., S. 230.

Impulse mit älteren kirchenkritischen und heterodoxen Strömungen verbinden konnten.“[169]

Im Zuge der Reform der Theologenausbildung im Sinne Speners, waren zahlreiche Theologen der jüngeren Generation in die radikalpietistische Denkweise geraten. Somit machten sich radikalpietistische Anschauungen nach 1700 in Württemberg nicht nur vermehrt unter Theologen, sondern auch unter Laien bemerkbar.[170] Gegen den separatistischen Pietismus wurden verschiedene Edikte erlassen, was jedoch nicht die Herausbildung von Zentren verhindern konnte. Darunter war Stuttgart eines der wichtigsten, wo seit 1704 ein Kreis um Bengels Pflegevater David Wendelin Spindler bestand, der ein Sympathisant von Petersens Chiliasmus war. [171]

Bereits zu Beginn des württembergischen Pietismus gab es sowohl in der Kirchenleitung als auch an der Universität Anhänger von Spener und Francke. In Bezug auf das von Spener propagierte Reformprogramm herrschte weitgehendes Einvernehmen. In Hinblick auf die Bewertung der radikalpietistischen wie auch separatistischen Strömungen waren allerdings Differenzen hinsichtlich der Legitimität der an der Kirche geübten Kritik vorhanden. Schließlich gab es eine Verständigung auf eine fast vollständige Anerkennung der separatistischen Bewegung, worauf sich deren Gefahr deutlich verringerte,[172] jedoch keine definitive kirchliche wie auch theologische Klarheit erlangt wurde. Im Bereich des württembergischen Frühpietismus fanden sich „keine großen Perspektiven oder theologischen Konzeptionen.“[173]

Die Verwurzelung des Pietismus innerhalb der württembergischen Kirche konnte schließlich durch das Wirken einzelner Persönlichkeiten, wie Georg Konrad Rieger zustande kommen.[174] Rieger berief sich bei seiner Tätigkeit mit aller Ernsthaftigkeit auf die reformatorische Rechtfertigungslehre. Zugleich erkannte er die kirchlichen wie auch gesellschaftlichen Defizite, wobei er „nichts von Rigorismus und destruktiver Kritik oder gar vom Separatismus“[175] hielt. Rieger verband lutherische Ethik mit dem Gebot der Anspruchslosigkeit, was er auch bei der Einschätzung der Untertanenpflichten anwandte. Allerdings war es auch ihm unmöglich, allein durch die „Predigt, vorgetragen von einem konservativen

169 Ebd., S. 230 f.
170 Vgl. ebd., S. 231.
171 Vgl. ebd., S. 233.
172 Vgl. ebd., S. 237.
173 Ebd., S. 237.
174 Vgl. ebd., S. 243 mit Anm. 34.
175 Ebd., S. 243.

Standpunkt der Mitte“,[176] irgendeine Veränderung in Kirche wie auch Gesellschaft zu bewirken.

Die Zeit zwischen 1737 und 1744 wurde nunmehr dazu benutzt, die Landeskirche rechtlich zu konsolidieren. Dabei wurde 1743 ein „Generalreskript betreffend die Privatversammlungen der Pietisten“ erlassen, in dem an erster Stelle die Erfordernis und die Zweckdienlichkeit des „öffentlichen Gottesdienstes, des Predigtamtes und der Hausandachten“[177] betont wurde. Pietistische Privatversammlungen waren unter bestimmten Vorbehalten und unter Einhaltung gewisser Auflagen erlaubt.[178] Auf diese Weise wurde für ein seit 1715 geduldetes, wie auch seit dem Jahr 1736 dem württembergischen Gewohnheitsrecht immanentes Element, eine offizielle Regelung gefunden.[179] Damit wurden Altes und die notwendigen Neuerungen in eine harmonische Einheit gebracht.[180]

Die große Bedeutung des Pietistenreskripts des Jahres 1743 lag darin, für Rechtssicherheit gesorgt zu haben.[181] Zu diesem Zeitpunkt hatte der Pietismus bereits in die württembergische Kirche Eingang gefunden. Das nunmehr beginnende Zeitalter war deshalb nicht mehr der Anfang des württembergischen Pietismus, sondern schon seine Mitte.[182] Es war die Zeit, in der einer der wichtigsten Vertreter des Pietismus, Johann Albrecht Bengel, wirkte.

Johann Albrecht Bengel

Ein Grundcharakteristikum des Pietismus war seine Komplexität, die nicht nur eine ausnehmend große Vielfalt, sondern auch einen Reichtum an Einzelgestalten auf-

---

176 Ebd., S. 245.

177 Ebd., S. 245. Das Verdienst dieses Erlasses war, dass dadurch die Pietisten in der Landeskirche gehalten wurden. Vgl. hierzu: Von Gottes Gnaden. 250 Jahre Württembergisches Pietisten-Reskript. 1743 – 1993 (1993); Gutekunst, Das Pietistenreskript von 1743. In: BWKG 94, 1994, S. 9 - 26.

178 Vgl. ebd., S. 245; Narr, Zur Stellung des Pietismus in der Volkskultur Württembergs. In: Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde 1957/58, S. 17. Vgl. zum Inhalt des Generalreskripts: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 245 – 247; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 35; Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 324; Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 22; Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 16 f.

179 Vgl. Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 34; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg (1969), S. 82. Dabei bleibt zu bemerken, dass es bereits seit dem Jahr 1681 auch in Württemberg Privatversammlungen gegeben hatte, deren letztliche Etablierung den Abschluss einer Entwicklungsreihe darstellt. Vgl. hierzu: Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 5.

180 Vgl. Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 22. Vgl. zur Geschichte der Etablierung der „Collegia pietatis“ in der württembergischen Landeskirche auch: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 126 – O 129.

181 Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 129.

182 Vgl. ebd., S. O 130.

zuweisen hatte. Daraus konnten sich verschiedene Ausdifferenzierungen ergeben, die besonders beim württembergischen Pietismus zu erkennen waren.[183] Die bleibende Wirkung beruhte auf dem Wirken fest, mit der Überlieferungsgeschichte des Pietismus verwurzelter Persönlichkeiten, deren wichtigste Autoritäten auch als „Württembergische Väter" bezeichnet wurden. Zu diesen Autoritäten gehörte auch Johann Albrecht Bengel.[184] Ihm und anderen war es zu verdanken, dass es dem Pietismus gelang, „bleibende Züge in das geistliche und geistige Antlitz des Volkes ein(zu)graben."[185] Bengels Frömmigkeit wurde durch Autoren wie Arndt, Sonthom, J. Gerhard, Francke sowie Schade geformt. In dieser Hinsicht beschritt er dieselben Wege wie viele seiner Zeitgenossen.

Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren im Bereich der Lehre sowie der wissenschaftlichen Arbeit, wobei die Bibel sein besonderes Interessengebiet war.[186] In der Hauptsache veröffentlichte Bengel Schriften zum Neuen Testament. Sein Schaffen drehte sich „um den *Text*, die *Übersetzung* und die *Auslegung* der Bibel, schließlich um ihre Auswertung für *chronologische Berechnungen* zur Heilsgeschichte."[187] Bengels Biblizismus entsprach vollkommen Speners Forderung nach einer biblischen Theologie. In diesem Zusammenhang zeigte sich Bengel als Begründer der modernen Form der Textkritik. Seine wichtigsten Werke waren eine Bibelübersetzung sowie ein „Gnomon", also „eine versweise neue Übersetzung und folgende Erklärung sämtlicher neutestamentlicher Bücher in lateinischer Sprache".[188] Seine Hauptaufmerksamkeit galt jedoch der Offenbarung des Johannes, die für ihn das wichtigste Buch der Bibel war, da sie „die Erkenntnis der Heilsgeschichte (enthält), die Gott seinen vertrauten Kindern mitteilen wollte, um sie in den Wirren der Endzeit im Glauben festzumachen."[189] Ein wesentliches Charakteristikum von Bengels Auslegung der biblischen Apokalypse war die beharrliche Verwendung der heilsge-

---

183 Vgl. Narr, Zur Stellung des Pietismus in der Volkskultur Württembergs. In: Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde 1957/58, S. 14 f.

184 Vgl. zu Bengels Leben und Wirken: Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 130 – 133; Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 251 – 259; Schmidt, Pietismus (1972), S. 109 – 113; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 240 – 266; Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 62 – 84; Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 23 – 25; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 36 - 38. Vgl. zur Biographie Bengels auch den 1. Band der „Württembergischen Väter": Claus, Von Bengel bis Burk (1926), S. 13 – 79.

185 Narr, Zur Stellung des Pietismus in der Volkskultur Württembergs. In: Württembergisches Jahrbuch für Volkskunde 1957/58, S. 18.

186 Vgl. Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 251 f.

187 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 133. Die kursiven Hervorhebungen sind Teile des Zitats. Vgl. zu Bengels Biblizismus auch: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 252 – 256.

188 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 134.

189 Ebd., S. O 135.

schichtlichen Methode der Bibelauslegung. Mit der Exegese der Johannesoffenbarung bestätigte er einerseits den pietistischen Chiliasmus, andererseits modifizierte und ordnete er ihn zugleich.[190] In diesem Zusammenhang übte er Kritik an der „im Pietismus aufgekommenen Rede von einer zweifachen Wiederkunft Christi.“[191] Bengel berechnete den Beginn des neuen Zeitalters für den 18. Juni 1836, ein Datum, das die gesamte Geschichte des Pietismus im 19. Jahrhundert prägen sollte. Für diesen Tag hatte er eine besonders eindrückliche „*Erscheinung* der Macht und Majestät Christi, ein Vorspiel seiner Wiederkunft zum Jüngsten Gericht, keine sichtbare Wiederkunft in Person“[192] vorhergesagt. Die Auslegung der Apokalypse stand in ungewöhnlicher Weise gleichermaßen in der Mitte von Orthodoxie wie auch Pietismus.[193]

Bengel veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zu methodischen, exegetischen sowie heilsgeschichtlichen Themata. Diese Schriften übten eine nachhaltige, umfassende wie auch folgenreiche Wirkung auf seine Umwelt aus.[194] Bengels erzieherische Größe zeigte sich vor allem praktisch in der Fähigkeit, seine Schüler durch Instruktionen zu erziehen und zu prägen. Unter seinen Schülern wurden nachmals Christian Adam Dann,[195] Philipp Friedrich Hiller,[196] Jeremias Friedrich Reuß,[197] Johann Christian Storr,[198] Philipp David Burk[199] sowie Johann Friedrich Flattich[200] besonders bedeutungsvoll. Darüber hinaus gab es noch einige weiter Pietisten, wie z. B. Immanuel Gottlob Brastberger,[201] die keine direkten Schüler Bengels waren, sich jedoch in seinem Umkreis bewegten.[202]

Die engeren und weiteren Schüler von Bengel waren über „lose Formen eines Zusammenhalts wie die gelegentlichen Pfarrkonferenzen oder die Serien von Zirku-

---

190 Vgl. ebd., S. O 136.
191 Ebd., S. O 137.
192 Ebd., S. O 137.
193 Vgl. ebd., S. O 137.
194 Interessanterweise waren es nicht nur die Zeitgenossen, die Bengel rezipierten und aus ihm schöpften. So war beispielsweise Friedrich Engels in hohem Maßes eschatologisch disponierte Siegesgewissheit für das nahe Kommen der Herrschaft des Sozialismus, indirekt durch Bengel beeinflusst gewesen. Es war auch Engels, der für einen Marxisten eher ungewöhnlich, sein ganzes Leben lang sehr an dieser Eschatologie interessiert war, was ihm einen festen, vitalisierenden Optimismus gab. Vgl. hierzu: Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 335.
195 Vgl. Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 261.
196 Vgl. ebd., S. 261 f.
197 Vgl. ebd., S. 262.
198 Vgl. ebd., S. 262 f.
199 Vgl. ebd., S. 263.
200 Vgl. ebd., S. 263.
201 Vgl. ebd., S. 266.
202 Vgl. zu diesen Pietisten: ebd., S. 265 – 268.

larkorrespondenzen, deren umlaufende Briefbücher den Gedankenaustausch innerhalb eines größeren Teilnehmerkreises ermöglichten,“[203] miteinander verbunden. Hiermit war eine Verständigung, Anregung sowie unter Umständen Kritik in Bezug auf die persönliche Verhaltensweise, die praktische Amtsausübung sowie die theologischen Auffassungen möglich. Das Stundenwesen wie auch der Pietismus waren in Württemberg ab 1750 in der Hauptsache von Pfarrern sowohl durch Verkündigung als auch durch Seelsorge in den Gemeinden eingeführt worden. Auf diese Weise konnte sich beides erfolgreich ausbreiten. Somit hatte sich das Stundenwesen bereits erfolgreich etabliert, als nach 1800 auch vereinzelt Laien Leitungsfunktionen dabei übernahmen.[204]

Neben Johann Albrecht Bengel gab es noch einen weiteren Theologen, der von großer Bedeutung für Württemberg und den Pietismus wurde, Friedrich Christoph Oetinger. Er machte Gebrauch von „Bengels heilsgeschichtliche(r) Chronologie für eine pietistische Reich-Gottes-Erwartung, für die Hoffnung auf eine ‚Güldene Zeit.‘“[205]

Christoph Friedrich Oetinger

Innerhalb des württembergischen Pietismus war Oetinger[206] nicht nur von großer Bedeutung, sondern auch eine der gleichermaßen charakteristischsten wie auch faszinierendsten Persönlichkeiten. In seinem unbegrenzten Wahrheits- und Erkenntnisstreben ging er durch die Entwicklung eines theosophischen Systems weit über Bengel hinaus. Dabei stellte Oetinger quasi die Verbindung zwischen Arndts „Vier Büchern vom Wahren Christentum“ und seiner Gegenwart her, indem er den „Zug zur ganzheitlichen Erfassung der Wirklichkeit vom Begriff des ‚Lebens‘ her“[207] wieder aufnahm.

Von entscheidender Bedeutung für Oetinger wurde die Kenntnis von Jakob Böhmes Schriften, wodurch er zu der Erkenntnis gelangte, „Gott nicht als jenseitiges, über

---

203 Ebd., S. 269 mit Anm. 74.

204 Vgl. ebd., S. 269.

205 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 137.

206 Vgl. zu Oetinger Leben, Theologie und Wirken: Schmidt, Pietismus (1972), S. 113 – 123; Beyreuther, Geschichte des Pietismus (1978), S. 266 – 288; Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 126 – 147; Roessle, Von Bengel bis Blumhardt (^{4}1966), S. 118 – 139; Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 25 – 27; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 38 – 40; Weyer-Menkhoff, Friedrich Christoph Oetinger. Bildbiographie. Wuppertal u. a. 1990; Ders., Friedrich Christoph Oetinger (1702 – 1782) (2001), S. 159 – 175.

207 Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 138.

der Welt schwebendes Wesen zu denken, sondern als in der Welt wirkende schöpferische Lebenskraft.“[208] Bei seinem Bestreben, die Wirklichkeit in ihrer Gesamtheit zu erfassen, gelangte er letztendlich über die Natur hinaus ins Transzendentale. Dennoch blieb für ihn die Bibel das maßgebliche Zeugnis der Offenbarung, was sich auch an seinem literarischen Werk zeigte, das in der Mehrzahl der Bibelexegese gewidmet war. Allerdings war sein Schwerpunkt im Gegensatz zu Bengel mehr das Alte Testament, wobei die Psalter sowie die Prediger Salomons seine besondere Beachtung fanden. Daneben trat das Buch der Natur als selbständige Quelle der Erkenntnis.[209]

In Oetingers Theologie wurden „zahlreiche ältere orthodoxe, heterodoxe, pietistische, jüdische, katholische, mystische, philosophische und naturwissenschaftliche Traditionen Europas“[210] versammelt. Dabei war sein eigentliches Verdienst die unaufhaltsame wie auch gewissenhafte Arbeit im Bereich der Theologie und der Naturphilosophie. Zwar lagen die Schwerpunkte auf verschiedenen Aspekten, aber trotzdem verkörperten sie in späterer Zeit die einheitlichen Konzeptionen Oetingers.[211] In der Übernahme sowie Befürwortung von Bengels Berechnung der Wiederkunft Christi verblieb er in der Tradition des württembergischen Pietismus. Nachdem Oetingers Grundgedanken von der Heilsgeschichte ausgingen, war die Befürwortung der Wiederbringungslehre nur eine stringente Folge. Charakteristisch und bedeutungsvoll zugleich war Oetingers Gebrauch von Emblemata, so dass sich innerhalb seiner Theologie eine Verweisstruktur ergeben hatte.[212]

Mit dem Rückgriff auf nahezu die Gesamtheit aller jemals im Pietismus wirksamen sowie auch auf fremde Traditionen, erweckte er oftmals einen retrovertierten Eindruck. Dabei vertrat Oetinger „die alten Weisheiten gegenüber seiner Zeit, vor allem der Aufklärung“[213] und übte von diesem Standpunkt aus auch Kritik daran. Dieser Umstand konnte jedoch nicht verhindern, dass ihm lediglich ein Teilerfolg gelang, wobei er nicht in Vergessenheit geriet, wie die Rückgriffe auf ihn durch spätere Generationen belegten.[214] Ebenfalls zur Tradierung von Oetingers Theolo-

---

208 Ebd., S. O 139.
209 Vgl. ebd., S. O 141 f.
210 Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 269. Vgl. Wallmann, Der Pietismus (1990), S. O 143.
211 Vgl. Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 273.
212 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 273 f.
213 Ebd., S. 277.
214 Vgl. ebd., S. 278.

gie trugen seine näheren und ferneren Schüler,[215] wie z. B. Johann Ludwig Fricker, Philipp Matthäus Hahn,[216] Karl Friedrich Harttmann,[217] Christian Adam Dann, (Johann) Michael Hahn, Christian Gottlob Pregizer, Johann Georg Rapp oder Gottlob Wilhelm Hoffmann bei. Sie alle rezipierten Oetingers theologische Schriften direkt oder indirekt.

Etliche von Oetingers Schüler bildeten nachmals mitunter sehr einflussreiche und nachhaltig wirkende Gemeinschaften. Insbesonders in Württemberg zeichnete sich das Gemeinschaftswesen durch seine große Bodenständigkeit und seine natürlichste Entwicklung innerhalb der kirchlichen Formen aus.

Aspekte des württembergischen Gemeinschaftswesens

Grundsätzlich war das württembergische Gemeinschaftswesen durch seine Eigentümlichkeiten geprägt. Diese wiederum konnten in diesem Maße nur durch die einzelnen Führungspersönlichkeiten hervorgebracht werden. Dabei ließen sich drei Phasen der Entwicklung erkennen.

Die Ursprünge der württembergischen Gemeinschaften ließen sich bis in Speners Zeit nachverfolgen, als es bereits erste Privatversammlungen gab. Dabei wurde zu Beginn der Entwicklung von der befruchtenden Wirkung der Gemeinschaften für die einzelnen Gemeinden und deren Leben ausgegangen. Damals wurde es im Anschluss an Bengel als pastorale Aufgabe angesehen, für die Gründung, wie auch Belebung von Gemeinschaften, innerhalb der Gemeinde zu sorgen. Aus diesem Grund waren es bis 1800 vor allem Pfarrer, wie z. B. Philipp Matthäus Hahn, der in Kornwestheim eindrucksvoll die Stunde wiederbelebte.[218] Später waren es bäuerliche oder kleinbürgerliche Laien, die als Leiter hervortraten.[219]

Ein zweiter Zeitabschnitt umfasste die Zeit der Aufklärung. Damals wurde aufgrund der allgemeinen Erfahrungen ein großes Misstrauen gegenüber der Kirche gehegt. Daneben gab es bedeutungsvolle Personen, die einen großen Einfluss auf ihre Umwelt ausübten. In den so genannten Bruderkreisen versammelten sich da-

---

215 Vgl. zu Oetingers Schüler und deren Wirken: ebd., S. 278 – 288.

216 Vgl. zu Hahn's Grundgedanken, die deutlich Oetingers Einfluss aufwiesen: Schmidt, Pietismus (1972), S. 122; Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 27 f.

217 Vgl. auch: Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S.154 - 156.

218 Vgl. hierzu: Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 151 – 162.

219 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 233; Aland, Der Pietismus und die soziale Frage (1974), S. 127.

mals viele Angehörige volkstümlicher Schichten, die sich an Gottes Wort gegenseitig stärkten, wie auch erlabten. Bereits von Anfang an war ein eschatologischer Wesenszug erkennbar, der durch „die Erwartung der nahen Wiederkunft Christi gesteigert“[220] wurde. In diesem Zeitraum wirkten Originale wie der Bauer (Johann) Michael Hahn[221] oder der Schulmeister Immanuel Gottlieb Kolb.[222] Die damals starke Hoffnung auf die Wiederkunft Christi sorgte für die innere oder äußere Auswanderung zahlreicher Menschen, was auch zur Gründung besonderer Brüdergemeinden, wie z. B. Korntal,[223] führte.

Neben diesem Kreis gab es noch eine weitere Gemeinschaft, die sich an Bengel anschloss, und nachmals als Altpietisten bekannt wurde. Sie zeichneten sich durch eine große Bodenständigkeit aus.[224] Die Führungspersönlichkeiten stammten vielfach aus der Schulmeisterfamilie Kullen. Dabei war auch hier „der Grundgedanke […] von der kleinen Gemeinde, die ‚das Recht der Gemeinde nach Matth. 16, 19 genießen und zu üben hat‘, aber ‚nicht einer von der Kirche getrennten, sondern eines Sauerteigs in der Kirche‘“[225] vorherrschend.

Außer den bereits genannten Richtungen fand sich noch eine weitere Richtung, die Pregizerianer.[226] Begründet wurden sie von dem Pfarrer Christian Gottlob Pregizer, der in Anknüpfung an bereits bestehende „Gemeinschaften die Freude des Erlösten neben der Notwendigkeit des täglichen Kampfes gegen die Sünde in der Kraft des hl. Geistes mit gleichem Nachdruck in der Kirche und in den Versammlungen verkündigte.“[227] Für diese Gemeinschaftsbildung wurde charakteristisch, dass sie ihre „Zugehörigkeit zur Kirche nur in zweifelhafter Aufrichtigkeit geübt“[228] hatte und ihre Kritik an der offiziellen Kirche deutlich manifestierte.[229]

---

220 Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 234.

221 Vgl. zu Johann Michael Hahns Leben und Grundgedanken: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 283 – 286; Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 159 – 162; Schäfer, Pietismus in Württemberg (1981), S. 30; Schmidt, Pietismus (1972), S. 122; Bezner, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim (Diss. 2002), S. 47 – 53.

222 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 235.

223 Vgl. ebd., S. 235; Benrath, Die Erweckung innerhalb der deutschen Landeskirchen 1815 – 1888 (2000), S. 231 f.; Beyreuther, Die Erweckungsbewegung (1963), S. R 38.

224 Vgl. Benrath, Die Erweckung innerhalb der deutschen Landeskirchen 1815 – 1888 (2000), S. 231.

225 Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 236 mit Anm. 1.

226 Vgl. auch: Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 286

227 Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 236.

228 Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 186.

229 Vgl. ebd., S. 186.

Der dritte Zeitabschnitt war schließlich durch eine straffe Organisation der einzelnen Gemeinschaften gekennzeichnet. In dieser, ab ca. 1850 beginnenden Zeit, trat vor allem der Einfluss des Pietismus im Kirchenregiment durch Sixt Karl Kapff hervor. Zeitlich danach gelegen und den Übergang ins 20. Jahrhundert begleitend war die Erweckungsbewegung, die schließlich zwischen 1880 und 1900 aufkam. Im Neupietismus war schließlich vor allem die Evangelisation vordergründig. Er organsierte sich in der „Süddeutschen Vereinigung für Evangelisation", wozu auch die „Zeltmissionsgemeinschaften" gehörten.[230]

Eine weitere Gruppierung waren die Anhänger von Johann Georg Rapp,[231] die ein gänzlich anderes Verhaltensmuster wie die sonstigen pietistischen Gemeinschaften aufwiesen. Diese Bewegung gehörte in den Kreis der Separatisten. Rapps Anhängerschaft bildete eine eigenständige Gemeinschaft in urchristlichem Sinne, die vollständig in der Erwartung der Wiederkunft Christi lebte. Dazu gehörte neben den von Rapp abgehaltenen Konventikeln auch die Separation von der Außenwelt. Die Rappisten nahmen deshalb nicht mehr am Leben der Öffentlichkeit teil, zudem „tauften (sie) ihre Kinder selbst und hielten sie von der Schule fern."[232] Schließlich wanderte Rapp und nach ihm zahlreiche seiner Anhänger nach Nordamerika aus, um dort eine ideale Gemeinschaft zu gründen und zu leben. Dieser Schritt wurde „nach Offenb 12 als die Flucht der endzeitlichen Gemeinde"[233] verstanden.

Bei den klassischen württembergischen Gemeinschaften ließen sich gewisse gemeinsame Charakteristika des Gemeinschaftslebens finden. Im Zentrum stand die „Stunde", die in der Hauptsache am Samstagnachmittag im Anschluss an die Christenlehre stattfand. Zum Teil fanden aber auch „Stunden" am Abend oder auch am Mittag und Abend statt. Größere Gemeinschaften hielten auch unter der Woche eine „Stunde" ab.[234] Die Redner zeichneten sich durch ein hohes Maß an Originalität und Autorität aus, was zum Fortwirken ihrer Meinungen und Ansichten über ihren Tod hinaus führte. Ein weiteres Kennzeichen des Gemeinschaftslebens war der

---

230 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 237 f.; 243 f.

231 Vgl. zu Rapp und seinen Anhängern: Ritschl, Geschichte des Pietismus in der lutherischen Kirche des 17. und 18. Jahrhunderts. Bd. 3 (1886), S. 162 – 164; Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 286 f.; Fritz, Johann Georg Rapp (1757 – 1847) und die Separatisten in Iptingen. In: BWKG 95, 1995, S. 133 – 207; Ehmer, Johann Georg Rapp (1757 – 1847) (2001), S. 219 – 243; Heuss, Der Räpple (1947), S. 117 – 128.

232 Brecht, Der württembergische Pietismus (1995), S. 287.

233 Ebd., S. 287.

234 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 240 f. Den Ablauf einer „Stunde" schildert Wurster a.a.O. Vgl. also ebd., S. 241.

regelmäßige Besuch von Besuchsbrüdern, was gleichermaßen bei Altpietisten und Hahnschen üblich war.[235]

Das württembergische Gemeinschaftswesen hatte in seiner bis 1900 mehr als 200-jährigen Geschichte eine bedeutungsvolle Entwicklung mitgemacht, die zu einem Großteil auf seiner Bodenständigkeit basierte.[236] Dabei waren die gedanklichen Grundlagen und die quasi einer Ethik gleichkommende Gedankenwelt fundamental. Diese beiden Faktoren beeinflussten auch die Einstellung des Pietismus im Allgemeinen und darüber hinaus weiter Kreise der württembergischen Protestanten zur Arbeiterschaft wie auch zur Arbeit überhaupt.

5.2.3. Pietistische Gedankenwelt und Ethik

Der Pietismus war als Reformbewegung entstanden, was sich auch in einer Reform aller Lebensbereiche auswirkte.[237] Er stand zwar innerhalb der Kirche, beanspruchte für sich jedoch das Recht, auf bestehende Mängel hinzuweisen. Zugleich fand ein Wandel der Normen und Werte in Adaptation der pietistischen Frömmigkeitslehren, die durch Autoritäten wie Arndt, Spener oder Bengel herausgebildet wurden, statt. Auf diese Weise konnte sich eine speziell pietistische Gedankenwelt herausbilden, die alle Lebensbereiche umfasste und für die besondere Art pietistischer Lebensführung sorgte. Sie wurde trefflich als die fast obligatorische Verpflichtung zu innere Freudlosigkeit bezeichnet,[238] wobei die dahinter stehende Ausübung der Frömmigkeit das konstitutive Element war.

Pietistische Frömmigkeit

Innerhalb der pietistischen Frömmigkeit waren zwei Elemente zentral. Einerseits war es das Bibelstudium, andererseits die Prägung des Lebens durch die Heiligung.[239] Das Bibelstudium erschien dabei als grundlegende Tätigkeit im Leben eines Pietisten, wobei zwischen bloßem Lesen der Bibel und einer vertiefenderen Auslegung differenziert werden musste. Eine Zielsetzung des Pietismus bestand, die gesamte Bibel eingehend zu studieren, wozu auch Anleitungen bzw. hermeneu-

---

235 Vgl. ebd., S. 241 f.
236 Vgl. ebd., S. 243.
237 Vgl. Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 324.
238 Vgl. Leibinger, Es sind geistige Kräfte, die die Welt verändern. In: Lebendige Gemeinde August 3/1999, S. 20; Ders., Pietismus und Arbeit. In: BWKG 94, 1994, S. 95.
239 Vgl. Brecht, Die Frömmigkeit des Pietismus (2003), S. 9.

tische Kommentare zum besseren Verständnis zur Seite gestellt wurden. In diesem Zusammenhang bestand die Forderung vor allem nach „Bußfertigkeit, Einfalt und Aufrichtigkeit“.[240] Um in Demut das Wort Gottes vernehmen zu können, wurde das Gebet als das entsprechende Mittel empfohlen. Im Zentrum der eigentlichen Lektüre stand schließlich die Ausrichtung „auf die eigene Rettung und Verlorenheit“.[241] Es sollte also eine bibelzentrierte Lektüre stattfinden. Im Grundsatz „führte das Hören auf die Bibel zu einer Steigerung der sensiblen Rezeption, sofern nicht von vornherein lediglich etwas monoton Anweisung zur Bekehrung oder zur sittlichen Aktion erwartet wurde.“[242] Allerdings gab es individuelle Unterschiede in der Art der Bibelrezeption, was Auswirkungen bis zur sprachlichen wie inhaltlichen Ausdrucksweise der Pietisten hatte. Dabei reichte das Spektrum von einer nüchtern-konzentrierten Ausdrucksweise bei den Pietisten biblizistischer Richtung bis zu einer extrem gefühlsbetonten Ausdrucksform z. B. bei Angehörigen der Herrnhuter Brüdergemeine.[243]

Für die pietistische Frömmigkeit ebenfalls konstituierend war das Gebet. Dabei gab der Betende das grundlegende Bekenntnis ab, auf Gott angewiesen zu sein. Auf diese Weise wurde eine Gebetsgemeinschaft mit Gott begründet und sehr ausführlich ausgeübt. Neben dem stillen, inneren und alleine gehaltenen Gebet gab es Gebete in der Gemeinschaft. Diese gemeinschaftlichen Gebete konnten stille Fürbitten für die unterschiedlichsten Anliegen einschließen, aber auch situationsabhängig und frei sein. Daneben gab es freilich auch Gebetsbücher, die eine gewisse Lenkung bieten sollten. Beim Gebet war jedoch das für alle damit abgegebene Zeugnis wesentlich, des göttlichen Beistands zu bedürfen, wobei alle Betenden vor Gott gleich waren.[244]

Innerhalb der pietistischen Frömmigkeit bestand eine hauptsächliche Akzentuierung auf „die Intensivierung der mit dem christlichen Glauben gesetzten Existenzwende“.[245] Als Grundvoraussetzung stand die ernsthafte Erkenntnis wie auch das Bekenntnis und zugleich die Absage an die existentielle, schwerwiegende Sündigkeit der menschlichen Natur. Für diese Erkenntnis war ein harter, von Reue geprägter „Bußkampf“ unabdinglich. Die Pietisten waren sich vollkommen im Klaren

240 Ebd., S. 13.
241 Ebd., S. 13.
242 Ebd., S. 13.
243 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 13 f.
244 Vgl. ebd., S. 14 f.
245 Ebd., S. 16.

darüber, „dass eine solche Selbsterkenntnis und Umkehr nicht in den Möglichkeiten des Menschen lag, sondern ebenso von Gottes Geist gewirkt sein musste, wie die beglückende gewisse Erfahrung der Vergebung und Rechtfertigung und eines neuen Anfangs im Stand der Gnade.“[246] Die hinter der Existenzwende stehende Logik war augenscheinlich. Allerdings war mit der Forderung nach Bekehrung und den damit verbundenen Kämpfen auch eine gewisse Freudlosigkeit und drückende Atmosphäre verbunden.

Hinter dem Kampf gegen die sündhaften Mächte, stand das Ziel, diese nicht nur zu überwinden, sondern auch bei den Wiedergeboren, die Heiligung zu verwirklichen.[247] Allerdings bestand zugleich die Notwendigkeit, selbst Bemühungen anzustellen, um die Heiligung zu erlangen. Diese Bemühungen konnten einerseits auf ein, sehr strengen Regeln unterworfenes Leben mit eifrigem, stetigem Gebet und Bibelstudium hinauslaufen. Andererseits bestand ebenso die Möglichkeit, sicher anzunehmen, „über den Besitz des Heiligen Geistes zu verfügen, zumal wenn man den Möglichkeiten des menschlichen Willens optimistisch mehr zutraute, als es der langen Erfahrung der bisherigen Christenheit entsprach.“[248] In diesem Kontext verbanden sich das Bewusstsein der eigenen Leistungsfähigkeit und die Verachtung der Sünde.[249]

In der organischen Verbindung auf Heilsstrebung und Sündenverachtung war auch das Element der Weltabgewandtheit und Askese enthalten. Dabei waren alle Lebensbereiche gleichermaßen mit einbezogen und auf ein strenges gottgefälliges Leben ausgerichtet. Damit zusammenhängend und in der Tradition Bengels stehend, waren die Eschatologie, also die Wiederkunft Christi, und der Anbruch des Tausendjährigen Reiches.[250] Ebenfalls im Kontext dieses Aspekts pietistischer Frömmigkeit stand die Arbeit am Bau des Reiches Gottes. Dieser Zug zeigte sich vor allem in karitativen Handlungen, die auch der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden.

Zur Frömmigkeit des Pietismus gehörte schließlich noch das geistliche Lied, das viel zur Überlieferung, Befestigung und Bewahrung eines Großteils der pietisti-

---

246 Ebd., S. 16.
247 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 19.
248 Ebd., S. 19.
249 Vgl. ebd., S. 19 f.
250 Vgl. ebd., S. 20 f.

schen Gedanken beitrug. Vielfach fanden diese Lieder auch Eingang in die offizielle lutherische Kirche.[251]

Die pietistische Frömmigkeit war sehr heterogen, was mit den jeweiligen regionalen Bedingungen und Prägungen zusammenhing. Wesentlich war jedoch eine gemeinsame Strukturierung aller Gemeinschaften bei der Ausübung der Frömmigkeitspraxis. Als Grundlage war die Bibel anerkannt. Lediglich in der Art der Ausübung der Bibelexegese bestanden Unterschiede, so dass es hier „existenziell-soteriologisch(e) oder sapiential-gnostisch-heilsgeschichtlich(e)“[252] Wege gab. Weitere Kernelemente waren Gebet, Bußkampf, Errettung, die Erklärung der Heiligung sowie Wohltätigkeit und Mission in allen ihren Ausformungen. Dabei war der Rückzug aus der Welt mitunter ein nicht problemloses Zeichen für die Aufrichtigkeit des persönlichen Lebensentwurfs einer christlichen Existenz.[253] Mit diesen ganzen Faktoren gingen Werte, wie Selbstdisziplin, eigenständige Reflektionen, Unbeirrbarkeit, Gewissens- und Versammlungsfreiheit, aber auch der geschwisterliche Gedankenaustausch, die Erforschung von Seele, Natur und Bibel, die aufmerksame Kenntnisnahme auf die Zeitzeichen einher.[254]

Im Zuge der damit zu unternehmenden Bemühungen ergaben sich nicht nur Auswirkungen auf das tägliche Leben, sondern auch auf die Arbeit. Auch in diesem Bereich traten ganz charakteristische Merkmale hervor, die den Einfluss des Pietismus zeigten.

Pietismus und Arbeitswelt

Im Gegensatz zum Calvinismus, für den Max Weber den Nachweis geführt hatte, kannte der lutherische Pietismus keine genuin pietistische Arbeitsethik. Dennoch standen die religiösen Zielsetzungen mit der Verpflichtung zu fleißiger Arbeit und sparsamer Lebensführung in enger Verbindung. Allerdings waren „Wirtschaft, Technik, Industrialisierung […] keineswegs originäre Ziele des Pietismus.“[255] Dennoch trat sehr schnell „die Disziplin als Fleiß, Ordentlichkeit und Zuverlässigkeit

---

251 Vgl. ebd., S. 22 f.

252 Ebd., S. 27 f.

253 Vgl. ebd., S. 27.

254 Vgl. Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 339.

255 Leibinger, Pietismus und Arbeit. In: BWKG 94, 1994, S. 99. Vgl. zum Vorstehenden auch: ebd., S. 93; Ders., Es sind geistige Kräfte, die die Welt verändern. In: Lebendige Gemeinde August 3/1999, S. 29.

gegenüber der eigenen Gruppe, dem eigenen Lebenskonzept und gegenüber dem Staat in den Mittelpunkt.“[256]

Diese Auffassung beinhaltete, dass die gleichzeitige Frömmigkeitsübung in Verbindung mit Fleiß zu einem glücklichen, gottgefälligen Leben führte. Dahinter war eine bestimmte Leistungsethik zu erkennen. Demnach wurde dem Individuum die Möglichkeit der „freien Wahl zwischen Glück (Wohlstand) und Unglück (Armut)“[257] zugestanden. Infolgedessen etablierte sich die pietistische Ethik zur Gesetzmäßigkeit wie auch die politisch-kirchliche Handlungsweise zur Rechtfertigungsreligion, entsprechend dem Maß, in dem sich die pietistische Gedankenwelt behauptet hatte und zugleich Elementen des Herkommens des Pietismus vergessen worden waren.[258] Aus diesem Grund wurde dem Individuum die Schuld für sein Scheitern in der Welt zugewiesen. Allerdings „(w)enn aber bei Armut und Krankheit anderer Schuld vorliegt, muß der Betroffene […] seine Schuld, seine Sünde büßen.“[259] Somit konnte die Initiative zur Wohltätigkeit als Bußruf des Betroffenen angesehen werden. Unter diesen Gesichtspunkten war es eine zwingende Folge, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten, zu denen auch die Arbeiterschaft gehörte, angesichts solcher Vorstellungen nicht mehr den Weg zum Pietismus fanden.[260]

Innerhalb des Pietismus gab es unterschiedliche Auffassungen in Hinblick auf den Wert sowie den Sinngehalt von beruflicher Arbeit. Der grundsätzliche Orientierungspunkt jeglicher Äußerungen war das Ziel einer Mitwirkung bei der Erschaffung des wahrhaftigen Gottesreiches. In Hinblick auf die Wege und Mittel dieses Ziel zu erreichen, herrschten unterschiedliche Meinungen. Ein Weg, der besonders von Francke propagiert wurde, war die ruhelose Berufsarbeit. Sie hatte einen von Gott gewollten doppelten Sinn, da sie „der Abtötung des sündhaften Menschen ebenso wie dem Aufbau der Gemeinschaft wiedergeborener Christen“[261] dienen sollte. Dabei galt es zu beachten, dass die Berufsarbeit keine Beeinträchtigung für „den täglichen Gottesdienst und die Beziehung zu Gott“[262] darstellen durfte. Damit einher ging die universelle Verpflichtung zur Arbeit, denn kein Mensch war im Be-

---

256 Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 339. Vgl. auch: Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 265.

257 Trautwein, Pietismus – ein folgenreicher Sonderfall (1984), S. 115. Die Ergänzungen in runden Klammern sind Teil des Zitats.

258 Vgl. ebd., S. 115.

259 Ebd., S. 115.

260 Vgl. ebd., S. 115 f.

261 Lehmann, Max Webers „Protestantische Ethik“ (1996), S. 62.

262 Kriedte, Wirtschaft (2004), S. 586.

sitz der Berechtigung zum Müßiggang. Nach Francke war ein genuines Charakteristikum der Pietisten die Auffassung der Arbeit als absolute Pflicht, die „zur Ehre Gottes und zum Besten der Nächsten“[263] betrieben werden sollte. Mit der Auffassung, von der untrennbaren Verbindung der Natur des Menschen und der Arbeit wurde die Pflicht zu arbeiten begründet. In Entsprechung zu dieser Einstellung stand auch der Anspruch an den Menschen, seine Zeit möglichst effektiv zu nutzen. Allerdings hatte die ruhelose Berufsarbeit nur in den Bereichen eine bedingungslose Rechtfertigung, in denen sie zum Wohle des Nächsten diente und in das religiöse Geflecht integriert blieb.[264]

In den württembergischen Pietismus waren viele der Gedanken Franckes aufgenommen worden. So gab Philipp Matthäus Hahn dem Gedanken Ausdruck, dass „wie ‚bey den Oeconomen einem sein Fleiß und Treue mehr Zunahme seines Vermögens mache als dem andern, so seye‘ er ‚gewohnt, die Pietisten zu Oeconomen zu machen, das sie auch einen eigenen Schatz und Lebensquelle kriegen in die Herzen zum Samen‘“.[265] Das Bedeutende am Pietismus war die „Treue im Kleinen“, wie es bereits bei Johann Albrecht Bengel zum Ausdruck kam. Sie sollte später innerhalb des württembergischen Pietismus in der „charakteristischen ‚Lehre von der Sorgfalt, Pünktlichkeit und Ehrlichkeit im Berufsleben‘“[266] zum Ausdruck kommen. Allerdings gab es hinsichtlich der Ausgestaltung der Berufsarbeit einen grundlegenden Unterschied. Zwar waren die Grundtugenden mit denen Franckes übereinstimmend; aber andererseits erschien jede übertrieben gehandhabte berufsmäßige Arbeit verdächtig, insofern dies eine Ablenkung „von Gebet und innerer Sammlung, das heißt von den für die religiöse Qualifikation und Heilsvergewisserung notwendigen erbaulichen Tätigkeiten“[267] darstellte. Im Gebiet des württembergischen Pietismus standen Eschatologie, die Bildung von Konventikeln sowie die Ethik in direkter Relation zueinander. Dabei war jedoch die innerweltliche Askese anders als im Calvinismus, kein Auslöser für „starke berufsethische Energien“.[268] Obwohl keine direkte Wirkung auf den

---

263 Ebd., S. 586. Vgl. auch: Vontobel, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zur Aufklärung (1946), S. 42.

264 Vgl. Kriedte, Wirtschaft (2004), S. 586.

265 Ebd., S. 587.

266 Ebd., S. 587 mit Anm. 12. Vgl. auch: Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg (1969), S. 73 f.; Scharfe, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß (1976), S. 42; Boelcke, Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800 – 1989 (1989), S. 149.

267 Lehmann, Max Webers „Protestantische Ethik“ (1996), S. 62.

268 Ebd., S. 63.

wirtschaftlichen Bereich ausgeübt wurde, hatte der Pietismus dennoch einen überaus treffenden Beitrag zur Herausbildung wirtschaftlicher Produktivkräfte geleistet.[269]

Ungeachtet sicherlich vorhandener Defizite des pietistischen Arbeitsethos war es dennoch das pietistische Verdienst, mehr Menschlichkeit in das Arbeitsleben gebracht zu haben. Es bestand nicht nur die Verpflichtung zur Arbeit. Vielmehr bestand auch die ausdrückliche Erlaubnis, zu arbeiten, tätig zu sein.[270] In diesem Zusammenhang wurde die Doppelrolle der Arbeit als gleichermaßen Berührungspunkt mit dem Rest der Welt und Weg „zur Seelen Heiligung“[271] deutlich zum Ausdruck gebracht. Wesentliche Grundcharakteristika des Pietismus waren somit Distanziertheit, Gläubigkeit sowie die meditative Christenverehrung. Hinzu kamen noch ein hohes Maß an Voraussicht und Realitätssinn, was für das Arbeitsleben von größter Bedeutung war.[272]

Die Anschauungen zur Berufsethik innerhalb des Pietismus im Allgemeinen waren sehr heterogen. Auf der einen Seite stand der Rückzug aus der Welt um ein demütiges und gottgefälliges Leben zu führen, bei dem die Arbeit als Gottesdienst angesehen wurde. Auf der anderen Seite dagegen, die Notwendigkeit zur Arbeit, die mit dem größtmöglichen Fleiß ausgeübt werden sollte. Dabei wurde besonders im württembergischen Pietismus vor einer übertriebenen Berufsarbeit gewarnt, sofern sie nicht zum Wohle des Nächsten und Gottes Lob diente. Dem Pietismus kam das Verdienst zu, durch das Herausheben von „Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Sparsamkeit und die Identifikationsmöglichkeit mit immer wieder neu sich bildenden ‚Eliten‘ […] in den bürgerlichen und bäuerlichen Schichten ein Potential an strebsamen und selbstbewußten Bürgern“[273] geschaffen zu haben. Andererseits waren diese Einstellungen wiederum bei den Herausforderungen hinderlich, die sich durch die Veränderungen der Welt durch die Industrialisierung sowie durch neue, zur Zeit der pietistischen Väter noch nicht vorhandene soziale Probleme ergaben. Mit diesen relativ statischen Haltungen war es letztlich unmöglich, angemessen auf zeitgemäße Probleme zu reagieren. Insofern waren die Wohltätigkeitsbemühungen zwar sehr

269 Vgl. ebd., S. 63; Scharfe, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß (1976), S. 42.

270 Vgl. Vontobel, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zur Aufklärung (1946), S. 42; Borst, Leitbilder und geistige Antriebskräfte (1989), S. 22; Ders., Geschichte Baden-Württembergs (^{3}2012), S. 252.

271 Vontobel, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zur Aufklärung (1946), S. 42.

272 Vgl. Borst, Pietismus und Industrie (1982), S. 172.

273 Trautwein, Religiosität und Sozialstruktur (1972), S. 61.

sinnvoll, allerdings aufgrund ihrer Realitätsferne weniger für das Industriezeitalter geeignet.

Die gemeinsame Grundlage der pietistischen wie auch nichtpietistischen Ethik bildete die Ethik der unterschiedlichen sozialen Gruppen, die an ihnen beteiligt waren. Solchermaßen heterogene Einflüsse waren ein verbindendes Element zwischen Pietismus und Welt. Wenn die Arbeiterschaft nicht erreicht werden konnte und insbesonders durch die pietistische Berufsethik zurückgewiesen wurde, so lag es höchstwahrscheinlich an der rigoroseren Auslegung der Ethik im Rahmen des Pietismus. Dazu kam noch eine Forderung nach Gruppendisziplin und Strafandrohungen, die gepaart mit der spezifisch pietistischen Eschatologie den Weg zu den Arbeitern versperrten.[274]

Der Pietismus war ein bedeutender Faktor in Württemberg, der einen großen Einfluss auf das Volksleben hatte. Nachdem bereits eine kleine Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche ihre spezifische Ansicht zu Leben und Arbeit hatte, so erscheint es von Interesse, die Sichtweisen der evangelischen Kirche im Allgemeinen zum Themenkomplex der Sozialen Frage zu betrachten.

---

274 Vgl. Lehmann, Probleme einer Sozialgeschichte des württembergischen Pietismus. In: BWKG 75, 1975, S. 172 f.

5.3. Die evangelische Kirche und die Soziale Frage

Die problematische Haltung der evangelischen Kirche angesichts der Herausforderungen, vor die sie durch die entstehende Soziale Frage gestellt wurde, ließ sich nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Gedankenwelt nachvollziehen. Vordergründig bestand bei den Zeitgenossen eine große Furcht vor dem Wiederaufleben der geistigen Haltungen der Revolution von 1789. Die damals im Zuge der französischen Revolution vonstattengegangenen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen, die auch vor dem überkommenen Gesellschaftsbild nicht Halt gemacht hatten, waren in unangenehmer Erinnerung geblieben. Im Wesentlichen ging es um den Ausschluss jeder liberalen Neuerung in Bezug auf das politisch-geistige Ordnungsschema, dessen Legitimität unangetastet bleiben musste. Erstaunlicherweise waren sowohl konservative, als auch liberale Kreise vom antirevolutionären Geist erfasst worden.[1]

Die Revolution wurde aus diesem Grund mit dem sozialen Umsturz gleichgesetzt. Nachdem die etablierte, überkommene Gesellschaftsordnung als naturgegeben und gewachsen angesehen wurde, war jedes Rühren daran gleichbedeutend mit einer Tätlichkeit an der „göttlichen Weltordnung“.[2] Da eine politische Revolution bereits 1789 stattgefunden hatte und angesichts der herrschenden Notstände, waren sich die Zeitgenossen sicher, „daß die nächste Revolution nur eine soziale sein könne“,[3] die dann ebenso unzweifelhaft nur vom Proletariat getragen werden konnte.[4] Diese Auffassungen bildeten den Hintergrund, vor dem die gesamten Bemühungen in Hinblick auf soziale Fragen seitens der evangelischen Kirche zu sehen waren.

Ebenso ließen die Erfahrungen der neuerlichen Revolution von 1848 die alten Ängste und Befürchtungen wiederaufleben. Im Bewusstsein der Kirche als solche und der bürgerlichen Schichten im Besonderen, wurde durch die 1848er Revolution ein erneuter Schock ausgelöst. Dieser wiederum bedingte eine vollkommene Abkehr der gebildeten Stände und der Kirche von den eigentlichen Problemen der Arbeiterschaft sowie die sukzessive Entfremdung zur Arbeiterschaft. Die Haltungen der Protestanten zur Revolution waren nicht nur durch Ablehnung, sondern auch durch Abscheu geprägt, was sich in der Einstellung gegenüber den Trägern der Re-

---

1 Vgl. Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 6 f.

2 Ebd., S. 8. Vgl. auch: Brakelmann, Zwischen Widerstand und Mitverantwortung (1994), S. 21; Ders., Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – einige Anmerkungen zur Geschichte ihres Verhältnisses bis 1933 (1980), S. 99 – 101.

3 Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 8.

4 Vgl. ebd., S. 8.

volution, als die der vierte Stand ausgemacht wurde, widerspiegeln musste. Nachdem alles Revolutionäre der Inbegriff des Bösen, wie auch der Zerstörung der natur- und gottgegebenen Ordnungen war, waren sehr reservierte Einstellungen in Hinblick auf den Problemkreis der Arbeiter zu erwarten.[5]

5.3.1. Stellungnahmen zur Sozialen Frage und Arbeiterschaft

Die Problematik menschlicher Not und Armut war ein jahrhundertealtes Problem, mit dem die Kirche stets konfrontiert wurde. Allerdings gewann es im 19. Jahrhundert eine zusehende Brisanz und vor allem neue Qualität. Die Ursache waren die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, die im Gefolge der spätestens seit 1850 überall in Deutschland beginnenden Industrialisierung auftraten. Wenn es der evangelischen Kirche verhältnismäßig schwer fiel, sich auf die veränderte Problemlage einzustellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, dann hing dieses Problem mit den Trägern der Sozialmaßnahmen zusammen. In der Regel hatten die entsprechenden Einzelpersonen bzw. Gruppen und Kreise eine betont kirchliche Gesinnung. Ihrer Ansicht nach entschied die Aufnahme der christlichen Anschauungen und Werte maßgeblich über den gesellschaftlichen Neuaufbau nach der Revolution.[6] Neben einzelnen Persönlichkeiten, die sozial aktiv wurden, waren es Gruppen und Kreise wie die Pietisten und die Erweckungsbewegung, die ein Problembewusstsein für die Soziale Frage – zumindest ansatzweise – entwickelten. Sie leisteten punktuelle Hilfe, die sicherlich wertvoll war, konnten jedoch keine umfassenderen Veränderungen bewerkstelligen. Dennoch gebührt ihnen das Verdienst, schon lange Zeit vor der Kirche als Institution, ein Bewusstsein für die real existenten, drängenden Probleme entwickelt zu haben.[7] Allerdings waren die Reaktionen auf die damit verbundenen Herausforderungen äußerst gering. Allem Anschein nach war der „protestantische Gedanke“ im Bereich der Sozialpolitik noch nicht etabliert genug, um wirksam Kritik sowohl an der staatlichen Handlungsweise als auch an der schlechten Situation der Arbeiter zu üben.[8]

---

5 Vgl. zum Vorstehenden: Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert – eine Konfliktgeschichte (2009), S. 57 f.; Brakelmann, Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – einige Anmerkungen zur Geschichte ihres Verhältnisses bis 1933 (1980), S. 101.

6 Vgl. Becker, Sozialpolitische Vorstellungen der Kirchen und ihre Realisierung im 19. Jahrhundert (bis zur rerum novarum) (1991), S.192.

7 Vgl. Kaiser, Diakonie in der Stadt (2003), S 64 f. Vgl. auch: Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 39.

8 Vgl. Fogarty, Christliche Demokratie in Westeuropa 1820 – 1953 (1959), S. 200 f.

Im Gegensatz zur Erweckungsbewegung wirkte der Pietismus, aufgrund seiner Auffassung von den Ursachen der Not der Arbeiter, hemmend auf Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage.[9] Zugleich war dieser Sichtweise durchaus ein gewisses Problembewusstsein nicht abzusprechen.[10] Immerhin konnte der evangelischen Kirche in Verbindung mit dem Pietismus wegen des gemeinsamen Anliegens, die Seelen der Arbeiter wieder zur Kirche führen zu wollen, ein gewisses Engagement nicht abgesprochen werden. Dieser Umstand wurde dadurch begründet, dass die Pietisten „den Arbeiter, seiner wirtschaftlichen Stellung entsprechend, den Armen zugeordnet (hatten) und versuchten, seine Probleme […] durch ‚das christlich-bürgerliche Prinzip der Fürsorge und Führung' zu lösen".[11] Dabei hatten sie es jedoch versäumt, ein breit gefächertes Programm herauszubilden, mit dem allen als arm bezeichneten Menschen nicht nur ökonomische Hilfestellungen gegeben, sondern auch im Rahmen vermehrter politischer Rechte die Möglichkeit der Selbsthilfe eröffnet werden sollte.[12] Somit konnten sie ungeachtet einzelner Versuche in der Regel nicht die vollständigen Ausmaße der industriellen Revolution erkennen und entsprechend reagieren.[13] Infolge des Fehlens einer umfassenden Programmatik seitens der Pietisten und Nichtpietisten, gab es nur punktuelle Initiativen weitsichtiger Laien, wie auch vereinzelt von Pfarrern, zur Linderung der Not der Arbeiter.[14] Dabei gab es durchaus auch schriftliche Erörterungen, die sich mit den, aus der neuen Situation ergebenden Aufgaben der Kirche hinsichtlich der Sorge um die Arbeiter befasst haben und zumindest ein gewisses Problembewusstsein signalisierten.

Die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage

Im Zuge der aufkommenden und fortschreitenden Industriealisierung erwachte ein Bewusstsein für die verschiedenen damit einhergehenden sozialen Probleme. Insbesonders der im Zentrum der Sozialen Frage gesehene neue Stand der Arbeiter und Fabrikarbeiter, stand im Mittelpunkt zahlreicher Schriften. Ungefähr seit 1840 gab

---

9 Vgl. Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 179.

10 Vgl. z. B. Kapff, Fabrikarbeiter (1856). In diesem Buch sah der Autor das Problem der Arbeiter durchaus realistisch. Seine Lösungsversuche muteten jedoch sehr illusorisch an. Zugleich waren sie ein Beleg für seine persönliche Kurzsichtigkeit und die Gebundenheit seines Denkens an den Pietismus.

11 Christ, Christliche Lösungsversuche der sozialen Frage im mittleren 19. Jahrhundert (1951), S. 265.

12 Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 265.

13 Vgl. ebd., S. 266.

14 Wie z. B. der Cannstatter Helfer Härle, der 1874 den dortigen evangelischen Verein ins Leben rief. Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 6. Vgl. auch Kap. 7.2. und 7.3 dieser Arbeit mit den dort angegebenen Belegen.

es eine stetig anwachsende, reichhaltige Publikationstätigkeit, die die Stellung der Kirche zur Arbeiterschaft darlegen sollte.[15]

Im Grundsatz bestand schon Klarheit darüber, dass es sich bei der Arbeiterschaft um einen vollkommen neuen Stand handelte.[16] Dabei herrschte jedoch seitens der Kirchenvertreter zum Teil kein besonders positives Bild vom Arbeiter. Die Arbeiterschaft wurde undifferenziert, als in ihrer Gesamtheit der Kirche entfremdet sowie ihr gegenüber misstrauisch und teilweise sogar feindlich gesinnt angesehen.[17] Die Arbeiter wurden in ihrer Allgemeinheit zwar als antikirchlich, jedoch korrekterweise nicht als antireligiös bezeichnet.[18] Damit wurde implizit der Hoffnung Ausdruck gegeben, noch etwas verändern zu können. Andererseits wurde bei aller Parteilichkeit auch erkannt, dass der Stand der Arbeiter „in der Gegenwart im Durchschnitt *weder unchristlicher noch unsittlicher wie die übrigen Stände* (ist), wenn sich gleich Irreligiosität und Unsittlichkeit, soweit sie vorhanden, bei den niederen Volksklassen in ungeschminkterer, roherer Form äußern, als bei den höheren.“[19] Dabei wurde bei den Arbeitern eine größere Hilflosigkeit als bei den anderen Ständen bemerkt.[20]

Im Kontrast zur Realität wurde ein Idealbild des evangelischen Arbeiters entworfen. Dieser zeichnete sich dadurch aus, dass er alle Christen als Brüder sowie Kopf- und Handarbeit als gleichwertig ansah. Als solcher war er auch selbstredend Mitglied in einem Evangelischen Arbeiterverein, wo diese Tugenden gelebt wurden.[21] Hinsichtlich seiner Eigenschaften zeichnete sich der rechte Arbeiter durch treue Arbeitsfreudigkeit, Fleiß und Pflichtbewusstsein aus, wozu noch Sparsamkeit und vor allem Frömmigkeit treten sollten. In diesem Zusammenhang wurde von einem solchen musterhaften Menschen auch das Ertragen von Spott und Hohn wegen seiner Glaubensfestigkeit gefordert.[22] Ein solcher ehrenwerter evangelischer Arbeiter ließ sich davon nicht beeindrucken, da „(e)r weiß, auf welch festem Grund er steht.“[23] Weiter zeichneten den rechtschaffenen evangelischen Arbeiter gleichermaßen Dankbarkeit wie Glaube an die Wohltaten von Seiten der Obrigkeit und der

---

15 Vgl. Friedrich, Kirchliche Armenpflege! (2001), S. 23.
16 Vgl. Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 1.
17 Vgl. Schmitt, Kirche und Arbeiterschaft (1912), S. 3.
18 Vgl. ebd., S. 3.
19 Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 29. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.
20 Vgl. ebd., S. 29.
21 Vgl. Gümbel, Der rechte evangelische Arbeiter (1894), S. 3 f.
22 Vgl. ebd., S. 4 – 7.
23 Ebd., S. 7.

Arbeitgeber, die selbstredend alles in ihrer Macht stehende zur Beseitigung der Notstände taten, aus. Ein weiterer Faktor der bei einem solchen Menschen vorhandenen Lebenseinstellung sollte der Trost auf das gute Leben im himmlischen Reich sein.[24] Schließlich sollte dem redlichen Arbeiter die Vaterlandsliebe als Tugend zu Eigen sein, wobei besonders der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit und eine antifranzösische Gesinnung hervorgehoben wurden.[25] Dieser Tugendkatalog sollte in den Evangelischen Arbeitervereinen ausgebildet werden, in denen der pflichtbewusste evangelische Arbeiter Mitglied sein sollte.[26]

Im Zuge der verschiedenen Gedankengänge wurde schließlich auch die Feststellung getroffen, dass es wenig Sinn machte, die Soziale Frage nur an einem Ort zu suchen. Da es sich um eine höhere Ordnung des wirtschaftlichen Lebens selbst handelte, mussten mehrere Faktoren mit einbezogen werden.[27] Als mögliche Ursachen für die unerfreulichen Zeitumstände, wurden einerseits die moderne Arbeitsorganisation mit ihrem Beziehungsverlust zwischen Arbeiter und Arbeitgeber und Werkstück, andererseits die Entwicklung der Maschinentechnik mit ihrer Eintönigkeit, angegeben. Hinzu trat die rasche Gesetzgebung, die den Verlust althergebrachter Sitten und eine Formlosigkeit des Umgangs bedingte sowie den ohnehin raschen Gesellschaftswandel noch beschleunigte.[28] Eine dritte Meinung sah die Ursache für die zeitbedingten Umstände in der herrschenden Propaganda des Unglaubens, die die schwersten Verluste an Kirchenmitgliedern mit sich gebracht hatte. Wiederum dafür ursächlich waren die Interessen der politischen Parteien, und zwar in erster Linie die der Sozialdemokratie sowie daneben die des Liberalismus.[29] Hinzu traten als weitere Ursachen noch einerseits die aufgrund neuer Erkenntnisse vertretenen Annahmen der Wissenschaft, andererseits die Bekämpfung kirchlicher Angebote aufgrund blanken Hasses gegen Glauben wie Kirche. Schließlich gab es noch Sekten, die wiederum durch ihre Propagandatätigkeit den Zeitgeist verdarben und zugleich der Kirche Mitglieder entfremdeten.[30] Allerdings wurde bei einem Großteil der Überlegungen ein enger Zusammenhang sowie eine gegenseitige Bedingtheit des wirtschaftlichen und religiös-sittlichen Lebens innerhalb des Volksganzen nicht

---

24 Vgl. ebd., S. 7 f.
25 Vgl. ebd., S. 8.
26 Vgl. ebd., S. 9.
27 Vgl. Uhlhorn, Die Stellung der evang.-luth. Kirche zur sozialen Frage der Gegenwart (1895), S. 3.
28 Vgl. Nebe, Die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage (1872), S. 11; 13 f.
29 Vgl. Lechler, Die Aufgaben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1904), S. 3 f.
30 Vgl. ebd., S. 4 – 7.

vollkommen außer Acht gelassen. Vielmehr wurde gerade die wechselseitige Bedingtheit teilweise besonders hervorgehoben.[31]

Neben dem zutreffenden Hinweis auf das zugrundeliegende Ursachenbündel, wurde ebenso richtig auf eine allgemeine Schuld der Kirche hingewiesen. Allerdings wurde diese Schuld zum Teil weniger im Versagen tatkräftiger Hilfe bei der Bewältigung der Probleme gesehen. Vielmehr wurde sie unter dem Aspekt der Seelsorge und Erziehung zu „Arbeitslust, Sparsamkeit, Genügsamkeit“[32] durch die Predigt gesehen. Als Grund für dieses Versäumnis wurde die Vernachlässigung der eigentlichen Aufgabe der Kirche vorgebracht, die Veränderung der Menschen betreiben zu wollen. Nach herrschender Meinung war es lediglich erforderlich, die einzelnen Menschen zu verändern, da sich auf diese Weise von selbst eine Veränderung der gesamten Verhältnisse ergab.[33] In einer anderen Stellungnahme wurde dieser Mangel an Fürsorge noch dadurch ergänzt, dass sich die Kirche „aristokratisch und bürokratisch und in Verkennung ihrer Pflicht zu sehr zurückgehalten und sich nicht von vornherein auch dieses ihrer Fürsorge ganz besonders bedürfenden Teils ihrer Mitglieder in genügend entschiedener Weise angenommen hat.“[34]

Bei der Erörterung des Themas Schuld gab es jedoch auch sehr kritische und tiefblickende Stimmen. In Bezug auf die Schuldfrage, wurde der Kirche sicherlich zu Recht, sowohl die Preisgabe ihres Auftrags als auch die Verdrängung aus der ihr angestammten Stellung, vorgeworfen. Dabei wurde der Kirche insbesonders vorgehalten, nur aus Initiativmangel Einrichtungen, die in ihren unmittelbaren Aufgabenkreis gefallen wären, der freien Liebestätigkeit überlassen zu haben.[35] Ferner wurde der Kirche die Nichtbeteiligung von Laien im erforderlichen Umfang an ihrer Arbeit zur Last gelegt. Daneben wurden ihr Mängel bei der Predigt, dem Religions- und Katechismusunterricht, der Versorgung mit Gotteshäusern und Seelsorgeeinrichtungen in Industriestädten sowie das Versäumnis von dezidierter Evangelisation angekreidet.[36]

---

31 Vgl. Uhlhorn, Die Stellung der evang.-luth. Kirche zur sozialen Frage der Gegenwart (1895), S. 4; Planck, Leitsätze zu dem Korreferat über „Die soziale Thätigkeit des im Amt stehenden Geistlichen“ (189.), 3. Leitsatz, 1. Satz.

32 Nebe, Die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage (1872), S. 18.

33 Vgl. ebd., S. 19. Vgl. auch die in eine ähnliche Richtung gehende Auffassung bei Schlosser: vgl. Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 98.

34 Schmitt, Kirche und Arbeiterschaft (1912), S. 3 f.

35 Vgl. Lechler, Die Aufgaben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1904), S. 7.

36 Vgl. ebd., S. 7 – 11.

Es gab zwar kritische Stimmen, die lediglich die Versäumnisse und Schuld bei der Kirche bemerkten. Andererseits gab es aber auch Äußerungen, die sich mit den Aufgaben der Kirche und deren Ausgestaltung befassten.

Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstand

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts und besonders nach Beginn der Industrialisierung war es seitens der Kirche in Hinblick auf die Arbeiterschaft zu großen Versäumnissen gekommen. Diesen Eindruck gewannen bereits hellsichtige Zeitgenossen. Darüber hinaus waren solche aktiven Männer der Ansicht, dass die Kirche nunmehr die Aufgabe habe, „nachzuholen mit allem Fleiß, was sie bis jetzt versäumt hat, und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, die Massen der Arbeiterbevölkerung – die erdrückend große Mehrzahl ihrer Glieder – sich zu erhalten bzw. wiederzugewinnen.“[37] Hinter dieser Feststellung zeigte sich deutlich die Sorge, vor einem weiteren Abfall der Arbeiter von der Kirche und unter Umständen einer Hinwendung zur Sozialdemokratie.

Der Kirche als Institution wurden verschiedene Verhaltensweisen empfohlen. Zunächst sollte sie entgegen ihrer bisherigen Sichtweise alle antisozial wirkenden, die Arbeiter zurückstoßenden Verhaltensweisen meiden. Ebenso musste sie sich stets davor in Acht nehmen, kirchenfeindlichen Agitatoren entsprechende Themen für ihre Tätigkeit zu liefern. Dieser Aspekt erschien in den Publikationen vor allem in Hinblick auf die Sozialdemokratie von Bedeutung. Trotzdem sollte die Kirche unparteiisch sein, wobei die Geistlichen hinsichtlich politischer Themen Zurückhaltung üben und vielmehr ein lebendiges Beispiel für die Wahrung der Glaubensgrundsätze sein sollten.[38]

Daneben wurde trotz allem die vollständig neutrale Haltung der Kirche gegenüber der wirtschaftlichen Frage betont. Die Wahrung der Neutralität wurde damit begründet, „daß die Kirche keine von Gott vorgeschriebene wirtschaftliche Ordnung kennt, und daß keine wirtschaftliche Lage denkbar ist, die es dem Menschen unmöglich machte, als ein Christ zu leben und selig zu werden.“[39] Diese Feststellung könnte einerseits als Entschuldigung für die Untätigkeit der Kirche, andererseits ein Hinweis auf die Vermeidung jedweder Interessenkonflikte sein.

---

37 Ebd., S. 4.

38 Vgl. ebd., S. 4; Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 18 – 20.

39 Uhlhorn, Die Stellung der evang.-luth. Kirche zur sozialen Frage der Gegenwart (1895), S. 3.

Auf der Grundlage dieser Einstellungen wurde die erste Aufgabe der Kirche als eine bewahrende Aufgabe bezeichnet. Zunächst galt es, den Arbeitgebern bewusst zu machen, dass die Ausbeutung der Menschen eine Sünde war und zugleich ihnen das Wort Gottes wieder in Erinnerung zu bringen. In Hinblick auf die Arbeiter bestand die erste Aufgabe darin, ihnen die Nutzlosigkeit eines Umsturzes klar darzulegen und sie vielmehr von Reformen als dem einzigen gangbaren Weg zur Besserung ihrer Lebenssituation zu überzeugen. In diesem Zusammenhang stand auch die Aufgabe, die Arbeiterschaft bis zur Durchführung von Reformen zur Duldung ihrer Lebenslage und zur Zufriedenheit mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Gut zu ermahnen. Daneben wurde als wesentliche Aufgabe in Bezug auf die Arbeiter, z. B. seitens der württembergischen Kirchenregierung, die Aufnahme des Kampfes gegen den Unglauben angesehen. Dazu sollten Glaubensbezeugungen durch das Wort als wichtigste Maßnahme stattfinden. Darüber hinaus galt es auch bei der Auswahl der Pfarrer mit besonderer Sorgfalt vorzugehen. In dieser Ansicht war ein deutliches Problembewusstsein für die besonderen Bedürfnisse der Arbeiter zu erkennen. Als Ergänzung zu den anderen Aufgaben sollte die Ausbildung der Schullehrer verbessert, Einrichtungen der Inneren Mission an die evangelische Landeskirche angeschlossen, sowie neue Kirchenstellen und kirchliche Einrichtungen geschaffen werden.[40] Auf diese Weise wurde gehofft, die Arbeiter erreichen zu können.

Gleichermaßen bei Arbeitern wie Arbeitgebern hatte die Kirche die Aufgabe, gegen den herrschenden Materialismus sowie die Diesseitigkeitsausrichtung des Lebens zu kämpfen.[41] Die Übung von Barmherzigkeit wurde als Aufgabe wie Möglichkeit der Kirche gesehen, an der sittlichen Hebung des Volkslebens mitzuarbeiten. Dabei wurde allein im Evangelium und dessen Verkündigung die Kraft gesehen, die diese Aufgaben zu bewältigen wusste.[42] Dieses besonders hervorgehobene Mittel zeigte eindrucksvoll die fehlgeleitete Sicht der Kirchenvertreter hinsichtlich der gewandelten sozialen und gesellschaftlichen Lage.

Die grundsätzliche Aufgabe der Kirche wurde in der Verkündigung des Evangeliums gesehen. Dabei sollte es angelegentlich sein, den „durch die Liebe thätigen Glauben zu verkündigen, in den Herzen der Menschen zu verbreiten und zur Wirk-

---

40 Vgl. Lechler, Die Aufgaben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1904), 17 – 19.

41 Vgl. Uhlhorn, Die Stellung der evang.-luth. Kirche zur sozialen Frage der Gegenwart (1895), S. 4 f.

42 Vgl. ebd., S. 5.

samkeit zu bringen."[43] Ferner hatte die Kirche den Auftrag, gegen Armut, Not und Elend zu kämpfen, dem unbestritten stets pflichtbewusst, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg nachgekommen worden war. Dennoch erschien es angesichts der größeren Probleme der Zeit angebracht, gerade in diesem Bereich vermehrte Anstrengungen zu unternehmen. Über die Nächstenliebe sollten sodann nicht nur Not und Elend, sondern auch Klassengegensätze und Entfremdung von der Kirche bekämpft werden.[44]

Als die wichtigste Aufgabe der Kirche gegenüber der Arbeiterschaft wurde die Ausübung einer patriarchalischen Fürsorge in Hinblick auf die religiös-sittlich Gefährdeten betrachtet. Dabei wurde das Verhältnis der Kirche zu den Arbeitern gleich dem des Vaters zu seinem Jungen aufgefasst. Ebenso wie die Jugend als unmündig betrachtet wurde, wurden auch die Arbeiter als unmündige Kinder angesehen.[45] Dazu gehörte auch, dass gleichzeitig „(m)it dem Entgegentreten gegen vorhandene unsittliche und unchristliche Anschauungen, Neigungen, Bestrebungen oder Forderungen der Arbeiter"[46] die Kirche zugleich nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten der Arbeiterschaft die umfassendste Hilfe zur Linderung deren innerer wie auch äußerer Not angedeihen lassen sollte. Zu diesem Zweck wurden die altbekannten Mittel der Inneren Mission, wie die verschiedenen Arten der Kleinkinder-, Fortbildungsschulen, Seelsorge oder Jünglings- und Jungfrauenvereine in Betracht gezogen.[47] Ferner wurden als Mittel zur Lösung der Sozialen Frage die Erziehung zu „Genügsamkeit, Sparsamkeit und Einfachheit der Lebensführung […] oder das Hinausschieben der Eheschließung, sowie die Beschränkung in der Kindererzeugung, wo die Mittel zur Ernährung der Kinder fehlen",[48] empfohlen. Auf diese Weise sollte es der Kirche möglich werden, gegen die Entkirchlichung zu wirken und zugleich den Arbeiterstand unter Anwendung sittlich angepasster Mittel an sich heranzuziehen.[49] Allerdings herrschte sogar genug Realitätssinn, die vorgebrachten Maßnahmen als nicht allein ausreichend zur

---

43 Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 14. Das Zitat ist im Original gesperrt gedruckt.

44 Vgl. ebd., S. 15 – 17; Schmitt, Kirche und Arbeiterschaft (1912), S. 4 f.

45 Vgl. Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 29 f.

46 Ebd. S. 30.

47 Vgl. Nebe, Die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage (1872), S. 21 – 37; Schmitt, Kirche und Arbeiterschaft (1912), S. 4 f.; Lechler, Die Aufgaben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1904), S. 23 f.

48 Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 7.

49 Vgl. Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (1891), S. 31 f.

Lösung der Sozialen Frage anzusehen. Denn bekanntermaßen konnte Sparsamkeit alleine, realistisch gesehen noch nicht satt machen. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag von Präventivmaßnahmen gemacht, die auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erforschung der Gesetze des Wirtschaftlebens basieren sollten. Damit bewegte sich dieser im Kern sicherlich richtige Gedanke wiederum auf der Theorieebene, was die Wirklichkeitsferne der kirchlich-gebildeten Vertreter offensichtlich werden ließ.[50]

Als wichtigster Faktor bei der Aufgabe gegenüber der Arbeiterschaft wurde deren Erziehung angesehen. Deutlich war die Furcht vor einem Verlust der Arbeiterschaft an die Sozialdemokratie zu erkennen. Aus diesem Grund wurde die Mitwirkung des Laienstands für unbedingt erforderlich angesehen, da die Pfarrer den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht alleine ausfechten konnten.[51] Dabei sollte die soziale Wirksamkeit jedoch auf die Ebene der Einzelgemeinde beschränkt werden. Denn nur in diesem eng umgrenzten Raum bestand die Möglichkeit, viel zu bewegen und vor allem sittliche, aber auch sonstige Missstände schnell zu erkennen. Diese Missstände sowohl bei den Arbeitern als auch zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu beseitigen, ergab sich dann als grundlegende, weitere Aufgabe für die Kirche.[52] Dabei wurde ebenfalls von den Gemeindegliedern aus den anderen Ständen, eine opferfreudige Anteilnahme sowohl durch Spenden als auch durch praktische Hilfeleistungen erwartet. Das kirchliche Ziel aller Bemühungen war, den Kreis von Bekennern Christi zu erweitern und zudem freie Mitarbeiter zur Unterstützung des Pfarrers auf Lokalebene zu finden.[53]

Dieser bereits sehr reichhaltige Aufgabenkomplex wurde teilweise noch weiter ausdifferenziert. In Württemberg wurde der Vorschlag gemacht, dass die Kirchenvertretungen auf Gemeindeebene zur besseren Wahrung ihrer Interessen und derjenigen ihrer Gemeindeglieder, ein Vortragsrecht sowie das Recht des selbständigen Zusammentritts erhalten sollten.[54] Ferner wurde es den Kirchengemeinderäten außer ihrer Tätigkeit bei der Verwaltung des Ortsgemeindevermögens zur hauptsächlichen Aufgabe gemacht, das christliche Leben zu pflegen, für Zucht wie auch Anständigkeit zu sorgen sowie sich um die Erziehung im Allgemeinen und für die der

---

50 Vgl. Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 9 f.
51 Vgl. ebd., S. 23; 39 f.
52 Vgl. ebd., S. 23 – 25; 27; 38.
53 Vgl. Lechler, Die Aufgaben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1904), S. 24.
54 Vgl. ebd., S. 25.

ledigen Jugend im Besonderen zu bemühen.[55] Außerdem sollten sie für die Ausbildung hauptberuflicher Helfer sorgen, Schriftenmission betreiben sowie ein Mitspracherecht im Falle einer Vakanz der Ortspfarrei haben.[56] Ebenso wurde es für sachdinglich und wichtig erachtet, dass an den Diözesansynoden, dem württembergischen Organ der Kirchenvertretung für sittlich-religiöse Angelegenheiten, auch Gemeindeglieder teilnehmen sollten. Auf diese Weise sollte diesem Organ mehr Anregungen gegeben werden. Ebenso wurde in Bezug auf die Landessynoden eine häufigere Zusammenkunft für wünschenswert befunden, um mehr Möglichkeiten zu haben, Anregungen zu geben.[57]

Nach Auffassung der sozialreformerisch tätigen kirchlichen Vertreter waren unter den Arbeitern einerseits die Fabrikarbeiterinnen, andererseits die jugendlichen Fabrikarbeiter[58] beiderlei Geschlechts, in hohem Maße schutzbedürftig. Begründet wurde die Notwendigkeit besonderer Fürsorge durch das Anwachsen der Zahl an Fabrikarbeitern aus tätigkeitsbedingten, personenbezogenen und finanziellen Gründen.[59] Diese Personengruppen waren durch die überlangen Arbeitszeiten, die gemischtgeschlechtliche Arbeit, die Kontakte auf dem Hin- und Rückweg zur Arbeit, die fehlende Aufsicht sowie durch die Altersmischung einer besonderen sittlich-moralischen Gefährdung ausgesetzt.[60] Die gesamten Faktoren bedingten fehlende hauswirtschaftliche Kenntnisse, das unzüchtige Verhalten in der Freizeit und am freien Sonntag mit dem Hang zu zweifelhaften Vergnügungen, Trunk- und Putzsucht sowie die Gefahr der Prostitution. Diese Faktoren wurden als besondere Übel, nicht nur wegen der Unzucht und Gefahr von Krankheiten, sondern auch wegen der Gottentfremdung angesehen.[61]

Einigkeit bestand darin, dass an der Lage der Fabrikarbeiter vieles anders werden musste und das Vereinswerk im Sinne eines Behelfs dazu geeignet war, diejenigen zu erreichen, die von der Kirche ansonsten nicht mehr erreicht wurden.[62] Dabei bestand die Auffassung vom Erziehungs- und Schutzamt, das die Kirche ausüben

---

55 Vgl. ebd., S. 25.

56 Vgl. ebd., S. 26 f.

57 Vgl. ebd., S. 27 – 29.

58 Im Folgenden werden unter diesem Begriff sowohl weibliche als auch jugendliche Fabrikarbeiter beider Geschlechter subsumiert.

59 Vgl. Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 5 f.

60 Vgl. Ebd., S 7 – 9; Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 77; Die jugendlichen Fabrikarbeiter (1879), S. 10 f.

61 Vgl. Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 83 – 91; Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 10 – 23.

62 Vgl. Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 79 f.; Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 3.

musste, um vor allem die Einhaltung der Schutzbestimmungen durchzusetzen sowie in Kooperation mit dem Staat einen Beitrag zur Milderung der Klassengegensätze zu leisten.[63] Die Kirche wollte nicht nur zur Durchsetzung der Einhaltung staatlicher Bestimmungen, sondern auch zur Erziehung der arbeitenden Klassen beitragen, woraus auch eine besondere Fürsorgeverpflichtung abgeleitet wurde.[64] Die Hauptaufgabe bestand in der Bewahrung vor schlechtem Einfluss und der positiven Beeinflussung der Fabrikarbeiter.[65] Dazu waren nach kirchlicher Ansicht Einrichtungen, wie die Magdalenenvereine oder –asyle, die Schaffung von Arbeits-, Ausbildungs-, Unterkunfts- und Aufenthaltsmöglichkeiten geeignet.[66] In Bezug auf die jugendlichen Arbeiter sollte Abhilfe über den vermehrten Einsatz von Gemeindediakonen, der Einrichtung von Kinderbewahranstalten u. ä. sowie einer streng durchgeführten Geschlechtertrennung betrieben werden.[67] Schließlich sahen sich die Kirchen als verpflichtet an, das Verantwortungsbewusstsein der Arbeitgeber für ihre patriarchalisch-soziale Verpflichtung zu schärfen und sie zur Einrichtung von Wohlfahrtseinrichtungen zu motivieren.[68] Auf der Basis der Christenpflicht war die Fürsorge für die Fabrikarbeiter zu leisten, wobei auf diesem Weg nicht nur Abhilfe gegen soziale Not, sondern auch gegen die als Bedrohung angesehene Sozialdemokratie geleistet werden sollte.[69]

Die Furcht vor der Sozialdemokratie und die Sorge, die Arbeiter an diese zu verlieren, stand implizit hinter jeder Beschäftigung mit dem Thema Soziale Frage und Arbeiterschaft. Dabei wurde generell alles als „Kommunismus“ bezeichnet und letztlich einer undifferenzierten, gleichermaßen negativen Bewertung unterwor-

---

63 Vgl. Die jugendlichen Fabrikarbeiter (1879), S. 9 f.

64 Vgl. ebd., S. 10; 15 f.

65 Vgl. Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 6; Wichern, Über die Erziehung und Bewahrung der weiblichen Jugend (1860), S. 205.

66 Dazu gehörten auch die evangelischen Jungfrauenvereine, Sonntagsvereine, „Feierabende“, Herbergen sowie Sonntagsschulen. Vgl. Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 83 – 96; Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 10 – 23. Wichern führte in seinem Vortrag zu diesem Thema noch weitere Möglichkeiten der Hilfe auf, die sich auch in Zusammenhang mit seinen allgemeinen Überlegungen zur Inneren Mission fanden. Vgl. hierzu: Wichern, Über die Erziehung und Bewahrung der weiblichen Jugend (1860), S. 206 – 217. Wurm beschreibt auch die mögliche Vorgehensweise, die Fabrikarbeiterinnen zu erreichen. Vgl. Wurm, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen (1899), S. 13 – 23.

67 Vgl. Die jugendlichen Fabrikarbeiter (1879), S. 12 f.

68 Vgl. ebd., S. 14.

69 Vgl. Schlosser, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes (1874), S. 92.

fen.[70] Neben Schriften, die sich allgemein mit der Arbeiterfrage befassten, gab es noch Schriften, die sich speziell zum Thema Kirche und Sozialdemokratie äußern.

Kirche und Sozialdemokratie

Um 1870 kam es bei einigen, bislang vorwiegend für die Belange der Inneren Mission eintretenden Persönlichkeiten zu einem Wandel der Einstellungen. Damit in Zusammenhang stand das vermehrte Auftreten der seit ca. 1865 in Deutschland bestehenden Arbeiterbewegung. In diesem Kontext erkannte unter anderem Adolf Stoecker, der nachmals beim Evangelisch-Sozialen Kongress sowie durch eine eigene Parteigründung hervortrat,[71] den Wandel der Sozialen Frage zu einer politischen Frage.[72] Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich 1870 ein eigenes Programm gegeben. Damit wurde eindrucksvoll belegt, dass der Zeitpunkt längst vergangen war, als noch die Möglichkeit bestanden hatte, die Arbeiterschaft mit der Befriedigung kleiner, individueller Begehrlichkeiten zufriedenzustellen. Die Forderung nach politischer Partizipation trat nunmehr in den Vordergrund. Indem dieser Aspekt den Zeitgenossen, die vor allem am überkommenen Gesellschaftsbild mit seiner Ständeordnung festhielten, ins Bewusstsein getreten war, hatte sich das Bild von der Sozialdemokratie, das von der Angst vor einem Umsturz geprägt war, herausgebildet. In den Augen der oberen Schichten „war die Sozialdemokratie die Partei des ‚Umsturzes', gott- und vaterlandslos, das Übelste, was man einem Menschen nachsagen kann."[73]

Diese Sicht spiegelte sich in unterschiedlichen Stellungnahmen wider. Zum damaligen Zeitpunkt hatten sich beispielsweise die „Fliegenden Blätter aus dem Rauhen Haus", Wicherns Organ der Inneren Mission, zum „Kampfblatt gegen die Sozialdemokratie"[74] entwickelt. Zudem musste „jeder Verein der Inneren Mission (als) eine antisozialistische Widerstandszelle"[75] erscheinen. Sichtbar wurde diese Stellung nicht nur in den „Fliegenden Blättern aus dem Rauhen Haus", sondern auch in den zahllosen publizistischen Beschäftigungen mit der Sozialdemokratie. Dahinter

---

70 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 113; vgl. ebenfalls: Christ, Christliche Lösungsversuche der sozialen Frage im mittleren 19. Jahrhundert (1951), S. 28, der für Wichern feststellt, dass bei ihm der Kommunismus der generelle Feind und Verführer der Massen sei. Vgl. weiter: Kupisch, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert (1966), S. R 70 mit Anm. 17.

71 Vgl. Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 22 – 25.

72 Vgl. ebd., S. 20.

73 Ebd., S. 21.

74 Ebd., S. 21.

75 Ebd., S. 21 mit Anm. 33.

stand die Erkenntnis, dass die bislang ausschließlich geistlich-kirchlichen Vorgehensweisen im weitesten Sinne ohne Wirkung geblieben waren. Somit kannte die Kirche, als die Sozialdemokratie sich schließlich zu etablieren begann, keine Mittel, um ihr zu begegnen.[76] Die Kirche sah in der Verbindung mit den Machthabern den einzigen Ausweg und ließ sich dabei willig für deren Ziele instrumentalisieren. Allerdings bestand seitens der Kirche eine umfassendere Auffassung vom Umfang ihrer Mitwirkung in dieser Verbindung mit dem Staat.[77]

In diesem Zusammenhang war die Herleitung der Ursachen für die Soziale Frage von Interesse. Nach zeitgenössischer Sicht war die Soziale Frage allein aufgrund der Sünde erwachsen, die wiederum durch den Ungehorsam Evas zustande gekommen war.[78] Daraus wurde geschlossen, „daß die herrschsüchtige Stammmutter unseres Geschlechts an dem ganzen Elend der socialen Frage die erste Schuld trägt.“[79] Der Geist der Sünde wurde mit dem des Ungehorsams und dem der Empörung gleichgesetzt, woraus schließlich der Sozialismus entsprang.[80] Dieser Sozialismus wurde als durchgehend irreligiös und kirchenfeindlich eingestuft.[81] Ihm wohnte demnach die Ansicht inne, „die Kirche sei nur eine Polizeianstalt des Kapitals und betrüge das Proletariat mit dem ‚Wechsel auf den Himmel‘; die Kirche sei wert unterzugehen.“[82] In Zusammenhang mit der Sozialdemokratie wurde die gesamte Bandbreite an vorhandenen Vorurteilen vorgebracht. So wurden der Sozialdemokratie die Verführung der Arbeiter, das Schüren von Klassenhass sowie die Anregung zu umstürzlerischem Verhalten vorgeworfen. Hinzu trat der Vorwurf einer einseitigen Sichtweise, die Ursache für die soziale Notlage der Arbeiterschaft in den gesellschaftlich-materiellen Aspekten zu sehen.[83] Eine weitere, weitverbreitete Ansicht war, dass die Sozialdemokratie einen gegen alle gesellschaftlichen Sitten verstoßenden, fanatischen Atheismus wie auch Materialismus vertrete. Dabei wurde vielfach der Atheismus als das allgemeine Handlungsprinzip der Sozialdemokratie

---

76 Vgl. Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 160.

77 Vgl. ebd., S. 160; Pollmann, Soziale Frage, Sozialpolitik und Evangelische Kirche 1890 – 1914 (1996), S. 42.

78 Vgl. Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. Bd. 1 (1888), S. 5. Vgl. auch: 1. Moses 3, 1 – 7.

79 Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart (1888), S. 5.

80 Vgl. ebd., S. 5.

81 Vgl. Schäffle, Die Quintessenz des Sozialismus (^{8}1885), S. 63.

82 Ebd., S. 63.

83 Vgl. zum Vorstehenden: Kandel, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung (1994), S. 62.

angesehen.[84] Infolge dieser Ansichten wurde ihr unterstellt, das Ziel zu haben, die Religion unter Anwendung von Gewalt aus dem menschlichen Leben entfernen zu wollen.[85] Hinzu trat die Meinung, die Sozialdemokratie bezwecke die Beseitigung der gesamten, althergebrachten sowie auf Grundlage der göttlichen Schöpfung stehenden, sittlichen Ordnungen wie Ehe, Familie und vor allem Staat. Dieser Faktor gewann insofern an Bedeutung, da die Sozialdemokratie die Religion schließlich zur Privatsache erklärt hatte, vermutlich aus dem Grund, um innerhalb ihrer eigenen Organisation diesbezüglichen Unstimmigkeiten aus dem Weg zu gehen.[86] Schließlich stand im Kern der Vorurteile die Ansicht, die sozialdemokratische Agitation sei in einer quasi-religiösen Art auf den sozialistischen Zukunftsstaat ausgerichtet. „Der Socialismus wird zur Religion, der seine Lehren als ‚Evangelium der Neuzeit' […] verkündigt."[87] Diese Vorurteile wurden unreflektiert übernommen und verfestigten sich mehr und mehr. Interessanterweise wurde als Entstehungshintergrund der Sozialdemokratie der zerstörerische Einfluss hegelscher Philosophie angesehen, der in den Jahren 1848 und der Reichsgründung besonders spürbar war. Diese Erklärung für die Entstehung der Sozialdemokratie unterstrich die Irrealität der christlichen Sichtweisen hinsichtlich der realen sozialen Probleme.[88]

Beim Thema Sozialdemokratie wurde festgestellt, dass es Parteigänger in allen gesellschaftlichen Ständen, also nicht nur im Proletariat gab. Wenn es in diesem Umfeld zu einer Kooperation zwischen hohen und niedereren Ständen gekommen war, so basierte diese auf der Auflehnung gegen Disziplin und Gesellschaftsordnung sowie Unbelehrbarkeit.[89] Die Kirche hatte in diesem Zusammenhang die dringende Aufgabe, für die Rettung der Seelen der sozialdemokratischen Anhänger zu sorgen und sozialen Frieden zu stiften. Diese Zuweisung des Aufgabenbereichs offenbarte erneut, die Realitätsferne der evangelischen Kirche.[90]

---

84 Vgl. ebd., S. 62; Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. Bd. 1 (1888), S. 9.

85 Vgl. Kandel, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung (1994), S. 62.

86 Vgl. ebd., S. 63; Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. Bd. 1 (1888), S. 6.

87 Schuster, Die Social-Demokratie (^{2}1876), S. 239, zitiert nach: Kandel, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung (1994), S. 63.

88 Vgl. Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. Bd. 1 (1888), S. 8 f.

89 Vgl. ebd., S. 9 – 11.

90 Vgl. ebd., S. 12.

Die Kirchenvertreter kamen schließlich erneut auf die traditionell geistlichen Lösungsmethoden zurück, indem die Soziale Frage als zutiefst sittliche Frage bezeichnet wurde, was wiederum die sittliche Erziehung der Menschen erforderte. Erst nachdem dieser Schritt abgeschlossen war, erschien es den Zeitgenossen möglich, eine soziale Reform durchzuführen.[91] Sittliche Erziehung statt wirtschaftlicher Hilfe bestimmte das Bild der evangelischen Kirche, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, bei der trotz allen Vorbehalten in religiöser Sicht, eine Verbesserung der ökonomischen Lage vordergründig war.

In den kirchlichen Kreisen Württembergs war ebenfalls die Sorge vor der Sozialdemokratie vorhanden. Sie wurde als dem Christentum feindliche Macht eingestuft, da diese den Atheismus als Verbündeten hatte. Zu ihrer Bekämpfung wurden vor allem eine strenge Bekenntnistreue, Ausbau der Vereinstätigkeit sowie eine Verbesserung der Gottesdienst- und Seelsorgeversorgung vorgeschlagen.[92] Allerdings hatte in Württemberg die Kontroverse zwischen der Kirche einerseits sowie sozialistischen Arbeitern andererseits, einen gleichermaßen etwas verhalteneren wie wohlwollenderen Verlauf, als im restlichen Deutschen Reich genommen. Erklärbar war dieser Umstand durch die andersgeartete wirtschaftliche Struktur Württembergs mit einem eher handwerklich-familiären Grundcharakter und dem Fehlen des eigentlichen Proletariats. Hinzu kam, dass es „die Führer der württembergischen Sozialdemokratie selbst (waren), die bei ihrem Kampf um eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht so wie anderswo einem doktrinären Marxismus und Atheismus verfielen."[93]

Die Kirchenvertreter nahmen zwar vermutlich die Herausbildung einer eigenständigen Subkultur im Rahmen der Sozialdemokratie wahr, die eine strenge, zum Teil fanatische Abgrenzung zur Kirche und Gesellschaft wollte. Dennoch entging es den kirchlichen Persönlichkeiten in der Regel, dass unter den sozialdemokratischen Anhängern „die Gleichgültigkeit gegenüber Christentum und Kirche verbreiteter (war) als militanter Atheismus oder wütender Haß."[94] Die Kirche war nicht in der Lage diesen Faktor zu erkennen, der möglicherweise einiges in ihrem Urteil über die Sozialdemokratie relativiert hätte. Vielmehr war sie durch ihre Verflochtenheit mit dem Staat im Kampf gegen die als gemeinsamen Gegner erkannte Revolution unfä-

---

91 Vgl. Wächter, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. Bd. 2 (1888), S. 411.

92 Vgl. Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 619 – 621.

93 Voelter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 13.

94 Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution (1980), S. 229.

hig, einen weiteren Maßstab anzulegen. Die Revolution galt als Ergebnis der Emanzipation des Menschen von Gott und seinen Ordnungen.[95] Diese Sichtweise wurde unreflektiert für die gesamte frühe Arbeiterbewegung und respektive die Sozialdemokratie übernommen. Indem die unterschiedlichen sozialistischen, kommunistischen und radikaldemokratischen Systeme gleichermaßen unbesehen wie unkritisch konsumiert wurden, bestand die Gefahr der Verallgemeinerung. Diese spiegelte sich deutlich in den vorgebrachten Ansichten und Vorurteilen wider.[96] Somit wurde unter dem Begriff „Kommunismus“ die Gesamtheit aller Anschauungen subsumiert, „die in irgendeiner Weise die auf dem Privateigentum beruhende bürgerlich-agrarische Gesellschaft antasteten.“[97] Die gesamte Sichtweise ignorierte die gesellschaftliche Komponente und konzentrierte sich auf eine individualistische Denk- und Sichtweise der sozialen Problematik. Dazu trat noch die Schwierigkeit der kirchlichen Vertreter zur fremdartigen, mitunter beängstigenden Welt der Fabrik, eine innere Beziehung aufzubauen. Alle Veränderungen erschienen als das Ergebnis einer von Gott gelösten Gesinnung. Es wurde bei allem Wohlwollen übersehen, dass innerhalb der Kirche das sozialethische Leitbild der Gerechtigkeit fehlte. Nachdem die „ethische Denkstruktur (der Kirche) grundsätzlich hierarchisch-patriarchalisch und individualistisch“[98] war, konnte sie lange Zeit nicht erkennen, wie notwendig mehr Gerechtigkeit im Gesellschaftsgefüge, wie auch dem darin immanenten Lebensbereich der Arbeit war. Letzten Endes verpasste die Kirche mit ihrem vorindustriellen Denk- und Verhaltenskonzept den Anschluss an die Moderne.[99]

Für die Aversion gegenüber jeglichen sozialdemokratischen Bestrebungen ließen sich verschiedene Ursachen erkennen. Einerseits waren die Erfahrungen mit den Revolutionen von 1789 und 1848 als bedrohliche Erinnerungen fest in der Gedankenwelt verankert. Beide Ereignisse hatten tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Veränderungen zur Folge. Dabei wurde das etablierte Gesellschaftsbild der überkommenen Ständegesellschaft infrage gestellt. Vor Veränderungen im Gesellschaftsgefüge bestand jedoch eine massive Furcht, aus Sorge vor dem damit zusammenhängenden Machtverlust der höheren Stände sowie der dadurch bedingten Unordnung. Andererseits wurden die sozialdemokratischen Bestrebungen wegen deren Haltung zur Religion abgelehnt. Die mit der Erklärung der Religion zur Pri-

95 Vgl. zum Vorstehenden: Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 111 f.
96 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 113.
97 Ebd., S. 113.
98 Ebd., S. 116.
99 Vgl. ebd., S. 115 f.

vatsache verbundene antireligiöse Haltung wurde als bedrohlich angesehen, da sie die gottgegebene Ordnung von Staat und Gesellschaft infrage stellte. Ferner wurde sie ebenfalls als Bedrohung wahrgenommen, da aufgrund der Verbindung von Thron und Altar, jede auch nur gegen eine der beiden Komponenten gerichtete Agitation gleichermaßen die andere mit infrage stellte, also Reflexivität bestand.
Außerdem bestanden nicht zu unterschätzende Hemmnisse, „die aus der Spannung zwischen angeeigneter theologischer Bildung und den Möglichkeiten, damit die Wirklichkeit der veränderten Welt zu erfassen, erwuchsen."[100] Problematisch war dabei vor allem, Verständnis bzw. Akzeptanz für eine Partei aufbringen zu können, bei der die ideologische Grundlage ihrer Arbeit in der Hauptsache der Atheismus war. Somit konnte die einzige Devise seitens der Kirche nur im konservativen Nationalismus sein, für den es zu kämpfen und die Arbeiter zu gewinnen galt.[101] Allerdings sollte sich diese Auffassung nicht als unumstößlich erweisen.

Wandel der Einstellungen um 1900

Mit der Jahrhundertwende kam es zu einer grundlegenden Veränderung im geistigen Klima der Protestanten. Bedingt wurde dieser Umbruch durch die sich im Zuge der so genannten „Moderne" in den Jahren nach ca. 1890 vermehrt zeigenden Tendenzen einer neuartigen Lebenseinstellung. Diese kam vor allem im Bereich der Kunst, der Gefühlswelt, der Stilistik sowie des zugrundeliegenden Wertehorizonts zum Ausdruck.[102] Die gesellschaftliche Wandlung verlief nahezu parallel mit einem ab ca. 1896 beginnenden Schub industriellen Wachstums. Im Verlauf dieser Entwicklung wurden nicht nur neue Technologien etabliert, sondern es entstanden richtiggehende industrielle Großbetriebe durch Akkumulationen der unterschiedlichsten Arten.[103]
Beinahe gleichzeitig mit diesen Veränderungen im geistig-wirtschaftlichen Bereich ging die Wiederaufnahme der staatlichen Sozialpolitik einher. Die dahinter stehenden Motive waren jedoch weniger philanthropisch, sondern fußten vielmehr auf handfesten politisch-wirtschaftlichen Interessen. Vor allem sollte dadurch die Sozialdemokratie getroffen werden. Sie hatte trotz Sozialistengesetz und einer in Preußen sehr radikalen, außerhalb etwas weniger heftigen Bekämpfung, erfolgreich fort-

100 Schick, Kulturprotestantismus und soziale Frage (1970), S. 128.
101 Vgl. ebd., S. 129 – 131.
102 Vgl. zum Vorstehenden: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 157 mit Anm. 149.
103 Vgl. ebd., S. 157.

bestehen können.[104] Im Zuge der Veränderungen der Geisteslage ergab sich auch eine andere Einstellung zur Sozialen Frage. Vor 1900 waren vordergründig literarische Erörterungen maßgeblich, während ab der Jahrhundertwende, wenn auch nur vereinzelt, greifbare Maßnahmen, wie z. B. von Studenten abgehaltene Unterrichtskurse für Arbeiter, ergriffen wurden.[105] Diese Schritte waren jedoch im Bildungsbürgertum und nicht bei der Amtskirche angesiedelt. Mit der Institutionalisierung der sozialreformerischen Aktivitäten trat auch eine Veränderung bezüglich der Adressaten auf. Mit den sozialen Unterrichtskursen wurden jetzt in erster Linie die Arbeiter im Allgemeinen, sowie andere formierte Gruppierungen Gegenstand des sozialreformerischen Diskurses. Trotz dieses fortgesetzten Interesses, ließen sich Ermüdungserscheinungen nicht vermeiden, die in den unterschiedlichsten Klagen zum Ausdruck kamen.[106]

Nach 1900 kam es zu verschiedenen Disziplinarverfahren gegen diverse Theologen, die sich in ihrer Arbeit nicht an die offiziell vorgegebene Linie halten wollten oder konnten.[107] Dabei waren es in erster Linie bedeutende liberale Theologen, die „sich mit theologischen Fortentwicklungen und Übersteigerungen schwer taten, in denen sie zu Recht […], das Vordringen eines in der jüngeren Generation lebhaft aufgenommenen neuromantischen Ideals individueller religiöser Vertiefung und Verinnerlichung erkannten.“[108] Dieses Verständnisproblem sowie der damit verbundene Mangel an Anpassungsfähigkeit bedingten, dass sich die ehedem bedeutenden Persönlichkeiten des sozialen Protestantismus nicht mehr mit neuen Anregungen zu beteiligen vermochten und sich in die unterschiedlichsten Refugien zurückzogen.[109]

Die Wandlungen in der Haltung hinsichtlich der Thematik „Arbeiter“ und „Kirche“, waren das Ergebnis eines langdauernden Prozesses. In dessen Verlauf veränderten sich nicht nur das Gesellschaftsbild, sondern auch die einzelnen Gesell-

---

104 Vgl. ebd., S. 158 f. Vgl. auch: Pospiech, Julius Motteler (1977), S. 198 f. In Württemberg konnte sich die Sozialdemokratie im Vergleich zum Reich weniger stark entwickeln, was nach Rieber zumindest für Stuttgart durch den dortigen geringen Anteil an Industriearbeitern erklärbar ist. Vgl. hierzu: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilband (1984), S. 705. Vgl. insgesamt für die Entwicklung der Sozialdemokratie in Württemberg in diesem Zeitraum: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2 Teilbde. (1984).

105 Vgl. zum Vorstehenden: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 161.

106 Vgl. ebd., S. 163.

107 Eine eingehende Befassung mit dieser Thematik würde im gegebenen Rahmen zu weit führen, weshalb an dieser Stelle nur Andeutungen gemacht werden können. Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 163.

108 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 170.

109 Vgl. ebd., S. 170.

schaftsklassen. Hinzu kamen Neuerungen im Bereich von Politik, Wirtschaft und Technik, die wiederum ursächlich für weitere Veränderungen waren. Somit musste sich auch im Bereich der Geisteshaltung eine Veränderung ergeben, deren Ergebnis schließlich die Akzeptanz der Arbeiterschaft mit ihren Forderungen wie auch ihren kulturell-politischen Eigenheiten war.[110]

Gründe für die Entfremdung

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte die evangelische Kirche nicht nur mehr und mehr den Kontakt zu den Arbeitern verloren. Vielmehr hatten sich viele von ihr regelrecht entfremdet und der Sozialdemokratie zugewandt. Teilweise hatten bereits die Zeitgenossen erkannt, dass die Kirche daran nicht unschuldig war. Zwar wollte die Kirche die Arbeiter von der Sozialdemokratie fern halten. Allerdings war das gewählte Mittel der Jenseitspredigt, die zur Duldung diesseitiger Nöte aufrief und ein verheißungsvolles Leben nach dem Tod versprach, dazu wenig geeignet.[111]

Bei allem Verständnis für die Lage der Arbeiter kamen die geistlichen Autoren doch in der Regel darauf zurück, „gerade im geläuterten sittlichen Bewusstsein ein(en) unerschöpfliche(n) […] Kräftevorrat für die Entfaltung der sozialen Reform aufgespeichert“[112] zu sehen. Im Grundsatz gesehen, bedeutete diese Auffassung weniger die Durchführung praktischer Arbeit als vielmehr Arbeit im Sinne der Evangelisation.

In der Geschichte der evangelischen Beschäftigung mit der Sozialen Frage, hatte es nicht an Versuchen gemangelt, die Kirche in die soziale Arbeit mit einzubeziehen, wie die zahlreichen Stellungnahmen geistlicher Vertreter belegten. Allerdings war bei allen diesen Initiativen der Mangel an Geschlossenheit das Problem, was letztlich die zahlreichen isolierten Einzelmaßnahmen wirkungslos werden ließ bzw. ihnen nur eine partielle Wirkung ermöglichte.[113] Dabei vermochten bei den Pfarrern vermutlich auch soziologische Faktoren eine bedeutsame Rolle spielen. Die Pfarrer des 19. Jahrhunderts stammten zum großen Teil aus dem Kleinbürgertum. Aufgrund dieser Tatsache war es ihnen jedoch unmöglich, tiefergehende Einblicke in den Bereich der soziologischen Problematik zu erlangen, die der Arbeiterfrage zug-

110 Vgl. Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert – eine Konfliktgeschichte (2009), S. 52 – 55.

111 Vgl. zum Vorstehenden: Ziegler, Die soziale Frage eine sittliche Frage (1891), S. 72 f; 106 – 110. Vgl. zur Ausgestaltung der Predigttätigkeit auch: Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 12; 14 f.; 21; 29 – 34; Nipperdey, Religion im Umbruch (1988), S. 106.

112 Herkner, Die Arbeiterfrage. Bd. 1 (^{8}1922), S. 103.

113 Vgl. Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 9.

runde lag.[114] Allerdings durften die schichtspezifischen Faktoren nicht überbewertet werden. Vielmehr war die obrigkeitsstaatliche Denkweise maßgeblich, die sich im Verlauf von mehreren Jahrhunderten in der Theologie etablierte hatte. In diesem Zusammenhang wurden die Bedenken hinsichtlich Volkserhebungen, in deren Folge auch die Gefahr von Revolutionen gesehen wurde, höher bewertet, als die offensichtliche, reale Notlage der Bevölkerung.[115]

Ein weiterer Faktor, der den Pfarrern den Zugang zur Bevölkerung verschloss, war die Art und Weise, wie die Predigt- und Seelsorgepraxis stattfand. Problematisch war in diesem Zusammenhang der Gebrauch einer wirklichkeitsfremden Sprache, die vielfach eher verbitterte als erbaute. Darüber hinaus wurde in vielen Fällen eine sehr ungeschickte Argumentationsführung angewandt, wenn es darum ging, die christlichen Wahrheiten zu verteidigen. Zugleich wurde eine solche Verteidigung „weitab von den Fragestellungen der neuen Weltanschauungen“[116] vorgebracht.

Auf der Grundlage dieser Problematik war es wenig verwunderlich, dass sich die vorgebrachten Argumente und Lösungsvorschläge im Kreis bewegten. Vielfach wurde das häufig festgestellte und kritisierte Versagen der Kirche angesichts der Sozialen Frage,[117] das gleichermaßen durch die Realitätsferne wie die Antiquiertheit der evangelischen Geistlichkeit bedingt worden war, festgestellt. Andererseits war in diesen Faktoren eine mögliche Erklärung für das geraume Zeit nur ansatzweise getätigte soziale Engagement der evangelischen Kirche zu erkennen.

Das lange Zögern der evangelischen Kirche in Württemberg, in der Arbeiterfrage aktiv zu werden, wurde auf eine sehr interessante Weise erklärt. Neben der Feststellung, eines, ungefähr seit 1875 bestehenden, tiefen Einschnitts im Bereich der christlichen Liebestätigkeit, wurde noch die Eigenart der Schwaben als Erklärung angegeben. In ihrem organischen Wachstum, wurde ihr mit einer gewissen Berech-

---

114 Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1972), S. 14; Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 175; Schick, Kulturprotestantismus und soziale Frage (1970), S. 128. Vgl. zu den sozialen wie auch politischen Verhaltensweisen, die als Begründung für die Entfremdung angeführt werden können auch: Fahlbusch, Evangelische Kirche und Arbeiterschaft (1984), S. 9 f.

115 Vgl. zum Vorstehenden: Kretschmar, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1972), S. 14.

116 Ebd., S. 14.

117 Vgl. Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert – eine Konfliktgeschichte (2009), S. 51; Bredendiek, Christliche Sozialreformer (1953), S. 35. Allerdings vertreten Günter Brakelmann und Manfred Schick die Ansicht, dass eine Differenzierung bzw. Vorsicht bei der Feststellung vom Versagen der Kirche erforderlich ist. Vgl. dazu: Brakelmann, Günter, Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – einige Anmerkungen zur Geschichte ihres Verhältnisses bis 1933 (1980), S. 109; Schick, Innere Mission und soziale Bewegung in der evangelischen Kirche von 1870 – 1914 (1986), S. 29.

tigung ein freiheitlicher Partikularismus zugestanden.[118] Württemberg war zwar innerhalb Deutschlands das erste Land, das eine „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ hatte. Dennoch bestand auch hier der Umstand, dass sich grundsätzlich Einzelpersonen für die jeweiligen Gründungen verantwortlich zeichneten und nicht von einer zentral organisierten Wohlfahrtstätigkeit die Rede sein konnte. Vielmehr überließ es auch die evangelische Kirche Württembergs Individuen und einzelnen Kreisen, sozial tätig zu werden. Von der Seite der Kirchenleitung gab es ebenfalls keine offiziellen Stellungnahmen. Zwar hatte sich eine ungemeine Vielfalt an unterschiedlichen Initiativen herausgebildet, wovon auch Stuttgart ein beredtes Zeugnis ablegen konnte,[119] aber von einer strukturierten Organisation konnte nicht ausgegangen werden. Als Erklärung dafür ließe sich der württembergische Trieb zur Absonderung vermuten. Inwieweit diese Begründung zutraf, war nicht zu klären, wobei ihr jedoch angesichts des württembergischen Volkscharakters schon eine gewisse Berichtigung zuzuerkennen wäre.

Von besonderer Bedeutung für Fortschritte im Bereich der Befassung mit der Sozialen Frage war vordergründig der Einfluss aus dem Norden des Reiches zu sehen. In diesem Zusammenhang war Johann Hinrich Wichern von maßgeblicher Bedeutung, wie bereits die Zeitgenossen in höchstem Maße zu würdigen wussten.[120] Die norddeutschen Einflüsse zeigten sich besonders auf dem Gebiet der Initiativen wie auch des Aufbaus systematischer Organisationsstrukturen.

Der eigentliche Beginn eines sozialkarikativen Engagements in evangelischen Kreisen wurde ungefähr mit dem Jahr 1891 angegeben.[121] Zu diesem Zeitpunkt wurde ein „Erwachen des sozialen Geistes“[122] bemerkt, „der auch dem charitativen Wirken neue Ziele steckt(e)“.[123] Auch in diesem Kontext, wurde als maßgebliche Motivation für eine soziale Tätigkeit der evangelischen Kirche für die Arbeiterschaft, der gewachsene Einfluss der Sozialdemokratie in Württemberg wie auch im Reich angegeben. Die Zeitgenossen, insbesonders aus den bürgerlichen Schichten fassten diesen gesellschaftlichen Wandel als ein tatsächliches Problem auf. Nachdem sich

---

118 Vgl. Häring, Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche (1916), S. 367.

119 Vgl. hierzu Kap. 6.2. dieser Arbeit.

120 Vgl. BAW 45.1892, S. 142 f.; Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 143.

121 Vgl. zu diesem Aspekt sowie den Vorläufern sozialkaritativen Engagements: Römer, Studien zur Wechselwirkung zwischen Heinrich Lotter und Wilhelm I. als Grundlage für die Einbindung des Pietismus in das württembergische System der Wohlfahrtspflege (Diss. Stuttgart 2012).

122 Häring, Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche (1916), S. 367.

123 Ebd., S. 367.

die Pfarrer aus diesem Bevölkerungskreis rekrutierten, war es für sie unumgänglich, sich mit diesem Thema zu befassen, wenn sie den von ihnen vertretenen Standpunkt von der sozialen Schichtung nicht preisgeben wollten. Allerdings hatten bereits die Zeitgenossen festgestellt, dass sich die Kirche nicht mit der Frage beschäftigt hatte, ob sie der Arbeiterschaft gegenüber ihren Verpflichtungen nachkam. Vielmehr waren es die Sozialdemokraten, die sich eingehend mit den Sorgen und Nöten der Arbeiter beschäftigten.[124] Diese Untätigkeit der evangelischen Kirche in Württemberg als Institution konnte einerseits durch die soziale Herkunft ihrer Pfarrer begründet werden. Andererseits war dafür der Umstand ursächlich, dass sich bedeutungsvolle, evangelische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von der Kirche abwandten. Demnach war auch Württemberg nicht vor einer obrigkeitsstaatlich orientierten und statisch ausgerichteten Denkweise seiner Kirchendiener geschützt.

Das kirchliche Engagement für die Arbeiterschaft, bzw. die soziale Fürsorge für diese Bevölkerungsgruppe, war vielfach nur ein Mittel zum Zweck. Wesentlich war dabei nicht allein die Sorge um das Wohlergehen der Menschen im weitesten Sinne. Vielmehr war der Gedanke entscheidend, durch einen weitgehend wirkungslosen Aktionismus ein Gefühl der Tätigkeit zu vermitteln und gesellschaftlich nicht noch mehr an Boden zu verlieren.[125] Letztlich war die Folge der Unfähigkeit der Kirchenvertreter ein wirkungsloses Moralisieren in Richtung des Proletariats und der neuen Wirtschaftsherren. Den fehlenden kirchlichen Beistand hatten schließlich die Sozialdemokraten den Arbeitern auf ihre Weise ersetzt, was sich letztlich auch in einer seit 1880 zwischen Pfarrern, Arbeitern sowie Sozialdemokraten bestehenden tiefen ideologischen Verfeindung zeigte.[126]

Vielfach war das fehlende Verständnis sowohl von Theologen als auch sonstigen kirchlichen Vertretern für die Komplexität des Sozialwesens problematisch.[127] Aus diesem Grund mussten andere Wege beschritten werden. Ein praktischer Ansatz, Hilfe zur Selbsthilfe zu üben, wurde ungeachtet aller Probleme mit der institutionalisierten Kirche seitens christlicher Arbeiter gefunden.

---

124 Vgl. ebd., S. 367.
125 Vgl. Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 225 mit Anm. 26.
126 Vgl. Fahlbusch, Evangelische Kirche und Arbeiterschaft (1984), S. 11 – 13.
127 Vgl. Nipperdey, Religion im Umbruch (1988), S. 106.

5.3.2. Evangelische Arbeitervereine – ein praktischer Lösungsansatz

Im Umfeld der Sozialen Frage sind die unterschiedlichsten Lösungsansätze diskutiert worden. Ein sehr häufig genannter Ansatz war der Gedanke der Assoziation sowie der Genossenschaft. So propagierte beispielsweise Johann Hinrich Wichern in seiner Denkschrift von 1849 das Modell der „Assoziation der Hilfsbedürftigen“,[128] was gedanklich in weitem Maße über die bis zu diesem Zeitpunkt getätigte Form der christlichen Karitas hinausging.[129] Mit diesem Modell der gemeinschaftlichen Hilfe zur Selbsthilfe war das nachmalige Konzept der Evangelischen Arbeitervereine bereits vorgebildet. Umso bedauerlicher war, dass weder Wichern noch seine Mitarbeiter, das in der Denkschrift begründete Potential erkannt haben. Wohl aus diesem Grund wurde auch die sich darin liegende Chance einer Einwirkung auf die Arbeiter nicht genutzt und seitens der Inneren Mission keinerlei Bestrebungen hinsichtlich dieser Möglichkeit unternommen.[130] Trotz diesem Versäumnis ließ sich die Bildung von Arbeiterbildungsvereinen wie auch von Vereinen für Sozialreform trotzdem auf diese Anregungen zurückführen.[131] Dessen ungeachtet standen auch die Evangelischen Arbeitervereine im Kreise christlicher Bemühungen um die Arbeiter.

Entstehung der Evangelischen Arbeitervereine und ihres Gesamtverbands

Die Entstehung der Evangelischen Arbeitervereine und ihre Geschichte waren direkt mit der Furcht der evangelischen Kirche vor der Sozialdemokratie verbunden.[132] So wurde die Erfordernis der Gründung Evangelischer Arbeitervereine darin erkannt, „daß die Sozialdemokratie mit stets wachsendem Erfolge darauf ausgegangen ist und noch immer ausgeht, die Arbeitermassen für die gegen Thron und Altar gerichteten Bestrebungen zu gewinnen.“[133] Der Protestantismus gelangte erst sehr spät zu der Erkenntnis, die Arbeiter nicht nur durch Evangelisation, sondern viel

---

128 Vgl. Wurster, Die Lehre von der Inneren Mission (1895), S. 69; Wichern, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation, im Auftrage des Centralausschusses für die innere Mission, verfasst von J.H. Wichern (^{3}1889), S. 138. Vgl. auch: Janssen, Einleitung (1956), S. 55; Wichern in Stuttgart (1849), S. 44.

129 Vgl. Conze, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“ (1967), S. 43.

130 Vgl. Feyerabend, Die Evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 10.

131 Vgl. Kaiser, Konfessionelle Verbände im 19. Jahrhundert (1992), S. 192.

132 Vgl. hierzu auch: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 15 – 25; Kandel, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung (1994), S. 75.

133 Märker, Evangelische Arbeitervereine (1892), S. 10 f. Vgl. auch Märkers weitere Ausführungen zu diesem Thema a.a.O., S. 12 – 21. Vgl. ebenso: Was wollen die evangelischen Arbeitervereine und was haben sie erreicht? Ansprache von Lic. Weber, gehalten auf der Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes in Dortmund. (LKAS A 29 Nr. 737).

wirksamer durch aktive soziale Tätigkeit beeinflussen zu können und zu müssen. Hinzu kamen das Anwachsen der Sozialdemokratie und ihre damit verbundene größere Möglichkeit der Einflussnahme auf die Arbeiterschaft.[134] Die so unter Zugzwang gesetzte Kirche, versuchte durch Sammlung ihrer Kräfte den an sie gestellten sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Ein weiterer auslösender Faktor war das Ziel, gegen den Ultramontanismus zu kämpfen.[135]

Bei der Entstehung der Evangelischen Arbeitervereine waren vor diesem Hintergrund zwei Faktoren von Bedeutung. Zum einen waren die Gründer der Evangelischen Arbeitervereine immer Arbeiter, die mit Pfarrern oder Lehrern zusammenwirkten. Zum Andern gab die evangelische Kirche an keinem Ort die explizite Anregung zu einer entsprechenden Gründung.[136] Infolgedessen bestand eine große Einflussnahme seitens der geistlichen wie auch bürgerlichen Förderer der Evangelischen Arbeitervereine.[137]

Bereits 1848 kam es zur Entstehung der ersten Evangelischen Arbeitervereine in Bayern, was angesichts der Minderheitenstellung der Protestanten in diesem Land nicht verwunderlich ist.[138] Um 1880 bildeten sich interkonfessionelle christlich-soziale Vereine im Gebiet von Rheinland-Westfalen. Sie hatten sich Bildungsarbeit in jeder Hinsicht zum Ziel gesetzt. Das Problem war in diesem Fall die protestantische Zurückhaltung bei der Führungsarbeit, so dass diese sehr bald allein von Katholiken getragen wurde. Dadurch wurde ein Interessenkonflikt bedingt, der mit der protestantischen Ablehnung der Katholisierung der Vereine zusammenhing und schließlich 1882 zur Bildung des Evangelischen Arbeitervereins in Gelsenkirchen führte.[139] Dahinter stand zugleich die Erkenntnis unter den Protestanten, der Katholisierung wirksam entgegentreten zu müssen.[140] Die wesentliche Aufgabe dieses ersten Evangelischen Arbeitervereins war demnach, „die Treue gegen Kaiser und

---

134 Vgl. Just, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 3.

135 Vgl. Kandel, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung (1994), S. 75; Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik (1983), S. 27.

136 Vgl. Faber, Die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zur sozialpolitischen Problemen (1928), S. 68.
Eine gewisse Ausnahme stellte der Hinweis des Visitators von Cannstatt in der Sitzung mit dem Kirchengemeinderat im Jahr 1890 dar, indem er auf das Fehlen eines evangelischen Arbeitervereins hinwies. Dabei dürfte es sich jedoch wieder um eine Anregung einer Einzelperson gehandelt haben, da es der Visitator war und nicht die Kirchenleitung. Immerhin war es bemerkenswert, dass eine in der kirchlichen Hierarchie höhergestellte Persönlichkeit auf einen solchen Gedanken kam. Vgl. hierzu: Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A 29 Nr. 752).

137 Vgl. Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik (1983), S. 27.

138 Vgl. Ortmann, s. v. Arbeiterbewegung. I. Evangelische Arbeiterbewegung. In: Evangelisches Soziallexikon (^{7}1980), Sp. 39.

139 Vgl. Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 3.

140 Vgl. Märker, Evangelische Arbeitervereine (1882), S. 4.

Reich und das evangelische Bewusstsein zu pflegen und Bruderliebe zu üben.“[141] Dieses Ansinnen sollte mit sozialen Maßnahmen, zur Hebung der Mitglieder in jeder Hinsicht, verbunden werden. Demnach entstanden die Evangelischen Arbeitervereine folglich auf der Grundlage eines gleichermaßen sozialen wie auch konfessionellen Interesses.[142] Die Geschichte der Evangelischen Arbeitervereine nahm ihren Ausgangspunkt in Rheinland und Westfalen, wo sie auch ihr hauptsächliches Verbreitungsgebiet behielten.[143]

Die Evangelischen Arbeitervereine haben vielfältige Anregungen aufgenommen, die sich in sozialpolitischer Hinsicht in der Forderung eines umfassenden Maßnahmenkatalogs niederschlugen. Zur besseren Durchsetzung dieser Forderungen und für mehr Schlagkraft gegenüber den erklärten Gegnern, gründeten die Evangelischen Arbeitervereine 1890 den Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.[144] Zu diesem Schritt waren sie durch das Vorbild des Evangelisch-Sozialen Kongresses (ESK) angeregt worden, der ebenfalls 1890 gegründet wurde und mit dem fortan – auch durch persönliche Kontakte wie z. B. Lic. Weber – eine enge Zusammenarbeit bestand.[145]

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hatte dabei verschiedene Grundsätze. Das wichtigste Anliegen war, den Arbeiterstand in jeder Hinsicht zu heben. Dabei wurde betont, den evangelischen Geist vermehrt ausprägen, sowie die nationale Gesinnung aufmerksam und eifrig zugleich pflegen zu wollen.[146] Darüber hinaus war die Sicherung der evangelischen Freiheit und Würde ein weiterer Grundsatz. Als dritter Grundsatz bestand das dezidierte Bekenntnis zu Vaterland und Monarchie.[147] Die zur Verwirklichung der in den Grundsätzen immanenten praktischen Inhalte erforderlichen Maßnahmen, wurden im so genannten „Berliner Programm“ von 1893, das unverändert bis zur Statutenänderung 1902

---

141 Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (1939), S. 24.

142 Vgl. ebd., S. 5.

143 Vgl. Just, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 4; Wurster; Henning, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muß (1914), S. 277.

144 Die Geschichte des Gesamtverbands findet sich bei: Just, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, seine Geschichte und seine Arbeiten (1904); Ders., Die Evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 4 – 11; Hoffmann, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 – 1914 (1988).

145 Vgl. Just, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 5.

146 Vgl. Weitbrecht, Die evangelischen Arbeitervereine (1902), S. 157.

147 Vgl. zum Vorstehenden: Weitbrecht, Die evangelischen Arbeitervereine (1902), S. 157 f.

Bestand hatte, niedergeschrieben. Das darin festgeschriebene Programm wurde für alle Mitglieder des Verbands maßgeblich.[148]

Als Mittel zur Realisierung des Programms wurden eine verstärkte Aufklärungsarbeit der Mitglieder in Bezug auf sozial relevante Fragestellungen und bereits vorhandene Maßnahmen im sozialen Bereich betrieben. Weitergehend wurde bezweckt, auf die öffentliche Meinungsbildung wie auch die Gesetzgebungstätigkeit, Einfluss zu nehmen. Über Resolutionen und Eingaben an die entsprechenden Stellen wurde versucht, „das Verständnis für die soziale Frage zu fördern und entsprechende Gesetze anzuregen und damit eine soziale Reform vorzubereiten."[149] An erster Stelle standen die Forderungen nach einer einheitlichen und erweiterten Handhabung der Sozialversicherung sowie eines Kartellgesetzes. Ebenso waren Maßnahmen zum Arbeiterschutz wie auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Teil des Programms.[150] Daneben stand die Einwirkung auf die generellen Lebensumstände. Dazu gehörten einerseits Forderungen und die Entwicklung von Maßnahmen zur Beseitigung des weitverbreiteten Wohnungselends. Andererseits waren auch gleichermaßen wirksame wie vorbeugende Schritte, wie beispielsweise der Kampf gegen den Alkoholismus, Schuluntersuchungen, Schülererholungsreisen, öffentliche Bäder, vorgesehen. Ein großes Anliegen waren die wirtschaftsfriedlichen Faktoren im Arbeitsleben. Diesem Zweck diente die Forderung nach der Einrichtung von Arbeiterausschüssen, „welche die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter vorzutragen und zu besprechen hätten."[151] Mit mehreren Eingaben an die entsprechenden Regierungsstellen wurde versucht, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.[152] Problematisch war hingegen die Stellung zu den Gewerkschaften. Es herrschte sowohl im Verband als auch in den meisten angeschlossenen Vereinen Uneinigkeit darüber, ob der Beitritt der Mitglieder zu Gewerkschaften generell empfohlen werden sollte. Besonders unklar war dabei auch, welche gewerkschaftliche Richtung gegebenenfalls favorisiert werden sollte. Die „Gewerkschaftfrage",

148 Vgl. ebd., S. 5 – 7; Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 3. Das „Berliner Programm" findet sich im Wortlaut bei: Weitbrecht, Württembergischer Verband Evangelischer Arbeiter-Vereine (1893), S. 3 – 5. Erläuterungen dazu finden sich a. a. O. auf den S. 6 – 12.

149 Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 103.

150 Vgl. ebd., S. 103 – 105. Vgl. auch: Just, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands (1904), S. 59 – 70; Schultze, Die Frage der evangelischen Arbeitervereine. Vortrag gehalten auf der Meißener Konferenz am 25. Juni 1895. In: Neues sächsisches Kirchenblatt. Bd. 2, 1895. Nr. 27/28, Sp. 445.

151 Just, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine (1904), S. 58.

152 Vgl. Just, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine (1904), S. 58 f. Vgl. insgesamt zum Vorstehenden: Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 106 f. Vgl. zu den zu lösenden Aufgaben: Weitbrecht, Die evangelischen Arbeitervereine (1902), S. 161 – 165.

deren eingehende Behandlung an dieser Stelle zu weit führen würde, sollte letztlich die Schlagkraft des Gesamtverbandes wie auch der Evangelischen Arbeitervereine lähmen und zu nicht nur intern gehaltenen Misstönen führen.[153]

Die Evangelischen Arbeitervereine in Württemberg und ihr Landesverband

Der Schwerpunkt der Evangelischen Arbeitervereine lag in Rheinland und Westfalen. Dennoch gab es auch in Württemberg Evangelische Arbeitervereine.[154] Der erste wurde 1862 in Esslingen ins Leben gerufen,[155] sowie ein weiterer 1888 in Schramberg von Pfarrer Theodor Traub initiiert, der auch der nachmalige Vorsitzende des 1891 gegründeten württembergischen Landesverbandes war.[156] Die Statuten von Traubs Schramberger Arbeiterverein wurden für alle württembergischen Vereine vorbildhaft.[157] In Württemberg gab es eine sehr nahe Verknüpfung zwischen der Arbeitervereinsbewegung und ihren geistlichen Trägern. Maßgeblich war, dass alle beteiligten Pfarrer „einer Generation junger, kirchlich liberaler evangelischer Theologen an(gehörten), die von der sozialpolitischen Aufbruchsstimmung in der jüngeren Pfarrerschaft und im akademischen Bildungsbürgertum geprägt, sich im Anschluß an Friedrich Naumann für die Lösung der sozialen Frage engagierten.“[158] Dieser Faktor bedingte auch den Austritt des württembergischen Landesverbands im Jahr 1902 aus dem Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine wegen dessen Stellung gegen Naumann.[159]

In Bezug auf das Programm der Evangelischen Arbeitervereine in Württemberg wurde mit den „Kirchheimer Beschlüssen“ von 1897 eine eindeutige Stellungnahme abgegeben. Sie waren bis zum Ende des Betrachtungszeitraums verbindlich. Demnach wurde politische Neutralität sowie das Bekenntnis zum „Berliner Programm“ des Gesamtverbands und zu den kaiserlichen Erlassen für eine aktive Sozialpolitik der Jahre 1881, 1888 und 1890 betont. Ferner wurden das evangelische

153 Vgl. hierzu ausführlich: Hoffmann, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 – 1914 (1988), S. 105 – 151.

154 Zur Formierung der evangelischen Arbeitervereine im Königreich Württemberg siehe: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 15 – 25. Eine Übersicht über die dem Württembergischen Verband im Jahr 1896 angehörigen Vereine findet sich im: Kalender für die evangelischen Arbeiter Vereine Deutschlands 1896 (1896), S. 56.

155 Vgl. Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 180; Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 39.

156 Vgl. Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 3 f.; Traub, Erinnerungen (1949), S. 11.

157 Vgl. Weitbrecht, Württembergischer Verband Evangelischer Arbeiter-Vereine (1893), S. 7.

158 Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 134 mit Anm. 41 und 42. Vgl. auch: Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 39.

159 Vgl. Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 4; Lewerenz, Friedrich Naumann und die Zukunft der Inneren Mission (1995), S. 436.

Christentum und die Reformation als Handlungsbasis angegeben. Darüber hinaus sprachen sich die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine für die Organisation der Arbeiter in Fachgewerkvereinen und für eine Fühlungnahme der einzelnen Gesellschaftsschichten zueinander aus, bei der sich letztlich Arbeit und Bildung verbinden sollten.[160] Württemberg nahm im Gegensatz zum Gesamtverband sowie zu den Arbeitervereinen anderer Regionen in der so genannten Gewerkschaftsfrage eine klare Stellung ein. Aufgrund des vorwiegend katholischen Gepräges der christlichen Gewerkschaften, lehnten die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine die direkte Kooperation mit ihnen ab.[161] Stattdessen wurde es für besser befunden, „die christlichen Arbeiter zum Eintritte in die freien Gewerkschaften zu veranlassen und damit deren parteipolitische Neutralisierung zu befördern.“[162] Hinter dieser Haltung war eindeutig der Geist Friedrich Naumanns zu erkennen, der in Württemberg eine große Rolle spielte.[163]

Die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine sahen die geistige Bildungsarbeit als grundsätzliche Aufgabe an. Eine weitere wesentliche Aufgabe war die soziale Komponente. Darunter waren Bemühungen um die praktischen wirtschaftlichen Hilfestellungen, wie sie z. B. Spar- und Konsumvereine oder Rechtsauskunftsstellen bieten konnten, zu sehen.[164] Diese Einrichtungen dienten nicht nur der wirtschaftlichen Hebung. Vielmehr „erhöhten sie die Attraktivität der evangelischen Arbeitervereine und für den Verband bedeuteten sie einen ‚nicht hoch genug anzuschlagenden Kitt‘[165], der die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Angehörigen untereinander und mit dem Verband stärkte.“[166] Diese, besonders auf die Soziale Frage ausgerichtete Haltung, unterschied die württembergischen

---

160 Vgl. Weitbrecht, Württembergischer Verband Evangelischer Arbeiter-Vereine (1893), S. 16; Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 21; Süddeutscher evangelischer Arbeiterkalender 1904. S. 39; 66. In der Betonung des letztlich auf das „Berliner Programm“ zurückgehenden Arbeitsprogramms der württembergischen Evangelischen Arbeitervereine war auch der Beleg zu sehen, dass der Grund für den Austritt des württembergischen Landesverbands aus dem Gesamtverband tatsächlich nur mit dessen Verhalten gegenüber Naumann zusammenhing. Nichts hatte sich hingegen an der Tatsache geändert, dass die süddeutschen Vereine vollkommen hinter den grundsätzlichen Zielen, Christentum, Patriotismus und soziale Hebung des „Berliner Programms von 1893 standen.

161 Vgl. Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 119; Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (1908), S. 350.

162 Herkner, Die Arbeiterfrage. Bd. 2 (^{8}1922), S. 116 f.

163 Vgl. ebd., S. 116.

164 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 128.

165 Mosapp, Geschichte des württembergischen Landesverbands. In: SAZ Nr. 38 vom 18. 9. 1904.

166 Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 128.

Evangelischen Arbeitervereine auch von den konservativen Vereinen der so genannten „Bochumer Richtung“.[167]

Die verstärkt sozialpolitische Ausrichtung der württembergischen Evangelischen Arbeitervereine trat im Besonderen an zwei Stellen zutage; einerseits beim allgemeinen Arbeitsprogramm, andererseits beim so genannten Gemeindeprogramm, das seit 1903 in die Wege geleitet wurde.

Die Evangelischen Arbeitervereine hatten sich auf Reichs- wie auch auf Landesebene den Kampf um die Arbeiterschaft zur Aufgabe gemacht. Deutlich wurde dieser Aspekt bei der Stuttgarter Resolution des württembergischen Landesverbandes der Evangelischen Arbeitervereine von 1892. An dieser Stelle forderten die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine allgemeine wirtschaftliche Grundsätze, wie Arbeitszeitverkürzung, angemessene Entlohnungen, Vergrößerung der Existenzsicherung sowie die vollständige öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung der Arbeiter. Zugleich wurde die entschiedene Bekämpfung der Sozialdemokratie wegen deren andersausgerichteter Weltanschauung betont. Hauptsächlich wurde die gegen Christentum und Monarchie gerichtete sozialdemokratische Haltung sowie deren Zielsetzung, durch Anstachelung des Klassenhasses letztlich die Revolution und damit die vollständige Umwälzung der Gesellschaftsverhältnisse bedingen zu wollen, kritisiert.[168] Bei aller Betonung der Notwendigkeit der kritischen Stellungnahmen zu den allgemeinen Tagesfragen[169] und deren Beantwortung im Sinne der herrschenden Meinung, wurde anerkannt, dass durch besonnene und berechtigte Forderungen viel bewirkt werden könnte.[170] Demnach mussten im evangelisch-sozialen Programm der württembergischen Evangelischen Arbeitervereine wirtschaftliche Fragen behandelt werden. Folglich waren vornehmlich die Arbeiterinteressen ausschlaggebend. Darüber hinaus waren das Evangelium, sowie ein gesunder Patriotismus die Grundlage für Gründung und Arbeit der Evangelischen Arbeitervereine. Als Zielsetzung hinter allen Maßnahmen

---

167 Vgl. Just, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands (1904), S. 28 f.; 42. Vgl. weiter: Märker, Evangelische Arbeitervereine (1892), S. 6. Dabei waren die Ansichten Ludwig Webers federführend. Vgl. hierzu: Lewerenz, Friedrich Naumann und die Zukunft der Inneren Mission (1995), S. 437.
Diese Besonderheit der württembergischen Evangelischen Arbeitervereine, schwerpunktmäßig eine ausgesprochen evangelisch-soziale Haltung einzunehmen, war solchermaßen markant, dass es herausgestellt wurde. So betonte Goetz, Der evangelisch-soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 56 explizit dieses Charakteristikum.

168 Vgl. Traub, Kürzere Arbeiterzeit (1893), S. 1 – 8; sowie ebd. S. 22.

169 Vgl. ebd. S. 7.

170 Vgl. ebd., S. 9 – 11.

und Forderungen waren die Wahrung des wirtschaftsfriedlichen Verhaltens sowie die erstrebte Mündigkeit der Arbeiter zu erkennen. Solche Ziele ließen sich letztlich nur durch die Organisation der Arbeiter realisieren, was auch den Initiatoren der Evangelischen Arbeitervereine bewusst war.[171]

Die übergeordnete Zielsetzung wurde auf Gemeindeebene im Rahmen eines Gemeindeprogramms zu verwirklichen versucht. Dieses Programm von 1903 sah 7 Arbeitsgebiete vor, auf denen die Evangelischen Arbeitervereine tätig werden wollten. Einer der wichtigsten Aspekte war die Arbeiterfürsorge. In diesem Zusammenhang wurden Maßnahmen gegen die herrschende Arbeitslosigkeit durch Arbeitsvermittlungsstellen sowie Notstandsarbeiten, die Einführung von Statistiken zu verschiedenen Gesichtspunkten der Lebens- und Arbeitsbedingungen und deren Veröffentlichung geplant. Ferner wurden Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeitszeit an Werk- und Sonntagen vorgesehen. Zwecks Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter, wurden Änderungen bei den Gewerbegerichten sowie der Wahl deren Mitglieder, angestrebt. Schließlich wurde die „Bildung von gemeinderätlichen Deputationen für Arbeiterangelegenheiten und von Arbeiterämtern, in denen die ganze soziale Arbeitertätigkeit vereinigt ist“,[172] avisiert. Weitere Maßnahmen wurden im Bereich des Wohnungs-, Schul-, Steuer-, Gesundheits- und Bildungswesens ins Auge gefasst. Bei letzterem Bereich ließ sich der Einfluss traditioneller kirchlicher Auffassungen hinsichtlich der Arbeiterfrage feststellen, wenn Maßnahmen gefördert werden sollten, „welche die Unzucht und Trunksucht bekämpfen.“[173] Den Abschluss des Programms bildeten Forderungen hinsichtlich der Gemeindebetriebe, die gegen monopolartige Strukturen gerichtet waren, bei denen den Arbeitern jede Bedingung oktroyiert werden konnte. Das erstrebte Ziel war auch hier eine gerechte Behandlung der Arbeiter.[174]

Die Gründung Evangelischer Arbeitervereine war durch den Evangelisch-Sozialen Kongress angeregt worden, was beispielsweise in der besonders engen Verbindung zu den württembergischen Evangelischen Arbeitervereinen sichtbar wurde.[175] Einerseits versuchten die württembergischen Evangelischen Arbeitervereine die „theoretische Zielsetzung, nämlich die ‚sozialen Zustände unseres Volkes vorurteilsfrei

---

171 Vgl. auch das ausführliche und vollständige Programm der württembergischen evangelischen Arbeitervereine in: Weitbrecht, Württembergischer Verband Evangelischer Arbeiter-Vereine (1893).

172 Fischer, Die evangelischen Arbeitervereine (1906), S. 22.

173 Ebd., S. 23.

174 Vgl. ebd., S. 23 f.

175 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 132.

zu untersuchen, sie an dem Maßstab der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangelium zu messen und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen als bisher'[176], […] praktisch zu realisieren."[177] Andererseits fanden sich vor allem unter den in der Evangelischen Arbeitervereinsbewegung aktiven Pfarrern viele begeisterte Anhänger des Evangelisch-Sozialen Kongresses. Aus diesem Grund bestanden direkte personelle Verbindungen, die sich aus Doppelfunktionen einzelner Personen im Evangelisch-Sozialen Kongreß und in den württembergischen Evangelischen Arbeitervereinen ergaben. Bis 1898 waren die evangelisch-soziale Bewegung und der Evangelisch-Sozialen Kongreß in Württemberg höchst populär. Danach ließ im Zuge der allgemeinen Erschlaffung der evangelisch-sozialen Bestrebungen auch in Württemberg das Interesse nach.[178] Eine zaghafte Neubelebung evangelisch-sozialen Geists begann 1909, infolge des nachhaltig wirkenden Vortrags von Paul Drews zum Thema, „Die Kirche und der Arbeiterstand," auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress in Heilbronn. Er forderte darin Verständnis und Erforschung der tieferen Beweggründe der Arbeiter. Infolgedessen wurde in Württemberg mit der Begründung der „Württembergischen evangelisch-sozialen Vereinigung" begonnen, was ein eindrucksvoller Neubeginn evangelisch-sozialer Arbeit war.[179] Schließlich wurde 1911 wieder ein „Württembergischer Landesverband des evangelisch-sozialen Kongresses" gegründet. Dieser Umstand war bedeutungsvoll, weil er nicht nur „einer der wenigen regionalen Schwerpunkte des Kongresses bildete"[180], sondern vielmehr auch „‚durch Schaffung eines Verbandes mit verantwortlichen Stellen eine Verbindung der Mitglieder untereinander und eine fortdauernde Propaganda zu ermöglichen'"[181] imstande war. Bereits die Gründungsversammlung war ganz Instrument der Angelegenheit der Arbeitervereine und fand seinen Höhepunkt in der „Forderung nach einer sozialen Orientierung der evangelischen Kirche, die in einer […] Empfehlung für die konfessionellen Arbeitervereinigungen gipfelte."[182]

---

176 Zitiert nach: Voelter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 5 f. Vgl. auch: Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988), S. 132 mit Anm. 27.

177 Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988), S. 132.

178 Vgl. Voelter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 13.

179 Vgl. ebd., S. 16 f.

180 Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988), S. 133 mit Anm. 32.

181 Voelter, Evangelisch-Soziale Arbeit in Württemberg. In: Evangelisch-Sozial 20. Folge, VIII Jg., S. 372, zitiert nach: Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988), S. 133.

182 Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1988), S. 133.

Im Zuge der Industrialisierung organisierten sich nicht nur evangelische Arbeiter in Vereinen. Auch die nach und nach anwachsende Zahl an Arbeiterinnern schuf sich ihre Interessenvertretungen.

Evangelische Arbeiterinnenvereine und ihr Gesamtverband

Neben den Evangelischen Arbeitervereinen bestanden ab ungefähr 1900 auch Evangelische Arbeiterinnenvereine. Ihr Hauptzweck wurde in der Reintegration der Arbeiterinnen in die Gesellschaft gesehen, da ihre Arbeitsbedingungen als reformbedürftig angesehen wurden.[183] Als besonders gravierend wurde der veränderte Arbeitsplatz erkannt, der die Lockerung der natürlichen Bindungen bedingt hatte.[184] Die Aufgabe der konfessionellen Arbeiterinnenvereine war, einerseits die Frauen wieder zur Kirche zurückzuführen, andererseits, sie den Gewerkschaften zuzuführen.[185] In der Hauptsache sollten sie für die geistig-sittliche Hebung und mentale Unterstützung der Arbeiterinnen sorgen, sowie durch geeignete Mittel deren Urteilsfähigkeit, Selbst- und Klassenbewusstsein und die Bereitschaft zum gemeinschaftlichen Engagement fördern. Die Zusammenarbeit mit den männlichen Vereinen sollte schon allein wegen der dadurch möglichen gemeinsamen Nutzung der Unterstützungs- und Hilfskassen zur Vorbereitung der nachmaligen Gewerkschaftsarbeit betrieben werden.[186] Als Fernziel sollte die Arbeiterinnenvereinsarbeit in die Gewerkschaftsarbeit münden, was sich auch in der uneingeschränkten Befürwortung der Gewerkschaften zeigte. Dahinter stand die Erkenntnis, nur gemeinsam und organisiert etwas bewegen und verbessern zu können.[187] Allerdings wurde generell betont, dass die Frauen aufgrund mangelnder Disziplin sowie finanzieller Mittel nicht in der Lage sein würden, selbständig zu handeln. Als beste Lösung erschien schließlich die nachmalige Integration der Frauen in die männlichen Gewerkschaften, wie es dann – wenn auch mit Verspätung - geschehen ist.

Die Evangelischen Arbeiterinnenvereine gründeten im Jahr 1908 ebenfalls einen Gesamtverband, dessen Aufgabe es war, die evangelische und die religiös-sittliche

---

183 Vgl. Gnauck-Kühne, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? (1905), S. 40. Leider gibt Elisabeth Gnauck-Kühne kein Datum der erstmaligen Gründung eines konfessionellen Arbeiterinnenvereins an. Solchermaßen kann nur vermutet werden, dass diese Art von Vereinen kurz nach der Jahrhundertwende entstanden sind. Vgl. Gnauck-Kühne, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? (1905), S. 51.

184 Vgl. Gnauck-Kühne, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? (1905), S. 45 – 50.

185 Vgl. ebd., S. 51; 54 – 56.

186 Vgl. ebd., S. 51.

187 Vgl. Hauff, Die Deutschen Arbeiterinnen-Organisationen (1912), S. 171; Vgl. auch: Traub, Kürzere Arbeitszeit (1893), S. 14 f.

Einstellung unter den Arbeiterinnen sowohl zu wecken als auch zu bestärken.[188] Außerdem sollte der Verband die evangelischen sowie die christlich-nationalen Prinzipien nachdrücklich vertreten und eine wirtschaftlich-soziale Interessenvertretung für Arbeiterinnen darstellen.[189] Um diese Ziele zu erreichen, sollten Vorträge zu wirtschaftlichen, sozialen aber auch gewerkschaftlichen Themen stattfinden. Außerdem wurden Kurse zur Unterweisung in sozialer, hauswirtschaftlicher[190] und gewerkschaftlicher Hinsicht abgehalten, die noch durch das Verbandsorgan „Die Deutsche Arbeiterin“[191] ergänzt wurden. Dahinter stand das Ziel, die Arbeiterinnen für die Notwendigkeit einer dezidierten Interessenvertretung ihrer Spezialinteressen und weitergehend für ihre Organisierung, zu interessieren. Eine der bedeutsamsten Aufgaben sah der Verband in der Förderung von Vereinsneugründungen, was auch durch die Arbeitervereine tatkräftige Unterstützung fand. Das durch diese sehr umfassenden Zielsetzungen anfallende Arbeitspensum erforderte sehr bald, im Rahmen von Schulungen und Kursen, hauptamtlich tätige Funktionärinnen selbst heranzubilden.[192]

Neben der Schulungsarbeit versuchte der Verband der Arbeiterinnen über Petitionen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und die Gesetzgebung zu nehmen. Die Grundlage allen Handelns war dieselbe religiöse, vaterländische und soziale Ausrichtung wie bei den Evangelischen Arbeitervereinen. Somit ergab sich von selbst das Ziel eines stetigen Kontakts zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung.[193] Im Jahr 1910 kam eine direkte Kooperation mit den männlichen Vereinen zustande, um gemeinsam die christliche Arbeiterbewegung zu fördern.[194]

Problematisch war das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften, das sich die ganze Zeit nicht lösen ließ. Zwar gab es Annäherungen wie auch Querverbindungen, aber insbesonders in evangelischen Gebieten wie Württemberg war es zu keiner fruchtbaren Zusammenarbeit gekommen. Ausschlaggebend waren konfessionelle Vorbehalte,[195] wobei sicherlich bestimmend war, dass die unternommenen Bemühungen vordergründig von katholischer Seite ausgingen.[196]

---

188 Vgl. Hauff, Die Deutschen Arbeiterinnen-Organisationen (1912), S. 167.
189 Vgl. ebd., S. 167.
190 Vgl. ebd., S. 171.
191 Vgl. ebd., S. 169.
192 Vgl. ebd., S. 169.
193 Vgl. ebd., S. 168.
194 Vgl. ebd., S. 168.
195 Vgl. Lewek, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende (1963), S. 74.
196 Eine ausführliche Darstellung über den Gang und das Wirken der christlichen Gewerkschaften im Allgemeinen im Zeitraum bis 1914 bietet: Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894 – 1933

Würdigung der Evangelischen Arbeitervereine

In Bezug auf die Evangelischen Arbeitervereine[197] ließ sich kein eindeutiges Gesamturteil fassen. Die Vereine waren zwar in politisch-programmatischer Hinsicht zu einer eigenständigen Haltung gelangt.[198] Allerdings lag die Ursache, zu keiner Volksbewegung in umfassenden Sinn geworden zu sein, zunächst in der Vieldeutigkeit der programmatischen und praktischen Arbeit der Vereine. Deshalb waren die Vereine in Auseinandersetzungen sowohl der Gewerkschaften als auch der Parteien verwickelt worden, was zur Negation der statuarisch festgelegten Neutralität geführt und die Handlungsmöglichkeiten grundlegend eingeschränkt hatte. Erst nachdem 1909/10 die Pflege einer sozialen Geisteshaltung, die Erziehung zu nationaler Denkweise sowie der Nachweis des bleibenden Werts der Religion wesentliche Aufgaben wurden, war die Vorbedingung zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gegeben.[199] Immerhin war seit 1907 eine vorsichtige Politisierung der Evangelischen Arbeitervereine betrieben worden, die eine gewisse Organisierung der Arbeiter, wie auch die Weckung des Interesses bürgerlicher Kreise für soziale Belange, bedingt hatte.[200] Die Evangelischen Arbeitervereine sahen sich in einer Mittlerrolle zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten, was bis 1914 ein konstanter Wesenszug blieb und eine große Dynamik im sozialen Bereich bedingte.

In der Anfangszeit der Evangelischen Arbeitervereine waren dort sehr viele Pfarrer tätig, die im Wesentlichen nicht aus dem konservativ-pietistischen Bereich kamen.[201] Dieser Aspekt stand in Zusammenhang mit dem betont antikatholischen

---

(1982), S. 11 – 363. Die christlichen Gewerkschaften werden ebenfalls bei: Schneider, Standort und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland (1894 – 1933) (1985), S. 195 – 202; 204 – 210; Ders., Christliche Arbeiterbewegung in Europa (1986), S. 491 – 500; Ders., Evangelische Christen und Christliche Gewerkschaften im Kaiserreich (1994), S. 78 - 89 behandelt. Einige andere Aspekte der christlichen Gewerkschaften wie die der objektiven Funktion der christlichen Gewerkschaften, die Haltung zu Klassenkampf und Streik, dem wirtschaftsfriedlichen Charakter, Entwicklung der Mitgliederzahlen, Nationalismus und Antisozialismus, Krieg und Revolution sowie der Novemberrevolution 1918 behandelt Dieter Fricke. Vgl. Fricke, Zu einigen Aspekten der Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland (1985), S. 233 – 249.

197 Das Nachfolgende bezieht sich sowohl auf die Arbeitervereine als auch auf die Arbeiterinnenvereine. Der Einfachheit halber wird im Text die Form Arbeiterverein verwendet.

198 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 247 f.

199 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 248.

200 Vgl. ebd., S. 248.

201 Vgl. Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 216. Dagegen spricht: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 136 – 138, die für Württemberg genau das Gegenteil feststellen musste. Allerdings bescheinigte sie dennoch eine dichte Verbindung zwischen der Evangelischen Arbeitervereinsbewegung und einzelnen Pfarrern, die dort sehr aktiv waren. Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 134 – 136.

und antisozialdemokratischen Moment. Durch das Anwachsen der Sozialdemokratie sowie der seit 1904 durchgeführten sozialen Ausbildungskurse, traten eine vermehrte Sozialarbeit und Interessenvertretung an die Stelle der Agitation gegen die Sozialdemokratie. Es bestand unverkennbar eine gewisse Dynamik, die jedoch keine grundsätzlichen Veränderungen hervorgerufen hatte. Ebenso konnten die Evangelischen Arbeitervereine aufs Ganze gesehen, weder hinsichtlich einer Einflussnahme auf die Arbeiterschaft noch bezüglich der Lösung der Sozialen Frage, einen wesentlichen Beitrag leisten.[202] Ihnen war es wegen ihrer konfessionellen Neutralität und vor allem wegen der starken katholischen Präsenz innerhalb der christlichen Interessenvertretungen nicht möglich, die Arbeitnehmer zu erreichen. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie zeigte sich als nicht zugkräftig genug.

Die inadäquaten und unrealistischen Ansatzpunkte der Ziele der Evangelischen Arbeitervereine waren, wie auch bei vielen anderen Initiativen zur Lösung der Sozialen Frage, ursächlich für ihre geringe Wirksamkeit. Anstatt die Problematik im realen Leben zu suchen, wurde sie auf der Ebene der Ethik angesiedelt. Dazu traten noch die Utopie, dass die einzige wirksame Hilfe nur bei den oberen Ständen zu finden sei, sowie das Festhalten an der Vorstellung des Fortbestands der überkom-

---

Dennoch musste sie ebenso feststellen, dass die Mehrzahl der evangelischen Pfarrer auch in Württemberg eine abweisende bzw. ablehnende Einstellung gegenüber jeglicher Organisierung der Arbeiter hatte. Dieser Umstand stand sowohl mit deren Bildungshorizont als auch ihrer gesellschaftlichen Stellung im Bildungsbürgertum wie auch ihrer Ausbildung in Zusammenhang. Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 136 – 138.

Die geringe Beteiligung der evangelischen Pfarrer an der Arbeitervereinssache stellte ebenfalls Weitbrecht kritisch fest. Lapidar bemerkte er, dass eben noch viel mehr Pfarrer verpflichtet gewesen wären, sich in den Arbeitervereinen zu betätigen. Vgl. Weitbrecht, Die evangelischen Arbeitervereine (1902), S. 159.

Positiv erkannte hingegen Hinsche an, dass die „eigentliche Bedeutung der angeschlossenen Pfarrgeistlichen in ihrem überragenden Beitrag zur Bildungsarbeit, dem Hauptbetätigungsfeld der evangelischen Vereinsformation, bestand, der sie zu einer unentbehrlichen Stütze der protestantischen Arbeitervereinebewegung Württembergs werden ließ.“ (Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 140).

Die Ansicht von Hinsche wird durch eine neuere Arbeit gestützt. Ellen Eidt machte in ihrer Arbeit die Feststellung, „dass es in der Pfarrschaft auch wenig Interesse oder Rückhalt für die Arbeit der evangelischen Arbeitervereine gab.“ (Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 39). Sie begründete dieses Desinteresse mit der Auffassung der Geistlichen der realen Probleme der Arbeiter als Folge des Unglaubens und nicht als gesellschaftlich bedingtes Problem. Gerade der Aspekt des Unchristlichen und Revolutionären, der den Arbeitervereinen unterstellt wurde, verhinderte eine fruchtbare Arbeit. Vielmehr wurden allgemein christliche Vereinsgründungen favorisiert. Eidt betonte ebenfalls, dass die „wenigen Pfarrer, die sich für die Anliegen der Arbeiterschaft einsetzten […] mit Sanktionen von Seiten der Kirchenleitung rechnen“ (ebd., S. 39) mussten. An dieser Haltung hatte sich bis zum Ende des Kaiserreichs nichts geändert. (Vgl. ebd., S. 40).

202 Vgl. zum Vorstehenden: Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 216 f.

menen Ständegesellschaft.[203] Problematischer dürfte hingegen die Abhängigkeit ihrer Leiter von einer Staatskirche gewesen sein, „die die Beteiligung der Pfarrer an einer Gerechtigkeit und Mündigkeit fordernden Arbeiterbewegung nicht duldete.“[204] Darin war auch die Erklärung dafür zu suchen, dass die Evangelischen Arbeitervereine letzten Endes nicht als Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinn angesehen werden konnten. Vielmehr waren sie eine Initiative für die Arbeiter, die Verbesserungen für ihre Mitglieder im Rahmen der bestehenden althergebrachten Ständeordnung und der Monarchie bewirken wollte.[205] Ihre große Wirkung war im Kleinen, was wiederum eine indirekte Rückwirkung auf die Gesamtgesellschaft hatte.

Der Platz der Arbeiterschaft im Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge war aus Sicht der Protestanten an eine bestimmte Gesellschaftsform gebunden. Darunter wurde die als gottgegeben angesehene, monarchische Staatsform verstanden, die „um das Evangelium willen aufrecht erhalten werden“[206] musste. Im Grund hatte die Industrielle Revolution, ungeachtet aller Probleme, die durch die gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bedingt worden waren, der Menschheit ein großes Stück Freiheit geschenkt. Allerdings hatte die Fixierung auf die monarchische Gesellschaftsform die Evangelischen Arbeitervereine um die Erkenntnis und Anerkennung der veränderten Gesellschaftssituation gebracht. Letztlich war dieser Umstand fehlender Erkenntnis dafür ausschlaggebend, dass sich auch die Evangelischen Arbeitervereine die Chance, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage leisten zu können, mehr oder weniger selbst genommen haben.[207]

Mit den Evangelischen Arbeitervereinen wurde der Gedanke der Hilfe durch Selbsthilfe auf gemeinschaftlicher Ebene angegangen. Daneben gab es jedoch noch zahlreiche Einzelpersonen, die sozial tätig waren und mitunter sehr viel bewegen konnten.

---

203 Vgl. Wichern, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart. In: Wichern, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 287. Vgl. Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 217.

204 Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 221.

205 Vgl. ebd., S. 223.

206 Ebd., S. 226. Vgl. auch: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“(1988), S. 248.

207 Vgl. Feyerabend, Die evangelischen Arbeitervereine (1955), S. 226.

5.3.3. Sozialreformerisch tätige Persönlichkeiten

Im 19. Jahrhundert gab es ungeachtet aller Vorbehalte gegen den Gesellschaftswandel bereits Personen, die im christlichen Sinne sozialreformerisch tätig wurden, die sich dabei voneinander unabhängig entwickelt haben. Das gemeinsame Grundelement war die Auffassung von der Berufung des Christentums zur Mitarbeit an der Lösung der im Zuge der Industrialisierung aufgekommenen sozialen Probleme, aufgrund dessen ethischer Grundprinzipien.[208] Der Anlass für die Befassung mit der sozialen Problematik war einerseits die Herausbildung des Proletariats, andererseits jedoch die Angst vor dem antireligiösen Sozialismus. Diese Faktoren waren sicherlich von großer Bedeutung, wobei der wesentlichste Beweggrund ein Wiedererwachen des christlichen Verantwortungsbewusstseins für die Nächsten war.[209] Allerdings hatten sämtliche sozialreformerisch tätige Personen zwar mitunter tiefgreifende Erkenntnisse in Hinblick auf die Frage der Armut und der sozialen Not. Aber zugleich war es „eigenartig, wie wenig den Menschen jener Zeit die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung schon klar geworden war.“[210] Aus diesem Grund bestand eine starke Neigung zu utopisch anmutenden theoretischen Überlegungen hinsichtlich möglicher Lösungswege, wenn auch teilweise bei praktischen Einzelmaßnahmen gute Erfolge sichtbar wurden.[211]

Solche Erfolge, die auch bleibende Nachwirkungen hatten, basierten auf den unterschiedlichsten Ausgangspunkten. Beispiele für die überzeitliche Wirkung einer solchen Initiative waren Johann Hinrich Wichern und die Innere Mission sowie Sixt Karl Kapff und Gustav Werner speziell für Württemberg. Sie stehen exemplarisch für drei verschiedene Wege im christlichen Umgang mit der Sozialen Frage.

Johann Hinrich Wichern, die Innere Mission und die Soziale Frage

Es war das große Verdienst Johann Hinrich Wicherns,[212] sich Gedanken über die Soziale Frage gemacht zu haben und auf der Grundlage seiner Überlegungen ein zukunftweisendes Programm zu entwerfen.[213] Dabei traten nicht nur Aspekte der

---

208 Vgl. Bredendiek, Christliche Sozialreformer (1953), S. 15 f.

209 Vgl. ebd., S. 21 f.

210 Ebd., S. 32.

211 Vgl. ebd., S. 32.

212 Zur Biographie Wicherns siehe immer noch: Gerhardt, Johann Hinrich Wichern. 3 Bde. (1927 – 31).

213 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 76. Einen Überblick über die Behandlung der Sozialen Frage im Rahmen der Inneren Mission findet sich bei: Jähnichen; Friedrich, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus (2000), S. 895 – 921; Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 119 – 140; Kupisch, Kirche

außergottesdienstlichen Seelsorge und der diakonischen Arbeit, sondern auch solche, die in Richtung auf eine, auf staatlicher Grundlage fußenden Sozialreform hinzielten, auf.[214] Eine Formulierung der Wichern'schen Auffassung von innerer Mission fand sich in seiner Denkschrift. Demnach sollte durch die Innere Mission das Christentum sowohl innerlich als auch äußerlich erneuert werden.[215]

Neben der intellektuellen Grundlage kam Wichern das Verdienst zu, in Form des „Centralausschusses für Innere Mission", eine praktikable Organisationsstruktur anzuregen und zu schaffen.[216] Das Ziel war einerseits das Bestehende zu fördern, andererseits die Aufgabe, den Bedarf zu ermitteln und neue Unternehmen zu konzipieren. Ein weiterer Aufgabenbereich des Centralausschusses war die Schriftenmission sowie die Heranbildung von Mitarbeitern.[217] Diese Arbeit war durch Wicherns theologische Grundgedanken möglich und beeinflusst worden. Wicherns Theologie umfasste neben einer heilsgeschichtlichen Orientierung, die Auffassung der Kirche als Volkskirche sowie die Vorstellung vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen. Darüber hinaus begleitete seine gesamte Arbeit das Festhalten am Begriff des Reichs Gottes.[218]

Wicherns Gedanken zur Inneren Mission und Sozialen Frage

Genauso wie Wichern spezielle theologische Grundgedanken hatte, die die Basis für seine gesamte Arbeit bildeten, hatte er solche grundsätzlichen Ansichten zur Inneren Mission und Sozialen Frage. Diese Auffassungen hatte er in seiner, im An-

---

und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 12 – 19. Vgl. zu Wicherns sozialen Leitideen: Janssen, Einleitung (1956), S. 45 – 57, bes. a.a.O., S. 49 – 55.
Zur Entstehungsgeschichte und Wirksamkeit der Inneren Mission im Allgemeinen vgl. die folgenden Standardwerke: Wurster, Die Lehre von der Inneren Mission (1895); Wurster; Hennig, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muß (1914); Steinweg, Die Innere Mission der evangelischen Kirche (1928); Steinbeck, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (1932); Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission. 2 Teile (1948). Vgl. ferner aus der neueren Forschung: Beyreuther, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 88 - 187.

214 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 76 mit Anm. 2.

215 Vgl. ebd., S. 76 mit Anm. 3; Beyreuther, Geschichte der Diakonie und der Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 96 f.; 100; Wichern, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (^{3}1889), S. 6; Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 122 – 133.

216 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 76 mit Anm. 4; Kaiser, Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission (1998), S.7 – 18; Ders., Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission (2008), S. 18 - 30. Vgl. zu Form und Aufbau des Centralausschusses: Talatzko, Der Central-Ausschuss für die Innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche in der Kaiserzeit (1998), S. 278 – 298.

217 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 77 mit Anm. 5.

218 Vgl. Beyreuther, Geschichte der Diakonie und der Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 104.

schluss an den Wittenberger Kirchentag von 1848 erschienenen Denkschrift „Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche“ formuliert.[219] Wicherns Überlegungen begannen mit einer Darstellung seines Verständnisses von Innerer Mission. Demnach stellte sie die Gesamtheit aller christlichen Liebestätigkeit dar, wobei ihr Tätigkeitsbereich alle inneren wie äußeren Nöte, die durch die christlich-rettende Liebe gelindert bzw. behoben werden konnten, umfasste. Wichern basierte seine Gedanken auf der von Christus ausgehenden rettenden Liebe, die das Zentrum wie auch die treibende Kraft für alle Handlungsmotivationen sein musste.[220] Nach dieser Grundsatzerklärung definierte Wichern den Aufgabenbereich, in dem Innere Mission geübt werden sollte. Dieser umfasste Familie, Staat und Kirche, die der Inneren Mission „als göttliche, lebendig ineinander wirkende Stiftungen“[221] galten.

Für Wichern bildete die Familie das Zentrum, von dem aus die Behandlung der Sozialen Frage auszugehen hatte. Das hauptsächliche Anliegen war ihm, die christlich-sittlichen Urzustände des Familienlebens wiederherzustellen. In Bezug auf den Staat wurde die Trennung der Zuständigkeiten festgestellt. Als Ziel für diesen Bereich formulierte Wichern, einen Beitrag zur Wiederherstellung und Befestigung der staatlichen Autorität leisten zu wollen. Im Gegensatz dazu, erwartete er Freiheit bei der Vereinsgründung im Rahmen der Inneren Mission.[222] Der Kirche wollte die Innere Mission zur Seite treten und nur einen Teil des kirchlichen Lebens darstellen. Nach Wichern sollte die Innere Mission der Teil sein, der den Geist der gläubigen Liebe verkörperte und sich somit auf die Suche nach den kirchenfernen Bevölkerungsteilen machte, um sie zu retten. Nachdem der Großteil dieses Bevölkerungskreises nach seiner Ansicht entchristlicht war, musste der Kampf um ihn und seine Rückgewinnung betrieben werden.[223] Da die Notstände gehäuft und in allen Bereichen der Gesellschaft auftraten, war es erforderlich, die Arbeit der Inneren Mission breitgefächert und auf die Gesamtheit von Staat und Gesellschaft auszurichten. Die hauptsächliche Zielsetzung galt der „‚Hebung des sittlichen Massenverderbens‘“.[224]

Die Bereiche, in denen die Innere Mission wirken sollte, waren Staat, Kirche und Familie. Auf staatlichem Gebiet sah Wichern die Sittenlosigkeit sowie die Ent-

---

219 Vgl. zu diesem und dem Nachfolgenden: Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 122 – 133.

220 Vgl. ebd., S. 122.

221 Ebd., S. 122.

222 Vgl. ebd., S. 123.

223 Vgl. ebd., S. 123.

224 Ebd., S. 123.

fremdung von Gott als hauptsächlichen Grund für die Notstände. Diese Faktoren wurden unter dem Schlagwort der Revolution, als Sinnbild allen Verkommenen und Unordentlichen zusammengefasst, wogegen die Innere Mission kämpfen sollte. Dabei sollten die Zuständigkeits- und Kompetenzbereiche zwischen Staat und Innerer Mission gewahrt bleiben. Im Rahmen dieser Ausführungen bildete Wichern „seine Grundgedanken zur Gefangenenseelsorge und Gefängnisreform“[225] heraus.

Im Bereich der Kirche stellte Wichern zunächst das Bild der Situation auf Gemeindeebene dar, wobei er das massiv vorkommende Problem der Entkirchlichung hervorhob. Als Maßnahmen und Aufgaben der Inneren Mission bezeichnete er die Evangelisation z. B. durch Bibelverbreitung, Hausgottesdienste, Bibelstunden, Bibliotheken, religiöse Volkszeitschriften, Schriftenkolportage durch Kolporteure sowie Reise- und Straßenprediger, den Bau von Bethäusern und das Engagement der Einzelgemeinde für die Innere Mission.[226] Dabei wurde die richtige Feststellung getroffen, dass die Einzelgemeinde mit der Gesamtheit der sozialen Umstände konfrontiert wurde. Von besonderer Bedeutung wie auch Problematik sah er den kirchlich-sozialen Dienst innerhalb der sich herausbildenden Großstädte, der dann durch ausgebildete Mitarbeiter der Stadtmissionen versehen werden sollte.[227]

Als weitere Gebiete, auf denen Wichern die Ausübung Innerer Mission für dringend erforderlich ansah, betrachtete er zum Einen das allgemein sittliche Gebiet, auf dem er die Fürsorge für Prostituierte oder Dienstboten ansiedelte. Zum Anderen sah er den Bereich des Sozialen in seiner allgemeinen Bedeutung, das heißt die Arbeit, mit deren Hilfe jedes Individuum den ihm zugewiesenen Platz innerhalb des Gemeinschaftsganzen auszufüllen lernte.[228] An dieser Stelle trat Wicherns patriarchalische Denkweise deutlich zutage, die insgesamt als grundlegender Fehler seines Ansatzes betrachtet werden konnte. Auf dieser Grundlage konnte sich freilich nur eine geringe Sensibilität für die tatsächlichen Bedürfnisse und Nöte der Industriearbeiterschaft entwickeln, was wiederum das Scheitern Wicherns in diesem Bereich bedingt haben dürfte.[229]

---

225 Ebd., S. 124.

226 Vgl. ebd., S. 125 f.

227 Vgl. ebd., S. 126 f.

228 Vgl. ebd., S. 127.

229 Vgl. Jähnichen, Vom Industrieuntertan zum Industriebürger (1993), S. 57 f.; 84; Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962), S. 109.

Nach Wichern'scher Auffassung hatte sich ein christfeindlicher Geist in den Bereichen Familie, Vermögenswerte sowie Arbeit verbreitet, weshalb dort die hauptsächliche Arbeit der Inneren Mission stattfinden musste.[230] Wichern erkannte treffend die gesellschaftlichen Wandlungen, wenn er auch die tiefere Ursache der Not nicht deutlich sah. Für ihn war es der „Geist des Antichristentums",[231] der alle Stände erfasst hatte und sie letztlich der Kirche, dem Christentum sowie der Sittlichkeit entfremdete.[232] Die Ausformungen waren zwar unterschiedlich, aber als grundsätzliches Übel wurde von ihm das kommunistische Gedankengut angesehen. Dabei war er objektiv genug, „im Kommunismus ein wenn auch verzerrtes Element von Wahrheit lebendig (zu sehen), das die Anziehungskraft dieser Lehre auf ein christliches Volk verstärken mußte."[233] Vor allem in der Bekämpfung dieser Ansichten sah er einen weiten Bereich, in dem die Innere Mission arbeiten musste. Parallel dazu verlangte er zur Unterstützung der Inneren Mission die Mitarbeit des Staates in den Bereichen der Administration und Gesetzgebung.[234] Zur Verdeutlichung seiner Gedanken gab Wichern Beispiele aus der Arbeit der Inneren Mission, die bis zu diesem Zeitpunkt zur Wiederherstellung eines gesunden Familienlebens unternommen worden waren. Ferner gab er weitere, bis zu diesem Zeitpunkt noch unerledigte Aufgaben an. Wesentlich erschien ihm dabei die Dreigliedrigkeit des Armenwesens, das heißt, die Verteilung aller Aufgaben auf die Innere Mission sowie die bürgerliche oder kirchliche Fürsorge. Für eine vorbildhafte Armenpflege stand bei Wichern der Gedanke von der Durchdringung des staatlichen Almosenwesens durch die Innere Mission.[235]

Wichern war der Ansicht, dass neben die etablierten Maßnahmen neue treten mussten. Als wesentlichstes Mittel sah Wichern die Assoziation an, aus der sich dann aufgrund der Notwendigkeit der Kooperation eine „christliche *Assoziation der verschiedenen Arbeits- und Besitzstände*"[236] ergeben würde. Zur Erreichung dieses Ziels hatte die Innere Mission nach Wichern die Aufgabe, innerhalb aller Gruppen

---

230 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 127.
231 Ebd., S. 129.
232 Vgl. ebd., S. 128 f.
233 Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962), S. 248.
234 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 129 f.; Augener, Die Aufgaben der inneren Mission, gegenüber unserm durch die Industrie beeinflußten Volkslebens (1882), S. 18 f.
235 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 130.
236 Ebd., S. 132. Die kursiven Hervorhebungen sind Teil des Zitats.

von Handarbeitern organisierend zu wirken und damit die Grundlage für eine Kooperation zu schaffen.[237]

Zusammenfassend bemerkte Wichern, „daß die Bewältigung der sozialen Frage nur durch ein ‚christliches Regenerationsprinzip' geschehen kann, nicht durch ein ‚Revolutionsprinzip'".[238] Hinter diesen Gedanken war Wicherns Gesellschaftsauffassung deutlich sichtbar. Demnach zeigte sich im christlichen Organismus des Volkes „die, in Christus gewonnene und unzerstörbare Einheit des Lebens in Staat und Kirche, in Volk und Familie, in allen Gliederungen der christlichen Gesellschaft".[239]

Mit dieser Gesellschaftsauffassung war bei Wichern ein scharfer Blick aufs Volksganze gepaart, der ihn Notstände erkennen, bzw. ihn zumindest dafür sensibilisieren ließ. Die gesellschaftlichen Missstände mussten aufs Ganze bezogen werden, da der Großteil der Menschen in religiöse Gleichgültigkeit verfallen und der religiösen Übung schon lange entfremdet war. Infolgedessen gingen nach seiner Ansicht die sittlichen Gefühle zugrunde, was auch in der Selbstsucht bezüglich des Eigentums zu erkennen war. In diesem Aspekt der Selbstsucht sah Wichern auch die Ursache für die ablehnende Haltung gleichermaßen gegenüber Staat wie Kirche.[240] Dabei ging es Wichern vor allem darum, die Gründe für die Entstehung der Not zu finden. Demnach führte in den meisten Fällen Gottlosigkeit zu Sittenlosigkeit, was wiederum im Ergebnis Armut und Not bedeutete. Daneben konnte jedoch auch aus materieller Not Sittenlosigkeit entstehen, was dann ebenso zum Atheismus führte. In der Summe hatte Wichern ein Bild, dass die Gesamtheit aller schlechten Kräfte umfasste und für ihn im Kommunismus systematisch zusammengefasst wurde.[241]

Die Innere Mission

Johann Hinrich Wichern hatte mit seinen Ausführungen auf dem Wittenberger Kirchentag und der darauf erschienenen Denkschrift ein groß angelegtes Projekt organisierter christlicher Karitas initiiert. Mit der Inneren Mission waren die sozialen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft deutlich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten. Manche ihrer diakonischen Projekte konnten durchaus als eine Erwi-

237 Vgl. ebd., S. 132.
238 Ebd., S 133.
239 Ebd., S. 136.
240 Vgl. ebd., S. 136 f.
241 Vgl. zum Vorstehenden: Ebd., S. 137.

derung auf die beginnende Industrialisierung angesehen werden.[242] Dabei gab es zunächst sehr vordergründige Themata, wobei gleich von vorneherein festgestellt wurde, dass bei der Beurteilung der Arbeiterbewegung weder der ihr immanente wirtschaftliche noch der psychologische Faktor erkannt bzw. verwertet wurden.[243] Schon von Anfang an kam es zu einem Vertrauensverlust seitens der Arbeiter, der bis zum Ersten Weltkrieg nicht ausgeglichen werden konnte. Dieser Faktor wurde erstmals im Jahr 1867 aufgegriffen,[244] wobei nicht zu klären war, ob die Hintergründe auch erkannt worden waren. Danach wurde die Thematik vielfach auf unterschiedliche Weise, aber stets unter dem Aspekt der „Negation der Sozialdemokratie" behandelt. Hingegen „fehlte die […] Position" [245] i.e. Stellungnahme und der Gedanke an eine „Organisierung der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in demselben Sinne und Geist"[246] des Evangeliums. Bedingt wurde dieses Versäumnis dadurch, dass die gesamten Einschätzungen hinsichtlich „der sozialen Frage zu sehr an dem religiösen Gegensatz orientiert"[247] waren und somit eine eingehende Befassung mit der sozialen Problematik fehlte.[248] Bei den unterschiedlichen Arbeitsgebieten lief zwar eine individuelle Entwicklung ab, wobei sie jedoch stets die Prägung ihres Entstehungszusammenhangs und Beginns trugen.[249]

Innere Mission wurde betrieben, weil die bestehende Volkskirche reformbedürftig war, damit sie zu einer wahrhaftigen und richtiggehenden Volkskirche werden würde. In diesem Zusammenhang wurde die Innere Mission als der einzig probate Weg angesehen. Daneben erforderten die erkannten Notstände[250] innerhalb des Volkslebens, die christliche Fürsorge auf Grundlage einer planmäßigen Intervention zu betreiben. Abschließend wurde noch betont, dass Innere Mission schon deshalb möglich war, weil innerhalb der Volkskirche genügend Helfer vorhanden waren, die zur Praktizierung der erforderlichen Fürsorgemaßnahmen gesammelt und koordiniert eingesetzt werden konnten.[251]

---

242 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 77.
243 Vgl. Mahling, Die Innere Mission (1935), S. 197.
244 Vgl. ebd., S. 199.
245 Ebd., S. 208.
246 Ebd., S. 204.
247 Ebd., S. 212.
248 Vgl. ebd., S. 212.
249 Vgl. Thier, Die Kirche und die soziale Frage (1950), S. 89.
250 Siehe dazu: Wurster; Henning, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muß (1914), S. 12 – 25; Augener, Die Aufgaben der inneren Mission, gegenüber unserm durch die Industrie beeinflußten Volkslebens (1882), S. 8 f.
251 Vgl. zum Vorstehenden: Wurster; Henning, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muß (1914), S. 11.

Von besonderer Bedeutung für die Stellung der Inneren Mission zur Arbeiterfrage war vor allem die 1884 ausgegebene Denkschrift „Die Aufgabe der Kirche und ihrer Inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.“ Im Kern wurden darin Maßnahmen in sozialethischer, sozial karikativer, sozialreformerischer und sozialpolitischer Hinsicht geäußert.[252]

Dabei wurden unterschiedliche Arbeitsgebiete,[253] die in den Aufgabenbereich der Inneren Mission fielen, genannt. Zunächst wurde vor allem das Genossenschaftswesen auf Grundlage des Christentums propagiert, wobei auch der Gesichtspunkt der Hilfe zur Selbsthilfe mit in Betracht gezogen wurde. Unbestritten wurden seitens der Inneren Mission in dieser Hinsicht zwar Bemühungen unternommen, aber diese blieben wegen des geringen Anteils der daran beteiligten Angehörigen aus der Arbeiterschaft eher randständig. Der Gedanke der christlichen Genossenschaft hatte sich vielmehr in den Evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, die als Reaktion auf den Zuwachs der Sozialdemokratie entstanden waren, verwirklicht. Ebenfalls in den Bereich der christlichen Assoziation der Arbeiter gehörten die christlichen Gewerkschaften. Allerdings wurden alle diese Bestrebungen nicht gesteuert realisiert, was sich letztlich als problematisch erwies.[254] Als weiterer Arbeitsbereich wurde das Gebiet der allgemeinen Fürsorge in Bezug auf die Arbeiter angegeben. Waren die Bestrebungen im Bereich der christlichen Arbeiterorganisation auf eine größere Anzahl an Hilfsbedürftigen ausgerichtet, so gab es ebenso Maßnahmen, die beim Individuum ansetzten. Dazu gehörten einerseits Maßnahmen der Jugendfürsorge, die z. B. Ortsfremde durch die Vermittlung von christlichen Schlafplätzen vor sittlichen Gefahren zu bewahren suchten. Andererseits wurde versucht, diesen Personenkreis nicht nur „vor schlechten Dingen zu bewahren,“[255] sondern „sie leiblich und geistig zu fördern“.[256] Zu diesem Zweck wurden seitens

---

252 Vgl. Mahling, Die Innere Mission (1936), S. 228 f.; 232 f. Auf den Seiten 229 – 232 findet sich dort eine abschnittsweise Zusammenfassung, auf deren eingehende Erörterung an dieser Stelle verzichtet wurde.

253 Aus Gründen der Zweckdinglichkeit hatte sich eine Auswahl aus den Aufgabenbereichen der Inneren Mission angeboten, der sich vordergründig auf den Bereich der Arbeiterfürsorge in weiterem Sinne beschränkt hatte. Vgl. insgesamt zu allen Aufgabengebieten: Steinbeck, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (1932), S. 28 – 122. Vgl. speziell auch die Ausführungen bei: Augener, Die Aufgaben der inneren Mission, gegenüber unserm durch die Industrie beeinflußten Volkslebens (1882), S. 10 – 18; Watzdorf, Die Aufgaben der inneren Mission gegenüber der Verendung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Industrie und Gewerbe (1877) 16 – 23; Wurster; Henning, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muß (1914), S. 169 -253;

254 Vgl. zum Vorstehenden: Steinbeck, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (1932), S. 38 – 41. Vgl. zum Gedanken der Assoziation auch: Wichern in Stuttgart (1849), S. 44 f.

255 Steinbeck, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (1932), S. 42.

256 Ebd., S. 42.

der Inneren Mission Lehrlingsheime mit christlicher Hausordnung sowie Lehrlingsvereine begründet.

Der Bewahrung männlicher Arbeiter dienten „Verpflegungsstationen“, „Wanderarbeitsstätten,“ die „Herbergen zur Heimat“ sowie „Arbeiterkolonien“, die alle versuchten, arbeitslose bzw. arbeitsuchende Arbeiter und Handwerker vor sittlichen und sonstigen Gefahren zu bewahren. Zugleich sollten diese Einrichtungen nicht nur Arbeit geben, vermitteln und eine günstige Unterkunft bieten. Wesentliche Faktoren waren die Seelsorge sowie die christliche Einwirkung auf die Besucher.[257]

Soweit erstreckte sich die Fürsorge auf den männlichen Teil der Bevölkerung. In Bezug auf die weibliche Bevölkerung wurde im Grundsatz nichts anderes praktiziert. Somit fanden sich christliche Heime für Ortsfremde, die neben dem bewahrenden einen, z. T. bildenden Charakter auf christlicher Grundlage hatten, wie die „Feierabende“. Ferner gab es Einrichtungen wie die Bahnhofsmissionen, die wiederum die jungen Frauen bereits bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof auf den richtigen Weg, d. h. in christliche Heime oder Stellen verbringen wollten. Schließlich gehörten auch Maßnahmen wie der „Deutsch-evangelische Frauenbund“, der sich besonders auf dem Gebiet der Förderung der weiblichen Interessen hervorgetan hatte, in den Bereich der Inneren Mission.[258]

Sehr zaghaft wurde die Innere Mission im Bereich der Wohnungsfürsorge tätig. Bereits Wichern und Viktor Aimé Huber hatten darauf aufmerksam gemacht, dass die Wohnungsnot und die damit verbundenen Missstände vielfach Schuld an der bemängelten Entsittlichung und dem Verkommen der Arbeiterbevölkerung waren. Tatkräftig angepackt wurde dieses Arbeitsgebiet wiederum nur von Einzelpersonen, wie z. B. Friedrich von Bodelschwingh mit der „Stiftung Arbeiterheim“, Pfarrern, Kommunen oder aber Evangelischen Arbeitervereinen. Ebenso war im Bereich der Jünglingsvereine die Initiative zum sozialen Wohnungsbau ergriffen und mit dem „Vaterländischen Bauverein“ ein entsprechendes Instrument geschaffen worden. Die Gesamtheit dieser Bemühungen konnte durch die Schaffung gesunder Wohnungen sehr viel Gutes bewirken und auf diese Weise einen Beitrag zur Verhütung vieler Schäden leisten.[259]

Das Kernarbeitsgebiet machte bei der Inneren Mission jedoch der Kampf gegen die sittlichen Notstände aus. Dabei fielen zahlreiche Maßnahmen in den Bereich der

---

257 Vgl. ebd., S. 43 f.

258 Vgl. zum Thema Fürsorge für weibliche Berufe aller Stände: ebd., S. 46 – 50.

259 Vgl. ebd., S. 56.

Kinder- und Jugendfürsorge. Darunter wurde den Kinderbewahr- und Rettungsanstalten eine große Bedeutung zugemessen, da vermittelst dieser Anstalten versucht wurde, sittliche Schäden zu verhüten bzw. bereits eingetretene zu korrigieren und zu beheben. [260] Ein weiterer zentraler Arbeitsbereich stellten Maßnahmen dar, mit denen Kinder, Jugendliche wie auch Erwachsene in sittlich-christlich-religiöser Weise beeinflusst werden sollten.[261] Darunter fielen kirchliche Jugendvereine, Jugendpfarrer sowie Jünglingsverein. Ebenso waren die christlichen Jungmännervereine sowie der „Christliche Verein junger Männer" in diesem Aufgabenbereich angesiedelt. Sie alle hatten das Ziel, „den jungen Mann durch das Wort Gottes zu einem christlichen Charakter und einem treuen Kirchen- und Gemeindeglied (zu) erziehen".[262] Darüber hinaus war es ihnen ein Anliegen, die jungen Männer geistig zu fördern, indem sie die unterschiedlichsten belehrenden wie auch unterhaltenden Möglichkeiten anboten. Ferner war vielfach auch die Gelegenheit zu sportlichen Aktivitäten gegeben, was wiederum gruppenerzieherischen Charakter hatte.[263] Für die weibliche Bevölkerung dieser Altersgruppen gab es denen der männlichen entsprechende Angebote, in denen die „Art der Beschäftigung naturgemäß mehr Rücksicht auf den weiblichen Charakter nimmt".[264]

Im Grundsatz wurde jedoch eine sehr große Zurückhaltung geübt, die Soziale Frage im Sinne eines Problems im Rahmen der Sozialpolitik aufzufassen.[265] Die vordergründigen Maßnahmen der Inneren Mission zur Behebung der sozialen Problematik waren die Volksmission sowie die Diakonie, beides ganz dem Tenor der Wichern'schen Denkschrift entsprechend.[266] Wichern kam das Verdienst zu, den Kern der Sozialen Frage nicht ausschließlich in der Sündenschuld des Individuums gesehen zu haben. Er konnte durchaus erkennen, dass die sozialen Probleme seiner Zeit Folgen der Veränderungen waren, die im Zuge der Industrialisierung in Lebens- und Arbeitsbedingungen eintraten. Trotz dieser Erkenntnis „propagierte er eine Lösung der sozialen Frage durch sozialdiakonische Initiativen und sozialpatriarchal orientierte Unternehmer, ohne sich grundsätzlich mit den Ursachen der sozialen

---

260 Vgl. ebd., S. 59 – 62.
261 Vgl. insgesamt zu diesem Aufgabenbereich: ebd., S. 80 – 90.
262 Ebd., S. 87.
263 Vgl. ebd., S. 87.
264 Ebd., S. 88.
265 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 77 mit Anm. 7.
266 Vgl. ebd., S. 77.

Frage zu beschäftigen."[267] Deshalb kam durch Wichern eine Förderung des Dialogs über die Soziale Frage und realisierbare Möglichkeiten ihrer Lösungen lediglich sehr selten vor. Eine solche Gelegenheit war die 1871 in Berlin abgehaltene Oktoberversammlung, die das Zentrum der Befassung der Inneren Mission mit der Sozialen Frage darstellte.[268] Allerdings betonte Wichern dort nur „die Notwendigkeit der Herausforderung des Sozialismus zu begegnen"[269], überließ es jedoch seinem Korreferenten, praktische Lösungsmöglichkeiten vorzustellen.

Die Innere Mission konnte somit zwar auch als Lösungsansatz seitens der evangelischen Kirche auf die Soziale Frage erkannt werden,[270] jedoch hatte sie es versäumt, darüber hinaus praktisch tätig zu werden. Die Innere Mission unternahm mannigfaltige und unzählige Anstrengungen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Allerdings „waren und blieben (es) Leistungen von einzelnen für einzelne, und sie alle trugen das Zeichen der Wohltätigkeit."[271] Dabei gaben sich die Träger der Maßnahmen damit zufrieden, lediglich Begleiterscheinungen der sozialen Problematik aufzudecken und zu bekämpfen. Eine dezidierte Ursachenforschung nach den tieferen Gründen der sozialen Notlage fand hingegen nicht statt. Sichtbar wurde diese Vorgehensweise auf den „Kongressen für Innere Mission", die zwar die unterschiedlichsten sozialen Probleme eingehend erörterten sowie Lösungsvorschläge machten, den Schritt in die Praxis jedoch nicht vollzogen. Praktische Schritte waren schon allein deshalb nicht möglich, da alle Erörterungen unter dem Gesichtspunkt der christlichen Liebestätigkeit stattfanden. Darin zeigte sich die dezidierte Grenze der Inneren Mission. Aus dieser Sicht handelte es sich um eine „Hilfeleistung der sozial höher an den sozial niedrig Gestellten; von einer tätigen Anteilnahme der Masse an ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Hebung bis zur Höhe der Gleichberechtigung"[272] war jedoch nichts zu vernehmen. Zwar wurden ansatzweise Schritte unternommen, die Soziale Frage umfassender zu überblicken und zu analysieren. Allerdings waren diese Versuche schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt,

---

267 Ebd., S. 77 . Vgl. dort auch Anm. 8 a. a. O.

268 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 78 mit Anm. 9. Diese Meinung wird in der Forschung vertreten. Vgl. hierzu z. B.: Jähnichen; Friedrich, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus (2000), S. 923 – 925.

269 Fogarty, Christliche Demokratie in Westeuropa 1820 – 1953 (1959), S. 201. Vgl. auch Wicherns Rede auf der Oktoberversammlung: Wichern, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart. In: Wichern, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 253 – 289; Wichern, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart. In: Die Verhandlungen der kirchlichen October-Versammlung in Berlin (1872), S. 91 – 127.

270 Vgl. Ehmer, Geschichte der Evangelischen Kirche ein Württemberg (2008), S. 97.

271 Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (1908), S. 300.

272 Ebd., S. 300.

weil „man dazu nicht die Arbeiter berief, sondern diejenigen, deren Interessen einer wirksamen Fürsorge gegenüber dem Massenelend entgegenstanden.“[273] Es wurde versäumt, die in der Anfangszeit der Inneren Mission beginnenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen mit den begleitenden Konflikten innerhalb des Gesellschaftsgefüges auf der Basis des Evangeliums zu reflektieren und neue Ausgangspunkte für eine christlich fundierte Sozialpolitik zu schaffen.[274]

Zur Würdigung Wicherns und der Inneren Mission

Johann Hinrich Wichern hatte als erster und mit aller Offenheit wie auch Nachdrücklichkeit die Soziale Frage ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Vor allem in erweckten Kreisen konnte er mit seiner Arbeit und seinen Schriften die Soziale Frage verdeutlichen. Er war unter den Zeitgenossen derjenige, der einerseits die Situation des massenhaften Elends sowie andererseits die daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen Gefahren wohl deutlicher erkannt hatte als die meisten. Das Problem bei ihm war jedoch die Auffassung von der Sünde als Ursache aller Not. Freilich differenzierte er, wobei es ihm jedoch bei allen seinen Bemühungen nicht gelang, den „neuen Typus des Proletariers als *gesellschaftlich-politisches Element*, der nichts mit dem sog. ‚natürlichen’ Armen wie ihn alle Zeiten gekannt haben“[275] gemeinsam hatte, in den Bereich seiner Entscheidungen zu integrieren.[276] Er sah seine Aufgabe darin, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Rettung der „in den Unglauben absinkenden ‚unteren Volksschichten,‘“[277] dienen sollten. In dieser Auffassung waren sowohl Wicherns Grenzen als auch die der Inneren Mission zu erkennen. Es bestand für die Zeitgenossen sodann auch kein Grund, besorgt zu sein, die Innere Mission könne zum Träger einer tiefgehenden, die sozialen Missstände bis ins Detail analysierenden Gesellschaftskritik werden. Vielmehr hörte die Arbeit der Inneren Mission dort auf, wo die sehr bescheidenen Wünsche der Arbeiter nach einem geringen Mehr an Nahrung, Recht und Menschlichkeit eben erst begannen.[278]

In der Inneren Mission herrschte die grundsätzliche wie auch unumstößliche Grundanschauung, den Kontakt mit den oberen Bevölkerungsklassen keinesfalls

---

273 Ebd., S. 300.

274 Vgl. Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 174; Brakelmann, Kirche, soziale Frage und Sozialismus. Bd. 1 (1977), S. 33.

275 Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 17. Die kursive Hervorhebung ist Teil des Zitats.

276 Vgl. ebd., S. 17; Thier, Kirche und soziale Frage (1950), S. 12 – 15.

277 Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 17.

278 Vgl. ebd., S. 18 mit Anm. 26.

verlieren zu dürfen. Der Grund lag im Umstand, in den von den oberen Klassen „bestimmten Ordnungen eben gottgewollte Gegebenheiten“[279] zu sehen. Diese Sichtweise und das starre Festhalten daran, bedingten bereits in frühsozialistischer Zeit die Vorentscheidung, „daß der Kirche ‚durch eigene Schuld weithin die innere Verbindung mit dem Arbeiterstand verlorenging.‘“[280] Außerdem wurde selbst in der Erweckungsbewegung keinerlei Fühlung zu den Arbeitern wie auch ihren Führungspersönlichkeiten gesucht oder aufgenommen. Vielmehr blieben auch engagierte Christen wie Wichern in der Ansicht verhaftet, die soziale und ökonomische Not im Gefolge der Industrialisierung gleichermaßen als Gottesgericht, Bußruf und Aufforderung zur Wende anzusehen.[281] Diese Feststellung wies auf die Grenzen der Möglichkeiten der Inneren Mission hin, die sich entgegen der groß angelegten Zielsetzung der Wichern‘schen Denkschrift von 1849 nur mit großem Zögern mit der Sozialen Frage befasst hatte.[282] Erst sehr spät reifte beim „Centralausschuss der Inneren Mission“ die Erkenntnis, dass das bislang Geleistete noch nicht ausreichte und Größeres notwendig war.[283]

Wicherns Weitblick zeigte sich, indem er die wirtschaftlichen Missstände als Hauptursache der sozialen Nöte neben Unsittlichkeit und Irreligiosität stellte.[284] Zugleich bestand bei ihm die Auffassung, der massenhaften Armut nur über planmäßig strukturierte, groß angelegte Hilfe beikommen zu können. Wie allgemein üblich suchte Wichern Hilfe beim Staat, wobei er es jedoch unterließ, in Aspekten für die Durchführung einer staatlichen Sozialreform praxisbezogene Vorschläge zu deren Ausgestaltung zu machen. Eine ausgesprochen gesellschaftspolitische Umsetzung der Wichern‘schen Gedanken fand erst später statt.[285]

Wicherns Problem lag vor allem auch darin, die Möglichkeiten, der von ihm propagierten Assoziation, ungenutzt zu lassen. In seiner Denkweise fand angesichts der 1848er Revolution und der nachfolgenden Restaurationszeit eine bedeutungsvolle Verfestigung und Simplifizierung statt. Infolgedessen wurde „(d)er Kampf gegen die Revolution und ihren Geist […] ein Kampf des Glaubens gegen den Unglau-

279 Ebd., S. 18.
280 Ebd., S. 18 mit Anm. 27. Vgl. Gerhardt, Ein Jahrhundert innere Mission. Bd. 1 (1948), S. 23.
281 Vgl. Ruhbach, s. v. Erweckungsbewegung. In: Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde. Bd. 1 (1992), S. 533.
282 Vgl. Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 18 f.; Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission. 1. Teil (1948), S. 198.
283 Vgl. Gerhardt, Ein Jahrhundert Innere Mission. 2. Teil (1948), S. 109 f.
284 Vgl. Brakelmann, Die soziale Frage des 19, Jahrhunderts (^{2}1964), S. 138.
285 Vgl. ebd., S. 138 f.

ben.“[286] Denn nach seiner Auffassung waren „Kommunismus, Atheismus, radikaldemokratische Bewegungen […] nur Aufstand gegen Staat und Christentum, gegen geheiligtes Recht und gegen die Institutionen des Eigentums.“[287] Die Folge dieser geistigen Entwicklung war die Unfähigkeit Wicherns und vieler seiner Zeitgenossen zu einer objektiven Bewertung der Zeitumstände unter Einbezug der ursächlichen Hintergründe zu gelangen. Eine weitere Folge war die vermehrte und sich verfestigende Anbindung sowohl Wicherns und der Inneren Mission als auch vieler anderer Hilfsprojekte an die etablierte Gesellschaft mit ihren Denk- und Handlungsweisen sowie unmittelbar an den Kaiser.[288]

Der Kern der Gesamtproblematik, die durch diese Entwicklung bedingt wurde, war die unreflektierte Übertragung der überkommenen sozialethischen Leitsätze wie z. B. der Patriarchalismus auf die komplett veränderte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Diese Ideologie verhinderte den Einblick in die tatsächlichen Gegebenheiten. Hinzu kam bei Wichern, dass er aufgrund seiner Vorstellung vom Reich Gottes die historischen Vorgänge als deutliche Zeichen des Antichristen deuten musste. Mit Wicherns organologischer Vorstellung vom Reich Gottes stand seine Auffassung „von der sozialen Wiedergeburt des Volkes durch die totale Evangelisation“[289] in Zusammenhang.

Das Problem dieses bedeutungsvollen Mannes war sein Unvermögen, die vollständige Verweltlichung aller Lebensbedingungen mit seiner Theologie erfassen zu können. Für ihn bestand die Verweltlichung unreflektiert aus dem „Abfall von Gott, Sieg des Antichristlichen“,[290] wogegen nur mit den Mitteln der Evangelisation angegangen werden konnte.

Wichern konnte mit seinen sozialreformerischen Ansätzen sicherlich partielle Erfolge verbuchen, im Wesentlichen war er jedoch, wie viele andere auch, nicht ganz zum Ziel gelangt. Ursächlich dafür waren seine theologischen Sichtweisen, die für die vorindustrielle Gesellschaft passten, jedoch nicht für die industrialisierte Gesellschaft. So wurde der Dialog mit der neuen Zeit durch Wicherns grundlegend organologische Denkweise sowie durch „eine nicht klare Zuordnung von Staat und Kirche, seine Reichsgottesvorstellung und die damit verbundene Geschichtstheolo-

---

286 Ebd., S. 139.
287 Ebd., S. 139.
288 Vgl. ebd., S. 139.
289 Ebd., S. 140.
290 Ebd., S. 140.

gie“[291] verhindert. Wichern war nicht in der Lage, die sich wandelnde und verweltlichende Umwelt im Rahmen seiner Theologie zu begreifen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. Er hatte die Vorstellung „des christlichen Staates und der christlichen Gesellschaft“,[292] die auf diese Weise zu einer christlichen Ideologie des Spätbürgertums wurde.[293]

Der Wirkungskreis von Wichern und der Inneren Mission war zunächst vordergründig im norddeutschen Raum angesiedelt. Dennoch war in Württemberg mit der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ eine Organisation der freiwilligen und amtlich-halbamtlichen Wohltätigkeit vorhanden, als Wichern Kontakte mit Württemberg herstellte. Diese Kontaktanbahnung verlief über die Stuttgarter Predigerkonferenz,[294] der herausragende Persönlichkeiten, wie Sixt Karl Kapff angehörten.

Sixt Karl Kapff und die Soziale Frage

In Stuttgart war im 19. Jahrhundert ein Mann tätig, der im Bereich der evangelischen Landeskirche einen unvergleichlichen Einfluss ausgeübt hatte, so dass sogar von einer Ära Kapff gesprochen werden konnte. Sixt Karl Kapff[295] war lange Jahre Prediger an der Stuttgarter Stiftskirche und saß als Oberkonsistorialrat in der Kirchenleitung.[296] Im Rahmen seiner Tätigkeit war es ihm beispielsweise gelungen, das Vertrauen der unterschiedlichen pietistischen Gemeinschaften in Württemberg zu erlangen und damit konnte er auch auf die Integration des Pietismus in der evangelischen Landeskirche hinwirken.[297] Er wirkte in einer Zeit, in der wesentliche

---

291 Ebd., S. 141.

292 Ebd., S. 141.

293 Vgl. ebd., S. 141.

294 Vgl. Beyreuther, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 115; Scheffbuch, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 94, 1994, S. 133.

295 Vgl. zu Kapffs Leben und Wirken: Kapff, Lebensbild von Sixt Carl v. Kapff. 2 Bde. (1881); Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 122 – 164, besonders S. 159 f.; Roessle, Von Bengel bis Blumhardt (^{4}1966), S. 388 – 398; Scheffbuch, Sixt Carl Kapff. Geistliches Ringen um die Gemeinschaft von Pietisten und Nichtpietisten in der württembergischen Kirche. In: BWKG 94, 1994, S. 122 – 148; Schröder, Sixt Carl Kapff (1805 – 1879) (2001), S. 315 – 329; Ders., Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 29 – 62.

296 Vgl. zu Kapffs Tätigkeit als Prediger an der Stuttgarter Stiftskirche: Kapff, Lebensbild von Sixt Carl v. Kapff. Bd. 2 (1881), S.149 – 200. Vgl. insgesamt zu seinem Wirken: Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 354 mit Anm. 14; Hartmann, Chronik der Stadt Stuttgart (1886), S. 259; Beyreuther, Die Erweckungsbewegung (1963), S. R 39; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 369; Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zu Gegenwart (1949), S. 397; Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1964), S. 140 f.; Württembergische Kirchengeschichte (1893), S. 610 f.

297 Vgl. Ehmer, Geschichte der Evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 108; Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 42; 48; besonders aber auch S. 61.

Veränderungen in der württembergischen Landeskirche vonstattengingen.[298] Maßgebliche Wirkung entfaltete er durch seine Persönlichkeit, die aus einer Mischung von festem Glauben, gepaart mit Pflichtbewusstsein und Disziplin, bestand. Kapff hatte sich sowohl „mit dem Liberalismus wie mit dem extremistischen religiösen Eiferertum auseinandergesetzt und das geistliche Erbe der württembergischen Väter nicht bloß zu wahren, sondern auch zu mehren gesucht.“[299] Besonders offensichtlich wurde dieser Wesenszug darin, dass er alle diejenigen seiner Zeitgenossen als Weltliche bezeichnete, die seine „Frömmigkeit nicht teilten“.[300] Dabei differenzierte er nicht zwischen „Sozialisten, rebellische(n) Arbeiter(n), liberale(n) Theologen (oder) Kritiker(n)“.[301] Diese Personengruppen sah er ohne Unterschied im gleichen Grade als „‚gottlos‘ und ‚irreligiös‘“[302] an, weshalb er „ihnen (nur) mit väterlichen Ermahnungen und wo das nicht half, mit strenger Ablehnung“[303] entgegentreten konnte. Dazu in Korrelation stand ein sicherer Blick für die sozialen Zustände seiner Zeit, weshalb er in einem Nachruf auch als „süddeutscher Wichern“ bezeichnet wurde.[304] Mit „Wichern verband ihn die Richtung aufs Volksganze, ein klarer Blick für die treibenden Bewegungen der Zeit und eine den Verhältnissen bis auf den letzten Grund nachgehende Einsicht“,[305] der jedoch ähnlich wie bei diesem mit einem eklatanten Mangel an Realitätssinn gepaart war.[306] Somit war nicht verwunderlich, dass Wichern in ihm „einen Verbündeten in der Frage der Inneren Mission“[307] fand.

Auch Kapffs Einstellung gegenüber der Revolution des Jahres 1848 machte ihn zu einem Verbündeten von Wichern. Er hatte dieses Ereignis eingehend in seiner Schrift „Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel“[308] erörtert. Demzu-

---

298 Vgl. Kapff, Lebensbild von Sixt Carl v. Kapff . Bd. 2 (1881), S. 171.

299 Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 354.

300 Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 32.

301 Ebd., S. 32.

302 Ebd., S. 32.

303 Ebd., S. 32.

304 Vgl. Hinderer, Was zur Tat wurde (1909), S. 20; Faber, Fünfzig Jahre Landesverband der Inneren Mission in Württemberg. 1914 – 1964 (1964), S. 9.

305 Hinderer, Was zur Tat wurde (1909), S. 20.

306 Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 43. Allerdings ist zu bemerken, dass Kapff trotzdem so realistisch war, eine Mischung aus realitätsfernen-antiquierten Mitteln und gleichermaßen adäquaten Maßnahmen zur Lösung von sozialen Problemen, wie z. B. die Teuerung des Jahres 1847, vorzuschlagen. In diesem Aspekt unterschied er sich ebenfalls nicht von Wicherns Denk- und Handlungsweise. Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 43 f.

307 Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 144. Vgl. auch: Kannenberg, Verschleierte Uhrtafeln (2007), S. 332.

308 Vgl. Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851).

folge war die Revolution nur zu verdammen, da aus der Bibel dazu kein Recht herzuleiten war.[309]

Die Hauptursache der Revolution war folglich die Armut.[310] Diese resultierte aus mehreren Missernten, den großen Belastungen der Landwirte infolge hoher Grundabgaben sowie der durch die wachsende industrielle Fertigung bislang rein handwerklicher Erzeugnisse bedingten Konkurrenz zwischen Fabrik und Handwerk.[311] In diesem Zusammenhang fiel es Kapff auf, dass „sich die soziale Schere in die andere Richtung weit geöffnet“[312] habe, was sich in einem kontinuierlichen Zuwachs des Reichtums der Reichen bemerkbar machte. Besonders auffallend war die Schuldzuweisung für diese Entwicklung an den Staat. Kapff sah den Staat mit seiner Politik, die seines Erachtens einseitig auf das Wohl der Vermögenden ausgerichtet war, als für die Notlage der Bevölkerung verantwortlich an.[313] Demnach bildete die Revolution von 1847/48 „ein berechtigtes Gericht über die Obrigkeiten.“[314] Nach Kapffs Auffassung war der christliche Staat, mit dem verantwortungsvollen Herrscher das unumstößliche Ideal, das keineswegs verändert werden durfte. Demzufolge musste die Ständehierarchie unbedingt aufrechterhalten und jede Veränderung verhindert werden. Zwar sprach er den Unterschichten das Recht auf das Existenzminimum zu, „(a)ber alles, was diese gottgewollte Ordnung umzustoßen oder zu verändern drohte, verwies Kapff in den Bereich des Aufruhrs wider Gottes Willen.“[315] An diesem Gedankengang zeigte sich der, sowohl bei Kapff, als auch bei vielen seiner Zeitgenossen herrschende Widerspruch sehr offensichtlich. Einerseits wurden Missstände erkannt sowie Schulzuweisungen gemacht. Andererseits verhinderten die Statik und rückwärtsgerichtete Sichtweise der Gesellschaft weitergehende Initiativen und möglicherweise eine Lösung respektive Lösungsansätze für die erkannten Probleme. Im Zusammenhang mit der Armut unterschied Kapff weitergehend noch zwischen verschuldeter und unverschuldeter Armut. Neben den Faktoren, die zur äußeren Armut geführt hatten, benannte er auch die innere Armut als weiteren Aspekt. Dabei war vor allem der „Mangel ächter Religiosität und Sitt-

309 Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 220.
310 Vgl. insgesamt: Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851), S. 6 – 25.
311 Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 52.
312 Ebd., S. 52.
313 Vgl. ebd., S. 52.
314 Ebd., S. 52.
315 Ebd., S. 53.

lichkeit“,[316] der bei allen Ständen vorkam, maßgeblich. Dieser war die Folge der inneren Verarmung der Menschen, die ihre Ursache in Irreligiosität hatte. Ebenso sah er das Problem des Bettels als weiteren Faktor, der bereits im Kindesalter die Menschen auf den falschen Weg führte.[317]

Nach der Ursachenanalyse wandte er sich den Heilmitteln zu.[318] Als das Universalheilmittel gegen den Geist der Revolution sowie die sonstigen zeitbedingten Notstände, sah er das lebendige Christentum an.[319] Damit die „innerlich und äußerlich Alles neu machenden christlichen Wahrheiten […] immer tiefer ins Volk eingeführt und ihr Segen Allen angetragen werden“[320] sollte, bedurfte es der Inneren Mission. Nach Kapffs Verständnis umfasste diese „die gesamte Gemeindearbeit, Hausbesuche des Pfarrers, Zusammenfassung von Männern, Frauen und Jugendlichen zu Kreisen, Ermunterungen, Hausandachten zu halten, die Öffentlichkeit mit christlicher Sitte zu durchdringen […] (und) ein geordnetes Leben zu führen.“[321] Auf der Grundlage dieser Auffassung von der Inneren Mission, gedachte Kapff ein wirkungsvolles Regulativ für das Elend sowie die Verwahrlosung zu erkennen. Somit erschien ihm die Innere Mission als die probateste Maßnahme gegen revolutionäre Ansichten.[322] Mit dieser Auffassung zeigte sich eindrucksvoll, wie sehr Kapff, ungeachtet aller Fähigkeiten, zeitbedingte Probleme zu erkennen, bei allen sozialen Belangen „dem alten pietistischen Gedanken der frommen Stiftungen und Anstalten verhaftet“[323] blieb. Daher war der „Aufruf zu lebendigem, tätigem Christentum […] für Kapff die Konsequenz aus den Erfahrungen der Revolutionszeit.“[324] Aus diesem Grund bestand für ihn die Notwendigkeit, „die Wirkungen der Menschwerdung Gottes sichtbar werden zu lassen; uneigennützige Hingabe und ein

316 Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851), S. 25. Vgl. auch: Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 53.

317 Vgl. Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851), S. 20 sowie die Beispiele, die Kapff ebd., S. 21 – 23 gibt. Vgl. auch: Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 143.

318 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851), S. 115 – 150.

319 Mit dieser Auffassung befand sich Kapff mit Wichern auf einer Linie, der bereits bei seinem Besuch in Stuttgart 1849 dieselbe Ansicht vertreten hatte. Vgl. hierzu: Wichern in Stuttgart (1849), S. 27. Vgl. weiter: Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 220; Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 143 f.; Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 53.

320 Ebd., S. 117.

321 Schäfer, Neue Kirchliche Ordnungen der Württembergischen Landeskirche. In: BWKG 62, 1962, S. 297 f.

322 Vgl. ebd., S. 298 mit Anm. 41; Maier, Zwischen Kanzel und Webstuhl (1997), S. 88.

323 Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 62.

324 Ising, Eine „Weckstimme durch alle Völker“. In: PuN 24, 1998, S. 304.

echter Brudergeist könnten sittliche und materielle Not beheben.“[325] Diese Möglichkeit sah er in der Inneren Mission,[326] wobei diese letztlich zur Stütze des überkommenen Systems wurde. Kapff wurde im Sinne der Inneren Mission vielfach tätig. Das Bestreben, der sittlichen Verwilderung Einhalt zu gebieten, war gepaart mit der Intention, zugleich den christlichen Staat schaffen zu wollen. Dabei war „ein enges Bündnis von Thron und Altar, das nationalistische Töne zuläßt“,[327] ein wichtiger Faktor seiner Tätigkeit.[328] Im Zuge von Kapffs Anstrengungen zur Beförderung eines christlichen Staates wurde der „württembergische Pietismus in die ‚Innerlichkeit und in ein noch stärkeres Verharren in konservativer Bürgerlichkeit‘ geführt.“[329]

Diese Einstellung wurde auch in Kapffs Schrift, „Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet“[330] sichtbar. Kapff begann seine Ausführungen mit der Erörterung der wirtschaftlichen Bedeutung der Fabrik,[331] die sehr schnell in die erzieherische Funktion mündeten.[332] In diesem Zusammenhang hob er hervor, dass die Arbeiterschaft gerade „durch die Arbeit und durch gute Ordnungen und Gesetze, wenn solche in einer Fabrik herrschen, an *edlere Bildung*, reine *Sittlichkeit*, *Sparsamkeit* und *Gottesfurcht* gewöhnt werden“[333] könnte. Dabei übersah er bei aller Sorgfalt seiner Ausführungen die tatsächlichen „Probleme und Nöte der Arbeiterschaft“.[334] Deutlich zeigte sich dieser Aspekt in der Betonung der erforderlichen Unterordnung sowie Rechtlosigkeit des Arbeiters, die für ihn quasi naturgegeben waren. Infolgedessen führte Kapff die Rechte der Arbeiter nur sehr kurz gefasst aus. Diese Rechte umfassten dementsprechend nur allgemeinethische Bereiche wie z. B. „das Men-

---

325 Ebd., S. 304.

326 Vgl. ebd., S. 304; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 227; Kapff, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere (1851), S. 113 – 117.

327 Ising, Eine „Weckstimme durch alle Völker“. In: PuN 24, 1998, S. 306.

328 Vgl. zum Vorstehenden auch: Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 53 f.; 62.

329 Ebd., S. 307 mit Anm. 65. Vgl. auch: Schäfer, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche (1984), S. 259.

330 Kapff, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet (1856).

331 Vgl. ebd., S. 6 – 10.

332 Vgl. ebd., S. 10 f.

333 Ebd., S. 10. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.

334 Müller, Sozialistische Motive in der württembergischen evangelischen Kirchengeschichte (1981), S. 45. Vgl. z. B. auch: Kapff, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet (1856), S. 24 f., wo Kapff ein positives Votum für das Erfordernis des 18-stündigen Arbeitstages abgab und zugleich den Arbeiter zur Erduldung dieser langen Arbeitsdauer aufrief.

schenrecht und das Christenrecht“,[335] „Das Recht auf humane Behandlung“[336] oder „Das Recht auf Lohn“.[337] In Zusammenhang mit den Rechten der Arbeiter war auffallend, in welchem Maße die „Nothwendige Rechtsbeschränkung“[338] betont wurde. Dazu gehörten „sogar Sonntagsarbeit (in ‚Nothfällen‘); Streikverbot: ‚die Arbeiter können nicht das Recht haben, sich zu verabreden oder zu verschwören, sie wollen nicht mehr arbeiten, bis daß ihr Lohn erhöhet werde‘; überhaupt, nachdem Kapff viele abschreckende Exempel mitgeteilt hat: ‚Solche Thatsachen zeigen, daß es nichts ist mit dem stolzen Geschwätz von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Zu dem allem hilft nur wahres Christenthum.‘“[339]

Das Missverhältnis zwischen Rechten und Pflichten zeigte sich ebenso in dem umfangreich abgehandelten Pflichtenkatalog.[340] Hierzu waren an erster Stelle der „Gemeingeist“,[341] „Unterordnung und Gehorsam“,[342] „Fleiß“,[343] „Pünktlichkeit, Ordnung, Reinlichkeit“,[344] „Laß nichts verderben“,[345] „Sei im Geringsten treu und ehrlich!“,[346] „Wiedererstattung von unrechtem Gut“,[347] „Pflicht zur Keuschheit“,[348] „Die Mäßigkeit“,[349] „Sparsamkeit“[350] sowie abschließend die „Pflichten gegen Gott“[351] zu zählen. Die Pflichten machten Kapffs konservative Stellung offensichtlich, die er unreflektiert weiterverfolgte, wie sich in seinem „harten Urteil von 1878, die Sozialdemokratie sei ‚eine Entwürdigung des deutschen Volkes‘“[352] zeigte.

---

335 Vgl. Kapff, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet (1856), S. 20 – 22.

336 Vgl. ebd., S. 22.

337 Vgl. ebd., S. 22 f.

338 Vgl. ebd., S. 27 – 30.

339 Scharfe, Die Religion des Volkes (1980), S. 163. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats. Vgl. zum Vorstehenden auch: Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 54 f.

340 Vgl. zu diesem und dem Nachfolgenden auch: ebd., S. 163; Ders., Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 162.

341 Vgl. Kapff, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet (1856), S. 31 f.

342 Vgl. ebd., S. 32 f.

343 Vgl. ebd., S. 33 f.

344 Vgl. ebd., S. 34 f.

345 Vgl. ebd., S. 35 f.

346 Vgl. ebd., S. 36 – 39.

347 Vgl. ebd., S. 39 f.

348 Vgl. ebd., S. 41 – 48.

349 Vgl. ebd., S. 48 – 54.

350 Vgl. ebd., S. 54 – 57.

351 Vgl. ebd., S. 57 – 63.

352 Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 162. Vgl. auch: Kapff, Lebensbild von Sixt Carl v. Kapff. Bd. 2 (1881), S. 258.

Hinter diesen Auffassungen von Rechten und Pflichten zeigte sich Kapffs Grundsatzmeinung, dass der wahrhafte Grund für die Not der Arbeiter an deren fehlender Tugendhaftigkeit lag und „nicht in der gesellschaftlich bedingten sozialen Ungleichheit.“[353] Dazu gehörte auch die bei Kapff wiederkehrende Ansicht, den Wirtshausbesuch mit den damit einhergehenden Vergnügungen als den schwersten Notstand innerhalb der Gesellschaft wie auch der Gemeinde anzusehen.[354] Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, mussten für Kapff der Unglaube sowie die Unmoral die tatsächlichen Ursachen der sozialen Not sein. Ihm kam bei dieser Sichtweise nicht in Betracht, dass in Wirklichkeit die Not wie auch die sozialen Lebensumstände die wirklichen Ursachen für die sozialen Probleme der Arbeiterschaft waren.[355] Dieser Umstand war umso verwunderlicher, da Sixt Karl Kapff beim Aufbau zahlreicher diakonisch-missionarischer Institutionen beteiligt war.[356] In Anbetracht des Ergebnisses seiner Überlegungen konnte Kapff den Arbeiter nur auf das Jenseits vertrösten.[357] Als Trost für das Diesseits empfahl er den Fabrikarbeitern, „das goldene Sprüchlein […] bet und arbeit, so hilft GOtt allzeit“[358] zu befolgen.[359]

Kapffs Schrift mit den darin enthaltenen Maßregeln stellte keine „sinnvolle Antwort auf die anwachsende Dynamik des industriellen Zeitalters“[360] dar. Vielmehr wurde an seinen Ausführungen offensichtlich, in welchem Maße er unfähig war, die in der Zunahme des industriellen Proletariats immanente soziale Brisanz angemessen einzuschätzen. Möglicherweise resultierte diese Fehleinschätzung einerseits aus der verzögerten Industrialisierung Württembergs; andererseits aber auch aus dem in Württemberg mehr als in anderen Regionen des Deutschen Reichs vorhandenen christlichen Verantwortungsgefühl, das zahlreiche Unternehmer auf unterschiedliche Weise sozial tätig werden ließ.[361]

---

353 Maier, Zwischen Webstuhl und Kanzel (1997), S. 88 mit Anm. 15.

354 Vgl. Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 135.

355 Vgl. Maier, Zwischen Webstuhl und Kanzel (1997), S. 88.

356 Vgl. zu Kapffs sozialkaritativer Tätigkeit bzw. zu seiner Vereinstätigkeit: Scheffbuch, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 94, 1994, S. 132; Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 158 f.; Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 51 f.

357 Vgl. Müller, Sozialistische Motive in der württembergischen evangelischen Kirchengeschichte (1981), S. 46.

358 Kapff, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet (1856), S. 14.

359 Vgl. Maier, Zwischen Webstuhl und Kanzel (1997), S. 88.

360 Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 55.

361 Vgl. zum Vorstehenden: Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 55; Boelcke, die Industrialisierung (1986), S. 254 – 263.

Im Grundsatz erkannte Kapff die „herrschenden sozialen Verhältnisse“,[362] die sich in den großen gesellschaftlich-sozialen Differenzen widerspiegelten, als die tieferen Ursachen der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848.[363] Schon aus diesem Grund bestand für ihn die dringende Erfordernis der Inneren Mission. Parallel dazu setzte er sich für den christlichen Staat ein, der nach seiner Meinung durch ein geeintes Deutschland unter der Leitung Preußens entstehen sollte.[364] Die Aufgabe eines solchen christlichen Staatwesens war der Schutz des Sonntags durch entsprechende gesetzliche Sanktionen. Die Aufgabe der Kirche war es nach Kapff, „den durch die Sonntagsheiligung entstandenen Raum zu füllen durch innere Mission, durch Predigt und Seelsorge als Bußruf.“[365] Als die einzige durchführbare Lösung für die Gesamtheit aller sozialen Probleme sah er das Familienleben an, das auch zu fördern war.[366] Gerade in diesem letzten Aspekt stimmte er vollkommen mit Wichern überein.

Zugleich zeigte sich Kapff in seiner Sichtweise hochkonservativ, was sich in seinen Schriften deutlich widerspiegelte. Das dort dargelegte konservative „Programm enthielt keinerlei Perspektiven für die Bewältigung der Industrialisierung und der sozialen Frage; seine kirchliche Haltung verhinderte die notwendig gewordene theologische Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit auf breiter Ebene.“[367] So war es keineswegs verwunderlich, dass er die Industrie zusammen mit der Eisenbahn in hohem Maße verurteilte.[368] Das dabei entworfene Bild der Kirche konnte weder der Arbeiterschaft noch den höheren Ständen eine Heimat bieten. Wilhelm I. teilte Kapffs Auffassungen vollständig, was weitergehend die Isolation der Landeskirche bedingte.[369] Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, hätte ein unangenehmerer Ratgeber bessere Dienste leisten können.[370] Kapffs Theologie zeigte sich in seinen Schriften als „zu einem System von lauter Leerformeln, die überhaupt nichts mehr

362 Ehmer, Geschichte der Evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 108.
363 Vgl. ebd., S. 108.
364 Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 44; 48; besonders S. 58; 62.
365 Ehmer, Geschichte der Evangelischen Kirche in Württemberg (2008), S. 108.
366 Vgl. ebd., S. 108.
367 Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 494. Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 30.
368 Vgl. Kannenberg, Verschleierte Uhrtafeln (2007), S. 307 mit Anm. 173.
369 Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 30; Sauer, Reformer auf dem Königsthron (1997), S. 148.
370 Vgl. Schäfer, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche (1984), S. 494; Sauer, Reformer auf dem Königsthron (1997), S. 404.

mit dem Leben zu tun haben“[371] erstarrt. Es war ihm ungeachtet aller, trotz seines Konservativismus von ihm durchgeführten Analysen seiner Zeit unmöglich, zu weiterführenden Lösungsmöglichkeiten für die erkannten, unerledigten Probleme zu gelangen.[372] Folglich musste es außerhalb seines Vorstellungsvermögens liegen, dass es auch neuartige Ansätze geben konnte, die probate Lösungen für die sozialen Probleme seiner Zeit anboten. Aufgrund dieser Denkweise mussten ihm zwangsläufig manche seiner Zeitgenossen suspekt erscheinen.[373]

Im Gegensatz zu Kapff gab es in Württemberg auch einen praktisch sozialreformerisch tätigen Mann, der jedoch aufgrund der Statik des damaligen Systems ebenfalls scheitern musste. Zumindest seine Herangehensweise an die Problematik der Industrialisierung und sozialen Not war beeindruckend realistisch, wenn auch nicht gänzlich frei von wirklichkeitsfremden Elementen.

Gustav Werner und der Versuch der christlichen Industrie

Im 19. Jahrhundert kam es zu den ersten Versuchen einer Annäherung von Kirche und Arbeiterschaft, die jedoch von Einzelpersonen unternommen wurden. Gustav Werner[374] war der erste, der den Versuch unternahm, „den Arbeiter zu gewinnen und die Fabrik mit christlichem Geist zu erfüllen suchte.“[375] Dabei kam es bei Werners Schaffen zu einer kreativen Verbindung verschiedenartiger Dimensionen. Wesentlich war hierbei, dass sich „Verkündigung und Seelsorge, Pädagogik und Diakonie, sozialreformerische und ökonomische Komponenten verschränken […] und (einander) durchdringen.“[376] Dieser Ansatz ging weit über die ansonsten übliche Denkart des Großteils seiner Zeitgenossen hinaus. Diese Denk- und Handlungsweise war in Zusammenhang seiner Auffassung der Predigttätigkeit zu sehen. Im Gegensatz zu anderen Theologen waren in Werners Predigten „(n)icht Sünden und

---

371 Müller, Sozialistische Motive in der württembergischen evangelischen Kirchengeschichte (1981), S. 47.

372 Vgl. Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 30.

373 Vgl. ebd., S. 62.

374 Gustav Werner war eine solchermaßen facettenreiche Persönlichkeit mit einem umfassenden Werk, das nicht in wenigen Zeilen adäquat dargestellt werden kann. Aus diesem Grund muss hier eine Beschränkung auf die wesentlichsten Aspekte stattfinden, die zum Teil auch nur stichwortartig abgehandelt werden können. Vgl. für einen Überblick über Werners Leben und Wirken deshalb: Krauß, Gustav Werner. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 14 (1980), S. 255 – 287; Bartel, Gustav Werner (1990); Wurster, Gustav Werners Leben und Wirken (1888); Keppler, Gustav Werner, ein Bahnbrecher des christlichen Sozialismus und sein Werk. Stuttgart; Tübingen (1948); Kneile, Gustav Werner und sein Werk. (1909; ^{2}1925); Krauss, „Gott im Maschinensaal“ (1980); Ders., Gustav Werner. Werk und Persönlichkeit (1959).

375 Völter, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 13.

376 Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 5.

Strafen, nicht Buße und Erweckung […] (zentral), sondern die Gottes- und Nächstenliebe, die sich im alltäglichen Leben äußere, ein Glaube, der im tatsächlichen Handeln, in der Tat und durch die Tat Wirklichkeit gewinnen solle."[377] Werner erkannte dabei, dass die Predigt allein nicht ausreichend war, um in der Realität etwas zu bewegen. Vielmehr war es erforderlich, gerade auf dem Gebiet der Industrie der „Gesellschaft mit der Tat voran(zu)gehen und die Gerechtigkeit des Reiches Gottes mit ihren Hauptgebieten des Christentums"[378] universal zu gebrauchen.

In Gustav Werners Theologie hatte die Hoffnung auf den baldigen Anbruch des Reich-Gottes eine zentrale Stellung. Damit einher ging die Erwartung des „Durchbruch(s) eines ‚johanneischen Christentums der Liebe', eine(r) Erneuerung der Kirche und des Volkslebens und eine(r) Gewinnung der Menschheit für den König Christus in absehbarer Zeit".[379] Die diesseitige Welt fasste er deshalb als den Tätigkeitsbereich des Christus auf, zu dessen Werkzeug er sich bis zur Wiederkunft Christi auf Erden bestellt sah.[380] Er vertrat deshalb die Überzeugung, „daß es sowohl möglich als auch nötig sei, Christus angesichts des nahe bevorstehenden Anbruchs des Reiches Gottes ganz konkret zum Herrn der Wirtschaft zu machen."[381] Es sollte also der Beweis geführt werden, dass das Reich Gottes und die moderne Welt der Industrie zueinander kompatibel waren.[382] Für Werners weiteres Engagement im industriellen Bereich war zudem relevant, dass sich bei vollem Vertrauen auf Gott sowie der Ausübung von Liebe eine Befassung mit wirtschaftlichen wie auch sozialpolitischen Fragen erübrigen würde.[383] Diese Sichtweise erklärte, weshalb Werner solchermaßen unbefangen den „Versuch, die Reich Gottes-Hoffnung auf die konkreten Konflikte und Nöte der Gesellschaft zu beziehen,"[384] unternahm. Mit der Liebe einhergehende war auch die Vorstellung von Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen, womit die beiden Grundpositionen von Werners Denk- und

---

377 Unseld, Liebe und Gerechtigkeit (2009), S. 24.

378 Göggelmann, Ein Haus dem Reich Gottes bauen (2007), S. 135. Vgl. auch a.a.O. Anm. 166. Vgl. auch: Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 20.

379 Beyreuther, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 53. Vgl. auch: Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 194 f.

380 Vgl. Beyreuther, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (^{3}1983), S. 53.

381 Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution (1980), S. 141. Vgl. zum Vorstehenden auch: Unseld, Liebe und Gerechtigkeit (2009), S. 22; Ders., Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 55; Ders., Stiftung und Wirkung (2009), S. 127; Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 194 f.

382 Vgl. Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 194.

383 Vgl. Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution (1980), S. 141.

384 Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 8.

Handlungsweise kurz umschrieben sind.[385] Diese Gerechtigkeit „markiert den inhaltlichen Kern der von Werner geforderten und ersehnten Reformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse.“[386]

Werner erkannte also seine Berufung darin, seinen Beitrag zu leisten, um die Kirche zu vollenden, aber auch zur Durchsetzung des Reiches Gottes auf dieser Welt, wodurch den leidenden Menschen wiederum Hilfe zu deren Erlösung angedeihen sollte.[387] Dabei unternahm er den Versuch, „die Industrie als Raum für das Reich Gottes zu erschließen.“[388] Er vertrat die Auffassung, „daß kein Gebiet für die Herrschaft Christi geeigneter ist, als das der Industrie namentlich auf ihrem gegenwärtigen Standpunkt.“[389] Der Grundsatz der Weltverwandlung durch Menschenverwandlung schien dabei im Hintergrund zu stehen.[390]

In der ganzen Arbeit Werners spiegelte sich jener ernsthafte Glauben wider, „der niemals ganz vergessen hat, was christliche Demut und brüderliche Liebe sind.“[391] Dieser Grundzug ließ ihn fast von Anfang an zu einem Vorkämpfer „einer ‚apostolischen Kirche‘ (werden), in der Gottesliebe, gute Werke, Buße und Bruderschaft gleich bedeutungsvoll waren.“[392] Dabei verfolgte Werner bei seinem gesamten Wirken stets die praktischen Zielsetzungen des Glaubens und vor allem der Nächstenliebe. Werner hatte erkannt, dass mit dem Wandel der Zeit neue Herausforderungen aufgetreten waren, denen auch mit neuen Mitteln zu begegnen war. Im Zuge der Industrialisierung war es zu einer Veränderung der verursachenden Faktoren für die Armut wie auch zu einer neuen Qualität an Armut gekommen. Zunächst waren es altüberkommene Mittel, die Werner benutzte, um der von ihm wahrgenommenen Not entgegenzutreten. Deshalb schritt er 1837 zur Gründung der Kleinkinderschule und Industrieschule für Mädchen sowie 1838 zur Aufnahme der Rettungsarbeit und zur Begründung der Anfänge seiner

---

385 Vgl. ebd., S. 10; Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 26; Oswald, Die Geschichte der Bruderhausdiakonie (2009), S. 14 f. Die Darstellung von Werners Gedanken zur sozialen Reformation würde an dieser Stelle zu weit führen. Vgl. deshalb hierzu: Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 7 – 10.

386 Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 10.

387 Vgl. ebd., S. 6.

388 Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 87.

389 Werner, Christentum und Industrie, zitiert nach Bäuerle, Gustav Werner (1929), S. 21. Vgl. auch: ebd., S. 22.

390 Vgl. Werner, Christentum und Industrie. In: Bäuerle, Gustav Werner (1929), S. 24.

391 Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 218.

392 Ebd., S. 218.

Rettungsanstalten.[393] Diese ersten Anfänge fanden noch in Waldorf bei Tübingen statt. Nachdem sein dort begonnenes Werk sich bis 1840 sehr gut entwickelte, machte sich schließlich ein eklatanter Platzmangel bemerkbar, der zur Übersiedlung nach Reutlingen führte. Daneben begründete er im Verlauf der Zeit mehrere Zweiganstalten in ganz Württemberg sowie Vereine.[394] In Reutlingen kam Werner über die dortige Industrie mit zahlreichen dadurch bedingten Faktoren in Berührung, was letztlich zur Ausweitung seines sozialen Interessengebiets führte.

Das Ziel der in Reutlingen sodann begründeten christlichen Hausgemeinschaft bestand in einer gemeinschaftlichen Wirtschaftweise auf der Grundlage des Kommunismus des Urchristentums.[395] Auf der Basis von christlicher Bruderliebe sowie Liebe und unter dem Verzicht auf persönliches Eigentum bei Versorgung durch die Gemeinschaft, unternahm Werner den Versuch einer Heilung der maßlosen Erwerbssucht seiner Zeit. Im Rahmen dieser Denk- und Lebensweise begann Werner die ersten Hilfen für Arme durch Beschäftigungsmaßnahmen in Landwirtschaft und Handwerk, einzurichten.[396] Im Zuge der Tätigkeit Werners wurden zahlreiche Anstalten und Vereine gegründet, um auf diese Weise den neuen Herausforderungen der Zeit zu begegnen. Werner zeigte sich dabei vor allem für neue Wege, die neben der noch anzusprechenden Industrie, Anstalten und Vereinen lagen, offen.[397]

Die Sicht auf die allgemein politische wie auch wirtschaftliche Lage, ließ Werner neue Ideen entwickeln, um der sozialen Not zu begegnen. Daher „sah er im Aufbau seiner christlichen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit integrierten gewerblichen Unternehmen“[398] eine Alternative zu „Kommunismus und Sozialismus“.[399] Werners Auffassung von der Wirkungsweise der vorhandenen sozialen Faktoren gab ihm die Überzeugung, über die Verbindung der Religion mit dem menschlichen Leben den richtigen Weg zur Hilfe begonnen zu haben. Nachdem er die Zugkraft des Kommunismus unter der Bevölkerung erkannt hatte, entschloss er sich zum Versuch, die Industrie auf der Basis christlicher Grundsätze neu zu gestalten. Denn

---

393 Vgl. hierzu: Krauß, Gustav Werner. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 14 (1980), S. 261 – 267.

394 Vgl. zum Vorstehenden: Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 120 – 124; Unseld, Liebe und Gerechtigkeit (2009), S. 17; 23; Ders., Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert (2009), S. 26 f.; 33; 41.

395 Vgl. auch: Noller, Theologie, Unternehmenskultur und diakonische Dienstgemeinschaft (2012), S. 250.

396 Vgl. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 219.

397 Vgl. Unseld, Was zur Tat wird (2009), S. 26 f.; 33 – 43; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 120 – 124.

398 Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 26.

399 Ebd., S. 26.

seines Erachtens war nur der christliche Gemeingeist in der Lage, „(d)ie drohenden Gefahren des Kommunismus und Sozialismus zu überwinden […]; diesen in alle unsere gesellschaftlichen Verhältnisse, die fast unheilbar krank sind, namentlich in das gewerbliche Gebiet einzuführen, ist die größte Aufgabe unserer Zeit; von ihrer Lösung hängt unsere Rettung ab.“[400] Dennoch sah er die Ambivalenz, die sich vordergründig in der damaligen gesellschaftlichen Entwicklung für ihn manifestierte.

In diesem Zusammenhang machte Gustav Werner eine sehr genaue Analyse seiner Zeit, in deren Zentrum die Industrie stand.[401] Dabei nahm er einerseits die „positiven Möglichkeiten und Chancen der Industrialisierung“[402] mit einem geradezu enthusiastischen Industrieoptimismus wahr.[403] Andererseits sah er auch die Schattenseiten der Industrialisierung, die sich nach seiner Ansicht in Eigennutz sowie Selbstsucht zeigten, auf denen wiederum der gesamte Kapitalismus basierte. Auf dieser Grundlage sah er neben Armut weiter Teile der Bevölkerung, die drohende Gefahr einer Auflösung der Gesellschaft. Allerdings war es für Werner ebenso offensichtlich, dass „nicht Entchristlichung und Sittenverfall oder gar ein Strafgericht Gottes als Gründe der Armut“[404] allein zu sehen waren. Infolgedessen stellte er einen Zusammenhang zwischen der Armut und „dem Strukturwandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft“[405] her.

Nach Gustav Werners Auffassung war in der Industriealisierung eine Komponente einer „notwendigen Weiterentwicklung der Welt“[406] zu erkennen, was alle gesellschaftlichen Kräfte zum Handeln verpflichtete. Er betrachtete es demnach als Aufgabe der Kirche, sich daran zu beteiligen, den Antagonismus zwischen Armut und

---

400 Wurster, Gustav Werners Leben und Wirken (1888), S. 161. Vgl. Werner, Die Papierfabrik zum Bruderhaus und ihre Eröffnung (1851), S. 1; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 195. Vgl. auch: Bartel, Gustav Werner (1990), S. 177. Vgl. zu diesem Aspekt auch die Ausführungen bei: Lunkenheimer, Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik (1995), S. 185 f.; Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 48; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 107.

401 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 88. Werners Zeitdiagnose kann an dieser Stelle nur sehr verkürzt wiedergegeben werden. Vgl. deshalb die ausführliche Darstellung bei: Göggelmann, Ein Haus dem Reich Gottes bauen (2007), S. 133. Vgl. weiter: Werner, Die Papierfabrik zum Bruderhaus und ihre Eröffnung (1851), S. 2 f.; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 196 f.

402 Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 88.

403 Vgl. ebd., S. 88; Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 192; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 113.

404 Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 44. Vgl. auch: Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 105.

405 Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 103. Vgl. auch: Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 26.

406 Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 57. Vgl. auch: Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 44.

Reichtum aufzuheben. In der gemeinschaftlichen Verantwortung aller, in einer Fabrik beteiligten Kräfte erkannte Werner eine mögliche Lösung zur Aufhebung dieser Divergenz. Zwar erkannte er die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Veränderung oder Überwindung gegen das ganze kapitalistische System. Vielmehr war sich Werner über die Notwendigkeit kleiner Schritt bewusst, wobei die inneren sowie die äußeren Verhältnisse zu verändern waren.[407]

Gustav Werner hatte erkannt, dass sich die Industrie bereits zu seiner Zeit als die alles beherrschende Macht konstituiert hatte. Für ihn war offensichtlich, „dass die Gesellschaft zu zerbrechen droht."[408] Indes erkannte er ebenso die in gerade diesem Vorgang enthaltenen Möglichkeiten der Gegenmaßnahmen, wozu für ihn auch die Fabrik gehörte.[409] Deshalb hatte er auch das Zutrauen zu „(d)er Dynamik der Königsherrschaft Christi",[410] die innerhalb ihrer Eigendynamik nahezu unüberschaubare Gesellschaftsentwicklung in eine neue christliche Gesellschaft zu integrieren.[411] Dazu gehörte für ihn die kluge Benützung der industriellen Kräfte sowie den Arbeitern eine gesellschaftliche Stellung zuteilwerden zu lassen, in der einerseits ihre Bewahrung vor sittlichem Verfall, andererseits auch ihre sittliche Hebung beinhaltet war.[412]

Allerdings stand er mit diesem Ansatz diametral beispielsweise zu Kapffs Denkweise, der in einer solchen „Idee einer ‚Christlichen Fabrik' […] (einen) Ausdruck der Rebellion gegen die gottgewollte Ordnung"[413] sah. Ungeachtet dessen beinhaltete diese Auffassung das Bestreben, den Armen durch Arbeitsbeschaffung auf probate Weise Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Darüber hinaus anerkannte Werner damit zugleich das Menschenrecht auf Arbeit, das für ihn einen Teil der menschlichen Würde ausmachte.[414]

---

407 Vgl. zum Vorstehenden: Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 44; Zweigle, „Herrschen mög' in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!" (2009), S. 105 f. Vgl. zur Erkenntnis der Wechselwirkung innerer und äußerer Ursachen der Verarmung auch: Werner, Die Papierfabrik zum Bruderhaus und ihre Eröffnung (1851), S. 3.

408 Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 9. Vgl. auch: Werner, Christentum und Industrie. In: Bäuerle, Gustav Werner (1929), S. 20; Werner, Die Papierfabrik zum Bruderhaus und ihre Eröffnung (1851), S. 3; Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen, kleine Schritte (1989), S. 197.

409 Vgl. Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 9; Zweigle, „Herrschen mög' in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!" (2009), S. 108.

410 Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 192.

411 Vgl. ebd., S. 192.

412 Vgl. ebd., S. 197 f.; Werner, Christentum und Industrie. In: Bäuerle, Gustav Werner (1929), S. 25.

413 Schröder, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 113, 2013, S. 57 f.

414 Vgl. Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 192; Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 26.

Hinter Werners Handlungsweise stand die Einsicht, „daß das Christentum zwangsläufig die urbane Kultur und die Fabrikarbeit werde bejahen müssen.“[415] Damit meinte er jedoch keineswegs eine straffe, patriarchalisch geprägte Fabrikarbeit, sondern vielmehr die Integration christlichen Lebens in die Fabrik, wodurch er einen Rückgriff auf die althergebrachten Denk- und Handelsweisen der agrarischen Welt nahm.[416] Hinter allem stand eine eindeutige Zielsetzung, die ihn bei allen seinen Schritten leitete.

Die Fabriken wurden gemeinhin als Ort, an dem die Gottlosigkeit in ihrer schlimmsten Ausprägung herrschte, bezeichnet,[417] weshalb für Werner gerade hier der Ansatzpunkt sein musste. Ihm ging es deshalb auch in erster Linie darum, der Arbeiterschaft ihren christlichen Auftrag zu vermitteln sowie den religionslosen Sozialismus zu erobern.[418] Weitergehend hatte er das Ziel vor Augen, „durch die Errichtung eines industriellen Musterbetriebs dem Reich Gottes in der Welt Bahn zu brechen.“[419] Durch den in Werners Intention enthaltenen, gleichermaßen missionarischen wie gesellschaftkritischen Gesichtspunkt, bestand in seiner Unternehmung von Anfang an ein wesentlicher Unterschied zu anderen christlich motivierten Unternehmern.[420] Dazu passte auch das Grundprinzip der Haushalterschaft, das sich später ebenfalls bei anderen christlichen Unternehmern, wie z. B. Paul Lechler finden ließ.[421]

Nach Gustav Werner gehörten neben dem Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und Ausbildung sowie das auf Schutz vor physischer Not und Armut zu den grundlegenden Menschenrechten.[422] Vor diesem Hintergrund waren seine weiteren Ziele für seine Arbeit im industriellen Bereich zu sehen. Das grundlegende Ziel war zunächst die Arbeitsbeschaffung für Arme aller Art.[423] Denn nach Werner war Arbeit das Mittel, das die grundsätzliche Partizipation an den sozialen Abläufen eröffnete sowie in sittlicher Hinsicht einen förderlichen Effekt hatte. Mit diesem Ziel stand die Sorge sowohl für eine gute fachbezogene als auch sittliche Ausbildung in

---

415 Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 217.
416 Vgl. ebd., S. 217.
417 Vgl. Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 196.
418 Vgl. Shanahan, der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 220; Krauß, Gustav Werner. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 14 (1980), S. 271 f.
419 Lunkenheimer, Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik (1995), S. 186.
420 Vgl. ebd., S. 187.
421 Vgl. ebd., S. 188 f. Vgl. zu Paul Lechler Kap. 4.2.2. dieser Arbeit.
422 Vgl. Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 10 f.
423 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 89.

direkter Korrelation.[424] Ein weiteres Ziel bestand in der Benützung der fabrikbedingten Arbeitsteilung für die Eingliederung behinderter Menschen in den gewöhnlichen Arbeitsprozess.[425] Ebenso war bezweckt, die Rendite der Industriebetriebe zur Unterstützung, Existenzsicherung und Unabhängigkeit von anderen finanziellen Ressourcen der diakonischen Einrichtungen zu gebrauchen. Auf diese Weise wollte Werner eine Art Quersubventionierung erreichen.[426] Alle Ziele waren „in die Gesamtstrategie, dem Reich Gottes Bahn zu brechen und Raum zu schaffen“[427] integriert. Das grundlegende Ziel war, dass „Gott […] im Maschinensaal real präsent sein“[428] und „Christus […] (dort) als König herrschen“[429] sollte. Die christliche Fabrik hatte demnach die Funktion eines bedeutungsvollen Pfeilers in der Welt, der den Ausgangspunkt für die sukzessive Eroberung der Welt für das Reich Gottes sein sollte.[430] Werner hatte also die Intention, eine neuartige, christlich bestimmte sowie gerechte Wirtschaftsordnung im überschaubaren Rahmen entstehen zu lassen, der dann auf die Umwelt ausstrahlte.[431]

Gustav Werner überschritt deshalb den Bereich seiner bisherigen Anstrengungen, indem er selbst zum Unternehmer wurde, wodurch er seine Visionen und Zielsetzungen in die Praxis umsetzte. Im Zuge der Eindrücke der Revolution von 1848 unternahm Werner einen Schritt von großer Bedeutung, indem er eine Papierfabrik in Dettingen wieder in Betrieb nahm.[432] Mit dem Beginn des Fabrikbetriebs ging er über den reinen Bereich der Wohltätigkeit hinaus und unternahm seine eigenen Bemühungen zur Lösung der Sozialen Frage. Werner ging es neben der tatkräftigen Hilfe für Notleidende auch um die Beweisführung, „daß gewerbliche Unternehmungen, die rein nach christlichen Grundsätzen geführt werden, ebenso ertragsfähig sind, als die bisher so genannten ‚guten Geschäfte‘, und daß die Arbeiter in

---

424 Vgl. ebd., S. 90; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 114.

425 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 90; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 114.

426 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 90; Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 114.

427 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 90.

428 Ebd., S. 90.

429 Ebd., S. 90.

430 Vgl. ebd., S. 91; Ders., Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 14.

431 Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 117; Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 26. Vgl. zum Vorstehenden ebenso: Göggelmann, Ein Haus dem Reich Gottes bauen (2007), S. 132 f.

432 Die gesamte Geschichte der Wernerschen Papierfabriken und der angrenzenden Werkstätten zu referieren würde an dieser Stelle zu weit führen. Vgl. deshalb hierzu: Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 45 – 73; Oswald, Die Geschichte der Bruderhausdiakonie (2009), S. 16.

denselben nicht bloß ihr leibliches, sondern auch ihr geistiges Wohl eben in dem Grade gefördert sehen, als es bis dahin gefährdet war.“[433] In der Krisenzeit ab 1860 wurde Werner in diesem Vertrauen bestärkt.[434] Die Papierfabrik sollte das Zentrum einer neuen Gesellschaft auf christlicher Grundlage werden, in der das Zusammenleben gemäß dem urchristlichen Ideal in Bruderschaft und Opfer aller sein sollte. Darüber hinaus sollte damit auch eine Mustergemeinschaft im industriellen Bereich geschaffen werden.[435] Werner verband damit die Hoffnung, dass sein Vorbild Nachahmung finden würde, weshalb er auch die freimütige wie auch öffentliche Verkündigung der „Ausbreitung des Reiches Gottes in dieser Welt“[436] betrieb.

Dem Aufbau der ersten christlichen Fabrik sollten durch Gustav Werner im Verlauf der Zeit noch weitere folgen.[437] Alle diese Unternehmungen fußten auf dem Erfahrungswert, „daß in der verzweifelten Lage der Arbeiterklasse die eigentliche Ursache aller revolutionären Bewegungen zu suchen“[438] war. Zudem erkannte er eine einseitige Verschiebung zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals, was ihn handeln ließ.[439] Zwar hatte Werner durchaus die Konkurrenzfähigkeit seiner Fabriken im Blick, aber letzten Endes sollte sich sein Vorhaben, dass sich seine Unternehmungen autark entwickeln und selbst tragen könnten, als unrealistisch erweisen. Es kam zur Krise, die erst nach einer umfassenden Sanierung überwunden werden konnte.[440] Aus dieser Perspektive gesehen erschien seine Konzeption, „(d)urch Gerechtigkeit und Nächstenliebe […] die Mittel des Industriezeitalters zum Segen“[441] werden zu lassen, als zu einfach gedacht.

Gustav Werner hat sich große Verdienste um die Berufsbildung sowie die Eingliederung behinderter Menschen ins Berufsleben erworben. Dennoch waren bei ihm betriebswirtschaftliche Fragen ebenso wie sich aus dem Arbeitsleben ergebende

---

433 Gustav Werner, zitiert nach: Palmer, Die Gemeinschaften und Sekten Württembergs (1877), S. 180.

434 Vgl. ebd., S. 180.

435 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 87.

436 Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 221.

437 Vgl. ebd., S. 221 f.; Krauß, Gustav Werner. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 14 (1980), S. 273 – 276; Unseld, Die Maschinenfabrik zum Bruderhaus (2009), S. 84 – 109; Schröder, Die Möbelfabrik zum Bruderhaus (2009), S. 110 – 125; Metzger; Pytlik; Steinmeier-Berner, 200 Jahre Gustav Werner (2009), S. 34 – 37; Oswald, Die Geschichte der Bruderhausdiakonie (2009), S. 15.

438 Trautwein, Gustav Werner: Theologische, sozialpolitische und psychologische Aspekte. In: BWKG 80/81, 1980/1981, S. 288.

439 Vgl. ebd. S. 289.

440 Vgl. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 221 f.; Krauß, Gustav Werner. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd. 14 (1980), S. 276 – 282. Vgl. zur Krise und den Gründen für Werners Scheitern auch: Lunkenheimer, Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik (1995), S. 193 f.

441 Göggelmann, Dem Reich Gottes Raum schaffen (2007), S. 196.

Fragen vollständig ausgeklammert. Diese Kritikpunkte erschwerten auch eine konkrete Vorstellung dessen, was er letztlich genau unter seiner Konzeption der Gerechtigkeit und Liebe verstanden hatte.[442] Vermutlich schon allein aufgrund dieses Mangels war den Persönlichkeiten im Umfeld der Inneren Mission die Intention Gustav Werners, „den Aufbau des Reiches Gottes insbesondere im Bereich der Industrie voranzutreiben, zutiefst suspekt – nicht zuletzt deshalb, weil man in Werners Gedanken der Haushalterschaft eine grundsätzliche Infragestellung des Privateigentums sah.“[443] Für Wirtschaftskreise hingegen war ein rentables Industrieunternehmen im Grundsatz nicht mit der Versorgung Armer zu vereinen.[444]

Werners Modell der christlichen Fabrik blieb letzten Endes nur ein Modell, so dass „‚die Verknüpfung des Industrialismus mit einem auf christliche Bruderliebe gegründeten Socialismus‘ (Albert Schäffle)“[445] scheiterte. Es war Gustav Werner mit der Papierfabrik nicht einmal in Württemberg gelungen, anderen protestantischen Christen einen Handlungsimpuls zu geben, so dass diese Eigeninitiativen hätten entwickeln können.[446] Ein weiterer Faktor für Werners Scheitern wurde durch die Intoleranz der deutschen Protestanten in Bezug auf Separatisten begründet. Aus diesem Grund war es Werner nicht möglich gewesen, Unterstützung und Nachahmer für sein Modell der christlichen Fabrik zu finden.[447]

Dennoch gab es Spuren von Werners Philosophie, die sich vor allem in einem vorbildhaften Sozial- und Ausbildungswesen zeigten. Dadurch unterschieden sich die Fabriken des Bruderhauses noch für lange Zeit signifikant von anderen Industriebetrieben, obwohl dabei dennoch eine gewisse Nähe zum allerorts üblichen Patriarchalismus der Fabrikanten nicht zu verkennen war.[448] Die beiden Elemente, deren Vorbildhaftigkeit nicht in Abrede gestellt werden konnte, sorgten für die Stärkung der „Identifikation mit dem Unternehmen und seinen Zielen und Zwecken.“[449] Die Wernerschen Fabriken entwickelten dabei eine eigene Unternehmenskultur, die auf „eigene(n) Bruderhaus-Vereine(n) und –feiern (fußte und) […] unter den Beschäf-

---

442 Vgl. zum Vorstehenden: Zweigle, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ (2009), S. 10 f.

443 Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 92.

444 Vgl. ebd., S. 92.

445 Kriedte, Wirtschaft (2004), S. 599. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats. Vgl. zum Modellcharakter auch: Lunkenheimer, Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik (1995), S. 201 – 203; Unseld, Stiftung und Wirkung (2009), S. 127.

446 Vgl. Greschat, Das Zeitalter der Industriellen Revolution (1980), S. 141.

447 Vgl. Unseld, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten (2009), S. 45.

448 Vgl. Schäfer, „Gott im Maschinensaal“ – Christliche Fabriken? (2012), S. 87; 92.

449 Unseld, Stiftung und Wirkung (2009), S. 127. Vgl. Oswald, Die Geschichte der Bruderhausdiakonie (2009), S. 14.

tigten das Gefühl, einer großen Familie, der Bruderhausfamilie, anzugehören“[450] bestärkte. Ungeachtet aller denkbaren kritischen Aspekte wie auch der nur partiellen Realisierung eines gut und idealistisch gedachten Konzepts waren Gustav Werners Vorstellung und seine praktische Umsetzung gleichermaßen beispielhaft wie provokativ.[451]

In der Hauptsache wurde das soziale Interesse innerhalb des Protestantismus einerseits „durch das caritative Werk der Inneren Mission und […] (andererseits durch) die Sozialtheorie des preußischen Konservatismus“[452] bestimmt. Hinzu traten Vorurteile seitens der Kirchenbehörden, die Werner in Richtung des Separatismus rückten, was seinem Werk ebenfalls hinderlich war. Es war ihm nicht vergönnt worden, seine evangelischen Zeitgenossen für die geistlichen Gefährdungen, die auf die Arbeiter zukamen, zu sensibilisieren.[453] Werners Versuch stellte eine wieder von der evangelischen Kirche ungenutzte Chance dar, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.

5.3.4. Bewertung der Bemühungen

Im 19. Jahrhundert hat es nicht an Versuchen gemangelt, die Soziale Frage einer Lösung zuzuführen und die Arbeiterschaft wiederzugewinnen. Dennoch waren diese Versuche, ungeachtet der praktischen Leistungen, zum Scheitern verurteilt. Die Ursachen dafür waren sehr vielfältig. Einerseits war es das statische Weltbild, das unveränderlich auf die Ständegesellschaft fixiert war. Andererseits war die evangelische Kirche solchermaßen eng „an die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung“[454] gebunden, dass sie nicht in der Lage war, eine Führungsrolle bezüglich der Sozialen Frage zu übernehmen. Lediglich hinsichtlich des Verantwortungsbewusstseins bei einem Teil der Bevölkerung, konnte sie einen großen Einfluss erlangen.[455] Allerdings waren dies nicht unbedingt diejenigen Schichten, die sie sich wünschte.

---

450 Unseld, Stiftung und Wirkung (2009), S. 127.

451 Vgl. Schäfer, Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation (2000), S. 15.

452 Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 224. Vgl. auch die Bemühungen der Kirche, öffentliche Auftritte Werners zu verhindern. Vgl. hierzu: Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zu Gegenwart (1949), S. 406; Göggelmann, Der „Fall Gustav Werner“ (2012). Vgl. weiter den Fragenkatalog in den Pfarrberichten.

453 Vgl. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage (1962), S. 224.

454 Conze, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“ (1967), S. 44.

455 Vgl. ebd., S. 44.

In den Jahren um 1878/79 hatte sich im protestantischen Milieu, der theoretisch bereits vorgebildete Sozialkonservativismus vollständig ausgebildet. Er bildete danach den entscheidenden Impuls für die Mehrheit der konfessionell-sozialreformerischen Entwicklungen. Darüber hinaus bestand durch die damit verbundene „Idee des ‚sozialen Königtums'"[456] ein sehr naher Anschluss „an das politische System des bürokratischen Konstitutionalismus".[457] So gut wie alle evangelischen Sozialreformer entstammten dem Bildungsbürgertum. Dieser Umstand brachte gewisse Probleme mit sich, die eine direkte Einflussnahme auf die Arbeiterschaft letztlich verhinderten. Dieses System war eng an den Beamtenapparat angebunden, was vermittelst eines gleichermaßen undurchlässigen, wie geschlossenen Kommunikationssystems vollzogen wurde. Zugleich gab es Entwicklungen, die auf eine vorsichtige Absetzung dieses Sozialmilieus von der Verwaltung und Amtskirche hinausliefen. Allerdings führten sie dazu, dass die evangelischen Sozialreformer und ihre Bemühungen in einer Art Zwischenstellung verharrten, aus der sie sich nie lösen konnten.[458] Das Hauptproblem der evangelisch-sozialen Bewegung war ihre wechselseitige hemmende Wirkung, worauf hier nur andeutungsweise hingewiesen werden konnte. Wurde eine Maßnahme von der einen Richtung als richtig und gut anerkannt, so konnte die andere diese komplett verwerfen. Ebenso sichtbar wurde er auf der Ebene der Organisationen, wie sich beispielsweise in den Differenzen zwischen den jüngeren und älteren Christlich-Sozialen zeigte.[459] Trotz aller Differenzen, hinsichtlich der Ausgestaltungen der Anstrengungen, auf die Soziale Frage wie auch auf die Notlage der Hausindustrie in kirchlich-theologischer Art adäquat zu antworten, war die Aufrichtigkeit und der gute Wille aller Versuche unbestritten. Die einzelnen Protagonisten wollten ernsthaft helfen. Problematisch war nur, dass es ihnen nicht gelungen war, die Grenzen ihres bürgerlich-konservativen, protestantischen Welt- und Gesellschaftsverständnisses zu überschreiten, bzw. dass sie darin verharrten.

---

456 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 208.

457 Ebd., S. 208.

458 Vgl. ebd., S. 208; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 361 f.

459 Im Rahmen dieser Studie würde eine eingehende Erörterung und Würdigung dieses Themas zu weit führen. Vgl. deshalb ausführlich: Nobbe, Der evangelisch-Soziale Kongreß und seine Gegner (^{2}1897); Delbrück, Der evangelisch-soziale Kongreß (geschrieben den 1. November 1895) (1896), S. 107 – 112; Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 140 – 146.

Allerdings wurden die evangelisch-sozialen Bestrebungen generell von außen in ihrer Wirksamkeit und Ausgestaltung belastet, was nicht unerheblich war. Vornehmlich in Preußen, weniger, da anders strukturiert, in Württemberg, hatten die widersprüchlichen „sozialpolitisch restriktiven Verlautbarungen der kirchlichen Aufsichtsbehörden“[460] zermürbende Kontroversen zur Folge. Andererseits musste das Eingeständnis gemacht werden, keine Chance zu haben, einen direkten Einfluss auf die Arbeiterschaft zu erlangen und sich dort zu etablieren. Schließlich wurde das gesamte Engagement einer besonderen Belastung ausgesetzt, indem es bei seinen Trägern auf einen gesellschaftlichen Bereich konzentriert war, der in sozialer wie mentaler Hinsicht begrenzt war.

Als weiteres Hemmnis war die enge Verbindung mit dem Staat zu erkennen. Diese Liaison war in einem Verständnis der Kirche begründet, dessen Orientierungsmaßstab die lutherische Theologie war. Sie hatte sich im Verlauf der Zeit in dieser Form im Landeskirchentum entwickelt.[461] Dieser Umstand galt jedoch in erster Linie für die preußische Landeskirche. In Württemberg war das Klima liberaler, dennoch nicht frei von direkten Einflüssen des Landeskirchentums. Vielmehr war es hier zum Teil die pietistische Linie um Sixt Karl Kapff, die eine beherrschende Rolle spielte. In Preußen war ein Anspruch auf Durchführung von Reformen an die überparteiliche, neutrale Bürokratie des Staates gerichtet. Dieser war als die maßgeblich handlungsverpflichtete Stelle erkannt worden. Denn allem Anschein nach war es diese Stelle, die „zu ausgleichend-stabilisierenden Reformen von ‚oben‘“[462] in der Lage war. Zugleich gestattete sie jedoch „in sozialer Rekrutierung und kurzschlüssiger Binnenkommunikation kaum ein Ausgreifen über den eigenen Stand hinaus.“[463] Dessen ungeachtet gab es in der Hauptsache in den preußischen Gebieten einige Zusammenschlüsse, die auf sozialreformerischem Gebiet tätig waren. Ein Beispiel dafür war der „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in Berlin, der 1844 von Harkort begründet worden war.[464] Das württembergische Pendant dazu war der gleichnamige „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“, der 1866 von

460 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 210.
461 Vgl. ebd., S. 210. Vgl. auch: Kocka, Bürger und Arbeiter (1986), S. 335.
462 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 210.
463 Ebd., S. 210.
464 Vgl. Schmierer; Weber, 125 Jahre Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart (1991), S. 33.

Eduard Pfeiffer begründet wurde, und der mehr Wirkung als die Berliner Gründung entfalten konnte.[465]

Ebenso wurde nach 1870 viel zu den sozialen Themen im Umfeld der Sozialen Frage gerade von protestantischen Theologen publiziert. Allein die Wirkung in und auf die Arbeiterschaft blieb aus, da sich diese Schriften vornehmlich an Angehörige des Bürgertums wandten. Diese Koppelung bzw. Leitstellung des Bürgertums verhinderte auch eine Breitenwirkung der Evangelischen Arbeitervereine im Reich wie auch in Württemberg. Wo diese eine größere Wirkung entfalten konnten, geschah es in Abhängigkeit von ihren führenden Persönlichkeiten.[466]

Im Verlauf der Bemühungen der evangelischen Kirche, ihren Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage zu leisten, mangelte es nicht an Versuchen, die Lage der Arbeiter verstehen zu können. In diesem Zusammenhang wurde Paul Göhres Selbstversuch bedeutungsvoll, der in der Fabrik arbeitete, um dadurch mehr über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu erfahren.[467] Darüber hinaus gab es innerhalb der evangelischen Kirche genügend Individuen, „die das Problem (der Arbeiterbevölkerung) wirklich gesehen und an seiner Lösung mit ganzem Einsatz ihrer Person mitgewirkt haben.“[468] Deutlich sichtbar wurden Probleme bei der Erfassung des Inhalts der Sozialen Frage durch das Bürgertum respektive die Geistlichkeit. Letztlich hatte jede Richtung eine andere Art der Auslegung.[469] Ebenso gab es bei der Einordnung der Sozialdemokratie alle möglichen Sichtweisen, die von Verständnis für die Berechtigung der Forderungen bis zur Verteufelung der Partei reichten.[470] Dabei wurde erneut die gesamte unüberwindbare Begrenztheit sowohl der Interpretationen als auch der Stellungnahmen deutlich sichtbar.[471]

Der Kern dieser Probleme war die fehlende Bereitschaft, persönlich aktiv zu werden. Bei allem, was zum Thema „evangelisch-sozial“ angeregt wurde, wurde gerne theoretisiert. Generell blieben die Autoren, ob Geistliche oder sonstige Gebildete

---

465 Vgl. zur Gründung und Wirkung: Schmierer; Weber, 125 Jahre Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart (1991) sowie Kap. 6.2.3. dieser Arbeit.

466 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 134 – 136.

467 Auf Göhres Versuch konnte im Rahmen dieser Arbeiter nicht speziell eingegangen werden, da es sich hierbei um eine vordergründig auf Preußen beschränkte Aktion handelte. Über einen ähnlichen Versuch mit dem Schwerpunkt auf Württemberg ist nichts bekannt. Vgl. hierzu: Brenning, Christentum und Sozialdemokratie (Diss. 1991) sowie Göhres eigene Schrift in folgender Ausgabe: Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche (1978).

468 Kupisch, Zwischen Idealismus und Massendemokratie (1955), S. 111.

469 Vgl. Brenning, Christentum und Sozialdemokratie (Diss. 1991), S. 53 – 60.

470 Vgl. ebd., S. 61 – 65.

471 Vgl. ebd., S. 65; Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 211.

auf der Ebene der Schrift. Dort wurden Theorien entwickelt, Probleme und Lösungsvorschläge diskutiert. Aber der Schritt in die Praxis wurde fast nie vollzogen. In Württemberg hingegen war dies etwas anders gelagert. Bedingt durch das dortige geistige Erbe gab es hier Initiativen, das Theoretische in die Praxis umzusetzen, wie z. B. das Wirken von Theodor Traub, Sixt Karl Kapff oder Hermann Mosapp zeigte.[472] Allerdings waren es in der Regel Einzelinitiativen, das heißt in diesen Fällen waren es einzelne Pfarrer und Christen, die tätig wurden. Dieser Aspekt zeigte sich besonders offensichtlich in Bezug auf die Evangelischen Arbeitervereine, wobei er insgesamt für Württemberg wie auch das gesamte Deutsche Reich galt.[473]

Die Kirche zog sich sehr früh aus ihrer sozialen Verpflichtung zurück. Dieser Rückzug stand vermutlich mit ihrem Status als Staatsanstalt,[474] die sich deshalb auch vordergründig für staatliche Interessen engagierte, in Zusammenhang. Das galt vor allem für Preußen, wobei auch in Württemberg die Amtskirche als solche nicht aktiv war. Der einzige Unterschied zu Preußen bestand darin, dass in Württemberg die Amtskirche die sozialen Aktivitäten ihrer Pfarrer im Allgemeinen etwas weniger hemmte, obwohl das Konsistorium den christlich-sozialen Aktivitäten eher reserviert gegenüberstand.[475] Besonders offensichtlich zeigte sich dieser Gesichtspunkt an der Reaktion auf die Erlasse des Evangelischen Oberkirchenrats im Jahr 1895, die in Württemberg stillschweigend übergangen wurden.[476] Allerdings gab es hierbei trotz aller Liberalität auch Beispiele für eine restriktive Verhaltensweise, wie sich an Gustav Werner zeigte. Insgesamt gesehen hatte, die Kirche „ihre

---

472 Vgl. zu Traub und Mosapp: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 134 f.; Traub, kürzerer Arbeitszeit (1893); zu Kapff: Buck, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert. Bd. 1 (^{2}1924), S. 122 – 164, dort besonders S. 158 – 162 zu seiner Vereinstäigkeit. Vgl. weiter: Kapff, Lebensbild von Sixt Carl von Kapff. 2 Bde. (1881), dort besonders in Bd. 2 auf S. 201 – 268 die Auszüge aus Kapffs Referaten und Vorträgen auf Kirchentagen und Predigerkonferenzen sowie der ersten württembergischen Landessynode.

473 Vgl. für Württemberg: Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 139 f. Für die Gesamtentwicklung: Hoffmann, Die Evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 – 1914 (1988). Vgl. für das Tätigwerden von Einzelpersonen beispielsweise von den hier angesprochenen: Gerhardt, Johann Hinrich Wichern. 3 Bde. (1927 – 31); Lewek, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende. Dargestellt am Wirken Ludwig Webers (1963). Ferner zu im Rahmen dieser Arbeit nicht oder nur peripher genannten: Gerhardt, Friedrich von Bodelschwingh. 3 Bde. (1950 – 58); Ders., Theodor Fliedner. 2 Bde. (1933 / 1937).

474 Vgl. Kap. 5.1.1. dieser Arbeit.

475 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1988), S. 129; Kappus, Der evangelisch-soziale Kongreß und Württemberg. In: Evangelisch-sozial. 18. Folge, VI. Jg. 1909, S. 141; Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts (1911), S. 513 f.

476 Vgl. Hoffmann, Die Evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 – 1914 (1988), S. 85 mit Anm. 24 und 25. Vgl. auch: Just, Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine (1904), S. 21 f.; (^{2}1913), S. 22.

Stellung in Staat und Gesellschaft auf formale Aufsichtsentscheidungen und dogmatische Kontrolle reduziert."[477]

Im Bereich des gebildeten evangelischen Teils der bürgerlichen Gesellschaft kam es kurz vor 1900 schließlich zu einem Wandel der Interessen. Diese Veränderung zeigte sich vor allem, dass anstatt über soziale Themen nunmehr in der Hauptsache über die Flottenpolitik wie auch die imperialistische Weltpolitik debattiert wurde. Bei diesem Prozess kam es letztlich zu einer Interessenverlagerung „vom Komplex der innenpolitischen, und das hieß vorwiegend sozialpolitischen, Integration auf das Phänomen der Weltstellung des Reiches, auf Fragen der politischen Bildung und der inneren wie auswärtigen Kulturpolitik."[478] Sichtbar wurde dieser Wandel vor allem an der vermehrten Hinwendung der ohnehin schon national ausgerichteten Evangelischen Arbeitervereine zu Themen des Nationalstaats. Beispielhaft war auch die Entwicklung der Nationalsozialen, dabei vor allem die Genese Friedrich Naumanns und seiner Anhänger. Allerdings war es den Nationalsozialen nicht gelungen, zu einer geschlossenen Meinung hinsichtlich der Außenpolitik zu kommen. Insbesonders Naumann hatte hierbei Unsicherheiten. Aus diesem Grund zog er es vor, seinen weltgewandteren Freunden den Vortritt zu lassen, sich zu diesen Themen zu äußern. Aber auch diese vertraten hinsichtlich außenpolitischer Fragen keine einheitliche Ansicht.[479] Diese Meinungsvielfalt im Kreis um Naumann war symptomatisch für die Gespaltenheit und Unentschiedenheit des Bildungsbürgertums in Bezug auf die großen Fragen der Zeit.[480]

Die Entwicklung verdeutlichte, dass das sozialpolitische Interesse seine Grundlage weniger in „einem theologisch motivierten Verantwortungsethos als von einem jugendlichen Aufbegehren"[481] hatte. Dieser Prozess bestand aus einer Verbindung zwischen einer an der Neuromantik ausgerichteten, nunmehr auf das Individuum bezogenen Frömmigkeit, mit einem Unbehagen gegenüber den selbstbewussten Ansichten der vorangehenden Generation. Wesentlich war dabei die Suche nach neuen Zielen und die letztlich entscheidende Auffassung, diese Ziele in der Hin-

---

477 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 212. Ein Beispiel aus Württemberg für die Durchführung dieser dogmatischen Kontrolle und Beaufsichtigung war der Fall Schrempf. Vgl. hierzu: Rössler, Christoph Schrempf (2010), dort besonders S. 13 – 31.

478 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 212 f.

479 Vgl. zu diesem und dem Vorausgehenden: Heuß, Friedrich Naumann (^{3}1968), S.146.

480 Vgl. Heuß, Friedrich Naumann (^{3}1968), S. 146 – 151. Heuß behandelt dort die ganzen Meinungskonflikte zur Weltpolitik bzw. der Orientfrage. Dabei zeigt er auf, dass viele Mitglieder der Nationalsozialen schließlich keinen anderen Weg mehr sahen, als sich vom Nationalsozialen Verein zu trennen. Somit trafen sie also eine indirekte Entscheidung.

481 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 213.

wendung zur weltpolitischen Kulturmission dem Anschein nach erlangt zu haben. Somit fand ein Wandel bei der Sozialen Frage, weg vom genuin sozialen Tenor hin zur Kulturfrage, statt.[482]

Dieser Trend hat schließlich seine Fortsetzung im Zeitraum zwischen 1900 und 1914 gefunden. Auch hier waren konfessionspolitische Dispute vordergründig, die sozialpolitischen Fragestellungen traten mehr und mehr in den Hintergrund.[483] Die Soziale Frage wurde wieder auf die Ebene der Einzelinitiativen sozialpolitisch weitsichtiger Christen zurückgeworfen. Der Erste Weltkrieg machte zunächst den protestantischen sozialpolitischen Bestrebungen ein vorläufiges, vollständiges Ende.

5.4. Zwischenergebnis

Die evangelische Landeskirche in Württemberg hatte im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit vielen Problemen zu kämpfen. Zunächst hatte sie den Kampf um ein Mindestmaß an Selbstbestimmung zu bestehen, der schließlich in der Einführung von Pfarrgemeinde- bzw. Kirchengemeinderat, Diözesan- und Landessynode endete. Mit diesem Minimum an Selbstverwaltung trat sie schließlich ins 20. Jahrhundert ein. Allerdings gelang es diesen Vertretungsorganen nicht, sich tiefere Einblicke in die sozialen Themen der Zeit zu verschaffen. Sowohl die Landes- als auch die Diözesansynode blieben in bürgerlicher Denk- und Handlungsweise verhaftet, was wiederum die Belange der unteren Bevölkerungsschichten unbeachtet ließ. Deren Abfall war somit eine fast zwangsläufige Folge, die zwar ansatzweise erkannt wurde, jedoch ohne Schlussfolgerungen blieb.

Maßgeblich für Württemberg war der Pietismus, der hierbei eine Sonderform der allgemeinen pietistischen Strömung ausbildete. Nach dem Eintritt ins Kirchenparlament konnte er dort seinen Einfluss voll entfalten. Durch diesen Schritt wurde der Pietismus erfolgreich in die Landeskirche integriert, was sicherlich auch zur Einheit und Geschlossenheit wie auch trotz aller Gebundenheit an den Staat, zur Wirksamkeit pietistischer Vertreter innerhalb des Gemeingefüges beitrug. Zwar entfaltete der Pietismus nur eine begrenzte Wirkung auf dem Bereich der Wohltätigkeit. Aber die pietistischen Vorstellungen hinsichtlich der Arbeitsethik wie auch der Ursachen

---

482 Vgl. ebd., S. 213.

483 Vgl. ebd., S. 213.

der Armut und deren Behebungen, verhinderten letztlich praktische und zeitangepasste Hilfen für die arbeitende Bevölkerung.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts und insbesonders im Zuge des Aufkommens der so genannten Erweckungsbewegung, waren verschiedene missionarische Bemühungen unternommen worden, der Kirche verlorene Glieder wiederzugewinnen, wie z. B. die Basler Christentumsgesellschaft (1780) oder die Stuttgarter Bibelanstalt (1812). Eng mit dem dahinter stehenden Missionsgedanken war der Rettungsgedanke verbunden. Es galt die dem Christentum und der Kirche entfremdeten Kreise wiederzugewinnen, um auf diese Weise die Revolution und etwaige Gesellschaftsumwälzungen zu verhindern. Im Gefolge dieser Einsicht und nachdem die christliche Mission als grundlegendes Heilmittel erkannt worden war, entstanden zahlreiche Waisenhäuser, Rettungsanstalten und andere Maßnahmen der Kinder- und Jugendfürsorge. Neben dem Missionsgedanken im Sinne der Inneren Mission, galt also der Fürsorgegedanke als Mittel zur Behebung der sozialen Not.[484] Es war offensichtlich, dass die erweckten Christen zunächst als erste den beginnenden sozialen wie auch gesellschaftlichen Wandel erkannt und Maßnahmen zur Linderung der damit verbundenen Not ergriffen hatten. Zahlreiche Beispiele gaben davon ein Zeugnis ab.

Die evangelische Kirche sah teilweise die gnadenlose Härte des Arbeiterschicksals. Dieses bestand vor allem aus der ständigen Vermehrung der Zahl der Menschen, die darunter zu leiden hatten, und der stetigen Verschärfung ihrer Lebensbedingungen. Allerdings erschien es den Zeitgenossen damals unmöglich, an diesem Schicksal, das sich angesichts der fortschreitenden Industrialisierung nur weiter verschlechtern konnte, irgendetwas zu ändern.[485] Dennoch konnte nicht behauptet werden, „daß die Kirchen diese Not und was damit zusammenhing, nicht gesehen hätten“.[486] Von Seiten der Kirche waren die Wandlungsprozesse bereits vor dem Staat realisiert und erörtert worden. Die ganzen Vorgänge, insbesonders die entstehende wie auch wachsende Unzufriedenheit, wurden eingehend, mitfühlend, jedoch wegen der darin enthaltenen umstürzlerischen Gefahr auch besorgt wahrgenommen.[487] Letztlich war die Liaison zwischen Kirche und Staat hinsichtlich der realisierten Maßnahmen wie auch der bestehenden Untätigkeit der evangelischen Kirche ent-

---

484 Vgl. Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 8 – 10.
485 Vgl. ebd., S. 12 – 14.
486 Ebd., S. 15.
487 Vgl. ebd., S. 15 mit Anm. 21.

scheidend. Nicht nur die Erweckungsbewegung, die sich mit der Orthodoxie verbunden hatte, sondern quasi alle protestantischen Kreise sahen im Bündnis von Thron und Altar den einzig gangbaren und richtigen Weg. Nachdem dieses Bündnis seine staatsphilosophische Legitimation durch Julius Stahls Theorie vom christlichen Staat erhalten hatte, gab es vollends keine Zweifel bezüglich seiner Richtigkeit.[488]

Ein bedeutender, wie verhängnisvoller Wesenszug innerhalb dieses erneuerten Luthertums, das auch seine staatsrechtliche Sanktionierung erfahren hatte, war, „daß es auch die Sozialordnung am sichersten in der Hand einer so verstandenen christlichen Obrigkeit wußte, wie sie in seinen Augen die preußische Monarchie darstellte."[489] Diese Haltung konnte nach Kapffs Eintritt in die Kirchenregierung auch in Württemberg beobachtet werden.

Der Kirche als Institution unter dem Regiment des Landesherrn war es nicht möglich, „einen eigenen, von der staatlichen Direktive abweichenden Weg zu gehen."[490] Sie war unfähig objektiv die gesellschaftlichen Veränderungen zu erkennen, die aufgrund der wirtschaftlichen Umgestaltungen eingetreten waren. Vielmehr erwies sich die Bindung an die geschichtlich überkommenen Gepflogenheiten wie auch die politische Ideologie als fester als es durch den „Gehorsam dem Evangelium gegenüber gefordert" gewesen wäre.[491] Weitergehend hatten sich Kirche und Fabrikarbeiter erst allmählich entfremdet. Im Wesentlichen war dafür der Gegensatz zwischen den Weltanschauungen von Arbeitern und Kirche ursächlich, der besonders wegen der Frage nach dem Stellenwert der Religion innerhalb des menschlichen Lebens zu Konflikten führte.[492]

Letzten Endes war es nicht die institutionalisierte Kirche, die das Vereinssystem aufgenommen und es für ihre Zwecke nutzbar gemacht hatte. Vielmehr waren es auch in diesem Bereich Einzelpersonen, die sich in ihrer Eigenschaft, gleichzeitig Christen und Staatsbürger zu sein, zur Handlung gezwungen sahen.[493] Die einzelnen Vereine bestanden vielfach neben und sogar in Konkurrenz zur Kirche, was

---

488 Vgl. ebd., S. 15 f.

489 Ebd., S. 16.

490 Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 19.

491 Vgl. ebd., S. 19.

492 Vgl. Pahl, Die Kirche im Dorf (2006), S. 221.

493 Vgl. Kaiser, Konfessionelle Verbände im 19. Jahrhundert (1992), S 196; Ders., Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission (2008), S. 22; Hölscher, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland (2005), S. 259.

den damit im Grunde gewünschten Zielsetzungen wenig förderlich war.[494] In diesem Zusammenhang war es auffällig, „wie stark (die) Kirche, die ja über keine eigene institutionellen Strukturen verfügte, durch ihre Eliten im Grunde vergangenen Gesellschaftsmodellen verhaftet blieb und gesellschaftliche Entwicklungen erstaunlich lange einfach nicht zu Kenntnis genommen hat, vielleicht gar nicht nehmen konnte.“[495]

In sozialkonservativer Geschichtsauffassung wurde letztlich die Feststellung getroffen, die Arbeiterschaft weder ignorieren noch in die bestehende wirtschaftlich-soziale-gesellschaftlich-politische Ordnung integrieren zu können. Aufgrund dieses, fast beim gesamten Bildungsbürgertum in dieser Ausprägung vorhandenen, Geschichtsbilds konnte wenig bzw. fast nichts bewegt werden. Im Ganzen gesehen waren die christlich-sozialen Ansatzpunkte von Bedeutung und beachtenswert. Als Ursache für das letztlich doch festzustellende Scheitern dieser Bemühungen waren jedoch weniger die äußeren Umstände mit ihren hemmenden Wirkungen auszumachen. Nachdem „in ihrem ganzen Tun eine Sozial-Metaphysik zugrunde lag, die sie hinderte, die gesellschaftlichen Wurzeln der großen Zeitvorgänge unvoreingenommen zu erkennen“,[496] konnten die meisten Initiativen nur scheitern. Folglich war das Problem letztlich nicht die Frage, ob eine Befassung mit der Sozialen Frage stattgefunden hatte, sondern vielmehr die Art und Weise, wie diese Auseinandersetzung geführt wurde.[497] Allerdings war die Herangehensweise jedenfalls sehr ungeschickt und ging von falschen Voraussetzungen aus.

---

494 Vgl. Hölscher, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland (2005), S. 259.

495 Vgl. Brennecke, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert – eine Konfliktgeschichte (2009), S. 66 f.

496 Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 31 mit Anm. 53.

497 Vgl. Brakelmann, Kirche, soziale Frage und Sozialismus. Bd. 1 (1977), S. 49.

6. Soziale Frage und Überlegungen zu Lösungsversuchen

Eines der großen Schlagwörter und Probleme des 19. Jahrhunderts war die Soziale Frage. Dabei war dieser Begriff gleichermaßen konkret wie unscharf. Mitunter war nicht einmal den Zeitgenossen klar, was genau darunter zu subsumieren war. Sicher war jedoch, dass hier ein Problem vorlag, das letzten Endes eine Lösung verlangte.

Württemberg mit seiner Residenz Stuttgart war hinsichtlich der Fürsorge für die weniger vom Leben begünstigten Bevölkerungsgruppen besonders rege. Bereits im Jahr 1843 hatte Württemberg 22 Rettungsanstalten und damit genau doppelt so viele wie das ganze restliche Deutschland.[1] Sodann konnte bemerkt werden, dass Württemberg in erster Linie „das klassische Land der Rettungshausbewegung wurde."[2] Darüber hinaus hatte Württemberg auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge im Zeitraum zwischen 1820 und 1840 sogar die größte Geschäftigkeit unter allen Ländern Deutschlands entwickelt.[3] Deshalb waren speziell auf die Arbeiterschaft gerichtete Angebote der sozialen Fürsorge zu erwarten.

Die Frage der Begrifflichkeit bedingt die Erfordernis, zunächst eine Klärung vorzunehmen. Anhand verschiedener Quellen soll eine Annäherung im Sinne einer Begriffsbestimmung versucht werden. Im Anschluss daran erscheint es sinnvoll, verschiedene zeitgenössische Herangehensweisen, der Sozialen Frage zu begegnen, vorzustellen. Im Rahmen dieser Studie mit ihrem Schwerpunkt auf den Großraum Stuttgart kann zwar keine detaillierte Untersuchung der zahlreichen Maßnahmen zur Linderung sozialer Not vorgenommen werden. Vielmehr erscheint eine Überblicksdarstellung zweckdinglich, um die Rührigkeit, mit der die Stuttgarter an diese Aufgabe gingen, sichtbar werden zu lassen. Hierbei erweist sich eine Gliederung in drei Zeitabschnitte sinnvoll. Der Schwerpunkt liegt in allen drei Abschnitten auf Einrichtungen im Großraum Stuttgart.

Neben diesen speziell praktischen und regionalen Herangehensweisen soll anhand ausgewählter Zeitschriften und Kongresse versucht werden, gleichermaßen überregionale, nationale wie auch theoretische Näherungsversuche darzustellen. Aufgrund der Vielfalt des auch in dieser Hinsicht Geleisteten, kann aus der dabei bewältigten Arbeit nur ein kleiner Teilbereich überblicksartig betrachtet werden.

---

1 Vgl. Uhlhorn, Die christliche Liebestätigkeit (1895), S. 711.
2 Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 140.
3 Vgl. Uhlhorn, Die christliche Liebestätigkeit (1895), S. 712.

6.1. Zum Begriff Soziale Frage

Bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt des 19. Jahrhunderts trat die Erkenntnis eines sozialen Problems in das Bewusstsein der Zeitgenossen. In den 1830er Jahren wurde schließlich der Begriff Soziale Frage gebildet. Von einem Bewusstsein der sozialen Problematik im eigentlichen, eng gefassten Sinn, konnte jedoch erst ab 1840 die Rede sein. Erst zu diesem Zeitpunkt hatte die Industrialisierung in sämtlichen deutschen Regionen begonnen. Dabei bestand durchaus die Erkenntnis, dass es in der gesamten Menschheitsgeschichte Zeiten gab, in denen Störungen der Gesellschaftsordnung sowie Not und Elend vorhanden waren.[4] Sie gab der zeitgenössischen Empfindung einer schwerwiegenden sozialen Krisensituation Ausdruck.[5] Um 1848 schließlich war die Begriffsbildung beendet und die Soziale Frage als Zusammenfassung der vielfältigsten Probleme etabliert.[6] In diesem Zusammenhang wurden „zunächst die sozialen und politischen Konsequenzen einer allmählichen Transformation der ständisch-absolutistischen Gesellschaft, die von der Dominanz des Agrarsektors und der Regelung der Gewerbe durch Zünfte geprägt wurde, in eine liberal-kapitalistische Markt- und Industriegesellschaft“[7] als Soziale Frage bezeichnet. Weitergefasst gesehen wurde damit versucht, die massenhafte Verelendung sowie „die sogenannte ‚Arbeiterfrage‘, die Wandlung, Vermehrung und Bewegung der handarbeitenden Unterschichten“[8] zu begreifen.

Die Soziale Frage im eigentlichen Sinn gab es nicht. Vielmehr wurde unter diesem Schlagwort teilweise schon aus zeitgenössischer Sicht ein ganzes Problembündel

---

4 Vgl. zum Vorstehenden: Götzelmann, Die Soziale Frage. (2000), S. 272 f.; Grebing; Stegmann, Einleitung (1969), S. 3.

5 Vgl. Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (1998), S. 1 mit Anm. 1 sowie ebd., S. 3. Das dabei entstandene Problembewusstsein äußerte sich auf unterschiedliche Weise. So wurde die soziale Frage als Emanzipationskrise wie auch als Industrialisierungskrise gesehen. Eine andere Sichtweise im Sinne einer Radikalisierung war der Aufgriff durch die Sozialisten. Vgl. hierzu: Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), S. 52 – 55.

6 Vgl. Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), S. 49. Hierzu gehört auch ihre Verallgemeinerung zur Strukturfrage. Vgl. ebd., S. 57.

7 Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (1998), S. 1. Vgl. auch: Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (^{3}1919), S. 7, der noch die geistige Komponente der sozialen Frage betont. Vgl. außerdem: Schmoller, Die soziale Frage (1918), S. 636.

8 Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (1998), S. 2 mit Anm. 2. Vgl. auch: Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist (1990), S. 335; Schmale; Ehmer, s. v. Soziale Frage. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12 (2010), Sp. 240; Götzelmann, Diakonische Antworten und Soziale Frage (2005), S. 37 f.; Greschat Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 66 – 69.

verstanden.[9] Dabei beklagten schon die Zeitgenossen das Fehlen einer „einheitlichen Zusammenfassung, die Erkenntnis aus dem gemeinsamen Grunde“.[10] Beispielsweise gehörten „(z)ur sozialen Frage […] nicht nur die Arbeiterfrage im engeren Sinne als Frage des vierten Standes, sondern ebenso die Frauenfrage, die agrarischen Fragen, die Dienstbotenfrage, die Fragen des Bildungsproletariats u. s. w.“[11] Es zeigte sich bereits damals, dass eine letztlich erschöpfende Darstellung kaum möglich war, weshalb nur eine ungefähre Begriffserklärung geleistet werden konnte. Dabei war es eine wesentliche Erkenntnis der Zeitgenossen, die der Sozialen Frage immanente Problematik als auf ökonomischen und ideengeschichtlichen Faktoren beruhend zu sehen.[12] Es handelte sich also um ein Konglomerat der verschiedensten Faktoren, deren letztliche Konsequenz das massenhafte Elend breiter Volksschichten und die zunächst misslungene Integration des neuentstanden vierten Standes war.

Im gleichen Maße, wie dem Begriff eine Bedeutungsvielfalt innewohnte, wurden auch die unterschiedlichsten und mannigfaltigsten Ursachen für die Soziale Frage genannt. Grundsätzlich bestand Einigkeit darüber, dass es viele begleitende Faktoren gab.[13] Als hauptsächlicher Faktor wurde der „Abfall vom Christentum“[14] genannt. Bedingt durch die damit verbundene wechselseitige Durchdringung förderte „(d)ie religiös-sittliche Auflösung […] die wirthschaftliche, wie die wirthschaftliche hinwiederum die sittliche“.[15] Demnach wurde als Zentrum der Sozialen Frage die „wirthschaftliche […] Ausbeutung des 4. Standes durch den 3. oder der Arbeit durch das Kapital“[16] bezeichnet. Die grundsätzliche Ursache der sozialen Problematik war demzufolge eine wirtschaftliche. Diese Haltung war zunächst verwunderlich, da generell bei nahezu allen zeitgenössischen Erklärungsversuchen „öko-

---

9 Vgl. als Beispiel für eine zeitgenössische Auffassung der gesamten Entwicklung der Sozialen Frage die Darstellung der Entwicklung der Sozialen Frage in Deutschland vom 19. Jahrhundert an bei: Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (^{3}1919), S. 105 – 138. Vgl. ferner: Schäffle, Die Quintessenz des Sozialismus (^{8}1885), S. 68.

10 Hitze, Die Quintessenz der socialen Frage (^{2}1880), S. 5.

11 Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 6. Vgl. Hitze, Die Quintessenz der socialen Frage (^{2}1880), S. 5 f. Vgl. zu den verschiedenen Teilen der Sozialen Frage auch: Scheel, Die Theorie der Sozialen Frage (1871), S. 60 – 81.

12 Vgl. Sturm, Sozialstaat und christlich-sozialer Gedanke (2007), S. 50 f.

13 Vgl. Hitze, Die Quintessenz der socialen Frage (^{2}1880), S. 6.

14 Ebd., S. 6.

15 Ebd., S. 6. Vgl. auch: Märker, Evangelische Arbeitervereine (1892), S. 3; Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (^{3}1919), S. 31.

16 Hitze, Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung (1877), S. 24. Vgl. Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (^{3}1919), S. 26; Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), S. 72 f.

nomische Faktoren so gut wie gar nicht analysiert werden“.[17] Darüber hinaus bestand zwar die Forderung nach neuzeitlichen und zeitangepassten Sozialformen, ohne jedoch zugleich die Intention zu haben, eine Überprüfung des überkommenen und nach wie vor gültigen Gesellschaftsbilds vorzunehmen.[18] Die Zeitgenossen waren also nicht in der Lage, die strukturellen Verbindungen adäquat zu erfassen.[19] Letzten Endes wurde lapidar von im Ganzen genommen vollkommen einfachen Ursachen gesprochen. Demnach kam die Soziale Frage zustande, weil sich „die geistigen und sittlichen Fortschritte […] im Laufe der Geschichte immer mehr auf alle Klassen ausgedehnt“[20] hatten. Die zwingende Folge dieser Sichtweise war, von einer „eigenen Schuld auf Seiten der Arbeiter für diejenigen sittlichen und geistigen Fehler und Mängel, welche ein Hauptgrund der Noth“[21] waren, zu sprechen. Aber ebenso wurde die Ansicht vertreten, „daß die soziale Frage in erster Linie eine eminent ethische ist und erst in zweiter Linie eine ökonomische.“[22] Diese Folgerung wurde daraus gezogen, „(d)aß […] aus dem für das Bestehen der Industrie nothwendigen Verhältnis von Kapital und Arbeit fortwährend Veranlassung erwächst zu einem Kampf zwischen Arbeitgebern respective deren Vertretern einerseits und Arbeitnehmern […] andererseits.“[23]

Neben der Betrachtung der Sozialen Frage als „Arbeiterfrage“ gab es noch andere Ansichten. Besonders interessant war die Einschätzung der Sozialen Frage als Bildungsfrage. In diesem Zusammenhang wurde der Sorge Ausdruck gegeben, dass die selbst in einem fortschrittlichen Land, wie z. B. Württemberg, bestehenden Bildungsgegensätze eine lähmende Wirkung haben könnten.[24] Demnach bestand die Gefahr einer Monopolisierung der bestehenden Bildungsmöglichkeiten durch die Reichen. Nachdem eine direkte Relation zwischen Schulfragen einerseits und Bildungsfragen andererseits konstatiert wurde, wurde in der Vergrößerung der Bildungsmöglichkeiten ein genereller Lösungsansatz für die Soziale Frage gesehen.[25] Allerdings war es fraglich, inwieweit diese propagierte Lösung tatsächlich für ernst

17 Sauter, Die Sorge um den Menschen (1990), S. 5.
18 Vgl. ebd., S. 5.
19 Vgl. Schmale; Ehmer, s. v. Soziale Frage. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12 (2010), Sp. 243.
20 Schmoller, Die soziale Frage (1918), S. 635.
21 Huber, Die Arbeiterfrage in Deutschland. In: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 32, 1869, S. 190. Dieser Sichtweise entsprach auch die Bezeichnung der Sozialen Frage von Adolph Harnack als „Gemüths- und Herzensfrage“. Vgl. Harnack, Der Evangelisch-sociale Congreß in Berlin (1896), S. 12.
22 Augener, Die Aufgaben der inneren Mission, gegenüber unserm durch die Industrie beeinflußten Volksleben (1882), S. 8.
23 Ebd., S. 8.
24 Vgl. Ziegler, Die soziale Frage eine sittliche Frage (1891), S. 76.
25 Vgl. ebd., S. 76 – 78.

und probat gehalten wurde. Denn im Allgemeinen herrschte die Ansicht, „(e)ine nach so vielen Richtungen hin ausgreifende, so weitverzweigte und komplizierte Frage (lasse) […] sich nicht in einfacher Weise und mit einem Schlage beantworten oder gar ‚lösen'".[26] Gewissermaßen als Synthese dieser Ursachenanalysen als einerseits den wirtschaftlichen, andererseits den Bildungssektor betreffend wurden schließlich „die Ordnung der Lohnfrage und die Erziehung des Arbeiternachwuchses (als) […] Kern der Sozialen Frage"[27] bezeichnet. Aus dieser Sichtweise ergab sich quasi zwangsläufig wiederum der Weg zum politischen Bereich. In diesem Zusammenhang wurden die Auffassungen Lorenz von Steins maßgeblich. Für ihn „stellte sich […] die ‚sociale Frage' als die Frage nach den institutionellen Bedingungen einer politischen Integration der entgegenstrebenden ‚socialen Bewegungen' und als die Frage nach der Legitimation der gegenüber der Gesellschaft anzuwendenden Integrationszwänge."[28] Stein war sich im Klaren darüber, dass die bislang funktionierenden, der Gesellschaft innewohnenden Mechanismen der Selbstregulierung nicht mehr greifen konnten. Aus diesem Grund war für ihn das Problem der Integration des vierten Standes zu einem politischen Problem, die Soziale Frage also zu einer politischen Frage geworden.[29]

Nachdem die Soziale Frage in der Hauptsache in Arbeiterkreisen bzw. im Bereich der Fabrikarbeiter virulent geworden war, wurde sie zunächst am ehesten als Synonym zur Arbeiterfrage gesehen.[30] Dessen ungeachtet wurde die Soziale Frage als Frage des allgemeinen Volkslebens angesehen.[31] In zeitgenössischer Sicht war der „eigentliche Kern der sozialen Frage […] darin (zu erkennen), daß die sozialen Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß vielfach der fleißige Arbeiter durch seine Arbeit nicht den Lebensunterhalt für sich und die Seinigen erwerben kann, sowie auch darin, daß der zur Arbeit Bereite und auf sie Angewiesene, die zu seinem Le-

---

26 Ziegler, Die soziale Frage eine sittliche Frage (1891), S. 7.

27 Schmoller, Die soziale Frage (1918), S. 199.

28 Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), S. 74.

29 Vgl. ebd., S. 74. Eine Darstellung dieses Interpretationsansatzes findet sich bei: Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), S. 75 – 99.

30 Vgl. Hitze, Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung (1877), S. 24 f. mit Anm. 2; Nell-Breuning; Sacher, Zur Sozialen Frage (1949), S. 3 f.; Jähnichen, s. v. Soziale Frage. In: RGG[4], Bd. 7 (2008), Sp. 1474.
Die Arbeiterfrage wurde im Allgemeinen als der problematischste Teil der Sozialen Frage angesehen. Vgl. hierzu: Scheel, Die Theorie der Sozialen Frage (1871), S. 82. Eine Begründung, weshalb gerade der Arbeiterfrage diese Bedeutung zukommt findet sich ebenfalls bei: Scheel, Die Theorie der Sozialen Frage (1871), S. 82 – 110.

31 Vgl. Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 6; Huber, Die Arbeiterfrage in Deutschland. In: Deutsche Vierteljahrs-Schrift 32, 1869, S. 179.

ben notwendige Arbeit nicht finden kann."[32] Diese Problematik wurde auch unter dem Begriff „Pauperismus" subsumiert.[33] Schon allein die Unwägbarkeit in der Begriffsfindung, offenbarte die allgemeine Unsicherheit, die in Hinblick auf die Soziale Frage als solches bestanden hatte.

Die Reduzierung der Sozialen Frage auf die besonderen Probleme der Arbeiter wurde erst um 1900 fallengelassen, als die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels für weitere Personenkreise erkannt wurden. In diesem Zusammenhang wurden neue Begrifflichkeiten für diese Phänomene gebildet. Wesentlich dabei war die Auffassung von der Soziale Frage als eines gesellschaftsimmanenten Faktors, dessen Zielsetzung ein tiefgreifender politischer wie auch sozialer Wandel war.[34]

Die unterschiedlichen Sichtweisen der Sozialen Frage ließen die Unsicherheiten hinsichtlich der Begriffsbildung respektive der Fassbarkeit der Problematik deutlich werden. Dennoch gab es bereits Versuche der Zeitgenossen, eine musterhafte Definition zu geben. Die Soziale Frage wurde als „der zum Bewußtsein gekommene Widerspruch der volkswirthschaftlichen Entwicklung mit dem als Ideal vorschwebenden und im politischen Leben sich verwirklichenden gesellschaftlichen Entwicklungsprinzip der Freiheit und Gleichheit"[35] definiert. Dieser Lösungsvorschlag mutete unter dieser Sichtweise betrachtet gleichermaßen einfach wie gedankenlos an, indem „(d)ie Untersuchung und Lösung dieses Widerspruchs […] (als) die Untersuchung und Lösung der sozialen Frage der Gegenwart"[36] vorgeschlagen wurde. Eine andere Definition bezeichnete die Soziale Frage als „die Frage nach einer Gesellschaftsordnung, die den modernen Productionsverhältnissen ebenso entspricht, wie z. B. die mittelalterliche Gesellschaftsordnung den einfachen Productionsverhältnissen, die damals in Stadt und Land herrschend waren".[37] Bei diesem letzten Versuch einer Definition erschien der tatsächliche Kern der Sozialen Frage am ge-

---

32 Seeberg, Die Kirche und die soziale Frage (1897), S. 6. Vgl. auch: Sachße; Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg (^{2}1998), S.191.

33 Vgl. zum Begriff des Pauperismus die Definition des Brockhaus von 1846, abgedruckt bei Fischer, Armut in der Geschichte (1982), S. 62. Vgl. weiter: Seidel, Die soziale Frage in der deutschen Geschichte (1964), S. 258; Ritter, Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (1988), S. 12; Ders., Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (1996), S. 11.

34 Vgl. Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (1998), S. 4 mit Anm. 10. Vgl. ferner auch: Pankoke, Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik (1970), bes. S. 19 – 47.

35 Scheel, Die Theorie der Sozialen Frage (1871), S. 16; 19.

36 Ebd., S. 16.

37 Hitze, Die Quintessenz der Socialen Frage (^{2}1880), S. 8.

nauesten erfasst. Dennoch vertrat vermutlich nicht die Mehrheit der Zeitgenossen diese Ansicht. Dieser Aspekt war eine mögliche Erklärung dafür, dass erst um die Jahrhundertwende, als neue Wege der sozialen Sicherung entdeckt worden waren, die Lösung der Sozialen Frage näher rückte.

Die Vielfalt der Ursachenerklärungen wie auch die diversen Versuche, die Inhalte der Sozialen Frage fass- und begreifbar zu machen, zeugten von der großen Verunsicherung mit dieser Herausforderung. Dennoch wurde trotz allem sehr viel getan, ihr zu begegnen, was sich auf den unterschiedlichsten Wegen zeigte. Württemberg und der Großraum Stuttgart waren durch seine besondere Ausgangslage und seinen Menschenschlag[38] geradezu prädestiniert, Lösungsansätze für soziale Probleme zu entwickeln. Bereits frühzeitig war die Grundlage dafür gelegt worden, die sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum nachverfolgen ließ.

6.2. Soziale Einrichtungen/Fürsorge in Stuttgart

Stuttgart war schon seit dem Übergang des Landes auf die Grafen von Württemberg die Residenzstadt, was die Stadt zum Mittelpunkt des Landes machte. Diesem Umstand war es zu verdanken, dass sich dort ein in jeder Hinsicht vielfältiges Leben entfalten konnte.[39] Ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor im 19. Jahrhundert stellte die allgemeine Wohltätigkeit dar. Stuttgart war in dieser Hinsicht sehr rührig, was auch mit der dortigen pietistischen Tradition zusammenhing.[40] Es war eine Tatsache, „dass in Württemberg der weit verbreitete, durch tiefere religiöse Gefühle geleitete und bestimmte Pietismus einen Hauptträger der **freiwilligen Armenfürsorge** bildet.“[41] Zugleich konnte darin auch die Scheu vor einer planmäßigen Organisationsweise der einzelnen Maßnahmen liegen, die eine durchorganisierte Wohlfahrtspflege mit einer zentralen Koordinationsstelle erst spät entstehen ließ. Ebenso stand vermutlich der bei den einzelnen Maßnahmen und Ansprüchen, sowohl an Leistungsempfänger als auch an Leistungserbringer zugrundegelegte Wertemaßstab in Zusammenhang mit der pietistischen Denk- und Handlungsweise. Dieser Aspekt

---

38 Vgl. Kap. 4.1.1. und 4.1.2. dieser Arbeit.

39 Vgl. Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 152. Vgl. für sämtliche Aspekte: Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988); Ders., Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 334 – 378.

40 So gab es in Stuttgart 1856 mehrere hundert Pietisten, die sich in 5 Konventikeln oder Privatversammlungen trafen. Vgl. Beschreibung des Stadtdirektions-Bezirks Stuttgart (1856), S. 273.

41 Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876, 1877, Heft III, S. III 15. Die Hervorhebung im Text entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

wirkte zusätzlich vielfach erschwerend, sozialpflegerische Tätigkeiten zu entfalten.[42]

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts machte Stuttgart wie auch Württemberg eine bedeutungsvolle Entwicklung mit. Die Stadt entwickelte sich zum industriellen Zentrum im Bereich des Mittleren Neckars. Damit verbunden wuchsen auch Erfordernisse, die im Kontext der Sozialen Frage standen. Im Zuge dieses Entwicklungsprozess generierte sich die Fabrikarbeiterschaft als neuer sozialer Stand und entwuchs damit ebenso der klassischen Armenhilfe vorindustrieller Zeit. Angesichts der speziellen Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe waren neue Formen sozialer Fürsorge erforderlich, um dezidiert helfen zu können. Dabei konnte auf Grundlagen aus vorindustrieller Zeit aufgebaut werden. Diese Anfänge sozialer Fürsorge in der Stadt waren maßgeblich mit der „Privatgesellschaft freiwilliger Armenfreunde" verbunden, die schon 1806 bestanden hatten. Nach diesen, noch weitgehend unkoordinierten Anfängen, wurden nach dem Regierungsantritt Wilhelms I. Schritte zum Aufbau einer planmäßigen Wohltätigkeitsarbeit unternommen. Diese Phase wurde vordergründig durch Königin Katharina und den von ihr initiierten Lokalwohltätigkeitsverein geprägt. Mit dem Jahr 1848 setzte in mehrfacher Hinsicht eine neue Ära der Wohlfahrtsarbeit ein. Sie wurde als das Zeitalter der Inneren Mission bezeichnet und umfasste die Jahre 1848 – 1914. Nicht nur die Ereignisse der Revolution, sondern noch in viel weiterem Maße die Gründung der Inneren Mission und der Einfluss Wicherns im ganzen nachmaligen Reich sorgten für einen Neubeginn. In den Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg entstanden auf der damals geschaffenen Grundlage zahlreiche Unternehmungen zur Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungskreise.

Der Schwerpunkt dieses Überblicks liegt in allen drei Abschnitten auf Einrichtungen im Großraum Stuttgart. Zunächst stehen einige Bemerkungen in Hinblick auf die Auswertung des verwendeten Materials an.

Zur Betrachtungsweise des Materials

Nachdem die Bevölkerung Württembergs sehr heterogen war, die Soziale Frage in erster Linie jedoch den Bereich der so genannten arbeitenden Klassen betraf, werden hauptsächlich Initiativen aufgeführt, die hier ansetzten. Dabei waren für den Zeitraum bis 1850 auch solche Hilfsangebote zu berücksichtigen, die vordergründig

42 Vgl. Weller, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817 – 1966 (1967), S. 9.

auf allgemein Arme abzielten. Erst nach diesem Zeitpunkt konnte von einer regelrechten Differenzierung in Arbeiter und Arme allgemeiner Natur ausgegangen werden.[43] Aufgrund dieses Differenzierungsproblems waren die Maßnahmen zunächst eher allgemein ausgerichtet. Erst nach der Gründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins", also nach 1816, konnte hinsichtlich der Adressaten der Maßnahmen eine Unterscheidung gemacht werden.

Nachdem das Quellenmaterial sehr reich ist, war es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, eine dezidierte Analyse und Darstellung aller Veranstaltungen zu machen. Nachdem die Betrachtung der sozialen Aktivitäten in Stuttgart zur Abrundung des Gesamtbildes und zur Verdeutlichung der relativen Inaktivität der Kirche wie auch deren mangelhafte Erfassung der Arbeiterproblematik dienen soll, müssen Stichworte genügen. Somit kann auch nur eine Auswahl an Veranstaltungen unter andeutungsweiser Benennung von Zielsetzung und Arbeitsweise dargeboten werden. Dabei wurden freilich ausschließlich Maßnahmen ausgewählt, die sich vorrangig auf den Bereich der ärmeren Bevölkerungsklassen bezogen, zu denen nach Einsetzen der Industrialisierung auch die Arbeiterschaft zu zählen war. Ein weiteres Auswahlkriterium war die christliche Orientierung bzw. Motivierung der einzelnen Initiativen.

6.2.1. Ausgangssituation in Stuttgart

Württemberg war in jeder Hinsicht ein besonderes Land. Nicht nur wegen der sehr späten und weitgehend problemlosen Industrialisierung, sondern auch in Hinblick auf einen relativ frühen Beginn sozialpolitischer Anstrengungen. In diesem Zusammenhang wurde der Einfluss des Pietismus sichtbar, dem bereits im 18. Jahr-

---

[43] Als Quellenbasis für die Auswertung dienten folgende Verzeichnisse: Schmidlin, Ueber Klein-Kinder-Schulen, insbesondere deren Zweck, Bestimmung, äußere und innerer Einrichtung, und die mit ihrer Gründung und Unterhaltung verbundenen Kosten (1835); Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850); Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857); Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876, 1877, Heft III, S. III 3 – III 284; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869); Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879); Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879); Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882); Stuttgarter Vereins-Buch (1885); Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895); Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898); Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906).

hundert „die Gründung des Waisenhauses in Stuttgart (1710)“[44] zu verdanken war. Grundsätzlich waren die altpietistischen Kreise die Träger dieser frühen Einrichtungen. Der generelle Zweck war, auf diese Weise eine Beförderung des „Reiches Gottes“ zu bewerkstelligen.[45] In der Regel stand nahezu die Gesamtheit aller Werke im sozialfürsorgerischen Bereich „neben der offiziellen Kirche und sollten den Charakter der Wohltätigkeit gegenüber den Armen besitzen“.[46] Ein wesentliches Verdienst dieser pietistischen Bemühungen bestand neben der Wohltätigkeit darin, eine Verbindung zwischen den Pietisten und den Kreisen am Hof zur gemeinsamen sozialpolitischen Betätigung geschaffen zu haben.[47]

Weitere sozialpolitische Maßnahmen der Anfangszeit waren die Errichtung „des (staatlichen) Zucht- Arbeits- und Waisenhauses in Ludwigsburg (1736) und […] (die) Errichtung von Witwen- und Waisenkassen zur Hinterbliebenenversorgung von staatlichen Bediensteten (1700/1756)“.[48] Somit gab es schon ein Fundament, auf dem schließlich mit den seit ca. 1750 beginnenden Bemühungen, die Armenpflege zu reformieren, weitergearbeitet werden konnte. Stuttgart als Haupt- und Residenzstadt war davon vordergründig tangiert worden, wo sich dann auch erste Maßnahmen nachweisen ließen. Auf der Grundlage, die Armut als oftmals selbst verschuldet anzusehen, dem Staat jedoch eine Verpflichtung zur Lösung zuzuweisen, wurden schließlich Reformen durchgeführt. Ihre hauptsächliche Zielsetzung bestand nach 1806 darin, einen zukunftsfähigen Gesamtstaat zu generieren und zu stabilisieren. Dazu dienten Maßnahmen, örtliche Besonderheiten zu beseitigen und die Fürsorgemaßnahmen für Arme zu zentralisieren.[49] Im Zuge der Maßnahmen gab es zwar Modifikationen, aber dennoch war es nicht möglich, von einer angemessenen staatlichen Reaktion auf die kriegs- wie auch anders bedingten Notstände nach 1806 zu sprechen. Erst 1817 sollte mit der Begründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ eine grundlegende und zukunftsweisende Wandlung

---

44 Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 500. Vgl. zur maßgeblichen Aktivität der Pietisten bei der Anstaltsgründung: Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 341.

45 Vgl. Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 341.

46 Ebd., S. 341.

47 Vgl. ebd., S. 341.

48 Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Lands im 19. Jahrhundert (1984), S. 500. Vgl. zu frühen und späteren Gründungen von Versorgungseinrichtungen für Staatsbedienstete sowie Gewerbeangehörige, ohne Arbeiter im Sinne von Fabrikarbeitern: Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 338 – 341.

49 Vgl. Paul, Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (2005), S. 1219.

eintreten.[50] Dabei war die Prägung durch die protestantischen bürgerlichen Schichten ein besonderes Charakteristikum der württembergischen Wohlfahrtspflege.[51] Diese waren auch die nachmaligen Träger sämtlicher Initiativen zur Linderung der Armut.

Zur Ausgangslage

Um das Jahr 1800 waren in den württembergischen Städten 14,5 – 27 % der Bevölkerung arm. Darunter befanden sich überdurchschnittlich viele Frauen, was auf zahlreiche Witwen bzw. einen Frauenüberschuss hindeutete. In den Städten wurde Armut in der Regel weitaus sichtbarer, da sie hier konzentrierter auftrat, als in ländlichen Gebieten. Allerdings fehlten genaue Angaben über das tatsächliche Ausmaß der damaligen Armut.[52] Um 1806 war die württembergische Armenpflege Aufgabe der „etwa 800 kommunalen *pia corpora*, die […] unter regelmäßiger Kontrolle und Oberaufsicht des Herzoglichen Kirchenrats standen."[53] Im Zuge der vermehrten staatlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Armenfürsorge verringerte sich das Maß der kirchlichen Beteiligung an der Armenfürsorge. Im Gegensatz dazu vergrößerte sich der Mitwirkungsanteil der Gemeinden.[54] Auf Amts- und Gemeindeebene wurde die Armenkastenverwaltung durch eigens gewählte Armen- oder Kastenpfleger verwaltet. In Württemberg bestand für Arme vor 1806 grundsätzlich die Möglichkeit, Unterstützung aus der „Gemeindekasse ihrer Heimatgemeinde, dem kirchlichen ‚Heiligen' und dem Armenkasten"[55] zu bekommen.

Bis 1800 war das Charakteristikum der württembergischen Armenpflege, dass sie zwar von Kirche und Staat überwacht, aber von den Gemeinden verwaltet wurde. Ein weiteres signifikantes Merkmal war die Möglichkeit, jeden Inhaber des Bürgerrechts zur Beteiligung an der Armenfürsorge in Anspruch nehmen zu können. Es bestand also im Rahmen der Bürgerpflichten im Zeitraum bis 1800 die stillschweigende Erwartung und Pflicht, im Sozialwesen tätig zu werden. Allerdings beschränkte sich diese Tätigkeit wohl in der Regel auf milde Gaben. An dieser Hand-

---

50 Vgl. ebd., S. 1220 f.

51 Vgl. Weller, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817 – 1966 (1967), S. 7.

52 Vgl. Paul, Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (2005), S. 1221 f.

53 Ebd., S. 1222. Vgl. dazu auch a.a.O. Anm. 12. Die kursiv hervorgehobene Stelle entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

54 Vgl. ebd., S. 1222.

55 Ebd., S. 1223. Vgl. auch a.a.O. Anm. 23.

habung des Armenwesens wurde quasi bis nach 1850 nichts verändert, wenn auch bereits nach 1806 in diesem Bereich Reformen durchgeführt wurden.[56]

Württemberg war durch seine Gebietsgewinne nach 1806 in der schwierigen Lage, zwei völlig heterogene Landesteile zusammenfügen zu müssen. Deshalb standen bei den einsetzenden Reformen die „gesamtstaatliche Angleichung und Zentralisierung des Armenwesens“[57] im Vordergrund. Dieser Schritt war selbstredend von Maßnahmen flankiert, die Armenpflege umzustrukturieren und zu bürokratisieren. Zu diesem Zeitpunkt erweckte das Stiftungswesen die besondere Aufmerksamkeit des Landesherren. Nachdem es über große Vermögenswerte verfügte, erschien es für eine Verwendung im Rahmen allgemeiner staatlicher Aufgaben von Interesse. Im Zuge einer Umstrukturierung wurde 1804/1811 das gesamte Vermögen der Stiftungen in die Verwaltung des Staates überführt.[58] Allerdings war die Verstaatlichung des Stiftungsvermögens keine so einfache Angelegenheit, wie zahlreiche diesbezügliche Berichte nahelegten.[59] Lange bestehende Traditionen und Eigenheiten ließen sich kurzfristig nicht so ohne weiteres abschaffen und verändern.

Im Bereich der geschlossen Armenpflege bestanden seit langem das Hospital sowie das Arbeitshaus als ständige Einrichtungen. Dabei war die Unterhaltung der jeweiligen Institute das grundlegende Problem. Diese Finanzierungsprobleme führten sogar beinahe dazu, auf diese Möglichkeiten der Armenhilfe zu verzichten. Angesichts der problematischen Finanzlage der öffentlichen Hand, gewann neben der öffentlichen, die private Wohlfahrtspflege stetig an Bedeutung.[60]

Erste Initiativen

Zu den frühesten Initiativen der allgemeinen Wohlfahrtspflege zählte das 1710/12 in Stuttgart begründete Waisenhaus.[61] Es hatte den Zweck, Kinder aufzunehmen,

---

56 Vgl. ebd., S. 1224.

57 Ebd., S. 1225.

58 Vgl. ebd., S. 1225.

59 Vgl. ebd., S. 1226.

60 Vgl. ebd., S. 1226.

61 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 17; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 17; 19; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 12; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 11; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 12 - 13; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 9; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 10; Lempp, Im Waisenhaus (1909), S. 64 – 70. Vgl. zur Ausstattung und Arbeitsweise des Waisenhauses: Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 357 – 359. Vgl. zur Gründungsgeschichte auch: Sträter, Soziales (2004), S. 636 f.

die zumindest den Vater verloren hatten und aufgrund von Mittellosigkeit der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen waren. Das Waisenhaus nahm evangelische Kinder aus allen Teilen der Bevölkerung in seine Obhut. Das Ziel war, die Rettung der Kinder vor der Verwahrlosung und dem sittlichen Verfall. Die Kinder wurden in der Einrichtung verpflegt und erzogen. Ein Teil wurde aus Raummangel in Familien untergebracht, womit die damals fortschrittliche Form der Familienpflege Anwendung fand. Die anderen Kinder waren direkt im Waisenhaus in Stuttgart untergebracht, wo sich auch eine Kapelle und Schule befanden. Neben der Volksschule diente auch die anstaltseigene Industrieschule der Erziehung der Kinder. Damit sollten die Kinder von früh auf an eine geregelte Arbeit gewöhnt werden und somit zu anständigen, tüchtigen Gliedern der Gesellschaft erzogen werden. Die Erziehungsmaßnahmen galten auch dem Bereich der Fürsorge bei der Berufsausbildung. Die Knaben wurden nach der Konfirmation zu verschiedenen Handwerkern in die Lehre geschickt, wobei die Anstalt das Lehrgeld übernahm. Den Mädchen wurden die erforderlichen Kenntnisse für den Dienst als Magd oder Dienstboten vermittelt. Auch nach dem Austritt wurde versucht, mit den ehemaligen Zöglingen den Kontakt aufrecht zu erhalten, was meistens im Rahmen von Feierlichkeiten geschah. Innerhalb der generellen Zielsetzung der Anstalt hatte auch die Vermittlung von Sparsamkeit einen hohen Stellenwert. Alle Waisenhauszöglinge hatten einen „Sparhafen“, in dem für jedes Kind dessen gesamten geldlichen Zuwendungen bzw. Prämien bis zum Austritt aufbewahrt wurden. Außerdem wurden dort auch die jeweiligen Erträge aus dem Verkauf der im Industrieschulunterricht angefertigten Erzeugnisse verwahrt.

Im Zuge der Anfang des 19. Jahrhunderts einsetzenden Reformbestrebungen wurde auch das Stuttgarter Waisenhaus 1811 reformiert und auf eine finanziell gesicherte, unabhängige Grundlage gestellt. Darüber hinaus wurde es aufgrund gewandelter Einstellungen als selbständige „paritätische Institution aufgefaßt und nach der ‚recht harten’, jedoch mit dem Wandel der pädagogischen Erkenntnisse Schritt haltenden Waisenhausordnung von 1811 geführt.“[62]

Im Zusammenhang mit dem Waisenhaus wurde bereits die Industrieschule erwähnt, in der die Zöglinge beschäftigt wurden. Diese hatte einen ganz praktischen Hintergrund, der ebenfalls in den Kontext Kinderfürsorge für Arme gehörte.

---

62 Paul, Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (2005), S. 1228. Vgl. auch a.a.O. Anm. 42.

Die Problematik der unbeaufsichtigten und bettelnden Kinder hatte in Württemberg bereits zwischen 1710 und 1712 zu ersten Versuchen geführt, diese Kinder durch so genannte Industrieschulen sinnvoll zu beschäftigen. Die damalige Industrieschule in Stuttgart war dem herzoglichen Waisenhaus angegliedert. Eine selbständige Industrieschule wurde erst 1776 gegründet und schließlich 1788 als verbesserte Spinnanstalt weitergeführt. Diese Anstalt hatte den Zweck, diejenigen Menschen ab dem Alter von 7 Jahren zu beschäftigen, die ansonsten dem Müßiggang anheimgefallen waren. Sie bekamen im „Spinnen von Baumwolle, Wolle, Flachs und Hanf, auch im Stricken unentgeldlichen Unterricht, und Gelegenheit zu einem täglichen Verdienst“.[63] Diese Initiativen waren rein staatlicher Natur. Eine erste Initiative im kirchlichen Umfeld entstand 1795, wenn auch dieser Schritt nicht von der Kirche als Institution, sondern von einem Pfarrer in Eigeninitiative getätigt wurde. Damals wurde in Birkach, im Oberamt Stuttgart. Amt, „durch die Thätigkeit des […] dortigen Pfarrers Kohler eine Spinn- und nachher auch Strick- und Näh-Schule“[64] eingerichtet. Eine Nachahmung fand diese Einrichtung, als 1802 in Degerloch, das ebenfalls im Oberamt Stuttgart. Amt lag, eine Strickschule begründet wurde.[65]

In Württemberg wurde das Betteln als großes Problem angesehen, das in Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit aber auch Unsittlichkeit gesehen wurde. Die bis zum Ende des 17. Jahrhunderts üblichen Methoden, wie Verbote oder Vertreibung hatten nach übereinstimmender Meinung keinen greifbaren Erfolg gebracht. Vielmehr war es nicht gelungen, die Ursachen der Armut und damit auch des Bettels zu beseitigen. Das einzig greifbare Ergebnis war eine gewisse Lenkung der Bettlerströme, was auch durch die Praxis der „Verbringung der Einheimischen an ihre Heimatorte und der Vertreibung ausländischer Bettler über die Landesgrenzen“[66] bewerkstelligt wurde. Als alleinige Möglichkeit, das Betteln zu beseitigen, wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angesehen, die im Rahmen der geschlossenen Armenpflege durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang wurden die städtischen „Arbeits- oder ‚Schaffhäuser‘“[67] eingeführt. Durch die dortige Erziehung, bzw. falls erforderlich, den Zwang zur Arbeit wurde eine Milderung der Armut, eine Entlastung der Almosenkassen, eine Aufrechterhaltung der öffentlichen Ord-

63 Schmidlin, Über öffentliche Kinder-Industrie-Anstalten überhaupt und insbesondere in Württemberg (1821), S. 26 f.
64 Ebd., S. 27 f.
65 Vgl. ebd., S. 28; Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109.
66 Paul, Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (2005), S. 1229.
67 Ebd., S. 1229.

nung sowie eine Gewöhnung der unteren Volksklassen an die Lebensgewohnheiten des Bürgertums[68] versucht. Es zeigte sich dabei das Bestreben, die unteren Schichten in die etablierte bürgerliche Gesellschaft unter Vermittlung derer Werte zu integrieren. Problematisch war nur, genügend Aufsichtskräfte zu beschaffen sowie für Unterbringungsmöglichkeiten und ausreichende Finanzmittel zu sorgen. Im Jahr 1801 war in Stuttgart eine „‚verbesserte Armen=Anstalt'"[69] eröffnet worden. Dieses Zwangsarbeitshaus war eine Mischform aus Zuchthaus und freiwilligem Arbeitshaus.[70] Allerdings standen bei den dort durchgeführten Maßnahmen weniger die Armen und die für solche Fälle zweckdinglichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Vordergrund. Vielmehr hatte die Einrichtung den Zweck, der Sicherungsverwahrung von straf- und schuldunfähigen Individuen mit dem Ziel, diese selbst und die Allgemeinheit zu schützen. Mit Hilfe von Erziehungsmaßnahmen, die Anleitungen zu „Zucht, Ordnung, Arbeitsamkeit und einer besseren LebensArt überhaupt"[71] geben sollten, wurde versucht, dieses Ziel zu erreichen. Der Personenkreis, auf den sich diese Fürsorgemaßnahmen bezogen, umfasste „Bettler, Landstreicher, Kleinkriminelle, Prostituierte und Bankrotteure."[72] Nach 1811 setzte ein Wandel ein, infolgedessen sich diese Zwangsarbeitshäuser von einer Fürsorgeeinrichtung zu einem Instrument des Strafvollzugs entwickelten.[73]

Diese Einrichtung zeigte besonders offensichtlich, welche Faktoren für die Tätigkeit der Armenfürsorge relevant waren. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Maßnahmen, die diejenigen, die sich nicht normenkonform verhielten, wieder in das etablierte Normensystem integrieren bzw. überhaupt erst eingliedern sollten. Alle Maßnahmen waren staatlich initiiert, obwohl sie vermutlich vom gut protestantisch-schwäbischen Geist getragen wurden. Die Kirche als Institution war zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf dem Arbeitsgebiet der sozialen Fürsorge in Erscheinung getreten. Auch in der Folgezeit sollte seitens der Kirche nichts für die Armenfürsorge bzw. die Fürsorge für die Unterschichten geschehen. Vielmehr waren es zwar kirchenunabhängige, aber dennoch kirchennahestehende Einzelpersonen, von denen Initiativen im sozialen Bereich ausgingen. Die 1805 gegründete

---

68 Vgl. ebd., S. 1229.
69 Ebd., S. 1230.
70 Vgl. ebd., S. 1230.
71 Ebd., S. 1230.
72 Ebd., S. 1230.
73 Vgl. ebd., S. 1230.

„Privatgesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ war eine der herausragendsten und zukunftsweisendsten dieser Initiativen.

Die Privatgesellschaft freiwilliger Armenfreunde

Die „Privatgesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ (PAG) wurde im Jahr 1805 auf maßgebliche Initiative des Stuttgarter Kaufmanns Tobias Heinrich Lotter[74] sowie des Spezialsuperintendenten und Hospitalkirchenpredigers M. Gottlieb Heinrich Rieger gegründet.[75] Die Gründung lief mit kurfürstlicher Genehmigung und unter Zusage einer regelmäßigen jährlichen finanziellen Zuwendung ab.[76]

Die PAG hatte sich zum Ziel gesetzt, „die öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten zu ergänzen und zu unterstützen und den Versuch zu machen, ob nicht durch vereinte Privatkräfte freiwilliger Armen-Freunde mancher Wunsch der Nächstenliebe erfüllt werden könne, welchen die öffentlichen Anstalten bis jetzt nicht erfüllen konnten.“[77] Dahinter stand die Intention, die Armenpflege unter Ergründung der tatsächlichen Lebensumstände, der Notlagen sowie der Ursachen für die jeweiligen Mängel zu betreiben. Damit verbunden war das weitere Ziel, auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse eine kluge und anpassungsfähige Wohlfahrtspflege zu betreiben.[78]

Die PAG wurde durch ein vierzehnköpfiges Gremium geleitet. Die praktische Arbeit in den vier Haupt- sowie zwei Nebendistrikten lag in den Händen von Distriktsvorstehern wie auch Bezirksarmenpflegern. Sie waren die ersten Ansprech-

---

74 Zu Tobias Heinrich Lotters Leben und Tätigkeit im Rahmen der PAG siehe die ausführlichen Bemerkungen bei: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (Diss. 2012), S. 72 – 201; Hinderer, Väter und Mütter der Inneren Mission in Württemberg (1909), S. 10 – 12. Hinweise auf Lotters Motivation und seiner Stellung als Bindeglied zur deutschen Christentumsgesellschaft finden sich bei: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 44 f.

75 Vgl. Paul, Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (2005), S. 1227; Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 364; Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 35; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463; Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108.
Der Gründungsprozess und die Arbeitsweise der PAG sowie deren Mitwirkung beim Aufbau eines staatlichen Sozialwesens in Württemberg sind neuerdings ausführlich dargestellt bei: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (Diss. 2012), S. 202 – 255; 290 – 294.
Vgl. ferner zur Arbeitsweise und Einrichtungen der PAG: Kröner; Hartmann, Der Lokalwohltätigkeits-Verein in Stuttgart 1805 – 1905 (1905), S. 4 - 6. Vgl. zu den Mitgliedern der ersten Stunde: Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 341.

76 Vgl. Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 364; Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 35; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463; Hagel, So soll es seyn (1996), S. 366.

77 Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463. Vgl. Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 35.

78 Vgl. Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463.

partner für Hilfesuchende. Interessanterweise war diese Arbeitsweise mit der Distriktseinteilung sowie der persönlichen Betreuung durch die Armenpfleger quasi ein Vorgriff auf das nach 1848 als das „Elberfelder (Armenpflege) System“ bekannt gewordene System der Armenhilfe. Ob es in Elberfeld Kenntnisse über die in Stuttgart von der PAG ausgeübte Praxis gab, war sicherlich nicht undenkbar, ließ sich jedoch nicht klären.[79]

Prinzipiell konnten alle Armen Hilfsleistungen erhalten, wobei Differenzierungen stattfanden, die sich an den individuellen Bedürfnissen orientierten. Zu den von der PAG Versorgten zählten bettlägerige Kranke, gebrechliche sowie vollständig invalide Arme, „Verschämte und schüchterne Arme“,[80] aber auch kinderreiche Familien und Witwen. Diese Bedürftigen wurde mit Naturalleistungen in Form von Brennholz, Mehl, Brot sowie Krankenspeise und Wein für Kranke versorgt. Aber auch Arbeitsfähige, Gesunde sowie Arbeitslose oder Geringverdiener, deren Vermögensverhältnisse unterhalb des Existenzminimums lag, wurden durch die Ausgabe von Suppe, wobei auf die Bekömmlichkeit und die Schmackhaftigkeit der Kost besonderen Wert gelegt wurde, unterstützt.[81] Diese Suppe wurde in der 1805 gegründeten Speiseanstalt im Gebäude der nachmaligen „Katharinenpflege“, die deswegen auch den Beinamen „Suppenhaus“ trug, abgegeben. Dabei war die Abgabe unentgeltlich, zu ermäßigten Preisen oder aufgrund gespendeter Billets möglich. Die Speiseanstalt wurde nach 1817 vom „Lokalwohltätigkeitsverein“ weitergeführt.[82] Der Adressatenkreis war am Anfang auf die Armen beschränkt, wurde aber im Laufe der Zeit auf jedermann ausgeweitet.[83]

Das wesentliche Kriterium für die Zuwendungen war neben der persönlichen Würdigkeit der Bittsteller, dass sie keine Unterstützung seitens der Almosenpflege

---

79 Vgl. zum Elberfelder System: Hammerschmid; Tennstedt, Der Weg zur Sozialarbeit (2002), S. 64.

80 Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 365. Vgl. Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463; Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 36.

81 Vgl. Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 365; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 463 f.; Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 36.

82 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 43; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 48 – 49; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906) S. 71; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 38 – 39.

83 Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 22 – 23; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 24; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 16; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 45.

Stuttgart empfingen.[84] Anhand von Listen über die Leistungsempfänger, in denen die genauen persönlichen Verhältnisse und Lebenssituationen festgehalten wurden, fand im halbjährlichen Turnus eine Bedarfsermittlung und Leistungsfestsetzung statt.[85] Die Tätigkeit der PAG erstreckte sich nicht nur auf die Unterstützung zum Lebensunterhalt und in Naturalleistungen. Darüber hinaus initiierte sie noch weitere Unternehmungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege.

Kinder- und Jugendfürsorge der PAG

Der PAG und besonders Tobias Heinrich Lotter[86] lagen die Kinder am Herzen. In diesem Zusammenhang war es ein wichtiges Anliegen, Kinder, deren Eltern gezwungenermaßen nicht für das erforderliche Maß an Aufsicht sorgen konnten, vor verderblichen Einflüssen zu schützen. Im 18. und 19. Jahrhundert gab es dazu die Möglichkeiten der Industrieschulen. Diese waren in Württemberg die Wegbereiter der Fortbildungs- und Gewerbeschulen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts einen hohen Stellenwert erlangten.[87] Der Ausbau von Industrieschuleinrichtungen wurde nach 1816 energisch von der „Zentralleitung des Lokalwohltätigkeitsvereins“ betrieben. Zuvor gab es jedoch ebenfalls schon sehr ernsthafte Bemühungen, diese Schulform zu etablieren. So hatte bereits 1808/10 König Friedrich verfügt, „daß mit größeren öffentlichen Schulen eine Industrie- oder Kinderbeschäftigungsschule, auch Arbeitsschule genannt, verbunden werden solle, um Knaben und Mädchen früh an nützliche Arbeiten zu gewöhnen.“[88] Dabei musste zumindest eine solche Schule in jeder Oberamtsstadt bzw. jedem Amtssitz eines Dekans vorhanden sein. Diese Industrieschulen stellten die Grundlage für die späteren Arbeitsschulen für Mädchen dar. Zum Teil bestand der Unterricht in Vermittlung von Kochkenntnissen oder Anbaumethoden. Ein weiteres Ziel war, mit den Erzeugnissen aus dem Industrieschulunterricht den Kindern eine kleine Einnahmequelle zu verschaffen, mit der sie ihren Beitrag zum Familieneinkommen leisten und zugleich nützliche Kenntnisse erwerben konnten.[89]

---

84 Vgl. Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 365.
85 Vgl. ebd., S. 365.
86 Vgl. zu Lotters Motivation: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 44.
87 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109.
88 Ebd., S. 109.
89 Vgl. ebd., S. 109.

Die PAG griff die Anregungen zum Aufbau einer Industrieschule auf, indem sie 1807 die „Katharinenpflege“ eröffnete.[90] Dabei handelte es sich vordergründig um eine Armenbeschäftigungsanstalt, in der neben Kindern auch Erwachsenen eine Möglichkeit gegeben wurde, sich durch Arbeit einen Verdienst zu erwerben. Hinter dieser Zielsetzung stand die Auffassung, dass Arbeit eine weitaus bessere Erziehungsmaßnahme und Möglichkeit der Armut zu begegnen war, als Almosen. Beide Zielgruppen erhielten als Grundlage für eine nachmalige Verdienstmöglichkeit bei Bedarf Unterricht im „Nähen, Stricken, Spinnen sowie anderen Arbeiten“.[91] Die Arbeitszeiten betrugen für Kinder jeden Tag 11 Stunden, wobei auch Freizeit zur Erholung eingerechnet war. Diese Zeit wurde zur Erbauung und sittlichen Erziehung der Kinder mit lehrreichen Geschichten ausgefüllt. Großen Raum wurde auch dem Gesang eingeräumt, der die Arbeiten begleitete, und zudem dreimal pro Woche unterrichtet wurde. Zur Motivation der Kinder wie auch der Leistungskontrolle wurden jedes Jahr Prüfungen abgehalten, bei denen die besten Kinder Prämien erhielten.[92]

Die Konzeption der „Katharinenpflege“ erwies sich als sehr praktikabel und erfolgreich, so dass im Jahr 1813 eine „zweite Kinderarbeitsanstalt und Industrieschule“,[93] die „Marienpflege“, eröffnet wurde. In Hinblick auf die Grundkonzeption und den Lehrplan war die „Marienpflege“ gleich wie die „Katharinenpflege“ aufgebaut. In den Notjahren 1816/17 wurde der „Katharinenpflege“ die bereits angesprochene Suppenanstalt zur kostenlosen Verpflegung von Kindern sowie anderen Notleidenden gegen einen geringen Unkostenbeitrag angegliedert. Dort wurden auch die auswärtigen Nähschülerinnen der Marienpflege verköstigt.[94]

---

90 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 265; Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 19; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 22 – 23; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 24; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 16; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 45.

91 Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 265.

92 Vgl. ebd., S. 265.

93 Ebd., S. 265.

94 Vgl. zu den Industrieschulen der PAG auch: Schmidlin, Über öffentliche Kinder-Industrie-Anstalten überhaupt und insbesondere in Württemberg (1821), S. 28; Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 36; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 45 f.; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 466 f., der allerdings andere Gründungsdaten anführt. Vgl. ferner: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (Diss. 2012), S. 242 – 251.

Neben der Kinder- und Jugendfürsorge wurden aber auch Maßnahmen initiiert, die soziale Lage durch andere Mittel zu verbessern.

Weitere frühe Sozialmaßnahmen

Den Charakter der frühen Sozialmaßnahmen machte ihre Verschiedenartigkeit aus. Aus diesem Grund waren diese Maßnahmen einerseits auf zwei Ebenen angesiedelt und gingen andererseits von unterschiedlichen Initiatoren aus. Eine erste dieser Maßnahmen war die 1812 gegründete „Württembergische privilegierte Bibelanstalt“ in Stuttgart,[95] die das Ziel hatte, die sittlichen und religiösen Zustände des Volkes zu heben. Der hauptsächliche Initiator war Karl Friedrich Adolf Steinkopf, der auswärtige Sekretär der „British and Foreign Bible Society”.[96] Unter den weiteren maßgeblichen Gründern befanden sich auch die Mitglieder der PAG, unter anderem Tobias Heinrich Lotter. Diese personellen Überschneidungen zeugten gleichermaßen von deren christlicher Gesinnung wie von der innigen Verbindung zwischen Christentum und Volkswohlfahrt.[97] Die Bibelanstalt war ein früher Versuch, der wachsenden Entchristlichung zu begegnen. Sichtbar wurde dieser Faktor bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts, als vielfach die ärmeren Menschen den Gottesdienst aus Scham oder Zeitmangel nicht besuchen konnten und zudem nicht die Mittel hatten, ein Exemplar der Heiligen Schrift zu erwerben. Mit der Gründung der Hauptanstalt in Stuttgart war auch die Gründung zahlreicher „Hilfsbibelvereine“ verbunden. Alle diese Einrichtungen hatten die Aufgabe, Bibeln sowie Ausgaben des Neuen Testaments in der Übersetzung Martin Luthers in guten und preiswerten Drucken zu verbreiten. Dabei sollte vor allem der ärmere evangelische Bevölkerungsteil bedacht werden. Um allen Bedürfnissen gerecht werden zu können, hatten „die Vermögenden den vollen Preis für eine Bibel (zu) bezahlen“.[98] Für Arme

---

95 Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 7; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 44 - 45 Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 87; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 33; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 274. Vgl. zur Gründung ferner: Risch, Festschrift zur Jahrhundert-Feier der Privileg. Württ. Bibelanstalt. Zweiter Teil (1912), S. 84; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 426 f.

96 Vgl. zu Steinkopf: Jenkins, s. v. Steinkopf. In: RGG[4], Bd. 7 (2008), S. 1704; Risch, Festschrift zur Jahrhundert-Feier der Privileg. Württ. Bibelanstalt. Erster Teil (1912), S. 60 f.

97 Vgl. zu Lotters tiefer Frömmigkeit und aktiven Beteiligung an der Gründung der württembergischen Bibelanstalt: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (Diss. 2012), S. 190 – 193. Vgl. zur personellen Überschneidung der Gründungsmitglieder von Bibelanstalt und PAG: Trautwein, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800 (1987), S. 341.

98 Risch, Festschrift zur Jahrhundert-Feier der Privileg. Württ. Bibelanstalt. Zweiter Teil (1912), S. 90.

wurde ein Preisnachlass eingeräumt, wobei in Ausnahmefällen Bibeln auch als Schenkung übergeben wurden.[99] Die Tätigkeit der Bibelanstalt dehnte sich im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten auch über Württemberg aus.[100]

Diese Maßnahme war im Bereich der Seelsorge angesiedelt, um der Wahrung der Sittlichkeit willen sowie der Erbauung und Bemühung um Rückgewinnung der ärmeren Volksklassen für die Kirche. Allerdings war hier jedoch die Kirche als Institution nicht aktiv geworden, sondern die Initiative ging von kirchennahen Persönlichkeiten der bürgerlichen Schichten aus.

In der ersten Phase der Wohlfahrtstätigkeit in Württemberg wurde bereits eine Maßnahme aus dem Bereich der Wohnungsfürsorge angedacht, die indessen nicht realisiert werden konnte. Die PAG plante 1816, noch vor Begründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins", den Bau eines Hauses mit preiswerten Wohnungen. Angesichts der Preissteigerungen bei Mieten erschien dieses Vorhaben, das über Spenden finanziert werden sollte, als durchaus angebracht. Als weiterer Zweck war vorgesehen, die Sittlichkeit der dortigen armen Mieter auf verschiedene Art und Weise zu heben. Dazu sollte ein Aufseher „für Ordnung sorgen, und durch Vorschriften […] eine gute Erziehung der Kinder und die Vermeidung des Bettelns erreicht werden."[101] Es ging also nicht nur um eine Milderung der Wohnungsnot, sondern vielmehr auch um eine erzieherische Maßnahme. Der damals noch amtierende König Friedrich genehmigte diesen Plan. Allerdings wurde er letztlich ein Opfer der Stadtplanung, weshalb sich der Beginn des sozialen Wohnungsbaus um fast ein halbes Jahrhundert verzögerte.[102]

Bewertung der frühen Maßnahmen

Bei allen frühen sozialen Fürsorgemaßnahmen waren entweder der Staat oder aber kirchennahestehende, zum Teil sogar pietistisch geprägte Persönlichkeiten[103] aktiv geworden. Für den frühen Zeitpunkt hatte sich schon eine Art differenziertes System entwickelt, das generell nach allgemeinen Gesichtspunkten handelte. Die Kirche als Institution war nicht aktiv geworden. Außerdem wurde bis auf die Arbeit

---

99 Vgl. ebd., S. 90.

100 Vgl. insgesamt: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 7; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 44 – 45; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 87; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 33.

101 Hagel, So soll es seyn (1996), S. 367.

102 Vgl. ebd., S. 367 f.

103 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108.

der PAG wenig getan, genaueres über die Hintergründe der Notlagen zu erfahren. Somit waren auch Kompensationsmechanismen wenig entwickelt, als im Jahr 1816 eine geradezu katastrophale Notsituation eintrat, die zwingend Schritte auf dem Gebiet der Wohlfahrt erforderte. Immerhin konnte zu diesem Zeitpunkt bereits an diese Vorarbeiten angeknüpft werden.

6.2.2. Erste Anfänge einer planmäßigen Wohltätigkeitsarbeit

Bis zum Regierungsantritt Wilhelms II. waren durch die Tätigkeit der PAG die Grundlagen für eine planmäßige Wohltätigkeitsarbeit bereits geschaffen worden. Angesichts der Missernte von 1816 und der daraus erwachsenden großen Not für die Mehrzahl der württembergischen Bevölkerung wurden neue Schritte erforderlich. In dieser Situation bewies Königin Katharina von Württemberg gleichermaßen Weitsicht wie Mut, Neues anzupacken und Bewährtes auszubauen. Die Königin hatte die besondere Gabe, ein exzellentes Gespür für Armut und Not zu besitzen. Deshalb konnte auch die, im Jahr ihrer Thronbesteigung 1816 herrschende Not, die durch die Kriegsfolgen zusätzlich zur Hungersnot noch vergrößert wurde, sie nicht unberührt lassen. Es entsprach somit ganz ihrem Naturell, für Abhilfe sorgen zu wollen.

Die Anregungen für ihr Engagement empfing die Königin durch die PAG und deren Arbeit. Ihren Plan zur Abhilfe entwickelte sie im Verlauf des Novembers 1816. Im Anschluss besprach sie ihn mit verschiedenen Personen ihres näheren Umfeldes, verbunden mit der Bitte um Gutachten hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten. Auf diese Weise wandelte sich ihr ursprünglicher Plan eines reinen Frauenvereins zur Linderung der Not zum schließlich realisierten Vorhaben.[104] Auf der Gründungssitzung am 29. Dezember des Jahres 1816 versammelte sie 17 Männer und Frauen,[105] um mit ihnen ihren Plan zu erörtern. Im Grundsatz ging es ihr um die Organisation einer wirkungsvollen Armenhilfe auf der Grundlage eines Vereins, wobei die Mitglieder ihre Mitwirkung ehrenamtlich ausüben sollten.[106] Zu diesem Zweck waren nicht nur Mitglieder der PAG unter den Geladenen, sondern „auch

---

104 Vgl. zu diesem und dem Vorstehenden: Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 266; Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 107; Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart. Zweiter Theil (1846), S. 465.

105 Vgl. zu den Gründungsmitgliedern: Ihme, Die ersten Mitglieder der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 108, 1961, S. 11 – 14.

106 Vgl. ebd., S. 14.

qualifizierte Staatsbeamte, Pfarrer und einige Vorsteher von Armenanstalten“.[107] Diese Heterogenität der personellen Zusammensetzung des Zentralstabs setzte sich auch weit über die Gründungszeit der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ hinweg. Im Jahr 1902 erhielt sie dann schließlich den Status einer Anstalt des öffentlichen Rechts, so dass sie auch auf Beamte zur Unterstützung ihrer Arbeit zurückgreifen konnte.[108]

Die Versammelten formulierten als Ziel, ein landesweites Netz von Wohlfahrtsvereinen schaffen zu wollen, wobei auf eine engagierte und rege Beteiligung gleichermaßen von bürgerlichen, wie geistlichen Würdenträgern, besonderen Wert gelegt wurde. Als Koordinierungsstelle aller Maßnahmen sollte die in Stuttgart beheimatete „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ dienen.[109] Als Aufgabenstellung hatte sich der Verein bestimmte Schwerpunkte gesetzt. Im Wesentlichen handelte es sich um die „Bestellung einiger Armenärzte, Bezahlung von Arzneien, Beschaffung und Verteilung von Kleidungsstücken, Brennmaterial und Lebensmitteln sowie die Gewährung von Hilfsgeldern an verschämte Arme, von Vorschüssen und von Schulgeld.“[110]

Hinter den gesamten Maßnahmen war Katharinas Grundsatz, „‚Arbeit verschaffen hilft mehr als Almosen geben‘“[111] zu erkennen, wobei sie den bereits von der PAG vorgezeichneten Weg weiterging. Wie engagiert sie war, zeigte sich in der Beibehaltung der direkten Leitung bis zu ihrem Tod. Als Stellvertreter fungierte August von Hartmann,[112] der schon im Planungsstadium der Königin engagiert beratend zur Seite gestanden war.

Mit der Gründung der Zentralleitung war die gleichzeitige Gründung von entsprechenden Wohltätigkeitsvereinen auf Bezirks- und Ortsebene verbunden. Sie sollten für eine qualifizierte Durchführung der Hilfsmaßnahmen auf regionaler Ebene sor-

---

107 Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108.

108 Vgl. Weller, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817 – 1966 (1967), S. 13.

109 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108; Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 266.

110 Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108. Vgl. auch: Kröner; Hartmann, Der Lokalwohltätigkeits-Verein in Stuttgart 1805 – 1905 (1905), S. 14; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 122; Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 502.

111 Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 266. Vgl. Hinderer, Väter und Mütter der Inneren Mission in Württemberg (1909), S. 12.

112 Vgl. zum Wirken Hartmanns im Rahmen seiner Tätigkeit als Präsident der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Württemberg: Ihme, Geheimrat August von Hartmann der erste Präsident der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Stuttgart. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 107, 1960, S. 20 – 23.

gen. Im Vordergrund der Arbeit des Wohltätigkeitsvereins standen 1816/17 zunächst Maßnahmen zur Eindämmung der Hungersnot. Im Anschluss daran war das Ziel, wieder für „‚geordnete Verhältnisse' und die Sicherung der Arbeit"[113] zu sorgen. Zu diesem Zweck wurden neben generellen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen neue Industriezweige eingeführt. Aufgrund der zeitbedingten Umstände hatte das Gremium wöchentliche Zusammenkünfte, wobei die Zentralleitung die Gesamtkoordination übernahm. Das besondere Charakteristikum bei der Zentralleitung war das Zusammenwirken von Beamten und Ehrenamtlichen auf allen Ebenen. Ferner war die „Verknüpfung von freier Thätigkeit mit amtlicher Leitung"[114] ebenfalls ein außergewöhnlicher Wesenszug des Vereins.

Zu Beginn der Tätigkeit wurden alle Erwartungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Staat, Wohltätigkeitsverein sowie wohltätigen Stiftungen wie auch der vielen Spender übertroffen. Mit dem Abflauen der Not, ließen jedoch die Bereitschaft zu Spenden und tatkräftiger Mitarbeit vielerorts nach, so dass schließlich Maßnahmen zur Wiederbelebung ergriffen wurden.[115]

Immerhin gab es um die Jahreswende 1818/19 insgesamt 64 „Bezirkswohltätigkeitsvereine" sowie 1665 „Lokalwohltätigkeitsvereine".[116] Diese Zahlen waren des-

---

113 Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109. Vgl. auch: Schmierer, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 506.

114 Uhlhorn, Die christliche Liebestätigkeit (1895), S. 711. Vgl. auch: Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 267; Scholl, Die Zusammenarbeit der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg von 1816 – 1966 (1967), S. 1 f.; Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 147.

115 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109 f.; Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 292.

116 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109.
Vgl. zur Zentralleitung und den einzelnen untergeordneten Bezirks- und Lokalwohltätigkeitsvereinen: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 24; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 26; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 9; 11; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 16; III 239; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 52; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 151 f.; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 59 - 64; Kröner; Hartmann, Der Lokalwohltätigkeits-Verein in Stuttgart 1805 – 1905 (1905), S. 8 – 20; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 40 – 46; Beschreibung des Stadtdirections Bezirkes Stuttgart (1856), S. 360 – 363.
Eine ausführliche Studie zur Zentralleitung des Lokalwohltätigkeitsvereins im Rahmen des Aufbaus eines staatlichen Sozialmanagements sowie zur Arbeitsweise und rechtlichen Stellung innerhalb Württembergs findet sich bei: Römer, Die Ursprünge der Verflechtungen zwischen Pietismus und Staat auf dem Gebiet des Sozialen im Württemberg des 19. Jahrhunderts (Diss. 2012), S. 295 – 438.
Vgl. zur Arbeitsweise und den Projekten der Zentralleitung zwischen 1817 und 1914 auch: Ihme, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1967), S. 28 – 53; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 373 – 376; Schmierer, Das Haus

halb so beeindruckend, weil die Mitwirkung an einem Wohltätigkeitsverein für Geistliche aufgrund einer staatlichen Anordnung verpflichtend war. In diesem Zusammenhang zeigten sich besonders eindrucksvoll die Untätigkeit der evangelischen Kirche und ihr volles Vertrauen auf den Staat. Denn „(d)as Evangelische Konsistorium hielt offenbar die staatliche Aufforderung an die Geistlichen für ausreichend, ein bezeichnendes Beispiel der engen Verflechtung von Staat und Landeskirche.“[117] Die einzigen getätigten Maßnahmen waren amtliche Erlasse, mit denen die Pfarrer aufgefordert wurden, gegen den Bettel zu predigen.[118] Die Ursache für diese Passivität lag möglicherweise im Umstand, „daß der König evangelischer Landesbischof war und das Oberkonsistorium nach der Verordnung vom 7. Januar“[119] betreffs der Einführung der Zentralleitung sowie Lokalvereinen und –leitungen für Wohlfahrt, keine Veranlassung sah, die Pfarrer ebenfalls zur Mitwirkung aufzufordern.[120] Als einzige weitere Maßnahmen von offizieller Seite der Kirchenleitung wurden die Pfarrer nochmals in einem Erlass daran erinnert, auch im Bereich der Wohltätigkeitsvereine mitzuwirken. Als letzte offizielle Stellungnahme in Bezug auf ein Engagement der Pfarrer folgte 1818 ein „Sendschreiben des königlichen Synodus.“[121] Darin wurde ihnen die Mitarbeit an Wohltätigkeitsanstalten noch einmal mit Nachdruck anempfohlen. Definitiv der letzte Aufruf in diesem Zusammenhang war ein Erlass im Jahr 1818, der die Geistlichen erneut zu einer eifrigen und engagierten Betätigung bei der Gründung von Industrieschulen ermunterte.[122] Somit war es höchstwahrscheinlich der Initiative einzelner Pfarrer zu verdanken, wenn kirchennahestehende Maßnahmen zur Linderung der Not der ärmeren Bevölkerung ergriffen wurden.

Es entwickelte sich auf Anregung der Zentralleitung eine beeindruckende Vielfalt an Initiativen mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten. Die Maßnahmen lassen sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung aber auch Adressaten differenzieren.

Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert (1984), S. 502 – 508.

117 Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 109.

118 Vgl. ebd., S. 109; Ihme, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1967), S. 35.

119 Ihme, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1967), S. 35.

120 Vgl. ebd., S. 35.

121 Ebd., S. 35.

122 Vgl. ebd., S. 35.

Volksfürsorge

Zur Abwendung der größten Not war 1805 erstmals eine Speiseanstalt ins Leben gerufen worden. Im Jahr 1817 wurde für einige wenige Monate erneut eine „Armen- und Kranken-Speiseanstalt“ des Lokal-Wohltätigkeitsvereins in Stuttgart in der „Katharinen- und Marienpflege“ eröffnet. Sie sollte die unmittelbare Not der Bevölkerung lindern, weshalb sie nur von 20. Januar 1817 bis zum 31. Dezember desselben Jahres Bestand hatte.[123] In dieser Speiseanstalt wurden den Bedürftigen, die in der Obhut des Vereins standen, kostenlos Speisen verabreicht. Kranke erhielten Krankenkost mit Fleisch und Wein. Sonstige Personen konnten ein preiswertes Mittagessen mit und ohne Fleisch erhalten. Zu diesem Personenkreis wurden auch Arbeiter gezählt. Ferner gab es die Möglichkeit, dass Privatpersonen oder Vereine Speisemarken kauften und an Arme gaben, die gegen Abgabe dieser Marken ein Mittagessen erhielten.[124] Das Ziel war es, den Hunger zu lindern und die Volksernährung zu verbessern. Zu diesem Zweck wurde auch die so genannte „Rumford‘sche Suppe“ gereicht, die auf schmackhafte Weise eine Verbesserung der Ernährungslage bieten sollte.[125]

Eine weitere volksfürsorgerische Maßnahme bildete die ebenfalls 1817 durch die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins initiierte „National-Industrie-Anstalt“. Königin Katharina hatte mit ihrem feinen Gespür für adäquate Maßnahmen erkannt, dass viele Arme aus Scham keine öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen wollten. Aus diesem Grund war ein Magazin errichtet worden, in dem weibliche Handarbeiten und einheimische Produkte in Kommission genommen und anonym verkauft wurden. Damit sollte Rücksicht auf die persönliche Würde armer und in Not geratener Frauen genommen und zugleich ihnen eine Verdienstmöglichkeit gegeben werden. Die Maßnahme hatte den Zweck, einerseits mittellosen Personen, vornehmlich Arbeiterinnen, einen Verdienst zu verschaffen. Andererseits sollten auf diese Weise Angehörige der ärmeren Volksklasse eine entsprechende Beschäf-

123 Vgl. Seible, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart (Diss. 1921), S. 38 f.

124 Vgl. hierzu: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153, Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 43; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 48 – 49; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906)S. 71; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 38 – 39.

125 Vgl. Sauer, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3 (1995), S. 265.

tigung finden, um so dem Müßiggang zu entkommen und zur Arbeit erzogen zu werden.[126]

Von überzeitlichem und besonders hohem Nutzen war die 1817/18 gegründete „Württembergische Landes-Sparkasse“ in Stuttgart.[127] Zunächst war sie ausschließlich für die ärmeren Bevölkerungsteile gedacht, um deren Erspartes oder Geld, das für sie von Dritten angelegt wurde, zu verwalten. Dazu wurde auch die Möglichkeit gerechnet, ererbte Gelder in Verwahrung zu nehmen. Hinter dieser Maßnahme stand die Erfahrung, dass vielfach Arme nicht in der Lage waren, ihre geringen Einkünfte sinnvoll zu verwalten und zusammenzuhalten. Aus diesem Grund war wiederum auf Anregung Königin Katharinas eine Anstalt geschaffen worden, in der auch geringste Vermögenswerte sicher verwahrt werden konnten. Auf diese Weise sollte nicht nur die wirtschaftliche Situation der Armen durch die Bewahrung ihres Vermögens verbessert werden. Durch die Erziehung zur Sparsamkeit war andererseits auch an eine sittliche Hebung, die den Zeitgenossen ebenso wichtig war, gedacht worden. Eine ergänzende Erziehungsmaßnahme war die sukzessive Einführung von „Kinder- und Schul-Sparkassen“ im weiteren zeitlichen Verlauf. Die Pragmatik dieser Maßnahme offenbarte sich ebenfalls in der Einführung von „Pfennig-Sparkassen“, die in den einzelnen Gemeinden und Bezirken jedermann die Möglichkeit gaben, seinen Sparpfennig sinnvoll und sicher in Verwahrung zu geben.

Die Sparkasse war eine erste Maßnahme zur wirtschaftlichen Hilfe für Dienstboten, Söldner, Lehr- und Schreibereigehilfen, sowie Tagelöhner oder Wochenlohnempfänger. Zum angesprochenen Personenkreis wurden im Grundsatz alle Niedrigverdiener wie auch deren Kinder sowie Waisen gerechnet. Daneben sollte auch solchen Armen, die Unterstützungen im Rahmen der öffentlichen Fürsorge erhielten oder die Berechtigung dazu gehabt hätten, die Gelegenheit gegeben werden, auf

---

126 Vgl. hierzu: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 40; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 28; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 41; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 126; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 21; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 30 –31; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 24; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 28; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 342.

127 Vgl. zur Geschichte der Sparkassen in Württemberg im gesamten Untersuchungszeitraum: Bergner, Das württembergische Bankwesen. Entstehung, Ausbau und struktureller Wandel des regionalen Bankwesens bis 1923 (1993), S. 1 – 77; Pohl, Baden-Württembergische Bankgeschichte (1992), S. 1 – 169.

diese Weise etwas anzusparen. Der Personenkreis, den diese Anstalt ansprach, war bewusst weit gehalten, damit möglichst viele aus der ärmeren Bevölkerungsschicht daran teilhaben und selbst etwas für eine Verbesserung ihrer Lage tun konnten. Auch an diesem Beispiel zeigte sich die Weitsicht Königin Katharinas. Ferner bestand für Sparvereine die Möglichkeit, Einlagen bei der Hauptanstalt in Stuttgart zu machen, um auf diese Weise für die Sicherheit der anvertrauten Gelder zu sorgen.[128] Im Gefolge dieser ersten Maßnahmen zur Erziehung zur Sparsamkeit wurde sukzessive ein ganzes Sparkassenwesen sowohl durch den Wohltätigkeitsverein als auch durch andere Institutionen aufgebaut.[129]

Eine spätere Initiative zur Linderung der wirtschaftlichen Not der unteren Klassen wurde 1840 mit dem „Verein für verschämte Hausarme“ in Stuttgart gegründet. Er hatte quasi die Funktion einer erweiterten Invaliden- oder Altersunterstützung. Seine Intention war es, Menschen, die entweder durch lange Krankheit oder kurzfristige schuldlose Arbeitslosigkeit in finanzielle Engpässe geraten waren, zu unterstützen.[130] Auch hier stand der Aspekt des Verschuldens im Vordergrund, was in der damaligen Gesellschaft von Belang war, und einen Hinweis auf die deutlichen Einflüsse bürgerlicher Wertevorstellungen darstellte.

Eine andere Initiative war der 1841 gegründete „Wittwenhausverein“ mit seinem 1845 erbauten „Wittwenhaus“, der auf einen ganz besonderen Kreis bedürftiger Personen ausgerichtet war. In Württemberg waren viele Arme mittellose Frauen, unter denen vielfach Witwen waren. Mit diesen Maßnahmen wurde ein bereits bei der Gründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ ins Auge gefasster, damals aber noch nicht realisierbarer Plan verwirklicht.[131] Der „Wittwenhausverein“ hatte den Zweck, unbemittelten, unbescholtenen Witwen adäquate Wohnungen zu günstigen Mieten zu überlassen. Dabei bestand eine Beschränkung auf Stuttgarter Bürgerinnen. Der „Wittwenhausverein“ hatte zwei Häuser, in denen die

---

128 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 39; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 49; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 32 –33; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 96; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 22; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 43; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 55.

129 Auf Details muss an dieser Stelle verzichtet werden. Vgl. hierzu: Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 417 – 420.

130 Vgl. hierzu: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 28; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 29 – 30, Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 121.

131 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 108.

Mieterinnen unterkamen. Dabei wurden nur im Ausnahmefall ledige ältere Frauen aufgenommen.[132]

Neben der Volksfürsorge gab es auch Maßnahmen zur Volksbildung. Diese waren in der Regel der evangelischen Kirche näherstehend aber von Einzelpersonen, vielfach Pfarrern initiiert.

Volksbildung

Eine erste Initiative, den evangelischen Glauben und das christliche Leben zu wecken und zu fördern war die „Evangelische Gesellschaft“ (eva). Sie wurde 1830 durch den damaligen Vikar Christoph Ulrich Hahn in Esslingen begründet, der eine Förderung der Lektüre der Heiligen Schrift bezweckte. 1835 folgte die Verlegung der eva nach Stuttgart, wobei sich ihre Ausrichtung etwas verändert hatte.

Die eva arbeitete auf verschiedene Art und Weise. Zunächst ging es darum, christliche Schriften herauszugeben sowie zu verbreiten. Dabei kamen auch Kolporteure zum Einsatz, die vordergründig diejenigen Teile der Bevölkerung, also z. B. Fabrik- und Eisenbahnarbeiter aufsuchten, die von der Kirche nicht oder nur sehr schwer zu erreichen waren. Daneben wurde versucht, die Volksbildung durch eine Leihbibliothek, eine Buchhandlung mit guten christlichen Schriften, Versammlungen zur Erbauung und zu gelehrtem Vortrag, Reiseprediger sowie Krankenseelsorge zu betreiben. Außer Traktaten hatte die eva auch kleinere christliche Bilder vertrieben, um damit dem Unwesen unsittlicher Bilder entgegen zu wirken.[133]

---

132 Vgl. hierzu: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 27; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 29; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 62; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 39; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 125; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 44 – 45; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 48; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 62.

133 Vgl. zur eva: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 4; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 45; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 90 – 91; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 132; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 102; 219 – 223; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 275; Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 144 f.; Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 35.
Vgl. zur Wirkungsgeschichte ferner: Hofacker, Ein güldenes Jubiläum, oder Geschichte der 50jährigen Wirksamkeit der evang. Gesellschaft in Stuttgart (1880); Wurm, Die Evangelische Gesellschaft in Stuttgart 1830 – 1905 (1905); Remppis, In Gottes Rüstung vorwärts (1930); Kircher, daß allen Menschen geholfen wird (1980); Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 292 f.; Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 427.

Eine weitere Initiative zur Volksbildung wurde 1818/20 begründet. Das Ziel der „Evangelischen Bücherstiftung“ war, kostengünstige Exemplare guter Erbauungsbücher, z. B. von Rieger, Bengel, Arndt, Luther u. a. zu vertreiben. Bezweckt wurde, ähnlich wie die Bibelgesellschaft, auf diese Weise auch Ärmeren die Möglichkeit zu geben, solche Bücher zu kaufen. Die evangelische Bücherstiftung kooperierte seit 1845 mit dem „Berliner Verein zur Verbreitung religiöser Bücher“. Dabei sah die Kooperation die gegenseitige Verbreitung des Buchprogramms vor. Neben der Kooperation mit dem „Berliner Verein“ bestand eine solche mit der eva, durch deren Kolporteure auch das Verlagsprogramm der „Evangelischen Bücherstiftung“ vertrieben wurde.[134] In ähnlicher Weise wie die bereits angesprochenen Unternehmungen arbeitete der „Calwer Verein“[135] (1832).

Ein ebenso bedeutungsvolles Betätigungsfeld wie die Volksbildung war die Kinder- und Jugendfürsorge. Beide Bereiche wurden bereits seit Beginn der Wohltätigkeitsarbeit in Württemberg intensiv betrieben.

Kinder- und Jugendfürsorge

Bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt wurde ein Verein gegründet, der sich um die Versorgung von Kleinkindern kümmerte. Der 1829 begründete „Verein für Kleinkinderbewahranstalten“ hatte das Ziel, Kinder aus den ärmeren Bevölkerungsteilen im Alter zwischen 3 und 6 Jahren in einer seiner Einrichtungen aufzunehmen. Die Kinder wurden entweder kostenlos oder zu einem geringen Monatsbeitrag stundenweise versorgt. Bezweckt wurde, „sie von äußerem Schaden zu bewahren, geistig zu wecken und, die häusliche Erziehung ergänzend, in sittlich-religiösem Geiste auf sie einzuwirken“.[136] Neben den Kleinkinderpflegen des Vereins gab es auch solche, die von den Gemeinden ins Leben gerufen und unterhalten wurden.[137]

---

134 Vgl. hierzu: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 8; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 92; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 104; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 275.

135 Vgl. Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 427.

136 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 9.

137 Vgl. zum Vorstehenden: Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 62; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 9; Straub (Hrsg.), 125 Jahre Evangelische Kinderpflege in Stuttgart (1954). 100 Jahre Evang. Kleinkinderpflege in Württemberg (zugleich 150jähriges Jubiläum in Deutschland). In: Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg 82.1929, S. 97 f.; 100 Jahre Stuttgarter Kleinkinderschule. In: Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg 82.1929, S. 103 – 108. Dabei geben die beiden letzten genannten

Eine weitere Einrichtung zur Kinderfürsorge wurde bereits unter Königin Katharina gegründet. Aus der von der PAG ins Leben gerufenen Industrieschule ging 1817 die „Katharinenschule“ hervor. Sie verfolgte den „Zweck sittlicher und religiöser Hebung von Kindern hiesiger Armen durch Anhaltung zu geordneter Arbeit und Weiterförderung in Schulkenntnissen in den Stunden, welche sie nicht in den öffentlichen Schulen zuzubringen haben.“[138] Dabei wurden die Mädchen in Handarbeiten wie „Flachsspinnen, Stricken, Häkeln, Nähen und anderen häuslichen Arbeiten“,[139] die Jungen im „Freihandzeichnen, Geometrie, sodann in Stricken, Zwirnen, Wollarbeiten, auch Holzsägen sc.“ unterwiesen.[140] Später wurden noch andere Beschäftigungsarten eingeführt. Der Besuch war teilweise freiwillig, teilweise verpflichtend, wobei die Kinder für ihre Erzeugnisse ein kleines Entgelt erhielten. Solche Anstalten wie die „Katharinenschule“ befanden sich nicht nur in Stuttgart, sondern auch im restlichen Württemberg.[141] Sie waren quasi eine Vorgängereinrichtung der nachmaligen Horte, wodurch zumindest indirekt eine Erleichterung für viele arbeitende Eltern geschaffen wurde. Die Erleichterung bestand einerseits in der Beaufsichtigung der Kinder, andererseits in der Möglichkeit für die Kinder, auf diese Weise einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten.[142] Allerdings war es bezeichnend, dass auch bei dieser Einrichtung die Initiative von Königin Katharina

---

Aufsätze zugleich einen Überblick über die Geschichte der Kleinkinderpflegen in Württemberg. Beispiele waren auch die städtischen Kleinkinderschulen im obern Stadt-theile (1829) und im untern Stadt-theile (1830), von denen Schmidlin, Ueber Klein-Kinder-Schulen, insbesondere deren Zweck, Bestimmung, äußere und innerer Einrichtung, und die mit ihrer Gründung und Unterhaltung verbundenen Kosten (1835), S. 13 spricht.

138 Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 17 f.

139 Ebd., S. 18.

140 Ebd., S. 18.

141 Beispiele sind die Industrieschulen in Gablenberg (1838, seit 1850 unter Verwaltung der Lokalleitung des Wohltätigungsvereins) oder Berg (1838), vgl. zu beiden: Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 23. Eine ausführliche Übersicht über die in und um Stuttgart bestehenden Kleinkinderschulen und Kinderpflegen findet sich bei: Bofinger, Die Kleinkinderschulen und Kinderpflegen Württembergs (1865).

142 Vgl. zum Vorstehenden: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 17 – 18; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 16; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 21; Schmidt, Die innerer Mission in Württemberg (1879), S. 46; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 24; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 15 – 16; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 18.
Vgl. speziell zur Wirkungsgeschichte der Katharinenschule: Bericht über die Katharinenschule und Paulinenpflege in Stuttgart (1870), S. 4 – 7; Hundert Jahre Paulinenpflege und Katharinenschule. In: BAW 73.1920, S. 145 f.; 148 f.; Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Paulinenpflege und Katharinenschule (1921), S. 6 f.; Völter, Geschichte der Rettungs-Anstalten für arme verwahrloste Kinder in Württemberg (1845), S. 86 f.

ausging und bedauerlicherweise ohne kirchliche Mitwirkung. Dieses Beispiel unterstreicht eindrucksvoll, die Untätigkeit und die Abwendung von dringenden und offensichtlichen Problemen.

Neben solchen Einrichtungen, die die Kinder den Tag über zumindest stundenweise versorgten, gab es bereits früh stationäre Einrichtungen. Dahinter stand die Erkenntnis, dass mitunter manche Kinder eine strengere Beaufsichtigung benötigten. Diese Einrichtungen wurden unter dem Begriff der Rettungsanstalt subsumiert, worin deutlich ein Bezug zur pietistischen Erweckungs- und Rettungshausbewegung zu erkennen war.[143] Ein gemeinsames Merkmal aller Rettungsanstalten war die Zielsetzung, Kinder aufzunehmen, die verlassen oder der Verwahrlosung ausgesetzt waren. Zugleich sollten sie „für deren körperliche(n) und geistige(n) Bedürfnisse in jeder Weise“[144] Sorge tragen und dabei den Kindern, einen nach Möglichkeit vollständigen, Ersatz des Elternhauses bieten. Die Anstalten begleiteten die Kinder bis nach der Konfirmation. Dabei ermöglichten die Anstalten den Knaben eine Lehre, die Mädchen erhielten eine hauswirtschaftliche Unterweisung und wurden nach dem Ende dieser Ausbildung in Dienststellen untergebracht. In der schulfreien Zeit wurden die Kinder ähnlich wie in den Industrieschulen mit Stricken, Nähen, Kolorieren sowie hauswirtschaftlichen Tätigkeiten beschäftigt.

Ein frühes Beispiel für eine solche Rettungsanstalt war die 1820 gegründete „Paulinenpflege“,[145] die in Kooperation mit der „Katharinenpflege“ stand. Dieselbe Intention wie die „Paulinenpflege“ hatte die 1841 in Plieningen bei Stuttgart gegründete „Wilhelms-Pflege“, die von einem Komitee engagierter Menschenfreunde begründet und unterhalten wurde.[146]

---

143 Vgl. zur Rettungshaubewegung in Württemberg: Rube, Die Rettungshausbewegung in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 126, 1979, S. 6 – 11.

144 Bericht über die Katharinenschule und Paulinenpflege in Stuttgart (1870), S. 8.

145 Vgl. zum Vorstehenden sowie zur Paulinenpflege: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 18; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), Beilage zu S. 12; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 16; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 14; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 16; Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 86; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 62.
Vgl. zur Wirkungsgeschichte und Arbeit der Paulinenpflege: Bericht über die Katharinenschule und Paulinenpflege in Stuttgart (1870), S. 7 – 25; Hundert Jahre Paulinenpflege und Katharinenschule. In: BAW 73.1920, S. 145 f.; 148 f.; Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Paulinenpflege und Katharinenschule (1921), S. 7 – 14; 150 Jahre Paulinenpflege Stuttgart 1820 – 1970 (1970); Völter, Geschichte der Rettungs-Anstalten für arme verwahrloste Kinder in Württemberg (1845), S. 85 - 87.

146 Vgl. zur Wilhelmspflege: Die Eröffnungsfeier der Kinder-Rettungsanstalt Wilhelmspflege in Plieningen (1841), S. 13 – 21; Beschreibung des Oberamts Stuttgart, Amt (1851), S. 209; Uebersicht

Eine andere Ausrichtung in Bezug auf die Hilfe für arme und verwahrloste Kinder hatte der 1834 geschaffene „Stuttgarter Frauenverein zur Versorgung verwahrloster Kinder“. Der Verein, der sich auf die Initiative der Frau Bergrat Wagener gründete,[147] nahm „hilfsbedürftige Kinder vornehmlich im schulpflichtigen Alter, ausnahmsweise auch vom 5. Lebensjahr an in seine Fürsorge und bringt sie in Anstalten oder in geeigneten Familien auf dem Lande unter.“[148] Nach der Konfirmation sorgte der Verein auch für die Unterbringung der Schützlinge in Lehr- und Dienststellen. Der Verein mit landesweiter Wirksamkeit wirkte als Vermittler zwischen Hilfsbedürftigem und Anstalt. Er war überkonfessionell auf privater Basis ausgerichtet und stellte ein schönes Beispiel für eine mutige Initiative dar.[149]

In Zusammenhang mit der Fürsorge für die männliche Jugend waren vor allem die Jünglingsvereine und ihre Vorläufer aktiv. Darunter fiel vor allem der so genannte „Feierabend“, der 1833 gegründet wurde, auf. Der „Feierabend“ verfolgte den Zweck, den jungen Männern im Winter einen beheizten, hellen Raum, in dem sie sich durch Lesen, Schreiben, Zeichnen aber auch Spielen und anregende Unterhaltungen gesittet beschäftigen konnten, zur Verfügung zu stellen. Der „Feierabend“ war vor allem am Sonntagabend geöffnet und stand unter der Obhut eines öffentlichen oder privaten Trägers. Die nahe Verwandtschaft zu den christlichen Jünglingsvereinen zeigte sich im Ansinnen, christlich gesinnte Jünglinge zu versammeln. Auf der anderen Seite wurde durch diese Einrichtung auch bezweckt, die jungen Leute vom Wirtshausleben fern zu halten.[150]

In dieselbe Richtung ging das Angebot des ebenfalls 1833 gegründeten „Lesevereins für Jünglinge“. Dieser hatte im Gegensatz zum „Feierabend“ eine noch offensichtlichere christliche Ausprägung, was im speziellen Angebot für Lehrlinge und

---

über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 14; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 13.

147 Vgl. zur Gründung: Kraut, Wie groß ist die Zahl armer Kinder! (1984), S. 18 f.

148 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 15.

149 Vgl. hierzu: Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 21; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 13 – 14; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 25 – 27; Schmidt, Die innerer Mission in Württemberg (1879), S. 88; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 20 – 21; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 61; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 14; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 15. Vgl. zur Entstehung und Arbeitsweise: Kraut, Wie groß ist die Zahl armer Kinder! (1984), S. 18 – 23; Göz, Kindernot und Frauendienst (1909), S. 48 f.; 53.

150 Vgl. zum „Feierabend“: Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 45; Schmidt, Die innerer Mission in Württemberg (1879), S. 151; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 86.

andere jugendliche Arbeiter sichtbar wurde. Besonders diesem Personenkreis wurde die Möglichkeit gegeben, sich durch belehrende Vorträge, die von verschiedenen Stadtgeistlichen gehalten wurden, weiterzubilden. Dieses Angebot hatte seine größte Ausdehnung vor 1869, danach wurde es vielfach durch die entstehenden Jugendvereine abgelöst.[151]

Einen eigentlichen „Jünglingsverein", der von Missionär Knorpp gegründet wurde, gab es in Stuttgart seit ca. 1830/40. Sein Zweck bestand in der Versammlung, christlich gesinnter junger Männer zu erbaulichen und belehrenden Vorträgen.[152] Er hatte somit die Funktion einerseits für die Sittlichkeit der jungen Leute zu sorgen. Andererseits hat es durchaus seine Berechtigung, in den Angeboten der „Jünglingsvereine" frühe Vorläufer der nachmaligen Fortbildungsschulen zu erkennen. Allerdings konnten die frühen „Jünglingsvereine" zu keiner tragenden Rolle gelangen, da sie sich relativ schnell von der praktischen Arbeit entfernten und den Schwerpunkt auf die erbaulich-geistliche Arbeit legten. Dieser Umstand war durch den maßgeblichen pietistischen Einfluss in den frühen „Jünglingsvereinen" bedingt.[153]

Ein weiterer, wichtiger Bereich früher Wohlfahrtspflege stellte die Fürsorge für Kranke dar. Angesichts des, zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden, sozialen Netzes, war gerade dieser Bereich ein wichtiges Instrument, Not zu lindern.

Hilfe für Kranke

Im 19. Jahrhundert bedeuteten Krankheit und Tod oftmals nicht nur im wörtlichen Sinn existenzbedrohliche Ereignisse. Vielmehr waren sie auch in finanzieller Hinsicht Notlagen, die in der Regel nicht ausgeglichen werden konnten. Zum Zweck einer gewissen, wenn auch nur minimalen Absicherung in solchen Fällen haben, sich bereits frühzeitig so genannte „Privatkranken- und Beerdigungsvereine" konstituiert, wie z. B. 1833 und 1835 in Stuttgart. Letztere standen oftmals in Verbindung mit Krankenkassen. Teilweise bestanden sie auch autonom. Die Zielsetzung der „Privatkrankenkassenvereine" war in jedem Fall die Linderung von krankheitsbedingten Notlagen. Die Aufgabe der „Beerdigungsvereine" war hingegen, Sorge für eine angemessene christliche Bestattung im Todesfall zu tragen. Die Berechti-

151 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 22; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 34; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 151.

152 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 23; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 276.

153 Vgl. Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 359.

gung dazu wurde von den Mitgliedern durch die geleisteten Beitragszahlungen erlangt. Nachdem beide Vereinsarten für alle Bevölkerungsschichten offen standen, wurde hiermit ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage geleistet. In Zeiten, in denen noch kein öffentliches Netz sozialer Sicherung vorhanden war, waren solche privaten Initiativen besonders wichtig. Der frühe Zeitpunkt für die Einrichtung solcher Vereine belegt die Signifikanz, die der Krankenfürsorge und der christlichen Beerdigung beigemessen wurden.[154]

Weniger auf die finanzielle, sondern mehr auf die materielle Unterstützung war der „Evangelische Krankenverein in Stuttgart“ (1845) ausgerichtet. Er sah seine Aufgabe in der christlichen Zusprache durch Besuche sowie die leihweise Überlassung von Bedarfsgütern für Kranke, wie Betten, Schlafröcke u. ä. Darüber hinaus wurde durch seine Vermittlung Krankenkost an bedürftige Kranke verabreicht. Schließlich trug der Verein auch Sorge dafür, minderbemittelte Kranke in Krankenhäusern unterzubringen.[155]

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung und ein überdeutliches Zeichen der Weitsicht Königin Katharinas war die Begründung des 1828 eröffneten „Katharinenhospitals“. Königin Katharina hatte die erste Anregung zur Schaffung dieser Anstalt gegeben. Das Hospital bezweckte nicht nur, innere wie äußere Krankheiten zu heilen, sondern war auch mit einer Wöchnerinnenabteilung sowie einer Hebammenschule verbunden. Darüber hinaus war eine besondere Abteilung für Augenleidende eingerichtet worden, um auch dieser Krankengruppe die notwendige Fürsorge zukommen zu lassen. In Bezug auf die Aufnahme der Kranken wurde hinsichtlich Geschlecht, Konfession oder sozialem Stand nicht differenziert. Die einzigen Beschränkungen waren, dass vordergründig die Einwohner Stuttgarts, z. B. Dienstboten, Gewerbegehilfen usw. Aufnahme finden sollten sowie die Krankheit heilbar sein musste. Darüber hinaus wurden freie Plätze auch an Auswärtige vergeben. Für Bedürftige bestand die Möglichkeit, einen Platz durch eine so genannte „Freibet-

---

154 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 30; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 62.

155 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 38; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 37; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 111; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 139; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153.

tenstiftung“ zu erhalten. Ansonsten mussten die Patienten im Voraus die Kosten des Aufenthalts begleichen oder eine Kostengarantieurkunde vorlegen.[156]

Eine weitere, für die Krankenfürsorge wegweisende Initiative war die Gründung der „Olga-Heilanstalt“ im Jahr 1842. Sie hatte den Zweck, arme kranke Kinder zu heilen. Aufgenommen wurden vordergründig Stuttgarter Kinder, wobei mittellose Kinder unentgeltliche Behandlung erfuhren. Die Anstalt hatte in Bezug auf die Soziale Frage eine große Bedeutung, da sie Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr aufnahm. Aufgrund einer vertraglichen Übereinkunft erhielten Lehrlinge aus zünftigen Gewerben unentgeltliche Behandlung. Daneben bestand auf der Grundlage eines Vertrags ein Übereinkommen zwischen der „Olgaheilanstalt“ und dem Amtsoberamt Stuttgart. Darin war vereinbart worden, dass die „Olgaheilanstalt“ Angehörige der Amtsverwaltung zu ermäßigten Preisen aufnahm und die Amtskorporation im Gegenzug alle sonstigen Kosten, die aus der Behandlung erwuchsen, übernahm. Lediglich Geistes- und Pockenkranke waren von einer Aufnahme gänzlich ausgeschlossen. Die Anstalt wies noch eine Besonderheit auf, die wiederum ganz dem Charakter der Zeit entsprach. In ihr waren zwei Pfarrer aus der Stadt tätig, um nicht nur Seelsorge zu leisten, sondern auch das sittliche und religiöse Leben zu heben. Damit wurde in Stuttgart ebenfalls sehr früh das Institut des Krankenhausseelsorgers eingeführt. Allerdings wurden diese Einrichtung und die dortige Seelsorge nicht durch die Kirche als Institution geschaffen, sondern gingen vielmehr auf das Engagement weitblickender Christen zurück.[157]

In dieser ersten Phase planmäßiger Wohltätigkeit, die sich vor allem durch die Begründung der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“ auszeichnete, haben sich

---

156 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 35; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 35; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 46; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 47; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 133; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 25 f.; 32; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 31; 40; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 122.

157 Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 37; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 40 – 41; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 51; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 116; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 146; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 33; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 116; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 40; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 27; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 47; Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 84; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 122.

schon sehr vielfältige und weitblickende Initiativen gezeigt. Dabei waren die getätigten Maßnahmen sehr weit gefasst, so dass ein Großteil der Bevölkerung und vor allem der ärmere Teil in den Genuss derselben kommen konnte. Allerdings waren alle Initiativen entweder Gründungen der Zentralleitung oder ihr nahestehender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Ein Teil der Initiativen ging auch auf das tatkräftige Handeln christlich gesinnter Einzelpersonen zurück, die dem offensichtlichen Elend weiter Teile der Bevölkerung nicht untätig zusehen konnten.

Die Zahl an Werken sozialer Tätigkeit mit den unterschiedlichsten Ausrichtungen und Zielgruppen, vermehrte sich im Zeitraum zwischen 1848 und 1914 noch weiter. Vieles wurde in dieser Epoche unter dem Begriff der Inneren Mission subsumiert, was jedoch auch genauso gut einfach nur unter dem Oberbegriff „Wohlfahrtspflege“ verstanden werden konnte.

6.2.3. Neue Gründungen 1848 - 1914

Das Jahr 1848 mit seinen Ereignissen hatte den Zeitgenossen schlagartig bewusst gemacht, dass vielfältige Kräfte in Gang waren. Mit einer gewissen Berechtigung konnte damals von tiefgreifenden gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen gesprochen werden. Zu diesem Zeitpunkt war die soziale Problematik im Umfeld der Sozialen Frage zumindest angeklungen und einigen weitsichtigen Zeitgenossen bereits bewusst geworden. Diese ganzen Eindrücke regten zum Handeln an, wodurch eine Anzahl von Arbeiten entstand, die in Zusammenhang mit der Sozialen Frage zu sehen waren. Sie hatten das Ziel, „den Arbeiterstand intellektuell und sittlich zu heben, Notstände zu beseitigen, den Arbeitern eine bessere Geselligkeit zu schaffen u. dgl. m.“[158] Eine bedeutende, nachhaltige Wirkung übte der erste Evangelische Kirchentag im Jahr 1848 in Wittenberg auf viele der in Angriff genommenen Werke aus. In diesem Zusammenhang machte sich auch in Württemberg der Einfluss von Johann Hinrich Wicherns Aufruf, zum Glauben zurückzukehren und zugleich tatkräftige Liebesarbeit zu betreiben, bemerkbar.[159] In diesem Zusammenhang war besonders Sixt Karl Kapff in Erscheinung getreten. Er war der Initiator oder zumindest Mitinitiator und Förderer einer

158 Uhlhorn, Die christliche Liebestätigkeit (1895), S. 758.

159 Vgl. Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 155.

großen Anzahl an diakonisch-missionarischen Institutionen.[160] In der vorausgehenden Epoche wurden bereits zahlreiche Aktivitäten zum Wohle der Arbeiterschaft unternommen, die auch in diesem Zeitraum eine Fortsetzung fanden.

Kinderfürsorge

Ein besonderes Augenmerk wurde, wie schon in den vorherigen Zeitabschnitten, auf die Kinderfürsorge gelegt. Zu einem relativ späten Zeitpunkt wurde eine sehr segensreiche Institution, das „Säuglingsheim" (1908), begründet. Es stand für Kinder ab der zweiten Lebenswoche offen. Dabei wurden vordergründig „(k)ranke Kinder, deren Ernährung irgendwie gestört ist, schwache, die zu früh zur Welt gekommen sind, heimatlose, deren Mutter erkrankt ist, oder die aus irgend einem andern Grunde eines Obdachs bedürfen"[161] aufgenommen. Diese Institution nahm Kinder aller Schichten und Klassen auf, was allein durch die Zielsetzung, der Kindersterblichkeit entgegenzuwirken, begründet wurde.[162]

Bereits im Jahr 1868 wurde in Stuttgart die erste Krippe gegründet. Die „Olgakrippe",[163] die nach ihrer Protektorin Königin Olga benannt worden war, hatte das Ziel, Kinder zwischen 6 Wochen und 3 Jahren des lohnarbeitenden Teils der Bevölkerung in Tagespflege zu nehmen. Die Initiative zur Gründung dieser ersten Stuttgarter Krippe ging direkt von der Königin aus, der das Leid der unversorgten Kinder nahegegangen war.[164] Die Krippe sollte nicht nur den Kindern Schutz und Pflege bringen. Vielmehr war sie auch als Entlastung für die Mütter gedacht, die

---

160 Vgl. Scheffbuch, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 94,1994, S. 132. Nach Scheffbuch war Kapff entweder Mitbegründer oder sogar Initiator diverser Einrichtungen. Beispiele seines Engagements waren die Vermehrung der Zahl an Kleinkinderschulen in Stuttgart, die Mitwirkung bei der Einrichtung der ersten Stuttgarter Krippe (1868), der Sonntagsschulen sowie des Jugendgottesdiensts, die Gründung des nachmaligen „CVJM", die Initiierung eines Jugendpfarramts, die Begründung des Stuttgarter „Jugendvereins" mit seiner Rolle als Verantwortlicher für „Lehrlingsfeierabende" wie auch „Lehrlingsheime", der Erweiterung des Lokalwohltätigkeitsvereins, der Errichtung der „Herberge zur Heimat" sowie der hauswirtschaftlichen Bildungsanstalt, der „Mägdeanstalt", der „Herberge für Fabrikarbeiterinnen", schließlich die Begründung der Diakonissenanstalt in Stuttgart, bei der er gemeinsam mit Charlotte Rheilen wirkte wie auch dem „Weidle'schen Töchterinstitut". Vgl. zu diesem: Scheffbuch, Sixt Carl Kapff. In: BWKG 94. 1994, S. 132.

161 Josenhans, 2. Im Säuglingsheim (1909), S. 37.

162 Vgl. zum Säuglingsheim: ebd., S. 37 – 39.

163 Vgl. zur Olgakrippe: Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 13; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 7; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 139 f.; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 60; Wohl-thätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 8; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9; Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 84; Winter, Zur Erinnerung an das 50jähr. Bestehen der Olga-Krippe in Stuttgart (1918); Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 61; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

164 Vgl. Hinderer, Väter und Mütter der Innerern Mission in Württemberg (1909), S. 16; Zur Erinnerung an das 50jähr. Bestehen der Olga-Krippe in Stuttgart (1918), S. 3.

zwecks ihres Beitrags zum Familieneinkommen gezwungen waren, den Tag über einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dabei wurde Wert darauf gelegt, die Mütter zwar zu entlasten, sie zugleich jedoch nicht von ihren Mutterpflichten zu entbinden. Dazu dienten genau geregelte Öffnungszeiten sowie Regelungen über den Tagesablauf. Auf diese Weise sollte nicht nur den Kindern Pflege zuteil, sondern auch den Müttern eine gewisse Erziehung zu Ordnung und Sittlichkeit vermittelt werden.[165] Diese erste Krippe war nur der Beginn einer regen Tätigkeit bei der Gründung solcher Einrichtungen. Vielfach waren es neben Privatpersonen Pfarrer, die mit Blick auf die Not in ihrer Gemeinde eine solche Einrichtung ins Leben riefen.[166] In Stuttgart wurde nach der „Olgakrippe“ mit der Krippe „Zoar“ „in der Arbeiterkolonie der ‚Gemeinnützigen Baugesellschaft‘ in der Vorstadt Heslach“[167] (1877/78) die zweite Stuttgarter Krippe errichtet. Die Krippe „Bethlehem“ (1885) bei der Wanderkirche[168] war die dritte Stuttgarter Krippe. In der weiteren Folge wurden die Krippe „Ostheim“[169] (1896) und die „Martinskrippe“[170] (1899) errichtet. Somit wurden bereits vor der Jahrhundertwende etliche dieser Einrichtungen gegründet. Bis 1912 hatte sich ihre Zahl auf 8 vermehrt, was belegt, wie wichtig die Krippen waren und welcher Bedarf daran bestand.[171]

Demselben Zweck, dem die Krippen für die unter dreijährigen Kinder dienten, waren die Kleinkinderpflegen gewidmet. Diese Einrichtungen sollten „Kinder von Angehörigen der arbeitenden Klasse im Alter von drei bis sechs Jahren den Tag über aufnehmen, um ihre körperliche Entwicklung zu leiten, sie vor äußerem Schaden zu bewahren und für ihre christlich-sittliche Bildung den Grund zu legen.“[172] Dabei gab es zwei Arten von Kleinkinderpflegen, einerseits Einrichtungen, die spe-

---

165 Vgl. zum Tagesablauf in einer Krippe: Schwab, 1. Wie unsere Krippe gegründet wurde (1909), S. 32 – 36.

166 Vgl. Schwab, 1. Wie unsere Krippe gegründet wurde (1909), S. 33.

167 Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 62; Vgl. zur Krippe „Zoar“: Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 66; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 8; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

168 Vgl. zur Krippe „Bethlehem“: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 8; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 62; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

169 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 9; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9.

170 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9.

171 Vgl. Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 84.

172 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 10.

ziell arme Kinder kostenlos versorgten sowie andererseits solche, die von allen Zöglingen einen monatlichen Unkostenbeitrag erhoben. Im Großraum Stuttgart befanden sich 1879 bereits 10 solcher Kleinkinderpflegen,[173] wie z. B. die Kleinkinderschule in Zuffenhausen[174] (1851), der „Evangelischen Kindergarten" in Stuttgart[175] (1862), die „Wera-Pflege"[176] (1873) in Botnang, die Kleinkinderpflege der Vorstadt Heslach in der Möhringer Straße[177] (1877), die gemeinsam mit der Krippe „Zoar" errichtet wurde, sowie die „Wilhelmspflege"[178] (1877). Für das Jahr 1894 wurde vom Baubeginn einer weiteren Anstalt berichtet, die neben dem Raum für die Kinder auch eine Wohnung für zwei Erzieherinnen enthielt.[179] Auf diese Weise wurde nicht nur für die Pflege der Kinder gesorgt, sondern auch für die damit betrauten Kräfte, so dass in diesem Zusammenhang bereits von einer frühen Form eines ganzheitlichen Versorgungskonzepts gesprochen werden konnte.

Ebenfalls dem Zweck, die eklatante Kindersterblichkeit in Württemberg einzudämmen, hatte sich der „Verein von Kinderfreunden"[180] (1877) in Stuttgart gewidmet. Das frühe Gründungsdatum belegt, dass das Problem als solches erkannt worden war, die bislang getätigten Maßnahmen jedoch anscheinend als nicht ausreichend angesehen worden waren. In gleicher Weise wie für den Bereich der Kleinst- und Kleinkinder wirkte ein anderer Verein in Bezug auf Schulkinder. Das 1879 gegründete „Comite für Ferienkolonien armer kränklicher Schulkinder"[181] in Stuttgart trug Sorge dafür, arme und kränkliche Schulkinder, die vermutlich vorwiegend aus den

---

173 Außer diesen bestanden noch die „Katharinen"-, die Paulinen"-, die „Marien"-, die „Augustenpflege" sowie die „Pflege in der Fabrikarbeiterinnenherberge", die Kinderpflegen in der Wanderkirche, im Stöckachschulgebäude und in der Pragstraße. Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 23; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 10 f.; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152.

174 Vgl. Lauxmann, 75 Jahre Kleinkinderschule in Zuffenhausen 1851 – 1926 (1926).

175 Vgl. 50 jähriges Jubiläum des evangelischen Kindergartens in Stuttgart 1862 - 1912 (1912).

176 Vgl. zur „Wera"-Pflege: Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 10.

177 Vgl. zur Kleinkinderpflege der Vorstadt Heslach in der Möhringer Straße zu Stuttgart: Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 10. Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 62.

178 Vgl. zur „Wilhelmspflege": Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 145; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 10.

179 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 182.

180 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 65; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 140.

181 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 59; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 106; 152; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123; Ihme, Zeittafel (1967), S. 112. 1904 erbaute der Verein ein Kindererholungsheim in Stuttgart. Vgl. hierzu: Haußmann, Öffentliche Wohlfahrt (1916), S. 307.

Arbeiterklassen stammten, in den Schulferien aufs Land zu schicken. Auf diese Weise wurde versucht, deren Gesundheit nachhaltig zu verbessern.

Dem Schutz und der Hilfe für Kinder jeder Altersstufe dienten in Stuttgart diverse andere Vereine. Der „Kleinkinder-Rettungsverein“[182] (1869/72) widmete sich dabei der Altersgruppe zwischen dem Säuglingsalter und dem dritten Lebensjahr. Seine „2. Abteilung“,[183] die 1881 gegründet wurde, schloss die Lücke zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr. Danach sprang die Anstaltspflege ein. Schließlich war noch der „Evangelische Kinderrettungsverein“[184] (1859/81) in Stuttgart vorhanden, der ausschließlich evangelische Kinder ab dem dritten Lebensjahr in Familien- oder Anstaltspflege unterbrachte. Das Ziel aller Kinderrettungsvereine war die Versorgung und adäquate Unterbringung der Kinder, um sie vor körperlicher und geistiger Verwahrlosung und Vernachlässigung zu schützen. Zum Teil erstreckte sich die Fürsorge bis nach der Konfirmation durch die Vermittlung passender Lehr- und Dienststellen. Die Kinderrettungsvereine stellten also einen sehr frühen Versuch einer umfassenden Form der Kinderfürsorge dar.

Eine weitere Kinderschutzmaßnahme waren die Kinderasyle. Sie boten Kindern kurzfristig eine vorübergehende Unterkunft, wenn sie von ihren Müttern aufgrund von Krankheit, Tod oder sonstigen Gründen nicht zu Hause versorgen werden konnten. Bis 1900 waren zwei solcher Einrichtungen, das „Charlotten Kinderasyl“[185] (1885) des „Württembergischen Frauenvereins für hilfsbedürftige Kinder“ in der Krippe „Zoar“ und das „Städtische Kinderasyl“[186] (1900) vorhanden, die dieselben Aufgaben wie die Kinderrettungsvereine wahrnahmen. Das Ziel war es, die Kinder solange gut und angebracht zu versorgen, bis sie wieder nach Hause zurückkehren konnten, oder in Anstaltspflege verbracht wurden. Die Entstehungszeit

---

182 Vgl. Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 141; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 10; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 8 – 9; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 63; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 8. Vgl. zu den Kleinkinderrettungsvereinen auch: Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 13; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152.

183 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 64.

184 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 14; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 15; BAW. 39.1876, S. 229 f.; Göz, Kindernot und Frauendienst (1909), S. 52.

185 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 15; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 16; Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 84; Haußmann, Öffentliche Wohlfahrt (1916), S. 306.

186 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 16.

belegte einerseits den Bedarf, andererseits das Aufkommen neuer Probleme im Zuge der sich etablierenden Industriearbeit und Maßnahmen, diesen zu begegnen.

Im Zuge der Kinderfürsorge hatte auch ein Ausbau des Netzes an Arbeits- und Industrieschulen stattgefunden. In unveränderter Zielsetzung sollten diese die Kinder beschäftigen, zu Fleiß und Sittlichkeit erziehen. Dabei wurde bezweckt, den Mädchen die notwendigen hauswirtschaftlichen Kenntnisse sowie Knaben und Mädchen gewisse Handfertigkeiten zu vermitteln. Ferner bestand die Absicht, den Kindern auf diese Weise auch eine kleine Erwerbsmöglichkeit zu bieten. Neben Kindern wurden in diesem Zeitabschnitt auch konfirmierte Mädchen unterrichtet, was als sehr frühe Maßnahme der Berufsbildung bewertet werden konnte.[187] Diese Art der Ganztagesbetreuung fand ihre Fortsetzung in den Knaben-[188] (1887) und Mädchenhorten, in denen zusätzlich das Problem der Ernährung mit in Betracht gezogen wurde. Zwecks der Fortsetzung der Betreuung wurden Lehrlingshorte, die „Marienpflege“ und in der „Johannesschule“ für Knaben, eingerichtet, die die Kinder auch über die Zeit ihrer Ausbildung begleiten sollten.[189]

Mit dem Aufkommen der Horte wurden auch Maßnahmen zur Speisung von Kindern ergriffen. Dazu dienten einerseits der „Verein für Speisung von Volksschulkindern“[190] und der „Verein Stuttgarter Kinderküchen“[191] (1895), andererseits die

---

187 Vgl. zu den Arbeitsschulen des Lokalwohltätigkeitsvereins in Stuttgart: Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 21; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 24 – 25.
Daneben gab es noch folgende Industrie- und Arbeitsschulen: Industrieschule bei der Volksschule: Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 20 – 21; die Industrieschule in Heslach (1853): Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 23; die Industrieschule in der Stöckachschule (1878): Vgl. Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 24; die Knaben-Arbeitsschule im Stöckachschulgebäude (1880): Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 147; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 17; die Knabenarbeitsschule in Stuttgart (1881): Vgl. Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 24. Vgl. weiter: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 91; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

188 Im Jahr 1887 wurde mit der Gründung von 6 solcher Anstalten begonnen. Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 104 – 105.

189 Vgl. zu den Knaben- und Mädchenhorten (Stuttgart und Cannstatt): Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 17. Vgl. zu den Lehrlingshorten: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152.

190 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152.

191 Vgl. Haußmann, Öffentliche Wohlfahrt (1916), S. 306.

Einrichtung von Kinderküchen.[192] Ihr Zweck war, Kinder, deren Eltern arbeiten mussten und deshalb kein Mittagessen zubereiten konnten, zu versorgen. Darüber hinaus war es eine wichtige Aufgabe der Einrichtungen, gleichermaßen unbedenkliche wie preiswerte Kindermilch abzugeben. Die Kosten für arme schulpflichtige Kinder trugen entweder ein Verein oder die Gemeinde, wie z. B. in Cannstatt.[193]

Eine Besonderheit der in Stuttgart getroffenen Maßnahmen zur Kinderfürsorge war die „Kinderbadeanstalt“ (1882). Ihrem Zweck nach sollte sie die Pflege des Reinlichkeitssinns fördern und gleichermaßen einen Beitrag zur Festigung der Gesundheit der Kinder leisten. Zur besonderen Zielgruppe zählten Mädchen, die auf Kosten der Stadt von einer Frau beaufsichtigt wurden.[194] Es zeigte sich auch in diesem Fall die Weitsicht der Stadt im Bereich der Kinderfürsorge.

Nach Beginn der Industrialisierung waren zahlreiche jugendliche Arbeiter in und um Stuttgart tätig. Nachdem allgemein die Gefahr der Entsittlichung bekannt war, setzten Maßnahmen der Jugendfürsorge ein. Ebenfalls war die Erkenntnis eines Mangels an fachlich qualifizierten Arbeitskräften gewonnen worden. Somit wurden die Maßnahmen des Jugendschutzes von frühen Bemühungen um die Fortbildung von Arbeitskräften flankiert.

Jugendfürsorge und Fortbildung

Die Bemühungen im Bereich der Jugendfürsorge fußten auf zwei Säulen. Einerseits ging es um die berufliche Fortbildung, da sich angesichts der fortschreitenden Industrialisierung auch die Ansprüche an die Arbeitskräfte gewandelt hatten. Andererseits ging es vordergründig um die Bewahrung der jungen Menschen. Dabei waren sittliche wie auch gesellschaftliche Faktoren relevant.

Angesichts einer zwar in Württemberg besseren, aber dennoch nicht ausreichenden Volksschulbildung, waren Maßnahmen zur Ergänzung und Vertiefung des Volksschulstoffes erforderlich.[195] Dazu dienten neben der „Sonntagsgewerbeschule“ (ca. 1848) auch die Bemühungen des Gewerbevereins und der „Bin-

---

192 Z. B. die Kinderküchen in der Karlsvorstadt Heslach und in Stöckach. Vgl. Haußmann, Öffentliche Wohlfahrt (1916), S. 306.

193 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 72.

194 Vgl. Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 122.

195 Vgl. insgesamt zum Thema berufliche Fortbildung: Roth, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg (1968). Vgl. auch Kap. 4.1.1. dieser Arbeit.

der'schen Stiftung" (1863). In der „Sonntagsgewerbeschule" wurden vordergründig „Diktierschreiben und schriftliche Aufsätze aus dem Geschäftsleben, französische Sprache, Rechnen, Geometrie, Chemie, Linear-, Freihand-, Figuren- und Ornamenten-Zeichnen, auch plastisches Modellieren"[196] gelehrt. Damit wurde ein Stoffbereich abgedeckt, der neben einer Ergänzung des Volksschulstoffes auch dessen Erweiterung beinhaltete. Der „Gewerbeverein" zielte auf die „Beförderung sowohl der allgemeinen und gewerblichen Bildung, als auch der Sittlichkeit der Lehrlinge und Gehilfen"[197] ab. Zur Motivation der Lehrlinge wurde aus den Erträgen der „Binder'schen Stiftung" jährlich ein Stipendium an die würdigsten und fleißigsten unter ihnen ausbezahlt.[198] Mit dieser Maßnahme wurde bereits das in der „Katharinenpflege" eingeführte System der Prämienzahlung angewandt. Darüber hinaus sollten solche Motivationen nicht nur für einen regelmäßigen Besuch, sondern auch für ein gesittetes, regelkonformes Verhalten sorgen.

Für junge Leute gab es darüber hinaus in Stuttgart weitere, ganz besondere Angebote. Bereits 1863 war auf eine Anregung von Prälat Sixt Karl Kapff das Amt des Jugendgeistlichen angeregt und eingerichtet worden.[199] Damit wurde einem bereits seit ca. 1855 zum Ausdruck gebrachten Wunsch entsprochen. Für das Amt des Jugendgeistlichen wurde eine eigene Stelle geschaffen. Im Wesentlichen hatte er die Aufgabe die „*ausgiebige geistliche Fürsorge für die Jugend* der Residenz, für welche Sonntagskatechisationen, belehrende und erbauliche Abendvorträge, Einrichtung von Lehrsälen und Leihbibliotheken in Aussicht zu nehmen seien",[200] zu erfüllen. Er wurde ausdrücklich dazu verpflichtet, für die „leibliche und geistliche *Versorgung der Lehrlinge sc*."[201] zu sorgen „und eventuell einen größeren Verein von Männern zu sammeln, welche, von warmem Interesse für das Wohl der heranwachsenden Jugend beseelt, mithelfen sollten zur Erreichung obiger Zwecke."[202] Zu den Aufgaben des Jugendgeistlichen gehörte auch die Seelsorgetätigkeit am Stuttgarter

196 Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 22.

197 Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 45.

198 Vgl. zur „Sonntagsgewerbeschule": Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 22; Roth, Entwicklung des gewerblichen Schulwesens (1969), S. 28 f.
Vgl. zum „Gewerbeverein" und der „Binder'schen Stiftung": Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 45.

199 Vgl. Hinderer, Väter und Mütter der Innerern Mission in Württemberg (1909), S. 21.

200 Kopp, Der Jugendgeistliche in Stuttgart. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 2, 1877/78, S. 320. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.

201 Ebd., S. 320. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.

202 Ebd., S. 320.

Olgahospital, was Stuttgart auf zwei Arten einzigartig machte. Einerseits war es das einzige Krankenhaus für Kinder und junge Erwachsene, andererseits war es auch das einzige Hospital mit einem eigenen Krankenhauseelsorger.[203] Daneben wurde auch, ebenfalls eine wichtige Neuerung in Stuttgart, erstmals seit 1863 ein eigener Jugendgottesdienst abgehalten. In dieser Funktion war der Jugendgeistliche ein „reiner Missionsprediger, der seinen Wirkungskreis sich erst zu schaffen, seine Gemeinde selbst zu suchen hatte."[204] Mit dieser Institution wurde erstmals von Seiten der Kirchenleitung ein Schritt unternommen, eine Maßnahme zur Fürsorge für die Jugend und besonders für die arbeitende Klasse zu unternehmen. Mit der Einrichtung dieser Stelle war jedoch das Engagement der Kirchenleitung schon wieder zu Ende. Die weiteren Maßnahmen zur Fürsorge für die Jugend lagen in den Händen des ersten Jugendgeistlichen, Helfer Karl Neef.[205]

Die wohl wichtigste Einrichtung, die von Helfer Karl Neef unter Mitwirkung Sixt Karl Kapffs[206] geschaffen wurde, war die Begründung des „Jugendvereins" im Jahr 1864. Der „Jugendverein" bezweckte „‚die *christlich sittliche Bewahrung und Förderung konfirmierter junger Leute*, insbesondere solcher konfirmierter Söhne, welche in Stuttgart in Lehre oder Arbeit stehen."[207] Demnach wurde ausschließlich für männliche Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren gesorgt.

Die Bedeutung des „Jugendvereins" ergab sich aus seiner Arbeit. Dazu gehörte die „Lehrlingsherberge" (1864), in der Lehrlinge eine preiswerte Unterkunft und ein günstiges Essen erhalten konnten. Daneben bestand ein so genannter „Feierabend", der auch unter der Leitung des „Jugendvereins" stand. Mit dem „Feierabend" sollten auch junge Menschen erreicht und vor den sittlichen Gefahren des Lebens bewahrt werden, die keine Mitglieder des „Jugendvereins" waren. Der „Feierabend" war wie auch die „Herberge" für „Lehrlinge aller christlichen Konfessionen geöffnet, die daselbst ihre Abende zubringen, und belehrende oder unterhaltende Bücher,

---

203 Vgl. Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 84.

204 Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 150.

205 Vgl. Kopp, Der Jugendgeistliche in Stuttgart. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 2, 1877/78, S. 320. Vgl. zum Amt des Stuttgarter Jugendgeistlichen und seines Tagesablaufs auch: Kopp, Der Jugendgeistliche in Stuttgart. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 2, 1877/78, S. 324 – 326; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 150; Mayer, Aus dem Leben der Evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 85 – 87, besonders S. 86.

206 Vgl. zu Kapffs Mitwirkung: Hinderer, Väter und Mütter der Inneren Mission in Württemberg (1909), S. 21.

207 Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 31. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.

Spiele, kurze Vorträge (am Sonntag religiösen Inhalts) unentgeltlich finden.“[208] Beides befand sich im Vereinshaus zum „Johannes Brenz“, das im Eigentum des Vereins war. Eine weitere Einrichtung des „Jugendvereins“ war die „Gesellenherberge“ oder „Herberge zur Heimat“ (1867). Sie sollte reisenden Handwerksgesellen eine ordentliche sowie preiswerte Unterkunft bieten. In der „Gesellenherberge“ bestand daneben die Möglichkeit, preiswerte Mahlzeiten sowie gesittete, gesellige Unterhaltung zu erhalten. Besonders die „Gesellenherberge“ mit ihrer Speisemöglichkeit wurde auch von Angehörigen anderer Berufsgruppen benützt. In direkter Verbindung mit dem „Jugendverein“ und dessen Arbeit standen der Kindergottesdienst sowie der Lehrlingsgottesdienst am Sonntag, die der Jugendgeistliche hielt, wie auch die jüngere Abteilung des „Stuttgarter Jünglingsvereins“.[209] Mit diesen Einrichtungen waren wichtige Institutionen zur Fürsorge für die arbeitende Jugend geschaffen worden.

In direkter Korrelation zum „Jugendverein“ standen die „Jünglingsvereine“. In Stuttgart gab es die 1861 begründete ältere und die 1864 ins Leben gerufene jüngere Abteilung. Diese Trennung erfolgte nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit und in Erkenntnis der unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Altersgruppen. Beide Abteilungen hatten eine christliche Ausrichtung. Sie wollten jungen Menschen der Altersgruppen zwischen 14 und 18 sowie ab 18 Jahren aus allen Ständen „Gelegenheit zu ihrer Erbauung, weiteren Fortbildung, sowie zu geselliger Unterhaltung und Erholung“[210] bieten. Zu diesem Zweck dienten Erbauungsstunden, belehrende Vorträge zu den unterschiedlichsten Wissensgebieten, eine Bibliothek mit Zeitschriften, Geselligkeit, Gesangs- und Deklamationsübungen sowie gemein-

---

208 Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 31.

209 Vgl. zum „Jugendverein“, der „Lehrlingsherberge“, der „Gesellenherberge“ sowie den sonstigen Arbeiten: Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 31 – 32; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 150 – 158; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 20; 44; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), 28 f.; S. 48; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 148; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; 168; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 69; Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 86; 88 f.; Wüterich, Bei den Lehrlingen des Stuttgarter Jugendvereins (1909), S. 151 – 157; 165 f.; Schneider, Die innerer Mission in Deutschland. Bd. 1 (1888), S. 93; Statistik der inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1899), S. 54; 88.
Einen speziellen Überblick über die Entwicklung und Aktivität des „Jugendvereins“ geben: Kopp, Der Jugendgeistliche in Stuttgart. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 2, 1877/78, S. 320 – 324; Neef, Kurze Darlegung der Entwicklung und Thätigkeit des Jugendvereins in Stuttgart (1876); In fünfzigjährigem Dienst (1914). Vgl. zur Eröffnung des neuen Jugendvereinshauses im Jahr 1876: BAW 39.1876, S. 27 f.

210 Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 33.

schaftliche Spaziergänge. Ebenfalls für die erbauliche Bildung erschien seit 1866 eine Zeitschrift, der „Jünglingsbote“.[211] Mit diesen Angeboten wurden nicht nur bewahrende Aufgaben wahrgenommen. Vielmehr konnte auf diese Weise auch ein Einfluss ausgeübt werden, der bezwecken sollte, die jungen Menschen für die Kirche zu gewinnen.[212] Dabei zeigten sich innerhalb der „Jünglingsvereine“ die unterschiedlichsten regionalen Ausprägungen, die deutlich die Spuren der unterschiedlichen Landeskirchen widerspiegelten. In diesem Faktor konnte ihre Eigenart erkannt werden.[213] Ein weiterer Nebenaspekt der Jünglingsvereinsarbeit war die Fortbildung, die ebenfalls von großer Bedeutung war. Allerdings hoben die „Jünglingsvereine“, im Gegensatz zum damit in Verbindung stehenden „Jugendverein“, das erbauliche Moment stärker hervor und betrieben somit vordergründig die Missionierung wie auch die Arbeit am „Reich Gottes“. Mehrere Ortsvereine der süddeutschen „Jünglingsvereine“ hatten sich im Jahr 1869 zum „Süddeutschen Bund“ zusammengeschlossen, um sich besser untereinander austauschen zu können. Allerdings gab es keine feste Organisation und aufgrund der württembergischen Ausprägung des Gemeinschaftslebens auch Vereine, die Vorbehalte übten und deswegen nicht beigetreten waren. Unter den Mitgliedsvereinen des süddeutschen Bundes war der Stuttgarter Jünglingsverein der größte.[214]

Aus dem 1861 begründeten „Jünglingsverein“ ging der 1890 konstituierte „Christliche Verein Junger Männer“ (CVJM) hervor. Der Stuttgarter Verein konnte auf eine bis ins Jahr 1815 zurückreichende Vorgeschichte blicken, bei dem ein Privatmann einen ersten Kreis gegründet hatte. Im Vordergrund der Arbeit standen damals die gemeinsame Bibellektüre, das Gebet und der Gottesdienstbesuch. Die Tätigkeit des

---

211 Vgl. zum „Stuttgarter Jünglingsverein“ Ältere Abt.: Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 150; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 33 – 34; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 153; 155; Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 85.
Vgl. zum „Jünglingsverein“ Jüngere Abt.: Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 151; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 34; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 155.
Vgl. allgemein zu den „Jünglingsvereinen“: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Schneider, Die innere Mission in Deutschland. Bd. 2 (1888), S. 58; Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1899), S. 45 – 51; Bericht und Statistik des Süddeutschen Jünglingsbundes (1890), S. 6 f.

212 Vgl. Krummacher, Ueber Jünglingsvereine. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 3, 1878/79, S. 173.

213 Vgl. Kupisch, Der Deutsche CVJM (1958), S. 16.

214 Vgl. Krummacher, Ueber die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Jünglingsvereinssache in den verschiedenen Ländern der Erde. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 3, 1878/79, S. 314 f. Vgl. zum Stand der „Jünglingsvereinssache“ im Jahr 1898: Evangelische Jünglings- und Männer-Vereine in Deutschland. In: Jünglingsfreund 1, 1898, S. 46 f.

„CVJMs“ auf dem Gebiet der Lehrlingsfürsorge zeigte sich im „Jugendheim“, sowie im Hospiz und evangelischen Vereinsgasthaus „Herzog Christoph“[215] (1889). Dort wurde nicht nur für das geistliche, sondern auch für das leibliche Wohl gesorgt. Zudem wurde den Gästen die Gelegenheit zur erbaulichen Bildung geboten.[216] Wie auch bei den bisher angesprochenen christlichen Vereinen ging auch beim „CVJM“ die ursprüngliche Gründungsintention von einer Einzelperon aus.

Neben den „Jünglingsvereinen“, die die christlich-sittliche Pflege der männlichen Bevölkerung betrieben, gab es auch „Jungfrauenvereine“. Diese waren in ihrer Grundausrichtung ähnlich gelagert, wie ihr männliches Pendant. Allerdings wurden vermehrt weibliche Themen behandelt bzw. eine geschlechts- und damit rollenspezifische Bildung angeboten. So konnte ein sehr vielseitiges Vereinsleben entstehen, bei dem teilweise eher Erbauliches, teilweise eher gesellige Elemente im Vordergrund standen. Das Grundanliegen war, junge, vor allem auch ortsfremde, zureisende Mädchen vor sittlichen Gefahren aller Art zu bewahren und ferner für eine gesellig-christlich-erbauliche Bildung zu sorgen. Die Initiatoren waren in der Regel Pfarrer, wobei die Mitarbeit ihrer Frauen und Töchter erwünscht war. Im Jahr 1909 konnte auf eine Anzahl von 340 „Jungfrauenvereinen“ hingewiesen werden, die sich ähnlich dem männlichen Pendant zum Teil dem „Württembergischen Bund evangelischer Jungfrauenvereine“ angeschlossen hatten.[217]

Einem ganz anderen, nicht minder wichtigen Bereich der Lehrlingsfürsorge widmete sich die „Versicherungs-Anstalt für Lehrlinge“. Sie stand in Verbindung mit dem „Olgahospital“ und sollte für Behandlungskosten aufkommen. Damit hatte Stuttgart nicht nur ein eigenes Krankenhaus für Kinder und junge Erwachsene, son-

---

215 Vgl. zu den dortigen Aktivitäten und den Funktionen des Vereinsgasthauses: Zum Herzog Christoph, evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1889 (1889); Zum Herzog Christoph, evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes auf das Geschäftsjahr 1890 (1890); Zum Herzog Christoph, evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes auf das Geschäftsjahr 1891 (1891).

216 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 69; Mayer Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 85. Vgl. zur Gesamtgeschichte des „Jünglingsvereins“ und des „CVJM's“: Scheufele, 125 Jahre CVJM Stuttgart 1861 – 1886 (1986), besonders S. 4; 7; 9.

217 Dieser gab ein Verzeichnis heraus, in dem es eine Übersicht über die örtlichen Vereine gab. Vgl. Verzeichnis der evangelischen Jungfrauenvereine, die sich dem württembergischen Bunde angeschlossen haben (1901).
Vgl. zu den „Jungfrauenvereinen“ insgesamt: Wurm, Daheim und draußen (1909), S. 166 – 168; Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1899), S. 62 – 66.

dern auch eine Versicherungsanstalt für Lehrlinge.[218] Aber auch in dieser Hinsicht waren es wohl eher andere Kreise, die hier Fürsorgemaßnahmen ergriffen hatten, und nicht die Kirche. Ihre Fürsorge beschränkte sich einzig und allein auf die Einrichtung des Amts des Jugendgeistlichen.

Ein vielbeklagtes Problem wurde in der mangelhaften hauswirtschaftlichen Ausbildung der Fabrikmädchen und der jungen Frauen gesehen. Zur Behebung dieses Problems, wie auch zur Vermeidung von Folgeproblemen, die sich aus einer schlechten Haushaltsführung zwangsläufig ergaben, wurden teilweise von kirchlichen Kreisen, teilweise von Behörden, Haushaltungsschulen begründet. In ihnen sollte den Arbeitertöchtern das Kochen wie auch die übrigen hauswirtschaftlichen Fähigkeiten vermittelt werden, die für die Führung eines gleichermaßen ordentlichen wie einfachen Haushalts erforderlich waren. Zum Teil wurden Abendkurse angeboten, womit den Bedürfnissen von Fabrikarbeiterinnen Rechnung getragen wurde. Diese Angebote waren nicht nur auf Stuttgart beschränkt. Vielmehr wurden auch Mädchen vom Land aufgenommen, die auf Wunsch auch in Stellen vermittelt wurden. In Stuttgart waren bis 1894 die „Kochschule des Lokalwohltätigkeitsvereins in der Marienpflege“[219] (1892), die „Haushaltungsschule Charlottenheim“[220] (1893) mit Abendhaushaltungsschule und die, mit der Krippe „Zoar“ verbundene „Haushaltungsschule[221] mit Abendhaushaltungsschule für Fabrikarbeiterinnen“ in Heslach (Stuttgart) (1894) vorhanden. Interessanterweise bestand hinsichtlich der Zielgruppenausrichtung Unklarheit, in wieweit Haushaltungsschulen speziell zur hauswirtschaftlichen Ausbildung von Arbeiterinnen konzipiert waren,[222] was die generelle Unsicherheit hinsichtlich dieser Problematik belegte. Die Gründungsdaten der Haushaltungsschulen um die Jahrhundertwende legten nahe, dass dieses Problem besonders zu diesem Zeitpunkt ins Bewusstsein getreten war. In Hinblick auf die Trägerschaft waren es vermutlich kirchennahestehende Kreise und nicht die Kirche als Institution, die aktiv geworden waren.

---

218 Vgl. Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 129 – III 131.

219 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898) S. 20; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 24.

220 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 20; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 24

221 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 20; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 24.

222 Vgl. zu den Haushaltungsschulen auch: Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1899), S. 68 f.

Ein besonders umfassendes Konzept der Fürsorge speziell für die Fabrikarbeiterinnen stellte der „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“ (1867) mit seiner Volksküche und seiner Herberge (1867) dar. Er stand in Kooperation mit dem „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“, war aber eine eigenständige Einrichtung. Der Anlass für seine Gründung war die Kenntnis von zahlreichen Fabrikarbeiterinnen, die in ungeeigneten Wohnungen, die in der Regel nur Dachkammern waren, lebten. Insbesonders der Faktor fehlender Aufenthaltsorte, in denen die Frauen ohne sittlichen Gefahren ausgesetzt zu sein, ihre Freistunden verbringen konnten, war ein wichtiges Handlungsmotiv. Das Ziel des Vereins bestand in der Hebung, sowohl der sittlichen, als auch der wirtschaftlichen Lebensumstände der Frauen. Ferner war es bezweckt, eine bewahrende Funktion auszuüben. In Erkenntnis, „(d)aß eine wirksame Hülfe hauptsächlich darin bestehen mußte, eine geordnete Heimath zu bieten“,[223] hatte der Verein bereits 1867 eine Herberge eingerichtet, die 1874 in ein eigenes Haus zog. Die Begründung dieser Herberge geschah letztlich auf maßgebliche Initiative des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“.[224] Die Herberge wurde unter christlichen Aspekten geführt, wie die Hausordnung eindrucksvoll illustrierte.[225] Dort standen den Frauen preiswerte Wohngelegenheiten sowie ein Gemeinschaftsraum mit Möglichkeiten zu geselliger wie auch gelehriger Unterhaltung, zur Verfügung. Für eine kostengünstige Verpflegung war durch die seit 1874 angegliederte Volksküche gesorgt.[226] Die Erfordernis einer solchen Einrichtung hatte ein Pfarrer schon im Jahr 1865 erkannt und einen entsprechenden Plan ausgearbeitet. Ebenso war dieses Vorhaben bereits 1865 bei

---

223 Zur Erinnerung an die Einweihungs-Feier der neu erbauten Herberge des Vereins zur Fürsorge der Fabrikarbeiterinnen am 9. Juni 1874 (1874), S. 10. Vgl. Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen – kleine Schritte im 19. Jahrhundert (1989), S. 266.

224 Vgl. Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 34.

225 Vgl. Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen – kleine Schritte im 19. Jahrhundert (1989), S. 268 f.

226 Vgl. zum „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“ und seinen Einrichtungen: Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 42 f.; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876, 1877, Heft III, S. III 112 – III 113; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 21; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 163; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 28 – 29; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 95; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63; BAW 23.1870, S. 87 f.; 27.1874, S. 109 – 112; 31.1878, S. 196; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; 168; 186 – 187; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71; Wurm, Daheim und draußen (1909), S. 172; Schneider, Die innere Mission in Deutschland. Bd. 1 (1912), S. 109 f.; Bd. 2 (1912), S. 67 f.; Zur Erinnerung an die Einweihungs-Feier der neu erbauten Herberge des Vereins zur Fürsorge der Fabrikarbeiterinnen am 9. Juni 1874 (1874), S. 9 – 17.

der dafür zuständigen Stelle, der Diözesansynode, vorgetragen worden. Allerdings „hatten andere dringende Arbeiten die sofortige Ausführung verhindert und es wurde daher dieser Plan dem Verein für das Wohl der arbeitenden Classen gerne überlassen.“[227] Dieses Beispiel illustrierte sehr anschaulich, das durchaus vorhandene Problembewusstsein. Dessen ungeachtet war es wiederum eine Einzelperson, die aktiv geworden war. Im Gegensatz dazu war die Kirche als Institution inaktiv geblieben, weil sie für ihre Arbeit andere Prioritäten gesetzt hatte. Demzufolge waren es anscheinend doch weniger die arbeitenden Klassen, die das Interesse der Kirche genossen, so dass die nachmals beklagte Entfremdung zwangsläufig war. Im Gegensatz dazu gab es auch seitens der Inneren Mission Stimmen, die dem Erfordernis weiterer Bemühungen in dieser Richtung Ausdruck gaben.[228]

Neben dem „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“ bestand noch der „Feierabendverein“ (1867), der schließlich im „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“ aufging. Er hatte sich zur Aufgabe gemacht, „den in den Fabriken arbeitenden Mädchen für ihre Abendfreistunden im Winter ein geheiztes und beleuchtetes Lokal zu bieten und in demselben zugleich für Anleitung zu weiblichen Arbeiten, für Unterhaltung durch Gesang, Vorlesen sc. besorgt zu sein.“[229] Zugleich bestand die Gelegenheit der Weiterbildung durch Unterricht in Singen und Rechnen. In Bezug auf die sittliche Hebung der Mädchen war insbesonders der sonntagnachmittägliche Hausgottesdienst nicht unerheblich.[230] Der „Feierabendverein“ erfüllte sodann dieselben Aufgaben wie sein männliches Pendant vom „Jugendverein“, war aber auch wieder nur eine Maßnahme kirchennaher, jedoch kirchenunabhängiger Initiatoren.

Im Jahr 1900 schließlich wurde bei der Johannesgemeinde vom dortigen Stadtpfarrer Plieninger ein „Feierabend für Frauen“ gegründet. Er hatte dieselbe Zielsetzung wie die vom „Feierabendverein“ unterhaltene Einrichtung.[231] Das Beispiel dieser Einrichtung zeigte, dass einerseits wieder eine einzelne Person dafür verantwortlich war, die zwar im Kirchendienst stand, aber nicht im Auftrag der Kirchenleitung handelte. Andererseits indizierte das späte Gründungsjahr, ein relativ spätes Bewusstwerden der Erforderlichkeit einer solchen Einrichtung.

---

227 Zur Erinnerung an die Einweihungs-Feier der neu erbauten Herberge des Vereins zur Fürsorge der Fabrikarbeiterinnen am 9. Juni 1874 (1874), S. 10.

228 Vgl. hierzu: Schneider, Die innere Mission in Deutschland. Bd. 2 (1912), S. 67.

229 Zur Erinnerung an die Einweihungs-Feier der neu erbauten Herberge des Vereins zur Fürsorge der Fabrikarbeiterinnen am 9. Juni 1874 (1874), S. 11.

230 Vgl. ebd., S. 11; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 43.

231 Vgl. Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 93.

Die Jugendfürsorge hatte eine große Bedeutung in diesem Zeitabschnitt. Nicht weniger bedeutungsvoll waren daneben Maßnahmen aus dem Bereich der Kranken- und Invalidenhilfe.

Kranken- und Invalidenhilfe

In vielen Fällen war es problematisch, Kranke einer Behandlung zuzuführen, da in der Regel die Mittel für die Behandlung fehlten. In diesen Fällen konnte mitunter der „Freibettenverein“ (1874/75) weiterhelfen. Er hatte sich zwei Aufgaben gestellt. Einerseits sorgte er für die Unterkunft chronisch kranker, alter, evangelischer Männer und Frauen in den Krankenhäusern „Bethanien“ in Winterbach (Frauen) und „Salon“[232] bei Ludwigsburg (Männer) oder ähnlichen Anstalten. Dieser Personenkreis wurde durch die dauerhafte Übernahme eines Verpflegungskostenzuschusses unterstützt. Andererseits übernahm er die Kosten der Unterbringung von Kranken jeden Alters und Geschlechts, die in Stuttgart wohnhaft waren, in einem entsprechenden Hospital. Dabei trat er nach Kräften dafür ein, zumindest einen Kostenbeitrag von der Hälfte der Verpflegungskosten zu leisten.[233] In ähnlicher Weise wie der „Freibettenverein“, jedoch ganz auf die Versorgung invalider alter Menschen ausgerichtet, arbeitete der Verein „Altersruhe“. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, Altersheime für arme Männer und Frauen, in Unabhängigkeit von der Konfession, zu errichten. Solange er noch keine vereinseigenen Heime hatte, sorgte er für die Unterbringung in bereits vorhandenen Anstalten, indem dauerhaft ein Anteil an den anfallenden Verpflegungskosten übernommen wurde.[234]

Ebenfalls zur Unterstützung der Arbeiter im Krankheits- oder Todesfalle dienten verschiedene Vereine und Hilfskassen, wie der „Stuttgarter Kranken- und Beerdigungsverein“,[235] die „Krankheitskosten-Versicherungs-Anstalt für Arbeiter, und Dienstboten in Stuttgart“,[236] die Fabrik-, Arbeitern, Gewerbegehilfen sowie Dienstboten aus Stuttgart wie auch aus den Vorstädten Hilfe angedeihen ließ. Gemeinsa-

---

232 Vgl. Schlitter, Feierabend im Männerheim (1909), S. 142 f.; 145 – 148.

233 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 41; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 180; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 46; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 69; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 49; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 63 – 64.

234 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 63.

235 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 73.

236 Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 129 – III 131.

mer Zweck war es, die Behandlungs- und Verpflegungskosten für zahlende Mitglieder zu übernehmen. Im Todesfall ging es darum, für eine ordentlich christliche Bestattung zu sorgen. Daneben gab es noch fabrikeigene Hilfskassen, z. B. in Stuttgart in der Zuckerfabrik von Reihlen, den Pianofortefabriken von Schiedmayer u.a., aber auch in Berg und Cannstatt, z. B. in den Fabriken von Deffner, den Gebr. Hartmann, von Merkel und Wolf oder der Wollfabrik der Gebr. Zöppriz. Insgesamt gab es ungefähr 100 Fabriken mit solchen Hilfskassen, die für die dortigen Beschäftigten entweder auf freiwilliger oder verpflichtender Basis Beiträge erhoben. Die zusammengekommenen Mittel standen den Arbeitern in Notfällen als Unterstützung zur Verfügung.[237] Zu diesen Fällen gehörte neben Krankheit und Invalidität auch eine gewisse Hinterbliebenenfürsorge. Diese Maßnahmen erwuchsen ebenfalls privaten bzw. fabrikinternen Intentionen.

Zur Hilfe für Kranke diente auch die „Stuttgarter Krankenküche“ (1878). Diese Einrichtung stand in Verbindung mit der „Haushaltungsschule im Charlottenheim“ sowie der „Volksküche“ im Bürgerhospital. Sie sollte Kranken sowie Genesenden aus allen Gesellschaftsklassen die ärztlich verordnete Nahrung gewährleisten. Zudem, was hinsichtlich der Sozialen Frage geradezu zwingend war, hatte sie die Aufgabe, armen Kranken kräftigende Kost zu verabreichen, die sich diese nicht leisten konnten. Besonders die Bevölkerungsteile, die zu den verschämten Armen gehörten, zu denen häufig auch Arbeiter zu rechnen waren, konnten in der Krankenküche die ärztlich verordnete Kost erhalten. Alle Nahrungsmittel wurden auf ärztliche Verordnung sowie Vorausbestellung und -bezahlung abgegeben. Zwar wurden Speisen nicht kostenlos abgegeben, aber es bestand die Möglichkeit, Berechtigungsscheine zu erwerben und an Bedürftige weiterzugeben.[238] Damit war eine Einrichtung geschaffen worden, die einem weiten Kreis Bedürftiger Hilfe geben konnte. Den Quellen konnte jedoch nicht entnommen werden, inwieweit sich Gönner fanden, die den bedürftigen Kranken Berechtigungsscheine gaben. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich hierbei um eine öffentliche Einrichtung handelte, wurde der Bereich der kirchenunabhängigen Privatwohltätigkeit beschritten. Dabei

---

237 Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 60:

238 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 42 f. Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 48; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 72.

standen vermutlich Motive der christlichen Nächstenliebe im Hintergrund, infolgedessen Vermögendere Bezugsscheine für Arme erwarben und diesen schenkten.
Im 19. Jahrhundert war die Lungentuberkulose ein großes Problem. Vor allem die schlechten Wohn- und Arbeitsbedingungen sorgten für eine große Verbreitung dieser Krankheit. Insbesonders die ärmere Bevölkerung war davon betroffen. Der „Verein für Volksheilstätten in Württemberg“ (1897) mit Sitz in Stuttgart hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Volksgenesungsheime für Lungenkranke zu errichten und zu betreiben. Ferner sollten soweit möglich, mittellose Lungenkranke oder ihre Familienangehörige, unterstützt und zugleich deren Aufnahme in Lungensanatorien erleichtert werden.[239] Mit dieser Maßnahme wurde ein wenn auch später doch umso wichtigerer Schritt, zur Hebung der Volksgesundheit unternommen.
Neben solchen, über den Bereich der Kranken- und Invalidenhilfe hinausgreifenden Maßnahmen, gab es auch spezielle Initiativen der Volks- und Arbeiterfürsorge.

Volks- und Arbeiterfürsorge

Der Bereich der Volks- und Arbeiterfürsorge gewann nach 1848 an Bedeutung, da nach der Jahrhundertwende die Industrialisierung in Württemberg große Fortschritte machte. Dabei waren freilich auch viele Arbeitskräfte nach Stuttgart gezogen, was teilweise nicht unerhebliche Probleme bereitet hatte. Darüber hinaus war das Bewusstsein für die Notwendigkeit, der neu entstandenen Klasse der Arbeiter zu helfen, gewachsen.
Schon im Jahr 1848 wurde „auf Aufforderung des Reisepredigers Werner, um die Bedürftigen ausschließlich mittelst Arbeitgebens zu unterstützen“[240] der „Verein zur Beschäftigung brodloser hiesiger Arbeiter“[241] gegründet. Mit diesem Verein zeigte sich sehr offensichtlich die Praxis von Vereinsgründungen neben der offiziellen Kirche, da Gustav Werner bekanntermaßen quasi als christlich berufener Privatmann handelte. Dem Verein lag der Grundsatz zugrunde, „daß **Arbeitschaffen** das beste, würdigste und nachhaltigste Mittel sei, wodurch der vorhandenen Noth

239 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 41; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 49.

240 Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 342. Vgl. Götzelmann, Diakonische Antworten und soziale Frage (2005), S. 69. Götzelmann gibt als Gründungsjahr des Vereins 1852 an.

241 Vgl. Götzelmann, Diakonische Antworten und soziale Frage (2005), S. 69; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 342; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1857), S. 30.

gesteuert werden könne und müsse.“[242] Im Zuge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stand vor allem die Herstellung diverser Waren im Vordergrund. Der Verein zielte jedoch nicht nur auf die Arbeitsbeschaffung für Erwachsene ab. Im Jahr 1854 hatte er eine „Anstalt für den Unterricht ärmerer Mädchen in weiblichen Arbeiten“[243] errichtet. Dort sollten schulentlassene Mädchen solange verbleiben, bis sie die erforderlichen Fähigkeiten erworben hatten, Näh-, Strick-, Häkel-, Filetstrick- und Stickarbeiten selbständig und gut auszuführen. Auf der Grundlage des kostenlosen Unterrichts sollte den Mädchen eine Erwerbsmöglichkeit eröffnet werden.[244]

Von besonderer Bedeutung für Stuttgart wurde eine ganz andere Privatinitiative. 1866 hatte der Nationalökonom und Bankier Eduard Pfeiffer[245] den „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ ins Leben gerufen. Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die sittlichen wie auch die materiellen Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Dabei war es ihm in erster Linie ein Anliegen, die auf eigener Initiative der Arbeiter zustande gekommenen Unternehmungen zu unterstützen. In Ergänzung der Selbsthilfe der Betroffenen wollte der Verein eigene Unternehmungen tätigen, um auf diese Weise seinen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter zu leisten. Als dritte Komponente versuchte er, Anregungen für ähnliche Vereinsgründungen in ganz Württemberg zu geben. Das Besondere am „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ war, dass er, bevor er tätig wurde, zunächst umfassende Erkundigungen der Verhältnisse einzog, um gezielte Hilfe leisten zu können.

Die Maßnahmen des Vereins waren zu Beginn seiner Tätigkeit, aufgrund der allgemeinen Zeitumstände zunächst im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angesiedelt. So wurde 1866 arbeitslosen Arbeitern durch Erdarbeiten eine Verdienstmöglichkeit gegeben. Im Jahr 1870, als durch den damaligen Krieg viel Not herrschte, wurde eine Beschäftigungsanstalt ins Leben gerufen, die für das Militär Kleidung und Sanitätsartikel fertigte. Auf diese Weise wurde Frauen, deren Männer

---

242 Bericht des Vereins für Beschäftigung brodloser Arbeiter der Stadt Stuttgart über seine Wirksamkeit im Laufe des Jahres 1854 (1854), S. 1. Die Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

243 Ebd., S. 4. Im Original gesperrt geduckt.

244 Vgl. ebd., S. 4 f.

245 Vgl. zu Leben, Mitarbeit und Gesamtwerk: Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 177 f.; Schmierer, Eduard Pfeiffer. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15, 1983, S. 316 – 355. Vgl. zum Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen besonders: Schmierer, Eduard Pfeiffer. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15, 1983, S. 343 – 347.

im Krieg waren, und erwerbslosen Mädchen, eine Verdienstmöglichkeit gegeben.[246]

Gemäß seiner Zielsetzung, Maßnahmen zum Wohle der Arbeiter zu schaffen, schuf der Verein den „Verein für Freiwillige“ (1870), den „Verein zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“ (1867) sowie die Stuttgarter Wasch- und Badeanstalt, die Pfandleihanstalt und die Volksküche in der Herberge des „Vereins zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen“. Ferner war er an verwandten Unternehmungen, wie dem Büro für Arbeitsnachweis beteiligt. Schließlich unterstützte er weitere Vereine, die der arbeitenden Bevölkerung im weitesten Sinne zugutekamen, durch finanzielle Zuwendungen, wie den „Jugend- und Gesellenverein“ sowie den „Verein zur Anschaffung künstlicher Gliedmaßen“.[247]

Seine zentrale Tätigkeit lag auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, einerseits durch die 1886 veranstaltete Enquete zur Erforschung der Wohnungssituation der arbeitenden Bevölkerung; andererseits durch den Bau der Kolonien Ostheim[248] (1891 – 1897), Südheim und Westheim (beide 1902 – 1904), die Altstadtsanierung (ab 1906) sowie die Entwicklung der Kolonie Ostenau (1911/14).[249]

Der „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ sorgte jedoch auch für die alleinstehenden Arbeiter. Zu diesem Zweck wurde 1890 in Kooperation mit dem „Arbeiterbildungsverein“ ein Arbeiterheim gegründet. Dort standen den Männern neben einer preiswerten Unterkunft mit Verpflegungsmöglichkeiten, eine Bibliothek mit Lesezimmer sowie Räumlichkeiten für Unterrichts- und Gesellschaftsveranstaltungen zur Verfügung. Diese Einrichtung wurde auch unter dem Gesichts-

---

246 Vgl. zur Beschäftigungsanstalt: Bericht über die Beschäftigungs-Anstalt des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen (1871), dort besonders S. 4.

247 Vgl. zur Arbeit und den Projekten des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“: Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 111; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 91; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 42; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152.
Vgl. zu Gesamttätigkeit, Geschichte und Projekten: Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, 50. Jahres-Bericht (1916); Kohlhaas, Hundert Jahre Gemeinnütziger Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart (1966); Ders., Hundert Jahre Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen. In Beiträge zur Landekunde Nr. 1/2 1967, S. 9 – 13; Weller, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands (1979), S. 188 f.; Schmierer; Weber, 125 Jahre Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart (1991).

248 Vgl. Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 222 – 231;

249 Vgl. insgesamt zu den Siedlungen des Vereins und der dahinter stehenden Zielsetzung: Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1982), S. 168 – 171; 181 f.; 245; Schempp, Wohnen in Stuttgart (1985), S. 398 – 400; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 174 – 180; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 68.

punkt der Jugendfürsorge geschaffen, um möglichst viele junge Männer, dem als verderblich angesehenen Einfluss des Wirtshauslebens zu entreißen und somit zur Hebung der Sittlichkeit beizutragen.[250]

Einen besonderen Dienst, der bereits Elemente der späteren Arbeitsämter enthielt, leisteten die „Herbergen zur Heimat". Sie hatten den Zweck, der heimatlosen, arbeitsuchenden Bevölkerung Gelegenheit zur Unterkunft und Arbeitsvermittlung zu bieten. Dabei lagen an allen Orten dieselben Prinzipien zugrunde. Den Gästen sollte ein Volksgasthaus auf christlicher Basis dargeboten werden, das eine christliche Hausordnung besaß und ebenso einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu bieten hatte. Zugleich war nicht nur der Branntweingenuss ausgeschlossen, sondern auch der ansonsten übliche Trinkzwang nicht vorhanden. Mit diesen Einrichtungen, die 1867 in Stuttgart unter der Leitung des Jugendvereins und 1905 in Cannstatt eröffnet wurden, sollte gleichermaßen dem Alkoholismus wie dem Vagabundieren entgegnet werden. In diesem Fall wurde wiederum von kirchennahen Kreisen aber dennoch nicht auf Initiative der Kirchenleitung ein Problem angegangen, das gerade zur Jahrhundertwende im Zuge der gesellschaftlichen Wandlungen der Industrialisierung an Brisanz gewonnen hatte.[251]

Ein Beispiel für die Hilfe durch Selbsthilfe stellte der „Arbeiterbildungsverein" (1862/63) dar. Er entstand aufgrund der Eigeninitiative der Arbeiter unter Mithilfe des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen", mit dem er in steter Kooperation blieb. Der „Arbeiterbildungsverein" hatte die Intention, Arbeitern einen geeigneten Ort für die abendlichen Freistunden zu bieten, an dem zugleich die Möglichkeit der technischen sowie allgemein moralischen Weiterbildung bestand. Auf diese Weise sollte ein Beitrag zur sozialen, geistigen, sittlichen wie auch wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterbevölkerung geleistet werden. Zu diesem Zweck wurde regelmäßiger Unterricht in unterschiedlichen Fächern, wie Zeichnen, Schreiben, Zuschneiden für Schneider, in der Buchführung und auch im Gesang erteilt. Außerdem wurden belehrende Vorträge aus den Bereichen Naturwissenschaften, Geschichte, Volkswirtschaft und Technologie gehalten. Schließlich stand den Besu-

---

250 Vgl. zum Arbeiterheim des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen" (1890): Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152;168; 187; Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 34.

251 Vgl. zur Geschichte der „Herbergen zur Heimat" im Allgemeinen: Statistik der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche (1899), S. 83 – 87.
Vgl. zu den „Herbergen zur Heimat" in Stuttgart und Cannstatt: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 157; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 70; Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 88.

chern eine reichhaltige Bibliothek, die ungefähr 1000 ausgewählte Bände sowie Zeitschriften enthielt, zur Verfügung. Auf diese Weise wurde die Gelegenheit geboten, die Freistunden sowohl nützlich als auch belehrend auszufüllen. Um den Sinn der Arbeiter für gesittete Vergnügungen, anders als im Wirtshaus zu wecken, wurden regelmäßige gesellige Unterhaltungen mit musikalischen wie auch deklamatorischen Vorträgen veranstaltet. Der Stuttgarter „Arbeiterbildungsverein" hatte ein eigenes Haus, die Arbeiterhalle,[252] in der Raum für die Bibliothek, Unterricht und gesellige Veranstaltungen war. Der „Arbeiterbildungsverein", dessen Vorstand Eduard Pfeiffer war, hatte auch mehrere Projekte geplant und zum Teil realisiert, wie z. B. den Bau einer Wasch- und Bad- Anstalt sowie von Arbeiterwohnungen, ferner die Errichtung eines Leihhauses. Finanzielle Unterstützung fand er durch gemeinnützige sowie speziell den arbeitenden Klassen dienende Anstalten. Neben dem Stuttgarter Verein gab es auch in Cannstatt einen solchen.[253] Eine quasi entsprechende Einrichtung für Arbeiterinnen wurde in den Jahren 1910 und 1911 mit den „Arbeiterinnenvereinen" durch den „Evangelischen Frauenbund" in der Gegend des Stöckach sowie in der Karlsvorstadt initiiert. Zugleich entstand auch ein „Arbeiterinnenverein", der sich dem Landesverband der Evangelischen Arbeitervereine angeschlossen hatte.[254]

Unter den Schwerpunkten der Maßnahmen der Arbeiterfürsorge gab es bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ein „Büro für Arbeitsnachweis" (1865), das der „Gewerbeverein" zusammen mit dem „Arbeiterbildungsverein" gegründet hatte. Es hatte die vordergründige Aufgabe, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Kontakt herzustellen und somit Stellen zu vermitteln. Auf diese Weise wurde versucht, der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Professionell war damals bereits die Einrichtung eigener Nachweisbücher für jedes Gewerbe. Ferner wurden seit 1867 im Namen des „Vereins zur Abschaffung des Haus- und Straßenbettels" sowie unter Mitwirkung anderer Berufsgruppen, Unterstützungen an reisende Handwerksgehilfen sowie an Fabrikarbeiter und Tagelöhner ausbezahlt, um damit den herrschenden Bettel zu vermindern. Schließlich wurde seit 1868 das „Büro für Arbeitsnachweis",

---

252 Vgl. zur „Arbeiterhalle": Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 44; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63.

253 Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 43; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 92; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 114 – III 115; Vgl. Gottschick; Schäfer (Hrsg.), Große Hoffnungen – kleine Schritte im 19. Jahrhundert (1989), S. 267.

254 Vgl. Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 93.

bei der Auszahlung der Unterstützungskassen einiger Gewerbe, für deren Mitglieder tätig. Die Leitung des Büros bestand aus einem siebenköpfigen Gremium.[255]

Das „Büro für Arbeitsnachweis“ wurde von gänzlich kirchenunabhängigen Trägern unterhalten, dennoch gab es auch ein Angebot für Arbeiter, das aufgrund einer kirchennahestehenden Initiative gegründet wurde. 1904 hatte die württembergische Gruppe der „Freien kirchlich-sozialen Konferenz“ in Stuttgart ein „Evangelisches Volksbureau oder Arbeitersekretariat“ ins Leben gerufen. Dieses wurde schließlich 1908 in den „Verein für das evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau“ umgewandelt. Der Vereinszweck war zunächst die Unterhaltung eines „Evangelischen Arbeitersekretariats und Volksbüros“. In diesem sollten alle Bevölkerungskreise unter Ausschluss jeder zivilrechtlichen Gewährleistung kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr „Rechtsauskunft und Rat und zwar in allen gewerblichen und persönlichen Angelegenheiten, besonders in Fragen des Arbeitsverhältnisses, ferner über die Unfall-, Invaliden-, Alters- und Krankenversicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, über Miets-, Armen- und Steuerangelegenheiten, Forderungsrecht, Vormundschafts- und Nachlaßsachen usw.“[256] erhalten. Darüber hinaus wurde das Sekretariat bei Bedarf auch bei der „Wahrnehmung der Interessen der Auskunftsuchenden vor den Schiedsgerichten, dem Landesversicherungsamt und Reichsversicherungsamt, sowie vor den Gemeinde-, Gewerbe- und Kaufmannsgerichten“[257] entweder direkt oder vermittelnd tätig. Nur in denjenigen Fällen, in denen deutlich erkennbar war, dass sich die Auskunftsuchenden „ihren gesetzlichen oder sittlichen Pflichten entziehen wollen“[258] bestand die Möglichkeit, jede Rechtsauskunft zu verweigern. Schließlich war es eine weitere Aufgabe im Rahmen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mitzuwirken. Diese Einrichtung stand sowohl der christlichen Gewerkschaft als auch der Kirche nahe, wobei sie dennoch von beiden Institutionen unabhängig war. Die Rechenschaftsberichte gaben ein deutliches Zeugnis darüber ab, wie eifrig das „Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbüro“ frequentiert wurde.[259] Sichtbar wurde an diesem relativ

---

255 Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 40; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 114; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 93; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

256 Evangelisches Arbeitersekretariat und Volksbureau. Bericht über das Geschäftsjahr 1908, S. 2.

257 Ebd., S. 2.

258 Ebd., S. 2.

259 Vgl. zum „Evangelisches Volksbureau oder Arbeitersekretariat“: Jahresbericht des evangelischen Volksbureaus (Arbeitersekretariats) in Stuttgart für 1907; Evangelisches Arbeitersekretariat und Volksbureau. Bericht über das Geschäftsjahr 1908; Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat

spät begründeten Beispiel ein Bedarf an unabhängigen Beratungsstellen für Arbeiter. Indem das Angebot rege angenommen wurde, zeigte sich zugleich die Akzeptanz dessen christlich-nationalen Hintergrunds. Allerdings offenbarte sich auch hierbei, dass die offiziellen Kirchenstellen reale Probleme nicht wahrnahmen und vielmehr Kreise mit einem weiteren Horizont aktiv werden mussten.

Für Jugendliche bestand ab 1910 eine analoge Einrichtung, das „Jugendsekretariat", mit der Zielsetzung, männliche Jugendliche zu beraten. Das Arbeitsgebiet umfasste eine „Wohnungs- und Stellenvermittlung, Auskunftei über Unterstützungsmöglichkeiten, Jugendgerichts- und Polizeihilfe, Fürsorge für Gefährdete, Aufsicht über Fürsorgezöglinge, Jugendschutz […] (sowie) eine Ausleihbibliothek für Jugendfürsorgeliteratur."[260] Das „Jugendsekretariat" bestand aus Mitarbeitern des „Jugendvereins" und wurde vom Jugendgeistlichen geleitet.[261] Dennoch schien es weniger eine von der Kirche als Institution initiierte, als eine kirchennahe aber zugleich kirchenunabhängige Einrichtung zu sein.

Ein Beispiel für die Arbeit auf einem anderen Gebiet war die Stuttgarter Stadtmission (1901), die sich dem Kampf der Unzucht verschrieben hatte. Ihre Geschichte reichte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Die ersten Anfänge waren noch nicht von Erfolg gekrönt, so dass im Verlauf der 1880er Jahre eine Umgestaltung vorgenommen wurde, die sich die Berliner Stadtmission zum Vorbild nahm. Danach fand eine gleichermaßen zügige wie auch erfreuliche Entwicklung statt. Die Stadtmissionare waren zwar selbständig, standen jedoch in Kooperation mit dem kirchlichen Amt.[262] Die Stadtmission hatte das Ziel, gefährdete bzw. bereits gefallene Mädchen durch verschiedene Maßnahmen der Fürsorge zuzuführen und dadurch wieder zu einem sittlichen Lebenswandel zu bringen. Dieser Aspekt wurde vielfach auch in Bezug auf die Fabrikarbeiterinnen gesehen, da diese allgemein als sittlich besonders gefährdet angesehen wurden. Die Stadtmission war nach ihrem

---

und Volksbureau. Bericht über das Geschäftsjahr 1909; Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau. 7. Jahresbericht über die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitersekretariats und Volksbureaus 1910; Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau. 11. Jahresbericht erstattet für das Geschäftsjahr 1914.

260 Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 89.

261 Vgl. ebd., S. 88 f.

262 Vgl. zum Vorstehenden: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 293.

Auftrag eine gemeinnützige Einrichtung und hatte die Verpflichtung, überparteilich und für jeden Hilfesuchenden tätig zu sein.[263]

Einen maßgeblichen Faktor in Bezug auf die Arbeiterschaft stellte das Ansinnen dar, den Sparwillen zu fördern. Gemeinhin galt zwar „als die probateste Methode, um es im Leben zu etwas zu bringen, der altpietistische Grundsatz des unermüdlich fleißigen und sparsamen Sichemporhungerns.“[264] Allerdings war bald erkannt worden, dass dies nicht alleine reicht. Dazu wurde bereits mit der Gründung der „Württembergischen Sparkasse“ ein wichtiger Grundstein gelegt. Sie fand ihre Ergänzung in der 1884 eingerichteten „Pfennigsparkasse“. In dieser Institution konnten sich die ärmeren Bevölkerungsteile „durch Kleben von Sparmarken im Betrag von 5, 10, 20 und 50 Pfennig […] ein wenn auch noch so bescheidenes Kapitälchen für Zeiten der Not“[265] ansparen. Die Sparbücher wurden bei einer eigens zu diesem Zweck gegründeten „Städtischen Sparkasse“ hinterlegt, so dass die Sparer in Zeiten der Not darauf zurückgreifen konnten. Von großer Bedeutung war die Ausweitung ihres Geschäftsbereichs, als sie im Zuge der Eingemeindung von Cannstatt 1905 mit der dortigen „Oberamtssparkasse“ fusionierte. Neben der Eröffnung von 21 neuen Annahmestellen für Sparbeträge, ergab sich in diesem Jahr ein außerordentlich großer Zuwachs an Spareinlagen. Gemäß der Satzung war die Sparkasse zu einer hypothekarischen Anlage der ihr anvertrauten Gelder verpflichtet, so dass 1913 schließlich 90 % solchermaßen angelegt waren. Bedeutungsvoll war die „Städtische Sparkasse“ in Hinblick auf ein städtisches Darlehen für die geplante Altstadtsanierung des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ im Jahr 1906 sowie für den Stuttgarter Wohnungsbau. Dieses ursprünglich allein zur Anregung des Sparsinns geschaffene Institut verbuchte demnach im Verlauf seiner Geschichte einen Aufgabenzuwachs.[266] Auf diese Weise waren nicht nur die Aufgaben des Instituts vermehrt, sondern auch der Nutzen für die ärmeren Bevölkerungsteile vergrößert worden.

In diesem zweiten Zeitabschnitt waren besonders Einrichtungen von allergrößter Bedeutung, die einerseits das Sparen und die Anlage von Reserven, wie auch im Notfall die Kreditvergabe ermöglichten. Andererseits kam Einrichtungen, die Ar-

---

263 Vgl. Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 94; Wurm, Daheim und draußen (1909), S. 174; Schneider, Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche Bd. 2 (1888) S. 81 f.

264 75 Jahre Stuttgart (1959), S. 24.

265 Ebd., S. 21.

266 Vgl. ebd., S. 163.

beitern den preiswerten Einkauf von Gütern des täglichen Gebrauchs ermöglichten, große Bedeutung zu. Bereits 1817 war die „Württembergische Sparkasse“ ins Leben gerufen worden. Auf der Grundlage dieser Einrichtung hatten sich weitere Kassen gebildet, die vordergründig die Anlage von Sparguthaben fördern wollten, wie die „Städtische Sparkasse für den Stadtdirektionsbezirk Stuttgart“, die in Verbindung mit einer „Pfennigsparkasse“ für geringste Einlagen stand.[267] Eine kombinierte Spar- und Leihkasse war die „Stuttgarter Bezirksleihkasse“ (1854) für das Amtsoberamt Stuttgart. Sie war besonders auf die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. Gerade diese Personengruppen, wozu auch Arbeiter zur rechnen waren, hatten oftmals große Schwierigkeiten, in Notlagen auf den normal üblichen Wegen, Darlehen zu erhalten. In vielen Fällen waren Darlehen nicht ohne größere Schwierigkeiten bzw. Opfer möglich. Diesen Menschen sollten Kredite zu möglichst guten Konditionen gegeben werden.[268] Zwar verlangte die Kasse im Normalfall ausreichende Sicherheiten, aber es konnten „auch ohne diese Bedingungen solchen Personen Darlehen gegeben werden, welche trotz ihres notorischen Fleißes und ihrer Sparsamkeit vorübergehend in eine bedrängte Lage gekommen sind, aus der sie mittelst eines solchen Darlehens wieder emporgehoben werden können, wenn die Gemeindecollegien des Wohnorts sich für Kapital und Zins durch Bürgschaftsleistung verbindlich machen.“[269] Damit war eine Anstalt geschaffen worden, die vordergründig für die arbeitende, ärmere Bevölkerung eine Überbrückungsmöglichkeit von Notlagen darstellte. Der frühe Zeitpunkt der Gründung belegte den vorhandenen Bedarf.

Zu den kombinierten Spar- und Bedarfsgütergemeinschaften zählte auch die „Spar-Gesellschaft“ für Stuttgart (1849). Sie hatte den Zweck, die geringen Ersparnisse, die ihre Mitglieder jede Woche erübrigen konnten, zu sammeln und diese für den gemeinschaftlichen Kauf von Heizmaterial- und Lebensmittelvorräten für die Wintermonate zu verwenden. Auf diese Weise konnten größere Mengen zu günstigeren Preisen erstanden werden. Die Preisvorteile kamen allen Mitgliedern, die vor allem ärmere Handwerker sowie Tagelöhner waren, zugute.[270] Neben dieser frühen Form gab es noch einen eigentlichen „Spar- und Consumverein“ (1864). Dieser wurde

---

267 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 55; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 123.

268 Vgl. Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 56.

269 Ebd., S. 56.

270 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 40.

von Eduard Pfeiffer und dem „Stuttgarter Arbeiterbildungsverein“ gegründet. Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, seinen Mitgliedern gleichermaßen einwandfreie wie unverfälschte Produkte zu den tagesüblichen Preisen zu beschaffen. Zugleich sollte damit die Möglichkeit verbunden werden, auf diesem Weg Ersparnisse zu erzielen und diese gewinnbringend anzulegen.[271] Gerade die Konsumvereine boten Arbeitern und ihren Familien eine gute Gelegenheit, ihren Lebensstandard zu heben, bzw. sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einigermaßen gut zu behelfen.

Zur Verbesserung der Ernährungslage der ärmeren Bevölkerung, die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts kritisch blieb, dienten auch die Volksküchen. In Stuttgart gab es mehrere öffentliche Speiseanstalten unterschiedlicher Träger. Vordergründig waren sie für Arbeiter, aber auch alle anderen bedürftigen Einwohner eingerichtet worden. Sie hatten den Zweck, einerseits Bedürftigen, die einen Berechtigungsschein der öffentlichen Kassen vorweisen konnten, andererseits zahlenden Gästen, warme Speisen zu günstigen Preisen zu geben. Gegebenenfalls wurden auch kostenlose Portionen abgegeben. Die Speisen bestanden aus Gemüse oder Suppe, wobei kein Unterschied zwischen Fremden und Ortsangehörigen gemacht wurde. In Stuttgart bestand diese Möglichkeit in der „Volksküche in der Katharinenpflege“,[272] die deshalb auch den Namen „Suppenhaus“ trug, in der „Speiseanstalt im städtischen Bürgerhospital“[273] (1862), der „Volksküche im Stöckach-Volksschulgebäude“[274] (1878), der „Volksküche in der Herberge für Fab-

---

271 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 88; Bittel, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung (1915), S. 38 f.

272 Vgl. Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 125.

273 Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 38 – 39; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 125; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 43; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 48; Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (1886), S. 122; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71.

274 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 43; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 48; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63.

rikarbeiterinnen“[275] (1874) sowie in der „Städtischen Volksküche“[276] (1888) im Feuerwehrgebäude in Heslach.[277]

Eine Verbindung zwischen dem Bereich der Mäßigungsbewegung und der Förderung der Volksernährung stellte der „Verein für Errichtung von Volkskaffeehäusern“ dar. Er unterhielt seit 1888 drei Volkskaffeehäuser in Stuttgart, in denen „alkoholfreie Getränke und einfache Speisen zu sehr billigen Preisen“[278] angeboten wurden.

Ein nicht minder wichtiger Bereich der Volks- und Arbeiterfürsorge waren Volksbibliotheken. Sie sollten den Benutzern die Gelegenheit geben, unterhaltende wie bildende Lektüre und Zeitschriften zu lesen. Auf diese Weise wurde bezweckt, etwas für die sittliche, geistige und intellektuelle Hebung der ärmeren Bevölkerungsschichten zu machen. Für das Jahr 1897 waren die „Volksbibliothek des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“[279] (Ostheim) und eine „Volksbibliothek mit Lesehalle“,[280] die zudem sehr gut ausgestattete Zweigstellen auf der Prag sowie in Gaisburg und Gablenberg unterhielt, nachgewiesen.

Die vorstehenden Beispiele wurden allesamt von kirchenunabhängigen Institutionen ins Leben gerufen. Sie offenbarten ein gewachsenes Bewusstsein weltlicher Kreise für die Probleme der Arbeiterbevölkerung. Neben dem Gebiet der reinen Volks- und Arbeiterfürsorge war der Bereich des sozialen Wohnungsbaus ein weiteres dringendes Anliegen.

---

275 Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 125; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 43; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 164; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 48; Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71.

276 Vgl. Hartmann, Stuttgart 1864 bis 1889 (1889), S. 63.

277 Vgl. allgemein zu den Stuttgarter Volksküchen noch: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153.

278 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54.
Vgl. zu den Volkskaffehäusern und dem dahinter stehenden Verein: Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 72.

279 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906) S. 73.

280 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 55; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 73.

Sozialer Wohnungsbau

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus waren bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts von Einzelpersonen und vom Staat Überlegungen angestellt worden, wie die Wohnsituation der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden könnte. Allerdings dauerte es noch bis 1860, bis ernsthafte Bemühungen zur Verbesserung der Wohnsituation einsetzten.[281]

Eine der frühesten Initiativen, die Wohnungsnot in den größeren Städten des Landes zu lindern, war der „Wohnungsverein“[282] (1860). Er bezweckte den Bau von Kleinwohnungen, um sie gegen Bezahlung einer günstigen Miete an arbeitsame, ordentliche und arme Familien sowie Witwen und Witwer zu vermieten. Der Verein erstellte bis 1893 „insgesamt 84, bis 1906 sogar 114 Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen“[283] auf gemeinnütziger Basis. Denselben Zweck verfolgten auch die „Gemeinnützige Baugesellschaft“[284] (1872) und die „Knapp-Pott‘sche Stiftung“,[285] die auf diese Weise ebenfalls einen Beitrag zur Lösung der Sozialen Frage zu leisten gedachten.

Die bisherigen Bemühungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus lagen in den Händen gemeinnütziger Vereine. Im Zeitraum zwischen 1869 und 1872 erstellte auch das Innenministerium des Königreichs Württemberg beim Hauptbahnhof das so genannte „Postdörfle“ (1869) für Bedienstete von Post und Bahn.[286] Damit wurde dem Bedürfnis nach gesunden und preiswerten Wohnungen Rechnung getragen. Zur Siedlung gehörten, neben den 26 Wohngebäuden, für die damalige Zeit außergewöhnlich viele Sozialeinrichtungen, wie z. B. Verkaufsläden für den Kon-

---

281 Vgl. Hagel, So soll es seyn (1996), S. 368 mit Anm. 14.

282 Vgl. Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 39;; Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 117; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1879), S. 44; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 50 – 51; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 90; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 153; 170 f.; 171; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 68. Vgl. auch: Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 35.

283 Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 162.

284 Vgl. Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 118; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 170; 174; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 68. Vgl. auch Pfeiffer, Eigenes Heim und billige Wohnungen (1896), S. 35; Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 162.

285 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 68.

286 Vgl. Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 163.

sumverein, Übernachtungsgelegenheiten, eine Speise-, Wasch- und Badeanstalt sowie eine Kleinkinderpflege.[287] Weitere Familienwohnungen für dieselbe Personengruppe wurden auch auf der Prag erstellt.[288] Die Stadtgemeinde Stuttgart war ebenfalls im sozialen Wohnungsbau für ihre Bediensteten aktiv, indem sie in den Jahren 1896 und 1901 Wohnungskolonien auf der Prag erstellte.[289]

Neben dem sozialen Wohnungsbau war der Bereich der Volksmission ein wichtiger Bestandteil sozialer Fürsorge im 19. Jahrhundert. Vordergründig ging es darum, der wachsenden Entkirchlichung der arbeitenden Bevölkerung Einhalt zu gebieten und diese wiederzugewinnen.

Volksmission

Auf dem Gebiet der Volksmission wurden auch nach 1848 Initiativen getätigt. Angesichts der Problematik von Entkirchlichung und Entchristlichung, wurden vermehrt volksmissionarische Bemühungen unternommen. Dazu gehörte auch eine in Verbindung mit der „Evangelischen Gesellschaft“ stehende „Agentur für Innere Mission“, die 1850 ins Leben gerufen wurde. Sie sollte das Bindeglied zwischen örtlichen und ortsfremden, ansonsten jedoch selbständigen und unabhängig tätigen Vereinen aus dem Bereich der Inneren Mission sein. Im Grundsatz ging es um die Koordinierung zwischen Angeboten, z. B. Lehrstellen, Abgabe von Krankenkost, Ehrenamtsdienste, und Bitten um Hilfe. Ebenso sollte sie bei der Verteilung von Spenden aller Art an christliche wie auch wohltätige in- und ausländische Vereine und Rettungsanstalten behilflich sein. [290] Darüber hinaus sollte die Agentur eine sozialfürsorgerische Bibliothek aufbauen und den Vereinen nach Bedarf zur Verfü-

---

287 Vgl. zum „Postdörfle“: Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 117; Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 170; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 67 – 68; Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1982), S. 82 – 85; Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 163.

288 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 180 –182.

289 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 52; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 67 – 68; Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1982), S. 200 – 204; Schempp, Wohnen in Stuttgart (1985), S. 400.

290 Vgl. Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören (1850), S. 9 – 10; Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreiche Württemberg (1857), S. 45; Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit (1869), S. 95; Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 133; Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart (1856), S. 276.

gung stellen. Allerdings war der Agentur, genauso wie einem 1869 ins Leben gerufenen „Landesausschuss für Innere Mission“ nur eine kurze Wirkungsdauer beschieden. Beide Koordinierungsstellen mussten angesichts der württembergischen Abneigung gegenüber jeglicher Zentralisierung[291] ihre Arbeit einstellen.

Der Volksmission im eigentlichen Sinn dienten der „Verein zur Verbreitung heiliger Schriften unter allerlei Volk“ (1859),[292] der „Verein zur Verbreitung christlicher Zeitschriften“ (1877/79)[293] und der „Verein zur Verbreitung guter Jugendschriften in Stuttgart“ (1894).[294] Vom Grundansatz her ging es bei allen Vereinen darum, gute christliche Schriften, Zeitschriften und Jugendliteratur zu vertreiben. Üblicherweise wurde der Vertrieb und Verkauf von Kolporteuren besorgt. Neben dem Schriftenverkauf wurden auch Versammlungen abgehalten, auf denen Zeitschriften etc. erworben werden konnten. Dem volksmissionarischen Charakter der Unternehmungen entsprach auch die gegebenenfalls unentgeltliche Abgabe an entsprechend bedürftige Menschen. Das Ziel aller dieser Maßnahmen war, das christliche Leben wie auch die christliche Erkenntnis einerseits zu erwecken, andererseits zu befördern. Mit diesen Maßnahmen sollten zunächst diejenigen erreicht werden, denen der Gottesdienstbesuch unmöglich war. Ferner stand ebenso dahinter der Versuch, solche Menschen, die bereits ohne Beziehung zum Christentum waren, wiederzugewinnen.

Die Daten der Begründung der einzelnen Vereine gaben Anhaltspunkte dafür, dass zwischen 1850 und 1870 das Problem der Entchristlichung auch in Württemberg ins Bewusstsein der Zeitgenossen getreten war. Vermutlich war ein Anwachsen dieser Problematik zum Jahrhundertende deutlich spürbar, was möglicherweise auch mit der Etablierung der Sozialdemokratie zusammenhing. Dennoch waren es auch hierbei Einzelinitiativen, bei denen versucht wurde, wenigstens durch kleine Maßnahmen einen Beitrag zur Volksmission und Wiedergewinnung der Menschen für die Kirche zu leisten.

---

291 Vgl. zum Vorstehenden: Weller, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817 – 1966 (1967), S. 9; 11; Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 294. Vgl. zur Aversion gegen eine organisierte Tätigkeit im Wohlfahrtsbereich auch: Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 291 f.

292 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 136.

293 Vgl. Stuttgarter Vereins-Buch (1885), S. 135; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 55; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), 73.

294 Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 55.

6.2.4. Zwischenergebnis

Bei allen Initiativen musste erkannt werden, dass die Initiatoren in ihren Denk- und Handlungsweisen den überkommenen christlich-paternalistischen Idealen verhaftet blieben.[295] Die Kirche als Institution hatte, bis auf ihre selbstverstandene Aufgabe der Seelsorge und Predigttätigkeit, keine eigenständigen Initiativen ergriffen, den Arbeitern bzw. der notleidenden Bevölkerung zu helfen. Initiativen wurden von Einzelpersonen oder auf staatlichen Zwang ergriffen. Das eigentliche Augenmerk kirchlicher Bemühungen lag im Bereich der nicht auf die Arbeiter bezogenen Hilfeleistungen, wobei mitunter eine Differenzierung problematisch war. Grundsätzlich war die bürgerliche Vereinsbewegung die eigentliche Grundlage aller im 19. Jahrhundert unternommenen koordinierten Hilfsmaßnahmen.[296] Nur das Amt des Jugendgeistlichen in Stuttgart ging auf die direkte kirchliche Initiative zurück.

Bei der evangelischen Landeskirche in Württemberg war die enge Verbindung mit dem Staat höchstwahrscheinlich der entscheidende Faktor für ihre Passivität bei der sozialen Wohlfahrtsarbeit. Damit nahm sie im Grunde die Haltung ein, die generell als Verzahnung von „Thron und Altar“ bezeichnet wurde.[297] Daneben gab es freilich Initiativen evangelischer Christen, die kirchenunabhängig waren, aber der evangelischen Kirche nahestanden. Im Gegensatz dazu waren in allen drei Untersuchungszeiträumen keine dezidierten Maßnahmen seitens der Kirchenregierung, also von kirchenoffizieller Seite ergriffen worden, etwas zur Linderung der sozialen Not zu unternehmen. Vielmehr verließen sich die Verantwortlichen auf die Handlungsbereitschaft und Aktivität des obersten Landesbischofs, des Königs. Es bestand also ein tragisches Vertrauen darauf, dass seitens Dritter Maßnahmen zur Linderung der Not ergriffen wurden. Als besonderes Hemmnis wirkte sich neben der Passivität auch das kirchliche Desinteresse an der Erkundung der Hintergründe der Notlagen aus. Sichtbar wurde dieser Gesichtspunkt vor allem in der Beschränkung auf schriftliche Erlasse, anstatt greifbare Untersuchungen anzustellen, wie die Sachlage in der Realität aussah. Infolgedessen wurden Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeiter wie auch der ärmeren Bevölkerungsschichten nur von Anderen ergrif-

---

295 Vgl. Kaiser, Freie Wohlfahrtsverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Westfälische Forschungen 43, 1993, S. 33.

296 Vgl. ebd., S. 33.

297 Vgl. Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 175; Kupisch, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (1963), S. 16.

fen. Dazu gehörten einzelne Pfarrer oder christlich orientierte Menschen,[298] die Eigeninitiative der Betroffenen sowie genuin weltlich-bürgerliche Stellen, was für den gesamten Bereich der Inneren Mission wie auch das sonstige Wohlfahrtswesen galt.[299] Die evangelische Kirche als Institution erwachte erst nach 1918 und ergriff Maßnahmen auf dem Gebiet des Sozialwesens.[300]

In Stuttgart wurde schon früh eine Vielzahl an Initiativen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung unternommen, die in der Mehrzahl von Einzelpersonen getragen wurden. Neben solchen direkt sichtbaren Initiativen gab es andere Orte, an denen eine Befassung mit der Sozialen Frage stattfand. Ein wichtiger Ort der Diskussion waren im 19. Jahrhundert Zeitschriften, in denen unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten eine große Zahl der verschiedensten Themen erörtert wurde.

6.3. Die Soziale Frage in allgemein christlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften zur sozialen Arbeit

Ein wesentliches Kennzeichen menschlichen Denkens und Handelns bildete stets die Interaktion mit anderen Menschen. In der Vergangenheit waren die Möglichkeiten der Interaktion allein durch die zeitlich bestimmten Umstände beschränkt. Dennoch gab es bereits im 19. Jahrhundert vielfältige Möglichkeiten, den Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten auch über weite Strecken zu pflegen. Eines dieser Medien war die Zeitschrift. Besonders den Deutschen wurde eine ausgesprochene Neigung zur Begründung von Zeitschriften jeder Art zugesprochen.[301]

Zur Geschichte der Zeitschrift

Journale waren für die Kommunikation deshalb besonders geeignet, weil sie „ein vielseitiges, zahllosen Interessengruppen und mannigfachen Absichten dienendes Werkzeug“[302] waren. Die Zeitschrift war so bedeutungsvoll, da sie ein Medium war, das im komplexen Wirkungsgeflecht, seiner „vielfältigen Verwobenheit mit

---

298 Vgl. zu diesem Aspekt in Hinblick auf das pietistische Element auch: Sträter, Soziale (2004), S. 638 f.

299 Vgl. Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung (1908), S. 301; Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 40.

300 Vgl. Eidt, Der evangelische Diakonat (2011), S. 31 f.

301 Vgl. Kirchner, Geschichte des deutschen Zeitschriftenwesens. Teil II (1962), S. 83.

302 Kirchner, Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme. Teil 1 (^{2}1958), S. 1, zitiert nach Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 5.

der politischen, Geistes-, Wissenschafts- und Sozialgeschichte jener Zeitläufe, die sie durchlief“[303] stand.

In Hinblick auf die Forschungsgeschichte zeigte sich das Problem, dass es sich bei den Zeitschriften um ein in der Vergangenheit wenig bearbeitetes Forschungsfeld handelte. Hinzu kam bis 1973 das Fehlen eines zuverlässigen Katalogs in Bezug auf die Klassifikation der Zeitschriften. Dieser Faktor war auch hinsichtlich der noch zu erwähnenden Fachzeitschriften problematisch, da sich daraus Differenzen bezüglich einer sicheren Einordnung ergaben.[304]

Diese Schwierigkeit machte sich jedoch auch bei dem, in der Geschichte der Zeitschrift mehrfach unternommenen Versuch bemerkbar, eine genaue Abgrenzung respektive Begriffsbestimmung derjenigen Publikationen zu geben, die unter dem Terminus „Zeitschrift“ subsummiert wurden.[305] Unter Berücksichtigung aller Charakteristika wurde eine Zeitschrift zunächst als ein in regelmäßigen Zeitabständen erscheinendes, gedrucktes Werk betrachtet. Dabei wurde generell eine Erscheinungsweise von vier Ausgaben pro Jahr gewählt, die jedoch auch wöchentlich, zweiwöchentlich u. ä. sein konnte.[306] Für die Zeitschriften des 17. und 18. Jahrhunderts musste diese Definition ergänzt werden. Demnach war eine Zeitschrift „eine mit der Absicht der unbegrenzten Dauer begründete, in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabschnitten erscheinende und für einen im allgemeinen begrenzten Interessenkreis durch mechanische Vervielfältigung hergestellte Publikation, deren einzelne Stücke als die (periodisch) wiederkehrenden Teile eines einheitlich geleiteten Ganzen erkennbar sind, und die innerhalb ihres besonderen Fach- oder Wissensgebietes eine Mannigfaltigkeit des Inhaltes anstrebt.“[307] Angesichts dieser Charakterisierung war der sich, im Verlauf der Forschungsgeschichte herauskristallisierende Schluss geradezu zwingend, dass die Zeitschrift innerhalb der Publizistik einen Bereich darstellte, der seine eigenen Gesetzlichkeiten hatte.[308]

---

303 Kirchner, Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme. Teil 1 (^{2}1958), S. 1, zitiert nach: Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 5.

304 Vgl. Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 7.

305 Vgl. ebd., S. 11.

306 Vgl. Saalfeld, s. v. Zeitschrift. In: Metzler Literatur Lexikon (^{2}1990), S. 508; Wilpert, s. v. Zeitschrift. In: Sachwörterbuch der Literatur (^{7}1989), S. 1044 f.; Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 12 f.

307 Kirchner, Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens. 1. Teil (1928), S. 32 f., zitiert nach Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 14. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

308 Vgl. Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 15 mit Anm. 31.

Zeitschriften hatten allgemein gesehen weniger die Intention nach Aktualität, sondern es war ihnen ein Anliegen, speziell auf ein bestimmtes Fach- bzw. Sachgebiet bezogene Informationen zu vermitteln.[309] Es hatte sich im Verlauf der Geschichte ein breites Spektrum unterschiedlicher thematischer Schwerpunkte herausgebildet, die sich auf sämtliche Lebensbereiche erstreckt haben. Dabei fand jedoch erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine Differenzierung in verschiedene Typen statt, die sich im 19. Jahrhundert fortsetzte. Nach 1800 differenzierte sich der Bereich der Zeitschriften weiter aus, wobei auch große thematische Veränderungen bezüglich des Aufbaus des Zeitschriftenwesens stattfanden. Diese Wandlungen zeigten sich zunächst im Auftreten neuer Fragestellungen, wie z. B. aus dem konfessionellen oder sozialwissenschaftlichen Bereich. Demnach kann eine Unterscheidung der Zeitschriften in „allg. Kulturzss., polit., wiss. (z. T. biographische), künstlerische, wirtschaftl., sportl., berufliche, weltanschauliche, belletrist., humorist. (Witzblätter), techn. u.a. Fach-Zss., auch Spezial-Zss. Für gewisse Liebhabereien“[310] gemacht werden. Die seit dem 18. Jahrhundert beginnende, sich im 19. Jahrhundert fortsetzende Ausdifferenzierung der Fächer, war ein eindeutiger Hinweis auf die Professionalisierung der Arbeitsweisen. Das dahinter stehende praktische Bedürfnis zeigte sich besonders in der Theologie, aber auch auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bzw. Wohlfahrt.[311] Ferner gab es im 18. Jahrhundert parallel zur inneren Differenzierung der Zeitschriften eine äußere, bei der der Leserkreis über die gebildeten Schichten hinausging, so dass auch andere Bevölkerungsgruppen Zeitschriften lasen. Allerdings galt dieser Aspekt weniger für die im gegebenen Kontext zu besprechenden Zeitschriften. Diese Publikationen waren ausschließlich auf ein gebildetes Fachpublikum, sofern davon damals schon die Rede sein konnte, ausgerichtet. Der Leserkreis war dadurch zum Teil sehr begrenzt. Dieser Prozess der Ausweitung des Rezipientenkreises fand ebenfalls im 19. Jahrhundert seine Fortsetzung.[312]

Bereits im 19. Jahrhundert existierte ein überraschend breites Spektrum unterschiedlicher Zeitschriften.[313] Dabei gab es verschiedene Fachbereiche. Einer davon

309 Vgl. Saalfeld, s. v. Zeitschrift. In: Metzler Literatur Lexikon (^{2}1990), S. 508.

310 Wilpert, s. v. Zeitschrift. In: Sachwörterbuch der Literatur (^{7}1989), S. 1045. Die Ergänzungen in runden Klammern und die Abkürzungen entsprechen dem Original und sind Teile des Zitats.

311 Vgl. Becher, s. v. Fachzeitschrift. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 (2006), Sp. 771.

312 Vgl. Saalfeld, s. v. Zeitschrift. In: Metzler Literatur Lexikon (^{2}1990), S. 508; Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 19 f.; Wilpert, s. v. Zeitschrift. In: Sachwörterbuch der Literatur (^{7}1989), S. 1045.

313 So gab es z. B. 1848 688, 1890 bereits 3441 Zeitschriften. Bis 1900 hatte sich die Zahl auf 5131 und wiederum im Zeitraum bis 1914 auf 6421 Titel erhöht. Zahlen nach: Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 20.

war die Fachpresse, in der in der Hauptsache die Darstellung von Novitäten des jeweiligen Fachgebiets, aber auch die Besprechung von bereits Etabliertem zwecks der Wiederholung und Vertiefung der Inhalte stattfand.[314] Ihre Entstehungszeit lag jedoch schon im 18. Jahrhundert, da damals die Fortschritte in den Bereichen des Wissens so groß geworden waren, dass eine Universalzeitschrift den Ansprüchen an Informationsgehalt und Aktualität nicht mehr genügen konnte. Dabei spielten innerwissenschaftliche Aspekte, wie die Begründung neuer Fachbereiche, und die damit verbundene Untergliederung in Teilbereiche eine tragende Rolle. Hinzu trat ferner die größer werdende Unfähigkeit des Rezipienten, alle in diesem Zusammenhang auftretenden Aspekte aufnehmen zu können.[315]

Fachzeitschriften hatten unter den Periodika einen besonderen Stellenwert, was sich bereits darin zeigte, dass nahezu alle Bereiche aus Wissenschaft, Beruf oder Kultur über entsprechende Journale verfügten. Diese Zeitschriften waren auf die jeweiligen fachrelevanten Themen ausgerichtet und hatten das Anliegen, jeweils die aktuelle Entwicklung darzustellen und zu kommentieren. Sie waren also in Bezug auf den tätigen bzw. werktätigen Menschen zu sehen, was in der Geschichte der Zeitschriften ein vollkommen neuer Bezugspunkt war. Indem die Gebiete menschlichen Wissens eine stetige Erweiterung erfuhren und zudem eine progressive Spezialisierung stattfand, wuchs die Bedeutung bereits vorhandener Fachblätter. Außerdem gab es den Anlass zu zahlreichen Neugründungen.[316] Bedeutsam waren die Fachzeitschriften vor allem hinsichtlich der Information in beruflicher Hinsicht. Diese Intention ließ sich weit fassen und somit auch auf die in diesem Kontext zu behandelnden Zeitschriften anwenden. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt wurden Fachzeitschriften als wichtige und notwendige Mittel der fachlichen Kommunikation erkannt.[317] Ein Beispiel war die Zeitschrift „Der Arbeiterfreund“ (1863 – 1914), die die Untersuchung der Löhne, Preise, Wohn- und Ernährungsverhältnisse zum Thema hatte. Ihre Zielsetzung war es, eine Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit für die Soziale Frage zu betreiben.[318]

Bis 1900 erschienen zahlreiche neue Zeitschriften aus dem Bereich der Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Nachdem es noch keine etablierten Sozialwissenschaf-

---

314 Vgl. Fischer, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (1973), S. 23.
315 Vgl. Becher, s. v. Fachzeitschrift. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 (2006), Sp. 770.
316 Vgl. Lorch, Die Fachzeitschrift (1969), S. 459.
317 Vgl. ebd., S. 462.
318 Vgl. Kirchner, Geschichte der Zeitschrift: Von den Anfängen bis 1900. In: Emil Dovifat (Hrsg.), Handbuch der Publizistik. Bd. 3: (1969), S. 396.

ten gab, waren sowohl bei den Staats- und Wirtschaftswissenschaften als auch bei den Kulturwissenschaften sozialpolitische Blätter angesiedelt. Darüber hinaus fand in Organen von berufsmäßig organisierten Vereinen eine Erörterung sozialpolitischer Themen statt. Allerdings konnte sich diese Entwicklung erst ab Mitte der 1890er Jahre etablieren.[319]

Zur Auswertung des Materials

In Hinblick auf die Auswertung der gewählten Periodika war eine Eingrenzung der Materialgrundlage erforderlich. Das Ziel der Analyse ist es, einen Überblick über die Herausgeber und die Absichten der jeweiligen Zeitschriften zu geben. Ebenfalls soll untersucht werden, ob es in thematischer Hinsicht im Zeitverlauf Verschiebungen gegeben hat. Von sämtlichen in Augenschein genommenen Zeitschriften sind nahezu die vollständigen Jahrgänge ihres Erscheinens überliefert. Zum Teil erscheinen die Zeitschriften bis in die Gegenwart, wie beispielsweise die „Blätter für das Armenwesen“ in Form ihrer Nachfolgerin, den „Blättern für Wohlfahrtspflege“.[320] Aus diesem Grund war es erforderlich, bei der Betrachtung hinsichtlich des Inhalts der einzelnen Jahrgänge eine Auswahl zu treffen, wobei auf Details verzichtet werden musste. Vielmehr stand ein Überblick über die verschiedenen thematischen Rubriken innerhalb der jeweiligen Zeitschriften im Vordergrund.

Alle ausgewählten Zeitschriften wurden unter dem Gesichtspunkt der Fachzeitschrift behandelt, selbst wenn sie sich selbst als Kulturzeitschriften bezeichneten. In dieser Beziehung war allein die in allen Beispielen ausführlich behandelte soziale Thematik das ausschlaggebende und klassifizierende Kriterium. Zugleich zeigte sich in diesem Kontext das bestehende Abgrenzungsproblem bei Zeitschriften des 19. Jahrhunderts.

In Württemberg und speziell in Stuttgart war die soziale Thematik aufgrund der Erfahrungen der Jahre ab 1816 sehr stark in den Vordergrund getreten.[321] Nachdem Stuttgart nicht nur Sitz der „Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins“, sondern auch der kirchlichen Behörden sowie verschiedener kirchlicher Kreise war, erschienen dort folglich auch mehrere Zeitschriften. In Zusammenhang mit dem Themenkomplex „Kirche und Soziale Frage“ wurden zwei besonders bedeutsame

---

319 Vgl. ebd., S. 392; 401.

320 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 1.

321 Vgl. Kap. 4.1.1. und 4.1.2. dieser Arbeit.

Zeitschriften, „Der Christenbote“ und die „Blätter für das Armenwesen“ herausgegriffen. Sie sollen in Hinblick auf eventuelle soziale Themen anhand ihrer Inhaltsangaben betrachtet werden. In Ergänzung dazu wurde noch eine in Berlin erschienene, in direkter Verbindung mit der evangelisch-sozialen Bewegung um Adolf Harnack und den Evangelisch-Sozialen Kongress stehende Zeitschrift, die „Christliche Welt“, ausgewählt.

6.3.1. „Der Christenbote“ eine christliche Wochenschrift

Beim „Christenboten“ handelte es sich um ein rein württembergisches Blatt und um das erste aus dem Bereich der christlichen Gemeindepresse.[322] Im Jahr 1831 wurde seine Gründung beschlossen, so dass 1832 die erste Nummer erscheinen konnte. Nach Auffassung der Initiatoren sollte „Der Christenbote“ in Württemberg den Kampf gegen den Idealismus hegelscher Prägung führen. Der Herausgeber war der damals in Großbottwar tätige Stadtpfarrer Johann Christian Friedrich Burk.[323] Nachdem anderen Journalen mit einer solchen Ausrichtung der Vorwurf der Satire gemacht worden war, hatte sich „Der Christenbote“ eine andere Zielsetzung gewählt. „Sein Ziel ist umrissen ‚zur Befestigung des Glaubens an das Evangelium Jesu, zur Nährung des lebendigen, tätigen Christentums, aber auch zur Abstellung schädlicher Gewohnheiten und Gebräuche‘“,[324] zu dienen. „Der Christenbote“ wurde bereits von den Zeitgenossen als ein eigentliches Pietistenblatt angesehen, in dem die pietistischen Auffassungen und Sichtweisen besonders offensichtlich zutage traten.[325] Hinsichtlich dieser Ausrichtung war er „als Kampfmittel gegen die nach der Julirevolution aufkommende freisinnige Presse gegründet (worden), insofern etwas Neues, als hier zum ersten Mal die Zeiterscheinungen, namentlich auch die politischen Ereignisse im engeren Sinn vom christlich-konservativen Standpunkt aus beleuchtet wurden; erst in den 70er Jahren hat er sich auf weitere Kreise

---

322 Vgl. Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 304; Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 2.

323 Vgl. zum Vorstehenden: Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 376 f. Vgl. zu Johann Christian Friedrich Burk: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 104; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 193.

324 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 377.

325 Vgl. Kannenberg, Verschleierte Uhrtafeln (2007), S. 220.

eingestellt.“[326] Allerdings hatte die letzte Wandlung einen massiven Bedeutungsverlust zur Folge.[327] Wie sehr „Der Christenbote“ seinerzeit die Gemüter erregte, zeigte eine Stellungnahme von Friedrich Theodor Vischer, der „den Charakter vieler pietistischer Traktate und Journale (als) ‚delatorisch‘“[328] bezeichnet hatte. Eine derartig heftige Reaktion belegte wiederum, dass es sich beim „Christenboten“ um ein absolutes Novum, das zugleich unerhört war, handelte. Zwar musste „Der Christenbote“ einen gewissen Bedeutungsverlust im Verlauf seiner Geschichte hinnehmen, was aber nicht seine Instrumentalisierung für kirchenpolitische Interessen verhinderte. Zu Beginn des Jahres 1869 echauffierte sich „Der Christenbote“ in höchstem Maße über die sozialen Ansprüche der Arbeiterschaft. Nach seiner Ansicht waren diese Ansprüche lediglich Mittel zur Aufruhr und keineswegs zur Pazifikation. Vielmehr wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, auf diese Weise nur neuen Unruhen entgegenzusteuern.[329] Diese Reaktion zeigte eine deutlich antisoziale Haltung des Blattes, das gegen alle Faktoren, die die etablierten Ordnungen stören konnten oder wollten, in Opposition trat. In diesem Zusammenhang, der wiederum auf der Grundlinie des christlich-konservativen Standpunkts sowie der intendierten Agitation gegen den Idealismus hegelscher Prägung stand, war auch der Angriff gegen die Naturwissenschaften zu sehen. Diese wurden Gegenstand der Kritik, da in ihnen ein „Angriff gegen das Christentum und gegen die Kirche“[330] gesehen wurde. In diesem Zusammenhang hatte es Sixt Karl Kapff verstanden, den „Christenboten“ für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Ihm war es bereits von Anfang an „darum zu tun, die Wissenschaften nach dem Maßstab der Moralität zu messen, nach ihrer Übereinstimmung mit seinem eigenen Verständnis des Christentums.“[331] Nach Kapffs Vorstellung konnte das Heil nur im Zuge einer Herzensrevolution erlangt werden. Das hieß konkret, nur aus „pietistischer Erneuerung,

326 Wurster, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (1919), S. 304.

327 Vgl. zu diesem und dem Vorstehenden: Scharfe, Die Religion des Volkes (1980), S. 147.

328 Scharfe, Die Religion des Volkes (1980), S. 146. Vgl. auch: Vischer, Kritische Gänge. Bd. 1 (1844), S. 148 – 150.

329 Vgl. Christenbote 39.1869, S. 6 ff.; Schäfer, Die württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864 – 1871. In: ZWLG 26, 1967, S. 426.

330 Schäfer, Die württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864 – 1871. In: ZWLG 26, 1967, S. 426.

331 Schäfer, Die württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864 – 1871. In: ZWLG 26, 1967, S. 426. Vgl. ebd., S. 426 mit Anm. 26; vgl. ferner: Christenbote 6.1836, den Artikel „Glaube und Unglaube“.

Buße und Umkehr.“[332] Solche rein pietistischen Auffassungen erklärten sehr gut den Bedeutungsverlust, den das Blatt in diesem Zeitraum hinnehmen musste. Auf nichtpietistische Leser mussten diese Ansichten eine irreale und rückwärtsgewandte Wirkung gehabt haben.

Zur Wahrung der Aktualität hatte „Der Christenbote“ eine wöchentliche Erscheinungsweise, so dass 52 Hefte einen Jahrgang ergaben, wobei der ins Auge gefasste Adressatenkreis sehr interessant war. In diesem Zusammenhang wurde bereits im ersten Jahrgang eine signifikante Erklärung abgegeben. Nachdem „das Blatt nicht für die Pfarrer in erste Linie, sondern für die Gemeinde bestimmt sei, (werden) die Nachrichten über die äußere Kirche spärlicher sein […] als die aus der unsichtbaren.“[333] Dieser Aspekt zeigte sich auch in thematischer Hinsicht, da zu den Nachrichten aus der unsichtbaren Welt auch solche über die Mission wie auch „menschenfreundliche Anstalten“ gerechnet wurden.[334] Dahinter stand ferner die weitergehende Zielsetzung, „das Interesse für die Gedanken der Inneren Mission, die aus dem Glauben kommende tätige Liebe am bedürftigen Nächsten zu wecken.“[335]

In Hinblick auf die thematische Zusammensetzung waren verschiedene wiederkehrende Rubriken fester Bestandteil jeder Nummer. Zunächst gab es erbauliche Betrachtungen, Aufsätze sowie christliche Lebensbilder. Die Wahl der vorgestellten Lebensbilder orientierte sich an einem „christlichen Kalender“. Auf dieser Grundlage wurde „eine kurze biographische Skizze irgend eines hervorragenden Christenmenschen, namentlich aus Württemberg, an dessen Todestag ein Datum aus der betreffenden Woche erinnerte,“[336] dargestellt. Ein weiterer, wesentlicher Bestandteil, waren erbauliche Erzählungen sowie „eine Betrachtung, Mittheilungen aus der äußeren und inneren Mission, Gedanken aus Büchern und aus der Erfahrung u. dgl.“[337] Die wöchentliche Erscheinungsweise trug einem die ersten Jahrgänge beherrschenden Thema Rechnung. Im Zeitraum von 1831 bis 1836 wurde auf der Grundlage von Bengels Berechnungen das nahe Weltende erwarten. Dabei hatte sich die Frage nach dem Verhalten angesichts dieses Ereignisses gestellt, was „Der

---

332 Schäfer, Die württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864 – 1871. In: ZWLG 26, 1967, S. 426. Vgl. ebd., S. 426 mit Anm. 27; Kapff, Lebensbild von Sixt Carl von Kapff. Bd. 1 (1881), S. 309; Bd. 2 (1881), S. 30.

333 Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 105.

334 Vgl. ebd., S. 105; Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 193.

335 Zeilfelder-Löffler, Anfänge der Inneren Mission in Württemberg. In: BWKG 99, 1999, S. 142 f.

336 Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 105.

337 Ebd., S. 105.

Christenbote“ aufgenommen hatte und Hilfestellungen geben wollte. Insbesonders die Rubrik „Zeichen der Zeit“, die in jeder Nummer erschien, wollte „die Aufmerksamkeit […] auf den Finger Gottes (lenken) und den Blick schärfen für die Entwicklung des Reiches Gottes.“[338] Bereits in den verschiedenen Aufsätzen und Darstellungen fand eine Bezugnahme auf die aktuellen Zeitverhältnisse statt und berücksichtigte die jeweiligen Strömungen. Dabei wurde schon regelmäßig auf aktuelle politische Geschehnisse hingewiesen.[339] Im „Christenboten“ wurde somit nicht nur das Innenleben der Christen erörtert, was im Kontext des mit dem württembergischen Pietismus zusammenhängenden Gangs der Bekehrung des Individuums zu sehen war. Vielmehr wurden ebenso das Handeln der zeitgenössischen Christen und die Möglichkeiten der Kirche in Bezug auf zukünftige Zeiten behandelt. Die Zeitnähe des „Christenboten“ und seine direkte Bezugnahme auf die Gegenwart wurden in den zahlreichen, in jeder Nummer enthaltenen Bekanntmachungen und Zuschriften noch offensichtlicher. Dabei wurden nicht nur kirchliche Ereignisse, sondern höchstwahrscheinlich auch politische mitgeteilt.[340] Ein wichtiger Bereich waren ferner die „*Nachrichten über das Wachstum des Reiches Gottes auf den Missionsfeldern* in Indien und Afrika, über zahlreiche ‚Judenbekehrungen‘, die Negerbefreiung und Mission unter den Zigeunern.“[341] Hinzu trat noch der in Hinblick auf die Wiederkehr Christi am Jüngsten Tag wichtige Ruf zur Buße. Auf diese Weise sollte den Christen die Möglichkeit gegeben werden, sich auf das Endgericht vorzubereiten. Ab 1850 ff. trat eine neue Rubrik „Aus Welt und Zeit“ hinzu. Sie bestand aus einer überschaubaren Darstellung der bedeutungsvollsten Ereignisse der jeweiligen Woche, die nach christlicher Auffassung zu diskutieren waren.

Bis 1879 konnte „Der Christenbote“ 2000 Abonnementen auf sich vereinigen, was immerhin eine sehr ansehnliche Zahl war. Allerdings wurde „Der Christenbote“ nahezu ausschließlich in pietistischen Kreisen gelesen, weshalb er keine unmittelbar missionierende Wirkung auf nichtpietistische Kreise entfalten konnte. Trotzdem wurde „Der Christenbote“ in Württemberg zu einer Autorität. Diese Wirkung erzielte er durch die Sammlung pietistischer Kreise, deren Belehrung und gleichzeitige Weckung, wie auch Erhaltung des Interesses an den einzelnen Tätigkeiten der

338 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 377. Vgl. Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 105.

339 Vgl. Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 194.

340 Vgl. zum Vorstehenden: Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 105.

341 Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart (1949), S. 378. Die kursive Hervorhebung entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

Inneren Mission.[342] Insofern konnte er auf zwei Seiten eine Bedeutung entfalten. Einerseits konnte sich „Der Christenbote“ vor allem durch die bedachtsame Redaktionsarbeit von Johann Christian Friedrich Burk zu einem „zentralen Sammelpunkt persönlicher Beziehungen, literarischen Austauschs und sozialpolitischer Initiativen“[343] entwickeln. Dazu dienten auch eigenständige Aufsätze über besonders wichtige Themen aus dem geistigen, wirtschaftlichen, sozialen sowie politischen Bereich.[344] Andererseits fand eine erstmalige Konfrontation vieler Pietisten mit den bedeutsamen Themen des Pietismus des 19. Jahrhunderts statt. Dieser Gesichtspunkt war deshalb so wichtig und neu, da sich vielfach die einzelnen Glieder der pietistischen Gemeinschaften bis zum Erscheinen des „Christenbotens“ ausschließlich auf die örtliche Erbauung konzentriert hatten.

„Der Christenbote“ blieb zwar in den Jahren seines Erscheinens seiner Grundlinie treu. Dennoch gab es gewisse Veränderungen in inhaltlicher Hinsicht.[345] Im Verlauf der betrachteten Jahrgänge nahmen die Nachrichten über die Innere Mission immer mehr ab.[346] Es ließ sich eine deutliche Konzentration auf Themen der äußeren Mission feststellen.[347] Die Rubrik „Aufsätze“ blieb im Verlauf relativ konstant, dennoch ließ sich auch hier hinsichtlich der Themenwahl ein deutlich belehrender Tenor erkennen. Dabei wurden nicht nur genuin pietistisch orientierte Themen behandelt, sondern auch außerhalb der Rubrik „Aus Welt und Zeit“ eher allgemein christliche Themen.[348] Ferner nahm die Rubrik „Vermischtes“ im zeitlichen Verlauf immer mehr Raum ein. Dabei zeigte sich, dass „Der Christenbote“ seiner Zielsetzung, seine Leserschaft über den Bereich des inneren Lebens hinausführen zu wollen, gerecht wurde. Themen aus dem Umfeld der Sozialen Frage, der „Entkirchlichung“ und vor allem der „Sozialdemokratie“, dem

---

342 Vgl. Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 106.

343 Lehmann, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (1969), S. 193. Vgl. auch: ebd., S. 193 mit Anm. 16.

344 Vgl. ebd., S. 194.

345 Ausgewertet wurden die Jahrgänge 59.1889 – 64.1894; 66.1896 - 71.1901; 74.1903 – 82.1912.

346 Vgl. Christenbote 59.1889.

347 Vgl. Christenbote ab 60.1890 ff.

348 Z. B. „Über christliche Volkssitten“, „Einerlei Stand und zweierlei Los“, „Gesundheitspflege und Nächstenliebe“ (60.1890), „Christ oder Sozialist“ (61.1891), „Christenhoffnung und Sozialdemokratie“ (62.1892), „Die neue Zeit“ (64.1894), „Zur kirchlichen Lage in Württemberg“, „Übervölkerung“ (64.1894), „Proletarier“ (69.1899), „in der Samtfabrik“ (70.1900), „Sozialismus u. Chiliasmus“, „Christentum und Arbeit“ (71.1901), „Soziale Pflichten“ (73.1903), „Christliche Wohlanständigkeit“, Kirche und Gemeinschaft“ (74.1904), „Weniger Schaufenster, mehr Werkstatt“, „Weltgewinn und Seelenschaden“ (75.1905), „Jungfrauenvereine“, „Der Fortschritt“ (77.1907), „Der schmale und der breite Weg“ (79.1909), „Wie wird ein Jüngling seinen Weg unsträfliche gehen?“ (72.1912).

Schreckgespenst der Kirche, wurden zwar leider nur sehr spärlich, dennoch sichtbar vorhanden angesprochen.[349]

Bei näherer Betrachtung des Inhalts des „Christenbotens“ war die relativ seltene Bezugnahme auf Themen aus dem Umkreis der Sozialen Frage auffallend. Neben Äußerungen des Unverständnisses hinsichtlich der Ansprüche der Arbeiter,[350] wurden dennoch Berichte über Maßnahmen zur Erforschung der Lage der Arbeiter erstattet. Ein Beispiel war ein Fragebogen, durch den die Arbeiter zu ihrer Einstellung zur Religion, zum Christentum und zur Kirche befragt wurden. Die Antworten, die sich zwischen zwei Polen bewegten wurden ebenfalls mitgeteilt. Einerseits waren sie radikal, irreligiös und widerchristlich ausgefallen, andererseits gab es sehr positive Stellungnahmen, wie z. B. das Festhalten an der Bibel oder dem kirchlichen Begräbnis.[351] Ebenso gab es im „Christenboten“ die Bemühung, den Begriff des „Proletariers“ genauer einzugrenzen. Letzen Endes wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass der Begriff Proletarier, anders als in der vorherigen Geschichte „im heutigen Sprachgebrauch ein Parteiname geworden (ist), eine Klassenbezeichnung, die einen feindseligen Gegensatz gegen anderen Klassen und Stände in sich schließt, und in derlei Standesfeindschaften und Klassengegensätzen soll der Name unseres Herrn Jesu unverworren bleiben.“[352] Diese Einschätzung deckte sich vollkommen mit der schon beobachteten Ablehnung aller Novitäten in Hinblick auf die sicherlich gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiet der Sozialfürsorge. Deutlich zeigte sich jedoch nur eine Ablehnung in Bezug auf gravierende Veränderungen im Los der Arbeiter. Für kleinere normenkonforme Veränderungen war selbst „Der Christenbote“ empfänglich. Ersichtlich wurde diese zumindest minimale soziale Haltung an Beispielen, in denen über Sozialmaßnahmen einzelner Unternehmer berichtet wurde. Ein solches Beispiel war die Beschreibung eines Heims für Fabrikarbeiterinnen, in dem diese nach und neben der Arbeit die für den

---

349 Z. B. „Sonntagsheiligung“ (59.1889), „christlich soziale Tage in Stuttgart“ (60.1890), „Das Wirtshaus ein Bollwerk der Sozialdemokratie“, „Wohnung und Familienleben in Arbeiterstädten“ (61.1891), „Wozu ist die Kirche da?“ „Was ist Religion?“ (62.1892), „Klöster und Fabriken“ (63.1893), „Die Landessynode und das Bekenntnis“ (63.1893), „Praktisches Christentum“, „Der evangelisch-soziale Kongreß“ (64.1894), „Frauenberuf“, (70.1900), „Berufslosigkeit“ (71.1901), „Vereinsleben und Familie“ (73.1903), „Von der Arbeit an den Kleinen“ (75.1905), „In der Papierfabrik“, „Schundliteratur“ (79.1909), „Vom Segen des Sonntags“ (80.1910), „Wichern über Arbeit und Gebet“ (81.1911), „Berufstreue“ (82.1912).

350 Vgl. Christenbote 39.1869, S. 6 ff.

351 Vgl. Christenbote 68.1898, S. 286.

352 Christenbote 69.1899, S. 397.

Ehestand erforderlichen hauswirtschaftlichen Kenntnisse erwerben konnten.[353] Damit wurde auf den Missstand reagiert, dass viele Fabrikarbeiterinnen nicht oder kaum in der Lage waren, für ihren Haushalt zu sorgen, weil ihnen die dafür erforderlichen Kenntnisse fehlten. Freilich kam hier auch wieder der genuin pietistische Horizont der Wertschätzung von Familie, Heim und Ehe zum Tragen. Dennoch konnte dieser Aspekt als weitergefasst gesehen werden. In dieselbe Richtung, nämlich die Integration des Fabrikarbeiterinnenstandes, ging ein Bericht über „Jungfrauenvereine“. Neben der Feststellung, deren bereits seit längerem Bestehen, wurde ihnen eine große Bedeutung zuerkannt. In ihnen wurde die Möglichkeit gesehen, die wachsende Fabrikarbeiterinnenbevölkerung in die etablierte Gesellschaft zu integrieren.[354] Wiederum zeigte sich deutlich, dass eine Integration generell wünschenswert war, die sich jedoch innerhalb der etablierten gesellschaftlichen Zustände und des überkommenen Gesellschaftsgefüges vollziehen sollte.

Bei der Betrachtung des „Christenbotens“ fiel vermehrt in den Jahren kurz vor und nach der Jahrhundertwende ein minimal größeres Interesse an Belangen der Arbeiterschaft auf. Freilich wurden weder Lösungen noch konkrete Vorschläge zu einer Verbesserung der Situation der arbeitenden Klassen gemacht. Dennoch schien gerade zu diesem Zeitpunkt, der zugleich derjenige des Erstarkens der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung war, vermehrt das Augenmerk auf die Arbeiterschaft gerichtet worden zu sein. Die dahinter stehenden Gründe wurden jedoch nicht offensichtlich gemacht. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang, die Erkenntnis, die Arbeiterschaft für die Kirche verloren zu haben und nunmehr Bemühungen um deren Wiedergewinnung anstellen zu müssen.

Neben solchen ausgesprochen auf einen bestimmten Personenkreis ausgerichteten Zeitschriften gab es noch eine Vielzahl andere, die ebenfalls auf einen speziellen Leserkreis abzielten. Allerdings handelte es sich dabei weniger um spezifisch christliche, sondern vielmehr fachspezifische Publikationen. Dennoch waren diese nicht ausschließlich profan.

353 Vgl. Christenbote 70.1900, S. 70.
354 Vgl. Christenbote 77.1907, S. 114 f.

6.3.2. „Die Blätter für das Armenwesen“ eine erste soziale Fachzeitschrift

Die Wurzeln der „Blätter für das Armenwesen“ (BAW) sind im Bereich des evangelischen Zeitungswesens zu finden, das relativ neutrale Berichte über Themen im Umkreis der Kirche erlaubte. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts war die evangelische Presse zu einem breite Massen erreichenden Medium geworden, was gerade für die in diesem Zeitraum entstehende Diakonie von großem Nutzen war.[355] Die Programmatik der BAW wurde schon in der ersten Nummer deutlich, in der die Armenfrage als die wichtigste Frage innerhalb des Staatsganzen bezeichnet wurde. Ebenso richtig wurde erkannt, dass die Wohlfahrt des Staates ebenfalls nahezu ausschließlich von der Lösung der Armenfrage abhing. Die Bezeichnung „Armenfrage“ war sehr unscharf. Den Zeitgenossen war dies bewusst, da zugleich eingestanden wurde, „daß man über diese Fragen bis jetzt keineswegs ganz einig ist, sowohl was die Ursachen der Verarmung betrifft, als die Mittel, ihr zu steuern, und was man bis jetzt gethan hat, darin kann man allerdings große Anstrengungen zur Hülfe und Rettung erblicken.“[356] Zugleich wurde bemerkt, „daß sie (die großen Anstrengungen) nicht hinreichen, um die Quellen zu verstopfen, darüber dürfen wir uns nicht täuschen.“[357] Einer der wohl hauptsächlichsten Gründe für die Begründung der BAW war das Eingeständnis, nicht allein die Lösung der Armenfrage bewerkstelligen zu können, sondern auf eine tatkräftige Unterstützung weiter Kreise angewiesen zu sein.[358] Dieser Programmatik blieben die BAW den gesamten Zeitraum ihres Erscheinens treu. Zur Erfüllung dieses Anspruchs trugen auch die zahlreichen Rechenschaftsberichte sowie Berichte sonstiger Art bei, die zur Information über die unterschiedlichsten Projekte dienten. Dabei war auch von Bedeutung, dass neben Originalartikeln eine Vielzahl an Beiträgen aus den unterschiedlichsten Zeitschriften aufgenommen wurden, wie z. B. ein Bericht über „Ein neues Arbeiterheim“ aus dem „Volkswohl“, dem Organ des „Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“.[359] Diese Praktik stand in Zusammenhang mit den beiden hauptsächlichen Zielsetzungen der Zeitschrift. Einerseits ging es um die Erörterung aller Fragestellungen im Umfeld des Armenwesens. Andererseits sollte die Kommunikation zwi-

---

355 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 1 f.

356 BAW 1.1848, S. 1. Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 2 f.

357 BAW 1.1848, S. 1. Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 3.

358 Vgl. BAW 1.1848, S. 1.

359 Vgl. BAW 42.1889, S. 11 f.

schen allen, im Bereich der Wohlfahrt Tätigen hergestellt werden. Dabei war es ein grundlegendes Ziel, einen Gedankenaustausch bezüglich der Methodik aber auch der praktischen Arbeit zu bewirken.[360]

Die BAW wurden von der „Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins“ herausgegeben.[361] Diese halbstaatliche Organisation war nicht kirchlich organisiert, dennoch arbeiteten gleichermaßen geistliche und weltliche Personen mit. Sichtbar wurde dieser Aspekt der engen Verbindung mit Geistlichen, beispielsweise im Titel der einzelnen Nummern. Die BAW trugen in den ersten 19 Jahrgängen[362] in jeder Nummer einen Bibelspruch oder geistlichen Aphorismus in der Kopfzeile der jeweiligen Einzelnummer. Mit Beginn des 20. Jahrgangs 1867 fiel dieser weg, wobei die Gründe dafür ungenannt blieben. Die Inhalte der BAW wurden in erheblichem Maße durch die Persönlichkeit des jeweiligen Redakteurs bestimmt, bei denen es sich nahezu vollständig um Pfarrer handelte.[363]

Generell ließen sich thematische Schwerpunkte bei den BAW erkennen, obwohl das Gesamtspektrum nahezu aller Themenkreise der damaligen Armen- und Wohlfahrtspflege abgedeckt wurde. In vielen Zusammenhängen wurde die Problematik der Arbeiterschaft angesprochen. Ferner gab es Beiträge zum Thema Armut im weitesten Sinne, sowie Themen, die speziell auf Frauen oder Kinder bezogen waren. Hinzu traten Themenkreise aus dem Umfeld der Inneren Mission.[364] Die Berichte über Anstalten aller Art, wobei vor allem auf Rettungsanstalten hingewiesen wurde, unterstrichen Württembergs Bedeutung innerhalb der Rettungshausbewegung.[365] Beim Thema Anstalten wurde der Weitblick der Redakteure sichtbar, die dem Anspruch der in der ersten Ausgabe der BAW 1848 gemachten Ankündigung gerecht wurden. Von Weitsicht zeugten ebenfalls Kongressankündigungen sowie

---

360 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 4; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 233; Ihme, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (1967), S. 42.

361 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 4.

362 Vgl. BAW 1.1848 – 19.1866.

363 Eine Ausnahme war der Assistent des ersten Redakteurs, Emil Rieke, der Ökonomieverwalter am Waisenhaus in Stuttgart war. Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 4.

364 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 6.

365 Vgl. zur Rettungshausbewegung in Württemberg: Rube, Die Rettungshausbewegung in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 126, 1979, S. 6 – 11.

die schon angesprochenen Beiträge aus anderen Zeitschriften.[366] Bereits von Anfang an waren die BAW keine spezifisch kirchliche Zeitschrift, vielmehr wurde trotz der Dominanz kirchlich bedeutungsvoller Themenkomplexe eine ausgewogene Mischung aller möglichen Themen gepflegt.

Im Verlauf der ersten 66 Jahre ihres Erscheinens gab es mancherlei thematische Verschiebungen.[367] Dabei ließ sich eine grobe Unterscheidung zwischen dem Zeitraum bis 1900 und den Jahren bis 1914 machen.[368] In den ersten Jahrzehnten ihres Erscheinens waren Themen aus dem Bereich der Arbeitserziehung, der Frage nach einer Definition der Arbeiterschaft und ihrer Problematik sowie Berichte über Arbeiterbildungsmaßnahmen, aber auch zur Arbeiterstatistik von Interesse. In diesem Zeitraum nahmen Themen wie die „Arbeitsgewinnbetheiligung“[369] oder der „Arbeitsnachweis in Stuttgart“[370] einen gewissen Raum ein. Freilich gab es auch das ganze sonstige Spektrum des herkömmlichen Armenwesens wie Armenlast,[371] z. B. bürgerliche und staatliche,[372] christliche und kirchliche[373] sowie freiwillige[374] Armenpflege. Dabei war auffallend, dass anfangs[375] auch Faktoren der Arbeiterfrage unter dieser Rubrik aufgeführt wurden. Auch das Thema Armut nahm einen breiten Raum ein.[376] Ein weiterer, wichtiger Themenkreis war zumindest im 19. Jahrhundert das Thema Auswanderung.[377] Eine erste Verschiebung wurde hierbei sichtbar, indem bis 1900 eine Abnahme der Behandlung stattfand. Aber auch das Thema Berufsbildung wurde schon am Anfang ziemlich ausführlich besprochen.[378]

---

366 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 6 f.

367 Die BAW enthalten eine solche Fülle an Material, das auf knappem Raum nicht ausgewertet werden und gebührend gewürdigt werden kann. Im Rahmen dieser Arbeit können deshalb nur grobe, notgedrungen unvollständige Andeutungen im Sinne von Stichproben bzw. Schlagwörtern dargeboten werden. Nichtsdestotrotz erscheint es als gleichermaßen noch unbearbeitetes wie lohnenswertes Forschungsfeld, die BAW in ihrer Gesamtheit dezidiert und unter Berücksichtigung aller ihrer Facetten zu analysieren. Sicherlich von großem Interesse wäre eine Untersuchung der BAW hinsichtlich ihrer Themen, den Intentionen, die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommen, geistlich wie weltlicher Strömungen, aber auch Zeiterscheinungen sowie der religiös-christlich-sozialen Wohlfahrt in ihrem Verhältnis zum Staat.

368 In die nachfolgende Übersicht wurden die Bände 1.1848 – 67.1914 einbezogen. Die Jahrgänge 64.1911 – 67.1914 erscheinen bereits unter dem Titel „Blätter für die Wohlfahrtspflege“.

369 Vgl. BAW 32.1879, S. 108.

370 Vgl. BAW 5.1852, S. 254.

371 Z. B. BAW 2.1849, S. 27; 3.1850, S. 36; 15.1862, S. 109.

372 Z. B. BAW 8.1855, 181; 222 zu Stuttgart.

373 Z. B. BAW 3.1849, S. 185; 7.1854, S. 209; 3.1849, S. 19; 21.1868, S. 81.

374 Z. B. BAW 6.1853, S. 124; 32.1879, S. 172.

375 Z. B. BAW 1.1848, S. 164.

376 Z. B. BAW 6.1853, S. 111 (Bekämpfung der Armut); 23.1870, S. 165 (Verhütung der Armut).

377 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 6; BAW 1.1848, S. 208; 6.1853, S. 63; 22.1869, S. 65.

378 Z. B. BAW 12.1859, S. 184; 15.1862, S. 88.

Außerdem wurde die Bibelanstalt in Stuttgart Gegenstand mehrfacher Behandlung, was das Interesse der BAW an der Volksbildung unterstrich.[379] Die Volksbildung bildete das gesamte 19. Jahrhundert hindurch einen großen Schwerpunkt.[380] Ein bereits von Anfang an immer wiederkehrendes Thema war der Branntweinkonsum und nachmals der Alkoholkonsum. Dieses Thema wurde insbesonders in Bezug auf die Arbeiter problematisiert.[381] Ebenfalls in allen Jahrgängen wurden Beiträge zur „Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins“ gefunden, z. B. Berichte über ihre Tätigkeit[382] oder Statistisches.[383] Das Thema „Communismus“[384] fand sich hingegen in den ersten Jahrgängen nur sehr spärlich. Ein wichtiges Thema, das bereits in der ersten Ausgabe der BAW aufgegriffen wurde, waren die Consumvereine. Dieses Thema sollte später mehrfach behandelt werden, was sicherlich auch mit Eduard Pfeiffers Engagement in Württemberg zusammenhing, das in diesem Rahmen ebenfalls eine Würdigung erfuhr.[385]

Wie problematisch und umfassend die Arbeiterfrage zugleich thematisiert wurde, zeigte die intensive Auseinandersetzung mit der Fabrikarbeit bzw. den Fabrikarbeiterinnen.[386] In diesem Zusammenhang war es hochinteressant, dass sich die BAW einerseits mit den Schattenseiten des Fabrikwesens befasst haben,[387] andererseits die Fabrikordnung als hochpositiven Erziehungsfaktor betrachtet haben.[388] Ebenfalls im Umkreis der Fabrik wurde auch das Familienleben thematisiert.[389] In diesem Kontext stand außerdem die Frage der Frauenarbeit. Gerade das letztere Thema sollte im Verlauf der Jahre an Intensität gewinnen.[390] Neben Themen der In-

379 Vgl. Lächle, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit.“ In: Beiträge zur Landeskunde. Heft 3 Juni 1999, S. 7 f. Vgl. zur Bibelanstalt z. B. BAW 23.1870, S. 143; 31.1878, S. 58; 33.1880, S. 175.

380 Vgl. z. B. BAW 5.1852, S. 249 (allgemeines zu den Volksbibliotheken); 18.1865, S. 191 (Referat über die Volksbibliotheken); 18.1865, S. 53; 91 (Volksbibliotheken in Württemberg).

381 Z. B. BAW 22.1869, S. 143.

382 Z. B. BAW 4.1851, S. 1.

383 Z. B. BAW 1.1848, S. 172.

384 Z. B. BAW 1.1848, S. 209; 19.1866, S.178.

385 Vgl. z. B. BAW 1.1848, S. 185; 8.1855, S. 211; 9.1856, S. 57; 21.1868, S. 198; 23.1870, S. 89; 25.1872, S. 116.

386 Z. B. BAW 13.1860 (Fürsorge für Fabrikarbeiter); BAW 20.1867, S. 75, 22.1869, S. 222; 27.1874, S 109 (Fabrikarbeiterinnenherberge in Stuttgart); 43.1890, S. 185 („Kann die Fabrikarbeiterin eine Hausfrau sein?“).

387 Vgl. BAW 11.1858, S. 101.

388 Vgl. BAW 5.1852, S. 203. Vgl. auch Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (1975), S. 324.

389 Z. B. BAW 24.1871, S. 188 (Zerrüttung); BAW 30.1877, S. 107 (Erziehung).

390 Z. B. BAW 19.1866, S. 44; 77; 22.1869, S. 146; 23.1870, S. 120 (Frauenarbeit im Allgemeinen); 19.1866, S. 230; 21.1868, S. 105 (Erwerbsquellen für Frauen).

neren Mission und anderer damit zusammenhängender Faktoren[391] wurden die „Südwestdeutsche Conferenz für Innere Mission“,[392] die „Congresse für Innere Mission“[393] sowie „Vereine für Innere Mission“,[394] Bestandteil teilweise intensiver Erörterungen. In diesen Themenkreis gehörte auch der Bericht über den Besuch Johann Hinrich Wicherns in Stuttgart.[395] Ein Gegenstand vieler Beiträge war auch das Thema Kinder und die damit verbundenen Probleme.[396] Ebenso gab es Bemühungen, das Thema „Proletariat“ zu fassen sowie Möglichkeiten der Abhilfe zu erörtern.[397] Die Behandlung dieses Themas war interessant und verblüffend zugleich, da Württemberg aufgrund der Realteilung und der vorsichtigen Industrialisierung kaum in Gefahr geraten war, ein solches auszubilden.

Zwei Themen waren quasi von der ersten Nummer der BAW an fester Bestandteil nahezu jeder Ausgabe. Ein Beispiel war die Frage nach der Sonntagsheiligung, die durchgängig Gegenstand der Erörterungen bleiben sollte.[398] Hieran zeigte sich, dass es auch Themen gab, die in ihrer Bedeutung bis ins 20. Jahrhundert unvermindert erhalten blieben.[399] Wie unlösbar sich das Thema um die „Sonntagsfrage“ entwickelt hatte, zeigte auch ihre ständige und gleichwohl ergebnislose Behandlung auf der „Südwestdeutschen Konferenz für Innere Mission“.[400] Ebenfalls in allen gesichteten Jahrgängen kam das Thema „Sparkasse“ zur Sprache,[401] womit auch die Faktoren Sparsamkeit und die Möglichkeiten zur Erziehung zur Sparsamkeit zusammenhingen.[402]

---

391 Vgl. z. B. BAW 22.1869, S. 177; 195 (Innere Mission und Arbeiterfrage); 10.1857, S. 205 (Innere Mission und Kirche (Wichern).

392 Vgl. z. B. BAW 24.1871, S. 137; 28.1875, S. 121; 33.1880, S. 161 (zur Konferenz in Stuttgart).

393 Vgl. z. B. BAW 3.1850, S. 108; 22.1869, S. 113; 32.1879, S. 121; 189 (zu den Stuttgarter Kongressen).

394 Vgl. z. B. BAW 3.1850, S. 37 (zu Stuttgart); 3.1850, S. 129; 17.1864, S. 197 (zu Württemberg).

395 BAW 2.1849, S. 187.

396 Z. B. BAW 33.1880, S. 55 (Verein der Kinderfreunde); 2.1849, S. 91 (württembergische Kinderheilanstalten); 32.1879, S. 164 (Kinderhospital); 21.1868, S. 133; 172; 30.1877, S. 203 (Kindersterblichkeit); 28.1875, S. 210 (Kleinkinderpflege Stuttgart); 6.1853, S. 11 (erste Krippe); 31.1878, S. 147; 33.1880, S. 55 (Krippe in Stuttgart).

397 Vgl. z. B. BAW 1.1848, S. 142 (Proletariat); S. 229 (Abhilfe); S. 209 (Proletariat und die Kirche).

398 Vgl. z. B. BAW 2.1849, S. 205; 6.1853, S. 154; 18.1865, S. 196; 23.1870, S. 199 (Allgemeines); 4.1851, S. 227 (württembergische Gesetze); 27.1874, S. 20; 30.1877, S. 155 (Sonntagsheiligung der Arbeiterinnen).

399 Vgl. z. B. BAW 61.1908, S. 111; 114.

400 Vgl. Schmidt, Die Innere Mission in Württemberg (1879), S. 218.

401 Vgl. z. B. BAW 3.1850, S. 150; 8.1855, S. 55, 84; 144 (Württ. Landessparkasse); 30.1877, S. 117 (Kinder- und Schulsparkasse); 61.1908, S. 125; 137; 143; 145; 209 (allgemein zum Thema Sparkasse).

402 Vgl. z. B. BAW 13.1860, S. 12; 16.1863, S. 165 (Allgemeines); 1.1848, S. 33; 5.1852; 13; 81; 113 (Aufruf) 2.1849, S. 238 (Förderung bei den Armen); 18.1852, S. 111; 33.1880, S. 169 (beim Volk).

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren auch Ernährung und Ersatznahrungsmittel ein Thema. Angesichts neuer Möglichkeiten des Surrogateinsatzes, die eine preisgünstige und zugleich annähernd gesunde Ernährung bieten sollten, wurde dieses Thema auch Bestandteil von Erörterungen.[403] Damit in Zusammenhang standen Berichte über Speiseanstalten[404] und Suppenanstalten.[405] Zudem nahmen Berichte über die unterschiedlichsten Anstalten und sozialen Einrichtungen in Stuttgart einen breiten Raum ein.[406]

Bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt wurden Überlegungen hinsichtlich der Verarmung des Volkes[407] angestellt. Dabei wurden eher in den früheren Jahrgängen das Vereinswesen und die Armenpflege[408] sowie Vereinswesen und Christentum[409] thematisiert. Wiederum auch nur am Rande waren Themen, wie die Ursachen[410] und Rettung von Verwahrlosung,[411] vertreten.

Beim Überblick über die gesamten Jahrgänge im Untersuchungszeitraum ließ sich hinsichtlich der thematischen Zusammensetzung eine Veränderung feststellen. Bereits vor, um so mehr aber nach 1900, rückten vermehrt Themen wie die Alkoholfrage[412], das Versicherungswesen[413] aber auch die Arbeit der Arbeiterbewegung oder Berufsgenossenschaften[414] in den Mittelpunkt des Interesses. Daneben wurde die Frauenfrage und Frauenemanzipation mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.[415] Ebenso wurde Fragen der Erholung[416] und Ernährung[417] verstärkt Raum gegeben. Dabei war die Tendenz, zur Verbesserung der Ernährung der ärmeren Klassen nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese darzustellen, zu erkennen. Hinsichtlich

---

403 Z. B. BAW 30.1877, S. 177 (Fleischpräparate); 30.1877, S. 220; 31.1878, S. 116 (Fleischsuppenmehl); 32.1879, S. 218; 33.1880, S. 56 (Sojabohne).

404 Z. B. BAW 9.1856, S. 45; 89 (öffentliche Speiseanstalten); 26.1873, S. 229 (Speiseanstalt des Stuttgarter Lokalwohltätigkeitsvereins).

405 Z. B. BAW 5.1852, S. 117, 165; 7.1854, S. 28; 11.1858, S. 220.

406 Vgl. z. B. BAW 4.1852, S. 221, 245 (Stuttgart Armenpflege); 9.1856, S. 241 (Stuttgart Bürgerhospital); 18.1865, S. 138 (Stuttgart, Frauenverein zur Versorgung von Kindern); 23.1870, S. 142 (Stuttgart Hausarmenverein); 27.1874, S. 56 („Katharinenschule“ und „Paulinenpflege“); 14.1861, S. 175 („Katharinen- und Marienpflege“); 28.1875, S. 214 (Stuttgart „Kleinkinderrettungsverein“); 10.1857, S. 77 (Stuttgart Leihanstalt); 33.1880, S. 165 (Stuttgart „Lokalwohlthätigkeitsverein“); 10.1857, S. 29 (Stuttgart Witwenhaus).

407 Z. B. BAW 3.1851, S. 85.

408 BAW 11.1858, S. 25.

409 BAW 18.1865, S. 61.

410 Z. B. BAW 22.1869, S. 77.

411 Z. B. BAW 14.1861, S. 233; 22.1869, S. 78.

412 Z. B. BAW 49.1896, S. 91; 123 pass.; 60.1907, S. 44; 61.1908, S. 164 (Zur Ersetzung der Praktik des Freibieres durch Lohnzulagen als Prämien).

413 Z. B.BAW 60.1907, S. 145; 149; 153; 159.

414 Z. B. BAW 60.1907, S. 138; 141.

415 Z. B. BAW 60.1907, S. 171.

416 Z. B. BAW 60.1907, S. 120.

417 Z. B. BAW 60.1907, S. 61; 129.

der Ernährung waren in späteren Jahrgängen zumeist die Ersatzstoffe von besonderem Interesse. Es dominierten weniger Berichte, die über die Möglichkeiten der Ernährung informierten, als solche, die über Wege, die Ernährung vielseitig zu gestalten bzw. als problematisch angesehene Nahrungs- und Genussmittel zu ersetzen, informierten.[418]

Genuin christliche Themen zur Lösung der Sozialen Frage traten hingegen in den Hintergrund. Stattdessen wurde vermehrt über Einrichtungen zum Wohl der Arbeiter in evangelischer bzw. christlicher Trägerschaft berichtet.[419] Weitere Themenbereiche waren Fabrikkantinen[420] sowie Fortbildungsangebote,[421] die reger Bestandteil der Berichterstattung waren.

Immer noch aktuell und im Verlauf bis 1914 mit steigender Aktualität war das Thema Fürsorge.[422] Besonders Themen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge erfuhren eine z. T. sehr ausführliche Behandlung, wozu z. B. der Kinderschutz oder der „Schlaf im Kindesalter“[423] gehörten. Es gab also eine Verschiebung in Richtung auf die Erklärung des Kinderlebens. Ebenfalls wurde nach der Jahrhundertwende vermehrt das Interesse auf die Arbeit der Gewerbeaufsicht gelenkt.[424] Fester Bestandteil der BAW wurden damit auch die Gewerbegesetzgebung und –aufsicht.[425]

Eine weitere thematische Verschiebung zeigte sich hinsichtlich der Hausindustrie.[426] Dieser gleichermaßen wichtige wie problematische Industriezweig wurde vermehrt Gegenstand der Erörterung.[427] Dasselbe galt für diverse Auskunftstellen, sei es in Bezug auf Arbeitsnachweise oder Rechtsberatung.[428] Außerdem wurde intensiv die Arbeit der Inneren Mission[429] wie auch der Jugendpflege in den Jüng-

---

418 Vgl. z. B. 61.1908, S. 132 (Kaffee- und Kakaostuben).

419 Z. B. BAW 60.1907, S. 174 (evangelische Volksbureaus und Rechtsauskunftsstellen); S. 178 (Frauenrechtsauskunftsstellen).

420 Z. B. BAW 60.1907, S. 172 (Milchverkauf in Fabrikkantinen).

421 Z. B. BAW 62.1909, S. 216 (Freiwilliger Kochkurs für Fortbildungsschülerinnen).

422 Z. B. BAW 55.1902, S. 3; 34; 81; 205; 60.1907, S. 87; 207.

423 Vgl. z. B. 61.1908, S. 189.

424 Vgl. z. B. BAW 60. 1907, S. 93.

425 Ab Jahrgang 54.1901 tauchen diese Rubriken mehr oder weniger konstant auf.

426 Z. B. BAW 60.1907, S. 93 (Kinderarbeit in der Hausindustrie in Württemberg).

427 Z. B. BAW 55.1902, S. 60 (Seidenraupenzucht in der Hausindustrie); 63.1910, S. 69; 74 (Verbreitung der Hausindustrie in Württemberg).

428 Vgl. z. B. BAW 60.1907, S. 178 (Frauen-Rechtsausskunftsstellen für Minderbemittelte), S. 169; 174; 177 (Rechtsauskunftsstellen für Minderbemittelte).

429 Vgl. z. B. BAW 55.1902, S. 108; 60.1907, S. 20; 187 pass.

lings- oder Jungfrauenvereinen beobachtet.[430] Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde auch vermehrt über Milch als Nahrungsmittel berichtet.[431] Diese Entwicklung war in Zusammenhang mit der Antialkohlismusbewegung zu sehen. Denn das Problem des Alkoholismus bestand zwar schon vor 1900, wurde aber erst nach der Jahrhundertwende in allen seinen Facetten erkannt.[432] Dieser Trend zeugte auch von einer gewissen Aktualität der BAW, die vermehrt auf aktuelle Themen eingingen. Im Kontext der Ernährung wurde nach der Jahrhundertwende auch das Problem der Säuglingssterblichkeit[433] verstärkt behandelt, was angesichts der Fortdauer der Problematik bis 1914 immer berechtigt war.

Aber auch Themen wie die Kurse des Rauhen Hauses zur seelischen Gesundheit oder die Instruktionskurse für Innere Mission fanden Beachtung.[434] Dauerhaft war das Thema Wohnen Bestandteil der BAW,[435] wozu in besonderem Maße die Kleinwohnungsfrage gehörte. Diese Thematik war insofern interessant, da sie von einer Verschiebung des Bewusstseins der Bewertung der Wohnungsfrage zeugte. Es wurde nicht nur die Tatsache, dass generell Wohnungen vorhanden sein mussten behandelt. Vielmehr wurde auch die Frage nach bezahlbaren, kleinen Wohnungen entsprechend gewürdigt.[436]

Ebenso wenig durften in späteren Jahrgängen persönliche Nachrichten fehlen, da diese teilweise für die Leser sehr bedeutungsvolle Hinweise in Hinblick auf einen möglichen Ansprechpartner ergaben.[437] Ferner wurden auch aktuelle Projekte, wie die Altstadtsanierung in Stuttgart,[438] behandelt. Ebenso wurde auch nach der Jahrhundertwende „Die Erneuerung des Volkslebens durch die Kräfte des Evangeliums“[439] dargestellt. Dieser Aspekt konnte unter dem Stichwort Evangelisierung

---

430 Vgl. z. B. BAW 55.1902, S. 92 (Bedeutung der Jungfrauenvereine); 60.1907, S. 184 (Jungfrauenkalender); 57.1904, S. 142 (Die deutschen Jünglingsvereine); 60.1907, S. 124 (Weltkomitee der Jünglingsvereine).

431 Vgl. z. B. BAW 55.1902, S. 107 (Die Milch als Nährmittel und die Ziegenhaltung); 60.1907, S. 49 (Milch als Volksnahrungsmittel); S. 51 (Milchhäuschen); S. 4; 6 (Milchküchen und Säuglingssterblichkeit).

432 Vgl. z. B. BAW 55.1902, S. 157; 161 (Alkoholismus und Armenpflege); S. 215 (Der Alkoholismus eine Volksseuche); 60.1907, S. 163 (Alkohol, Quelle der Armut); S. 129 (Alkohol und Volksernährung), 61.1908, S. 60 (Alkohol als Nahrungsmittel); S. 106 (Der Einfluss des Alkohols auf das Kindesleben); S. 186 (Die sittliche Schädigung durch den Alkohol).

433 Vgl. z. B. BAW 60.1907, S. 168 (Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit).

434 Vgl. z. B. BAW 60.1907, S. 60.

435 Vgl. z. B. BAW 55.1902, S. 194 (Wohnungsfürsorge des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen in Stuttgart); 59.1906, S. 169; 173 (Zur Wohnungsfrage).

436 Vgl. BAW 61.1908, S. 161.

437 Vgl. z. B. BAW 61.1908, S. 121 über Paul Lechler in seiner Funktion als Mitglied des Vorsteherkollegiums der „Württembergischen Sparkasse“.

438 Vgl. BAW 60.1907, S. 5.

439 BAW 60.1907, S. 183.

subsumiert werden, was wiederum die Einflüsse der Inneren Mission und der Kirche deutlich werden ließ.

Im 61. Jahrgang 1908 wurde ein Schwerpunkt auf Themen wie „wirtschaftliche Zustände der Arbeiterbevölkerung,“[440] der Arbeiterfürsorge,[441] der Arbeiterinnenheime,[442] der Berufsfindung der Arbeitertöchter,[443] Arbeiterwohnungen[444] sowie der Arbeiterbevölkerung und –fürsorge im Allgemeinen[445] gelegt. Damit wurde eine, ebenso wie die Innere Mission,[446] bereits von Anfang an in jedem Jahrgang behandelte Thematik aufgegriffen. Während das Thema Fürsorge[447] im Allgemeinen ebenfalls großes Interesse auf sich zog, war die Frauenfrage in diesem Jahrgang etwas in den Hintergrund getreten.[448] Dafür konnte besonders im ersten Jahrzehnt eine vermehrte Beachtung des Themas Mutterschutz erkannt werden. Dieser Aspekt zeigte eine gewisse Sensibilisierung für die Problematik der arbeitenden Frau und Mutter. In diesen Besprechungen wurden auch die Bemühungen der Frauenbewegung und –emanzipation, andererseits der beginnenden Sozialgesetzgebung ersichtlich.[449] Es zeigte sich, dass die BAW in ihrer sehr langen Erscheinungszeit zwar Wandlungen in thematischer Hinsicht durchgemacht haben. Generell waren sie jedoch ihrer Grundlinie treu geblieben.

Neben den rein christlichen und fachspezifischen Zeitschriften gab es auch solche, die als Leserkreis auf das Bildungsbürgertum ausgerichtet waren. Auch diese Zeitschriften befassten sich mit sozialwissenschaftlichen Themenstellungen, wobei die Verbindung der jeweiligen Periodika zu einem Kongress auffallend war. Als repräsentatives Beispiel einer solchen Kulturzeitschrift, wie eine andere Benennung für derartige Periodika lautete, wurden Auszüge aus der Zeitschrift „Die Christliche Welt“ ausgewählt.

---

440 Vgl. BAW 61.1908, S. 121.
441 Vgl. BAW 61.1908, S. 135.
442 Vgl. BAW 61.1908, S. 121; 171.
443 Vgl. BAW 61.1908, S. 98.
444 Vgl. BAW 61.1908, S. 117.
445 Vgl. BAW 61.1908, S. 121 (Arbeiterbevölkerung); 135 (Arbeiterfürsorge).
446 Vgl. hierzu das Inhaltsverzeichnis der in den Blättern für das Armenwesen Jahrgang 1848 – 1880 behandelten Gegenstände. In: BAW 34.1881, S. I sowie in 35.1882, S. I.
447 Vgl. BAW 61.1908, S. 3 (Fürsorgeheim in Stuttgart); 63; 65 (Fürsorge-Ausschüsse als Jugendgerichtshöfe); 9 (Fürsorge-Erziehung Minderjähriger).
448 Vgl. BAW 61.1908, S. 164 (Achtung vor der Frau).
449 Vgl. z. B. BAW 61.1908, S. 198.

6.3.3. „*Die Christliche Welt*“

„Die Christliche Welt“ (ChW) wurde im Jahr 1886/87 unter dem Titel „Evangelisch-lutherisches Gemeindeblatt für die gebildeten Stände der evangelischen Kirchen“ ins Leben gerufen.[450] Darin zeigte sich zunächst die einseitige Konzentration der evangelischen Kirche auf das Bildungsbürgertum. Andererseits aber auch das Anliegen, gerade in diesen Kreisen u. a. auch soziale Themen publik zu machen. Ihre unmittelbare Entstehung verdankte die ChW einerseits dem Lutherjubiläum des Jahres 1883, worauf die im Titel verwendete Bezeichnung „evangelisch-lutherisch“ eine direkte Bezugnahme darstellen sollte.[451] Andererseits war das „Evangelische Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“ mit seiner Intention als Diskussionsforum dienen zu wollen, ein wichtiges Vorbild der ChW. Was das „Evangelische Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“ auf regionaler Ebene realisieren wollte, wollte die ChW auf überregionaler Ebene verfolgen.[452]

Deshalb hatte es sich die ChW zum Ziel gesetzt, einen wesentlichen Beitrag zur Schärfung und Vertiefung des sozialen Bewusstseins im evangelischen Bildungsbürgertum zu leisten. Dabei sah sie sich als eine Kulturzeitschrift, deren Zielgruppe das evangelische Bildungsbürgertum war. Im Grundsatz ging es ihr um die Ungebundenheit auf eine bestimmte Fachrichtung, Partei oder Vereinsorganisation, was sich jedoch auf Dauer nicht realisieren ließ. Die Zeitschrift sah sich als grundsätzliche Kommunikationsinstanz, die eine Verbindung zum sich wandelnde Bildungsbürgertum schaffen wollte. Zudem ging es ihr um die Pflege des bildungsbürgerlichen Selbstverständnisses, das im Wesentlichen auf einem fiktiven Bild noch bestehender Gemeinsamkeiten beruhte.[453]

Die ChW erfuhr ihre Prägung durch die jeweiligen Herausgeber.[454] Im Zeitraum bis 1914 war es Martin Rade, der eine maßgebliche Persönlichkeit des damaligen Protestantismus war. Er war neben Wilhelm Bornemann, Paul Drews sowie Friedrich Loofs der Begründer der ChW.[455] Rades Zielsetzung bestand in der Beweisführung gegenüber der Bildungselite, „daß ‚zwischen Christentum und Kultur, wahrer Reli-

---

450 Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S. 268.

451 Vgl. auch die Begründung, die Friedrich Loofs in der ersten Nummer der ChW für die Bezugnahme auf Luther gibt. Vgl. hierzu: ChW 1.1887, S. 3 – 5. Vgl. weiter: Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S. 268.

452 Vgl. Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S. 268.

453 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 147; Pentz, Sozialprotestantismus in den USA und Deutschland (2005), S. 198.

454 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 148.

455 Vgl. Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S 268.

gion und Wissenschaft durchaus keine Kluft besteht.‘“[456] Dahinter stand das Anliegen, über die Presse eine Überwindung des Grabens zwischen der Kirche und dem Bildungsbürgertum zu bewerkstelligen. Weitergehend sollte die ChW ein Diskussionsforum für Neuansätze in der Theologie bilden. Eine später aufgegebene Zielrichtung war die betonte Ausrichtung auf das Luthertum, was wiederum den Entstehungskontext und die theologische Verortung Rades erkennen ließ.[457]

Der schnelle Bedeutungsgewinn der ChW war vor allem das Verdienst von Adolf Harnacks Fähigkeiten in theologischer Hinsicht und Martin Rades menschengewinnender Art. Bereits von Anfang an wurden nicht nur Fragen der Theologie und allgemeinen Kulturgeschichte behandelt. Vielmehr lag ein Augenmerk ebenso auf sozialen Problemen.[458] In diesem Zusammenhang wurde in sozialpolitischer Hinsicht ein zukunftsweisender Kurs verfolgt. Diese Absicht zeigte sich beispielsweise in Berichten über das Verhältnis der Evangelischen Arbeitervereine zu den Reichen[459] oder über den Bergarbeiterstreik des Jahres 1905.[460] Die Modernität der ChW offenbarte sich auch hinsichtlich der Autoren, die regelmäßige Beiträge lieferten. Darunter waren „(p)rominente Theologen, Ökonomen und Kulturwissenschaftler“,[461] die sich nach 1890 auch maßgeblich im Evangelisch-Sozialen Kongress (ESK) einbrachten, wie z. B. Paul Göhre und Friedrich Naumann, der 1896 zu einer prägenden Figur des ESK wurde.[462] Zwischen dem ESK und der ChW bestand eine große Nähe, was sich vor allem in der Gründungszeit des ESK zeigte, als dieser durch die ChW eine direkte Förderung erfuhr.

Der von Wilhelm II. im Jahr 1890 propagierte „Neue Kurs“ bedingte eine sukzessive Politisierung der sozialen Initiativen. Während sich andere Publikationsorgane mehr politisch orientierten,[463] konzentrierte sich die ChW unbeirrt auf die Verfolgung ihrer theologischen Zielsetzungen. Diese Entscheidung bewirkte vor der Jahrhundertwende letztlich ein eindeutiges Nachlassen des sozialen Eifers. Es fehlte

---

456 Zitiert nach: Schick, Kulturprotestantismus (1970), S. 145. Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 148.

457 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 149; Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S 268.

458 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 150.

459 Trommershausen, Die Evangelischen Arbeitervereine und die Reichen. In: ChW 8.1894, Sp. 442 – 449.

460 Vgl. Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S 268.

461 Ebd., S. 268.

462 Vgl. ebd., S. 268.

463 Vgl. z. B. Naumanns 1894 ins Leben gerufene Zeitschrift „Die Hilfe“. Vgl. zur „Hilfe“ auch: Kirchner, Geschichte des deutschen Zeitschriftenwesens. Teil II (1962), S. 288 mit Anm. 8. Vgl. auch: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 150.

zwar nicht an fundierten und beherzten Berichten zu sozialen Problemlagen, aber tatsächlich wurden vordergründig mehr und mehr theologische Fragestellungen behandelt. Die Entwicklung des Protestantismus vor der Jahrhundertwende spiegelte sich in der ChW wider. Wie auf gesellschaftlicher, so auch auf publizistischer Ebene verlor die Soziale Frage an Brisanz. Erst nach 1918 sollte sie wieder in den Vordergrund des sozialen Protestantismus rücken.[464]

Die ChW hatte nicht nur als Ort für die literarische Diskussion eine wichtige öffentliche Funktion. Vielmehr zogen die in jedem Jahr abgehaltenen „Eisenacher Konferenzen der ‚Freunde der Christlichen Welt'"[465] teilweise großes öffentliches Interesse auf sich. Daneben gab es noch in Zusammenhang mit der ChW ein Schwesterblatt, „Chronik der Christlichen Welt", das von 1891 bis 1914 erschien, sowie die von 1892 – 1907 bestehende Reihe „Hefte zur Christlichen Welt".[466]

Das ursprünglich intendierte Ziel, „über Theologen und Pfarrer hinaus weit in die gebildeten Schichten vorzustoßen, Bildung und Kirche zu gegenseitigem Austausch und Befruchtung zu führen, blieb jedoch im wesentlichen unerreicht; Theologen und Pfarrer blieben überwiegend die Leser des Blattes, um so mehr, als es sich von seiner früheren sozialen Aufgabe immer mehr zurückzog."[467] Dieser Gesichtspunkt deutete auf einen Wandel hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte hin. Die Themen standen auch in Abhängigkeit von der propagierten „Freiheit vom Dogmenzwang",[468] womit sich grundsätzlich die Freiheit der Offenheit für die gegenwärtigen Aufgaben verband. Aus diesem Grund wurde selbstredend auch die Soziale Frage mit Interesse behandelt.[469]

Generell bestand eine Nummer der ChW aus wiederkehrenden Rubriken.[470] Diese untergliederten sich im ersten Jahrgang in die Themen „Schriftbetrachtungen", „Aus der Vergangenheit der Kirche", „Luther", „Religiöse Fragen", „Kirchenpolitisches", „Römisches", „Aus allerlei Kirchen", „Heidenmission", „Gustav-Adolf-Verein und Diaspora", „Innere Mission. Soziales", „klassische und moderne Lite-

---

464 Vgl. zum Vorstehenden: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 150 f., vgl. auch: Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S 268.

465 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 151.

466 Vgl. ebd., S. 151; Dunkel, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), S 268.

467 Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 151.

468 Kupisch, Zwischen Idealismus und Massendemokratie (1955), S. 138.

469 Vgl. ebd., S. 138.

470 Bei der ChW wurden die Jahrgänge 1.1887 bis 28.1914 gesichtet. Als Grundlage für die nachfolgende Besprechung dienten die Inhaltsangaben der Jahrgänge 1.1887, 2.1889, 9.1895 sowie 23.1909.

ratur“, „Kunst“, „Verschiedenes“, „Bücher und Schriften“, „Redaktionelles“, „Druckfehler“ sowie ein „Verzeichnis der am ersten Jahrgang beteiligten Mitarbeiter“.[471] Der bereits angesprochene Wandel zeigte sich besonders offensichtlich am Inhalt, in dem bis zum 23. Jahrgang im Jahr 1909 nunmehr vermehrt andere Rubriken Raum einnahmen. Im Gegensatz zum ersten Jahrgang wurden nun Rubriken wie „Gedichte und Erzählungen“, „Erbauliches“, „Stimmen der Väter“, „Biblisches“, Geschichtliches und Biographisches“, „Evangelisch-Kirchliches“, „Römisch-Protestantisches“, „Soziales, Friedensbewegung u. a.“, „Mission und Orient“, „Religiöse und ethische Fragen“, „Tagesfragen und Tagesereignisse“, „Erziehung und Unterricht“, „Kunst und Literatur“, „Zeitschriften“ sowie „Bücherbesprechungen“ aufgenommen.[472]

Bei Betrachtung der Rubrik „Innere Mission“ ließen sich ebenfalls Veränderungen erkennen. Im ersten Jahrgang[473] wurden unter anderem der „Kursus für Innere Mission in Berlin“, die Frage nach dem Ansinnen der Jünglingsvereine sowie Wicherns Leben und Wirken besprochen. Diese Themenwahl deutete schon auf die Umsetzung von Wicherns Kernelementen, der Belehrung seiner Mitmenschen durch Beispiele, aber auch durch tätiges Wirken hin. Hinzu traten eine Besprechung über den Sinn von Vereinen gegen Bettelei bzw. Herbergsvereinen. Beide Aspekte nährten sich bereits der Sozialen Frage an, die in diesem Zusammenhang jedoch eher auf den Handwerkerstand bezogen war. Wiederum in Richtung des Exempels, worin sich die lutherische Sichtweise sehr eindrucksvoll manifestierte, ging die Abhandlung über Gustav Werner, der als schwäbisches Original der christlichen Liebestätigkeit bezeichnet wurde. Damit fand zwar eine Annäherung an den Themenkreis der Sozialen Frage statt, aber eher hinsichtlich eines exemplarischen Lebenslaufs. Praktische Handreichungen sollten und wollten vermutlich nicht gegeben werden. In dieselbe Richtung ging auch die Abhandlung zum Thema Wirtshaus, wobei wiederum ein Thema aus dem Umkreis der Arbeiterfrage aufgegriffen wurde. Nunmehr ganz anders geartet, nämlich in Richtung auf die neu entstandene Frauenfrage, gingen ebenfalls mehrere Beiträge. Ausschließlich aus dem Umkreis der Arbeiterfrage stammten etliche Aufsätze über die „Sonntagsheiligung“, die „moderne Sonntagsfeier“, „bessere Sonntagsfreuden für unser Volk“ sowie zur „Ausführung, den Ergebnissen und den Aussichten der Sonntagsenquete“. Eindeutig im Umfeld

471 Vgl. Inhalt. In: ChW 1.1887, S. I – VIII.
472 Vgl. Inhalt. In: ChW 23.1909, S. I – VI.
473 Vgl. zum Folgenden: ChW 1.1887, S. VII.

der Problematik der Sozialen Frage zu verorten, waren die Beiträge über „(d)ie sozialen Aufgaben der Arbeitgeber“, „(d)as Wohnen der Arbeiter auf dem Lande“ sowie über die „Evangelischen Arbeitervereine“.

Bereits im zweiten Jahrgang[474] bot sich unter der Rubrik „Innere Mission. Soziales“ ein ganz anderes Bild dar. Hier konnte bereits eine erste Schwerpunktverlagerung erkannt werden. Zwar wurden wieder exemplarisch „Züge aus G. Werners Leben“ oder „(d)as Leben Karl Sievekings“ behandelt. Dennoch fehlten genuin auf die Arbeiterfrage bezogene Themen. Sicherlich mit der Absicht, in Bezug auf die Arbeiterfrage eine Position zu beziehen, wurde das Thema „Unsere Stellung zu den sozialen Parteien“ abgehandelt. Dabei wurde immerhin ein Teil der Arbeiterfrage in Hinblick auf das Berufsleben abgehandelt. Hinsichtlich der sozialen Arbeit wurde über „(d)ie Bedeutung der inneren Mission in der gegenwärtigen Zeitlage der evangelischen Kirche“ sowie über „(d)ie Zukunft der inneren Mission“ berichtet. Von einer thematischen Verschiebung in Richtung Berliner Raum zeugte auch der Bericht über „(d)ie Berliner Stadtmission“. Es ließ sich also bereits für den 2. Jahrgang eine Veränderung bei der Themenstellung feststellen.

Der neunte Jahrgang der ChW spiegelte ganz das Zeitgeschehen wider,[475] da er erschien, als aufgrund des Erlasses des preußischen Oberkirchenrats die soziale Arbeit der Geistlichen für die nähere Zukunft weitestgehend unterbunden worden war.[476] In diesem Jahrgang nahm die Rubrik „Innere Mission und Soziales“ einen verhältnismäßig großen Raum ein. Zunächst wurde das Gefängniswesen behandelt, das Wichern sehr am Herzen lag, jedoch mit der Sozialen Frage im eigentlichen Sinn weitgehend nichts zu tun hatte. Dasselbe galt für Themen zur Frauenfrage, wobei weniger Aspekte der berufstätigen Frau als vielmehr der Förderung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit abgehandelt wurden. Immerhin wurde versucht, eine Eingrenzung des Themenkomplexes zu geben, der von den Vorkämpferinnen der Frauenbewegung mit der Frauenfrage verbunden wurde. Dieser thematische Schwerpunkt war von Anfang an ein Anliegen der ChW. Nunmehr ein soziales Thema war die Befassung mit „Soziale(r) Not“. Darin war ein Bezugspunkt zur Sozialen Frage erkennbar. Genauso wie bei den Abhandlungen über den „antiken Kommunismus und Sozialismus“ sowie über die „Volksbureaus: Eine soziale Mah-

474 Vgl. zum Folgenden: ChW 2.1889, S. VIII.

475 Vgl. zum Folgenden: ChW 9.1895, S. VII.

476 Vgl. Brakelmann, Kirche, soziale Frage und Sozialismus (1977), S. 39 f. Den Wortlaut des Erlasses siehe: ebd., S. 189 – 193; Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik (1983), S. 45 – 47.

nung und soziale Rätselfrage aus dem Saargebiet.“ Die letzeren Themen waren eine Reaktion einerseits auf das Erstarken der Sozialdemokratie, andererseits auf die Einflussnahme des Freiherrn von Stumm auf Kaiser Wilhelm II., was zu dessen Wendung in der Sozialpolitik geführt hatte. Von ebenfalls großer Bedeutung war ein Beitrag „(z)ur Lage der Evangelisch-sozialen Bewegung“, der in Zusammenhang mit der Krise im Evangelisch-Sozialen Kongress, über die auch berichtet wurde, stand. Ferner wurde ein weiter Raum dem Gebiet der Sozialdemokratie eingeräumt. Hierin zeigte sich der bereits erkannte Wandel hinsichtlich der Thematik des Blattes. Die Fokussierung auf Berlin blieb zudem auch in dieser Nummer erhalten, was sich beispielsweise im Bericht über „Gesellenheime in Berlin“ zeigte. Anhand der thematischen Schwerpunkte unter dieser Rubrik zeigte sich, dass in der Tat Themen, die sich rein auf die Arbeiterfrage bezogen, schon sehr an den Rand gerückt waren.

Diese Tendenz setzte sich auch im 10. Jahrgang fort.[477] Zunächst war freilich „(d)er antisoziale Erlaß des preußischen Oberkirchenrates“ das Tagesthema. Dieser wurde nicht nur insgesamt besprochen, sondern auch auf seine richtige Deutung hin behandelt. Ferner ging es um die ebenfalls problematische Stellung zu Naumann seitens der ChW. Naumann war nicht nur Autor und Redaktionsmitglied, sondern auch im ESK sehr aktiv. Hinsichtlich seiner sozialpolitischen Stellung war er für die etablierten Stellen zweifelhaft, was die Stellungnahme rechtfertigte. Wiederum wie bereits in den vorherigen Jahrgängen wurde die Frauenfrage intensiv besprochen, wobei auch historische Rückblicke auf „(d)ie Geschichte der christlichen Liebestätigkeit“ nicht fehlten. Ebenso wurde über den Evangelisch-sozialen Kongress sowie über Adolf Stoeckers Austritt berichtet. Außerdem wurden ebenfalls einerseits der in diesem Zeitraum aufgekommene christliche Sozialismus wie auch andererseits die Frage nach „‚Christlich-Sozial‘ und ‚politischen Pastoren‘“ thematisiert. Dieser Themenkomplex stand im Kontext mit dem Erlass des preußischen Oberkirchenrats aus dem Jahr 1895, aber auch mit dem Engagement von Pastoren wie Friedrich Naumann oder Adolf Stoecker. In diesem Zusammenhang fand sich auch ein Beitrag über den „Freiherr(n) von Stumm und die evangelische Geistlichkeit an der Saar“. Interessanterweise wurde auch versucht, einen Bezug zwischen Johann Hinrich Wichern und der christlich-sozialen Bewegung herzustellen. Wie schon bei vorherigen Jahrgängen nahm außerdem das Thema Sozialdemokratie ei-

477 Vgl. zum Folgenden: ChW 10.1896, S. VII.

nen weiten Raum ein. Allerdings fehlten hingegen, bis auf einen Bericht über den Ausstand der Berliner Konfektionsarbeiter, das Arbeiterinnenelend in Wien sowie das Elend in der Hausindustrie der Konfektion, Themen im Umfeld der Sozialen Frage. Es bestätigte sich also der festgestellte Trend, der von den genuin auf die Arbeiterfrage zugeschnittenen Themen weg und eher auf kirchenpolitische Themenstellungen hinführte.

Nach der Jahrhundertwende zeigte sich ein gewisser Endpunkt. Im 23. Jahrgang[478] stand die Frage nach der Zukunft der Kirche, der festgestellten Rückständigkeit sowie den Möglichkeiten im Kampf gegen religiöse und sittliche Mängel durch die evangelische und die katholische Kirche im Vordergrund. Ebenfalls weiten Raum nahm das Thema Sozialdemokratie und sozialdemokratische Arbeiterbewegung ein. Diese Organisationen waren seit 1900 sehr erstarkt, was eine ausführliche Behandlung gerechtfertigt haben dürfte. Immerhin wurde in diesem Zusammenhang auch das Thema „Kirche und Arbeiterstand" erörtert, womit das Thema „Arbeiterfrage" bereits erschöpft war. An weiteren im weitesten Sinne sozialen Themen wurde der Evangelisch-Soziale Kongress, die im Laufe der Zeit stattgefundenen Veränderungen in Bezug auf die soziale Wirksamkeit des Christentums sowie ein staatlicherseits unternommener Versuch zur Ausrottung des Streiks besprochen. Am meisten Raum war den anderen Rubriken, die keinen sozialen Schwerpunkt hatten, gewidmet.

Die ChW war entgegen ihrer ursprünglichen Ausrichtung im Betrachtungszeitraum zu einer reinen Kulturzeitschrift geworden. Denkbar wäre, dass mit der sukzessiven Ausklammerung von Themen aus dem Umfeld der Sozialen Frage, dem Geschmack der Leser, also des protestantischen Bildungsbürgertums, Rechnung getragen wurde. Dieser Kreis war weniger an der sozialen Problematik der Arbeiter, noch an Gedanken und Handlungsweisen zur Lösung der Sozialen Frage, respektive der Linderung der Not der Arbeiter, interessiert. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen konnte die ChW vollkommen zur Kulturzeitschrift werden, die aufgrund ihrer Nähe zum ESK eben unter anderem auch soziale Themen und Themen der Inneren Mission mit in ihre Spalten aufnahm.

---

478 Vgl. zum Folgenden: ChW 23.1909, S. V.

6.3.4. Zwischenergebnis

Im Grundsatz gesehen blieben sich alle behandelten Zeitschriften ihrer Intention treu. Die vom jeweiligen Herausgeber vorgetragene Zielsetzung wurde konstant in allen betrachteten Jahrgängen beibehalten. In Hinblick auf die Themenwahl ließen sich charakteristische Faktoren feststellen. Die BAW machten, bedingt durch ihre sozialpolitische Ausrichtung, einen Wandel in der Themenwahl mit, der auch die Zeitentwicklung widerspiegelte, weshalb durchgängig alle Fragen hinsichtlich des Sozialwesens thematisiert wurden. Dabei konnten insbesonders in den letzen Jahrgängen vor der Jahrhundertwende und mehr noch danach, ein stärkerer Schwerpunkt auf Faktoren in Bezug auf die Arbeiterfrage in ihrem weitesten Sinn, erkannt werden. Ebenso rückten Themen, wie der Kinderschutz und die Frau und Mutter in den Blickpunkt des Interesses.

„Der Christenbote“ hingegen behandelte auch soziale Themen. Allerdings stand diese Befassung jedoch unter dem Gesichtspunkt einer Rückgewinnung der verlorenen Bevölkerungsklassen. In Hinblick auf die Sichtweise bezüglich der Arbeiterschaft traten in der Regel die moralischen und weniger die sozialen Aspekte in den Vordergrund.

Im Gegensatz dazu vertrat die ChW im gesamten Betrachtungszeitraum die bildungsbürgerlichen Auffassungen hinsichtlich der Arbeiterfrage. Der Grundtenor war die Integration des Arbeiterstandes in die bestehende, als unabänderlich und ebenso wenig veränderlich gewünschte, statische Gesellschaftsordnung.

Bei den beiden zuletzt genannten Zeitschriften fehlten Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Diese fanden sich nur in den BAW, was auch mit deren Ausrichtung in Zusammenhang stand. Das Ziel der BAW war es, durch Exempel sowie Aufrufe zur Handlung anzuregen. Wie erfolgreich dieses Konzept war, zeigte die ununterbrochene Erscheinungsweise bis in die Gegenwart.

Zeitschriften waren periodisch erscheinende Möglichkeiten, Entwicklungen zu diskutieren und den Gedankenaustausch im größeren Stil zu pflegen. Daneben gab es Kongresse als weitere Gelegenheiten, insbesonders gezielt bestimmte Themen zu erörtern und im direkten Dialog Lösungen zu erarbeiten.

6.4. Kongresse als Reaktion auf die Soziale Frage

Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert mit tiefgreifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen. Auch im Bereich der Religion fand dieser Wandel statt, so dass Themen aus der alltäglichen Wirklichkeit in ihr Bewusstsein getreten waren.[479] Im Gefolge dieses Wandels traten viel Probleme und Fragen auf, die einer eingehenden Erörterung bedurften, was eine „innere Umbildung der religiösen Gedankenwelt“[480] bedingte. Besonders offensichtlich zeigte sich der Wandel an den zahlreichen Kongressen, wie die große Vielfalt an Kongressveranstaltern nahelegte. Neben großen Kongressen und Versammlungen wie die „Südwestdeutsche Konferenz für Innere Mission“,[481] dem „Kongreß für Innere Mission“[482] oder die „Oktoberversammlung“ 1870 in Berlin[483] gab es auch kleinere Kongresse, wie z. B. die der Armenpfleger[484] oder des „Vereins für Sonntagsruhe“.[485]

Ferner gab es Versammlungen und Konferenzen, die nicht nur der Erörterung einer bestimmten Frage, sondern auch bestimmten Institutionen gewidmet waren, wie z. B. die „Evangelischen Anstaltskonferenzen“, die sich um die Belange der leidenden Menschen bemühten[486] oder die „Deutsche Rettungshauskonferenz“ in Berlin.[487] In diesem Zusammenhang standen auch Versammlungen beispielsweise des „Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke“[488] oder die Jahresversammlungen des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit“[489].

Konferenzen und Kongresse fanden in Form von Versammlungen bereits seit dem Mittelalter statt. Dabei wurde schon damals der gemeinschaftlichen Beratung ein hoher Stellenwert zugewiesen, weshalb diese Art der Konsensbildung bei allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bereichen zu finden war.[490] Die Versammlung gewann jedoch erst im Verlauf des 15. Jahrhunderts ihre neuzeitliche Bedeutung. In soziologischer Hinsicht hatten sich aufgrund des komplexen Generierungsprozesses verschiedene Funktionen herausgebildet. In der Hauptsache war eine

---

479 Vgl. Heitmann, Großstadt und Religion (1913), S. 132 f.
480 Ebd., S. 133.
481 Vgl. z. B. die Ankündigung in den BAW 48.1895, S. 96.
482 Vgl. ebd., S. 100.
483 Vgl. BAW24.1871, S. 152.
484 Vgl. BAW 33.1880, S. 149.
485 Vgl. den Bericht in: BAW 42.1889, S. 121 – 123.
486 Vgl. z. B. die Ankündigung in: BAW 46.1893, S. 96; BAW 48.1895, S. 97.
487 Vgl. den Bericht in: BAW 48.1895, S. 72 – 75.
488 Vgl. BAW 58.1905, S. 172; 184 f.
489 Vgl. BAW58.1905, S. 169 – 176.
490 Vgl. Althoff, s. v. Versammlung. In: LexMa 8 (2002), Sp. 1580.

Versammlung eine beratende oder entscheidende Zusammenkunft.[491] Eine Konferenz hingegen war in der Regel eine „(i)n gleichmäßigem Turnus wiederkehrende oder aus besonderem Anlass anberaumte Sitzung zum allgemeinen Erfahrungsaustausch oder zwecks Diskussion und evtl. Entscheidung über ein bestimmtes Problem.“[492] Allerdings wurde im 19. Jahrhundert keine grundlegende Unterscheidung zwischen Konferenz, Versammlung und Kongress gemacht. Vielmehr stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund der einzelnen Veranstaltungen.

Es gab eine Vielzahl an Kongressen, die sich mit Themen aus dem Bereich der Sozialen Frage oder deren weiteren Umfeld befasst haben. Zur Illustration der dabei geleisteten Arbeit werden nachfolgend die einmalige „Bonner Konferenz der Arbeitgeber“ sowie zwei periodisch tagende Veranstaltungen, der „Evangelisch-Sozialen Kongress“ und die „Freie Kirchlich Soziale Konferenz“, betrachtet. Alle drei Beispiele verbindet dabei das gemeinsame Bemühen, sich mit Problemen aus dem Umfeld der Arbeiterfrage auseinandergesetzt zu haben.

Zur Betrachtungsweise des Materials

Aus dem 19. Jahrhundert hat sich umfangreiches Material in Form von Versammlungsprotokollen und Tagungsberichten erhalten, das zum größten Teil einer detaillierten Aufarbeitung und Auswertung noch harrt. Aus diesem Grund musste eine Beschränkung auf Auszüge und knappe, stichwortartige Andeutungen gemacht werden. Nur im Fall der „Bonner Konferenz der Arbeitgeber“ wurde der Kongressbericht vollständig analysiert, da sich das sonstige zur Verfügung stehende Material sehr in Grenzen hielt. Für die beiden anderen Beispiele hingegen war sehr umfassendes Material vorhanden. Unter diesen Gesichtspunkten erschien es am zweckdinglichsten, im Fall des „Evangelisch-Sozialen Kongresses“ nur grundlegende Bereiche, wie Leitsätze und Resolutionen, die den Verhandlungsberichten zu entnehmen waren, sowie für einen Gesichtspunkt einen Referatsauszug, zu verwenden. In Bezug auf die „Freie Kirchlich Sozialen Konferenz“ hingegen fiel die Wahl auf Auszüge aus den „Heften der Freien Kirchlich Sozialen Konferenz“, wobei ebenfalls eine Beschränkung auf relevante Stellen vorgenommen werden musste.

---

491 Vgl. Bartsch, s. v. Versammlung. In: LThK 10 (2009), Sp. 715.

492 Gabler Wirtschafts Lexikon, s. v. Konferenz Bd.: I – K (^{17}2010), S. 1741.

6.4.1. „Die Bonner Konferenz der Arbeitgeber“ im Jahr 1870

„Die Bonner Konferenz der Arbeitgeber“[493] war der erste gemeinschaftlich ins Werk gesetzte Versuch, einer Erörterung des Elends der Fabrikarbeiterschaft seitens der deutschsprachigen Fabrikanten.[494] Sie ging auf Anregungen des Schweizer Fabrikanten Karl Sarasin[495] zurück. Auf dem Vorbereitungstreffen 1870 in Berlin waren sich die Teilnehmer sowohl über die „programmatische Ausrichtung als auch den Ablauf einer Konferenz zur sozialen Frage“[496] einig geworden. Die Initiatoren waren eine „Anzahl von Vertretern der Groß-Industrie“,[497] unter denen sich auch der Großindustrielle Stumm befand, der nachmals großen Einfluss auf den Kaiser entwickeln konnte.[498] Weitere Initiatoren waren „etliche, nicht dem Stande der Arbeitgeber angehörige Herren“[499]

Der Grund für die Zusammenkunft in Berlin war die Erkenntnis über den „Zwiespalt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern“[500] sowie das Zugeständnis einer gewissen Berechtigung in Bezug auf Teilforderungen der Arbeiter.[501] Zwar sahen sich die Arbeitgeber als die „zunächst Verantwortlichen“,[502] wiesen jedoch vehement zurück, für Abhilfe allein Sorge tragen zu müssen. Diese Haltung war typisch, da in der damaligen Industrie der patriarchalische „Herr-im-Hause-Standpunkt“[503] vorherrschend war.

---

493 Im weiteren Verlauf als „Bonner Conferenz“ bezeichnet.

494 Vgl. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962), S. 450; Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 142.

495 Sarasin hatte diese Anregungen mit seinem Referat auf dem Kirchentag 1869 in Stuttgart gegeben. Vgl. Sarasin, Die Arbeiterfrage. In: Die Verhandlungen des fünfzehnten deutschen evangelischen Kirchentages und Congresses für die innere Mission zu Stuttgart vom 31. August bis 3. September 1869 (1869), S. 168 – 179.

496 Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 87. Vgl. auch Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 1.

497 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 1.

498 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 1. Stumm ist ein Beispiel für einen Unternehmer, der zwar vordergründig soziale Interessen und Verständnis für die Arbeiter zeigte, zugleich jedoch soziale Maßnahmen nur innerhalb der bestehenden, patriarchalischen Gesellschaftsordnung zulassen wollte. Vgl. zu Stumm‘s Einfluss auf den Kaiser z. B.: Hoffmann, Die evangelischen Arbeitervereinsbewegung (1988), S. 84 mit Anm. 5.

499 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 1.

500 Ebd., S. 1.

501 Vgl. ebd., S. 1.

502 Ebd., S. 2.

503 Vgl. z. B.: Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik (1970), S. 35; Jantke, Der vierte Stand (1955), S. 178. Insbesonders für den Mitinitiator Stumm galt dieser Aspekt, der in seinen saarländischen Hüttenwerken zwar etliche Wohltätigkeitseinrichtungen schuf, zugleich ein sehr strenges Regiment führte. Vgl. zu Stumm die biographischen Anmerkungen bei: Hoffmann, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung (1988), S. 182, Anm. 5 zu Kap. 4: Die EAB in der Ära Stumm (1895/96 – 1898) und die dort angegebene Literatur. Vgl. weiter, besonders zu seiner strengen Unternehmensführung: Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 143.

Die Arbeitgeber anerkannten zwar die verschiedenen wirtschaftlichen Theorien zur Lösung der Arbeiterfrage, sahen diese zugleich weder als alleinigen noch verallgemeinerungsfähigen Weg zur Lösung. In der Mischung aus gegenseitigem sittlichen Gebaren und Problembewusstsein für die sozialen Nöte wurde die einzige Möglichkeit zur Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens gesehen.[504] In gesellschaftlicher Konformität wurde die Soziale Frage als sittliche Frage aufgefasst, wobei genuin existentielle Faktoren nicht genannt wurden. Letztlich war die Sorge um den Bestand der etablierten Gesellschaftsordnung, in die die Arbeiterschaft integriert werden musste, die ausschlaggebende Handlungsmotivation für das Tätigwerden, und nicht eine fortschrittlich-sozialreformerische Haltung der Unternehmer.

Aufgrund der Anerkennung der Arbeiter als Menschen, sahen es die Unternehmer als ihre Verpflichtung an, ihnen „zu denjenigen Gütern zu verhelfen, welche ihr äußeres wie ihr geistiges Wohl verbürgen."[505] Die Lösung der Arbeiterfrage wurde als genuine Verpflichtung der Unternehmer erkannt, die „alle weiteren wirtschaftlichen Bestrebungen […] einschließt (und) ihre tiefsten Wurzeln im Christentum hat."[506] Dieser Gesichtspunkt unterstrich die unternehmerische Motivation, die alle etablierten Elemente der herrschenden christlich-protestantischen Lehre enthielt. Allerdings stand letzten Endes das Ziel dahinter, die Arbeiter in die Gesellschaft zu integrieren und vermutlich von sozialdemokratischen Bestrebungen fernzuhalten.[507]

Da die Arbeiterfrage als eine alle deutschen und europäischen Länder betreffende Frage anerkannt worden war, wurde betont, dass die zum Wohle der Arbeiter handelnde Verbindung einen „internationalen Charakter"[508] tragen müsste. Eine Anspielung auf den ersten Arbeiterkongress im Jahr 1848 war nicht zu verkennen.[509]

Das Einladungsschreiben[510] gab einen Überblick hinsichtlich der Orientierung und der Durchführung der Konferenz. Dabei ließ sich in Bezug auf die Zielsetzung eine Kongruenz zur Gesinnung der Inneren Mission bezüglich der Sozialen Frage feststellen.[511] Das vorgesehene Tagungsprogramm sah bereits Kernpunkte vor, die von einer gewissen Einsicht in die Materie zeugten. Zugleich jedoch war hinter den ge-

---

504 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 2.

505 Ebd., S. 2. Darunter wurden die Familie, das Familienleben, der Eigentumserwerb sowie der Erwerb von Intelligenz und sittlicher Bildung verstanden.

506 Ebd., S. 3.

507 Vgl. ebd., S. 3.

508 Vgl. ebd., S. 3.

509 Vgl. Kap. 4.3.1. dieser Arbeit. Vgl. ebenso: Hahn; Berding, Reformen, Restauration und Revolution. 1806 - 1848/49 (^{10}2010), S. 580. Vgl. ebenfalls: Pfeiffer, Das Genossenschaftswesen (1863), S. 124.

510 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 1 – 4.

511 Vgl. Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 88.

planten Verhandlungsthemen eine gewisse Sorge zu erkennen, den Einfluss auf die Arbeiterschaft möglicherweise zu verlieren.

Generalvortrag

Das generelle Handlungsmotiv für die Fabrikanten war die um 1870 als kritisch angesehene Entwicklung der Beziehung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Dabei wurde auf Unstimmigkeiten über Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen wie auch auf die ersten Arbeitskämpfe angespielt sowie weitergehend Schäden für Industriezweige und dadurch bedingte negative Folgen für die dort beschäftigten Arbeiter konstatiert.[512] Der kritische Bezug auf die Aktionen der beginnenden Arbeiterbewegung sowie die aufstrebende Sozialdemokratie wurde durch den Hinweis, dass „ein Klassenhaß und Klassenkampf gepredigt worden"[513] ist, unterstrichen. Diese beiden Elemente würden eine Gefahr für die bürgerliche Freiheit wie auch Zerstörung der Kulturgüter bedeuten und die Arbeiter beeinflussen.[514] Die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter sowie die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital wurden als ursächlich für den agitatorischen Erfolg der Sozialdemokratie erkannt.[515] Hinzu traten aus unternehmerischer Sicht bestehende zeitgebundene Gefahren, die den Wirtschaftsfrieden bedrohten. Als relevante Faktoren wurden die beginnende Arbeiteremanzipation, die Freizügigkeit sowie Anfänge der Koalitionsfreiheit aufgeführt.[516] Zu diesen Gesichtspunkten trat der Wandel der Wirtschaftsverhältnisse durch Innovationen sowie durch das veränderte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. In Anbetracht der wachsenden Distanz der materiellen Lebensumstände erschien es den Arbeitgebern wenig verwunderlich, Unzufriedenheit und Offenheit für sozialdemokratische Ideen bei der Arbeiterschaft zu finden.[517] Angesichts dieser Aspekte wur-

512 Die Anspielung bezog sich möglicherweise auf die durch die Arbeiter Deutschlands durchgeführten 130 Streiks des Jahres 1869. Außerdem war ein Bezug zu den Vorgängen in Crimmitschau denkbar, wo 1869 eine erste Fabrikarbeitergewerkschaft ins Leben gerufen worden war. Diese stand in Anschluss an die erste deutsche Bergarbeiterorganisation, die 1864 gegründet worden war. Vgl. hierzu: Pospiech, Julius Motteler (1977), S. 56 – 60.
Ein weiterer Bezugspunkt könnte der 1850 durchgeführte Streik in den Tuchfabriken des Kreises Lennep im Bergischen Land sein. Vgl. hierzu: Dowe, Legale Interessenvertretung und Streik (1981), S. 31 - 51. Ebenso war ein Bezug zum acht Wochen dauernden Streik der Bergleute in Waldenburg (Schlesien), der im Jahr 1869/70, also unmittelbar vor der Initiative zur Bonner Conferenz stattgefunden hatte, denkbar. Vgl. hierzu: Conze, Sozialgeschichte 1850 – 1918 (1976), S. 653.

513 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 5.

514 Vgl. ebd., S. 5.

515 Vgl. ebd., S. 6.

516 Vgl. ebd., S. 6.

517 Vgl. ebd., S. 6.

den Unzufriedenheit und der Ruf nach staatlicher Umverteilung als zwangsläufige Folge angesehen. Es gab also schon ein gewisses Verständnis für die Lage der Arbeiter, das jedoch nicht so weit ging, sie als tatsächlich gleichberechtigt anzusehen, bzw. konstruktive Hilfsmaßnahmen außerhalb des etablierten Gedankengutes zu entwickeln, wie die weitere Argumentation zeigte.[518]

Als die einzig wirksame Möglichkeit, den Arbeitern zu helfen, wurde deren geistige Hebung angesehen. Die Arbeiterfrage wurde also ganz dem Zeitgeist entsprechend zur sittlichen Frage erhoben. Als weiterer positiver Effekt wurden die Steigerung der „Arbeitslust und Arbeiterkraft“[519] sowie die Fähigkeit zu „sparsamer, einsichtiger und umsichtiger“[520] Wirtschaftsweise erwartet.

Einigkeit bestand dabei, dass die Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lage die Hilfe der Gebildeten benötigte, wobei zugleich die Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe in allen ihren Facetten verworfen wurde. Als Begründung wurde die damit verbundene Entfremdung zwischen Arbeitern und Gebildeten angesehen, was auf das patriarchalische Standesdenken mit seiner gesellschaftlichen Hierarchie hindeutete. Nicht minder wurde die exponierte Stellung der gebildeten Stände als Kulturträger herausgestellt und zugleich deren bisherige Untätigkeit indirekt kritisiert.[521]

Dessen ungeachtet gab es auch Erwägungen, die auf ein genuines Bewusstsein der tatsächlichen Notwendigkeiten im gesellschaftlichen Gefüge schließen ließen. Einerseits wurde eine Entwicklung zur formalen Gleichberechtigung, als für die wirtschaftliche Fortentwicklung erforderlich angesehen. Der dahinter zu erkennende Gedanke an den freien Arbeitsvertrag ließ sich nicht von der Hand weisen. Andererseits wurde zwar das formal bestehende, freie und gleiche Verhältnis hervorgehoben, während in Wirklichkeit jedoch aufgrund der niederen gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter das alte Unterordnungsverhältnis fortdauerte.[522] Allerdings wurde den Arbeitgebern eine noch länger andauernde Erziehungsarbeit, bei aller Freiheit und Gegenseitigkeit des künftigen Verhältnisses, zugewiesen. Die Arbeiter wurden generell als unmündige, der Erziehung bedürfende Menschen betrachtet.

Die Initiatoren der „Bonner Conferenz“ dachten trotz allem Traditionalismus und aller Sorge um den Erhalt der bestehenden Gesellschaftsordnung pragmatisch. Zur

518 Vgl. ebd., S. 7.
519 Ebd., S. 8.
520 Ebd., S. 8.
521 Vgl. ebd., S. 8.
522 Vgl. ebd., S. 8.

Integration der Arbeiter in die Gesellschaft waren das Engagement der höheren Stände und besonders der Arbeitgeber unabdingbar. Beiden gesellschaftlichen Kreisen wurde eine gewisse Verantwortung und Handlungsverpflichtung zugewiesen, der einige Arbeitgeber bereits entsprachen. Deren Handeln wurde vermutlich durch den Gedanken des Besitzes als Amt, im Sinne der Haushalterschaft motiviert, was auf eine christliche Motivation hindeutete.[523] Demnach waren Besitz und Amt von Gott gegeben und mussten vor ihm gerechtfertigt werden, was durch die Entwicklung einer entsprechenden Tätigkeit bewerkstelligt werden musste. Es lag also eine christlich begründete Handlungsverpflichtung zugrunde, was neben der etablierten patriarchalischen auch eine christlich motivierte Einstellung zur Arbeitswelt offenbarte.

Als letztendliche Begründung für das grundsätzliche Erfordernis einer Arbeitgeberorganisation wurden jedoch weniger christliche als rein praktische Gesichtspunkte angeführt. Demnach waren die Bündelung aller bisherigen Sozialmaßnahmen, der Erfahrungsaustausch und eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit sowie Rechtfertigung gegenüber der negativen öffentlichen Meinung, bezüglich der unternehmerischen Arbeiterwohlfahrt maßgeblich.[524]

Im Wesentlichen entstand bei diesen Argumenten vordergründig der Eindruck eines Rechtfertigungszwangs zugunsten der alten patriarchalischen Praxis gegenüber der Sozialdemokratie, der entstehenden Arbeiterbewegung und der breiten Öffentlichkeit. Diesem Aspekt widersprach auch nicht, dass eine Effizienzsteigerung bei einer Bündelung der Arbeiterfürsorge besser machbar war, was implizit der Genossenschaftsidee,[525] wie auch der damals vorherrschenden Idee einer vereinsmäßigen Organisation,[526] entsprach. Trotzdem fehlte die Einsicht hinsichtlich der Notwendigkeit grundlegender Gesellschafts- und Sozialreformen. Es wurde verkannt, dass nicht nur die Einstellung und die Lebensbedingungen der Arbeiter reformbedürftig waren, sondern die gesamte Gesellschaftsordnung der patriarchalischen Ständege-

523 Vgl. ebd., S. 8 f.

524 Vgl. ebd., S. 9.

525 Die Genossenschaftsidee propagierte insbesonders Victor Aimé Huber. Vgl. hierzu z. B. die Darstellung von seiner Ideen bei: Brakelmann, Die soziale Frage im 19. Jahrhundert (^{2}1964), S. 144 – 149, dort besonders S. 149.

526 Vgl. als Überblick: Dann, Die Anfänge der politischen Vereinsbildung in Deutschland (1976), S. 197 – 232; Conze, Der Verein als Lebensform des 19. Jahrhunderts. In: Die Innere Mission 50, 1960, S. 226 – 241; Tenfelde, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873) (1984), S. 55 – 114; Ders., Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873) (2012), S. 174 – 229; Sachße, Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat: Entstehung und Entwicklung der „dualen“ Wohlfahrtspflege (1995), S. 123 – 149.

sellschaft nach Reformen verlangte. Reformen wurden nur akzeptiert, solange sie auf dem Boden der etablierten Gesellschaftsordnung stattfanden, wodurch sie keine volle Wirksamkeit entfalten konnten. Der letzte Schritt zu einer grundlegenden, nicht aber umstürzlerischen Gesellschaftsreform, der die sozialen Probleme an den Ursachen anging, war hier noch nicht vollzogen worden. Punktuelle Maßnahmen im Rahmen des Patriarchalismus waren nach allgemeiner Auffassung ausreichende Zeugnisse für eine Befassung und eine Aktivität im sozialen Bereich.

Arbeiterwohnungen

Mit diesem ersten thematischen Schwerpunkt wurden gleichermaßen die Bedeutung der Wohnungsfürsorge[527] sowie ein bestehender Handlungsbedarf unterstrichen. Deshalb war sie an die erste Stelle in Bezug auf die Arbeiterwohlfahrt zu setzen. Als maßgebliche Faktoren der Wohnungsfrage wurden die Kosten- und die Platzfrage betrachtet. Angesichts der zu geringen Löhne war eine niedrige Miete geradezu zwingend erforderlich, weshalb Arbeiterwohnungen so preiswert wie nur möglich sein mussten. Außerdem war eine ausreichende Anzahl an Räumlichkeiten notwendig, was unter dem Aspekt der leiblichen bzw. sittlich-geistlichen Fürsorge zu sehen war.[528] Aufgrund der ökonomischen und sittlichen Verhältnisse ergaben sich aus ungesunden Wohnungen sehr viele negative Folgen für die gesamte Gesellschaft.[529] Darunter wurde den durch die Raumenge bedingten sittlichen Missständen der Vorrang gegeben, wozu die praktische Problematik zu kleiner Räume hinsichtlich der Sauberkeit und des Soziallebens trat.[530] Die schlechten Wohnverhältnisse hemmten zudem die Einflussmöglichkeiten von Kirche, Schule sowie Innerer Mission und förderten zugleich negative Stimmungen bei der Arbeiterschaft.[531] Demzufolge wurde die Verbesserung der Wohnungssituation der Arbeiter als Schlüssel zur sozialen Reform aufgefasst.[532]

Aus dieser Sicht gesehen, waren Wohnsicherheit, Privatsphäre und Wohnlichkeit konstitutiv für die optimale Lösung der Arbeiterwohnungsfrage.[533] Beispielhaft

---

527 Vgl. auch die in Stuttgart unternommen Bemühungen des sozialen Wohnungsbaus in Stuttgart. Vgl. hierzu Kap. 6.2.3. dieser Arbeit.

528 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 11 f.

529 Darunter wurden Krankheiten, aber vor allem auch der Wirtshausbesuch und das Schlafgängertum gezählt. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 12

530 Vgl. ebd., S. 13 f.

531 Vgl. ebd., S. 14.

532 Vgl. ebd., S. 14 f.

533 Vgl. ebd., S. 13 f.

wurden die Grundsätze der „Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft“ bei deren neu erstellten Arbeiterwohnungen vorgestellt.[534]

Vordergründig waren deshalb die Möglichkeit des sukzessiven Eigentumserwerbs, die Absonderung der Wohnung mit Schutz von Eigentum und Privatsphäre sowie kleinere Wohneinheiten zur Vermeidung einer Ghettoisierung erstrebenswert. Als positiver Zusatzeffekt dieser Maßnahmen wurden neben einem Wandel in der Weltanschauung des Individuums, auch zugleich die Weckung der Liebe zu Ordnungssinn und Sparsamkeit erwartet.[535] Hinzu trat der Zweckmäßigkeitsaspekt hinsichtlich der Lage und Ausstattung der Wohnungen sowie deren angemessene Relation zur geforderten Miete. In diesem Zusammenhang war auch eine ökonomische und dauerhafte Bauweise angeführt worden, was auf die implizit spürbare Wirkung der Ideen Victor Aimé Hubers hinwies. Als Träger und Bauherren für Arbeiterwohnungen wurden alleinig die Arbeitgeber angesehen, da ihnen die ansonsten übliche Grundstücks- und Wohnungsspekulation fern lag.[536] Über die praktischen Umsetzungsmöglichkeiten gab ein Modell über bereits realisierte Arbeiterwohnungen und die dazu gehörige Kostenrechnung Aufschluss.[537] Als Mittel zur Förderung und Verbreitung der vorgestellten Ideen, wurde unter Verweis auf eine Resolution des „mittelrheinischen Fabrikantenvereins“ vom Winter 1869/70, auf die dadurch gegebenen Möglichkeiten hingewiesen.[538]

Das gesamte Referat zeugte von einem ehrlichen Bewusstsein für die Problematik der Arbeiterwohnungen, wie die vorgestellten und realisierten Bauten anschaulich zeigten. Problematisch war nur das starre Festhalten an den überkommenen Ideen der patriarchalisch-hierarchisch aufgebauten Ständeordnung sowie der Vorschlag, über Resolutionen etwas bewegen zu können. Diese beiden Aspekte belegten eindringlich die trotz aller Aufgeschlossenheit bestehende Zeitgebundenheit. Daran konnte auch das vorgestellte Beispiel der sich im Übrigen in der Schweiz befindlichen Modellwohnungen nichts ändern. Damit stellte sich grundsätzlich die Frage,

---

534 Vgl. zur „Berliner gemeinnützigen Baugenossenschaft“: Paulsen, Victor Aimé Huber (^{2}1956), S. 88 – 108.

535 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 16 – 19.

536 Vgl. ebd., S. 21 - 25. Vgl. zu den Ideen, theoretischen Entwürfen sowie den Konzepten Victor Aimé Hubers: Paulsen, Victor Aimé Huber (1956), S. 11 f.; Petzina, „Sozialer Protestantismus“ und bürgerliche Sozialreform (2005), S.24 – 30. Vgl. zu Hubers Selbsthilfeprogramm: Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962), S. 328 – 343.

537 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 26 f.

538 Vgl. ebd., S. 25 f.

ob ein Schweizer Modell auf das vollkommen anders strukturierte Deutsche Reich problemlos übertragbar und dort realisierbar gewesen wäre.[539]

Zur Frage der Gründung eines publicistischen Organs

Die Grundlage der Erörterungen bildete zunächst die Klärung, ob ein Bedarf für eine solche Zeitschrift bestand. Aufgrund der mitunter rasanten Entwicklungen innerhalb der unterschiedlichen Sachgebiete sowie damit ebenso gegebenen Rechtfertigungsmöglichkeiten für eigene Handlungsweisen, sprachen sich die Anwesenden für ein solches Organ aus.[540] Das Erfordernis solcher Rechtfertigungsmöglichkeiten wurde mit dem Vorhandensein entsprechender Organe auf gegnerischer Seite begründet.[541] Es gab also hinreichend Gründe, die für die Gründung eines eigenen publizistischen Organs sprachen.

Als Ziel der Wochenschrift wurde die Behandlung der Arbeiterfrage, und zwar in ihrer speziellen Ausgestaltung im Bereich großindustrieller Betriebe genannt.[542] Ferner war vorgesehen, „auch die sonstigen mit derselben zusammenhängenden und in Wechselwirkung stehenden sozialen Anliegen und Aufgaben zum Gegenstande seiner Erörterung zu machen.“[543] Zumindest diese Ankündigung ließ auf das Vorhaben einer ernsthaften und sorgfältigen Befassung mit der Thematik schließen.[544]

Da „in der Arbeiterfrage eine Gesamtschuld und in der Aufgabe ihrer Lösung eine Gesamtverbindlichkeit, wie nicht minder ein Gesamtinteresse der ganzen Gesellschaft vorliegt, und […] vor Allem die günstiger gestellten Klassen, insbesondere aber die Arbeitgeber […] sich dieser Aufgabe als der ihrigen anzunehmen verbun-

---

539 Vgl. zur Schweiz und der politisch-gesellschaftlichen Situation: Schaffer, Abriß der Schweizer Geschichte ([15]1992), S. 135 – 141; 148 f.; Im Hof, Geschichte der Schweiz und der Schweizer ([3]2004), S. 700 -723.

540 Vgl. zur Gründung und Ausrichtung der geplanten Zeitschrift den entsprechenden Abschnitt bei: Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 93 - 98. Als solche schnell sich wandelnden Themen wurden u. a. Genossenschaften zur gegenseitigen Unterstützung, die Altersversorgung, Fortbildung, Consumvereine sowie Versuche zur Gewinnbeteiligung der Arbeiter genannt. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 34.

541 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 34. Z. B. hatte der Verband Deutscher Arbeitervereine 1868 das „Demokratische Wochenblatt“ zu seinem Organ gemacht. Infolgedessen wurde der proletarische Charakter dieser Zeitung in hohem Maße betont. Vgl. hierzu: Pospiech, Julius Motteler (1977), S. 49.

542 Vgl. Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung (1908), S. 301 f.

543 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 73.

544 Inwieweit es realisiert worden ist, müsste einer eingehende Befassung mit der tatsächlich zustande gekommenen Zeitschrift namens „Concordia“ zeigen. Dieser Ansicht ist auch Köppli, der sich ebenfalls mit der Gründung und Ausrichtung der Zeitschrift befasst hat. Vgl. hierzu: Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 93 – 98.

den sind“,[545] war ein aufklärendes und belehrendes Organ erforderlich. Mit Bezugnahme auf das Bild der Hauswartschaft hinsichtlich des materiellen wie auch geistigen Besitzes zeigte sich sehr offensichtlich die christliche Motivation der Initiatoren.[546] Für das entstandene Ausmaß der Arbeiterfrage wurden rein ethische Gesichtspunkte angeführt. Demgegenüber sah der Lösungsansatz eine vermehrte Anwendung moralischer Beweggründe sowie das Erfordernis eines Gesinnungswandels vor.[547]

Die Zeitschrift sollte den Lesern dabei behilflich sein, die Arbeiter bei der Erreichung ihrer berechtigten Ziele sowie „in dem Streben nach Erlangung eines menschenwürdigen Daseins [...] ausdauernd und aufopfernd zu unterstützen.“[548] Als Hauptaufgabe wurde die gleichzeitige wirtschaftliche und geistig-sittliche Hebung angesehen, wobei zugleich die Unfähigkeit der Arbeiterschaft zu selbständigem Handeln betont wurde. Die daraus resultierende Erziehungsarbeit musste Aufgabe der Arbeitgeber bzw. der Gebildeten sein, die vor allem durch Beispielhaftigkeit der Lebensführung zu leisten war.[549]

In diesem Zusammenhang verdeutlichten die Initiatoren, „daß es für die Lösung der Arbeiterfrage kein einzelnes spezifisches Mittel gibt“,[550] was eine ansonsten vielfach fehlende, realistische Aussage war. Ebenfalls wurde die Arbeiterfrage als Konglomerat unterschiedlicher Einzelfragen angesehen,[551] was sich von der herrschenden Meinung abhob und den Anspruch vermittelte, eine innovative, fortschrittliche Zeitschrift schaffen zu wollen. Diese Aussage wurde jedoch durch das Ansinnen, die verschiedentlich vorgeschlagenen und zum Teil angewandten so genannten Universalmittel[552] sorgfältig und objektiv würdigen zu wollen, sogleich

---

545 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 73.

546 Vgl. ebd., S. 73.

547 Vgl. ebd., S. 74. Nach Shanahan stellte die Zeitschrift in den Jahren ihres Erscheinens (1871 – 1876) den Versuch dar, einen Zusammenhang zwischen einem christlich geprägten Moralismus mit wohlwollenden Bemühungen einer Konzeption eines Sozialprogramms herzustellen, das für die Unternehmerschaft akzeptabel war. Vgl. Shanahan, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 – 1871 (1962), S. 452.

548 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 74.

549 Vgl. ebd., S. 74. In diesem Zusammenhang wurde die Staatshilfe nur als Ausnahme für diejenigen Fälle ins Auge gefasst, in denen keine anderen wirkungsvollen Maßnahmen zur Wahrnehmung der allgemeinen, öffentlichen Interessen zur Verfügung standen. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 74.

550 Ebd., S. 74.

551 Vgl. hierzu Kap. 6.1. dieser Arbeit.

552 Als solche Universalmittel wurden vor allem Produktivgenossenschaften sowie gewerbliche Beteiligungsgesellschaften bezeichnet. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 74.

wieder relativiert. Schließlich wollte die Zeitschrift zudem ein objektives Diskussionsforum für soziale Fragen bieten.[553]

In diesem Zusammenhang war einerseits die grundsätzliche Erwägung einer objektiv-sachlichen Diskussion durch die Arbeitgeber, andererseits, dass es noch weitere 20 Jahre bis zur Realisierung dieser Idee eines Diskussionsforums dauern sollte, interessant.[554] Es entstand in diesem Kontext der Eindruck, bei den Arbeitgebern einen größeren Weit- und Überblick erkennen zu können, als bei den kirchlichen Vertretern.[555] Die Zeitschrift hatte die weitere Aufgabe über positive unternehmerische Maßnahmen der Sozialfürsorge zu unterrichten und bei der Koordination dieser mitzuhelfen. Denn „nicht die Arbeitgeber allein können und sollen an dem Werke teilnehmen, sondern Jeder der da begreift, daß in der Lösung dieser Frage die eigentliche Aufgabe des Jahrhunderts liegt, zu welcher alle Parteien unseres öffentlichen und geistigen Lebens gleichmäßig berufen sind.“[556] Es wurde also aus der Sozialen Frage eine gesellschaftliche Frage konstruiert, an deren Lösung sich alle Menschen beteiligen sollten,[557] was der herrschenden Meinung entsprach.

In inhaltlicher Hinsicht waren regemäßige Leitartikel vorgesehen, die die „grundsätzliche Auffassung der Arbeiterfrage vertreten und gegen die derselben wiederstreitenden wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Theorien“[558] verteidigt werden sollten. Ergänzend sollten praktisch durchführbare Maßnahmen besprochen und bewertet werden, wobei auch örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen waren. Dazu gehörten in erster Linie Erwerb und Wahrung des Besitzes der Arbeiter als Basis für Sittlichkeit und Wirtschaftswachstum.[559] Hingegen blieben alle Maßnahmen, die die tatsächlichen Ursachen der Arbeiternot behandelten bzw. angingen, von einer Erörterung ausgeschlossen. Diese Themen passten weder in das Konzept der Zeitschrift noch in das des Gesellschaftsbilds.

---

553 Inwieweit dieser Anspruch realisierbar war bzw. dann tatsächlich in der Zeitschrift gelebt wurde, ließe sich nur anhand einer Analyse der erschienenen Nummern vornehmen. Vgl. hierzu: Köppli, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 97 mit Anm. 103.

554 Das angedachte interdisziplinäre Diskussionsforum wurde im Rahmen des Evangelisch-sozialen Kongresses letztlich realisiert. Vgl. allgemein: Pollmann, Evangelisch-Sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 645.

555 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 74.

556 Ebd., S. 75.

557 Vgl. Kap. 6.1. dieser Arbeit.

558 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 75.

559 Als weitere Maßnahmen wurden z. B. Spar- und Hilfskassensysteme, mit besonderem Augenmerk auf der Altersversorgung, Konsumvereine, Baugenossenschaften sowie anderer Maßnahmen aus dem Bereich des Arbeiterwohnungsbaus, Maßnahmen zur Erziehung und Beschulung von Kindern sowie die Erwachsenenbildung betreffend aufgeführt. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 75.

Als Ergänzung der Besprechung von Maßnahmen sollte die Sozialgesetzgebung in den verschiedenen Ländern behandelt werden. Dieser vorgesehene Inhaltspunkt war deshalb so auffallend, da diese Ankündigung aus dem Jahr 1870 stammte. Zu diesem Zeitpunkt hatte es in den meisten Ländern noch keinerlei entsprechende Sozialgesetzgebung bzw. Maßnahmen der sozialen Fürsorge auf allgemeiner Ebene gegeben. Ein utopisch-irrealer Zug war gegenüber dieser Stelle nicht zu verhehlen. Schließlich sollte eine Literatur- und Presseschau sowie kürzere Informationen zu aktuellen Themen das Inhaltsspektrum abrunden. Darüber hinaus war es ein Anliegen, Statistiken anzubieten, was durch „Correspondenzen über lokale und provinzielle Verhältnisse“[560] bewerkstelligt werden sollte. Besonders die Bedeutung der Statistik wurde hervorgehoben, da hierin ein probates Mittel gesehen wurde, die Gegner zu widerlegen. Dies war umso wichtiger, da vielfach nach Meinung der Initiatoren, die Gegner mit unrichtigen Zahlen arbeiteten.[561] Die inhaltliche Zielsetzung erschien sehr weitblickend und hätte bei ihrer Realisierung sicherlich zum Erfolg der Zeitschrift beigetragen, so dass dieses Projekt sehr nutzbringend hätte werden können. Allein das Verharren im etablierten Gedankengut, ließ an einem Erfolg des Projekts zweifeln. Allerdings schien „die Zeit des Milliardensegens, des Börsen- und Gründungsschwindels […] wenig geeignet, dem deutschen Unternehmertum den Sinn für die ‚Christianisierung‘ oder ‚Humanisierung‘ der Industrie zu wecken.“[562] Die Zeitschrift wurde zwar realisiert, jedoch sehr schnell wieder eingestellt.

Im Rahmen der Vorbereitung der Zeitschrift wurde der verantwortliche Redakteur gewissermaßen in Personalunion zum Organisator für weitere, periodisch stattfindende Konferenzen sowie als zentraler Ansprechpartner für die ebenfalls ins Auge gefasste Vereinsgründung vorgesehen. Die entstehenden Herstellungskosten sollten über eine Subskription gedeckt werden,[563] so dass der Beschluss zur Gründung schließlich gefasst wurde.[564] Die Erörterung über die Zeitschriftengründung beweist eindrucksvoll, dass es den Arbeitgebern ein ernsthaftes Anliegen war, die mit der Arbeiterfrage verbundene Problematik anzugehen. Daneben wurde mit diesem Publikationsvorhaben höchstwahrscheinlich versucht, ebenso wie die Gegenseite ein Publikationsorgan zu bekommen.

---

560 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 41.
561 Vgl. ebd., S. 41.
562 Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung (1908), S. 302.
563 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 34.
564 Vgl. ebd., S. 38.

Organisation der eingeleiteten Verbindung von Arbeitgebern

Generell war die Idee einer Unternehmervereinigung sehr interessant, da es sich hierbei erst um den zweiten Versuch eines solchen Zusammenschlusses handelte.[565] Bei der Vorbereitungssitzung waren zwei mögliche Formen der Vereinigung in Erwägung gezogen worden, entweder ein Verein oder ein ständiger Ausschuss mit einer jährlichen Wanderversammlung. Die Mehrheit der damals Anwesenden hatte sich für einen ständigen Ausschuss mit einer jährlichen Wanderversammlung ausgesprochen, da ein ständiger Verein die Arbeit des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen" in Berlin tangieren würde.[566] In Hinblick auf die gewählte Organisationsform erschien wieder eine deutliche Parallele zum 20 Jahre später gegründeten „Evangelisch-Sozialen Kongress" sowie zur „Konferenz für Innere Mission", auf deren Anregung beim Stuttgarter Kongress 1869 die Idee zur „Bonner Konferenz" zurückging.[567] Die freie Konferenzform wurde als probateste Möglichkeit angesehen, den Bedürfnissen aller Beteiligten Rechnung zu tragen. Ebenfalls einen Vorgriff auf den „Evangelisch-Sozialen Kongress" waren die für alle Konferenzen vorgesehenen Resolutionen, die die Meinung der Beteiligten zum Ausdruck bringen sollten. Hinsichtlich der Praktikabilität ließ sich ein gewisser Utopismus wie auch eine Irrealität in Hinblick auf die Wirkungsmöglichkeiten nicht von der Hand weisen. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden das Für und Wider von fester Vereinsform und freier Konferenz ausführlich erörtert. Dabei wurden unter anderem die Finanzierung und bessere Wirkungsweise freier Konferenzen betont. Im Gegensatz dazu sprach die Tatsache der bereits fest organisierten Gegner als Argument für die Wahl der Vereinsform. Allerdings blieben die um 1870 noch sehr begrenzten Möglichkeiten der Arbeiterschaft zur gewerkschaftlich-politischen Organisation bei der Argumentation unberücksichtigt. Vielmehr war zu vermuten, dass die Sorge um den Erhalt der etablierten Gesellschaftsordnung ausschlaggebend war. Diese Sorge zeigte sich ebenso in der Überlegung, nur über eine feste Organisation Einfluss im Sinne der Arbeitgeber auf die Gesetzgebung nehmen zu können.[568] Bezüg-

565 Erstmals hatten sich 1869 die Buchdrucker zum „Deutschen Buchdrucker-Verein" zusammengeschlossen. Diese erste Unternehmervereinigung war eine Reaktion auf den 1866 erfolgten Zusammenschluss der deutschen Buchdruckergehilfen. Vgl. zur Geschichte des Deutschen Buchdruckervereins: Heller, Der deutsche Buchdruckerverein (1919). Vgl. zur Gründung besonders: Heller, Der deutsche Buchdruckerverein (1919), S. 6.

566 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 42.

567 Vgl. zum Stuttgarter Kongress für Innere Mission und die dabei gegebenen Anregungen: Köppli, Protestantischer Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts (2012), S. 78 – 86. Vgl. auch: Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (1908), S. 301.

568 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 42 f.

lich der Schwerpunkte dominierte die Auffassung einer generellen Bewusstseinsschärfung der Arbeitgeber, wozu allgemeinverbindliche Handlungsnormen nicht gezählt wurden.

Am Verlauf der Diskussion über die Wahl der geeigneten Organisationsform zeigte sich die Widersprüchlichkeit der damaligen Gesellschaft. Auf der einen Seite bestand die Sorge um den Bestand der etablierten Gesellschaft, die mit der angeblich straffen gegnerischen Organisation begründet wurde. Auf der anderen Seite waren sich alle Beteiligten über eine geschlossene Vorgehensweise uneinig, was mit der starken Hervorhebung von Einzelinteressen in Zusammenhang zu sehen war. Letzten Endes wurde eine denkbare Arbeitgeberorganisation durch die Argumente per se ad absurdum geführt.[569] Schließlich fand eine Einigung auf eine Wanderversammlung statt, die sich allerdings bald als im gegebenen Kreise nicht realisierbar zeigte. Außer dem kurzzeitigen Erscheinen der Zeitschrift, wurden keine fassbaren Entschlüsse geschaffen und die Konferenz blieb quasi ergebnislos.

Referat Stumm über das Invalidenwesen der Arbeiter

Nach Ansicht des Referenten Stumm, erschien das Invalidenwesen als der bedeutungsvollste Aspekt aller Bemühungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Fabrikarbeiterschaft. Richtig erkannt wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Verbesserung der Alters-, Witwen- und Waisenversorgung berufsunfähiger Arbeiter. Insofern war die Behandlung dieser Frage von großer Tragweite, da „die Invalidenfrage meist ganz außerhalb des direkten materiellen Interesses der Arbeitgeber liege“.[570] Diese Feststellung entsprach den Tatsachen, da die Arbeiter vor das Problem gestellt waren, Vorsorge für ihre Berufsunfähigkeit zu treffen. In diesem Zusammenhang kritisierte Stumm die fehlende Bereitschaft und Einsicht der Arbeiter, für die eigene Zukunft und die ihrer Familien zu sorgen. Der Aufbau eines Invalidenwesens wurde seitens der Arbeitgeber wegen der zunächst hohen Kosten, wie auch der fehlenden Dankbarkeit der Arbeiter hinsichtlich der getroffenen Maßnahmen, als problematisch gesehen. Aus diesem Grund war es aus ihrer Sicht sinnvoller, den Arbeitern diese Aufgabe zuzuweisen. Die Arbeitgeber sollten „von dem Geiste christlicher Nächstenliebe getragen werden, namentlich wo es an

569 Vgl. ebd., S. 44 f.
570 Ebd., S. 47.

gesetzlichen Bestimmungen für das Invalidenwesen der Arbeiter fehlte.“[571] Der Bezugspunkt zum herrschenden Patriarchalismus war an dieser Stelle unübersehbar, zugleich aber auch das Festhalten am traditionellen Gesellschaftmodell. Freilich waren unternehmerische Initiativen zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine Seltenheit, sondern in der Regel auch mit der Gefahr einer Abhängigkeit der Arbeiter vom unternehmerischen Wohlwollen und Vermögen verbunden. Den praktikabelsten Weg sah der Referent deshalb in einer allgemeingültigen Regelung des Invalidenwesens, in deren Rahmen eine Reihe von gemeinnützigen Einrichtungen entstehen konnte.[572] Die Erkenntnis, dass nur diejenigen Arbeiter einen Nutzen von solchen Einrichtungen hatten, die über ein ausreichendes Einkommen dazu verfügten, war in diesem Zusammenhang einigermaßen verwunderlich. Sie ließ implizit auf die zu geringen Löhne schließen und auf ein trotz allem Patriarchalismus zu vermutendes Problembewusstsein.

Zur Verbesserung der Situation wurde ein geregeltes Kassenwesen vorgeschlagen, das bereits einen Hinweis auf das nachmalige Bismarck’sche Sozialversicherungssystem enthielt. Der einzige Mangel an diesem, an und für sich richtigen Gedankengang, war das Verharren in patriarchalischen Denkweisen in Verbindung mit der herrschenden Meinung vom unmündigen Arbeiter. Der Referent benannte drei Arten von denkbaren Einrichtungen, die zum Teil im Ansatz bereits bestanden. Dabei handelte es sich um Lebens- und Rentenversicherungsgesellschaften, Gewerkverbände sowie „Kassenvereine, zu welchen sowohl Arbeiter als auch Arbeitgeber Beiträge leisten und deren Verwaltung gemeinschaftlich leisten“.[573] Während beim ersten Modell lediglich pekuniäre Bedenken sowohl hinsichtlich der Finanzierung durch den Arbeitgeber als auch des sorglosen Umgangs der Arbeiter mit den ausgezahlten Prämien bestanden, wurden hinsichtlich der Gewerkvereine wieder mehr Vorurteile vorgebracht. Der Redner konnte sein Misstrauen nicht verbergen, in diesen Einrichtungen nur „Sparkassen für Strikes, also Kriegskassen gegen die Arbeitgeber“,[574] zu sehen. Darin zeigte sich in aller Deutlichkeit die Zeitgebundenheit und Verbissenheit der Bildungsbürger gegen jegliche sozialen Bestrebungen seitens der Arbeiter. In diesem Zusammenhang wurde vollkommen außer Acht gelassen,

---

571 Ebd., S. 47 f.

572 Als Beispiele wurden die allgemein bekannten Spar-, Kranken- und Vorschusskassen, vor allem zum Grunderwerb, in Betracht gezogen. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 48.

573 Ebd., S. 49; vgl. ebd., S. 50.

574 Ebd., S. 49.

dass es auch Gewerkvereine außerhalb der Sozialdemokratie gab, von deren Kenntnis Stumm‘s Hinweis auf Max Hirsch zeugte. Das schließlich beste Mittel zur sozialen Sicherung invalider Arbeiter stellte nach Stumm das paritätische Kassensystem dar. Bei alledem war freilich der in seinen Augen wichtigste Gesichtspunkt, die damit gegebene Möglichkeit zum Abbau von Vorurteilen wie auch Misstrauen auf Seiten der Arbeiter und Förderung der sozialen Harmonie auf beiden Seiten.[575]

Dem Redner standen die preußischen Knappschaftsvereine als Muster für solche paritätisch getragenen Kassenvereine vor Augen. Nach der Schilderung dieses Systems betonte der Referent dessen Alltagstauglichkeit und Bewährung in der Praxis. Aus diesen Gründen sprach er sich für eine generelle Einführung dieses Systems in jedem Großbetrieb bei grundsätzlicher Beitrittsverpflichtung aus. Allerdings zeigte sich auch hierbei wieder der patriarchalische Zug, da eine solche Regelung einen nicht unerheblichen Einfluss seitens der Arbeitgeber aufwies. Bei Beachtung der nachmaligen Motive der Bismarck’schen Sozialpolitik[576] ergab sich hier eine gewisse Kongruenz. Letztlich sollte die Invalidenversorgung als Mittler zur Erhaltung des patriarchalischen Einflusses der Arbeitgeber auf die Arbeiter instrumentalisiert werden. Noch viel vordergründiger war vermutlich, dass die Arbeiterschaft auf diese Art von der Sozialdemokratie wie auch der Arbeiterbewegung ferngehalten und gleichzeitig für eine Stabilisierung des überkommenen Gesellschaftgefüges gesorgt werde sollte. Der Sinn und Zweck dieser Maßnahmen war also wiederum die Integration des vierten Standes und Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo.

Zwar bestand generelle Übereinkunft über die Zweckmäßigkeit paritätischer Kassenvereine, aber dessen ungeachtet wurden Einwände der Arbeitgeber gegenüber einer gesetzlichen Verpflichtung zur paritätischen Beitragszahlung erhoben. Diese waren vor dem Hintergrund der maximalen Gewinnorientierung zu sehen. Diese Argumente wurden jedoch vom Referenten unter Hinweis auf die Vorteile des damit praktizierbaren Patriarchalismus schnell entkräftet. Vordergründig wurden die Vorteile der Unternehmer darin gesehen, sich auf diesem Weg eine verlässliche Stammbelegschaft heranziehen zu können. In diesem Zusammenhang blieben die seitens der Unternehmer anwendbaren Druckmittel unerwähnt. Der Grundtenor von

---

575 Vgl. ebd., S. 50.

576 Vgl. hierzu: Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist (1990), S. 327 – 339.

Stumm‘s weiteren Ausführungen über die Vorteile des Knappschaftswesens, spiegelte deutlich die Furcht vor der Sozialdemokratie, der möglichen wachsenden Einflussnahme der Arbeiter und der als weiteren Folge unvermeidlichen Gesellschaftsveränderungen wider.[577] Von Seiten der Arbeiter waren ebenfalls Kritikpunkte zu erwarten, die der Referent nicht unerwähnt ließ. Zugleich betonte er den Sinn der unternehmerischen Beiträge als Ausdruck deren Fürsorge und Übernahme der naturgegebenen Verpflichtungen. Vom Standpunkt der nach Emanzipation strebenden Arbeiterschaft musste jedoch der Eindruck von Bevormundung und milden Gaben entstehen. An letzterem Aspekt zeigte sich sehr eindrücklich die aufkommende Diskrepanz zwischen dem verkrusteten, aufbrechenden Gesellschaftsbild, an dem die Arbeitgeberseite geradezu krampfhaft festhielt, und dem dynamischen, veränderbaren Gesellschaftsentwurf der Arbeiter.

Den Abschluss des Vortrags bildete eine Entgegnung auf den von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorwurf einer zu geringen Pension und der damit verbundenen Unmöglichkeit einer gesicherten Existenz im Alter. Nach einer Beispielsrechnung musste Stumm zugeben, dass dieser Vorwurf nicht der Berechtigung entbehrte.[578] Allerdings entgegnete er zugleich, lediglich mit seinem Vorschlag auf die Schaffung einer bescheidenen Grundsicherung auf der Basis der Zwangsmitgliedschaft abzielen zu wollen. Zugleich sollte durch die damit verbundene Erziehung zur Sparsamkeit die darüber hinausgehende Sicherung gewährleistet werden. Es trat also erneut die patriarchalische Sicht der Unternehmer vom unmündigen und erziehungsbedürftigen Arbeiter zutage. Bemerkungen über eventuell notwendige zusätzliche Maßnahmen der sozialen Sicherung wurden nicht gemacht.

Somit war das Schlussplädoyer für eine Ausweitung des Knappschaftsprinzips auf Grundlage der preußischen Gesetze auf alle Fabriken außerhalb des Norddeutschen Bundes nicht verwunderlich. Nach Stumm‘s Ansicht sprachen die bereits gemachten positiven Erfahrungen eindrücklich dafür.[579]

Zur Bewertung der Bonner Konferenz

Die einzelnen Referate gaben einerseits der Absicht am etablierten Gesellschaftssystem festhalten zu wollen, andererseits aber auch der Sorge vor grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen Ausdruck. In diesem Zusammenhang wurde stets

577 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 52.
578 Vgl. ebd., S. 53.
579 Vgl. ebd., S. 53 f.

der Sorge vor einem möglichen sozialdemokratischen Einfluss auf die Arbeiter Ausdruck gegeben. Als Begründung wurde die Auffassung von der Sozialdemokratie, als Sinnbild für Veränderung, Umsturz und vor allem Wandel des etablierten ständischen Gesellschaftsbildes angeführt. Somit bildete ein statisches System, dem keine Entwicklung zugestanden wurde, die Grundlage aller Überlegungen.

In allen Referaten konnte eine grundsätzliche Handlungsmotivation erkannt werden, wozu auch die jeweils vorgestellten Beispiele[580] dienen sollten. Besonders auf dem Gebiet des Arbeiterwohnungsbaus wurde ein umfassenderes Programm entwickelt.[581] Hinzu trat der unvermeidliche Appell an alle Unternehmer, den Arbeitern „zu denjenigen Gütern zu verhelfen, welche ihr äußeres wie ihr geistiges Wohl verbürgen".[582] „Die Bonner Konferenz der Arbeitgeber" war schließlich nur eine von vielen Unternehmerkonferenzen, die auf Anregung der Inneren Mission zustande kamen.[583] Es gab also einerseits weitblickende Unternehmer, die die Probleme der Arbeiter erkannt hatten und nach Lösungen suchten. Andererseits war deren Verharren im Modell des christlichen Paternalismus solchermaßen kontraproduktiv, dass jede Initiative ins Leere verlaufen musste.[584] Als Quintessenz aller Vorschläge konnte nur der Weg über die Staatshilfe angesehen werden. Letzten Endes manifestierte sich trotz aller ernsthaften Absichten der Teilnehmer,[585] die vorhandene „soziale und sozialpolitische Hilflosigkeit".[586] Die „Bonner Konferenz" 1870 war somit eine erste Befassung mit Problemen aus dem Umfeld der Arbeiterfrage durch sozial empfängliche Männer, die jedoch ohne nachhaltige Wirkungen blieb.

Indirekt wurde 20 Jahre später mit der Gründung des „Evangelisch-Sozialen Kongresses", die in Bonn gegebene Anregung eines interdisziplinären Diskussionsforums aufgegriffen. Der „Evangelisch-Soziale Kongress" wurde zu einer bedeutungsvollen gesellschaftlichen Institution der damaligen Zeit.

---

580 Vgl. z. B. ebd. Anhang 2, S. 77 – 81 zu den in Basel realisierten Arbeiterwohnungen.

581 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 11 – 33. Vgl. Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 181.

582 Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 2; Vgl. Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 181 mit Anm. 36.

583 Vgl. Teuteberg, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin (1990), S. 181; Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 142.

584 Vgl. Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 142 f.

585 Vgl. die illustre Teilnehmerliste, die zahlreiche bedeutungsvolle Persönlichkeiten aufwies. Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 71 f.

586 Greschat, Das Zeitalter der industriellen Revolution (1980), S. 142.

6.4.2. Der Evangelisch-Soziale Kongress

Der evangelisch-Soziale Kongress (ESK)[587] wurde in einer sehr wechselvollen Zeit begründet. Vor dem Hintergrund des sehr drastisch beendeten Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 und den kaiserlichen Erlassen vom Frühjahr 1890 hatte sich der ESK gegründet. Allen Beteiligten war dabei mehr oder weniger bewusst, dass angesichts der Zeitumstände das deutsche Kaiserreich an einem Scheidepunkt stand. Vor allem wurde die Fragilität des sozialen Friedens sichtbar, was sich in wachsenden Arbeitskämpfen offenbarte.[588] Mit den kaiserlichen Erlassen, die den Beginn des „Neuen Kurses" sozialer Tätigkeit markierten, wurden sozialpolitische Reformen verbunden, durch die eine Befreiung aus dem innenpolitischen Leerlauf erhofft wurde.[589]

Die kaiserlichen Erlasse, die ihre hauptsächliche Aufgabe in der Arbeiterfrage sowie „in der Bekämpfung der Entfremdung der Massen von der Kirche, wofür die Schuld der Sozialdemokratie zugeschrieben wird",[590] sahen, waren maßgebliche Beweggründe für die Gründung des ESK. Allerdings waren diese beiden Erlasse nicht allein ausschlaggebend. Als weitere Faktoren traten die „Allgemeine Arbeiterschutzkonferenz", das Anwachsen der Sozialdemokratie bei Reichstagswahlen infolge des 1890 auslaufenden Sozialistengesetzes, die allgemeine Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche sowie die Leistungen der katholischen Kirche auf sozialem Gebiet hinzu.[591] Diese äußeren Gründe wurden gemeinsam mit der Auffassung der Sozialen Frage im Sinne eines Bündels von Fragen[592] und darunter vor allem die Sozialdemokratie zum beherrschenden Faktor für die Aktivitäten des

---

587 Der ESK mit seiner gesamten Wirkungsgeschichte ist von ungeheurer Komplexität. Die vielfältigen Aspekte im Umfeld der Gründung, die Verknüpfungen mit Personen aber auch Institutionen u. ä. lassen sich im Rahmen dieser Arbeit nicht gebührend würdigen. Aus diesem Grund muss eine knappe Skizze auf der Grundlage von Stichworten und kurzen Hinweisen genügen. Ausführliche Würdigungen hat der ESK in mehreren älteren und neueren Publikationen erfahren, auf die für diese Skizze zurückgegriffen wurde. Vgl. z. B.: Harnack; Delbrück, Evangelisch-Sozial (1896); Nobbe, Der Evangelisch-soziale Kongreß und seine Gegner (1897); Eger, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1931); Apel, die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940); Herz (Hrsg.), Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft (1940); Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972); Heienbrok; Przybylski; Segbers (Hrsg.), Protestantische Wirtschaftethik und Reform des Kapitalismus (1991).

588 Vgl. Bruch, 1890 – Gründungsjahr des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 11.

589 Vgl. ebd., S. 11.

590 Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 11. Vgl. Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 647; Heienbrok, Einführung in die Tagung (1991), S. 8.

591 Vgl. Voelter, der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 14; Planck, Heinrich Planck (1933), S. 176; Pentz, Sozialprotestantismus in den USA und Deutschland (2005), S. 126.

592 Vgl. Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 11.

ESK.[593] Letzten Endes bildeten jedoch die Sorge um die Kirche sowie der Wunsch, dem Staat hilfreich zur Seite zu stehen, die hauptsächlichen Handlungsmotive. Insgesamt waren die Motive sowohl im kirchlichen als auch im politisch-konservativen Bereich angesiedelt.[594]

Bereits der Gründungsaufruf gab der Ausrichtung des ESK Ausdruck. Dort wurden als vordergründige Begründung für die Notwendigkeit, den ESK zu schaffen, das Wachstum der Sozialdemokratie sowie die Propaganda der katholischen Kirche auf sozialem Gebiet angegeben.[595] Aus diesem Grund „war ‚christliche Gesinnung, Vaterlandliebe und Königstreue'"[596] die Basis für die Kongressarbeit. Bei der Ausübung dieser Arbeit sollte sich der Kongress jedoch vor der Beschlussfassung in Bezug auf Fragen, „in denen nur Sachverständige und Betheiligte ihr Urtheil abzugeben haben,"[597] fernhalten. Ferner sollte es der Kongress vermeiden, die Arbeit der katholischen Kirche als Vorbild zu nehmen, damit von vorne herein keine übersteigerten Anforderungen an die Kongressarbeit gestellt werden würden. Nachdem der ESK dem Staat zur Seite stehen sollte, war es selbstverständlich, dass der Kongress nicht über den Staat jammerte und außerdem Themen wie den Antisemitismus ausklammerte.[598] Das wesentliche Ziel und die Grundlage der Arbeit war die Sammlung des deutschen Protestantismus, wobei alle politischen wie auch kirchlichen Richtungen gleichberechtigt sein sollten. Es wurde bezweckt, einen Sammelpunkt von Fachleuten aus allen geistlichen und weltlichen Richtungen zu schaffen, die gemeinsam an Lösungswegen zur Sozialen Frage arbeiteten.[599] Dabei kam eine sehr produktive Zusammenarbeit der Theologen und Ökonomen zustande. Ferner waren auch Laien aus anderen Berufssparten Teilnehmer und Mitarbeiter des ESK. Allerdings gab es zumeist eine sehr geringe Beteiligung der Arbeiter, wobei „die wenigen (bei den Versammlungen) erschienen Arbeiter den evangelischen Arbei-

---

593 Vgl. Bruch, 1890 – Gründungsjahr des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 11; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 11; Nobbe, Der Evangelisch-soziale Kongreß und seine Gegner (1897), S. 14.

594 Vgl. Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 11; Nobbe, Der Evangelisch-soziale Kongreß und seine Gegner (1897), S. 15; Heienbrok, Einführung in die Tagung (1991), S. 8; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 10; Jähnichen, Der Evangelisch-soziale Kongreß vor der Gewerkschaftsfrage (1994), S. 113.

595 Vgl. Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 12; Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 25; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 10.

596 Ebd., S. 13. Vgl. auch: Nobbe, Der Evangelisch-Soziale Kongreß und seine Gegner (^{2}1897), S. 28; Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 9.

597 Harnack, Der Evangelisch-sociale Congreß in Berlin (1896), S. 15.

598 Vgl. ebd., S. 15 f.

599 Vgl. Bruch, 1890 – Gründungsjahr des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 16; Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 9; 16.

tervereinen an(gehörten).“[600] Dem ESK war es jedoch nahezu unmöglich, „die sozialistische und kirchlich ungebundene Arbeiterschaft heranzuziehen“,[601] was zunächst zu einem neuen sozialpolitischen Elan führte. Dabei lieferten der Ökonom Adolph Wagner und der Theologe Adolph Harnack eine wesentliche Vorarbeit zu einer sozialpolitischen und theologischen Modernisierung der Gesellschaft.[602] Daraus ergab sich eine ganz spezielle evangelisch-soziale Auffassung, die für die weitere Arbeit leitend war.[603]

Der ESK hatte in der Satzung von 1891 im ersten Paragraphen seine grundsätzliche Aufgabenstellung formuliert, die für die gesamte Arbeit maßgeblich werden sollte. Demnach hatte es sich „Der Evangelisch-Soziale Kongreß […] zur Aufgabe gestellt, die sozialen Zustände […] (des) Volkes vorurtheilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstab der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst für das […] Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen als bisher.“[604] Diese Aufgabe wurde bereits auf den ersten Kongressen angegangen, auf denen die Erörterung von Grundsatzfragen stattfand. Das fassbare Ergebnis dieser ersten Vortragsreihen waren eindeutige Richtlinien für die fortgesetzte Befassung mit den sozialen Problemen der damaligen Zeit.[605] Der ESK hatte in erster Linie den Zweck, Informationen zu allen Schattierungen des Gesamtkomplexes der Sozialen Frage darzubieten. Aus diesem Grund musste zunächst deren sachkundige Erörterung stattfinden. Seine eigentliche Leistung sollte jedoch sein, das Evangelium solchergestalt zu verkündigen, dass die entfremdeten Gläubigen wieder zur Kirche zurückkehren konnten.[606] Dazu gehörte ebenso die Frage nach der Schuld für die herrschende Entkirchlichung, bei der vor allem der religiöse Gemeindegedanke leitend war. Auf dieser Grundlage wurde nach Mitteln und Wegen gesucht, in erster Linie die Arbeiterschaft wieder für die Kirche zu gewinnen. Dieser Aspekt wurde vor allem in der Betrachtung der Stellung der Arbeiter im

---

600 Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 15 f. Vgl. Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 646.

601 Bruch, 1890 – Gründungsjahr des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 16.

602 Vgl. Ebd., S. 17.

603 Dieser Gesichtspunkt ist ausführlich bei Apel dargestellt. Vgl. hierzu: Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 30 – 33.

604 1. Punkt der Satzung des ESK, zitiert nach: Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 25. Vgl. Heienbrok, Einführung in die Tagung (1991), S. 9; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 24; Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 21; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 21; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 126.

605 Vgl. Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 27 f.

606 Vgl. Harnack, Der Evangelisch-sociale Congreß in Berlin (1896), S. 6; 8 f.

Rahmen zweier Vorträge auf dem ersten ESK 1890 sichtbar.[607] Daraus ergab sich ein grundsätzliches Arbeitsprogramm,[608] das viele verschiedene Facetten enthielt. In Bezug auf die eigentliche Kongressarbeit wurde das Vorhaben gefasst, „auf jedem Kongreß womöglich je ein sozialkirchliches, ein sozialethisches und ein sozialpolitisches, namentlich auch sich auf die sozialdemokratische Bewegung beziehendes Referat“[609] zu halten. Daneben ging es um die Initiierung einer evangelisch-sozialen Korrespondenz, was im Rahmen verschiedener Publikationsorgane realisiert werden konnte.[610] Ein weiterer Arbeitsbereich war die „Abhaltung öffentlicher Versammlungen mit Vorträgen über evangelisch-soziale Fragen und nachfolgende Diskussion“.[611] Mit diesem Programmpunkt wurde eindeutig versucht, einen weiteren Kreis an Interessierten zu erreichen. Dasselbe sollte mit der „Veranstaltung von Kursen mit Diskussionen über sozialkirchliche, sozialethische, sozialpolitische und sozialdemokratische Themata im evangelisch-sozialen Sinne“[612] erreicht werden. Allerdings war diesen sozialen Ausbildungskursen kein besonderer Erfolg beschieden.[613] Der letzte Punkt des Arbeitsprogramms diente ebenfalls dazu, wieder einen Einfluss auf die Arbeiterschaft zu gewinnen. Demnach sollten regelmäßig sozialdemokratische Fachvereine besucht werden, um „im gegenseitigen freundlichen Austausch Annäherung zwischen den jetzt getrennten Gesellschaftsklassen auf dem

---

607 Vgl. Rade, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 12; Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 27 f.

608 Eine eingehende Darstellung und Analyse des Arbeitsprogramms findet sich bei: Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 42 – 54. An dieser Stelle müssen einige stichwortartige Andeutungen genügen. Vgl. auch: Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128. Vgl. ferner: Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 22 f.; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 24 f.

609 Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22. Vgl. Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128.

610 Vgl. Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128. Als Publikationsorgane wurden von 1890 bis 1894 die Schriftenreihe „Evangelisch-Soziale Zeitfragen“, ab 1892 die Zeitschrift „Mitteilungen des Evangelisch-Sozialen Kongresses“, die ab 1904 unter dem Titel „Evangelisch-Sozial“ erschien, herausgegeben. Vgl. zu den Publikationsorganen: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 31 f.; Voelter, der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 23 f.; Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 51 f.; Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 647; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 37. Eine Übersicht über die Aufsätze in den „Mitteilungen des evangelisch-sozialen Kongresses“ und der Zeitschrift „Evangelisch-Sozial“ findet sich bei Herz. Vgl. Herz, Die wissenschaftliche Arbeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 131 – 145.

611 Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128.

612 Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128.

613 Vgl. hierzu: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 32 – 34; Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 52.

Boden der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung anzubahnen.“[614] Dieser Versuch scheiterte, da sich die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt bereits fest innerhalb der Kreise der Arbeiter etabliert hatte und aus parteitaktischen Überlegungen solche Aussprachen ablehnte. Der tiefere Grund lag in der sicherlich nicht unberechtigten Sorge einer möglichen, dadurch bedingten Schwächung ihrer Stellung innerhalb der Arbeiterschaft.[615]

Das Arbeitsprogramm, das wohldurchdacht war und von großer Rationalität in der Ausnutzung aller Kräfte zeugte, spiegelte sich in den Themen[616] wider, die der ESK im Rahmen seiner Tagungen behandelte. Dabei war die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus vordergründig, wie auch schon in der Begründung des Kongresses mitgeteilt wurde. Gerade dieses Thema gewann im Laufe der Zeit an Gewicht und wurde umso intensiver und eingehender behandelt, was den ESK auch zur Frage der Arbeiterorganisation und Gewerkschaft Stellung nehmen ließ. Dabei hatte der Kongress jedoch die Idealvorstellung von Arbeitnehmervertretungen, deren hauptsächliches Interesse dem Wirtschaftsfrieden sowie einer deutlichen Abgrenzung von der Sozialdemokratie galt. In dieser Hinsicht wurde sogar eine regelrechte Öffnung gegenüber der Arbeiterorganisation betrieben.[617] Erst in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden andere Themen bedeutungsvoller, so dass die Verhandlungsgegenstände sich nicht mehr größtenteils mit der Sozialdemokratie befassten.[618]

Im Verlauf der Arbeit des ESK ließen sich zwei Phasen ausmachen. Die erste Phase im Zeitraum zwischen 1890 und 1895 war von einer allgemeinen Reformstimmung gekennzeichnet. Ihr Ende wurde durch Angriffe seitens der Großindustrie und der Agrarier ab 1895 verdeutlicht. Nach Ansicht dieser Gruppierungen sollten sich die Pfarrer vordergründig um ihre seelsorgerische Arbeit kümmern, wie es im Erlass des preußischen Oberkirchenrats schließlich offiziell verkündet wurde. Die zweite

---

614 Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 128.

615 Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 37.

616 Eine Übersicht über alle Themen, die im Verlauf des Bestands des ESK verhandelt wurden findet sich bei: Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 118 – 125; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 25 – 30. Ferner findet sich eine Übersicht über die Kongressarbeit nebst Nennung der verhandelten Themen bei: Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 22 – 41; Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 59 – 74; Herz, Die wissenschaftliche Arbeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1940), S. 125 – 130. Vgl. auch: Nobbe, Der Evangelisch-Soziale Kongreß und seine Gegner (^{2}1897), S. 16.

617 Vgl. zur ersten Öffnung des ESK für die Arbeiterorganisation: Jähnichen, Vom Industrieuntertan zum Industriebürger (1993), S. 128 – 132, vgl. besonders a.a.O., S. 130.

618 Vgl. zum Vorstehenden: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 71 – 76.

Phase zwischen 1895 und 1914 zeichnete sich durch die Einbuße des protestantischen Selbstbewusstseins zugunsten nationalen und imperialen Gedankenguts aus.[619] Es konnte in diesem Zusammenhang sogar von Resignation gesprochen werden. In diese zweite Phase fiel der Höhepunkt der Kongressarbeit, bei der unter dem Vorsitz von Adolf Harnack eine intensive Befassung mit der Sozialen Frage stattfand. Dabei war die konstante Weiterarbeit auf dem in der ersten Phase begonnenen Weg ohne neue Zielsetzungen wesentlich. Harnacks Verdienst war, die bislang schon vorhandenen Kräfte vermehrt anzuspannen und zudem Friederich Naumann mit seinen sozialpolitischen Ideen und Vorschlägen einen größeren Spielraum einzuräumen.[620] Bekanntermaßen kam Naumann von der Inneren Mission und hatte durch seine praktische soziale Tätigkeit sehr schnell gelernt, „daß man der Sozialpolitik nur auf sehr viel breiterer Front und mit sachlicher Unvoreingenommenheit Boden gewinnen könne.“[621] Allerdings konnte bei allem Weitblick eine erneute Belastungsprobe nicht verhindert werden, nachdem der ESK schon 1896 und 1897,[622] 1903/04 und 1905 aufgrund diverser Streiks, eine große Krise zu bestehen hatte. Diese Situation machte eine eindeutige Stellungnahme unumgänglich.[623]

Im Rahmen seiner generellen Aufgabe, die „die ‚Bekämpfung der sozialen Mißstände und Gefahren‘“[624] war, waren „(d)ie ‚Kräfte des Glaubens und der Liebe‘ […] als die Waffen genannt“[625] worden. Mit dieser wohl gewählten Programmatik für die zukünftige Kongressarbeit wurden alle Möglichkeiten für eine weitgestreckte Arbeit offen gelassen. Dasselbe galt für die Wahl verschiedener Tagungsorte, wodurch aufgrund der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten der Kongressarbeit immer neue Impulse gegeben werden sollten.[626] Die verschiedentlich

---

619 Vgl. Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 28 - 30.

620 Vgl. zum Vorstehenden: Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 45 – 47; Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 648.

621 Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 47. Vgl. zu Naumann und dessen Tätigkeit im Rahmen der Inneren Mission und den praktischen Erfahrungen, insbesonders in seiner Zeit als Vereinsgeistlicher der Inneren Mission in Frankfurt: Heuss, Friedrich Naumann (^{3}1967), S. 74 – 76; 80 – 110.

622 Auf die Darstellung wurde verzichtet. Siehe hierzu ausführlich: Voelter, der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 31 – 38.

623 Vgl. Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 48.

624 Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 20. Vgl. ebenso: Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 152.

625 Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 20. Vgl. ebenso: Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 152.

626 Vgl. Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 22; Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 646.

verhandelten Themen zeigten auch die Tragweite des Spektrums. Einzelne Themenbereiche sollen an prägnanten Stellungnahmen aus Resolutionen[627] und Vortragsthesen[628] exemplarisch skizziert werden.

Zur Sozialen Frage

Der ESK nahm sich bereits auf seiner ersten Tagung der Arbeiterfrage an. Einer von mehreren, dort zu diesem Themenkomplex gehaltenen Vorträgen[629] ging über das Thema „Die Wohnungsnoth der arbeitenden Klasse und ihre Abhülfe". Als grundsätzliches Heilmittel gegen den allgemeinen christlichen und sozialen Verfall der Gesellschaft wurde die Förderung und Erhaltung, sowie die Wiederherstellung eines gesunden, christlichen Familienlebens angesehen.[630] Damit wurde das klassische bürgerliche Ideal des Familienlebens als die Keimzelle sittlichen Lebens gewählt. Als Grundlagen, auch unter dem Aspekt der sozialen Sicherheit, wurde die Erfordernis gesunder bzw. preiswerter, geräumiger, also adäquater Wohnungen angesehen. Bei Fehlen dieser Voraussetzungen waren andere Faktoren wie eine Altersversorgung und Sonntagsruhe als wenig zweckdinglich angesehen worden.[631] Die hauptsächlichen Missstände bestanden aus zu kleinen, zu teuren und ungesunden Wohnungen. Dieses Problem war vor allem im Zuge der Industrialisierung und in der Hauptsache in industriereichen Großstädten virulent geworden. Nachdem ein gesittetes Familien- und Privatleben in gutem Wohnklima die Basis für ein gelungenes Leben darstellte, war es eine wesentliche Forderung, den Eigentumserwerb an Haus, Grund und Boden zu fördern. Damit ein vermehrter Eigentumserwerb unter der Arbeiterschaft erzielt werden konnte, wurden Pfarrer, Staat und Gemeinden in die Pflicht genommen. Die Kirchendiener sollten als Fürsprecher für in Not geratene Fabrikarbeiter tätig werden, aber auch selbst Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot über die freiwillige Liebestätigkeit unterstützen. Die Aufgabe des Staats war es hingegen, einerseits die im Zuge der Wohlfahrtspflege geleisteten Ar-

627 Diese wurden im Zeitraum von 1890 bis 1905 gefasst. Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 106 mit Anm. 1 – 114; Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 646. Sowie die Berichte über die Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses der Jahre 1890 bis 1904.

628 Die Leitsätze bzw. Thesen finden sich in der Regel im Rahmen der Verhandlungsberichte der einzelnen Kongresse. Vgl. hierzu die Berichte über die Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses der Jahre 1890 – 1904.

629 Vgl. insgesamt den Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890).

630 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 65.

631 Vgl. ebd., S. 66.

beiten zu unterstützen. Andererseits sollte er über gesetzgeberische Maßnahmen, den sozialen Wohnungsbau fördern, erworbenes Eigentum schützen, für eine günstige Kreditvergabe sorgen und schließlich den sozialen Wohnungsbau seitens der Industrie initiieren.[632]

In der angenommenen Resolution wurde die Zuwendung vermehrten Interesses auf die Wohnungsfrage im Allgemeinen und die Arbeiterwohnungsfrage im Besonderen empfohlen.[633] Die gesamte Argumentation bewegte sich in den gesellschaftlich etablierten Allgemeinplätzen. Zudem waren die vorgebrachten Argumente in wesentlichen Bereichen mit denen nahezu identisch, die bereits auf der „Bonner Conferenz der Arbeitgeber“ 1870 zu diesem Thema vorgebracht worden waren.[634] Es hatte also innerhalb der bis dahin vergangenen Jahre keine Entwicklung hinsichtlich des Grundproblems schlechter Arbeiterwohnungen, wie auch in Bezug auf die Grundlagen für eine Verbesserung dieser Notlage, stattgefunden.

Ein Zeugnis für die Vielfalt der Herangehensweisen war, die Soziale Frage auch unter einem rein geistlichen Gesichtspunkt gesehen, einer Erörterung zugänglich zu machen. Dabei ging es um das Thema der Behandlung der Sozialen Frage im Rahmen der Predigt. Grundsätzlich wurde die Unmöglichkeit festgestellt, die Soziale Frage innerhalb der Predigt in Bezug auf ihre wirtschaftspolitische Betrachtungsweise zu behandeln. Dieses Unvermögen wurde mit dem bestehenden Widerspruch bezüglich des Grundgehalts des Evangeliums wie auch der Bestimmung der Predigt begründet.[635] Nur aufgrund der Aufgabe der Predigt, den Menschen einen Sonntag zu geben, musste dennoch eine Befassung mit der Sozialen Frage stattfinden. Dabei bestand die soziale Bedeutung des Christentums in seiner gemeindebildenden Funktion sowie in der weltgeschichtlichen Größe, die es dadurch erlangen konnte. Aus diesem Grund war es die Verpflichtung der evangelischen Predigt, einerseits das Christentum als Allgemeingut zu betrachten. Andererseits musste sie zugleich dessen Bedeutung für die Menschengesellschaft sowie die christlich begründeten Ansprüche hinsichtlich der Sozialfürsorge herausstellen. In diesem Zusammenhang wurde betont, „daß die Erlösung Welterlösung ist“,[636] was jeden Gläubigen zu einem Leben in Liebe für den Nächsten hinführen sollte. Die Grundlage des Glaubens war die rettende, erlösende Liebe, weshalb der Christ in erster Linie durch die

632 Vgl. ebd., S. 66 f.
633 Vgl. ebd., S. 87; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 107.
634 Vgl. Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage (1870), S. 11 – 26.
635 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des fünften Evangelisch-sozialen Kongresses (1894), S. 11.
636 Ebd., S. 12.

Liebe tätig werden sollte. Der Predigt war die Aufgabe gestellt, den dazugehörigen Weg zu beschreiben. Zugleich sollte die Predigt zur Buße angesichts der Lieblosigkeit der Welt aufrufen und dabei jedem Menschen die Erkenntnis verschaffen, dass der Wertemaßstab für sein Leben die von ihm gelebte Liebe war. Schließlich wurde die Erlösung von allem Leid und Elend am Jüngsten Tag betont und damit gleichzeitig zum Dulden der gegenwärtigen Zeitumstände aufgerufen.[637]

Nach Ansicht der Versammlung war die evangelische Predigt vordergründig eine Predigt des Glaubens. Zugleich wurde jedoch unterstrichen, dass sie „auf dem Grenzgebiet zwischen der christlichen Sittenlehre und den sozialen Zuständen zur Zeit offenbar das Recht (hat), Volksschäden zu tadeln, selbst nach bestem Wissen Wege zur Besserung aufzuzeigen, ohne jedoch […] in den wirtschaftlich-technischen und organisatorischen Streifragen Parteistellung zu nehmen.“[638] Im Gegensatz dazu wurde als grundsätzliche Aufgabe der Predigt die Erfordernis hervorgehoben, die Evangelisation als die Grundlage jeglicher Linderung der wirtschaftlichen Not zu betonen. In diesem Zusammenhang wurden alle Bevölkerungsschichten mit einbezogen.[639]

An diesem Vortrag waren zwei Aspekte besonders von Interesse. Einerseits wurde die Begrenzung des Christentums und seiner Verkündigungsform, der Predigt, auf die Diesseitshoffnung vorgenommen. Andererseits wurde zugleich die Christianisierung aller Menschen als Basis einer Lösung der Sozialen Frage betrachtet. Die Argumentation bewegte sich also ebenso wie im vorherigen Beispiel innerhalb des etablierten Gedankenguts der evangelischen Kirche. Die soziale Tätigkeit wurde vordergründig auf die geistliche Sphäre beschränkt, wobei dennoch auch die Funktion eines mahnenden Gewissens, durch die Bemerkungen zu sozialen Notständen, im Rahmen des Möglichen gesehen wurde. Trotzdem wurden keine konkreten Schritte angeregt oder über das, bis zu diesem Zeitpunkt übliche Maß, hinausgehende Denkanstöße gegeben.

Neben diesen beiden Aspekten in Zusammenhang mit der Arbeiterfrage wurden auch andere behandelt, die die Zeitgenossen nicht weniger bewegten. Vielmehr scheute sich der ESK nicht, sich mit besonders sensiblen Themenkreisen im Rahmen seiner Verhandlungen zu befassen, wie bereits der erste ESK illustrierte.

---

637 Vgl. ebd., S.12.

638 Vgl. ebd., S. 42 f.; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 108.

639 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des fünften Evangelisch-sozialen Kongresses (1894), S. 42; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 108.

Zur Frage der Arbeiterorganisation

Der erste ESK befasste sich unter anderem mit dem Thema „Die Evangelischen Arbeitervereine, ihre Bedeutung und weitere Ausgestaltung“,[640] womit deren grundlegende Bedeutung wie auch Bewertung als ernsthafte Frage verbunden wurde. Die Evangelischen Arbeitervereine verdankten ihre Entstehung „einem konfessionell-kirchlichen und einem sozialen Bedürfnis“,[641] wobei der letzte Entstehungsgrund einen stetigen Bedeutungszuwachs vermelden konnte. Dahinter stand die Auffassung von der sittlichen Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber allen anderen Ständen. Das Fehlen jeglicher Standesschranken in sittlicher Hinsicht wurde dabei hervorgehoben. Mit diesem zukunftsweisenden Satz bewegte sich die Argumentation außerhalb der etablierten Gedankengänge des Bürgertums, das die Arbeiterschaft generell als sittlich wie auch menschlich niedriger gestellt betrachtete. Vor diesem Hintergrund der Minorität und den Augen der Gesellschaft, erklärte sich auch die Funktion der Evangelischen Arbeitervereine. Diese sollten vordergründig den Arbeitern den Raum für Diskussionen „über die Hebung ihrer Lage in freier, aber doch geordneter und an das Evangelium gebundener Weise“[642] geben. Daneben wurde die soziale, erzieherisch-bildungspolitische aber auch sozialfürsorgerische Funktion der Evangelischen Arbeitervereine hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wurde selbstredend auch auf die Möglichkeit, einer berufsmäßigen Untergliederung in bestimmte Fachabteilungen Bezug genommen. Schließlich wurde als bedeutungsvollste Grundlage betont, dass „allein *das Evangelium* von der Gnade Gottes in Christo Jesu, die allen Menschen nicht bloß zeitlich, sondern ewig helfen will“[643] das alleinige Hilfsmittel war. In der Argumentation fand eine Verknüpfung von „wirtschaftlichen Forderungen mit politischen Zielsetzungen“[644] statt. Erklärbar wurde diese Verbindung mit der genuinen Opposition gegenüber der Sozialdemokratie, andererseits auch durch die vom lutherischen Obrigkeitsdenken beeinflusste Auffassung des Referenten. Es wurden also auch bei diesem Beispiel letztlich nur allgemein etablierte Gedanken vorgebracht.

Die dazu verabschiedete Resolution betonte noch einmal den gesellschaftskonformen Charakter des Vortrags. Grundsätzlich sprach sich der ESK für das Recht der

640 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 87.
641 Ebd., S. 87. Vgl. auch: Lewek, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende (1963), S. 57.
642 Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 88.
643 Ebd., S. 89. Die kursiv gesetzte Stelle ist im Original gesperrt gedruckt.
644 Lewek, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende (1963), S. 57.

Arbeiter auf eine Organisation zwecks Hebung ihres sozialen Standes aus. Allerdings wurde ebenso unterstrichen, dass von den damit verbundenen Bestrebungen „*nur dann Erfolg und Heil erhofft* (werden kann), *wenn sich die Arbeiter von den damit verworrenen atheistischen und materialistischen Irrtümern fernhalten*."[645] Der ESK sprach sich aus diesem Grund für eine Bildung von Evangelischen Arbeitervereinen an Standorten der Industrie aus. Zugleich war damit die Ermahnung an die höheren Stände verbunden, den Arbeitervereinen ihre Unterstützung zukommen zu lassen.[646]

Hinter der Fürsprache für eine Arbeiterorganisation im gesetzlich-gesellschaftlich etablierten Rahmen, stand auch die Anerkennung dieser Bestrebungen als wirtschaftlich und kulturell zweckdingliche Verbindungen. So wurde auch auf einer der späteren Versammlungen über „Die Bedeutung der Arbeiter-Organisationen für Wirtschaft und Kultur"[647] gesprochen. Dabei wurde noch einmal betont, dass die „modernen Arbeiterorganisationen eine für unsere Wirtschaft notwendige und für unsere Kultur bedeutungsvolle Erscheinung"[648] sind. Allerdings wurde mit Bedauern die mehrheitliche Tendenz der Arbeiterorganisationen in ihrer Ausrichtung in Richtung Sozialdemokratie festgestellt. Die Schuld daran wurde nicht einseitig den Arbeitern, sondern vielmehr der gesamten Gesellschaft zugewiesen. In diesem Aspekt war ein Fortschritt gegenüber früheren Stellungnahmen zu erkennen, indem die Schuldzuweisung nicht nur zu Lasten der Arbeiter ging, sondern auch der übrige Teil der Gesellschaft mit einbezogen wurde. Der ESK hoffte schließlich, die angesichts des Bergarbeiterstreiks des Jahres 1903/04 erreichten gesetzlichen Verbesserungen hinsichtlich des Arbeiterschutzes nicht als Endpunkt sehen zu müssen. Vielmehr sprach sich der ESK für eine Fortsetzung dieser Politik aus, was mit einer impliziten Aufforderung zum Handeln gleichermaßen an Staat wie Gesellschaft verbunden war.[649]

In Zusammenhang mit diesem Verhandlungsgegenstand zeigte sich eine Weiterentwicklung. Der ESK bewegte sich dabei zwar grundsätzlich auf dem Boden der etablierten öffentlichen Meinung. Zugleich war damit eine indirekte und vorsichtige

---

645 Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 119. Die kursiv gesetzte Stelle ist im Original gesperrt gedruckt. Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 107.

646 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 119. Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 107.

647 Vgl. Die Verhandlungen des sechszehnten Evangelisch-sozialen Kongresses (1905), S. 33 – 51.

648 Ebd., S. 33.

649 Vgl. ebd., S. 33; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 113.

Kritik verbunden, die der Gesellschaft und dem Staat eine Mitverantwortung an der Hinwendung der Arbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie zuwies. Die Bedeutung des Themas Sozialdemokratie zeigte sich eindrucksvoll, indem sich der ESK bereits auf seiner ersten Versammlung damit beschäftigte.

Die Stellung zur Sozialdemokratie[650]

Grundsätzlich wurde die Sozialdemokratie negativ bewertet, da sie vordergründig als Umsturzpartei aufgefasst wurde, die dem Drang der Arbeiter nach wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gleichberechtigung Ausdruck gab. Dabei wurde ihre Bedeutung als Begleitfaktor eines Gesellschaftsumbruchs sowie eines weltgeschichtlichen Veränderungsprozesses nicht verkannt. Berechtigung wurde der Sozialdemokratie solange zugestanden, wie sie die von der Gesellschaft als gerechtfertigt angesehenen Forderungen der Arbeiter in Bezug auf die Verbesserung der sozialen Zustände vertrat. Zugleich wurde jegliche oppositionelle Haltung gegen Staat und Kirche abgelehnt. Dasselbe galt in Hinblick auf die unterstellten revolutionären Veränderungen, die aufs Schärfste verurteilt wurden. Zugleich sah der ESK eine Gefahr für das Christentum in der internationalen Organisation der Sozialdemokratie. Diese Stellen veranschaulichten eindrucksvoll die Motivation, die zur Gründung des ESK geführt hatte. Es galt Unheil von Christentum und Staat, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch auf der ganzen Welt abzuwehren. Als ursächlich für das Aufkommen der Sozialdemokratie in Deutschland und ihre dortigen Erfolge wurden zwei Faktoren genannt. Einerseits wurde der Kulturkampf und damit indirekt die katholische Kirche, respektive das katholische Zentrum, verantwortlich gemacht. Andererseits wurde durchaus kritisch erkannt, dass das damals herrschende Parteiensystem mit seiner vermutlich implizit auch unterstellten Wirkungslosigkeit bei der Befassung mit der Sozialen Frage, in die Verantwortung zu ziehen war.[651]

In diesem Zusammenhang wurde dem evangelischen Bevölkerungsteil Deutschlands die Aufgabe der Beseitigung der sozialen Not zugewiesen. Als Mittel für eine Behebung der sozialen Not in gesellschaftlicher Hinsicht sollten Buß- und Glaubensübungen in Verbindung mit gelebter Liebestätigkeit in Form von Seelsorge

650 Vgl. zum Folgenden: Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 119 – 140.

651 Vgl. ebd., S. 120.

stehen.[652] Dem Staat wurde die Sozialmonarchie in Form des sozialen Kaisertums, wie es in den 1890 geschehenen Februarerlassen aufzukeimen schien, anempfohlen. In diesem Zusammenhang wurde ein besonderer Akzent auf den Schutz und die Gewährleistung der Sonntagsruhe gelegt. In gesellschaftlicher Hinsicht wurde die Erfordernis des gegenseitigen familiären wie auch friedlichen Umgangs zwischen allen Schichten als der richtige Weg aufgezeigt. Ferner wurde der Kirche die Aufgabe zugewiesen „als die irdische Darstellung des Reiches Gottes nicht bloß einen persönlichen, sondern auch einen sozialen Einfluß“[653] zu üben „und in ihrer gesamten Tätigkeit die sozialen Gesichtspunkte mehr zur Geltung“[654] zu bringen. Die Mittel zur Realisierung dieser Einflussnahme wurden in übersichtlichen Parochien mit der Möglichkeit zur christlich-sozialen Arbeit und der dortigen Befassung mit der Sozialen Frage gesehen. Hinzu sollten eine wissenschaftliche Arbeit mit den sozialen Ideen der Bibel sowie die Evangelisation treten. Außerdem bestand die Ansicht, vermehrt Seelsorge und Liebestätigkeit im Rahmen der Inneren Mission, aber auch der allgemeinen Nächstenliebe an allen sozialen Klassen üben zu müssen. Der Gedanke des Evangeliums sollte zudem in das gesamte Leben der Gesellschaft gebracht werden, so dass es dasselbe wie einen Sauerteig zu durchdringen sucht.[655] Die Anklänge an das Gedankengut Johann Hinrich Wicherns, bei dem die Gleichnisse vom Senfkorn und vom Sauerteig[656] große Bedeutung bei der Wiedergewinnung der verlorenen Christen hatten, waren unverkennbar. Auch an dieser Stelle bewegte sich die Argumentation innerhalb des Rahmens des etablierten Gedankenguts. Als weiteres Mittel wurde die Förderung des Vereinslebens im Rahmen der Evangelischen Arbeitervereine, wie auch der Schaffung des gesellschaftlichen Austauschs über ein reges Gemeindeleben gesehen. Ferner sollte über Gemeindeversammlungen und Familienabende das Gesellschaftsgefüge gestärkt und in christliche Bahnen gelenkt werden. Deutlich wurde die Intention, auf christlich-kirchlicher Ebene ein Pendant zum sozialdemokratischen Netzwerk zu schaffen. Abschließend wurde festgehalten, dass sich die Kirche, indem sie auf diese Weise

652 Vgl. ebd., S. 121.
653 Ebd., S. 121.
654 Ebd., S. 121.
655 Vgl. ebd., S. 122.
656 Vgl. Jannsen, Einleitung. In: Wichern, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 46. Vgl. auch: Wichern, Notstände der protestantischen Kirche und die Innere Mission. In: Wichern, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 61; 123; 130; Ders., Die Aufgabe der evangelischen Kirche die ihr entfremdenden Angehörigen wiederzugewinnen. In: Wichern, Ausgewählte Schriften. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage (1956), S. 229.

„durch ihre amtlichen Organe und Thätigkeiten wie durch ihre freien Vereine und Arbeiten einen Einfluß auf das soziale Leben erstrebt, […] auf eine zu lange vergessen, in der Gegenwart unerläßliche Aufgabe, die als ihre öffentliche Mission bezeichnet werden kann und um so dringender ist, als andere Mächte, wenn die evangelische Kirche ihren Dienst versagt, bereit und am Werke sind, ihren Einfluß zum Schaden des Evangeliums und des deutschen Volkes auszunutzen.“[657]

Die evangelische Kirche wurde als die Beschützerin von Evangelium und Staat dargestellt. Der ESK gab dieser Auffassung Ausdruck, indem er eine Überwindung der Sozialdemokratie nur durch die Macht des Evangeliums möglich sah. Darüber hinaus wurde der evangelischen Kirche die Aufgabe zuerkannt, die Sozialdemokratie in Wort und Tat zu bekämpfen. Sie sollte das Bewusstsein innerhalb aller gesellschaftlichen Stände dafür wecken, die Krise, die im Aufkommen und Wachsen der Sozialdemokratie gesehen wurde, als in der Gesamtheit aller deutscher Christen wurzelnd zu sehen. Der Höhepunkt der Krise wurde im Materialismus und Atheismus erkannt, was wiederum als Nationalschuld bewertet wurde. Aus diesem Grunde wurde die dringende Empfehlung gegeben, „daß auf dem Grunde einer neuen, aus dem Evangelium geborenen Gesinnung die einzelnen Stände sich ihrer sozialen Verpflichtungen gegen einander bewußt und denselben gerecht werden, daß in Sonderheit die Arbeitgeber den sittlich ebenbürtigen Werth der Arbeit anzuerkennen, die Arbeiter aber in der selben einen sittlichen Beruf erblicken lernen.“[658]

Die Argumentation bewegte sich also ebenso wie an den anderen Stellen innerhalb des bekannten und akzeptierten Rahmens. Eine gewisse zukunftsweisende Stellung konnte indessen erkannt werden, indem trotz allem Traditionalismus und Patriarchalismus eine gegenseitige Rücksichtnahme sowie eine gegenseitige Verantwortung aller gesellschaftlichen Faktoren anerkannt wurde. Allerdings wurden außer der Empfehlung bzw. Erkenntnis von der Aufgabe der Kirche im Rahmen der Bekämpfung der Sozialdemokratie, keine weiteren Handlungsmaximen, die außerhalb des etablierten Bereichs lagen, anempfohlen. Es wurde indirekt der Status quo bestätigt, wobei alle Maßnahmen zur Erhaltung desselben vordergründig als relevant betrachtet wurden.

Neben diesen, speziell im Bereich der Sozialen Frage liegenden Themen wurden auch andere drängende Aufgaben behandelt. Die ganze Flexibilität und Professio-

657 Bericht über die Verhandlungen des ersten Evangelisch-sozialen Kongresses (1890), S. 122.
658 Ebd., S. 140.

nalität der Arbeit zeigte sich auch in der Behandlung tagesaktueller Fragen und Probleme.

Die sozialen Aufgaben der im Amt stehenden Geistlichen (1896)

Interessanterweise war der ESK gerade im krisenhaften Jahr 1896 in Stuttgart zu Gast, was das für die soziale Arbeit offene Klima Württembergs eindrucksvoll unterstreicht. Dasselbe galt für die wiederholten Tagungen in Württemberg, wie beispielsweise die 20. Tagung 1908 in Heilbronn. Württemberg war also fester Bestandteil bei der theoretischen Arbeit des ESK.[659] Das Thema des krisenhaften Kongresses im Jahr 1895 war die Besprechung des Erlasses des preußischen Oberkirchenrats. Das Ergebnis war die Zustimmung zu dem Erlass, insofern er auf Pastoren bezogen war, die sich einseitigen parteipolitischen Interessen widmeten und zugleich die Arbeit für den sozialen Frieden vernachlässigten. Andere Pastoren, die Maß und Ziel walten ließen, sollten jedoch davon unbehelligt bleiben.[660] Diese Auffassung deckte sich mit dem dort gehaltenen Vortrag des Esslinger Pfarrers Planck zum Thema „Die soziale Tätigkeit der im Amt stehenden Geistlichen, ihr Recht und ihre Grenzen."[661]

Die Frage nach der sozialen Betätigung der Pfarrer hatte sich im Zeitraum bis 1895 quasi von selbst generiert. Einerseits hatte es sozial engagierte Pfarrer gegeben, die andererseits ebenso wie ihre untätig gebliebenen Kollegen dem Vorwurf des mangelnden Verständnisses für die Aufgaben der Zeit ausgesetzt waren.[662] Ebenso wurde sozial aktiven Pfarrern der Vorwurf der Amtsanmaßung gemacht, so dass hinsichtlich der sozialen Tätigkeit der Pfarrer sehr kontroverse Meinungen vorhanden waren. Als Kern der Tätigkeit des Pfarrers wurden der soziale Ausgleich und die Versöhnung angesehen. In diesem Zusammenhang erschien die Beispielsfunktion des Pfarrers in seiner Amts- und Lebensführung als wesentlich. Ein weiterer Faktor geistlicher Sozialarbeit wurde in der Arbeit der Inneren Mission gesehen, die stets „ein Stück sozialer Tätigkeit dar(stellte), welches auch, soweit es nicht geradezu amtlich ihm auferlegt ist, niemand im Ernste dem Geistlichen wird verwehren wollen."[663] Diese beschriebene Tätigkeit war hinreichend umrissen und wohl auch

659 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien" und „neben den Gewerkschaften" (1989), S. 132 f.
660 Vgl. Nobbe, Der Evangelisch-soziale Kongreß und seine Gegner (1897), S. 35.
661 Der Vortrag ist mit geringfügigen Auslassungen abgedruckt in: Planck, Heinrich Planck (1933), S. 179 – 201. Sämtliche Zitate und Verweise beziehen sich auf diesen Abdruck.
662 Vgl. Planck, Heinrich Planck (1933), S. 180.
663 Ebd., S. 181 f.

gesellschaftlich akzeptiert. Auf der Grundlage dieser Auffassung konnte sich der Erlass des preußischen Oberkirchenrats auch nicht auf die Tätigkeit der Pfarrer im Rahmen der Inneren Mission beziehen. Diese Art der Tätigkeit wurde als unproblematisch gesehen und aus diesem Grund nicht weiter erörtert.

Im Gegensatz dazu stand im Zentrum des Problems die soziale Aktivität des Pfarrers im engeren Wortsinne.[664] Im Grundsatz war es die Frage, „ob und inwieweit der Geistliche im Amt ausdrücklich seinen Beitrag geben dürfe zu Lösung der ‚sozialen Frage', d. h. zur *tatsächlichen* Ausgleichung der ungesunden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze, welche die *Wohlfahrt* des *Volksganzen* bedrohten und zu deren Hebung die Mitwirkung von Staat und Gesellschaft in Anspruch genommen werden muß."[665] Das soziale Engagement der Pfarrer offenbarte sich deutlich an deren Reaktionen auf die Belange der Arbeiterschaft und vor allem auf den zahlreichen Kongressen. Es stellte sich also nach alledem für die Zeitgenossen die Frage, ob den Pfarrern dieses Engagement zu untersagen, oder ob es ihnen als ihr gutes Recht zu gestatten war.[666]

Auf biblischer und kirchengeschichtlicher Grundlage ließen sich sowohl Argumente für als auch gegen eine soziale Tätigkeit der Pfarrer finden. Aus diesem Grund erschien es sinnvoller, das Augenmerk auf „große und allgemeine Grundsätze"[667] zu richten. Die Hauptaufgabe des Geistlichen lag im geistlichen Bereich. Allerdings bestand eine direkte Korrelation zum materiellen Bereich, so dass eine seelsorgerische Arbeit oftmals durch die realen Existenzprobleme der Bevölkerung gehemmt wurde. Aus diesem Grund musste eine Veränderung der allgemeinen Lebensumstände einer seelsorgerischen Arbeit vorausgehen, damit diese eine Basis hatte.[668] Nachdem der Pfarrer kraft Amt ein besonderes Augenmerk auf das sittlich-religiöse Leben hatte, war es für ihn ein Recht wie auch eine Pflicht, jede Maßnahme zu ergreifen, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Diese Amtspflicht wurde solchermaßen weit gesehen, dass ihm somit die Verpflichtung erwuchs, auch auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Das Amt des Pfarrers beinhaltete ebenfalls die Pflicht, die führenden Kreise auf die Verantwortung aller für das Gemeinwesen hinzuweisen.[669]

---

664 Vgl. ebd., S. 182.
665 Ebd., S. 182. Die kursiven Hervorhebungen sind im Original gesperrt gedruckt.
666 Vgl. ebd., S. 182 f.
667 Ebd., S. 185.
668 Vgl. ebd., S. 185.
669 Vgl. ebd., S. 186 f.

Grundsätzlich hatte der Pfarrer auch das Recht, in aller Öffentlichkeit seiner Missbilligung von Übeln aller Art Ausdruck zu geben, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Interessengruppen nehmen zu müssen. Als Bewertungsgrundlage konnte ihm jedoch allein das Evangelium als Gradmesser dienen. Allerdings wurde dem Pfarrer zugleich das Recht zuerkannt, mit den Mitteln der Predigt und Ansprache, soziale Not zu strafen sowie zu versuchen, das christliche Gewissen zu wecken.[670] Ein wesentliches Recht, das ihm geradezu als eine zwingende Verpflichtung auferlegt worden war, bestand im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Diese Verpflichtung ergab sich aus der herrschenden Meinung, nach der die Sozialdemokratie bedingt durch ihre, gegen die Kirche gerichtete Weltanschauung als maßgeblicher Faktor der Entfremdung der Arbeiterschaft von der Kirche angesehen wurde. Dabei sollte der Pfarrer nicht nur berechtigt sein, alles zur Wiedergewinnung der Menschen zu unternehmen, sondern auch um einer sozialdemokratischen Einflussnahme vorzubeugen. Hinter letzterem Recht stand eindeutig die Sorge um weitere Abfallbewegungen von der Kirche. Daraus ergab sich die Folgerung, dass „dem Geistlichen das Recht zur sozialen Tätigkeit im eigentlichen Sinne gewahrt bleiben“[671] muss, das „aus *den Rechten und Pflichten seines Amtes*, wie sie sich gestalten in der lebendigen Berührung mit der Gegenwart“[672] folgt.

Die bisherige Argumentation bewegte sich im Rahmen der etablierten Gedankenwelt. Demnach durfte und sollte ein Pfarrer nur das Recht zur sozialen Aktivität haben, solange es zur Verhinderung einer vermehrten Entkirchlichung diente. Ferner bestand dieses Recht ebenfalls, soweit es zur Verminderung und Verhinderung einer sozialdemokratischen Einflussnahme auf die Arbeiterschaft diente. Dahinter war der Aspekt der Gefährdung der etablierten Gesellschaftsordnung sowie des christlichen Staates zu sehen, was die Aktivität allein rechtfertigte. Die vorgebrachten Aspekte waren sowohl mit der Zielsetzung des ESK als auch mit der herrschenden Meinung der Gesellschaft konform.

Allerdings gab es auch Faktoren, die die soziale Tätigkeit begrenzten. Diese bestanden im Wesentlichen aus den mit der sozialen Tätigkeit verbundenen Gefahren für den Geistlichen. Eine Grenze wurde dem Geistlichen durch die ihm zur Verfügung stehenden Mittel gesetzt. Die soziale Not bewegte sich auf dem weltlichen Gebiet der Sozialpolitik. Normalerweise wurden zu ihrer Behebung, respektive Linderung,

670 Vgl. ebd., S. 187 f.
671 Ebd., S. 191.
672 Ebd., S. 191. Die kursiv gesetzten Stellen sind im Original gesperrt gedruckt.

weltliche Mittel eingesetzt. Dieselbigen standen dem Pfarrer nicht zur Verfügung. Er konnte somit nur solche Maßnahmen ergreifen, die zum Evangelium konform waren, was als unabänderliche Grenze angesehen wurde. Eine weitere Gefahr lag in einer ungerechtfertigten Parteinahme. Der Geistliche hat die Verpflichtung, bei allen seinen Handlungen vom Standpunkt des Überparteilichen tätig zu werden. Konkret zeigte sich dieser Aspekt in der Forderung, dass der evangelische Pfarrer „frei von jedem Klassenegoismus, am freisten, selbstverständlich, von dem Klassenegoismus der bevorzugten Stände, aber auch frei von *einseitiger Parteinahme* für die unteren Stände“[673] sein musste. Daneben war die Arbeit des Geistlichen durch seinen geistlichen Auftrag, Seelsorge zu üben, begrenzt. Zur Linderung sozialer Not waren ihm lediglich die Mittel der Seelsorge und nicht diejenigen des Ökonomen gegeben. Es sollte sich also vornehmlich um nichtmaterielle Sozialarbeit handeln.[674]

Bei diesem Teil der Argumentation wurden ebenfalls wieder etablierte Gedanken geäußert. Ein Pfarrer sollte nur dann sozial tätig werden, wenn diese Tätigkeit ausschließlich im Rahmen der Seelsorge betrieben und keine direkte Sozialarbeit ausgeübt wurde. Auch in dieser Hinsicht bestand Konformität mit dem Gesellschaftsideal sowie den Grundsätzen des ESK.

Neben solchermaßen von außen gegebenen Begrenzungen einer sozialen Tätigkeit ergaben sich auch individuelle Grenzen, die jedem einzelnen Pfarrer aus seiner speziellen Stellung erwuchsen. Dazu gehörte zunächst die innere Motivation, die immer die Grundlage jeglichen Handelns bilden sollte.[675] Ferner war es zudem dem einzelnen Pfarrer zu bedenken gegeben, ob ihm trotz seines sozialen Engagements noch „genügend *Zeit*, *Kraft* und *Interesse* für das *eigentliche geistliche Amt*“[676] blieb. Der Pfarrer sollte sich vor einer sozialen Betätigung darüber im Klaren sein, ob es nicht ausreichend sei, die Soziale Frage als sittlich-religiöse aufzufassen. In Abhängigkeit davon sollte auch die entsprechende Reaktion erfolgen. Denn vor der Ergreifung sozialfürsorgerischer Maßnahmen musste überprüft werden, ob die Not nicht besser durch die Anleitung der Betroffenen zu einem sittlich richtigen Lebenswandel zu beheben wäre. Es waren Erfahrungswerte, die ergeben hatten, dass dadurch viel Not verhindert und zugleich das Familienleben verbessert werden

673 Ebd., S. 193. Die kursiv hervorgehobenen Stellen sind im Original gesperrt gesetzt.
674 Vgl. ebd., S. 194.
675 Vgl. ebd., S. 195 f.
676 Ebd., S. 196. Die kursiv hervorgehobenen Stellen sind im Original gesperrt gesetzt.

konnte. Das zu gebrauchende Mittel war der persönliche, seelsorgerische Einsatz bei allen Ständen. Interessant war der Einbezug der höheren Stände in diese Aktivität, da diese ansonsten in der Regel von Maßnahmen sozialfürsorgerischer Art ausgenommen waren. Freilich ließ es sich nicht vermeiden, dass der Pfarrer im Zuge der sittlich-religiösen Behandlung der sozialen Not, auf wirtschaftliche und andere Gebiete gelenkt wurde. In jedem Fall war die sorgfältige Abwägung des Einzelfalles zwingend erforderlich, um die Entscheidung für oder gegen eine Tätigkeit zu treffen.[677]

Mit dieser Argumentation wurde abermals unreflektiert in die Entscheidungsfindung eingebracht, dass jeder Mensch selbst an der eigenen Not schuld war. In diesem Zusammenhang wurden weder die allgemeinen Zeit- noch die Lebensumständen der Individuen berücksichtigt, die das propagierte sittliche Lebensideal als unmöglich zu realisieren erkennen ließen. Indem unberücksichtigt blieb, das angeprangerte schlechte Familienleben und die Wirtshausbesuche als Folge von niedrigen Löhnen sowie unwohnlichen Behausungen und dem Wunsch diesem Elend zu entfliehen zu sehen, zeigten sich die gesellschaftlich auferlegten Schranken der Betrachtungsweise. Es konnte nur ein verzerrtes Bild entstehen, wenn die Maßstäbe, die für andere, bessere Lebensbedingungen geschaffen worden waren, auf die Arbeiter angewandt wurden. Infolge einer solchermaßen gemachten Abwägung konnte die Entscheidung eher zuungunsten eines sozialen Engagements der Pfarrer ausfallen.

Generell musste sich jeder Pfarrer darüber im Klaren sein, ob er für eine soziale Betätigung die erforderliche innere und äußere Berufung hatte. Bei einer positiven Antwort wurde ausdrücklich betont, dass der Pfarrer unbeirrt und mit vollem Recht, die aus seiner Sicht notwendigen Schritte unternehmen sollte. Trotz dieses grundsätzlichen Rechts blieb es jedem die Pflicht, eine sorgfältige Einzelfallabwägung zu unternehmen, sowie die ihm individuell und gesellschaftlich gesetzten Grenzen zu wahren. Die Symbiose aus Freiheit zum Handeln und Sorgfalt beim Handeln, erschien als wesentlicher Faktor der Entscheidungsfindung.[678]

Die gesamte Erörterung der Frage nach der sozialen Tätigkeit der Pfarrer, als Reaktion auf die Erlasse des preußischen Oberkirchenrats, bewegte sich im Rahmen der etablierten Auffassungen. Grundsätzlich war eine soziale Tätigkeit nur gewünscht,

---

677 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 197 – 199.

678 Vgl. ebd., S. 200 f.

solange sie zur herrschenden Meinung konform war und sich in der Gedankenwelt der gebildeten Schichten bewegte. Die Ursachen der sozialen Not wurden vordergründig im moralisch-sittlichen Bereich gesehen, wodurch der Aktionsradius von vorne herein beschränkt war. Das änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass sich ein eindeutiges Votum für das Recht des Pfarrers ergab, sozial tätig zu werden. Allerdings war eine solche nur gewünscht, wenn keinerlei Agitation damit verbunden war.[679]

Dennoch und hier war der speziell württembergische Charakter dominierend, war es ein, auf der württembergischen Weitsicht basierendes Anliegen, zumindest die indirekte soziale Tätigkeit auf Grundlage der gesellschaftliche etablierten Wege zu fördern. In dieser Hinsicht zeigte die württembergische Kirchenleitung einen zukunftsweisenden Weitblick. Diese Offenheit war vermutlich teilweise auch durch den pietistischen Geist bedingt, der nicht nur eine geistliche Sozialarbeit bereits seit langem kannte, sondern der auch eine Unterscheidung zwischen verschuldeter und unverschuldeter Not machte, was den Handlungsspielraum des Einzelnen bei der Entscheidungsfindung erweiterte. Insbesonders in Württemberg fand ungeachtet der Erlasse des preußischen Oberkirchenrats eine durchgängig erfolgreiche soziale Arbeit von Geistlichen und Laien, aber nicht der Kirche als Institution statt.

Zur Bewertung des ESK

Der ESK stellte den erstmaligen Versuch dar, die unterschiedlichen kirchenpolitischen Richtungen zusammenzuführen und zu einer ergiebigen Arbeit mit Nationalökonomen zu bringen. Dieser Faktor war zunächst ein Grundcharakteristikum des ESK. Es gelang, über die gesamte Zeit seiner Wirkung, eine innere Einheit und Unabhängigkeit zu bewahren, was die Behandlung von Sachfragen sehr erleichterte. Allerdings wurde in gesellschaftspolitischer Hinsicht keine Neutralität gewahrt, was sich hemmend auswirkte. Außerdem konnte festgestellt werden, dass es weder thematische noch sachliche Wiederholungen bei den verschiedenen Tagungen gab. Vielmehr stellten alle Veranstaltungen „den Versuch (dar), das Ganze einer von sittlichen Gesichtspunkten getragenen Sozialpolitik zu erfassen.“[680] Das zeigte sich beispielsweise bei der Behandlung der Gewerkschaftsfrage, die in der Bejahung des

679 Vgl. Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 35.

680 Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 59. Vgl. zum Vorstehenden auch: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 14; Nobbe, Der Evangelisch-Soziale Kongreß und seine Gegner (^{2}1897), S. 28 f.; Pollmann, s. v. Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE 10 (1982), S. 646 f.; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 23.

Rechts auf eine Organisation der Arbeiterschaft endete. Ein wesentlicher Erfolg war auch der Versuch über das literarische Gebiet, die Soziale Frage zu behandeln. Ferner war es das Verdienst des ESK sich nicht nur der Frauenfrage angenommen, sondern auch auf diesem Gebiet praktische Erfolge erzielt zu haben.[681] In Hinblick auf die Stellung zur Sozialdemokratie hatte der ESK im Verlauf seiner Tätigkeit einen Wandel durchgemacht und mitunter sehr kontroverse Ansichten.[682] Das Spektrum reichte von einer generellen Ablehnung aller Komponenten im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie bis hin zu einer Beschränkung, nur den sozialdemokratischen Atheismus abzulehnen. Die wirtschaftlichen Ziele, für die die Sozialdemokratie arbeitete, wurden hingegen als berechtigt anerkannt und aus diesem Grund von einer Bekämpfung ausgeschlossen.[683] Der ESK war also auch zu einer Evolution fähig.

Der ESK gab den gebildeten Schichten aus Theologen und Laien die Gelegenheit zur sozialen Tätigkeit. Es war ihm dadurch möglich, ebenfalls Anstöße für die Sozialpolitik des Staates zu geben, was als regelrechte Pionierarbeit bewertet werden konnte. Dabei wurde der Staat grundsätzlich in der Funktion eines Erziehers gesehen. Die „Bindung an das Selbst- und Staatsverständnis des Bürgertums folgerten sozialreformerische Maßstäbe, die durchaus als Versuche ernst genommen werden müssen, die soziale Frage zu lösen.“[684] Ferner wurden ethische Vermittlungsbemühungen unternommen, die ebenfalls einen Teil der Kongressarbeit ausmachten und vor allem im Zentrum der theologischen Vorträge standen.[685] Zuletzt jedoch wurde eine eher ruhigere Arbeitsweise festgestellt, was von manchen Teilnehmern mit großem Bedauern vermerkt wurde.[686] Allerdings hatte der ESK zwar soziale Aufklärungsarbeit betrieben, aber keinen direkten Einfluss ausgeübt und somit keine direkten Handlungsanstöße gegeben.[687] Dennoch hatte er das Verdienst, ungeachtet der durch die Zeitumstände bedingten Art seiner Äußerungen, richtungsweisend bei der Befassung mit sozialen Themen gewesen zu sein. In der Herangehensweise und

---

681 Vgl. zum Vorstehenden: Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 78 – 80; 93 – 96.

682 Vgl. zur gesamten Diskussion um die Sozialdemokratie: Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 26 f.

683 Vgl. Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 74; 101; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 7.

684 Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 28.

685 Vgl. ebd., S. 28.

686 Vgl. Goetz, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918 (1940), S. 73; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 102; Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 53 f.

687 Vgl. Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 97.

Erörterung der Einzelthemen unter den verschiedenen Gesichtspunkten war der ESK zukunftsweisend, auch wenn eine Vielzahl der Aufgaben und Lösungsvorschläge zum Zeitpunkt ihrer Behandlung noch nicht aktuell waren. Der ESK konnte durch die Vielzahl der in ihm vertretenen Richtungen eine ebenso vielfältige, moderne Herangehensweise an die einzelnen Probleme bewerkstelligen. In der vorurteilsfreien Erörterung[688] lag die große Bedeutung des ESK.

Schließlich gab es noch eine weitere Konferenz, die sich ebenfalls mit sozialen Fragestellungen befasst hatte. Dabei wurde jedoch eine andere Herangehensweise gewählt.

6.4.3. Die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz

Die Freie Kirchlich-Soziale Konferenz (FKSK) wurde 1897 als Reaktion auf die anhaltende Krise im Evangelisch-Sozialen Kongress (ESK) gegründet. Dabei kam dem ESK eine gewisse katalysatorische Wirkung zu.[689] Maßgeblich an der Gründung waren Adolf Stoecker, Lic. Ludwig Weber, Pfarrer Dammann, Graf Solms sowie Ernst Böhme beteiligt.[690] Die FKSK stellte danach einen Sammelpunkt für die Vertreter einer, sowohl in kirchlicher als auch politischer Hinsicht, konservativen Linie des Sozialprotestantismus dar. Sie lehnte das Staatskirchentum grundlegend ab, was sie bereits mit ihrer Bezeichnung als „frei“ deutlich machte. Als ihren Auftrag sah sie in erster Linie die Volksmission an. Dazu diente auch die ausdrückliche „Berufung auf das ‚unverfälschte bibl. Evangelium‘“.[691] Diese Ausrichtung bedingte die ursprüngliche Nähe zu den evangelischen Gemeinschaftskreisen. Da-

---

688 1. Punkt der Satzung des ESK, zitiert nach: Strathmann-von Soosten, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses (1991), S. 25. Vgl. Heienbrok, Einführung in die Tagung (1991), S. 9; Eger, Der Evangelisch-Soziale Kongreß (1931), S. 24; Voelter, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902 (1940), S. 21; Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 21; Bericht über die Verhandlungen des zweiten Evangelisch-sozialen Kongresses (1891), S. 126.

689 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 144.

690 Vgl. Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 13.

691 Pollmann, s. v. Freie kirchlich-soziale Konferenz/Kirchlich-sozialer Bund. In: RGG[4], Bd. 3 (2008), Sp. 301. Die Abkürzung im entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.
Vgl. auch: Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 15; Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 26 f.; Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 141 f.

bei war ein Teil der Aufgabe dann „naturgemäß auf die Eisenacher Konferenz[692] übergegangen“.[693] Trotzdem hatte die FKSK viel Arbeit „an der deutschen Gemeinschaftsbewegung und an den alten Gemeinschaften getan.“[694] Aber die FKSK stand nicht nur der Gemeinschaftsbewegung sehr nahe. Von Anfang an wurde eng mit den Evangelischen Arbeitervereinen zusammengearbeitet. Zu einem späteren Zeitpunkt traten die gemeinsame Arbeit mit den christlichen Gewerkschaften sowie die Stärkung der Interessenvertretung der Heimarbeiterinnen hinzu. Diese Kooperationen zeigten sich auch hinsichtlich der Themen auf den Kongressen. Unter anderem wurde dabei auch die Frage nach einer christlichen Arbeiterbewegung thematisiert. Allerdings zeigten sich diese Schwerpunktverlagerungen verstärkt nach der Jahrhundertwende. Zu dieser Schärfung des sozialpolitischen Profils leistete insbesonders die Frauengruppe einen großen Beitrag.[695]

Die Grundsätze für die Arbeit der FKSK wurden in der 1897 verabschiedeten Satzung unter den Rubriken „Betreffs der Kirche“, „Betreffs der Gemeinschaften“ sowie „Betreffs des Sozialen“ subsumiert.[696] Als Zweck der FKSK wurde in der Satzung die Schaffung einer Vereinigung „aller Männer und Frauen Deutschlands, die das gesamte öffentliche Volksleben mit den lebendigen Kräften des Evangeliums durchdrungen wissen wollen, die daher eine lebendige Mitarbeit der evangelischen Kirche an allen sozialen Fragen für erforderlich halten und selber zur praktischen und wissenschaftlichen Mitarbeit bereit sind“,[697] genannt. Nach ihrem Programm wollte die FKSK „ein Sammelpunkt für evangelische Männer und Frauen sein, die im Geiste der deutschen Reformation dahin streben, daß das **Evangelium** immer mehr die bewegende Kraft unseres Volkslebens werde, und die um dieses Zieles

---

692 Vgl. zur Eisenacher Konferenz: Graf, s. v. Eisenacher Konferenz. In: RGG^4, Bd. 2 (2008), Sp. 1179 f.

693 Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 14.

694 Ebd., S. 14.

695 Vgl. Pollmann, s. v. Freie kirchlich-soziale Konferenz/Kirchlich-sozialer Bund. In: RGG^4, Bd. 3 (2008), Sp. 301.

696 Vgl. Satzung der freien Kirchlich-Sozialen Konferenz abgedruckt als Anhang siehe: Seeberg, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 39 (1907), dort S. 55 f.

697 § 2 der Satzung der FKSK zitiert nach: Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 27. Vgl. auch die Satzung der freien Kirchlich-Sozialen Konferenz, abgedruckt als Anhang bei: Seeberg, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 39 (1907), dort S. 54. Vgl. auch: Brakelmann, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (^{2}1964), S. 193.

willen an der **Heilung der sozialen Notständen** mithelfen wollen.“[698] Sie wollte der Kirche also eine Hilfestellung bei der Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen geben, indem sie eine Präzisierung dieser machte. Außerdem wurde darauf abgezielt, sich mit allgemein gehaltenen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dabei wurde bezweckt, den christlichen Standpunkt in besonderem Maße zu berücksichtigen. Ein ganz wesentlicher Aspekt war es, insbesonders die sozial bedingten Bedürfnisse und die zu ihrer Befriedigung unabdingbaren Schritte einer Behandlung und Lösung vom christlichen Standpunkt her zuzuführen. In diesem Zusammenhang wurde dann die Arbeiterfrage als vordergründig betrachtet.[699]

Die FKSK erledigte ihre Arbeit im Rahmen der „jährlichen **Hauptversammlung**, in Sonderversammlungen der Landes- und Provinzialverbände, in sieben Arbeitskommissionen, […] (der) Tätigkeit des Generalsekretariats und (der) Mitarbeit bei der **‚Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland‘ […]** (sowie) durch Herausgabe eines Monatsblattes: ‚**Kirchlich-Soziale Blätter**‘.“[700] Damit die FKSK diesen Auftrag ausführen konnte, wurden verschiedene Kommissionen gebildet, die jedoch nur eine geringe Wirkung entfalten konnten.[701] Ungeachtet dieser Vorarbeiten begann die Organisation der FKSK im eigentlichen Sinne mit der 2. Hauptversammlung.[702] Mehr Wirkung als die Arbeitskommissionen konnte die durch Lic. Mumm im Umkreis der FKSK aufgebaute, qualifizierte sozialpolitische Organisation entfalten. Der Kernbereich dieser Organisation zentrierte sich in der „Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“.[703] Das vordergründige Vorbild für die Organisations- und Arbeitsweise der FKSK waren in der

---

698 Zitiert nach der Umschlagseite vor dem Titelblatt zu: Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907). Die Hervorhebungen im Text entsprechen dem Original und sind Teile des Zitats. Vgl. auch: Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 145.

699 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 145.

700 Zitiert nach der Umschlagseite vor dem Titelblatt zu: Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907). Die Hervorhebungen im Text entsprechen dem Original und sind Teile des Zitats .Vgl. insgesamt zur Arbeitsweise der FKSK auch: Jähnichen, Vom Industrieuntertan zum Industriebürger (1993), S. 135 – 143.

701 Vgl. Apel, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses (ca. 1940), S. 27; Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 16.

702 Vgl. Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 38, 1907, S. 16.

703 Vgl. zum Vorstehenden: Pollmann, s. v. Freie kirchlich-soziale Konferenz/Kirchlich-sozialer Bund. In: RGG^4, Bd. 3 (2008), Sp. 301; Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 25.

Hauptsache der „Katholische Volksverein“ und seine Bildungsarbeit. Bei diesem Vorbild hatten die Begründer der FKSK auch die Arbeiterschaft im Blick, bei denen die Arbeit des „Katholischen Volksvereins“ eine sehr große Resonanz fand. Aus diesem Grund wurden ab 1904 soziale Kurse in Berlin abgehalten, die in Kooperation mit den Evangelischen Arbeitervereinen stattfanden. Zwar hatte auch der ESK im selben Zeitraum soziale Kurse abgehalten, aber im Gegensatz dazu hatten die Kurse der FKSK eine stärkere Praxisorientierung. Sie wollten nicht belehren, sondern bezweckten die fachliche Schulung von Arbeiter- und Sozialsekretären. Die weitere Zielsetzung der evangelischen Sozialkurse war der Versuch, dadurch den Anschluss an die katholische Konkurrenzorganisation wieder herzustellen.[704] Trotz dieses erstrebenswerten Ziels, konnte die FKSK nicht verhindern, dass sich die Geistlichen in Anbetracht des Erlasses des Preußischen Oberkirchenrats aus dem Jahr 1895 und dem wenig später bekannt gewordenen Telegramm aus dem sozialpolitischen Engagement zurückzogen. Allerdings waren diese Tendenzen vordergründig in Preußen und in den von Preußen maßgeblich beeinflussten Reichsteilen zu erkennen. Andere, eher liberal gesonnene Länder, wie z. B. Württemberg, handhabten den Erlass eher pragmatisch und behinderten zumindest nicht aktiv die soziale Arbeit der Geistlichen. Vielmehr sprachen sich zahlreiche württembergische Geistliche für eine soziale Tätigkeit der Pfarrer aus.[705]

Die FKSK war im Bereich des Bildungsbürgertums angesiedelt. In Bezug auf die vordergründige Arbeit hatten sich regionale Schwerpunkte gebildet. In erster Linie waren es diejenigen Gebiete, so auch in Württemberg, in denen der Protestantismus in der Minderheit war. Dieser Aspekt stand nun wiederum in Kongruenz zur in der Satzung propagierten Zielsetzung.[706]

Bereits 1898 hatte die FKSK den Anschluss an die von Adolf Stoecker begründete Christlich-Soziale Partei gesucht. Mit diesem Schritt ging die eindeutige Hervorhebung ihrer sozialpolitischen Ziele einher.[707] Allerdings hatte die parteipolitische Bindung vermutlich erhebliche Nachteile für die FKSK im Verlauf ihrer weiteren Arbeit. Der FKSK ging es bei ihrer Arbeit für die Arbeiterschaft in erster Linie auch um den Wirtschaftsfrieden. Aus diesem Grund war ihr die Vermeidung von Streiks ein großes Anliegen. Hinter dieser Zielsetzung war die genuin bildungsbür-

---

704 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 142.
705 Vgl. Hinsche, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“ (1989), S. 132 mit Anm. 30.
706 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 142.
707 Vgl. ebd., S. 144.

gerliche Auffassung zu erkennen, nach der Streiks die Grundlage der Sozialdemokratie bildeten. Aus diesem Grund war eine konservativ-wirtschaftsfriedliche Ausrichtung für die FKSK die richtige Grundlage für ihre Arbeit.

Im Überblick gesehen hatte die FKSK ein umfassendes Themenspektrum behandelt,[708] das in Kongruenz zu ihrem mitgeteilten Zweck und Programm stand. Über die Tätigkeit der FKSK wurde unter anderem[709] in den „Heften der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz“ berichtet. Diese Kongressberichte standen in direktem Zusammenhang mit den Hauptversammlungen der FKSK und sollten über den Themenschwerpunkt, wie auch den Verlauf der jeweiligen Hauptversammlungen informieren. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die Referate mit den zum Teil beigefügten Leitsätzen im Wortlaut wiedergegeben. Vielmehr wurden auch die Diskussionsreden mitgeteilt. Außerdem gab es Hefte, die beispielsweise ausschließlich einem Geschäftsbericht gewidmet waren, der über die Tätigkeit einer bestimmten Stelle informieren sollte.[710] Die Hefte[711] hatten vor allem den Zweck, über die geplanten Vorhaben zu informieren sowie über die jeweils vertretenen Auffassungen zu den entsprechenden Themen einen Überblick zu geben. Jede Hauptversammlung hatte ihre thematischen Schwerpunkte, die sich am besten, sofern vorhanden, anhand der Thesen bzw. Leitsätze darstellen lassen.

---

708 So wurden z. B. folgende Themen behandelt: „Die gefährdete Lage der Reformationskirche in Deutschland auch auf sozialem Gebiet“, „Recht und Grenzen des christlichen Sozialismus“, die „Wechselwirkung des Kirchlichen und Sozialen“, „Die Bedeutung des Protestantismus für den Staat und seine soziale Aufgabe“, „Die Zurückgewinnung unseres Volkes für Kirche und Vaterland“, „Die soziale Arbeit als Seelsorge am Volk“, die „Gewerkschaft und Sozialdemokratie“, die „Gesamtschuld und Einzelschuld, Gesamtwirken und Einzelwirken“, „Die Aenderung der bisherigen Konfirmationspraxis“, „Die Ausbildung der Aerztinnen“, „Die Heimarbeiterinnen Berlins“, „Die Soziale Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuches“, „Reform der Konfirmationspraxis, die gesammelten Urteile I und II“, „Neue Stimmen über die Konfirmationsfrage“, „Kann ein Christ Sozialdemokrat, kann ein Sozialdemokrat Christ sein?“, „Die öffentliche Meinung und der christliche Volksgeist“, „Die Gemeinschaftsbewegung, eine Verwirklichung von Gedanken Luthers“, „Christliche Liebe und soziale Hilfe“, „Macht und Sittlichkeit im nationalen Leben“, „Die Förderung der kirchlich-sozialen Bestrebungen durch die Preußische Generalsynode“.
Vgl. zum Themenüberblick: Mumm, Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeit. In: Keller; Mumm; Oertzen, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 38 (1907), S. 15 – 25.

709 Weitere Organe zur Verbreitung der Gedanken der FKSK waren neben den „Kirchlich-sozialen Blättern“, die „Flugschriften der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz“ zu 15, 10 und 5 Pf. Vgl. die Satzung der freien Kirchlich-Sozialen Konferenz ‚abgedruckt als Anhang bei: Seeberg, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. In: Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 39 (1907), dort S. 57.

710 Vgl. z. B. Christliche und vaterländische Volksbureaus. Jahresberichte evangelischer Volksbureaus (Rechtsauskunftsstellen in Berlin Breslau, Bromberg, Cassel, Essen, Hagen, Leipzig, Stuttgart und Werdohl). In: Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 35. 1906.

711 Gesichtet und in diese Betrachtung einbezogen wurden folgende Hefte: 36, 1906; 38, 1907; 39, 1907; 41, 1907; 42, 1908 sowie 44, 1910. Dabei war jedes Heft einem speziellen Thema gewidmet. Aus diesem Grund sind die jeweiligen Referate jeder Hauptversammlung auf mehrere Hefte verteilt.

Referat: „Worin liegt die Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben?“

Ein Thema der 12. Hauptversammlung im Jahr 1906[712] bestand aus einem Referat zur Frage nach der Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben. Diese Frage war zu diesem Zeitpunkt von großer Brisanz. Einerseits hatte nach der Jahrhundertwende die Zahl der Kirchenaustritte sehr zugenommen, andererseits konnte die Sozialdemokratie große Zuwächse vermelden. Im Kern handelt es sich bei dem Thema zunächst um das Eingeständnis, dass der Protestantismus für die bisherige Kulturentwicklung einen großen Beitrag geleistet hatte. Zugleich war ihm eine wirksame Einflussnahme auf die Öffentlichkeit nicht gelungen. Dieser Gesichtspunkt deutete auf ein Problembewusstsein sowohl hinsichtlich der virulenten Sozialen Frage, als auch auf die dem Bildungsbürgertum inhärente Problematik hin. Die Ursache für diese Unwirksamkeit, wurde jedoch nicht dem Charakter des Protestantismus zugeschrieben, weil er „alle Gestaltungen des natürlichen Lebens auch in öffentlich-sozialer Form auf Gottes Schöpfungsregiment zurückführt und der Erlösungskräfte Jesu für bedürftig und fähig hält.“[713] Darüber hinaus wurde die Selbständigkeit des natürlichen Lebens anerkannt. Diese Tatsache schloss jedoch nicht generell die Lebensführung auf der Basis eines sittlich-religiösen Grundsatzes aus. Vielmehr wurde lediglich beim Versagen dieser Grundlinie eine Orientierung in Richtung andersgearteter oder gegensätzlicher Weltanschauungen anerkannt. Diese These war indirekt auf die Lehren der Sozialdemokratie und besonders auf den von ihr propagierten Atheismus gerichtet. Wohingegen als grundsätzliche Erklärung die bisher geübte protestantische Zurückhaltung in der Öffentlichkeit festgestellt wurde, die wiederum ursächlich für das Erstarken der Gegner war. Ferner kam noch ein Quäntchen an evangelischen Wesenseigenheiten hinzu, die verderblich und hinderlich zugleich wirkten. Letzten Endes standen der Entfaltung einer protestantischen Wirksamkeit der Konservativismus und die fehlende gesamtdeutsche Kirche entgegen.[714] Bei allem Problembewusstsein ließ sich jedoch nicht von der Hand weisen, dass weder in Hinblick auf die sozialen Aufgaben der Kirche argumentiert wurde, noch Vorschläge und konkrete Initiativen für eine praktische

712 Vgl. zum Folgenden: Grützmacher, Worin liegt die Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben? In: Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 36 (1906).

713 Ebd., S. 74.

714 Vgl. ebd., S. 74 f.

Verbesserung der Lage artikuliert wurden. Das Problem wurde erkannt, benannt und dann nicht weitergedacht. Darin zeigte sich der genuin protestantische Zug der Untätigkeit und des Verharrens in den etablierten, anerkannten Bahnen. Von einem Referat auf der FKSK, die sich der praktischen Arbeit verschrieben hatte, wären zumindest Vorschläge in den Thesen bzw. als Schlussthese zu erwarten gewesen.

Referat: „Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart“

Ein anderes Thema, das wiederum praktische Vorschläge erwarten ließ, war Bestandteil eines Referats auf der 12. Hauptversammlung 1907.[715] Das Thema „Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart“ wurde rein theoretisch erörtert und stellte ein grundsätzliches Problem dar. Nach Ansicht des Referenten war das tatsächliche Christentum sowohl kirchlich als auch sozial eingestellt. Diesen Satz begründete er damit, dass diese Aussage gleichermaßen im Charakter der Religion wie auch des Menschen verankert war.[716] Wie er zunächst feststellte, handelte es sich bei dem Thema letztlich um den Nachweis der vorhandenen Berechtigung einer kirchlich-sozialen Absicht hinsichtlich sozialer Themen. Den Nachweis führte er zuerst, indem er aufzeigte, „daß das menschliche Leben nur in der Gemeinschaft sich vollzieht und daß es dadurch sozial und geschichtlich ist.“[717] Der Folgeschluss war, „daß Christentum und Kirche gleichfalls in den sozialen und geschichtlichen Entwicklungsgang der Menschheit auf das engste verflochten sind.[718] Der Referent sah, nachdem er diese enge Verbindung konstatiert hatte, ein großes Interesse sowohl seitens der Christenheit als auch der Kirche die sozialen Fragen, und darum ging es im Grunde genommen, zu lösen.

Im Anschluss an diese Feststellungen wurden Überlegungen nach Möglichkeiten angestellt, Wege zur Lösung der sozialen Fragen zu finden. Den praktikabelsten Weg sah der Referent über die Kirchengeschichte. Wie er richtig bemerkte, gab es im Verlauf der Kirchengeschichte zahlreiche Situationen, in denen gravierende soziale Probleme vorlagen. Diese konnten in gewissem Sinne als Analogie zur Sozialen Frage des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Aus diesem Grund hatte es in der Vergangenheit genügend Konstellationen gegeben, in denen die Theologie Lösun-

715 Vgl. zum Folgenden: Seeberg, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 39, 1907.
716 Vgl. ebd., S. 4.
717 Ebd., S. 15.
718 Ebd., S. 15.

gen suchen und finden musste, um soziale und ähnliche Probleme zu bewältigen. Die Kirchengeschichte war in dieser Hinsicht die einzig wahre und richtige Lehrmeisterin gewesen. Aus diesem Grund war die Generierung „einer wirklich theologisch gedachten und durchgeführten Kirchengeschichte“ im Kontext der Sozialen Frage als Auftrag an die Theologie[719] gerichtet. Daraus ergab sich ein zweiter Auftrag im Bereich der systematischen Theologie.[720] Dabei problematisierte der Redner die Unfähigkeit des Theologennachwuchses, sich im zeitgenössischen Geistesleben zurechtzufinden. Diese Unfähigkeit mündete in das Unvermögen, die aktuellen Probleme der Menschen erkennen und in der Predigt berücksichtigen zu können. Demnach hatten die Unzulänglichkeiten, die sich aus der systematischen Theologie im Sinne der Dogmatik ergaben, Rückwirkungen auf die praktische Handlungsweise der Theologie.[721] Implizit spielte der Redner auf den Einflussverlust wie auch den Verlust der Nähe und des Dialogs mit den Gläubigen an. Der Referent stellte infolgedessen die Forderung nach einer Modernisierung der systematischen Theologie auf. Tatsächlich war dahinter die Aufforderung zu einer zeitgemäßeren und angepassteren Handlungsweise der Theologen zu erkennen.[722] Somit ging für den Referenten aus dem kirchlich-sozialen Prinzip die Aufgabe an die Theologie hervor, sich dem gewandelten Zeitgefüge anzupassen. Wiederum war an dieser Stelle ein Problembewusstsein zu erkennen. Konkrete Handlungsanweisungen fehlten jedoch, lediglich die gefundene Erkenntnis sollte Anlass genug zur Handlung und Weiterentwicklung der praktischen Theologie sein.[723]

Schließlich wandte sich der Referent der „Frage nach der Zukunft der *Landeskirche*“[724] zu. Er sah im Zentrum des Problems die unterschiedlichen Lehrmeinungen, die sich geschichtlich innerhalb des Protestantismus entwickelt hatten. Diese wiede-

---

719 Diese Aufgabe bewegte sich im Rahmen der praktischen Theologie. Darunter ist der Bereich der Theologie zu verstehen, der sich mit den Leitungsaufgaben innerhalb der Kirche und den daraus wie auch in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen u. a. Veränderungen stehenden Aufgaben befasst. Vgl. hierzu: Grethlein, s. v. Praktische Theologie. I. Zum Begriff. In: RGG[4], Bd. 6 (2008), Sp. 1560 f.

720 Die systematische Theologie hatte die Aufgabe das Verständnis der Wirklichkeit innerhalb des christlichen Glaubens auf eine geordnete Art und Weise zu entwickeln. Dabei sollte das Augenmerk stets auf die dem Glauben immanente Wahrheitsgewissheit sowie die mit dieser Gewissheit in direkter Verbindung stehenden Handlungsorientierung gerichtet sein. Vgl. hierzu: Schwöbel, s. v. systematische Theologie. I. Begriff und Ort im Zusammenhang der theologischen Disziplinen. In: RGG[4], Bd. 7 (2008), Sp. 2011.

721 Vgl. Seeberg, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 39, 1907, S. 19.

722 Vgl. ebd., S. 20 f.

723 Vgl. ebd., S. 26.

724 Vgl. ebd., S. 26. Die kursive Hervorhebung ist im Original gesperrt gedruckt.

rum hatten unterschiedliche, zum Teil divergierende religiöse wie auch geistliche Lehrmeinungen und sakrale Zielsetzungen. In diesem Zusammenhang war der Austritt aus der Landeskirche eine von allen Seiten gerne vorgebrachte Drohung. Dabei war zu bedenken, dass es zu diesem Zeitpunkt noch eine Vielzahl unterschiedlicher Landeskirchen gab. Dieser Gesichtspunkt, der zu Recht problematisiert wurde, ließ ein einheitliches Vorgehen bei praktischen Tätigkeitsfeldern unmöglich werden. In diesem Zusammenhang erörterte der Redner eingehend die Frage nach der Trennung von Staat und Kirche. Dabei kam er jedoch nicht zu einem eindeutigen Ergebnis oder einem Ratschlag im Sinne einer Handlungsanweisung.

Der Sinn und Zweck des Referats war, „die Fragen herauszuarbeiten, die die kirchlich soziale Konferenz an die Theologie zu richten hat“.[725] In diesem Zusammenhang wurden „das Verständnis des sozialen Gedankens in seiner Bedeutung für die Arbeit und die Geschichte der Menschheit, […] das hierdurch bedingte Verständnis der Kirchengeschichte, […] die Feststellung gewisser Aufgaben der systematischen Theologie, […] (und) das Zusammenwirken von Staat und Kirche“[726] erörtert. Dezidiert soziale Fragen wurden jedoch nicht behandelt, was der Redner damit begründete, nur theoretische Beurteilungsgrundlagen geben zu wollen. In diesem Sinne wurden auch keine genauen Vorschläge gemacht, so dass außer einem grundsätzlichen Problembewusstsein ebenfalls keine aus dem Vortrag zu erwartenden Taten folgten.

Referat: „Eine eigene sozial-politische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung!“

Die 12. Hauptversammlung befasste sich jedoch nicht nur mit den mutmaßlichen Aufgaben der Theologie. Ein weiteres Referat hatte die christlich-nationale Arbeiterbewegung zum Thema.[727] Nach der Ansicht des ersten Redners, Lic. Mumm, war es für jede großangelegte Bewegung erforderlich, ihre Ziele klar zu definieren. Denn nur auf der Grundlage einer tragfähigen Theoriebildung war eine zielstrebige und einvernehmliche Arbeit möglich. In Ergänzung dazu verwarf er die Lehre des Marxismus, aufgrund deren nur rein wirtschaftlichen und funktionsgebundenen Sichtweise des Menschen. In dieser Hinsicht konnte eine objektive Sicht anerkannt

725 Ebd., S. 52.
726 Ebd., S. 52 f.
727 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Mumm; Rafflenbeul, Eine eigene sozial-politische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung! In: Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 41, 1907.

werden, da der Mensch sich nicht allein im Verhältnis zu seiner Stellung im Produktionsprozess definieren lassen konnte. Damit die beiden, in diesem Zusammenhang gegensätzlichen Lehrmeinungen, der Liberalismus und der Marxismus, innerlich überwunden werden konnten, war als Ausgangspunkt nur der Mensch schlechthin denkbar. Dazu trat die Summe der menschlichen Motive, die der Redner in der Eigenliebe und der Menschenliebe sah.[728] Durch den Raumgewinn beider Motive, gelangte der Mensch in die Lage, reinen Altruismus zu üben. Diesen wiederum konnte er nur in der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten erlangen. Als Beispiele nannte der Referent die klassischen Gemeinschaften „*Familie*, *Berufsorganisation*, *Staat* und *Kirche*“.[729] Das Ziel seiner Ausführungen war die Herausarbeitung der Korrelationen zwischen den Berufsorganisationen mit den drei anderen Gemeinschaften. Dabei definierte er die Berufsorganisation zunächst als allumfassenden, die anderen Gemeinschaftsbildungen integrierenden Faktor. Diese Feststellung hatte für ihn unumschränkte Gültigkeit. Deshalb war es nur eine zwangsläufige Folge, dass allein die Interessengemeinschaft aus den drei anderen Komponenten zur Erhaltung der Familie beitragen konnte. Dieser Gesichtspunkt stand ganz im Sinne der evangelischen Lehre von der zentralen Stellung der Familie im menschlichen Leben. Allerdings warnte er davor, nur einer der Komponenten mit Achtung zu begegnen, denn dadurch würden die anderen wesentlichen Komponenten verachtet werden. Der Referent stellte schließlich dar, wie die einzelnen Faktoren jeweils Anregungen voneinander übernahmen. Auf diese Weise kam er zu der Schlussfolgerung, dass „(i)m Blick auf Familie, Staat und Kirche […] die stärkste Kraftquelle und die Begrenzung gewerkschaftlicher Arbeit“[730] lag. Dazu trat ergänzend der Selbsterhaltungstrieb des Menschen, der ebenfalls der Gewerkschaft Grenzen zog. Über das Aussehen dieser Begrenzung bzw. einer Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung machte der Referent keine Ausführungen. Vielmehr blieb er bei seinen Feststellungen stehen, ergo keine konkreten Handlungsmuster oder Vorschläge zur Realisierung der von ihm vorgestellten modellhaften Gemeinschaft aus Familie, Staat, Gewerkschaft, Kirche und Individuum, machen zu wollen.[731]

---

728 Vgl. ebd., S. 58.
729 Ebd. S. 58. Die kursive Hervorhebung ist im Original gesperrt gedruckt.
730 Ebd., S. 60.
731 Vgl. ebd., S. 60.

Koreferat: „Die Notwendigkeit einer eigenen sozialpolitischen Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung“

Das Koreferat des Gewerkschaftssekretärs der christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes in Essen, Rafflenbeul, das „(d)ie Notwendigkeit einer eigenen sozialpolitischen Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung“ behandelte, ergänzte Mumms Ausführungen. Im Grundsatz hierzu stellte er die generelle Erfordernis einer Theorie für jede Art von bedeutungsvoller intellektueller Bewegung fest. Besonders die christlich-nationale Arbeiterbewegung bedurfte einer eigenständigen Theoriebildung, da sie aufgrund ihrer speziellen Ausrichtung weder auf die sozialdemokratische noch auf die liberalen Theorien, zurückgreifen konnte. Begründet wurde diese Forderung mit der Gegensätzlichkeit der beiden anderen Theorien, wie auch der grundsätzlichen Ablehnung zentraler Aspekte dieser Theorien durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Demnach musste als Ausgangspunkt die Richtigkeit der bestehenden „Staats- und Gesellschaftsordnung“[732] konstatiert werden. Der Weg zur Verbesserung der Lage der Arbeiter konnte folglich nur über die „Staats- und Selbsthilfe […] auf dem Boden der christlichen Weltanschauung“[733] vonstattengehen. Als Grundmerkmal einer denkbaren christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wurde in Anlehnung an die Evangelischen Arbeitervereine, der Grundsatz der Interkonfessionalität formuliert. Begründet wurde dieser Satz mit der Erfordernis gegenseitiger Zusammenarbeit der zwei großen Konfessionen. Deshalb wurde eine gemeinsame Vorgehensweise bei sozialen, wirtschaftlichen sowie sonstigen Fragen als unabdingbar angesehen.[734]

Als Zielsetzung wurde neben der materiellen auch die sittliche und moralische Hebung der Arbeiter genannt. Mit diesem Aspekt berührte der Redner einen genuin überkommenen Standpunkt, der bereits zu Beginn des Interesses an der Arbeiterfrage als Sinn und Zweck der Arbeiterbewegung angesehen wurde. Die Maßnahmen zur Hebung der Arbeiter mussten freilich auf dem Boden der etablierten Rechtsordnung sowie arbeitsteilig stattfinden. Dabei wurde implizit auf die anders ausgerichteten Handlungsweisen der sozialdemokratischen wie auch freien Arbeitervereinigungen angespielt. Sichtbar wurde bei diesem Referat das Eingehen auf die Zeitumstände. In Bezug auf die angesprochene arbeitsteilige Vorgehensweise unterschied der Redner zwischen den wirtschaftlichen und den sittlichen Aspekten.

732 Ebd., S. 79.
733 Ebd., S. 79.
734 Vgl. ebd., S. 80.

Dabei kam den nationalen Berufsorganisationen die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu. Diese Interessenvertretung sollte weniger auf eine Veränderung der Besitzverhältnisse als auf eine Verbesserung im Bereich der Arbeitsbedingungen oder des Arbeiterschutzes hinwirken.[735]

Neben dem wirtschaftlichen Bereich sollte in Kooperation mit den Arbeitervereinen die Vorbereitung der paritätisch zu besetzenden Organe der Arbeitervertretungen wie auch der Sicherung des Wirtschaftsfriedens durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde den konfessionellen Arbeitervereinen die Aufgabe der Arbeit auf dem sittlich-religiösen Gebiet zugewiesen. Insgesamt konstatierte der Redner die Notwendigkeit einer gegenseitigen Ergänzung sowie einer Personalunion der Mitglieder sowohl von christlich-nationalen und konfessionellen Arbeitervereinen als auch der christlichen Gewerkschaften. Bis zu diesem Zeitpunkt verlief die Argumentation in den etablierten und altbekannten Bahnen. Als konkreter Handlungsvorschlag wurde nur die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in Anbetracht der Arbeiterfrage hervorgehoben. Im Wesentlichen referierte der Redner die bereits bekannten Wege der christlichen Arbeiterbewegung, also „Gotteshilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe und Selbsthilfe“.[736] Dabei oblag es dem Staat mit seinen Instrumenten, für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft zu sorgen.

Im Anschluss an diese Ausführungen ging der Redner auch auf die Forderungen ein, die von den Arbeitern erhoben worden waren.[737] Zum Abschluss betonte er die Ablehnung der christlich nationalen Arbeiterbewegung als eigenständige Partei an Reichs- oder Landtagswahlen aufzutreten. Zugleich, und damit wurde wiederum ein Hinweis auf eine konkrete Handlungsmöglichkeit gegeben, hob der Redner die positive Einstellung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hinsichtlich der Aufstellung von Reichs- und Landtagskandidaten aus dem Arbeiterstand hervor. Er endete, indem er die Grundzüge der christlich-nationalen Arbeiterbewegung noch einmal unterstrich. Aufgrund ihres Charakters einer Kulturbewegung, die zudem gleichermaßen royalistisch wie reichstreu war, sprach der Redner ihr einen An-

735 Vgl. ebd., S. 80 f.

736 Ebd., S. 81.

737 Dazu gehörte die Forderung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, von Berufsvereinen, Arbeitskammern wie auch die Forderung, die der Mitglieder der Gewerbegerichte nach dem Verhältniswahlprinzip zu wählen. Außerdem wurden eine Ausweitung des Arbeiterschutzes und eine Reform der Arbeiterversicherung. Vgl. ebd., S. 81 f.

spruch auf „die weiteste Unterstützung aller wahrhaft nationalen und patriotischen Kreise“[738] zu.

Während beim ersten Vortrag deutlich die vorhandene Weltferne des Geistlichen ersichtlich wurde, zeigte sich im zweiten die größere Praxisnähe des Arbeiters. Lic. Mumm beschränkte sich bei seinen Ausführungen eher auf Theorie und weniger auf tatsächliche Handlungsmöglichkeiten. Im Gegensatz dazu sprach der Arbeitersekretär aus der Praxis, indem er einerseits genaue Handlungsmöglichkeiten vortrug. Andererseits gab er den berechtigten Forderungen der Arbeiter sowie den darin enthaltenen Möglichkeiten Ausdruck. Sichtbar wurde an beiden Referaten, dass die FKSK ihrem Anspruch aus der Praxis für die Praxis gerecht werden wollte. Allerdings wirkte sich auch in dieser Organisation die Fixierung auf das Bildungsbürgertum hemmend aus.

Referat: „Was heißt Christliche Arbeiterbewegung?“

In einem Vortrag auf der 13. FKSK kam die Weltferne des Bildungsbürgertums noch deutlicher zum Vorschein. Der Referent untersuchte die Frage, nach dem Inhalt der christlichen Arbeiterbewegung.[739] Dabei stellte er zunächst die Unabdingbarkeit einer solchen Bewegung fest. Interessanterweise führte er diesen Umstand auf die Notwendigkeit, ein Kampfmittel gegenüber der Sozialdemokratie zu haben, zurück. Allerdings relativierte er diese Aussage, indem er ergänzte, dass eine christliche Arbeiterbewegung auch Ziele zum Wohle der Allgemeinheit hatte. Demnach war sie ein unerlässlicher Faktor bei der Integration der Arbeiter in die Gesellschaft. Wegen dieser Integrationsfunktion war nach seiner Ansicht auch jede Form revolutionären Gebarens ausgeschlossen. Mit der bisherigen Argumentation bewegte sich der Redner einerseits vollkommen im Bereich der anerkannten Meinung, in Hinblick auf die Notwendigkeit, gegen die sozialdemokratischen Tätigkeiten vorgehen zu müssen. Andererseits wies er zugleich auf die Unmöglichkeit der Lösung der Sozialen Frage über den Weg der Wohltätigkeit hin. Damit gab er einer geradezu modern anmutenden Vorstellung Ausdruck, die wiederum Erwartungen schürte. Allerdings beließ er es mit dieser Feststellung. Vielmehr hob er nochmals die Erfordernis der Integration der Arbeiterschaft in das etablierte Gesellschaftssystem hervor. In diesem Zusammenhang hielt er es für zwingend, der Arbeiter-

738 Ebd., S. 83.

739 Vgl. zum Folgenden: Lütgert, Was heißt Christliche Arbeiterbewegung? In: Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 42 (1907).

schaft auch ein gewisses Maß an selbständiger Mitwirkung zuzugestehen. Dabei war jedoch nicht der Kampf um eine wirtschaftliche Besserstellung, sondern der Wirtschaftsfrieden das Ziel. Aus diesem Grund machte er hinsichtlich des den Arbeitern zuzugestehenden Maßes an Wohlstand eine gravierende Einschränkung. Er gestand ihnen lediglich das Maß an Wohlstand zu, das ihrem Stand entsprechend war. Insofern zeugten seine Ausführungen wiederum von der statischen Denkweise des Bildungsbürgertums. Indem die Arbeiter über die christlichen Arbeiterorganisationen im Sinne des Bürgertums erzogen, das heißt auf die etablierten Gesellschaftsordnung mit ihren Unterschieden, eingeschworen werden sollten, sollte der Frieden gewahrt werden.[740] Dabei verkannte der Redner das Recht eines jeden Menschen zu einem guten bis sehr guten Auskommen, wozu auch ein Haus oder eine gut ausgestattete Wohnung gehörten.

Nachdem der Redner den Maßstab des Bildungsbürgertums anlegte, wurde versucht, die christliche Arbeiterbewegung für deren Ziele zu instrumentalisieren. Letzten Endes wurde die bildungsbürgerliche Sichtweise als verbindlich angesehen. Möglichkeiten, die eine konkrete und auf die Praxis bezogene Handlungsform zur realistischen Verbesserung bzw. Arbeitsweise, der christlichen Arbeiterbewegung anbieten konnten, wurden nicht aufgezeigt. Durch diese allgemein bemerkte Weltferne der Mitglieder wurde der Handlungsspielraum wie auch die Wirkungsmöglichkeiten der FKSK in hohem Maße eingeschränkt. Somit blieb sie hinter den von ihr propagierten Zielen, praktisch tätig zu sein und nicht nur diskutieren zu wollen, zurück.

Referat: „Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit“

Im Rahmen der Verhandlungen der FKSK wurden nicht nur Faktoren der Arbeiterbewegung diskutiert. Auch Themen wie „Die soziale Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit“,[741] wurden mit in die Verhandlungen der Konferenzen einbezogen. Zu Beginn seiner Ausführungen klärte der Referent die Doppeldeutung des Begriffs der christlichen Gemeinde. Darunter wurde einerseits die innere Gemeinde im Sinne des Neuen Tes-

740 Vgl. ebd., S. 35.

741 Vgl. zu diesem und dem Nachfolgenden: Mahling, Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 44 (1910).

taments, andererseits die lokale Gemeinde in ihrer äußeren Gestalt gesehen. Letztere hatte sich aus der ersten generiert. Dabei stand die soziale Bedeutung der christlichen Gemeinde in Abhängigkeit von der inneren. Aus diesem Grund war der seelsorgerisch-bekehrende Aspekt höher zu bewerten, als der tatkräftig-zupackende. In diesem Sinne machte die gemeinsame Heilserfahrung der Gemeindeglieder, das gemeinsame Erleben des Trosts durch das Wort, ein gemeinschaftsstiftendes Moment aus. Dieser erste Gesichtspunkt wurde als eine grundlegende soziale Funktion der christlichen Gemeinde angesehen. Infolge der gemeinsamen Heilserfahrung wurde sodann die Geisteshaltung der Bruderliebe geweckt. Auf dieser Grundlage wurden zumindest in geistlicher Sicht alle Menschen als gleich angesehen. Dennoch blieben die gesellschaftlichen Unterschiede selbstredend bestehen. Trotzdem betonte der Referent, dass in der christlichen Gemeinde „alle genannten Gegensätze Kraft des in ihr lebendigen göttlichen Geistes und Lebens innerlich“[742] überwunden wurden, sie also neutral war. Die immanente Bruderliebe und Ausgleichung gesellschaftlicher Gegensätze war wiederum nach Ansicht des Referenten sozialversöhnlich. Somit kam der christlichen Gemeinde weitergehend die Bedeutung der nationalen und internationalen Befriedung der Völker zu. Ein weiterer Sinngehalt kam der christlichen Gemeinde zu, indem sie sittliche Leitsätze für die Einschätzung des Rechtswesens und der Wirtschaftsordnung bereitstellte. Bedeutungsvoll konnte ein solches Instrumentarium werden, wenn es zum Wirtschaftsfrieden wie auch zu einem humaneren Umgang im Wirtschaftsleben führen würde. Allerdings betonte der Referent, dass die tatsächlichen Zustände diesem Ideal noch nicht entsprachen. Demnach herrschten in der damaligen Rechts- und Wirtschaftsordnung noch Zustände, die von den sittlichen Idealen der christlichen Gemeinde weit entfernt waren. Damit mussten die Glieder der christlichen Gemeinde also rechnen und sich darauf einstellen.[743]

Der Referent setzte seinen Vortrag fort, indem er Vorschläge vorbrachte, wie die christliche Gemeinde ihr Ziel, eine sittlich begründete Rechts- und Wirtschaftsordnung zu erlangen, erreichen konnte. Einerseits gehörte dazu in erste Linie die Wiedergewinnung von verlorenen Gemeindegliedern auf Lokalebene, wodurch auch der Entkirchlichung und der Kirchenaustrittsbewegung entgegengetreten werden sollte. Dahinter war nicht nur der Aspekt der Missionierung zu erkennen.

---

742 Ebd., S. 29.

743 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 29 f.

Vielmehr ging der Referent vom Gleichnis des Sämannes aus, bei dem durch die Saat des Wortes in gutem Boden immer mehr Früchte heranwuchsen, also immer mehr Gläubige zusammenfanden.[744] Vor dem Hintergrund dieses Sinnbilds wurde ersichtlich, dass die Gedanken der christlichen Gemeinde nur durch eine Vermehrung ihrer Glieder möglich werden konnte, was also durch die Verkündigung der christlichen Botschaft geschehen sollte. Damit stand ein weiterer Aspekt in Zusammenhang. Die lokale äußere Gemeinde sollte die ihr immanenten sittlichen Leitsätze der inneren Gemeinde nach außen tragen, damit diese Normen auch in der naturgegebenen Gemeinschaft der Menschheit zum höchsten sittlichen Maßstab werden konnten. Um zur inneren Gemeinde zu gehören, bedurfte es nur einer einzigen Voraussetzung. Diese Grundbedingung war „die innerliche Verbundenheit mit Gott im Gehorsam gegen seinen Willen, vermittelt durch das Wort und die Liebe Jesu Christi.“[745] Nach dieser abschließenden Grundsatzfeststellung wandte sich der Referent den Aufgaben der inneren Gemeinde zu.

Die sozialen Aufgaben der inneren Gemeinde waren dabei die Evangelisation ihrer Glieder, die Praktizierung brüderlichen Zusammenlebens in Familie und Gemeinschaft, die tätige Liebe im Sinne innerer und äußerer Mission sowie die Überwindung aller ihrem Wachstum im Wege stehenden Hindernisse. Im Anschluss daran nannte der Referent unter geradezu treffender Weise diejenigen Zeiterscheinungen, die für den Bedeutungsverlust der christlichen Kirche ursächlich waren. Dabei handelte es sich zunächst um zu große Parochien,[746] mit dem damit verbundenen geringeren persönlichen Kontakt zwischen Pfarrer und Gemeindegliedern. Ein weiterer hinderlicher Aspekt war die wachsende Entsittlichung der Menschen.[747] Ein weiterer ursächlicher Faktor war nach Ansicht des Referenten der Existenzkampf, den die Menschen täglich zu führen hatten, der zunächst alle möglichen Kräfte des Individuums band. Darüber hinaus wurde der Bedeutungsverlust der christlichen Kirche auch durch Ideologien verursacht, die einen Einstellungswandel bei den Menschen hervorgerufen hatten. Ein in diesem Zusammenhang häufig gebrauchtes

744 Vgl. Matth 13, 23, Mk 4, 20; Lk 8, 15.

745 Mahling, Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 44 (1910), S. 31.

746 In Stuttgart lebten 1871 78640 Angehörige der evangelischen Konfession, wohingegen es 1900 bereits 145815 waren. Vgl. Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 353.

747 Unter diesem Begriff wurden neben dem Egoismus der Menschen auch der Alkoholismus wie auch alle sonstigen Schäden des Volkslebens subsumiert. Vgl. Mahling, Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 44 (1910), S. 31.

Schlagwort war der Atheismus, gegen den die innere Gemeinde besonders zu kämpfen hatte. Dieser letzte Hinweis war eindeutig gegen die Sozialdemokratie gerichtet, die gerade nach der Jahrhundertwende und vor dem Ersten Weltkrieg einen großen Zulauf hatte. Dabei musste mit berücksichtigt werden, dass der Referent ein tatkräftiger Mitarbeiter der Inneren Mission war, die strikt gegen alle wie auch immer gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen ausgerichtet war. Insbesonders der sozialdemokratische Atheismus sowie die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, war der Inneren Mission widerläufig und suspekt.[748]

Auf der Grundlage dieser Ausführungen formulierte der Referent ein Arbeitsprogramm. Angesichts der Vielzahl der Aufgaben und Hemmnisse konnte dieses nur sehr umfangreich sein. Zur Realisierung der Vorhaben gab der Referent konkrete Vorschläge, wobei er sich für eine gut durchdachte wie auch übersichtliche Organisation auf der Ebene der äußeren Gemeinde, also der Kirchengemeinde, aussprach. Abschließend betonte der Referent, dass „das allgemeine Priestertum […] den Aufruf zur allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht in sich“[749] einschließe. Aus diesem Grund waren alle Menschen gefordert, tatkräftig an den sozialen Aufgaben mitzuwirken.

Zur Bewertung der Arbeit der FKSK

Unter den betrachteten Referaten war dieses letzte, dasjenige, das konkrete Handlungsmaßnahmen vorschlug. Dieser Faktor stand in Zusammenhang mit dem Redner, der ein tatkräftiger Mitarbeiter und profunder Kenner der Inneren Mission war. Zwar waren die vorgestellten Mittel zur Realisierung der Aufgaben nicht neu. Aber schon allein die damit gegebenen Hinweise mussten, als dem Programm der FKSK entsprechend, bewertet werden. Die Geschichte hatte gezeigt, dass die Innere Mission auf der Grundlage ihrer weitverzweigten Organisation sehr viel bewegen konnte. Zwar waren die Arbeitsgebiete eher auf den Bereich der Seelsorge und Erweckung ausgerichtet, dennoch gab es auch Möglichkeiten, die sie in den Bereich der Arbeiterfürsorge im weitesten Sinne geführt hatten.

Die ausgewählten Kongressbeiträge repräsentierten, wie auch die vorausgegangene Themenübersicht nur einen Ausschnitt aus der Kongressarbeit. Allerdings konnte anhand der dargestellten Programme nur wenig im Sinne von konkreten Vorhaben

748 Vgl. Mahling, Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit. In: Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 44 (1910), S. 32.

749 Ebd., S. 32.

und Handlungsanweisungen festgestellt werden. Somit konnte die FKSK ihrem Anspruch auf praktische Arbeit nicht vollständig gerecht werden.

6.4.4. Zwischenergebnis

Die drei vorgestellten Kongressbeispiele befassten sich mit Fragen aus dem Umfeld der Arbeiterfrage, wobei die Initiatoren den Gedankenaustausch über Publikationen und Versammlungen betrieben. Gerade der Weg über Zeitschriften als Medium war im Verlauf des 19. Jahrhunderts weit verbreitet, um eine Vielzahl an Rezipienten zu erreichen. Allerdings gelang es keinem der vorgestellten Kongresse, eine nachhaltige Breitenwirkung zu erlangen. Lediglich in der Funktion als Impulsgeber kam allen drei Beispielen ein großes Verdienst zu. Dabei hatte der ESK wohl aufgrund seiner personellen Zusammensetzung wie auch Ausrichtung eine entsprechende Wirkung auf die staatliche Sozialgesetzgenug entfalten können.

Die „Bonner Konferenz der Arbeitgeber“ blieb hingegen ein einmaliges Unternehmen. Vermutlich aufgrund des Verharrens in den allgemeinen Grundsätzen des Patriarchalismus sowie der zeitbedingten Inflexibilität bei der Realisierung der zumindest ansatzweise aufgezeigten Lösungswege, war es ihr nicht möglich, dauerhaft zu wirken.

Im Vergleich gesehen hatte sich der ESK als die Organisation gezeigt, die in hohem Maße theoretisch arbeitete. Es kam ihm in erste Linie darauf an, theologische, nationalökonomische sowie sozialpolitische Probleme zu erörtern.[750] Der Schritt in die Praxis wurde nicht vollzogen, was sich dahingehend zeigte, dass auch keine konkreten Schritte eingeleitet wurden, die soziale Not tatkräftig zu verbessen. Der ESK war folglich als genuin am Bildungsbürgertum und den dahinter stehenden Werten orientiert, weshalb er keine dauerhafte Wirkung entfalten konnte.

Im Gegensatz dazu zeigte sich die FKSK deutlich anders ausgerichtet. Bei ihr hatte sich der Tätigkeitsschwerpunkt verstärkt auf die Praxis verlagert. Bis zu einem gewissen Grad fand eine Art Arbeitsteilung zwischen ESK und FKSK statt. Allerdings war die Kluft innerhalb der evangelisch-sozialreformerischen Bewegung solchermaßen groß, dass sie einer fruchtbaren Zusammenarbeit entgegenstand.[751] Hinzu kam die im Verlauf der Tätigkeit der FKSK stark anwachsende patriarchali-

---

750 Vgl. Kouri, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 – 1919 (1984), S. 142.

751 Vgl. ebd., S. 142.

sche Ausrichtung der FKSK. Zwar war die FKSK im innerkirchlichen Bereich vielfach tätig, letztlich fehlte jedoch auch hier der letzte Schritt zur Sozialpolitik, was sich auch anhand der betrachteten Themen leicht ersehen ließ.[752]

Alle Kongresse waren kirchenunabhängig, aber dennoch vom christlichen Geist getragen, was belegte, dass neben rein kirchlichen Veranstaltungen, wie die Kirchentage, auch von Seiten unabhängiger Christen Initiativen zur Lösung der Arbeiterfrage unternommen wurden. Hinsichtlich der vorgebrachten Ideen und Erwägungen bewegten sie sich jedoch alle im Rahmen der Gedankenwelt des Bildungsbürgertums. Aus diesem Blickpunkt gesehen, war es ein grundlegendes Anliegen, den vierten Stand in das bestehende Gesellschaftsgefüge zu integrieren. Dabei sollte die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren schichtspezifischen Unterschieden unangetastet bleiben. Gemeinsam war allen drei Kongressen die Sorge vor einem Umsturz der Gesellschaft, bei dem Kirche und Staat zu Schaden kommen konnten. Allerdings konnte sowohl diesen Beispielen, als auch anderen kirchlichen und weltlichen Bemühungen der Vorwurf nicht erspart bleiben, die Soziale Frage nur auf wirtschaftliche Notstände reduziert zu haben. Diese wären zwar nicht einfach zu beheben, aber doch zu lindern gewesen. Davon zeugten auch die zahlreichen Vorschläge, die bei allem Verharren in etablierten Gedanken gemacht wurden. Vielmehr wurde bei allem guten Willen die psychologische Komponente vergessen, die Arbeiter als Menschen zu sehen, die eine gewisse Achtung ihrer Individualität und Person gewahrt haben bzw. verlangen wollten.[753] Aber genau an diesem Punkt war das Scheitern der Bemühungen anzusetzen. Indem die Arbeiterschaft als unmündig bezeichnet und ihre Unterordnung als Selbstverständlichkeit angesehen wurde, musste eine Integration scheitern. Auf diese Weise konnte zumindest bei den gewählten Beispielen die Fixierung auf ein statisches Gesellschaftsbild und -gefüge als wesentlicher, wenn nicht gar alleiniger Grund, für die weitestgehende Wirkungslosigkeit dieser Bemühungen angesehen werden.

Aber es gab nicht nur auf dieser mehr oder weniger offiziösen Ebene Anstrengungen zur Lösung der Sozialen Frage. Vielmehr gab es auch ganz regional begrenzte Möglichkeiten, Mittel und Wege zu finden, sich mit der Arbeiterfrage zu befassen. In der Region Stuttgart gab es trotz später Industrialisierung auch Industriestandorte, in denen die sozialen Probleme zwar noch nicht so gravierend waren, wie

752 Vgl. zum FKSK und seiner Tätigkeit auch die Argumentation bei: Jähnichen, Vom Industrieuntertan zum Industriebürger (1993), S. 135 – 143.

753 Vgl. Kretschmar, Der Evangelisch-soziale Kongreß (1972), S. 7.

beispielsweise in den rheinischen Industriezentren, dennoch unzweifelhaft bestanden. Cannstatt war in der Region Stuttgart ein bedeutungsvoller Industriestandort, der im Verlauf der Industrialisierung an Bedeutung gewann. Auch hier gab es vermutlich soziale Probleme, aber auch Bemühungen seitens verschiedener Stellen, diese zu lösen.

7. Fallbeispiel Stadt Cannstatt

Im Rahmen des Themas „Die evangelische Kirche in Württemberg während der Industrialisierung“ lassen sich nur weiterführende Erkenntnisse gewinnen, wenn die örtlich-regionalen Gegebenheiten Berücksichtigung finden.[1] Aus diesem Grund bot sich ein Fallbeispiel an, in dem alle Faktoren der Themenkreise Kirche und Industrie im weitesten Sinne zu finden waren. Diese Voraussetzungen waren bei Cannstatt gegeben, weshalb dieser Ort als Fallbeispiel ausgewählt wurde.

In Cannstatt bestand eine jahrhundertelange Siedlungstradition.[2] Die den Adreß- und Geschäfts-Handbüchern der Stadt Cannstatt beigegebenen kurzen Stadtchroniken[3] zeugten auf knappem Raum eindrucksvoll von der vielseitigen und wechselvollen Geschichte dieses Orts.[4] Cannstatt veränderte sich in diesem Zeitraum oft und viel, was in der Oberamtsbeschreibung von 1895 trefflich zum Ausdruck gebracht wurde. Dort wurde von Cannstatt als „einer aus sehr verschiedenartigen, meist neuen Bestandteilen zusammengesetzten, in zukunftsvoller Entwicklung begriffenen Stadt“[5] gesprochen. Im Laufe seiner Geschichte machte Cannstatt dabei einen vollständigen Wandel von der, durch Landwirtschaft und Weinbau mitgeprägten, Kur- und Badestadt zur Industriestadt durch.[6] Dieser Wandel basierte auf der Ansiedlung von Fabriken, einem großen Arbeitskräftereservoir, der zentralen Lage der Stadt sowie der infrastrukturellen Begünstigung als Eisenbahnknotenpunkt.[7] Solchermaßen weitgehende Veränderungen bedingten wiederum die unterschiedlichsten Folgen.

Mit den wirtschaftlichen Veränderungen gingen sozial-gesellschaftliche einher. Dieser Gesamtprozess begründete die Wahl Cannstatts als Fallbeispiel für die Untersuchung von Aspekten, die in Zusammenhang mit der Sozialen Frage zu sehen waren. Zunächst erscheint es sinnvoll, die Entwicklung Cannstatts zur Industrie-

---

1 Vgl. hierzu: Kollmer – von Oheimb-Loup, Tendenzen industriellen Wachstums in Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1994), S. 58.

2 Vgl. Rilling, Cannstatt seit 6000 Jahren (1967), S. 52 – 167. Dieser Autor datiert die Entstehung einer ersten festen Siedlung in die Übergangszeit zwischen der Mittel- und Jungsteinzeit. Vgl. Rilling, Cannstatt seit 6000 Jahren (1967), S. 52.

3 Vgl. hierzu: Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1884), S. III – VI; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1901), S. 11; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1902), S. 6 – 9; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1903), S. 7 – 9; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1904), S. VII – IX; Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt (1905), S. VII – IX.

4 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 12.

5 Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 465.

6 Vgl. ebd., S. 491. Diese Entwicklung wurde auch in den Pfarrberichten von Cannstatt häufig thematisiert. Diese Beachtung belegt die Bedeutung, die diesem Strukturwandlungsprozess beigemessen wurde. Vgl. hierzu ebenso: z. B. Pfarrbericht Cannstatt, 1871; 1884; 1899; 1905; 1911.

7 Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 491 f.

stadt grob zu skizzieren.[8] Dabei müssen jedoch aufgrund der Vielfalt der einzelnen Entwicklungsstränge, Bereiche ausgeklammert oder können nur in stark komprimierter Form dargestellt werden.

Im Anschluss daran liegt der Fokus auf den sozial-gesellschaftlichen Faktoren. Württemberg sowie selbstredend auch Cannstatt waren evangelisch und in der evangelischen Kirche mussten im Rahmen des Visitationswesens[9] in regelmäßigen Abständen Pfarrbeschreibungen und Pfarrberichte verfertigt werden. Diese beiden Faktoren prädestinieren Cannstatt als Ausgangspunkt für die Erörterung der Frage nach dem Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Industrialisierung. Vor der eigentlichen Analyse der Pfarrberichte sind jedoch einige Vorbemerkungen hinsichtlich der Auswertungsweise und hinzugezogener ergänzender Quellen erforderlich.

Bei der Analyse der Pfarrberichte[10] gilt es herauszuarbeiten, wie die Cannstatter Geistlichkeit die Industrialisierung und deren Folgen darin beurteilte. Darüber hinaus wird versucht, Erkenntnisse in Hinblick auf die Haltung der evangelischen Pfarrer zur Industrialisierung und deren Veränderung im zeitlichen Verlauf zu gewinnen.

In einem weiteren Teil werden unter Verwendung zusätzlicher Quellen, Überlegungen hinsichtlich eventueller wohltätiger Maßnahmen angestellt, die speziell für die Arbeiter angeregt wurden. Alle gewonnenen Erkenntnisse werden schließlich kurz im Sinne eines Ergebnisses zusammengefasst.

7.1. Historische Entwicklung

Cannstatt war bereits in vorreformatorischer Zeit ein bedeutungsvoller christlicher Ort, nachdem sich dort ein Landkapitel und die Mutterkirche der gesamten Gegend

---

8 Die nachfolgende Skizze der historischen Entwicklung Cannstatts zur Industriestadt schließt sich an die gängigen stadtgeschichtlichen Werke an. Ihr Zweck ist es, Hintergrundinformationen zu bieten, die zum besseren Verständnis der in den Pfarrberichten angesprochenen Themen hilfreich sind. Aus diesem Grund wurde weitgehend auf eigene Quellenstudien verzichtet und auf das, insbesonders bei: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007) verarbeitete Material für zeitgenössische Informationen zurückgegriffen.

9 Vgl. hierzu: Häcker, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs (1925).

10 Vgl. zu den vielfältigen Möglichkeiten, die die Analyse der Pfarrberichte bieten kann, auch die Interpretationen bei: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 149 - 162.

befanden.[11] Nach der Reformation lebten dort verschiedene religiöse Gemeinschaften, wie z. B. die Altpietisten friedlich mit den Lutheranern zusammen.[12] Aber Cannstatt war im Zuge der Industrialisierung auch zu einem bedeutsamen Industriestandort aufgestiegen. Im Oberamt Cannstatt wie auch in der Stadt Cannstatt selbst zeigte sich der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft auf sehr eindrucksvolle Weise. Noch im Jahr 1832 gab es beispielsweise nur sehr wenige Unternehmen mit einer fabrikmäßigen Fertigungsweise, was sich bis 1895 grundlegend wandelte.[13] Um 1900 hatten sich Oberamt und Stadt Cannstatt bereits zu dem bedeutungsvollen Industriestandort entwickelt, den sie im 20. Jahrhundert darstellten. Diese Entwicklung spiegelte sich sowohl in der allgemeinen Geschichte als auch in den Pfarrberichten wider.

Im Zentrum des alltäglichen Lebens im weitesten Sinne standen die Menschen. Sie bewegten sich zwischen verschiedenen Spannungsfeldern. Über den Volkscharakter der Cannstatter berichtete schon die Oberamtsbeschreibung von 1895, dass „(z)u den altgerühmten Eigenschaften: Fleiß, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit, Sparsamkeit bis zum Uebermaß, Unterthanentreue […], religiöser, kirchlicher Sinn, milde Wohlthätigkeit […] andere getreten (sind), die dem Freund des Volkes zu denken geben, aber ihn nicht an der Zukunft verzweifeln lassen.“[14] Die Cannstatter Bevölkerung wurde als stetig und konservativ charakterisiert, was sich in ihrer Abneigung sowohl gegenüber Novitäten als auch Fremden zeigte.[15]

Der Kern dieser Fallstudie besteht aus der Konfliktlinie Kirche-Arbeiter-Industrie. Um die Wirkung dieses Sozialmilieus skizzieren bzw. Erkenntnisse über mögliche Probleme, Folgen oder Maßnahmen gewinnen zu können, ist es erforderlich, Bemerkungen zur Entwicklung Cannstatts zur Industriestadt zu machen.[16]

Ausgangslage und erste Anfänge der Industrie

In Cannstatt gab es eine rege Gewerbetätigkeit, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichte. Die ersten Gewerbe waren eng mit der Landwirtschaft und dem Wasser

---

11 Vgl. Pfarrbeschreibung Cannstatt, 1828.

12 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1871; 1878; 1884; 1887; 1893; 1899; 1905; 1911.

13 Vgl. zum Vorstehenden: Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 296 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1871.

14 Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 181. Vgl. auch: Rilling, Cannstatt seit 6000 Jahren (1967), S. 200 f.

15 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 12 f.

16 Vgl. Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion (1991), S. 38.

verbunden, wie die Schäferei, das Schmiedehandwerk, die Fischerei sowie die Schifffahrt.[17] Dabei handelte es sich jedoch vordergründig um handwerkliches Gewerbe. Die eigentliche Wurzel für Cannstatts nachmaligen Aufstieg zum prosperierenden Industriestandort war das Wasser.

Das Problem der Energiegewinnung stellte sich bei jeder Art der gewerblichen wie auch landwirtschaftlichen Betätigung. Erst als es möglich wurde, die natürlichen Energieressourcen, die durch die Nähe zum Wasser gegeben waren, nutz- und transformierbar zu machen, konnte sich eine nachhaltige Industriealisierung anbahnen. Cannstatt konnte, indem Mittel und Wege gefunden worden waren, die Wasserkraft des Neckars zu nutzen, den Weg zur maschinellen Fertigungsweise finden. Die Bedeutung dieses Aspekts zeigte sich in den zahlreichen Mühlen entlang des Neckarverlaufs im Bereich von Cannstatt und Berg. Aus vielen von ihnen haben sich im Verlauf der Zeit am selben Ort Fabriken herausgebildet.[18] Ein solches Unternehmen war die Baumwollspinnerei, die Wilhelm Zais im Jahr 1804 in Berg gegründet hatte.[19] Ebenso war das Wasser die Antriebskraft der Maschinen der nachmaligen Kesselfabrik von Hildt & Mezger. Mit diesen ersten erfolgreichen Industrieansiedlungen war vermutlich infolge der Expansion der Unternehmen zugleich ein Arbeitskräftebedarf verbunden, der möglicherweise vielen Cannstattern bei der Existenzsicherung geholfen hatte.[20]

Neben dem Problem der Energiegewinnung respektive der Antriebskräfte bestand bei jedem Unternehmen die Erfordernis der Entwicklung neuer Produktideen. Als wichtige Impulsgeber traten eingewanderte Reformierte auf, unter denen viele Strumpfweber, aber auch andere Gewerbetreibende, unter anderem aus den Bereichen Textil, Verbrauchsgüter und Metall. Bereits 1712 war eine von einem Refugié errichtete Kattunfabrik in Betrieb. Weitere Unternehmen folgten, so dass um das Jahr 1810 Cannstatt zum Kreis derjenigen wenigen Orte im Mitteleren Neckarraum gezählt wurde, die Betriebe mit „arbeitsteiliger Produktion unter Verwendung von Maschinen und Lohnarbeitern“[21] hatten. In der Regel handelte es sich vordergrün-

---

17 Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 509.

18 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 60 f.; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 8 f.

19 Die Firma Wilhelm Zais ist ein Musterbeispiel für die Schwierigkeiten des finanziellen Aufbaus eines Unternehmens. Vgl. hierzu: Klein, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Historische Raumforschung 6 / Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 39, 1967, S. 119 f., wo der Gang seiner Finanzierungsbemühungen geschildert ist.

20 Vgl. zum Vorstehenden: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 62.

21 Ebd., S. 62.

dig um die Textilindustrie, aber auch die Konsumgüterindustrie war zahlreich vertreten. Andere Industriezweige, insbesonders die Produktionsgüterindustrie, waren aufgrund Württembergs chronischem Rohstoffmangel in Cannstatt nicht vertreten.[22]

Allerdings verlief die Entwicklung Cannstatts zum etablierten Fabrikstandort keinesfalls geradlinig. Bis es soweit war, gab es zahlreiche große Not und auch die stetig wachsenden Fabrikbetriebe konnten nicht verhindern, dass es immer wieder Missernten, Hungersnöte und Kriege gab. Insbesonders das Jahr 1816/17 war für Württemberg und Cannstatt außerordentlich schwer, als es durch Naturkatastrophen zu weitgehenden Ernteausfällen kam, die eine große Hungersnot nach sich zogen.[23] Hinzu traten die Folgen der damals noch nicht beendeten Napoleonischen Kriege, so dass allerorts Not herrschte, die sich auch in erheblichen Teuerungen für die Grundnahrungsmittel niederschlug.[24] Die Ernte des Jahres 1817 fiel wieder besser aus. Die Freude und Dankbarkeit fand in zahlreichen Gottesdiensten sowie in einem Volksfest ihren Ausdruck.[25] Im Gedenken an dieses glückliche Ende der Hungersnot stiftete König Wilhelm I. im Jahr 1818 das landwirtschaftliche Fest, das kurzum Volksfest genannt wurde.[26]

Die Not der Jahre um 1816 hatte viele Menschen zur Auswanderung aus Württemberg gezwungen, was sich auch in späteren Jahren fortsetzte. Allerdings gab es im Zeitraum nach 1818 und besonders seit 1846 verstärkt wieder Missernten, die ebenfalls wie zu früheren Zeiten wiederum erhebliche Teuerungen bei den Grundnahrungsmitteln bedingt haben.[27] Infolgedessen machte sich unter der Bevölkerung eine große politische wie auch soziale Verdrossenheit breit. Die angestauten Emotionen entluden sich u. a. in Stuttgart und Tübingen in den berüchtigten „Brotkrawallen“ des Jahres 1846, wovon auch Cannstatt am Rande tangiert wurde.[28] Im Verlauf des Jahres 1847 kam es in Cannstatt zu regelrechten Unruhen, die sich

---

22 Vgl. ebd., S. 62. Beispiele sind die Türkisch-Garnfärbereien von Zais und Wergo sowie die Türkisch-Garnfärberei und Baumwollspinnerei von Kylius & Co., die Tabakfabrik Stern, die Cichorienkaffeefabrik Kylius. Vgl. auch: Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 509 f. Weitere Beispiele finden sich bei Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 62 sowie Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 510.

23 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 63; Ders., Saurier, Pest und Brotkrawall (1999), S. 96 – 99.

24 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 63; Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 152.

25 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 63.

26 Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 512 – 515.

27 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 63.

28 Vgl. ebd., S. 63 f.; Ders., Saurier, Pest und Brotkrawall (1999), S. 101 – 103.

1848 in der Revolution entluden.[29] König Wilhelm I. reagierte besonnen, griff zugleich jedoch durch, wie Gesetze über die Volksbewaffnung, die Versammlungsfreiheit und die Zehntablösung zeigten.[30]

In der Folgezeit wurden in Cannstatt zahlreiche Volks- und Vaterländische Vereine gegründet, die 1848 in Cannstatt eine Generalversammlung abhielten.[31] Gegen diese Vereine wurde jedoch schon 1852 ein Verbot erlassen.[32] In Cannstatt kam es wegen dieser Ereignisse zur Gründung einer Bürgerwehr. Die Folge dieser turbulenten und entbehrungsreichen Jahre war eine erneute Auswanderungswelle in den Jahren 1851 – 1856. Aus Cannstatt wanderten vor allem Weingärtner und Tagelöhner aus, die von der vergangenen Not mit am schwersten betroffen waren. Zugleich belegte die Auswanderung dieser Personengruppe, den zu diesem Zeitpunkt noch vorherrschenden landwirtschaftlichen Charakter des Orts.[33]

Dieser Gesichtspunkt zeigte sich deutlich darin, dass Cannstatt noch lange Zeit von der Landwirtschaft her bestimmt war, die auch einen Haupterwerbszweig darstellte.[34] Der Umstand einer großen landwirtschaftlichen Tätigkeit konnte jedoch nicht über die vorherrschende Armut hinwegtäuschen, weshalb Cannstatt bis um 1830 als recht arme Stadt galt.[35] Um neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen, wurde um 1800 sogar versucht, die Seidenraupenzucht einzuführen. In eine ähnliche Richtung ging der Versuch, um 1865 den Hopfenanbau heimisch zu machen. Allerdings waren beide Versuche erfolglos geblieben. Die Bevölkerung lebte in der Regel vom Weinbau oder verdingte sich in den Fabriken als Tagelöhner. Insgesamt gesehen bestand in Cannstatt wegen der Randlage im Oberamt und dem Kaufkraftabzug durch die Stuttgarter Märkte und Wirtschaften, eine schlechte Wirtschaftslage mit geringerem Kaufkraftpotential.[36] Der trotz allem auch in Cannstatt an man-

---

29 Hagel benennt den Zeitraum von März bis September 1848. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 64 f.

30 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 64.

31 Vgl. ebd., S. 64. Interessanterweise fand 1888 ebenfalls in Cannstatt eine geheime Versammlung der damals verbotenen Sozialdemokraten statt. Allem Anschein nach hatte dieser Ort eine Prädestinierung für derartige „ungesetzlichen“ Versammlungen. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 64; Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 433.

32 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 64.

33 Vgl. ebd., S. 65.

34 Um 1900 wurde die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in 20 % aller Haushalte zumindest im Nebenerwerb ausgeübt. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 71 mit Anm. 39.

35 Im Jahr 1854 war die Not wegen der hohen Preise für Brot und des gleichzeitigen geringen Verdiensts der Bevölkerung so groß, dass sogar eine Suppenanstalt eingerichtet werden musste. Vgl. die Notiz bei: Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 133.

36 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 72 – 74; vgl. auch: ebd., S. 72 mit Anm. 40; vgl. auch: Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 68.

chen Stellen vorhandene Wohlstand beruhte in der Hauptsache auf Fremdkapital, das in den Badeanstalten, Parkanlagen sowie Fabriken investiert worden waren. Cannstatts Bedeutung gründete sich um 1835 noch ausschließlich auf seine Heilquellen, die der Stadt durch die dadurch angelockten Besuchermassen den Ruf eines aufstrebenden „Weltbades“ mit international beachteten Spezialkliniken einbrachten. Ein weiterer, wichtiger Aspekt waren Cannstatts Hafen und die Neckarschifffahrt, die beide im Verlauf des letzten vorindustriellen Zeitabschnitts eine wichtige Rolle übernehmen sollten.[37]

Erste Schritte hinsichtlich eines Wirtschaftsaufschwungs konnten erst mit der Verbesserung der Infrastruktur und Rohstoffbeschaffung bewerkstelligt werden. Wie vielerorts kam erst im Zuge des Eisenbahnbaus die Industriealisierung sowohl Württembergs als auch Cannstatts richtig in Gange.[38] Nach ersten Anregungen im Jahr 1835 hielt 1845 schließlich der erste Zug der „Centralbahn“ in Cannstatt.[39] Davor hatte bereits eine andere Novität für den Beginn einer neuen Phase der Industrialisierung gesorgt. Durch den technischen Fortschritt, insbesonders die Entwicklung der Dampfmaschine, wurde den Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, ihren Standort frei zu wählen. Allerdings wurde für den Betrieb „der Gasanstalten, Dampfmaschinen und der Lokomotiven Steinkohle (benötigt), die es in Württemberg aber nicht gab.“[40] In diesem Zusammenhang wuchsen zunächst die Bedeutung von Hafen und Neckarschifffahrt. Durch die damit gegebenen Transportmöglichkeiten konnten sich auch in Cannstatt Dampfmaschinen etablieren. Dieser Prozess dauerte bis 1854 als die erste Fabrik die Dampfkraft nutzte.[41] Immerhin gab es bis zum Jahr 1878 schon 32 Unternehmen mit Dampfkraftantrieb und mit der Firma Stoll sogar eine eigene Dampfmaschinenfabrik.[42] Der erste positive Effekt des neuen Antriebsverfahrens durch die Dampfkraft war die Neubelebung der Neckarschifffahrt aufgrund des gestiegenen Kohlenbedarfs. Allerdings kamen ebenso

---

37 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 68. Vgl. zur Bedeutung des Kur- und Badebetriebs die Zahlen bei Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 129.

38 Zu bemerken ist, dass es 1831 immerhin bereits 10 Fabriken im Oberamt Cannstatt gab, wovon sich 6 in der Stadt selbst befanden. Vgl. Schoch, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870 (Diss. 1975), S. 299.

39 Bereits 1835 war die Erkenntnis über die Bedeutung und Notwendigkeit der Eisenbahn für Württemberg gewonnen worden. Aufgrund der Unschlüssigkeit, ob Staats- oder Privatbahn, was zugunsten der Staatseisenbahn entschieden wurde, dauerte es mit der Realisierung insgesamt 10 Jahre. Vgl. Seidel, Der Weg zur ersten Eisenbahn (1985), S. 6 – 9. Vgl. auch: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 65 f.

40 Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 76.

41 Nach: Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 170 wurde im Jahr 1862 die erste Dampfmaschine in Cannstatt aufgestellt.

42 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 76 mit Anm. 41.

schnell der Rückschlag und das Ende des Neckarschifffahrtsverkehrs, als 1853 der Anschluss der württembergischen Eisenbahn an das Bahnnetz des übrigen deutschen Reichs realisiert wurde. Seit diesem Zeitpunkt verlagerte sich der Kohlentransport auf die kostengünstigere Bahn.[43]

In der Folgezeit sollte der Neckar vor allem hinsichtlich der Elektrizitätsgewinnung durch Wasserkraft an Bedeutung gewinnen. Erste Erwägungen hinsichtlich einer Nutzung elektrischer Energie wurden im Jahr 1884 angestellt, als im Zuge der Modernisierung der Stadtmühle mit einem Energieüberschuss zu rechnen war. Die Stromerzeugung wurde sehr rege betrieben, so dass Cannstatt bereits 1888 eine „Wasserkrafts-Elektrizitäts-Zentrale“[44] besaß und die Elektrifizierung große Fortschritte machte.[45] Mit diesem Mut zur Innovation erwiesen sich die Cannstatter als sehr aufgeschlossen gegenüber Novitäten. Daran zeigte sich auch ein Wandel in der generellen Einstellung, wobei freilich bei der Nutzung von Neuerungen auch der vielbeschriebene Sparsamkeitssinn zutage trat. Denn jede technische Neuerung und deren Gebrauch bedeuteten zugleich ein größeres Maß an Rentabilität und Wirtschaftswachstum, was beim Eisenbahnbau besonders offensichtlich zutage trat.

Veränderungen durch die Eisenbahn

Mit dem Anschluss an das Eisenbahnnetz trat Cannstatt in ein neues Stadium seiner Entwicklung ein. Infolge des Eisenbahnbaus ergaben sich einerseits Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlichen Entfaltung verschiedener Gebiete in Cannstatts Umland. Andererseits wertete der Eisenbahnanschluss den Standort für Fabriken jeder Art auf, so dass die Eisenbahn als wesentlicher Impulsgeber für die Industrialisierung Cannstatts angesehen werden konnte.[46] Nach den ersten Anfängen mit

---

43 Welche Bedeutung der Neckarschifffahrt von den Zeitgenossen beigemessen wurde, zeigen die zahlreichen Notizen in den Chroniken von Daiber und Beck. Daiber beschrieb zudem einen Rückgang der Neckarschifffahrt im Zeitraum zwischen 1863 und 1870. Dabei machte er auf Erwägungen über eine ganze Einstellung der Schifffahrt zwischen Cannstatt und Marbach aufmerksam. Vgl. Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 177; 203 pass.; vgl. zu den Plänen einer Einstellung des Schifffahrtsverkehrs: Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 224. Vgl. auch: Beck, Cannstatter Chronik über die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts (1900), S. 82 pass.
Letztlich waren alle Versuche, die Neckarschifffahrt wiederzubeleben vergeblich. Sie kam 1870 schließlich zum Erliegen und selbst ein 1880 unternommener Versuch, sie zu neuer Blüte zu bringen, schlug fehl. Vgl. hierzu: Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 21.

44 Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 78. Laut Hagel a.a.O. handelte es sich dabei zum damaligen Zeitpunkt um die zweite derartige Anlage innerhalb des deutschen Reichs.

45 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 78.

46 Vgl. ebd., S. 78.

täglich drei Zugverbindungen gab es eine rasante Entwicklung des Bahnverkehrs.[47] Neben einem starken Wachstum des Personenverkehrs stieg auch der Güterumschlag in einem solchen Maße, dass der Cannstatter Bahnhof in den Jahren 1862 – 1864, 1877 wie auch 1887 – 1890 mehrfach vergrößert bzw. ausgebaut werden musste. In wirtschaftlicher Hinsicht machte sich der Bahnverkehr zunächst im Bereich der Gastronomie bemerkbar, da sich rasch mehrere Wirtschaften in Bahnhofsnähe ansiedelten. Dasselbe galt für den Bäderbetrieb, der durch die verbesserte Verkehrsanbindung ebenfalls einen Zuwachs an Gästen verbuchen konnte.[48] Aber auch die Industrie bewertete mehr und mehr die Bahnanbindung als wichtigen Faktor bei der Standortwahl. Als erstes Unternehmen machte die bereits 1864 entstandene Maschinenfabrik der Gebr. Decker einen guten Anschluss an das Gleisnetz zum maßgeblichen Faktor bei der Wahl ihres Standorts.[49]

Ein weiterer Bedeutungszuwachs der Bahn für Cannstatt entstand 1867 durch die Verlegung der Reparaturwerkstätte der Bahn von Heilbronn nach Cannstatt.[50] Ausschlaggebend war einerseits Cannstatts zentrale Lage im Schienennetz, andererseits das dortige Arbeitskräfte- und Platzreservoir. Auf diese Weise konnten neben dem Bau der Reparaturwerkstätte zugleich Werkswohnungen sowie Genossenschaftswohnungen erstellt werden.[51] Die gesamte Bedeutung der Reparaturwerkstätte zeigte sich in den notwendigen Erweiterungen der Jahre 1880, 1890 und 1904.[52]

Bereits im Jahr 1860/61 war es zum Bau der Remstalbahn gekommen, wodurch das Bahnnetz bis an die Grenze zu Bayern ausgedehnt wurde.[53] Die Vergrößerung des Schienenverkehrs bedingte schließlich den Bau der Umgehungsbahn, die 1896 eröffnet wurde.[54] Damit in Zusammenhang stand das Problem des rationellen Güterumschlags, wofür sich der Stuttgarter Hauptbahnhof mit seiner Bauweise als Kopfbahnhof als ungeeignet erwies. Als der Plan gefasst worden war, einen neuen

---

47 Vgl. ebd., S. 78 f. sowie Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 69.

48 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 71. Eine andere Entwicklung schildert Rilling, 6000 Jahre Cannstatt (1967), S. 194, der von einem Rückgang berichtet.

49 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 72; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 14.

50 Vgl. auch: Beck, Cannstatter Chronik über die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts (1900), S. 107; Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 79.

51 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 74 f. Vgl. zum Bau von Werks- und Genossenschaftswohnungen in Cannstatt: Kirsch, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg (1982), S. 196 – 199; 205.

52 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 79.

53 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 75; Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S.156; 166.

54 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 79; Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 76.

Hauptbahnhof in Stuttgart zu erbauen,[55] wurde in Cannstatt schließlich der Güterbahnhof errichtet. Infolge des Platzmangels in Stuttgart „richtete die Bahn ein Betriebswerk mit großem Lokschuppen beim (Güter)-Bahnhof Prag ein, der 1895 in Betrieb genommen wurde."[56] Diesem Projekt folgte bereits im Jahr 1896 die Eröffnung eines Personenbahnhofs, des nachmaligen Nordbahnhofs.[57] Zu den prägenden Faktoren des Cannstatter Stadtbilds wie auch der Gesellschaft gehörte jedoch sicherlich an erster Stelle die Eisenbahn.[58] Nicht minder wichtig und von fast noch größerer Gestaltungskraft waren die Industrie sowie die dadurch hervorgerufenen Folgen. Indem Cannstatt mit einer guten Infrastruktur sich als attraktiver Industriestandort anbot, begann dort die eigentliche Phase der Industriealisierung mit ihren ganzen Veränderungen.

Industriealisierung und Impulsgeber

In Württemberg im Allgemeinen und in Cannstatt im Besondern kam es seit 1850 zu einer Forcierung des industriellen Ausbaus. Damit war auch in Cannstatt der Schritt zur Industriestadt hin vollständig vollzogen.[59] Sicherlich war die staatlicherseits betriebene Wirtschaftsförderung, die beispielsweise in verschiedenen Gewerbeausstellungen[60] deutlich zum Tragen kam, ein maßgeblicher Faktor. Dennoch mussten sich die Unternehmen auch in diesem Zeitraum und besonders im Zeitraum nach 1870, mit einem steten Wechsel von Wachstum und Depression auseinandersetzen. Daraus resultierten nicht nur Entwicklungsschübe, sondern auch ein steter Strukturwandel. Dadurch kam es immer wieder zu Liquidationen z. B. 1881

55 Die Realisierung des Bauvorhabens erfolgte erst nach dem Ersten Weltkrieg in den Jahren 1914 – 1922 nach Entwürfen von Paul Bonatz. Vgl. Ziegler; Schuhkraft; Wagner, Stuttgart – Landeshauptstadt und Stadtkreis (1985), S. 240.

56 Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 79. Die Ergänzung in runden Klammern entspricht dem Original und ist Teil des Zitats.

57 Vgl. ebd., S. 79.

58 Vgl. Strohecker, Cannstatt und die Eisenbahn (1985), S. 77. Vgl. zur Entwicklung des Eisenbahnverkehrs auch die knappe Zusammenfassung bei: Rilling, Cannstatt seit 6000 Jahren (1967), S. 196 f.

59 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 81 mit Anm. 44.

60 Diese Fortschrittsschauen fanden seit 1856 – 58 statt und sollten sich zum Ausgangspunkt der Veredelungsindustrie entwickeln. 1864 war Cannstatt sogar Ausrichtungsort einer Gewerbeschau. Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 17. Vgl. weiter: Cleve, Ware Schönheit nutzen. 3 Bde. (Diss. 1992).

von der Fa. Decker & Co[61], aber auch zu Innovationen, die anderen Firmen[62] Marktanteile sicherten.

Zu diesem Zeitpunkt der Industrialisierung Cannstatts waren das Vorhandensein adäquater Grundstücke von entsprechender Größe sowie eine gute Infrastruktur entscheidende Faktoren für die Standortwahl der Fabriken. Allerdings wurde bei der Entstehung der ersten Gewerbegebiete noch keine entsprechende Bebauungsplanung durchgeführt. Die mitunter ungünstige Verteilung innerhalb des Stadtgebiets[63] zeigte offensichtlich das Versäumnis einer zukunftsorientierten Stadtplanung, mit Berücksichtigung eventueller Entwicklungspotentiale. Diese grundsätzlichen Versäumnisse bei der Erstansiedlung machten sich später im Erfordernis der Betriebsverlagerungen negativ bemerkbar. Infolge von fehlenden Expansionsmöglichkeiten aufgrund des Mangels an Baugrundstücken zogen etliche Betriebe von Cannstatt fort und siedelten sich an Orten an, an denen preiswerte Baugrundstücke sowie ein niedriges Lohnniveau vorhanden waren.[64]

Dennoch konnte die Entwicklung Cannstatts zum Industriezentrum nicht mehr aufgehalten werden. Ein wesentliches Verdienst bei der Förderung der Industrialisierung der Stadt gebührte den Cannstattern selbst. Diese ergriffen bereits 1861 die Initiative, indem sie einen Gewerbe- und Handelsverein gründeten.[65] Zum Zukunftskonzept des Gewerbe- und Handelsvereins mit seinen zahlreichen Mitgliedern gehörte 1862 die Einrichtung einer Feierabend-Gewerbeschule zur beruflichen Fortbildung der Lehrlinge. Ferner war der Gewerbe- und Handelsverein maßgeblich an der Konstituierung der Handwerker-Bank im selben Jahr, die bis 1881 Bestand hatte, beteiligt. Ihr wurde ab 1866, ebenfalls auf Initiative des Vereins, eine Arbeiter-Sparkasse zur Seite gestellt. Ebenso war der Gewerbe- und Handelsverein maß-

---

61 Diese wurde 1884 von der Maschinenfabrik Esslingen genauso wie die Elektrotechnische Fabrik Cannstatt von L. E. Schwerd übernommen. Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 28; Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 81.

62 Hagel nennt als Beispiel die Firma Hesser, deren Innovation die Entwicklung, Fabrikation und der Vertrieb automatischer Paketiermaschinen für jegliche Sorte von Verpackungen war. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 81.

63 Nach Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 82 lagen die ersten Betriebe am Stadtrand, am Mühlkanal, in Bahnnähe sowie am Seelberg. Seit 1880 kam es zur Herausbildung eines Industriegebiets im Bereich der Pragstraße und etwas später im Nordosten der Krefelder Straße.

64 Z. B. die Baumwollweberei Elsas & Cie zog 1881 nach Murrhardt, was insofern ein großer Verlust für Cannstatt und seine Arbeiterschaft gewesen war, da Louis Elsas einer der ersten war, der betriebliche Fürsorge für seine Arbeiter betrieb. Vgl. zu letzterem Aspekt Kap. 4.2.2. dieser Arbeit. Vgl. insgesamt: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 83; 94.

65 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 83; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 8 – 10; Daiber, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt (1878), S. 166.

geblich an der Gründung des Arbeiterbildungsvereins im selben Jahr und der Anregung eine Baugenossenschaft beteiligt.[66]

Cannstatt konnte schon kurz vor 1870 auf eine relativ vielfältige Industrielandschaft blicken. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits mehrere größere Betriebe in Cannstatt angesiedelt, wobei die meisten der Branche des Maschinen- und Apparatebaus angehörten. Daneben bestanden zahlreiche expandierende Betriebe aus dem Bereich des Bekleidungsgewerbes, der Textilindustrie sowie der Metallbearbeitung. Außerdem fanden sich Unternehmen aus dem Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die von Bedeutung waren. Cannstatt wurde zu einem Zentrum des Maschinen- und Apparatebaus, das durch die ebenfalls sehr zahlreiche Textilindustrie ergänzt wurde. Das zukunftsweisende war jedoch Cannstatts große Vielfalt an hergestellten Produkten und vor allem die vorherrschende Spezialisierung.[67] Mit dieser Fähigkeit, Branchennischen zu erkennen und zu besetzen, hatte Cannstatt vollends den Schritt zur Hochindustrialisierung geschafft. Somit kann ungefähr das Jahr 1870/71, als Cannstatt schon zum Zentrum der metallverarbeitenden Industrie geworden war, als das Ende der dortigen Frühindustrialisierung angenommen werden.[68]

Die Grundlage für diesen Erfolgsweg waren vielfältige Impulse. Allerdings waren die Cannstatter in dieser Hinsicht nicht autark, sondern es waren vielfach Zugezogene, die für den technischen Fortschritt und den industriellen Aufschwung sorgten.[69] So z. B. der ursprünglich von der Schwäbischen Alb stammende Hermann Werner, der gemeinsam mit seinem Partner Paul Pfleiderer, die nachmals weltberühmte Knet- und Mischmaschinenfabrik Werner & Pfleiderer gründete.[70] Wohl zu den berühmtesten Impulsgebern, die keine gebürtigen Cannstatter waren, gehörten der Schorndorfer Gottlieb Daimler und der Heilbronner Wilhelm Maybach. Die Frucht ihrer Zusammenarbeit war die 1890 gegründete Daimler-Motoren-Gesellschaft, aus der Wilhelm Maybach schließlich 1891 ausschied, um ab 1892 selbständig weiterarbeiten zu können. Die Erfindungen von Daimler und Maybach waren vielfältig. Zu ihnen gehörten u. a. das Motorrad, der Motorwagen, das Motorboot

---

66 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 83; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 18 – 22.

67 Vgl. zur Vielfalt an unterschiedlichen Industrieunternehmen auch: Rilling, 6000 Jahre Cannstatt (1967), S 199.

68 Vgl. zum Vorstehenden: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 83 – 86; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 21.

69 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 87 mit Anm. 46.

70 Vgl. ebd., S. 87.

sowie die Motoren für die seit 1888 motorisierte Bahn und Straßenbahn. Der Automobilbau war schließlich die Initialzündung für die gesamte Region um Cannstatt, da aufgrund der Vielzahl an Verknüpfungen mit den unterschiedlichsten Spezialbranchen ein allgemeiner Aufschwung begann.[71] Besondere Beachtung gebührte auch der Fabrik für Rundwirk- und Rundstrickmaschinen, die Charles Terrot auf der Grundlage einer weitaus älteren Gründung ins Leben rief. Terrot war „auf Veranlassung […] (des Konstrukteurs) Fouquet aus Frankreich“[72] eingewandert und gründete 1862 eine eigenen Fabrik in Stuttgart. 1882 siedelte sich die Fabrik in Cannstatt an. Von dort wurde durch die Verbesserung fremder wie auch eigener Erfindungen der Weltruhm des Unternehmens begründet, das „auch auf verschiedenen nationalen und internationalen Ausstellungen mit ersten Preisen ausgezeichnet“[73] wurde.

Im Verlauf der zweiten Jahrhunderthälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich Cannstatt von der Kur- und Badestadt mit dörflichem Charakter zur Industriestadt entwickelt. Dafür waren neben den Menschen auch äußere Faktoren, wie kriegerische Ereignisse, Entwicklungsprozesse im Bereich von Wirtschaft, Zoll- und Finanzwesen sowie im technologischen Bereich, maßgeblich verantwortlich.[74] Das Gelingen der Entwicklung wurde an der erfolgreichen Teilnahme Cannstatter Firmen an der Landesgewerbeausstellung des Jahres 1881 sichtbar.[75] Mit dem Eintritt in die Hochindustrialisierungsperiode war auch in Cannstatt die Hoffnung auf weitere Industrieansiedlungen verbunden. Sichtbar wurde dieses Ansinnen durch den Bau eines neuen Wasserwerks am Mühlengrün, mit dessen Wasserkraft Energiereserven für neue Unternehmen geschaffen wurden.[76]

Infolge der vermehrten Industrieansiedlung gab es nicht nur positive Entwicklungen. Bekanntlich bedingte jeder menschliche Eingriff in die Natur deren Veränderung. Bei solchermaßen massiven Eingriffen, wie sie im Zuge der Industrialisierung geschehen waren, blieben vor allem Umweltprobleme nicht aus. Sie wurden erstmals ab 1850 fassbar und hingen einerseits mit dem damals einsetzenden starken

---

71 Vgl. ebd., S. 88 f.; Rilling, Cannstatt seit 6000 Jahren (1967), S. 199 f.

72 Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 311.

73 Ebd., S. 311.

74 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 90.

75 Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 24; Cleve, Ware Schönheit nutzen. 3 Bde. (Diss. 1992).

76 Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 26.

Bevölkerungswachstum, andererseits mit der Industrieansiedlung zusammen.[77] Die hauptsächlichen Probleme bewegten sich im Bereich der Geruchsbelästigung durch Ausdünstungen im industriellen Produktionsvorgang sowie durch Abwasserkanäle und Dungablagen der entstehenden neuen Wohngebiete. Hinzu traten Klagen hinsichtlich Schmutzbelästigungen und Behelligungen durch abstoßende Materiallager.[78]

Die angedeuteten Umweltprobleme waren nicht die einzigen Veränderungen, die im Zuge der Industrialisierung auftraten. Neben den Umweltproblemen traten auch hinsichtlich der allgemeinen Lebensbedingungen Probleme auf.

Lebensalltag

Eine der größten Veränderungen der Industrialisierung war die größere Mobilität der Arbeitskräfte sowie das Bevölkerungswachstum seit 1850. Damit kam es vor allem in Städten mit sich neu herausbildenden Industriegebieten zu großen Problemen hinsichtlich des Wohnraums. Im Großraum Stuttgart gab es eine ungeahnte Bevölkerungsvermehrung, die auch auf Cannstatt Auswirkungen hatte.[79] Zwischen 1840 und 1880 wuchs die Cannstatter Bevölkerung um 197, 3%.[80] Hatte Cannstatt 1861 noch ca. 7500 Einwohner, so waren es 1900 bereits mehr als 26000 Menschen, die dort wohnten.[81] Die Folge waren einerseits eine große Wohnungsnot, andererseits ein auffallender Bauboom, der zu einer nicht unerheblichen Ausdehnung der Stadt führte. Allerdings kam diese ausgedehnte Bautätigkeit vor allem den solventen Personengruppen der Privatiers, Pfarrer und Pfarrerswitwen, Apothekern, Forstleuten und Offizieren zugute. Diese Berufsgruppen waren in der Lage, entsprechende Mieten in den gehobenen Wohngebieten bezahlen zu können.[82] Daneben lebten jedoch auch zahlreiche arme Witwen sowie Fabrikarbeiter in Cannstatt, wie anhand der Adressbücher ersichtlich wurde, deren Wohnsituation in der Regel sehr schlecht war.

Aus der nachfolgenden Tabelle 1 ergibt sich eine ungefähre Vorstellung hinsichtlich der Bevölkerung von Cannstatt. Dabei hatten die Adressbücher höchstwahr-

---

77 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 91 mit Anm. 48.
78 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 90 f.
79 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 91 mit Anm. 49.
80 Zahlenangabe nach: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 92. Vgl. a. a.O.
81 Vgl. Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 30.
82 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 92 f.

scheinlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, so dass vermutlich noch weitaus mehr Angehörige der einzelnen Bevölkerungsgruppen in Cannstatt lebten.

Tabelle 1[83]:

Jahr	Fabriktagelöhner	Fabrikarbeiter (Gesamt)		Fabrikarbeiter (aufgeschlüsselt)			Fabrikanten		(gewesene) Fabrikdirektoren	Sonstige „leitende" Arbeiter im Fabrikbetrieb
			Handwerker/Wengerter/Hausmetzger + Fabrikarbeiter	wwe	weibl.	männl.	männl.	wwe.		
1861	-	33	2	3	3	30	22	1	1	3
1866	-	50	1	4	3	47	23	1	-	7
1874	-	121	-	8	2	119	47	4	-	7 (3 Aufseher, 4 Verwalter/Meister (1 wwe.; 1 Nebenerwerb)
1876	-	370	-	3	22	348	54 (1 weibl.)	3	-	4
1880	-	113	1	3	8	105	64 (1 weibl.)	6	-	2 (1 weibl.)
1884	-	116	-	7	5	111	80 (1 weibl.; 1 Ehefrau)	9	-	-
1901	27 (1 wwe.)	181	-	15	9	172	132 (1 weibl; 1 Ehefrau)	11	2	17 (2 weibl.)
1905	28 (1 weibl.; 1 wwe.)	214	1	15	19	195	161 (1 Gattin)	18	7 (2 wwe.)	37 (1 weibl; 3 wwe., 1 Fabrikputzerin/wwe., 1 gew. Fabrikaufseher

Steigende Bodenpreise, die mit der Besiedlungsdichte wie auch der guten infrastrukturellen Anbindung zu Stuttgart zusammenhingen, führten zu großen Problemen auf dem Wohnungsmarkt.[84] In den Jahren zwischen 1900 und 1905 kam es beispielweise in Cannstatt bei den Kleinwohnungen zu einer nicht unerheblichen Mietpreissteigerung.[85] Diese Art der Wohnungsprobleme überforderte den privaten Wohnungsbau, der letzten Endes außerstande war, eine adäquate Lösung zu finden. Besonders das Problem des preisgünstigen Wohnungsbaus konnte nicht unproblematisch gelöst werden. Im Zuge, probate Lösung zu finden, wurden schließlich die Wege des „Wohnungsbaus durch eine Aktiengesellschaft, (durch) genossenschaft

83 Die Tabelle ist eine eigene Auswertung der Adressbücher der Jahre 1861, 1866, 1874, 1876, 1880, 1884, 1901 und 1905. (Abkürzungen: wwe. = Witwe; weibl. = weiblich; gew. = gewesen).

84 Vgl. zu diesem und dem Folgenden auch Kap. 4.3.1 und 4.3.2. dieser Arbeit. Vgl. auch: Hippel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918 (1992), S. 749 f.

85 Vgl. Trägtmeyer, Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 – 1912 (1914), S. 399.

lich errichtete Komplexe und (durch) Werksiedlungen“[86] beschritten.[87] Nach und nach gelang die Koordinierung der Bautätigkeit durch ein Ortsbaustatut sowie den Stadtbauplan. Andere Versorgungsprobleme wurden sukzessive ebenfalls durch Planungen im Bereich der Trinkwasserversorgung, der Kanalisation, der Energieversorgung sowie des Gesundheitswesens gelöst.[88] Mit dem Bevölkerungszuwachs war auch eine Veränderung hinsichtlich der konfessionellen Zusammensetzung verbunden. Somit war einerseits eine katholische Kirche erforderlich, die 1858 ihre Weihe erhielt.[89] Andererseits wurde die evangelische Stadtkirche den Bevölkerungsmassen nicht mehr gerecht, so dass 1900 eine zweite evangelische Kirche, die Lutherkirche, eingeweiht wurde.[90] Für die relativ geringe jüdische Bevölkerung wurde 1876 eine Synagoge erbaut.[91]

Diese Probleme waren aus Sicht der Arbeiter eher sekundär.[92] Wesentlich war es für sie, einigermaßen gute Lösungen für die Bewältigung ihres Lebens- und Arbeitsalltags zu finden. In Bezug auf die Wohnraumfrage war es von Vorteil, in den ländlicheren Vororten und Dörfern um Cannstatt und Stuttgart herum, zu wohnen. Darin begründete sich die Bedeutung des Pendlerwesens. Mit dem Anwachsen des Industrialisierungsgrads wuchsen auch die Zahlen der Pendler an. Ähnlich wie in Feuerbach gab es vermutlich auch in Cannstatt zu Beginn der Industrialisierung mehr Aus- als Einpendler, was sich jedoch bis 1900 umkehrte. Zu Beginn der Industrialisierung gingen die meisten Pendler vermutlich noch zu Fuß, da Fahrkarten für sie unerschwinglich waren, was sich später ebenfalls änderte. Spätestens mit Einführung der Arbeiterwochen- und -monatskarten ab den 1890er Jahren stieg der Anteil an Bahnpendlern. Um 1900 war zudem das Fahrrad eine wichtige, gleichermaßen kostengünstige Alternative, um zur Arbeit zu kommen. Hinzu kamen die

---

86 Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 93. Die Oberamtsbeschreibung von Cannstatt berichtet über entsprechende Initiativen der Firma M. Streicher und der Ziegelei A. Höfer beide in Cannstatt, die preiswerten Wohnraum für z. T. auch auswärtige Arbeiter geschaffen haben. Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 319. Beck berichtet über die Arbeiterkolonie „Wilhelmshöhe“. Vgl. auch: Beck, Cannstatter Chronik über die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts (1900), S. 304.

87 Auf die Darstellung der einzelnen daraus erwachsenden Siedlungen wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 94 – 96.

88 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 96 f.

89 Vgl. ebd., S. 97.

90 Vgl. ebd., S. 98.

91 Vgl. ebd., S. 99.

92 Die Darstellung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse für Cannstatt folgt Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 62 - 79. Dieser hatte für Feuerbach die soziale Situation der Fabrikarbeiterschaft beschrieben. In Bezug auf die allgemeinen Angaben besteht eine Übereinstimmung zwischen der Situation in Cannstatt und der in Feuerbach. Vgl. hierzu auch: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 90.

1869 als Pferdebahn von Berg in die Cannstatter Neckarvorstadt begonnene Straßenbahnverbindung. Sie fand ihre Fortsetzung 1892 in der Stuttgarter Bahn, die den Stuttgarter Schlossplatz mit der Neckarbrücke verband, wo eine Anschlussverbindung an die Cannstatter Bahn bestand.[93] Ab dem Jahr 1897 konnte die Straßenbahn dann mit Motoren statt mit Pferden betrieben werden.[94]

In Hinblick auf die Arbeitszeit machte Cannstatt im Vergleich zu anderen Städten sicherlich keine Ausnahme. Um das Jahr 1880 war eine Wochenarbeitszeit von 60 bis 70 Stunden die Regel. Fast genauso lange hatten Frauen zu arbeiten, wobei es durchaus Bemühungen gab, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren. Die Arbeitszeit für Frauen wurde 1892 durch ein entsprechendes Gesetz auf elf Stunden täglich, mit dem Verbot von Nachtarbeit und einer wenigstens einstündigen Mittagspause festgelegt.[95] Dabei war es jedoch eine Tatsache, „daß die Frauenarbeit außer in der Textilindustrie um 1862 nicht sehr verbreitet, aber schlecht bezahlt war.“[96] Es wurden noch weitere gesetzliche Schritte unternommen, die Arbeitszeit schrittweise zu reduzieren.[97] Die Frauen waren im Arbeitsleben wie auch grundsätzlich im sozialen Dasein stets benachteiligt. Um diesem Umstand Abhilfe zu schaffen, kam es 1873 zur Gründung des Schwäbischen Frauenbundes.[98]

Die Löhne waren noch bis um die Jahrhundertwende im Allgemeinen sehr niedrig. Aufgrund dieser Tatsache war Frauen- und Kinderarbeit weit verbreitet, um auf diese Weise den Lebensunterhalt sicherzustellen.[99] Darüber hinaus wurde auf andere Art und Weise versucht, das Einkommen aufzustocken. Die häufigsten Nebenerwerbstätigkeiten waren der Handel mit Flaschenbier, Getränken oder Lebensmitteln. Weitverbreitet waren auch das Schlafgängerwesen sowie die Aufnahme von Pfleglingen gegen entsprechende Bezahlung.[100]

In Zusammenhang mit dem geringen Lohnniveau hatten die bereits erwähnten hohen Mieten geradezu katastrophale Auswirkungen. Insbesonders neu nach

---

93 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 80.

94 Vgl. ebd., S. 79.

95 Vgl. Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 66 f.

96 Ebd., S. 67 f. mit Anm. 113.

97 Ein Beispiel war das Sonntagsruhe-Gesetz für das Handelsgewerbe des Jahres 1892, das entsprechende Gesetz für Industrie, Handwerk und Kleingewerbe aus dem Jahr 1895. Ferner wurde ab 1906 eine allgemeine Arbeitszeit von 10 Stunden pro Tag festgelegt und ab 1910 der freie Samstagnachmittag eingeführt. Vgl. Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 67. Vgl. auch: Ders., Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 151 – 156.

98 Vgl. Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 68 mit Anm. 116.

99 Vgl. zur Kinderschutzgesetzgebung: Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 68 – 70; Ders., Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 154 – 156.

100 Vgl. Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 75.

Cannstatt zugezogene Arbeiter hatten große Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Um überhaupt ein Dach über dem Kopf haben zu können rückten die Familien oftmals zusammen, weshalb sich in den Dörfern wie auch in den Arbeiterquartieren oftmals drei Familien eine Stube teilen mussten. Eine Folge dieser drangvollen Enge waren soziale Konflikte unter den jeweiligen Bewohnern.[101] Hinzu kam der schlechte Allgemeinzustand der Wohnungen. Wie in Stuttgart, so gab es auch in Cannstatt enge Straßen, in denen Häuser mit schlechter Bausubstanz standen, deren „Räume klein, feucht, muffig und dunkel, zudem schlecht heizbar“[102] waren. Darüber hinaus waren die sanitären Einrichtungen entweder hoffnungslos rückständig oder fehlten ganz. Außerdem waren die Wände bzw. Fußböden erneuerungsbedürftig und in der Regel fehlten Trockenböden für die Wäsche. Besonders bezahlbare und vor allem einigermaßen intakte Kleinwohnungen waren absolute Mangelware. Diese Faktoren hatten negative Auswirkungen einerseits auf die Gesundheit der Erwachsenen, die vielfach an Tuberkulose erkrankt waren. Andererseits waren die Kinder, als die schwächsten Gesellschaftsglieder am stärksten durch die ungesunden Behausungen in Mitleidenschaft gezogen worden. In Württemberg herrschte um 1879 eine erschreckend hohe Kindersterblichkeit. Immerhin bewirkten Maßnahmen zur Verbesserung der Medizin und der Hygiene einen Anstieg der Lebenserwartung und einen Bevölkerungszuwachs.[103]

Interessenorganisation und Sozialdemokratie in Cannstatt

Im Allgemeinen kann das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der Vereine bezeichnet werden.[104] Vereine[105] und vereinsmäßige Organisationen waren in allen Bevölkerungsgruppen beliebt. Zum Großteil hatten sich die Vereine ein bestimmtes Ziel gesetzt, wie z. B. der Gewerbeverein. Andererseits gab es bereits frühzeitig Interessenvertretungen, die unter anderem die Ziele der Arbeiter vertraten.

---

101 Vgl. ebd., S. 71; Ders., Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 149.

102 Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 166.

103 Vgl. Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 166 – 168; Ders., Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 73 f.

104 Vgl. Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 102 mit Anm. 53.

105 Vgl. zu den Vereinen im 19. Jahrhundert allgemein als Überblick: Dann, Die Anfänge der politischen Vereinsbildung in Deutschland (1976), S. 197 – 232; Conze, Der Verein als Lebensform des 19. Jahrhunderts. In: Die Innere Mission 50, 1960, S. 226 – 241; Tenfelde, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873) (1984), S. 55 – 114; Ders., Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873) (2012), S. 174 - 229.

In diesem Zusammenhang sind auch die ersten Streiks zu nennen. Im Unternehmertum des 19. Jahrhunderts war die Gewinnmaximierung die vorherrschende Idee. Diese kapitalistische Vorstellung sorgte für eine weitere Verschärfung der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Besonders schwerwiegend war dieser Umstand, nachdem bis zur Bismarckschen Sozialversicherungspolitik der 1880er Jahre jegliche soziale Sicherung für diese Bevölkerungsschicht fehlte.[106] 1866 erfolgte die Gründung des Arbeiterbildungsvereins in Cannstatt sowie im Jahr 1869 die des sozialdemokratischen Arbeitervereins.[107] Mit der damit begründeten Solidargemeinschaft, die sich auch in den ebenfalls in diesem Zeitraum konstituierenden Fachvereinen zeigte, begannen die Arbeiter mit Nachdruck für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen.[108] Dazu wählten sie zum Teil auch das Mittel des Streiks, so wie 1872 die Schumachergesellen in Cannstatt.[109] Durch den 1870 vollzogenen Anschluss des sozialdemokratischen Arbeitervereins an die im Jahr zuvor gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei,[110] konstituierte sich in Cannstatt die dortige „Mitgliedschaft".

Im Jahr 1878 wurde im Deutschen Reich das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das so genannte Sozialistengesetz erlassen. Es sollte bis zu seiner Aufhebung im Jahr 1890 dafür sorgen, dass die legale und offizielle Arbeit der Partei verboten blieb.[111] Trotz aller Bemühungen, jegliche Parteiarbeit der Sozialdemokraten zu verhindern, konnte diese ihre Arbeit im Verborgenen weiterführen.[112] Angesichts der Schwierigkeiten, die durch das Sozialis-

---

106 Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 76.

107 Vgl. Hagel, Saurier, Pest und Brotkrawall (2000), S. 102.

108 Zwar nicht infolge von Streiks, sondern aufgrund anderer Beweggründe wurden in den Jahren 1884, 1888, 1889 und 1911 der gesetzliche Arbeiterschutz verbessert wie auch die Grundlagen für ein Netz der sozialen Sicherung gelegt. Vgl. Hagel, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 78.

109 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 101.

110 Im Folgenden soll eine knappe Skizze in sehr komprimierter Form Hintergrundinformationen zum Verständnis der in den Pfarrberichten eingenommenen Haltung vermitteln. Auf die Darstellung der Entwicklung und Details zur Etablierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird deshalb bewusst verzichtet. Ebenfalls musste aus demselben Grund auf eigene Quellenstudien verzichtet werden. Es werden lediglich einige Schlaglichter dargestellt, die im gegebenen Rahmen besonders relevant erscheinen. Für weiterführende Informationen zur Geschichte der Sozialdemokratie in Württemberg: Vgl. Schadt; Schmierer, Einleitung (1979), S. 19 – 34; Schmierer, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Baden und Württemberg (1979), S. 35 – 63; Rieber, Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890) (1979), S. 71 – 77; Christ-Gmelin, Die württembergische Sozialdemokratie 1890 – 1914 (1979), S. 107 – 131.

111 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 102; Ders., Vom Weinbaudorf zum Industriestandort (1991), S. 76. Vgl. weiter die Zusammenfassung über die Darstellung der Repressionen bei: Rieber, Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890) (1979), S. 71 f.

112 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 102.

tengesetz bedingt waren, hatte die Partei dennoch eine probate Organisationsstruktur aufbauen können, die die Grundlage für den Fortbestand des Parteilebens bildete.[113]

In Stuttgart[114] wurden die Aktivitäten der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz ebenfalls nicht beendet, sondern heimlich weitergeführt, so dass die dortige Partei im Jahr 1884 aus ungefähr 180 Mitgliedern bestand.[115] Die Leitungsebene setzte sich aus 7 Personen zusammen. Im Jahr 1884 konnte in Heslach sogar noch ein legaler Verein, der „Maikäferklub" bestehen, der zwar unter polizeilicher Überwachung stand, trotzdem seine Wirkungen in aller Öffentlichkeit entfalten konnte. Diese Art der Parteiarbeit hatte in ihrer Mischung aus Resten offizieller Vereine und geheimen Strukturen allem Anschein nach ihre Wirkung nicht verfehlt. Ein sichtbarer Erfolg war ein Zuwachs der aktiv tätigen Parteimitglieder, also Agitatoren, auf 222.[116] An sonstigen Mitgliedern, deren Zahl vermutlich absichtlich gering gehalten wurde, wurden 1888 in einem Polizeibericht 84 genannt.[117] Problematisch für die Wirkung der Partei in Württemberg war jedoch, dass die Mehrzahl der Aktiven aus anderen Bundesländern kam und die württembergischen Eigenarten nicht berücksichtigte. Aufgrund dieser Tatsache waren interne Konflikte nicht gänzlich ausgeschlossen.[118] Die Mitglieder waren größtenteils Handwerksgesellen bzw. Industriearbeiter, die einen gewissen Qualifikationsgrad erlangt hatten, also als Gelernte bezeichnet wurden. Hingegen waren Ungelernte, d. h. Arbeitskräfte, die über keinerlei Qualifikationen verfügten, oder Mitglieder aus dem Dienstbotenstand nicht unter den Parteimitgliedern. Diese Mitgliederstruktur war nicht ungewöhnlich, vielmehr spiegelte sie das typische Bild wider, wie es zwischen 1870 und

---

113 Die Grundlage von diesem und dem Nachfolgenden ist: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984).

114 Für Cannstatt fehlen spezielle Informationen. Es besteht aber Grund zu der Annahme, dass die Entwicklung der Cannstatter Sozialdemokratie aufgrund der Nähe der Residenz analog zu der der Stuttgarter Sozialdemokratie ablief. Dasselbe galt für die Organisationsstruktur in der Zeit des Sozialistengesetzes. Für die Aspekte, für die Rieber gezielte Bezüge zu Cannstatt nachweist, werden diese mit einbezogen. Ansonsten wird die allgemeine Situation im Großraum Stuttgart beschrieben.

115 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 424.

116 Vgl. ebd., S. 425 f. mit Anm. 21 auf S. 426; Ders., Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890) (1979), S. 74.

117 Vgl. Rieber, Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890) (1979), S. 74.

118 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 426.

1890 überall im Deutschen Reich zu finden war. In dieser Hinsicht stellte Württemberg keine Ausnahme dar.[119]

Einmal im Jahr wurde eine Landesversammlung abgehalten, die 1888 solchermaßen perfekt geheim gehalten worden war, dass sie ungestört in Cannstatt stattfinden konnte.[120] Für den Zeitraum zwischen 1882 und 1888 erhöhte sich die Zahl der Ortsvereine um 5 auf 18.[121] Die Cannstatter Mitglieder zeigten sich insgesamt sehr rührig, wie auch die Anzahl an Schriften, die an sie versandt wurden, belegte.[122] Aber nicht nur die Schriftenverbreitung, sondern auch die Fachvereine sowie die verschiedenen legalen Vergnügungsvereine wie auch Gesangsvereine sorgten für die passenden Kommunikationsmöglichkeiten. Zugleich trugen sie maßgeblich zur Ausbreitung der Sozialdemokratie bei. Ein Beispiel für eine solche Kommunikationsmöglichkeit unter dem Deckmantel des Vergnügens war eine Feierlichkeit aus Anlass des 18. März, die am 16. März 1884 in einer Wirtschaft in Cannstatt abgehalten wurde.[123]

Von besonderer Bedeutung war auch die Beziehung zum Freidenkertum wie auch zur Religion. Die Nähe des Stuttgarter Ortsvereins der Sozialdemokratie zur Freidenkergemeinde war wenig verwunderlich. Bekanntermaßen opponierte die Sozialdemokratie gegen den Staat als solchen. In Württemberg musste dazu in besonderem Maße die Opposition gegen die Kirche treten. Im Allgemeinen war die Beeinflussung aus dem Bereich der Religion von besonderer Bedeutung für die Herausbildung einer politischen Kultur in einer bestimmten Region.[124] In Württemberg war die Kirche in hohem Maße vom Pietismus geprägt, wobei besonders in der aktiven Zeit Sixt Karl Kapffs in den 1870er Jahren, von einer direkten Herrschaft des Pietismus gesprochen werden konnte.[125] Danach aber war wiederum der weltabge-

---

119 Vgl. ebd., S. 428.

120 Vgl. ebd., S. 433.

121 Laut Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 434 mit Anm. 42 gab es 1882 in Stuttgart, Esslingen, Cannstatt, Göppingen, Schwäbisch Gmünd, Heidenheim, Reutlingen, Heilbronn, Ebingen, Aalen, Schwäbisch Hall, Ravensburg sowie Ulm sozialdemokratische Ortsvereine. Bis 1888 kamen höchstwahrscheinlich Ortsvereine in Bietigheim, Feuerbach, Geislingen, Ludwigsburg sowie Schwenningen hinzu.

122 Diese Aktivität zeigte sich anhand der in Julius Mottlers Nachlass befindlichen Versandlisten des „Sozialdemokrats“, wonach die Cannstatter Mitglieder 1887/88 zwischen 16 und 24 Exemplare pro Quartal bezogen. Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 437 mit Anm. 47.

123 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 438; 441.

124 Vgl. Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion (1991), S. 42; Kaschuba, 1900: Kaiserreich, Arbeiterkultur und die Moderne (1994), S. 82.

125 Vgl. Schäfer, Kleine württembergische Kirchengeschichte (1969), S. 140; 143; Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918 (1992), S. 369.

wandte und politisch eher desinteressierte Pietismus maßgeblich. Dennoch galt für das gesamte 19. Jahrhundert die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche.[126] Der Landeskirche in Württemberg war es schon zu einem frühen Zeitpunkt gelungen, die unterschiedlichen pietistischen Richtungen in die „Staatskirche“ zu integrieren.[127] Auf diese Weise gelangte die württembergische Landeskirche zu einer bewahrend-konservativen Einstellung, die trotz aller vorgeblichen Abwendung von der Politik durchaus politisch aufgefasst werden konnte. Infolgedessen wandten sich sozialdemokratisch orientierte Arbeiter auch zum Freidenkertum hin, das „auf religiös-ideologischer Ebene eine fundamentale oppositionelle Alternative zur herrschenden traditionellen christlichen Religiosität der beiden großen Kirchen“[128] bildete. Aus diesem Grund waren eine naturgegebene Nähe wie auch Verbindung zur Sozialdemokratie nicht ungewöhnlich, besonderes, da mit dem „Gothaer Programm“ Religion zur Privatangelegenheit erklärt worden war. Dennoch wurde damit nicht verhindert, dass sich die sozialdemokratische „Agitation allgemein gegen die Weltanschauung der Kirchen durch Verbreitung von Materialismus, Darwinismus und Marxismus“[129] wandte. Dabei waren Spannungen besonders in den Fällen nicht ausgeschlossen, in denen vereinzelt eine verbindliche Lösung der Weltanschauungsfrage „zugunsten einer atheistischen und kämpferisch-freidenkerischen Aussage“[130] gefunden werden sollte.

Selbst im grundsätzlich urprotestantisch geprägten Württemberg hatte sich eine grundlegende und tiefgreifende Ablehnung gleichermaßen von Religion wie auch von Kirche herausgebildet. Diese wiederum basierte in der grundsätzlichen sozialdemokratischen Abneigung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Sichtbar wurde diese Haltung beispielsweise in der Zurückweisung des Pfarrers bei einer Beerdigung eines Cannstatter Arbeiters, wobei dieser gleichzeitig durch eine testamentarische Verfügung den Auftritt eines sozialdemokratischen Redners veranlasst hatte.[131] Die Öffentlichkeit reagierte auf diese Beerdigung mit Entrüstung, einem Redeverbot für den Sozialdemokraten sowie diversen Strafmandaten gegen

---

126 Vgl. Kap. 5.1.2. dieser Arbeit. Vgl. ferner: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 452.

127 Vgl. Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion (1991), S. 42.

128 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 452.

129 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 452 mit Anm. 120, 121.

130 Ebd., S. 453.

131 Vgl. ebd., S. 467.

die Teilnehmer. Diese Maßnahmen wurden ergriffen, da in diesem Zusammenhang die Ausführung einer gottesdienstlichen Handlung als gestört angesehen wurde. Ebenso ergaben sich für einige der Teilnehmer weitere Folgen, wie die Entlassung verschiedener Familienoberhäupter zeigte. Sie hatten aufgrund der Teilnahme an dieser Beerdigung und ihrer damit als unchristlich erwiesenen Haltung ihre Arbeitsstelle verloren. Die Interpretation ging sogar soweit, schon allein in der Teilnahme an der Beerdigung eines Sozialdemokraten eine Aversion gegen den Arbeitgeber zu erkennen.[132]

Den Hintergrund für die Abwendung der Sozialdemokraten von den Kirchen bildete die Assoziation mit dem Staatswesen. Nachdem die Kirche eine Staatsanstalt war, war es für die Sozialdemokratie einfach, in ihr ein Sinnbild der bürgerlichen Normen- und Gesellschaftsordnung zu sehen, gegen die sie opponierte. Die Separation von Staat und bürgerlichem Normensystem war mit dem Jahr 1890 noch nicht vollkommen vollzogen. Zwar war es der Sozialdemokratie damals gelungen, ein fundiertes Organisationswesen aufzubauen, dennoch konnte erst dieser Zeitpunkt als der eigentliche Beginn einer direkten Trennung vom gesamten bürgerlichen Normen- und Wertesystem angesehen werden. Dieser ganze Ablehnungsprozess zeigte sich einerseits in der Kirchenaustrittbewegung, andererseits in der Hinwendung zum Freidenkertum oder nur noch formal bestehender Zugehörigkeit zu einer der beiden Konfessionen.[133]

Die Sozialdemokratie hatte sich erklärtermaßen zur Opposition gegen die Kirche und die Religion bekannt. Dieser Umstand bedeutete jedoch nicht, dass sie nicht auch anderweitig opponierte. Besonders zeigte sich eine ablehnende Haltung der Bismarckschen Sozialpolitik, bei der sowohl das Gesamtwerk als auch die Sozialversicherungsgesetzgebung kritisiert und weitergehend auch nicht akzeptiert wurden. Begründet wurde diese grundsätzlich ablehnende Haltung einerseits mit der dem Selbstverwaltungsanspruch seitens der Arbeiter entgegenlaufenden Organisationsform des staatlichen Versicherungswesens. Andererseits wurden die grundsätzlich zu niedrig bemessenen Leistungssätze im Versicherungsfall, die antisozialdemokratische Ausrichtung der staatlichen Sozialpolitik und die Aussparung von Maßnahmen zum Arbeiterschutz als weitere Begründungen angeführt. Für diese Haltung maßgeblich waren fehlende staatliche Initiativen zur Verbesserung des

---

132 Vgl. zu diesem und dem Vorherigen: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 468 mit Anm. 169.

133 Vgl. ebd., S. 550 f.

Versicherungswerks, das lediglich eine Bündelung der bis zu diesem Zeitpunkt uneinheitlichen Maßnahmen zur Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter vorsah.[134]

Nachdem 1881 die sozialreformerische Politik begonnen hatte, fanden auch innerhalb der Sozialdemokratie in Württemberg Diskussionen über das geplante Gesetzeswerk statt. Wie ein Referat über die Verabschiedung des Gesetzes über die Krankenkassen in Cannstatt im Jahr 1883 zeigte, herrschte auch dort eine klare Ablehnung der staatlichen Sozialmaßnahmen. Der Referent Wilhelm Blos kritisierte, die mangelnde Selbstverwaltung und die Möglichkeit, das Krankenkassengesetz zur Vergrößerung der unternehmerischen Einflussnahme auf die Arbeiter zu benutzen. Ein 1884 durch die Gründung eines „Vereins zur Beförderung der Versorgung der Arbeiter“ unternommener Vorstoß seitens der Unternehmer offenbarte die Berechtigung seiner Kritik. Dieser Verein sprach sich für die Gründung von Betriebskrankenkassen aus, weil nur auf diese Weise noch eine Einflussnahme auf die Arbeiterschaft möglich war, da andererseits den, bei den Ortskrankenkassen versicherten Arbeitern eine Beeinflussung durch die Sozialdemokratie unterstellt wurde.[135] Aus denselben Gründen, die gegen das Krankenkassengesetz vorgebracht worden waren, wurde auch das Gesetz über die Einführung einer Unfallversicherung abgelehnt.[136]

Einen Erfolg zeigte das sozialdemokratische Engagement, indem Stuttgart eine der ersten deutschen Städte war, „in denen gewerbliche Schiedsgerichte zur Regelung von Streitigkeiten von Arbeitern und Arbeitgebern eingerichtet worden waren“.[137] Damit wurde nicht nur eine seit langer Zeit seitens der Fachvereine erhobene Forderung befriedigt. Vielmehr bewies die Sozialdemokratie, dass sie trotz aller Repressionen in der Lage war, in den Bereichen, in denen es um Verbesserungen für die Arbeiter ging, mit dem Staat zu kooperieren.[138]

Das Sozialistengesetz wurde in Württemberg bis 1881 mit derselben Härte wie im restlichen Reich durchgeführt. Danach wurde es zwar insgesamt milder gehand-

---

134 Vgl. zum Vorstehenden: ebd., S. 521.

135 Vgl. ebd., S. 523.

136 Vgl. ebd., S. 524 f. Weitere Bereiche der sozialdemokratischen Opposition waren die Agitation gegen die steigenden indirekten Steuern, die besonders für die finanziell schlechter gestellten Arbeiter eine außerordentliche Belastung darstellten sowie die Ablehnung verpflichtender Arbeitsbücher für im Gewerbebetrieb beschäftigte Arbeiter. Vgl. hierzu: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 527 f.

137 Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 529.

138 Vgl. ebd., S. 529; 770.

habt,[139] aber dennoch gab es genügend Repressionen in den Jahren seiner Geltung.[140] Trotzdem konnte die Sozialdemokratie im Verborgenen die Grundlage für ein regelrechtes Parteisystem legen, das sich erst in den Jahren nach 1890 vollständig entfalten konnte. Innerhalb des Zeitraums von 1878 - 1890 setzte in Württemberg ein grundsätzlicher Wandel innerhalb des Parteiensystems ein, der mit der Herausbildung von Interessenparteien anstatt der bislang nur unspezifisch und locker organisierten Gesinnungsgemeinschaften verbunden war.[141] Damit in Zusammenhang standen die gesellschaftlichen Konflikte, die zwischen der sich herausbildenden Arbeiterorganisation und dem bürgerlich-etablierten Normensystem bestanden. Diese Faktoren wiederum hingen unmittelbar mit der Industrialisierung und den damit verbundenen Veränderungen zusammen.[142] Bis zum endgültigen Industrialisierungsbeginn ab 1850, war Württemberg kleinstädtisch wie auch kleinräumig geprägt, so dass es zur Entstehung eines „kleinstädtisch-bürgerlichen und ländlich bodenverhafteten ständischen Liberalismus“[143] kommen konnte. Neben der Fixierung auf das überkommene althergebrachte Recht, verkörperte dieser ständische Liberalismus auch eine konservativ-reservierte Einstellung in Hinblick auf die eher kollektiv-solidarischen Vorstellungen der sich formierenden Arbeiterbewegung.[144] Württemberg zeichnete sich insgesamt durch eine eher besonnen konservative Haltung aus. Diese Grundeinstellung zeigte sich besonders im Fehlen einer ausufernden Revolution im Jahr 1848, dem nur schwach ausgeprägten Kulturkampf sowie hinsichtlich der im Vergleich zu anderen deutschen Ländern nur wenig akzentuierten Sozialen Frage. Dieses maßvolle politische Herkommen korrelierte mit einer eminenten Reserviertheit gegenüber jeglichen parteipolitischen Aspekten.[145]
Aus diesen Gründen bestand bis 1890 eine Dominanz der liberalen Parteien in Württemberg, die sich als Gesinnungsparteien charakterisierten. Erst nach diesem Zeitpunkt wandelte sich die Parteienlandschaft „hin zu sogenannten Interessenparteien, mit festen, sozialstrukturell verankerten Wählermilieus und ihren

---

139 Die Gründe für die mildere Praktizierung des Gesetzes hat Rieber zusammengestellt. Vgl. hierzu: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 757 f.

140 Vgl. zu den Repressionen: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 552 – 617; Ders., Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890) (1979), S. 71 – 74.

141 Vgl. Glück, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion (1991), S. 38.

142 Vgl. ebd., S. 38.

143 Ebd., S. 41.

144 Vgl. ebd., S. 41.

145 Vgl. ebd., S. 42.

perzepierten [sic!] materiellen und ideellen Interessen."[146] Bis 1890 war die Sozialdemokratie in ihrer Entfaltung durch die liberale Volkspartei sehr gehindert. Erst danach konnte sie zu einem politisch bedeutungsvollen Faktor werden. Besondere Relevanz erreichte sie im Bereich der Industriestädte, also vor allem im Großraum Stuttgart. In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg machte die Sozialdemokratie einen unwahrscheinlichen Aufschwung mit. Dabei war sie vor allem in denjenigen württembergischen Gebieten, die einen hohen Industrialisierungsgrad aufwiesen, vorherrschend.[147] Es bestand also eine Korrelation zwischen der Industrialisierung und dem Aufstieg der Sozialdemokratie, die insbesonders anhand der Mitgliederzahlen sichtbar wurde, die in industriereichen Städten, wie Stuttgart, Cannstatt, Esslingen und Ludwigsburg am höchsten waren.[148] Der Sozialdemokratie war im Verlauf der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes der Schritt gelungen, sich in Württemberg fest zu etablieren. Wie die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1890 belegten, konnte die SDAP bis zu diesem Zeitpunkt in landespolitischer Hinsicht von Belang werden.[149]

Trotz allem war die sich zeitgemäßer zeigende Arbeiterbewegung und respektive die Sozialdemokratie „(f)ür die kollektive Identitätsfindung der Arbeiterschaft und für die Herausbildung klassenförmiger Orientierungshorizonte"[150] der weitaus maßgeblichere Faktor als die Kirche und sonstige sinnstiftende Gemeinschaften. Hinzu kam vermutlich noch, dass sich die Arbeiter eher denjenigen Organisationen zuwandten, die sich für die Verbesserung ihrer sozialen Lage eingesetzt haben, weil sie deren größere Realitätsnähe erkannt hatten.

Die Vereinigung mit Stuttgart

Der letzte Abschnitt in der Geschichte Cannstatts als selbständiger Stadt war die Entwicklung, an deren Ende die Vereinigung mit Stuttgart stand.[151] Das Besondere

146 Ebd., S. 44.

147 Vgl. ebd., S. 45 f.; Christ-Gmelin, Die württembergische Sozialdemokratie 1890 – 1914 (1979), S. 112.

148 Vgl. Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 629.

149 Vgl. Schadt; Schmierer, Einleitung (1979), S. 26 f. Auf die Darstellung detaillierter Ergebnisse der Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. hierzu: Rieber, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890. 2. Teilbd. (1984), S. 659 – 752; 799 – 805; Ders., Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878 – 1890 (1979), S. 75 f.

150 Kaschuba, 1900: Kaiserreich, Arbeiterkultur und die Moderne (1994), S. 82.

151 Den nachfolgenden Ausführungen liegen folgende Werke zugrunde: Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103 – 105; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168 – 171.

daran waren die vorausgehenden Verhandlungen, die sich über einen längeren Zeitraum hingezogen hatten und erst 1904/5 ihren Abschluss fanden.

Die Erwägung und die Einleitung der Verhandlungen über eine Vereinigung waren auf der Grundlage mehrerer Faktoren zustande gekommen. Seit 1890 gab es ein enormes Bevölkerungswachstum, das nicht nur für Cannstatt und Stuttgart, sondern insgesamt für Württemberg von besonderer Relevanz war. Im Jahrzehnt bis 1900 hatte sich die Einwohnerzahl in Cannstatt von 20300 auf 26500 erhöht. Stuttgart hatte im gleichen Zeitraum einen Zuwachs um 37000 auf 177000 im Jahr 1900. Aufgrund dieser Entwicklung traten in beiden Städten gleichermaßen Probleme bei der Wohnraumbeschaffung wie auch in infrastruktureller Hinsicht auf.[152]

Hinzu kamen Probleme wirtschaftlicher Natur. In Stuttgart gab es wegen seiner Kessellage bereits seit längerem keine Möglichkeit zur Expansion der einzelnen Unternehmen. Die Folge dieses Mangels an gleichermaßen verfügbaren wie erschwinglichem Bauland war die Abwanderung verschiedener expansionsorientierter Unternehmen. Die abwandernden Unternehmen zogen vorzugsweise nach Cannstatt, Feuerbach oder ins Neckartal, wo Gewerbeflächen noch in ausreichender Zahl zur Verfügung standen.[153] Als 1896 der Nordbahnhof eröffnet wurde, der sich weitestgehend auf der Gemarkung Cannstatts befand, kam es zu einem weiteren, schwerwiegenden Problem. Richtiggehend problematisch wurde die Lage jedoch erst, nachdem der Stuttgarter Obstmarkt in Nordbahnhofnähe verlegt worden war und somit ebenso auf Cannstatter Gemarkung lag. Infolgedessen hatten die Gewerbetreibenden nicht nur die Gewerbesteuer nach Stuttgart, sondern auch eine zusätzliche Wanderlagersteuer nach Cannstatt abzuführen. Zwangsläufig musste dieser Umstand zu einer massiven Preiserhöhung führen, was wiederum die Wirtschaftskraft beider Städte schwächte.[154]

Die Schwierigkeiten lagen jedoch nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Weitere Probleme ergaben sich aus dem Wohnraumbedarf bzw. der Lage bereits erstellter Arbeiterwohnsiedlungen. Beispielsweise standen die Gebäude des so genannte „Eisenbahndörfles“ sowohl auf Stuttgarter als auch auf Cannstatter Gemarkung, so dass die Siedlung im Grunde genommen zu beiden Städten gehörte. Dabei war die

---

152 Vgl. Hagel, Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 30.

153 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168.

154 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168; Springer, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Bd. 4, Heft 2 (1905), S. 17.

Überschreitung der Markungsgrenzen weniger problematisch als vielmehr der Umstand einer dadurch bedingten mangelhaften Infrastruktur. Ebenso schwerwiegend waren Versorgungsprobleme, die sich im Bereich des Pragsattels ergaben, da das dortige Wohngebiet ebenfalls Grundstücke, die auf beiden Markungen lagen, umfasste. Die Bevölkerung wollte diese Probleme nicht hinnehmen und wandte sich an die Regierung. Nachdem diese mit dem Ansinnen einer Verlegung der Markungsgrenzen gescheitert war, mussten andere Wege gesucht werden. Aber bis zur Einleitung von Verhandlungen über eine eventuelle Vereinigung sollte es noch dauern. Erst mussten andere Probleme zutage treten, um die Bereitschaft zu fördern, über einen solchen Schritt zu verhandeln.[155]

In Stuttgart gab es Planungen über den Bau eines neuen Schlachthofs sowie eines Bahnhofs in Gaisburg. Zur Realisierung dieser Pläne war eine Kooperation zwischen Stuttgart und Cannstatt wegen der Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz wie auch der Abwasserbeseitigung unabdingbar.[156] Darüber hinaus hatte Cannstatt ebenfalls Probleme bzw. Pläne, die nur in Zusammenarbeit mit Stuttgart zu verwirklichen waren.[157]

Die Notwendigkeit einer direkten Kooperation erkannte auch der Cannstatter Oberbürgermeister, der letztlich entsprechende Verhandlungen einleitete. Diese zogen sich über einen Zeitraum von 10 Jahren hin. Am Ende kam eine Einigung zustande, auf deren Grundlage 1904 der Vertragsabschluss möglich wurde.[158] Nach der Zustimmung des Landtags und der Ratifizierung durch König Wilhelm II. fand am 1. April 1905 die formale Vereinigung von Cannstatt und Stuttgart statt.[159] Damit en-

---

155 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168.

156 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168.

157 Dazu gehörten neben Problemen mit der Abwasser- und Müllentsorgung ebenso die Ausarbeitung von Plänen für Bildungseinrichtungen, die Stromversorgung, die Verbesserung von Hochwasserpräventionsmaßnahmen wie auch der Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Ein weiteres Problem stellte die deutlich höhere steuerliche Belastung Cannstatts dar. Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168. Vgl. zur Eingemeindung Cannstatts auch: Borst, Stuttgart (^{3}1986), S. 319 - 322; Sauer, Das Werden einer Großstadt (1988), S. 46 – 52. Vgl. zu den Verhandlungen auch: Springer, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Bd. 4, Heft 2 (1905), S. 18 f.

158 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 103 f.; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 168 – 170.

159 Vgl. Hagel, Cannstatt und seine Geschichte (^{2}2007), S. 104; Ders., Maskenfest und Mammutzähne (2000), S. 170; Ders., Die Siedlungsentwicklung im Stuttgarter Raum (1985), S. 209; Stroheker, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad Cannstatt e. V. In: Cannstatter Kanne Frühjahr 1986, S. 31; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 41.

dete die Selbständigkeit Cannstatts, das fortan ein, wenn auch bedeutsamer Stadtteil Stuttgarts war.

7.2. Cannstatt im Spiegel der Pfarrberichte

Cannstatt war eine stetig wachsende Gemeinde, in der die Industrialisierung und letzten Endes auch die Eingemeindung zu Stuttgart große Veränderungen hervorgerufen haben.[160] Durch die ganzen Entwicklungen war die Stadt immer in Bewegung und im Wandel. Nachdem die Mehrzahl der Cannstatter Einwohnerschaft dem evangelischen Glaubensbekenntnis angehört hat,[161] stellten die Pfarrberichte gleichermaßen eine wichtige Quelle für das Leben der evangelischen Industriebevölkerung wie auch der übrigen Bevölkerung Cannstatts dar. Sie bildeten eine unmittelbare Stimme aus dem Leben der evangelischen Gemeinde, da die Pfarrer auch Faktoren des allgemeinen Lebens ansprachen und ihre eigenen Bewertungen zum Ausdruck brachten.[162] Dabei erschienen in jedem Pfarrbericht, mit geringfügigen Abwandlungen, dieselben Themengruppen, was eine kontinuierliche und analoge Betrachtung erlaubte. Zur Ermittlung der Sichtweise der Pfarrer in Hinblick auf die Zeitumstände, die Gesellschaft und die Gemeindeglieder konnten verschiedene Betrachtungspunkte ausgemacht werden. Innerhalb des vorgegebenen Formulars fand eine Differenzierung der Betrachtung statt. Zunächst wurden die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und Umgangsformen innerhalb der Gemeinde abgehandelt. Im Anschluss daran wurde das Augenmerk auf die politisch-sittliche und allgemeine Lebensweise gerichtet. Daraufhin betrachtete der Geistliche sowohl den Gottesdienst- und Abendmahlsbesuch als auch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Sonntagsfeier und dem Pfarrer. Ferner wurden Lebenswandel und Familienleben, die Kinderzucht sowie die ledige Jugend einer Bewertung unterzogen. Schließlich war auch die Zusammenarbeit mit dem Schultheiß und den bürgerlichen Kollegien ein relevanter Aspekt, der im Rahmen der Pfarrberichte thematisiert wurde.

---

160 Zwischen 1834 und 1890 hatte sich die Einwohnerzahl von Cannstatt Stadt vervierfacht. Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 188; 196.

161 Nach der Oberamtsbeschreibung waren rund 90 % der Bevölkerung evangelisch. Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 196.

162 Vgl. zu den Interpretationsmöglichkeiten in Hinblick auf die Sichtweise der Pfarrer generell auch die Ausführungen bei: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 149 – 162.

Bevor die Pfarrberichte auf Grundlage dieser Gesichtspunkte analysiert werden sollen, sind einige allgemeine Vorbemerkungen zum Quellenmaterial angebracht.

Allgemeine Vorbemerkungen zu den Quellen und zur Auswertung

Die maßgeblichen Quellen für diesen Teil der Arbeit sind die „Pfarrberichte von Cannstatt. Dekanat 3. Oberamt Cannstatt. Generalat Ludwigsburg“.[163] Die Pfarrberichte von Cannstatt eigneten sich insofern sehr gut für eine historische Analyse, da für sie eine relativ dichte Überlieferung besteht. Es liegen Pfarrberichte für die Jahre 1850; 1853, 1856, 1859, 1862, 1866, 1871, 1874, 1878, 1881, 1884, 1887, 1893, 1899, 1905 und 1911 vor.[164] Ferner wurden aus dem sonstigen, im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart vorliegenden Material verschiedene weitere Beilagen ergänzend hinzugezogen. So wurden das „Protokoll über die Verhandlung der Visitation vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890“,[165] das „Referat im Pfarramt über die Kircheninspektion in Cannstatt 1902“,[166] der „Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation Cannstatt, Stadt und Bezirk“,[167] der „Vortrag im Oktober 1908 über die Inspektion von Stadt und Bezirk Cannstatt“[168] sowie der „Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt“[169] mit einbezogen.

Die Pfarrberichte erhielten 1855 per Consistorialerlass bezüglich der zu behandelnden Themengruppen ihre endgültige Form, die bis 1918 Bestand hatte. Aus diesem Grund waren sie besonders gut für die Analyse geeignet, da die einzelnen Jahrgänge aufgrund der Gleichförmigkeit des inhaltlichen Aufbaus gut miteinander korrespondierten. Zugleich bot dieser Umstand die Gelegenheit, Schwerpunkte zu setzen, die sich in den übergeordneten Kontext von Industrialisierung und Arbeiterfrage einordnen ließen.[170] In den Pfarrberichten interessierte vor allem der „§ 2 Die Schilderung der Gemeinde“. Die dort für die Beschreibung empfohlenen Anhaltspunkte waren die „Theilnahme am öffentlichen Gottesdienst, Sonntagsfeier; Verhalten zum Geistlichen überhaupt und zu seiner seelsorgerlichen Thätigkeit; Familienleben, Hausgottesdienst, Ehestand, Kinderzucht, ledige Jugend, Gesindewesen;

163 Vgl. z. B. Pfarrbericht Cannstatt 1850.
164 Alle: LKAS A29 Nr. 752.
165 LKAS A29 Nr. 752.
166 LKAS A29 Nr. 752.
167 LKAS A29 Nr. 752.
168 LKAS A29 Nr. 752.
169 LKAS A29 Nr. 752.
170 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 10.

Verhalten der Gemeindeglieder zu einander; Betheiligung an allgemeinen christlichen Interessen, Bibel-, Missionssache u.s.f.; Erwerb und Gebrauch des Zeitlichen; Zusammenhang der öconomischen mit den sittlichen Zuständen: hervorstechende Eigenthümlichkeiten."[171] Zur Verdeutlichung mancher Aspekte wurden noch Elemente aus „§ 3 Besondere Erscheinungen auf religiösem Gebiet"[172] sowie „§ 5 Verhalten des Ortsvorstehers und der bürgerlichen Collegien in kirchlicher Beziehung"[173] herangezogen.

Aufgrund der jeweils vorgegebenen Forminhalte ließen sich für jedes vorhandene Jahr gegebenenfalls vergleichbare Informationen abfragen. Hierbei war von Nutzen, dass „(d)er Inhalt der Visitation […] so umfangreich wie nur möglich"[174] ist. Andererseits zeigte sich im Vergleich der einzelnen Pfarrberichte auch – wie in der damaligen Praxis allgemein üblich – die direkte Übernahme bestimmter Inhalte aus vorherigen Berichten.[175] Dieser Umstand war umso bedauerlicher zu bewerten, da möglicherweise aufgrund dieser Praxis grundsätzlich interessante Informationen verloren gegangen sein können. Diese Tatsache änderte jedoch nichts am unverändert hohen Quellenwert der Pfarrberichte.[176]

Bei der Analyse der Pfarrberichte für die Stadt Cannstatt ist der Schwerpunkt der Fragestellung die Sichtweise der durch die Industrialisierung bedingten gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen seitens der Pfarrer als Vertreter der evangelischen Kirche. Dabei soll ebenso versucht werden, die generelle Einstellung der Geistlichen zur Arbeiterschaft herauszuarbeiten.

Ein eigenes Kapitel wird sich speziell mit Formen der Wohltätigkeit in Cannstatt befassen. Dabei sollen vordergründig Unternehmungen herausgestellt werden, die im Umfeld der Kirche anzusiedeln waren und in der Hauptsache zum Wohle der Arbeiter geschaffen wurden. Bei diesem Teil der Analyse wurden die Informatio-

---

171 Vgl. zum Folgenden: Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 11 f.

172 Amtsblatt des württembergischen evangelischen Konsistoriums und der Synode in Kirchen- und Schul-Sachen. Bd. 1 (1855), S. 31 – 34, zitiert nach: Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 11 f.

173 Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 12. Vgl. zum Vorstehenden auch: Eisenlohr, Sammlung der württembergischen Kirchen-Geseze. Bd. 2. Enthaltend die evangelischen Kirchen-Geseze vom Jahre 1803 bis zum Jahr 1834 und die Einleitung in die evangelischen Kirchen-Geseze (1835), S. 567 – 579; Gaupp, Das bestehende Recht der evangelischen Kirche im Königreiche Württemberg. Bd. 1 (1830), S. 440 – 454.

174 Häcker, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs (1925), S. 113.

175 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 19.

176 Vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien. Bestand A 29 Pfarrbeschreibungen. Pfarrberichte (1999), S. 19 sowie Kap. 3 dieser Arbeit.

nen der Pfarrberichte einerseits durch die Pfarrbeschreibung der Stadtkirche Bad-Cannstatt aus dem Jahr 1935 ergänzt, die den Stand von 1914 widerspiegelt. Andererseits wurden weitere Materialien aus dem Landeskirchlichen Archiv Stuttgart[177] sowie der „Kirchliche Führer für Cannstatt“[178] und diverse Rechenschaftsberichte in die Untersuchung mit einbezogen.

Zur Ausgangssituation

Cannstatt wies ursprünglich eine rein agrarische Struktur auf, die ihre Prägung durch den Weinbau und die Landwirtschaft erhielt.[179] Daneben waren, die bereits im Altertum bekannten Heilquellen, die Cannstatt im 19. Jahrhunderts zum weltbekannten Bad machten, von großer Bedeutung.[180] Nachdem in der Pfarrbeschreibung von 1828 eine nicht näher bestimmbare Zahl an Fabrikarbeitern erwähnt wurde, gab es bereits zu einem frühen Zeitpunkt industrielle Gewerbetätigkeit. Neben einiger als blühend bezeichneter Handwerkszweige wurde das Vorhandensein von Fabriken bemerkt, „die so manchem Armen Nahrung brächten“.[181] Auf der Grundlage dieser Erwerbsmöglichkeiten wurde es als erwiesen angesehen, dass sich jeder Arbeitswillige seinen Lebensunterhalt verdienen konnte.[182]

Die Einwohner Cannstatts wurden als intelligent und gutherzig, sowie der Kirche großen Respekt entgegenbringend, religiös und sittsam beschrieben. Aus diesem Grund war die alteingesessene Cannstatter Bevölkerung auch für weltentrückte und sektiererische Einflüsse unempfindlich. Darüber hinaus wurden die Mäßigkeit, Wohltätigkeit und Arbeitsamkeit als weitere signifikante Charakteristiken hervorgehoben.[183]

Diese Grundcharakteristiken Cannstatts und seiner Bevölkerung bildeten den Hintergrund vor dem die Pfarrberichte verfertigt wurden.

---

177 Vgl. LKAS A29 Nr. 737 zur Olgakrippe und zum Evangelischen Verein. Vgl. außerdem zu beiden Institutionen: Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 130 – 137.

178 Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911). Im Pfarrbericht aus dem Jahr 1905 wurde sogar explizit auf die 1. Auflage dieses „Kirchlichen Führers“ sowie im Pfarrbericht des Jahres 1911 auf die in der Analyse verwendete 2. Auflage Bezug genommen und verwiesen. Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

179 Vgl. Beschreibung des Oberamts Cannstatt (1895), S. 509.

180 Vgl. ebd., S. 363; 403; 510 – 512. Vgl. zur Bedeutung und den einzelnen Heilquellen auch: ebd., S. 23 – 28.

181 Pfarrbeschreibung Cannstatt, 1828.

182 Vgl. Pfarrbeschreibung Cannstatt, 1828.

183 Vgl. Pfarrbeschreibung Cannstatt, 1828.

Allgemeine wirtschaftlich-gesellschaftliche Verhältnisse innerhalb der Gemeinde

Die Beschreibung der allgemeinen Lebensumstände der Gemeinde spiegelten die Faktoren wider, die dieses Sozialmilieu geformt haben. Zu Beginn der 1850er Jahre wurde deshalb vordergründig auf die Zeitumstände Bezug genommen. Die Revolution von 1848 hatte in Cannstatt nur wenig Unruhe hervorgerufen. Allerdings entstanden durch die damit einhergehenden kriegerischen Auseinandersetzungen insbesonders bei den unteren Bevölkerungsklassen große Mängel, so dass eine allgemeine Verarmung festzustellen war.[184]

Abgesehen von den Kriegsfolgen der 1848er Revolution herrschten in Cannstatt zu Beginn der 1850er Jahre aufgrund vieler Verdienstmöglichkeiten gute Erwerbsverhältnisse. Zwar gab es insgesamt nur noch selten bittere Armut, wenn auch viele Familien wirtschaftliche Sorgen hatten.[185] Die Erwerbssituation der Bevölkerung verbesserte sich in den folgenden Jahren durch die sich ansiedelnden Fabriken fortwährend, wie die Abnahme der Zahl ärmerer Kinder belegte.[186] Infolge der gewachsenen Zahl an Fabriken mit ihren speziellen Anforderungen, war die Einrichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule für die konfirmierte Jugend erforderlich geworden.[187]

Zu diesem Zeitpunkt hatte in Cannstatt aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Verkehrsanbindung, bereits der Strukturwandel zum Industriestandort eingesetzt. In diesem Zusammenhang vermerkte der Pfarrer einen vermehrten Zuzug von Familien aller Stände,[188] wobei er vermutete, dass „(a)us der Zunahme der nicht selten in ökonomischer und sittlich religiöser Beziehung verwahrlosten industriellen Bevölkerung […] der Gemeinde noch manche Aufgaben erwachsen“[189] würden. Bereits 1871 bemerkte der Pfarrer eine große und schnelle Bevölkerungszunahme, die er sich nur durch die zuvor erfolgte Verlegung der königlichen Eisenbahnreparaturwerkstätte sowie einiger anderer Fabriken nach Cannstatt erklären konnte.[190]

Wegen der Gründerkrise nach 1873 sowie des Bankrotts der Cantz’schen Fabrik kam es auch in Cannstatt zum wirtschaftlichen wie auch sittlichen Verfall zahlreicher Familien.[191] Hinzu traten seit 1880 eine erneute Wirtschaftskrise sowie

184 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1853.
185 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.
186 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.
187 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1866.
188 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1871; 1874; 1893.
189 Pfarrbericht Cannstatt, 1871.
190 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878; 1884.
191 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.

schlechte Erntejahre für die Weingärtner.[192] Gerade die letztere Krise betraf die gesamte Bürgerschaft,[193] wie der Pfarrer realistisch erkannte.

In seinem Bericht gab der Pfarrer auch der im zeitlichen Verlauf immer größeren Dominanz der Gewerbebetriebe Ausdruck, weshalb er Cannstatt immer mehr den Charakter einer Fabrikstadt zuschrieb.[194] Vergeblich war versucht worden, die alte Bade- und Kurtradition wiederaufleben zu lassen,[195] so dass Cannstatt „mehr und mehr Fabrikstadt und Vorstadt von Stuttgart (wurde), wozu namentlich die in der Richtung gegen Berg neu zu erbauende Neckarbrücke beitragen“[196] würde. Kurz vor 1900 machte sich der Einfluss Stuttgarts noch deutlicher bemerkbar, was bereits auf die schließlich 1905 erfolgte Eingemeindung hindeutete.[197]

Infolge des Strukturwandels hatte sich Cannstatt zwischen 1890 und 1900 vollkommen zur Industriestadt gewandelt. Er wurde für den Pfarrer in der stetigen Abnahme der Zahl der zumeist kirchlich, wie politisch konservativen Einheimischen und der stetigen Zunahme heterogen strukturierter Zugezogener besonders offensichtlich. Dabei fiel dem Berichterstatter auch die gestiegene Verarmung der Bevölkerung auf, für die er nicht das geringe Lohnniveau, sondern die übliche Verschwendungssucht ursächlich sah. Indes stellte er schließlich, ohne jedoch eine nähere Ursachenanalyse zu betreiben, ein höheres Maß an Unzufriedenheit bei denjenigen fest, die nach seiner Ansicht ein gutes Auskommen hatten.[198]

Der stetige Zuwachs an Einwohnern schuf schließlich großstädtische Verhältnisse, was sowohl die Einteilung der Stadt in vier Seelsorgebezirke als auch das Vorhaben bedingte, im Jahr 1900 ein fünftes Stadtpfarramt einzurichten.[199] Mit beiden Maßnahmen wurde vermutlich auf die gewachsene Gefahr der Entkirchlichung und den Einflussgewinn der Sozialdemokratie im selben Zeitraum reagiert. Immerhin gehörten Cannstatt und das Neckartal zu den deutschen Gebieten mit der höchsten Bevölkerungsdichte.[200] Neben Arbeitern zogen auch viele Pensionäre, Privatiers

192 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
193 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
194 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
195 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
196 Pfarrbericht Cannstatt, 1887.
197 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
198 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
199 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893; 1899; 1911; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).
200 Vgl. Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

und Witwen hierher,[201] da ihnen die Stadt attraktive Möglichkeiten der Kapitalinvestition sowie durch den ehemaligen Kurbetrieb eine gute Infrastruktur bot.

Cannstatt hatte damit endgültig den Wandel von der Weingärtner- und Badestadt zur Industriestadt vollzogen, der für Außenstehende vor allem im Rückgang der Badegäste sowie in der vermehrten Industrieansiedlung und Bautätigkeit sichtbar wurde. Damit ging zudem eine weitere Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten einher. Dennoch betonte der Referent die immer noch bestehende Bedeutung der Landwirtschaft, des Weinbaus und der Gärtnerei, womit auf die traditionell vorherrschende Realerbteilung in Verbindung mit der Nebenerwerbslandwirtschaft hingewiesen wurde. Aufgrund beider Faktoren war die Industrialisierung in Württemberg milder und ohne die ansonsten folgenreiche Proletarisierung verlaufen.[202]

Um 1900 wies Cannstatt zwar noch kleinstädtische Strukturmerkmale auf, obwohl bereits Veränderungen in weltanschaulicher Hinsicht spürbar wurden, die sich in der wachsenden Etablierung des Freimaurertums offenkundig zeigten. Der Referent sah darin Anzeichen einer neuen Form gesellschaftlichen Lebens, die das Ziel hatte, die Kirche einstmals zu ersetzen.[203] Er verdeutlichte seine Einschätzung, indem er im „Freimaurertum ein von Gott gegebenes Volk, das dereinst mit Hilfe des Evangeliums wieder die alten teuren Sachen des Evangeliums hoch halten würde“[204] sah. Diese Aussage verkörperte die Zuversicht, auf den Erfolg der christlichen Kirche, die Freimaurer wieder zum Christentum zu bekehren. Erste Anzeichen glaubte er in den zaghaften Ansätzen einzelner Bevölkerungskreise zu erkennen, das Wort Gottes besser zu verstehen und mehr zu achten. Aus diesem Grund bestand für ihn kein Grund zur Sorge.[205]

In Hinblick auf die Gemeindebeschaffenheit stellte der Pfarrer eine große Heterogenität in religiöser wie auch sozialer Hinsicht fest, die zudem häufigen Veränderungen unterworfen war.[206] Diese Faktoren erschwerten es dem Pfarrer, eine zuverlässige Schilderung der Gemeinde zu geben.[207] Deswegen erschien ihm die Erörterung

---

201 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

202 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752); Referat im Pfarramt über die Kircheninspektion in Cannstatt 1902 (LKAS A29 Nr. 752); Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

203 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

204 Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

205 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

206 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1871.

207 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1878.

der ursprünglichen wie auch gewandelten Bevölkerungszusammensetzung für das Verständnis der Gemeindebeschaffenheit unabdingbar.[208]

Cannstatts Einwohnerschaft bestand früher primär aus Weingärtnern und Handwerkern. Sie wurden als „ein sehr achtbarer Menschenschlag, fleißig, sparsam, erwerbsam, von einfachen Sitten, dabei etwas hartköpfig (daher Falbenköpfe genannt), in der Hauptsache kirchlich gesinnt, aber leider mehr und mehr im Aussterben begriffen“[209] beschrieben. Allerdings musste der Pfarrer eine sukzessive Verarmung dieses alteingesessenen Bevölkerungsteils feststellen.[210] Dennoch schätzte er deren Existenzbedingungen aufgrund der bestehenden Möglichkeiten der Nebenerwerbslandwirtschaft, in Verbindung mit der nunmehr vorhandenen Fabrikarbeit besser als für andere Bevölkerungsgruppen ein. Vielmehr betonte er, dass es auf dieser Grundlage jedem Arbeitswilligen möglich war, sein Auskommen zu finden.[211]

Im Anschluss daran richtete der Pfarrer seine Aufmerksamkeit auf die große Personengruppe der Emporkömmlinge der Gründerzeit. Diese konnten zwar eine zeitgemäße Ausbildung in einem Handwerk, Strebsamkeit und Innovationsfreude vorweisen, waren zugleich jedoch spätestens seit der Gründerkrise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Hinzu traten, verglichen mit der Vätergeneration, ein Mangel an Sparsamkeit, Bescheidenheit und Kirchlichkeit, sowie eine Neigung zur Vergnügungssucht und zur Sozialdemokratie.[212] In diesem Zusammenhang wurde die geradezu klassische Paarung Unkirchlichkeit-Sozialdemokratie auf Angehörige eines zwar neuen, aber nicht niederen Standes angewendet. Dabei kam eine Pauschalverurteilung aller sozialdemokratisch Gesinnter als unsittlich und somit geringerwertig zum Ausdruck. Eine implizit geübte Kritik an diesem Stand war offensichtlich.

Der Pfarrbericht unterzog auch die Angehörigen des höheren Gewerbe- und Handelsstands, wozu auch einige herausragende Handelshäuser, wie das Haus Hartenstein, sowie Fabrikanten gehörten, einer Betrachtung. Insgesamt wurde dieser wenn auch geringe Personenkreis im Allgemeinen positiv, kirchlich und rechtschaf-

---

208 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

209 Pfarrbericht Cannstatt, 1881. Die Ergänzungen in runden Klammern sind Teil des Zitats. Vgl. auch Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878; 1884; 1887.

210 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

211 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

212 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.

fen angesehen.[213] Dabei wurde das Haus Hartenstein, dessen Angehörige sich nachmals im evangelischen Arbeiterverein engagierten,[214] besonders hervorgehoben.

Zu den Einwohnern Cannstatts gehörten auch die Angehörigen der Ehrbarkeit und die Honoratioren, zu denen auch die Beamten gezählt wurden.[215] Ihnen wurde eine große Kirchlichkeit bescheinigt, wenn sie auch insgesamt ohne großen Einfluss auf das öffentliche Leben waren.[216] In diesem Zusammenhang war die Bemerkung über die Einflusslosigkeit dieses Standes interessant, da der Pfarrer hierdurch einen impliziten Hinweis auf seine eigene Situation gab. Ebenfalls ein positives Votum gab der Pfarrer über die hierbei auch angesprochenen Juden[217] ab, da diese meistens Fabrikanten und somit Arbeitgeber für viele Arme waren.[218] In Anbetracht der prosperierenden Geschäfte jüdischer Unternehmer sah der Pfarrer deren Macht und Einfluss im Wachsen begriffen.[219]

Im Rahmen der Beschreibung der Einwohner ging der Pfarrer auch eingehend auf die ortsansässigen Fabrikarbeiter ein.[220] Der Pfarrer differenzierte dabei zwischen verschiedenen sozialen Stufen, wobei er eine sukzessive Nivellierung der Unterschiede bemerkte. Vor allem die Gruppe der ehemals besser gestellten Fabrikarbeiter, die in geordneten familiären Verhältnissen lebten und in etablierten, großen Betrieben, wie z. B. die Eisenbahnreparaturwerkstätte oder die Maschinenfabrik arbeiteten, begann zu verschwinden. An die Stelle dieser christlich-sittlichen, fleißigen Arbeiter war ein gleichförmiges Proletariat getreten, das „von der Hand in den Mund lebt“,[221] und insbesonders durch die Wohnungsnot in besonderem Maße demoralisiert wurde.[222] Nach Ansicht des Pfarrers missbrauchte das insgesamt sittlich und moralisch verkommene Proletariat darüber hinaus das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz.[223] In dieser Auffassung kam die herrschende Geringschätzung gegenüber dieser sozialen Schicht zum Ausdruck.[224] Dennoch wurden die Fabrikarbeiter als im Allgemeinen religiös angesehen, wie ihr Verlangen nach Krankenbe-

213 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
214 Vgl. Kap. 7.3. dieser Arbeit.
215 Vgl. Deutelmoser, Die Ehrbarkeit und andere württembergische Eliten (2010).
216 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
217 Vgl. Sauer, Jüdisches Leben im Wandel der Zeit. 170 Jahre Israelitische Religionsgemeinschaft, 50 Jahre neue Synagoge in Stuttgart (2002).
218 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
219 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.
220 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
221 Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
222 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
223 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
224 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 154.

suchen und Privatkommunion für den Pfarrer offensichtlich machte. Es bestand also noch keine massive Entkirchlichung, obwohl viele Arbeiter Anhänger der Sozialdemokratie waren.[225] Zu Beginn der 1890er Jahre wurden die Fabrikarbeiter schließlich nur noch als diejenigen angesehen, die jeden Abend ihren sozialistischen „Fluchverein" aufsuchen würden.[226] Es hatte sich folglich eine Entwicklung ergeben, die die Geringschätzung des Pfarrers noch gesteigert hatte.

In direkter Korrelation mit den allgemeinen Lebensumständen stand auch das politisch-sittliche Leben. Diesem Aspekt wurde bei der Berichterstattung über die Gemeinde große Bedeutung zugemessen.

Politisch-sittliche Lebensweise

In der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts spielten die politisch-sittlichen Faktoren, die das Zusammenleben determinierten, eine signifikante Rolle. Innerhalb der Pfarrberichte wurden sie deshalb auch mit größter Aufmerksamkeit behandelt.

Die Revolution von 1848 mit ihren vielfältigen Begleiterscheinungen hatte auch in Cannstatt für Unruhe gesorgt, die sich jedoch bis 1856 wieder gelegt hatte, so dass zu diesem Zeitpunkt die Eintracht unter den Gemeindegliedern als wieder hergestellt betrachtet werden konnte.[227] Das Gemeindeleben wurde bis zum Ende des Berichtszeitraums als harmonisch und ohne größere Vorkommnisse beschrieben. Zwar kam es mitunter zu einzelnen Ausschreitungen sowie Störungen durch die bei den Wahlen üblichen Meinungsverschiedenheiten, aber dessen ungeachtet, war ein ungestörtes Zusammenleben stets gegeben.[228] Allerdings fiel dem Berichterstatter auf, dass sich in der Regel die alteingesessenen Cannstatter und die zugezogenen Fabrikarbeiter fremd, wenn auch nicht feindselig gegenüber standen.[229]

Trotz der starken idealisierenden Tendenz dieser Charakterisierung zeigten sich darin auch die Stabilität Cannstatts sowie die geringe soziale Problematik, die dort im Industrialisierungsverlauf bestand. Cannstatt hatte sich die Synthese von Tradition und Fortschritt bewahren können.

Ab der Jahrhundertwende traten auch in Cannstatt vermehrt Schlägereien, Betrugs-, Körper-, Sittlichkeits- und Tötungsdelikte ins Bewusstsein der Berichterstatter. Diese Delikte wurden dem Pfarrer zur Kenntnis gebracht, obwohl er zu diesem

225 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
226 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
227 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.
228 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856; 1862; 1871; 1899; 1905; 1911.
229 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

Zeitpunkt bereits keine Einsicht in die Strafgefangenenverzeichnisse mehr erhielt.[230] Als für diese Entwicklung ursächlich sah der Berichterstatter die „Menge des hier fluktuierenden Gesindels“[231] an, wodurch ein Bezug zur allgemein gewachsenen Mobilität und weitergehend der Industrialisierung hergestellt wurde. Bereits aufgrund der allgemein gültigen Auffassung von den guten Sitten war die Bandbreite dieser Vergehen zu verurteilen.

In Cannstatt gab es im Untersuchungszeitraum ein ausgeprägtes geselliges Leben, dessen zahlreiche Wirtschaften viele Einheimische und Fremde anzog. Dabei stellten laut Aussage der Pfarrberichte besonders das sonntägliche Wirtshausleben, das Volksfest sowie sonstige Feste und Kongresse eine Gefahr für das sittlich-religiöse Leben dar. Aufgrund dieser Tatsache erschien dem Pfarrer eine nachhaltige Beeinflussung der Gemeindeglieder zur Vermeidung von Unsitten sehr erschwert.[232] Um die Jahrhundertwende hatte sich demnach das Freizeitverhalten der Bevölkerung bereits den gewandelten Zeitumständen angepasst, so dass der Pfarrer einen Schaden für das sittlich-religiöse Leben erkennen konnte.

Zum selben Zeitpunkt war auch die Zahl an Suiziden, sowohl von Einheimischen als auch von Fremden bereits spürbar angewachsen, wobei sich diese Tendenz bis 1910 schließlich fortsetzte. Für den Pfarrer war die Lage Cannstatts am Neckar ausschlaggebend für die schließlich hohe Zahl Fremder, die hier den Freitod wählten.[233] Weitergehende Bemerkungen fanden sich in den Pfarrberichten zu diesem Thema jedoch nicht. Allerdings war eine weitere Kommentierung aufgrund der allgemein christlichen Tradition, die den Suizid als Sünde verurteilte, nicht erforderlich.

Im Großen und Ganzen führte Cannstatts Einwohnerschaft während des gesamten 19. Jahrhunderts einen traditionellen Lebenswandel. Dennoch ließen sich ab Ende der 1870er Jahre bis ungefähr 1900 Anzeichen einer progredienten Entkirchlichung feststellen. Demnach gab es eine zum damaligen Zeitpunkt zwar noch einflusslose Gruppe von Fabrikarbeitern, die weder die Kirche besuchten, noch sich kirchlich trauen oder ihre Kinder taufen ließen. Trotzdem glaubte der Pfarrer einen allgemein nachteiligen Einfluss kirchenkritischer Stimmen wahrzunehmen.[234] In diesem Zusammenhang war es bezeichnend, dass gerade die Fabrikarbeiter mit der Ent-

230 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.
231 Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
232 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
233 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.
234 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878.

kirchlichung in Verbindung gebracht wurden. Infolgedessen wurden speziell diese Gemeindeglieder vermehrt vom Stadtmissionar besucht, der die Aufgabe hatte, positiv Einfluss zu nehmen. Zum Teil waren diese Bemühungen erfolgreich, wenn auch ein Fall bekannt wurde, in dem der Stadtmissionar von einem sozialdemokratisch beeinflussten Vater unter Androhung von Tätlichkeiten des Hauses verwiesen wurde.[235] Wesentlich war jedoch, dass nur geistliche Lösungswege beschritten wurden, um dem Problem der drohenden Entkirchlichung zu begegnen. Bemühungen, die genauen Ursachen für die Ablehnung der Sakramente und Amtshandlungen zu erforschen, wurden nach Aussage der Pfarrberichte nicht unternommen.

Eine wichtige Komponente des öffentlichen Lebens war das Parteiengefüge, wobei die Pfarrberichte deutlich machten, wie problematisch es für den Pfarrer war, ein angemessenes Urteil zu fällen. Die alteingesessenen Weingärtner standen demnach demokratischen Bestrebungen ablehnend gegenüber, was des Öfteren im Rathaus zu Konflikten führte. Sie waren nicht nur konservativ, sondern auch allen Novitäten gegenüber abgeneigt, was sie als vollkommen normenkonform erscheinen ließ.[236]

In diesem Zusammenhang wurden auch die Themen Freimaurertum und Atheismus berührt. Zu Beginn der 1880er Jahre waren in Cannstatt keine Freimauer und lediglich drei bekenntnislose Personen wohnhaft. Sie wurden als mutmaßliche atheistische Sozialdemokraten identifiziert, da die Sozialdemokratie angeblich den Atheismus propagierte.[237] Schließlich gab es bis 1911 viele Spötter und Religionsverächter die vor allem in Arbeiterkreisen zu finden waren. Zudem waren Mitläufer und Unentschiedene vorhanden, die infolge des Einflusses ihrer bereits kirchenfernen Mitmenschen, weder die Kirche noch den Jünglingsverein besuchten. Schließlich musste sich der Pfarrer eingestehen, zahlreichen kirchenfernen und kirchenfeindlichen Einwohnern gegenüberzustehen. Für diese Entwicklung wurde die große Verbreitung der Sozialdemokratie und die Lektüre der sozialdemokratischen „Tagwacht“[238] sowie die heimliche Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter verantwortlich gemacht. Für die zahlreichen sozialdemokratischen Anhänger unter den Arbeitern wurden zudem die häufigen Vorträge verschiedener Redner, wie z. B. Jewanek, Wollner und Bebel, verantwortlich gemacht.[239]

---

235 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
236 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
237 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884; 1887.
238 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
239 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1893; 1911.

Das Bürgertum unternahm letztlich vergebliche Bemühungen, die konservativen Parteienverhältnisse zu konservieren. Während die Sozialdemokratie bis 1900 weiter an Stimmen gewann, ging im selben Zeitraum der Einfluss der bislang dominierenden Volkspartei wie auch der Deutschen Partei zurück. Das katholische Zentrum spielte hingegen nach dem Kenntnisstand des Pfarrers keine besondere Rolle.[240] Ein Beispiel für diese Bemühungen war der national-konservative „Güterbesitzerverein", dessen Zeck neben der Wahrung bürgerlicher Werte und Besitztümer die Verhinderung eines Umsturzes war. Sowohl der „Güterbesitzerverein" als auch der ebenfalls bürgerliche „Bürgerverein" spielten nach Auffassung des Pfarrers bei Wahlen eine bedeutende Rolle.[241] Diese vermutlich eher unzeitgemäßen Vereine sollten durch ihre konservative Ausrichtung ein wirkungsvolles Gegengewicht gegenüber der Sozialdemokratie bilden. Insgesamt hatte die Sozialdemokratie schließlich einen bedeutenden Einfluss im politischen Parteileben erlangt.[242]

Dafür sah der Pfarrer neben den etablierten Werbemitteln auch die Sammlung der Jugend innerhalb einer sozialdemokratischen Jugendorganisation, in deren Rahmen sogar 1911 ein sozialdemokratisches Jugendheim begründet wurde als ursächlich an.[243] Dieser Aspekt veranschaulicht eindrucksvoll die Methodik der Sozialdemokratie, ihre Mitglieder und Sympathisanten durch ein Netzwerk, das Angebote für alle Lebensbereiche enthielt, an sich zu binden. Die institutionalisierte Kirche hatte zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht erkannt, dass sie ohne soziale Angebote und nur mit rein geistlichen Mitteln nicht in der Lage war, eine Konkurrenz zur Sozialdemokratie zu bilden.

Der sozialdemokratische Einflussgewinn wurde ungeachtet der vorhandenen konservativen Ortschaften von der Geistlichkeit in der gesamten Diözese für problematisch erachtet. Gemeinsam mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie, die als eine unmittelbare Folge der Industrialisierung erkannt wurde, traten gleichzeitig Terrorismus und Kirchenfeindschaft auf.[244] Es wurde also eine direkte Korrelation zwischen diesen drei Faktoren hergestellt.

---

240 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

241 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

242 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

243 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

244 Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

Diese Problematik wurde in Münster besonders augenfällig, wo sich der Pfarrer fast als Missionar fühlte. Der dortige Kirchenbesuch war aus Angst vor den Sozialdemokraten nur noch sehr gering, wohingegen der freireligiöse Verein sehr gut besucht wurde. Besonders die örtliche sozialdemokratische Jugendorganisation übte einen großen Einfluss auf die Jugend aus, wie sich in Abmeldungen vom Religionsunterricht sowie der zeitgleichen Termine von kirchlichen Veranstaltungen und sozialdemokratischen Turnstunden zeigte. Die Turnstunden, bei denen alle Altersgruppen gemeinsam unterrichtet wurden, sollten die Jugendlichen beeinflussen und waren zudem mit öffentlicher Unruhe sowie Konzentrationsmängeln bei den Schülern verbunden. Eine vom vorgesetzten Cannstatter Pfarrer gemachte Eingabe an die Behörden zwecks Unterbindung dieser Veranstaltung hatte nach Ansicht des örtlichen Geistlichen wenig Erfolgsaussicht. Vielmehr sollte durch den Ortsschulrat von Münster ein Verbot gegen den gesamten sozialdemokratischen Jugendverein erlassen werden. Dieses Beispiel zeigte gleichermaßen das Vertrauen der Kirche auf den Staat wie auch deren ganze Hilflosigkeit angesichts einer als problematisch empfundenen Sachlage. Darüber hinaus wurde die enge Verbindung von Kirche und Staat offensichtlich, wobei die Kirche zu eigenständigen und zeitgemäßen Lösungen unfähig war.

Zur weiteren Illustration der aus dem sozialdemokratischen Einfluss resultierenden negativen Folgen, führte ein Referent das Beispiel eines Konfirmanden an, der in der Obhut seines sozialdemokratisch gesinnten Onkels war, weshalb er nur heimlich seine Lektionen lernen konnte. Das wichtigste dabei war für den Pfarrer jedoch höchstwahrscheinlich, dass der Konfirmand sowohl die Gelegenheit fand, seine Lektionen zu lernen, als auch später in seiner Heimat wieder in ein religiöses Umfeld kam.[245] Dieses Beispiel veranschaulichte weniger das Bemühen um eine mögliche Ursachenanalyse der bemerkten Entwicklung und Erarbeitung möglicher Gegenmaßnahmen, als die Betonung der Ungeheuerlichkeit des Vorgangs. Besonders die verwendete Kausalreihe Entkirchlichung-Kirchenfeindschaft-Sozialdemokratie war ein klassisches Element der damaligen Bewertung. Trotz der für den Pfarrer denkbar bedrohlichen Entwicklung, konnte er noch 1911 das Fehlen einer freireligiösen Gemeinde feststellen, die ebenfalls eine Konkurrenz für die Amtskirche darstellte.[246]

---

245 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.

246 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

Bis zum Beginn der 1880er Jahre konnten die bereits zahlreichen Sozialdemokraten, vermutlich aufgrund des damals geltenden Sozialistengesetzes, nur eine geringe öffentliche Wirkung entfalten. Dessen ungeachtet war dem Pfarrer schon zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass die Sozialdemokratie zukünftig zu einem nicht zu unterschätzenden Machtfaktor werden würde. Dieser Gedanke trat ihm möglicherweise unmittelbar ins Bewusstsein, als ein ansonsten unbedeutender Mann nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mit einer hohen Stimmenzahl in den Gemeinderat gewählt wurde.[247] Diese Wahl hätte den Pfarrer auf möglicherweise bestehende soziale Unzufriedenheit und Not hinweisen können, worüber der Pfarrbericht jedoch nichts mitteilte.

Der Sozialdemokratie gelang es in den kommenden Jahren vor allem unter der Arbeiterbevölkerung weiter an Einfluss zu gewinnen. Dieser machte sich jedoch weniger in Ablehnung des Tauf- und Ehesakraments als bei den Wahlen bemerkbar.[248] Mit der letzten Bemerkung gestand der Pfarrer diesem Bevölkerungsteil einen Rest an Kirchlichkeit zu. Selbst nach 1900 nahmen erklärte Sozialdemokraten trotz ihrer politischen Anschauung eifrig am Gottesdienst, Festgottesdienst und Konfirmandenabendmahl teil, wie der Bericht aus Mühlhausen und Hedelfingen belegte.[249] Der Berichterstatter zeichnete nicht nur ein positives Bild der örtlichen Sozialdemokraten, sondern widerlegte zugleich die Kausalreihe Atheismus-Kirchenfeindschaft-Sozialdemokratie. Dieser Gesichtspunkt veranschaulichte, dass bei vielen die Aversion gegenüber der Institution Kirche und nicht eine generell feindliche Einstellung gegenüber dem Christentum, ursächlich für ihre Distanzierung war. Allerdings versäumte es die Kirche angesichts dieses Befunds, Angebote zu erarbeiten, die eine weitere Annäherung dieser Sozialdemokraten erlaubt hätten.

In Zusammenhang mit dem Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses unter der Arbeiterschaft teilte der Pfarrer einen erstaunlichen Erfahrungswert mit. Ihm war aufgefallen, „daß häufig jeweils diejenigen am unzufriedensten sind, welche am meisten verdienen“,[250] weil es immer noch nicht genug war, um an den sozialdemokratischen Veranstaltungen teilnehmen zu können. Als Beleg führte er die

---

247 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.

248 Vgl. zum Vorstehenden: Cannstatt, Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752); Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

249 Vgl. Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

250 Pfarrbericht Cannstatt, 1893.

Antwort einer Frau an, deren Mann nur wegen mangelnder finanzieller Mittel nicht an Vereinsveranstaltungen teilnehmen konnte.[251]

Allerdings war die Folgerung des Pfarrers falsch, da er die Interessen der Arbeiter allein auf die Teilnahme an Parteiveranstaltungen reduzierte und einen etwa enthaltenen Sarkasmus der Frau ignorierte. Sie könnte auf diese Weise auch den Versuch einer Richtigstellung unternommen haben, nicht jeden mittellosen Arbeiter als Sozialdemokraten zu stigmatisieren. Ferner war die Annahme eines Zusammenhangs zwischen Verdienst und Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie ebenso falsch, da der Aufbau einer Partei undenkbar gewesen wäre, die ihren hauptsächlichen Adressaten aufgrund hoher Beiträge die Mitgliedschaft unmöglich gemacht hätte.

Im Rahmen der Visitation waren ebenso die Angaben über den Gottesdienst- und Abendmahlsbesuch wichtige Indizien für den inneren Zustand der Gemeinde.

Gottesdienst-, Abendmahlsbesuch und allgemeine Frömmigkeitskultur

Zu Beginn der Industrialisierung war der Referent mit dem Besuch des örtlichen Gottesdiensts am Sonntag- und am Festtagsvormittag recht zufrieden, was ein hohes Traditionsbewusstsein der Bevölkerung belegte. Demgegenüber wurde der geringe Gottesdienstbesuch an den Sonntagnachmittagen sowie den Bußtagen bemängelt.[252]

Im weiteren zeitlichen Verlauf schwankte der Besuch der Gottesdienste, so dass beispielsweise 1862 Feier- und Festtagsgottesdienste sogar in der Sakristei gehalten werden konnten.[253] Vermutlich infolge der krisenhaften Zeitumstände zu Beginn der 1870er Jahre stieg der Gottesdienstbesuch insgesamt wieder an, wobei die Stadtkirche weiterhin gut besucht wurde, wenn auch nicht an den Wochen-, Feier- und Bußtagspredigten.[254]

Dabei wurde jedoch trotz der wechselnden Besucherzahlen ab 1874 ein gewisser Raummangel zu den Gottesdienstzeiten festgestellt, was das Wachstum bzw. die Ausweitung der Parochien eindrucksvoll belegte.[255] Allerdings wurden zugleich der Kirchenbau nicht in demselben Maße betrieben und zudem die Bindungen zwischen Gemeindegliedern und Pfarrer durch die größeren Amtsbezirke gelockert. In-

---

251 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
252 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1853; 1856; 1859; 1862; 1866; 1871; 1881; 1893.
253 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1874; 1881.
254 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878; 1881; 1884.
255 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878.

sbesonders in den Vorstadtbezirken beklagte der Pfarrer den Mangel an Gotteshäusern, was aufgrund der damit verbundenen problematischen Finanzierungslage die Abhängigkeit der Kirche vom Staat besonders offensichtlich zeigte. Aufgrund dieser Problematik wurde ein Kirchenbauverein begründet, der allgemeine Zustimmung wie auch zahlreiche Spenden erhielt.[256]

Als konstitutive Ursache für den geringen Gottesdienstbesuch wurden neben dem Raummangel die weiten Wege der Gläubigen zum Gottesdienst aufgrund der wenigen Gotteshäuser angeführt.[257] Hinzu trat ab ca. 1865 die große Geschäfts- und Erwerbstätigkeit, die es den Gläubigen nicht mehr uneingeschränkt erlaubte, an den Wochen-, Feiertags- und Bußtagsgottesdiensten teilzunehmen.[258] Darüber hinaus wurde der ungünstige Einfluss der vielen weltlichen Festlichkeiten (wie Sing-, Tanz-, Kriegsvereine), der Ausflüge zahlreicher Vergnügungsgesellschaften sowie der winterlichen Tanzveranstaltungen am Samstag als weitere Ursachen bewertet.[259]

Nach 1900 waren die Hauptgottesdienste an Sonn- und Feiertagen sehr gut, die Nachmittagsgottesdienste befriedigend, während die Gottesdienste an Wochentagen sowie die Bibelstunden nur gering besucht waren.[260] Das Frömmigkeitsverhalten der Gemeinde wies also eine gewisse Beständigkeit auf, was auf den traditionsbewussten Charakter der Cannstatter sowie einen geringen Proletarisierungsgrad hindeutete. In Zusammenhang mit dem Gottesdienstbesuch wurde wieder die durch den herrschenden Mangel an Gotteshäusern bedingte Überfüllung der beiden vorhandenen Kirchen kritisch bemerkt.[261] Dabei wurde die Überfüllung weniger auf die Kirchlichkeit der Gemeinde, sondern mehr auf den herrschenden Raummangel zurückgeführt.

Bei den meisten Gemeindegliedern wurde zwar das Fehlen einer christlichen Einstellung und Lebensart kritisch bemerkt, aber zugleich ein kirchlicher Sinn aufgrund des großen Interesses an den Renovierungsarbeiten der Stadtkirche wie auch der damit verbundenen Spendenbereitschaft erkannt.[262] In diesem Zusammenhang war die gegenseitige Bezogenheit von Kirchlichkeit und Spendenbereitschaft bezeichnend für die begonnenen gesellschaftlichen Veränderungen.

---

256 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
257 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
258 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1859; 1866; 1871.
259 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878.
260 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911.
261 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
262 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1859.

Neben der Teilnahme am Gemeindegottesdienst stellte der Hausgottesdienst einen wichtigen Faktor für die Bewertung der Kirchlichkeit der Gemeindeglieder dar. Noch in der Mitte der 1860er Jahre wurde der Hausgottesdienst häufig gefeiert, was aufgrund der damals noch dominierenden agrarischen Struktur, bei der es kaum zeitliche Vorgaben durch Maschinen gab, gut möglich war. Aufgrund der sich im Verlauf der Industrialisierung verändernden Zeitabläufe ging auch die Feier des Hausgottesdienstes bis 1900 zurück, so dass nach der Jahrhundertwende in der Mehrzahl der Häuser keine Andachten mehr stattfanden. Wenn noch Hausandachten abgehalten wurden, dann wurden sie von den Frauen gehalten.[263]

Die Überantwortung der Hausandacht in den Aufgabenbereich der Frauen deutete einerseits auf die veränderte berufliche Inanspruchnahme der Männer, die anders als in vorindustrieller Zeit in der Regel außer Haus arbeiteten, hin. Andererseits könnte diese Entwicklung auch die abgelaufenen gesellschaftlich-sozialen Strukturveränderungen widerspiegeln, in deren Verlauf bei den Männern möglicherweise auch das Interesse an dieser Form der Religionsausübung gesunken war. Ebenso könnte dieser Aspekt auch auf das Vorhandensein einer gewissen Entkirchlichung hindeuten, worüber die Pfarrberichte jedoch nichts aussagten.

In Hinblick auf die Teilnahme am Gottesdienst unternahmen einzelne Referenten eine Ursachenanalyse. Bis 1914 waren die weiten Wege zur Kirche und die mutmaßliche Sorge der Gläubigen, einen Platz im Gotteshaus zu bekommen, für den Pfarrer weiterhin die Hauptursachen für den schwankenden Gottesdienstbesuch. Zugleich zeigte sich bei einem Großteil der Bevölkerung ein gewisses Desinteresse in Bezug auf Kirche und Religion. Dabei waren es in der Mehrzahl Männer, die dem Gottesdienst fernblieben, wohingegen Frauen treue Kirchgängerinnen waren, was wiederum vermutlich mit deren Rollenverständnis und Erziehung in Zusammenhang stand.[264] Die Männer hatten im Zuge der Industrialisierung ein gewandeltes Selbstverständnis mit mehr Freiheiten entwickelt, wodurch ihnen, aufgrund ihrer Rolle als Ernährer, eine grundsätzlich größere soziale Toleranz entgegengebracht wurde. Aus diesem Grund fiel die Ausübung der Frömmigkeitspraxis in den Aufgabenbereich der Frau. Die Veränderung in der Frömmigkeitspraxis wurde auch in Bezug auf den Besuch des Abendmahls sichtbar.

---

263 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1911.

264 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.

Um 1850 wurde der Abendmahlsbesuch als ziemlich konstant geblieben beschrieben, wobei die Zahl der teilnehmenden Männer zurückgegangen war.[265] Demnach nahmen in der Hauptsache Frauen an der Abendmahlsfeier teil, was auf einen Wandel in der Frömmigkeitspraxis, jedoch noch nicht auf eine beginnende Entkirchlichung hindeutete. Vielmehr zeigte sich der Fortbestand der in der vorindustriell-agrarischen Ständegesellschaft üblichen Praxis.

Der Wandel in der Frömmigkeitspraxis setzte sich weiter fort, so dass nach 1870 nur noch von einer geringen Teilnehmerzahl am Abendmahl gesprochen werden konnte.[266] Allem Anschein nach hatten sich vermutlich auch die Frauen im Zeitraum von ca. 20 Jahren von der traditionellen Frömmigkeitspraxis gelöst und auch in ihrem Selbstverständnis sowie ihren Aufgaben im Sozialgefüge eine Wandlung durchgemacht.

Der Pfarrbericht von 1905 bemerkte einen angemessenen Abendmahlsbesuch der Jugend, obwohl auch hier der weibliche Anteil überwog. In diesem Zusammenhang wurde der positive Einfluss des Jünglingsvereins betont, dessen Mitglieder sich seit Advent 1901 zahlreich und gemeinsam anmeldeten, wobei ein genereller Zwang zur Anmeldung bestand.[267] Mit dieser Aussage wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, zumindest einen Teil der männlichen Jugendlichen noch nicht verloren zu haben. Daneben war durchaus auch auf ein gewisses Maß an Sorge, hinsichtlich möglicher Verluste der jugendlichen Besucher des Abendmahls zu schließen.

Nach der Jahrhundertwende meldete sich allerdings die Mehrzahl der Gemeindeglieder nur noch im Gottesdienst und nicht mehr persönlich zum Abendmahl an,[268] was eine Lockerung der Beziehung zwischen Gemeindegliedern und Kirche indizierte. Aufgrund größerer Parochien, der industriell bedingten größeren Mobilität sowie der Auflösung ehemals dörflicher Bindungen, hatten die Geistlichen ihre Stellung als Vertrauenspersonen verloren.[269] Insgesamt gesehen sank in Cannstatt der Abendmahlsbesuch von 57 % im Jahr 1860 bis zum Stichjahr 1907 kontinuierlich auf 16 %.[270]

---

265 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1853.

266 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878.

267 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

268 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

269 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 156.

270 Vgl. Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 42 f.; Hölscher, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3 (2001), S. 493 f.

In Bezug auf die Taufen sah die Sachlage anders aus. Im Jahr 1881 wurden in Cannstatt 99 % aller Neugeborenen getauft, was über dem Landesdurchschnitt von 97 % lag.[271] Bei der Zahl an Taufen gab es bei einer insgesamt höheren Ausgangszahl eine geringere Abnahme, was auf eine große Kontinuität sowie Stabilität hinsichtlich der Zahl der Täuflinge wie auch der Bedeutung der Taufe hindeutete. Somit war es dem Anschein nach bis 1918 für den Großteil aller evangelischen Eltern eine Selbstverständlichkeit, ihre Kinder taufen zu lassen.[272]

Die kirchlichen Trauungen vermitteln hingegen ein anderes Bild. Im Jahr 1880 wurden noch rund 97 % aller Paare kirchlich getraut, während es 1910 nur noch 76 % waren, was letztlich auf eine deutliche Bevorzugung der Zivilehe hindeutete.[273]

Trotz den insgesamt konstanten Zahlen bei den Taufen und Trauungen ließ sich für eine Cannstatter Parochie eine Korrelation zwischen dem Strukturwandel sowie den Taufen und Trauungen feststellen. Im Jahr 1905 wuchs in der Lutherparochie in der Cannstatter Stadtmitte die Zahl der Arbeiterhaushalte stark an, während dort parallel dazu ein vermehrter Verzicht auf Taufe und kirchliche Trauung zu bemerken war.[274] In Cannstatt zeigten sich also auch Folgen des Strukturwandlungsprozesses, der sich hier vor allem in einem Normen- und Wertewandel sowie in einer partiellen Kirchenferne erkennen ließ. Der Grad an Ablehnung dieser kirchlichen Riten erschien zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr hoch zu sein, wobei er dennoch den offenkundigen, respektive drohenden Verlust der Arbeiterschaft für die Kirche indizierte. Allerdings enthielten die Pfarrberichte hinsichtlich etwaiger Reaktionen auf diese Entwicklungen keine Anhaltspunkte. Unabhängig davon vermittelten die Zahlen kirchlicher Bestattungen eine ganz andere Tendenz.

Bei der Zahl der Beerdigungen gab es in ganz Württemberg zwischen 1862 und 1910 einen kontinuierlichen Anstieg von 80 auf knapp 95 %. In Cannstatt stieg im selben Zeitraum ebenfalls die Zahl kirchlicher Bestattungen von 57,9 % (1862) auf 77, 2 % (1907) an.[275] Bei den Beerdigungen zeigte sich genau die entgegengesetzte Entwicklung wie bei den Trauungen, was durchaus in Zusammenhang mit den all-

---

271 Vgl. Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 44; Hölscher, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3 (2001), S. 544.

272 Vgl. Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 44.

273 Vgl. Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 44; Hölscher, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3 (2001), S. 571.

274 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

275 Vgl. Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 44 f.; Hölscher, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3 (2001), S. 602.

gemeinen gesellschaftlich-politisch-sozialen Veränderungen gestanden haben könnte. Diese Entwicklung, nach der der kirchlichen Bestattung eine größere Bedeutung als dem Abendmahl zugeschrieben wurde, stand in Widerspruch zum sonstigen Trend der Entkirchlichung.[276]

Für die veränderte Frömmigkeitskultur gab es vielfältige und komplexe Ursachen. Ein wesentlicher Faktor war das schnelle Bevölkerungswachstum sowie das unverhältnismäßige Anwachsen der städtischen Bevölkerung. Außerdem hatte die innerstädtische Mobilität, die durch den häufigen Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel bedingt war, einen großen Anteil an der Auflösung gewachsener Gemeindestrukturen. Eine der Hauptursachen dürfte jedoch die Arbeitsüberlastung der Pfarrer gewesen sein, die, infolge der größeren Parochien und der vermehrten amtlichen Aufgaben, eine individuelle Betreuung der Gemeindeglieder unmöglich machte.[277] Im Zeitraum zwischen 1862 und 1900 wuchs im Königreich Württemberg beispielsweise die Zahl an Konfirmationen pro Pfarrer von 25 auf 29 an.[278] Im Zuge dieses ablaufenden Strukturwandels haben sich vielfältige und tiefgreifende Veränderungen ergeben, die eindrucksvoll die zeitbedingte Unbeständigkeit offenbarten.

Der Strukturwandel wurde besonders in gesellschaftlich-sozialer Hinsicht sichtbar, was sich sehr eindrücklich in Hinblick auf die Sonntagsfeier und die Haltung der Gemeindeglieder zum Pfarrer zeigte.

Die Einstellung der Gemeindeglieder zur Sonntagsfeier und zum Pfarrer

Die Sonntagsfeier in Cannstatt verlief bis 1856 noch problemlos und geordnet, was letztlich auf die persönliche Autorität sowie auf die Fähigkeit zur Menschenführung des damaligen Pfarrers zurückzuführen war.[279] Störungen ergaben sich jedoch aus dem Verhalten Auswärtiger sowie aus den sonntäglichen Betätigungen der Einwohner, die erst zum Abend aufgrund des Einbruchs der Dunkelheit in den einzelnen Stadtteilen besser wurden.[280] In diesem Zusammenhang blieb seitens des Pfarrers vollkommen unbeachtet, dass diese, als unnötig bezeichneten häuslichen Ar-

276 Vgl. Hölscher, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland (2005), S. 203 f.
277 Vgl. Hölscher, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland (2005), S. 196 – 199.
278 Vgl. ebd., S. 199.
279 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.
280 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.

beiten, angesichts der hohen Wochenarbeitszeit nur am Sonntag erledigt werden konnten.[281]

Kurz vor 1870 war in dieser Hinsicht ein Wandel zu erkennen, so dass in Cannstatt die Sonntagsruhe nur noch am Vormittag eingehalten und erst wieder am Abend durch das Einschreiten der Obrigkeit gegen jegliche Störenfriede wiederhergestellt wurde. Allerdings waren diese Maßnahmen mit erheblicher öffentlicher Unruhe verbunden, was sich im zeitlichen Verlauf verstärkte.[282]

Der Pfarrer gab seinem Bedauern über diese Entwicklung deutlichen Ausdruck,[283] umso mehr, da die Amtshilfe allem Anschein nach nur bedingt griff, nachdem die Polizei lediglich das Mindestmaß an Unterstützung gewährte, um die Sonntagsruhe durchzusetzen.[284] Wesentlich war für den Pfarrer höchstwahrscheinlich, dass die Polizei während der Gottesdienstzeiten für Ruhe und Ordnung sorgte sowie sich bemühte, eventuelle weitere Störungen zu verhindern.[285] Dazu gehörte ebenfalls die Sorge für geschlossene Läden sowie für das Ruhen öffentlicher Arbeiten am Sonntagvormittag durch die Polizei.[286] In dieser Hinsicht gab es eine gute Zusammenarbeit zwischen Kirche und weltlicher Obrigkeit. Allerdings wurde dadurch eine zeitliche Ausweitung des Volksfestes und anderer Festlichkeiten trotzdem nicht verhindert, wobei der Pfarrer sowohl einen Mangel an gutem Willen als auch grundsätzliche Unfähigkeit als Ursache in Erwägung zog. Dennoch konnte der Pfarrer eine gewisse Rücksichtnahme auf die Sonntagsheiligung wahrnehmen, da die Hauptfeierlichkeiten außerhalb der Stadt und an Werktagen stattfanden.[287] Die Notwendigkeit, die Polizei für die Durchsetzung kirchlicher Belange zu bemühen, illustriert einerseits die Abhängigkeit, andererseits die Handlungsunfähigkeit der institutionalisierten Kirche aufgrund ihrer Anbindung an den Staat.

Bis zum Ende des Jahrhunderts schienen sich auch die öffentlichen Störungen der Sonntagsfeier durch alltägliche Arbeiten der Bevölkerung zumindest eingeschränkt zu haben.[288] Allerdings war vermutlich lediglich von einer unauffälligeren Ausführung der entsprechenden Tätigkeiten seitens der Einwohner auszugehen. Diese

---

281 Vgl. Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 157; Pfarrbericht Cannstatt, 1856.

282 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878; 1881.

283 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1871.

284 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

285 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893; 1905.

286 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.

287 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

288 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

Vermutung wurde nach 1900 bestätigt, als die Ausführung werktäglicher Arbeiten in Haus und Feld, vor allem zur Ernte- und Herbstzeit explizit kritisiert wurde.[289] Diese offenkundige Kritik weist auf die vermutlich seit 1900 stattgefundene Ausweitung der Nebenerwerbslandwirtschaft sowie auf die auch in Cannstatt bestehende Problematik der Bevölkerung, sich allein durch Lohnarbeit zu ernähren, hin. Darüber hinaus war in dieser kritischen Bemerkung auch ein Hinweis auf die Realteilung und die daraus resultierende geringere Proletarisierung der Bevölkerung zu erkennen.

Für die mangelnde Ernsthaftigkeit der Sonntagsfeier wurde in der Hauptsache die Nähe zur Residenz mit ihrem vermeintlich negativen Einfluss auf die Cannstatter verantwortlich gesehen. Darüber hinaus wurde der Badebetrieb und die vielen Fremden sowie der Fremdenverkehr im Allgemeinen als ursächlich für die Entheiligung des Sonntags angesehen. Dabei wurde dennoch das untadelige Verhalten der Gäste u. a. der zahlreichen Wirtschaften, Weinstuben und Vereinsfeste realisiert, andererseits jedoch die durch sie verursachte sonntägliche Unruhe als störend empfunden. Das Vorhandensein von Wirtschaften und Ausflugslokalen wurde jedoch vor allem wegen deren Öffnung am Sonntag missbilligt, da die dort Beschäftigten aus diesem Grund weder die Sonntagsruhe einhalten noch den Sonntag angemessen begehen konnten. Darüber hinaus wurden die mit Lokalen aller Art verbundenen Möglichkeiten der Zerstreuung sowie die daraus resultierenden negativen Auswirkungen kritisch gesehen.[290]

Der wahre Grund für die Aversion gegen derartige Vergnügungsangebote dürfte jedoch einerseits in der damit begründeten Konkurrenzsituation zur kirchlichen Sonntagsfeier, andererseits in ihrer grundsätzlichen Unvereinbarkeit mit dem, für diesen Tag angemessen würdevollen Ablauf gelegen haben. Darüber hinaus war das dadurch offensichtlich gemachte, gewandelte Freizeitverhalten der Bevölkerung ebenfalls mit der Heiligung des Sonntags nicht vereinbar.[291]

Noch offensichtlicher spiegelte sich der gesellschaftliche Wandel nach der Jahrhundertwende in der Sonntagsgestaltung der Fabrikbevölkerung wider, die in Fellbach, Rommelshausen und Rotenberg ihren Wohnsitz hatte. Die dortigen Arbeiter ver-

289 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

290 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1884; 1893; 1899; 1905; 1911; vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 157.

291 Vgl. zu diesem Aspekt auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 157.

brachten den Sonntagvormittag mit Alltagsbeschäftigungen im Haushalt oder im Bett, den Nachmittag hingegen im Wirtshaus.[292] Dieses Beispiel veranschaulicht explizit die Lebensbedingungen der Arbeiter, die nur am arbeitsfreien Sonntag die erforderliche Zeit hatte, um den Haushalt zu erledigen oder sich zu erholen.

In der Beziehung zwischen Pfarrer und Gemeinde waren in erster Linie die gegenseitigen Umgangsformen von großer Relevanz. Das in Cannstatt zugrundeliegende Verhältnis war einerseits durch Freundlichkeit und Achtung, andererseits durch Distanziertheit seitens der Mehrzahl der Gemeindeglieder geprägt, die nur noch geringen direkten Kontakt wünschten. Darin zeigte sich das hohe Traditionsbewusstsein der Cannstatter Bevölkerung, das ungeachtet der Industrialisierung weiterbestand. Es kam vor allem in der Ehrenbezeugung aller Einwohner dem Pfarrer gegenüber, die als ein signifikantes Zeichen für die bestehende Achtung gewertet wurde, zum Ausdruck. Obwohl von zahlreichen, vorwiegend älteren Gemeindegliedern, immer noch häufig Krankenbesuche und das Krankenabendmahl erbeten wurden, ergab sich kein unmittelbares seelsorgerliches Verhältnis mehr. Immerhin gelang es dem Pfarrer in Einzelfällen unter gewissen Umständen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.[293]

Bereits zu Beginn der 1870er Jahre zeigte sich die gelockerte Beziehung zwischen Pfarrer und Gemeinde vor allem darin, dass der Pfarrer nur noch in seltenen Fällen als Berater der Gemeindeglieder fungierte.[294] Aufgrund dieser Tatsache verlor der Pfarrer in erster Linie die Möglichkeit, Einfluss auf seine Gemeinde zu nehmen. Möglicherweise waren bereits die stark vergrößerten Parochien, die beginnende soziale Ausdifferenzierung innerhalb der Gemeinde und die vermehrte Mobilität der Bevölkerung für die Lockerung der Beziehungen ursächlich.

Zu Beginn der 1890er Jahre schien sich wieder eine Annäherung zwischen Pfarrer und Gemeinde ergeben zu haben. Diese Entwicklung wurde in erster Linie im vermehrten Wunsch der Gemeindeglieder nach Seelsorge, die dankbar angenommen wurde, und in der Auffassung vieler Gemeindeglieder, eine Ehrerbietung durch den Hausbesuch des Pfarrers erhalten zu haben, offensichtlich.[295] Diese Entwicklung ließ auf einen Bewusstseinswandel bei der Bevölkerung schließen, die vermutlich

---

292 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752). Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 157.

293 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1881; 1884; 1887; 1899.

294 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878.

295 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.

erkannt hatte, sich auch um ihr seelisches Wohl sorgen zu müssen. Darüber hinaus dürfte jedoch der bis 1900 sehr stark ablaufende gesellschaftlich-politisch-soziale Wandel ein wesentlicher Beweggrund zur Rückbesinnung auf traditionelle Mittel zur Bewältigung der unsteten Lebensbedingungen gewesen sein. Schließlich könnte der Kontakt auch aufgrund der bedeutungsvollen Persönlichkeit des damaligen Pfarrers erleichtert worden sein.

Diese Entwicklung könnte auch ein Ergebnis der Arbeit der seit 1891 bestehenden Stadtmission sein, die im Sinne der Inneren Mission eine Annäherung zwischen Kirche und Bevölkerung versuchte. Unmittelbar vor der Jahrhundertwende hatte sich die Situation bereits wieder sehr gewandelt, da bis 1899 die Hausbesuche wieder sehr unerwünscht geworden waren.[296] Diese erneute Distanzierung der Gemeindeglieder vom unmittelbaren Kontakt mit dem Pfarrer war möglicherweise durch die erneut gestiegene Mobilität und Heterogenität der Bevölkerung wie auch der stetigen Vergrößerung der Parochien bedingt worden. Als weitere Faktoren waren höchstwahrscheinlich die veränderten und mitunter verschlechterten Lebensbedingungen der Menschen, wie auch die zu vermutende Enttäuschung über die Passivität der Kirche mit in Betracht zu ziehen. Vermutlich war ein Konglomerat der verschiedensten Faktoren ursächlich, wobei vor allem die Schnelllebigkeit der Zeit von signifikanter Bedeutung gewesen war. Denn bereits kurz nach der Jahrhundertwende wurden wiederum Hausbesuche, insbesonders bei Kranken gleichermaßen erwartet wie dankbar angenommen.[297] Allem Anschein nach war es dem Pfarrer innerhalb eines Zeitraums von sechs Jahren gelungen, wieder in der Achtung der Gemeindeglieder zu steigen und zugleich deren Vertrauen wieder zu erlangen. Damit war dem Pfarrer erneut die Möglichkeit gegeben, Einfluss auf die Gemeindeglieder zu nehmen, seelsorgerlich zu wirken und sie zugleich wieder für die Kirche zu gewinnen.

Die bisher gemachten Beobachtungen bezogen sich auf die Gesamtheit der Gemeindeglieder. Im Verlauf des Untersuchungszeitraums wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass zu Beginn der 1880er Jahre auch Angehörige der Arbeiterbevölkerung häufig kirchliche Angebote annahmen. Allerdings soll deren Hauptinteresse dabei weniger an seelsorgerischer als an substanzieller Unterstützung durch das Armen- und Vereinswesen gelegen haben. Dennoch schien nach Ansicht des Pfar-

296 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
297 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

rers durchaus die Bereitschaft seitens der Arbeiter bestanden zu haben, seelsorgerische Angebote anzunehmen. In diesem Zusammenhang wurden die Arbeiter ausdrücklich als Proletariat bezeichnet.[298] Mit dieser Bezeichnung wurde die Wahrnehmung der Arbeiterschaft als Novität offensichtlich, zugleich fehlten jedoch Erwägungen über die näheren Hintergründe für diese Handlungsweise der Arbeiter.
Cannstatt hatte sich trotz der massiven Eingriffe durch den Industrialisierungsprozess sehr viel Traditionssinn bewahrt, was wiederum die in Württemberg geringere Brisanz der Sozialen Frage unterstrich.

Familienleben und Lebenswandel

In der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts stellten das Familienleben und der Lebenswandel signifikante Faktoren insbesonders in Bezug auf die damit verbundene Vorstellung von Sittlichkeit dar, was auch deren explizite Thematisierung innerhalb der Pfarrberichte erklärte.
In Cannstatt gab es nach Aussage der Pfarrberichte sehr verschiedenartige Formen des Familienlebens.[299] Während im Zeitraum bis 1870 nur von relativ wenigen Ehescheidungen und –streitigkeiten berichtet wurde,[300] stieg deren Zahl im Verlauf der 70er Jahre stark an.[301] Aus dieser Beobachtung ergibt sich der Schluss, dass bis zur Reichsgründung auch in Cannstatt ein geordnetes christliches Eheleben die Regel war, was wiederum auf das starke Traditionsbewusstsein der Gesellschaft zurückzuführen war. Der dennoch auch in Cannstatt mit der vermehrten Industrieansiedlung eingetretene Gesellschaftswandel zeigte sich hinsichtlich des Familienlebens, vor allem im Anwachsen von Scheidungen sowie von Ehen ohne Trauschein. Um die Jahrhundertwende wurde sogar dezidiert hervorgehoben, diese eheähnlichen Verhältnisse zwar explizit zu bekämpfen, dabei allerdings nur partielle Erfolge erzielen zu können.[302]
Der Gesetzgeber hatte schließlich nicht nur die obligatorische Zivilehe eingeführt, sondern auch dafür Sorge getragen, Scheidungen auf zivilrechtlicher Ebene durchzuführen. In diesem Zusammenhang war der Geistlichkeit die Möglichkeit entzogen worden, von einer Scheidung Kenntnis zu erlangen, da diese nur noch von

298 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.
299 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.
300 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856; 1862; 1866.
301 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878.
302 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

städtischen Ämtern vollzogen wurde.[303] Mit diesem Schritt war der Kirche die Möglichkeit einer Einflussnahme in einem wesentlichen gesellschaftlichen Bereich genommen worden. Dieser Aspekt machte einerseits den Bedeutungsverlust der Kirche in Hinblick auf den bürgerlichen Personenstand, andererseits das gewachsene Erfordernis, die Gesellschaftsentwicklung mit ihrer Mobilität gebührend zu berücksichtigen deutlich.

Bis zum Beginn der 1880er Jahre wurde der religiös-sittliche und kirchliche Zustand Cannstatts „(i)mmer noch (als) recht erfreulich“[304] angesehen, obwohl aufgrund der zeitbedingten Veränderungen und der Genese der Stadt zur Fabrikstadt[305] ein tiefgreifender Wandel eingeleitet worden war. Dennoch wurde selbst nach der Jahrhundertwende noch bemerkt, dass die Cannstatter Zustände noch nicht solchermaßen desolat wie in vielen anderen Orten waren.[306] Diese Bemerkungen waren auf die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit bezogen. Eine Spezifizierung fand um 1880 statt, als insbesonders das Familienleben der Arbeiterschaft als beklagenswert und in den unteren Klassen als verkommen bezeichnet wurde.[307]

Diese Veränderungen wurden besonders hinsichtlich der unehelichen Geburten sichtbar. Während in den 1850er Jahren uneheliche Geburten relativ selten vorkamen,[308] stieg ihr Anteil bis zur Jahrhundertwende auf 7,2 % aller Geburten,[309] was als Indiz für die Existenz eines auffallend unsittlichen Zustands der Gesellschaft angesehen wurde.[310] Im vielfach vorkommenden vorehelichen Geschlechtsverkehr wurde dabei die Ursache speziell für diese Entwicklung erkannt.[311] Die unehelichen Geburten waren dabei Zeichen eines keinesfalls dem christlichen Ideal von Familie und Ehe entsprechenden Lebens. Als Ausdruck der bedauernswerten Zeitumstände wurde zudem berichtet, dass viele Ehemänner häufig ihre Familie verließen, wenn ihnen ihre Rolle als Ernährer und die damit verbundene Verantwortung zu viel wurden.[312]

---

303 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1871; 1881.
304 Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
305 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
306 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
307 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
308 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1853; 1859.
309 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
310 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905. In Bezug auf die Zahl unehelicher Geburten gab es regionale Unterschiede. Vgl. Adler, Demographie und Familiengeschichte der beiden Schwarzwalddörfer Aach und Schönmünzach im Kreis Freudenstadt. Rückwirkungen der beginnenden Industrialisierung auf die ländliche Sozialstruktur (1991).
311 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.
312 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.

Für diese Zustände wurden in erster Linie die gleichermaßen unüberlegte wie verfrühte Eheschließung ohne ausreichende materielle und finanzielle Basis sowie die fehlenden hauswirtschaftlich-erzieherischen Fähigkeiten der Frau als Ursache erkannt. Darüber hinaus wurden für den Verfall des Familienlebens zudem allgemeine Armut, Wohnungsnot sowie häufige Wirtshausbesuche der Männer in Verbindung mit Trunksucht angesehen.[313] Trotz der offensichtlichen Kenntnis der Pfarrer von diesen Zuständen, fehlten in allen Pfarrberichten Hinweise auf etwaige entgegenwirkende Maßnahmen.

Der Gesellschaftswandel des 19. Jahrhunderts war auch in anderen Bereichen des Familienlebens spürbar. Daraus resultierte letztlich, dass sich die Beziehung zwischen herangewachsenen Kindern und Eltern, aufgrund der frühen Erwerbstätigkeit und Selbständigkeit der Kinder, gelockert hatte.[314]

Bereits um die Mitte der 1850er Jahre wurde hinsichtlich des Familienlebens der Gesamtbevölkerung insgesamt ein Desinteresse am christlichen Glauben und ein Mangel an Frömmigkeit konstatiert.[315] In Bezug auf die Wohlhabenden wurde deren Egoismus und Habgier, hinsichtlich der ärmeren Bevölkerung der Mangel an Fleiß, Genügsamkeit und Sparsamkeit als Ursachen für dieses kritikwürdige Familienleben angesehen. Bei den ärmeren Bevölkerungsteilen kamen noch Verschwendungs- und Genusssucht, sowie eine Neigung zum Luxus als weitere Ursachen hinzu.[316] Allerdings blieb grundsätzlich unbeachtet, dass die Anschaffung so genannter Luxusgüter in der Regel der Altersvorsorge diente.[317] In diesem Zusammenhang wurde bei der ärmeren Bevölkerung die Missachtung traditioneller Tugenden, bei den Wohlhabenden hingegen vorhandene moderne Charakteristika, kritisiert. Ungeachtet aller Kritik hatte der Pfarrer die Dynamik erkannt, die dem Leben der Gemeindeglieder immanent war,[318] womit er indirekt Bezug auf die vielfältigen, auf mehreren Ebenen ablaufenden Veränderungsprozesse, nahm. Dabei könnte die Bemerkung des Pfarrers, möglicherweise sowohl positiv als Würdigung der Bemühungen der Gemeindeglieder um einen sittlichen Lebenswandel, als auch negativ als Kritik am gesellschaftlich bedingten Sittenverfall und Wertewandel aufgefasst werden.

---

313 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1871; 1874; 1881; 1884; 1887; 1905.
314 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1871; 1874.
315 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.
316 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1881.
317 Vgl. zur Altersvorsorge und Reservebildung bei Arbeitern Kap. 4.3. dieser Arbeit.
318 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt 1859.

Zu den bereits angeführten Kritikpunkten wurden noch ergänzend die Spiel-, Genuss- und Vergnügungssucht hinzugefügt. Die hauptsächliche Ursache für das häufige Auftreten der Vergnügungssucht sah der Pfarrer in Cannstatts Eigenschaft als „Feststadt Württembergs“[319] und den damit verbundenen Möglichkeiten des Amüsements. Auf diese Weise wurden zudem die Oberflächlichkeit begünstigt und eine ernste Auffassung des Lebens verhindert.[320] Nach der Jahrhundertwende wurden zudem das nunmehr rege Wirtshausleben, Sportveranstaltungen sowie Vereinsfeste und -ausflüge diesen Kritikpunkten hinzugefügt.[321]

Im Gegensatz dazu wurden die Einwohner im Allgemeinen als arbeitseifrig bezeichnet, wobei sich ein Teil zudem durch große Sparsamkeit auszeichnete. Außerdem wurde die bescheidene Haushaltsführung hervorgehoben, wobei jedoch ein Mangel an Reinlichkeit beklagt wurde, weshalb der Pfarrer die Bevölkerung zu verstärkten Bemühungen in dieser Hinsicht ermahnte. Diese Ermahnung spiegelt die traditionelle Auffassung wider, wonach Reinlichkeit im Sinne von Sittlichkeit und Ordnung verstanden wurde. Zugleich wurde ebenso die Ansicht vertreten, einen unordentlichen Hausstand in der Hauptsache als Zeichen eines unsittlichen Lebenswandels und weniger als Folge von Not zu bewerten. Zugleich beklagte der Pfarrer die stetige Abnahme der Zahl der Gemeindeglieder, die nach traditionell einfacher Weise ihr Leben führten.[322]

Schließlich waren für den Pfarrer im Rahmen der Betrachtung der Lebensführung der Gemeindeglieder auch die Lektüregewohnheiten von Relevanz, wobei dieser Themenkomplex erst nach 1900 angesprochen wurde. Neben Schundromanen war die sozialdemokratische „Tagwacht“ eines der verbreitetesten Tagesblätter in Arbeiterhaushalten. Diese Lektüregewohnheiten wurden gleichermaßen kritisch wie besorgt wahrgenommen, zumal dem Pfarrer 82 Jugendliche aus dem Arbeiterstand als Leser bekannt waren.[323] Daneben gab es aber auch in Cannstatt Leser des „Evangelischen Sonntagsblatts“, des „Christlichen Volksfreunds“, des „Jugendfreunds“ sowie des „Jünglingsfreunds“, wie gleichsam einer Rechtfertigung gegenüber dem Visitator hervorgehoben wurde.[324] Allerdings war bis 1911 in Cannstatt

---

319 Pfarrbericht Cannstatt 1899.

320 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1856; 1859; 1899. Vgl. auch die Interpretation dieses Gesichtspunkts bei: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 156.

321 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

322 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866.

323 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

324 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

trotz der Größe der Gemeinde noch kein eigenes Gemeindeblatt vorhanden. Vielmehr musste die Kirchengemeinde ihre Nachrichten in der nach Ansicht des Pfarrers relativ gut gestalteten „Cannstatter Zeitung“ veröffentlichen, um ihre Gemeindeglieder zu informieren.[325]

Mit dieser Feststellung gestand sich der Referent ein, dass es bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht gelungen war, für die stetig wachsende Kirchengemeinde eine eigene Informationsquelle zu schaffen. Die sicherlich sinnvolle und gute Kooperation mit der „Cannstatter Zeitung“ konnte an der Tatsache, in dieser Hinsicht offensichtlich versagt zu haben, nichts ändern. Darüber hinaus wurde durch das Fehlen eines evangelischen Gemeindeblatts die Hilflosigkeit der evangelischen Kirche mit den gewandelten Zeitumständen und den damit verbundenen andersartigen Bedürfnissen der Industriegesellschaft zum Ausdruck gebracht. Im Vergleich dazu hatte sich die Sozialdemokratie in Form der „Tagwacht“[326] ein eigenständiges Organ geschaffen. Über Möglichkeiten, ein eigenes Organ zu gründen, um diesem Mangel abzuhelfen, wurde nichts berichtet. Vielmehr wurde darauf vertraut, Abhilfe durch die Allgemeinheit respektive die weltliche Obrigkeit zu erhalten.

Die Kinderzucht

Ein zwar eigenständiger, jedoch im Kontext des Familienlebens erörterter Themenkomplex war die Kindererziehung. Gemeinsam mit der Klage über den fehlenden christlichen Ernst des Familienlebens wurde auch die mangelhafte Kindererziehung, insbesonders der Jungen, thematisiert.[327] Beide Faktoren wurden zueinander in Bezug gesetzt, so dass die Ansicht von der Familie als Keimzelle der Gesellschaft deutlich zutage trat. Demnach war eine gelungene Erziehung nur in einer frommen Familie denkbar, da nur dort die dafür notwendige Sorgfalt zu erwarten war. Insgesamt wurde bei der Kindererziehung die fehlende Strenge sowie das herrschende Desinteresse in religiös-sittlicher Hinsicht kritisiert.[328]

Dabei wurde die Kindererziehung bei Ehen, bei denen nur ein Ehepartner der evangelischen Konfession angehörte, der andere hingegen der katholischen oder jüdischen, in den meisten Fällen als unzureichend bewertet.[329] Diese Sichtweise belegte

---

325 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

326 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

327 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1853; 1856; 1859; 1862; 1899. Vgl. auch den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

328 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1866; 1871.

329 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.

die noch nach einem halben Jahrhundert gegenüber anderen Konfessionen herrschenden Ressentiments, denen implizit die Fähigkeit abgesprochen wurde, ihre Kinder zu ordentlichen Menschen zu erziehen. Da aus Sicht der württembergischen Tradition nur die Angehörigen des evangelischen Bekenntnisses eine Existenzberechtigung hatten, waren auch nur sie in der Lage, rechtschaffene Menschen zu sein und dementsprechend ihre Kinder zu erziehen.

Infolge dieser Erziehungsdefizite waren bei den Kindern und Jugendlichen häufig Konzentrations-, Aufmerksamkeits- und Autoritätsmängel feststellbar.[330] Hinzu traten Passivität, Ungehorsam, Frechheit, Flegelhaftigkeit sowie „(e)ine gewisse Rohheit im Benehmen und in der Redeweise, namentlich auch die üble Gewohnheit des Fluchens“.[331] In diesem Zusammenhang bemerkte der Pfarrer, dass die Jugendlichen die notorische Gewohnheit, Flüche auszustoßen, bereits von der älteren Generation übernahmen.[332] Diese insgesamt gehäufter auftretende Gewohnheit indizierte für die Geistlichkeit nicht nur einen Verfall der christlichen Sitte in der gesamten Gemeinde. Vielmehr war im Gebrauch von Fluchworten ebenso ein Hinweis auf die veränderten Gesellschaftsverhältnisse sowie auf eine geringere christliche Unterweisung durch Kirche und Hausvorstand zu erkennen. Aufgrund des bereits in der Bibel zu findenden Verbots des Fluchens[333] war diese Entwicklung zu verurteilen, wobei im Pfarrbericht jedoch keine Anhaltspunkte auf eine etwaige Ursachenanalyse zu finden waren.

In Bezug auf die Kindererziehung wurde jedoch die frühzeitige Mitarbeit aller Kinder bei Haus- und Feldarbeiten positiv hervorgehoben, da der erzieherische Faktor dieser Arbeiten hochgeschätzt wurde.[334] Allerdings wurde der Hintergrund dieser Form der Kinderarbeit nicht beachtet, weshalb sie weder Missbilligung fand, noch andere Möglichkeiten der Erziehung, respektive Hilfsmaßnahmen für die Kinder erwogen wurden. Die Beschäftigung der Kinder in der häuslich-bäuerlichen Wirtschaft entstand aus der Notwendigkeit der Eltern erwerbstätig zu sein und deshalb nicht alle anfallenden Arbeiten alleine erledigen zu können. Weitergehend indizierte dieser Aspekt, das ungeachtet der Nebenerwerbslandwirtschaft bestehende Erfordernis, einer Lohnarbeit als Beitrag zur Existenzsicherung nachzugehen. Die

330 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

331 Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1905; 1911. Vgl. auch den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

332 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866.

333 Vgl. Apg 23,5; 2. Mose 22, 27. Vgl. ferner: Jak 3,10; Ps 10,7; 59,13.

334 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866.

Kinder, die in den meisten Fällen aus der in den 1870er Jahren bereits als zahlreich beschriebenen Arbeiterbevölkerung stammten,[335] waren den Tag über unbeaufsichtigt, wie auch dem Pfarrer aufgefallen war. Aufgrund dieser Feststellungen wären Überlegungen in Hinblick auf Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder oder zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten, die zumindest den Müttern den Erwerb zu Hause ermöglicht hätten, angebracht gewesen. Davon berichtete der Pfarrbericht jedoch nichts.

Möglicherweise aufgrund der fehlenden elterlichen Aufsicht waren bereits Volksschüler solchermaßen verwildert und renitent, dass sie bereits polizeilich auffällig geworden waren.[336] Nachdem auch diese Tatsache dem Pfarrer aufgefallen war, wäre ebenfalls eine Ursachenanalyse, respektive Überlegungen zur Abhilfe, erforderlich gewesen, was jedoch unterblieb. Trotzdem wurde „die Gassenjugend, einzelne ganz verwilderte Individuen abgerechnet, (als) nicht allzu schlimm und die Schuljugend im Ganzen (als) diszipliniert“[337] betrachtet, was auf die wirksame Korrektur der elterlichen Erziehung durch die Schule zurückgeführt wurde.[338]

Diese Feststellung wurde auch durch die geringe Anzahl der bekannt gewordenen Schulversäumnisse[339] belegt. Der regelmäßige Schulbesuch der Kinder könnte auf den geringen Anteil der Kinderarbeit in Württemberg in den 1860er Jahren hindeuten. Die Schulversäumnisse wurden in entsprechenden Verzeichnissen erfasst, allerdings nur an jedem Bußtag einer Abwägung unterzogen,[340] was eine Erklärung für die geringe Zahl der Beanstandungen in diesem Bereich sein dürfte.

In diesem Zusammenhang wurden die Mädchen als für erzieherische Maßnahmen seitens der Lehrer empfänglicher und formbarer als die Jungen bezeichnet.[341] Darin war ein Hinweis auf das traditionelle Mädchenbild, mit seiner Vorbereitung auf die Rolle der nachmaligen Hausfrau und Mutter enthalten, das auch noch nach 1900 vorherrschend war.

Im Gegensatz dazu wurde von den Kindern aus höhergestellten Familien ein untadeliges Benehmen berichtet.[342] Allerdings war dieser Vergleich zwar inadäquat, da er zwischen Angehörigen vollkommen unterschiedlicher Gesellschaftskreise ge-

335 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874.
336 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878; 1884.
337 Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
338 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.
339 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.
340 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.
341 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.
342 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

macht wurde, aber dennoch aufschlussreich. Mit der grundsätzlichen Besserbewertung des Verhaltens der Kinder der höheren Stände wurden gleichermaßen die Vorurteile hinsichtlich der Arbeiterkinder bestätigt, wie auch der herrschenden Meinung entsprochen. Darüber hinaus stellte der Pfarrer zwei grundlegend verschiedene Sphären mit vollkommen diametralen grundsätzlichen wie auch kulturellen Lebensbedingungen dar. Dabei blieb die Arbeiterkultur unberücksichtigt, die sich im Verlauf der Industrialisierung mit ihrem eigenen Wertemaßstab herausgebildet hatte und auch bei der Kindererziehung relevant war.

Einen gewissen Wertewandel ließ sich auch bei den Kindern der höheren Stände feststellen, wie die Bemerkung über die anscheinend bereits üblich gewordenen Liebschaften zwischen noch schulpflichtigen Kindern zeigte.[343] Diese Feststellung machte eine gewisse Sensibilität für Entwicklungslinien, die auch in diesem Bereich der Gesellschaft stattfanden, offensichtlich.

Eine ansatzweise Ursachenanalyse dieser Entwicklungslinien fand erst nach 1900 und zwar im Rahmen der Besprechung der Visitationsergebnisse vor dem Kirchengemeinderat statt.[344] Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits eine Zäsur stattgefunden, da damals einerseits die Industrialisierung Württembergs im Wesentlichen abgeschlossen war, andererseits der Einfluss der Sozialdemokratie sowohl in Cannstatt als auch im Deutschen Reich deutlich angewachsen war. Mit dem gewachsenen Einfluss der Sozialdemokratie war auch die Angst vor dieser gewachsen, so dass diese Überlegungen möglicherweise aufgrund dieser Entwicklung angestellt wurden. Als Ursachen wurden in der Hauptsache die negative Wirkung der schlechten Wohnsituation, des verkommenen, unkirchlichen Familienlebens sowie der Vielzahl der unterschiedlichsten Amüsements und Vereinsfeste auf die Arbeiterkinder benannt.[345]

Diese Überlegungen stellten vermutlich zunächst den Versuch dar, den zeitbedingten Notlagen entsprechend zu begegnen. Darüber hinaus waren sie möglicherweise auch ein Ausdruck der Sorge, den Einfluss auf die Arbeiterkinder, infolge des im Aufbau begriffenen, sozialen Netzwerks der Sozialdemokratie, vollständig zu verlieren. Diese Sorge war sicherlich nicht unberechtigt, da der spürbare Einfluss der sozialdemokratischen Jugendorganisation als Ursache für Missstände und Unzu-

---

343 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

344 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

345 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

träglichkeiten bei der Christenlehre benannt wurde.[346] In diesem Zusammenhang wurde erstmals die Einrichtung eines Knabenhorts erwogen, der auch realisiert wurde, damit die Kinder an Werktagen nicht unbeaufsichtigt blieben.[347] Im Rahmen dieser Erörterungen wurden auch die bis 1905 zum Wohle der Kinder unternommene Maßnahmen aufgezählt.[348]

Diese Ursachenanalyse resultierte vermutlich aus der Erkenntnis, dass eine irreversible Entwicklung vorlag, auf deren Folgen die Kirche nicht vorbereitet war, und mit der sie sich auseinandersetzen musste. Ebenso denkbar wäre eine mögliche entstandene Sensibilisierung seitens der Kirche für die soziale Not der Arbeiterschaft.

Ein weiterer gesellschaftsrelevanter Bereich, der in den Pfarrberichten thematisiert wurde, war die ledige Jugend. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die schulentlassenen, konfirmierten, ledigen Gemeindeglieder beiderlei Geschlechts subsumiert.

Die ledige Jugend

Die Einschätzung des sittlichen Zustands der ledigen Jugend gestaltete sich für den Pfarrer aufgrund fehlender sicherer Anhaltspunkte schwierig, wobei er dennoch einige Urteile dazu abgeben konnte.[349] Cannstatts ledige Jugend war nach Auffassung des Pfarrers nicht schlimmer als in vergleichbaren Städten, wobei er kritisch bemerkte, dass den Jugendlichen zu viele Freiheiten gewährt wurden.[350] Dieser Aspekt indizierte das Traditionsbewusstsein und die milder verlaufende Industrialisierung Cannstatts, weswegen viele, der ansonsten mit schwerwiegenden Folgen verbundene Probleme in sozial-gesellschaftlicher Hinsicht nicht entstanden waren.

Die jungen Männer wurden grundsätzlich als schlecht erzogen bezeichnet. Hinzu kam, bezogen auf alle Jugendliche, bereits in den 1850er Jahren ein Mangel an Ernsthaftigkeit und Religiosität.[351] Darüber hinaus wurde dieser Personenkreis als sehr leichtsinnig, vergnügungs- und genusssüchtig sowie gleichgültig gegenüber Eltern und Vorgesetzen beschrieben, was angesichts der zahlreichen weltlichen

346 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.
347 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752). Vgl. zum Knabenhort: Kap. 7.3. dieser Arbeit.
348 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752). Vgl. insgesamt: Kap. 7.3. dieser Arbeit.
349 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
350 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1905.
351 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856.

Versuchungen für den Pfarrer zu erwarten war.[352] Zwar ließen sich die jungen Frauen im Allgemeinen noch mehr durch Elternhaus und Kirche beeinflussen als die jungen Männer, aber grundsätzlich fehlten umfassende Möglichkeiten der Einflussnahme auf diese Personengruppe.[353]

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fand eine Relativierung dieser Einschätzung statt, nachdem die ledige Jugend zu diesem Zeitpunkt bereits sehr von der Großstadt geprägt worden war. Insbesonders die massiven Konzentrationsmängel sowie die häufigen Fehlzeiten im Konfirmandenunterricht machten diese Prägung für den Pfarrer offensichtlich.[354] Allerdings blieb bei dieser Kritik unberücksichtigt, dass die Jugendlichen einen harten, arbeitsreichen und bereits frühzeitig verantwortungsvollen Alltag hatten.

Als Ursachen für diese Feststellungen wurden der frühzeitige Arbeitsverdienst in der Fabrik der Mehrzahl der Jugendlichen, der sie frühzeitig finanziell unabhängig machte und eine frühe Lösung vom Elternhaus bedingte sowie der negative Einfluss der Umgebung angegeben.[355] Damit wurde den Fabriken indirekt zum Vorwurf gemacht, den Charakter der Jugendlichen in nachteiliger Weise zu beeinflussen, obwohl die mit der Fabrikarbeit verbundenen Erwerbsmöglichkeiten durchaus positiv gesehen wurden. Die Grundlage für diese Kritik bildete das Bild des rechtschaffenen Arbeiters respektive Jugendlichen. Demnach sollten unverheiratete junge Leute eine christlich-moralischen Grundsätzen entsprechende Lebensführung haben, womit eine Basis für eine spätere sittlich-christliche Ehe gelegt werden sollte. Durch die Bevorzugung der Fabrikarbeit durch die Jugendlichen wurde der abgelaufene Gesellschaftswandel überdeutlich, da in dieser Handlungsweise auch eine Distanzierung vom traditionellen Lebenswandel zu erkennen war. In vorindustrieller Zeit wurde das Leben und Arbeiten in der Großfamilie sowie die Achtung der damit korrelierenden althergebrachten Werte- und Sozialordnungen zu keiner Zeit infrage gestellt. Im Sozialverhalten der jungen Leute spiegelten sich die industrialisierungsbedingten Veränderungen wider. Dazu gehörten beispielsweise die frühe Auflösung des Familienverbandes infolge der gesteigerten Mobilität, oder die sich etablierende Lohnarbeit außer Haus, durch den Übergang von der Agrar- zur Industriewirtschaft.

---

352 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1859; 1862; 1866; 1871; 1878.
353 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
354 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
355 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1871; 1874; 1878.

Zu den traditionellen Werten, die nunmehr infrage gestellt wurden, gehörte zunächst die Abstinenz von weltlichen Vergnügungen. Viel wesentlicher war jedoch die vormals übliche Praxis, dass die Kinder zumindest bis zur Verheiratung, oft jedoch darüber hinaus im Elternhaus bzw. bei ihren Lehrherren wohnhaft blieben. Diese Handhabung stammte aus vorindustrieller Zeit, in der jede Arbeitskraft in der Landwirtschaft benötigt und nur durch die gemeinsame Bewirtschaftung des elterlichen Hofs ein für alle Familienangehörigen ausreichendes Einkommen erzielt werden konnte. Schließlich hatten die Kinder die Funktion einer Altersvorsorge der Eltern, weshalb ihnen die Aufgabe ein Leibgedinge für die Eltern sicherzustellen, zukam.[356] Allerdings fehlte in den Pfarrberichten ein Hinweis darauf, dass in diesem Zusammenhang dahinterstehende Faktoren wie die lange Arbeitszeit, fehlende Möglichkeiten der sinnvollen Freizeitgestaltung sowie die industrialisierungsbedingten Veränderungen der Menschen Berücksichtigung fanden.

Um 1870 arbeitete der Großteil der ledigen Jugend in der Fabrik. Vor allem erschien dem Pfarrer das Verhalten der jungen Frauen als kritikwürdig, da diese wenig Eigeninitiative zeigten, eine Stelle als Dienstbote zu suchen oder anzunehmen. Den jungen Frauen erschien die Arbeit in einer Fabrik weitaus attraktiver als ihren Verdienst in einem Dienstbotenverhältnis zu suchen, wie der Pfarrer gleichermaßen sorgenvoll wie kritisch feststellte.[357] Die Bedeutung der Dienstbotenzeit für eine junge Frau wurde sehr hoch eingeschätzt, da sie dort die, für ihren weiteren Lebensweg als notwendig erachteten hauswirtschaftlichen sowie sittlich-moralischen Kenntnisse vermittelt bekamen. Diesem Lebensabschnitt kam also primär eine erzieherische und erst sekundär eine existenzsichernde Funktion zu, wie auch die Entlohnung in freier Kost und Logis vermuten ließ.

In der Hauptsache waren die Fabriken aufgrund der fehlenden Geschlechtertrennung auf dem Weg von und zur Arbeit sowie bei der Arbeit selbst, schädlich für die Charakterbildung der jungen Frauen. Hinzu kamen die demoralisierenden, vernichtenden Folgen der Fabrikarbeit, wodurch einstmals rechtschaffene Mädchen zu polizeibekannten Dirnen und Kupplerinnen wurden.[358] Darüber hinaus wurden die Fabrikmädchen im Vergleich mit jungen Frauen aus ländlicheren Gebieten als emanzipierter bezeichnet.

---

356 Vgl. zum Vorstehenden auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 153.

357 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1871.

358 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884; 1887.

In diesem Zusammenhang wurde auch allgemein Kritik am Tanzen geübt, das als eine Verführung schlechthin aufgefasst wurde.[359] Von dieser Kritik waren nur diejenigen Jugendlichen ausgenommen, die ein frühzeitiges Bekenntnis zum Christentum abgelegt hatten und sich aufgrund dessen von derartigen Vergnügungen distanzierten.[360] Nach 1900 wurde am Tanzen insbesonders der schlechte Einfluss auf die Jugendlichen infolge der unzureichenden Geschlechtertrennung nach dem Ende einer „Tanzstunde" hervorgehoben. Allerdings standen bei diesem Aspekt mehr die Angehörigen der höheren Stände im Blickpunkt, was auf einen gewissen Wandel in der Sichtweise des Pfarrers schließen ließ.[361]

Um die Sittlichkeit der jungen Männer zu heben, gab es in Cannstatt den Jünglingsverein, den der Stadtmissionar leitete und der sich zu Beginn der 1880er Jahre sehr gut entwickelt hatte. Daneben gab es für die jungen Frauen einige Missionsvereine sowie einen Singverein christlicher Mädchen, womit auch dieser Personenkreis in sittlich-moralischer Hinsicht beeinflusst werden sollte.[362] Diese rein geistlichen Angebote bewegten sich im Rahmen der Inneren Mission, wobei bewährte Mittel zur Hebung der Sittlichkeit unreflektiert auf die gewandelten Zeitverhältnisse angewandt wurden. Dabei fand jedoch keine Modernisierung statt, so dass auch der Pfarrer deren Schwäche erkennen und die Notwendigkeit darüber hinausgehender Angebote einräumen musste.[363] Mit diesem Eingeständnis gab der Pfarrer dem Vorhandensein eines Problembewusstseins respektive Erfahrungswerten in Bezug auf die jungen Leute Ausdruck. Möglicherweise war auch ein gewisser Progress in dieser Aussage enthalten, wobei jedoch von weitergehenden Maßnahmen aus dem Bereich der Jugendfürsorge nichts berichtet wurde.

Die Arbeiterjugend wurde bis zur Jahrhundertwende zusammen mit der sonstigen ledigen Jugend betrachtet und erst in den Pfarrberichten der Jahre 1905 und 1911 einer speziellen Betrachtung unterzogen.[364] Demnach war vermutlich erst zu diesem Zeitpunkt diese neu entstandene soziale Schicht mit ihren Besonderheiten richtiggehend ins Bewusstsein der Pfarrer getreten. In Hinblick auf die Arbeiterjugend wurde die Praxis, den Eltern nur eine Leibrente zuzugestehen und sie dadurch vom Verdienst der Kinder abhängig zu machen, besonders kritisch gewürdigt. Da-

359 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1899.
360 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.
361 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
362 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
363 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
364 Vgl. zu diesem und dem Nachfolgenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

rin war implizit der Vorwurf mangelnden Respekts gegenüber den Eltern und weitergehend Kritik am Verstoß gegen das vierte Gebot, wonach Vater und Mutter zu ehren waren,[365] enthalten, was wiederum eine Folge der frühen wirtschaftlichen Selbständigkeit der Kinder war. Bei dieser kritischen Sichtweise dürften zudem allgemeine Vorbehalte gegenüber der Arbeiterschaft mitgewirkt haben.[366] Darüber hinaus war in der Schilderung durch den Pfarrer vermutlich auch ein Hinweis auf die Resignation der Eltern enthalten, die notgedrungen diese Praxis wie auch die damit verbundenen neuartigen Verhaltensweisen der Jugend akzeptieren mussten.

Nach der Jahrhundertwende wurde zudem ausdrücklich davon berichtet, dass alle männlichen Jugendlichen aus dem Arbeiterstand, die nicht Mitglied eines Jünglingsvereins waren, sich stattdessen der Sozialdemokratie angeschlossen hatten. Im Gegensatz dazu wurden die Mitglieder der Jünglingsvereine, die ebenfalls in der Fabrik arbeiteten, mit Spott bedacht, was für den Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterjugend sprechen sollte.[367] Mit dieser Feststellung wurde erstmals eine direkte Folge der falschen Einschätzungen wie auch Untätigkeit der evangelischen Kirche und ihrer Diener aufgezeigt. Es bestand zwar Klarheit darüber, die Arbeiterjugend verloren zu haben. Allerdings herrschte zugleich Ratlosigkeit in Hinblick auf mögliche zeitgemäße Mittel oder Initiativen, um die Arbeiterjugend wiederzugewinnen, ihr bei der Bewältigung ihres Schicksals zu helfen und sie christlich zu beeinflussen.

Die evangelische Kirche zeigte sich auf diese Entwicklung vollkommen unvorbereitet,[368] weshalb sich die Arbeiterjugend frühzeitig nach passenden Angeboten umsehen musste, die in der Regel von anderen Trägern gemacht wurden. Die Reaktion der Arbeiterjugend spiegelte sich in der sukzessiven Entstehung entsprechender Angebote seitens kirchenunabhängiger Träger, die sowohl kirchenfern als auch kirchennahestehend sein konnten, wider.[369] Diese Feststellungen deuteten auf den Beginn eines Erkenntnisprozesses hin, der jedoch erst nach 1918 zu kirchlichen Angeboten für die Arbeiterjugend geführt hatte.

---

365 Vgl. 2. Mose 20,12.

366 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 154. Scharfe behandelt a.a.O. u. a. das Vorurteil vom größeren Maß an Unsittlichkeit unter der Arbeiterschaft.

367 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

368 Vgl. Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 160; Kap. 5.3.1. dieser Arbeit.

369 Vgl. Kap. 7.3. dieser Arbeit.

Die evangelische Kirche war durch ihre Stellung als Staatsanstalt vollkommen vom Wohlwollen der Obrigkeit abhängig. Dieser Faktor wurde insbesonders hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Schultheißen und den bürgerlichen Kollegien innerhalb der Pfarrberichte erörtert.

Die Zusammenarbeit mit dem Schultheiß und den bürgerlichen Kollegien

Die evangelische Kirche Württembergs war in erster Linie in finanziellen Angelegenheiten, aber auch darüber hinaus auf die Zusammenarbeit mit der kommunalen und oberamtlichen Verwaltung angewiesen. Dabei war der Schultheiß ein wichtiger Amtsträger, wenn es um die Behandlung kirchlicher Belange ging.

Im Pfarrbericht von 1850 wurde im Allgemeinen ein Autoritäts- und Einflussverlust des Schultheißen festgestellt, so dass seine Stellung nicht mehr als unabhängig bezeichnet werden konnte. Obwohl grundsätzliche Zufriedenheit hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Verwaltung bestand, wurde dennoch die fehlende Transparenz der Verfahren kritisch bemerkt.[370] Parallel zum sinkenden Einfluss des Schulheißen war vermutlich auch die Durchsetzung kirchlicher Anliegen erschwert worden. Aufgrund des bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses konnte die immanente Kritik an diesem Zustand nur indirekt geäußert werden. Möglicherweise versuchte der Berichterstatter mit seinen Klagen, den Dekan auf eventuell vorhandene Probleme in seinem Sprengel aufmerksam zu machen.

Trotzdem fand eine Differenzierung zwischen den Rahmenbedingungen und der Tätigkeit des Schultheißen statt. Dabei bescheinigte er diesem über den ganzen Berichtszeitraum den guten Willen und die Bereitschaft zur größtmöglichen Unterstützung für die Kirchen- und Schulangelegenheiten.[371] In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass es dem Schultheißen gelungen war, trotz knapper finanzieller Mittel, wenigstens für die notwendigsten Maßnahmen der Wohltätigkeit Gelder zu bewilligen.[372]

Insgesamt waren die verschiedenen Schultheißen nach Aussage der Pfarrberichte ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen, geschickt, gebildet, gut unterrichtet sowie überaus fleißig bei der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte. Darüber hinaus wurde ihnen ein unbescholtener, wohlwollender, verständiger, erfahrungsreicher, achtungsvoller

370 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1853.
371 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1853; 1862; 1866; 1871; 1878; 1881; 1887; 1893; 1899.
372 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.

und energischer Charakter bezeugt.[373] Über die gesamten 1880er Jahre wurde dem Schultheißen ein großes Engagement hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung attestiert, was zugleich ein Hinweis auf die vermehrt in diesem Zeitraum auftretenden Probleme mit der Sonntagsheiligung war.[374]

Dennoch wurde die Arbeit und Persönlichkeit des Schultheißen auch kritisch bewertet. Nach der Jahrhundertwende wurde die Kirchlichkeit des damaligen Schultheißen, im Gegensatz zu seinen besonders kirchlichen Amtsvorgängern, für unzureichend befunden.[375] Dazu gehörte auch die kritische Bemerkung über das Fernbleiben des Schultheißen an Sitzungen des Gesamtkirchengemeinderats, obwohl er mehrfach dazu eingeladen worden war. Dessen Teilnahme wurde seitens des Pfarrers als sehr bedeutungsvoll erachtet, weshalb er hoffte, dass der neue Ortsvorstand den Einladungen Folge leiten würde.[376] Darüber hinaus wurde der Pfarrer nur sehr unzureichend in die Sitzungen der Ortsarmenbehörde einbezogen,[377] wozu noch die Klage über ein fehlendes Interesse des Schultheißen an Sitzungen dieser Behörde kam.[378]

Einen Hinweis auf grundsätzlich bestehende Probleme bei der Zusammenarbeit zwischen Pfarrer und öffentlicher Verwaltung war in der Bemerkung über die Geringachtung des Stadtpfarrers Pfäfflin durch den Schultheißen enthalten. Derselben Problematik dürfte die Anspielung auf die ausschließlich gemeinschaftliche Besorgung der kooperativen Geschäfte Ausdruck geben.[379]

Nachdem jedoch vermehrt nach 1900 Klagen über die Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung auftraten, dürfte vermutlich zu diesem Zeitpunkt ein Wandel in der Einstellung der Obrigkeiten hinsichtlich der Bedeutung der Pfarrer und deren Aufgaben stattgefunden haben. Insgesamt wurde die Diskrepanz zwischen der gedachten und der tatsächlichen Bedeutung kirchlicher Belange wie auch des Pfarrers im öffentlichen Leben offensichtlich.

Ebenso bedeutungsvoll für die Belange der Kirche war die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kollegien, die bis zur Jahrhundertwende als gut zu bezeichnen

---

373 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1859; 1862; 1866; 1871; 1874; 1878; 1881; 1884; 1887; 1893; 1899; 1905; 1911. Vgl. auch die positive Bewertung des Visitators im Protokoll des Gesamt-Kirchengemeinderats vom 5. Oktober 1905 (LKAS A29 Nr. 752).

374 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884; 1887.

375 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1859; 1871; 1878; 1911.

376 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

377 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

378 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

379 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1853.

war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Gremium aus der Sicht des Pfarrers, ein Interesse an kirchlichen Angelegenheiten, das sich in der engagierten Befassung mit dementsprechenden Themen wie auch in der Bewilligung finanzieller Mittel zeigte.[380] In den Sitzungen über Kirchen- und Schulangelegenheiten wurden einerseits administrative Themen wie die Besetzung des Stadtvikariats, das Bürgerhospital, der Stadtmissionar, die Bibelverteilung, die Strafgefangenen sowie die Kirchenstiftungen behandelt. Andererseits wurden kirchlich-liturgische Fragen, wie beispielsweise der Jugendgottesdienst, das Kirchengebet, der frühere Zeitpunkt der Konfirmation, der Beginn des Gottesdienstes und die Sonntagsfeier im Allgemeinen, der Termin der Abendbibel- und Abendbetstunden, die Beichtzeiten sowie die Sonntagsschule in der Neckarvorstadt etc. besprochen.[381] Das bearbeitete Themenspektrum wies zahlreiche geistliche Angebote von öffentlichem Interesse, jedoch keine dezidiert sozialen Maßnahmen auf. Die behandelten Punkte auf der Tagesordnung waren im Bereich der althergebracht-klassischen Organisation der Kirche. Zu diesem Zeitpunkt waren also noch zentrale Bereiche real existierender Probleme ausgeklammert.

Ähnlich wie in der Haltung des Schultheißen zur Kirche, hatte es vermutlich auch in den bürgerlichen Kollegien um 1900 eine Veränderung gegeben, da diese ab diesem Zeitpunkt ebenfalls wenig kirchliches Interesse aufwiesen.[382] Für diese Schwerpunktverlagerung hinsichtlich der Themen des öffentlichen Interesses könnte im Allgemeinen der abgelaufene Gesellschafts- und Strukturwandel ursächlich sein. Ferner wäre denkbar, dass in dieser Interessenverlagerung das Ende einer Entwicklungslinie offenkundig wurde, die in Zusammenhang mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie seit 1875 stehen könnte. In Cannstatt hatte sich die Sozialdemokratie bereits während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes etabliert und ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Größe im Gemeinderat bemerkbar gemacht. Dabei war es den bürgerlichen Parteien schon 1887 unmöglich gewesen, ein entsprechendes Gegengewicht zu bilden.[383] Neben der Kritik an der Untätigkeit der bürgerlichen Vertreter, zeigte sich die Hilflosigkeit des Pfarrers an dieser Feststellung. Insgesamt unterstrich diese Verlagerung der Interessen der bürgerlichen Kollegien letztlich den Bedeutungsverlust der Kirche im öffentlichen Leben.

---

380 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1871; 1881; 1884; 1893; 1899.
381 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.
382 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.
383 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

Cannstatt hatte sich im Spiegel der Pfarrberichte als sehr lebendige und vielseitige Stadt gezeigt. In den Pfarrberichten wurde teilweise auch von sozialen Hilfsangeboten für die Bevölkerung im Allgemeinen, wie auch für die Arbeiterschaft im Besonderen berichtet. Bei zahlreichen dieser Angebote war möglicherweise von Relevanz, Möglichkeiten zu finden, die Arbeiterschaft für die Kirche zurückzugewinnen und nicht ganz an die Sozialdemokratie zu verlieren. Oftmals war jedoch einzig und allein das Motiv ausschlaggebend, tatkräftig Hilfe zu leisten und Not zu lindern.

Die in den Pfarrberichten zutage tretende Haltung der Pfarrer

In den Pfarrberichten kam immanent die Haltung der jeweils berichtenden Pfarrer zum Ausdruck. Noch zu Beginn der 1830er Jahre entsprachen Cannstatt und seine Einwohner ganz dem überkommenen Idealbild der Pfarrer. Aufgrund ihrer Herkunft aus dem Bürgertum und ihrer traditionellen Ausbildung, vertraten sie uneingeschränkt das überkommene Wertesystem der bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts etablierten Ständegesellschaft.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurden die Pfarrer mit vielen tiefgreifenden offensichtlich und verborg ablaufenden Veränderungen konfrontiert. Eines der markantesten Ereignisse war die Revolution der Jahres 1848. Zwar bemühte sich der Pfarrer um ein Höchstmaß an Objektivität bei der Schilderung der Situation, aber trotzdem war seine Besorgnis aufgrund der entstandenen öffentlichen Aufregung nicht zu verkennen. Aus kirchlicher Sicht wurde mit einer Revolution immer Umsturz und die Zerstörung gottgewollter Ordnungen assoziiert. Die Betonung der Not der Bevölkerung, wobei explizit die unteren Klassen als die eigentlichen Leidtragenden der revolutionären Unruhezustände bezeichnet wurden, deutete auf ein gewisses Bewusstsein für die Situation der Gemeinde hin. Zugleich wies der Pfarrer damit auf die noch nicht begonnene Industrialisierung hin.

In den Pfarrberichten wurden vielfach die ausreichend vorhandenen Verdienstmöglichkeiten hervorgehoben. Demnach konnte grundsätzlich jeder Arbeitswillige einen Verdienst erlangen, wenn er den Willen dazu hatte. Diese Auffassung spiegelte Elemente einer pietistisch geprägten Arbeits- und Lebensauffassung wider, so dass letztlich jeder selbst an seinem ökonomischen Verfall die Schuld hatte. Dabei schien dem Pfarrer, das Problem der Arbeitslosigkeit oder die Soziale Frage nicht ins Bewusstsein gekommen zu sein. Nach dieser Auffassung gab es höchstwahr-

scheinlich nur natürliche und selbstverschuldete Armut, weshalb der industrialisierungsbedingte ökonomische Verfall nicht berücksichtigt werden konnte.

Die industrialisierungsbedingten Veränderungen wurden vom Pfarrer überwiegend negativ gesehen, wobei er einen moralischen Bewertungsmaßstab anlegte, der möglicherweise bestehende Vorurteile bezüglich der Arbeiterschaft bestätigte. Demnach waren die Arbeiter in sittlich-moralischer Hinsicht grundsätzlich geringerwertiger, als Angehörige traditioneller Berufe. Diese Sichtweise erinnerte an den Standpunkt des Pietismus in Hinblick auf Novitäten aller Art und unterstrich dessen Einfluss auf die Geisteshaltung des 19. Jahrhunderts. Aus denselben Gründen waren auch das Bevölkerungswachstum sowie die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Folgen der Gründerkrise zu verurteilen. Hinsichtlich der sich im Zuge des Strukturwandels verändernden Anschaffungsgewohnheiten der Bevölkerung, unterlief dem Pfarrer eine Fehleinschätzung. Nachdem er die in der Vergangenheit übliche Praxis zum Maßstab genommen hatte, wurden die als Altersvorsorge getätigten Anschaffungen als Luxus abqualifiziert. Dabei blieb unberücksichtigt, dass die Altersvorsorge nur auf andere Art wie zuvor betrieben wurde. Hinzu kam, infolge der Mobilität und Fluktuation des Industriezeitalters eine vollkommen andere soziologische Denk- und Handlungsweise der Arbeiter. Dabei bezog der Pfarrer jedoch real existente Probleme, wie z. B. die Wohnungsnot, nicht in seine Überlegungen mit ein. In diesen Kontext gehörte auch die Idealisierung althergebrachter Erwerbszweige und des Verhaltens des alteingesessenen Bevölkerungsteils. Dazu wurden neben der Landwirtschaft auch das Handwerk, patriarchalische Fabrikanten und Gewerbetreibende sowie Bürger und Beamte gezählt. Wiederum relativ positiv war die Bewertung der Juden, da diese aufgrund ihrer sozialen Angepasstheit und Bedeutung im Sozialgefüge von Relevanz waren. Somit ließen sie sich problemlos in den Wertehorizont des Pfarrers integrieren.

In den Pfarrberichten waren auch die Veränderungen in religiöser Hinsicht sowie neu auftretende geistige Strömungen, wie das Freimaurertum oder die Sozialdemokratie bewertet worden. Der Pfarrer erkannte dabei einen industrialisierungsbedingten Wandel, wobei auch hierbei eine kritische Sichtweise der Vorgänge zutage trat. Sichtbar wurde diese Auffassung beispielsweise in der Bezeichnung der Parvenüs als Sympathisanten der Sozialdemokratie. In diesem Kontext traten die klassisch-pietistischen Elemente des württembergischen Protestantismus deutlich hervor. Dabei zeigte sich die Hoffnung auf das Kommen des Reiches Gottes, die Er-

füllung der biblischen Worte sowie auf eine Restituierung der vorindustriellen Zustände. Zugleich trat die ständische Religiosität in Korrelation mit der pietistischen Jenseitshoffnung in Erscheinung, weshalb kein Verständnis für neue weltanschauliche Strömungen möglich war. Vielmehr zeigten wiederholte Klagen im Untersuchungszeitraum über neue Weltanschauungen, in welchem Maß sowohl die Pfarrerschaft als auch die evangelische Kirche auf diese Veränderungen unvorbereitet gewesen waren. Dieser Aspekt manifestierte sich auch im Fehlen einer dezidierten Ursachenanalyse für diese Entwicklungen sowie in der unterlassenen Suche nach Lösungen.

In diesem Zusammenhang erschienen alle Entwicklungslinien, wie z. B. der Machtzuwachs der Sozialdemokratie, die die Gefahr einer Einbuße an Einfluss der Kirche wie auch eines gesellschaftlichen Umsturzes in sich bargen, als Bedrohung. Insbesonders die Sozialdemokratie erfuhr eine grundsätzliche Abqualifizierung, da sie in den Augen der Pfarrerschaft ein Sinnbild der Kirchenfeindschaft und des Atheismus war. Hinter dieser Auffassung stand auch das allgemein vorherrschende Vorurteil, in jeder sozialdemokratischen Agitation zugleich ein Mittel zur Vergrößerung des Atheismus zu erkennen. Als Gegenmaßnahmen kamen jedoch nur geistliche Mittel zum Einsatz, die, genauso wie die ebenfalls verwendeten, im großen Ganzen unbewiesenen Vorurteile, die vorliegende Hilflosigkeit noch unterstrichen.[384] Dazu gehörten ebenso Feststellungen, wie z. B. den Besuch der Kirche durch Sozialdemokraten in Mühlhausen und Hedelfingen, die dem Vorurteil widersprachen, unberücksichtigt zu lassen. Außerdem war es in Hinblick auf die herrschenden Vorurteile signifikant, die Bedürfnisse der Arbeiter auf die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zu reduzieren.

Hinsichtlich der religiösen Praxis der Bevölkerung wurden grundsätzlich die klassischen Maßstäbe zugrundegelegt. Demzufolge entschieden alleine der Wunsch nach kirchlichen Amtshandlungen sowie die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs über den Grad der Kirchennähe. Somit erschien lediglich ein reger Besuch aller Gottesdienste (Vor- und Nachmittagsgottesdienste, an den Sonn-, Feier-, Buß- und Wochentagen) als akzeptabel, wohingegen die geringe Teilnehmerzahl zu einzelnen Zeiten, wie z. B. am Sonntagnachmittag kritisiert wurde. In dieser Kritik wurde das fehlende Verständnis des Pfarrers für die Bedürfnisse der Gemeinde, wie auch für

384 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 160.

den gesellschaftlichen Wandel besonders offensichtlich. Im Verlauf der Industrialisierung hatte sich nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch das Freizeitverhalten verändert. Der veränderte Arbeitsablauf und die im Vergleich zur vorindustriellen Zeit anderen Arbeitszeiten machten es in der Regel unmöglich, außer am Sonntagsvormittag noch einen Gottesdienst respektive das Abendmahl zu besuchen. Allerdings waren diese Faktoren dem Pfarrer wenig bewusst. Darüber hinaus wurde versäumt, die Ursache für den geringen Gottesdienstbesuch in den mitunter realitätsfremden, schwer verständlichen Predigtinhalten zu suchen. Vielmehr sah der Pfarrer die sonntägliche Betriebsamkeit als Hauptursache an. Dabei wurde das angenommene Desinteresse der Gemeinde am Gottesdienst als Indiz für eine beginnende Entkirchlichung angesehen, wofür wiederum der sozialdemokratische Einfluss als Ursache erkannt wurde. In diesem Kontext wurden zudem die Arbeiter als weitaus unchristlicher als die anderen Bevölkerungsteile bezeichnet, was der herrschenden Meinung entsprach.[385] Der implizit zutage tretende Anspruch enthielt Elemente des sittlich-moralischen, pietistisch geprägten Werte- und Normenkodex.

Aus Gründen der Sonntagsheiligung wurden auch weltliche Vergnügungen kritisiert, wobei immerhin positiv eine gesittete Verhaltensweise der Menschen bemerkt wurde, was als traditionsbewusste Rücksichtnahme zu bewerten war. Der Pfarrer missachtete konsequent die gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen. Hinsichtlich der Wiederherstellung der Ruhe am Sonntag wurde zwar die Polizei beauftragt, aber deren Tätigkeit beschränkte sich nach Ansicht des Pfarrers nur auf ein Mindestmaß, so dass seine Erwartungen nicht erfüllt wurden.

Deshalb war auch die Sonntagsfeier, die neben dem Gottesdienst auch die Enthaltung von alltäglicher Arbeit beinhaltete, problematisch. In Cannstatt wurde von der arbeitenden Bevölkerung wie im übrigen Württemberg die Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Diese Arbeiten wurden gemeinsam mit der Hauswirtschaft am Sonntag ausgeübt, was dem Pfarrer kritisch auffiel. Er dachte in erster Linie an das Gebot der Sonntagsheiligung, gegen das aus seiner Sicht mit diesen Tätigkeiten verstoßen wurde.

Trotz aller Kritik am Verhalten der Bevölkerung empfand es der Pfarrer als positiv, auf der Straße gegrüßt zu werden. Dieser Faktor war nach seiner Ansicht ein Indiz für das Traditionsbewusstsein der Cannstatter sowie für das Fehlen eines besorgnis-

385 Vgl. zum Vorstehenden auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 154 - 157.

erregenden gesellschaftlichen Wandels. Dennoch wurde diese Verhaltensweise in erster Linie auf die alteingesessene Bevölkerung bezogen, womit ein Kontrast zur Arbeiterschaft, die als unsittlich und ohne Manieren bezeichnet wurde, aufgezeigt werden sollte. Dabei stand hinter dieser Darstellung höchstwahrscheinlich der Wunsch, das alte Wertesystem wiederherzustellen.

Im Gegensatz dazu wurde sehr kritisch bemerkt, dass zumindest zeitweise Hausbesuche des Pfarrers unerwünscht waren und er zudem nicht mehr wie zu früheren Zeiten als Berater hinzugezogen wurde. Höchstwahrscheinlich gründete sich diese Entwicklung auf einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren, wie z. B. die sehr großen Seelsorgebezirke, die beginnende soziale Ausdifferenzierung oder die Mobilität der Bevölkerung. Noch eindrücklicher gestaltete sich die Kritik im Bereich der Seelsorge in Hinblick auf die Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang wurde keineswegs erwogen, dass ein entsprechendes Bedürfnis bestanden haben könnte. Vielmehr wurde dieser Bevölkerungsteil negativ als „Proletariat“ bezeichnet, ohne die Besonderheiten dieses Standes zu berücksichtigen. Diese Form der Bezeichnung gab der herrschenden Geringschätzung deutlich Ausdruck. Lediglich das teilweise offensichtliche Begehren der Seelsorge durch den Pfarrer seitens der Arbeiter, ließ ihn in ihnen einen guten Kern erkennen. Innere Faktoren wie auch die tatsächlichen Gegebenheiten und Probleme wurden in der Regel nicht berücksichtigt. Die Folge war, dass es zu einer Entfremdung zwischen Pfarrer und Gemeinde kam.

Diese Distanziertheit wurde besonders hinsichtlich der Betrachtungsweise des Lebenswandels der Bevölkerung offensichtlich. Nach Auffassung des Pfarrers war es für die Bevölkerung schicklich, ein einfaches, geordnetes und an den althergebrachten, bürgerlichen Maßstäben ausgerichtetes Leben zu führen. Demzufolge war es bereits ein Zeichen von Unkeuschheit, wenn zwischen zwei ledigen jungen Menschen Blickkontakte gewechselt wurden, was nur als unsittlich-verdorben getadelt werden konnte. Ebenso verurteilte der Pfarrer die aufgrund realer Notstände vorhandene Überforderung des Ernährers, die diesen zu einem nach althergebrachten Maßstäben unsittlichen Lebenswandel zwang. Dasselbe galt auch für die sonstigen Veränderungen im Familienleben, wie die frühzeitige wirtschaftliche Selbständigkeit der Kinder, deren Respektlosigkeit gegenüber den Eltern, den Ausfall des Unterhalts für die Eltern oder die Lektüre von Schundliteratur.[386] Insbesonders die ver-

386 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 153.

änderte Form der Reservebildung der jungen Leute,[387] die in der durchaus sinnvollen Praktik der Anschaffung so genannter Luxusgüter bestand, wurde als anstößig empfunden. Dabei trat sehr offenkundig das fehlende Bewusstsein zutage, dass über die traditionellen Formen der Sparsamkeit keine wirksame und nachhaltige Linderung der Not der Bevölkerung zu betreiben war.[388] Demnach waren die traditionellen Lebensformen gesittet und gut, die modernen jedoch verdorben und schlecht.

Derselbe Grundsatz galt auch in Hinblick auf die Kindererziehung, wo ebenfalls nur eine schickliche Erziehung, d. h. den überkommenen Sitten und Gebräuchen der bürgerlich-ständischen Gesellschaft entsprechend, als akzeptabel galt. Diese Haltung unterstrichen beispielsweise auch Vorurteile, wie die bessere Einwirkungsmöglichkeit auf die Mädchen im Gegensatz zur Renitenz der Jungen. In diesem Kontext war die Auffassung von der geringeren Erziehungskompetenz gemischtkonfessioneller Eltern ein weiteres Vorurteil, das belegt, das auch Jahrzehnte nachdem Württemberg gemischtkonfessionell geworden war, diese Vorbehalte weiterexistierten. Des Weiteren hatte der Pfarrer jedoch auch hinsichtlich der frühen Liebschaften der Kinder der höheren Stände wie auch deren Freude am Tanzvergnügen eine kritische Einstellung geäußert. Allerdings verdeutlichten beide Kritikpunkte den Schematismus in der Denkweise des Pfarrers.

Darüber hinaus konnte der Pfarrer grundsätzlich die Notwendigkeit der außerhäuslichen Berufstätigkeit beider Elternteile nicht nachvollziehen, weshalb er an der fehlenden Beaufsichtigung der Kinder respektive deren Ungezogenheit nur Kritik üben konnte. Nachdem der Pfarrer keine Ursachenanalyse betrieb, war für ihn nur die mangelnde Christlichkeit der Eltern bei der Erziehung die einzig infrage kommende Ursache. Die Pfarrer, die in der Regel aus dem Bürgertum stammten, konnten somit weder Verständnis für die Notlage der arbeitenden Familien respektive den darin sichtbaren Gesellschaftswandel aufbringen, noch etwaige Hilfen ersinnen. Dieselbe Feststellung ließ sich für die Kirche als Institution treffen, da sich diese ebenfalls nicht als große Initiatorin sozialer Maßnahmen hervorgetan hatte.[389]

Eine sehr kritische Haltung zeigte der Pfarrer auch in Hinblick auf die Lebensweise der ledigen Jugend, die ihn die Ernsthaftigkeit vermissen ließ und zugleich zu wenig christlichen Grundsätzen entsprach. Dazu gehörte auch die Ablehnung deren

---

387 Vgl. zur Altersvorsorge und Reservebildung bei Arbeitern Kap. 4.3. dieser Arbeit.

388 Vgl. auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 156.

389 Vgl. Kap. 6.2. dieser Arbeit.

großstädtischer Prägung sowie das Schwänzen und die Konzentrationsmängel im Konfirmandenunterricht. Insbesondere das Verhalten der jungen Frauen, die anstatt der als moralisch und besonders lehrreich geschätzten Dienstbotenzeit, lieber in der Fabrik arbeiteten, wurde ausdrücklich kritisiert. Nach Ansicht des Pfarrers hatte die Arbeit in der Fabrik eine moralisch nachteilige Wirkung, da sie nur zu Leichtsinn, Liederlichkeit sowie Unsittlichkeit verführen würde. Dabei war jedoch fraglich, inwieweit der Pfarrer in dieser Hinsicht ein objektives Urteil fällte und nicht unreflektierte Vorurteile übernahm. Ebenfalls wurde die aufkommende Frauenemanzipation als unmoralisch und unsittlich bewertet, wobei der Pfarrer den Vergleich zwischen Stadt und Land unternahm, was bereits im 19. Jahrhundert nicht unproblematisch war. Diese Faktoren waren alle dem überkommenen Bild der ledigen Jugend zuwiderlaufend, so dass der Pfarrer nur kritisch darauf reagieren konnte.
Eine spezielle Sichtweise des Pfarrers wurde schließlich in Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Schultheißen und den bürgerlichen Kollegien offensichtlich. Demnach hatten die kirchlichen Angelegenheiten die oberste Priorität, wohingegen die bürgerlichen Vertreter in dieser Hinsicht anderer Auffassung waren. Anhand dieser Diskrepanz hinsichtlich der Bedeutung kirchlicher Angelegenheiten trat die Abhängigkeit der Kirche von der Kooperation und dem Wohlwollen der kommunalen Organe bei der Realisierung ihrer Belange sehr deutlich zum Vorschein. In Bezug auf den Schultheißen waren für die Bewertung seitens des Pfarrers Werte wie Zucht, Ordnung und Kirchlichkeit ausschlaggebend. Diese Faktoren waren einem dynamischen Wandel unterworfen worden, der ebenso eine Relativierung der Bedeutung des geistlichen Amtes und der Kirche bedingt hatte. Alle diese Entwicklungslinien waren jedoch dem Pfarrer nicht ins Bewusstsein gekommen, der nur Kritik an der scheinbar unkollegialen Zusammenarbeit übte.

Gesamtbewertung

Die bislang zutage getretene Haltung der Cannstatter Geistlichkeit in Hinblick auf ihre Umwelt mit den darin innewohnenden gesellschaftlich-sozialen und wirtschaftlichen Problemen wie auch Wandlungen deutete auf eine massive Fehleinschätzung der Gegebenheiten sowie eine eklatante Realitätsferne der Pfarrer hin. Der letzte Aspekt wurde besonders an den Sitzungen für Schul- und Kirchenangelegenheiten augenscheinlich, in denen ausschließlich über althergebracht-klassische

Themen beraten wurde. Aus diesem Grund fanden sich auch keine Themenkomplexe, die ökonomische oder praktische Hilfen wie z. B. Kinderkrippen umfassten.
Obwohl in Einzelfällen Probleme durchaus erkannt und Erklärungsversuche unternommen wurden, fehlte jedoch zumeist trotz dieses ansatzweisen Problembewusstseins die Erkenntnisfähigkeit in Hinblick auf den gesellschaftlich-sozialen Wandel. Darüber hinaus dominierte in der Regel eine negative Auffassung von der Arbeiterschaft und ihren Familien. Die Pfarrer ahnten zwar höchstwahrscheinlich, die Arbeiterschaft z. B. an die Sozialdemokratie verloren zu haben sowie bei dieser Gesellschaftsentwicklung von einem irreversiblen Prozess ausgehen zu müssen. Zudem war dem Pfarrer bewusst geworden, dass ein gewisser Wandel innerhalb der Gemeinde abgelaufen war. Trotzdem unterblieben Überlegungen, Möglichkeiten zu finden, der Arbeiterschaft als eigenständigem Stand zu einer Daseinsberechtigung zu verhelfen. Stattdessen wurden Bemühungen unternommen, die Arbeiter in das überkommene Ständemuster einzugliedern. Aus diesen Gründen wurden Chancen ungenutzt gelassen, die Arbeiter zu erreichen, zu gewinnen und speziell auf sie abgestimmte Angebote zu machen. Zwar hatte die Kirche erkannt, die Bevölkerung und vor allem die Arbeiter verloren zu haben, aber trotzdem war sie nicht in der Lage, aus dieser Erkenntnis greifbare und umsetzbare Schlüsse zu ziehen, respektive eine Ursachenanalyse vorzunehmen. In diesem Zusammenhang musste auch der Irrtum gesehen werden, allein über Seelsorge Hilfe leisten zu können, der sowohl bei den Geistlichen als auch bei der Kirche weit verbreitetet war. Dabei fehlte die Erkenntnis, dass durch rein geistliche Maßnahmen keine materiell-existentielle Not gelindert werden konnte. Da die Mittel der Kirche rein geistlicher Natur waren, war sie nicht fähig, anders zu denken. Dieser Aspekt ließ zugleich die verpassten Entwicklungsmöglichkeiten einerseits der Geistlichkeit, andererseits der Kirche als Institution, offensichtlich werden.
Darüber hinaus propagierten die Geistlichen vielfach Ideale der vorindustriellenständischen Zeit, wie z. B. Zucht und Ordnung, weshalb sie auf die Veränderungen durch die Industriealisierung und den damit verbundenen Wertewandel nicht angemessen reagieren konnten. Diese Vorstellungen von der richtigen Lebensführung, waren Teil des altüberlieferten Gedankenguts der bürgerlichen Gesellschaft und den Pfarrern ihr ganzes Leben lang vermittelt worden, woraus auch das intellektuelle Hemmnis der Geistlichkeit entstanden war.

Insgesamt hatte sich gezeigt, dass gesellschaftlich-soziale Faktoren respektive Neuerungen aller Art, die nicht in das Weltbild des 18. Jahrhunderts eingeordnet werden konnten, grundsätzlich unbeachtet oder wenn überhaupt, auf der Grundlage von Vorurteilen kritisch bewertet wurden. Infolgedessen wurde alles Neue als Gefahr für den Status quo der Gesellschaft angesehen, weshalb die Pfarrer realitätsfremd und zu Fehlinterpretationen verleitet worden waren. Möglicherweise war den Pfarrern aufgrund des Traditionsbewusstseins der alteingesessenen Bevölkerung die Möglichkeit verwehrt worden, ihre alten Denkweisen zu überprüfen, an die neuen Gesellschaftsverhältnisse des Industriezeitalters anzupassen und positive Schlüsse daraus zu ziehen. Deshalb könnte sogar ein unumstößlicher Glaube an den unveränderbaren Fortbestand des alten Ständesystems entstanden sein.

Aus gesellschaftlicher Sicht sowie nach Ansicht der Mitglieder der bürgerlichen Kollegien war im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Bedeutung des geistlichen Amtes und der Kirche relativiert worden. Dieser Prozess, der dem konservativ-ständischen Wertesystem der Pfarrer widersprach, blieb zumindest einzelnen unter ihnen nicht verborgen. Mitunter waren die Pfarrer in der Lage, sowohl ihre eigene Einflusslosigkeit als auch die des bürgerlichen Standes zu erkennen. Dennoch griffen die Kirchenvertreter stets auf die altbekannten Mittel zurück, die jedoch längst durch die Zeitumstände überholt worden waren. Diese Handlungsweise war durch das bestehende unkritische Vertrauen auf die Hilfe der Obrigkeit zurückzuführen. Dieses Geschehen indizierte die Weltoffenheit der bürgerlichen Vertreter im Gegensatz zur Weltferne der Geistlichkeit, andererseits aber auch die in der öffentlichen Meinung gesunkene Stellung der Kirche als Institution.

Den Pfarrern war es schließlich unmöglich, mit dem abgelaufenen Strukturwandel, z. B. bei der Freizeitgestaltung, der sich in der gewandelten Umwelt wie auch in den veränderten soziologischen Bedingungen zeigte,[390] in angemessener Weise umgehen zu können.

---

390 Vgl. zum Vorstehenden auch: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 157.

7.3. Wohltätigkeit in Cannstatt

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts traten Armut und Not wie auch soziale Ungleichheit und Hilfsbedürftigkeit nicht nur in neuer Qualität, sondern auch sehr zahlreich auf. Wie diesen Problemen begegnet wurde, war in hohem Maße von den zeitlichen Umständen abhängig. Dabei war von Relevanz, dass sich im Verlauf der Industrialisierung nicht nur die wirtschaftlichen Gegebenheiten grundlegend veränderten. Vielmehr war eine gänzlich andere Situation mit der Herausbildung der neuen sozialen Klasse der Fabrik- und Industriearbeiter entstanden. Nachdem die Arbeiterschaft nicht ohne weiteres in das überkommen Gesellschaftsbild eingeordnet werden konnte, traten gleichermaßen sehr spezielle wie vollkommen neue Probleme auf. Diese verlangten von den Zeitgenossen nicht nur grundsätzlich neue Betrachtungsweisen der Gesellschaft, sondern auch Überlegungen über neue Wege im Umgang mit den damit verbundenen Herausforderungen.

Cannstatt durchlief im Verlauf des 19. Jahrhunderts einen grundlegenden Strukturwandlungsprozess von der Agrar- und Badestadt zur Industriestadt.[391] Dieser Strukturwandel, mit dem auch ein gesellschaftlich-sozialer Wandel verbunden war, erforderte andere Maßnahmen der Wohlfahrt als die bis zu diesem Zeitpunkt üblichen. Besonders die Bedürfnisse der neuen Schicht der Arbeiter, die in Cannstatt im Verlauf der Industrialisierung und bis zum Ersten Weltkrieg anwuchs, erforderten neue Initiativen.

Elemente traditioneller Armenpflege

Nach den Pfarrberichten gab es in Cannstatt eine tatkräftige und umfassende Armenpflege.[392] Diese Maßnahmen waren jedoch vorwiegend offizieller oder halboffizieller Art, wie beispielsweise der Lokalwohltätigkeitsverein, eine öffentliche Stiftung, oder der Kirchenkonvent.[393] Insbesonders wurde in diesem Zusammenhang die Abstellung bzw. das Verbot des Haus- und Straßenbettels durch die Tätigkeit des Wohltätigkeitsvereins erwähnt.[394] Dieses belegte die Effizienz der dadurch geleisteten Maßnahmen.

---

391 Vgl. Kap. 7.1. und 7.2. dieser Arbeit mit den dort angegebenen Belegstellen.

392 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1871. Vgl. auch den Bericht über die Verhandlung der Visitation vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).

393 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1853; 1862; 1866; 1871; 1874; 1878; 1881; 1905. Vgl. auch den Bericht über die Verhandlung der Visitation vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).

394 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1853.

Dabei hatte es die Kirche versäumt, in Zusammenhang mit der allgemeinen Armenpflege eigene Initiativen zu ergreifen. Vielmehr nahm sie ihren Auftrag zur Wohltätigkeit im Rahmen der bürgerlichen Wohlfahrt wahr, was sich in der Mitgliedschaft der Geistlichen sowie einiger Kirchengemeinderäte im Lokalwohltätigkeitsverein zeigte.[395] Diese Tatsache zeugte von einem geringen Engagement seitens der Kirche sowie der Begrenztheit der kirchlichen Tätigkeit hinsichtlich der Wohltätigkeit. Sichtbar wurde dieser Aspekt besonders in der Bemerkung, dass die Liebestätigkeit nur noch die geringste Tätigkeit des Pfarrgemeinderats sei.[396] Dadurch wurde einerseits die Abhängigkeit der Kirche von der Obrigkeit, andererseits deren Unfähigkeit, mit gezielten Aktionen auf die reale Not zu reagieren, belegt. Vielfach waren die Maßnahmen der Kirche nur auf den geistlich-seelsorgerischen Bereich beschränkt. In den Fällen, in denen etwas bewegt wurde, waren es vielmehr einzelne kirchennahe, aber kirchenunabhängige Personen oder Kreise, die tätig wurden.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums wurde nur einmal ein Pfarrer erwähnt, der sich in der Armenfürsorge als erfinderisch erwiesen hatte. Nach der Beschreibung des Visitators war dieser Pfarrer dafür auch besonders prädestiniert. Er zeichnete sich durch eine wissenschaftliche Strebsamkeit in Verbindung mit einem vermittelnden Standpunkt aus. Darüber hinaus hatte er nicht nur gepflegte Umgangsformen, sondern wurde auch von der Gemeinde, die im Zentrum Cannstatts lag, geschätzt.[397] Am Beispiel dieses Pfarrers zeigte sich, dass nur dann Kirchenvertreter nachhaltig tätig und „erfinderisch“ wurden, wenn sie über den entsprechenden Bildungshorizont verfügten. Nachdem dieser Pfarrer als wissenschaftlich interessiert beschrieben wurde, war er höchstwahrscheinlich den sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen wie auch Problemen seiner Zeit gegenüber aufgeschlossen. Somit war es ihm höchstwahrscheinlich auch möglich, entsprechend zu handeln.

In den Pfarrberichten wurde interessanterweise der Personenkreis erwähnt, der einen Sinn für Wohltätigkeit sowie für die Bibelsache und die Belange der Inneren Mission aufwies. In der Regel waren es Wohlhabende, also zumeist Privatiers, die vielfach aus den höheren Ständen stammten, und unter diesen in erster Linie Auswärtige. Unter diesem Begriff wurden gleichermaßen Ausländer aber auch andere

395 Vgl. den Bericht über die Verhandlung der Visitation vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752). Vgl. auch die Pfarrberichte Cannstatt, 1869; 1899; 1905.

396 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862.

397 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

Zugezogene, wie beispielsweise Rentiers, subsumiert.[398] Ihnen wurde eine Vorbildfunktion zuerkannt.[399] Im Pfarrbericht des Jahres 1866 wurde sogar betont, häufig gerade bei den neuaufgenommenen Gemeindegliedern und den Hereingezogenen einen großen Wohltätigkeitssinn zu finden. Die Einheimischen hingegen sowie die unteren Gesellschaftsschichten waren nach Ansicht des Pfarrers hauptsächlich durch ihren Sparsamkeitssinn daran gehindert, für wohltätige Zwecke zu spenden.[400] In dieser Bemerkung war eine immanente Kritik enthalten, die zugleich wiederum die Realitätsferne der Geistlichkeit unter Beweis stellte. Unter der beschriebenen Art von Sparsamkeit konnte einerseits Geiz verstanden werden. Andererseits waren die Unterschichten vermutlich selbst nicht in der Lage, von ihrem Wenigen etwas zu geben. Somit verkannte die Geistlichkeit mitunter offensichtlich den Unterschied zwischen Geiz, der sicherlich bei manchem vermögenderen Einheimischen vorhanden war, und einfacher Armut. Ergänzt wurde diese Kritik an den Einheimischen durch die Bemerkung hinsichtlich deren mangelnden Opferwilligkeit.[401] Dieser Aspekt deutete ebenfalls auf ein Verständnisproblem seitens der Geistlichkeit hin, die wiederum vermutlich von den vermögenderen Ständen ausging und nicht erkannte, inwieweit die einheimische Bevölkerung angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage bereits Opfer erbringen musste. Sichtbar wurde ferner das überkommene Gesellschaftsbild, das wiederum gerade die unteren Stände als prädestiniert für die Opferrolle ansah. Insgesamt wurde die zwar grundsätzlich sehr rege Beteiligung an christlichen Interessen sowie an der Wohltätigkeit wahrgenommen, zugleich jedoch deren Beschränkung auf lediglich einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung betont. Dieser Minderheit war die Mehrzahl an Vereinsgründungen und ähnlichen wohltätigen Initiativen für die unterschiedlichsten Kreise zu verdanken. Insgesamt wurde das Vereinswesen als blühend bezeichnet, was ein Beleg für ein großes öffentliches Interesse war.[402] Einerseits zeigte sich eindeutig, dass die Initiativen von privater Hand ausgingen und die Kirche mit keinem Wort erwähnt wurde. Andererseits wurde die beschränkte Sichtweise des Pfarrers deutlich, der indirekt diese geringe Anzahl an Gebern kritisierte und das Unvermögen des Großteils der Bevölkerung verkannte,

398 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1856; 1866; 1871; 1874; 1878; 1884; 1887; 1893.
399 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1878; 1881; 1884.
400 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1871; 1874.
401 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1871.
402 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884.

der zu solchen Schritten aufgrund eigener Bedürftigkeit nicht in der Lage gewesen war.

Kinderfürsorge

Die Kinder als die schwächsten Glieder der Gesellschaft genossen bereits sehr früh die Aufmerksamkeit der Wohlfahrtsunternehmungen. Besonders in Industriestandorten gab es große Probleme, die Kinder der arbeitenden Bevölkerung den Tag über zu beaufsichtigen und zu versorgen. Zu diesem Zweck dienten Krippen. In Stuttgart war bereits 1868 eine erste Krippe eingerichtet worden, Cannstatt folgte 1875 mit der „Olgakrippe“[403] als zweite nach. Sie wurde auf Initiative des Cannstatter Helfers Christian Härle sowie einer Gruppe engagierter Privatleute, unter denen sich auch der Cannstatter Privatier Schöne befand, eingerichtet.[404] Diese Männer hatten einen „Krippenverein“[405] unter Leitung des Pfarrers und dem Protektorat der Königin begründet. Das Ziel dieses Vereins war es, eine Krippe für die Kinder der arbeitenden Klassen einzurichten. Dazu wurde ein Haus erbaut, in dem die „Olgakrippe“ ihre Heimat fand. Der Krippenverein war unter dem Dach des „Evangelischen Vereins“ angesiedelt,[406] was deutlich seine kirchennahe, zugleich kirchenunabhängige Ausrichtung zum Ausdruck brachte. Die „Olgakrippe“ wurde in einer Doppelfunktion als Krippe und Kleinkinderpflege eingerichtet. Ihre Aufgabe war es, die Kinder der arbeitenden Bevölkerung bis zum dritten Lebensjahr tagsüber zu versorgen und zu beaufsichtigen. Ferner war es ein Anliegen „die gesamtkindliche Entwicklung zu fördern, und die elterliche Beziehung zu ergänzen.“[407] Eine weitere Zielsetzung war, der in Württemberg weit verbreiteten Kindersterblichkeit entgegenzuwirken. Dazu wurden die Kinder durch Diakonissen angemessen verpflegt und regelmäßig durch einen Arzt begutachtet.

---

403 Vgl. zur Geschichte der Olgakrippe: BAW 28.1875, S. 104; Schmidt, Die innere Mission in Württemberg (1879), S. 140; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882), S. 8 – 9; Nachrichten über die Olga-Krippe in Cannstatt für die 10 ersten Jahre ihres Bestehens 1875 – 1885 (1885) (LKAS A29 Nr. 737); Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 9; Oberamtsstadt Cannstatt, Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in den Jahren 1875 bis 1900 (ca. 1900), S. 88; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 9; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Pfleiderer, Rechenschaftsbericht zum 50 jährigen Jubiläum der Olgakrippe in Cannstatt am 2. Mai 1925. In: BAW 79.1926, S. 29 – 31; Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

404 Vgl. zur Olgakrippe: 100 Jahre Olgakrippe Bad Cannstatt 1875 – 1975 (1975); Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1905.

405 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878; 1881; 1884; 1887.

406 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878.

407 100 Jahre Olgakrippe Bad Cannstatt 1875 – 1975 (1975), S. 5; vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

Ebenso war der „Bezirkskinderrettungsverein in Cannstatt“[408] (1851) für den Schutz von Kindern von Bedeutung, der eingriff, wenn Kindern Gefahr durch Vernachlässigung drohte. Ihm kamen Kirchenopfer aus allen Gemeinden zugute.[409] Er stand in Zusammenhang mit dem „Verein von Kinderfreunden“, der ebenfalls Gutes aus Stiftungsmitteln bewirkte, und einem „Cannstatter Frauenverein“. Dieser hatte es sich zur Aufgabe gemacht, verwahrlosten Kindern zu helfen.[410] Darüber hinaus gab es einen Frauenverein, den „Kindernotverein“ oder auch „Groschenverein“ unter Leitung des Pfarrers, der für die Unterbringung bzw. Versorgung verwahrloster Kinder sorgte.[411] Die Vielzahl an Hilfsangeboten für verwahrloste Kinder offenbarte das massive Vorhandensein eines derartigen Problems. Denkbar war jedoch auch eine sehr weite Auslegung des Begriffs „Verwahrlosung“, so dass eine Vielzahl an Kindern, die vermutlich größtenteils aus den unteren Volksklassen stammten, für diese Maßnahmen infrage kam. Darüber hinaus handelte es sich bei den angesprochenen Initiativen allesamt um private Maßnahmen. Sie waren sicherlich kirchennah, aber trotzdem kirchenunabhängig, so dass der Kirche als Institution in diesem Bereich Untätigkeit bescheinigt werden musste.

Eine weitere Einrichtung, die sich der Erholung schwächlicher Schulkinder widmete, war der „Verein für Ferienkolonien“[412] in Cannstatt (1905). Darüber hinaus bestanden noch eine Speisung für bedürftige Schulkinder, die „Kinderküche“, sowie der „Flickverein“ oder „Flickseminar“, zur Unterweisung von Schulkindern in der Ausbesserung zerrissener Kleidungsstücke.[413]

Daneben fanden sich noch weitere Einrichtungen, die vordergründig für das Wohl der Arbeiterkinder gedacht waren. Dazu gehörten die drei Kleinkinderschulen unter städtischer sowie eine unter der Trägerschaft des „Evangelischen Vereins“.[414] Zu einem späteren Zeitpunkt unterhielt der „Evangelische Verein“ eine zweite Klein-

---

408 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 16; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Pfarrbericht Cannstatt, 1853; 1866; 1884; 1899; 1911.

409 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

410 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1871.

411 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1878; 1881; 1884; 1887; 1905; 1911.

412 Vgl. Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart (1895), S. 152; Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

413 Vgl. zu beidem Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911. Vgl. zum „Flickverein“ auch: Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

414 Vgl. Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 137 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

kinderschule in der Karlsvorstadt.[415] 1904 schließlich war eine Kleinkinderschule in Rotenberg, das auch zur Diözese Cannstatt gehörte, ins Leben gerufen worden.[416] Unter diesen Einrichtungen war die erste bereits 1843 begründet worden und hatte damals schon die Aufgabe, ärmere Kinder zu betreuen. Nachdem sie einen guten Fortgang nahm, zeigte sich der bestehende Bedarf an einer solchen Einrichtung.[417] Indem sich auch ein Interesse seitens wohlhabenderer Familien für eine solche Anstalt einstellte, wurden auch Kinder, die ein Entgelt bezahlten, aufgenommen. Auf diese Weise wurde auch ein Beitrag zum Abbau von Klassenschranken geleistet, wenn auch dieser Aspekt sicherlich, wenn überhaupt, nur sekundär war.[418] Die Kleinkinderschulen hatten generell die Aufgabe, Kinder im Alter zwischen 4 und 6 Jahren zu bestimmten Stunden des Tages zu beaufsichtigen und auf diese Weise vor Vernachlässigung zu schützen, sowie den Müttern eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Zu demselben Zweck, nur für bereits schulpflichtige Knaben, diente der Knabenhort in der Teckschule. Er war nach 1905 entstanden, nachdem bemerkt worden war, dass zu viele Kinder tagsüber sich selbst überlassen worden waren.[419] Darüber hinaus gab es für eine geraume Zeit sogar einen Knaben- und Mädchenhort, über den jedoch nichts Näheres bekannt wurde.[420]

Darüber hinaus wurde in Cannstatt zum Wohle der Kinder 1905 bereits sehr viel getan. So gab es einen Schularzt, Badkarten, Solbadkuren für Schwächliche, sowie im Winter die Speisung armer Kinder im Kaffeehaus gegen ein Entgelt von 10 Pf. sowie einen gründlichen Unterricht für Stotterer. Als dringend erforderliche Maßnahme wurde die Einrichtung von Hilfsklassen für Schwachbegabte befunden.[421] Mit der Aufzählung des Katalogs von Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand wurde von den kirchlichen Vertretern der Anschein einer Rechtfertigung dafür gegeben, selbst keine Eigeninitiativen ergreifen zu müssen. Vielmehr wurde die bereits bestehende Maßnahmenvielfalt betont, womit ein Vorgehen seitens der Kirche

415 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
416 Vgl. Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).
417 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1862.
418 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1862; 1911.
419 Vgl. Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).
420 Vgl. Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 138 f.
421 Vgl. Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

überflüssig erscheinen sollte. Implizit kam das unrealistische Vertrauen auf den Staat zum Vorschein. Zumindest ein gewisses Bewusstsein für die real existierenden Probleme schien vorhanden zu sein, wohingegen der Schritt in die Praxis Individuen, die nicht immer geistlichen Stands waren, vorbehalten blieb.
Neben diesen rein auf den Bereich der Kinderfürsorge beschränkten Unternehmungen gab es auch Maßnahmen zur Hilfe für Arme im klassischen Sinne wie auch für Kranke.

Armen- und Krankenfürsorge

Im Verlauf der Industrialisierung gab es einen weitgehenden gesellschaftlich-sozialen-wirtschaftlichen Wandel. Dieser Prozess veränderte viele Bereiche und schuf zahlreiche neue Arbeitsgebiete. Neben neuen Formen der Bedürftigkeit gab es jedoch auch weiterhin Arme und Kranke im klassischen Sinne. Für diese beiden Personenkreise, wobei zu letzterem auch Angehörige der Arbeiterschaft zu rechnen waren, wurde auf spezielle Art gesorgt.
Eine sehr frühe Maßnahme der Armenhilfe im weiteren Sinne war die Bildung eines „Vereins für Innere Mission". Dieser bestand 1850 aus ungefähr 100 Männern und Frauen, was als ziemlich groß bewertet wurde. Er hatte sich in erster Linie die Sorge um Arme und Kranke zur Aufgabe gemacht. Diese Gründung war vermutlich eine direkte Folge der Begründung der Inneren Mission auf dem Wittenberger Kirchentag des Jahres 1848. Allerdings war dieser „Verein für Innere Mission" höchstwahrscheinlich nicht von besonderer Effizienz und strukturierter Organisation, da er bereits 1853 in weitgehender Auflösung begriffen war.[422]
In Hinblick auf die Sorge für Arme und Kranke bestand als weitere Hilfe bereits 1853 ein „Suppenverein" bzw. „Kochverein für arme Kranke" unter der Leitung verschiedener Frauen. Seine Aufgabe bestand in der Verabreichung von Kost an Bedürftige sowie spezieller Kost für Kranke.[423] In Cannstatt bestand aber auch ein spezieller „Krankenkostverein", der im Grundsatz wie die überall eingerichteten, derartigen Vereine war. Dennoch unterschied er sich von anderen Krankenkostvereinen, da in Cannstatt Diakonissen die Aufsicht über die Essensausgabe hatten.[424]
Im Rahmen dieses Vereins waren verschiedene Familien organisiert, die Mittagsmahlzeiten abgaben, die dann von den Diakonissen an bedürftige Kranke verteilt

422 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1850; 1853.
423 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1853; 1874; 1878; 1905; 1911.
424 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.

wurden.[425] Dieser Gesichtspunkt verdeutlichte wiederum die Kirchennähe der Maßnahme, dennoch handelte es sich bei diesem Verein ebenfalls um eine kirchenunabhängige Institution.

Daneben bestand ein „Diakonissenverein“, der ebenfalls die Aufgabe hatte, Kranke aller Stände zu verpflegen. Zu diesem Zweck waren vier Diakonissen aus der Stuttgarter Diakonissenanstalt bestellt worden.[426] Der Visitator bemerkte mit Wohlwollen, dass es nur wenige Bezirke im Land gab, in denen Diakonissen und Vereine in diesem Maße im Dienste der Wohltätigkeit und der inneren Mission tätig waren.[427] Der „Diakonissenverein“ war gleichermaßen ein Kranken- und Armenverein, der die Versorgung Bedürftiger unentgeltlich, die sonstiger Kranker in Privathäusern gegen einen Kostenbeitrag übernahm.[428] Die hauptsächlichen Kosten der Arbeit wurden jedoch über jährliche Kollekten gedeckt.[429] Die Leitung der beiden vorstehende genannten Vereine hatten Geistliche,[430] wobei diese jedoch vermutlich aus Eigeninitiative zur Übernahme der Vereinsleitung bereit gewesen waren und nicht kraft Amtes. Ganz speziell den Interessen der Arbeiter sollte ein im Jahr 1911 in Gründung begriffener „Hauskrankenpflegeverein“ dienen,[431] über den jedoch nichts weiter bekannt wurde.

Eine ganz eigene Form der Liebestätigkeit zeigte sich im „Frauenkrankenverein“. Dieser Verein war zwar sehr klein, leistete aber viel im seelsorgerischen Bereich. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, arme Kranke zu besuchen und ihnen auf verschiedene Art Unterstützung zukommen zu lassen.[432] Außerdem gab es einen „Landeskrankenverein“, der unter der Leitung eines weiblichen Vorstands war,[433] sowie einen „Frauenkrankenhausverein“ unter der Vorstandschaft des Stadtpfarrers.[434] Letzterer Verein verteilte Geld, Wein und Kaffee an arme Kranke.[435] In dieselbe Richtung ging auch die Arbeit des „Ortsbibelvereins“, der Kranken Armenbibeln zur seelischen Gesundung zukommen ließ.[436]

---

425 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1887; 1899.
426 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878; 1881; 1884; 1887.
427 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.
428 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911.
429 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
430 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1878.
431 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.
432 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1905.
433 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887;1911.
434 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
435 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
436 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

Ein sicherlich besonders für die arbeitende Bevölkerung sinnvoller Verein bestand im „Wöchnerinnenverein“. Dieser Verein sorgte für die materielle Unterstützung von Wöchnerinnen.[437] Eine ebenfalls für einen besonderen Personenkreis bestimmte Hilfe war eine kirchliche Stiftung, die im Zeitraum zwischen 1899 und 1905 eingerichtet wurde. Sie hatte den Zweck, bedürftige Kranke sowie alte Menschen in Cannstatt finanziell zu unterstützen.[438] Diese Maßnahme war sehr innovativ, da in diesem Zusammenhang auch an eine gewisse Art der Altenhilfe, wenn auch nur in finanzieller Hinsicht, gedacht wurde. Unter denjenigen, die zum Adressatenkreis dieser Hilfe gehörten, befanden sich zu dieser Zeit vermutlich auch zahlreiche Arbeiter. An diesem Beispiel zeigte sich ebenfalls die Initiative einer Privatperson, die weitsichtig genug war, das Problem der Altersversorgung erkannt zu haben, bevor ein staatliches System aufgebaut worden war. Die Kirche hatte in diesem Rahmen lediglich die Funktion eines Stiftungsverwalters bzw. für die Auszahlung der Mittel zu sorgen, weshalb die Stiftung keine kirchliche Initiative wohl aber eine kirchennahe Einrichtung war.

Unter der Trägerschaft des „Evangelischen Vereins“ wurde auch eine „Suppenanstalt“ betrieben, die Speisen an Arme sowie Reisende unentgeltlich bzw. gegen geringe Beiträge abgab. Sie öffnete an Martini und schloss jedes Jahr im März. Aufgrund der preiswerten und guten Speisen war sie sehr beliebt.[439]

Im Rahmen der Fürsorge für Kranke wurde im Pfarrbericht 1866 auch das städtische Krankenhaus mit der damit in Verbindung stehenden Anstalt für kranke Dienstboten und Handwerksgehilfen erwähnt.[440] Diese Anstalt war zwar nicht generell auf Arbeiter ausgerichtet, aber es war anzunehmen, dass auch solche dort unter entsprechenden Voraussetzungen Aufnahme fanden. Eine frühe Form der Altenhilfe fand sich ebenfalls in Cannstatt in Form einer weiteren Anstalt. Im dortigen „Bürgerspital“[441] wurden alte, kranke Menschen durch zwei Diakonissen versorgt. Beide Einrichtungen waren zwar städtisch, jedoch durch die regelmäßigen Gottesdienste bzw. Andachten kirchennah. Dabei waren die dortigen Gottesdienste und Andachten nicht institutionell verordnet, sondern wurden höchstwahrscheinlich auf eigene Initiative der Geistlichen abgehalten. Dieser Schluss wurde durch die

437 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
438 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
439 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1881.
440 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1866; 1871; 1887.
441 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

Bemerkung des Stadtpfarrers nahegelegt, dass die Andachten im „Bürgerspital“ nur möglich waren, wenn ein Kollege aushalf.[442]

Neben der Fürsorge für Arme und Kranke stellte der Bereich Jugendfürsorge die Gesellschaft vor eine große Aufgabe. Die in diesem Bereich angesiedelten Vereine sollten möglichst für die Integration der ledigen Jugend in die etablierte Gesellschaft sorgen.

Jugendfürsorge

Im Leben evangelischer Jugendlicher war die Konfirmation von großer Bedeutung, da sie einerseits die Erneuerung des Taufversprechens und somit die Vollmitgliedschaft in der evangelischen Kirche symbolisierte. Andererseits begann mit dieser Feierlichkeit ein neuer Lebensabschnitt. Zur angemessenen Feier der Konfirmation gehörte die entsprechende Kleidung, die jedoch für die unteren Schichten oftmals unerschwinglich war. Dafür gab es in Cannstatt den „Konfirmandenbekleidungsverein“, der arme Konfirmanden mit Kleidern ausstattete. Er bestand aus einem Frauenkomitee, das unter der Leitung des Dekans tätig war.[443] An diesem Verein zeigten sich wiederum gleichermaßen die Kirchennähe wie die Kirchenunabhängigkeit des damaligen Vereinswesens.

In Cannstatt gab es ebenso sowohl einen Jünglingsverein als auch zwei Jungfrauenvereine. Diese Vereine stellten die hauptsächlichen Fürsorgemaßnahmen für die bereits konfirmierten jungen Leute dar.[444] Dieser Faktor wies auf das recht begrenzte Engagement seitens kirchennaher Kreise hin, sich für die Belange junger Leute einzusetzen. Ferner zeugte er von einer gewissen Realitätsferne und Begrenztheit der Denkweise, da insbesonders unter der konfirmierten Jugend zahlreiche Fabrikarbeiter waren.

Der „evangelische Jünglingsverein“, der auch unter dem Namen „Christlicher Verein junger Männer“ geführt wurde, war 1867 wie zahlreiche andere Vereinswerke durch den Helfer Christian Härle ins Leben gerufen worden.[445] Bis 1899 hatte er

---

442 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

443 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1887; 1905; 1911.

444 Vgl. Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 140.

445 Vgl. zu diesem und ebenso dem Folgenden: ebd., S. 140 f. Diese Nachricht steht jedoch im Widerspruch zum Pfarrbericht Cannstatt, 1881, in dem von bis zu diesem Zeitpunkt vergeblichen Versuchen, Jünglings- und Jungfrauenvereine zu gründen, gesprochen wird. Denkbar ist jedoch, dass der Berichterstatter des Pfarrberichts von 1881 möglicherweise etwas anderes damit aussagen wollte, als der mehrfach belegte Jünglingsverein, den Helfer Härle initiiert hatte. Außerdem bezog sich diese Aussage vielleicht nur auf die später begründeten Jungfrauenvereine.

sich sehr gut etabliert und eine beträchtliche Anzahl an Mitgliedern gewonnen.[446] Er bezweckte die Vereinigung von Jünglingen mit christlicher Gesinnung, wobei sie „Gelegenheit zur Erbauung und Förderung christl. Lebens, sowie zu angemessener Erholung und Fortbildung“[447] bekommen sollten. Dazu dienten Versammlungen, ein Schreib- und Lesezimmer sowie ferner eine Sparkasse zur Förderung der Sparsamkeit.[448] Im Rahmen des Jünglingsvereins wurden sowohl ein Singchor als auch der für die evangelische Kirche typische Posaunenchor (1902) gegründet. Außerdem bildete sich eine Turnabteilung (1897).[449] Der Verein gliederte sich in eine ältere und eine jüngere Abteilung, die jeweils eine „Bäckervereinigung“ aus Angehörigen des Bäckerhandwerks enthielten. Daneben gab es als eine weitere Abteilung das Schülerkränzchen, das aus einer Gruppe von Schülern der höheren Schulen bestand.[450] Die beiden Jungfrauenvereine[451] wurden 1895 durch den damaligen Dekan Braun angeregt und vom Stadtmissionar Bläser ins Leben gerufen.[452] Sie bezweckten ebenfalls die Vereinigung von Jungfrauen mit christlicher Gesinnung sowie die Erweckung wie auch Bestärkung des christlichen Lebens. Darüber hinaus hatte der Verein das Ansinnen, den Besucherinnen eine christliche Sonntagsfreude zu bieten. Im Rahmen des Jungfrauenvereins, der ab 1917 unter dem Namen „Christlicher Verein für Frauen und Mädchen“ (C.V.F.M.) geführt wurde, bildeten sich eine Gebetsgemeinschaft sowie ein Singchor.[453]

Im „Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe“[454] von 1851 wurde von einer als besonders vorbildhaft bewerteten Maßnahme in Cannstatt berichtet, die die sonntagsschulpflichtigen jungen Männer vom Genuss alkoholischer Getränke abhalten sollte. Dazu wurde „in Vereinbarung mit dem Kirchenconvent,

---

446 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905.

447 Ebd., S. 9. Vgl. zu den vielfältigen Aktivitäten des „Evangelischen Jünglingsvereins Cannstatt“ / „Christlichen Vereins junger Männer“ Cannstatt: Monatlicher Anzeiger des „Evangelischen Jünglingsvereins Cannstatt“ 1, 1908; Monats-Anzeiger des Christlichen Vereins junger Männer Cannstatt 5. 1912.

448 Vgl. Monats-Anzeiger des Christlichen Vereins junger Männer Cannstatt 5. 1912.

449 Vgl. zum Vorstehenden: Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 141.

450 Vgl. Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9; Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

451 Vgl. ebd., S. 10. Vgl. weiter Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 143 f.; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29/ Nr. 752); Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905.

452 Vgl. Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 143; Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

453 Vgl. Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 143 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

454 Hahn, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg (1851).

Stadtschultheißenamt und Oberamt auf Antrag des Pfarrgemeinderaths den Wirthen“[455] ein entsprechendes Verbot auferlegt. Sie durften den Jünglingen keinen Alkohol geben, womit eine Maßnahme gegen den übergreifenden Alkoholismus getätigt wurde.[456] Diese Maßnahme war dem Anschein nach erfolgreich gewesen, da sie zur Nachahmung empfohlen wurde. Außerdem zeigte sich an diesem Beispiel, dass die Kirche als Institution nicht aktiv wurde, sondern vielmehr die untergeordneten Organe, respektive der aus Laien zusammensetzte Pfarrgemeinderat die Initiative ergriff.

Neben diesen mehr auf die jüngere Bevölkerung ausgerichteten Einrichtungen gab es auch solche, die vor allem der Volks- und Arbeiterfürsorge dienten. Sie standen neben jungen Menschen auch der Jugend entwachsenen Kreisen der Arbeiterschaft offen.

Volks- und Arbeiterfürsorge

Einen ersten Anfang privater Wohltätigkeit war der im Jahr 1836 ins Leben gerufene „Private Wohltätigkeitsverein“ in Cannstatt. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Armen auf freiwilliger Basis mit Geld und Naturalleistungen Hilfe zukommen zu lassen. Damit wurden Arme, sowohl aus dem Arbeiter- als auch aus dem Bauern- und Handwerkerstand unterstützt, die in eine Notsituation gekommen waren. Dieser Verein arbeitete gänzlich unabhängig, sicherlich jedoch mit evangelischer Ausrichtung.[457] Daneben gab es auch den „Lokalwohltätigkeitsverein“, der Arme hauptsächlich in den Wintermonaten durch Naturalleistungen wie z. B. Holz, Kartoffeln usw. sowie Kleidungsstücken oder kleine Geldgaben half.[458] Darüber hinaus unterhielt er in strengen Wintern eine besondere „Suppenanstalt“, die insbesonders für verschämte Arme gedacht war.[459] Er war nach dem Distriktsprinzip aufgebaut, wobei der Vorstand der örtliche Dekan und ein Großteil der Armenpfleger zugleich Mitglieder des Pfarrgemeinderats waren.[460] Neben der Bedeutung dieses Vereins

455 Ebd., S. 32.
456 Vgl. ebd., S. 32.
457 Vgl. hierzu: Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876,1877, Heft III, S. III 242.; Oberamtsstadt Cannstatt, Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in den Jahren 1875 bis 1900 (ca. 1900), S. 87; Vermutlich handelte es sich bei diesem Verein um den, im Pfarrbericht Cannstatt, 1853 angesprochenen kleinen „Lokalverein“.
458 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1874; 1887; 1893; 1899; 1905; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9.
459 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1899; 1911.
460 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884; 1905.

wurde auch seine überkonfessionelle Ausrichtung hervorgehoben.[461] Dieser Gesichtspunkt war umso wichtiger, da somit alle Betroffenen von dieser Seite Hilfe erwarten konnten. Dieser Faktor wie auch die personelle Zusammensetzung offenbarten wiederum die Kirchenunabhängigkeit bei gleichzeitiger Kirchennähe dieser Wohltätigkeitseinrichtung. Die Kirchennähe zeigte sich auch in der Finanzierung des „Lokalwohltätigkeitsvereins“ über Kollekten.[462] Nach der Eingemeindung Cannstatts zu Stuttgart wurden der Cannstatter und Stuttgarter „Lokalwohltätigkeitsverein“ miteinander verschmolzen.[463]

Eine allgemeine Einrichtung, die jedoch von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, bestand in den unterschiedlichen Sparkassen, die in Cannstatt vorhanden waren. Einerseits gab es die „württembergische Sparkasse“ sowie die „Oberamtssparkasse“, die beide reichlich in Anspruch genommen wurden. Darüber hinaus vermerkt der Pfarrbericht von 1899 die kurz vor seiner Abfassung geschehene Eröffnung einer „Pfennigsparkasse“, die unter der Obhut einiger Lehrer gestellt worden war. Ebenso wurde jedoch das Fehlen eines „Darlehnskassenvereins“ vermerkt.[464] Diese Einrichtungen waren selbstredend öffentlich. Die Bemerkungen im Pfarrbericht zu diesem Thema ließen jedoch den Schluss auf ein kirchliches Interesse an der Förderung des Sparsinns zu. Eine gewisse indirekte Verbindung zu kirchlichen Kreisen bestand durch die Aufsicht der Lehrer über die „Pfennigsparkasse“. Somit war zwar ein generelles Interesse der Kirche als Institution an der Förderung des Sparsinns zu vermuten, aber sie wurde selbstredend nicht in dieser Richtung aktiv. Darüber hinaus wurden im Pfarrbericht der „Spar- und Kohlenverein“ Cannstatt sowie der „Speise- und Konsumverein“ Cannstatt-Feuerbach erwähnt, die beide vollkommen kirchenunabhängige Bestrebungen waren.[465] Möglicherweise wies der Pfarrer darauf hin, um die Bestrebungen, die von öffentlicher Seite zum Wohle der Arbeiter unternommen wurden, hervorzuheben.

Der „Evangelische Arbeiterverein“[466] in Cannstatt (1891) war umfassend auf die Arbeiterbildung wie auch die grundsätzliche Unterstützung der Arbeiterschaft aus-

461 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
462 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
463 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
464 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.
465 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911.
466 Vgl. insgesamt: Mosapp, Jahresbericht des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Württembergs über das Jahr 1892 (LKAS A26C Nr. 472-1892); Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 147 f.; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

gerichtet. Im Rahmen der Visitation des Jahres 1890 war dem Visitator das Fehlen eines Evangelischen Arbeitervereins aufgefallen. Er bemerkte diesen Umstand in der Kirchengemeinderatssitzung, in der die Ergebnisse der Visitation behandelt wurden. Zunächst war ihm das bemerkenswerte Vereinswesen aufgefallen, weshalb das Fehlen eines Evangelischen Arbeitervereins umso bedauerlicher sei. In diesem Zusammenhang gab er die Anregung, der Kirchengemeinderat könnte die Gründung eines solchen Evangelischen Arbeitervereins initiieren. Denn seiner Meinung nach würden die gegebenen Zeitverhältnisse einen solchen Schritt rechtfertigen. Möglicherweise dachte er bei diesem Vorschlag insbesonders an das kurz zuvor aufgehobene Sozialistengesetz. Die Kirche sah sich in dieser Situation genötigt, sich nach möglichen Mitteln umzusehen, um den dadurch der Gesellschaft drohenden Gefahren zu begegnen.[467] Diese Aussage des Visitators zeigte ein gewisses Problembewusstsein, aber auch die nicht unberechtigte Sorge, den Einfluss auf die Arbeiter vollkommen zu verlieren. Sowohl in der Wahl des Mittels, einen Evangelischen Arbeiterverein zu gründen, als auch in Anbetracht der Programmatik der Evangelischen Arbeitervereine[468] bewies der Visitator seine Weitsicht. Allerdings belegte der späte Zeitpunkt für diese Anregung umgekehrt wiederum die fehlende Adaptionsfähigkeit der Kirchenvertreter und der Kirche bezüglich der veränderten Zeitumstände.

Wie erfolgreich die Arbeit des Evangelischen Arbeitervereins war, zeigte, dass er bereits zwei Jahre nach seiner Gründung mehrere hundert Mitglieder hatte. Bei seiner Arbeit wirkten tüchtige und dem althergebrachten Gesellschaftsbild entsprechende Männer aus dem Bürgertum, wie beispielsweise der Bankier Max Hartenstein, der der Schwager von Paul Lechler aus Stuttgart war, sowie andere Cannstatter Honoratioren mit.[469] An dieser Beteiligung der Oberschicht zeigte sich das damals noch weitverbreitete patriarchalische Denken der Gesellschaft wie auch des Pfarrers. Der Geistliche betonte das Wachsen und Gedeihen des Evangelischen Arbeitervereins. Darüber hinaus gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Evangelische Arbeiterverein „so Gott will, noch manches Glück schaffen wird.“[470] Hinter dieser Auffassung stand vermutlich in erster Linie der Gedanke, die Arbeiterschaft mit dieser Maßnahme für die Kirche wiederzugewinnen bzw. sie an diese binden zu

467 Vgl. Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).
468 Vgl. Kap. 5.3.2. dieser Arbeit.
469 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.
470 Pfarrbericht Cannstatt 1893.

können. Die Sichtweise des Geistlichen war vermutlich jedoch auch hinsichtlich der sozialen Vorteile des Evangelischen Arbeitervereins ausgerichtet. Wesentlich dürfte jedoch der Gesichtspunkt der Lenkung und Erziehung der Arbeiterschaft gewesen sein, was in der ausdrücklichen Benennung der Mitwirkung Angehöriger aus dem Honoratiorenstand zum Ausdruck gebracht wurde.

Das Ziel des Cannstatter Evangelischen Arbeitervereins war die reiche Belehrung und Anregung vor allem für strebsame Mitglieder.[471] Dahinter stand ferner die Zielsetzung der sittlichen, intellektuellen und wirtschaftlichen Hebung der Arbeiter. Die Mitglieder versammelten sich monatlich im Plenum zu einem bestimmten Thema sowie an ein bis zwei Abenden pro Woche in freier Weise. Dabei standen Geselligkeit und Lektüre im Vordergrund. Der Evangelische Arbeiterverein richtete auch eine Weihnachtsfeier für durchreisende Handwerksburschen aus, womit auch dieser Gruppe ein Mindestmaß an familienähnlichem Anschluss gegeben wurde. Daneben fanden regelmäßige Familienabende statt, „an denen der Inhalt der Vorträge den Bedürfnissen auch der Frauen und sonstigen Familienmitglieder angepaßt ist und die auch durch Gesang und Deklamation reicher ausgestaltet sind."[472] Das Bildungsprogramm des Cannstatter Vereins umfasste Vorträge zu sozialen sowie theologischen oder religiösen Themen, ferner Geschichtliches, Kulturgeschichtliches sowie Biographisches, schließlich Reiseerinnerungen und Allgemeinbildendes.[473] Neben dem Bildungsauftrag bestand auch das Ziel, die Arbeiter mit gepflegter Geselligkeit vertraut zu machen und auf diese Weise ebenfalls einen Beitrag für deren sittliche Hebung bzw. ihrer Bekehrung[474] zu leisten. Zu diesem Zweck dienten der Gesangsverein innerhalb des Arbeitervereins, Ausflüge sowie ein reich ausgestattetes Lesezimmer mit ausgesuchten Zeitschriften. In Cannstatt wurde die „Deutsche Reichspost", die die Interessenvertretung der Evangelischen Arbeitervereine in der Tagespresse übernommen hatte, bevorzugt gelesen wie auch der „Deutsche Arbeiterfreund".[475] Zur Aufgabenstellung des Cannstatter Vereins zählte auch, „in öffentlichen Versammlungen (der Sozialdemokratie), namentlich, wenn sie ausdrücklich eingeladen waren, zu erscheinen und gegenüber den sozialdemokratischen Agitatoren den Standpunkt des Evangeliums und des wahren

471 Vgl. Mosapp, Jahresbericht des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Württembergs über das Jahr 1892 (LKAS A26C Nr. 472-1892), S. 2.
472 Ebd., S. 2.
473 Vgl. ebd., S. 2.
474 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
475 Vgl. Mosapp, Jahresbericht des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Württembergs über das Jahr 1892 (LKAS A26C Nr. 472-1892), S. 3.

Sozialismus zu vertreten.“[476] Diese Art der Arbeit zeigte die mehr versöhnende als agitatorische Ausrichtung des Cannstatter Vereins auf. Aus diesem Grund war er auch einstmals aus dem württembergischen Verband der Evangelischen Arbeitervereine ausgetreten und zumindest bis 1905 nicht wieder beigetreten.[477]

Der Cannstatter Evangelische Arbeiterverein sorgte auch für die soziale Unterstützung seiner Mitglieder. Dazu unterhielt er neben der Vereinskasse für die Mitgliedsbeiträge eine spezielle Unterstützungskasse zur Hilfe bei Krankheitsfällen auf freiwilliger Beitragsbasis. Außerdem wurde durchreisenden Mitgliedern von Brudervereinen eine Unterstützung ausbezahlt. Ein weiterer Schwerpunkt des Cannstatter Vereins war die Bildung eines speziellen Ausschusses für die Beschaffung preiswerter Arbeiterwohnungen. Allerdings war das hauptsächliche Arbeitsgebiet jedoch der Versuch, den Mitgliedern Vorteile in materieller Hinsicht, wie z. B. durch „den gemeinschaftlichen Einkauf von Brennmaterialien, welche zum Engrospreis eingekauft und an die Konsumenten zu den demselben Preis wieder abgegeben werden,“[478] zu verschaffen. Trotzdem wurde das Vereinsleben um 1905 als etwas flau bezeichnet.[479] Insgesamt betrachtete der Pfarrer den Evangelischen Arbeiterverein als die Möglichkeit, denjenigen Arbeitern, die keinen Anschluss an die sozialdemokratische Partei wünschten, einen gewissen Rückhalt zu bieten.[480] Dahinter standen eine praktische Maßnahme und zugleich die Sorge, die Arbeiterschaft ganz an die Sozialdemokratie zu verlieren. Beide Gesichtspunkte hatten sicherlich Relevanz, wenn auch der praktische Nutzen von größerer Bedeutung für die Arbeiter gewesen war.

Im Pfarrbericht von 1911 wurde schließlich auch ein „Evangelischer Arbeiterinnenverein“ mit 292 Mitgliedern erwähnt.[481] In seiner Ausrichtung war er vermutlich genauso wie die männlichen Pendants auf die sittlich-wirtschaftliche Hebung seiner Mitglieder ausgerichtet.

Der sittlich-intellektuellen Bildung diente ebenso wie der Evangelische Arbeiterverein der „Verein für Volksbildung“[482] (1901) in Cannstatt. Seine reichhaltige

476 Ebd., S. 3.
477 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
478 Mosapp, Jahresbericht des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Württembergs über das Jahr 1892 (LKAS A26C Nr. 472-1892), S. 4.
479 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.
480 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.
481 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8.
482 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 73; Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

Bibliothek mit Lesesaal stand hingegen allen Bevölkerungskreisen offen. Ebenfalls der sittlichen Hebung speziell von Fabrikarbeiterinnen dienten die „Feierstunden für Fabrikarbeiterinnen“[483] (1865). Sie wurden in einer Lumpenfabrik auf Anregung eines Ruhestandspfarrers und mit Billigung des Fabrikherren abgehalten. Um die sittliche Hebung der Arbeiterinnen zu erreichen, wurde gesungen, eine Bibelstelle besprochen und gebetet. Der Zweck war, den Mädchen einen angemessenen Aufenthaltsort mit guter Unterhaltung und Gelegenheit zu Bildung, Erbauung und Handarbeiten zu geben. Außerdem sollten die jungen Frauen auch auf die sittlichen Gefährdungen, denen sie ausgesetzt waren, aufmerksam gemacht und davor beschützt werden. Schließlich war bezweckt, auf diese Art und Weise einen Zug der Ordnung und Sittlichkeit in die Fabrik zu bringen. Als Hauptziel bestand die Hoffnung, dass durch diese Arbeit „der Geist Gottes leichter in ein Herz seinen Eingang findet um sein größeres, durchläuterndes Werk an den Seelen zu beginnen und zu vollenden.“[484]

Die wohl umfassendsten Veranstaltungen zur Fürsorge für die Arbeiterschaft gingen in Cannstatt von dem dortigen „Evangelischen Verein“[485] und seiner zahlreichen Anstalten aus. Begründet wurde der Verein 1874 durch den Helfer Christian Härle in Zusammenarbeit mit verschiedenen bürgerlichen Männern.[486] Auch später bestand ein Teil der Arbeit des jeweiligen Stadtpfarrers aus der Vorstandstätigkeit beim „Evangelischen Verein.“[487] Die Finanzierung des Vereins lief über Kollekten der evangelischen Kirchengemeinde, wozu auch die so genannte „Zehnpfennigkol-

---

483 Vgl. hierzu: Helger, Feierstunden für Fabrikarbeiterinnen. In: BAW 20.1867, S. 23 f.

484 Ebd., S. 24.

485 Vgl. insgesamt zur Entstehung und zum Wirken des „Evangelischen Vereins“ sowie seinen angegliederten Anstalten: Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8 - 11; Oberamtsstadt Cannstatt, Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in den Jahren 1875 bis 1900 (ca. 1900), S. 106 f.; Denkschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt am 7. September 1924, S. 8 - 16. Zugleich 47. Rechenschaftsbericht 1924; Lorenz, Die Jahre reden (1974), S. 5 - 16; Evangelischer Verein. Bad-Cannstatt (ca. 1984); Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 130 – 137; Pfarrbericht Cannstatt, 1881; 1884; 1899; 1905; 1911; Referat im Pfarramt über die Kircheninspektion in Cannstatt 1902 (LKAS A29 Nr. 752); Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); Vortrag im Oktober 1908 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A 29 Nr. 752). Vgl. ferner: Rechenschaftsberichte des Evangelischen Vereins in Cannstatt 2 (1878/79) (LKAS A 29 Nr. 737); 3 (1880) (LKAS A29 Nr. 737); 4 (1881) (LKAS A29 Nr. 737); 7 (1884) (LKAS A29 Nr. 737); 8 (1885) (LKAS A29 Nr. 737); 9 (1886) (LKAS A29 Nr. 737); 11 (1888) (LKAS A29 Nr. 737); 12 (1889) (LKAS A29 Nr. 737); 21 (1898) (LKAS A29 Nr. 737); 22 (1899) (LKAS A29 Nr. 737); 33 (1910) (LKAS A29 Nr. 737).

486 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 6 f.

487 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905.

lekte“ gehörte.[488] Zunächst bestand das Ziel, ein Vereinshaus zu erbauen, das den Zwecken der Inneren Mission dienen sollte. Bis 1905 hatte der Verein zwei Häuser und einen Bauplatz erwerben können, um seiner umfassenden Tätigkeit gerecht werden zu können.[489] Im Evangelischen Vereinshaus[490] in Cannstatt (1878) wurde diese Aufgabe ausgefüllt, indem es für die Abhaltung öffentlicher Vorträge[491] sowie Erbauungsversammlungen, der Sonntagsschule, der Versammlungen des Jünglingsvereins sowie als Aufenthaltsort der arbeitenden Bevölkerung diente. Darüber hinaus wurde das Vereinshaus seit 1880 auch für Gottesdienste verwendet.[492] Dieser Schritt war notwendig geworden, da die Bevölkerung solchermaßen angewachsen war, dass sie die vorhandenen Kirchen beim Gottesdienst nicht mehr fassen konnten. Andererseits fand im Vereinshaus auch der Jugendgottesdienst statt, womit namentlich die ledige Jugend aller Stände erreicht werden sollte.[493] Außerdem befand sich im Vereinshaus auch eine Leihbibliothek, die eine Auswahl erbaulicher wie auch sonstiger guter Bücher zur Benutzung bereithielt.[494] Mit der Erstellung des Vereinshauses war die Aufgabe des „Evangelischen Vereins“ jedoch noch nicht erfüllt. Im Jahr 1881 wurde eine dauerhafte Stadtmission,[495] deren Vorstand der Stadtpfarrer war,[496] eingerichtet. Sie hatte den Zweck, „‚die evangelische Kirche bei (der) Bekämpfung der durch das Wachstum der Stadt begründeten sittlichen und religiösen Notstände in freier Liebesarbeit aber im Anschluss an die geordneten Gemeindeorgane zu unterstützen.‘“[497] Diese Auffassung vom Dienst des Stadtmissionars sprach für ein gewisses Problembewusstsein. Der mit dieser Aufgabe betraute Mann wurde als umsichtig, fromm, pflichtbewusst aber auch menschen-

488 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1911.

489 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

490 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 7; Uebersicht über die Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1882) S. 28 – 29; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 11; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 130 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1887; 1905; 1911.

491 Vgl. auch: Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 11; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); vgl. zu den Themen der Vorträge auch: Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 16 f.

492 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

493 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1884.

494 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905; 1911.

495 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 7; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 11; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 136 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911.

496 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

497 Aus der Dienstordnung der Stadtmission, zitiert nach: Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 136 f.

freundlich und eigenständig beschrieben.[498] Allerdings zeugte die Stadtmission im Ganzen dennoch auch von der bereits mehrfach festgestellten Realitätsferne seitens der Kirche. Denn auch bei dieser, sicherlich sehr segensreichen Einrichtung, wurden die Notstände allein auf den sittlich-moralischen Bereich reduziert und die wahren Probleme weitestgehend nicht erkannt. Der Begründung der Stadtmission folgte 1891 der „Bethanienverein für Fabrikmädchen“ durch den damaligen Stadtmissionar.[499] Dort wurde den Fabrikarbeiterinnen einmal wöchentlich die Gelegenheit „zu nützlichen Handarbeiten in Verbindung mit Vorlesen, Gesang und Andacht gegeben.“[500] Im Jahr 1895 wurde der „Jungfrauenverein“ im Vereinshaus heimisch[501] und bekam 1906 darin sogar einen eigenen Saal eingerichtet.[502] Eine bedeutungsvolle Einrichtung des Vereins war die Begründung des „Fabrikarbeiterinnenheims“ (1896). Dort wurde Arbeiterinnen ohne Unterschied der Konfession eine angemessene Unterkunft mit der Gelegenheit zur preiswerten Verköstigung geboten.[503] Dieses Angebot tatkräftiger Hilfe fand regen Zuspruch seitens der Arbeiterinnen.[504]

Der „Evangelische Verein“, der bis zu diesem Zeitpunkt bereits sehr wohltätige und bedeutungsvolle Arbeit geleistet hatte, konnte diese noch durch seine Eigenbetriebe ergänzen und vergrößern. In diesem Zusammenhang wurden 1899 sowohl ein Volkskaffeehaus als auch eine „Herberge zur Heimat“ eröffnet.[505] Mit diesen beiden Einrichtungen leistete der Verein einen maßgeblichen Beitrag zur Förderung

498 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893.

499 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 7; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt, 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 145; Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

500 Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8; vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1893; 1899; 1905.

501 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 7.

502 Vgl. Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 144.

503 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 7 f.; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 54; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 71; Mayer, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs (1912), S. 83; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt, 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 134; Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); Vortrag im Oktober 1908 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

504 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1899.

505 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 8; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9 f.; Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

der Interessen der arbeitenden wie auch der sonstigen, weniger bemittelten Bevölkerung. Das Volkskaffeehaus,[506] das alkoholfreie Getränke sowie einfache Gerichte zu günstigen Preisen anbot, kam auch von Beginn an der Speisung bedürftiger Volksschüler nach. Seit 1913 wurde dort auch Armenkost ausgegeben, was den Aufgabenkreis wie auch die günstige Wirkungsweise dieser Anstalt unterstrich. Zudem fand bereits 1912 die Einrichtung von Frauenabenden im Volkskaffehaus statt.[507]

Aber auch die „Herberge zur Heimat“ war eine segensreiche Einrichtung für die wandernde Arbeiterbevölkerung. Mit der Cannstatter Einrichtung war eine Herbergsparkasse verbunden, „die den Zweck hatte Arbeitern, besonders solchen, die ihren Wohn- und Arbeitsort öfters wechseln, Gelegenheit zu bieten, Geld anzulegen und im Bedarfsfall wieder einzuziehen“.[508] Allerdings bestand diese nur bis 1914, was den Schluss zuließ, dass sie wohl nicht besonders frequentiert wurde.[509] Eine Erweiterung erfuhr die Vereinsarbeit durch den Neubau des nachmaligen „Paul Gerhardt Hauses“ (1907), das Platz für Versammlungen, die Kleinkinder- und Sonntagsschule sowie für die Abhaltung von Bibelstunden bot.[510]

Der Verein beschränkte seine Arbeit nicht nur auf Cannstatt-Stadt, sondern bezog auch den Stadtteil Winterhalde mit ein. Dort wurden nach und nach Bibelstunden (1906/07), eine Freiwillige Sonntagsschule (1907), eine Kleinkinderschule und eine Volksbibliothek sowie eine Zweigabteilung des Jünglingsvereins (alles 1908) geschaffen.[511] Schließlich wurden dort auch vierzehntägige Frauenabende (1911) eingerichtet, was belegt, dass in diesem Stadtteil ebenfalls eine sehr fruchtbare Arbeit geleistet wurde.[512]

---

506 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 72; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad - Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 135; Pfarrbericht Cannstatt, 1899; 1905; 1911.

507 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 14.

508 Ebd., S. 9.

509 Vgl. ebd., S. 9.

510 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 11; Vortrag im Oktober 1908 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752); Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

511 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 12; vgl. zur Leihbibliothek im Stadtteil Winterhalde auch: Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 10; Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

512 Vgl. zu diesem und zur Entwicklung im Stadtteil Winterhalde: Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S.14; 17 f.

Von besonderer Bedeutung sollte das 1909 begründete „Jugendheim“[513] für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter werden. Es hatte den Zweck, „seinen Bewohnern Schlafstelle, Kosthaus, Familienanhalt, Beratung und Fürsorge aller Art (zu) bieten, alles im Rahmen christlicher Hausordnung und kirchlicher Sitte.“[514] Von besonderer Bedeutung war die Verbindung der dortigen Hausvatertätigkeit mit einer Krankenpflegestation für Männer (1910). Somit konnte einem schon damals erkannten Bedürfnis entsprochen werden, das sich besonders in der Notwendigkeit offenbarte, dem Hausvater 1911 einen Gehilfen beizugeben.[515] Einem weiteren Bedarf wurde entsprochen, indem 1911 ein „Jungmännerheim“ gegründet wurde, das diesem Personenkreis, ähnlich wie das „Fabrikarbeiterinnenheim“, Kost und Logis bot.[516]
Aus wirtschaftlichen Gründen entschloss sich der „Evangelische Verein“ 1911 ein so genanntes Reformgasthaus zu eröffnen.[517] Dieses zeichnete sich nicht nur durch seine Wirtschaftlichkeit aus, sondern vielmehr, dass dort „keinerlei Trinkzwang besteht und der angestellte Wirt keinerlei Nutzen von den alkoholischen Getränken hat.“[518] Als letztes größeres Projekt vor dem Ersten Weltkrieg wurde ein Kleinkinderhort (1912) „für noch nicht schulpflichtige Kinder, deren Eltern beide den Tag über beruflich von (zu) Hause abwesend sind“,[519] eingerichtet. Um die Kinder vor den Gefährdungen für Körper und Geist, denen sie unbeaufsichtigt ausgesetzt waren, zu schützen, wurden sie dort in den Stunden beaufsichtigt, in denen keine Kinderschule stattfand. Ergänzt wurde diese Maßnahme durch die Übernahme der Trägerschaft für einen Kindergarten durch den „Evangelischen Verein“ im Jahr 1913.[520]

---

513 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 13; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 132; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

514 Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 13; vgl. auch: Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 9.

515 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 13; Pfarrbericht Cannstatt, 1911.

516 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

517 Vgl. Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 14; Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad –Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752), S. 133; Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

518 Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt (1914), S. 14.

519 Ebd., S. 15.

520 Vgl. ebd., S. 15; 17.

Die vielfältigen Projekte des „Evangelischen Vereins“ erwiesen diesen als das tragfähige Zentrum der Volks- und Arbeiterfürsorge in Cannstatt. Allerdings handelte es sich hierbei um keine kirchliche, sondern eine auf Privatinitiative hin begründete, kirchennahestehende Einrichtung.

Der „Evangelische Verein“ war ein gelungenes Beispiel für einen, auf Privatinitiative geschaffenen Träger, der seine Möglichkeiten effektiv nutzte, um den Arbeitern und deren Familien umfassend zu helfen. Den Bereich des sozialen Wohnungsbaus hatte der „Evangelische Verein“ aus seiner Arbeit jedoch ausgeklammert. Dafür gab es andere Träger und Institutionen, die sich auf diesem Gebiet engagierten.

Sozialer Wohnungsbau

Cannstatt mit seiner wachsenden Bevölkerung hatte naturgemäß einen großen Bedarf an preiswerten und gesunden Wohnungen. Zu diesem Zweck war 1870 bereits die „Allgemeine Bau-, Spar- und Bedarfsgenossenschaft in Cannstatt“[521] gegründet worden. Sie verfolgte das Ziel, gesunde Arbeiterwohnungen zu erbauen, die dann sukzessive als Eigentum erworben werden konnten. Ihr gelang es, bis 1905 eine Kolonie von Arbeiterwohnungen nebst einer Wirtschaft, die so genannte Wilhelmshöhe zu erstellen.[522] Auf diese Weise wurde das Kernstück sozialen Wohnungsbaus, wie es beispielsweise Eduard Pfeiffer propagiert hatte, realisiert.

Für eine spezielle Berufsgruppe, die Bediensteten der Verkehrsanstalten in Stuttgart, wurden 1904 bei Cannstatt am Ebitzweg Wohnungskolonien gebaut. Dabei handelte es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen[523] mit dem Ziel, gleichermaßen gesunde wie preiswerte Wohnungen für Ärmere zu erstellen.

In Bezug auf den sozialen Wohnungsbau zeigte sich sehr offensichtlich, der durch die Industrialisierung bedingte Wandel. Trotzdem waren es auch hier vollkommen kirchenunabhängige Stellen, die das Problem erkannten und entsprechend reagierten.

---

521 Camerer, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1876, 1877, Heft III, S. III 119; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1898), S. 53; Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 68; Oehler (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die evangelische Gemeinde Cannstatt (^{2}1911), S. 8; Pfarrbericht Cannstatt, 1911; Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

522 Vgl. Pfarrbericht Cannstatt, 1905.

523 Vgl. Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg (1906), S. 67 – 68.

7.4. Zwischenergebnis

Cannstatt hatte eine sehr wechselvolle aber zugleich klassische Entwicklung von der Agrar- und Badstadt zur Industriestadt mitgemacht. Aufgrund der guten infrastrukturellen Lage wie auch der bis weit ins 20. Jahrhundert reichenden agrarischen Tradition wurden die Entstehung eines Proletariats sowie der ansonsten im Zuge der Industrialisierung auftretenden Probleme weitestgehend verhindert. Zwar gab es einen grundlegenden Strukturwandel, aber dennoch war Cannstatt im Vergleich zu vielen anderen Industriestandorten noch besser gestellt.

In den Pfarrberichten von Cannstatt wurden die Arbeiter insgesamt nur in sehr geringem Maße behandelt. Daran wurden die geringere Präsenz bzw. Dringlichkeit der Arbeiterproblematik und Sozialen Frage in Cannstatt augenscheinlich. Somit wurden vermehrt die Bevölkerung und der gesellschaftliche Wandel im Zuge der Industrialisierung thematisiert. Trotzdem konnten aufgrund der Pfarrberichte Rückschlüsse auf die Haltung der evangelischen Kirche sowie ihrer Vertreter zur Industrialisierung und den damit verbundenen Veränderungen gezogen werden.

Der Pfarrer hatte entsprechend seiner sozialen Herkunft eine dem bürgerlichen Ideal entsprechende unbewegliche Vorstellung von Kirchlichkeit und Moral, weshalb es ihm schwer fiel, ein Bild der sich schnell wandelnden Gemeinde zu vermitteln. Auf der einen Seite stand die bürgerliche Gesellschaft mit ihren überkommenen Werte- und Moralvorstellungen, denen die Geistlichkeit angehörte. Auf der anderen Seite standen die Arbeiterschaft sowie die übrigen Bevölkerungsteile, die aufgrund ihrer ökonomisch bedingten Lage gezwungen waren, neue Wege zu gehen. Dazu gehörten auch ein neues Verständnis des Glaubens, der Lebensführung und der Freizeitgestaltung. Im überkommenen Wertesystem der Ständegesellschaft war es üblich, den Sonn- und Feiertag mit Kirchgang sowie strenger Feiertagsruhe zu begehen. Ebenso war es eine etablierte Gepflogenheit, den Wochen- und Nachmittagsgottesdienst zu besuchen wie auch regelmäßig zum Abendmahl mit der damit verbundenen Beichte zu gehen. In der sich wandelnden Welt auf dem Weg zur Industriegesellschaft, gerade auch in der arbeitsintensiven Zeit des Industrialisierungsprozesses, waren solche Feiertagsheiligungen mit Gottesdienstbesuchen schlichtweg unmöglich. Diese Tatsache, die dazu führte, dass die arbeitende Bevölkerung aus verschiedenen Gründen dem Gottesdienst fern blieb, verschloss sich den traditionalistisch-konservativen Pfarrern aufgrund ihres Festhaltens am überkom-

menen Wertehorizont. Die Gemeindeglieder blieben teilweise aufgrund der Notwendigkeit, auch am Sonntag für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu müssen, dem Gottesdienst fern. Andererseits konnten auch notwendige Hausarbeiten oder eine veränderte, modernere Einstellung zu Lebens- und Freizeitgestaltung als Gründe erscheinen.

In Cannstatt hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts ein funktionierendes Vereinswesen herausgebildet, das aus den unterschiedlichsten Hilfsangeboten bestand. Es wurde auch seitens eines der Visitatoren als vorbildlich bezeichnet,[524] was keinesfalls selbstverständlich war, da sich in der Mehrzahl der Orte kein tragfähiges Vereinswesen hatte etablieren können.[525] Diese Hilfseinrichtungen waren zwar grundsätzlich sehr funktional eingerichtet, wie ihr langer Bestand aufzeigte. Andererseits gingen sie teilweise jedoch sehr deutlich an den realen Problemen vorbei. Zu dieser grundsätzlichen Feststellung trat eine weitere hinzu. Bereits den Zeitgenossen war bewusst gewesen, dass es sich bei den einzelnen Vereinen um kirchenunabhängige, aber kirchennahe Einrichtungen handelte. Besonders deutlich wurde dieser Faktor im Pfarrbericht des Jahres 1887. Dort unterschied der Pfarrer zwischen „örtlichen Vereinen, welche mit Kirche und Geistlichkeit in Werthschätzung stehen“[526] und „städtischen und Bezirksanstalten, an welchen die Geistlichen arbeiten“.[527] Es war also den Pfarrern durchaus bewusst, welche Stellen auf dem Gebiet der Wohlfahrt tätig waren. Indirekt wies diese Unterscheidung auch auf das Fehlen einer Initiative seitens der institutionalisierten Kirche hin, wenn auch diese Feststellung keineswegs deutlich artikuliert wurde. Die Untätigkeit der Kirche als Institution wurde vermutlich nicht nur von den Pfarrern, sondern auch von den Gemeindegliedern wahrgenommen. Auf diese Weise war auch das enorme kirchenunabhängige Engagement erklärbar, das in Cannstatt zu finden war.

Eine feindliche Einstellung gegenüber der Kirche hatten um die Jahrhundertwende vor allem Angehörige des Bildungsbürgertums in den Städten sowie der dortigen Industriearbeiterschaft. Kritiker argumentierten in diesem Zusammenhang damit, „(d)aß die Kirchen unglaubwürdige Dogmen verkündeten, die Gläubigen mit repressiven Mitteln an die von ihnen dekretierten Glaubenswahrheiten binden wür-

524 Vgl. Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).

525 Vgl. hierzu die Bemerkungen bei: Scharfe, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 159.

526 Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

527 Pfarrbericht Cannstatt, 1887.

den, politisch auf Seiten der Reichen stünden und die Armen mit ihren Nöten und Klagen auf ein nicht existentes Jenseits verwiesen.“[528] Nachdem im Protestantismus eine vermehrte Differenzierung zwischen der Kirche als Institution und der Religion als Glaubensübung aufgekommen war, bedingte dieser Umstand die Suche nach neuen Ausdrucksformen der Religiosität, die vor allem die Gläubigen überzeugen konnte. Andererseits gab es auch Menschen, deren Glaubensgrundlagen dermaßen erschüttert worden waren, dass sie zu überzeugten Atheisten wurden, die dann in den Freidenkerverbänden des Sozialismus eine neue spirituelle Heimat fanden.[529]

Insgesamt hatte „sich in Württemberg das kirchliche und religiöse Leben in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg verändert.“[530] Davon war auch das Dekanat Cannstatt nicht ausgenommen. Im Ganzen gesehen war jedoch dieser Bezirk immer noch deutlich kirchenfreundlicher gestimmt, als andernorts. Dieser Befund könnte einerseits durch die religiöse Tradition in diesem Dekanat und die zunächst weitgehend konservativ geprägte Bevölkerung bedingt gewesen sein. Andererseits dürften die deutlich geringeren sozialen Probleme, insbesonders in Bezug auf die Proletarisierung der Arbeiter ausschlaggebend gewesen sein, wenn in Cannstatt bis 1914 immer noch ein Großteil der Bevölkerung Wert auf kirchliche Sakramente legte.

Zwar hatte es auch in Cannstatt die evangelische Kirche als Institution versäumt, konkrete Maßnahmen zur Arbeiterwohlfahrt und damit zur Lösung der Sozialen Frage zu unternehmen. Dennoch war nach dem Befund der Abendmahls-, Tauf-, Trauungs- und Beerdigungsstatistik[531] dem Anschein nach der Grad der Entkirchlichung gering. Dafür verantwortlich dürften einerseits die in Württemberg doch sehr lebendigen kirchlichen Traditionen, andererseits die weniger gravierend ausgebildete Soziale Frage mit ihren Folgen gewesen sein. Insgesamt änderte dieser Befund jedoch nichts an der Tatsache, dass die evangelische Kirche in Württemberg die an sie gestellten Aufgaben nicht als solche erkannt und deren Lösung nicht hinreichend aktiv betrieben hatte. Vielmehr wurde sporadisch auf Probleme hingewiesen und es im Übrigen für ausreichend erachtet, die zu erledigenden Obliegenheiten in den Kompetenzbereich des Staates zu verweisen. Diese sehr eingeengte Sicht war

---

528 Hölscher, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland (2005), S. 402 mit Anm. 2.

529 Vgl. ebd., S. 402. Allerdings war dies nach Aussage der Pfarrberichte abgesehen vom Atheismus kein besonders augenscheinliches Problem in Cannstatt. Vgl. Kap. 7.2. dieser Arbeit.

530 Lehmann, Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg (2008), S. 46.

531 Vgl. Hölscher, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3 (2001), S. 493 f.; 544; 571; 602.

höchstwahrscheinlich ursächlich für den bereits sehr frühen wie auch dauernden Einflussverlust auf die Arbeiterschaft.

8. Ergebnis

Im Verlauf des Untersuchungszeitraums fehlte es nicht an Initiativen zum Wohle der Arbeiter. Allerdings hat sich gezeigt, dass diese Initiativen in der Regel von kirchenunabhängigen Institutionen ausgingen. Diese waren zwar durchaus kirchennahestehend, aber seitens der Kirche als Institution gingen keine direkt greifbaren Unternehmungen aus. Vielmehr waren es regelmäßig entweder staatliche oder private Initiativen, die Einrichtungen und Anstalten zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter schufen.

Wie sich anhand der einzelnen Quellen gezeigt hat, war die Haltung der Kirche und der Mehrzahl ihrer Vertreter durch Vorurteile und vor allem durch ein überkommenes Gesellschaftsbild geprägt. Dieser Faktor war auch das hemmende Element, das verhinderte, dass die Kirche als Institution aktiv werden konnte. Ferner lag ein geradezu kindlich-naives Vertrauen auf den Staat vor, das ebenfalls eine tatkräftige Hilfe verhinderte. Vom Grundsatz her war die Haltung der Kirchenvertreter zur Arbeiterschaft negativ und mit Vorurteilen beladen. Diese Einstellung fußte auf dem überkommenen Gesellschaftsbild, das im Zuge der Industrialisierung keine Weiterentwicklung erfahren hatte. Aufgrund der darin enthaltenen Statik war es auch mitunter weitsichtigen Männern nicht möglich, ihre Konzeptionen weiterzuentwickeln und gesellschaftlich zu etablieren.

Die evangelische Kirche in Württemberg hat die Industrialisierung und die dadurch bedingten gesellschaftlich-sozialen Veränderungen nicht als Aufgabe begriffen. Die Kirche als Gesamtinstitution verließ sich vielmehr auf den Staat und den Landesherrn, wobei sie ihre Aufgabe als erfüllt betrachtete, sobald sie entsprechende Appelle an deren Adresse gerichtet hatte. Darüber hinaus war hinsichtlich der Sitten und Gebräuche das Beharren auf überholten Denkmustern ebenfalls nicht unproblematisch. Insbesonders das Festhalten an überkommenen ethischen und allgemeinen Denkmustern sowie dem ständischen Gesellschaftsbild erwies sich als hinderlich im Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel. Aus diesem Grunde konnte eine Statik entstehen, die mit der Dynamik des Industrialisierungsprozesses nicht Schritt halten konnte. Die industrialisierungsbedingten Veränderungen wurden deshalb auch nicht in ihrem Kern erkannt. Als Erklärung der Veränderungen wurden vielmehr altbewährte Muster, wie die Differenzierung in natürliche und künstliche Armut verwendet. Diese, aus der mittelalterlichen Armenpflege kommenden Begrifflichkeiten wurden bedenkenlos auf die Neuzeit übertragen, was zu fatalen

Fehleinschätzungen führte. Diese Praktik wurde ebenso auf andere Bereiche übertragen, wie beispielsweise den Gottesdienstbesuch oder die hauswirtschaftlichen Arbeiten am Sonntag. Ferner wurde die soziale Not mit dem Sittenverfall, der Unzucht sowie Entkirchlichung bzw. Entchristlichung verbunden und ebenfalls damit erklärt. Diese Erklärungsansätze fußten auf dem pietistischen Gedankengut, das den Neuerungen industrieller Natur weitestgehend ablehnend gegenüber stand. Insbesonders das Verharren in überholten geistigen Denkstrukturen führte zu Unverständnis gegenüber denjenigen, die weitsichtiger waren, sowie in der Industrialisierung eine Veränderung, Aufgabe und Chance entdeckten. Allerdings waren auch diese Männer nicht frei von Fehleinschätzungen, wie das Beispiel Gustav Werners zeigte.

Die Kirche als Institution hatte das gesamte 19. Jahrhundert daran festgehalten, ihre Hauptaufgabe in der Sorge für Alte und Kranke sowie im Bereich der Seelsorge zu sehen. Diejenigen kirchlichen Einrichtungen, die tatsächlich der Arbeiterschaft halfen, waren auf der Grundlage von Einzelinitiativen weitsichtiger Pfarrer und christlicher Gemeindeglieder gegründet worden.[1] Die Arbeiterfürsorge hingegen blieb den weltlichen Gruppierungen, die besonders nach der Jahrhundertwende aktiv wurden, vorbehalten.

In Hinblick auf das immer wieder thematisierte Spannungsfeld Kirchenferne – Kirchennähe wurde in Bezug auf die Arbeiterfrage ein Versäumnis der evangelischen Kirche als Institution offensichtlich. Es war ihr weder möglich gewesen, die durch die Industrialisierung bedingte Entwicklung wahrzunehmen noch darauf angemessen zu reagieren. Allerdings gab es dessen ungeachtet auch in kirchlichen Kreisen gute Ansätze, die jedoch nicht weiterverfolgt worden waren. Das Hauptproblem war die fehlende Aktivität der Kirche als Institution sowie die fehlende Weitsicht der Kirchenvertreter. Für und mit den Arbeitern wurde zur Besserung deren sozialer Lage bzw. deren Integration innerhalb der Kirche letztlich nichts getan. Vielmehr waren es, wie schon erwähnt wurde, Einzelpersonen, die oftmals auch nur lokale Wirkung entfalten konnten, und sich vielfach auch wieder verloren haben. Hinzu kam die einseitige Sichtweise, alles jenseits der offiziellen Lehrmeinung als inadäquat und unqualifiziert zu verwerfen. Auf diese Weise wurden nicht nur wichtige und wertvolle Mitarbeiter verloren, sondern auch viele Glieder der Kirche. Die Kirche wurde eine exklusive Einrichtung für die oberen Klassen bzw. diejenigen ihrer

[1] Vgl. Hermelink, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zu Gegenwart (1949), S. 460 f.

Glieder, die in das etablierte Gesellschaftsbild passten. Die unteren Klassen, die oftmals gar nicht in dem erwarteten Maße Kirchlichkeit, Buße und Sonntagsheiligung üben konnten, weil es ihnen aufgrund ihrer Lebensumstände schlichtweg unmöglich war, wurden vergessen. Dabei wurde die im Neuen Testament beschriebene Einheit durch den Geist in der Taufe, durch den die Aufnahme aller Christen in den Leib Christi vollzogen wurde,[2] so auch die Arbeiter, nicht berücksichtigt. Aufgrund dieser Nichtbeachtung christlicher Werte hat es die Kirche versäumt, wirksam werden und die gesellschaftlichen Probleme erkennen zu können.

Für die Kirche ergaben sich aus den Versäumnissen im 19. Jahrhundert erst langfristig sichtbare Folgen. Zunächst musste sie mit dem Verlust an Einfluss auf die Arbeiter zurechtkommen. In der Regel wandten sich die Arbeiter entweder der Sozialdemokratie oder aber den Jünglings- und Evangelischen Arbeitervereinen zu. Allerdings tendierten sie vermutlich mehr zur Sozialdemokratie, da es dieser gelungen war, ein funktionierendes soziales Netzwerk aufzubauen. Demgegenüber verlor die Kirche mit ihren schwierigen und inhaltlich an den Bedürfnissen der Arbeiter vorbeizielenden Predigten die Arbeiter zum größten Teil.

In der Regel war es der evangelischen Kirche auch nicht gelungen, insgesamt ein praktikables und funktionierendes Vereinswesen aufzubauen, das allen daran gestellten Bedürfnissen gerecht werden konnte. Im Gegensatz dazu hat das Fallbeispiel von Cannstatt ergeben, dass das dortige Vereinswesen sehr gut funktionierte und auch sehr vielen Bedürfnissen gerecht werden konnte. Damit erwies sich Cannstatt als einer der wenigen Orte, in denen ein funktionelles Vereinssystem geschaffen werden konnte. Allerdings geschahen diese Gründungen weniger aus kirchlicher Initiative, wie das Beispiel der „Olgakrippe“ eindrücklich illustrierte.[3] Auch in Cannstatt waren es vielmehr kirchennahestehende Einzelpersonen, Geistliche wie Laien, die die Initiative ergriffen. Was Cannstatt besonders auszeichnete, war die Hellsichtigkeit einzelner Personen, die z. B. bemerkt hatten, dass trotz aller Initiative noch zu wenig geschehen war.[4] In Cannstatt wiederum hatte diese Feststellung die Gründung des Evangelischen Arbeitervereins zur Folge.

Für die Kirche ergab sich durch die verfehlte Einschätzung der Industrialisierung insgesamt ein weitgehender Einflussverlust innerhalb der Gesellschaft. Sichtbar

---

2 Vgl. 1 Kor 12, 13 – 27.

3 Vgl. Kap. 7.3. dieser Arbeit.

4 Vgl. den Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

wurde dieser Aspekt besonders an der engen Bindung an den Staat sowie an die bürgerliche Vorstellungswelt. Zudem bedingte dieses Vertrauen auf die staatliche Intervention eine gewisse Passivität, aus der sich die Kirche erst nach 1918 befreien konnte.

In der Regel beruhte die an den Arbeitern geübte Kritik auf Fehlinterpretationen der realen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Zu diesen Fehlinterpretationen kam es, da die große Mehrzahl der evangelischen Pfarrer wie auch die institutionalisierte Kirche ein überholtes Gesellschaftsbild als Bewertungsmaßstab zugrunde gelegt hatte. Aufgrund dieser Tatsache konzentrierte sich die Kirche nur auf die seelischen Nöte, wobei sie auch in dieser Hinsicht an der Wirklichkeit und den eigentlichen Notwendigkeiten vorbeiging. Dadurch fehlte eine tatkräftige und flächendeckende Hilfe seitens kirchlicher Institutionen für die besonderen Probleme der Arbeiterschaft. Diese Hilfe wurde von bürgerlichen und sozialdemokratischen Trägern übernommen, was für die Kirche den Verlust an Einfluss und Interventionsmöglichkeiten auf diesem Gebiet zur Folge hatte.

Die Furcht vor einem weiteren Einflussgewinn der Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes ließ einen Handlungsbedarf bei der Kirche entstehen. Allerdings waren es vermutlich auch nur wieder besonders aufgeschlossene und interessierte Pfarrer, die dieses Problem erkannt hatten. Die Mehrzahl der Kirchenvertreter sah zwar mit Sorge den gesellschaftlichen Wandel, gelangte jedoch nicht zu über die bloße Erkenntnis hinausgehenden Einsichten. Vielmehr war die Pfarrerschaft durch das Verharren in überkommenen Gesellschafts- und Moralvorstellungen an fassbaren Einblicken, der Erkenntnis der realen Problemlage und an Überlegungen hinsichtlich möglicher sowie vor allem greifbarer Hilfen gehindert. In der Regel war die Pfarrerschaft aufgrund ihrer sozialen Schichtung und ihrem Ausbildungsweg mit den modernen Zeitumständen und ihren neuen, gänzlich andersartigen Problemen schlichtweg überfordert. Aufgrund dieser Tatsache kam es zu fatalen Fehleinschätzungen, die an der Realität vorbeigingen, den Arbeitern Unverständnis signalisierten und letztlich gerade das erreichten, was vermieden werden sollte.

Die Kirche wie auch ihre Vertreter erkannten zwar am Vorabend des Ersten Weltkrieges zaghaft die Aufgabe, die ihnen der Bereich der Industriearbeiterschaft stellte. Allerdings hatte sie zu diesem Zeitpunkt die Arbeiterschaft bereits verloren, da sich diese Hilfe bei den Stellen gesucht hatte, die ihnen entsprechende Angebote machten.

Aber es ergaben sich nicht nur für die Kirche Folgen, sondern vielmehr auch für die Arbeiter. Diese sahen sich zunächst generell im Stich gelassen, da sie von Seiten der Kirche keine für sie wirklich passenden Hilfsangebote erhielten. Daran konnte auch der Umstand nichts ändern, dass in Württemberg die Soziale Frage, aufgrund der Realteilung und des späten Beginns der Industrialisierung weniger stark ausgeprägt war. Neben einer gewissen Enttäuschung ergab sich für die Arbeiter der Schritt, gleichgültig gegenüber Religion und Kirche zu werden. Zwar fand sich in Württemberg/Cannstatt keine generelle Entkirchlichung bei der Arbeiterschaft, aber trotzdem gingen die Arbeiter zur Kirche auf Distanz. Sichtbar wurde diese Distanzierung in der Hinwendung zu halbstaatlichen, bürgerlichen und in geringerem Maße sozialdemokratischen Hilfsangeboten. Ein Teil schloss sich auch Männern, wie Gustav Werner an, der jedoch selbst von der Kirche verstoßen wurde, da er nicht in deren Weltbild passte. Die Kirche hatte sich in Bezug auf die Arbeiterproblematik auf Appelle, Jenseitsvertröstungen sowie auf staatliche Initiativen verlassen. Taten seitens der „Kirchenregierung“ fehlten vollständig, was wiederum die Arbeiter abstoßen musste. Lediglich einzelne Personen nahmen sich ihrer Sorgen und Nöte an, wobei diese vielfach kirchenunabhängig waren. Konkret sichtbar wurde die Folge der kirchlichen Untätigkeit, dadurch, dass sich die Arbeiter in Richtung Sozialdemokratie oder Freidenkertum orientierten. Kirchenaustritte waren in Württemberg wohl nicht sonderlich zahlreich, kamen aber höchstwahrscheinlich vor. Vielmehr war es eine gewisse Passivität, in die sich die Arbeiterschaft zurückgezogen hatte, da sich ihre Enttäuschung nicht gegen das Christentum, sondern gegen die Institution Kirche richtete. Sichtbar wurde dieser Faktor beispielsweise an der Zahl kirchlicher Beerdigungen, die im Untersuchungszeitraum sogar anstieg.[5]

Die Kirche stand 1918 vor der Aufgabe eines umfassenden Neuaufbaus, wobei sie auf frühere Ansätze zurückgreifen konnte und auch zurückgriff. Es wäre eine interessante Forschungsaufgabe, diese Bemühungen nach 1918 zu betrachten und speziell auf den Stuttgarter Raum, der schon im 19. Jahrhundert über sehr gute Ansätze verfügt hatte, zu fokussieren. Darüber hinaus wären Zeugnisse von württembergischen Arbeitern sicherlich eine gute Möglichkeit, mehr über deren Empfindung hinsichtlich der Untätigkeit der Kirche wie auch deren Umgang mit dem Thema Industrialisierung zu erfahren. Lohnenswert wäre freilich auch eine eingehende Ana-

5 Vgl. Kap. 7.2. dieser Arbeit.

lyse von kirchenunabhängigen aber kirchennahestehenden Initiativen, die im Rahmen dieser Arbeit nur summarisch behandelt werden konnten.

Darüber hinaus wäre die Betrachtung zweier im Rahmen dieser Studie notgedrungen ausgeklammerter Spannungsfelder lohnenswert. Zunächst könnten sich vermutlich sehr fruchtbare Erkenntnisse aus der Untersuchung des Verhältnisses der Kirche zum Staat ergeben. In diesem Zusammenhang sollte der Fokus auf Fragestellungen, wie z. B. das Maß der Einschränkungen der kirchlichen Arbeit in sozialer Hinsicht, das sich aus der engen Verbindung zum Staat ergab, gerichtet werden. Vordergründig würde eine genauere Analyse der Konsistorialerlasse sowie die darauf erfolgten Reaktionen seitens staatlicher Stellen anstehen. Bei einer solchen Betrachtungsweise ließen sich dezidierte Erkenntnisse, hinsichtlich der hinter den sichtbaren Handlungsweisen der Kirchenvertreter stehenden, administrativen und intellektuellen Abläufen erwarten.

Ferner würde es lohnenswert erscheinen, die damit einhergehenden Diskussionen anhand der entsprechenden Protokolle zu analysieren. Auf diese Weise könnten sich möglicherweise weitere Erklärungen für die letztlich zutage getretene Untätigkeit seitens der institutionalisierten Kirche finden lassen.

Schließlich ist es denkbar, ebenso wertvolle Ergebnisse von einer Betrachtung der kirchenpolitischen und dogmatischen Einflüsse zu erhalten. Dabei wäre gleichermaßen deren Wirkung auf die Einstellung und Handlungsweise bzw. Untätigkeit der Kirche hinsichtlich der Industriearbeiterschaft zu untersuchen. In diesem Kontext müssten sowohl spezifische Aspekte der württembergischen Kirchenpolitik, als auch für den Zeitraum zwischen 1870/71 und 1914 zusätzlich nationale Gesichtspunkte, vor allem in Hinblick auf den Preußischen Oberkirchenrat, berücksichtigt werden. Das Ziel dieser Studien könnte eine umfassende Erklärung der bereits gemachten Beobachtung und Erhellung der Hintergründe, die dazu führten, sein.

Insgesamt gesehen besteht auf regionalgeschichtlicher Ebene noch ein weites und zum großen Teil noch unbearbeitetes Forschungsfeld in Hinblick auf die Einstellung der württembergischen Landeskirche zur Industrialisierung. Nachdem erste regionalgeschichtliche Ansätze vorhanden sind, das Interesse geweckt wurde und sich auch eine Vielzahl möglicher Fragestellungen finden ließ, kann auf eine rege Weiterarbeit gehofft werden.

9. Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1. Ungedruckte Quellen

Landeskirchliches Archiv Stuttgart

Bestand A 26 C

Allgemeine Kirchenakten

Mosapp, Hermann, Jahresbericht des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Württembergs über das Jahr 1892 erstattet auf der Hauptversammlung in Oberndorf a. N. 5. März 1893 (LKAS A26C 472-1892).

Bestand A 29

Ortsakten: Beilagen zu den Pfarrberichten:

Bericht im Oktober 1911 über die Kirchenvisitation in Cannstatt (LKAS A29 Nr. 752).

Bericht über die Verhandlung der Visitation vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).

Cannstatt, Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A29 Nr. 752).

Protokoll des Gesamt-Kirchengemeinderats vom 5. Oktober 1905 (LKAS A29 Nr. 752).

Referat im Pfarramt über die Kircheninspektion in Cannstatt 1902 (LKAS A29 Nr. 752).

Verhandelt vor dem Kirchengemeinderat am 5. Oktober 1890 (LKAS A 29 Nr. 752).

Vortrag im Oktober 1905 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

Vortrag im Oktober 1908 über die Visitation von Cannstatt, Stadt und Bezirk (LKAS A29 Nr. 752).

Ortsakten: Pfarrberichte und Pfarrbeschreibungen

Pfarrberichte Cannstatt 1850 - 1911 (LKAS A29 Nr. 752).

Pfarrbeschreibung Stadtkirche Bad – Cannstatt 1935 (LKAS A29 Nr. 752).

Pfarrbeschreibung von der Parochie Cannstatt, Dekanat Cannstatt, Generalat Ludwigsburg vom 7. 5. 1828 (LKAS A29 Nr. 752).

Ortsakten: Berichte über Vereine

Nachrichten über die Olga-Krippe in Cannstatt für die 10 ersten Jahre ihres Bestehens 1875 – 1885 (1885) (LKAS A 29 Nr. 737)

Rechenschaftsbericht des Evangelischen Vereins in Cannstatt. 2 (1878/79) (LKAS A 29 Nr. 737); 3 (1880) (LKAS A 29 Nr. 737); 4 (1881) (LKAS A 29 Nr. 737); 7 (1884) (LKAS A 29 Nr. 737); 8 (1885) (LKAS A 29 Nr. 737); 9 (1886) (LKAS A 29 Nr. 737); 11 (1888) (LKAS A 29 Nr. 737); 12 (1889) (LKAS A 29 Nr. 737); 21 (1898) (LKAS A 29 Nr. 737); 22 (1899) (LKAS A 29 Nr. 737); 33 (1910) (LKAS A 29 Nr. 737).

Ortsakten: Sonstige Beilagen

Weber, Ludwig, Was wollen die Evangelischen Arbeiter-Vereine und was haben sie erreicht? Ansprache von Lic. Weber, gehalten auf der Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes in Dortmund. Hattingen 1907. (LKAS A29 Nr. 737)

9.2. Nachschlagewerke und Lemmata

Althoff, Gerhard, s. v. Versammlung. In: LexMa, Bd. 8, München 2002, Sp. 1580 f.

Anselm, Reiner, s. v. Kirche V. Neuzeit. In: RGG^4, Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1008 – 1011.

Bartsch, Elmar, s. v. Versammlung. In: LThK, Bd. 10. Freiburg; Basel; Wien 2009, Sp. 715 f.

Becher, Ursula A. J., s. v. Fachzeitschrift. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3. Stuttgart 2006, Sp. 770 – 772.

Dunkel, Daniela, s. v. Christliche Welt/Freunde der Christlichen Welt. In: RGG[4], Bd. 2. Tübingen 2008, Sp. 267 – 269.

Friedrich, Martin, s. v. Eisenacher Konferenz. In: RGG[4], Bd. 2. Tübingen 2008, Sp. 1179 f.

Gabler Wirtschafts Lexikon, 6 Bde. Wiesbaden [17]2010.

Gorißen, Stefan, s. v. Fabrikarbeiter/in. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3. Stuttgart 2006, Sp. 747 – 751.

Gorißen, Stefan, s. v. Fabrikdisziplin. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3. Stuttgart 2006, Sp. 751 – 753.

Graf, Friedrich Wilhelm, s. v. Eisenacher Konferenz. In: RGG[4], Bd. 2. Tübingen 2008, Sp. 1179 f.

Grappe, Christian, s. v. Kirche III. Urchristentum. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1000 – 1004.

Grethlein, Christian, s. v. Praktische Theologie. I. Zum Begriff. In: RGG[4], Bd. 6. Tübingen 2008, Sp. 1560 f.

Grünschloß, Andreas, s. v. Kirche II. Religionswissenschaftlich. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 999 f.

Handbuch 2007 für Kirchengemeinderätinnen und Kirchengemeinderäte, hrsg. im Auftrag des Oberkirchenrats der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom Evangelischen Gemeindedienst für Württemberg. Stuttgart 2007.

Hauschild, Wolf-Dieter, s. v. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). I. Geschichte, Verfassung und Gliederung. In: RGG[4]. Bd. 2. Tübingen 2008, S. 1713 – 1717.

Jähnichen, Traugott, s. v. Evangelisch-Sozialer Kongreß. In: RGG[4], Bd. 2. Tübingen 2008, Sp. 1733 f.

Jähnichen, Traugott, s. v. Soziale Frage. In: RGG[4], Bd. 7. Tübingen 2008, Sp. 1473 – 1475.

Jenkins, Paul, s. v. Steinkopf. In: RGG[4], Bd. 7. Tübingen 2008, Sp. 1704.

Kirchner, Joachim, Geschichte der Zeitschrift: Von den Anfängen bis 1900. In: Dovifat, Emil (Hrsg.), Handbuch der Publizistik. Bd. 3: Praktische Publizistik. 2. Teil. Berlin 1969, S. 384 – 407.

Kraus, Dieter, s. v. Kirche XII. Rechtlich. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1031 – 1033.

Lorch, Peter, Die Fachzeitschrift. In: Dovifat, Emil (Hrsg.), Handbuch der Publizistik. Bd. 3: Praktische Publizistik. 2. Teil. Berlin 1969, S. 459 – 464.

Ortmann, Erwin, s. v. Arbeiterbewegung. I. Evangelische Arbeiterbewegung. In: Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart; Berlin [7]1980, Sp. 39 – 42.

Pollmann, Klaus Erich, Evangelisch-sozialer Kongreß. In: TRE, Bd. 10. Berlin, New York 1982, S. 645 – 650.

Pollmann, Klaus Erich, s. v. Freie kirchlich-soziale Konferenz/Kirchlich-sozialer Bund. In: RGG[4], Bd. 3. Tübingen 2008, Sp. 301.

Preul, Reiner, s. v. Kirche X. Praktisch-theologisch. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1026 – 1029.

Ruhbach, Gerhard, s. v. Erweckungsbewegung. In: Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde. Bd. 1. Wuppertal; Zürich 1992, S. 531 – 536.

Saalfeld, Lerke von, s. v. Zeitschrift. In: Schweikle, Günther; Schweikle, Irmgard (Hrsg.), Metzler Literatur Lexikon. Begriffe und Definitionen. Stuttgart [2]1990, S. 508 f.

Schäfer, Rolf, s. v. Kirche IV. Alte Kirche bis zur Reformation. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1004 – 1008.

Schlinker, Steffen, s. v. Kirche. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 6. Stuttgart 2007, Sp. 582 – 595.

Schmale, Wolfgang; Ehmer, Josef, s. v. Soziale Frage. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12. Stuttgart 2010, Sp. 240 – 245.

Schwöbel, Christoph, s. v. systematische Theologie. I. Begriff und Ort im Zusammenhang der theologischen Disziplinen. In: RGG[4], Bd. 7. Tübingen 2008, Sp. 2011 – 2013.

Wenz, Gunther, s. v. Kirche VIII. Systematisch-theologisch. 1. Fundamentaltheologisch. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1015 – 1017.

Wenz, Gunther, s. v. Kirche VIII. Systematisch-theologisch. 2. Dogmatisch. a) evangelisch. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 1018 – 1021.

Wenz, Gunther; Wall de, Heinrich, s. v. Kirche I. Zum Begriff. In: RGG[4], Bd. 4. Tübingen 2008, Sp. 997 – 999.

Wilpert, Gero von, s. v. Zeitschrift. In: Wilpert, Gero von, Sachwörterbuch der Literatur (Kröners Taschenausgabe 231). Stuttgart [7]1989, S. 1044 – 1046.

Zimmermann, Clemens, s. v. Zeitschrift. In: Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 15. Stuttgart 2012, Sp. 398 – 404.

9.3. Gedruckte Quellen

Abhandlungen über die Industrie von Süddeutschland. Als Manuskript gedruckt (ohne Namen). Stuttgart 1849.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Herausgegeben von der Stadtgemeinde Cannstatt. Cannstatt 1901.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Herausgegeben von der Stadtgemeinde Cannstatt. Cannstatt 1902.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Herausgegeben von der Stadtgemeinde Cannstatt. Cannstatt 1903.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Herausgegeben von der Stadtgemeinde Cannstatt. Cannstatt 1904.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Herausgegeben von der Stadtgemeinde Cannstatt. Cannstatt 1905.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von W. Bosch, Polizeiwachtmeister. Cannstatt 1866.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Nach dem neuesten Stand bearbeitet. Cannstatt 1874.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Nach dem neuesten Stand bearbeitet. Cannstatt 1876.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Nach dem neuesten Stand bearbeitet von Rathsschreiber (Hermann) Bub. Cannstatt 1880.

Adreß- und Geschäfts-Handbuch der Stadt Cannstatt. Nach dem neuesten Stand bearbeitet von Rathsschreiber (Hermann) Bub. Cannstatt 1884.

Adreßbuch der Oberamtsstadt Cannstatt, nach amtlichen Quellen bearbeitet. Cannstatt. Cannstatt 1861.

Adrion, Dieter (Hrsg.), Schul-Anfang im Herzogtum Württemberg. Die frühen Schulordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts (Texte zur württembergischen Schulgeschichte 2). Ludwigsburg 1991.

Amtsblatt des württembergischen evangelischen Konsistoriums und der Synode in Kirchen- und Schul-Sachen. Bd. 1 (1855), S. 31 – 34.

Augener, G. Die Aufgaben der inneren Mission gegenüber unserm durch die Industrie beeinflußten Volksleben. Ein Vortrag gehalten in der General-Versammlung des Vereins für innere Mission in der Grafschaft Mark und den angrenzenden Kreisen am 12. December 1881 in Hattingen. Steele 1882.

Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts. Jahresberichte zur Diözesansynode der Stadt Stuttgart. Stuttgart 2.1900/02(1903); 1903/04(1904) - 1905/06 (1906); 1907 – 1908; 1910 - 1913.

Ballin, Paul, Der Haushalt der arbeitenden Klassen. Eine sozialstatistische Untersuchung. Berlin 1883.

Barth, Christian Gottlob, Geschichte von Württemberg, neu erzählt für den Bürger und Landmann, hrsg. von Hansmartin Decker-Hauff. Stuttgart 1986.

Bäumer, Gertrud, Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart. Stuttgart, Berlin 1914.

Bazille, Wilhelm von; Köstlin, Reinhard (Hrsg.), Verfassungsurkunde für das Königreich Württemberg vom 25. September 1819. Stuttgart 1905.

Beck, Carl H. (Bearb.), Cannstatter Chronik über die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Nach Urkunden, Aufzeichnungen und Erinnerungen. Zsgst. v. C. H. Beck. Cannstatt 1900.

Berger, Louis Constans, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Leipzig 1890.

Berlepsch, Hans Hermann Freiherr von, Warum betreiben wir die soziale Reform? Nebst einem Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für Soziale Reform im Jahre 1903 (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform 11 = Bd. 1, H. 11). Jena 1903.

Beschreibung des Oberamts Cannstatt. Hrsg. von dem Königl. Statistischen Landesamt. Stuttgart 1895.

Beschreibung des Oberamts Stuttgart Amt. Hrsg. von dem Königl. topogr. Bureau. Mit 3 Tab., 1 Kt., nebst Titelbild und 3 Holzschn. Stuttgart 1851.

Beschreibung des Stadtdirections-Bezirkes Stuttgart. Hrsg. von dem Königl. stat.-topogr. Bureau. Mit 1 Ansicht und 1 Kt. Stuttgart 1856.

Bittel, Karl, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Untersuchungen über Konsumvereine 151. Monographien aus dem Konsumvereinswesen 1. Teil. München; Leipzig 1915.

Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg (BAW). Bd. 65.1912 – 67.1914. Stuttgart 1912 - 1914.

Blätter für das Armenwesen, hrsg. von der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg (BAW). Bd. 1.1848 - 64.1911. Stuttgart 1848 – 1911.

Bofinger, Johann Friedrich, Die Kleinkinderschulen und Kleinkinderpflegen Württembergs. Stuttgart 1865.

Böhmert, Viktor, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden, dargestellt auf Grund der Verhandlungen und statistischen Untersuchungen des Deutschen Vereins für Armenpflege Wohlthätigkeit Dresden, 1886 - 1887.

Brakelmann Günter; Jähnichen, Traugott (Hrsg.), Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh 1994.

Brakelmann, Günter, Kirche, soziale Frage und Sozialismus. Bd. 1. Kirchenleitung und Synoden über soziale Frage und Sozialismus 1871 - 1914 (Protestantismus und Sozialismus 3). Gütersloh 1977.

Brecht, Martin; Ehmer, Hermann (Hrsg.), Confessio Virtembergica. Das Württembergische Bekenntnis von 1552. Die Originaltexte lateinisch und deutsch; mit Erläuterungen. Holzgerlingen 1999.

Brentano, Lujo, Die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage. Vortrag gehalten im Verein Deutscher Studenten zu Leipzig von Lujo Brentano nebst einem Nachwort desselben. Mit Genehmigung des Herrn Verfassers herausgegeben vom Verein Deutscher Studenten zu Leipzig. Berlin 1890. In: Brentano, Lujo, Der tätige Mensch und die Wissenschaft von der Wirtschaft. Schriften zur

Volkswirtschaft und Sozialpolitik (1877-1924) (Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie 24). Marburg 2006, S. 49 – 70.

Buck, Friedrich, Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs im 19. Jahrhundert (Württembergische Väter 3). Bd. 1: Aus Kirche und Mission. Stuttgart ^{2}1924.

Bürgerliche Kollegien (Hrsg.), Geschichte der Stadt Stuttgart. Stuttgart 1905.

Camerer, Wilhelm, Beitrag zur Statistik der Arbeitslöhne in Fabriken und Handwerken von 1840 - 1872. In: Gewerbeblatt aus Württemberg 1873 Nr. 10, S. 105 - 112.

Camerer, Wilhelm, Statistik der Fürsorge für Arme und Nothleidende. In: WJb 1876/1877, Heft III, S. III. 3 – III. 284.

Christliche und vaterländische Volksbureaus. Jahresberichte evangelischer Volksbureaus (Rechtsauskunftsstellen in Berlin Breslau, Bromberg, Cassel, Essen, Hagen, Leipzig, Stuttgart und Werdohl). Mit dem Jahresbericht der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland (Berlin N 31, Verlöhnungsstraße 1) über das Geschäftsjahr 1905 und einem alphabetischen Sachregister (Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 35). Berlin 1906.

Claus, Wilhelm, Von Bengel bis Burk. Bilder aus dem christlichen Leben Württembergs (Württembergische Väter 1). Stuttgart ^{3}1926.

Daiber, Carl Heinrich, Beschreibung und Geschichte der Stadt Cannstatt. Unter Berücksichtigung des Wichtigsten über die Amtsorte. Cannstatt 1878.

Delbrück, Hans, Der evangelisch-soziale Kongreß (geschrieben den 1. November 1895) In: Harnack, Adolph; Delbrück, Hans, Evangelisch-Sozial. Berlin 1896, S. 107 – 112.

Der Christen-Bote. Das christliche Sonntagsblatt aus Schwaben, hrsg. Johann Christian Friedrich Burk u. a. 1.1831 – 83.1914.

Dessauer, Lothar, Die Industrialisierung von Groß-Stuttgart. Diss. Tübingen 1916.

Die Bibel. Nach der Übersetzung Martin Luthers. Bibeltext in der revidierten Fassung von 1984. Hrsg. von der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart 1988.

Die christliche Welt. Evangelisch – Lutherisches Gemeindeblatt für die Gebildeten. 1.1887 – 28.1914.

Die Eröffnungsfeier der Kinder-Rettungsanstalt Wilhelmspflege in Plieningen am 28. Oktober 1841. Stuttgart 1841.

Die jugendlichen Fabrikarbeiter. Umschreiben des Central-Ausschusses für Innere Mission an die ihm verbundenen Vereine, Agenten und Freunde. 2. Abdruck. Hamburg 1879.

Diesterweg, Friedrich Adolph Wilhelm, Die Lebensfrage der Civilisation. Oder: über die Erziehung der unteren Klassen der Gesellschaft. Erster Beitrag zur Lösung der Aufgabe dieser Zeit. Essen 1836.

Eisenlohr, Theodor, (Sammlung der württembergischen Kirchen-Geseze) Band: 2. Enthaltend die evangelischen Kirchen-Geseze vom Jahre 1803 bis zum Jahr 1834 und die Einleitung in die evangelischen Kirchen-Geseze (Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze Bd. 9). Tübingen 1835.

Erdmann, August, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland. Stuttgart 1908.

Fallati, Johannes, Das Vereinswesen als Mittel zur Sittigung der Fabrikarbeiter. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1844, S. 737 – 791.

Fischer, Johann, Die Evangelischen Arbeitervereine. Wesen und Arbeit der Evang. Arbeitervereine Württembergs. Reutlingen 1906.

Frauer, Ferdinand, Die rechtliche Stellung des württembergischen Konsistoriums, geschichtlich Entwickelt. In: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht 17, 1907, S. 225 – 252; 319 – 374.

Führer durch die Anstalten zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart. Festschrift zur XX. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Redigiert von August Deahna. Stuttgart 1895.

Gaupp, Carl Christian, Das bestehende Recht der evangelischen Kirche im Königreiche Württemberg. In Auszügen aus den gegenwärtig gültigen Gesetzen und Verordnungen. 2 Bde. Stuttgart 1830; 1832.

Gehring, Paul, Paul Lechler. In: Schwäbische Lebensbilder 6. Stuttgart 1957, S. 401 - 428.

Gnauck – Kühne, Elisabeth, Warum organisieren wir die Arbeiterinnen? In: Frankfurter Zeitgemässe Broschüren 25, 1905, S. 37 – 45.

Göhre, Paul, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Sozialreportage e. Pfarrers um d. Jahrhundertwende. Mit e. Vorw. u. e. Kommentar neu hrsg. von Joachim Brenning u. Christian Gremmels (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern 268). Gütersloh 1978.

Goltz, Theodor Freiherr von der, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land (Evangelische-soziale Zeitfragen Reihe 1, H. 7). Leipzig 1891.

Gottschick, Konrad; Schäfer, Gerhard (Hrsg.), Große Hoffnungen – kleine Schritte im 19. Jahrhundert (= Lesebuch zur Geschichte der Evangelischen Landeskirche 3). Stuttgart 1989.

Göz, Paula von, Kindernot und Frauendienst. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 48 – 53.

Greschat, Martin (Hrsg.), Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945. In Zsarb. mit Christiane Bastert. München 1982.

Greschat, Martin (Hrsg.), Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (1936), kommentiert u. hrsg. in Zusammenarbeit mit Achim Glaum ... von Martin Greschat (Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte 6). München 1987.

Grützmacher, Richard Heinrich, Worin liegt die Ursache der Unwirksamkeit des Protestantismus im öffentlichen Leben? Referat auf der II. Hauptversammlung der freien kirchlich-sozialen Konferenz. Mit dem Geschäftsbericht des Generalsekretariats über das Jahr 1905 und einem Überblick über die ganze II. Hauptversammlung (Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 36). Berlin 1906.

Gümbel, Ludwig, Der rechte evangelische Arbeiter. Vortrag bei der Festversammlung des evang. Arbeitervereins zu Bochum am 6. August 1894 (Aus den Verhandlungen der General-Versammlung des Evangelischen Bundes 7; Flugschriften des Evangelischen Bundes 93 = Reihe 8,9). Leipzig 1894.

Hahn, Christoph Ulrich, Handbüchlein für Kirchenälteste oder Pfarrgemeinderäthe zunächst in Württemberg. Mit mehreren Beilagen. Heilbronn 1851.

Häring, Theodor von, Das religiöse Leben in der evangelischen Kirche. In: Bruns, Victor (Hrsg.), Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Stuttgart 1916, S. 359 – 378.

Harnack, Adolf, Der Evangelisch-sociale Congreß in Berlin. (Geschrieben im April 1890). In: Harnack, Adolph; Delbrück, Hans, Evangelisch-Sozial. Berlin 1896, S. 5 – 19.

Hartmann, Julius, Chronik der Stadt Stuttgart. Sechshundert Jahre nach der ersten denkwürdigen Nennung der Stadt (1286). Stuttgart 1886.

Hauber, Friedrich Albert, Recht und Brauch der evangelisch lutherischen Kirche Württembergs. 2 Bde. Stuttgart 1854; 1856.

Hauff, Lilly, Die Deutschen Arbeiterinnen - Organisationen. Halle A. S. 1912.

Haußmann, Öffentliche Wohltätigkeit. In: Bruns, Viktor, (Hrsg.), Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Unter Mitw. Von Carl von Bach ... Hrsg. von Viktor Bruns. Stuttgart 1916, S. 295 – 322.

Hegler, Feierstunden für Fabrikarbeiterinnen. In: BAW 20.1867, S. 23 f.

Heitmann, Ludwig, Großstadt und Religion. 1. Teil: Die religiöse Situation in der Großstadt. Hamburg 1913.

Herrmann, Klaus, Gotthilf Kuhn. Unternehmer, Gründer der Maschinenfabrik und Eisengießerei in Stuttgart - Berg. 1819 – 1890. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15. Stuttgart 1983, S. 254 – 279.

Hinderer, August, Väter und Mütter der Inneren Mission in Württemberg. In: Ders. (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 5 – 31.

Hitze, Franz, Die Quintessenz der sozialen Frage. Paderborn ^{2}1880.

Hitze, Franz, Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung, mit besonderer Berücksichtigung der verschiedenen socialen Parteien in Deutschland; drei Vorträge. Paderborn 1877.

Huber, Victor Aimé, Die Arbeiterfrage in Deutschland. In: Deutsche Vierteljahrsschrift, Heft III, Nr. CXXVII. 1869, S. 173 - 225.

Janssen, Karl, Einleitung. In: Johann Hinrich Wichern, Ausgewählte Schriften, hrsg. von Karl Janssen. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage. Gütersloh 1956, S. 9 – 57.

Josenhans, Marie, 2. Im Säuglingsheim. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 37 – 39.

Jünglingsfreund. Jahrbuch für evangelische Jünglings- und christliche Männer-Vereine. 1.1898.

Just, Alfred, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, seine Geschichte und seine Arbeiten. Gleiwitz 1904; Gütersloh ^{2}1913.

Just, Alfred, Die evangelischen Arbeitervereine (Sozialer Fortschritt 81: Bd. 5). Leipzig 1906.

Kalender für die evangelischen Arbeiter-Vereine Deutschlands. Schwäbisch Hall 1896.

Kapff, Karl, Lebensbild von Sixt Carl von Kapff. 2 Bde. Stuttgart 1881.

Kapff, Sixt Carl, Der glückliche Fabrikarbeiter, seine Würde und Bürde, Rechte und Pflichten, Sonntag und Werktag, Glaube, Hoffnung und Gebet. Stuttgart 1856.

Kapff, Sixt Carl, Die Revolution, ihre Ursachen, Folgen und Heilmittel, dargestellt für Hohe und Niedere. Als gekrönte Preisschrift herausgegeben vom Central-Ausschuß der Inneren Mission der deutschen evangelischen Kirche. Hamburg 1851.

Kappus, Eugen, Der evangelisch-soziale Kongreß und Württemberg. In: Evangelisch-sozial. 18. Folge der Mitteilungen des Evangelisch-sozialen Kongresses, VI. Jg. 1909, S. 138 – 142.

Keller, Samuel; Mumm, Reinhard; Oertzen, Dietrich von, Kirchlich-sozial nach Theorie und Praxis dargelegt in einer Festpredigt zur 12. Hauptversammlung der Freien kirchlich-sozialen Konferenz zu Karlsruhe i. B. von Samuel Keller, dem Rückblick auf die ersten 10 Jahre kirchlich-sozialer Arbeiter von Lic. Mumm, dem Geschäftsbericht über das Jahr 1906, Festrede von D. von Oertzen und den Kommissionsverhandlungen zu Karlsruhe (Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 38). Berlin 1907.

Klien, Industrie und Handel. Bergbau. In: Bruns, Viktor, (Hrsg.), Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Unter Mitw. von Carl von Bach ... Hrsg. von Viktor Bruns. Stuttgart 1916, S. 801 – 862.

Kolb, Christoph, Die Anfänge des Pietismus und Separatismus in Württemberg. Stuttgart 1902.

Kopp, J., Der Jugendgeistliche in Stuttgart. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 2, 1877/78, S. 219 – 326.

Krauß, Paul, Gustav Werner. Theologe und christlicher Unternehmer. Gründer des Bruderhauses in Reutlingen, in: Schwäbische Lebensbilder Bd. 14. Stuttgart 1980, S. 255 – 287.

Krummacher, Karl, Ueber die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Jünglingsvereinssache in den verschiedenen Ländern der Erde. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 3, 1878/79, S. 300 – 317.

Krummacher, Karl, Ueber Jünglingsvereine. In: Monatsschrift für Diakonie und innere Mission 3, 1878/79, S. 172 – 179.

Kupisch, Karl (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871 bis 1945 (Siebenstern-Taschenbuch 41/42). Göttingen 1960.

Kupisch, Karl, Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus (1871 - 1945) (Quellensammlung zur Kulturgeschichte 14). Göttingen; Berlin; Frankfurt 1960. (Siebenstern Taschenbuch 159/160). Hamburg 1971.

Lechler, Paul, Aus der Mappe eines Armenpflegers. Bad Nassau; Winnenden 1919.

Lechler, Paul, Christliche Verantwortung im Geschäftsleben (Schriftenreihe der Evangelischen Akademie: Reihe 2, Christliche Lebensführung 1). Tübingen; Stuttgart 1946.

Lechler, Paul, Die Aufgaben der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Eine Denkschrift an den Stuttgarter Gesamtkirchengemeinderat. Stuttgart 1904.

Lechler, Paul, Eine Waldstadt bei Stuttgart in Verbindung mit der Erschließung des Solitude-Areals. Als Manuskript gedruckt. Stuttgart 1910.

Lechler, Paul, Wohlfahrts-Einrichtungen über ganz Deutschland durch gemeinnützige Aktien-Gesellschaften. Ein Stück sozialer Reform. Stuttgart ^{4}1893.

Lechler, Paul; Schäffle, Albert, Zwei Beiträge zur Reform des Armenrechts. Zur Fortbildung der öffentlichen Armenpflege. Mit besonderer Darlegung der Verhältnisse in Württemberg, von Paul Lechler. Mit Überholung der öffentli-

chen Ortsarmenpflege durch die Entwicklung der modernen Gesellschaft, von Albert Schäffle. Tübingen 1902. (Aus: Zeitschrift für die die gesamte Staatswissenschaft 58, 1902).

Lempp, Eduard, Im Waisenhaus. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 63 – 70.

Losch, Hermann, Begleitworte zu den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895 (Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde: Ergänzungsband 1,3). Stuttgart 1900.

Losch, Hermann, Die Arbeitslöhne in Württemberg. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1897. Heft 1. S. 129 - 214.

Losch, Hermann, Die Kinderarbeit in Württemberg. Stuttgart 1899. Aus: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1898 (Heft I), S. 149 - 200.

Losch, Hermann, Die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau der Bevölkerung Württembergs nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Sonderabdruck aus WJb 1911, H. 1, S. 94 – 190. Stuttgart 1911.

Losch, Hermann, Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Stuttgart 1913. Aus: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1912 (Heft II). S. 176 - 431.

Losch, Hermann, Württembergische Gegenwartsfragen und Zukunftssorgen. Stuttgart ^{2}1903.

Lütgert, Wilhelm, Was heißt christliche Arbeiterbewegung? Nach einem Vortrage von Prof. D. [Wilhelm] Lütgert, Halle a.S., gehalten auf dem 13. Kongreß der Freien kirchlich-sozialen Konferenz in Bielefeld, nebst Diskussion; Geschäftsbericht der kirchlich-sozialen Konferenz für das Jahr 1907. (Hefte der freien kirchlich-sozialen Konferenz 42). Berlin 1908.

Luther, Martin, (Schmalkaldische) Artikel, so da hätten sollen aufs Concilium zu Mantua, oder wo es würde sein, überantwortet werden. 1538. In: Dr. Martin Luther's reformations-historische deutsche Schriften. Nach den ältesten Ausgaben kritisch und historisch bearbeitete von Dr. Johann Konrad Irmischer. Bd. 2 (Dr. Martin Luther's sämmtliche Werke 25). Erlangen 1830, S. 109 – 146.

Mahling, Friedrich, Die Bedeutung der christlichen Gemeinde und die daraus sich ergebenden Folgerungen für ihre Arbeit. Referat gehalten auf dem 15. Kirchlich-sozialen Kongreß in Hannover.(Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 44). Berlin 1910.

Märker, Otto, Evangelische Arbeitervereine (Zeitfragen des christlichen Volkslebens (Heft 124) Bd. 17. H. 4). Stuttgart 1892.

Mayer, Max, Aus dem Leben der evangelischen Kirche Württembergs. Stuttgart 1912.

Mehmke, Rolf Ludwig, Wilhelm Emil Fein. In: Schwäbische Lebensbilder. Bd. 2 Stuttgart 1941, S. 155 – 163.

Memminger, Johann Daniel Georg von, Beschreibung von Württemberg, hrsg. von dem Königl. statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart; Tübingen ^{3}1841

Meyer, Gerhard, Wahre Nothwendigkeit Des Kirchen- u. Abendmal-Gehens, in kurtzen und abgenöthigten Anmerckungen: über einige Capitel Der sogenannten Erklärung Gottfried Arnolds Vom Kirchen- und Abendmahl-Gehen. Quedlinburg 1701.

Mohl, Moritz, Über die württembergische Gewerbs-Industrie. Stuttgart; Tübingen 1828.

Monatlicher Anzeiger des Christlichen Vereins Junger Männer Cannstatt 5, 1912.

Monats-Anzeiger des Evangelischen Jünglingsvereins Cannstatt 1, 1908.

Mosapp, Hermann, Geschichte des württembergischen Landesverbands. In: SAZ Nr. 38 vom 18. 9. 1904.

Mumm, Reinhard; Rafflenbeul, Hermann, Eine eigene sozial-politische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung! Referate auf der 12. Hauptversammlung der Freien kirchlich-sozialen Konferenz zu Karlsruhe i. B. am 4. April 1907 von Lic. Mumm und Gewerkschaftssekretär Herm. Rafflenbeul nebst Diskussionsreden (Hefte der Freien kirchlich-sozialen Konferenz 41). Berlin 1907.

Nebe, Gustav, Die Stellung der Kirche zur Arbeiterfrage. Ein Wort an Alle, denen die Lösung der Frage am Herzen liegt. Geschrieben im Auftrag des Provinzial-Ausschusses für innere Mission in der Provinz Sachsen. Halle 1872.

Neeff, Karl, Kurze Darlegung der Entwicklung und Thätigkeit des Jugendvereins in Stuttgart, vorgetragen vom Vorstand Helfer Neeff bei der Einweihung des

Neuen Jugendvereinshauses, Thorstr. Nr. 6, Sonntag den 30. Januar 1876. Stuttgart 1876.

Neues Testament und Psalmen. Nach der Übersetzung Martin Luthers. Stuttgart 1962.

Nobbe, Moritz August, Der Evangelisch-soziale Kongress und seine Gegner. Göttingen 1897.

Oberamtsstadt Cannstatt. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in den Jahren 1875 - 1900. Im Auftrag der bürgerlichen Kollegien gefertigt von dem Stadtschultheissenamt. O.O. (Cannstatt) O.J. (ca. 1900).

Oehler, Hermann (Hrsg.), Kirchlicher Wegweiser für die Evangelische Gemeinde Cannstatt. Cannstatt ^{2}1911.

Palmer, Christian, Die Gemeinschaften und Sekten Württembergs. Aus dessen Nachlaß herausgegeben von Prof. Dr. (Karl Johannes) Jetter. Tübingen 1877.

Pfaff, Karl, Geschichte der Stadt Stuttgart, nach Archival-Urkunden und anderen bewährten Quellen. 2 Bde. Stuttgart 1845 - 1846.

Pfeiffer, Eduard, Die Consumvereine, ihr Wesen und Wirken. Stuttgart 1865.

Pfeiffer, Eduard, Eigenes Heim und billige Wohnungen. Ein Beitrag zur Lösung der Wohnungs-Frage. Mit besonderem Hinweis auf die Erstellung der Kolonie Ostheim. Stuttgart ^{2}1896.

Pfeiffer, Eduard, Über Genossenschaftswesen. Was ist der Arbeiterstand in der heutigen Gesellschaft? Und was kann er werden? Leipzig 1865.

Planck, Friedrich, Heinrich Planck. Lebensbild eines schwäbischen Prälaten. Briefe, Predigten, Vorträge, Geschichten, Reimsprüche, Erinnerungen. Stuttgart 1933.

Planck, Georg Heinrich, Leitsätze zu dem Korreferat über die soziale Thätigkeit des im Amt stehenden Geistlichen. Stuttgart 189…

Pohle, Ludwig, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert (Aus Natur und Geisteswelt 57). Leipzig 1904.

Pohle, Ludwig, Die neuere Entwicklung der Wohnungsverhältnisse in Deutschland. Erweiterte Ausgabe des Referats auf dem I. Allgemeinen Deutschen Wohnungskongresse mit einem Nachwort über Sozialreform und Wissenschaft. Göttingen 1905.

Rapp, Adolf, Die Ausbildung der württembergischen Eigenart. In: AfK 11, 1914. S. 196 - 240.

Reinhard, Otto, Die württembergische Trikot – Industrie mit spezieller Berücksichtigung der Heimarbeit in den Bezirken Stuttgart (Stadt und Land) und Balingen. Leipzig 1899. Aus: Schriften des Vereins für Socialpolitik 84, 1899, S. 1 – 77.

Richter, Ludwig, Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland. Leipzig 1851.

Ritschl, Albrecht, Geschichte des Pietismus. 3 Bde. Bonn 1880 – 86.

Sarasin, Karl, Die Arbeiterfrage. In: Die Verhandlungen des fünfzehnten deutschen evangelischen Kirchentages und Congresses für die innere Mission zu Stuttgart vom 31. August bis 3. September 1869 (Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 15). Berlin 1869, S. 168 – 179.

Schäffle, Albert Eberhard Friedrich, Die Quintessenz des Sozialismus. Gotha ^{8}1885.

Schäffle, Albert Eberhard Friedrich; Lechler, Paul, Neue Beiträge zur nationalen Wohnungsreform. Berlin ^{2}1897.

Scheel, Hans von, Die Theorie der Sozialen Frage. Jena 1871.

Schlitter, Feierabend im Männerheim. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 142 – 148.

Schlosser, Gustav, Die Fürsorge für die konfirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes. Vortrag auf der Konferenz für innere Mission am 8. und 9. Oktober 1874 zu Frankfurt am Main gehalten. In: Schlosser, Gustav, Vorträge. Gütersloh 1891, S. 78 – 99.

Schmidlin, Johann Gottlieb, Über öffentliche Kinder-Industrie-Anstalten überhaupt und insbesondere in Württemberg. Stuttgart 1821.

Schmidlin, Johann Gottlieb, Ueber Klein-Kinder-Schulen, insbesondere deren Zweck, Bestimmung, äußere und innerer Einrichtung, und die mit ihrer Gründung und Unterhaltung verbundenen Kosten. Stuttgart 1835.

Schmidt, Hermann, Die innere Mission in Württemberg (Die innere Mission in Deutschland 2). Hamburg 1879.

Schmierer, Wolfgang, Eduard Pfeiffer. Schriftsteller, Politiker, Vorsitzender des „Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, Geheimer Hofrat und Ehrenbürger von Stuttgart. 1835 – 1921. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 15. Stuttgart 1983, S. 316 – 355.

Schmitt, Richard, Kirche und Arbeiterschaft (Vorträge der theologischen Konferenz zu Giessen 33). Gießen 1912.

Schmoller, Gustav, Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München; Leipzig 1918.

Schnabel-Schüle, Helga, Kirchenleitung und Kirchenvisitation in Territorien des deutschen Südwestens. In: Repertorium der Kirchenvisitationsakten aus dem 16. und 17. Jahrhundert in Archiven der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Ernst Walter Zeeden in Verbindung mit Peter Thaddäus Lang ... Bd. 2: Baden-Württemberg. Teilbd. 2: Der protestantische Südwesten. Stuttgart 1987, S. 14 - 104.

Schneider, Ewald, Die innere Mission in Deutschland. 2 Bde. Braunschweig 1888.

Schott, Adolf, Zahl und Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg im Herbst 1912. In: WJb 1913, S. 728 – 761.

Schraepler, Ernst, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. Bd. I: 1800 – 1870 (Quellensammlungen zur Kulturgeschichte 6). Göttingen; Berlin; Frankfurt 1955.

Schraepler, Ernst, Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland. Bd. 2: 1871 bis zur Gegenwart (Quellensammlungen zur Kulturgeschichte 9). Göttingen; Zürich ^{3}1996.

Schultze, Otto, Die Frage der Evangelischen Arbeitervereine: Vortrag, gehalten auf der Meißner Konferenz am 25. Juni 1895. Leipzig [1895]. In: Neues sächsisches Kirchenblatt Bd. 2. 1895. Nr. 27/28, Sp. 436 – 440; 445 – 450.

Schuster, Richard, Die Social-Demokratie. Nach ihrem Wesen und ihrer Agitation quellenmäßig dargestellt. Stuttgart ^{2}1876.

Schwab, Sophie, 1. Wie unsere Krippe gegründet wurde. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 32 – 37.

Seeberg, Reinhold, Die Kirche und die soziale Frage. Leipzig 1897.

Seeberg, Reinhold, Die kirchlich-soziale Idee und die Aufgaben der Theologie in der Gegenwart. Referat auf der 12. Hauptversammlung der Freien kirchlich-

sozialen Konferenz zu Karlsruhe i. B. (Hefte der Freien Kirchlich-Sozialen Konferenz 39). Berlin 1907.

Springer, Eduard, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Bd. 4. Zweites Heft: Königreich Württemberg (Schriften des Vereins für Social-politik 120). Leipzig 1905.

Stahl, Friedrich Julius, Die Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten. Zweite Ausgabe. Erlangen 1862.

Statistik der Inneren Mission der Deutschen Evangelischen Kirche, bearb. u. hrsg. von d. Central-Ausschuß für d. Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche. Berlin 1899.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Stuttgart für die Jahre 1914 – 1918. Im Auftrag des Gemeinderats herausgegebenen vom Städt. Statistischen Amt. Stuttgart 1919.

Stuttgarter Vereins-Buch. Stuttgart 1885.

Süddeutscher evangelischer Arbeiterkalender. (Heilbronn) 1904.

Süskind, Gustav Adolph; Werner, Gustav, Repertorium der evangelischen Kirchengesetze in Württemberg 1. Stuttgart 1862.

Syrup-Gleiwitz, Friedrich, Der Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft. In: Archiv für exakte Wirtschaftsforschung 6, Heft 1, 1914, S. 14 - 112.

Thudichum, Friedrich Deutsche Kirchenrecht des neunzehnten Jahrhunderts. Bd. 1. Leipzig 1877.

Trägtmeyer, F., Kosten der Lebenshaltung in Stuttgart 1890 bis 1912. In: Eulenberg, Franz (Hrsg.), Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten. 2. Teil: West- und Süddeutschland (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 145. Abt. C, 2. Teil). München 1914, S. 349 - 422.

Traub, Gottfried, Erinnerungen. München 1949.

Traub, Theodor, Arbeiterrechte und Arbeiterpflichten. Zell im Wiesental 1896.

Traub, Theodor, Kürzere Arbeitszeit. Mit besonderer Berücksichtigung des Programms der evangelischen Arbeitervereine (Evangelisch soziale Zeitfragen Reihe 2 Heft 8). Leipzig 1893.

Trommershausen, Ernst, Die Evangelischen Arbeitervereine und die Reichen. In: ChW 8, 1894, Sp. 442 – 449.

Uebersicht über die Wohltätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg. Für die allgemeine deutsche Ausstellung auf dem Gebiet der Hygiene und des Rettungswesens in Berlin gefertigt durch die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins. Gegenwärtige Uebersicht bietet die erforderlichen Notizen zu den in einem Drehschrenk aufgestellten Plänen von 35 Wohlthätigkeitsanstalten samt Filialen, auf welche hienach an den betreffenden Stellen mit Bezeichnung der Numer hingewiesen ist. Stuttgart 1882.

Uhlhorn, Gerhard, Die christliche Liebestätigkeit. 3 Bde. Stuttgart 1883 - 1890. (ND. Darmstadt 1959).

Uhlhorn, Gerhard, Die Stellung der evangelisch-lutherischen Kirche zur sozialen Frage der Gegenwart. Referat in der Generalversammlung des Evangelischen Vereins zu Hannover. Hannover 1895.

Varnbühler, Karl Freiherr von, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg auf dem Landtage von 1845. Motion des Freiherrn von Varnbühler, verbesserte Fürsorge für die Eisenarbeiter betreffend. Stuttgart 1845.

Verzeichnis der evangelischen Jungfrauenvereine, die sich dem württembergischen Bunde angeschlossen haben, hrsg. vom Bundesausschuß. Stuttgart 1901.

Vischer, Friedrich Theodor, Kritische Gänge. Bd. 1. Tübingen 1844.

Völter, Ludwig, Geschichte und Statistik der Rettungs-Anstalten für arme verwahrloste Kinder in Württemberg. Stuttgart 1845.

Wächter, Guido, Die sociale Bedeutung der evangelischen Kirche in der Gegenwart. 2 Bde. Leipzig 1888.

Watzdorf, W. von, Die Aufgaben der inneren Mission gegenüber der Verendung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Industrie und Gewerbe. (Kleine Bibliothek für innere Mission 5). Dresden 1877.

Weber, Alfred, Das Berufsschicksal der Industriearbeiter. In: Archiv für Sozialwirtschaft und Sozialpolitik 34, 1912, S. 377 – 405.

Wegweiser zu den Anstalten und Vereinen Stuttgarts, welche in den Bereich der inneren Mission gehören. Den Mitgliedern des Kirchenbundes und des Congresses der inneren Mission gewidmet von der Central-Leitung des

Wohlthätigkeits-Vereins und dem Kirchenconvent in Stuttgart im September 1850. Stuttgart 1850.

Weitbrecht, Immanuel, Die evangelischen Arbeitervereine. In: Patria. Jahrbuch der „Hilfe“ 1902, S. 147 - 166.

Weitbrecht, Immanuel, Württembergischer Verband Evangelischer Arbeiter-Vereine. Unser Programm mit kurzen Erläuterungen, nebst den kaiserlichen Erlassen zur Sozialreform u.a. Für unsere Mitglieder. Zell i. Wiesental 1893.

Werner, Gustav, Die Papierfabrik zum Bruderhaus und ihre Eröffnung. Ein Vermächtnis an die Seinen. (Aus dem Friedensboten besonders abgedruckt.) Reutlingen 1851.

Westmeyer, Friedrich, Wohnungselend in Stuttgart. Stuttgart 1911.

Wichern in Stuttgart. Vorträge und Besprechungen über die innere Mission. Hrsg. von H.Z. Stuttgart 1849.

Wichern, Johann Hinrich, Die Aufgabe der evangelischen Kirche, die ihr entfremdenden Angehörigen wiederzugewinnen. In: Johann Hinrich Wichern, Ausgewählte Schriften, hrsg. von Karl Janssen. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage. Gütersloh 1956, S. 219 – 252.

Wichern, Johann Hinrich, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation im Auftrage des Central-Ausschusses für die Innere Mission. Hamburg ^{3}1889.

Wichern, Johann Hinrich, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart. In: Johann Hinrich Wichern, Ausgewählte Schriften, hrsg. von Karl Janssen. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage. Gütersloh 1956, S. 253 – 289.

Wichern, Johann Hinrich, Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart. In: Die Verhandlungen der kirchlichen October-Versammlung in Berlin vom 10. bis 12. October 1871. Berlin 1872, S. 91 – 127.

Wichern, Johann Hinrich, Notstände der protestantischen Kirche und die Innere Mission. In: Johann Hinrich Wichern, Ausgewählte Schriften, hrsg. von Karl Janssen. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage. Gütersloh 1956, S. 59 – 82.

Wichern, Johann Hinrich, Über die Erziehung und Bewahrung der weiblichen Jugend in der arbeitenden Bevölkerung mit besonderer Berücksichtigung der Fabrikbevölkerung. Vortrag am 14. September 1860 auf dem 11. Kirchentag in Barmen. In: Wichern, Johann Hinrich, Ausgewählte Schriften, hrsg. von

Karl Janssen. Bd. 1: Schriften zur sozialen Frage. Gütersloh 1956, S. 205 – 217.

Wiese, Georg Walter Vincent von, Grundsätze des gemeindeutschen Kirchenrechts. Sechste Ausgabe: Ergänzt, glossiert und stylisiert von Karl Eduard Morstadt. Göttingen 1850.

Wiese, Leopold von, Standesentwicklung und Klassenbildung. Vortrag gehalten im Bunde der technisch-industriellen Beamten (Schriften des Bundes der technisch-industriellen Beamten 4). Berlin 1904.

Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg. Wegweiser über die den Hilfsbedürftigen aus dem ganzen Lande zugänglichen Einrichtungen. Von dem k. Ministerium des Innern unter Mitwirkung der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins bearbeitet und herausgegeben. Stuttgart 1879.

Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg. Wegweiser über die den Hilfsbedürftigen aus dem ganzen Lande zugänglichen Einrichtungen. Bearbeitet von der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins. Stuttgart 1898.

Wohlthätigkeits-Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg. Bearbeitet von der der Zentralleitung des Wohlthätigkeitsvereins. Stuttgart 1906.

Wurm, Theophil, Daheim und draußen. Bilder aus der Fürsorge für die weibliche Jugend. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 166 - 177.

Wurm, Theophil, Unsere Aufgabe an den Fabrikarbeiterinnen. Referat. Stuttgart 1899.

Wurster, Paul, Die Lehre von der Inneren Mission. Berlin 1895.

Wurster, Paul, Gustav Werners Leben und Wirken. Reutlingen 1888.

Wurster, Paul; Hennig, Martin, Was jedermann heute von der Inneren Mission wissen muss. Stuttgart 1902; 1914.

Württembergische Kirchengeschichte, hrsg. vom Calwer Verlagsverein. Calw; Stuttgart 1893.

Wüterich, G., Bei den Lehrlingen des Stuttgarter Jugendvereins. In: Hinderer, August (Hrsg.), Was zur Tat wurde. Bilder aus der Inneren Mission in Württemberg. Stuttgart 1909, S. 149 – 157.

Zeller, Die Kirchen. 1. Die evangelische Kirche. In: Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden, hrsg. v. Kgl. Statistischen Landesamt. Bd. 1. Stuttgart 1904, S. 143 - 145.

Ziegler, Theobald, Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts. 10. - 14. Tsd., ungek. Volksausg. Berlin 1911.

Ziegler, Theobald, Die soziale Frage - eine sittliche Frage. Stuttgart 1891.

Zur Erinnerung an die Einweihungs-Feier der neu erbauten Herberge des Vereins zur Fürsorge für Fabrikarbeiterinnen, am 9. Juni 1874. Stuttgart 1874.

9.4. Festschriften, Berichte, Verhandlungs- und Rechenschaftsberichte

100 Jahre Evang. Kleinkinderpflege in Württemberg (zugleich 150jähriges Jubiläum in Deutschland). In: BAW 82.1929, S. 97 f.

100 Jahre Olgakrippe Bad Cannstatt 1875 - 1975. Stuttgart-Bad Cannstatt 1975.

100 Jahre Paulinenpflege und Katharinenschule Stuttgart. In: BAW 73.1920, S. 145 f.; 148 f.; 151 f.

100 Jahre Stuttgarter Kleinkinderschule. In: BAW 82. 1929, S. 102 - 108.

150 Jahre Paulinenpflege Stuttgart 1820 - 1970. Stuttgart-Rohr 1970.

50jähriges Jubiläum des Evangelischen Kindergartens in Stuttgart 1862 - 1912. O.O. (Stuttgart) o.J. (1912).

75 Jahre Stuttgart 1884 bis 1959. Beiträge zu seiner Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 75 jährigen Bestehen der Städtischen Sparkasse Stuttgart. Hrsg. von der Städtischen Sparkasse und Städtischen Girokasse Stuttgart. Stuttgart o. J. (1959).

Bauer, Lothar, Die große Kirchenordnung: Konzeption und Aufbau eines Bildungswesens unter Herzog Christoph. In: 450 Jahre Kirche und Schule in Württemberg. Ausstellung zur 450-Jahrfeier der Evangelischen Landeskirche, erstmals vom 13. - 30. September 1984 im Landespavillon in Stuttgart. Bilder, Dokumente und Texte, im Auftr. der Evang. Oberkirchenrats hrsg. vom Pädagogisch-Theologischen Zentrum Stuttgart (450 Jahre Evangelische Landeskirche in Württemberg 3). Stuttgart ^{3}1987, S. 46 – 73.

Bauer, Lothar, Unter Herzog Ulrich. Anfänge eines staatlichen Bildungswesens in Württemberg. In: 450 Jahre Kirche und Schule in Württemberg. Ausstellung

zur 450-Jahrfeier der Evangelischen Landeskirche, erstmals vom 13. - 30. September 1984 im Landespavillon in Stuttgart. Bilder, Dokumente und Texte, im Auftr. der Evang. Oberkirchenrats hrsg. vom Pädagogisch-Theologischen Zentrum Stuttgart (450 Jahre Evangelische Landeskirche in Württemberg 3). Stuttgart [3]1987, S. 39 – 45.

Bauer, Lothar; Schuster, Robert, Die Orthodoxie in Württemberg, Reformbestrebungen und der Dreißigjährige Krieg. In: 450 Jahre Kirche und Schule in Württemberg. Ausstellung zur 450-Jahrfeier der Evangelischen Landeskirche, erstmals vom 13. - 30. September 1984 im Landespavillon in Stuttgart. Bilder, Dokumente und Texte, im Auftr. der Evang. Oberkirchenrats hrsg. vom Pädagogisch-Theologischen Zentrum Stuttgart (450 Jahre Evangelische Landeskirche in Württemberg 3). Stuttgart [3]1987, S. 74 – 89.

Bayer, H. G., Industrie, Gewerbe u. Handel im Königreich Württemberg unter der Regierungszeit König Wilhelms II. In: Fremdenverkehrsverband Württemberg-Hohenzollern (Hrsg.), Hie gut Württemberg allewege! Ein Erinnerungsbuch zur 25jährigen Feier der Regierung Sr. Majestät König Wilhelms II. von Württemberg 6. Okt. 1891 – 1916. Stuttgart [1917], S. 56 – 61.

Bericht des Vereins für Beschäftigung Brodloser Arbeiter der Stadt Stuttgart über seine Wirksamkeit im Laufe des Jahres … Stuttgart 1854.

Bericht über die Beschäftigungs-Anstalt des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen. Erstattet im April 1871. Stuttgart 1871.

Bericht über die Katharinenschule und Paulinenpflege in Stuttgart zur Feier des 50 jährigen Jubiläums der Paulinenpflege auf den 27. September 1870. Stuttgart 1870.

Bericht über die Verhandlungen des ... Evangelisch-Sozialen Kongresses. Berlin. 1.1890 - 7.1896.

Bericht und Statistik des Süddeutschen Jünglingsbundes. Stuttgart 1890.

Denkschrift zur Feier des 50 jährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt. Cannstatt 1924.

Denkschrift zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Evangelischen Vereins in Cannstatt. Zugl. 37. Rechenschafts-Bericht. Cannstatt 1914.

Die Verhandlungen der Bonner Conferenz für die Arbeiterfrage im Juni 1870. Hrsg. vom Sekretär des Ausschusses. Berlin 1870.

Die Verhandlungen der dritten Versammlung für Gründung eines Deutschen evangelischen Kirchenbundes zu Stuttgart im September 1850 (Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 3). Berlin 1850.

Die Verhandlungen der kirchlichen October-Versammlung in Berlin vom 10. bis 12. October 1871, herausgegeben vom Sekretariat. Berlin 1872.

Die Verhandlungen der Wittenberger Versammlung für Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes im September 1848. Nach Beschluß und im Auftrag derselben veröffentlicht durch ihren Schriftführer Dr. Kling (Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1). Berlin 1848.

Die Verhandlungen der zweiten Wittenberger Verhandlung für Gründung eines Deutschen evangelischen Kirchenbundes im September 1849, veröffentlicht durch Dr. Weiß [Pfarrer zu Königsberg i.R.] (Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2). Berlin 1849.

Die wohlthätigen Anstalten und Vereine im Königreich Württemberg. Festgabe dem Congreß für innere Mission zu Stuttgart am 24. und 25 September 1857 dargeboten von der Centralleitung des Wohlthätigkeits=Vereins. In deren Auftrage verfaßt von Stadtpfarrer (Wilhelm Ferdinand) Leube in Friedrichshafen, auswärtiges Mitglied der Centralleitung. Stuttgart 1857.

Evangelisches Arbeitersekretariat und Volksbureau. Bericht über das Geschäftsjahr 1908.

Goetz, Walter, Der evangelisch-Soziale Kongreß 1902 – 1918. In: Herz, Johannes (Hrsg.), Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft. Fünfzig Jahre Evangelisch-Sozialer Kongreß 1890 – 1940. Leipzig 1940, S. 42 – 78.

Hartmann, Julius, Stuttgart 1864 – 1889. Festgabe der Königlichen Haupt- und Residenzstadt zur Feier des 25 jährigen Regierungsjubiläums seiner Majestät Königs Karls von Württemberg 25. Juni 1889. Stuttgart 1889.

Heller, Alfred, Der Deutsche Buchdruckerverein und sein Werden in fünfzig Jahren (1869 – 1919). Zur 50. Wiederkehr des Gründungstages. Herausgegeben vom Deutschen Buchdrucker – Verein als Jubiläums – Festgabe. München 1919.

Herrmann, Volker, Verzeichnis der Veröffentlichungen von Helmut Talazko. In: Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive. Zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland. Festschrift für Helmut Talazko zum 65. Geburtstag. Stuttgart; Berlin; Köln 1998, S. 365 – 368.

Herz, Johannes, Die wissenschaftliche Arbeit des Evangelisch-Sozialen Kongresses. In: Herz, Johannes (Hrsg.), Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft. Fünfzig Jahre Evangelisch-Sozialer Kongreß 1890 – 1940. Leipzig 1940, S. 121 – 151.

Hofacker, Ludwig, Ein güldenes Jubiläum oder Geschichte der 50jährigen Wirksamkeit der evang. Gesellschaft in Stuttgart. Festschrift. Stuttgart 1880.

Huber, Franz Carl, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern. Im Auftrag des Württembergischen Handelskammertages verfasst. Teil I und II. Stuttgart 1906 und 1910.

Hundert Jahre Paulinenpflege und Katharinenschule. In: BAW 73.1920, S. 145 f.; 148 f.; 151 f.

Ihme, Gerhard, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg. In: 150 Jahre Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des Landeswohlfahrtswerks für Baden-Württemberg. Stuttgart 1967, S. 28–68.

Ihme, Gertrud, Zeittafel. In: 150 Jahre Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des Landeswohlfahrtswerks für Baden-Württemberg. Stuttgart 1967, S.102 – 119.

In fünfzigjährigem Dienst. Festschrift des Stuttgarter Jugendvereins (Verein zur Jugendfürsorge) 1864 - 1914. Stuttgart 1914.

Jahresbericht des evangelischen Volksbureaus (Arbeitersekretariats) in Stuttgart für 1907.

Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive. Zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland. Festschrift für Helmut Talazko zum 65. Geburtstag. Stuttgart; Berlin; Köln 1998.

Kaschuba, Wolfgang, 1900: Kaiserreich, Arbeiterkultur und die Moderne. In: Kocka Jürgen u. a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozi-

alstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München [u.a.] 1994, S. 71 – 92.

Kircher, Albrecht, Daß allen Menschen geholfen wird. Diakonie seit 1830. Evang. Ges. Stuttgart e.V. Stuttgart 1980.

Kocka, Jürgen (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München [u.a.] 1994.

Kollmer v. Oheimb-Loup, Gert, Tendenzen industriellen Wachstums in Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Kritische Anmerkungen zum Forschungsstand. In: Maurer, Hans-Martin (Hrsg.), Württemberg um 1840. Beiträge zum 150jährigen Bestehen des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins. (Lebendige Vergangenheit 18). Stuttgart 1994, S. 57 – 70.

Kollmer – von Oheimb – Loup, Gert, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. In: Niemann, Harry; Feldenkirchen, Wilfried (Hrsg.), 100 Jahre DaimlerChrysler Werk Untertürkheim 1904 – 2004 (Wissenschaftliche Schriftenreihe 8). Vaihingen/Enz 2005, S. 49 – 67.

Kröner, Karl; Hartmann, Julius von, Der Lokalwohltätigkeits-Verein in Stuttgart, 1805–1905. Stuttgart 1905.

Lauxmann, Richard, 75 Jahre Kleinkinderschule in Zuffenhausen 1851 - 1926. Zuffenhausen-Stuttgart 1926.

Lorenz, Friedhelm, Die Jahre reden. 100 Jahre Evangelischer Verein (Verein für Innere Mission) Stuttgart-Bad Cannstatt. 1874 – 1974. Bad-Cannstatt. 1974.

Pfleiderer, Ernst, Rechenschaftsbericht zum 50 jährigen Jubiläum der Olgakrippe in Cannstatt am 2. Mai 1925. In: Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg 79. 1926. S. 29 - 31.

Rade, Martin, Die Geschichte des Evangelisch-Sozialen Kongresses In: Johannes Herz, Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft. Fünfzig Jahre Evangelisch-Sozialer Kongreß 1890 – 1940. Leipzig 1940, S. 9 – 13.

Reihs, Sigrid; Illian, Christian, Bibliographie der Veröffentlichungen von Günter Brakelmann (1962-1996). In: Bockermann, Dirk; Friedrich, Norbert; Illian, Christian; Jähnichen, Traugott; Schatz, Susanne (Hrsg.), Freiheit gestalten. Zum Demokratieverständnis des deutschen Protestantismus. Kommentierte

Quellentexte 1789 – 1989. Festschrift für Günter Brakelmann zum 65. Geburtstag. Göttingen 1996, S. 423 - 435.

Remppis, Martin (Hrsg.), In Gottes Rüstung vorwärts. Aus hundertjähriger Geschichte der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart 1830 - 1930. Stuttgart 1930.

Risch, Adolf, Festschrift zur Jahrhundert-Feier der Privilegierten Württembergischen Bibelanstalt. Erster Teil: Wie die Bibel ein deutsches Volksbuch ward. Zweiter Teil: Die Privileg. Württ. Bibelanstalt 1812/1912. Stuttgart 1912.

Sarx, Tobias (Hrsg.), Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Jochen-Christoph Kaiser zum 65. Geburtstag (Konfession und Gesellschaft 47). Stuttgart 2013.

Scheufele, Christian, 125 Jahre Christlicher Verein Junger Menschen Stuttgart. 1861 - 1986. Stuttgart 1986.

Schmierer, Wolfgang; Weber, Hans, 125 Jahre Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart. Ältestes Wohnungsunternehmen der Landeshauptstadt, gegründet 1866; juristische Person aufgrund königlicher Verleihung vom 1. November 1883. [Texte: Wolfgang Schmierer; Hans Weber]. Stuttgart (1991).

Scholl, Albert, Die Zusammenarbeit der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg von 1816 – 1966. In: 150 Jahre Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des Landeswohlfahrtswerks für Baden-Württemberg. Stuttgart 1966, S. 1 – 6.

Schulz, Gerhard, Lange Schatten. Über wirtschaftliche Notlagen und Entwicklungsrückstände in der europäischen Geschichte – Ursachen, Formen und Folgen. In: Kocka Jürgen u. a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München [u.a.] 1994, S. 517 – 537.

Straub, Jakob (Hrsg.), 125 Jahre evangelische Kinderpflege in Stuttgart. Stuttgart-Rohr 1954.

Stuttgart. Die Anstalten und Vereine für Wohlthätigkeit. Festgabe für die Mitglieder des Kirchentages und Kongresses für innere Mission von den bürgerlichen Kollegien der Stadt. In deren Auftrag verfaßt von ihrem kirchlichen Vorstand Stadtdekan (Karl August) Leibbrand. Stuttgart 1869.

Talazko, Helmut, Johann Hinrich Wichern. In: Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Soziale Arbeit in historischer Perspektive. Zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland. Festschrift für Helmut Talazko zum 65. Geburtstag. Stuttgart; Berlin; Köln 1998, S. 191 - 207.

Trischler, Helmuth, Gewerkschaftliche Sozialreform und bürgerliche Sammlungspolitik. Die Volksversicherung im Wilhelminischen Deutschland. In: Kocka Jürgen u. a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München [u.a.] 1994, S. 618 – 633.

Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau. Bericht über das Geschäftsjahr 1909.

Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau. 7. Jahresbericht über die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitersekretariats und Volksbureaus 1910.

Verein für das Evangelische Arbeitersekretariat und Volksbureau. 11. Jahresbericht erstattet für das Geschäftsjahr 1914.

Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen. 50. Jahres-Bericht. Rückblick auf eine 50 jährige Vereinstätigkeit und Rechenschafts-Bericht für das Jahr 1915/16. Stuttgart 1916.

Voelter, Immanuel, Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1890 – 1902. In: Johannes Herz, Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft. Fünfzig Jahre Evangelisch-Sozialer Kongreß 1890 – 1940. Leipzig 1940, S. 14 - 41.

Von Gottes Gnaden. 250 Jahre Württembergisches Pietisten-Reskript. 1743 – 1993, hrsg. im Auftrag des Oberkirchenrats der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Stuttgart 1993.

Weller, Arnold, Wohlfahrtspflege in Württemberg 1817–1966. In: 150 Jahre Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. Festschrift zum 150jährigen Jubiläum des Landeswohlfahrtswerks für Baden-Württemberg, Stuttgart 1966, S. 7–19.

Winter, Ludwig Friedrich, Zur Erinnerung an das 50 jährige Bestehen der Olga-Krippe in Stuttgart. 1868 - 1918. Stuttgart 1918.

Wurm, Theophil (Hrsg.), Die evangelische Gesellschaft in Stuttgart 1830 - 1905. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum. Stuttgart 1905.

Zum Herzog Christoph Evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1889. Stuttgart 1889.

Zum Herzog Christoph Evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes auf das Geschäftsjahr 1890. Stuttgart 1890.

Zum Herzog Christoph Evangelisches Vereinsgasthaus in Stuttgart. Geschäftsbericht des Vorstandes auf das Geschäftsjahr 1891. Stuttgart 1891.

Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Paulinenpflege und Katharinenschule in Stuttgart. Stuttgart 1921.

9.5. Sekundärliteratur

Adler, Renate Karoline, Demographie und Familiengeschichte der beiden Schwarzwalddörfer Aach und Schönmünzach im Kreis Freudenstadt. Rückwirkungen der beginnenden Industrialisierung auf die ländliche Sozialstruktur (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 14). St. Katharinen 1991. (Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1990).

Aland, Kurt, Der Pietismus und die soziale Frage. In: Aland, Kurt (Hrsg.), Pietismus und moderne Welt. Witten 1974, S. 99 – 137.

Alberti, Günter von, Ferdinand Steinbeis 1807 – 1893. Ferdinand Steinbeis und die Gewerbeförderung im Königreich Württemberg. Stuttgart ^{5}2009.

Apel, Karl, Die soziale Frage im Lichte der Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses [ca. 1940]. Marburg, Univ., Diss., 1940.

Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg. Ausstellungsbegleitheft des Ludwig-Uhland-Instituts für empirische Kulturwissenschaft, Universität Tübingen. Tübingen 1976.

Aus der Geschichte des Evangelischen Vereins in Bad Cannstatt. Evangel. Verein, Verein für Diakonische Arbeit. Stuttgart-Bad Cannstatt [circa 1984].

Bachteler, Oskar, Die Verteilung der württembergischen Industrie auf Stadt und Land (Diss. Tübingen 1923 Masch.).

Bartel, Karlheinz, Gustav Werner. Eine Biographie. Stuttgart 1990.

Bäuerle, Theodor, Gustav Werner. Ein Mann der Tat. Mit einem zweiten Teil: Worte von Gustav Werner. Berlin-Lübars 1929.

Becker, Winfried, Sozialpolitische Vorstellungen der Kirchen und ihre Realisierung im 19. Jahrhundert (bis zu rerum novarum). In: Pohl, Hans (Hrsg.), Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart (VSWG Beiheft 95). Stuttgart 1991, S. 177 - 193.

Benrath, Gustav Adolf, Die Erweckung innerhalb der deutschen Landeskirchen 1815 – 1888. Ein Überblick. In: Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 3: Der Pietismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 150 – 271.

Berghoff, Hartmut, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus. Hohner von 1857 – 1918. In: Geschichte und Gesellschaft 23, 1997, S. 167 – 204.

Bergner, Mathias, Das württembergische Bankwesen. Entstehung, Ausbau und struktureller Wandel des regionalen Bankwesens bis 1923 (Beiträge zur südwestdeutschen Wortschafts- und Sozialgeschichte 16). St. Katharinen 1993. (Zugl.: Hohenheim, Univ., Diss., 1992).

Besier, Gerhard, Religion, Nation, Kultur. Die Geschichte der christlichen Kirchen in den gesellschaftlichen Umbrüchen des 19. Jahrhunderts. Neukirchen-Vluyn 1992.

Beyreuther, Erich, Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit (Lehrbücher für die diakonische Arbeit 1). Berlin ^{3}1983.

Beyreuther, Erich, Geschichte des Pietismus. Stuttgart 1978.

Beyreuther, Erich, Die Erweckungsbewegung (Die Kirche in ihrer Geschichte 4, R 1). Göttingen 1963.

Bezner, Alfred, Pietismus und Methodismus im 19. Jahrhundert in Walheim. Diss. Trier 2002.

Blätter für württembergische Kirchengeschichte (BWKG) 113, 2013. Im Auftrag des Vereins für württembergische Kirchengeschichte. Themenschwerpunkt: Protestantismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert.

Boelcke, Willi A., Das Haus Württemberg und die Wirtschaftsentwicklung des Landes. In: Uhland, Robert (Hrsg.), 900 Jahre Württemberg. Leben und Leistung für Land und Volk. Mit einem Geleitwort S.K.H. Carl Herzog von Württemberg. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz ^{3}1985, S. 636 - 662.

Boelcke, Willi A., Die Industrie in Baden und Württemberg 1895. Beiwort zur Karte XI,7. Historischer Atlas von Baden-Württemberg Erläuterungen. Stuttgart 1988.

Boelcke, Willi A., Die Industrialisierung – Bedingtheiten im Südwesten. In: Rinker, Reiner; Setzler, Wilfried (Hrsg.), Die Geschichte Baden-Württembergs. Stuttgart 1986, S. 254 – 263.

Boelcke, Willi A., Die industrielle Revolution. In: Wehling, Hans-Georg; Hauser-Hauswirth, Angelika (Hrsg.), Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 27). Stuttgart 1998, S. 85 – 98.

Boelcke, Willi A., Handbuch Baden-Württemberg. Politik, Wirtschaft, Kultur von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Stuttgart 1982.

Boelcke, Willi A., Industrieller Aufstieg im mittleren Neckarraum zwischen Konjunktur und Krise. Das Beispiel der Werkzeug-, Maschinen- und elektrotechnischen Industrie. In: ZWLG 43, 1984, S. 287 - 326.

Boelcke, Willi A., Sozialgeschichte Baden-Württembergs, 1800 - 1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Stuttgart; Berlin; Köln 1989.

Boelcke, Willi A., Standort: Region Stuttgart, Strukturentwicklungen vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart (Standortfaktoren). In: ZWLG 58, 1999, S. 247 – 271.

Boelcke, Willi A., Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg. In: ZWLG 32, 1973, S. 436 - 520.

Boelcke, Willi A., Wirtschaftgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart 1987.

Bollenbeck, Georg, Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen. Kronberg / Ts. 1976.

Born, Karl Erich, Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 10. Geschichte). Köln 1966, S. 271 - 284.

Born, Karl Erich, Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel in Deutschland am Ende des 19. Jahrhundert. In: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte. Königstein ^{2}1981, S. 485 - 503.

Borscheid, Peter, Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert) (Industrielle Welt 25). Stuttgart 1978.

Borscheid, Peter, Verdienst, Einkommen und Vermögen älterer städtischer Arbeiter während der Industrialisierung In: Teuteberg, Hans Jürgen (Hrsg.), Stadtwachstum, Industrialisierung, sozialer Wandel. Beitr. zur Erforschung d. Urbanisierung im 19. u. 20. Jh. (Schriften des Vereins für Socialpolitik; N.F. 156). Berlin 1986, S. 255 – 276.

Borscheid, Peter; Schomerus, Heilwig, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert In: Paul J. Müller (Hrsg.), Die Analyse prozess-produzierter Daten. Stuttgart 1977, S. 199 – 224.

Borscheid, Peter; Schomerus, Heilwig, Mobilität und soziale Lage der württembergischen Fabrikarbeiterschaft im 19. Jahrhundert In: Langewiesche, Dieter; Schönhoven, Klaus (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Paderborn 1981, S. 121 – 138.

Borst, Otto, Geschichte Baden-Württembergs. Ein Lesebuch. Hrsg. von Susanne und Franz Quarthal. Stuttgart ^{3}2012.

Borst, Otto, Leitbilder und geistige Antriebkräfte. In: Borscheid, Peter; Borst, Otto, Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts. Stuttgart 1989, S. 11 – 50.

Borst, Otto, Pietismus und Industrie. In: Blümcke, Martin (Hrsg.), Abschied von der Dorfidylle? Ein Lesebuch vom Leben und Arbeiten im deutschen Südwesten in den letzten 200 Jahren. Eine Auslese aus der Vortragsreihe der Südfunkredaktion „Land und Leute“ Stuttgart 1982, S. 170 – 177.

Borst, Otto, Staat und Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie. In: Tradition 3/4, 1966. S. 105 - 126; 153 - 175.

Borst, Otto, Stuttgart. Die Geschichte der Stadt. Stuttgart; Aalen ^{3}1986.

Borst, Otto, Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Stuttgarter Westens. In: Beiträge zum Stuttgarter Westen 1, 1985, S. 81 - 96.

Brakelmann, Günter, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (Materialreihe der evangelischen Sozialseminare von Westfalen 1/2). Witten/Ruhr 1962; ^{2}1964; ^{7}1981.

Brakelmann, Günter, Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/1934. Der Weg nach Barmen. Ein Arbeitsbuch. Berlin; Münster 2010.

Brakelmann, Günter, Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – einige Anmerkungen zur Geschichte ihres Verhältnisses bis 1933. In: Brandt, Willy; Woodcock, Leonard (Hrsg.), Festschrift für Eugen Loderer zum 60. Geburtstag. Köln 1980, S. 99 – 109.

Brakelmann, Günter, Kirche und Sozialismus im 19. Jahrhundert. Die Analyse des Sozialismus und Kommunismus bei Johann Hinrich Wichern und bei Rudolf Todt. Witten 1966.

Brakelmann, Günter, Zwischen Widerstand und Mitverantwortung. Vier Studien zu Protestantismus in sozialen Konflikten (SWI ... außer der Reihe 17). Bochum 1994.

Brattgård, Helge, Bibeln och Människan. I Magnus Friedrich Roos' Teologi. En systematisk studie i württembergs- pietism (Studia theologica Lundensia 10). Lund 1955. (Zugl.: Lund, Univ., Diss., 1955).

Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 1: Der Pietismus vom siebzehnten bis zum frühen achtzehnten Jahrhundert. Göttingen 1993.

Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 2: Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert. Göttingen 1995.

Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 3: Der Pietismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Göttingen 2000.

Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 4: Glaubenswelt und Lebenswelten. Göttingen 2004.

Brecht, Martin, Der württembergische Pietismus. In: Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 2: Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert. Göttingen 1995, S. 224 – 295.

Brecht, Martin, Die Anfänge der historischen Darstellung des württembergischen Pietismus. In: BWKG 66 / 67, 1966 / 67, S. 44 – 51.

Brecht, Martin, Die Frömmigkeit des Pietismus (Theologische Beiträge aus dem kirchenkreis Vlotho). Bad Oeyenhausen 2003.

Brecht, Martin, Die Hermeneutik des jungen J. A. Bengel. In: BWKG 66 / 67, 1966 / 67, S. 52 – 64.

Bredendiek, Walter, Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1953.

Brennecke, Hanns Christof, Kirche und Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert – eine Konfliktgeschichte. In: Rehm, Johannes; Ulrich Hans G. (Hrsg.), Menschenrecht auf Arbeit? Sozialethische Perspektiven. Stuttgart 2009, S. 51 – 67.

Brenning, Joachim, Christentum und Sozialdemokratie. Paul Goehre, Fabrikarbeiter, Pfarrer, Sozialdemokrat, eine sozialethisch-historische Untersuchung. Marburg, Univ., Diss., 1980.

Brock, Ditmar; Vetter, Hans-Rolf, Alltägliche Arbeiterexistenz. Soziologische Rekonstruktionen des Zusammenhangs von Lohnarbeit und Biographie. Frankfurt/Main [u.a.] 1982.

Bruch, Rüdiger vom, 1890 – Gründungsjahr des Evangelisch-Sozialen Kongresses In: Heienbrok, Klaus; Przybylski, Hartmut; Segbers, Jürgen (Hrsg.), Protestantische Wirtschaftethik und Reform des Kapitalismus (SWI Materialien 6). Bochum 1991, S. 11 – 18.

Brüggemeier, Franz-Josef, „Trautes Heim – Glück allein“? Arbeiterwohnen. In: Ruppert, Wolfgang (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“. München 1986, S. 117 - 126.

Burkhardt, Martin, Zentren, Peripherie zu Beginn der Industriellen Revolution in Württemberg. In: ZWLG 70, 2011, S. 341 – 370.

Buzengeiger, Walter, Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ulm 1949. (München, Univ., Staatswiss. Fak., Diss. (masch.).

Christ, Hans, Christlich-religiöse Lösungsversuche der sozialen Frage im mittleren 19. Jahrhundert. Wichern - V. A. Huber - Wilhelm Löhe - Gustav Werner. Erlangen 1951. (Erlangen, Univ., phil. Fak., Diss. (masch.), Univ.).

Christ-Gmelin, Maja, Die württembergische Sozialdemokratie 1890 – 1914. In: Schadt, Jörg (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Mit einem Geleitwort von Erhard Eppler (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3). Stuttgart; Berlin u. ö. 1979, S. 107 – 131.

Cleve, Ingeborg, Ware Schönheit nutzen. Beziehungen zwischen Industrie und Kunst, Musealisierung und Geschmacksbildung im Entstehungsprozeß der modernen Konsumgesellschaft. 3 Bde. Tübingen, Univ., Diss., 1992.

Conze, Werner, Der Verein als Lebensform des 19. Jahrhunderts. In: Die Innere Mission 50, 1961, S. 226 - 241.

Conze, Werner, Sozialgeschichte 1850 – 1918. In: Aubin, Hermann (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1976, S. 602 – 684.

Conze, Werner, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland. In: Fischer, Wolfram; Bajor, Georg (Hrsg.), Die soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung. Stuttgart 1967, S. 17 - 48.

Dann, Otto, Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland. In: Ulrich Engelhardt; Werner Conze (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beitr. zur Geschichte d. modernen Welt (Industrielle Welt; Sonderbd.). Stuttgart 1976, S. 197 - 232.

Dehlinger, Alfred, Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute. 2 Bde. Stuttgart 1951; 1952.

Deutelmoser, Otto K., Die Ehrbarkeit und andere württembergische Eliten. Stuttgart; Leipzig 2010.

Dieterich, Paul, Einführung in das Tagungsthema Asyl in Württemberg. In: BWKG 110, 2010, S. 11 - 45

Dillmann, Klaus Konrad, Robert Vollmöller. Leben und Zeit eines schwäbischen Textilunternehmers. Weinsberg 1999.

Ditt, Karl, Fabrikarbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert in der neueren deutschen Sozialgeschichtsschreibung. Eine Zwischenbilanz. In: Geschichte und Gesellschaft 20, 1994, S. 299 – 320.

Dowe, Dieter, Deutschland: Das Rheinland und Württemberg im Vergleich. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich (Kleine Vanedenhoeck-Reihe 1494). Göttingen 1983, S. 77 – 105.

Dowe, Dieter, II. Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850. In: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (Arbeitsbücher: Sozialgeschichte und sozialen Bewegung) (Beck'sche Elementarbücher). München 1981, S. 31 – 51.

Eger, Hans, Der Evangelisch-Soziale Kongress. Ein Beitrag zu seiner Geschichte und Problemstellung. Heidelberg, Univ., Phil. Diss. 1931.

Ehmer, Hermann, Johann Georg Rapp (1757 – 1847). In: Hermle, Siegfried (Hrsg.), Kirchengeschichte Württembergs in Porträts. Pietismus und Erweckungsbewegung (Hänssler-Paperback). Holzgerlingen 2001, S. 219 – 243.

Ehmer, Hermann, Geschichte der Evangelischen Kirche in Württemberg. Leinfelden – Echterdingen 2008.

Ehmer, Hermann; Holtz, Sabine, Der Kirchenkonvent in Württemberg. Der Stand der Forschung. In: Ehmer, Hermann (Hrsg.), Der Kirchenkonvent in Württemberg (Quellen und Forschungen zur Württembergischen Kirchengeschichte Bd. 21). Epfendorf/Neckar 2009, S. 9 – 15.

Ehmer, Hermann; Kammerer, Hansjörg, Biographisches Handbuch der Württembergischen Landessynode (Landeskirchentag). Mit Landeskirchenversammlung und Beirat der Kirchenleitung 1869 bis zur Gegenwart. Stuttgart 2005.

Ehmer, Josef, Heiratsverhalten, Sozialstruktur, ökonomischer Wandel. England und Mitteleuropa in der Formationsperiode des Kapitalismus (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 92). Göttingen 1991. (Teilw. zugl.: Wien, Univ., Habil.-Schr., 1989 u.d.T.: Ehmer, Josef: Das Heiratsverhalten und die Traditionen des Kapitalismus)

Ehmer, Josef, Lohnarbeit und Lebenszyklus im Kaiserreich. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 448 - 471.

Eidt, Ellen, Der evangelische Diakonat - Entwicklungslinien in Kirche und Diakonie am Beispiel Württembergs(Diakonat - Theoriekonzepte und Praxisentwicklung 2). Stuttgart 2011.

Eisler, Jakob, Skizzen zum Leben von Paul Lechler – sozialer Reformer in Württemberg. In: BWKG 113, 2013, S. 219 – 226.

Euchner, Walter, Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, katholische Soziallehre, protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hrsg. von Helga Grebing. Wiesbaden ^{2}2005.

Euchner, Walter; Grebing, Helga (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, katholische Soziallehre, protestantische Sozialethik. Ein Handbuch (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen 13). Essen 2000.

Evangelischer Verein Stuttgart Bad-Cannstatt. Seit 1874. Verein für Diakonische Arbeit e. V. Stuttgart (ca. 1984).

Faber, Ernst, Die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zu sozialpolitischen Problemen. Würzburg, Univ., Diss., 1928. (Auch als: Kirchlich-soziales Heft 70).

Faber, Hermann, Fünfzig Jahre Landesverband der Inneren Mission in Württemberg 1914 – 1964. Stuttgart 1964.

Fahlbusch, Wilhelm, Evangelische Kirche und Arbeiterschaft (Vorlagen 16). Hannover 1984.

Fausel, Heinrich, Die evangelischen Kirchen. In: Pfizer, Theodor (Hrsg.), Baden-Württemberg. Staat, Wirtschaft, Kultur. Stuttgart 1963, S. 291 - 305.

Feldenkirchen, Wilfried, Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. In: ZUG 26, 1981, S. 1 - 41.

Fenske, Hans, Staat, Gesellschaft, Kirchen. Südwestdeutschland im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: Ammerich, Hans (Hrsg.), Zwischen „Staatsanstalt“ und Selbstbestimmung. Kirche und Staat in Südwestdeutschland vom Ausgang des Alten Reiches bis 1870 (Oberrheinische Studien 17). Stuttgart 2000. S. 83 - 104.

Feyer, Ute, Die Anfänge der Industrie in Baden-Württemberg 1829/1832. Beiwort zur Karte XI,6. Historischer Atlas von Baden-Württemberg Erläuterungen. Stuttgart 1973.

Feyerabend, Bruno, Die evangelischen Arbeitervereine. Diss. Frankfurt 1955.

Fick, Ulrich, Das evangelische Württemberg, Gestalt und Geschichte der Landeskirche. Stuttgart 1983.

Findeisen, Hans-Volkmar, Pietismus in Fellbach 1750 - 1820 zwischen sozialem Protest und bürgerlicher Anpassung. Zur historisch-sozialen Entwicklungsdynamik eines millenaristischen Krisenkults. Tübingen, Univ., Diss., 1985.

Firges, Jean, Der Pietismus im deutschen Südwesten. Sonnenberg 2005.

Fischer, Heinz-Dietrich, Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts. München 1973.

Fischer, Wolfram, Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1476). Göttingen 1982.

Fischer, Wolfram, Die Industrialisierung und ihre Probleme. In: Borst, Otto (Hrsg.), Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815 - 1848 in Baden und Württemberg (Stuttgarter Symposion 2). Stuttgart 1992, S. 128 - 146.

Fischer, Wolfram, Innerbetrieblicher und sozialer Status der Fabrikarbeiter. In: Fischer, Wolfram, Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung- Aufsätze – Studien – Vorträge (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 1). Göttingen 1972, S. 258 – 284.

Flammer, Helmuth (Hrsg.), Kirche und Sozialismus (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern 1029). Gütersloh 1981.

Flik, Reiner, Von der Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft: Baden-Württemberg 1800 – 2000. In: Cost, Hilde; Körber-Weik, Margot (Hrsg.), Die Wirtschaft von Baden-Württemberg im Umbruch (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg 29). Stuttgart 2002, S. 44 – 68.

Flohr, Bernd, Arbeiter nach Maß. Die Disziplinierung der Fabrikarbeiterschaft während der Industrialisierung Deutschlands im Spiegel von Arbeitsordnungen. (Campus Forschung). Frankfurt/Main 1981.

Fogarty, Michael P., Christliche Demokratie in Westeuropa 1820 – 1953. Freiburg im Breisgau 1959.

Frenkel, Rainer, Die Geschichte rückwärts. Arbeiten und Wohnen in der Schwäbischen Region von vorgestern bis heute. In: Wohnen und Gewerbe in der Großstadtregion. Grenzen der Entwicklung am Beispiel des Ballungsgebietes Stuttgart. Mit Beitr. von Rainer Frenkel; Günther Schanz; Thomas Sieverts, hrsg. von der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart 1987, S. 13 – 26.

Fricke, Dieter, Zu einigen Aspekten der Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland In: Konfessionelle, liberale und unternehmensabhängige Arbeiterbewegung bis zum zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften. Internat. Tagung d. Historiker d. Arbeiterbewegung. 18. Linzer Konferenz 1982. Linz, 15. bis 17. Sept. 1982. Lexikale Hilfsmittel zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Geschichte der Arbeiterbewegung 18). Bearb. von Brigitte Kepplinger. Wien 1985, S. 233 – 254.

Friedrich, Martin, Kirchliche Armenpflege! Innere Mission, Kirche und Gesellschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Friedrich, Martin; Friedrich, Norbert; Jähnichen, Traugott, Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Sozialer Protes-

tantismus im Vormärz (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus 2). Münster 2001, S. 21 – 42.

Friedrich, Norbert (Hrsg.), Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen - Lösungsperspektiven - Handlungsprofile (Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus 6). Münster 2005.

Friedrich, Norbert, „Sozialer Protestantismus“ im Kaiserreich – ein Überblick. In: Friedrich, Norbert; Jähnichen, Traugott (Hrsg.), Sozialer Protestantismus im Kaiserreich: Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile. Münster 2005, S. 9 – 16.

Fritz, Eberhard, Johann Georg Rapp (1757 – 1847) und die Separatisten in Iptingen. In: BWKG 95, 1995, S. 133 – 207.

Fritz, Friedrich, Altwürttembergische Pietisten. (BWKG Sonderheft 10; 11) (Aus: Für Arbeit und Besinnung 4. 1950; 9. 1955; 10. 1956). 2 Bde. Stuttgart 1950/56.

Fritz, Friedrich, Die Evangelische Kirche Württembergs im Zeitalter des Pietismus. In: BWKG 55, 1955, S. 68 – 116; 56, 1956, S. 99 – 167; 57/58, 1957/58, S. 44 – 68.

Fritz, Friedrich, Die Liebestätigkeit des altwürttembergischen Pfarrhauses. In: BWKG 25, 1921, S. 213 - 245.

Fritz, Friedrich, Die Wiedertäufer und der württembergische Pietismus. In: BWKG 43, 1939, S. 140 - 194.

Fritz, Friedrich, Geschichte des Stundenwesens im Amtsoberamt Stuttgart. In: BWKG 26, 1922, S. 98 - 129.

Fritz, Friedrich, Johann Valentin Andreäs Wirken im Dienste der Württembergischen Kirche. In: BWKG 32, 1928, S. 37 - 126.

Fritz, Friedrich, Luthertum und Pietismus. Aus dem Lande von Brenz und Bengel. In: BWKG 46, 1946, S. 122 - 196.

Fritz, Friedrich, Württemberg in der Zeit des Pietismus. Nach den Worten Georg Konrad Riegers. In: BWKG 54, 1954, S. 117 - 124.

Geck, Ludwig Heinrich Adolf, Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit. Eine geschichtliche Einführung in die Betriebssoziologie. Berlin 1931. (ND Darmstadt 1977).

Gehring, Paul, Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816 – 1864). In: ZWLG 9, 1949/50, S. 196 – 257.

Gerhardt, Martin, Ein Jahrhundert Innere Mission. 2 Bde. Gütersloh 1948.

Gerhardt, Martin, Friedrich von Bodelschwingh. Ein Lebensbild aus der deutschen Kirchengeschichte. 3 Bde. Bethel bei Bielefeld 1950 – 1958.

Gerhardt, Martin, Johann Hinrich Wichern. Ein Lebensbild. 3 Bde. Hamburg 1927 – 1931.

Gerhardt, Martin, Theodor Fliedner. Ein Lebensbild. 2 Bde. Düsseldorf-Kaiserswerth 1933 / 1937.

Gestrich, Andreas, Pietismus und ländliche Frömmigkeit in Württemberg im 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Haag, Norbert (Hrsg.), Ländliche Frömmigkeit. Konfessionskulturen und Lebenswelten 1500 - 1850. Tagung „Die Kirche im Dorf“. Ländliche Frömmigkeit in der Frühen Neuzeit, vom 5. bis 7. Mai 2000 im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Stuttgart 2002, S. 343 - 358.

Glück, Horst, Parteien, Wahlen und politische Kultur in einer württembergischen Industrieregion. Die Stadt Esslingen und der Mittlere Neckarraum (Esslinger Studien 10). Esslingen 1991.

Göggelmann Walter, Christliche Weltverantwortung, zwischen Sozialer Frage und Nationalstaat. Zur Entwicklung Friedrich Naumanns 1860 - 1903 (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung: wissenschaftliche Reihe). Baden-Baden 1987.

Göggelmann, Walter, Ein Haus dem Reich Gottes bauen. Diakonie und Sozialform in Gustav Werners Hausgenossenschaft (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 32). Heidelberg 2007.

Göggelmann, Walter, Dem Reich Gottes Raum schaffen. Königsherrschaft Christi, Eschatologie und Diakonie im Wirken von Gustav Werner (1809 - 1887). (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 31). Heidelberg 2007.

Göggelmann, Walter, Der „Fall Gustav Werner“. Ein Konflikt in der Württembergischen Kirche. Stuttgart 2012.

Götzelmann, Arnd, Diakonische Antworten und soziale Frage. Die historischen Wurzeln der Diakonie im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert (Wiederab-

druck). In: Hermann, Volker (Hrsg.), Zur Diakonie im 19. Jahrhundert. Überblicke - Durchblicke - Einblicke (DWI-Info Sonderausgabe 6). Heidelberg 2005, S. 34 - 75.

Götzelmann, Arnd, Die Soziale Frage. In: Brecht, Martin; Deppermann, Klaus; Gäbler, Ulrich; Lehmann, Hartmut (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 3 (2000), S. 272 - 307.

Graf, Friedrich Wilhelm, Die Spaltung des Protestantismus. Zum Verhältnis von evangelischer Kirche, Staat und Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert. In: Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt 54). Stuttgart 1993, S. 157 - 190.

Gransche, Elisabeth; Rothenbacher, Franz, Wohnbedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 1861 – 1910. In: Geschichte und Gesellschaft 14, 1988, S. 64 – 95.

Grebing Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert. Berlin 2007.

Grebing, Helga; Stegmann, Franz Josef, Einleitung. In: Gottschalch, Wilfried; Karrenberg, Friedrich; Stegmann, Franz Josef (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (Deutsches Handbuch der Politik 3). München [u.a.] 1969, S. 1 – 18.

Greschat, Martin, Das Zeitalter der industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne (Christentum und Gesellschaft 11). Stuttgart u.a. 1980.

Greschat, Martin, Industrialisierung, Bergarbeiterschaft und „Pietismus“. Anmerkungen zur Wirkungsgeschichte eines Frömmigkeitstyps in der Moderne. In: PuN 11, 1985, S. 173 - 192.

Griesmeier, Josef, Die Entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1, 1954/55, S. 121 – 242.

Gutekunst, Eberhard, Das Pietistenreskript von 1743. In: BWKG 94, 1994, S. 9 – 26.

Gysin, Jürgen, „Fabriken und Manufakturen“ in Württemberg während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 11). St. Katharinen 1989.

Häcker, Hans, Die Entwicklung des Aufsichtsrechts, speziell des Visitationsrechts, in der evangelischen Kirche Württembergs. Diss. Tübingen 1925.

Hagel, Jürgen, Cannstatt und seine Geschichte. Hrsg. vom Verein Pro Alt-Cannstatt. Tübingen ^{2}2007.

Hagel, Jürgen, Die Siedlungsentwicklung im Stuttgarter Raum. In: Schleuning, Hans (Hrsg.), Stuttgart-Handbuch. Stuttgart 1985, S. 189 – 219.

Hagel, Jürgen, Maskenfest und Mammutzähne. Episoden aus Stuttgarts Vergangenheit. Tübingen 2000.

Hagel, Jürgen, Saurier, Pest und Brotkrawall. Episoden aus Stuttgarts Vergangenheit. Tübingen 2000.

Hagel, Jürgen, So soll es seyn. Königliche Randbemerkungen und Befehle zur Stadtgestaltung in Stuttgart und Cannstatt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 70). Stuttgart 1996.

Hagel, Jürgen, Vom Weinbaudorf zum Industriestandort. Die Entwicklung Feuerbachs von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 33). Stuttgart 1991.

Hahn, Hans-Werner, Berding, Helmut, Reformen, Restauration und Revolution 1806 - 1848/49. (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 14). Stuttgart ^{10}2010.

Hamacher, Elke Elisabeth, Paul Lechler und die Wohnungsfrage um 1900 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. Beiheft 31). Wiesbaden 1984.

Hammerschmidt, Peter; Tennstedt, Florian, Der Weg zur Sozialarbeit: Von der Armenpflege bis zur Konstituierung des Wohlfahrtsstaates in der Weimarer Republik. In: Thole, Werner (Hrsg.), Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch unter Mitarbeit von Karin Bock und Ernst-Uwe Küster. Opladen 2002, S. 63 – 76.

Härle, Eugen, Familie Vollmöller. In: Ilsfeld in Geschichte und Gegenwart. Ein Heimatbuch für Ilsfeld, Auenstein und Schozach. Ilsfeld 1989, S. 605 – 608.

Hasselhorn, Martin, Der altwürttembergische Pfarrstand im 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B 6). Stuttgart 1958.

Haug, Richard, Reich Gottes im Schwabenland. Linien im württembergischen Pietismus. Metzingen 1981.

Heienbrok, Klaus, Einführung in die Tagung. In: Heienbrok, Klaus; Przybylski, Hartmut; Segbers, Jürgen (Hrsg.), Protestantische Wirtschaftethik und Reform des Kapitalismus (SWI Materialien 6). Bochum 1991, S. 8 – 10.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt. Über den Einfluss der Industrialisierung auf die Arbeitsbedingungen im 19. Jahrhundert. In: Reulecke, Jürgen; Weber, Wolfgang, Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S. 57 – 88.

Hentschel, Volker, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in Sachsen, Baden und Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg. In: VSWG 66, 1979, S. 26 - 73.

Herkner, Heinrich, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. Bd. 1: Arbeiterfrage und Sozialreform. Bd. 2: Soziale Theorien und Parteien. Berlin; Leipzig ^{8}1922.

Hermelink, Heinrich, Geschichte der evangelischen Kirche in Wuerttemberg von der Reformation bis zu Gegenwart. Das Reich Gottes in Wirtemberg. Stuttgart [u. a.] 1949.

Hermelink, Heinrich, Kirche und Schule unter der Regierung König Wilhelms I. von Württemberg. In: ZWLG 10, 1949/1950, S. 175 - 195.

Hermle, Siegfried, Die Bedeutung der Synoden für die kirchliche Verselbständigung. Ein Beitrag zur Kirchenverfassungsentwicklung in Baden, der Pfalz und in Württemberg im 19. Jahrhundert. In: Ammerich, Hans (Hrsg.), Zwischen „Staatsanstalt“ und Selbstbestimmung. Kirche und Staat in Südwestdeutschland vom Ausgang des Alten Reiches bis 1870 (Oberrheinische Studien 17). Stuttgart 2000, S. 43 – 81.

Hermle, Siegfried, Kirchenleitung und Landessynode. Geschichte und Bedeutung der Landessynode in der württembergischen Landeskirchenverfassung im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart; Berlin; Köln 1995.

Herrmann, Volker, Martin Gerhardt (1894 - 1952) der Historiker der Inneren Mission. Eine biographische Studie über den Begründer der Diakoniegeschichtsforschung. (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 15). Heidelberg 2003.

Herrmann, Volker; Kaiser, Jochen-Christoph; Strohm, Theodor (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen evangelischen Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart; Berlin; Köln 1997.

Heuss, Theodor, Der Räpple. In: Heuss, Theodor (Hrsg.), Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte. Stuttgart; Tübingen 1947, S. 117 – 128.

Heuss, Theodor, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart; Tübingen [3]1968.

Heuss, Theodor, Robert Bosch. Leben und Leistung. Stuttgart 2002.

Hinsche, Andrea, „Über den Parteien“ und „neben den Gewerkschaften“. Der württembergische Landesverband evangelischer Arbeitervereine (1891 - 1918) (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften = Histoire, sciences auxiliaires de l'histoire = History and allied studies 410). Frankfurt am Main [u.a.] 1989.

Hippel, Wolfgang von, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg. 1815/65. Überlegungen zum Pauperismusproblem in Südwestdeutschland In: Engelhardt, Ulrich; Conze, Werner (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beitr. zur Geschichte d. modernen Welt (Industrielle Welt Sonderbd.). Stuttgart 1976, S. 270 – 371.

Hippel, Wolfgang von, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. In: Borst, Otto (Hrsg.), Aufruhr und Entsagung. Vormärz 1815 - 1848 in Baden und Württemberg (Stuttgarter Symposion 2). Stuttgart 1992, S. 170 – 187.

Hippel, Wolfgang von, Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918. In: Schwarzmaier, Hansmartin; Schaab, Meinrad (Hrsg.), Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 3. Stuttgart 1992, S. 477 – 784.

Hirsch, Emanuel, Geschichte der neuern evangelischen Theologie im Zusammenhang mit den allgemeinen Bewegungen des europäischen Denkens. Bd. 2. Gütersloh [2]1975, S. 91 – 317

Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte XI,6, Die Anfänge der Industrie in Baden-Württemberg 1829/1832. Stuttgart 1973.

Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft. Abt. Staatswissenschaft). Berlin [u.a.] 1965.

Hofmann, Klaus Martin, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung 1882 - 1914 (Schriften zur politischen und sozialen Geschichte des neuzeitlichen Christentums 3). Bielefeld 1988.

Hölscher, Lucian, Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Bd. 3. Süden. Berlin; New York 2001.

Hölscher, Lucian, Die Religion des Bürgers. Bürgerliche Frömmigkeit und protestantische Kirche im 19. Jahrhundert. In: HZ 250, 1990, S. 595 - 630.

Hölscher, Lucian, Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland. München 2005.

Hölscher, Lucian, Säkularisierungsprozesse im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts. Ein Vergleich zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. In: Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.), Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft - Politik - Kultur. [Diese Arbeit ist im Sonderforschungsbereich 177 „Sozialgeschichte d. Neuzeitl. Bürgertums“ an d. Univ. Bielefeld entstanden] (Bürgertum 1). Göttingen 1991, S. 238 - 258.

Holtz, Sabine, Theologie und Alltag. Lehre und Leben in den Predigten der Tübinger Theologen 1550 - 1750 (Spätmittelalter und Reformation N.R., 3). Tübingen 1993. (Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1991).

Ihme, Gerhard, Die ersten Mitglieder der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 107, 1960, S. 10 – 15.

Ihme, Gerhard, Geheimrat August von Hartmann, der erste Präsident der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 108, 1961, S. 20 – 23.

Im Hof, Ulrich, Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel ^{3}2004.

Ising, Dieter, Eine „Weckstimme durch alle Völker“. Die Revolution von 1848/1849 und die Anfänge der Inneren Mission in der Sicht Johann Christoph Blumhardts. In: PuN 24, 1998, S. 301 - 303.

Jähnichen, Traugott, Der Evangelisch-soziale Kongress vor der Gewerkschaftsfrage. In: Auer, Frank von; Segbers, Franz (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland. Köln 1994, S. 113 - 128.

Jähnichen, Traugott, Vom Industrieuntertan zum Industriebürger. Der soziale Protestantismus und die Entwicklung der Mitbestimmung (1848 - 1955) (SWI ... außer der Reihe 13). Bochum 1993. (Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1990/91).

Jähnichen, Traugott; Friedrich, Norbert, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Protestantismus. In: Grebing, Helga (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, katholische Soziallehre, protestantische

Sozialethik. Ein Handbuch (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen / A 13). Essen 2000, S. 867 – 1112.

Jantke, Carl, Der Vierte Stand. Die Gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im XIX. Jahrhundert. Freiburg 1955.

Johna, Monika, Ein Vater der sozialen Marktwirtschaft. Robert Vollmoeller gilt als sozialer Unternehmer. In: Stuttgarter Wochenblatt vom 13. November 2013, Nr. 46, 59. Jahrgang, S. 3.

Kaelble, Hartmut, Arbeiter und soziale Ungleichheit in Westeuropa 1850 – 1930. In: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich (HZ Sonderhefte 15). München 1986, S. 137 – 178.

Kaelble, Hartmut, Einführung und Auswertung. In: Conze, Werner; Engelhardt, Ulrich (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozess. Herkunft, Lage und Verhalten (Industrielle Welt 28). Stuttgart 1979, S. 18 – 30.

Kaiser Jochen-Christoph, Konfessionelle Verbände im 19. Jahrhundert. Versuch einer Typologie. In: Helmut Baier (Hrsg.), Kirche in Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Referate und Fachvorträge des 6. Internationalen Kirchenarchivtags, Rom 1991 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft der Archive und Bibliotheken in der Evangelischen Kirche 17). Neustadt an der Aisch 1992, S. 187 - 209.

Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Dienerinnen des Herrn. Beiträge zur weiblichen Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert (Historisch-theologische Genderforschung 5). Leipzig 2010.

Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik (Konfession und Gesellschaft 11). Stuttgart [u.a.] 1997.

Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938. Stuttgart [u.a.] 1996.

Kaiser, Jochen-Christoph, Diakonie in der Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Schmidt, Heinz (Hrsg.), Diakonie in der Stadt. Reflexionen - Modelle - Konkretionen (Diakoniewissenschaft 8). Stuttgart 2003, S. 52 – 69.

Kaiser, Jochen-Christoph, Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission. Ein historisch-theologischer Rückblick. In: Diakonisches Werk in Hessen und Nassau (Hrsg.), „Des Volkes Noth werde unsere Noth ...“: Witten-

berg 1848 - 1998, Anlaß zum Gedenken und Neubesinnen. Vorträge der Tagung der Internationalen Konferenz theologischer Mitarbeiter in der Diakonie vom 22. - 25. Mai 1998 in der Lutherstadt Wittenberg, Red.: Manfred Schick...]. Frankfurt/Main 1998, S. 7 – 18.

Kaiser, Jochen-Christoph, Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission. Ein historisch-theologischer Rückblick. In: Kaiser, Jochen-Christoph, Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Herausgegeben von Volker Herrmann. Stuttgart 2008, S. 18 – 30.

Kaiser, Jochen-Christoph, Freie Wohlfahrtsverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Überblick. In: Westfälische Forschungen 43, 1993, S. 26 - 57.

Kaiser, Jochen-Christoph, Konfessionelle Verbände im 19. Jahrhundert. Versuch einer Typologie. In: Baier, Helmut (Hrsg.), Kirche in Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Referate und Fachvorträge des 6. Internationalen Kirchenarchivtags Rom 1991. Neustadt an der Aisch 1992, S. 187 – 209.

Kaiser, Jochen-Christoph, Politischer Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert. Ausgewählte Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte (Studien zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 1). Konstanz 2008.

Kandel, Johannes, Evangelische Christen und sozialistische Arbeiterbewegung. In: Auer, Frank von; Segbers, Franz (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland. Köln 1994, S. 113 - 128.

Kannenberg, Michael, Verschleierte Uhrtafeln, Endzeiterwartungen im württembergischen Pietismus zwischen 1818 und 1848 (Arbeiten zur Geschichte des Pietismus 52). Göttingen 2007. (zugl. Diss. Basel 2005).

Karrenberg, Friedrich, Evangelische Sozialreformer im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1956.

Kellenbenz, Hermann, Unternehmertum in Südwestdeutschland. In: Tradition 10, 1965, S. 163 – 188.

Keppler, Friedrich, Gustav Werner, ein Bahnbrecher des christlichen Sozialismus und sein Werk. Stuttgart; Tübingen 1948.

Kirchner, Joachim, Das deutsche Zeitschriftenwesen, seine Geschichte und seine Probleme. Teil 1. Wiesbaden ^{2}1958.

Kirchner, Joachim, Geschichte des Deutschen Zeitschriftenwesens. Teil II: Vom Wiener Kongress bis zum Ausgange des 19. Jahrhunderts. Wiesbaden 1962.

Kirchner, Joachim, Geschichte des Deutschen Zeitschriftenwesens. 1. Teil. Leipzig 1928.

Kirsch, Peter, Arbeiterwohnsiedlungen im Königreich Württemberg in der Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (Tübinger geographische Studien 84). Tübingen 1982. (Teilw. zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1981).

Klein, Ernst, Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Franz, Günther (Hrsg.), Raumordnung im 19. Jahrhundert. 2. Teil (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 39; Historische Raumforschung 6). Hannover 1967, S. 83 - 137.

Kneile, Gotthold, Gustav Werner und sein Werk. Calw; Stuttgart 1909; Stuttgart ^{2}1925.

Kocka, Jürgen u. a., Familie und soziale Platzierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität u. Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. u. 19. Jahrhundert (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 2953: Fachgruppe Geisteswissenschaften). Opladen 1980.

Kocka, Jürgen, Bürger und Arbeiter. Brennpunkte und Ergebnisse der Diskussion. In: Kocka, Jürgen unter Mitarb. von Müller-Luckner, Elisabeth (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich (Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien 7). München 1986, S. 325 – 339.

Kocka, Jürgen, Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich. In: Kocka, Jürgen; Breuilly, John (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19 Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1494). Göttingen 1983, S. 5 – 20.

Köhler, Oskar, Die Aufklärung. In: Jedin, Hubert (Hrsg.), Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. 5: Die Kirche im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung. Freiburg im Breisgau 1970/1985 (Sonderausgabe), S. 368 – 408.

Kohlhaas, Wilhelm, Hundert Jahre Gemeinnütziger Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart, ehemals Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen. 1866 - 1966. In: Beiträge zur Landeskunde 1967. Nr. 1/2, S. 9 - 13.

Kohlhaas, Wilhelm, Hundert Jahre gemeinnütziger Bau- und Wohlfahrtsverein Stuttgart, ehemals Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen. 1866 – 1966. 1966.

Köllmann, Wolfgang, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850 - 1914. In: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (Neue wissenschaftliche Bibliothek 51. Geschichte). Königstein 1972, S. 430 - 450.

Kollmer - von Oheim - Loup, Gert, Die Anfänge der Industrialisierung im Neckarraum von 1850 bis zum Ende des 19. Jahrhundert. In: BWKG 113, 2013, S. 13 – 27.

Kollmer - von Oheimb – Loup, Gert, Ein ungleicher Start? Baden und Württemberg am Übergang zu industriell induzierten Wachstum. In: Schindling, Anton, Taddey, Gerhard (Hrsg.), 1806 – Souveränität für Baden und Württemberg, Beginn der Modernisierung? Stuttgart 2007, S. 161 – 187.

Kollmer – von Oheimb – Loup, Gert, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914. In: Laupheimer Gespräche 2002, Jüdische Unternehmer und Führungskräfte in Südwestdeutschland 1800 – 1950. Berlin; Wien 2004, S. 25 – 51.

Kollmer-von Oheimb-Loup, Gert, Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg zwischen 1870 und 1914. In: Fritz, Gerhard (Hrsg.), Beiträge des Tages der Landesgeschichte in der Schule vom 9. November 2005 in Schorndorf (Landesgeschichte in Forschung und Unterricht 2). Stuttgart 2006, S. 29 – 43.

Kollmer-von-Oheimb-Loup, Gert, Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Esslingens vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. In: Esslingen am Neckar. Aspekte der Geschichte. Esslingen am Neckar 2007, S. 154 – 173.

Kollmer-von-Oheimb-Loup, Gert, Zollverein und Innovation. Die Reaktion württembergischer Textilindustrieller auf den Deutschen Zollverein 1834 – 1874 (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 22). St. Katharinen 1996. (Zugl.: Hohenheim, Univ., Habil.-Schr., 1993).

Köppli, Marcel, Protestantische Unternehmer in der Schweiz des 19. Jahrhunderts. Christlicher Patriarchalismus im Zeitalter der Industrialisierung (Basler und Berner Studien zur historischen Theologie 74). Zürich 2012. (Teilw. zugl.: Bern, Univ., Diss., 2011)

Kouri, Erkki I., Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870 - 1919. Zur Sozialpolitik im Bildungsbürgertum (Arbeiten zur Kirchengeschichte 55). Berlin [u.a.] 1984.

Krauss, Paul, „Gott im Maschinensaal". Der Christ Gustav Werner. Pfullingen 1980.

Krauss, Paul, Gustav Werner. Werk und Persönlichkeit. 12. März 1809 - 2. August 1887. (zum 150. Geburtstag von Gustav Werner). Stuttgart 1959.

Kraut, Antonie, Wie groß ist die Zahl armer Kinder! Frau Bergrat Wagner. In: Initiativen. Stuttgart 1984, S. 18 - 23.

Kretschmar, Gottfried, Der Evangelisch-Soziale Kongreß. Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage. Stuttgart 1972.

Kriedte, Peter, Wirtschaft. In: Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 4: Glaubenswelt und Lebenswelten. Göttingen 2004, S. 584 – 616.

Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1: 1800 bis 1932. Berlin ^{3}1947.

Kupisch, Karl, Der deutsche CVJM. Aus der Geschichte der Christlichen Vereine Junger Männer Deutschlands. Kassel-Wilhelmshöhe 1958.

Kupisch, Karl, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert (Die Kirche in ihrer Geschichte Bd. 4, Lfg. R, T. 2). Göttingen 1966; ^{2}1975.

Kupisch, Karl, Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert (Theologische Studien 73). Zürich 1963.

Kupisch, Karl, Vom Pietismus zum Kommunismus. Historische Gestalten, Szenen und Probleme (Der Anfang 18). Berlin 1953.

Kupisch, Karl, Zwischen Idealismus und Massendemokratie. Eine Geschichte der evangelischen Kirche in Deutschland von 1815 - 1945. Berlin 1955.

Lächele, Rainer, „Pfleger der Armen, umgürtet mit Wahrheit". 150 Jahre „Blätter für das Armenwesen" (1848 - 1998) und die Anfänge der Volksbildung. In: Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg 1999, 3, S. 1 – 4; 6 – 11.

Landeskirchliches Archiv Stuttgart. Repertorien, Bestand A 29. Pfarrbeschreibungen, Pfarrberichte. Stuttgart 1999.

Langewiesche, Dieter, Arbeiterbildung in Deutschland und Österreich. Konzeption, Praxis und Funktionen. In: Conze, Werner; Engelhardt, Ulrich (Hrsg.), Ar-

beiter im Industriealisierungsprozess. Herkunft, Lage und Verhalten (Industrielle Welt 28). Stuttgart 1979, S. 439 – 464.

Langewiesche, Dieter, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914. In: VSWG 64, 1977, S. 1 - 40.

Langewiesche, Dieter; Schönhoven, Klaus, Einleitung. Zur Lebensweise von Arbeitern in Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung. In: Langewiesche, Dieter; Schönhoven, Klaus (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Paderborn 1981, S. 7 - 23.

Lehmann, Hartmut Die evangelische Kirche im Königreich Württemberg. In: Kirche im Königreich Württemberg 1806 – 1918. Mit Beiträgen von Dagmar Konrad, Hartmut Lehmann, Hubert Wolf und Wolfgang Zimmermann. Hrsg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart und vom Verein für Württembergische Kirchengeschichte. Stuttgart 2008, S. 26 – 51.

Lehmann, Hartmut, „Absonderung“ und „Gemeinschaft“ im frühen Pietismus. Allgemeinhistorische und sozialpsychologische Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung des Pietismus. In: PuN 4, 1977 / 78, S. 54 – 82.

Lehmann, Hartmut, Max Webers „Protestantische Ethik“. Beiträge aus der Sicht eines Historikers (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1579). Göttingen 1996.

Lehmann, Hartmut, Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1969.

Lehmann, Hartmut, Probleme einer Sozialgeschichte des württembergischen Pietismus. In: BWKG 75, 1975, S. 166 – 181.

Leibinger, Berthold, Es sind geistige Kräfte, die die Welt verändern. In: Lebendige Gemeinde August 3/1999, S. 18 – 23.

Leibinger, Berthold, Pietismus und Arbeit. In: BWKG 94, 1994, S. 91 – 106.

Lempp, Wilhelm, Der württembergische Synodus 1553 – 1924. Ein Beitrag zur Geschichte der württembergischen Evangelischen Landeskirche (BWKG Sonderheft 12). Stuttgart 1959.

Lenger, Friedrich, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung (1849 - 1870er Jahre) (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte 15). Stuttgart ^{10}2003.

Lewek, Gert, Kirche und soziale Frage um die Jahrhundertwende. Dargestellt am Wirken Ludwig Webers. Neukirchen-Vluyn 1963.

Lewerenz, Olaf, Friedrich Naumann und die Zukunft der Inneren Mission – die Frankfurter Jahre (1890 – 1897). In: Strohm, Theodor; Thierfelder, Jörg (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871 - 1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 7). Heidelberg 1995, S. 421 – 437.

Lewerenz, Olaf, Zwischen Reich Gottes und Weltreich. Friedrich Naumann in seiner Frankfurter Zeit unter Berücksichtigung seiner praktischen Arbeit und seiner theoretischen Reflexion (Wissenschaftliche Schriften: Theologie). Sinzheim 1994.

Lidtke, Vernon L., Die kulturelle Bedeutung der Arbeitervereine. In: Wiegelmann, Günter (Hrsg.), Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Dt. Volkskunde-Kongresses in Trier vom 13. bis 18. September 1971 (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im neunzehnten Jahrhundert 5). Göttingen 1973, S. 146 - 159.

Liermann, Hans, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht (Bibliothek des öffentlichen Rechts 5). Stuttgart 1933.

Loreth, Hans, Das Wachstum der württembergischen Wirtschaft von 1818 – 1918. Stuttgart 1974. (Diss. Heidelberg 1972).

Loser, Fritz, Die Bedeutung von Händler- und Hausiergemeinden für die Entwicklung der württembergischen Industrie, aufgezeigt an charakteristischen Beispielen. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 8, 1964, S. 5 – 22.

Lunkenheimer, Thomas, Gustav Werner und sein Modell einer christlichen Fabrik. In: Strohm, Theodor; Thierfelder, Jörg (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871 - 1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 7). Heidelberg 1995, S. 184 – 203.

Lutz, Heinrich, Zwischen Habsburg und Preussen. Deutschland 1815 - 1866. Berlin 1985.

Mahling, Friedrich, Die Innere Mission. 2 Bde. Gütersloh 1935 - 1937.

Maier, Gerald, Zwischen Kanzel und Webstuhl (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 20). Leinfelden-Echterdingen 1997.

Maier, Gerald, Johann, Georg Freihofer (1806 – 1877) und die „Innere Mission“ als Antwort auf die Soziale Frage. Leben und Wirken eines württembergischen Pfarrers im Spannungsfeld von Staat, Kirche und Gesellschaft. In: BWKG 113, 2013, S. 63 – 80.

Mälzer, Gottfried, Bengel und Zinzendorf. Zur Biographie und Theologie Johann Albrecht Bengels (Arbeiten zur Geschichte des Pietismus 3). Witten 1968. (Teilw. zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 1964).

Marquardt, Ernst, Geschichte Württembergs. Stuttgart ^{3}1985.

Mauch, Gerhard J., Betriebliche Sozialleistungen württembergischer Unternehmer im 19. Jahrhundert. Entwicklung, Rahmenbedingungen und Beweggründe ihrer Bereitstellung bis zur Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Veröffentlichungen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg 17). St. Katharinen 1995. (Hohenheim, Univ., Diss., 1993/94).

Megerle, Klaus, Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands. In: ZWLG 34/35, 1975/1976, S. 324 – 357.

Megerle, Klaus, Regionale Differenzierung des Industrialisierungsprozesses: Überlegungen am Beispiel Württembergs. In: Fremdling, Rainer, Tilly, R. H. (Hrsg.), Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 7). Stuttgart 1979, S. 105 – 131.

Megerle, Klaus, Württemberg im Industrialisierungsprozess Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung (Geschichte und Theorie der Politik: Unterreihe A, Geschichte 7). Stuttgart 1982.

Metzger, Nils; Pytlik, Anna; Steinmaier-Berner, Sonja, 200 Jahre Gustav Werner. Teil haben. Teil sein. 1809 – 2009. Reutlingen [2009].

Mosapp, Hermann, Unsere Kirche, ihr Werden und Leben, Kämpfen und Arbeiten. Für Haus und Schule dargestellt. Stuttgart 1927.

Müller, Gotthold, Christian Gottlob Pregizer (1751 - 1824). Sein Leben und seine Schriften (Blätter für württembergische Kirchengeschichte. Sonderheft 13). Stuttgart 1961 [erschienen] 1962. (Teilw. zugl.: Marburg, Univ., Diss., 1961).

Müller, Gotthold, Sozialistische Motive in der württembergischen evangelischen Kirchengeschichte. In: Flammer Helmuth (Hrsg.), Kirche und Sozialismus. Gütersloh 1981, S. 28 – 52.

Narr, Dieter, Zur Stellung des Pietismus in der Volkskultur Württembergs. In: WJV 1957/58, S. 9 - 33.

Naujoks, Eberhard, Stadt und Industrialisierung in Baden und Württemberg bis zum Ersten Weltkrieg. 1800 – 1914 (Themen der Landeskunde 1). Bühl 1988.

Naujoks, Eberhard, Württemberg 1864 bis 1918. In: Schwarzmaier, Hansmartin; Schaab, Meinrad (Hrsg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 3: Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien. Stuttgart 1992, S. 334 – 475.

Nell-Breuning, Oswald von; Sacher, Hermann (Hrsg.), Zur sozialen Frage (Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik 3). Freiburg i. Br. 1949.

Niethammer, Lutz, Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich? In: AfS 16, 1976, S. 61 – 134.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800 – 1866. Bürgerwelt und starker Staat. München ^{4}1987.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Band 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München ^{2}1991.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Band 2: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992.

Nipperdey, Thomas, Religion im Umbruch. Deutschland 1870 - 1918. München 1988.

Noller, Annette, Theologie, Unternehmenskultur und diakonische Dienstgemeinschaft – Perspektiven eines sich wandelnden Verhältnisses. In: Bauer, Lothar (Hrsg.), Zukunft verantworten – Teilhabe gestalten. Zivilgesellschaftliche Impulse Gustav Werners. Heidelberg 2012, S. 245 – 263.

Nowak, Kurt, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932. Göttingen 1981. (Diss. Leipzig 1976).

Nowak, Kurt, Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts [mit 11 Tabellen]. München 1995.

Nowak, Kurt; Kaiser, Jochen-Christoph, Kirchliche Zeitgeschichte interdisziplinär. Beiträge 1984 - 2001 (Konfession und Gesellschaft 25). Stuttgart 2002.

Offermann, Toni, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/48 - 1860/64. In: Geschichte und Gesellschaft 13, 1987, S. 419 - 447.

Ohlemacher, Jörg, Evangelikalismus und Heiligungsbewegung im 19. Jahrhundert. In: Brecht, Martin (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 3: Der Pietismus im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 371 – 391.

Oswald, Wolfgang, Die Geschichte der Bruderhausdiakonie. Von den Anfängen bis heute. Gustav Werner / BruderhausDiakonie. Reutlingen 2009.

Pahl, Henning, Die Kirche im Dorf. Religiöse Wissenskulturen im gesellschaftlichen Wandel des 19. Jahrhunderts (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 18). Berlin 2006.

Pahl, Henning, Evangelische Kirche und Arbeiterschaft in Württemberg: Reaktionen auf die Soziale Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 113, 2013, S. 81 – 95.

Pankoke, Eckart, Sociale Frage - Sociale Bewegung - Sociale Politik. Grundfragen der deutschen Socialwissenschaft im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt 12). Stuttgart 1970.

Paret, Oskar, Die Römer in Württemberg. 3. Teil 1. Hälfte: Die Siedlungen. Stuttgart 1932.

Paul, Ina Ulrike, Württemberg 1797 – 1816/19. Quellen und Studien zur Entstehung des modernen württembergischen Staates (Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten 7). Teil. 2. München 2005.

Paulsen, Ingwer, Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker (Friedewalder Beitraege zur sozialen Frage 7). Berlin ^{2}1956.

Paulsen, Ingwer, Viktor Aimé Huber. In: Evangelische Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, mit Beiträgen von Alfred Adam u.a. (Kirche im Volk 21). Stuttgart 1956, S. 9 – 16.

Pentz, Wolfhart, Sozialprotestantismus in den USA und Deutschland. Social Gospel und christlich soziale Bewegung bis 1914. München 2005.

Petzina, Dietmar, „Sozialer Protestantismus“ und bürgerliche Sozialreform – das Beispiel Victor Aimé Huber. In: Friedrich, Norbert; Jähnichen, Traugott (Hrsg.), Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen – Lösungsperspektiven – Handlungsprofile. Münster 2005, S. 17 – 36.

Pierenkemper, Toni, Unternehmensgeschichte. (Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse (Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte 1). Stuttgart 2000.

Pohl, Hans, Einführung. In: Pohl, Hans (Hrsg.), Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart (VSWG Beiheft 95). Stuttgart 1991, S. 7 - 43.

Pohl, Manfred, Baden-Württembergische Bankgeschichte. Stuttgart; Berlin; Köln 1992.

Pollard, Sidney, Die Fabrikdisziplin in der industriellen Revolution. In: Fischer, Wolfram; Bajor, Georg (Hrsg.), Die soziale Frage. Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in den Frühphasen der Industrialisierung. Stuttgart 1967, S. 159 – 185.

Pollmann, Klaus Erich, Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage. Der evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche und die sozialpolitische Bewegung der Geistlichen nach 1890. Mit einem Vorwort von Walter Bussmann (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 44). Berlin 1973.

Pollmann, Klaus Erich, Soziale Frage, Sozialpolitik und evangelische Kirche 1890 - 1914. In: Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938. Stuttgart [u.a.] 1996, S. 41 - 56.

Popkin, Beate, Der Kirchenkonvent in Württemberg. In: BWKG 96, 1996, S. 98 – 118.

Pospiech, Friedrich, Julius Motteler. Der „Rote Feldpostmeister“. Ein Streifzug durch die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung und die große Zeit der Sozialdemokratie. Esslingen am Neckar 1977.

Prinzing, Marlis, Strom für das Neckarland. Die Geschichte der Neckarwerke von 1900 bis 1945 (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 25). St. Katharinen 2000. (Stuttgart, Univ., Diss., 1999).

Puppke, Ludwig, Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen (Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte 13). Köln 1966.

Quarthal, Franz, Berufsbildung als Gewerbeförderung in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Bonz, Bernhard (Hrsg.), Berufsbildung und Gewerbeförderung. Zur Erinnerung an Ferdinand Steinbeis (1807 - 1893) (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, 21). Bielefeld 1994, S. 33 - 50.

Räntzsch, Andreas M., Stuttgart und seine Eisenbahnen. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Raum Stuttgart. Heidenheim 1987.

Ratz, Ursula, Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Bürgerlichen Sozialreform in Deutschland (Sozialpolitische Schriften 73). Berlin 1997.

Renger-Berka, Peggy, Sozialstaatliche Leitideen und Institutionalisierungskonzepte im Protestantismus des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 113, 2013, S. 197 – 217.

Reulecke, Jürgen, Formen des bürgerlich sozialen Engagements in Deutschland und England im 19. Jahrhundert. In: Kocka, Jürgen (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich. München 1986, S. 261 – 286.

Reulecke, Jürgen, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub. Vorgeschichte und Entstehung des Erholungsurlaubs für Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg. In: AfS 16, 1976, S. 205 – 248.

Rieber, Christof, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg. (Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde 19). 2 Teilbände. Stuttgart 1983.

Rieber, Christof, Die württembergisch Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878 – 1890). In: Schadt, Jörg (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Mit einem Geleitwort von Erhard Eppler (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3). Stuttgart; Berlin u. ö. 1979, S. 71 - 77.

Rilling, Albert, Cannstatt seit 6000 Jahren. Landschaft, Wurzeln, Werden u. Verflechtung, aufgestöbert, aufgereiht, aufgeschlossen u. in e. Privatdr. dargeboten von Albert Rilling. Stuttgart-Bad Cannstatt 1967.

Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.), Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 18). München 1990.

Ritter, Gerhard Albert, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1996.

Ritter, Gerhard Albert, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive (Schriften des Historischen Kollegs. Vorträge 22). München 1989.

Ritter, Gerhard Albert, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Opladen 1998.

Ritter, Gerhard Albert, Sozialpolitik im Zeitalter Bismarcks. Ein Bericht über neue Quelleneditionen und neue Literatur. In: HZ 265, 1997, S. 683 - 720.

Ritter, Gerhard Albert, Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Maydell, Bernd von; Kannengießer, Walter (Hrsg.), Handbuch Sozialpolitik, (Res Publica. Publikationen zu Grundfragen der modernen Demokratie). Pfullingen 1988, S. 12 - 66.

Ritter, Gerhard Albert, Zur Geschichte der sozialen Ideen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Ritter, Gerhard Albert, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1996, S. 11 – 66.

Ritter, Gerhard Albert; Tenfelde, Klaus, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich. 1871 bis 1914 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts 5). Bonn 1992.

Ritter, Gerhard Albert, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts (Otto-von-Freising-Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstätt 16). Opladen 1998.

Röhm, Helmut, Stellung und Bedeutung des bodenverbundenen Industriearbeiters in Vergangenheit und Gegenwart [besonders Baden-Württemberg]. In: Berichte über Landwirtschaft 37, 1959, S. 1 – 20.

Römer, Daniel, Studien zur Wechselwirkung zwischen Heinrich Lotter und Wilhelm I. als Grundlage für die Einbindung des Pietismus in das württembergische System der Wohlfahrtspflege. (Diss. Stuttgart 2012).

Roessle, Julius, Von Bengel bis Blumhardt. Gestalten und Bilder aus der Geschichte des schwäbischen Pietismus. Metzingen / Württ. [4]1966.

Rössler, Andreas, Christoph Schrempf (1860 - 1944). Württembergischer Theologe, Kirchenrebell und Religionsphilosoph. Ein Leben in unerbittlicher Wahrhaftigkeit (Kleine Schriften des Vereins für Württembergische Kirchengeschichte 7). Stuttgart 2010.

Roth, Karl, Die Entstehung und Entwicklung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in Württemberg mit besonderer Berücksichtigung der industriellen Entwicklung des Landes. Stuttgart 1968.

Rube, Wolfgang, Die Rettungshausbewegung in Württemberg. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 126, 1979, S. 6 - 11.

Ruppert, Wolfgang, Die Arbeiter. Zwischen Ständen, Schichten und sozialer Klasse. In: Ruppert, Wolfgang (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder". München 1986, S. 22 - 43.

Sachße, Christoph, Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat: Entstehung und Entwicklung der „dualen" Wohlfahrtspflege. In: Rauschenbach, Thomas; Sachße, Christoph; Olk Thomas (Hrsg.), Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Frankfurt a.M. 1995, S. 123 – 149.

Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg. Stuttgart [2]1998.

Saldern, Adelheid von, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse: Emanzipation und Integrationsprozesse im kulturellen und sozialen Bereich. In: IWK 13, 1977, H. 1, S. 469 – 505.

Sauer, Paul, Das Werden einer Großstadt. Stuttgart zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg 1871 bis 1914. Stuttgart 1988.

Sauer, Paul, Geschichte der Stadt Stuttgart. Bd. 3: Vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Abschluss des Verfassungsvertrags für das Königreich Württemberg 1819. Stuttgart 1995.

Sauer, Paul, Jüdisches Leben im Wandel der Zeit. 170 Jahre Israelitische Religionsgemeinschaft, 50 Jahre neue Synagoge in Stuttgart. Hrsg. von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, Körperschaft des öffentlichen Rechts. Gerlingen 2002.

Sauer, Paul, Reformer auf dem Königsthron. Wilhelm I. von Württemberg. Stuttgart 1997.

Sauer, Paul, Württemberg letzter König. Das Leben Wilhelms II. Stuttgart ^{2}1994.

Sauter, Gerhard, Die Sorge um den Menschen in der evangelischen Theologie des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Elm, Kaspar; Loock, Hans-Dietrich (Hrsg.), Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 74). Berlin [u.a.] 1990, S. 3 – 21.

Schadt, Jörg; Schmierer, Wolfgang, Einleitung. In: Schadt, Jörg (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Mit einem Geleitwort von Erhard Eppler (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3). Stuttgart; Berlin [u. a.] 1979, S. 19 – 34.

Schäfer, Gerhard, Das Haus Württemberg und die evangelische Kirche. In: Uhland, Robert (Hrsg.), 900 Jahre Haus Württemberg. Leben und Leistung für Land und Volk, hrsg. von Robert Uhland. Mit e. Geleitw. von Carl Herzog von Württemberg. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz ^{3}1985, S. 482 – 499.

Schäfer, Gerhard, Das Ringen um einen christlichen Staat. Die Württembergische Landeskirche in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In: PuN 1, 1974, S. 125 - 158.

Schäfer, Gerhard, Das Ringen um neue kirchliche Ordnungen der württembergischen Landeskirche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: BWKG 62, 1962, S. 282 - 308.

Schäfer, Gerhard, Die Evangelische Kirche in Württemberg und die Revolution 1848/1849. In: Schäfer, Gerhard, „Das Gute behalten, Abwege verhüten“. Aufsätze zur württembergischen Kirchengeschichte. Mit einem Geleitwort von Altlandesbischof D. Theo Sorg, herausgegeben von Dieter Ising. Metzingen/Württ. 2004, S. 105 – 138.

Schäfer, Gerhard, Die Württembergische Landeskirche und die Deutsche Einigung 1864 – 1871. In: ZWLG 26, 1967, S. 421 – 431.

Schäfer, Gerhard, Gliederung der evangelischen Landeskirche in Württemberg um 1840. Beiwort zur Karte VIII, 9. Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen. 3. Lieferung Stuttgart 1974.

Schäfer, Gerhard, Kleine württembergische Kirchengeschichte. Stuttgart 1969.

Schäfer, Gerhard, Pietismus in Württemberg. Einführung in die Ausstellung im Foyer des Rathauses Calw [anläßlich d.] Tübinger Universitätswoche im Landkreis Calw. Tübingen 1981.

Schäfer, Gerhard, Zu erbauen und zu erhalten das rechte Heil der Kirche. Eine Geschichte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Stuttgart 1984.

Schäfer, Gerhard K., „Gott im Maschinensaal" – Christliche Fabriken? In: Bauer, Lothar (Hrsg.), Zukunft verantworten – Teilhabe gestalten. Zivilgesellschaftliche Impulse Gustav Werners. Heidelberg 2012, S. 87 – 92.

Schäfer, Gerhard K., Gustav Werners Vision einer sozialen Reformation. In: Schäfer, Gerhard K., Gustav Werner: Was nicht zur Tat wird ... 160 Jahre Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen (Der Rede wert. Beiträge aus der Arbeit der Diakonie). Stuttgart [2000], S. 5 – 15.

Schaffer, Fritz, Abriß der Schweizergeschichte. Frauenfeld [u.a.] [15]1992.

Scharfe, Martin, Die Religion des Volkes. Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus. Gütersloh 1980.

Scharfe, Martin, Kleine Kultur- und Sozialgeschichte des Pietismus. Manuskript. Tübingen 1979.

Scharfe, Martin, Pietistische Moral im Industrialisierungsprozeß. In: Gladigow, Burkhard (Hrsg.), Religion und Moral. Düsseldorf 1976, S. 27 – 47.

Scharfe, Martin, Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 3, 1974 – 1977, S. 149 - 162.

Scheffbuch, Rolf, Sixt Carl Kapff. Geistliches Ringen um die Gemeinschaft von Pietisten und Nichtpietisten in der württembergischen Kirche. In: BWKG 94, 1994, S. 122 - 148.

Schempp, Manfred, Wohnen in Stuttgart. In: Schleuning, Hans (Hrsg.), Stuttgart-Handbuch. Stuttgart 1985, S. 390 – 456.

Schick, Manfred, Innere Mission und soziale Bewegung in der evangelischen Kirche von 1870 – 1914. In: Schick, Manfred; Seibert, Horst; Spiegel, Yorick

(Hrsg.), Diakonie und Sozialstaat. kirchliches Hilfehandeln und staatliche Sozial- und Familienpolitik Gütersloh 1986, S. 29 – 50.

Schick, Manfred, Kulturprotestantismus und soziale Frage. Versuche zur Begründung der Sozialethik, vornehmlich in der Zeit von der Gründung des Evangelisch-sozialen Kongresses bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges (1890 - 1914) (Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen 10). Tübingen 1970.

Schieder, Wolfgang, Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage. In: Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1993, S. 11 - 28.

Schlier, Otto, Der deutsche Industriekörper seit 1860. Allgemeine Lagerung der Industrie und Industriebezirksbildung mit einem Vorwort von Alfred Weber (Ueber den Standort der Industrien: Teil 2, H.1). Tübingen 1922.

Schmidt, Martin, Pietismus (Urban-Taschenbücher 145). Stuttgart [u. a.] 1972.

Schmitt, Karl, Die Mitgliedschaft der Religionsgemeinschaften – Entwicklung und soziales Profil. In: Sproll, Heinz; Thierfelder, Jörg (Hrsg.), Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 9), Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1984, S. 207 – 231.

Schmierer, Wolfgang, Das Haus Württemberg und sein Einfluß auf die sozialpolitische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert. In: Uhland, Robert (Hrsg.), 900 Jahre Haus Württemberg. Leben und Leistung für Land und Volk, hrsg. von Robert Uhland. Mit e. Geleitw. von Carl Herzog von Württemberg. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz ^{3}1985, S. 500 – 520.

Schmierer, Wolfgang, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Baden und Württemberg – Vom Vormärz zum Sozialistengesetz von 1878. In: Schadt, Jörg (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Mit einem Geleitwort von Erhard Eppler (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3). Stuttgart; Berlin [u. a.] 1979, S. 35 - 63.

Schmierer, Wolfgang, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg. 1862/63 - 1878 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung: B, Historisch-politische Schriften). Hannover 1970.

Schneider, Hans, Der Pietismus. In: Kottje, Raymund; Moeller, Bernd; Bäumer, Remigius (Hrsg.), Ökumenische Kirchengeschichte. Bd. 3: Neuzeit. Mainz [u.a.] ^{4}1989, S. 56 – 74.

Schneider, Michael, Christliche Arbeiterbewegung in Europa. Ein vergleichender Literaturbericht. In: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich (HZ Sonderhefte 15). München 1986, S. 477 – 505.

Schneider, Michael, Die Christlichen Gewerkschaften 1894 – 1933 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte 10). Bonn 1982.

Schneider, Michael, Evangelische Christen und Christliche Gewerkschaften im Kaiserreich. In: Auer, Frank von (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich - Weimarer Republik - Bundesrepublik Deutschland. Köln 1994, S. 78 – 91.

Schneider, Michael, Standort und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland (1894 – 1933). In: Konfessionelle, liberale und unternehmensabhängige Arbeiterbewegung bis zum zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften. Internat. Tagung d. Historiker d. Arbeiterbewegung. 18. Linzer Konferenz 1982. Linz, 15. bis 17. Sept. 1982. Lexikale Hilfsmittel zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Geschichte der Arbeiterbewegung 18). Bearb. von Brigitte Kepplinger. Wien 1985, S. 195 – 215.

Schoch, Siegfried, Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns in Württemberg 1770 – 1870. Stuttgart 1975. (Diss. Freiburg/CH 1974).

Scholtyseck, Joachim, Robert Bosch (1861 – 1942). In: Weber, Reinhold, Mayer, Ines (Hrsg.), Politische Köpfe aus Südwestdeutschland (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 33). Stuttgart 2005, S. 179 – 189.

Schomerus, Heilwig, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (Industrielle Welt 24). Stuttgart 1977.

Schomerus, Heilwig, Lebenszyklus und Lebenshaltung in Arbeiterhaushalten des 19. Jahrhunderts. In: Conze, Werner (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozess. Herkunft, Lage und Verhalten (Industrielle Welt 28). Stuttgart 1979, S. 195 – 200.

Schomerus, Heilwig, Soziale Differenzierungen und Nivellierung der Fabrikarbeiterschaft Esslingens 1846 - 1914. In: Pohl, Hans (Hrsg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozess (Industrielle Welt 26). Stuttgart 1978, S. 20 - 64.

Schraut, Sylvia, Sozialer Wandel im Industrialisierungsprozeß. Esslingen 1800 - 1870 (Esslinger Studien 9). Esslingen 1989. (Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 1988).

Schröder, Martina, Die Möbelfabrik zum Bruderhaus. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 110 – 125.

Schröder, Tilman-Matthias, Sixt Carl Kapff (1805 – 1879. In: Hermle, Siegfried (Hrsg.), Kirchengeschichte Württembergs in Porträts. Pietismus und Erweckungsbewegung (Hänssler-Paperback). Holzgerlingen 2001, S. 315 – 329.

Schröder, Tilman Matthias, Sixt Carl Kapff. Prediger, Kirchenpolitiker und Sozialökonom. In: BWKG 113, 2013, S. 29 – 62.

Schulte, Wilhelm, Volk und Staat. Westfahlen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Münster 1954.

Schüren, Reinhard, Soziale Mobilität. Muster, Veränderungen und Bedingungen im 19. und 20. Jahrhundert. St. Katharinen 1989.

Seible, Adolf, Die Armenpolitik der Stadt Stuttgart. Eine historisch kritische Betrachtung. Tübingen 1921. (Diss. Masch. Tübingen 1921).

Seidel, Friedrich, Die soziale Frage in der deutschen Geschichte. Wiesbaden 1964.

Seidel, Kurt, Der Weg der ersten Eisenbahn. In: Erinnerungen an die schwäbische Eisenbahn. Bd. 2: Ein Rückblick auf die Anfänge der Eisenbahn in Württemberg, hrsg. von der Bundesbahndirektion Stuttgart. Stuttgart 1985, S. 6 - 66.

Seybold, Gerhard, Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, 74. Bd.). Stuttgart 1974.

Shanahan, William Oswald, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815 - 1871. München 1962.

Siebertz, Paul, Ferdinand von Steinbeis. Ein Wegbereiter der Wirtschaft mit einem Geleitwort von Prof. Dr.-Ing. Edgar Hotz Präsident des Landesgewerbeamtes. Stuttgart 1952.

Spree, Reinhard, Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1471). Göttingen 1981.

Stearns, Peter N., Adaptation to Industrialization: German Workers as a Test Case. In: Central European History 3 1970, S. 303 – 331.

Stearns, Peter N., The Unskilled and Industrialization. A Transformation of Consciousness. In: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 16, 1976, S. 249 - 282.

Stegemann, Wolfgang (Hrsg.), Kirche und Nationalsozialismus. Stuttgart [u.a.] ^{2}1992.

Steinbeck, Johannes, Die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (Wissenschaft und Bildung 282). Leipzig 1932.

Steinweg, Johannes, Die innere Mission der evangelischen Kirche. Eine Einführung in ihr Wesen und ihre Arbeit sowie in ihre Zusammenhänge mit der Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Heilbronn 1928.

Steuer, Günther, Die Industrie im Großraum Stuttgart. In: Baden Württemberg, Das Land um den Mittleren Neckar. Der Wirtschaftsgroßraum Stuttgart (Monographien Deutscher Wirtschaftsgebiete 10). Oldenburg 1957, S. 97 – 121.

Stroheker, Hans Otto, 125 Jahre Gewerbe- und Handelsverein Bad. Cannstatt. In: Cannstatter Kanne. Frühjahr 1986.

Sträter, Udo, Soziales. In: Brecht, Martin; Deppermann, Klaus; Gäbler, Ulrich; Lehmann, Hartmut (Hrsg.), Geschichte des Pietismus. Bd. 4 (2004), S. 617 - 645.

Strathmann-von Soosten, Ellen, Themen und Diskussionen des Evangelisch-Sozialen Kongresses. In: Heienbrok, Klaus; Przybylski, Hartmut; Segbers, Jürgen (Hrsg.), Protestantische Wirtschaftethik und Reform des Kapitalismus (SWI Materialien 6). Bochum 1991, S. 24 – 30.

Strohecker, Hans Otto, Cannstatt und die Eisenbahn. In: Erinnerungen an die schwäbische Eisenbahn. Bd. 2: Ein Rückblick auf die Anfänge der Eisenbahn in Württemberg, hrsg. von der Bundesbahndirektion Stuttgart. Stuttgart 1985, S. 67 - 77.

Strohm, Theodor (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich. (1871 - 1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 7). Heidelberg 1995.

Strölin, Karl, Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege usw. (Giessener Diss. (Masch.) 1923).

Sturm, Stephan, Sozialstaat und christlich-sozialer Gedanke. Johann Hinrich Wicherns Sozialtheologie und ihre neuere Rezeption in systemtheoretischer Perspektive (Konfession und Gesellschaft 23). Stuttgart 2003.

Stürmer, Michael, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 – 1918. Berlin 1983.

Talatzko, Helmut, Der Central-Ausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche in der Kaiserzeit. In: Strohm, Theodor; Thierfelder, Jörg (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871 - 1918). Neuere Beiträge aus der diakoniegeschichtlichen Forschung (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 7). Heidelberg 1995, S. 206 – 228.

Tanner, Klaus (Hrsg.), Gotteshilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe. Beiträge zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (Herbergen der Christenheit: Sonderband 4). Leipzig 2000.

Tenfelde, Klaus, Arbeiterfamilien und Geschlechterbeziehungen im Deutschen Kaiserreich. In: Tenfelde, Klaus, Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Jürgen Kocka und Paul Nolte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 203). Göttingen 2012, S. 174 - 229.

Tenfelde, Klaus, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland 1850-1873. In: Dann, Otto (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland (HZ Beiheft N.F. 9). München 1984, S. 55 - 114.

Tenfelde, Klaus, Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland 1850-1873. In: Tenfelde, Klaus, Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Herausgegeben

von Jürgen Kocka und Paul Nolte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 203). Göttingen 2012, S. 174 – 229.

Tenfelde, Klaus, Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte In: Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Bd. 4: Soziale Gruppen in der Geschichte. Göttingen (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1531), S. 81 – 107.

Tenfelde, Klaus; Ritter, Gerhard Albert, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. 1863 – 1914. Berichtszeitraum 1945-1975, mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 8). Bonn 1981.

Teuteberg, Hans-Jürgen, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert. In: Heischkel, Edith (Hrsg.), Ernährung und Ernährungslehre im 19. Jahrhundert. Vorträge eines Symposiums am 5. u. 6. Januar 1973 in Frankfurt a. Main (Studien zur Medizingeschichte des neunzehnten Jahrhunderts 6). Göttingen 1976, S. 205 – 287.

Teuteberg, Hans-Jürgen, Die Nahrung der sozialen Unterschichten im späten 19. Jahrhundert. In: Langewiesche, Dieter; Schönhoven, Klaus (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Paderborn 1981, S. 182 – 186.

Teuteberg, Hans-Jürgen, Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin. Forschungsergebnisse und Forschungsprobleme. In: Elm, Kaspar; Loock, Hans-Dietrich (Hrsg.), Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 74). Berlin [u.a.], S. 161 – 200.

Teuteberg, Hans-Jürgen, Wie ernähren sich Arbeiter im Kaiserreich? In: Conze, Werner (Hrsg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker (Industrielle Welt 33). Stuttgart 1981, S. 57 – 73.

Theiner, Peter, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860 – 1919). Baden-Baden 1983.

Thier, Erich, Die Kirche und die soziale Frage. Von Wichern bis Friedrich Naumann; eine Untersuchung über die Beziehungen zwischen politischen Vor-

gängen und kirchlichen Reformen (Schriftenreihe der Inneren Mission: Reihe A 1). Gütersloh 1950.

Tönnies, Ferdinand, Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege (Sammlung Göschen 2107). Berlin; Leipzig ^{3}1919.

Trautwein, Joachim, Die Theosophie Michael Hahns und ihre Quellen (Quellen und Forschungen zur württembergischen Kirchengeschichte 2). Stuttgart 1969. (Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 1967 u.d.T.: Trautwein, Joachim: Die Theosophie Johann Michael Hahns).

Trautwein, Joachim, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnungen um 1800. Pietismus und Separatismus in Württemberg. In: Württembergisches Landesmuseum Stuttgart (Hrsg.), Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Ausstellung des Landes Baden-Württemberg unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Dr. h. c. Lothar Späth, Bd. 2: Aufsätze, Stuttgart 1987, S. 323 – 342.

Trautwein, Joachim, Gustav Werner. Theologische, sozialpolitische und psychologische Aspekte. In: BWKG 80/81, 1980/1981, S. 279 - 298.

Trautwein, Joachim, Pietismus – ein folgenreicher Sonderfall. Die pietistische Ethik und die Tugenden und Untugenden der Württemberger. In: Konfession, eine Nebensache? Politische, soziale und kulturelle Ausprägungen religiöser Unterschiede in Deutschland. Mit Beiträgen von Gerhard Schmidtchen, u. a. Redaktion Hans-Georg Wehling (Kohlhammer-Taschenbücher 1068). Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1984, S. 105 – 133.

Trautwein, Joachim, Religiosität und Sozialstruktur. Untersucht anhand der Entwicklung des württ. Pietismus (Calwer Hefte 123). Stuttgart 1972.

Uhland, Robert, Die Anfänge der Industrie in Stuttgart. In: Schwäbische Heimat 30, 1979, S. 248 – 255.

Unseld, Werner, Liebe und Gerechtigkeit. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 16 – 25.

Unseld, Werner, Was nicht zur Tat wird hat keinen wert. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche

Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 26 – 43.

Unseld, Werner, Gotteshilfe, Papierfabrik und Werkstätten. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 44 – 73.

Unseld, Werner, Die Maschinenfabrik zum Bruderhaus. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 84 – 109.

Unseld, Werner, Stiftung und Wirkung. In: Kulturamt der Stadt Reutlingen (Hrsg.), Wo Daimler Maybach traf. Gustav Werners christliche Fabriken. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen. 21. Juni - 25. Oktober 2009. Reutlingen 2009, S. 126 – 137.

Voelter, Hans, Die evangelisch-soziale Bewegung und der Bietigheimer Tag. In: BWKG 59, 1959, S. 3 - 91.

Vontobel, Klara, Das Arbeitsethos des deutschen Protestantismus von der nachreformatorischen Zeit bis zu Aufklärung (Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie 2). Bern 1946.

Wallmann, Johannes, Der Pietismus (Die Kirche in ihrer Geschichte 4, O 1). Göttingen 1990.

Wallmann, Johannes, Was ist Pietismus? In: PuN 20, 1994, S. 11 - 27.

Wallmann, Johannes, Der Pietismus (UTB 2598). Göttingen 2005.

Wauschkuhn, Franz-Friedrich, Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806 - 1848. (Diss. Hamburg 1974).

Wauschkuhn, Friedrich-Franz, Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg 1806 - 1848. In: Maschke, Erich; Sydow, Jürgen (Hrsg.), Zur Geschichte der Industrie in südwestdeutschen Städten (Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung 1). Sigmaringen 1977, S. 14 - 21.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815 - 1845/49. München 1987.

Weller, Arnold, Sozialgeschichte Südwestdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und karitativen Arbeit vom späten Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1979.

Weyer-Menkhoff, Martin, Friedrich Christoph Oetinger. Bildbiographie. Wuppertal u. a. 1990.

Weyer-Menkhoff, Martin, Friedrich Christoph Oetinger (1702 – 1782). In: Hermle, Siegfried (Hrsg.), Kirchengeschichte Württembergs in Porträts. Pietismus und Erweckungsbewegung (Hänssler-Paperback). Holzgerlingen 2001, S. 159 – 175.

Widmer, Günther, Die Entwicklung der württembergischen Evangelischen Landeskirche im Spiegel der Pfarrberichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2004. (Diss. Stuttgart 2004).

Winkel, Harald, Vom Armenhaus zum Musterländle. Historische Betrachtungen zu einem aktuellen Thema. In: ZWLG 50, Stuttgart 1991, S. 305 – 316.

Wirtz, Rainer, Die Ordnung der Fabrik ist nicht die Fabrikordnung, Bemerkungen zur Erziehung in der Fabrik während der frühen Industrialisierung an südwestdeutschen Beispielen. In: Haumann, Heiko, Arbeiteralltag in Stadt und Land, neue Wege der Geschichtsschreibung (Das Argument. Sonderband 94). Berlin 1982, S. 61 – 88.

Wischermann, Clemens, „Streit um Sonntagsarbeit“ – Historische Perspektiven einer aktuellen Kontroverse. In: VSWG 78, 1991, S. 6 – 38.

Wischermann, Clemens, Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung und Wohnmobilität in deutschen Großstädten 1870 – 1913. In: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hrsg.), Stadtwachstum, Industrialisierung, sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften N.F. 156). Berlin 1986, S. S. 101 - 133.

Woll, Hermann, Die Wirk- und Strickwarenindustrie in Baden-Württemberg. JbStLk 3, 1957/58, S. 153 – 165.

Wurster, Paul, Das kirchliche Leben der evangelischen Landeskirche in Württemberg (Evangelische Kirchenkunde 7). Tübingen 1919.

Zahnenbenz, Günter, Stuttgart als Industriestandort 1850 bis 1982. (Diss. Hohenheim 1984).

Zeilfelder-Löffler, Monika, Die Anfänge der Inneren Mission. In: BWKG 99 (1999), S. 136 - 153.

Zeller, Winfried (Hrsg.), Der Protestantismus des 17. Jahrhunderts (Sammlung Dieterich 270; Klassiker des Protestantismus 5). Bremen 1962.

Ziegler, Hermann; Schuhkraft, Harald; Wagner, Eberhard, Stuttgart – Landeshauptstadt und Stadtkreis. In: Stuttgart-Handbuch. Stuttgart 1985, S. 220 – 326.

Zitt, Renate, „Zwischen innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik.“ Der protestantische Sozialreformer Theodor Lohmann und seine Bedeutung für die Positionsbestimmung der Inneren Mission gegenüber der sozialen Frage in den Umbrüchen des Kaiserreichs. In: Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938. Stuttgart [u.a.] 1996, S. 212 – 221.

Zitt, Renate, Zwischen innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik. Der protestantische Sozialreformer Theodor Lohmann (1831 - 1905). Eine Studie zum sozialen Protestantismus im 19. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Diakoniewissenschaftlichen Instituts an der Universität Heidelberg 10). Heidelberg 1997.

Zweigle, Hartmut, „Herrschen mög‘ in unserm Kreise Liebe und Gerechtigkeit!“ Gustav Werner - Leben und Werk (Edition der Calwer-Verlag-Stiftung). Stuttgart 2009.